

# Acta Borussica

Neue Folge



# **Acta Borussica**

Neue Folge

1. Reihe

**Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums  
1817–1934/38**

herausgegeben von der

Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften  
(vormals Preußische Akademie der Wissenschaften)

unter der Leitung von  
Jürgen Kocka und Wolfgang Neugebauer

1999

Olms-Weidmann

Hildesheim · Zürich · New York

**Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums  
1817–1934/38**

**Band 7**

**8. Januar 1879 bis 19. März 1890**

bearbeitet

von

Hartwin Spenkuch

1999

Olms-Weidmann

Hildesheim · Zürich · New York

Kommission „Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38“

Jürgen Kocka (Vorsitzender) · Wolfram Fischer · Wolfgang Neugebauer (Projektleiter)  
Hagen Schulze · Werner Vogel · Peter-Christian Witt · Klaus Zernack

Lektorat und Layout: Edelgard Schaffranke

Die Deutsche Bibliothek – CIP Einheitsaufnahme  
Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der  
Deutschen Bibliothek erhältlich.

Dieser Band wurde durch die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und  
Forschungsförderung im Akademienprogramm mit Mitteln des Bundes (Bundesministerium für  
Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie) und des Landes Berlin (Senatsverwaltung für  
Wissenschaft, Forschung und Kultur) gefördert.

∞ ISO 9706

© Georg Olms Verlag AG, Hildesheim 1999

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem, alterungsbeständigem Papier

Herstellung: Strauss Offsetdruck, Mörlenbach

ISBN 3-487-11004-0

# Inhalt

Vorwort .....	I
Zur Form der Edition.....	VII
Einleitung .....	1
Abkürzungsverzeichnis .....	31
Regesten Nr. 1/1879 bis 399/1890 .....	39
Sachregister .....	285
Personenregister .....	349
Ortsregister .....	482
Die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums .....	508
Verzeichnis der zitierten Archivalien.....	511
Verzeichnis der mehrfach zitierten Literatur .....	526



# Vorwort

*von Jürgen Kocka und Wolfgang Neugebauer*

Die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften legt hiermit einen weiteren von insgesamt zwölf Regesten-Bänden vor, mit denen die archivalisch überlieferten Beratungs- und Ergebnisprotokolle des Preußischen Staatsministeriums von 1817 bis 1934/38 erstmals wissenschaftlich erschlossen werden. Damit macht sie einen bislang lediglich punktuell ausgewerteten Quellenbestand in Form einer Regesten-Edition zugänglich, die als Hilfs- und Findmittel besonderer Art Grundlagen für weitere Forschung bietet. Es ist zu erwarten, daß die damit möglich werdende, genaue Auswertung der Protokolle des Staatsministeriums — dieses für die preußische Politik lange zentralen Gremiums — die Kenntnis der neueren preußischen und preußisch-deutschen Geschichte sowie die Einsicht in zentrale Probleme des 19. und 20. Jahrhunderts erheblich verbessern wird.

Der vorliegende Band, bearbeitet von Hartwin Spenkuch, behandelt den Zeitraum vom 8. Januar 1879 bis zum 19. März 1890.

Parallel zur Publikation der Regesten-Bände werden die im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem — zumeist handschriftlich — überlieferten Protokolle vom Verlag Olms-Weidmann auf Mikrofiche in den Handel gebracht. Im Kopf der Regesten wird jeweils auf das betreffende Mikrofiche verwiesen, so daß Benutzer, die über die hier vorgelegten Inhaltsangaben hinaus Informationen benötigen, einen unmittelbaren Zugriff auf die Fundstelle haben.

Die Regesten enthalten zusammengefaßt die Verhandlungsgegenstände der Beratungsprotokolle, nach einzelnen Tagesordnungspunkten gegliedert. Im Kopf der Regesten sind der Sitzungstermin, der Teilnehmerkreis und die Überlieferungsform der Quellen verzeichnet. Wichtige, im Regestentext zitierte Dokumente werden in den möglichst knapp gehaltenen Anmerkungen nachgewiesen. Dadurch wird eine Vernetzung der Protokolle mit den Sachakten des Staatsministeriums und darüber hinaus auch mit denen der jeweiligen Fachministerien erreicht sowie auf andere Archivbestände verwiesen. So bieten die hier edierten Protokoll-Regesten Zugang zu zahlreichen Quellenbeständen und ggf. zur Spezialliteratur. Detaillierte Sach-, Personen- und Ortsregister erschließen nicht nur die hier abgedruckten Regesten, sondern die gesamten Protokolltexte.

Nach Abschluß dieser chronologisch gegliederten Stammedition ist geplant, sachthematische Bände zu exemplarischen Themen zu erarbeiten. Dabei sollen die Quellen aus dem Bestand des Staatsministeriums durch Akten der anderen Ministerien sowie durch weitere Quellen ergänzt sowie unter systematischen Fragestellungen gesammelt und eine erste Analyse vorgenommen werden. Unter anderem ist vorgesehen, Bände zu den Themen „Das Preußische Staatsministerium – die moderne Bürokratie – die Verwaltungspraxis im 19. und 20. Jahrhundert“, „Zensurpolitik und Öffentlichkeit in Preußen seit 1819“ sowie „Selbstverwaltung im 19./20. Jahrhundert“ vorzulegen.

Das Staatsministerium war das oberste beratende und beschließende Kollegialorgan des preußischen Staates und in seiner Funktion einem Kabinett der parlamentarischen Demokratie vergleichbar. In ihm waren alle Fachressorts vertreten.

Die Entstehung des Staatsministeriums reicht in die Reformjahre 1808/10 zurück.<sup>1</sup> Im Jahr 1817 erhielt es als Gesamtministerium eine formalisierte Struktur, wonach es zu einem kollegial organisierten Zentralgremium auszubilden war. Dieses konnte jedoch erst nach 1822 wirksam funktionieren, war doch bis dahin dem Staatsministerium mit dem Staatskanzler Hardenberg eine einflußreiche Persönlichkeit übergeordnet.

Als Verhandlungsformen waren sowohl die mündliche als auch die schriftliche Beratung in Gestalt der Sitzung oder des Umlaufverfahrens üblich. Beide Formen hatten in der Regel in Immediatberichten festgehaltene Vorschläge oder Beschlüsse zum Ergebnis, die an den Monarchen zur Sanktionierung weitergereicht wurden, und zuvor über das Zivilkabinett gelangten. Dieses „Büro“ des Monarchen, das durch die direkte Verbindung zum Herrscher einflußreich sein konnte, hatte dessen Entscheidungen an die entsprechenden Staatsorgane zur weiteren Bearbeitung zu übermitteln. Die Beschlüsse des nach dem Kollegialprinzip arbeitenden Staatsministeriums erhielten für die einzelnen Minister erst mit der königlichen Anordnung (Kabinettsordre) ihre Verbindlichkeit. Eine spezifische, auch in Protokollen festgehaltene und in der Edition chronologisch eingearbeitete Beratungsart waren die Conseils/Kronräte, die vom Monarchen einberufen und unter seiner Leitung abgehalten wurden.

---

<sup>1</sup> *Literatur in Auswahl: Otto Hintze, Das preußische Staatsministerium im 19. Jahrhundert, zuerst 1908, wieder in ders., Regierung und Verwaltung. Gesammelte Abhandlungen zur Staats-, Rechts- und Sozialgeschichte Preußens, 2. Aufl. hrsg. von Gerhard Oestreich, Göttingen 1967, S. 530–619, bes. S. 551 ff. u. 557 ff. – Ernst Klein, Funktion und Bedeutung des preußischen Staatsministeriums, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 9/10 (1961), S. 195–261, bes. S. 198 ff. – Werner Frauendienst, Das preußische Staatsministerium in vorkonstitutioneller Zeit, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 116 (1960), S. 104–177. – Fritz Rietdorf, Das Preußische Staatsministerium im Wandel der Preußischen Verfassungsgeschichte, jur. Diss. Göttingen 1939. – Ludwig von Rönne, Das Staats-Recht der Preußischen Monarchie, 2. Bd., 1. Abt., 2. Aufl. Leipzig 1864, S. 58–67. Ernst Müller/Ernst Posner, Übersicht über die Bestände des Geheimen Staatsarchivs zu Berlin-Dahlem, I. Hauptabteilung (= Mitteilungen der Preußischen Archivverwaltung, Heft 24), Leipzig 1934, S. 96. – Hans Branig/Winfried Bliß/Werner Petermann (Bearb.), Übersicht über die Bestände des Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem, Teil 2, Köln/Berlin 1967, S. 41–48.*



Struktur und Funktion des Staatsministeriums unterlagen den wechselnden Zeitumständen. Seit 1848 gab es für den Vorsitzenden das Amt des Ministerpräsidenten, der *primus inter pares* war. Davon unberührt blieb die den Ministern seit der Reformzeit weitgehend eingeräumte Verfügungsgewalt über ihr Ressort, doch kam es in praxi bekanntlich auf die Persönlichkeit des Ministerpräsidenten an. Mit der Gründung des deutschen Kaiserreichs begann eine, mit wenigen kurzen Unterbrechungen, bis 1918 währende Personalunion von Reichskanzler und preußischem Ministerpräsidenten. Während das preußische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten im Auswärtigen Amt des Reiches aufging, fungierte das preußische Kriegsministerium seit 1871 praktisch als Reichsministerium; 1919 ging es in das neu gegründete Reichswehr-Ministerium über.

Der Ort des Staatsministeriums im Verfassungssystem blieb lange Zeit unverändert. Zwar traten seit 1848/50 neben König und Staatsministerium als neue politisch wirkende Kraft die beiden Häuser des Landtages, ab 1867/71 der Reichstag hinzu. Bis 1918 aber blieb das Staatsministerium *de jure* allein dem Monarchen gegenüber verantwortlich, wengleich *de facto* die Parlamente zunehmend Bedeutung erlangten. Die Konflikte in diesem veränderten politischen Kräfteverhältnis spiegeln sich vielfach in den Protokollen wider. Mit dem Übergang von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Demokratie übernahm das Staatsministerium wesentliche Funktionen des Staatsoberhauptes und wurde zum obersten Exekutivorgan. Der vom Landtag gewählte Ministerpräsident hatte die Richtlinien-Kompetenz inne und war dem Parlament gegenüber verantwortlich. Die Staatsminister, ernannt vom Ministerpräsidenten, leiteten ihr Amt selbständig und in Eigenverantwortung gegenüber dem Landtag. Unverändert blieb die übliche Form der kollegialen Beschlußfassung im Staatsministerium, allerdings ohne Mehrstimmrecht des Ministerpräsidenten bei Stimmgleichheit.

Das Ende des preußischen Staatsministeriums fiel zusammen mit dem Ende des preußischen Staates in den Jahren des ersten (1932) und zweiten (1933) „Preußenschlages“ sowie der Gleichschaltung der Länder durch die nationalsozialistische Reichsregierung.

In der gesamten Zeit seines Wirkens widmete sich das Staatsministerium durchgängig vor allem der Innenpolitik und der Verwaltung, in den einzelnen historischen Epochen jeweils mit unterschiedlichen Schwerpunkten. So beschäftigte sich das Staatsministerium in den ersten Jahrzehnten häufig mit Problemen der verwaltungsmäßigen und rechtlichen Integration der neuen Provinzen in die Monarchie, der Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse, der Rechtsvereinheitlichung und Modernisierung (Gesetzrevision), mit den Kompetenzverschiebungen zwischen Justiz und Verwaltung und dem „Gemeinwohl“, dem Ausbau der Infrastruktur sowie der Politik gegen-

über den Provinzialständen. Nach 1840 war die Reform der Stände- und Verfassungsfrage ein signifikantes Thema, zu dem das Staatsministerium gemeinsam mit der Immediatkommission für die ständischen Angelegenheiten den Monarchen zu beraten hatte. Die Edition kann hierzu zahlreiche, bislang unbekannte Protokolle erstmals vorstellen.

Seit 1848/50 rückten das Verhältnis zu den Repräsentativorganen des preußischen Konstitutionalismus sowie die preußische Politik im nationalen Einigungsprozeß neu auf die Tagesordnung des Staatsministeriums; die harten Auseinandersetzungen dazu in der Zeit nach 1858 spiegeln sich in der Quelle allseitig wider. Das betrifft zum einen den Ausbau der Verfassung von 1850 sowie zum anderen die Vorgeschichte und Entstehung des Heeres- und Verfassungskonflikts, zu der neue und vertiefende Aspekte präsentiert werden. Im Unterschied zu anderen Zeitabschnitten — mit Ausnahme des Ersten Weltkrieges — sind die Protokolle aus der ersten Hälfte der sechziger Jahre auch zur Militär- und Außenpolitik inhaltsreich.

Mit der Gründung des deutschen Kaiserreichs etablierte sich als durchgängiges zentrales Wirkungsfeld für das Staatsministerium die Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Preußen und Reich. Thematisch stark in den Beratungen vertreten waren nun die Finanz- und Steuerpolitik, die Haltung gegenüber der Sozialdemokratie und generell die Stellungnahmen zu den Anträgen und Beschlüssen des preußischen und des Reichsparlaments. Die Protokolle des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts lassen im Zeichen des sich entwickelnden Interventionsstaates sowohl den Bedeutungsgewinn von Parlamenten, Parteien und gesellschaftlichen Kräften erkennen als auch das Streben der Regierung, mit Gesetzen und bürokratischer Reglementierung die Gesellschaft unter der Kontrolle des Obrigkeitsstaates zu halten. Beratungsthemen der 1880 und 1890er Jahre, wie die antipolnische Gesetzgebung, der Abbau des Kulturkampfes oder Probleme der Landwirtschaft wurden nach der Jahrhundertwende abgelöst von der Zollpolitik und Fragen der Reform des Dreiklassenwahlrechts, wobei die antipolnische Gesetzgebung mit der Ansiedlungspolitik in den östlichen Provinzen ihre Fortsetzung fand. Im Ersten Weltkrieg dominierte die Organisation der Kriegsernährungswirtschaft als Teil einer zunehmend staatlich gelenkten, doch im Ergebnis scheiternden Ökonomie.

Die Neuordnung der politischen Verhältnisse seit 1918 brachte für die Arbeit des Staatsministeriums neue Inhalte, wie die Grundlegung einer demokratischen Verfassung sowie die Koalitionspolitik in Preußen. Grundthema blieb auch in der Weimarer Republik das Verhältnis Preußens zum Reich, das von den Konflikten um die bisherige preußische Vormachtstellung bestimmt war. Weiterhin spiegeln die Beratungsprotokolle dieser Jahre häufig die Bemühungen um eine Verwaltungsreform sowie die Konflikte um die Demokratisierung der Verwaltungsspitze und der Bürokratie wider. Die Personal- und Beamtenpolitik zählte allerdings nicht zu den neuen

Tätigkeitsfeldern; sie gehörte vielmehr zu den wichtigen Themen, denen sich das Staatsministerium während seiner gesamten Existenz nahezu kontinuierlich widmete.

Diese beständigen wie auch wechselnden, kurzzeitigen Themen aus dem über 130 Jahre dauernden Wirken des preußischen Staatsministeriums werden in den zwölf Bänden mit Regesten zu etwa 5500 Sitzungsprotokollen systematisch dokumentiert.

Das Editionsvorhaben erschließt somit eine Stammquelle zur preußisch-deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Damit wird zugleich ein Defizit geschichtswissenschaftlicher Arbeit beseitigt, das seit längerem in der Forschung beklagt worden, aber den politischen Rahmenbedingungen geschuldet war. Denn der kriegsbedingten Auslagerung des Archivmaterials vom Geheimen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem hatte sich eine mehr als vierzig Jahre währende Trennung angeschlossen — die wichtigsten preußischen Archivbestände ziviler Regierungs- und Verwaltungsstellen wurden seit 1949 in Merseburg verwahrt. Langfristig angelegte, serielle Editionen zur Geschichte des preußischen Staates waren unter diesen Bedingungen nicht realisierbar. Die nach 1990 möglich gewordene Vereinigung der erhalten gebliebenen, reichen Archivbestände im Geheimen Staatsarchiv schuf die unabdingbaren Voraussetzungen, um diese Lücke in der edierten Quellenbasis zur neueren preußischen Geschichte ausfüllen zu können. In den Jahren 1989/90 von Historikern aus der DDR angestellte Überlegungen, diesen Quellenbestand zu edieren, sind unter starker Beteiligung von Kollegen aus der Bundesrepublik, vor allem aus der Historischen Kommission zu Berlin, zu dem Editionsprojekt konzipiert worden. Dieses ist nach wechselnder Trägerschaft im Jahre 1994 von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften übernommen worden. Die Akademie schließt mit diesem Werk an eine Tradition der früheren Preußischen Akademie der Wissenschaften an, besonders an die Editionen zur inneren Geschichte Preußens im (17. und) 18. Jahrhundert, die unter Leitung Gustav Schmollers als ACTA BORUSSICA erarbeitet wurden.<sup>2</sup> Deshalb trägt das Werk den Titel „ACTA BORUSSICA. Neue Folge“.<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> Neugebauer, Wolfgang, *Zum schwierigen Verhältnis von Geschichts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaften am Beispiel der ACTA BORUSSICA*, in: *Die Königlich-Preußische Akademie der Wissenschaften im Kaiserreich*, hrsg. von Jürgen Kocka unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Th. Walther, Berlin 1999, S. 235–275.

<sup>3</sup> Vgl. dazu des näheren die jährlichen Berichte, in: *Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (vormals Preußische Akademie der Wissenschaften), Jahrbuch*, Jg. 1994 ff., Berlin 1995 ff. — auch zum Diskussionsstand zu möglichen sachthematischen Bänden im Rahmen des Gesamtprojektes. — Vgl. ferner das „Probeheft“: *Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38*, hrsg. von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften unter der Leitung von Jürgen Kocka, Wolfgang Neugebauer, Reinhold Zilch; bearbeitet von Bärbel Holtz, Rainer Paetau, Christina Rathgeber, Gerhard Schulze, Hartwin Spenkuch, Reinhold Zilch; Hildesheim, Zürich, New York 1996.

Das Editionsprojekt wäre ohne die kooperative Haltung des Geheimen Staatsarchivs Stiftung Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem nicht zu realisieren gewesen. Den dort tätigen Mitarbeitern ist für ihre begleitende Unterstützung des Projekts ausdrücklich zu danken.

## *Zur Form der Edition*

In Anlehnung an das Verfahren der ACTA BORUSSICA gilt für die Regesten das **Prinzip**: Quellentext in recte, *Formulierungen des Bearbeiters in kursiv*. Das formale Verfahren der Texterstellung orientiert sich an den Grundsätzen von Johannes Schultze<sup>1</sup>, die Kennzeichnung der Überlieferungsformen von Quellenstücken im Regest-Kopf oder ggf. in den Anmerkungen folgt der Terminologie von Heinrich Otto Meisner<sup>2</sup>.

### *Der Regest-Kopf*

Die **Numerierung** der Stücke erfolgt chronologisch unter Einbeziehung auch von Protokollen, die nicht in der überlieferten Hauptreihe (GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 2b Nr. 6 Bde. 1–183) der Protokolle im Bestand Rep. 90/90a „Staatsministerium“ des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz enthalten sind und an anderen Stellen lagern; nachträgliche Funde sind ggf. mit a–Nummern eingefügt. In die Zählung und Chronologie mit aufgenommen sind ebenfalls die sog. Conseil- bzw. (ab 1888) Kronratsitzungen<sup>3</sup>, d.h. Beratungen des Staatsministeriums unter Vorsitz des Monarchen.

Sofern eine Staatsministerialsitzung durch eine Überlieferung außerhalb der Hauptreihe nachweisbar war, wurde versucht, den Sitzungsinhalt zu rekonstruieren und daraus ggf. ein Regest zu erstellen, auch wenn dies in Einzelfällen lückenhaft bleiben mußte.

Der **Tagungsort** ist nur genannt, wenn die Sitzung nachweisbar nicht in den jeweiligen Diensträumen des Staatsministeriums stattfand.

Die Angabe zum **Fundort** des Protokolls aus der Hauptreihe verzeichnet lediglich Band- und Blattzahl, auf die vollständige Archivsignatur wird verzichtet. Bei neu aufgefundenen Protokollen ist hingegen der archivalische Fundort vollständig angegeben. Danach folgt jeweils die Microfiche-Nummer (MF).

**Parallelüberlieferungen** (Abschriften) von Protokollen werden nachgewiesen, soweit sie den Bearbeitern zur Kenntnis gelangten. Eine systematische Suche in allen relevanten Beständen nach Doubletten konnte aus arbeitsökonomischen Gründen nicht stattfinden. Protokollauszüge, die sich in großer Zahl in den Sachakten Preußens und des Reiches finden, werden generell nicht erfaßt, es sei denn, sie ersetzen ein fehlendes Protokoll oder erleichtern die Rekonstruktion eines schlecht lesbaren Protokollteiles.

Unter „**Anwesend**“ erscheinen die Namen der Minister ohne Titel und entsprechend dem Muster der Protokolle nach dem Anciennitäts-Prinzip.

**Weitere Teilnehmer** sind ohne Dienstbezeichnung aufgeführt, diese ist im Personenregister nachgewiesen. Hingegen werden Adelstitel und bei gleichen Namen zur Unterscheidung die Initialen der Vornamen ergänzt. Vertreten sie Minister oder nehmen in kommissarischer Funktion teil, so wird dies in eckigen Klammern vermerkt.

Werden im Protokoll Minister oder weitere Teilnehmer nicht explizit genannt, sind deren Namen in eckige Klammern gesetzt.

Die Sigel [V] und [U] stehen für den Vorsitz in der Beratung bzw. die Unterschrift unter dem Protokoll. Angaben wie [zu 1–3] beziehen sich auf die Teilnahme zu den einzelnen Tagesordnungspunkten.

### *Der Regest-Text*

Die Formulierungen folgen möglichst der Quellsprache unter Einhaltung des genannten Prinzips der Typenwahl zwischen **recte** und **kursiv**. Die Schreibweise wurde vorsichtig modernisiert. Die **Interpunktion** stammt weitgehend von den Bearbeitern, wobei Punkte, Semikolons und Kommas verwendet wurden, um

---

<sup>1</sup> Schultze, Johannes, *Richtlinien für die äußere Textgestaltung bei Herausgabe von Quellen zur neueren deutschen Geschichte*, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte*, Jg. 98 (1962), S. 1–11, wieder abgedruckt bei Walther Heinemeyer (Hrsg.), *Richtlinien für die Edition landesgeschichtlicher Quellen* (Gesamtverein der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine), Marburg/Köln 1978, S. 25–36.

<sup>2</sup> Meisner, Heinrich Otto, *Archivalienkunde vom 16. Jahrhundert bis 1918*, Göttingen 1969.

<sup>3</sup> GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 2c Nr. 3 Bde. 1–VI. Die Microfiches für die Conseil-/Kronrats-Protokolle tragen den Zusatz KR und sind in Abgrenzung von den Sitzungsprotokollen des Staatsministeriums römisch numeriert, so auch in den Registern.

bei Aneinanderreihung von Quellenbegriffen auf häufige, die Lesbarkeit erschwerende [...] verzichten zu können.

Die **Zählung der Tagesordnungspunkte** (TOP) erfolgt gemäß der Reihung in der Quelle. In eckige Klammern gesetzte Numerierungen sind vom Bearbeiter rekonstruiert. Außerhalb der Tagesordnung behandelte TOP werden in runde Klammern gesetzt. Bei „Serien-Themen“ kann eine Zusammenfassung erfolgen, z.B. **3.–5. Drei Ordenssachen**.

Oftmals steht am Beginn des Regest-Textes ein einführendes Stichwort, das sowohl zur schnellen inhaltlichen Orientierung über den TOP als auch zur Rückkopplung an die Begrifflichkeit des Sachregisters dienen soll.

**Beschlüsse** des Staatsministeriums sind mit einem [B] gekennzeichnet, ggf. direkt an dem entsprechenden Textteil des Tagesordnungspunktes. Damit werden der Verlauf der Diskussion erkennbar sowie der Bezug zum eigentlichen Beschluß deutlich. Dabei ist es unerheblich, ob im Protokoll ausdrücklich von einem Beschluß die Rede ist oder andere Formulierungen bei der Feststellung eines Beratungsergebnisses verwandt wurden.

Bei **Ernennungen, Titelverleihungen** sowie **Ordens-, Disziplinar- und Pensionssachen** werden im Regest in der Regel nur diese Sammelbegriffe genannt, nicht die Namen der Personen. Diese sind aber, sofern im Protokoll erwähnt, in das Personenregister aufgenommen worden.

#### *Die Anmerkungen*

Der Anmerkungsapparat legt den Schwerpunkt auf den Nachweis der Sachakten zu dem Beratungsgegenstand primär durch Akten des Geheimen Staatsarchivs. Gleichzeitig wird für im Regest-Text explizit erwähnte **Dokumente** ein archivalischer **Nachweis** bzw. **Druck** aufgeführt. Da der Bestand Rep. 90/90a „Staatsministerium“ durch Kriegsverluste spürbare Lücken aufweist, ist auf andere Bestände zurückgegriffen worden.

Es war nicht das Ziel, in den Anmerkungen einen repräsentativen oder umfänglichen Nachweis der **Literatur** zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten zu bieten. Wenn dennoch Literatur angegeben wird, dann deshalb, weil sie jene Sitzung des Staatsministeriums ausdrücklich mitbehandelt oder wichtige Sachhinweise gibt.

#### *Die Register*

Alle Register erschließen nicht nur die Regesten, sondern auch den vollständigen Protokolltext einschließlich Anlagen. Hingegen werden die Anmerkungen, Aktenvermerke auf Protokollen sowie mitverfilmte andere Schriftstücke nicht in die Register aufgenommen.

Im Register werden gemäß dem Editionsprinzip Akten-Angaben recte und *Regest-Angaben kursiv* angegeben. Die **Zahlenkombination** beinhaltet die Nachweise für die Regest-Nummer (kursiv gesetzt) sowie Aktenband-Nummer und die Blattzahl der Quelle (beide recte gesetzt), z.B. *144/20 88–93v*.

Eindeutige Schreibfehler im Protokoll, auch bei ausländischen Namen und Bezeichnungen, wurden stillschweigend korrigiert.

#### *Das Sachregister*

Das **feingliedrige Sachregister** erschließt vollständig die Protokolle einschließlich Anlagen sowie die Regesten. Es enthält also auch Stichworte aus Protokollteilen, die in den Regesten nicht berücksichtigt werden konnten.

Die **Hauptbegriffe** sind möglichst quellennah und auf einer mittleren Abstraktionsstufe formuliert. Zu zentralen Themen wurden systematisierende Hauptbegriffe gewählt, z.B. Ablösungen, konstitutionelle Regierung, Preußen-Reich-Verhältnis, Weltkrieg 1914–1918.

In der **Ordnung** der Hauptbegriffe erscheinen Firmen, Korporationen, Parteien, Zeitungen usw. unter ihrem ausgeschriebenen Eigennamen.

Zentralbehörden und Institutionen Preußens und des Reiches werden nicht unter „Preußen“ bzw. „Reich“ geführt, sondern stehen im Register unter den offiziellen Namen, also Kriegsministerium, Ministerium des Innern, Ministerium für Handel und Gewerbe, Reichsamt des Innern, Reichsjustizamt usw.

Sachverhalte, die eine inhaltliche sowie eine regionale oder institutionelle Nachweisung sinnvoll erscheinen ließen, sind doppelt verzeichnet und sowohl unter dem systematisierenden Hauptbegriff als auch unter dem strukturierenden Begriff (Provinzen, Städte, Parteien, Parlamente usw.) auffindbar.

Sämtliche **Ernennungen, Titelverleihungen, Ordens-, Disziplinar- und Pensionssachen** sind diesen standardisierten Hauptbegriffen zugeordnet. In der zweiten Ebene stehen dann die einzelnen Kategorien, in der dritten ggf. die Verwaltungseinheiten. Eine Doppelverzeichnung bei den jeweiligen, zumeist regionalen Behörden erfolgt in diesen Fällen nicht. Allein Ernennungen von Ministern werden unter den Stichworten der jeweiligen Ministerien und beim Hauptbegriff „Staatsministerium“ selbst aufgeführt.

#### *Das Personenregister*

Das **kommentierende Personenregister** enthält die wichtigsten Lebensdaten und die Berufsentwicklung mit Haupt- und bedeutenden Nebenfunktionen bei Ministern, (Unter-)Staatssekretären, wichtigen höheren Beamten sowie allen anderen in den Protokollen erwähnten Personen, wobei gerade bei den letzteren Lücken bleiben mußten.

Die Namen der Minister, (Unter-)Staatssekretäre im Staatsministerium und Protokollführer aus den Anwesenheitslisten und den Unterschriftsleisten werden als in den Protokollen inbegriffen angesehen und nur mit der jeweiligen Regest-Nummer und der Bandzahl, nicht aber mit Blattzahlen nachgewiesen. Das trifft auch für den Monarchen im Conseil/Kronrat zu, ebenso bei den weiteren Teilnehmern, die nur gesondert mit Blattzahlen an Stellen nachgewiesen sind, wo sie referieren oder mit anderen Äußerungen hervortreten. Damit sollte vermieden werden, daß sich das Personenregister besonders bei den Ministern zu einem ausufernden Sprecherregister auswächst.

#### *Das Ortsregister*

Es wurde ein **reines Ortsregister** angefertigt. Andere geographische Begriffe (wie z.B. Provinzen und Staaten), überwiegend mit Verwaltungseinheiten oder anderen Sachbezügen verbunden, sind in das Sachregister eingegangen. Gebäude, Straßen, Plätze oder sonstige Lokalitäten, die als Ereignisstätten in Protokollen genannt werden, sind dem jeweiligen Ort zugeordnet. Das Ortsregister folgt den zeitgenössischen Bezeichnungen und Zuordnungen.





## Einleitung

Aus der Zeit zwischen dem 8. Januar 1879 und dem 19. März 1890 sind — inklusive der vier Beratungen, über die absichtlich keine Niederschriften angefertigt wurden — 399 Protokolle in zwölf Bänden der Protokoll-Stammquelle über Sitzungen des Preußischen Staatsministeriums überliefert. Der Bogen der fast 2000 Tagesordnungspunkte reicht somit vom Abschluß der innenpolitischen Wende Bismarcks 1879 bis zur Entlassung des ersten Reichskanzlers durch Kaiser Wilhelm II. im Jahre 1890.

Der vorliegende Band 7 der Regesten-Edition erschließt folglich ein Dutzend Jahre der Niederschriften über die Kollegialberatungen des Staatsministeriums. Er bietet mit den Regesten einen zusammenhängenden Überblick, mit den Anmerkungen (von Gesetzentwürfen, Voten und diversen Schriftstücken aufgrund der ministeriellen Sachakten) vielfache Ansatzpunkte für eingehende (monographische) Forschungsarbeit, mit dem Sachregister eine systematisierte Ordnung der Materialfülle der Quelle und mit dem Personenregister in Form von Kurzbiographien einen gut handhabbaren biographischen Index für alle an preußisch-deutscher Geschichte Interessierte. Damit geht das vorliegende Werk in diesen Beziehungen weiter als die bisher vorliegenden, verdienstvollen Quellensammlungen zur Innenpolitik des Bismarck-Reichs.<sup>1</sup>

Allerdings werden damit keineswegs alle politisch-exekutiven Handlungen der preußischen Ministerien oder gar des Reichs erfaßt, geschweige denn alle die aktuelle Forschung beschäftigenden Themenfelder, die sich zum guten Teil auch nur ansatzweise in den Staatsministerial-Sitzungsprotokollen widerspiegeln. Dazu kommt, daß nicht wenige Arbeiten der bisherigen Forschung die relevanten Protokolle des Staatsministeriums für den hier erfaßten Zeitraum berücksichtigt und ausgewertet haben.

Ungeachtet dessen erfüllen die Edition wie der vorliegende Band ein Desiderat der Forschung und leisten historische Grundlagenforschung.<sup>2</sup>

Dem Wesen einer Regesten-Edition entsprechend, lauten die Stichworte zur Intention dieses Bandes Überblick, Erschließung von Quellenbeständen und, wo möglich, Anregung neuer Forschung, nicht hingegen monographische Analyse, umfassende Aktenauswertung und abschließende Behandlung von Themen.<sup>3</sup>

Was unter diesen Auspizien anhand des vorliegenden Bandes an weiterführenden Beobachtungen, Nuancierungen bisheriger geschichtswissenschaftlicher Erkenntnisse und Ergänzungen offenbar

---

<sup>1</sup> Genannt seien nur: Stürmer, Michael (Hrsg.), *Bismarck und die preußisch-deutsche Politik 1871–1890*, 3. Aufl., München 1978 sowie Fenske, Hans (Hrsg.), *Im Bismarckschen Reich 1871–1890*, Darmstadt 1978. Da beide längere Texte abdrucken, haben sie gegenüber einer Regesten-Edition allerdings auch einen merklichen Vorteil. Auf die Bedeutung der wichtigen Editionen von J. Röhl über Ph. Eulenburg, W. P. Fuchs über Großherzog Friedrich I. von Baden, auf Bismarcks Ges. Werke oder die Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik braucht nicht weiter hingewiesen zu werden, da sich ihr hoher Wert schon aus den Regest-Anmerkungen erkennen läßt. Genaue bibliographische Angaben dazu unten im Verzeichnis der mehrfach zitierten Literatur.

<sup>2</sup> „Die nicht nur für die Sozialpolitik, sondern für die gesamte deutsche Innenpolitik außerordentlich wichtigen Sitzungsprotokolle des Preußischen Staatsministeriums“ zu veröffentlichen, „bleibt ein Desideratum ersten Ranges“ formulierte beispielsweise Baumgart, Winfried, *Quellenkunde. Das Zeitalter des Imperialismus und des Ersten Weltkrieges (1871–1918)*, 2. Aufl., Darmstadt 1991, S. 84.

<sup>3</sup> Wenn zudem einzelne in der Literatur tradierte faktische Irrtümer korrigiert werden können – so behauptet etwa Mommsen, Wolfgang J., *Das Ringen um den nationalen Staat. Die Gründung und der innere Ausbau des Deutschen Reiches unter Otto v. Bismarck 1850–1890*, Berlin 1993, S. 700, nur v. Berlepsch habe Bismarcks Rücktrittsgesuch in der Staatsministerialsitzung vom 17.3.1890 widersprochen, während es v. a. Scholz und Maybach waren –, dann dürfte dieser Nebeneffekt der Edition nur hilfreich sein.

wird, sei in den folgenden beiden Abschnitten in gebotener Kürze und ohne Anspruch auf enzyklopädische Vollständigkeit dargelegt. Die beiden letzten Abschnitte widmen sich stärker der formaltechnischen Seite, nämlich den Spezifika der Quellenüberlieferung sowie einigen editorischen Details.

### *1. Zwischen Kurs-Wende und „neuem Kurs“: Inhaltliche Schwerpunkte der Beratungen des Staatsministeriums 1879–1890*

Die Protokolle des Staatsministeriums bieten eine Vielfalt von Themen. Wichtige „große“, eher sekundäre und auch nebensächliche „kleine“ Themen stehen unvermittelt nebeneinander; nur einige Tagesordnungspunkte überschreiten etwas den üblichen, trockenen Ernst der Formulierung. Die Perspektive ist quellenbedingt eine spezifisch staatliche „von oben“. Wir finden in den Protokollen relativ wenig Sozial- und Kulturgeschichtliches jenseits des bürokratisch-etatistischen Blickwinkels der Gesetze, Staatsorgane und Hoheitsverwaltung, und nur sehr selten tauchen „moderne“ Themen wie der Umweltschutz auf, etwa die Gefahren der Entwaldung oder die Abwässer-Problematik im Zeitalter der Industrialisierung.<sup>4</sup>

Grundsätzlich erhellen die Niederschriften stets nur einen oder im besten Falle den Entscheidungspunkt blitzlichtartig. Auch konnten manche Fragen im sog. Umlaufverfahren (Votenwechsel und schriftliche Billigung) ohne mündliche Beratung erledigt werden oder waren so wenig strittig, unterlagen so selbstverständlichem Konsensus, daß sie nicht bei den regulären Sitzungen debattiert, sondern allenfalls informell besprochen wurden. Demgegenüber ist aber zu betonen: Der Nutzer kann durch Auswertung der jeweils annotierten, den Sitzungen zugrunde liegenden Sachakten von Staatsministerium und/oder Fachministerien den gesamten Vorgang rekonstruieren. Zudem ist zu berücksichtigen, daß Entscheidungen des Staatsministeriums grundsätzliche Bedeutung besaßen; einzelne Fälle waren häufig Präzedenzfälle und besaßen den Charakter von Grundsatzentscheidungen, nach denen fürderhin verfahren wurde, ohne daß dazu weitere Debatten im Ministerrat stattfinden mußten. Kurzum: Der Forschung werden durch das gewählte Verfahren der Anmerkung von Sachakten hilfreiche Ansatzpunkte für vertiefende Analysen und durch den langen Editionszeitraum Möglichkeiten zur diachron-vergleichenden Untersuchung eines Themas geboten.

Aus übergeordneter Warte lassen sich die Beratungen des Kabinetts zwischen 1879 und März 1890 unter ein Rubrum einfügen, nämlich die Entwicklung der (inneren) politisch-sozialen Verfassung Preußen-Deutschlands.<sup>5</sup> Diese Überschrift läßt sich so verschiedenen Feldern wie dem Vorgehen gegen die Sozialdemokratie und der Sozialgesetzgebung, dem Kulturkampfabbau und (gebietskörperschaftlichen) Selbstverwaltungsfragen, dem Verhalten zu den Parlamenten bzw. Parteien und dem Preußen-Reich-Verhältnis sowie dem Dauerthema Steuer- und Finanzpolitik, die in sich große Teile der Problematik Parlamentarisierung einschließen, zuordnen.

Angesichts der großen Themenvielfalt der Quelle ist im Rahmen dieser Einleitung evidenterweise keine vertiefte Analyse der weitgespannten Problemfelder möglich. Einige, anhand des vorliegenden Editionsbandes deutlich werdende, überblicksartige und einordnende Bemerkungen sind aber doch am Platze. Zunächst soll auf die in den Protokollen eher punktuell auftauchenden bzw. die gut

---

<sup>4</sup> So gab Bismarck zu Protokoll (23.3.1880, TOP 2), der Staat habe keine Veranlassung, das Heiraten von Beamten dadurch zu begünstigen, daß er auch alleinstehende Beamte zu Beiträgen für die Versorgung hinterbliebener Witwen und Waisen zwingt; der Kanzler machte sich eigenwillige Gedanken über die Verbreitung der Hunde-Tollwut (22.5.1881, TOP 6) oder das Kabinett befaßte sich ausgiebig mit der Papierprüfung (16.5.1886, TOP 8). Zu Umweltfragen vgl. Sitzungen am 25.5.1889, TOP 3 und 19.2.1883, TOP 8.

<sup>5</sup> Im Sinne E.-W. Böckenfördes bezeichnet der Begriff Verfassung hier – über die Konstitution im engeren Sinne hinausgehend – „die politisch-soziale Bauform einer Zeit“, somit Verfassungs- und Institutionen- inklusive der damit zusammenhängenden Probleme der Sozialgeschichte während des Prozesses der Nationalstaatsbildung; zit. nach Gall, Lothar, Europa auf dem Weg in die Moderne 1850–1890 (= Oldenbourg Grundriß der Geschichte, Bd. 14), 3. Aufl., München 1997, S. 137.

erforschten Problemfelder, dann auf die dominierenden „großen Themen“ der späten Bismarckzeit eingegangen werden.

In den Niederschriften der Jahre 1879–1890 erscheinen, wie in einem Gutteil der gesamten Protokollüberlieferung, die Bereiche **Außenpolitik** sowie **Militärpolitik** relativ blaß, denn sie galten als Prärogativen von Kanzler und Auswärtigem Amt, Monarch und Militärkabinetts.<sup>6</sup> Einer Passage des Protokolls vom 8. März 1880 zufolge, wurden diplomatische Berichte des Auswärtigen Amtes den preußischen Ressorts nur dann übermittelt, wenn besondere Gründe vorlagen. Die Befassung des Gremiums Staatsministerium mit der „großen Politik“ Europas geschah dementsprechend im folgenden Jahrzehnt eher sporadisch. Aber einzelne Sitzungen behandeln sehr wohl Grundsatzfragen dieser Sachbereiche, nämlich den Zweibund mit Österreich (28.9./5.10.1879) bzw. Bismarcks Rußlandpolitik 1888/1890 oder die Militärvorlagen 1886/87 bzw. 1890.<sup>7</sup> Weitere wichtige Fragen dieser beiden Themenfelder, beispielsweise der Bedeutungsverlust des Kriegsministers zugunsten des Militärkabinetts und des Generalstabs oder die Stationen der Außenpolitik der 1880er Jahre, sind also nach wie vor in den älteren Standardwerken bzw. den neueren Erträgen der Forschung nachzuschlagen.<sup>8</sup> Immerhin lassen die Protokolle (zusammen mit den Sachakten und gedruckten Quellen) den instrumentellen Charakter des Militärischen für Bismarck erkennen; sie offenbaren aber auch die von Bismarck geradezu verbissen betriebene Verteidigung der monarchischen Kommandogewalt und der extrakonstitutionellen Stellung des Militärs, deutlich etwa im Zusammenhang mit dem Rücktritt von Kriegsminister Kameke 1883. Zudem gibt es diverse Tagesordnungspunkte zu innenpolitisch akzentuierten Fragen wie der geplanten Wehrsteuer 1880, dem Militärversorgungswesen und der Kommunalsteuerpflicht von Militärangehörigen oder bezüglich diplomatischer Kontakte mit ausländischen Regierungen zu bi- und multilateralen Materien der verschiedensten Art.<sup>9</sup>

Zwei weitere Themenfelder bleiben „unterbelichtet“, die indessen gleichfalls durch die jüngere Forschung bzw. eine breit angelegte, zuverlässige und vorzügliche Edition als gut erforscht gelten können. Gemeint sind einmal die **Haltung zur Sozialdemokratie, speziell das Sozialistengesetz**, zum anderen die **Sozialpolitik**. Für den Bereich sozialdemokratische Arbeiterbewegungs-geschichte<sup>10</sup> gilt, daß wenig Dissens in der Frage ihrer Bekämpfung bestand und somit eine große Diskussion überflüssig war, obwohl 1889/90 gewisse Nuancierungen der Meinungen etwa bei den Ministern Boetticher und Herrfurth erkennbar sind. Ein in der Quelle stark repräsentierter Teil wie die regierungsinterne Strategie-Debatte gegenüber der Arbeiterbewegung zwischen dem großen Bergarbeiterstreik 1889 und der geplanten Verlängerung des Sozialistengesetzes 1890 darf als historiographisch gut ausgeleuchtet gelten. Zur Sozialpolitik, also den drei großen Versicherungsgesetzen der 1880er Jahre wie den flankierenden Maßnahmen zum Arbeiterschutz, stellt die viel-

<sup>6</sup> Die bereits von Seier, Hellmut, Region, Modernisierung und Deutschlandpolitik. Die „Preußenwelle“ in landesgeschichtlicher Sicht, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 33 (1983), S. 347–401, S. 348, 372, 399 konstatierte innenpolitische Orientierung der neueren Forschung setzt sich somit quellenbedingt fort.

<sup>7</sup> Sitzungen am 14.2.1886, TOP 2; 9.1.1887, TOP 1; 23.3.1888, TOP 2; 9.3.1890, TOP 4; 17.3.1890. Zur Sonderstellung der Außenpolitik vgl. Meisner, Heinrich Otto, Zur neueren Geschichte des preußischen Kabinetts. Das Zivilkabinetts der Kaiserzeit, in: Forschungen zur brandenburg.-preuß. Geschichte 36 (1924), S. 180–209, hier S. 197.

<sup>8</sup> Genannt seien nur: Meisner, Heinrich Otto, Der Kriegsminister 1814–1914, Berlin 1940 und Schmidt-Bückeburg, Rudolf, Das Militärkabinetts der preußischen Könige und deutschen Kaiser 1787–1918, Berlin 1933. Canis, Konrad, Bismarck und Waldersee. Die außenpolitischen Krisenerscheinungen und das Verhalten des Generalstabes 1882 bis 1890, Berlin (O) 1980. Hildebrand, Klaus, Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945, Stuttgart 1995; ders., Deutsche Außenpolitik 1871–1918, 2. Aufl., München 1994; Mommsen, Regin um den nationalen Staat, S. 492–559; Schöllgen, Gregor, Das Zeitalter des Imperialismus, 3. Aufl., München 1994.

<sup>9</sup> Vgl. Sitzungen am 22.6.1884, TOP 1 u. 9.1.1887, TOP 1 (Kommandogewalt); 3.2.1879, TOP 5; 8.5.1881, TOP 6; 22.5.1881, TOP 5; 2.7.1883, TOP 8 (div. Materien).

<sup>10</sup> Als Resümee der Forschung zuletzt: Ritter, Gerhard A./Tenfelde, Klaus, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, Bonn 1992. Zum Thema Sozialistengesetz weiterhin: Pack, Wolfgang, Das parlamentarische Ringen um das Sozialistengesetz Bismarcks 1878–1890, Düsseldorf 1961.

bändige Quellensammlung zur Geschichte der Deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914, (für die Jahre 1867–90 von F. Tennstedt und Mitarbeitern betreut), einen dichten und umfassenden Materialfundus bereit.<sup>11</sup>

Das **Bildungswesen** im weiteren Sinne kommt am deutlichsten mit dem Thema Volksschulkosten in den Blick. Hiermit befassen sich bis zu Schulunterhaltungs- und Kostenerleichterungs-Gesetzen von 1887/88 viele Tagesordnungspunkte, die zudem durch latente wie offene Meinungsverschiedenheiten zwischen Kultusminister Goßler und Ministerpräsident Bismarck charakterisiert sind. Daneben klingt mehrfach der Versuch zur Zügelung der zu selbstbewußten, gar politisch freisinnigen Lehrer an (23.4.1881, TOP 7), bzw. es wird vernehmlich vor „zu viel Bildung“ für Mädchen oder generell vor „Überproduktion“ von Gebildeten gewarnt. Finanzminister Scholz beklagte einmal sogar die vermeintlich überzogenen bildungspolitischen Forderungen der freikonservativ-nationalliberalen Mittelparteien (10.6.1885, TOP 4). Beim Gymnasialwesen sollte regierungsseitig der staatliche Charakter betont werden, um nicht städtisches Unabhängigkeitsdenken zu fördern (2.1.1889, TOP 2), und Lehrern an höheren Unterrichtsanstalten wurde die 5. Beamten-Rangklasse nicht zuletzt deshalb beigelegt, weil bei ihnen, so Puttkamer, „die Staatsregierung (...) mehr und mehr Unterstützung“ finde (1.2.1885, TOP 3). Die bekannten positiven Seiten des preußischen Bildungswesens, zumal der vergleichsweise hohe Standard in Universitäten und Forschung, kommen in den Protokollen praktisch nicht vor; nur vereinzelt treffen wir auf eine lobende Hervorhebung der preußischen Ärzteschaft oder auf Ehrungen hervorragender Repräsentanten der Wissenschaft durch hohe Auszeichnungen.<sup>12</sup> Das mag auch dem diesbezüglich herrschenden Konsens geschuldet sein.

Ein lange folgenreiches, negatives und belastendes Kapitel der preußisch-deutschen Geschichte wurde im in Rede stehenden Zeitraum mit einer verschärften **antipolnischen Politik** von neuer Qualität aufgeschlagen.<sup>13</sup> Die am Beginn stehenden Ausweisungen von Polen und Juden aus den preußischen Ostprovinzen 1885 sind allerdings genauso wie die im Januar/Februar 1886 konzipierte Ansiedlungspolitik vielfach in der Literatur untersucht; auch die im vorliegenden Band bei den entsprechenden Tagesordnungspunkten angemerkten Aktenbestände wurden von ihr berücksichtigt. Deutlich hervor tritt in den Protokollen, wie nach punktuellen Vorüberlegungen (3.1.1882, TOP 3; 12.3.1883, TOP 4; 16.12.1884, TOP 1) Bismarck die Initiative energisch ergriff und binnen kurzem eine umfassende Mobilisierung aller staatlicher Instanzen und Mittel zur Erreichung der gewünschten Ziele einsetzte, was bald auch die katholische Kirche und die polnische Sprache betraf und bedrohte.

Damit ist im Grunde der weite Bereich der inneren **Nationsbildung** im neuen Reich angesprochen, aber dieser Aspekt bleibt ansonsten in den Protokollen schwach belichtet und tritt nur punktuell auf. Immerhin ist erkennbar, daß das Staatsministerium sich weder für die Kölner-Domfeier (26.2.1880, TOP 2), die Kriegervereine (21.12.1880, TOP 3), die Luther-Feiern (18.5.1883, TOP

<sup>11</sup> Die für 1879–90 relevanten, bereits vorliegenden Bände sind im Literaturverzeichnis detailliert nachgewiesen.

<sup>12</sup> Vgl. Sitzungen am 7.5.1883, TOP 8 (Statement Lucius'), am 6.2.1882, TOP 11 (L. Ranke) bzw. am 24.7.1884, TOP 1 (Tätigkeit R. Kochs). Forschungsüberblick bei: Neugebauer, Wolfgang, Das Bildungswesen in Preußen seit Mitte des 17. Jahrhunderts, in: Handbuch der preußischen Geschichte, Bd. 2, hrsg. v. Otto Büsch, Berlin/New York 1992, S. 605–798, bes. S. 747–775. Daß die spezifischen politisch-sozialen Existenzbedingungen Preußens nicht nur die harten, bürokratisch-obrigkeitlichen und militärischen Züge, sondern auch das Universitätswesen mitbegründeten, betont Nipperdey, Thomas, Preußen und die Universität, in: Preußen. Seine Wirkung auf die deutsche Geschichte (Vorlesungen); Stuttgart 1985, S. 65–85.

<sup>13</sup> Aus der Literatur dazu seien v. a. genannt: Blanke, Richard, Prussian Poland in the German Empire (1871–1900), Boulder/New York 1981 (listet auch polnische Literatur auf); Mai, Joachim, Die preußisch-deutsche Polenpolitik 1885–1887, Berlin (O) 1962; Bade, Klaus J., „Kulturkampf“ auf dem Arbeitsmarkt. Bismarcks Polenpolitik 1885–1890, in: O. Pflanze (Hrsg.), Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reichs, München 1983, S. 121–142. Weitere Bibliographie bei Wehler, Hans-Ulrich, Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1849–1914, München 1995, S. 1461.

3) oder das Jubiläum des Zollvereins (23.10.1883, TOP 5) begeisterte, noch — nach dem Ton der Niederschriften zu urteilen — die großen zeitgenössischen Denkmalsbauten wie (1883) das Niederwald- und (1889) das Kyffhäuser-Monument, ja nicht einmal das Berliner Nationaldenkmal für Wilhelm I. (3.12.1889, TOP 3; 2.3.1890, TOP 5) mit Emphase begrüßte. Die starke preußische Orientierung auf obrigkeitliche Anleitung und Steuerung von Gesellschaft und Öffentlichkeit wirkte sich hier offenbar aus.<sup>14</sup>

Die weiteren thematischen Schwerpunkte der Staatsministerialberatungen 1879–90 lassen sich — unmittelbar oder mittelbar, explizit oder implizit — grosso modo unter die Überschrift der **etatistisch-konservativen Bewahrung des Status quo** subsumieren.<sup>15</sup> Dies heißt keineswegs, daß das gesamte preußisch-deutsche politische Leben der 1880er Jahre so zusammengefaßt werden könnte, von der wirtschaftlich-sozialen Dynamik des industriellen Zeitalters und des politischen Massenmarktes gar nicht zu reden.<sup>16</sup> Auch Faktoren wie der bundesstaatliche Föderalismus im Reich oder die tradierten rechtsstaatlichen Elemente Preußens erwiesen sich zuweilen bei angestrebten politischen Zielsetzungen als hinderlich. Beispielsweise blieb selbst das breite preußische Polizeiverordnungsrecht verwaltungsgerichtlicher Überprüfung nicht ganz entzogen (23.4.1881, TOP 2; 26.10.1886, TOP 5), wirkte das Beamtenrecht der erwogenen Entziehung staatsbürgerlicher Rechte entgegen (24.4.1879, TOP 1), gewährte die Kirchenverfassung der evangelischen Landeskirche einigen Rückhalt (5.5.1889, TOP 5) oder erschwerte das kodifizierte Strafrecht die Strafverfolgung sine lege (2.2.1880, TOP 1; 13.3.1889, TOP 1).

Jenseits dieser Einschränkungen gilt: auf Bewahrung des Obrigkeitsstaats trotz, ja gegen die anhebende politische Mobilisierung richtete sich das intentionale Wirken des Gremiums Staatsministerium zwischen 1879 und 1890. Dutzendfach ist von der „Wahrung der Staatsautorität“ die Rede und läßt sich die Bewahrung des verfassungsmäßigen Status quo als gewünschter Zielpunkt der Kabinettspolitik greifen. Das wird erkennbar auf Politikfeldern, die das Staatsministerium quantitativ vorrangig beschäftigten: der Beamten- und Personalpolitik, den Selbstverwaltungsfragen zumal der Städte, dem Verhältnis zu den Parlamenten und Parteien, dem Gebaren gegenüber dem Reich, ja gutenteils sogar bei der Haltung gegenüber der evangelischen Kirche sowie beim Abbau des Kulturkampfes.

Nach der Zahl der Tagesordnungspunkte nimmt unzweifelhaft die **Personal- und Beamtenpolitik** den ersten Rang in der Tätigkeit des Staatsministeriums ein. Da vom Monarchen zu vollziehende Beamten-Ernennungen ab der 3. Rangklasse (das heißt v. a. Oberräte der Provinzialbehörden, Polizeipräsidenten, Regierungs- und Oberpräsidenten, vortragende Räte und höhere Chargen in Ministerien, nicht aber Land- oder Regierungsräte) vom Staatsministerium im Umlaufverfahren oder nach mündlicher Beratung gebilligt werden mußten, besaß das Kabinett die Möglichkeit zur Steuerung der Personalpolitik.<sup>17</sup>

<sup>14</sup> Vgl. zu diesem Themenfeld etwa Hardtwig, Wolfgang, Nationsbildung und politische Mentalität. Denkmal und Fest im Kaiserreich, in: Ders., Geschichtskultur und Wissenschaft, München 1990, S. 264–301.

<sup>15</sup> So bereits der Tenor des unveröffentlichten Manuskripts von W. Frauendienst „Das preußische Staatsministerium 1808–1918“, BArch Koblenz, NL W. Frauendienst, Nr. 3, S. 69 ff. und eine Kapitelüberschrift bei Stürmer (Hrsg.), Bismarck, S. 89 ff. Auch Gall, Lothar, Zwischen Preußen und dem Reich. Bismarck als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident, in: O. Hauser (Hrsg.), Zur Problematik 'Preußen und das Reich', Köln/Wien 1984, S. 155–164, hier S. 164, sieht Preußen durch den späten Bismarck auf die „Bewahrung des Status quo“ festgelegt. Vgl. zuletzt das Fazit bei Nipperdey, Thomas, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2, München 1992, S. 86: „Preußen blieb, ja wurde verstärkt der Adelsstaat. Seine Regierung wurde zum Hort des Status quo auch im Reich.“

<sup>16</sup> Zu einigen Ansätzen der neuesten Forschung, die auch Dynamik, ja Modernität konstatieren, und Desideraten für künftige Arbeiten vgl. Kühne, Thomas, Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918 und seine politische Kultur: Demokratisierung, Segmentierung, Militarisierung, in: Neue Politische Literatur 1998, H. 2, S. 206–263.

<sup>17</sup> Vgl. GS 1817, S. 291 (VO v. 3.11.1817, VIII., Nr. 9 u. 10). Gem. Kabinettsordre v. 30.6.1851 sollte die Ernennung von Beamten mit selbständiger Wirksamkeit stets durch das Staatsministerium erfolgen; vgl. GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 394, n. f. (Memorandum v. 6.10.1894, S. 29 f.). Diese Beamten konnten gem. § 87, Nr. 2 des Disziplinargesetzes v. 21.7.1852 als politische Beamte jederzeit zur Disposition gestellt werden. Detaillierte Beamten-Rang-

Dementsprechend wurden die Ernennungen von Oberpräsidenten (1879–90: 14), fast allen Regierungspräsidenten sowie des Großteils der Ministerialräte und Beamten ab der Rangstufe der Oberregierungsräte bei ihrer (erstmaligen) Berufung in solche Positionen im Staatsministerium beraten. Bei den nicht des Einverständnisses des gesamten Kabinetts bedürftigen Ernennungen von Landräten wurde nur ein Bruchteil mündlich erörtert; dabei handelte es sich häufig um solche Kreisoberhäupter, die zugleich Parlamentsmandate besaßen, was Nachwahlen wegen Beförderung zur Folge hatte, oder solche, wo nach Friktionen Neubesetzungen nötig erschienen.<sup>18</sup>

Obwohl bei den Tagesordnungspunkten zu Ernennungen meist keine Diskussionen protokolliert wurden, zeigt eine kursorische Durchsicht der Biographien, daß für Positionen wie Ober- und Regierungspräsidenten, Land- oder Ministerialrat bei ganz wenigen Ausnahmen nur deutsch-, frei- oder jedenfalls staatskonservative Beamte vorgeschlagen wurden.<sup>19</sup> Gegen die zusätzliche Bevorzugung von Adeligen wurde einmal sogar im Staatsministerium Unmut laut (26.7.1881, TOP 1), und noch im Ersten Weltkrieg wurde die adelig-konservative Dominanz in bürokratischen Führungspositionen von den bürgerlichen resp. adeligen Ministern einigermaßen unterschiedlich gesehen.<sup>20</sup>

Schon anhand der Protokolle selbst, umfassender aber noch anhand der (bei spektakulären Fällen angemerkten) Personal- und Sach-Akten des Innenministeriums und des Zivilkabinetts tritt die — zeitweise in der Historiographie angezweifelte — Puttkamer'sche antiliberalen Beamtenpolitik der 1880er Jahre (sog. „Puttkamer Purge“) als von Bismarck selbst ausgehender politischer Schwenk deutlich hervor.<sup>21</sup> Wohl bestätigt ein Protokoll (18.10.1879, TOP 3) die starke antikatholische Linie der vorangegangenen Kulturkampfzeit und wird die zu lasche anti-ultramontane Haltung von Spitzenbeamten gerügt (12.1.1884, TOP 1). Aber zahlreiche spätere Tagesordnungspunkte belegen den Versuch, bei den Staatsdienern „die Zügel anzuziehen“ und nicht-gouvernementale, d. h. vor allem freihändlerische<sup>22</sup> und linksliberale Männer zu bekämpfen, nicht zu befördern oder auszu-sondern. Diese politisch motivierte Disziplinierung äußerte sich somit nicht in massenhaften Entlassungen, sondern in einzelnen, aber keineswegs seltenen Aktionen, die dem Beamtenkörper die erwünschte Richtung anzeigten und ein spezifisches Klima erzeugten.<sup>23</sup> Gegen aktive „Agitation“

---

klassen bei Lorenz, Hermann, Die Amtstitel und Rangverhältnisse der höheren, mittleren und unteren Reichs- und preußischen Staatsbeamten (...), Berlin 1907, S. 77 ff.

<sup>18</sup> Beispiele: 22.6.1882, TOP 1; 15.5.1888, TOP 6; 8.12.1888, TOP 2.

<sup>19</sup> Von den 14 in den Protokollen behandelten Ernennungen von Oberpräsidenten lassen sich je sieben als deutsch- bzw. freikonservativ einstufen (B. Eulenburg, Schlieckmann, Seydewitz, Steinmann, Studt, Wolff, Zedlitz bzw. Achenbach, Behr-Negendank, Boetticher, Berlepsch, Ernsthäuser, Hagemeister, Nasse); nationalliberal war einzig Bennigsen. Unter den doppelt so vielen Regierungspräsidenten 1879–90 finden wir keinen Nationalliberalen oder Zentrumsanhänger. „Ämterpatronage zugunsten der konservativen Parteien“ konstatiert bereits Fenske, Hans, Preußische Beamtenpolitik vor 1918, in: Der Staat 12 (1973), S. 339–356, S. 356. Diese politische Einengung des Spektrums wird bei manchen neueren Untersuchungen zum Sozialprofil der Beamten, die die soziale Öffnung der Verwaltung nachzuweisen suchen, nicht hinreichend beachtet.

<sup>20</sup> Vgl. Bd. 10 (1909–1918) der Edition, bearb. v. R. Zilch, Hildesheim 1999, Sitzung am 19.1.1917, TOP 1. Bereits Lucius v. Ballhausen, Robert Frhr. v., Bismarck-Erinnerungen, Stuttgart/Berlin 1920, S. 584 schreibt, daß sich das „bürgerliche Element bei den höheren Stellenbesetzungen vielfach zurückgesetzt“ fühle gegenüber dem Adel.

<sup>21</sup> Die alten Thesen E. Kehrs zweifelten an: Anderson, Margaret L./Barkin, Kenneth, The myth of the Puttkamer Purge and the reality of the Kulturkampf, in: Journal of Modern History 1982, S. 647–686. Dieses ohne Aktenbenutzung entworfene Bild revidieren: Ormond, Thomas, Richterwürde und Regierungstreue: Dienstrecht, politische Betätigung und Disziplinierung der Richter in Preußen, Baden und Hessen 1866–1918, Frankfurt/M. 1994, bes. S. 407, 415, 418; Kühne, Thomas, Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur, Düsseldorf 1994, S. 60 ff.; Wehler, Gesellschaftsgeschichte, S. 861–864 sowie Spenkuch, Hartwin, Das Preußische Herrenhaus, Düsseldorf 1998, bes. S. 315–327.

<sup>22</sup> So verlangte Bismarck 1882 von Scholz, daß im höheren Zolldienst künftig keine Freihändler mehr angestellt würden; Scholz, Adolf v., Erlebnisse und Gespräche mit Bismarck, Stuttgart/Berlin 1922, S. 44 f. (= Rep. 92, NL Scholz, Nr. 7, Bl. 57–59). Dazu bereits Böhme, Helmut, Deutschlands Weg zur Großmacht, 3. Aufl., Köln 1974, S. 569–572. – Alle nur mit der Repositur bezeichneten Aktenangaben beziehen sich auf das GStAPK, I. HA.

<sup>23</sup> So schon das Grundlagenwerk von Morsey, Rudolf, Die oberste Reichsverwaltung unter Bismarck 1867–1890, Münster 1957, S. 264–270 (Beispiele) u. ders., Memoiren als Quellen zur preußischen Verwaltungsgeschichte im Wilhelminischen Deutschland, in: ders., Von Windthorst bis Adenauer. Gesammelte Aufsätze, Paderborn 1997,

wurde selbst bei Kommunalbeamten wie den Bürgermeistern Herse oder Brinckmann energisch eingeschritten (21.6.1883, TOP 9; 22.11.1884, TOP 3); bei staatlichen Spitzenbeamten wie dem westpreußischen Oberpräsidenten v. Ernsthausen (2.7.1883, TOP 10) war schon „politische Indolenz“, d. h. Mangel an antiliberalem Einsatz, Anlaß zu Versetzungsversuchen. Wie deutlich Bismarck seine Linie gegen alles auch nur vermeintlich Linksliberale — und damit, in gewissem Gegensatz zum Nationalliberalismus, nicht Zähmbare — betrieb, erhellen zudem mehrere Stellen in Lucius' Bismarck-Erinnerungen.<sup>24</sup>

Der genannten Disziplinierung korrespondierten im positiven Sinne diverse Fürsorgemaßnahmen. Um die Loyalität der nicht zuletzt bei Parlamentswahlen so wichtigen Beamten aller Rangstufen vom Subalterndienst bis zum politischen Beamten zu stärken, wurden mehrfach Gehaltserhöhungen, günstigere Pensionsregelungen oder diverse Rang- und Titel-Verbesserungen diskutiert, zugleich aber die Anfänge der — in der Perzeption der Minister Druck ausübenden — Beamtenvereine eher beargwöhnt (9.10.1885, TOP 6 und 10.11.1886, TOP 5). Insgesamt stellt die Beamtenpolitik ja ein sensibles Thema von zentraler, aber nicht hinreichend erforschter Bedeutung für Preußen dar.<sup>25</sup>

Der — jenseits des Beamtenbereichs noch weit deutlicher — zunehmenden politischen Mobilisierung zu steuern, war durchgängig das Ziel der Politik der Staatsregierung; erreicht wurde es allerdings nur unvollkommen. Mehrfache und bedeutsame Niederlagen gab es insbesondere im Bereich der **Steuer- und Finanzpolitik**. Hier wollte zwar Bismarck den Status quo verändern, aber die Parlamente besaßen mit ihrem Budgetrecht eine verfassungsrechtlich starke Stellung. Zudem waren divergierende Interessen von Bundesstaaten, Parteien sowie Verbänden am Werke und konnten die vorgelegten Konzeptionen keine parlamentarischen Mehrheiten überzeugen. Von den Monopollänen für Tabak oder Branntwein über die Verwendungsgesetze bis zum letzten Einkommensteuer-Plan Scholz' 1889/90 gab es scheiternde Anläufe, die indirekten (konsumtiven) Steuern anzuheben und die direkten (einkommensabhängigen) Steuern zu ermäßigen und gleichzeitig das parlamentarische Budgetrecht mindestens partiell auszuhebeln. In Übereinstimmung mit der neuen Problemanalyse von A. Thier belegen die Protokolle zudem die entschiedene steuerpolitische Hinwendung Bismarcks und des Staatsministeriums zu den politisch-wirtschaftlichen Interessen des Grundbesitzes, wenngleich — sozial- und wahlpolitisch bedingt — doch eine gewisse Rücksicht auf die Bezieher kleiner Einkommen genommen wurde.<sup>26</sup> Was im Reich nicht gelang (z. B. das Branntwein-Monopol), wurde hilfsweise in Preußen erwogen (etwa eine Schank-Lizenzsteuer), fand aber auch dort — bis zu den Reformen Miquels 1891/93 — keinen befriedigenden Abschluß. Selbst der freikonservative Finanzfachmann Octavio Freiherr von Zedlitz und Neukirch bezeichnete die 1880er Jahre rückblickend finanzpolitisch als „Periode des Flickwerks“.<sup>27</sup> Erreichte somit die Regierungsseite, jedenfalls gemessen an ihren Wunschvorstellungen, eher magere finanz- und verfassungspolitische Resultate, so erzielten andererseits aber auch die durch Parteienkonkurrenz gespaltenen Parlamente zwar gewisse verteilungspolitische Erfolge (lex Huene, Eisenbahn-Baupolitik), aber keine rechtlich fixierte Ausweitung ihres Budgetrechts.

Erheblich häufiger als man unbefangener Weise annehmen könnte, befaßte sich das Staatsministerium mit kirchlichen Fragen, faktisch dem **Abbau des Kulturkampfes** auf katholischer Seite und

S. 804–823, bes. S. 817, 821. Beispiele in den Sitzungsprotokollen: 8.12.1881, TOP 1; 18.6.1882, TOP 7; 12.11.1882, TOP 3; 12.4.1883, TOP 6; 13.12.1883, TOP 2.

<sup>24</sup> Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 255 f., 310. Beleg zudem etwa bei: Schulte-Nölke, Hans, Das Reichsjustizamt und die Entstehung des bürgerlichen Gesetzbuchs, Frankfurt/M. 1995, S. 28 (Bismarck verlangt 1883/85 Mitteilung über die politische Haltung der Vortragenden Räte in Reichsämtern).

<sup>25</sup> Deshalb wird dazu nach Abschluß der Edition der Protokolle ein eigener sachthematischer Editionsband erwogen.

<sup>26</sup> Vgl. Thier, Andreas, Steuergesetzgebung und Verfassung in der konstitutionellen Monarchie: Staatssteuerreformen in Preußen 1871–1893, Frankfurt/M. 1999; zur sozial- und wahlpolitischen Rücksichtnahme bes. S. 373–375. Vgl. Sitzungen am 6.12.1880, TOP 2; 29.1.1882, TOP 8.

<sup>27</sup> Zedlitz und Neukirch, Octavio Freiherr v., Dreißig Jahre preußischer Finanz- und Steuerpolitik, Berlin 1901, S. 78.

Organisationsfragen bzw. den (ministerieller Sanktion bedürftigen) Kirchengesetzen bei der evangelisch-reformierten Kirche. Zwar sind auch hier — aufgrund einiger Standardwerke<sup>28</sup> — die tragenden Linien der historischen Entwicklung bekannt, aber mehrere Dinge überraschen doch.

Neben der besagten Beachtung, die man im Staatsministerium auch den Verästelungen des Themas schenkte, was sich in den vielfachen, teils nur summarisch protokollierten Beratungen dazu ausdrückt, tritt deutlich hervor, daß Bismarck als Hauptträger der Milderungs- und Friedensgesetze 1880–1887 im Kabinett explizite Ressentiments zu überwinden hatte, gerade auch seitens der eher frei- denn hochkonservativen Ressortchefs.<sup>29</sup> Der Kulturkampfabbau bewegte sich auf der Linie, den Katholiken im seelsorgerischen Bereich das (wieder) zuzugestehen, was ohne Schädigung staatlicher Autorität gewährt werden konnte (7.5.1880). Dabei betrachtete Bismarck diesen Problemkreis primär unter politischen Gesichtspunkten, d. h. es ging ihm beispielsweise um die Gewinnung der Zentrumspartei für seine wirtschafts- und finanzpolitischen Ziele. Als taktische Variante ist beim 2. Friedensgesetz 1887, als mit den Stimmen des Zentrums die Militärvorlage zu Fall gebracht und im Gefolge das konservativ-nationalliberale Kartell gegen Zentrum und Freisinn entstanden war, die Rede davon, daß man den Papst für ein Bündnis gegen die deutsche Zentrumspartei instrumentalisieren müsse (15.3.1887, TOP 5). Den mehrfachen Versuchen, den rechten Flügel im Zentrum zu stärken und die Gesamtpartei zu gouvernementalisieren, war indessen kein großer Erfolg beschieden; die Partei und der katholische Bevölkerungsteil überhaupt blieben gegen regierungsamtliche Beeinflussung relativ resistent.<sup>30</sup> Allerdings wurde 1880–87 ein tragfähiger kirchenpolitischer *modus vivendi* gefunden.

Als erstaunlich ist darüber hinaus das in den Protokollen mehrfach aufscheinende Mißtrauen gegen die **evangelisch-reformierte Kirche** zu bezeichnen. Ursache hierfür war zuvörderst das ministerielle Bestreben, die Landeskirche unter steter staatlicher Aufsicht zu halten, die kirchlichen Bestrebungen auf Erlangung größerer Unabhängigkeit der Gemeinden und Synoden von der staatlichen Verwaltungsbehörde Oberkirchenrat einzudämmen, und, last but not least, Streit zwischen den auch kirchenpolitisch konservativen bzw. liberalen Richtungen im Umfeld der Bildung des Bismarckschen Parteien-Kartells zu verhindern. Aus diesen Gründen sollten Kirchenbeamte disziplinarisch den Staatsbeamten gleichgestellt sein, der Vizepräsident des Oberkirchenrats Brückner wurde nicht in das Herrenhaus berufen, Kirchengesetze wurden nicht sanktioniert und, quasi als Gipfelpunkt, äußerte Bismarck einmal scharf, der kirchenpolitische Antrag Hammerstein-Kleist zielle auf „Mediatisierung“ des königlichen *Summus Episcopus* und „Priesterherrschaft“, sei also staatsfeindlich. Aufgrund der gegebenen Kirchenorganisation blieb aber natürlich die evangelisch-reformierte Landeskirche staatlicher Einflußnahme erheblich zugänglicher als die katholische Kirche, zumal ein steter Wechsel staatlicher Verwaltungsbeamter in kirchliche Stellen von Kultusministerium und Staatsministerium begünstigt wurde.<sup>31</sup>

Unter das Rubrum der Bewahrung staatlicher Autorität lassen sich auch die staatsministerialen Beratungen zu **Selbstverwaltungsfragen in Provinzen, Kreisen, Städten und Landgemeinden** stellen.<sup>32</sup> Im Zusammenhang mit der Revision und regionaler Ausdehnung der Provinzialver-

<sup>28</sup> Genannt seien nur: Bachem, Karl, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei, Bd. 4, Köln 1928; Weber, Christoph, Kirchliche Politik zwischen Rom, Berlin und Trier 1876–1888, Mainz 1970; Gatz, Erwin, Akten zur preußischen Kirchenpolitik in den Bistümern Gnesen-Posen, Kulm und Ermland 1885–1914, Mainz 1977; Lill, Rudolf, Die Wende im Kulturkampf. Leo XIII., Bismarck und die Zentrumspartei 1878–1880, Tübingen 1973. Die Geschichte der Evangelischen Kirche der Union. Bd. 2: Die Verselbständigung der Kirche unter dem königlichen Summepiskopat (1850–1918), hrsg. von J. Rogge u. G. Ruhbach, Leipzig 1994, S. 284 ff. (G. Besier).

<sup>29</sup> Vgl. Sitzungen am 7.5.1880; 17.4.1882, TOP 6; 31.5.1883, TOP 1; 2.1.1887, TOP 8; 17.1.1887, TOP 3.

<sup>30</sup> Rückblickend stellte selbst Bismarck der Strategie der katholischen Partei mit dem Satz „Nur die Führung des Centrums kann ich nicht eine unfähige nennen“ das größte Lob unter allen Parteien aus; Ges. Werke, Bd. 15, S. 448.

<sup>31</sup> Vgl. Sitzungen am 16.3.1889, TOP 1; 8.5.1886, TOP 11; 14.11.1886, TOP 3; 8.2.1884, TOP 3 u. 22.2.1888, TOP 1; 15.3.1887, TOP 6; 7.5.1883 TOP 7.

<sup>32</sup> Vgl. dazu weiterhin die relevanten Kapitel bei Heffter, Heinrich, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert, 2. Aufl., Stuttgart 1969. Wichtige Aspekte auch bei Spenkuch, Herrenhaus, S. 519–537.



waltungs-Gesetze legte Bismarck (18.6.1881, TOP 2) ausdrücklich diese Linie fest, indem er betonte, daß stärker als bisher die monarchische und die Staatsgewalt zu betonen sei. Die Aufsichtsführung über bzw. Bestätigung von gewählten Kommunalbeamten durch weisungsgebundene Einzelbeamte anstatt durch Regierungs-Kollegien wurde im Rahmen der Landesverwaltungs- und Zuständigkeitsgesetze als besonders wichtig erachtet; diese Frage führte im Februar 1881 sogar zum spektakulären Rücktritt von Innenminister B. Eulenburg. Politische Motive sind bei der mehrfachen Versagung der Bestätigung für freisinnige Kommunalbeamte, der Auflösung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung (3.4.1884, TOP 7) und der Unterstützung der Frankfurter staatlichen Polizei trotz zweifelhaften Verhaltens bei einem Krawall (21.3.1886, TOP 2) unverkennbar. Immer wieder wurde explizit oder implizit vor den Städten gewarnt, etwa davor, daß Konzessionen an die hannoverschen kreisgehörigen Städte ein Präzedenz für Altpreußen bilden könnten, daß die Städte im Provinzial-Landtag nicht zu stark repräsentiert sein dürften oder daß bei den Kosten der Polizeiverwaltung — implizit bei Finanzfragen allgemein — keine Bevorzugung der Städte stattfinden solle.<sup>33</sup> Als Pendant dazu bestimmte die stete Sorge um den Anteil des (Groß-) Grundbesitzes in den Kreis- und Provinzial-Korporationen, die nicht zu politisch denkenden Körperschaften werden sollten (27.12.1883, TOP 2), das Denken der Minister. Die Puttkamerschen Selbstverwaltungsgesetze der 1880er Jahre sind indessen ein komplexes Thema, das sich in den kurzen Protokollstücken nicht in der ganzen Deutlichkeit widerspiegelt, sondern anhand der relevanten Ministerialbestände sowie ergänzender Quellen aus der Provinzial- bzw. Lokal-Perspektive erhellt werden müßte, und dann auch wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn verspricht.<sup>34</sup>

An Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen die Protokolle hinsichtlich des Verhältnisses **Staatsministerium — Parlamente**. Bei zahlreichen Tagesordnungspunkten wird ein erhebliches antiparlamentarisches Sentiment offenkundig. Eine Maxime aus der Zeit des Verfassungskonfliktes aufgreifend, wandte sich Bismarck bereits in der Sitzung am 9. Juni 1880 gegen Nachgeben in den parlamentarischen Kommissionsberatungen; einen parlamentarischen Bedeutungsgewinn durch die Entsendung zu vieler, Rede und Antwort stehender Ministerialkommissare befürchtete Scholz (3.3.1884, TOP 8; 28.12.1885, TOP 7). Gegen die Zweckbestimmung künftiger Staatseinnahmen durch das Abgeordnetenhaus, somit eine Ausweitung des Budgetrechts, äußerte sich B. Eulenburg (4.12.1879, TOP 5), und die mögliche Benutzung ihrer Eisenbahn-Freifahrkarten zu vermeintlichen Wahlkampffreien der Reichstagsabgeordneten stellte Minister Maybach per Erlaß ab (29.8.1884, TOP 2). Damit wie bei eher formalen Fragen des Geschäftsverkehrs (8.10.1888, TOP 9; 17.2.1889, TOP 8) wurde zugleich die der Exekutive freiere Hand lassende Diskontinuität der Parlaments-sitzungen unterstrichen. Schließlich bietet auch die langjährige Verzögerung eines Neubaus für das Abgeordnetenhaus, die gutenteils auf das Konto Bismarcks geht, ein Beispiel für die antiparlamentarische Einstellung im Kabinett. Trotzdem wollte der Kanzler erforderlichenfalls den preußischen Landtag — quasi als kleineres Übel — gegen den Reichstag ausspielen, und er scheute sich zugleich wie Puttkamer nicht, das eher regierungsseitigen Einflußnahmen zugängliche Herrenhaus als Reparaturinstanz gegen das — wenngleich unter konservativer Dominanz nur selten — ungehörige Abgeordnetenhaus zu benutzen.<sup>35</sup>

Nachdem der Kanzler sich in mehreren Anläufen erfolglos bemüht hatte, die gewählten Volksvertretungen mittels Volkswirtschaftsrat (1881) oder Staatsrat (1884) zu umgehen und „trocken zu legen“, wandte er sich in der Folge unnachgiebig gegen die Repräsentativkörperschaften, indem er

<sup>33</sup> Aufsichtsführung: 9.7.1880, TOP 1 u. 2.7.1883, TOP 13. Präzedenz: 10.10.1881, TOP 7. Städte im Provinziallandtag: 13.2.1882, TOP 7 u. 17.1.1887, TOP 1. Finanzfragen: 1.12.1887, TOP 4.

<sup>34</sup> Deshalb ist ein separater Editionsband, der Gesetzentwürfe, Voten und sonstiges Material in ihren wesentlichen Abschnitten abdruckt, als sachthematische Fortführung der vorliegenden Regesten-Edition in Aussicht genommen.

<sup>35</sup> Sitzung am 7.3.1886, TOP 1. Vgl. Bismarck, Ges. Werke, Bd. 8, S. 569 (Sept. 1887): „Das preußische Abgeordnetenhaus bleibt eine wichtige Stütze für die Regierung, wenn einmal im Reichstag eine reichsfeindliche Majorität vorhanden ist (...) und das preußische [Parlament] zeigt den großen Vorteil, daß keine Sozialdemokraten gewählt werden.“ Vgl. Sitzungen am 26.1.1885, TOP 8 u. 6.5.1888, TOP 1.

konstant die Beteiligung der Staatsregierung an den Initiativanträgen der Parlamente bzw. bei der Beantwortung von Anfragen untersagte — zuletzt sogar per königlichen Erlaß.<sup>36</sup> Vor einer Änderung des verfassungsmäßigen Status quo zugunsten des Abgeordnetenhauses solle besser gar kein Gesetz zustande kommen, ließ er einmal verlauten (6.5.1888, TOP 1), und diesen Standpunkt nahm im Grunde das ganze Kabinett der 1880er Jahre ein. Am Ende seiner Laufbahn (2.3.1890, TOP 2) erwog Bismarck quasi die Blockade des konstitutionellen Systems insgesamt, indem gar keine Vertreter Preußens in den Bundesrat entsandt würden und so der Reichstag ins Leere laufe.

Zumal dem von einer oppositionellen Mehrheit geprägten Reichstag der Jahre 1881–1887 galten mehrere Attacken Bismarcks wie die 1881 öffentlich erwogene Verlegung des Tagungsorts nach Kassel, die Hervorhebung der Befugnisse des Bundesrats Mitte März 1884, die nicht protokollierte Erwägung, das allgemeine, gleiche Reichstagswahlrecht zu ändern, „nötigenfalls die Verfassung zu brechen“, oder die Instrumentalisierung der Militärvorlage 1886/87 zur Auflösung des Reichsparlaments.<sup>37</sup> Hauptgegner war dabei der freisinnige Liberalismus, der fast immer das Gegenteil von Bismarcks Linie vertrat, nämlich mehr Parlamentsrechte, eine andere Sozialpolitik, eine divergente Zoll-, Handels- und Steuerpolitik oder auch eine weniger an Rußland und Österreich orientierte Außenpolitik. Diese Partei stellte als potentielle Regierungspartei unter dem künftigen Kaiser Friedrich — anders als die gutenteils noch als Polizeiproblem betrachtete Sozialdemokratie — in den 1880er Jahren ein politisches Problem dar. Als „Vorfrucht der Sozialdemokratie“ denunziert, sei sie gefährlicher als die unrealisierbaren Illusionen anhängenden Sozialisten, meinte der Kanzler mehrfach in Reichstags- und Abgeordnetenhaus-Reden wie auch im Staatsministerium (8.12.1884, TOP 4).<sup>38</sup> Den linken Liberalismus zurückzudrängen, gelang Bismarck; die meisten seiner übrigen antiparlamentarischen Initiativen gediehen indessen nicht bis zur Realisierung.

Schon im Vor- und Umfeld der Politik erreichten Bismarck und seine Kollegen nur ambivalente Ergebnisse. Zwar ließen sich Handelskammern unter staatlichem Druck einigermaßen zähmen, aber die anvisierte Lenkung der öffentlichen Meinung über eine offiziöse Presse-Organisation gelang den Regierungsstellen trotz geheimgehaltener Anstrengungen nur phasenweise und partiell.<sup>39</sup>

Im Gegenteil belegt die — an den Intentionen gemessen — relative Erfolglosigkeit dieser Unterfangen zugleich die Bedeutung der Parlamente. Sie diskutierten in an Zahl und Umfang zunehmenden Debatten beinahe alles coram publico, nahmen ihre Wahlprüfung selbst vor, ließen sich nicht durch Aktionen wie das „Maulkorbgesetz“ (1879) oder die Strafverfolgung gegen Abgeordnete, die Diäten aus Parteifonds bezogen hatten (1885), einschüchtern und bildeten durchwegs einen Faktor, mit dem auch Bismarck und das Staatsministerium zu rechnen hatten, wenngleich es im Zeitraum 1879–1890 keinen verfassungsrechtlich fixierten Kompetenzzuwachs für sie gab. Wir sehen demnach ein zwiespältiges Bild: Wohl konnte die Regierung Initiativen der Parlamente blockieren und an der Realisierung hindern, aber keineswegs konnte sie selber den Parlamenten ihren Willen oktroyieren oder sie weiter beschränken, als es Verfassung und Herkommen seit 1867 taten, noch die gewählten Repräsentativkörperschaften ganz ausschalten.

<sup>36</sup> Sitzungen am 21.3.1886, TOP 1; 6.5.1888, TOP 1; 24.2.1889, TOP 10; 30.4.1889, TOP 2.

<sup>37</sup> Kohl, Horst (Hrsg.), Die Reden des Ministerpräsidenten und Reichskanzlers Fürsten von Bismarck im Preußischen Landtage und im Deutschen Reichstage, Bd. 9, Stuttgart 1894, S. 45 (Reichstagsrede v. 29.4.1881). Nicht protokolliertes Zit. aus der Staatsministerialsitzung v. 7.3.1886 lt. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 335. Zur Militärvorlage vgl. Sitzungen am 14.2.1886, TOP 2 und 9.1.1887, TOP 1.

<sup>38</sup> Bismarck, Ges. Werke, Bd. 12, S. 452 (Reichstag 9.5.1884), Bd. 13, S. 270, 272, 277 f. (Abgeordnetenhaus 24.1.1887). Kenntnisreiche Besprechung der neueren Literatur bei: Seier, Hellmut, Liberalismus und Bürgertum in Mitteleuropa 1850–1880. Forschung und Literatur seit 1970, in: Gall, Lothar (Hrsg.), Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung in Mitteleuropa seit dem 18. Jh., München 1997, S. 131–229. Zum Verhältnis Bismarck–Friedrich materialreich, aber seine These überspitzend: Riehl, Axel T. G., Der „Tanz um den Äquator“. Bismarcks antienglische Kolonialpolitik und die Erwartung des Thronwechsels in Deutschland 1883 bis 1885, Berlin 1993.

<sup>39</sup> Vgl. Sitzungen am 22.10.1882, TOP 6 und 27.12.1883, TOP 2 (Handelskammern) bzw. am 17.4.1882, TOP 5 (Pressewesen). Analyse jetzt bei: Stöber, Rudolf, Bismarcks geheime Presseorganisation von 1882, in: HZ, Bd. 262 (1996), S. 423–451.

Zur eingangs genannten Problematik der preußisch-deutschen Verfassungsentwicklung gehört evidenterweise das **Preußen – Reich – Verhältnis**, eine spätestens seit der Quellenedition H. Goldschmidts immer wieder in der historischen Forschung diskutierte Frage.<sup>40</sup> Der bayerische Staatsrechtler Robert Piloty hat dazu bereits 1912 formuliert: „Preußen trat in das Reich mit einem mindestens vollen Souveränitätsbewußtsein ein, sein allmähliches Aufgehen in der Rolle des Untertanstaates bedeutet für Preußen in der Tat eine Staatskrise, aus deren mehr oder minder uneingestandenem Vorhandensein sich eine Reihe von Erscheinungen erklärt, die man (...) als ‘Reaktion’ zu empfinden bekommt.“<sup>41</sup>

Das von Piloty so markant akzentuierte Problemfeld besitzt analytisch mehrere Ebenen: Einmal die Beziehungen Preußens zu den übrigen 24 Bundesstaaten, speziell den Mittelstaaten, und deren Institutionalisierung im Gremium Bundesrat, sodann die beginnende Ressort-Konkurrenz zwischen Reichsämtern und preußischen Ministerien, schließlich das politische Spannungsverhältnis der preußisch-reichischen Regierung zu den (oppositionellen) Parteien in Reichstag und Landtag bzw. auch zwischen den gegensätzlichen Mehrheiten in beiden Parlamenten. Die Vermittlung zwischen diesen Konfliktlinien oblag dem Präsidenten des Staatsministeriums als Kanzler und Außenminister.

Die legislativen Verhandlungen im Bundesrat und allgemein das Verhältnis Preußens zu den Bundesstaaten behandelt die Quelle eher beiläufig erwähnend, denn vertieft. Die Protokolle bestätigen hier die bisherige Forschungsmeinung, wonach selbst die Mittelstaaten — von den Kleinstaaten nicht zu reden — in der Bismarckzeit Preußens Führung meist folgten, da sie bei verfassungsrechtlich fixierter Eigenständigkeit, realpolitischer Selbstbeschränkung und personeller Vernachlässigung ihrer Repräsentanzen am Bundesrat weder willens noch fähig waren, abgestimmte Opposition gegen die vom Kanzler kontrollierte Berliner Politik zu treiben.<sup>42</sup>

Zudem respektierte gerade Bismarck die Reservatrechte oder finanziellen Belange der süddeutschen Monarchien beispielsweise beim Postsparkassen-Gesetzentwurf und beim Branntweinmonopol (8.12.1884, TOP 5; 6.1.1886, TOP 3), ja er nahm auch Rücksicht auf das seit 1867 preußisch verwaltete Waldeck und bezeichnete dabei die Kleinstaaten als dem Reichsgedanken förderlichen Teil Deutschlands (14.11.1886, TOP 1).

Andererseits gab es gelegentliche Friktionen, etwa gewisse bundesstaatliche Widerstände gegen das geplante „Maulkorbgesetz“ (7.2.1879, TOP 1), und sogar einzelne Kampfabstimmungen im Bundesrat beispielsweise Anfang April 1880 bei der Quittungssteuer, was Bismarck zur Revision der Geschäftsordnung des Bundesrats und Abdrängung freihändlerischer Bundesratsbevollmächtigter nutzte, oder beim kanzlerischen Tabakmonopol-Plan (3.4.1882, TOP 3). Aber das blieb unterschwellig, gelangte nicht bis zur offenen Konfrontation, denn in der Regel verhandelten die Regierungen Bayerns, Badens, Sachsens und Württembergs eher mit Bismarck direkt, als miteinander gegen preußische Initiativen im Reich Stellung zu nehmen. Der Kanzler informierte ja ihm politisch nahestehende leitende Minister der Bundesstaaten über die Zielsetzung reichischer Vorhaben, so daß der Stuttgarter Kanzler-Freund Mittnacht formulierte, nur in wenigen, großen Fragen sei Bismarck hart gegen Württemberg gewesen.<sup>43</sup>

<sup>40</sup> Goldschmidt, Hans, *Das Reich und Preußen im Kampf um die Führung. Von Bismarck bis 1918*, Berlin 1931. Gute bilanzierende Zusammenfassung beispielsweise bei Nipperdey, *Deutsche Geschichte*, Bd. 2, S. 85–109.

<sup>41</sup> Piloty, Robert, Rezension von P. Laband, *Das Staatsrecht des Deutschen Reiches*, in: *Archiv des öffentlichen Rechts* 1912, S. 383.

<sup>42</sup> Die Bundesratsverhandlungen dokumentieren am besten die Gesandtschaftsberichte, z. B. Fuchs, Walther Peter (Hrsg.), *Großherzog Friedrich I. von Baden und die deutsche Reichspolitik 1871–1907*, 4 Bde., Stuttgart 1968–80. Vgl. das Fazit der Sammelrezension von Fenske, Hans, *Reich, Bundesrat und Einzelstaaten 1867 bis 1914*, in: *Der Staat* 1974, S. 265–279, S. 272: „Das nur von gelegentlichen (...) Zusammenstößen unterbrochene harmonische Klima des Bundesrats war gleichermaßen eine Harmonie des Desinteresses wie der Frieden einer *societas leonina*.“

<sup>43</sup> Vgl. Kleine, Georg H., *Der württembergische Ministerpräsident Freiherr H. v. Mittnacht (1825–1909)*, Stuttgart 1969, S. 100 f. (Maulkorbgesetz); Reichert, Hans Klaus, *Baden am Bundesrat 1871 bis 1890*, Karlsruhe 1966, S. 88–94 (Tabakmonopol); Binder, Hans-Otto, *Reich und Einzelstaaten während der Kanzlerschaft Bismarcks 1871–1890*, Tübingen 1971, S. 126–142 (Geschäftsordnung). Diese Werke bleiben grundlegend zur ganzen Problematik.

In den 80er Jahren benötigte, ja instrumentalisierte der Kanzler die Regierungen der Bundesstaaten im Bundesrat zudem als Rückhalt gegen das oppositionell dominierte Reichsparlament. Bis 1879 hatte Bismarck den ersten Schub der „Verreichlichung“ durch die Etablierung von Reichsämlern, die Bestellung der Reichsstaatssekretäre zu Stellvertretern des Kanzlers und zuletzt durch die Errichtung der wirtschaftlichen Abteilung im Reichsamt des Innern (28.8.1880, TOP 1) durchaus gefördert. Damals hatte gerade bundesstaatliches Widerstreben weitergehende Maßnahmen wie das — allerdings auch in den Umkreis der Bismarckschen Kurswende gehörige — Projekt von Reichseisenbahnen verhindert, und die mehrfach erwogene enge Verbindung oder Zusammenlegung von Reichsämlern und preußischen Ministerien waren unterblieben, da die süddeutschen Minister darin eine Verdrängung der Einzelstaatsregierungen und eine unerwünschte preußische Dominanz in den Reichsinstitutionen erblickten.<sup>44</sup>

Die Front Bismarcks gegen perzipierten und realen preußischen oder einzelstaatlichen Partikularismus — noch in der Sitzung vom 7. Februar 1879 wollte er das Staatsministerium auf einmalige, grundsätzliche Billigung von Reichsgesetzen beschränken, um die legislativen Verhandlungen in bzw. zwischen Bundesrat und Reichstag nicht zu komplizieren — wurde aber nach der Wahlniederlage 1881 und diversen politischen Rückschlägen abgelöst von seiner tiefen Skepsis gegen die „Verreichlichung“, da der Kanzler davon zugleich einen Bedeutungsgewinn des Reichstags befürchtete. Nun rückte Bismarck das preußische Staatsministerium als maßgebliche Entscheidungsinstanz und den Bundesrat als Hüter des Föderalismus gegen den Parlamentarismus stärker in den Vordergrund, suchte die Selbständigkeit der Reichsämler zu beschränken und vor allem: möglichst alles sich selbst als Kanzler und Außenminister vorzubehalten. Hierzu bieten die Protokolle mancherlei Aussagen und Indizien.

Im Gefolge der Sitzung vom 16. März 1884 wurden auf Initiative Bismarcks hin Puttkamer, Göbler und Lucius, und somit alle amtierenden preußischen Minister, Bundesratsbevollmächtigte Preußens, so daß größter Einzelstaat und Reich vordergründig verzahnt, im Kern aber vor allem die Präsenz der preußischen Ressortspitzen im Reich gestärkt wurde.

Mit der Erklärung des Bundesrats vom 5. April 1884 gegen die Bestrebungen der neugegründeten Deutschen Freisinnigen Partei auf Einrichtung verantwortlicher Reichsministerien und der mehrfachen, förmlich durch Wilhelm I. sanktionierten Zurückweisung des Begriffs Reichsregierung (29./30.11.1885, TOP 2) oder dem Ignorieren von Initiativgesetzentwürfen bzw. Beschlüssen des Reichstags (3.11.1885, TOP 7) setzte sich jene Linie fort. Diese zentralen Aktionen in Bismarcks antiparlamentarischer Strategie hat schon die ältere Forschung zu Recht herausgestellt.<sup>45</sup>

Um auch während seiner langen Abwesenheiten von Berlin das Beziehungsgeflecht Ministerien-Reichsämler-Bundesrat-Reichstag kontrollieren zu können, erging unter dem 25. Mai 1885 der Erlaß, daß Reichsämler mit den preußischen Ministerien nur durch Vermittlung des Außenministers — somit Bismarck selbst — verkehren sollten (1.6.1885, TOP 1); noch während der Entlassungskrise, am 18. Februar 1890, hat er diese restriktive Festlegung wiederholt.

Vor wie nach 1884/85 wurden jedenfalls die großen Gesetzesvorhaben des Reiches vom Staatsministerium beraten und ggf. modifiziert, allein schon, um die Abgabe der preußischen Stimmen im Bundesrat festlegen zu können. Auch die aus den Reichsämlern stammenden Gesetze mußten stets vom Staatsministerium gebilligt werden. Zudem wurden in den 1880er Jahren die wesentlichen, politisch bedeutsamen Gesetzentwürfe entweder in den preußischen Ministerien oder in Reichs-

<sup>44</sup> Vgl. Kleine, Mittnacht, S. 104–106 (allg. Widerstreben gegen Personalunionen). Zum Plan der Vereinigung von Justizministerium u. Reichsjustizamt bereits Morsey, Reichsverwaltung, S. 165–169. Der noch 1881 erwogenen Personalunion Finanzministerium–Reichsschatzamt widersprach Bayern; vgl. PA Bonn, R 742. Vgl. auch Goldschmidt, Reich und Preußen, S. 284 f. (Baden gegen die wirtschaftliche Abteilung im Reichsamt des Innern).

<sup>45</sup> Pflanze, Otto, Bismarck. Bd. 2: Der Reichskanzler, München 1998, S. 330 ff. (Rückschläge). Zum Bundesrat: Rauh, Manfred, Föderalismus und Parlamentarismus im Wilhelminischen Reich, Düsseldorf 1973, S. 65–84 und Binder, Reich und Einzelstaaten, S. 142 ff. Epochenübergreifende Gedanken dazu bei Burg, Peter, Der Föderalismus im Kaiserreich. Politische Strukturen und Prozesse, in: Jochen Huhn/ Peter-Christian Witt (Hrsg.), Föderalismus in Deutschland. Traditionen und gegenwärtige Probleme, Baden Baden 1992, S. 55–73.

ämtern, die von Bismarck-Vertrauten wie Boetticher geleitet und mit sorgsam ausgewählten Räten (wie im Reichsamt des Innern) besetzt waren, ausgearbeitet. So lag die Finanz- und Steuerpolitik bei Scholz, die Eisenbahnpolitik bei Maybach, die Militärpolitik beim Kriegsministerium und die Versicherungsgesetze beim Reichsamt des Innern bzw. beim Handelsministerium; einzig Stephans Reichspostamt war bereits damals reichisch orientiert.<sup>46</sup>

Das in der Literatur mehrfach angeführte Indiz, daß Gesetzesvorlagen schon in den 1880er Jahren zunehmend in Form von Präsidualvorlagen statt preußischer Anträge an den Bundesrat gegangen seien, reicht vor diesem Hintergrund nicht aus, um eine bedeutsame Zurückdrängung der preußischen Ressorts zu konstatieren. Ausweislich der Protokolle wurden nämlich gerade ab 1884 ein gutes Dutzend Materien explizit zu preußischen Anträgen erklärt, nur zwei (Postsparkassengesetz und Hinterbliebenen-Versorgung für Militärs) zu Präsidualanträgen. Diese Praxis folgte Bismarcks mehrfacher Mahnung, daß preußische Anträge gegenüber Präsidualanträgen zu bevorzugen seien, weil dadurch der Bundesrat gestärkt und die Eingriffsmöglichkeiten des Reichstags gegenüber den Reichsämtern vermindert würden.<sup>47</sup> Allerdings kann der vielgestaltige legislative Prozess hier im einzelnen nicht analysiert werden, sondern bedarf einer sorgfältigen empirischen Analyse diverser Gesetzgebungsverfahren, künftig durch die vorliegende Quellen-Edition erleichtert.<sup>48</sup>

Das Verhältnis zwischen Ministerien und Reichsämtern stand aber nicht nur unter dem Eindruck von Bismarcks wechselndem Herrschaftskalkül, sondern ist zudem vor dem Hintergrund eines latenten Ressort-Egoismus' der preußischen Minister zu verstehen. So begünstigte das Staatsministerium zwar einmal den Wechsel von preußischen Beamten in andere Bundesstaaten, legte aber andererseits auch deutliche Verwahrung gegenüber dem Reich an den Tag, etwa bei der (versuchten) Erschwerung der Rückkehr ehemals preußischer Beamter aus dem Reichsdienst in den größten Einzelstaat. Ressort-Egoismus und Vorbehalte gegen das Reich werden auch deutlich erkennbar anhand der Diskussion über Gebäudeneubau und Kompetenzen für das Reichsgesundheitsamt 1889, anhand der Festlegung, daß Anfragen von Reichsstaatssekretären nur zu beantworten seien, sofern sie durch den Reichskanzler vermittelt würden, oder daß Staatssekretäre nicht zu ihrer Rechtfertigung im Reichstag auf verwandte preußische Praxis verweisen dürften.<sup>49</sup>

Bismarck wie seine preußischen Ministerkollegen suchten sich in den 1880er Jahren der „Vereichlichung“ ferner dadurch zu widersetzen, daß Reichsstaatssekretäre zu den Sitzungen des Staatsministeriums bis zur anderweitigen Regelung vom 11. November 1896 nur sporadisch eingeladen wurden und potentiell konkurrierende Konferenzen der Reichsstaatssekretäre mit dem Kanzler nur zweimal stattfanden.<sup>50</sup> Allerdings blieb die sachlich wohl wichtigste Reichsbehörde, das Reichsamt des Innern, in der Person Boettichers dauernd vertreten, und das Auswärtige Amt war mit Vater und Sohn Bismarck präsent. Auch die Staatssekretäre des Reichsschatzamtes mußten zwar wegen des Sachzusammenhangs bei Finanzfragen häufig gehört werden, aber die Stelleninhaber Burchard und Jacobi entwickelten gegenüber dem Kanzler und dem preußischen Finanzminister Scholz wenig eigenständiges Profil. Geringe Eigenständigkeit zeichnete auch den recht konservativen

<sup>46</sup> Druck der Erlasse v. 1885/90 bei Goldschmidt, Reich und Preußen S. 311 bzw. Bismarck, Ges. Werke, Bd. 6c, S. 430. Auch Rauh, Föderalismus, S. 97 konzidiert, daß das Staatsministerium die Reichsgesetzentwürfe billigen mußte.

<sup>47</sup> Vgl. bereits Klein, Ernst, Funktion und Bedeutung des preuß. Staatsministeriums, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 9/10 (1961), S. 195–261, hier S. 233, im Gegensatz zu Rauh, Föderalismus, S. 87 f., der aber, ebd., S. 97 u. 154 eine gegenteilige Feststellung trifft. Bismarcks Betonung von Präsidualanträgen bei Goldschmidt, Reich und Preußen, S. 296 f. (an Schelling 21.12.1883) u. S. 317–319 (Aufz. v. 15.12.1889).

<sup>48</sup> Detaillierte Analyse einer Frage z. B. bei: John, Michael, Politics and the Law in Late Nineteenth-Century Germany, Oxford 1989, sowie Schulte-Nölke, Reichsjustizamt. Beide bestätigen im Grunde die preußische Präponderanz für die 1880er Jahre und belegen ihre Auflösung erst für die Zeit nach Bismarcks Abgang.

<sup>49</sup> Sitzungen am 1.12.1887, TOP 8 u. 10.6.1882, TOP 8 (Beamtenwechsel); 8.7.1889, TOP 3 (Reichsgesundheitsamt); 30.7.1883, TOP 5 u. 23.10.1883, TOP 6 (Reichsstaatssekretäre). Vgl. Morsey, Reichsverwaltung, S. 255–261.

<sup>50</sup> Vgl. zur Sitzung am 11.11.1896 den vorbereiteten Bd. 8 dieser Edition (direkte Einladung der Reichsstaatssekretäre zu TOP, wo die Vorlage von deren Reichsämtern ausging). Vgl. zu den Reichsämter-Besprechungen am 9.4.1879 bzw. 10.12.1885 Goldschmidt, Reich und Preußen, S. 66, 89, 250 ff., zur Konferenz der „Reichsleitung“ 1914 Rauh, Manfred, Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, Düsseldorf 1977, S. 38–43.

Staatssekretär des Reichsjustizamtes Schelling aus. Der durchaus energische Chef des Reichspostamtes Stephan wurde von Bismarck wegen kleiner Eigenmächtigkeiten mehrfach implizit getadelt, aber nahm 1879–90 nie an einer Staatsministerialsitzung teil. Verfassungsmäßig wie realpolitisch standen die Reichsstaatssekretäre deutlicher noch als die preußischen Minister unter der Dominanz des Kanzlers und politisch ehrgeizige, eigenständige Persönlichkeiten wie später Posadowsky, Tirpitz oder C. Delbrück, die ihr Fach verstanden, im Staatsministerium bestehen konnten und den Reichstag für ihre Ziele einzuspannen verstanden, waren in den Reichsämbtern der 1880er Jahren dünn gesät.

Zugute kam den Reichsinstitutionen von Anfang an die dem säkularen Trend folgende, von der Parteienkonkurrenz im Reichstag beförderte Ausweitung der Staatstätigkeit. Die Aufgaben der Reichsregierung und -verwaltung ließen sich weder von einem einmal wöchentlich tagenden Gremium wie dem Bundesrat, noch von preußischen Ministerien nebenher erledigen. Auf den Feldern Wirtschafts- und Sozialpolitik, (reichseinheitliche) Kodifizierung der (einzelstaatlichen) Rechtsnormen und Ordnungsgesetze oder späterhin der Kolonial- und Weltpolitik entwickelten sich demgemäß Ansatzpunkte, um jenseits des hergebrachten Aufgabenbereichs der preußischen Ministerien die Reichskompetenzen zu etablieren. Nach 1890 läßt sich dieser Zusammenhang an zahlreichen Beispielen festmachen; in den 1880er Jahren trat er — in den Protokollen wie in der gesamten politischen Realität — erst punktuell zu Tage, etwa bei den sozialpolitischen (Versicherungs-) Gesetzen des Reiches und den dadurch benötigten Verwaltungsstellen (28.8.1880, TOP 1). Als Caprivi zudem 1894 die von Bismarck so argwöhnisch sich selbst vorbehaltene Vermittlung zwischen Ministerien und Reichsämbtern — implizit schloß das den Reichstag ein — als unnötig restriktiv und umständlich aufhob, war auch formell konstatiert, daß die Reichsämbter seit dem Abgang des ersten Kanzler-Ministerpräsidenten spürbar Handlungsspielraum gewonnen hatten.<sup>51</sup>

Somit dürfte vorbehaltlich künftiger Überprüfung aufgrund neuer Evidenz die vor vier Jahrzehnten von Ernst Klein formulierte Zentralfrage, „ob das Reich Preußen oder ob umgekehrt Preußen das Reich regiert hat“, zeitlich und sachlich zu differenzieren sein. Während die Bundesstaaten schon in den 1880er Jahren kaum mehr als wirkungsmächtige eigenständige Kräfte anzusehen sind, existierte die Suprematie der im Staatsministerium verkörperten preußischen Ressorts großenteils fort. Ministerien, Bundesrat und Reichsämbter ihrerseits standen unter der Dominanz des Reichsgründers. Die Bismarck folgenden Kanzler — schon Caprivi, deutlicher aber Hohenlohe und Bülow —, holten sich bewußt Reichsstaatssekretäre wie Marschall, Maltzahn, Niederding und Posadowsky in das Staatsministerium, um sich dort in ihrer reichischen Politik unterstützen zu lassen. Insoweit hing das Preußen-Reich-Verhältnis vor wie nach 1890 an der Person des Reichskanzlers.<sup>52</sup> Zugleich schritten der Funktionswandel des Staates und der Reichsgedanke weiter fort, gewannen die Reichsämbter an institutionellem Gewicht und der Reichstag an Bedeutung. Letztendlich zerbrach die preußische Hegemonie aber erst im Weltkrieg — ohne daß das prekäre Verhältnis zwischen dem konservativ dominierten Preußen und dem Reich, von Piloty zugespitzt als „Reaktion“ gekennzeichnet, bis zum Herbst 1918 seine politische Brisanz verloren hat.<sup>53</sup>

<sup>51</sup> Vgl. Bismarck, Ges. Werke, Bd. 15, S. 386 f. (Stephan); John, Politics, S. 166 f. (Schelling). Die wichtige Rolle der Persönlichkeit der Reichsstaatssekretäre betont bereits Fenske, Reich, S. 274. Die Epochenscheide um 1890 belegt auch Schulte-Nölke, Reichsjustizamt, S. 67 ff., 153. Vgl. Sitzung am 26.5.1894 im vorbereiteten Bd. 8 der Edition.

<sup>52</sup> Eine gute Illustration dafür bietet Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig Fürst zu, Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit, hrsg. v. Karl Alexander v. Müller, Stuttgart 1931, z. B. S. 67–72. Vgl. dazu Bd. 8 der Edition.

<sup>53</sup> Klein, Ernst, Funktion und Bedeutung des preuß. Staatsministeriums, S. 243. Klein geht ebd., S. 261 von einer Suprematie Preußens aus. Für die letzten Vorkriegsjahre benennt Delbrücks Denkschrift v. 18.11.1912 Fälle regelrechter Obstruktion v. a. des preuß. Innen-, Kultus-, Landwirtschafts- u. Finanzministeriums gegen Reichsämbter; Goldschmidt, Reich und Preußen, S. 342 f. Als Gründe führen zwei Memoranden Delbrücks v. 1.12.1911 bzw. 31.5.1914 Rückzug der Ministerien und Selbständigkeitsstreben der Reichsämbter, Druck des Reichstags und kaum koordinierten Geschäftsgang an; BArch, RAdl, Nr. 116684, Bl. 244–299 bzw. RAdl, Nr. 114770, Bl. 183–196.

Anhand all der dargestellten Beratungsschwerpunkte des Staatsministeriums wird deutlich: Die Protokolle desavouieren den, besonders von der „nationalen“ Historiographie der Zwischenkriegszeit ideologisch überhöhten, **Topos von der preußischen unpolitischen „Sachlichkeit“** vor 1914. Denn häufig waren politische Gesichtspunkte bei Entscheidungen maßgebend, was indessen von den Ministern und Beamten nach außen möglichst verschleiert wurde. Dieses Bemühen schlägt bis auf die Wortwahl durch: Politisch gewünschte Maßnahmen wurden beispielsweise als „zur Rechtsvereinheitlichung“ nötig bezeichnet, für politisch unerwünschte hingegen sah man „kein Bedürfnis“.<sup>54</sup>

Andererseits wurde die politische Motivation nicht selten offenherzig zu Protokoll gegeben. Selbst über den eigentlichen Bereich staatspolitischer Fragen um Verfassung und Parlamente, Personal- oder Parteienwesen hinaus erstaunt es zuweilen, wie sehr politische Überlegungen — nicht nur, aber evidenterweise bei Bismarck — die Stellungnahmen selbst zu den entferntesten Sachgegenständen durchzogen. Beispielsweise betrachtete Bismarck sogar Maßnahmen gegen Hundetollwut unter wahlpolitischem Aspekt und man legte die Emeritierungsordnung für evangelische Geistliche der Provinz Schleswig-Holstein auf Eis, weil Bismarck davon eine mögliche Gefährdung seiner Steuerpolitik und Stärkung der hochkirchlich-konservativen Partei befürchtete. Explizit bezeichnete der Kanzler am 18. Juni 1881 das Eisenbahnverstaatlichungs- und Kanalbau-Programm als „Gegenmittel gegen die Verfolgung unfruchtbarer Theorien“, sozusagen als Palliativ für die freisinnigen Oppositionskräfte und Thema für — erwünschten — innerliberalen wirtschaftspolitischen Streit. Ein weiteres Beispiel ist etwa die Frage der Neugründung eines Gymnasiums in Berlin-Schöneberg, wo Kultusminister Goßler „aus politischen Gründen“ gegenüber den mehrheitlich städtischen Anstalten ein staatliches Gymnasium anstrebte, denn erfahrungsmäßig seien „die Lehrer an staatlichen Anstalten konservativer gesinnt [...] als die Lehrer an städtischen“. Ferner belegt diesen Zusammenhang die vermeintlich rein finanztechnische Maßnahme der Einziehung alter Staatsschuldscheine, die indessen Bismarck verhinderte, weil dies Folgewirkung hinsichtlich strittiger Ansprüche der katholischen Kirche haben und den von ihm via Rom betriebenen Kulturkampfabbau behindern könnte.<sup>55</sup>

Der autonomen Politisierung von Körperschaften, seien es kommunale, regionale, berufliche, funktionale oder einfache gesellschaftliche Vereine, suchte die bürokratische Spitze des monarchischen Staates hingegen durch gesetzliche Rahmensetzung, Sachlichkeits-Appelle, nötigenfalls Sanktionen zu steuern. Nach den drei Politisierungsschüben zu Jahrhundertbeginn, in der Revolution 1848/49 und in der Reichsgründungszeit wurde die öffentlich-organisierte Interessenartikulation der Bürger in Preußen wachsam beargwöhnt, die politischen Motive des Regierungshandelns gerne verdeckt und somit das Bild des überparteilichen, dem reinen Gemeinwohl verpflichteten Staates aufgebaut. Nicht ohne Grund hat Gustav Radbruch im Rückblick 1930 die von konservativer Seite behauptete vermeintliche unpolitische Überparteilichkeit des preußischen Beamtenstaats der Kaiserzeit als „Lebenslüge des Obrigkeitsstaats“ bezeichnet.<sup>56</sup>

Schließlich zählen zu den Spezifika der preußischen Monarchie wie zu den vorrangigen Beratungsgegenständen des Staatsministeriums die, in ihrer Kumulation durchaus auffälligen, Tagesordnungspunkte **Ordenssachen** und **Titelverleihungen**. Meist handelte es sich zwar — deswegen die gewählte summarische Bezeichnung in den Regesten — um routinemäßige Vorgänge. Einige Male

<sup>54</sup> Vgl. Sitzungen am 12.12.1882, TOP 3 u. 25.1.1888, TOP 1. Daß Goßler 1882 keinen Erfolg erzielte, entwertet diese grundsätzliche Beobachtung nicht. – Die Wortwahl der Bürokratie, nicht nur in den Protokollen, wäre ein eigenes Thema; vgl. unten unter 3.

<sup>55</sup> Vgl. Sitzungen am 15.8.1881, TOP 1; 8.2.1884, TOP 3; 2.1.1889, TOP 2; 8.5.1886, TOP 3. Kritische Analyse dazu bereits bei Witt, Peter-Christian, Konservatismus als „Überparteilichkeit“. Die Beamten der Reichskanzlei zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik 1900–1933, in: Dirk Stegmann u. a. (Hrsg.), Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert, Bonn 1983, S. 231–280, bes. S. 231–241.

<sup>56</sup> Vgl. Faulenbach, Bernd, Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980, bes. S. 265 ff. (Idealisierung des angeblich überparteilichen Obrigkeitsstaates durch Georg v. Below und Zurückweisung als kaiserzeitliche „Lebenslüge“ durch G. Radbruch).

hingegen kommt ihnen durch die Person der Ausgezeichneten, u. a. Ranke (1882), Menzel und Lenbach (1886) oder F. Althoff (1889), als Indiz für politische Kurskorrekturen bzw. für Kursbestätigung oder sogar, wie im Mai 1888 bei der Ordensverweigerung gegenüber den Freisinnigen Georg v. Bunsen und Karl Schrader, als Indikator heftigen regierungsinternen Streits eine größere Bedeutung zu, die auch in den betreffenden Regesten angedeutet wurde.<sup>57</sup>

In analytischer Hinsicht bleibt dreierlei dazu zu bemerken. Einmal drückt sich hier ein Zeitgefühl aus: Die Zeitgenossen nahmen solche Dinge offenkundig wichtig; Rangunterschiede und Ehrenstandpunkt entsprachen ihrer Mentalität. Die Verleihung durch den Monarchen höchstselbst kräftigte tendenziell das Gefühl der Verbundenheit mit der Monarchie und das hierarchische Denken in weiten Gesellschaftsschichten. Zweitens erblickten gerade Beamte (bei wenigen Ausnahmen wie am 7.4.1881, TOP 2) in Rang, Titel und Orden ein Zeichen ihrer gesellschaftlichen Position, im Ausbleiben ein Zeichen der Mißbilligung ihrer Amtsführung; zuweilen war dergleichen auch als kompensatorisches „Trostpflaster“ für geringe Remuneration oder für Übergehung bei Beförderung gedacht. Orden und Titel waren insofern „Regierungsmittel“, dessen immer reichlicherer Gebrauch nicht zuletzt aus den Reihen der Bürokratie angeregt, aber auch von Bismarck mehrfach grundsätzlich kritisiert wurde. Drittens kann man darin die etatistische Überformung der preußischen Gesellschaft erblicken. Ränge, Titel und Orden wurden zu einem aus der Bürokratie entlehnten sozialen Modell in den adeligen und bürgerlichen Führungsschichten, was über die Jahrzehnte Rückwirkung auf deren Selbstgefühl, Habitus und Stil besaß.<sup>58</sup>

## 2. Kollegialität, Ressort-Kompetenz und Kabinetts-Revirements: Das Staatsministerium während Bismarcks „Premierminister-Diktatur“ 1879–1890

Mehrfach hat Bismarck über die **staatsrechtliche und realpolitische Beschränkung der Stellung des Ministerpräsidenten** als primus inter pares im preußischen Staatsministerium geklagt. So bezeichnete er 1873/74 den Vorsitz im Ministerrat als bloßen „Ehrenposten“, rein „ornamentales Glied“ ohne wirkliche Durchsetzungsmacht gegenüber dem passiven Widerstand der übrigen Ressortchefs; so äußerte er in der Reichsgründungszeit, „wenn ich eine Prise Tabak nehmen will, muß ich erst sieben preußische Minister fragen“, oder — drastischer — „wenn ich einen Löffel Suppe essen will, muß ich erst acht Esel fragen“, und noch 1892 charakterisierte er den Ministerpräsidenten-Posten in Preußen als bloßen Titel ohne wirkliche Direktorialgewalt.<sup>59</sup>

Ganz im Gegenteil dazu urteilte der Historiker Otto Hintze in seiner grundlegenden Abhandlung über das Staatsministerium im 19. Jahrhundert, Bismarck habe faktisch eine „Premierminister-Diktatur“ ausgeübt, während neuerdings H.-U. Wehler das analoge Kürzel „Kanzlerdiktatur“ als zu deskriptiv, zu personalistisch, als Legitimationsbasis und Funktion von Bismarcks Herrschaftssystem vernachlässigend ablehnt, und den Weberschen Begriff der „charismatischen Herrschaft“ zur Kennzeichnung vorschlägt.

<sup>57</sup> Gem. Beschluß v. 5.5.1858 (so eine Notiz in: Rep. 84a, Nr. 4384, Bl. 185) sollten Orden und Titel für Landtagsabgeordnete, gem. Beschluß v. 15.9.1866, TOP 4 alle Orden ab der 2. Klasse sowie Titel wie Wirkl. Geh. Rat grundsätzlich dem Staatsministerium vorgelegt werden. Vgl. Sitzungen am 18.10.1879, TOP 2 (Zentrums-MdA); 21.6.1883, TOP 2 (kath. Geistliche); 16.10.1882, TOP 7 (Hannoveraner Bening); 23.12.1886, TOP 5 u. 23.12.1888, TOP 1 (keine Orden für „agitierende“ Freisinnige).

<sup>58</sup> Vgl. Sitzungen am 6.11.1882, TOP 7; 12.4.1888, TOP 7 u. 5.5.1889, TOP 6. Auf die Frage wies bereits Morsey, Reichsverwaltung, S. 273–277 hin. Den genannten Zusammenhang stellte jüngst her: Witt, Peter-Christian, Monarchen und Bürger. Über Untertanen und Untertänigkeit im wilhelminischen Deutschland (1890–1914), in: H. Lademacher/W. Mühlhausen (Hrsg.), Freiheitsstreben, Demokratie, Emanzipation. Aufsätze zur politischen Kultur in Deutschland und den Niederlanden, Hamburg 1993, S. 139–187, bes. S. 149 ff.

<sup>59</sup> Klemm, Max, Was sagt Bismarck dazu?, 2 Bde., Berlin 1924, Bd. 2, S. 50 f. (1873/74, 1892); Poschinger, Heinrich Ritter v., Fürst Bismarck und die Parlamentarier, Bd. 2, Breslau 1895, S. 52 (1867/70); Tiedemann, Christoph v., Sechs Jahre Chef der Reichskanzlei unter dem Fürsten Bismarck, Leipzig 1909, S. 477.



Insgesamt ist sich die moderne Forschung aber weitgehend einig hinsichtlich der exzeptionellen Stellung, die der preußische Ministerpräsident und erste Reichskanzler in Preußen-Deutschland besaß. Bismarcks Klagen sind dementsprechend eher als deutlich zeitgebundene Unmutsäußerungen vor allem der 1870er Jahre über gewisse Widerstände in Staatsministerium, Parlamenten und Bürokratie zu interpretieren, zumal er andererseits beispielsweise 1885 gegenüber einem englischen Besucher bemerkte: „In allem, nur nicht dem Namen nach, bin ich Herr von Deutschland.“<sup>60</sup> Die abgehobene Stellung Bismarcks spiegelt sich auch in den Staatsministerialprotokollen wider. Die zahlreichen, inhaltlich gleichen Sätze der Niederschriften, wonach erst der Ministerpräsident zu fragen sei, sein Einverständnis schon vorliege oder ihm die Letztentscheidung anheimgestellt werde, legen Zeugnis dafür ab.

Nach dem großen Kabinetts-Revirement 1879, der Ausbootung Hoffmanns 1880 und dem Rücktritt von Innenminister Botho Eulenburg 1881 besaß Bismarck unbestrittene Suprematie im Kabinett und der staatlichen Exekutive. Das Kollegialprinzip trat seit 1881/82 nochmals deutlich zurück.<sup>61</sup>

Für den in der Überschrift gewählten Begriff der Premierminister-Diktatur bedeutet dies, daß er erstens definitionsmäßig auf den engeren Bereich des preußisch-deutschen Herrschaftssystems zu beschränken ist. Zweitens müssen die bereits oben angedeuteten, auch einem Bismarck auferlegten Beschränkungen im Gesamtsystem, d. h. konkret König und Verfassung, Adel und Militär, Parlamente und Parteien, Presse und öffentliche Meinung, Bundesstaaten und Gerichte in Rechnung gestellt werden. Mit diesen Begrenzungen ist für den exekutiven Bereich der Befund tendenziell im Sinne des Hintze'schen Diktums zu treffen.<sup>62</sup> Die „Diktatur“ ist somit darauf zu beziehen, daß Bismarck in den 1880er Jahren große Initiativ-Befugnisse und im Vergleich zu den genannten widerstrebenden Faktoren nicht unbeschränkte, jedoch erhebliche „Hinderungsmacht“ besaß. Bismarck bestimmte die spezifische politische Agenda maßgeblich: Zweibund und Kulturkampfabbau, Zoll- und Finanzpolitik, Sozial- und Anti-Sozialistenpolitik. Aber in diesen Bereichen, zumal der Finanzpolitik oder der Zurückdrängung von parlamentarischem Einfluß und öffentlicher Meinung, hat er auch große Niederlagen einstecken müssen, weil er eben keineswegs all das durchzusetzen vermochte, was er initiiert und befördert hat.

Wie immer man Wehlers Kritik am hier bevorzugten Begriff Premierminister-Diktatur sehen mag, sicher scheint, daß seine das Gesamtsystem einbegreifende Formel der charismatischen Herrschaft mindestens einen Hauptaspekt von Bismarcks Stellung auch im Staatsministerium richtig bezeichnet. Denn der Kanzler war offenkundig für seine Ministerkollegen eine beeindruckende, durch Erfolge in den Krisensituationen seit 1862/66 legitimierte Persönlichkeit, die erst in den Jahren 1889/90 als minder erfolgreich und politisch erodiert eingeschätzt wurde.

Staatsrechtlich war Bismarck aber kein Staatskanzler mit, modern ausgedrückt, Richtlinienkompetenz, wie gelegentlich behauptet wird.<sup>63</sup> Die Ressortkompetenz der Minister war einerseits rechtlich festgeschrieben, mußte andererseits aber auch (mindestens formal) deswegen geachtet werden, weil das zeitgenössisch stark entwickelte, empfindliche Ehrgefühl von Spitzen-Beamten keine Ein-

<sup>60</sup> Hintze, Otto, Das Preußische Staatsministerium im 19. Jahrhundert, in: Ders., Gesammelte Abhandlungen, Bd. 3, 2. Aufl., Göttingen 1967 (zuerst 1908), S. 530–619, hier S. 619. Hintzes Terminologie folgend Hartung, Fritz, Verantwortliche Regierung, Kabinette und Nebenregierungen im konstitutionellen Preußen 1848–1918, in: FBPG, Bd. 44 (1932), S. 1–45, hier S. 43 u. Frauendienst, Manuskript „Das preuß. Staatsministerium“, S. 93. Kritisch Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, S. 362 f., 368–376. Bismarck, Ges. Werke, Bd. 8, S. 532 (Zitat 1885).

<sup>61</sup> Noch Ende 1881 notierte Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 220: „Das Jahr schloß unter dem Druck ungelöster Differenzen im Ministerium“ (Selbstverwaltungsreform, Finanzpolitik und die Lucius beinahe zum Rücktrittsgesuch bewegende Frage der Waldbegrenzungen, sog. Knicks). Später fehlen solche deutlichen Formulierungen.

<sup>62</sup> Die Beschränkungen sieht auch Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, S. 375. Aber mit gleichem Recht wie Webers Idealtypus der charismatischen Herrschaft erläutert und der konkreten Stellung Bismarcks im Kaiserreich angepaßt werden muß, lassen sich eben auch die von H.-U. Wehler kritisierten Begriffe Kanzlerdiktatur oder deutsche konstitutionelle Monarchie definieren und einpassen; vgl. Boldt, Hans, Deutsche Verfassungsgeschichte. Bd. 2: Von 1806 bis zur Gegenwart, München 1990, S. 204 f.

<sup>63</sup> So aufgrund der Berichte bundesstaatlicher Gesandter aus dem Jahre 1872 kolportiert von Benzig, Hans Gerhard, Bismarcks Kampf um die Kreisordnung von 1872, Hamburg 1997, S. 320, 407 f. u. pass.

mischung tolerierte und z. B. die Minister Maybach oder Göbler mehrfach nach Meinungsverschiedenheiten oder vermeintlichen Übergriffen des Kanzlers in ihr Ressort Rücktrittsgesuche stellten. Da Bismarck zudem zuweilen monatelang gar nicht an Staatsministerialsitzungen teilnahm — wir finden ihn nur bei 135 (33,8 %) von 399 Beratungen anwesend — ergaben sich bei diversen Materien doch Kommunikations- und Detailprobleme (z. B. 4.1.1883, TOP 8), die die Vizepräsidenten möglichst minimieren mußten, damit das Staatsministerium trotz Abwesenheit Bismarcks in seinem Sinne „richtig“ entscheiden konnte.

Als **Institution** besaß das **Staatsministerium** — wie wohl nicht wenige Gremien — eine gewisse Beharrungskraft; es war, mindestens solange königliche Beamte darin dominierten, eine konservative Macht. Und Einigungen in Gremien dauern zuweilen länger, zumal wenn wie in Preußen häufig Berichte der Provinzialbehörden eingefordert oder kommissarische Beratungen zwischen den Ressorts organisiert wurden; manchmal scheint der Konsens auch auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner erfolgt zu sein. In diesem Sinne meinte der freikonservative Parteiführer Wilhelm v. Kardorff anlässlich der Landgemeindeordnung von 1891, „ehe das gesamte Staatsministerium nämlich nach dem schwerfälligen Geschäftsgange desselben zu einem (...) Beschlusse kommen kann, darüber vergehen ungefähr drei Jahre, während eine ministerielle Verfügung (...) in vier Wochen die tiefgreifendsten Veränderungen“ bewirken könne.<sup>64</sup> Die von Bismarck heftig kritisierten Verfügungen des Kultusministeriums bezüglich Normierung von Lehrergehältern und Aufbringung von Schulkosten (10.6.1885, TOP 4) beispielsweise belegen diese Beobachtung, wengleich Behauptungen wie die zitierte stets detaillierter Sachanalyse bedürfen.

Das Staatsministerium wehrte sich auch mehrfach gegen vermutete oder geplante Beschneidung seiner Kompetenzen. So wurde das Militärkabinett mindestens implizit als inkompetent in allgemeinen Verwaltungsfragen bezeichnet (10.6.1882, TOP 3; 26.10.1889, TOP 3) oder eine erwogene Immediatkommission als unerwünscht charakterisiert und zu einer regulären Behörden-Kommission umgestaltet, um den bestimmenden Einfluß der einzelnen Ressorts zu erhalten (25.5.1889, TOP 3). Übergangen fühlten sich die Minister beim Postsparkassen-Gesetzentwurf, den Bismarck im Handelsministerium als Reichsgesetz ausarbeiten ließ (6.10.1884, TOP 1), und recht heftig reagierten sie auf die von Bismarck zunächst angepeilte Organisation der Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen außerhalb der Ressort-Zuständigkeiten.<sup>65</sup> Schließlich verneinten die Ressortchefs eine Bindung durch bloßes Handschreiben verstorbener Monarchen, während sie eine Bindung nur durch eine ministeriell gegengezeichnete Kabinettsordre akzeptierten (26.10.1889, TOP 3). In diesen und einigen weiteren Fällen beharrten die Staatsminister also auf ihren konstitutionellen Kompetenzen.

Im Kollektivorgan Staatsministerium gab es politisch starke und schwache **Minister**. Das hatte mit der Art des Ressorts zu tun, mit dem vorherigen Lebensweg der Minister, ihrem persönlichen Ehrgeiz und ihrem Temperament. Eine dritte, gutenteils mit der letztgenannten Gruppe überlappende, Kategorie bildeten die „reinen“ Ressortchefs, die sich vor allem um ihren Geschäftsbereich kümmerten und dabei innerhalb des von Bismarck gesetzten politischen Rahmens verblieben.

Die Protokolle lassen erkennen, daß sich Außenminister (d. h. der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes) und Kriegsminister bei Äußerungen meist an die Grenzen ihres Aufgabenbereichs hielten; wenige exponierte ressortübergreifende Aussagen machten auch die Justizminister, nämlich der alt gewordene Leonhardt, der zurückhaltende Friedberg und der 1889 zu seinem Nachfolger berufene Schelling. Vizepräsident Stolberg-Wernigerode erlangte nur in einer kurzen Periode 1879/80 selb-

<sup>64</sup> Kardorff, Siegfried v., Wilhelm v. Kardorff. Ein nationaler Parlamentarier im Zeitalter Bismarcks und Wilhelms II. 1828–1907, Berlin 1936, S. 235.

<sup>65</sup> Vgl. Sitzung am 8.5.1886, TOP 6. Deutliche Worte dagegen bei Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 341 f., 349. Ebd. S. 291 bezeichnete er auch den Staatsrat von 1884 als eines der „Projekte, welche notwendig sich im Sande verlaufen müssen, da die Gewalt doch bei den großen Verwaltungsressorts bleiben wird.“ Ein S. 369 f. überlieferter Widerspruch des Kabinetts gegen Bismarcks Wünsche blieb unprotokolliert; vgl. Sitzung am 7.2.1887, Anm. 1.

ständige (sozial-)politische Bedeutung; als von Bismarck je nach Bedarf vor- oder beiseite geschobener Stellvertreter resignierte er nach kurzer Zeit.<sup>66</sup>

Einen Fachminister, der sein politisches Ziel der Eisenbahn-Verstaatlichung ab 1879 sachgerecht realisierte und alle Direktiven umsetzte, besaß Bismarck in dem von ihm geförderten Maybach, der erst unter Druck geriet, als Wilhelm II. vor allem aus persönlichen Gründen einen Nachfolger für den gealterten Ressortchef anpeilte.

Lenkbarer Fachminister blieb im Grunde auch Kultusminister Goßler, der den Abbau des Kulturkampfes im Sinne Bismarcks betrieb, den Kanzler zur antipolnischen Ansiedlungspolitik anregte, aber nach dessen harschen Äußerungen in der von ihm 1885 plötzlich energisch aufgegriffenen Schullasten-Frage ein Rücktrittsgesuch einreichte. Während seiner Amtszeit gab es zwischen dem kirchlich konservativen Goßler und dem grundsätzlich ziemlich kirchenkritischen Bismarck mehrere Kontroversen bezüglich evangelischer Kirchenfragen, was Goßler später als kleinlich-feindliche Haltung des Kanzlers gegenüber den konservativen Evangelischen brandmarkte.<sup>67</sup>

Hervorragende Bedeutung besaßen im Ministerrat die Innenminister B. Eulenburg und Puttkamer sowie der „Reichsinnenminister“ Boetticher, der ab Juni 1881 auch Stellvertreter des Reichskanzlers und ab August 1888 als Nachfolger Puttkamers zudem Vizepräsident des Staatsministeriums war. Die beiden letztgenannten hatte Bismarck als seine Gehilfen installiert, Puttkamer aber als angeblichen Schönredner, eitlen Barträger oder sogar als nicht durchgreifend genug kritisiert, und Boetticher als ihm 1890 untreu gewordenen Günstling in den „Gedanken und Erinnerungen“ nachträglich niedergemacht. Boetticher bemühte sich entsprechend seiner Stellung besonders um die Koordination von Reich und Preußen, pflegte Kontakte zu den Parlamentariern und versuchte, auch durch verbindliches Auftreten, manche Schärpen der Auseinandersetzung zu mildern.<sup>68</sup> Puttkamer stellt sich — jenseits seiner strengkonservativen Personal-, Verwaltungs- und antisozialdemokratischen Politik — in den Protokollen zuweilen nicht als „Ultrareaktionär“, sondern als vergleichsweise moderat dar. Beispielsweise wollte er beim Abgeordnetenhaus-Neubau und parlamentarischen Anfragen entgegenkommender sein als Bismarck, vertrat eine — womöglich durch Rücksichten auf die Landarbeiterfrage im Osten mit motivierte — weniger harsche Haltung bei den Juden- und Polenausweisungen, sprach sich am 9. Januar 1887 gegen einen erwogenen Verfassungsbruch aus oder widerriet einige Male einem allzu brüsken Vorgehen gegen Städte.<sup>69</sup>

Landwirtschaftsminister Lucius hat sich der Nachwelt mit seinen „Bismarck-Erinnerungen“ als meist hellsichtiger Kommentator des Zeitgeschehens offenbart. Er ist als Ressortminister, aber als politisch durchaus eigenständig denkender Geist zu bezeichnen. Seine abweichende Meinung in

<sup>66</sup> Friedbergs Memoiren (im BArch; vgl. Archivalienverzeichnis) legen ein erstaunlich unpolitisches, kaum individuell reflektiertes, sondern gleichsam naives Verständnis der Vorgänge in Kabinett und politischem Leben an den Tag. Breitenborn, Konrad, Im Dienste Bismarcks. Die politische Karriere des Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode, 4. Aufl., Berlin 1990, bes. S. 316–325 sowie Poschinger, Heinrich Ritter v., Bismarck und der Bundesrat, Bd. 3, Stuttgart/Leipzig 1898, S. 393–402.

<sup>67</sup> Vgl. Sitzungen am 21.4.1883, TOP 3 u. 7.4.1889, TOP 2 (Maybach); 12.1.1884, TOP 4 u. 16.12.1884, TOP 2/3 (Goßler); 16.12.1884, TOP 1 u. 24.9.1885, TOP 6 (Ansiedlungspolitik); 13.7.1885, TOP 6 (Rücktrittsgesuch). Vgl. Staatsministerialsitzung vom 5.4.1890 im vorbereiteten Bd. 8 der Regesten-Edition. Weiteres Rücktrittsgesuch Goßlers v. 25.1.1889 wegen Bismarcks Volksschulpolitik erläutert in: Rep. 89, Nr. 3696, Bl. 74 f.

<sup>68</sup> Vgl. Sitzungen am 8.7.1889, TOP 3; 27.6.1886, TOP 3; 25.9.1886, TOP 9. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 187 u. 279 bzw. Klemm, Bd. 2, S. 188; Bismarck, Ges. Werke, Bd. 15, S. 479–484. Vgl. auch Henning, Hansjoachim, K. H. v. Boetticher, in: Persönlichkeiten der Verwaltung, hrsg. v. K. G. A. Jeserich u. H. Neuhaus, Stuttgart u. a. 1991, S. 224–227. Gem. Tagebuch der Baronin Spitzemberg, geb. Freiin v. Varnbüler. Aufzeichnungen aus der Hofgesellschaft des Kaiserreiches, hrsg. v. R. Vierhaus, 3. Aufl., Göttingen 1963, S. 203, mokierte sich Bismarck 1884 über „das geringe Wohlwollen der Minister untereinander. In ihrem Haß gegen Puttkamer seien sie wohl alle einig, der ein großer Redner, aber keine Arbeitskraft und ohne die nötige Energie sei; Maybach lobte er sehr, obgleich man immer lavieren müsse, um ihn nicht zu verletzen, Lucius sei in seiner Räte Hand, ordens- und hofvoll usw., Scholz tätig und tüchtig, aber zu beißend.“

<sup>69</sup> Vgl. Sitzungen am 23.10.1883, TOP 9; 4.5.1884, TOP 2 u. 21.3.1886, TOP 1 (Abgeordnetenhaus); 10.6.1885, TOP 3 u. 24.9.1885, TOP 2 (Ausweisungen); 27.1.1883, TOP 3; 26.10.1886, TOP 5 u. 1.12.1887, TOP 4 (Städte). Trotz Betonung des „reaktionären Regiments“ derartige Hinweise auch bei Müller, Harald, Robert v. Puttkamer, in: Seeber, Gustav (Hrsg.), Gestalten der Bismarckzeit, Bd. 1, Berlin (O) 1987, S. 355–377.

manchen Fragen nicht nur seines Ressorts spiegelt sich jedoch nicht so deutlich im Protokolltext selbst — vgl. allerdings Sitzung am 29.11.1883, TOP 1 —, denn in seinem Memoirenband wider. Dort finden sich von der Einbringung der Lauenburger Höfeordnung 1880, über die Aufhebung der Schweineeinfuhrverbote 1885, dem Vorabbeitrag Preußens zum Bau des Nordostseekanals, oder der Frage der Erhöhung der Zivilliste 1888 bis hin zum als aussichtslos eingeschätzten Beharren Bismarcks auf dem Ausweisungsparagraphen im Sozialistengesetz 1890 diverse Beispiele für Vorbehalte. Er kommentierte in seinem Tagebuch zahlreiche Vorhaben Bismarcks mit Distanz oder gar ausgesprochen negativ, vom Staats- und Volkswirtschaftsrat über die Finanzpolitik bis zu Fragen der parlamentarischen Taktik. Auch Lucius hielt gelegentlich Differenzen in Gesetzgebungsfragen für so schwerwiegend, daß er, etwa an der Jahreswende 1881/82 wegen der schleswig-holsteinischen „Knicks“, Rücktrittgedanken erwog.<sup>70</sup>

Interessanterweise erhob Bismarck gerade gegen zwei Kriegsminister, nämlich v. Kameke und Verdy v. Vernois, den Vorwurf, gegenüber Reichstag und Parteien nicht fest genug die monarchische Kommandogewalt verteidigt zu haben, ja selber von „liberalen Sympathien“ angekränkt zu sein. Über Kameke lautete sein Verdikt 1883: „Ein parlamentarischer General in aktivem Dienste ist stets eine unpreußische Erscheinung, als Kriegsminister aber eine gefährliche.“ An seinen Urteilen über diese Kollegen, die in Detailfragen taktische Verhandlungsbereitschaft gegenüber dem Parlament gezeigt hatten, läßt sich sein striktes Beharren auf dem extrakonstitutionellen Status des Militärs exemplarisch ermessen.<sup>71</sup>

Bismarcks Auseinandersetzungen mit den drei Finanzministern des Editionszeitraumes hängt nur vordergründig mit der Sonderstellung des Finanzministers — bei Etatforderungen konnte er gemäß Kronratsbeschluß vom 15. Februar 1852 nicht überstimmt werden (19.10.1885, TOP 6) — zusammen. Vielmehr rühren diese Streitigkeiten von Bismarcks diversen Anläufen zum Umsteuern in der Steuersystematik, seiner Instrumentalisierung und spezifischen Auffassung dieser Materie her, die er trotz Aussichtslosigkeit in den Parlamenten vertrat bzw. vertreten haben wollte. Nach dem Rücktritt des Nationalliberalen Hobrecht 1879 und dem Scheitern seines Nachfolgers Bitter am Dissens Bismarcks mit dem Parlament (14.7.1882, TOP 1), war endlich der fachkundige Beamte Scholz loyal genug, beinahe jede Vorgabe des Kanzlers in präsentable Entwürfe zu gießen, wenngleich mit nur mäßigem Erfolg im Parlament. Zuletzt kam selbst dieser treu ergebene Kollege des „Gewaltigen“ mit einem an sich zukunftsweisenden Einkommensteuergesetz nicht voran, weil Bismarck auf einem vorzeitigen Schluß des Landtags bestand (20.4.1889, TOP 3).

Von einer übergreifenden Warte aus freilich waren alle Ressortminister, egal ob politisch stark, schwach oder ressortorientiert, einem von Bismarck definierten politischen Grundkonsens verpflichtet und auf entsprechende Mahnung hin mehr oder minder willfährig, obwohl Bismarck selber 1886 nur Scholz und Maybach als ihm unbedingt treu ergeben einstufte und damit wirklich, wie sich in der Sitzung am 17. März 1890 zeigte, die Treuesten der Treuen getroffen hat.<sup>72</sup>

In direktem sachlichen Zusammenhang mit der Stellung der einzelnen Minister stehen die **Ministerwechsel**. Eine kurze Betrachtung dieser personellen Krisensituationen im konstitutionellen System ist durchaus aufschlußreich. Für das letzte Dutzend Jahre der Bismarck-Zeit zeigen sie dreierlei: a) die Prozeduren des Rücktritts im konstitutionellen Beamtenstaat, b) wen Bismarck als ministrabel betrachtete und c) die geringe Einwirkung der Parlamente und die entscheidende Bedeutung Bismarcks dabei.

Vom Dreier-Revirement von 1879 bis zur Ernennung v. Berlepsch' zum Handelsminister 1890 wurden (neben einigen Positionswechseln zwischen den Ressorts) ein Dutzend Minister entlassen; über die undankbare, häßliche Art Bismarcks, seine Kollegen „abzuservieren“, mokierten sich

<sup>70</sup> Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 507, 556–558, 578 f., 579–581, 585–587. Die „Knicks“ ebd. S. 220, 222 f. Rücktrittsgedanken Lucius' wegen möglicher Unzufriedenheit des „Generalgewaltigen“ auch ebd., S. 342 (1886).

<sup>71</sup> Bismarck, Ges. Werke, Bd. 15, S. 484, 505 (gegen Verdy); ebd., Bd. 6c, S. 275 (gegen Kameke). Vgl. Sitzung am 12.3.1883, TOP 1 mit Anm.

<sup>72</sup> Vgl. Scholz, Erlebnisse, S. 73 (= Rep. 92, NL Scholz, Nr. 7, Bl. 69 f.) u. Sitzung am 17.4.1884, Anm. 3.

schon die Zeitgenossen. Eine wirkliche Regierungskrise stellten nur die drei Rücktritte 1879 dar, weil sie fast zeitgleich am Ende des Umschwungs in der inneren Politik (Schutzollpolitik, Abwendung von den Nationalliberalen, Abbau des Kulturkampfes) erfolgten; entsprechend heftig reagierte Bismarck.<sup>73</sup> Die folgenden Amtswechsel konnte Bismarck souverän meistern, nämlich die Ausbootung Hofmanns 1880, die Resignation des Vizepräsidenten Stolberg-Wernigerode 1881, den Abgang Bitters 1882 oder die Entmachtung des Kriegministers Kameke 1883. Besonders deutlich wurde dies beim spektakulären Rücktritt Botho Eulenburgs 1881, der am Widerstand des Kanzlers gegen in Kauf genommene erweiterte Selbstverwaltungsbefugnisse für die Städte scheiterte. Obwohl Eulenburg bei der strittigen Sachfrage sogar im Staatsministerium obsiegt hatte (17.2.1881, TOP 2), erklärte er seinen Amtsverzicht, weil die ihn desavouierende Erklärung eines Bismarckschen Kommissars im Herrenhaus seine Glaubwürdigkeit zerstört habe.<sup>74</sup> Bismarck war damals also bereits in der Lage, einen Minister zu stürzen, indem er seinen Dissens mit ihm (aktiv) publik machte oder (insinuativ) publik werden ließ.

Rücktritte von Ministern, aber auch anderen Spitzenbeamten, wurden in aller Regel nach außen mit Gesundheitsrücksichten — gerne Augen-Probleme — oder Alter und Überlastung begründet. So motivierte Scholz sein Abschiedsgesuch im Juni 1889, als er wegen der Nicht-Einbringung seines Einkommensteuergesetzes Bismarck grollte, mit einem Augenleiden.<sup>75</sup> Es handelte sich also meist um Vorwände, denn größere oder kleinere politische Dissonanzen bildeten die wahren Gründe. Alle Wechsel hatten unmittelbar mit Bismarcks Politik zu tun: seinem politischen Schwenk 1879, seiner Sozialpolitik 1880, seiner Finanzpolitik 1882, der von ihm geduldeten, ja beförderten Entmachtung des Kriegsministeriums 1883/89.

Um das bei derlei Rücktritten für die Öffentlichkeit stilisierte Bild eines gesundheitlich bedingten Amtsverzichts gar nicht erst aufkommen zu lassen, erklärte Bismarck in der Sitzung am 17. März 1890 (anders als bei den Erwägungen am 16. März 1884) ausdrücklich bei guter Gesundheit und nicht amtsmüde zu sein und faßte sein (bald in die Presse lanciertes) Rücktrittsgesuch unter argumentativer Betonung der sachlichen Divergenzen zu Wilhelm II. ab.

Demgegenüber kann der Anteil der Parlamente beim Sturz von Ministern als gering bezeichnet werden; nur bei Bitters Abgang und bei Puttkamers Entlassung durch Friedrich III. Anfang Juni 1888 trugen parlamentarische Niederlagen — nämlich die Verwendungsgesetze bzw. der Vorwurf der „Wahlmache“ im Abgeordnetenhaus — maßgeblich zu den Rücktritten bei. Im ersten Fall bestimmte auch die einmütig ablehnende Haltung des Staatsministeriums selbst Wilhelm I. nach anfänglichem Zögern zur Unterzeichnung der Entlassungsurkunde.<sup>76</sup>

Um nicht die, schon den Zeitgenossen nicht ganz verborgen gebliebene, politische Motivation öffentlich zu bestätigen und Zeitungsartikeln über eine Kabinettskrise entgegenzuwirken, informierte Herbert Bismarck 1888 die preußischen Gesandten in den drei Königreichen, daß Puttkamer aufgrund anderer religiöser Ansichten als Friedrich III. zurücktreten wollte, daß damit kein „Systemwechsel“ indiziert werde, Friedrich III. nie eine parteipolitisch liberale oder gar freisinnige Persönlichkeit ernennen und die „homogene Zusammensetzung“ des Staatsministeriums somit bestehen bleiben werde.<sup>77</sup>

Die bewußte Trennung der Minister-Berufung von parlamentarischen Einflüssen drückte sich auch darin aus, daß sich unter dem Dutzend unter Bismarck ab 1879 ernannten Ministern neun hohe Berufsbeamte befanden; die zwei Kriegsminister hatten ihren Weg als Karriereoffiziere gemacht. Einzig Lucius avancierte vom freikonservativen Parteiführer zum Ressortchef. Bismarck betrach-

<sup>73</sup> Tiedemann, 6 Jahre, S. 478 f. Vgl. Bismarcks Ausfälle gegen den zwar freikonservativen, aber Fühlung mit den Nationalliberalen suchenden Friedenthal in: Ges. Werke, Bd. 6c, S. 154 f. Zum Staatsministerium der 1870er Jahre treffende Beobachtungen bei Pflanze, Otto, Bismarck, Bd. 1: Der Reichsgründer, München 1997, S. 562 f.

<sup>74</sup> Vgl. Rep. 89, Nr. 3595, Bl. 62–66 (Eulenburgs Rücktrittsgesuch v. 21.2.1881). Hier auch weitere Details zur Sache.

<sup>75</sup> Scholz, Erlebnisse, S. 100. Für den Historiker empfiehlt sich angesichts des häufigen Vorwands „Augenleiden“ bei sachlich begründeten Rücktrittsgesuchen von höheren Beamten also stets eine Plausibilitäts-Prüfung.

<sup>76</sup> Vgl. Thier, Steuergesetzgebung, S. 345–352 und Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 234.

<sup>77</sup> PA Bonn, R 4231, n. f. (Rundschreiben v. 13.6.1888).

tete nach 1879 nur staatstreue, nicht parteipolitisch exponierte Männer als ministrabel, in erster Linie eben (fachlich kompetente) Beamte freikonservativer Observanz, so daß die freikonservative Partei den Zeitgenossen als „Partei Bismarck sans phrase“ oder „Minister- und Diplomaten-Partei“ erschien.

Sie alle berief der Monarch auf Vorschlag des Ministerpräsidenten in ihr Amt. Hingegen beriet das Staatsministerium als Kollegium — wie sich erweisen wird, im Unterschied zu den 1890er Jahren — in der Regel (Ausnahme: 25.9.1881) nicht über die Auswahl der neuen Minister, sondern wurde nur post festum informiert. Die praktisch allein entscheidende Rolle, die er als Kanzler und Ministerpräsident bei der Berufung von preußischen Ministern zwischen 1879 und 1890 innehatte, gab Bismarck selber gelegentlich zu. So erklärte er schon im Juni 1881 anlässlich des Neueintritts von Goßler, er könne jeden Minister auch wieder stürzen. Deutlicher noch äußerte er 1883 gegenüber dem württembergischen Ministerpräsidenten Mittnacht, seit man weithin wisse, daß auf seinen Antrag „jeder Minister werde entlassen werden, herrsche im Staatsministerium eine Disziplin, wie sie vorher niemals bestanden habe.“<sup>78</sup> Zwar gab es zeitweise, zuletzt 1876/78, Überlegungen, einige (liberale) Parlamentarier zu Ministern zu berufen, aber danach wurde ausweislich der Akten nicht mehr primär erwogen, wie Kandidaten bei den Parteien aufgenommen würden, von deren Konsultation gar nicht zu reden. Von einer Parlamentarisierung der Regierung kann nicht zuletzt angesichts dieser Personalpolitik bis 1890 keine Rede sein; von einer Politisierung allerdings insoweit, als das politische Spektrum unter Bismarck auf die gemäßigt konservativen Kräfte eingeeengt wurde.<sup>79</sup>

Aufgrund dieses Zusammenhangs, weil Bismarck nur ungern abstimmen ließ und Abstimmungen auch die Kollegialität der Minister beschädigen konnten, gibt es im Protokolltext nur relativ wenige, explizit genannte **Kampfabstimmungen**. Häufiger lassen sich grundsätzliche oder detailbezogene Meinungsverschiedenheiten in Voten-Wechseln nachlesen, die meist bis zur mündlichen Beratung schon eine gewisse Annäherung der Standpunkte bewirkten. Wir zählen insgesamt 15 protokollierte Kampfabstimmungen, davon fünf, wo bei Stimmgleichheit die Stimme des jeweiligen Vorsitzenden den Ausschlag gab (23.3.1880, TOP 2; 28.10.1881, TOP 5; 25.2.1884, TOP 3; 10.3.1884, TOP 3; 3.12.1889, TOP 3). Darunter befinden sich eine Personal-, eine behördenorganisatorische, zwei eher nachrangige Sachfragen und nur ein hochrangiges Problem, nämlich die Frage der Verlängerung des Sozialistengesetzes. Zehn protokollierte Abstimmungen über umstrittene Sachfragen wurden mit mehr oder weniger großer Mehrheit entschieden, auch darunter neben einer Personalie und einer Rang- und Gehaltsfrage nur drei oder vier erstrangig wichtige Streitfragen (24.1.1879, TOP 4; 1.11.1880; 17.2.1881, TOP 2; 9.6.1886, TOP 2). Das Kabinett Bismarck besaß eben in den Grundüberzeugungen politische Homogenität.

Die Dominanz des Reichsgründers wirkte sich auch auf die **Rolle des Monarchen** im politischen Tagesgeschäft aus. Nach Bismarcks steter Aussage sollte der König der eigentliche Ministerpräsident in Preußen sein. Die mehrfachen diesbezüglichen „Allerhöchsten Kundgebungen“ — Beamten-Erlaß vom 4. Januar 1882; Kabinettsordre zu den verfassungsmäßigen Rechten der Krone vom 8. Mai 1884; Botschaft an den Reichstag vom 30. November 1885 –, in denen sich der Monarch die Leitung der preußischen Exekutive vorbehielt, wurden indessen von Bismarck bei Wilhelm I. primär erwirkt, um das Prestige des greisen Monarchen quasi als Hebel gegen einen befürchteten Bedeutungszuwachs des Parlaments auszuspielen; sie können als Bemäntelung von Bismarcks

<sup>78</sup> Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 211. Bismarck, Ges. Werke, Bd. 8, S. 493 (zu Mittnacht am 4./5.12.1883). In späterer Zeit beriet das Staatsministerium mehrfach über Nachfolger, u. a. Heyden, Miquel und Thielen 1890.

<sup>79</sup> Während seit den 1880er Jahren in anderen europäischen Staaten bei Minister-Berufungen zunehmend Rücksicht auf die Parteienkonstellation genommen wurde, wandte sich Preußen-Deutschland unter Bismarck bewußt gegen solche Trends. Man kann darin eine Sonderentwicklung erblicken; vgl. Kocka, Jürgen, Nach dem Ende des Sonderwegs. Zur Tragfähigkeit eines Konzepts, in: Arnd Bauerkämper u. a. (Hrsg.), Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945–1990, Bonn 1998, S. 364–375, hier S. 366.

faktischer Leitung gelten. Generell nutzte man ja die vorhandene Verehrung weiter Bevölkerungskreise für die Monarchie und für Wilhelm I., um Handlungen der Regierung vor Kritik abzuschirmen und die Kritiker als Feinde der monarchischen Staatsordnung abzustempeln.

In der Realität der Jahre von 1879 bis 1888 entwickelte der greise Wilhelm I. keine großen Initiativen mehr und verließ sich ganz auf den Mann, der ihn seit 1862 vor der Parlamentsherrschaft bewahrt hatte.<sup>80</sup> Bismarck besaß auch als einziger Minister steten und direkten Zugang zum Monarchen und konnte ihn von daher kontinuierlich persönlich beeinflussen. Wirklichen Widerstand leistete Wilhelm I. ihm und dem Staatsministerium nur in wenigen wichtigen Situationen, vor allem beim Abschluß des Zweibundes (28.9.1879) und später gegen die beabsichtigte Verwaltung Elsaß-Lothringens als preußische Provinz (27.3.1887, TOP 1). In mehreren, eher kleinen Fragen setzte der Monarch seinen Willen tatsächlich durch, z. B. bezüglich seiner Teilnahme am Kölner Dombaufest 1880<sup>81</sup> oder bei der Nobilitierung des welfisch gesinnten Thielen (12.1.1884, TOP 8). In anderen Streitfällen wie beim Widerstreben gegen die Reaktivierung des Staatsrats (17.4.1884) oder bei der Herrenhaus-Berufung von Brückner (14.11.1886, TOP 3) mußte er letzten Endes kleinbegeben. Wieder anderes wie Nachfragen per Billet bei Bismarck oder einzelne Marginalien<sup>82</sup>, findet in den Protokollen keine Erwähnung, sondern muß vor allem aus den Akten des Zivilkabinetts erst ans Tageslicht geholt werden. Bei religiösen und militärischen Fragen sowie natürlich bei Gnadenbezeugungen aller Art als spezifischer monarchischer Prärogative nahm Wilhelm I. stets besonderes Interesse. Ungeachtet einiger sachlicher Differenzen empfand Bismarck ein Gefühl der Verehrung für den greisen Kaiser, das auch von den Ministern geteilt wurde. Insbesondere in Lucius' Memoiren finden sich Elogen für Wilhelm I., der seinerseits Minister-Wechsel ungern sah<sup>83</sup> und die Ressortchefs in regelmäßiger Folge mit Orden, Titeln, Offizierspatenten, Handschreiben etc. auszeichnete.

Unter dem jungen Wilhelm II. gab es hingegen bald kleine Friktionen mit den Ministern wegen Personalpolitik, Uniformfragen oder Raschdorffs Berliner Dombau. Er erschien unangemeldet in der Staatsministerialsitzung vom 12. Mai 1889 und entwickelte eine eigene Meinung zum rheinisch-westfälischen Bergarbeiterstreik. Gleichzeitig mischte er sich in die großen politischen Fragen, nämlich Einkommensteuerreform, Schulreform und Sozialpolitik ein, so daß ein kluger Beobachter wie Lucius frühzeitig beklagte, das Staatsministerium habe nicht mehr die konstitutionelle Stellung, die es als politisches Leitungsgremium beanspruchen müsse.<sup>84</sup> Nur wenig später kam es zum Bruch mit Bismarck, als Wilhelm II. tatsächlich der wahre Ministerpräsident in Preußen sein und einen „neuen Kurs“ steuern wollte.

Die strittigen Fragen wurden 1889/90, teils auf Initiative Wilhelms II., in **Kronräten** erörtert. Deren formales Spezifikum bestand darin, daß es sich um Sitzungen des Staatsministeriums unter

<sup>80</sup> Vgl. Hartung, *Verantwortliche Regierung*, S. 40 f. Der bei Rauh, *Föderalismus*, S. 205 erwähnte Fall, daß Wilhelm I. eine „Gehaltserhöhung der Reichsbeamten“ angeblich „nicht genehmigen wollte“, ist insofern verzeichnet, als gem. *StenBerBundesR*, 11.6.1883, § 290 eine Novelle zur Pensionsberechnung für Zivilbeamte von der Regierung zurückgezogen wurde, weil die analoge Militärpensions-Novelle im Reichstag chancenlos war und man eine ungleichmäßige Pensionsberechnung für Militärs und Zivilbeamte vermeiden wollte. Wilhelm I. war das wohl recht.

<sup>81</sup> Diesbezüglicher Schriftwechsel gedruckt bei Puttkamer, Albert v. (Hrsg.), *Staatsminister von Puttkamer. Ein Stück preußischer Vergangenheit 1828–1900*, Leipzig 1928, S. 116–126.

<sup>82</sup> So notierte Wilhelm I. zum Immediatbericht v. 27.1.1886 über die geplanten antipolnischen Maßnahmen, bei der Germanisierungspolitik wolle er betont haben, daß „man deshalb auf Ausrottung der polnischen Sprache nicht abziele“; *Rep.* 89, Nr. 15007, Bl. 4 [Hervorhebung im Original].

<sup>83</sup> Vgl. Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 308, 362 u. ö. An Lucius' Aufzeichnungen ebd. S. 260, 309, 327, an den Nachfragen Wilhelms I. zu den *Revirements* 1879 bzw. 1881, an Bismarcks Notiz (*Rep.* 89, Nr. 3595, Bl. 154, 19.6.1882), er kenne die Abneigung Wilhelms I. gegen Ministerwechsel sowie an dem in Anm. 3 zur Sitzung v. 17.4.1884 referierten Schreiben Wilhelms I. wird dessen Widerwillen gegen Ministerwechsel erkennbar.

<sup>84</sup> Vgl. die Sitzungen am 10.7.1888, TOP 1; 27.5.1889 u. 14.2.1890, TOP 6 (Personalien); 29.4.1889, TOP 1 u. 2.1.1890, TOP 1 (Uniformfragen); 2.3.1890, TOP 8 (Dombau); 18.3.1889, TOP 3 (Einkommensteuer); 30.4.1889, TOP 1 (Schulreform); 24.1.1890, TOP 1 (Sozialpolitik). Lucius' Brief v. 6.1.1890 in: Eppstein, *Georg Frhr. v. (Hrsg.), Fürst Bismarcks Entlassung*, 1. Aufl., Berlin 1920, S. 37 f.

Vorsitz des König handelte. Die Initiative zu diesen Beratungen von teilweise strategischer Bedeutung ging entweder vom Monarchen oder vom Ministerpräsidenten nach Absprache mit dem Staatsministerium aus. Unter Wilhelm I. fand seit dem 11. Februar 1877 kein Kronrat mehr statt, was den genannten Rückzug des greisen Monarchen aus der Tagespolitik indiziert. Erst unter Friedrich III. wurde wegen Fragen im Zusammenhang mit dessen Thronbesteigung für den 23. März 1888 wieder eine solche Beratung anberaumt. Gleichzeitig nutzte sie Bismarck zu einer Darlegung seiner bisherigen außenpolitischen Grundsätze. Unter Wilhelm II. fanden seit dem ersten am 26. Juni 1888, der gleichfalls die Thronbesteigung als Anlaß hatte, bis zum letzten am 24. Januar 1890 fünf weitere Kronräte statt. Wie in früheren Jahrzehnten ab 1849 wurden darin grundlegende politische Fragen besprochen, etwa das Vorgehen gegen die Sozialdemokratie, zumal beim großen Bergarbeiterstreik 1889, oder die sozialreformerischen Intentionen Wilhelms II. Eine Häufung von Kronräten kann geradezu als Indiz für politischen Richtungsstreit in der Regierung oder turbulente Zeiten angesehen werden. Die 1880er Jahre waren insofern für Bismarck und das Staatsministerium ruhige Jahre.

### 3. *Eigenarten und Spezifika der Quelle*

Die Protokolle des Staatsministeriums 1879–1890 sind lückenlos überliefert, das heißt alle, die zeitgenössisch angefertigt wurden, liegen in der Hauptreihe der Quelle vor.<sup>85</sup> Vereinzelt gab es allerdings, wie in der Edition mehrfach angemerkt, informelle Besprechungen von Staatsministern, die nicht protokolliert wurden. Sie werden schon in der zeitgenössischen Literatur teilweise unkritisch oder fälschlich als Staatsministerialsitzungen bezeichnet; auch das wurde korrigierend annotiert.

Aus **Geheimhaltungsgründen** bewußt nicht protokolliert wurden nur die vier eingangs erwähnten Sitzungen vom 19. November 1887, 5./7. Dezember 1888, 12. Dezember 1888 und 24. Januar 1890. Auf den entsprechenden Blättern notierte Unterstaatssekretär Homeyer dann jeweils „Ein Protokoll ist nicht aufgenommen“ oder ähnliches. Mehrfach hat Bismarck die Geheimhaltung durch die Kabinettsmitglieder bzw. im behördlichen Geschäftsgang angemahnt, nachdem Interna, besonders aus dem Finanzministerium, in die Öffentlichkeit gelangt waren (6.2.1882, TOP 1; 14.2.1886, TOP 5).<sup>86</sup>

Zuweilen wurden Diskussionen um aktuell **brisante Themen nur summarisch ohne Details protokolliert** (10.6.1882, TOP 1; 10.3.1888, TOP 1), mehrfach auch — durch die Memoirenliteratur zu erschließende — politische Ausführungen Bismarcks gar nicht schriftlich fixiert (22.6.1884; 8.3.1885; 29./30.11.1885, TOP 2).<sup>87</sup> In gleicher Weise verfuhr man häufig bei Personalien, zumal strittigen, wo die innerministerielle Meinungsbildung gar nicht zu Papier gebracht wurde, oder nur mündlich erfolgte.

Diese Verfahrensweise verweist auf die **Art der Protokolle** 1879–1890. In der Regel handelt es sich um — wohl gekürzte — Verlaufsprotokolle; sowohl bei Routine- wie bei den genannten sensiblen Angelegenheiten treten noch knappere Beschlußprotokolle auf. Die Protokolle sind deutlich kürzer als in den 1890er Jahren, wo ungleich längere, (redigierten Wortprotokollen) nahekommende Niederschriften vorherrschen. Für die 1880er Jahre besitzen deshalb die Memoiren Lucius', die, wie jeweils angemerkt, in Einzelfällen von größerer Ausführlichkeit und Aussagekraft als die offiziellen Aufzeichnungen sind, Bismarcks Gesammelte Werke oder Quelleneditionen wie

<sup>85</sup> Vier offenbar zeitweilig separierte Protokolle aus dem Dezember 1888 wurden schließlich, wahrscheinlich aufgrund einer Fehlbindung, an das Ende des Protokoll-Bandes 96 (1884) geheftet. Eine explizite Erklärung dafür fehlt.

<sup>86</sup> Über fälschlich als Staatsministerialsitzungen bezeichnete Treffen vgl. die Regesten zum 24.10.1879, TOP 1 und 24.1.1890, TOP 1. Zu Indiskretionen im Finanzministerium vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 224.

<sup>87</sup> Bosse, Robert, Erinnerungen [1876–1881], in: Die Grenzboten, 2. Quartal 1904, S. 646 berichtet über die von ihm protokollierte Beratung am 28.8.1880: „Eigentlich war die ganze Sitzung nur ein Monolog des Fürsten (...). Ob es mir aber gelungen ist, seine sprudelnde Gedankenfülle in dem Protokoll (...) wiederzugeben, ist mir zweifelhaft.“



die von Tennstedt und Mitarbeitern zur Sozialpolitik neben der vorliegenden Publikation auch weiterhin hohen Wert.

Die **Sprache der Protokolle** ist bürokratisch und gedämpft, so daß selbst heftige Kontroversen nur einen leisen Widerhall in der Formulierung finden.<sup>88</sup> Unverfängliche Formulierungen überdecken gar Grundentscheidungen. Zuweilen muß man deshalb auch zwischen den Zeilen lesen bzw. ergibt erst die Zusammenschau verschiedener Tagesordnungspunkte zu einem Thema ein Gesamtbild; insofern ist gerade die hier unternommene vollständige Edition aller Niederschriften von Vorteil.

Eine rudimentäre **Geschäftsordnung** kannte das Staatsministerium seit den diesbezüglichen Festlegungen vom 27.12.1808 und 16.4.1817. Allerdings wurden darin nur wenige formale Verfahrensweisen wie Beratungsgegenstände und Protokollführung festgeschrieben. Die Kompetenzen für das Gremium Staatsministerium gaben die konstitutiven königlichen Verordnungen von 1808 und 1817 vor. Indessen reichten diese frühen Festlegungen auf die Dauer nicht hin und es blieb ein wichtiges Charakteristikum des Staatsministeriums, daß das Verfahren je nach Bedarf durch (Grundsatz-)Entscheidungen in Präzedenzfällen fortgeschrieben bzw. modifiziert werden mußte.<sup>89</sup> Einige Grundtatsachen zu Geschäftsgang, Verfahren und Form der Protokolle seien deshalb nachstehend kurz dargestellt.

Zum **äußeren Rahmen** ist folgendes zu sagen: Die Sitzungen des Staatsministeriums 1879–90 fanden regulär in den jeweiligen Dienstgebäuden (zunächst Behrenstr. 72, ab 5. Oktober 1889 Leipziger Platz 11) statt. Bei Anwesenheit des Ministerpräsidenten tagte es häufig, noch dazu sonnabends oder sonntags, in Bismarcks Dienstwohnung im Reichskanzler-Palais, Wilhelmstr. 77. Fanden gleichzeitig Sitzungen der Parlamente statt, saß man zuweilen umständehalber in den dortigen Ministerzimmern zusammen. Kronräte wurden in Königlichen Schlössern abgehalten, meist im Berliner Stadtschloß.

Die **Terminierung der Sitzungen** erfolgte nach Bedarf; in der Regel und außerhalb der Sommerpause traf sich der Ministerrat alle ein bis zwei Wochen.<sup>90</sup> So wurden zwischen 23 (1887) bzw. 27 (1879) und 44 (1882) bzw. 48 (1888) Zusammenkünfte protokolliert. Die Jahre geringer Frequenz waren zugleich auch Jahre besonders großer Abstinenz des Ministerpräsidenten von den Staatsministerialberatungen.

In der Sitzung vom 19. März 1881 regte Bismarck wöchentliche (**vertrauliche**) **Besprechungen** des Staatsministeriums an. Unter dieser Bezeichnung hatten bereits früher Sitzungen firmiert. Die vertraulichen Besprechungen ab 1881 unterscheiden sich formal wie thematisch kaum von regulären Sitzungen, und die Niederschriften darüber wurden genauso wie die übrigen Protokolle archiviert. Tendenziell wurden in ihnen weniger Beschlüsse gefaßt. Sie fanden in der Folge keineswegs allwöchentlich statt. Erklären läßt sich Bismarcks Initiative gerade im März 1881 wohl vor allem damit, daß er nach der Eulenburg-Krise engere politische Fühlung im Staatsministerium anstrebte, ohne sich der Gefahr des erneuten Überstimmtwerdens auszusetzen.

Die **Entstehungsgeschichte der Protokolle** in formeller Hinsicht ist kurz so zu beschreiben: Der in der Regel mit der Protokollführung betraute Unterstaatssekretär im Staatsministerium machte sich in der Sitzung Notizen und fertigte daraus anschließend eine Reinschrift. Diese zirkulierte

<sup>88</sup> Dies ist schon früher festgestellt worden von Editoren wie Gerhard Schrader, Vorwort, S. 2, 7 zu den bis zu „Fahnen ausdrucken“ gediehenen, aber nicht publizierten drei Bänden „Staatsministerialsitzungsprotokolle 1871–1895“ des Merseburger Archivs (1956/57) und von Frauendienst, Werner, Das preußische Staatsministerium in vorkonstitutioneller Zeit, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 116 (1960), S. 104–177, hier S. 164.

<sup>89</sup> Die Geschäftsordnung vom 16.4.1817 als Anlage zur Sitzung am 16.4.1817 in Bd. 1, Bl. 10–10v; Druck bei Klein, Funktion und Bedeutung des Preuß. Staatsministeriums, S. 202 f. Die Fortentwicklung durch spätere Grundsatzentscheidungen des Staatsministeriums beschreibt das Memorandum des Bürodir. Schröter vom 6.10.1894 in: Rep. 90, Nr. 394. Zu Geschäftsgang und Kompetenzen in der Frühphase vgl. auch den vorbereiteten Bd. 1 (1817–1829) der Edition und v. a. den in Aussicht genommenen sachthematischen Band Staatsministerium/Bürokratie.

<sup>90</sup> Einladungen und Vortragverzeichnisse unvollständig überliefert in: Rep. 90a, B III 2b Nr. 2, Bde. 1 und 2.

dann bei den Ministern zur Unterschrift und damit zur Vollziehung.<sup>91</sup> Dabei hatten die Minister nötigenfalls die Möglichkeit, handschriftliche Korrekturen einzutragen. Dies geschah auch vielfach, beschränkte sich allerdings in der Regel auf Formulierungsänderungen ohne erkennbare sachliche Relevanz.<sup>92</sup> Im vorliegenden Band sind insbesondere nachträgliche, zudem per Anschreiben extra übermittelte Korrekturen Bismarcks, aber auch anderer Minister, in den Anmerkungen nachgewiesen (29.8.1882, TOP 6; 6.1.1885, TOP 2; 19.10.1885, TOP 6).

Infolge eines Anlasses aus den Jahren 1874/75 wurde bei sachlich besonders komplizierten Entwurfentwürfen zuweilen ein Entwurf des betreffenden Tagesordnungspunkts im federführenden Ministerium vom in der Sitzung anwesenden Referenten gefertigt und dann an den Unterstaatssekretär im Staatsministerium geschickt, der den Entwurf entweder nochmals abschreiben ließ oder auch, ggf. mit kleinen Korrekturen, direkt in seine Niederschrift einfügte. Dabei läßt die andere Handschrift des Protokolls aber den geschilderten Hergang bis heute erkennen.<sup>93</sup>

Zur Entstehungsgeschichte der Protokolle sei noch folgende Präzisierung angefügt. Bis zur Sitzung am 3. Januar 1882 wurde (mit wenigen Ausnahmen) das Protokoll alleine vom Unterstaatssekretär im Staatsministerium (seit 1877: Homeyer) unterzeichnet und beglaubigt. Ab der Sitzung vom 4. Januar 1882 unterschrieben und vollzogen — mit einem guten Dutzend Ausnahmen — alle anwesenden Staatsminister das Protokoll. Eine explizite Erklärung dafür fehlt.<sup>94</sup> Es steht aber aufgrund der zeitlichen Koinzidenz zu vermuten, daß dieser Formwechsel mit dem von Bismarck erwirkten Beamten-Erlaß vom selben 4. Januar 1882 in Zusammenhang steht. Mit diesem Erlaß war der Kanzler und Ministerpräsident ja bestrebt, der in seiner Sicht drohenden Parlamentarisierung durch Betonung der Regierungsgewalt des Königs entgegenzuwirken und die Beamten stärker politisch zu disziplinieren. Es ließe sich nun denken, daß durch die persönliche Unterschrift auch seine Kabinettskollegen stärker in die Gesamtverantwortung des Staatsministeriums eingebunden werden sollten, ihnen speziell der — vorgekommene, wenngleich praktisch eher bedeutungslose — Ausweg versperrt werden sollte, sich unter Verweis auf eine nicht autorisierte Niederschrift in irgendeiner Weise von der politischen Grundlinie des Staatsministeriums zu distanzieren. Erhebliche sachliche Bedeutung ist diesem Formwechsel aber nicht beizumessen, denn die Unterschrift durch alle anwesenden Minister stellte — mit Ausnahme der Jahre 1858–1881 — bis 1918 doch die Regel dar.

Als höchster Beamter amtierte im Staatsministerium der bereits mehrfach erwähnte **Unterstaatssekretär**. Diese Position hatte vom August 1877 bis zu seinem Tode am 1. Oktober 1894 der vormalige Vortragende Rat im Handelsministerium Gustav Homeyer inne. Obwohl von Bismarck berufen, schätzte er ihn als trockenen Bürokraten nicht sehr. Eine Schilderung, die seine Person jenseits der unpersönlichen Protokolle plastisch werden läßt, berichtet, daß er<sup>95</sup>

„den bürokratischen Dienst und die Ressortverhältnisse sehr genau [kannte] und (...) mit einer an Pedanterie streifenden Ängstlichkeit über die Innehaltung aller hergebrachten — auch der kleinsten — bürokratischen Formen [wachte]. In den Sitzungen des Staatsministeriums hatte er das Protokoll zu führen, und er arbeitete

<sup>91</sup> Vgl. Sitzung am 3.1.1882, Anm. 1 (Entstehung). Zum Protokoll v. 23.9.1882 vermerkte Homeyer bezüglich Vollziehung: „Die Herren Staatsminister verzichteten diesmal auf Vorlegung und Vollziehung des Protokolls.“

<sup>92</sup> Beispiel für Relevanz: Zedlitz-Trützschlers Korrektur-Wunsch zum Kronratsprotokoll v. 17.3.1892 (im von mir vorbereiteten Bd. 8 der Edition).

<sup>93</sup> So z. B. Sitzung am 3.4.1882, TOP 7 oder 16.5.1885, TOP 8 (Protokolle erstellt von den Referenten). Das Protokoll vom 11.5.1882, wo es um zwei Kirchenfragen ging, verfaßte bei Abwesenheit Homeyers der zuständige Kultusminister Goßler. Zum Anlaß 1874/75 vgl. Rep. 84a, Nr. 4385, Bl. 74 ff. u. Rep. 77, Tit. 182 Nr. 35 Bd. 2, Bl. 174 ff. (Beschluß v. 30.3.1875, TOP 5). In diesen Akten auch Ausführungen zur üblichen Protokollerstellung.

<sup>94</sup> So schon das Vorwort von G. Schrader zur o. g. geplanten Merseburger Auswahl-Edition, 1956/57, S. 4. Zur bei der Protokoll-Klassifizierung angewandten Differenzierung zwischen der – vom Unterstaatssekretär bzw. Protokollführer beglaubigten – Reinschrift und der – von Ministern unterschriebenen – vollzogenen Reinschrift vgl. Sitzung v. 23.9.1882, Anm. 1 und Sitzung am 2.9.1886, Anm. 1.

<sup>95</sup> 1889 soll Bismarck Homeyer wegen nicht ordnungsgemäßer Vorlage von Staatsministerial-Schriftwechsel sogar mit Geldstrafe bedroht haben lt. Morsey, Reichsverwaltung, S. 315. Bosse, Erinnerungen, S. 157 f.

diese Protokolle in vorzüglicher, vielleicht hie und da ein wenig zu weitläufiger Form mit der äußersten Gewissenhaftigkeit aus. Die höchst verwickelten, zuweilen eines komischen Anstrichs nicht entbehrenden Geheimnisse des preußischen Ordenswesens kannte er bis in die entferntesten Einzelheiten. (...) Dem Fürsten Bismarck war er nicht sympathisch (...) und er litt darunter empfindlich. (...) Er war von konservativer Gesinnung, auch kirchlich positiv und im Grunde ein kreuzbraver, ehrlicher und zuverlässiger Mann, nur dann und wann von seinen Launen und Stimmungen allzu abhängig.“

Homeyer zur Seite standen an **weiterem Personal** zwei bis drei Vortragende Räte, anfangs der alte Freiherr v. Wangenheim und R. Bosse, dann der Bismarck-Vertraute F. v. Kurowsky und V. v. Tepper-Laski, zuletzt Freiherr v. Broich und P. v. Rheinbaben. Diese Räte wurden aber weniger mit zentralen politischen Fragen befaßt; ausweislich der Protokolle galt ihre Tätigkeit vor allem routinemäßigen Fragen, primär dem Vortrag von Disziplinar- und Pensionssachen.<sup>96</sup> Dies hing gutenteils damit zusammen, daß die Ministerpräsidenten schon früh — Bismarck folgend auch Caprivi und Hohenlohe bei Ausnahme von Botho Eulenburg — ihr Büro für hochpolitische Sachen in die Reichskanzlei verlegten, wo sie ihre engsten Vertrauensleute und politischen Berater (Ch. Tiedemann, F. Rottenburg, K. Göring, K. v. Wilmowski) positionierten.

Die genannten, rund 1160 **Teil-Protokolle für Disziplinar- und Pensionssachen** bilden einen, beim Regest vom 13. Januar 1879, TOP 6 erläuterten, Sonderfall. Es handelt sich in der Regel um einseitige, meist in vervielfältigte Formulare eingetragene, routinemäßige Beschlüsse zu den Rekursen von entlassenen oder zwangspensionierten Subalternbeamten an das Staatsministerium. Obwohl diese Fälle meist auf offenkundiger Rechtsverletzung (Diebstahl, Trunkenheit etc.) oder Dienstunfähigkeit seitens nicht-akademisch gebildeter Beamter beruhten und ohne politische Relevanz waren — einige der Ausnahmen sind beispielhaft in den Fußnoten vermerkt (z. B. 10.12.1880, TOP 4; 21.6.1881, TOP 5; 23.9.1882, TOP 6) — beharrte das Staatsministerium auf seiner Rolle als oberste Revisionsinstanz in diesen Fragen. Die Minister verließen vielfach jedoch — bis zum sie entlastenden Disziplinarsachen-Beschluß vom 3. November 1900 — die Sitzung bei diesen Tagesordnungspunkten, da diese „als der Gipfel der Langweiligkeit galten.“<sup>97</sup> Bismarck war bei diesem Thema 1879–1890 nie anwesend.

#### *4. Ergänzende Hinweise zur Form des Bandes und seiner Benutzung*

Als Ergänzung und Präzisierung zu den am Beginn dieses Bandes abgedruckten allgemeinen Editionsrichtlinien sollen dem Nutzer die nachfolgenden Erläuterungen dienen.

Ganz grundsätzlich sei betont, daß die definitionsgemäß kurzen Regesten nicht davon entbinden, die ihnen zugrunde liegenden Protokolle, ggf. in Form der Mikrofiche, zur Kenntnis zu nehmen. Besonders bei langen Niederschriften über Debatten des Staatsministeriums werden oft auch aufschlußreiche Zusammenhänge erkennbar; deshalb lautet die Empfehlung, stets möglichst **„breit zu lesen“**.

**Abschriften** (i. d. R. einzelner Tagesordnungspunkte) finden sich so häufig in den annotierten ministeriellen Sachakten, daß darauf im Regest nicht extra hingewiesen werden konnte.

Besondere Bedeutung besitzt aber die recht umfangreiche Reihe der Protokollabschriften im Zentralbüro des Handelsministeriums (Rep. 120, CB I Nr. 4). Sie entstand, als Bismarck in Personal-

<sup>96</sup> Bosse, *Erinnerungen*, S. 158: Wichtigere Sachen erledigte Homeyer, so daß die Räte „recht wenig“ zu tun hatten.

<sup>97</sup> Bosse, *Erinnerungen*, S. 40. Er berichtet ebd., S. 158, daß die Disziplinarsachen bis zu seiner Pensionierung 1884 in der Regel Freiherr v. Wangenheim vortrug, was mit den Protokollen übereinstimmt. Zum Beharren des Staatsministeriums auf seinen Kompetenzen in Disziplinarsachen vgl. Sitzungen am 25.5.1892, TOP 6; 25.9.1894, TOP 6; 3.11.1900, TOP 9 und 12.1.1917 (in den vorbereiteten Bänden 8, 9 und 10 der Edition).

union zugleich preußischer Handelsminister war, aber die Protokolle auch in Staatsministerium und Reichskanzlei benutzen konnte. Diese Reihe ist hilfreich, weil sie leichter leserlich ist als die häufig in der schwierigen Handschrift Homeyers<sup>98</sup> niedergeschriebenen Protokolle der Stammquelle, und als Parallelüberlieferung im Geheimen Staatsarchiv verfügbar bleibt.

Besondere sachliche Bedeutung für den Nutzer kommt auch den **Sachakten von Reichskanzlei und Reichsamt des Innern** (im Bundesarchiv, Berlin-Lichterfelde) zu. Dort finden sich Angelegenheiten mit Beteiligung des Reiches gut dokumentiert; speziell sei auf den Bestand Staatsministerialsachen des Reichsamts des Innern hingewiesen. Da die Reichskanzler-Ministerpräsidenten seit Bismarck nicht selten ihre hochpolitischen Initiativen aus dem Büro der Reichskanzlei (oder des Reichsamts des Innern) ergriffen, befinden sich die Entwürfe von Schreiben in der archivalischen Hinterlassenschaft der Reichsbehörden. Diese Bestände konnten indessen angesichts der gegebenen Schwerpunktsetzung auf Preußen sowie aus arbeitsökonomischen Gründen meist nur ergänzend, nicht aber umfassend-systematisch durchgesehen und in den Fußnoten angemerkt werden.

Sowohl **Aktenachweise** wie auch **Literaturangaben** in den Anmerkungen wurden nicht bei jedem Tagesordnungspunkt zu einem Thema jeweils erneut, sondern i. d. R. nur einmal, nämlich beim ersten Auftauchen eines Problemkreises, annotiert. Es erschien selbstverständlich, daß die Nutzer mittels der Register alle Regesten zu einem Thema herausfinden und so auch alle archivalischen bzw. bibliographischen Hinweise zur Kenntnis nehmen. Die Aktennachweise bzw. das Aktenverzeichnis sind auch im weiteren Sinne als Fingerzeige für den Forscher zu verstehen, denn natürlich finden sich im zweimal angegebenen Bestand 2.3.3.5 (Literarisches Büro) zahlreiche andere Akten zur Pressepolitik des Innenministeriums. Dieser Verweischarakter einzelner Akten trifft in vielen Fällen zu.

Zur Erleichterung für den Nutzer wurde als Hinweis auf den bereits früher erfolgten Nachweis von Dokumenten gelegentlich die Standardformulierung „Vgl. Sitzung am ... mit Anm.“ verwandt.

Speziell bei Anträgen kommt in Betracht, daß sie auch mündlich gestellt werden konnten bzw., wie bei den (nicht in die Drucksachen aufgenommenen) Anträgen von Bundesstaaten in den Ausschüssen des Bundesrats, gar nicht mehr archivalisch nachweisbar sind (z. B. 18.4.1882, TOP 1). Überhaupt gilt für den Bundesrat die bekannte Einschränkung, daß dort keine wirklichen Plenardiskussionen stattfanden und die Erörterungen in den Ausschüssen nicht detailliert in den Drucksachen publiziert wurden. Hier helfen ggf. die Berichte der einzelstaatlichen Bundesratsbevollmächtigten.<sup>99</sup>

Anträge in den Parlamenten sind generell nur per Parlamentsdrucksache nachgewiesen. Sofern nicht diskutierte, sondern nur gebilligte Gesetzentwürfe von sekundärer Bedeutung anhand der Drucksachen bzw. der Stenographischen Berichte von Reichstag, Landtag und Bundesrat nachgewiesen wurden, steht am Beginn der Anmerkung ein „Vgl.“

Bei Debatten der Parlamente wird in der Regel die erste der drei Lesungen angegeben. Weitere Hilfestellung leisten hier die meist sehr detaillierten Register-Bände zu den Parlamentsverhandlungen. Sie durcharbeiten, ist stets angeraten, denn dort kommen die Kern- und Streitpunkte von Gesetzentwürfen nicht selten deutlicher zum Ausdruck als in der (protokollierten) staats- und innerministeriellen Diskussion.<sup>100</sup>

<sup>98</sup> Vgl. dazu Sitzung am 6.6.1889, Anm. 1 (selbst Minister H. v. Bismarck kann Homeyers Handschrift schwer lesen).

<sup>99</sup> Lerchenfeld-Koefering, Hugo Graf, Erinnerungen und Denkwürdigkeiten, 2. Aufl. Berlin 1935, berichtet S. 186, nur bei wichtigeren Fragen seien die Ausschussanträge gedruckt, sonst im Bundesratsplenum mündlich vorgetragen worden. Graf Roedern schreibt: „Ich habe im Plenum des Bundesrats nie eine grössere Diskussion über irgend einen grundlegenden Gegenstand der Politik gehört“; „die wichtigsten Fragen [waren] meist schon vorher durch Besprechungen mit den Ministern klar geworden.“ BArch, Kl. Erw., Nr. 317, NL Roedern, Bd. 2, Bl. 268.

<sup>100</sup> Baumgart, Quellenkunde, S. 100 bezeichnet die Parlamentaria zu Recht als innenpolitische „Fundamentalquelle“.

Zum Verfahren in den **Regesten** ist folgendes zu ergänzen: Die Regesten sind aus systematischen und semantischen Gründen im historischen Präsens und direkter Rede formuliert, obgleich die Protokolle in der Regel die indirekte Rede bevorzugen. Satzzeichen (Punkt, Semikolon, Komma) stammen vom Bearbeiter und trennen in recte gehaltene Passagen aus der Quelle.

Bei der Setzung von kursiv und recte wurde versucht, bei Auslassungen unschöne [...] zu vermeiden und stattdessen semantisch eindeutige und kurze eigene Formulierungen einzusetzen, um die Lesbarkeit des Regests zu optimieren. Die Abfolge der recte gehaltenen Worte und Passagen im Regest spiegelt nicht zwangsläufig deren Reihenfolge im Protokoll wider.

Aufgrund des Zwanges zur informativen, aber knappen Formulierung konnten auch in den Regesten, zumal den Anmerkungen, einige allgemein übliche Abkürzungen nicht unterbleiben; sie sind aber mit dem Abkürzungsverzeichnis gut entschlüsselbar.

Im **Sachregister** wurde das Prinzip der Subsumtion verwandt, um einerseits die zahlreichen Tagesordnungspunkte unter übergreifende Hauptbegriffe zusammenzufassen, andererseits aber auf den darunter liegenden Ebenen der Unter- und Detailbegriffe eine differenzierte Feingliederung beizubehalten. Unter Stichworte wie Bundestaaten, Kirche, Landwirtschaft, Militärwesen oder Volksschulwesen wurde also eine Vielzahl relativ kleiner Sachgegenstände in alphabetisch geordneter Reihenfolge subsumiert. Die großen politischen Fragen der Zeit wurden i. d. R. unter wenige, zentrale Stichworte wie Abgeordnetenhaus, Beamte, König/Königl. Haus, Preußen-Reich-Verhältnis, Reichstag oder Staatsministerium rubriziert. Dieses systematisierende Vorgehen soll dem Nutzer Sucharbeit und Durchsicht des Sachregisters von A – Z erleichtern; es bedeutet allerdings auch, daß der Nutzer sich die Systematik der Subsumtion vergegenwärtigen muß, wengleich die meist angewandte Doppelt- oder (bei lokalen und regionalen Bezügen) Mehrfachverzeichnung sowie → die Suche erleichtern.

Bei Gesetzentwürfen werden auch vorbereitende Beratungen, die erst zum eigentlichen Entwurf führten, unter dem Rubrum Gesetzentwurf subsumiert, weil so eine übersichtliche Abfolge von den Vorüberlegungen bis zur Vollziehung eines Gesetzes systematisch geordnet entsteht. Es gilt wiederum die Empfehlung an den Nutzer, alle Register-Nachweisstellen in den Protokollen nachzulesen.

Im **Personenregister** geben die den Namen zugeordneten Blattangaben die Länge der Wortbeiträge der betreffenden Person an und beziehen sich nicht nur auf die explizite, oft nur einmal am Anfang erfolgende Nennung des Namens in der Quelle, sondern auch auf implizite Erwähnung (in Formen wie: der Referent, der Minister etc.).

Während für die aktiven Minister (einschließlich der Staatsminister ohne Geschäftsbereich) zwecks Übersichtlichkeit auf den Blatt-Nachweis ihrer Sprechstellen verzichtet werden mußte, werden sie bei Nennung außerhalb ihrer Amtszeit — wie bei allen übrigen genannten Personen inklusive der Reichsstaatssekretäre — mit Blatt-Nachweis bedacht.

Bei der Eruiierung der Lebens- und Karriere-Daten mußte aus arbeitsökonomischen Gründen die Feststellung der Sterbedaten unvollständig bleiben. Bei den Lebensdaten kann es zu Abweichungen um ein Jahr kommen, weil in den dazu herangezogenen Akten häufig das Alter — womöglich noch inkorrekt — angegeben ist, nicht das Geburtsjahr. Desgleichen sind bei der Datierung von Positionen geringfügige Abweichungen möglich, sofern die berufliche Laufbahn aus den Staatshandbüchern rekonstruiert werden mußte. In diesen Fällen wurde die Formulierung „ca.“ bzw. „um“ verwandt.

*Danksagung*

„No man is an island, entire of itself; every man is a piece of the continent, a part of main“, sagt der Dichter in philosophisch-umfassender Weltsicht. So ruht auch der vorliegende Band auf der Vor-, Mit- und Zuarbeit anderer. An erster Stelle sei hier die wohlwollende Betreuung dieses Langzeitvorhabens durch Projektleitung, Akademie-Kommission und Akademie-Verwaltung dankend hervorgehoben. Die Kooperation vieler Mitarbeiter des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz und der anderen besuchten Archive und Bibliotheken trug maßgeblich zum nunmehrigen Ergebnis bei. Mehrere Fachkollegen gaben hilfreiche Hinweise. Unterstützung und Ermutigung gewährte mir wiederum P. Ridolfo. Last but not least sei meinen Kollegen/innen im Akademie-Langzeitvorhaben B. Holtz, R. Paetau, Ch. Rathgeber, E. Schaffranke, G. Schulze und R. Zilch ganz herzlich gedankt. Ihren Kenntnissen, ihrem Einsatz, ihrer Hilfe habe ich es zu danken, daß Versäumnisse und Fehler in dem „Datengebirge“ aus Regesten, Aktensignaturen und Jahreszahlen minimiert werden konnten. Die Inkorrektheiten, die die künftigen Nutzer trotzdem noch entdecken mögen, sind dem — für eine entsprechende Korrektur dankbaren — Bearbeiter zuzuschreiben. Wenn der vorliegende Band der historischen Forschung als praktisches Hilfsmittel und zur Aufschließung der Quellen etwas nützt, hat er seinen Zweck nicht verfehlt.

## Abkürzungsverzeichnis

à l. s.	= à la suite
a. D.	= außer Dienst
AA	= Auswärtiges Amt
Abg.	= Abgeordneter
Abschr.	= Abschrift
Abt.	= Abteilung
Abt.-Dirig.	= Abteilungsdirigent
Adhib.	= Adhibendum (Anhang)
AdlerO	= Adlerorden
AG	= Aktiengesellschaft
AGerR	= Amtsgerichtsrat
AGerSekr.	= Amtsgerichtssekretär
AH	= Abgeordnetenhaus
AK	= Armeekorps
Akad. d. Wiss.	= Akademie der Wissenschaften
Altlib./ altlib.	= Altliberale/ altliberal
AMinr.	= Außenminister
Amtm.	= Amtmann
Amtshptm.	= Amtshauptmann
ao.	= außerordentliche(r)
AppGer.	= Appellationsgericht
AppGerHof	= Appellationsgerichtshof
AppGerR	= Appellationsgerichtsrat
AR	= Aufsichtsrat
Art.	= Artikel
Ass.	= Assessor
[B]	= Beschluß
bad.	= badische(r)
BArch	= Bundesarchiv
BauR	= Baurat
bayer.	= bayerische(r)
Bd.	= Band
BdL	= Bund der Landwirte
Begr.	= Begründer
Beih.	= Beiheft
BergAss.	= Bergassessor
Berghptm.	= Berghauptmann
BergR	= Bergrat
Bevollm. z. BundesR	= Bevollmächtigter zum Bundesrat
BezAmtm.	= Bezirksamtman
BezPräs.	= Bezirkspräsident
BGB	= Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	= Bundesgesetzblatt des Norddeutschen Bundes
Bgm.	= Bürgermeister
bkF	= bei keiner Fraktion

Bl.	= Blatt
BundesR	= Bundesrat
dän.	= dänische(r)
Dept.	= Departement
DFP	= Deutsche Fortschrittspartei
DFsP	= Deutsche Freisinnige Partei
Dir.	= Direktor
Dirig.	= Dirigent
Div.	= Division
div.	= diverse
DkP	= Deutschkonservative Partei (ab 1876)
DNVP	= Deutschnationale Volkspartei
Drucks.	= Drucksache
dt.	= deutsche(r)
Dtld.	= Deutschland
ev.	= evangelisch
f./ ff.	= folgende (Seite/Seiten bzw. Blatt/Blätter)
FinMinm.	= Finanzministerium
FinMinr.	= Finanzminister
ForstR	= Forstrat
Frh.	= Freiherr
Fst.	= Fürst
Fstm.	= Fürstentum
FsVg	= Freisinnige Vereinigung
FsVP	= Freisinnige Volkspartei
geb.	= geboren
Geh.	= Geheimer
GehKabR	= Geheimer Kabinettsrat
GehKrR	= Geheimer Kriegsrat
GehOFinR	= Geheimer Oberfinanzrat
GehOJusR	= Geheimer Oberjustizrat
GehR	= Geheimer Rat
gem.	= gemäß
gen.	= genannt
Gen.	= General
Gen. d. Inf.	= General der Infanterie
Gen. d. Kav.	= General der Kavallerie
GenDir.	= Generaldirektor
GenKonsul	= Generalkonsul
GenLtn.	= Generalleutnant
GenMaj.	= Generalmajor
GenOberst	= Generaloberst
GenSekr.	= Generalsekretär
GenStab	= Generalstab
GenStAnw.	= Generalstaatsanwalt
Ger.	= Gericht
GerAss.	= Gerichtsassessor
GerRef.	= Gerichtsreferendar
Ges.	= Gesellschaft
gest.	= gestorben
Gf.	= Graf



Gfscht.	= Grafschaft
Ghzglm.	= Großherzogtum
Gouv.	= Gouverneur
Gr. GenStab	= Großer Generalstab
GP	= Die große Politik der europäischen Kabinette 1871–1914
GS	= Gesetz-Sammlung für die Königlich Preußischen Staaten
GStAPK	= Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem
Gutsbes.	= Gutsbesitzer
GW	= O. v. Bismarck, Gesammelte Werke (Friedrichsruher Ausgabe)
HA	= Hauptabteilung
HandMinm.	= Ministerium für Handel und Gewerbe
HandMinr.	= Handelsminister
hannov.	= hannoveranische®
HausO	= Hausorden
hess.	= hessische(r)
HH	= Herrenhaus
Hilfsarb.	= Hilfsarbeiter
HK	= Handelskammer
hl.	= heilige(r)
HofR	= Hofrat
Hptm.	= Hauptmann
Hrsg./ hrsg.	= Herausgeber/ herausgegeben
Hs./ hs.	= Handschrift/ handschriftlich
Hzg.	= Herzog
hzgl.	= herzoglich
Hzglm.	= Herzogtum
i. d. R.	= in der Regel
i. e. R.	= in den einstweiligen Ruhestand (versetzt)
Inf.	= Infanterie
Insp.	= Inspektor
Inst.	= Institut
interim.	= interimistisch
Jg./ Jgg.	= Jahrgang/ Jahrgänge
JMinm.	= Justizministerium
JMinr.	= Justizminister
JohanniterO	= Johanniterorden
JusKom.	= Justizkommissar
JusR	= Justizrat
KabR	= Kabinettsrat
kais.	= kaiserlich
kath.	= katholisch
Kav.	= Kavallerie
Kdr.	= Kommandeur
KG	= Kammergericht
kgl.	= königlich
KGR	= Kammergerichtsrat
Kl.	= Klasse (bei Orden)
KO	= Kabinettsorder
Kom.	= Kommissar
Komm.	= Kommission

kommand.	= kommandierender
kommissar.	= kommissarisch
kons.	= konservative
KonsR	= Konsistorialrat
KoP	= Konservative Partei (1848–76)
KPD	= Kommunistische Partei Deutschlands
KR	= Kronrat
KrMinm.	= Kriegsministerium
KrMinr.	= Kriegsminister
KronenO	= Kronenorden
Krs.	= Kreis
KrsAss.	= Kreisassessor
KrsDir.	= Kreisdirektor
KrsGer.	= Kreisgericht
KrsGerR	= Kreisgerichtsrat
KrsGerSekr.	= Kreisgerichtssekretär
KrsHptm.	= Kreishauptmann
KuMinm.	= Kultusministerium
KuMinr.	= Kultusminister
Landesdir.	= Landesdirektor
LandMinm.	= Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten
LandMinr.	= Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten
LandR	= Landrat
LegR	= Legationsrat
LegSekr.	= Legationssekretär
LG	= Landgericht
LGR	= Landgerichtsrat
Lib.	= Liberal(e)
LibVg	= Liberale Vereinigung
Lit.	= Literatur
LT	= Landtag
lt.	= laut
Ltn.	= Leutnant
MAA	= Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten
Maj.	= Major
MdA	= Mitglied des Abgeordnetenhauses
MdH	= Mitglied des Herrenhauses
MdI	= Ministerium des Innern/ Innenministerium
MdL	= Mitglied des Landtages
MdR	= Mitglied des Reichstags
MdStR	= Mitglied des Staatsrats
MedR	= Medizinalrat
MF	= Mikrofiche
MinBl.	= Ministerialblatt
MinDir.	= Ministerialdirektor
Minm.	= Ministerium
Minm.öA	= Ministerium der öffentlichen Arbeiten
MinPräs.	= Ministerpräsident
MinR	= Ministerialrat
Minr.	= Minister
Minr.dI	= Minister des Innern/ Innenminister
Mitarb.	= Mitarbeiter
Mitgl.	= Mitglied

MöA	= Minister der öffentlichen Arbeiten
ms.	= maschinenschriftlich
n. f.	= nicht foliiert
NatVers.	= Nationalversammlung
NL	= Nachlaß
NLP	= Nationalliberale Partei
NPZ	= Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung
OAmtm.	= Oberamtmann
OB	= Oberbürgermeister
OBergA	= Oberbergamt
OBergHptm.	= Oberberghauptmann
OBergR	= Oberbergat
Oberstltn.	= Oberstleutnant
OGer.	= Obergericht
OGerR	= Obergerichtsrat
OKirchenR	= Oberkirchenrat
OKonsR	= Oberkonsistorialrat
OLG	= Oberlandesgericht
OLGR	= Oberlandesgerichtsrat
OLtn.	= Oberleutnant
OPostR	= Oberpostrat
OPräs.	= Oberpräsident
OPräsidium	= Oberpräsidium
OPräsR	= Oberpräsidialrat
ORechR	= Oberrechnungsrat
ORegR	= Oberregierungsrat
OS	= Oberschlesien
OStAnw.	= Oberstaatsanwalt
österr.	= österreichische(r)
OVG	= Oberverwaltungsgericht
OVGR	= Oberverwaltungsgerichtsrat
OZensurGer.	= Oberzensurgericht
PA	= Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn
PD	= Privatdozent
PolDir.	= Polizeidirektor
PolKom.	= Polizeikommissar
PolLtn.	= Polizeileutnant
poln.	= polnische(r)
PolPräs.	= Polizeipräsident
PolPräsidium	= Polizeipräsidium
PolR	= Polizeirat
PostR	= Postrat
Präs.	= Präsident
Prot.	= Protokoll
Prov./ prov.	= Provinz/ provinzial
ProvAusschuß	= Provinzialausschuß
ProvLT	= Provinziallandtag
ProvSchulR	= Provinzialschulrat
RAdI	= Reichsamt des Innern
RechR	= Rechnungsrat
Rechtsanw.	= Rechtsanwalt

Ref.	= Referendar
Reg. / reg.	= Regierung/ regierend(er)
RegAss.	= Regierungsassessor
RegBez.	= Regierungsbezirk
RegDir.	= Regierungsdirektor
RegPräs.	= Regierungspräsident
RegR	= Regierungsrat
RegRef.	= Regierungsreferendar
RegVizepräs.	= Regierungsvizepräsident
ReichsR	= Reichsrat
Reinschr.	= Reinschrift
Res.	= Reserve
RFKP	= Reichs- und Freikonservative Partei
RG	= Reichsgericht
RGBl.	= Reichsgesetzblatt
RGR	= Reichsgerichtsrat
Rgt.	= Regiment
RgtKdr.	= Regimentskommandeur
rhein.	= rheinische(r)
Rittergutsbes.	= Rittergutsbesitzer
Rittm.	= Rittmeister
RJA	= Reichsjustizamt
RK	= Reichskanzlei
Rklr.	= Reichskanzler
RPA	= Reichspostamt
RSA	= Reichsschatzamt
RT	= Reichstag
RV	= Reichsverfassung vom 16.4.1871
sächs.	= sächsische(r)
Sekr.	= Sekretär
Sekt.	= Sektion
Sp.	= Spalte(n)
SPD	= Sozialdemokratische Partei Deutschland
Spezialkom.	= Spezialkommissar
StadtGerR	= Stadtgerichtsrat
StadtR	= Stadtrat
StAnw.	= Staatsanwalt
Stellv./ stellv.	= Stellvertreter/ stellvertretend
StenBerAH	= Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten
StenBerBundesR	= Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Bundesrats des Deutschen Reiches
StenBerHH	= Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Herrenhauses
StenBerRT	= Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags
StGB	= Strafgesetzbuch
StKom.	= Staatskommissar
StMinm.	= Staatsministerium
StMinr.	= Staatsminister
StR	= Staatsrat
StS	= Staatssekretär
Suppl.	= Supplement

TH	= Technische Hochschule
TOP	= Tagesordnungspunkt
Univ.	= Universität
USPD	= Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
UStS	= Unterstaatssekretär
Verw.	= Verwaltung
VerwGerDir.	= Verwaltungsgerichtsdirektor
Vizepräs.	= Vizepräsident
VO	= Verordnung
vollz.	= vollzogene
Vors.	= Vorsitzender
VortrR	= Vortragender Rat
VU	= Verfassungsurkunde für den Preußischen Staat v. 31.1.1850
Wirkl.	= Wirklicher
Wirkl.GehLegR	= Wirklicher Geheimer Legationsrat
WTB	= Wolffsches Telegraphenbüro
württ.	= württembergische(r)
z. D.	= zur Disposition gestellt
ZBl.	= Zentralblatt
ZDI	= Zentralverband Deutscher Industrieller
Zentrum	= Zentrumspartei
Zivilkab.	= Zivilkabinett
Zivilkom.	= Zivilkommissar
Zivilverw.	= Zivilverwaltung
Ztg.	= Zeitung



## Nr. 1 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 8. Januar 1879.

Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 91, Bl. 1–2v; MF 527.

Anwesend: Stolberg [V], Leonhardt, Falk, Kameke, Friedenthal, Bülow, Hofmann, B. Eulenburg, Maybach, Hobrecht. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].

1. Reichstagssession 1879; Terminierung einer kurzen Session ohne Überschneidung mit dem Landtag, um Steuervorlagen und österreichischen Handelsvertrag zu erledigen. [B] — 2. Landtags-session 1879 und die abzuschließenden Verträge über Ankäufe von Privateisenbahnen; Maybach wünscht Terminierung, die eine Landtagsdebatte bald nach Vertragsabschluß sicherstellt, um vollendete Tatsache in der Eisenbahnpolitik zu schaffen. — 3. Titelverleihung. [B]

## Nr. 2 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Januar 1879.

Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschr. [6] und Korrekturen, Bd. 91, Bl. 3–7; MF 527. — Abschr. [4–5, 7–8]: PA Bonn, R 17, n. f.

Anwesend: Stolberg [V], Leonhardt, Falk, Kameke, Friedenthal, Bülow, Hofmann, B. Eulenburg, Maybach, Hobrecht. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: F. R. Schmidt [zu 4], v. Kurowsky [zu 5], H. Frh. v. Wangenheim [zu 6].

1.–2. Zwei Ordenssachen. [B] — 3. Ernennung. [B] — 4. Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Abänderung der Disziplinalgesetze. Die Immediatbeschwerde<sup>2</sup> der Oberrechnungskammer dazu ist nach Ansicht einer Ministermehrheit kein Anlaß, neben dem Präsidenten der Oberrechnungskammer auch deren Mitglieder von den regulären Disziplinarvorschriften des Gesetzentwurfs auszunehmen. [B] — 5. Pressepolitik; Veröffentlichung der Landtagsreden der Staatsminister zuerst im Staatsanzeiger, dann in den Landtagsprotokollen.<sup>3</sup> [B] — 6. Disziplinarsache.<sup>4</sup> [B] — 7. Terminierung von Reichs- und Landtags-session; gleichzeitiges Tagen ist lt. Bismarck zu vermeiden. — 8. Einführung eines Zolls auf Mineralöle, v. a. Petroleum; Einverständnis mit einem diesbezüglichen Gesetzentwurf<sup>5</sup>. [B]

<sup>1</sup> StenBerAH, Session 1878/79, Drucks. Nr. 92. Vgl. Bitter, Rudolf (Hrsg.), Handwörterbuch der preußischen Verwaltung, Leipzig 1906, Bd. 1, S. 359 f. (lt. Gesetz v. 9.4.1879, § 14 war nur der Präsident der Oberrechnungskammer vom § 13 des Disziplinalgesetzes für Richter v. 7.5.1851 eximiert). Vgl. Sitzung am 3.11.1878, TOP 9.

<sup>2</sup> Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 90a, A VIII 5b Nr. 10 Bd. 1, Bl. 123–129 (Bericht Kurowskys v. 7.1.1879).

<sup>4</sup> Die zu den Disziplinarsachen gehörenden Sachakten, die auch eine Ausfertigung bzw. Abschrift des vollz. Teil-Prot. der jeweiligen Staatsministerialsitzung enthalten, befinden sich in Rep. 90, Annex F. Die rd. 3300 überlieferten Akten, die ca. 90 % aller Fälle des Bearbeitungszeitraumes 1879–90 betreffen, sind durch ein Findbuch erschlossen, aus dem in der Regel auch das Geburtsdatum des Betroffenen hervorgeht. Diese Daten fanden im Personenregister Verwendung. Bei einzelnen spektakulären Disziplinarfällen wird in einer Anmerkung die Nummer der Sachakte angegeben. Die Pensionssachen (vgl. Nr. 10, TOP 3) befinden sich – unvollständig – in Rep. 90, Annex H.

<sup>5</sup> Vgl. Bismarck, Otto Fürst v., Die Gesammelten Werke, hrsg. v. G. Ritter u. R. Stadelmann, Bd. 6c, Berlin 1935, S. 132 f. (an Hofmann 10.1.1879). Der Zoll auf Mineralöle wurde schließlich als Teil der Zolltarif-Novelle angenommen; vgl. StenBerRT, Session 1879, Drucks. Nr. 132, Position Nr. 29; Annahme am 12.7.1879, S. 2328.

### Nr. 3 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 21. Januar 1879.

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 91, Bl. 8–9v; MF 527.*

*Anwesend: Stolberg [V], Leonhardt, Falk, Kameke, Friedenthal, Bülow, Hofmann, B. Eulenburg, Maybach, Hobrecht. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg [zu 1].*

**1. Stellungnahme zum Antrag<sup>1</sup> C. A. Frh. v. Heeremann, die preuß. Bundesratsbevollmächtigten gegen den Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. die Strafgewalt des RT über seine Mitglieder zu instruieren; Kompetenz der Landesvertretungen zu derartigen Anträgen bezüglich der Reichspolitik ist prinzipiell nicht zu bestreiten, materielle Erörterung des vorliegenden Antrags aber bestimmt zurückzuweisen. [B] — 2. Tabakbesteuerung; Hofmann wünscht baldige Erörterung des Systems der Gewichtsbesteuerung. [B] — 3.–4. Zwei Titelverleihungen. [B] — 5. Ordenssache. [B] — 6. Welfenfrage; Mitteilungen bezüglich der Stellung der Reichsregierung zum Herzog v. Cumberland und zur braunschweigischen Erbfolge<sup>3</sup>.**

<sup>1</sup> *StenBerAH, Session 1878/79, Drucks. Nr. 117; Debatte dazu 23.1.1879, S. 832–851 (abgelehnt von Nationalliberalen und Freisinn).*

<sup>2</sup> *Rep. 90, Nr. 22, n. f. (12 §§). Vgl. auch Rep. 77, Tit. 253a Nr. 17. Debatte dazu StenBerRT, Session 1879, 7.3.1879, S. 317 f. (abgelehnt). Der Entwurf bezweckte eine (antisozialdemokratische) Einschränkung der Redefreiheit im RT.*

<sup>3</sup> *Anlaß war wohl die Erklärung Cumberlands bezügl. seiner Stellung als hannoverscher Thronprätendent v. 11.7.1878 u. das gerade debattierte Braunschweigische Regenschaftsgesetz v. 16.2.1879. Vgl. Bringmann, Wilhelm, Die braunschweigische Thronfolgefrage, Frankfurt/M. u. a. 1988, S. 68–88.*

### Nr. 4 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 24. Januar 1879.

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 91, Bl. 10–13v; MF 527.*

*Anwesend: Stolberg [V], Leonhardt, Falk, Kameke, Friedenthal [zu 1–4], Bülow, Hofmann, B. Eulenburg [zu 4–6], Maybach, Hobrecht. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

**1. Seuchenpolitische Maßnahmen gegen Einschleppung der Pest aus Rußland und Verständigung mit Österreich.<sup>1</sup> — 2. Zwei Titelverleihungen. [B] — 3. Gesetzentwürfe<sup>2</sup> über Reichseisenbahnwesen, Reichseisenbahnrat und Eisenbahnverwaltungsgericht sind Bundesstaaten mitgeteilt und durch bundesstaatliche Kommission zu begutachten.<sup>3</sup> [B] — 4. Tabakbesteuerung<sup>4</sup>; Hobrecht optiert grundsätzlich für Monopol, das aber nicht sofort praktisch umsetzbar ist, deshalb Gewichtsbesteuerung als Zwischenstufe. Hofmann wünscht ein Drängen auf das Monopol; für Friedenthal sind vor allem 70 Mio. M. Ertrag Ziel, für Maybach bleibt die Gewichtsbesteuerung**

<sup>1</sup> *In Südrußland war damals Pest aufgetreten; vgl. Schultheß' Europäischer Geschichtskalender 1879, S. 48.*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 90, Nr. 1677, Bl. 132–209v, StenBerBundesR, Jg. 1879, Drucks. Nr. 92 u. Sitzung am 23.5.1879, § 306 (blieb unerledigt) sowie Poschinger, Heinrich Ritter v., Fürst Bismarck und der Bundesrat, Bd. 4, Stuttgart/Leipzig 1898, S. 108–111.*

<sup>3</sup> *Vgl. Schultheß 1879, S. 48 f. u. 109 f.*

<sup>4</sup> *Anlaß waren Schreiben Bismarcks v. 20./22.1.1879 (GW, Bd. 6c, S. 137–139) u. Voten Hobrechts bzw. Hofmanns v. 17.1.1879, in: Rep. 120, C VII 1 Nr. 10 Adhib. 7 Bd. 2, Bl. 105 ff. bzw. in: Rep. 151, III Nr. 9528, n. f. Vgl. Rep. 90, Nr. 1471, n. f. u. Sitzung am 3.3.1879, TOP 3 mit Anm.*



eine Abschlagszahlung auf das Monopol. Eulenburg befürwortet Gewichtsbesteuerung, die im RT nicht aussichtslos wäre; nur Bülow unterstützt Hofmann, denn im RT werde man sich doch für oder gegen Monopol erklären müssen. 5:4 Stimmen für Abstimmung im Staatsministerium über prinzipielle Wünschbarkeit des Monopols; ohne Abstimmung wird festgestellt, daß ein Monopol bester Besteuerungsmodus ist<sup>5</sup> [B]; 7:2 Stimmen für Vorlage im Sinne Hobrechts [B]. — 5. Terminierung der Reichstagsession 1879, um gleichzeitiges Tagen von RT und LT zu beschränken.<sup>6</sup> — 6. Hobrecht teilt seine Erklärung<sup>7</sup> betr. sog. konstitutionelle Garantien im Rahmen der Zollreform mit.

<sup>5</sup> Protokoll sinngemäß veröff. von Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 482 im Okt. 1881.

<sup>6</sup> Vgl. Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 1 Bd. 1, Bl. 175 f. (Bismarck gegen Bevorzugung des LT vor dem RT).

<sup>7</sup> StenBerAH, Session 1878/79, Drucks. Nr. 220, S. 1464 f. (Budgetkommission 21.1.1879). Zur Genese der Garantiefrage seit Februar 1878 vgl. Rep. 90a, E II 2 Nr. 7 Bd. 1, n. f., die offiziöse Provinzial-Korrespondenz Nr. 2 v. 8.1.1879, S. 1 f. sowie die Sitzungen am 9.12.1878, TOP 3 u. 16.12.1878, TOP 7. Im Kern ging es darum, daß den Parlamenten nicht durch Mehreinnahmen aus (ein für alle Mal bewilligten, indirekten) Steuern ihr (jährliches) Budgetrecht beschnitten würde. Vgl. Rauh, Manfred, Föderalismus und Parlamentarismus im Wilhelminischen Reich, Düsseldorf 1973, S. 73 f. und umfassend Thier, Andreas, Steuergesetzgebung und Verfassung in der konstitutionellen Monarchie: Staatssteuerreformen in Preußen 1871–1893, Frankfurt/M. 1999, S. 718–737.

## Nr. 5 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Februar 1879.

Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 91, Bl. 14–19; MF 527.

Anwesend: Stolberg [V], Leonhardt, Falk, Kameke, Friedenthal, Bülow, Hofmann, B. Eulenburg [zu 9–11], Maybach, Hobrecht. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Friedberg [zu 1–8], Öhlschläger, R. Ulrici [beide zu 9].

1. Thronrede<sup>1</sup> zur Reichstagseröffnung soll gekürzt werden. [B] — 2. Gesetzentwurf betr. Strafgewalt des RT über seine Mitglieder im Bundesratsausschuß; nur Bayern ist per se dagegen; trotz diverser Änderungen<sup>2</sup> wird Preußen zustimmen [B]. — 3. Die Resolution<sup>3</sup> im AH betr. Steuererlaß in Preußen nach einer Reichsfinanzreform ist annehmbar. [B] — 4. Tod von Staatsminister a. D. G. v. Jagow. — 5. Einigung Preußens mit Österreich über Fallenlassen der Volksabstimmung in Nordschleswig<sup>4</sup>. [B] — 6. Erneuerung des Verbots<sup>5</sup>, unaufgefordert Bücher, Kunstgegenstände und Industrieprodukte an den König einzusenden. [B] — 7. Pfandrecht an Eisenbahnen; Bedenken Maybachs gegen Friedbergs Gesetzentwurf<sup>6</sup>. [B] — 8. Revision der Maße und Gewichte ist nicht Sache von Landespolizeibehörden<sup>7</sup>, sondern von Reichsbehörden. [B] — 9. Entwurf<sup>8</sup> der Jagdordnung; Meinungsverschiedenheit über Aufhebung der Wildschadenersatzpflicht in Hannover und Hessen; Ersatzpflicht ist lt. Hobrecht rechtlich unbegründet und wird Friedenthal zufolge als Er rungenschaft des Volkes angesehen; Wildschadenersatzpflicht ist nicht aufzuheben, aber da, wo sie besteht, ist geplanter polizeilicher Schutz vor Wildschaden zu beschränken. [B] — 10. Sozialisten-

<sup>1</sup> Vgl. StenBerRT, Session 1879, 12.2.1879, S. 1–3.

<sup>2</sup> StenBerBundesR, Jg. 1879, Drucks. Nr. 19. Vgl. Poschinger, Bismarck und der Bundesrat, Bd. 4, S. 35–40.

<sup>3</sup> StenBerAH, Session 1878/79, Drucks. Nr. 220, S. 1470.

<sup>4</sup> Vgl. Schultheß 1879, S. 53–58 u. Scharff, Alexander, Bismarck, Andrassy und die Haltung Österreichs zum Nordschleswigischen Vorbehalt, in: Zeitschrift für Schleswig-Holsteinische Geschichte 87 (1962), S. 181–256.

<sup>5</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 1116 Nr. 15 Bd. 1, n. f. (Kabinettsordre v. 31.7.1840, Erneuerung 1879).

<sup>6</sup> Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1879, Drucks. Nr. 31; beraten Sitzung am 18.3.1879, § 160 (vertagt).

<sup>7</sup> Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1878, Drucks. Nr. 124 den abzulehnenden Antrag Lübecks.

<sup>8</sup> Rep. 77, Tit. 611 Nr. 58 Bd. 7, n. f., (Vorläufiger Entwurf einer allgemeinen Jagd-Ordnung, Druck, 22 S.). Ebd. auch Votum Hobrechts v. 7.1.1879. Die Wildschadenersatzpflicht bildete jahrelang den Hauptstreitpunkt der Ressorts bei der Jagdordnungsnovelle. Vgl. allg. Bitter, Handwörterbuch, 1906, Bd. 2, S. 799–801.

gesetz; Material für die Rechenschaftsvorlage<sup>9</sup> an den RT liegt vor. Verhalten gegenüber den ausgewiesenen MdR Hasselmann und Fritzsche bei Sessionsbeginn; Eulenburg und Hofmann votieren für Durchsetzung der Ausweisung, die Mehrheit aber wegen der Immunität der MdR nach Art. 31 Reichsverfassung<sup>10</sup> und der Opportunität dafür, daß während der Session des RT keine Ausweisung erfolgt. [B] — 11. Eulenburg will wieder Bevollmächtigter zum Bundesrat werden. [B]

<sup>9</sup> StenBerRT, Session 1879, Drucks. Nr. 14; Debatte dazu 17.3.1879, S. 439–453. Vgl. Rep. 77, Tit. 500 Nr. 46 Adhib. B Bd. 1 (Ausweisungen für Berlin 1878–83), Pack, Wolfgang, Das parlamentarische Ringen um das Sozialistengesetz Bismarcks 1878–1890, Düsseldorf 1961, S. 116 f. u. Thümmler, Heinz-Peter, Sozialistengesetz § 28. Ausweisungen und Ausgewiesene 1878–1890, Berlin (O) 1979, S. 27–29.

<sup>10</sup> Nach Art. 31 Reichsverfassung konnten MdR wegen Straftaten während der Reichstagsession nur mit dessen Zustimmung (Aufhebung der Immunität) strafrechtlich verfolgt werden.

## Nr. 6 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 6. Februar 1879.

Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 91, Bl. 20–24v; MF 527/528.

Anwesend: Stolberg [V], Leonhardt [zu 1, 6], Falk, Kameke, B. Eulenburg, Maybach, Hobrecht. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Rindfleisch, Scholz [beide zu 1].

1. Stellungnahme zu den Beschlüssen<sup>1</sup> der Budgetkommission AH betr. Gehälter für Justizbeamte; Leonhardt unterstützt die beschlossene Gehaltsaufbesserung für Richter aus Anlaß der neuen Gerichtsorganisation; Hobrecht votiert gegen Gehaltsaufbesserung nur für Justizbeamte; Eulenburg ist prinzipiell gegen Ausgabenerhöhungen, die der Landtag vorschlägt und gegen Minderung der Stellung der Verwaltung, aber für Vorbereitung genereller Gehaltsaufbesserung. 4:3 Mehrheit für Beschlüsse des AH und Vorbereitung einer generellen Gehaltsaufbesserung<sup>2</sup>. [B] — 2. Änderung<sup>3</sup> des AH am Gesetzentwurf betr. Mehrkosten für Eisenbahnbau wird gebilligt. [B] — 3. Gesetzentwurf<sup>4</sup> betr. Vorbildung für den höheren Verwaltungsdienst im AH; zwecks Zustandekommen akzeptiert das Staatsministerium die im AH gewünschte Zulassung nichtgrundbesitzender Männer der Selbstverwaltung zum Landratsamt. [B] — 4. Ernennung. [B] — 5. Von Preußen angeregte Novelle<sup>5</sup> zum Gesetz über den Unterstützungswohnsitz soll im Bundesrat nicht weiter verfolgt werden. [B] — 6. Entwurf<sup>6</sup> eines Reichsgesetzes zur Konsulargerichtsbarkeit; Preußen wird im Bundesrat zustimmen. [B]

<sup>1</sup> StenBerAH, Session 1878/79, Drucks. Nr. 214 (Nachtragsetat Justizministerium).

<sup>2</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1878/79, 7.2.1879, S. 1175 (Erklärung Scholz).

<sup>3</sup> StenBerAH, Session 1878/79, Drucks. Nr. 188 u. 239.

<sup>4</sup> StenBerAH, Session 1878/79, Drucks. Nr. 90 u. 133. Vgl. Debatte 24.1.1879; S. 876–889, bes. S. 880 f. (E. Richter zur Streitfrage Qualifikation für Landräte).

<sup>5</sup> StenBerBundesR, Jg. 1877, Drucks. Nr. 89 (liegendebliebener Entwurf v. 30.5.1877, der den Erwerb eines neuen Unterstützungswohnsitzes für Personen ab 21 Jahren – statt 24 – schon von einjähriger Ortsanwesenheit – statt zweijähriger – abhängig machen und den Arbeitszwang für Unterstützungsempfänger per Verwaltungsdekret – statt Richterspruch – zulassen wollte). Vgl. Poschinger, Bismarck und der Bundesrat, Bd. 3, S. 287 f.

<sup>6</sup> StenBerBundesR, Jg. 1879, Drucks. Nr. 32; Beschluß Sitzung v. 18.3.1879, § 159. Vgl. Bitter, Handwörterbuch, 1906, Bd. 1, S. 955.

## Nr. 7 Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 7. Februar 1879.

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 91, Bl. 25–28v; MF 528.*

*Anwesend: Bismarck [V], Stolberg, Leonhardt, Falk, Kameke, Friedenthal, Bülow, Hofmann, B. Eulenburg, Maybach, Hobrecht. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg, Tiedemann.*

**1. Stellungnahme zum Gesetzentwurf betr. die Strafgewalt des Reichstags über seine Mitglieder; im Bundesrat ist lt. Bismarck principaliter für die ursprüngliche Vorlage zu stimmen; im RT besteht wenig Aussicht auf Annahme, aber der RT trägt dann auch Verantwortung dafür; der sächsische Antrag<sup>1</sup> ist abzulehnen, der württembergische Antrag ist annehmbar. [B] — 2. Sozialistengesetz und Behandlung der ausgewiesenen MdR Hasselmann und Fritzsche; Wilhelm I. wünscht, daß eine rechtmäßig bestehende Ausweisung durch dementsprechendes Verfahren öffentlich dokumentiert wird; beim RT soll Genehmigung zur Verfolgung der zwei MdR beantragt werden<sup>2</sup> [B]. — 3. Stellungnahme zu sog. konstitutionellen Garantien im Rahmen der Zollreform; mehr als die kürzliche Erklärung Hobrechts dazu ist Bismarck zufolge dem LT nicht zu gewähren. [B] — 4. Stellungnahme zum Antrag<sup>3</sup> Lasker bezüglich Eisenbahnpolitik; nach Bismarck ist das Ziel Verstaatlichung entschieden auszusprechen. [B] — 5. Staatsministerium und Einbringung der Reichsgesetzentwürfe beim Bundesrat; künftig soll das Staatsministerium lt. Bismarck im allgemeinen zustimmen, ohne die preußische Stimme auf Details festzulegen, da sonst der Weg, im Laufe der Beratung sich mit anderen Bundesratsmitgliedern zu verständigen, abgeschnitten ist und bei jeder Änderung wieder das Staatsministerium gefragt werden muß.**

<sup>1</sup> *Rep. 90, Nr. 22, n. f. (Anträge v. 6./7.2.1879). Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1879, Sitzung am 8.2.1879, § 82.*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 84a (M), Nr. 9994. Die Genehmigung versagte der RT am 18.2.1879.*

<sup>3</sup> *StenBerAH, Session 1878/79, Drucks. Nr. 249; Debatte dazu 12./13.2.1879, S. 1375–1405 u. 14.2.1879, S. 1420 f. (Ablehnung).*

## Nr. 8 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 18. Februar 1879.

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 91, Bl. 29–31v; MF 528.*

*Anwesend: Stolberg [V], Leonhardt [zu 1–4], Falk, Kameke, Friedenthal, Bülow, B. Eulenburg, Hobrecht. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg [zu 1], Lohmann [zu 5].*

**1. Entwurf eines Reichsgesetzes über die Vollstreckung der Freiheitsstrafen; Genehmigung zur Einbringung im Bundesrat erst nach näherer Erörterung; vertagt. — 2. Landtagssession 1878/79; Modus der Schließung und Thronrede<sup>1</sup>. [B] — 3. Zwei Ernennungen. [B] — 4. Titelverleihung. [B] — 5. Anträge<sup>2</sup> von fünf Bundesstaaten auf Entbindung von der Verpflichtung, Fabrikinspektoren**

<sup>1</sup> *Vgl. StenBerHH, Session 1878/79, 21.2.1879, S. 269.*

<sup>2</sup> *StenBerBundesR, Jg. 1878, Drucks. Nr. 125, 134, 143 u. Jg. 1879, Drucks. Nr. 14 (Antragsteller Lübeck, Waldeck, Mecklenburg-Strelitz, Schaumburg-Lippe, Lippe); Entscheidung Sitzung am 2.4.1879, § 195 (Preußen bezügl. Lübecks überstimmt). Vgl. Berlepsch, Hans-Jörg v., „Neuer Kurs“ im Kaiserreich? Die Arbeiterpolitik des Freiherrn v. Berlepsch 1890–1896, Bonn 1987, S. 271 ff. (einzelstaatliche Regelung der Fabrikinspektion).*

anzustellen; Antrag Lübecks *ist abzulehnen*; *Fabrikinspektion in Waldeck übernimmt Preußen*; *der Entbindung dreier Kleinstaaten ist zuzustimmen*. [B] — **6. Schuldrecht**; Reichsgeszentwurf<sup>3</sup> *betr. Anfechtung von Rechtsgeschäften eines Schuldners außerhalb des Konkursverfahrens ist beim Bundesrat einzubringen*. [B] — **7. Ernennung**. [B] — **8. Neuorganisation der Geschäftskreise von Landwirtschafts-, Handels- und Finanzministerium**; *staatsrechtliches Verhältnis von diesbezüglichen Allerhöchsten Ordres zum Staatshaushaltsgesetz bzw. Neuorganisationsgesetz*<sup>4</sup>; *Neuorganisationsgesetz ist bloßes Ausführungsgesetz*. [B]

<sup>3</sup> *StenBerBundesR, Jg. 1879, Drucks. Nr. 40.*

<sup>4</sup> *GS 1879, S. 25 (Allerhöchste Ordre v. 7.8.1878) u. S. 123 (Neuorganisationsgesetz v. 13.3.1879). Vgl. Rep. 84a, Nr. 2049, Bl. 56 ff. (Neuorganisation); StenBerHH, Session 1878/79, Drucks. Nr. 114 sowie StenBerAH, 2.12.1878, S. 142–162 u. 18.12.1878, S. 434–449 (staatsrechtliche Debatte).*

## Nr. 9 Sitzung des Staatsministeriums am 3. März 1879.

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 91, Bl. 32–35v; MF 528. — Abschr.: BArch, RA DI, Nr. 14917, Bl. 287–292v.*

*Anwesend: Stolberg [V], Leonhardt, Falk, Friedenthal, Hofmann, B. Eulenburg, Maybach, Hobrecht. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg [zu 1–2], Rothe [zu 2–3], Starke, Illing, O. Frh. v. Zedlitz-Neukirch, Rüdorff, Kienitz [alle zu 2], Schomer [zu 3].*

**1. Neuorganisation der Geschäftskreise von Landwirtschafts-, Handels- und Finanzministerium; Allerhöchste Ordres und Staatshaushalt 1879/80 sind gemeinschaftlich staatsrechtliche Grundlage dafür, Veröffentlichung erfolgt aber separat.** [B] — **2. Entwurf<sup>1</sup> eines Reichsgesetzes über die Vollstreckung der Freiheitsstrafen; Detailänderungen bezüglich Strafverbüßung und Gefängniswesen; Friedberg hält am grundsätzlichen Postulat der Einzelhaft fest.** [B] — **3. Tabaksteuervorlage<sup>2</sup> gebilligt; es besteht nur noch Meinungsverschiedenheit zwischen Hobrecht und Friedenthal bezüglich Verbot des Tabakanbaus auf Parzellen unter vier Ar Fläche.** [B]

<sup>1</sup> *Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1879, Drucks. Nr. 56 (ausführliche Darstellung zum Strafvollzug). Vgl. Poschinger, Bismarck und der Bundesrat, Bd. 4, S. 25 f., 183–186 u. Müller-Dietz, Heinz, Strafvollzugsgesetzgebung und Strafvollzugsreform, Köln 1970, S. 7 f. zum Scheitern im Bundesrat 1879/80.*

<sup>2</sup> *Rep. 120, C VII 1 Nr. 10 Adhib. 7 Bd. 2, Bl. 155 ff. (Entwurf Tabaksteuergesetz u. Voten). Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1879, Drucks. Nr. 63; angenommen Sitzung am 5.4.1879, § 203. Debatte im Reichstag, Session 1879, 10./12.5.1879, S. 1133–1145, 1147–1174.*

## Nr. 10 Sitzung des Staatsministeriums am 4. April 1879.

*Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [3] und Korrekturen, Bd. 91, Bl. 36–53; MF 528. — Abschr. [1–2]: PA Bonn, R 17, n. f.*

*Anwesend: Bismarck [V, zu 1–2], Stolberg [V, zu 3–5], Leonhardt, Falk, Friedenthal [zu 1–3], Bülow [zu 1–3], Hofmann, B. Eulenburg, Maybach, Hobrecht. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Nebe-Pflugstädt, v. Kehler, Rödenbeck, H. Frh. v. Wangenheim [alle zu 3].*

**1.** *Stellungnahme zu den Beschlüssen<sup>1</sup> der Bundesratsausschüsse beim Tabaksteuer-Gesetzentwurf; leicht ermäßigte Zoll- und Nachsteuersätze sind akzeptabel, übergangsweiser dreiviertel Steuersatz im ersten Geltungsjahr ist abzulehnen; Wunsch<sup>2</sup> Sachsens nach besonderer Ausfuhrvergütung für Zigaretten ist gegebenenfalls zuzustimmen.* [B] — **2.** *Geplanter Gesetzentwurf<sup>3</sup> betr. Feststellung zweijähriger Etatsperioden im Reich; jährliche Beratung des Staatshaushalts ist lt. Bismarck für alle Beteiligten kräfteaufreibend und befördert Abnutzung des Parlamentarismus; eine zweijährige Etatperiode gibt den Bundesregierungen größeren Spielraum; zugleich sind vierjährige Legislaturperioden vorzuschlagen; diesbezügliche Vorlage ist auszuarbeiten.* [B] — **3.** *15 Disziplinar- und Pensionssachen.* [B] — **4.–5.** *Drei Ernennungen.* [B]

<sup>1</sup> *StenBerBundesR, Jg. 1879, Sitzung am 5.4.1879, § 203.*

<sup>2</sup> *StenBerBundesR, Jg. 1879, Drucks. Nr. 4.*

<sup>3</sup> *Vgl. StenBerRT, Session 1880, Drucks. Nr. 4; Debatte dazu StenBerRT, Session 1881, 8./9.3.1881, S. 181 ff. und 16.5.1881, S. 1028–1046 (abgelehnt). Zum politischen Umfeld Poschinger, Heinrich Ritter von, Fürst Bismarck und die Parlamentarier, Bd. 1, Breslau 1894, S. 184 f. u. Gall, Lothar, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Berlin 1980, S. 610 f.*

## Nr. 11 Sitzung des Staatsministeriums am 24. April 1879.

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 91, Bl. 54–57v; MF 528. — Abschr. [1–3]: PA Bonn, R 17, n. f.*

*Anwesend: Stolberg [V], Leonhardt, Falk, Friedenthal, Bülow, Hofmann, B. Eulenburg, Maybach, Hobrecht. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg [zu 1], Rüdorff [zu 2–3].*

**1.** *Ausnahmegesetze gegen Sozialdemokraten; Anregung Stolbergs, den Sozialisten, wenigstens den Beamten unter ihnen, die politischen Rechte zu entziehen, hält Eulenburg für untunlich; vielmehr will er Vereinsrecht, Reichspressegesetz und Strafgesetzbuch novellieren<sup>1</sup>, so daß bei politischen Vergehen auch politische Rechte aberkannt werden können und die verschärften Gesetzentwürfe bei möglicher Nichtverlängerung des Sozialistengesetzes vorliegen; sozialistische Bestrebungen im unteren Beamtenstande sind mit dem Disziplinarrecht zu bekämpfen.* [B] — **2.** *Gewährung einer Dotation an Königin Marie von Hannover und ihre Töchter<sup>2</sup>; nicht erloschene Souveränität und Rechtsanspruch, sondern preußische Liberalität und politische Zweckmäßigkeit sind Grundlage für Zahlung von 260 000 M. aus Welfenfonds.* [B] — **3.** *Welfenfonds<sup>3</sup>; von 1 306 000 M. Erträgen für 1879 sind 750 000 M. dem Außen- und 220 000 M. dem Innenminister zu überweisen.* [B] — **4.** *Titelverleihung.* [B] — **5.** *Zwei Ernennungen.* [B] — **6.–7.** *Zwei Ordenssachen.* [B] — **8.** *Stellungnahme zum bayerischen Antrag<sup>4</sup> über das Pfandleihgewerbe im Bundesrat [B]. — Materialsammlung Maybachs zu Winkelkonsulenten belegt deren verderblichen Einfluß.<sup>5</sup>*

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 77, Tit. 500 Nr. 49 Bd. 1, Bl. 29–155 (Gesetzentwürfe v. 20.8.1879, Voten dazu, Aufgabe des Projekts am 1.11.1880); ähnliches Material in: Rep. 90, Nr. 2257, Bl. 268 ff. u. Rep. 87, ZB Nr. 131. Vgl. Wetzel, Hans-Wolfgang, Presseinnenpolitik im Bismarckreich (1874–1890), Frankfurt/M. 1975, S. 206–212 (aufgrund Rep. 84a, Nr. 3985).*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 77, CB Tit. 858 Nr. 14 Bd. 3, Bl. 146 ff. (Voten) u. Rep. 87, ZB Nr. 225, Bl. 92 ff. (Schriftwechsel mit dem Herzog v. Meiningen) sowie Rep. 90, Nr. 74, Bl. 81–119.*

<sup>3</sup> *Vgl. Hans Philippi, Zur Geschichte des Welfenfonds, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 31 (1959), S. 190–254, bes. S. 226–229 (aufgrund Akten des PA Bonn).*

<sup>4</sup> *StenBerBundesR, Jg. 1879, Drucks. Nr. 57 (polizeiliche Erlaubnis für Pfandleihgeschäfte).*

<sup>5</sup> *Vgl. Rep. 120, BB I 1 Nr. 12 Bd. 11 (Voten und Behördenberichte zur Frage 1878–1881).*

**Nr. 12 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 5. Mai 1879.**

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 91, Bl. 58–61v; MF 528. — Teildruck [1]: Tennstedt, Florian u. a. (Bearb.), Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik, I. Abt. Bd. 3, Arbeiterschutz, bearb. v. W. Ayass u. a., Stuttgart u. a. 1996, S. 662 f.*

*Anwesend: Stolberg [V], Leonhardt, Falk, Kameke, Friedenthal, Bülow, Hofmann, B. Eulenburg, Maybach, Hobrecht. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg [zu 1–3], Hagens [zu 3], Goepfert [zu 4].*

**1. Neuer Amtstitel für Fabrikinspektoren; Titel Gewerberat**<sup>1</sup> *gebilligt.* [B] — **2. Ordenssache.** [B] — **3. Stellungnahme zu den Anträgen**<sup>2</sup> *H. v. Kleist und P. Reichensperger im RT zur Wuchergesetzgebung; Kleists Antrag ist kommissarisch zu beraten; Festsetzung eines Maximalzinses wird abgelehnt; Beschränkung der Wechselfähigkeit scheint momentan untunlich, aber das Staatsministerium ist Schritten dazu nicht abgeneigt.* [B] — **4. Neue Prüfungsordnung**<sup>3</sup> *für Ärzte; Abiturienten von Realgymnasien sind weiterhin nicht zuzulassen.*<sup>4</sup> [B] — **5. Welfenfonds;** *Gewährung einer Dotation an Königin Marie von Hannover und ihre Töchter; gemäß Bismarcks Wunsch*<sup>5</sup> *ist aus politischen Gründen erst Genehmigung Wilhelms I. einzuholen und ab 14.1.1880 zu zahlen.* [B]

<sup>1</sup> *Gem. Allerhöchstem Erlaß v. 15.5.1879 (GS, S. 353) standen sie rangmäßig vor den Assessoren.*

<sup>2</sup> *StenBerRT, Session 1879, Drucks. Nr. 40 u. Nr. 55; Debatte dazu 31.3.1879, S. 739–766.*

<sup>3</sup> *Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1879, Drucks. Nr. 15 (Prüfungsordnung). Vgl. Sitzung am 23.4.1882, TOP 7 mit Anm.*

<sup>4</sup> *Vgl. Rep. 76, VIII A Nr. 609–610 (Sachverständigen-Berichte dazu 1878/79).*

<sup>5</sup> *Rep. 87, ZB Nr. 225, Bl. 137 u. Rep. 90, Nr. 74, Bl. 121 (Bismarck 29.4.1879), Bl. 130–134 (Immediatbericht).*

**Nr. 13 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 21. Mai 1879.**

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 91, Bl. 62–65v; MF 528.*

*Anwesend: Stolberg [V], Leonhardt, Falk, Kameke [zu 3–6], Friedenthal, Bülow [zu 6], Hofmann, B. Eulenburg, Maybach, Hobrecht. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg, Hübler [zu 4].*

**1. Goldene Hochzeit Wilhelms I.; Festgestaltung.** [B] — **2. Reorganisation der drei vormals sächsischen evangelischen Domstifte soll im Verwaltungswege erfolgen.**<sup>1</sup> [B] — **3. Regulativ zum Gesetz betr. Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst; vertagt.** — **4. Feststellung des Verteilungsmaßstabes für die Kosten der Generalsynode; Berücksichtigung der Gewerbesteuer erwogen.**<sup>2</sup> [B] — **5. Ernennung Maybachs zum Chef des Reichsamts für die Verwaltung der Reichseisenbahnen.** [B] — **6. Gesetzentwurf**<sup>3</sup> *betr. Abänderung der Art. 13, 24, 69, 72 der Reichsverfassung; zweijährige Etatsperioden und vierjährige Legislaturperioden sieht RT Friedberg zufolge als Kampfgesetz gegen seine Machtbefugnis an; Falk, Friedenthal, Hobrecht befürworten den ihres Erachtens kaum*

<sup>1</sup> *Ein Gesetzentwurf zur Reorganisation war an liberalen Änderungswünschen gescheitert; vgl. StenBerAH, Session 1878/79, 29.11.1878, S. 119 f., 14.1.1879, S. 568–573, 18.2.1879, S. 1486–1492. Vgl. Heckel, Johannes, Die evangelischen Dom- und Kollegiatstifter Preußens, insbesondere Brandenburg, Merseburg, Naumburg, Zeitz, Stuttgart 1924, S. 352–355 (Kabinettsordres v. 18.6.1879).*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 89, Nr. 22773, Bl. 147 ff. (Hermes an Wilhelm I.).*

<sup>3</sup> *Vgl. Sitzung am 4.4.1879, TOP 2 mit Anm.*

*mehrheitsfähigen Entwurf inhaltlich, sind aber gegen Einbringung vor Abschluß der wichtigen wirtschaftlichen Fragen*<sup>4</sup>; Eulenburg, Bülow, Leonhardt *für sofortige Einbringung im Bundesrat, aber Mehrheit überläßt Bismarck Wahl des Zeitpunkts.* [B]

<sup>4</sup> *Damit bahnte sich der Rücktritt dieser drei Minister deutlich an. Vgl. Rep. 92, NL Falk, Nr. 75 (Tageb.), Bl. 208v–209 (Friedenthal propagiert den Rücktritt wegen Bismarcks Wendung zur Zentrumsparterie).*

#### **Nr. 14 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Mai 1879.**

*Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [3] und Korrekturen, Bd. 91, Bl. 66–73; MF 528/529. — Abschr. [1–2]: PA Bonn, R 17, n. f.*

*Anwesend: Stolberg [V], Friedenthal [zu 1–2], Bülow, Hofmann, B. Eulenburg, Maybach [zu 2]. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: v. Schelling [für Leonhardt], Sydow [für Falk], Meinecke [für Hobrecht], Bosse [zu 1], Michelly, Herrfurth [beide zu 2], H. Frh. v. Wangenheim [zu 3].*

**1.** *Erneuerung des bisherigen Vertrags zwischen Staatsministerium und Continental Telegraphen-Compagnie, d. h. Wolff's Telegraphischem Büro, hat namens des deutschen Reichs zu erfolgen.*<sup>1</sup> [B] — **2.** *Regulativ*<sup>2</sup> *zum Gesetz betr. Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst; zwei Detailänderungen* [B]; *Umfang und Prüfungsmodus der landwirtschaftlichen Kenntnisse im Rahmen der 2. Staatsprüfung* [B]; *Landwirtschafts- und Kultusministerium verlangen Vertreter in der Prüfungskommission für höhere Verwaltungsbeamte*<sup>3</sup>; *deren Mitglieder ernennt das Staatsministerium auf Vorschlag von Innen- und Finanzminister* [B]. — **3.** *Vier Disziplinarsachen.* [B]

<sup>1</sup> *Vgl. Basse, Dieter, Wolff's Telegraphisches Bureau 1849–1933, München u. a. 1991, S. 59–63 (aufgrund Akten des PA Bonn).*

<sup>2</sup> *Rep. 77, Tit. 184 Gen. Nr. 108 Bd. 6, Bl. 203–210 (Entwurf). Ergangen unter dem 29.5.1879, Druck in: MinBl. innere Verw. 1879, S. 141.*

<sup>3</sup> *Vgl. Rep. 90, Nr. 936. Ab 1879 gehörte in der Regel mindestens je ein Vertreter beider Ministerien zur Prüfungskommission, zumal bei (ab 1891) acht Mitgliedern.*

#### **Nr. 15 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 14. Juni 1879.**

*Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschr. [2] u. Korrekturen, Bd. 91, Bl. 74–79; MF 529.*

*Anwesend: Stolberg [V], Leonhardt, Falk, Kameke, Friedenthal, Hofmann, B. Eulenburg, Maybach, Hobrecht. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Nebe-Pflugstedt, v. Kehler [beide zu 2], Starke, Klein, Lehnert [alle zu 3], Igel, Frölich, Rötger [alle zu 5].*

**1.** *Ernennung.* [B] — **2.** *Disziplinar- und Pensionssache.* [B] — **3.** *Verwendung der dem Divisionskommandeur zu Neisse bisher überlassenen Wohnung im ehem. fürstbischöflichen Residenzgebäude für das neu errichtete Landgericht; Meinungsverschiedenheit zwischen Leonhardt und Kameke.* [B] — **4.** *Verteilungsmaßstab für die Kosten der Generalsynode; vertagt.* — **5.** *Finanzierung zweiter Gleise bei Mosel- bzw. Saar-Bahn, Eifel-Bahn und Rhein-Nahe-Bahn; strittig, ob militärisch wichtiges Gleis der Rhein-Nahe Privatbahn vom Reich oder von Preußen bezahlt*

werden soll; 5:4 Stimmen Mehrheit für Kostenübernahme durch Preußen. [B] — 6. Neubau eines Reichstagsgebäudes am Berliner Königsplatz<sup>1</sup>; Hobrecht ist gegen von Bismarck zu diesem Zweck gewünschte Abtretung fiskalischen Terrains im Tiergarten, weil dieser für die Gesundheit der Reichshauptstadt so unentbehrlich und durch einen Prachtbau nicht zu ersetzen ist; auch aus rechtlichen Gründen bevorzugt Staatsministerium die Vorlage eines Gesetzentwurfes über unentgeltliche Abtretung an den nächsten Landtag. [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 89, Nr. 218, Bl. 248 ff., Nr. 219, Bl. 1a (Lageplan), Rep. 90, Nr. 1337 n. f. sowie StenBerRT, Session 1879, Drucks. Nr. 289 bzw. 384 und StenBerAH, Session 1882, Drucks. Nr. 125 (Abtretung von 36 Ar zu 0,8 Mio. M.). Vgl. Poschinger, Bismarck und der Bundesrat, Bd. 4, S. 39–43 sowie allg. Cullen, Michael, Der Reichstag. Geschichte eines Monuments, Berlin 1983, S. 110 ff.

## Nr. 16 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Juli 1879.

Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [2], Bd. 91, Bl. 80–118; MF 529/530.

Anwesend: Stolberg [V], B. Eulenburg, Maybach, Bitter. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: v. Schelling [für Leonhardt], Lucanus [für Falk], H. Frh. v. Wangenheim [zu 2].

1. Amtseinführung des neuen Finanzministers C. H. Bitter<sup>1</sup>. — 2. 38 Disziplinarsachen. [B]

---

<sup>1</sup> FinMinr. Hobrecht war zum 5.7.1879 zurückgetreten. Vgl. zur Rücktrittskrise allgemein Rep. 92, NL Falk, Nr. 75 (Tageb.), Bl. 217v–225, BArch, RK, Nr. 1456, Bl. 42 f. (Rücktrittsgesuch) u. Lucius v. Ballhausen, Robert Frh. v., Bismarck-Erinnerungen, Stuttgart/Berlin 1920, S. 162.

## Nr. 17 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 14. Juli 1879.

Reinschr., Bd. 91, Bl. 119–120v; MF 530.

Anwesend: Bismarck [V], Stolberg, Hofmann, B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Tiedemann.

1. Urlaubsregelung der Staatsminister. — 2. Ministerwechsel; Information zur Entlassung von Falk, Friedenthal und Hobrecht; Amtseinführung der neuen Minister Puttkamer und Lucius.<sup>1</sup> — 3. Gesetzesvorlagen zur Reichstagssession 1879/80. Nach Bismarck sind vor allem wichtig ein neues Septennat beim Militärbudget, Verlängerung des Sozialistengesetzes sowie zweijährige Etatsperioden und vierjährige Legislaturperioden nebst späterer Übertragung auf Preußen; letzteres soll trotz Zweifel versucht werden, da man bei festem Versuch [...] erfahrungsmäßig oft das anfangs unerreichbar Scheinende schafft. — 4. Verstaatlichung des Eisenbahnwesens; Bismarck wünscht die umfangreiche Vorlage Maybachs in der Landtagssession 1879/80 zu erledigen.

---

<sup>1</sup> Zum 13.7.1879 waren Falk und Friedenthal durch Puttkamer und Lucius ersetzt worden. Vgl. Rep. 89, Nr. 3694, Bl. 167 ff. (= Bismarck, GW, Bd. 6c, S. 150–157); BArch, RK, Nr. 1456, Bl. 44 ff. (Rücktrittsgesuche Friedenthal u. Falk); Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 164–169 sowie Foerster, Erich, Adalbert Falk, Gotha 1927, S. 628–637. Historische Interpretation bei Böhme, Helmut, Deutschlands Weg zur Großmacht, 4. Aufl., Köln 1974, S. 564–569.



— 5. Berufung von vier neuen Mitgliedern für das Herrenhaus und Verleihung neuer Präsentationsrechte an die Städte Osnabrück und Hildesheim. [B] — 6. Zwei Ernennungen; O. v. Seydewitz und K. H. Boetticher werden Oberpräsidenten. [B]

### Nr. 18 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 16. September 1879.

*Reinschr., Bd. 91, Bl. 121–122; MF 530.*

*Anwesend: Stolberg [V], Hofmann, B. Eulenburg, Maybach, Puttkamer. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

Offizielle Äußerungen des Staatsministeriums zu Politik und Gesetzesvorlagen; Provinzial-Korrespondenz soll Schutzzollfrage, Antwort<sup>1</sup> Puttkamers an Münstersche Katholiken, Verwaltungsreform sowie Eisenbahnpolitik besprechen. [B] — 1. Ernennung; MinDir. R. Jacobi soll Unterstaatssekretär im Handelsministerium werden. [B] — 2. Titelverleihung. [B] — 3. Verleihung des Präsentationsrechts zum Herrenhaus an die Städte Osnabrück, Hildesheim und Kiel.<sup>2</sup> [B] — 4.–5. Zwei Titelverleihungen; F. Graf v. Alvensleben und E. Ch. A. Keller werden Wirklicher Geheimer Rat. [B] — 6. Ernennung. [B] — 7. Drei Ernennungen beim Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten. [B]

---

<sup>1</sup> *Provinzial-Korrespondenz Nr. 38 v. 17.9.1879 (Äußerung Puttkamers zur Frage Kirche und Volksschule).*

<sup>2</sup> *Vgl. Spenkuch, Hartwin, Das Preußische Herrenhaus. Adel und Bürgertum in der Ersten Kammer des Landtages 1854–1918, Düsseldorf 1998, S. 306 f.*

### Nr. 19 Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 28. September 1879.

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 91, Bl. 122d–122f; MF 530. — Druck: Die große Politik der europäischen Kabinette, hg. v. J. Lepsius u. a., Bd. 3, Berlin 1924, S. 105 f.*

*Anwesend: Bismarck [V], Stolberg, Kameke, Hofmann, B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius. — Prot.: Beglaubigt Radowitz [U].*

Abschluß eines Defensivbündnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn<sup>1</sup>. Bismarck erörtert seine Gründe dafür, aber Wilhelm I. hat noch nicht zugestimmt; bei endgültiger Weigerung des Monarchen beabsichtigt Bismarck, sein Amt niederzulegen. Sämtliche Staatsminister billigen die Politik Bismarcks; ein Immediatvortrag Stolbergs soll Wilhelm I. zur Zustimmung bewegen. [B]

---

<sup>1</sup> *Ausführlicher als das Protokoll geben den Inhalt der Besprechung wieder Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 173 bis 177 sowie Protokollführer Radowitz in: Aufzeichnungen und Erinnerungen aus dem Leben des Botschafters Joseph Maria v. Radowitz, hrsg. v. Hajo Holborn, Bd. 2, Stuttgart u. a. 1925, S. 99 ff. Zur Diplomatiegeschichte vgl. Wolter, Heinz, Bismarcks Außenpolitik 1871–1881, Berlin (O) 1983, S. 276 ff., bes. S. 296 ff.*

**Nr. 20 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 5. Oktober 1879.**

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 91, Bl. 122k–122lv; MF 530.*

*Anwesend: Bismarck [V], Stolberg, Kameke, Hofmann, B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: J. M. v. Radowitz.*

**1.** *Defensivbündnis mit Österreich-Ungarn<sup>1</sup>; Mission von Stolberg war erfolgreich und Wilhelm I. hat Zweibundvertrag unter Bedenken zugestimmt. — Stellvertretung Bismarcks während dessen Urlaub. — 2.* *Unterhandlungen mit Rom zwecks Kulturkampfabbau<sup>2</sup>; lt. Bismarck haben nicht, wie vom Papst gewünscht, Reichskanzler und Diplomaten, sondern hat der Kultusminister unter Zugrundelegung des Texts der preußischen Gesetze den Verhandlungsspielraum zu prüfen. — 3.* *Verstaatlichung der Eisenbahnen; bei Ablehnung ist lt. Bismarck das AH aufzulösen; Maybach bereitet zwei untrennbare Vorlagen über Ankäufe und Neubauten von Linien vor. — 4.* *Terminierung der Landtagssession 1879/80; lt. Bismarck ist der finanziell wichtigere Reichstag nicht dem Landtag nachzusetzen. — 5.* *Berliner Urwahlen<sup>3</sup>; Bismarck zufolge wurden mehr konservative Wahlmänner gewählt, aber Beamte blieben häufig abstinent; sie sollen künftig zur Teilnahme aufgefordert werden, denn im Reich hat er eine Besteuerung derjenigen, die sich ihrer Pflicht als Wähler entziehen, angeregt.*

<sup>1</sup> *Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 178 f. u. Radowitz, Aufzeichnungen, S. 105 f.*

<sup>2</sup> *Vgl. Lill, Rudolph, Die Wende im Kulturkampf. Leo XIII., Bismarck und die Zentrumspartei 1878–1880, Tübingen 1973, S. 657 ff.*

<sup>3</sup> *Vgl. Kühne, Thomas, Handbuch der Wahlen zum Preussischen Abgeordnetenhaus 1867–1918, Düsseldorf 1994, S. 171, 173 f., 175.*

**Nr. 21 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Oktober 1879.**

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 91, Bl. 123–136v; MF 530.*

*Anwesend: Stolberg [V], Kameke, Hofmann, B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius. — Prot.: Beglaubigt Bosse [U].*

*Weitere Teilnehmer: v. Schelling [für Leonhardt], v. Brauchitsch, Herrfurth, Rommel [alle zu 3].*

**1.** *Fünf Ernennungen. [B] — 2.* *Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Verwendung der Preußen zu überweisenden Erträge von Reichssteuern, das sog. 1. Verwendungsgesetz; Verwendung der Zollüberweisungen, die 130 Mio. M. übersteigen, für Staatsausgaben und Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen ist im Entwurf nur unverbindlich anzugeben, da Gefahr besteht, daß das AH sein Budgetrecht ausweiten will [B]; umstritten bleibt, welche Einkommenssteuerstufen zu entlasten*

<sup>1</sup> *Rep. 90a, E II 2 Nr. 7 Bd. 1, n. f. (24.8./15.10.1879). Vgl. Bismarcks RT-Rede v. 2.5.1879 bei Kohl, Horst (Hrsg.), Die Reden des Ministerpräsidenten und Reichskanzlers Fürsten v. Bismarck (...), Bd. 8, Stuttgart 1893, S. 15–21 u. Gerloff, Wilhelm, Die Zoll- und Finanzpolitik des Deutschen Reiches, Jena 1913, S. 172–182, 258–261 zur Frage der vier sog. Verwendungsgesetze bis 1883.*

sind. — **3.** Grundzüge<sup>2</sup> zum Gesetz betr. Organisation der allgemeinen Landesverwaltung; Eulenburgs Vorschläge wegen Trennung der Stellen der Ober- und Regierungspräsidenten, Beibehaltung der Bezirksinstanz, aber Aufhebung der Abteilungen des Innern gebilligt [B]. Mehrheit optiert für Beibehaltung der Kollegialverfassung in den Schul-, Domänen- und Steuerabteilungen, aber zugleich für Verstärkung der Präsidiengewalt des Regierungspräsidenten<sup>3</sup> [B]. — **4.** Übersicht über die Erledigung der Beschlüsse des AH; ist künftig ungeachtet des Endes einer Legislaturperiode<sup>4</sup> dem AH vorzulegen. [B] — **5.** Ernennung; Bedenken Bitters gegen R. Jacobi als UStS im Handelsministerium.<sup>5</sup> [B] — **6.** Zwei Ernennungen; neuer Generaldirektor der Museen wird R. Schöne. [B]

<sup>2</sup> Rep. 77, Tit. 497a Nr. 26 Bd. 1, n. f. (152 S.), dort auch die Ministervoten. Vgl. Heffter, Heinrich, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert, 2. Aufl., Stuttgart 1969, S. 667 ff.

<sup>3</sup> Vgl. Bismarcks Votum für dieses sog. Präfektur- oder Bürosystem in: GW, Bd. 6c, S. 160–162.

<sup>4</sup> Zum Streit um Art u. Umfang dieser Übersichten 1860–1914 vgl. Rep. 90a, A VIII 4 Nr. 4.

<sup>5</sup> Vgl. Sitzung am 16.9.1879, TOP 1. Jacobi wurde schließlich UStS im Handelsministerium.

## Nr. 22 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Oktober 1879.

Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 91, Bl. 138–139v; MF 530.

Anwesend: Stolberg [V], Kameke, Hofmann, B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: v. Schelling [für Leonhardt].

**1.** Ordenssache. [B] — **2.** Ordenssachen für Mitglieder des Obertribunals; P. Reichensperger wird dekoriert; Titelverleihungen an drei MdA der Zentrumspartei. [B] — **3.** Beamtenpolitik; eine Beförderung für Beamte, die Abgeordnete der Zentrumspartei sind, war bei Falk grundsätzlich ausgeschlossen; Puttkamer wird den persönlich maßvollen MdR Frh. v. Hertling demnächst zum außerordentlichen Professor ernennen, ohne damit prinzipiell das bisherige Verfahren zu ändern, insbesondere bei politischen Stellungen. [B] — **4.** Berufung von acht arbeitskräftigen neuen Mitgliedern für das Herrenhaus, insbesondere aus den neuen Provinzen. [B] — **5.** Mitteilung Maybachs über den Inhalt der sehr umfassenden Eisenbahnvorlagen. — **6.** Wilhelm I. wünscht Mitteilung der Landtagsvorlagen zur Session 1879/80; er soll den Landtag persönlich eröffnen. — **7.** Gehaltserhöhungen für Verwaltungsbeamte<sup>1</sup>. Als Folge der kürzlichen Gehaltserhöhungen für Justizbeamte und wegen steigender Repräsentationspflichten werden sie erwartet; Bitter ist gegen Erhöhung für alle Beamtenkategorien, da dazu nötige zwei Mio. M. nicht vorhanden sind; vertagt. — **8.** Verleihung des Ratscharakters an Bauinspektoren<sup>2</sup>; bisheriges Verfahren bleibt.

<sup>1</sup> Zur erst 1897 umfassend erfolgten Gehaltserhöhung für Verwaltungsbeamte vgl. Lotz, Albert, Geschichte des deutschen Beamtentums, Berlin 1909, S. 598 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Hué de Grais, Robert Graf v., Handbuch der Verfassung und Verwaltung in Preußen und dem Deutschen Reiche, 2. Aufl., Berlin 1882, S. 74 (Rangklassen bzw. Titel der Beamten sowie die Erlasse dazu).

## Nr. 23 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Oktober 1879.<sup>1</sup>

*Reinschr., Bd. 91, Bl. 140–140v; MF 530.*

*Anwesend: Stolberg [V], Kameke, Hofmann, B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: v. Schelling [für Leonhardt].*

**1. Rücktritt Leonhardts** aus Gesundheitsrücksichten.<sup>2</sup> — **2. Sorge vor** Einschleppung der Reblaus aus Italien; Bundesrat soll Verbot<sup>3</sup> der Reben- und Traubeneinfuhr erlassen. [B] — **3. Landtagssession 1879/80; Eröffnung erfolgt durch Wilhelm I. persönlich.** — **4. Landtagssession 1879/80; Entwurf<sup>4</sup> der Thronrede wird beraten.** — **5. Gesetzentwurf<sup>5</sup> betr. Ergänzung der Vorschriften über Dienstboten; mit einer Änderung gebilligt.** [B]

<sup>1</sup> *Der bei Bosse, Robert, Erinnerungen [1876–1881], in: Die Grenzboten, 1904, S. 644 auf den 27.10.1879 datierte „Ministerrat“ über einen möglichen Rücktritt Puttkamers im Gefolge seiner Essener Rede mit Indiskretionen über den Zweibund mit Österreich ist nicht in den Protokollbänden zu finden und wohl als (informelle) Besprechung aufzufassen. Immerhin zeigt sich hier wieder, daß insbesondere Beratungen zu Ministerkrisen, aber auch generell Diskussionen zu Personalien sowie auch vertrauliche Ausführungen Bismarcks, häufig nicht protokolliert wurden. Dies bestätigt Justizminister Friedberg explizit in seinen Memoiren; vgl. BArch, 90 Fr 2, Nr. 59, S. 167.*

<sup>2</sup> *Leonhardt trat zum 29.10.1879 zurück und starb im Mai 1880.*

<sup>3</sup> *Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1879, 30.10.1879, § 529 (Beschluß) u. RGBl. 1879, S. 303 (Einfuhrverbot).*

<sup>4</sup> *Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 6 Bd. 3, Bl. 204–207v. Vgl. StenBerAH, Session 1879/80, 28.10.1879, S. 1–3. Die Reden-Entwürfe im Aktenband differieren nur in der Wortwahl vom Druck, so daß künftig Einzelnachweise entfallen.*

<sup>5</sup> *Rep. 77, Tit. 303 Nr. 1 Bd. 12, n. f. Vgl. StenBerAH, Session 1879/80, Drucks. Nr. 196; Debatte dazu 29.1.1880, S. 1282–1288 (unerledigt). Vgl. Vormbaum, Thomas, Politik und Gesinderecht im 19. Jahrhundert (vornehmlich in Preußen 1810–1918), Berlin 1980, S. 215–222.*

## Nr. 24 Sitzung des Staatsministeriums am 20. November 1879.

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 91, Bl. 141–146; MF 530/531.*

*Anwesend: Stolberg [V, zu 10–11], Kameke, Hofmann [zu 1–6], B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Homeyer [zu 9], Haase [zu 10].*

**1. Verlängerung der Ausweisungen und Maßnahmen<sup>1</sup> gemäß § 28 Sozialistengesetz für Berlin um ein Jahr gebilligt; Detailfragen.** [B] — **2. Handelsvertrag<sup>2</sup> mit Österreich-Ungarn; Mitteilung des Verhandlungsstands.** [B]. — **3. Ungünstige Finanzlage Preußens; Bitter verlangt äußerste Sparsamkeit und rechtzeitige Mitteilung der Ressorts bei Anschlagsüberschreitungen, speziell seitens der Bauverwaltungen.** — **4. Drei Titelverleihungen.** [B] — **5. Zwei Ernennungen; u. a. wird Rindfleisch neuer UStS im Justizministerium.** [B] — **6. Höfeordnungen; erleichterte Eintragung in die Höferolle in Hannover und Einführung der Höferolle im Herzogtum Lauenburg wird gebilligt<sup>3</sup>** [B].

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 77, Tit. 500 Nr. 46 Adhib. B Bd. 1 (Ausweisungen für Berlin 1878–83).*

<sup>2</sup> *Vgl. zur Verlängerung des Handelsvertrages v. 16.12.1878: Rep. 120, C XIII 2 Nr. 1a Bd. 3, Bl. 75 ff.; RGBl. 1880, S. 9 u. 146 u. Gerloff, Zoll- und Finanzpolitik, S. 204–210.*

<sup>3</sup> *Die Ergänzung der hannov. Höfeordnung v. 2.6.1874 erfolgte mit Gesetz vom 24.2.1880, GS, S. 87 bzw. vom 21.2.1881, GS, S. 19 (Einbeziehung Lauenburgs).*

— *Initiativgesetzentwurf*<sup>4</sup> *B. Frh. v. Schorlemer betr. Vererbung der Landgüter in Westfalen; da von einschneidender Bedeutung soll vorläufig eine reservierte Haltung eingenommen werden* [B]. — **7.** *Besteuerung des Wandergewerbes; Gesetzentwurf*<sup>5</sup> *gebilligt.* [B] — **8.** *Börsensteuer; vertagt.* — **9.** *Sprachliche Berichtigung von § 16 des Gesetzes über die Oberrechnungskammer v. 27. März 1873; soll durch ministerielle Anweisung erfolgen.* [B] — **10.** *Notstand in Oberschlesien*<sup>6</sup>; *Abhilfe durch mäßige Staatszuschüsse möglich.* [B] — **11.** *Gesetzentwurf*<sup>7</sup> *betr. Eisenbahnverstaatlichung wurde im AH günstig aufgenommen; sog. Garantiefrage ist Bismarck zufolge eine Kabinettsfrage, aber wird sich kaum stellen.* [B]

<sup>4</sup> *StenBerAH, Session 1879/80, Drucks. Nr. 35; Debatte dazu 26.11.1879, S. 257–275 u. 3.12.1879, S. 371–392 (2. Lesung abgebrochen).*

<sup>5</sup> *Rep. 120, BB III 1 Nr. 6 Bd. 2, n. f. (Gesetzentwurf v. 8.11.1879). Vgl. StenBerAH, Session 1879/80, Drucks. Nr. 97; Debatte dazu 9.1.1880, S. 794–801.*

<sup>6</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1879/80, 19.12.1879, S. 718–722 u. 12.1.1880, S. 839–871 (Debatte zu einem diesbezüglichen Gesetzentwurf) u. Rep. 77, Tit. 215b Nr. 15 Bde. 1–4 (Gesamtvorgang 1879/80).*

<sup>7</sup> *StenBerAH, Session 1879/80, Drucks. Nr. 5. Zur Frage der Garantien bei Tilgungsfonds, Eisenbahnräten u. Tarifen vgl. den Kommissionsbericht des AH auf Drucks. Nr. 60; Bismarck, GW, Bd. 6c, S. 164 f. (Kabinettsfrage heißt lt. Bismarck Landtagsauflösung !) u. Alberty, Matthias, Der Übergang zum Staatsbahnsystem in Preußen, Jena 1911, S. 109–137.*

## Nr. 25 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Dezember 1879.

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 91, Bl. 147–152, Anlage: Bl. 153–156v; MF 531. — Abschr. [2–5]: PA Bonn, R 17, n. f.*

*Anwesend: Stolberg [V, zu 2–8], Kameke, Hofmann, B. Eulenburg [zu 2–8], Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

**1.** *Mitteilungen Puttkamers über die Beilegung des kirchlichen Konflikts. — 2.* *Berichtigungen*<sup>1</sup> *zu den vier Gesetzentwürfen*<sup>2</sup> *betr. Organisation der allgemeinen Landesverwaltung; Puttkamer zieht Widerspruch gegen Zuständigkeiten im Volksschulwesen zurück.* [B] — **3.** *Entwurf*<sup>3</sup> *eines Reichsgesetzes betr. Abwehr von Viehseuchen gebilligt.* [B] — **4.** *Entwurf*<sup>4</sup> *einer Jagdordnung; Bedenken der Ressorts sind abzuwarten. — 5.* *Eisenbahnverstaatlichung und Stellungnahme zu den Resolutionen*<sup>5</sup> *des AH betr. sog. Garantien. Eulenburg argumentiert gegen das Ziel des AH, Eisenbahn-Überschüsse zu bestimmten Zwecken festzuschreiben und dem Staatsministerium die Freiheit künftiger Aktion zu rauben. Bitter sieht auch mit Garantien freie Hand und durch die Verstaatlichung einen Machtzuwachs für die Regierung. Garantien sind neben den durch die Verstaatlichung angestrebten Vorteilen mit in Kauf zu nehmen* [B]. *Eulenburg mahnt Halt auf abschüssiger Bahn derartiger Konzessionen an das AH an. — 6.* *Titelverleihung.* [B] — **7.** *Gesetzentwurf*<sup>6</sup> *betr. Reisekostenersatz für Geschworene und Schöffen in Elsaß-Lothringen im Bundesrat; Bitter zieht Widerspruch gegen höhere Sätze als in Preußen zurück.* [B] — **8.** *Titelverleihung.* [B]

<sup>1</sup> *Wiedergegeben durch die drei Anlagenteile zum Protokoll. Vgl. Rep. 77, Tit. 497a Nr. 26 Bd. 5, n. f.*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 77, Tit. 497a Nr. 26 Bde. 3–4, n. f. Es handelte sich um das Landesverwaltungsgesetz und das Zuständigkeitsgesetz sowie die deshalb notwendigen Novellen zur Kreisordnung bzw. zu den Verwaltungsgerichtsgesetzen. Die Entwürfe auch in Rep. 90, Nr. 2293, Bl. 56 ff. Vgl. StenBerAH, Session 1879/80, Drucks. Nr. 62–65; Debatte dazu 13.–15.1.1880, S. 873–962.*

<sup>3</sup> *Vgl. StenBerRT, Session 1880, Drucks. Nr. 60; Debatte dazu 7.4.1880, S. 546–553.*

<sup>4</sup> *Rep. 77, Tit. 611 Nr. 58 Bd. 7, n. f. Ebd. auch der neue Entwurf Lucius' vom Nov. 1879 (89 §§) sowie die Voten.*

<sup>5</sup> *StenBerAH, Session 1879/80, Drucks. Nr. 60, A bzw. B, S. 933–935. Vorgesehen war die Verwendung zur Schuldenamortisation und Anlage von (vom AH kontrollierten) Eisenbahnfonds.*

<sup>6</sup> *StenBerBundesR, Jg. 1879, Drucks. Nr. 171; angenommen Sitzung 5.12.1879, § 600.*

## Nr. 26 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Dezember 1879.

*Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [4] und Korrekturen, Bd. 91, Bl. 157–176; MF 531.*

*Anwesend: Stolberg [V], Kameke, Hofmann, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Starke [für Eulenburg], Bosse [zu 3], H. Frh. v. Wangenheim, Stoelzel [beide zu 4].*

**1. Eisenbahnverstaatlichung; Antrag<sup>1</sup> Frh. v. Huene betr. künftige Erhöhungen der Transporttarife nur mit Zustimmung des AH ist abzulehnen, da das Staatsministerium fernere Konzessionen nicht macht. [B] — 2. Eisenbahnverstaatlichung; im AH ist nötigenfalls zu erklären, daß die rechtzeitige Annahme der Vorlage eine Kabinettsfrage darstellt. [B] — 3. Erneuerung des Vertrags mit der Continental-Telegraphen-Compagnie, d. h. Wolffs Telegraphenbüro, durch das Reich; zwei Details. [B] — 4. 18 Disziplinarsachen. [B]**

---

<sup>1</sup> *StenBerAH, Session 1879/80, Drucks. Nr. 61.*

## Nr. 27 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Dezember 1879.

*Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [6] und Korrekturen, Bd. 91, Bl. 177–179v, 181–187<sup>1</sup>; MF 531. — Teildruck [4]: Tennstedt, Florian u. a. (Bearb.), Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867–1914, I. Abt., Bd. 2, Stuttgart u. a. 1993, S. 116 f.*

*Anwesend: Stolberg [V], Kameke, Hofmann [zu 1–5], Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg [zu 1–5]. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Homeyer [zu 1], H. Frh. v. Wangenheim [zu 6].*

**1. Ordenssachen zum Ordensfest 1880; jüngere Beamte in Elsaß-Lothringen wurden überdurchschnittlich berücksichtigt.<sup>2</sup> [B] — 2.–3. Zwei Ernennungen. [B] — 4. Gesetzentwurf<sup>3</sup> betr. Anzeige der Unfälle in Fabriken; Bitter wünscht erfolglos Anzeige nur der schweren Fälle; Maybach erreicht, daß eine Meldung nicht nur der Ortspolizeibehörde, sondern auch der Gewerbeaufsicht zu machen ist; Strafe für versäumte Anzeige soll erst in einer Novelle zur Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes auf Bergwerke und Landwirtschaft festgesetzt werden. [B] — 5. Erneuerung des Vertrags mit der Continental-Telegraphen-Compagnie durch das Reich; Detail. [B] — 6. Sieben Disziplinarsachen. [B]**

---

<sup>1</sup> *Bl. 180 betrifft einen Vermerk zum Geschäftsgang des Protokolls.*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 90, Nr. 2058, n. f. (Wilhelm I. wünscht Begrenzung der Zahl u. lehnt einige Ordensvorschläge ab). Die jahreweise geordneten Aktenbände der Ordensverleihungen von 1879 bis 1882, v. a. zu Ordensfesten und Herbstmanövern, befinden sich in: Rep. 90, Tit. VI Nr. 1 Bde. 52–58.*

<sup>3</sup> *Rep. 120, BB VII 1 Nr. 4a Bd. 3, Bl. 7 ff. (Entwurf Maybachs), 116 ff. (Entwurf Hofmanns) u. Bl. 152 ff. (aufgrund Sitzung ergänzt) nebst Voten u. Gutachten. Vgl. Tennstedt, Florian u. a. (Bearb.), Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867–1914, I. Abt., Bd. 2, Stuttgart u. a. 1993, S. 149–152 (Bismarck an Hofmann 8.3.1880) und Sitzung am 28.8.1880, TOP 3 mit Anm.*

**Nr. 28 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 10. Januar 1880.**

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 92, Bl. 1f–6; MF 531/532.*

*Anwesend: Stolberg-Wernigerode [V], Kameke, Hofmann, B. Eulenburg, Maybach [zu 8–14], Bitter [zu 11–14], Puttkamer, Lucius, Friedberg. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: v. Wittich, v. Funck [beide zu 9], Herrfurth [zu 13].*

**1. Titelverleihung.** [B] — **2. Veröffentlichung** der amtlichen Inserate in Zeitungen<sup>1</sup>; am diesbezüglichen Staatsministerialbeschuß von 1874<sup>2</sup> ist dem AH gegenüber festzuhalten. [B] — **3. Geschäftliche Behandlung der Verwaltungsreformgesetze; Nachsession<sup>3</sup> für Beratung des Organisationsgesetzes ist möglich.** [B] — **4. Ernennung; einen neuen Präsidenten für das Landgericht Berlin I zu finden, ist sehr schwierig.** — **5. Ernennung.** [B] — **6. Sammlungen von Saatgetreide wegen des Notstands in Oberschlesien<sup>4</sup> durch den Vaterländischen Frauenverein; Lucius beteiligt sich nicht.** [B] — **7. Forstverwaltung in Hessen erschwert angeblich Entnahme des den Gemeinden zustehenden Losholzes aus Forsten; die Behauptung ist lt. Lucius völlig unwahr.<sup>5</sup>** [B] — **8. Geschäftliche Behandlung des Feld- und Forstpolizei-Gesetzentwurfes; lt. Lucius sind v. a. drei Punkte des AH unannehmbar, sonst ist Einvernehmen möglich.<sup>6</sup>** [B] — **9. Gesetzentwurf<sup>7</sup> betr. Ergänzungen und Änderungen des Reichsmilitärgesetzes vom 2. Mai 1874; aus Rücksicht auf RT wiederum Septennatsvorlage; Präsenzziffer ist so niedrig angesetzt wie außenpolitisch tunlich; Details; Entwurf gebilligt.** [B] — **10. Gesetzentwurf<sup>8</sup> über gemeinschaftliche Holzungen ist dem HH jetzt vorzulegen.** [B] — **11. Jagdordnung<sup>9</sup>; Bedenken der Ressortminister sind behoben.** [B] — **12. Schiedsspruch des Reichsoberhandelsgerichts betr. die Thüringische Eisenbahn; vertagt.** — **13. Stellungnahme zu den Kommissionsbeschlüssen<sup>10</sup> des AH betr. Gesetzentwurf über die Besteuerung des Vertriebs geistiger Getränke; an Steuerpflicht und Steuersätzen für Branntwein, Bier und Wein gemäß Regierungsvorlage ist selbst auf Gefahr der Ablehnung durch das AH festzuhalten.** [B] — **14. Gebührenfreiheit im Verfahren vor dem Reichsgericht; vertagt.**

<sup>1</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1879/80, 2.12.1879, S. 349 f., 10.1.1880, S. 806–820, 16.2.1880, S. 1787–1793 (ausführliche Schilderung des in Rede stehenden u. a. Fälle).*

<sup>2</sup> *Rep. 77, Tit. 53 Nr. 65 Bd. 4, Bl. 134 f. (Beschuß vom 13.12.1874 u. Erlaß an Provinzialbehörden v. 3.2.1875). Demgemäß sollten amtliche Anzeigen v. a. in Staatsanzeiger, Regierungsamts- u. amtlichen Kreisblättern erfolgen. Amtliche Anzeigen in Privatzeitungen von offenkundig deutsch-reichs und preußen-feindlicher oder von entschieden oppositioneller Richtung seien grundsätzlich zu vermeiden. Zur Posener Zeitung vgl. ebd. Bl. 153 ff.*

<sup>3</sup> *Vom 20.2. bis 20.5.1880 fand eine Vertagung der Session 1879/80 statt, vgl. StenBerAH, 20.2.1880, S. 1887.*

<sup>4</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1879/80, 19.12.1879, S. 718–722 (Interpellation) u. 12.1.1880, S. 839–871 (Gesetzentw.).*

<sup>5</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1879/80, 5.12.1879, S. 437–439, 16.1.1880, S. 966–970 (Lucius).*

<sup>6</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1879/80, Drucks. Nr. 10 (Entwurf), Nr. 68 (Kommissionsbeschlüsse) u. Nr. 149; Debatte dazu 15.12.1879, S. 636–657 u. 22./23.1. u. 26./27.1.1880.*

<sup>7</sup> *Rep. 77, Tit. 1229 Nr. 16 Bd. 3, n. f. (Entwurf, 36 S.). Vgl. StenBerRT, Session 1879/80, Drucks. Nr. 10/11; Debatte dazu 1./2.3.1880, S. 170–219. Vgl. zum Hauptinhalt Schultheß 1880, S. 47–52.*

<sup>8</sup> *Vgl. StenBerHH, Session 1879/80, Drucks. Nr. 47; Debatte dazu 28.1.1880, S. 139–141 (unerledigt).*

<sup>9</sup> *Vgl. Sitzung am 4.12.1879, TOP 2 mit Anm.*

<sup>10</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1879/80, Drucks. Nr. 121; Debatte dazu 21.1.1880, S. 1083–1111 (abgelehnt). Zu Details und politischer Einordnung der Vorlage vgl. die aus den Akten erarbeitete umfassende Analyse von Thier, *Steuerge- setzgebung*, S. 196–211.*

**Nr. 29 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 19. Januar 1880.**

*Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [8] und Korrekturen, Bd. 92, Bl. 7–20; MF 532.*

*Anwesend: Stolberg-Wernigerode [V], Kameke, Hofmann, B. Eulenburg [zu 1–7], Maybach [zu 4–8], Bitter [zu 4–8], Puttkamer, Lucius [zu 1–7], Friedberg [zu 1–4, 7–8]. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Reichardt, Ursinus, Rüdorff [alle zu 7], H. Frh. v. Wangenheim [zu 8].*

**1.** Provinziallandtage von Schleswig-Holstein tagen künftig in Schleswig. [B] — **2.** Bestätigung der gewählten MdH M. v. Zoltowski und J. v. Morawski, obwohl sie zur aristokratisch-polnischen Partei gehören und ultramontaner Gesinnung sind. [B] — **3.** Ernennung. [B] — **4.** Gehaltshöhe des Staatssekretärs des auswärtigen Amts; da Bismarck das Gehalt auf 60 000 M. erhöhen ließ, ist gegen Inkongruenz mit dem Gehalt des Reichskanzlers von nur 54 000 M. [...] nichts zu veranlassen.<sup>1</sup> [B] — **5.** Nachtragsetats vertritt gegenüber Landtag allein der Finanzminister. [B] — **6.** Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. Ruhegehalt der emeritierten Geistlichen; Vorschläge der 1. Generalsynode gebilligt; Bitter und Eulenburg votieren gegen Festlegung der Staats-Klassen- und Einkommensteuer als Maßstab zur Veranlagung für künftige Kirchengumlagen. [B] — **7.** Schiedsspruch<sup>3</sup> des Reichsoberhandelsgerichts betr. Kommunalsteuerpflichtigkeit der Thüringischen Eisenbahngesellschaft in preußischen Städten; obwohl der Spruch juristisch ungerechtfertigt war, ist im Bundesrat zu erklären, daß, soweit die Bahn zur Kommunalsteuerleistung verurteilt ist, die preußische Regierung für sie die Zahlung leisten wird; wegen der weiteren Regulierung der Sache Beratung der Ressorts. [B] — **8.** Zehn Disziplinarsachen. [B]

<sup>1</sup> Die Gehaltserhöhung stand in Zusammenhang mit Bismarcks Suche nach einem neuen StS AA und den Finanzproblemen des in Aussicht genommenen P. Hatzfeldt; vgl. Ebel, Gerhard/ Behnen, Michael (Hrsg.), Botschafter Paul Graf von Hatzfeldt. Nachgelassene Papiere 1838–1901, Bd. 1, Boppard 1976, S. XXXV f., 347, 375 f. u. pass.

<sup>2</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1879/80, Drucks. Nr. 263; Debatte dazu 19.2.1880, S. 1871–1874.

<sup>3</sup> StenBerBundesR, Jg. 1879/80, Drucks. Nr. 190 (Abdruck des Schiedsspruchs v. 25.5.1878); vgl. Rep. 90a, K III 3 Nr. 5 Bd. 2, n. f. (Vorgeschichte seit 1876, div. Schriftwechsel).

**Nr. 30 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Februar 1880.**

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 92, Bl. 21–25v; MF 532.*

*Anwesend: Stolberg-Wernigerode [V], Kameke, Hofmann [zu 1–2, 6–8], B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: v. Schelling [zu 1].*

**1.** Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Wucher. Schelling hält diese Initiative angesichts vielfacher Aufforderung für nötig, wenngleich der Erfolg des Gesetzes nicht zu groß sein wird, da die zivilrechtlichen Folgen wucherischer Geschäfte ungerechtfertigt sind. Friedberg ist gleichfalls skeptisch. Puttkamer, Hofmann und Lucius wollen, daß ein wucherischer Gläubiger zivilrechtlich z. B. sein Kapital an Schuldner verliert. Entwurf gebilligt, über zivilrechtliche Seite kommissarische Beratungen. [B] —

<sup>1</sup> Rep. 84a, Nr. 5720, Bl. 140–185 (Entwurf nebst Begründung u. Anlagen). Vgl. StenBerRT, Session 1880, Drucks. Nr. 58; Debatte dazu 8.4.1880, S. 562–575.



2. Schiedsspruch des Reichsoberhandelsgerichts betr. Kommunalsteuerpflichtigkeit der Thüringischen Eisenbahngesellschaft. Entwicklung des Rechts der Kommunen, Eisenbahnen zu besteuern. Preußen wird gemäß Erklärung<sup>2</sup> Hofmanns im Bundesratsausschuß der Bahn gezahlte Kommunalsteuern erstatten; auch aufgrund dieser Zahlungen ist Verstaatlichung der Bahn wünschenswert. Kommunen sind rechtlich zur Freistellung der Bahn von künftigen Kommunalsteuern nicht anweisbar. [B] — 3. Gesetzentwurf über Reichsstempelabgaben; Beratung demnächst. [B] — 4. Gesetzentwurf betr. unveränderte Verlängerung des Sozialistengesetzes um fünf Jahre ist auszuarbeiten. [B] — 5. Zeitungspolemik<sup>3</sup> zwischen der Norddeutschen Allgemeinen und der Neuen Preußischen Zeitung anlässlich der Verwaltungsreformgesetze soll auf sich beruhen bleiben. [B] — 6. Nachsession des Landtags zur Beratung des Landesverwaltungsgesetzes bleibt vorbehalten. [B] — 7. Feld- und Forstpolizei-Gesetzentwurf; im AH beschlossene Verschiebung<sup>4</sup> der Bestrafung des Sammels von Kräutern, Beeren und Pilzen auf ein künftiges Gesetz ist unannehmbar. [B] — 8. Ordenssache; D. Oppenheim erhält Roten Adler Orden II. Kl., da er die Verstaatlichung der Köln-Mindener Eisenbahn lebhaft gefördert hat. [B]

<sup>2</sup> Die Erklärung Hofmanns ist in den StenBerBundesR 1880 nicht nachweisbar; vgl. jedoch Rep. 90a, K III 3 Nr. 5 Bd. 2, n. f. (Votum Bitters v. 28.1.1880) u. StenBerBundesR, Jg. 1881/82, Drucks. Nr. 94 (Erledigung der Frage).

<sup>3</sup> Vgl. NPZ Nr. 18 v. 22.1.1881, Nr. 19 v. 23.1.1881, Nr. 22 v. 27.1.1881, Nr. 24 v. 29.1.1881, Nr. 27 v. 1.2.1881.

<sup>4</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1879/80, 27.1.1880, S. 1213–1228. Nachdem im HH der strittige § 41 modifiziert worden war, trat das AH dem bei; vgl. StenBerHH, 6.2.1880, S. 202–214 u. StenBerAH, 18.2.1880, S. 1843–1855.

## Nr. 31 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 10. Februar 1880.

Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [5–6] und Korrekturen, Bd. 92, Bl. 26–41, MF 532/533.

Anwesend: Stolberg-Wernigerode [V], Kameke [zu 1–5], Hofmann [zu 1–4], B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Lucius, Friedberg. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: K. Hammer, Volkmann, Girth [alle zu 4], K. Frh. v. Bülow [zu 5], H. Frh. v. Wangenheim [zu 6].

1. Ordenssache. [B] — 2. Kommissionsbeschlüsse<sup>1</sup> des HH zum Gesetzentwurf zur Ergänzung des Gesetzes betr. Errichtung öffentlicher Schlachthäuser gebilligt. [B] — 3. Teilung der Abteilung für Domänen und Forsten des Landwirtschaftsministeriums in zwei selbständige Abteilungen gebilligt.<sup>2</sup> [B] — 4. Gesetzentwurf<sup>3</sup> über Reichsstempelabgaben, v. a. Börsensteuern. Zweck ist lt. Bitter, profitable Geschäfte im Mobilien- und Geldgeschäftsbereich zu treffen, speziell den Kauf der ausländischen Wertpapiere; Ertrag von 20 Mio. M. angepeilt. Nach Lucius wäre Entwurf nur mit Herabsetzung des Immobilienstempels [...] populär, was Bitter auch für Preußen plant. Mehrere Minister fürchten, daß Entwurf am Quittungsstempel scheitert. Stempelfreiheit für Quittungen unter 30 M. erwogen; Bismarck ist zu benachrichtigen; wegen Befreiung der Quittungen über Dienstbezüge der Beamten sollen kommissarische Beratungen stattfinden. [B] — 5.–6. Zwölf Disziplinar- und Pensionssachen. [B]

<sup>1</sup> StenBerHH, Session 1879/80, Drucks. Nr. 101 zu Drucks. Nr. 80 (Gesetzentwurf).

<sup>2</sup> Zur Umsetzung vgl. Handbuch über den Kgl. Preuß. Hof und Staat, Jg. 1880/81, S. 193 f.

<sup>3</sup> Rep. 90, Nr. 1547 (Entwurf v. 28.1.1880, Voten). Vgl. StenBerRT, Session 1880, Drucks. Nr. 96; Debatte dazu 27.4.1880, S. 962–972 (unerledigt). Vgl. Poschinger, Bismarck und der Bundesrat, Bd. 4, S. 262–267.

**Nr. 32 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 16. Februar 1880.**

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 92, Bl. 42–45v; MF 533.*

*Anwesend: Stolberg-Wernigerode [V], Kameke, Hofmann, B. Eulenburg [zu 2–4], Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: v. Schelling [zu 1], Homeyer [zu 4].*

**1.** *Gesetzentwurf betr. Wucher<sup>1</sup>; einzig Hofmann ist gegen die in kommissarischen Beratungen gefundene Regelung der zivilrechtlichen Seite, da sie zu Gunsten der Wucherer ausfällt und neues bürgerliches Gesetzbuch stört; Entwurf wird gebilligt.* [B] — **2.** *Ordenssache.* [B] — **3.** *Nachsession des LT ist nach Eulenburg ab Mai nötig, um die Verwaltungsreform in der Legislaturperiode 1879/82 abzuschließen; trotz Bedenken Bitters und Lucius' gebilligt.*<sup>2</sup> [B] — **4.** *Neubauprojekt für das Dienstgebäude des Kultusministeriums<sup>3</sup>; Verwendung der Grundstücke Behrenstr. Nr. 72, Wilhelmstr. Nr. 70a und 62, Leipziger Platz Nr. 7 und Markgrafenstr. Nr. 47 als ministerielle Dienstgebäude; nähere Prüfung ist nötig.* [B]

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 84a, Nr. 5720, Bl. 190–204v (Voten u. Fassung des strittigen § 3 des Entwurfs).*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 4 Bd. 4, n. f. (Immediatbericht v. 16.2.1880).*

<sup>3</sup> *Vgl. Rep. 90, Nr. 1724, n. f. (Behrenstr. 72 1877–86) u. StenBerAH, Session 1878/79, 8./15.2.1879, S. 1214–1219, 1460–1466 (Verwendung Behrenstr. 72). In der Akte auch das im Prot. genannte Gutachten Giersberg u. das Ende des Übernahmeplans durch Intervention Bismarcks v. 30.9.1880. 1886 erwarb der Fiskus von den Gilka-Erben Leipziger Str. 1/Platz 11 u. das Staatsministerium zog ab 5.10.1889 dorthin.*

**Nr. 33 Besprechung<sup>1</sup> des Staatsministeriums am 26. Februar 1880.**

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 92, Bl. 46–47v; MF 533.*

*Anwesend: Stolberg-Wernigerode [V], Kameke [zu 3–5], B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Homeyer [zu 1].*

**1.** *Feier des Geburtstags Wilhelms I. in der Karwoche; Illumination öffentlicher Gebäude.* [B] — **2.** *Geplantes Kölner Dombaufest<sup>2</sup>; obwohl dies lt. Puttkamer Vollendung eines monumentalen, nationalen Bauwerks bedeutet, soll Wilhelm I. wegen des kirchenpolitischen Konflikts um Erzbischof Melchers nicht teilnehmen; die ganze Feier ist weiter hinauszuschieben.* [B] — **3.** *Fünf Ernennungen; Titelverleihung; Ordenssache.* [B] — *Teilung der Eisenbahnabteilung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten in zwei Sektionen.* — **4.** *Bitter mahnt zur Sparsamkeit beim nächsten Staatshaushalt.* — **5.** *Ernennung.* [B]

<sup>1</sup> *Das Prot. spricht von einer Besprechung; nach Form und Inhalt war es eine Sitzung.*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 76, I Sekt. I Nr. 73 Bde. 1–3 (div. Schriftwechsel 1880), hier Bd. 1, Bl. 91 ff. Vgl. auch Rep. 77, CB Tit. 859 Nr. 88 u. Parent, Thomas, Die Hohenzollern als Protektoren der Kölner Domvollendung in: H. Borger (Hrsg.), Der Kölner Dom im Jahrhundert seiner Vollendung, Bd. 2, Köln 1980, S. 114–124, hier S. 121–124, Haupts, Leo, Dombaufeste 1863, 1867 und 1880 in Köln und das preußisch-deutsche Kaiserreich in: Rheinische Vierteljahrsblätter, 46 (1982), S. 161–187 u. Verbeek, Anselm, Die Kölner Bischofsfrage und die Beilegung des preußischen Kulturkampfs, Frankfurt/M. 1989, S. 172–187.*

**Nr. 34 Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 5. März 1880.**

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 92, Bl. 48–51; MF 533.*

*Anwesend: Bismarck [V], Stolberg-Wernigerode, Kameke, Hofmann, B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Feld- und Forstpolizei-Gesetzentwurf; Vorgeschichte. In HH und AH beschlossener Passus betr. Bestrafung des Sammelns von Kräutern, Beeren und Pilzen war lt. Lucius angesichts vieler Gesetzesgegner aus den neuen Provinzen annehmbar; unter günstigeren Verhältnissen als jetzt dürfte ein Gesetz nie zum Abschluß gelangen. Dagegen sieht Bismarck Waldeigentum im Gesetz weniger geschützt als anderes Eigentum und fürchtet nachteilige Interpretation des Gesetzes für hervorragend wichtige Interessen des Grundbesitzes. Lucius soll nun Vor- und Nachteile des Gesetzes in einem Promemoria zusammenstellen sowie Ausführungsinstruktion zugunsten der Waldbesitzer erlassen.<sup>1</sup> [B]*

---

<sup>1</sup> Vgl. Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 182 f. u. *Rep. 77, Tit. 1433 Nr. 11 Bd. 2 (1878–1937)*.

**Nr. 35 Sitzung des Staatsministeriums am 8. März 1880.**

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 92, Bl. 52–53v; MF 533.*

*Anwesend: Stolberg-Wernigerode [V], Hofmann, B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Scholz, Gauss, Ullmann [alle zu 4].*

**1. Zwei Ernennungen.** [B] — **2. Kölner Dombaufest; Wilhelm I. möchte teilnehmen, und auch das Domkapitel würde sich an einer kirchlichen Feier wohl beteiligen.** — **3. Glückwunschsreiben zum fünfzigjährigen Priesterjubiläum von Bischof J. N. v. d. Marwitz.** [B] — **4. Anregung einer Änderung der Wechselstempelsteuer<sup>1</sup> durch Bismarck; Stellungnahme der deutschen Bundesregierungen ist abzuwarten.** [B] — **5. Feier des Geburtstages Wilhelms I. in der Karwoche; keine Illumination öffentlicher Gebäude.** [B] — **6. Ordenssachen zur Feier der zweihundertjährigen Zugehörigkeit von Magdeburg zu Preußen.** [B] — **7. Auszugsweise Mitteilung von Gesandtschaftsberichten des Auswärtigen Amts; Vorlegung an einzelne Ressorts nur bei besonderem Interesse.** — **8. Ordenssache; an Subalternbeamte außerhalb der Ministerien sind Orden II. Kl. nicht statthaft.** [B] — **9. Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. Änderung Art. 4 des Münzgesetzes von 1873 gebilligt; Silbertaler sind dauernd einzuziehen.** [B]

---

<sup>1</sup> *BGBI. 1869, S. 193. Vgl. Rep. 120, A X Nr. 27 Bd. 7, Bl. 38–42v (Gesetzentwurf), in dieser Akte auch Voten.*

<sup>2</sup> *Vgl. StenBerRT, Session 1880, Drucks. Nr. 120; Debatte dazu 24.4.1880, S. 899–916. Die Novelle bezweckte die Ausprägung von 2 M. mehr Silbermünzen pro Kopf als im Gesetz 1873 festgelegt, blieb aber unerledigt; vgl. Poschinger, Bismarck und der Bundesrat, Bd. 4, S. 338 f.*

**Nr. 36 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 17. März 1880.**

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 92, Bl. 54–59; MF 533.*

*Anwesend: Bismarck [V], Stolberg-Wernigerode, Kameke, B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Hübler [zu 1].*

**1.** Kirchenpolitische Verhandlungen zwecks Kulturkampfabbau. Nach Gespräch von Botschafter Reuß mit Pronuntius Jacobini in Wien über versöhnliches päpstliches Breve<sup>1</sup> erwägen besonders Puttkamer und Bismarck eine Revision der Maigesetze bezüglich Anzeigepflicht, Bischofsvakanzen oder Staatsleistungen an die katholische Kirche. Bismarck zufolge soll die Preußische Regierung sich bemühen, durch eine Gesetzesvorlage Vollmacht zu einer der Haltung der Kurie entsprechenden freieren Handhabung der Maigesetze zu gewinnen, sobald die friedliebende Gesinnung des Papstes sich in Preußen in Taten bewährt; möglich ist etwa Wiedereinsetzung der Bischöfe im Gnadenwege; auch sonst ist ein Auge zuzudrücken.<sup>2</sup> [B] — **2.** Feld- und Forstpolizei-Gesetz; Bismarck ist jetzt damit einverstanden; Erlaß<sup>3</sup> an die Oberpräsidenten betr. Schutz des Eigentums leicht modifiziert. [B]

<sup>1</sup> Abdruck in: Schultheß 1880, S. 73 f. (an Erzbischof Melchers).

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 76, I Sekt. 28a Nr. 1 Bde. 2–3 (div. Schriftwechsel, v. a. Noten Dez. 1879 ff.) u. Rep. 90, Nr. 2376 (Gesetzesentwurf, Voten, Immediatbericht, v. a. 7.3.–12.7.1880). Vgl. Schultheß 1880, S. 108 f. (Erklärung d. Staatsministeriums v. 12.4.1880) u. S. 163–175 (Auszüge aus dem Notenwechsel Bismarck-Reuß) sowie Lill, Rudolf (Bearb.), Vatikanische Akten zur Geschichte des deutschen Kulturkampfes, Tübingen 1970, S. 353 ff., Verbeek, Kölner Bischofsfrage, bes. S. 139–172 (aufgrund der preuß. Ministerialakten u. Akten des Polit. Archivs des Ausw. Amtes, Bonn) u. Puttkamer, Albert v., Staatsminister v. Puttkamer, Leipzig 1928, S. 55–70.

<sup>3</sup> Ausführungserlaß v. 12.5.1880 in: MinBl. innere Verw. 1880, S. 187.

**Nr. 37 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 23. März 1880.**

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 92, Bl. 62–66; MF 533. — Abschr. [1–2]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 1, Bl. 99–104.*

*Anwesend: Bismarck [V], Stolberg-Wernigerode, Kameke, Hofmann, B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Scholz, Tiedemann [beide zu 1–2].*

**1.** Gesetzesentwurf<sup>1</sup> betr. Besteuerung der zum Wehrdienst nicht herangezogenen Wehrpflichtigen, die Wehrsteuer; finanzielle Vorteile für Nichtdienende nach Meinung von Scholz und Bitter mit 4 Mark pro Kopf und nach Einkommen abgestufter Wehrsteuer einigermaßen ausgeglichen werden, obwohl die Kontrolle der Steuerpflichtigen schwierig wird; Bundesregierungen sind dezidiert gegen diese erste direkte Reichssteuer; Detaildiskussion; Einbringung beim

<sup>1</sup> Rep. 77, Tit. 1229 Nr. 17, n. f. (Gesetzesentwurf). Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1879/80, Drucks. Nr. 78. Zur Kritik im Bundesrat an der Wehrsteuer vgl. Poschinger, Bismarck und der Bundesrat, Bd. 4, S. 267 f. (modifizierte Annahme am 25.2.1881, dann im RT unerledigt).

Bundesrat gebilligt. [B] — **2.** *Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. Fürsorge für die Witwen und Waisen der Reichsbeamten. Besserstellung für Hinterbliebene der Reichsbeamten bedingt lt. Bitter kostspieliges Nachziehen Preußens. Mit fünf gegen fünf Stimmen wird die Heranziehung Unverheirateter zu Versorgungsbeiträgen für Hinterbliebene verheirateter Beamter verneint, da diese Unbilligkeit dahin führt, dem Staate die Sorge für die Hinterbliebenen allein zu überlassen und der Staat Bismarck zufolge keine Veranlassung hat, das Heiraten der Beamten besonders zu begünstigen; Entwurf ansonsten gebilligt.* [B] — **3.** *Vier Ernennungen von stellvertretenden Mitgliedern der Prüfungskommission für höhere Verwaltungsbeamte.*<sup>3</sup> [B]

<sup>2</sup> Rep. 77, Tit. 34 Nr. 117, n. f. (Entwurf v. 28.2.1880, Voten). Vgl. *StenBerRT, Session 1881, Drucks. Nr. 28; Debatte dazu 4./31.3.1881, S. 148–151, 662–671 (Annahme)*. Vgl. Lotz, *Geschichte*, S. 609 f. u. Wunder, Bernd, *Pfarrwitwenkassen und Beamtenwitwen-Anstalten vom 16.–19. Jahrhundert*, in: *Zeitschrift für historische Forschung*, 1985, S. 464–498, bes. S. 484–488.

<sup>3</sup> Vgl. Sitzung am 29.5.1879, TOP 2 mit Anm.

### Nr. 38 Sitzung des Staatsministeriums am 14. April 1880.

*Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [1–2, 10] und Korrekturen, Bd. 92, Bl. 67–90; MF 533/534.*

*Anwesend: Stolberg-Wernigerode [V], B. Eulenburg, Bitter, Puttkamer, Lucius [zu 1–9], Friedberg. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: K. Frh. v. Bülow [zu 1–2], Roedenbeck [zu 1 u. 10], Lehnert [zu 2], H. Frh. v. Wangenheim [zu 10].*

**1.–2.** *Zwei Disziplinar- und Pensionsachen.* [B] — **3.** *Zwei Titelverleihungen; Chef des Militär-Medizinalwesens G. v. Lauer, der ex officio vortr. Rat im Kultusministerium ist, erhält den Titel Wirkl. Geh. Obermedizinal Rat.* [B] — **4.** *R. de la Croix übernimmt Direktion der Unterabteilung für Elementarschulen und Seminarien im Kultusministerium.*<sup>1</sup> [B] — **5.** *Titelverleihung; Wirkl. Geh. Rat für Provinzialsteuerektor v. Jordan abgelehnt.* [B] — **6.** *Zwei Ernennungen.* [B] — **7.** *Neue Rechtschreibung<sup>2</sup> für Schulen und Behörden; Entwicklung in den Bundesstaaten; für den amtlichen Verkehr ist bis auf weiteres die bisherige Schreibweise beizubehalten.* [B] — **8.** *Titel als Staatsminister für ausgeschiedene Ressortminister<sup>3</sup>; der seit 1849 vom König gnadenweise zu verleihende Titel ist bis zur Entscheidung Wilhelms I. ohne den Zusatz ‘außer Dienst’ zu führen.* [B] — **9.** *Nach Freispruch des welfischen MdA Bruel<sup>4</sup> durch das Appellationsgericht Celle will Friedberg die an hannoverschen Gerichten dominierenden Hannoveraner partikularistischer Gesinnung durch mehr altpreußische Beamte ergänzen.* [B] — **10.** *19 Disziplinarsachen.* [B]

<sup>1</sup> *In der Person de la Croix erblickte man eine Abkehr von der Kulturkampfpolitik; vgl. Schultheß 1880, S. 109.*

<sup>2</sup> Vgl. Brockhaus' *Konversationslexikon*, Bd. 13, 13. Aufl., Leipzig 1886, S. 533 f. (*Abriß u. Literaturangaben*); Puttkamer, Puttkamer, S. 44–47 und Schultheß 1880, S. 89 (*Erlaß Bismarcks v. 28.2.1880*).

<sup>3</sup> *Während in früheren Staatshandbüchern ausgeschiedene Staatsminister teils mit dem Zusatz a. D., teils ohne auf tauchten, führte die seit 1879/80 bestehende Rubrik Inaktive Staatsminister diese stets ohne den Zusatz a. D. Vgl. Rep. 89, Nr. 3695, Bl. 31 ff. (Immediatbericht u. Entscheidung Wilhelms I.) u. Brand, Arthur, *Das Beamtenrecht*, Berlin 1914, S. 91 f.*

<sup>4</sup> Vgl. *StenBerAH*, 16.2.1880, S. 1779 (*Ausspruch Bruels zur in Preußen herrschenden Idolatrie gegenüber Wilhelm I*), Rep. 77, CB Tit. 343a Nr. 142 Bd. 4, Bl. 152 ff., 165 ff. (*u. a. Berichte des hannoverschen Oberpräsidenten*). Vgl. Ormond, Thomas, *Richterwürde und Regierungstreue. Dienstrecht, politische Betätigung und Disziplinierung der Richter in Preußen, Baden und Hessen 1866–1918, Frankfurt/M. 1994, S. 477 ff. (welfisch gesinnte Richter)*.

**Nr. 39 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 28. April 1880.**

*Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschr. [7] und Korrekturen, Bd. 92, Bl. 91–93; MF 534.*

*Anwesend: Stolberg-Wernigerode [V], Kameke, Hofmann, B. Eulenburg, Maybach, Puttkamer, Lucius, Friedberg. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Wangenheim [zu 7].*

**1. Disziplinar- und Pensionssache** sowie Frage der Überlassung der Schmuckplätze am Alsenplatz in Berlin an das Reich; *vertagt.* — **2. Ordenssache; Ernennung.** [B] — **3. Titelverleihung.** [B] — **4. Geplante Revision der Gewerbeordnung betr. Wandergewerbe; preußische Stellungnahme erfolgt demnächst**<sup>1</sup>. [B] — **5. Publikation dreier Kirchengesetze<sup>2</sup> der evangelischen Landeskirche von Schleswig-Holstein gebilligt.** [B] — **6. Aufhebung der technischen Baudeputation und Einrichtung einer Akademie des Bauwesens<sup>3</sup>; letztere soll nur mit Sachen von größerer und allgemeinerer Bedeutung befaßt sein; außerpreußische Mitglieder und Künstler verwandter Fächer sollen ihr angehören.** [B] — **7. Disziplinarsache.** [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 307 Nr. 77 Bd. 11, n. f. (Voten, u. a. Hofmann-Bismarcks v. 7.7.1880 zur Innungsfrage). Vgl. auch RGBl. 1880, S. 179 (Konzessionen an Schauspielunternehmer).

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 1050 Nr. 5 Bd. 1, Bl. 158–188 (Voten sowie Kirchengesetz über die Besetzung der Pfarrerstellen, Kirchengesetz betr. Einführung eines neuen Gesangbuchs, Kirchen- u. Staatsgesetz wegen Auflösung der gemeinschaftlichen Kirchenkassen in der Norder- und in der Süderharde auf der Insel Alsen).

<sup>3</sup> Vgl. zu Baudeputation und Akademie GS 1880, S. 261 (Gründungserlaß), die Staatshandbücher 1880/81, S. 213 f. bzw. 1881/82, S. 155–157 (Mitglieder), die Festschriften Die Kgl. Akademie des Bauwesens 1880–1905, Berlin 1905 bzw. 50 Jahre Akademie des Bauwesens 1880–1930, Berlin 1930 sowie den Bestand im GStAPK, I. HA, Rep. 210 (ehem. 2.8.26), Akad. d. Bauwesens, hier Nr. 1 (Gründung).

**Nr. 40 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 7. Mai 1880.**

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 92, Bl. 94–97v; MF 534. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 76, I Sekt. 28a Nr. 1 Bd. 2, Bl. 352–355v; PA Bonn, R 18, n. f. Teildruck: Stürmer, Michael (Hrsg.), Bismarck und die preußisch-deutsche Politik 1871–1890, 3. Aufl., München 1978, S. 163 f.*

*Anwesend: Bismarck [V], Stolberg-Wernigerode, Kameke, Hofmann, B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst, L. Bucher, Hübler.*

**Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze von 1873–75, das sog. 1. Milderungsgesetz zum Kulturkampfabbau.** *Bismarck ist gegen formelle Verhandlungen oder quasi moralisches Konkordat mit der unsicheren Kurie; Staat soll jetzt katholischen Untertanen geben, was ohne Schädigung seiner Autorität möglich ist, Gegenkonzessionen sind dann unnötig; Kulturkampf ist für den Staat [...] erledigt und die Behauptung der Zentrumspartei, daß der Staat den katholischen Glauben unterdrückt, unglaublich; ob nach Wiedereinsetzung vieler entlasse-*

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 76, I Sekt. 28a Nr. 1 Bd. 2, Bl. 287 f. u. Rep. 90, Nr. 2376, Bl. 175–177 (Entwurfsstadien) sowie StenBerAH, Session 1879/80, 28./29.5.1880, S. 2043–2104 (Debatte). Zur Einordnung vgl. Bachem, Karl, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei, Bd. 4, ND Aalen 1967, bes. S. 1–27.

ner Bischöfe und Priester die Kirche die Anzeigepflicht beachtet, bleibt abzuwarten; desgleichen, ob und welche Bischöfe und Priester der Papst neu ernennt. Einzelne Artikel werden erläutert; Grundsätze für Entbindung auswärtig vorgebildeter Priester von gesetzlichen Erfordernissen der Vorbildung legt Staatsministerium autonom fest; Jesuiten will Bismarck ausgeschlossen wissen; nur Bitter und Friedberg für Beibehaltung der disziplinarischen Amtsenthebung von Kirchendienern durch weltliche Gerichte; Entwurf gebilligt. [B] — Bismarck betont, daß gemäß Kabinettsordre vom 6. Februar 1875<sup>2</sup> hier wie bei allen Gesetzentwürfen von erheblicher, insbesondere politischer Bedeutung zunächst die Prinzipien der Allerhöchsten Genehmigung zu unterbreiten sind.

<sup>2</sup> Rep. 90, Nr. 196, Bl. 70 (auch zur Entstehung). Ebd. Bl. 91 mahnt Bismarcks Votum v. 24.6.1881 die Ordre an.

#### **Nr. 41 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 18. Mai 1880.**

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 92, Bl. 98–101; MF 534.*

*Anwesend: Bismarck [V], Stolberg-Wernigerode, Kameke, Hofmann, Maybach, Bitter, Puttkamer, Friedberg. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: L. Bucher, Hübler [beide zu 2].*

**1.** Hinweis Bismarcks, daß vor Abgabe des preußischen Votums im Bundesrat für oder gegen einen im RT abgeänderten Gesetzentwurf keine formelle Rückfragen an Ressorts erfolgen, da diese durch ihre Bundesratsbevollmächtigten und die stenographischen Berichte ausreichend informiert sind.<sup>1</sup> — **2.** Erstes Milderungsgesetz zum Kulturkampfabbau; Verhandlungsstand<sup>2</sup>; Bismarck behält sich Veröffentlichung<sup>3</sup> einiger Aktenstücke dazu vor; Wilhelm I. hat Grundprinzipien des Entwurfs genehmigt; Detailberatung; Absolventen von Jesuitenanstalten sind von kirchlichen Ämtern fernzuhalten; in der Begründung des Gesetzentwurfs ist klarzustellen, daß die Regierung aus der gesetzgeberischen Machtvollkommenheit des Staats heraus die Initiative ergreift, um den Bedürfnissen der katholischen Bevölkerung entgegenzukommen, nachdem die früheren Verhandlungen fruchtlos geblieben sind. [B]

<sup>1</sup> Dies dürfte als Nachklang der Krise im Preußen-Reich-Verhältnis anlässlich der Debatte um die Geschäftsordnung des Bundesrats zu verstehen sein; vgl. Poschinger, *Bismarck und der Bundesrat*, Bd. 4, S. 188 ff.; Goldschmidt, *Hans, Das Reich und Preußen im Kampf um die Führung*, Berlin 1931, S. 69–76; Binder, *Hans-Otto, Reich und Einzelstaaten während der Kanzlerschaft Bismarcks 1871–1890*, Tübingen 1971, S. 126–142 und Rep. 90a, A VII 1 Nr. 2 Bd. 1, Bl. 49 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 76, I Sekt. 28a Nr. 1 Bd. 2, Bl. 366 ff. (Berichte v. 12./17.5.1880).

<sup>3</sup> Vgl. *StenBerAH*, Session 1879/80, Drucks. Nr. 322, Anlage B (Depeschenauszüge etc.).

#### **Nr. 42 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 22. Mai 1880.**

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 92, Bl. 102–112; MF 534.*

*Anwesend: Stolberg-Wernigerode [V], Kameke, B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Puttkamer, Friedberg. — Prot.: Beglaubigt Bosse [U].*

1. *Sieben Ordenssachen; Titelverleihung; Adelsverleihung.* [B] — 2. *Kölner Dombaufest; Beteiligung Wilhelms I. ist nun lt. Puttkamer möglich, da kirchliche Instanzen die Teilnahme des Domkapitels am Hochamt jetzt approbiert haben; Widerspruch mehrerer Minister; zunächst ist Ergebnis der kirchenpolitischen Vorlage im AH abzuwarten.* [B] — 3. *Sanktionierung des von der Generalsynode beschlossenen Kirchengesetzes<sup>1</sup> betr. die Trauungsordnung; Bedenken Friedbergs und Bitters, daß die Trauungsliturgie gegen das Reichs-Zivilstandsgesetz verstößt, werden überstimmt.* [B] — 4. *Präsident der Oberrechnungskammer v. Stünzner hat 50jähriges Dienstjubiläum.* [B] — 5. *Maybach wird den Abteilungsdirigenten der größeren Eisenbahndirektionen die Titel Oberregierungsrat bzw. Oberbaurat verleihen lassen.*<sup>2</sup> [B] — 6. *Drei Ernennungen.* [B] — 7. *Anläßlich der ohne offizielle Mitteilung an das Staatsministerium beschlossenen Berufung des RegPräs. A. v. Flottwell in den Reichsdienst soll speziell der Elsaß-Lothringischen Verwaltung mitgeteilt werden, daß künftig zunächst das Staatsministerium zu benachrichtigen ist.*<sup>3</sup> [B] — 8. *Zwei Disziplinar- und Pensionssachen; vertagt.*

<sup>1</sup> *Kirchliches Gesetz- u. Verordnungs-Blatt der evangelischen Kirche der altpreußischen Union, 1880, S. 109 (Gesetz v. 27.7.1880).*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 89, Nr. 29475, Bl. 46 ff. (Erlaß Wilhelms I. v. 14.7.1880).*

<sup>3</sup> *Vgl. Rep. 90, Nr. 611, n. f. (Schreiben Bitters v. 30.4.1880 u. umfangreicher Votenwechsel betr. Erleichterung des Übertritts preuß. Beamter in Dienste des Reichs bzw. der Reichslande bis zum Erlaß Wilhelms I. v. 2.2.1881). Vgl. Morsey, Rudolf, Die oberste Reichsverwaltung unter Bismarck 1867–1890, Münster 1957, S. 259 f.*

#### **Nr. 43 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 9. Juni 1880.**

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 92, Bl. 113–116; MF 534.*

*Anwesend: Bismarck [V], Stolberg-Wernigerode, Kameke, Hofmann, B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

1. *Gesetzentwurf über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung, kurz Landesverwaltungsgesetz genannt. Stellungnahme zu den Kommissionsbeschlüssen<sup>1</sup> des HH, die meist eine entschiedene Verbesserung darstellen; so entspricht das beschlossene Anordnungsrecht des Regierungspräsidenten gegenüber mißbilligten Kollegialentscheidungen der Anschauung Bismarcks<sup>2</sup>, und der Verbleib der Polizei in Berlin beim Polizeipräsidenten statt beim Oberpräsidenten ist angemessen.* [B] — 2. *Vertrauliche Besprechung zum 1. Milderungsgesetz zum Kulturkampfabbau; Bismarck moniert die nicht unbedenkliche Gewohnheit von Regierungsvertretern, Standpunkte der Staatsregierung bereits in den Kommissionsberatungen<sup>3</sup> des AH aufzugeben; gegenüber Vatikan wie Parteien ist es taktisch falsch, den Entwurf selbst abzuschwächen. Puttkamer zufolge bleibt abzuwarten, ob der jetzt nicht zuletzt durch Widerstand der Nationalliberalen entstandene Torso noch annehmbar wird.* [B] — 3. *Zwei Ernennungen; Titelverleihung.* [B] — 4. *Zwei Ernennungen.* [B]

<sup>1</sup> *StenBerHH, Session 1879/80, Drucks. Nr. 125 (zu Drucks. Nr. 123, Beschlüsse des AH).*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 77, Tit. 497a Nr. 26 Bd. 6, n. f. (Votum Bismarcks v. 3.6.1880 gegen Kollegialverfassung der Regierungen).*

<sup>3</sup> *StenBerAH, Session 1879/80, Drucks. Nr. 322. Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 185 f. (ergänzt Prot.).*



**Nr. 44 Sitzung<sup>1</sup> des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 25. Juni 1880.**

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 92, Bl. 117–120v; MF 534. — Teildruck [1]: Stürmer, (Hrsg.), Bismarck und die preußisch-deutsche Politik, S. 166 f.*

*Anwesend: Bismarck [V], Stolberg-Wernigerode, Kameke, Hofmann, B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius [zu 2–4], Friedberg. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

**1. Parteiverhältnisse der Provinz Hannover<sup>2</sup>; lt. Bismarck haben Nationalliberale dort Terrain verloren<sup>3</sup> durch Gründung einer Deutschkonservativen Partei und ungeschicktes Operieren auf religiösem und wirtschaftlichem Gebiet; Gegner bleibt aber das Welfentum im ultramontanen Verbände; bei jetziger Nachwahl ist der Deutschkonservative zur Kandidaturaufgabe zu bewegen<sup>4</sup> und für nächste Wahlen ein Abkommen Konservative – Nationalliberale anzustreben. [B] — 2. Erstes Milderungsgesetz zum Kulturkampfabbau im AH; bis Ende der dritten Lesung ist regierungsseitig an der Vorlage festzuhalten und Annahme durch beliebige Kombination von Fraktionen, ggf. selbst ohne Art. 4, zu erklären.<sup>5</sup> [B] — 3. Landtagsschluß sobald als möglich in einfachster Form. [B] — 4. Bisherige Brandversicherung für Strafanstalten ist aufzugeben, da Brandentschädigungsgelder nach jetzigen Etatsgrundsätzen nicht zweckgebunden verwendbar sind. [B]**

<sup>1</sup> Statt Sitzung in der Überschrift des Protokolls steht im ersten Satz die Bezeichnung vertrauliche Besprechung.

<sup>2</sup> Vgl. allg. Aschoff, Hans-Georg, *Welfische Bewegung und politischer Katholizismus 1866–1918*, Düsseldorf 1987, hier S. 107 (Mandatsverluste durch Kulturkampf).

<sup>3</sup> Während die NLP von 13 RT-Mandaten (1874) über 11 (1877) auf 8 (1878) und 5 (1881) sank, errangen die Welfen statt 4 (1874 u. 1877) nun 10 RT-Mandate (1878 u. 1881).

<sup>4</sup> Der welfische W. Frh. v. Arnswaldt gewann die Nachwahl am 1.7.1880 im RT-Wahlkreis Melle-Diepholz trotzdem.

<sup>5</sup> Art. 4, der die Wiedereinsetzung gerichtlich amtsenthobener Bischöfe vorsah, war im AH bereits gestrichen worden. Das 1. Milderungsgesetz wurde mit knapper Mehrheit von Konservativen und rechtem Flügel der NLP gegen Zentrum nebst Anhang und Linksliberale angenommen.

**Nr. 45 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Juli 1880.**

*Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [9–11] und Korrekturen, Bd. 92, Bl. 121–133; MF 534/535.*

*Anwesend: Stolberg-Wernigerode [V], Kameke, Hofmann, B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: E. Löwe [zu 9–11], W. v. Kehler [zu 9], Kraut [zu 10], H. Frh. v. Wangenheim, Karl Fuchs [beide zu 11].*

**1. Erstes Milderungsgesetz zum Kulturkampfabbau; im AH ist Entwurf seiner politischen Bedeutung ziemlich entkleidet worden<sup>1</sup>; obwohl somit eine Rekonstruktion der Diözesan- und Parochial-Verhältnisse unmöglich, optiert Puttkamer für Billigung, denn mehr wäre auch durch Anträge auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage im HH<sup>2</sup> nicht zu erreichen; jetzt ist vorsichtig mit Begnadigungen verurteilter Priester vorzugehen. [B] — 2. Kölner Dombaufest; nur Eulenburg und Kameke für Beteiligung Wilhelms I.; Ministermehrheit dagegen, da das Fest nach dem Ausgang**

<sup>1</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1879/80, 26./28.6.1880, S. 2377–2450 (Annahme 206: 202 Stimmen)*. Vgl. Schultheß 1880, S. 189–197 (Zusammenfassung u. Bewertungen der AH-Beratungen).

<sup>2</sup> Vgl. *StenBerHH, Session 1879/80, 3.7.1880, S. 341–368 (S. 356 f. Rückzug Graf Lippes)*.

der kirchenpolitischen Vorlage nicht als Friedenfest gefeiert werden kann und darin eine unangemessene Ehrenbezeugung für den Klerus liegt; zudem verletzt man die evangelische Bevölkerung, und es ist keine Sicherheit vor einer unangenehmen Überraschung gewährleistet; im Immediatbericht<sup>3</sup> sind Gründe der Majorität und der Minorität vorzutragen. [B] — 3. Titelverleihung. [B] — 4. Ordenssache. [B] — 5. Titelverleihung. [B] — 6. Landtagsschluß soll am 3. Juli 1880 erfolgen. [B] — 7. Ernennung. [B] — 8. Landesverwaltungsgesetze<sup>4</sup> sind der Sanktion Wilhelms I. zu unterbreiten; Fortführung der Verwaltungsreform wird beschlossen. [B] — 9.–11. Sechs Disziplinar- und Pensionssachen. [B]

<sup>3</sup> Rep. 76, I. Sekt. I Nr. 73 Bd. 1, Bl. 146–148 u. 167–169v. Vgl. Schultheß 1880, S. 223 f. (Dombaufest) u. Puttkamer, Puttkamer, S. 116–128 (aufgrund von Akten).

<sup>4</sup> Gemeint sind das Gesetz über die Organisation der allgemeinen Landesverwaltung vom 26.7.1880, GS, S. 291 und die dadurch bedingte, aber separate Novelle zur Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 2.8.1880, GS, S. 315.

#### Nr. 46 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Juli 1880.

Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [2] und Korrekturen, Bd. 92, Bl. 134–153; MF 535.

Anwesend: Hofmann, B. Eulenburg, Lucius, Friedberg. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Meinecke [für Bitter], G. v. Goßler [für Puttkamer], H. Frh. v. Wangenheim, Roedenbeck [beide zu 2].

1. Ernennung. [B] — 2. 19 Disziplinarsachen. [B]

#### Nr. 47 Sitzung des Staatsministeriums am 7. August 1880.

Reinschr.<sup>1</sup>, Bd. 92, Bl. 154–159; MF 535. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Bosse, Nr. 15, Bl. 82–83v.

Anwesend: Stolberg-Wernigerode [V], Hofmann, Puttkamer, Friedberg. — Prot.: Beglaubigt Bosse [U].

Weitere Teilnehmer: Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst<sup>2</sup>, Homeyer, G. v. Goßler.

Kölner Dombaufest; Wilhelm I. hat sich trotz gegenteiligen Rats des Staatsministeriums für Teilnahme entschieden; nochmaliger Immediatbericht<sup>3</sup> mit den Hauptgründen gegen die Teilnahme ist auszuarbeiten; falls Wilhelm I. teilnimmt, sind sechs Punkte unerläßlich: der König ist Veranstalter, als Termin ist ein Tag von nationaler Bedeutung, etwa der 15. [...] Oktober, vorzuschlagen, das Programm ist sorgfältig zu planen, die Einladungen sollen Bismarck und Puttkamer vorgelegt werden, Kostenpunkt ist zu klären und das Domkapitel soll durch entsprechende Mitteilung genötigt werden, sich am Tedeum im Dom zu beteiligen. [B]

<sup>1</sup> Mit Vermerk: Streng zu sekretieren bzw. Abschriften an die Minister bzw. die RK unter „Eigenhändig“.

<sup>2</sup> Hohenlohe war seit Mai 1880 interimistisch StS des AA und insoweit Vertreter Bismarcks.

<sup>3</sup> Rep. 76, I. Sekt. I Nr. 73 Bd. 1, Bl. 218–226 (Entwurf v. 7.8.1880) u. Bl. 249 f. (Antwort Wilhelms I.). Vgl. Sitzung am 1.7.1880, TOP 2 zu den Hauptgründen sowie Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig Fürst zu, Denkwürdigkeiten, hrsg. v. Friedrich Curtius, Bd. 2, Stuttgart/Leipzig 1907, S. 302 ff.

**Nr. 48 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums im Dienstgebäude der Reichskanzlei am 28. August 1880.**

*Reinschr. mit Korrekturen<sup>1</sup>, Bd. 92, Bl. 162–169v; MF 535. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Bosse, Nr. 15, Bl. 84–88; Rep. 84a, Nr. 2049, Bl. 183–187; PA Bonn, R 18, n. f. Teildruck [1–3]: Tennstedt u. a. (Bearb.), Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867–1914, I. Abt., Bd. 2, S. 235–239; Teildruck [3–4]: Stürmer (Hrsg.), Bismarck und die preußisch-deutsche Politik, S. 167–170.*

*Anwesend: Bismarck [V], Kameke, Maybach, Puttkamer. — Prot.: Beglaubigt Bosse [U].*

*Weitere Teilnehmer: Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst.*

**1. Ressortkompetenz im Verhältnis Preußen — Reich anlässlich des Rücktritts von Handelsminister Hofmann<sup>2</sup>. Nach Bismarck<sup>3</sup> ging Hofmann als in Personalunion zugleich formell selbständiger [...] Handelsminister und dem Reichskanzler unterstellter Staatssekretär des Innern bei der Reichsgesetzgebung, zumal dem Haftpflichtgesetz, ohne Einverständnis mit dem Reichskanzler vor. Um der Wiederholung derartiger Vorgänge vorzubeugen, wird der Nachfolger Hofmanns, K. H. v. Boetticher, nur Staatssekretär des Reichsamts des Innern, in diesem zur Stärkung der reichischen Regierungsgewalt eine neue Abteilung für Handel und Gewerbe<sup>4</sup> aus Beamten des preußischen Handelsministeriums gebildet und Bismarck selbst Handelsminister. [B] — **2. Ein Gesetzentwurf betr. Innungen ist einzubringen. [B] — **3. Haftpflichtgesetz erzeugt lt. Bismarck Erbitterung und Unfriede, so daß eine neue Vorlage aufgrund einer Denkschrift<sup>5</sup> von L. Baare auszuarbeiten ist; Grundlinien dieser neuen Reichs- oder Staatsversicherung bilden tatsächliche Unterstützungsbedürftigkeit, Schonung der Industrie sowie Beiträge der Arbeitgeber, Arbeiter und Armenverbände. [B] — **4. Ziel der Finanzpolitik ist Bismarck zufolge vor den nächsten Wahlen ein Erlaß bei der Einkommensteuer<sup>6</sup>; damit unauflöslich zu verknüpfen ist eine die Landwirtschaft schonende Erhöhung der Branntwein- oder Zuckersteuer; die Wehrsteuer ist im RT wieder vorzulegen, später auch eine Tabaksteuererhöhung. [B] — **5. Staatshilfen gegen die Mißernte will Bismarck höchstens in Form von Ausnahmetarifen der Staatseisenbahnen, zumal Zollnachlässe wieder nur die ohnehin getroffene Landwirtschaft treffen. — **6. Wünsche nach Ermäßigung der************

<sup>1</sup> Die Korrekturen Bismarcks sowie die Vermerke Sorgfältig zu sekretieren bzw. Abschrift [...] unter 'Eigenhändig' sind nachgewiesen am Druckort Tennstedt (Bearb.), Quellensammlung, I. Abt., Bd. 2, S. 238 f.

<sup>2</sup> Hofmann hatte auf Drängen Bismarcks das Handelsministerium zum 23.8.1880 aufgegeben. Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 189 ff. (quasi Staatsstreich sei gegen Hofmanns, von Kaiser u. Bundesrat genehmigte Haftpflicht-Vorlage nötig gewesen; Hofmann müsse fort), Goldschmidt, Reich und Preußen, S. 280–284, Poschinger, Heinrich Ritter v., Aktenstücke zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck, Bd. 2, Berlin 1891, S. 5 f. (Immediatbericht) sowie Morsey, Reichsverwaltung, S. 211 ff.

<sup>3</sup> Nach Form und Inhalt des Protokolls verlief die Besprechung zu TOP 1–4 als Monolog Bismarcks; die Zustimmung der Anwesenden dazu wurde hinter TOP 4 vermerkt. Zu diesen, lt. Pflanze seit 1879 üblichen „Paroleausgaben“ vgl. Pflanze, Otto, Bismarck. Bd. 2: Der Reichskanzler, München 1998, S. 238 f. Friedbergs Memoiren bestätigen diese Monologe des Kanzlers, zumal nach längerer Abwesenheit; vgl. BArch, 90 Fr 2, Nr. 59, S. 168.

<sup>4</sup> Immediatbericht-Entwurf mit Korrekturen Bismarcks v. 12.10.1880 in: BArch, RK, Nr. 1913, Bl. 31–38.

<sup>5</sup> Gedr. bei: Tennstedt (Bearb.), Quellensammlung, I. Abt., Bd. 2, S. 161–170 (= Handex. Bismarcks mit seinen Marginalien aus: BArch, RK, Nr. 507, Bl. 2–7). Abschr.: Rep. 120, BB VIII 4 Nr. 1 Bd. 1. Zusammenfassende Interpretation mit Bezug auf die Sitzung am 28.8.1880 bei Tennstedt, Florian, Der deutsche Weg zum Wohlfahrtsstaat 1871–1881. Anmerkungen zu einem alten Thema aufgrund neu erschlossener Quellen, in: Wollasch, Andreas (Hrsg.), Wohlfahrtspflege in der Region, Paderborn 1997, S. 255–267.

<sup>6</sup> Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 191.

Gerichtskosten<sup>7</sup> sind lt. Bismarck nicht möglich ohne Ersatz für den Ausfall in der Reichs- und Staatskasse. [B]

<sup>7</sup> Der Passus im Protokoll Bosses, wonach die höheren Gerichtskosten auch die gute Seite hätten, dem leichtfertig Prozessieren entgegenzuwirken, wobei leider durch die viel zu große Freigiebigkeit der Gemeinden bei Erteilung des Armenrechts viel geschadet werde, wurde von Bismarck gestrichen.

## Nr. 49 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 18. September 1880.

Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 92, Bl. 170–173v; MF 535.

Anwesend: Stolberg-Wernigerode [V], Kameke, B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Puttkamer, Friedberg. — Prot.: Beglaubigt Bosse [U].

**1. Terminierung der Eröffnung der Landtagssession 1880/81.** [B] — **2. Bau der Eisenbahnlinien Konitz–Laskowitz und der rechten Weichseluferbahn; wegen des Notstandes in den beteiligten Kreisen und um schnell Arbeitsgelegenheit zu schaffen, ist umgehend ein Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. zusätzliche Mittel im Landtag einzubringen.** [B] — **3. Günstige Lage im Staatshaushalt 1881/82<sup>2</sup>; 3 volle Monate der Klassensteuer können lt. Bitter bei ca. 15 Mio. M. Überschuß und durch die steigende Tendenz der Einnahmen erlassen werden.** — **4. Kölner Dombaufest; Organisation und Auszeichnungen.**<sup>3</sup> [B]

<sup>1</sup> StenBerAH, Session 1880/81, Drucks. Nr. 11; Debatte dazu 2.11.1880, S. 22–31.

<sup>2</sup> StenBerAH, Session 1880/81, Drucks. Nr. 22. Die Aktenreihe Rep. 90a, E VI 1, Bde. 14–17 enthält neben routinemäßigen Voten, Immediatberichten und Allerhöchsten Ermächtigungen zur Etatvorlage die jeweiligen Staatshaushalte in Form der Drucksachen des Abgeordnetenhauses bzw. der betr. Stücke der Gesetzsammlung. Der Nachweis der Staatshaushalte wird daher künftig über die Drucks. des Abgeordnetenhauses geführt. Aufschlußreich ist in den StenBerAH neben der Plenardebatte auch die den Drucks. angefügte, pro Jahr bzw. Session ca. 300–400 Seiten starke Übersicht über die Verhandlungen im Hause der Abgeordneten in Bezug auf den Staatshaushalts-Etat.

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 76, I Sekt. I Nr. 73 Bd. 2, Bl. 1 ff. (Programm, Auszeichnungen).

## Nr. 50 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Oktober 1880.

Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 92, Bl. 174–176v; MF 535/536.

Anwesend: B. Eulenburg [V], Maybach, Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Meinecke [für Bitter], R. Jacobi [für Bismarck], Lohmann [zu 5].

**1. Einführung des zum Staatsminister [...] ernannten Staatssekretär des Innern K. H. v. Boetticher in das Staatsministerium.**<sup>1</sup> — **2. Kölner Dombaufest; Präsidenten und Vizepräsidenten von Landtag und RT sind einzuladen.** [B] — **3. Kölner Dombaufest; Anrede<sup>2</sup> Wilhelms I. durch Weihbischof Baudri gebilligt.** [B] — **4. Kölner Dombaufest; Ordenssachen und Titelverleihungen dazu in fünf Fällen revidiert.** [B] — **5. Wiederbelebung des Innungswesens<sup>3</sup>; Bedenken Friedbergs, u. a.**

<sup>1</sup> Boetticher war per 13.9.1880 zum Staatsminister ohne Geschäftsbereich ernannt worden.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 76, I Sekt. I Nr. 73 Bd. 2, Bl. 115–117v, 192 f.; Text gedr. in: Staatsanzeiger Nr. 244 v. 16.10.1880.

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 84a, Nr. 11371, Bl. 102 ff. (Anregung durch Beschluß RT v. 5.5.1880, Grundzüge v. 7.7.1880, Voten, u. a. Bismarcks v. 18.9.1880, Gesetzentwurf). Vgl. Richter, Politisches ABC-Buch, 3. Aufl., Berlin 1884, S. 159–165.

dazu, daß durch obrigkeitliche Genehmigung der Innungen die irrige Meinung entstehen kann, daß man kreditwürdige Institute vor sich hat; UStS Jacobi verteidigt die sittlichen Zwecke des geplanten Gesetzes; Bedenken Bitters; ein Gesetzentwurf soll ausgearbeitet werden. [B] — 6.–7. Zwei Ernennungen. [B] — 8. Eröffnungstag der Landtagssession 1880/81 wird der 28. Oktober sein. — 9. Glückwünsche zur Heimkehr und Volljährigkeit<sup>4</sup> des Prinzen Heinrich.

<sup>4</sup> Prinz Heinrich kehrte am 29.9.1880 von einer zweijährigen Weltreise zur See zurück; er war am 14.8.1880 18 Jahre alt und damit für volljährig erklärt worden.

## Nr. 51 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Oktober 1880.

Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [8] und Korrekturen, Bd. 92, Bl. 177–188; MF 536.

Anwesend: Stolberg-Wernigerode [V], Kameke, B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Lucius, Friedberg, Boetticher. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: R. Jacobi [für Bismarck], G. v. Goßler [für Puttkamer], Bosse [zu 6], H. Frh. v. Wangenheim, Rieth [beide zu 8].

1. Kölner Dombaufest; weitere vier Ordenssachen. [B] — 2.–3. Drei Titelverleihungen. [B] — 4. Eine Erhöhung des Minimalgehalts der Eisenbahnsekretäre kann im Etat 1881/82 nicht realisiert werden. — 5. Ankauf der Wesselburen-Heider Eisenbahn durch die Westholsteinische Eisenbahn-Gesellschaft; Gesetzentwurf<sup>1</sup> dazu ist auszuarbeiten, wenngleich zweifelhaft bleibt, ob eine solche Vorlage rechtlich notwendig ist. [B] — 6. Geplante Gesetzesvorlagen zur Landtagssession 1880/81. [B] — Jagdordnung ist nicht einzubringen, da HH und AH entgegengesetzte Änderungen der Regierungsvorlage beabsichtigen und v. a. das Problem Wildschadensersatz zu Agitationen vor den Reichstagswahlen [...] benutzt würde. [B] — Staatshaushalt 1881/82; Eulenburg regt an, nicht volle 14 Mio. M. Überschuß für den Erlaß der Klassen- und Einkommensteuer zu verwenden, sondern damit teilweise altes Defizit zu tilgen; Bitter votiert dagegen, da nur so Wirkung zu erzeugen und ein altes Versprechen einzulösen ist; 6:2 Stimmen für Linie Bitters. [B] — 7. Vieheinfuhr aus Holland ist ab 1. November 1880 freizugeben, da die Lungenseuche dort erloschen und Zuchtvieheinfuhr auch vom Standpunkt des Schutzzolls nicht schädlich ist. [B] — 8. Acht Disziplinarsachen. [B]

<sup>1</sup> StenBerAH, Session 1880/81, Drucks. Nr. 27, Debatte dazu 11.11.1880, S. 123 f.

## Nr. 52 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Oktober 1880.

Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 92, Bl. 189–191v; MF 536. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Bosse, Nr. 15, Bl. 105–108v.

Anwesend: Stolberg-Wernigerode [V], Kameke, B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: R. Jacobi [für Bismarck], Haase, M. v. Brauchitsch, Studt, Grandke [alle zu 1 u. 3].

**1. Kreisordnungen<sup>1</sup> für die Provinzen Posen, Schleswig-Holstein und Hannover nebst Einführung der Provinzialordnung von 1875 sind nicht den Provinzialvertretungen vorzulegen; *Detaildiskussion betr. Posen.* [B] — **2. Gesetzentwürfe<sup>2</sup> betr. Änderung der Kreisordnung von 1872 und der Provinzialordnung von 1875 gebilligt.** [B] — **3. Gesetzentwurf<sup>3</sup> betr. die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden und Verwaltungsgerichte als Novelle zum Zuständigkeitsgesetz von 1876; zwei Details; Entwurf gebilligt.** [B]**

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 772 Nr. 37 Bde. 3–4 (Posen 1880–89), Nr. 39 Bde. 3–4 (Schleswig-Holstein 1880–82) bzw. Nr. 42 Bde. 2–3 (Hannover 1880–81) sowie StenBerAH, Session 1880/81, Drucks. Nr. 5 (Hannover), Nr. 6 (Schleswig-Holstein) und Nr. 7 (Posen); Debatte dazu 9.11.1880, S. 53–75 (Hannover), 10.11.1880, S. 78–92 (Schleswig-Holstein) bzw. S. 92–114 (Posen). Vgl. zum Zusammenhang Heffner, Selbstverwaltung, S. 667–673 u. 697 ff.

<sup>2</sup> Rep. 77, Tit. 772 Nr. 47 Bd. 2, n. f. (Druck) bzw. Rep. 77, Tit. 497a Nr. 27, Bl. 7–10v. Vgl. StenBerAH, Session 1880/81, Drucks. Nr. 9 bzw. 10; Debatte dazu 4.11.1880, S. 37–52. Vgl. GS 1881, S. 155 bzw. 176.

<sup>3</sup> Rep. 90, Nr. 2294, Bl. 5–91v (gedr. Entwurf nebst Anlagen); ebd. auch die Voten. Desgleichen in: Rep. 84a, Nr. 5539, Bl. 139–224v. Vgl. StenBerAH, Session 1880/81, Drucks. Nr. 8; Debatte dazu 4.11.1880, S. 37–52.

### Nr. 53 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 24. Oktober 1880.

*Reinschr. mit Nachschrift [2] vom 3.11.1880, Bd. 92, Bl. 192; MF 536.*

*Anwesend: Stolberg-Wernigerode [V], Kameke, B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Lucius, Friedberg, Boetticher. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: R. Jacobi [für Bismarck], G. v. Goßler [für Puttkamer].*

[1.] Entwurf<sup>1</sup> der Thronrede zur Eröffnung der Landtagssession 1880/81 modifiziert gebilligt. [B] — [2.] Ernennung; G. Steinmann wird Oberpräsident von Schleswig-Holstein. [B]

<sup>1</sup> Rep. 90a, A VIII 2 b Nr. 6 Bd. 3, Bl. 213–218. Vgl. StenBerAH, Session 1880/81, 28.10.1880, S. 1–3.

### Nr. 54 Sitzung des Staatsministeriums am 1. November 1880.

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 92, Bl. 193–196v; MF 536. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 92, NL Bosse, Nr. 15, Bl. 109–111; PA Bonn, R 18, n. f.*

*Anwesend: Kameke [V], B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Reform der direkten Staatssteuern, das sog. 2. Verwendungsgesetz. Bitter bezeichnet den Entwurf als Teil der Verwendungsgesetze, die bei den Coburger Finanzminister-Konferenzen<sup>2</sup> wie von Bismarck gewünscht wurden und auch nötig sind, um im RT Stempel (Börsen-), Brausteuern, Wehrsteuer, Branntweinsteuer- und Tabaksteuererhöhung durchzusetzen.*

<sup>1</sup> Rep. 151, HB Nr. 1683, Bl. 126–128v (Handex. Bitters u. div. Vorentwürfe). Der zunächst als Gesetzentwurf wegen Ergänzung und Abänderung des 1. Verwendungsgesetzes v. 26.7.1880 firmierende Entwurf wurde auf Bismarcks briefliches Drängen vom 29.9.1880 (ebd. Bl. 38–41v) in Gesetzentwurf betr. die Reform der direkten Staatssteuern umbenannt und endete als 2. Verwendungsgesetz (ebd. Bl. 130). Vgl. Rep. 90a, F III 3 Nr. 1 Bd. 5; Gerloff, Zoll- und Finanzpolitik, S. 172–183 sowie Thier, Steuergesetzgebung, S. 237–249 (auch zur Sitzung v. 6./10.12.1880).

<sup>2</sup> Zur Coburger Konferenz v. 28./29.7.1880 vgl. Rep. 151, HB Nr. 1682 (u. a. Sitzungsprot.); Schultheß 1880, S. 205 f.; Gerloff, Zoll- und Finanzpolitik, S. 170 f. sowie Thier, Steuergesetzgebung, S. 214–226.

*Große Bedenken Eulenburgs betr. Bezeichnung des Entwurfs, so weitgehenden Erlaß, bloße Ankündigung eines Gesetzes zur Erweiterung indirekter Gemeindeabgaben und die vorgesehene Kompetenz für Kreise, weitere Klassensteuer zu erlassen. Die von Bitter zwecks Stellungnahme im AH<sup>3</sup> gewünschte Beschlußnahme über Umfang des Klassensteuererlasses ergibt 6 gegen 2 Stimmen für Erlaß der vier untersten Stufen, wovon auch Subalternbeamte profitieren sollen. [B]*

<sup>3</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1880/81, 2.11.1880, S. 17–22 (Etateinbringung)*.

## **Nr. 55 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 13. November 1880.**

*Reinschr., Bd. 92, Bl. 197–200v, Anlage: Bl. 201; MF 536.*

*Anwesend: Kameke [V], Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher. — Prot.: Beglaubigt Bosse [U].*

*Weitere Teilnehmer: v. Schelling [zu 2], (Robert) Gustav Schmidt, Ullmann [beide zu 1], Öhlschläger, Rüdorff [beide zu 2].*

**1.** Entwurf<sup>1</sup> einer Verordnung *betr. Errichtung eines Volkswirtschaftsrats* wird einstimmig angenommen. [B] — **2.** Entwurf<sup>2</sup> eines Reichsgesetzes *betr. Bestrafung der Trunksucht; grundsätzliche Zustimmung, Detailberatung vertagt; Kameke besteht auf ausdrücklicher Herausnahme der der Militärgerichtsbarkeit unterstehenden Militärpersonen<sup>3</sup>, was voraussichtlich den Widerstand gegen den Entwurf im RT erheblich verschärft; nochmalige kommissarische Beratung.* [B] — **3.** Zwei Titelverleihungen. [B] — **4.** Ordenssache; kein Orden für Haupttritterschaftsdirektor H. v. Klützwow zum Dienstjubiläum. [B]

<sup>1</sup> Druck bei: *Poschinger, Aktenstücke, Bd. 2, S. 10–19, hier S. 15–19. Vgl. Rep. 120, A I 1 Nr. 77 Bd. 1 (Vorentwürfe mit hs. Bemerkungen Bismarcks, div. Voten) u. Pflanze, Bismarck, Bd. 2, S. 302–304 (mit weiterer Lit.)*.

<sup>2</sup> *Rep. 84a, Nr. 5233, Bl. 5–70v. Vgl. StenBerRT, Session 1881, Drucks. Nr. 70; Debatte dazu, 5./6.4.1881, S. 777–786, 790–807. Vgl. Tappe, Heinrich, Der Kampf gegen den Alkoholmißbrauch als Aufgabe bürgerlicher Mäßigkeitsbewegung und bürgerlich-kommunaler Verwaltung, in: Teuteberg, H.-J. (Hrsg.), Durchbruch zum modernen Massenkonsum, München 1987, S. 189–235, hier S. 199–201 (Einordnung) u. Richter, Politisches ABC-Buch, 1889, S. 261–263 (polit. Implikationen).*

<sup>3</sup> Dazu die Anlage (Bl. 201).

## **Nr. 56 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 17. November 1880.**

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 92, Bl. 202–203v; MF 536.*

*Anwesend: Stolberg-Wernigerode [V], Kameke, B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

**1. Stellungnahme zur Interpellation<sup>1</sup> A. Hänel im AH betr. Haltung zum Antisemitismus; lt. Stolberg ist weder auf die neueren Agitationen gegen die Juden noch auf Ausschreitungen von jüdischer Seite einzugehen, sondern Gleichberechtigung der Bekenntnisse zu betonen; Stöckers Auftreten in der Christlich-Sozialen Partei wird mehrseitig mißbilligt.** [B] — **2. Verlängerung des sog. kleinen Belagerungszustands über Berlin ist gemäß Sozialistengesetz beim Bundesrat zu beantragen.**<sup>2</sup> [B] — **3. Ernennung.** [B] — **4. Titelverleihung.** [B]

<sup>1</sup> *StenBerAH, Session 1880/81, Drucks. Nr. 41; Debatte dazu 20./22.11.1880, S. 226–299. Vgl. Schultheß 1880, S. 239 bis 242, 257–259 (Petition, polit. Bewertung der Interpellation). Zu Stöcker vgl. Frank, Walter, Hofprediger Adolf Stoecker und die christlich-soziale Bewegung, 2. Aufl., Hamburg 1935, S. 84–100 (aufgrund von Akten).*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 77, Tit. 500 Nr. 46 Adhib. B Bd. 1, Bl. 126 (einstimmige Verlängerung im Bundesrat am 23.11.1880).*

## **Nr. 57 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 18. November 1880.**

*Reinschr., Bd. 92, Bl. 204; MF 536.*

*Anwesend: Stolberg-Wernigerode [V], Kameke, B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Stellungnahme zur Interpellation A. Hänel im AH betr. Haltung zum Antisemitismus; nachdem Äußerung Bismarcks eingegangen ist, wird abzugebende Erklärung<sup>1</sup> festgelegt.* [B]

<sup>1</sup> *StenBerAH, Session 1880/81, 20.11.1880, S. 231 f. (Stolberg-Wernigerode). Vgl. Bismarck, GW, Bd. 6c, S. 198 f. (Bismarck an Puttkamer 16.10.1880) u. allg. zur Haltung Bismarcks Stern, Fritz, Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier Bleichröder, Frankfurt/M./Berlin 1978, S. 617–644.*

## **Nr. 58 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 6. Dezember 1880.**

*Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [5] und Korrekturen, Bd. 92, Bl. 206–219v; MF 536/537.*

*Anwesend: Stolberg-Wernigerode [V], B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher. — Prot.: Beglaubigt Bosse [U].*

*Weitere Teilnehmer: Burghart, Eilers [beide zu 2], H. Frh. v. Wangenheim [zu 5].*

**1. Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Erhöhung der Mindestpension für Hinterbliebene von Volksschullehrern; die im AH angeregte weitere Erhöhung auf ca. 250 M. ist annehmbar.** [B] — **2. Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. die Verwendung der nach Reichssteuerreformen an Preußen zu überweisenden Geldsummen, das sog. 2. Verwendungsgesetz. Stolberg ist für Beseitigung des Ausdrucks ‘Steuerreform’ im Entwurf, da das unerfüllbare Erwartungen weckt; Eulenburg bleibt skeptisch gegen ein mit dem Landtag vereinbartes Verwendungsgesetz, da somit Art. 109 der Verfassungsurkunde betr. Fort-erhebung bestehender Steuern allmählich beseitigt werden könnte. Stolberg, Eulenburg, Lucius, Puttkamer votieren gegen Überweisung der Klassensteuer ab Stufe 5 zur Disposition der Kreise**

<sup>1</sup> *StenBerAH, Session 1880/81, Drucks. Nr. 42; Debatte dazu 30.11.1880, S. 402–413.*

<sup>2</sup> *Rep. 151, HB Nr. 1683, Bl. 182–201; vgl. StenBerAH Session 1880/81, Drucks. Nr. 98 (ausführlich zu Geschichte und Intention der Verwendungsgesetze); Debatte dazu 3.–5.2.1881, S. 1511–1564. Vgl. Schultheß 1880, S. 273–276.*



ohne festgelegten Verwendungszweck statt direkt zu Gunsten der Censiten; vertagt, bis alternative Vorschläge Eulenburgs vorliegen. [B] — 3. Immediateingabe<sup>3</sup> rheinischer Katholiken anlässlich des Kölner Dombaufestes; Antwortschreiben redigiert. [B] — 4. Zwei Ernennungen. [B] — 5. Vier Disziplinarsachen. [B]

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 76, I Sekt. I Nr. 73 Bd. 3, n. f. (Immediateingabe, Antwort) u. Schultheß 1880, S. 221, 236, 272.

## Nr. 59 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 10. Dezember 1880.

Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [4], Bd. 92, Bl. 220–247; MF 537.

Anwesend: Stolberg-Wernigerode [V], Kameke, B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Lucius, Friedberg, Boetticher. — Prot.: Beglaubigt Bosse [U].

Weitere Teilnehmer: R. de la Croix [zu 4].

1. 2. Verwendungsgesetz; alternative Vorschläge<sup>1</sup> Eulenburgs liegen vor; Bitter verteidigt Überweisung der Klassensteuer ab Stufe 5 und maximal der halben Grund- und Gebäudesteuer an die Kreise inklusive Stadtkreise statt an einzelne Steuerpflichtige, Gemeinden und Gutsbezirke oder Provinzen und findet Zustimmung; Verwendungszweck soll primär Entlastung von den Kreis- und Provinzialsteuern sein; für das Wahlrecht soll die Außerhebungsetzung der Staatssteuern [...] ohne Wirkung bleiben.<sup>2</sup> [B] — 2. Ausführungsverfügung betr. Niederlassung neuer Orden nach dem 1. Milderungsgesetz zum Kulturkampfabbau; vertagt. — 3. Verfahren bei Stellenbesetzungen im Reichs- und Elsaß-Lothringischen Landesdienst durch preußische Staatsbeamte; staatsrechtlich muß der preußische Ressortschef dem Wechsel von Beamten dorthin zustimmen, jedenfalls ist vorherige Verständigung nötig; Dienst in Elsaß-Lothringen sieht Preußen als für die Pension anrechnungsfähigen Reichsdienst an.<sup>3</sup> [B] — 4. 17 Disziplinarsachen.<sup>4</sup> [B]

<sup>1</sup> Rep. 151, HB Nr. 1683, Bl. 263–283v (Voten v. 7./9.10.1880). Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 192.

<sup>2</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1880/81, Drucks. Nr. 98 (Motive zur Begründung der getroffenen Entscheidungen).

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 184 Nr. 224 Bd. 1, Bl. 4–44 (Voten), den Ministerial-Erlaß v. 10.4.1883 in: MinBl. innere Verw., S. 54 sowie Brand, Beamtenrecht, S. 318 und Morsey, Reichsverwaltung, S. 255 f.

<sup>4</sup> Darunter der Fall L. v. Rzepecki, der als „Agitator“ für die Polen entlassen wurde; vgl. Rep. 90, Annex F, Nr. 2450.

## Nr. 60 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Dezember 1880.

Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 92, Bl. 248–251v; MF 537.

Anwesend: Stolberg-Wernigerode [V], Kameke [zu 3], B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Homeyer [zu 2], F. A. W. Ziegler [zu 3].

1. Titelverleihung; Ernennung. [B] — 2. Ordenssachen zum Ordensfest 1881; Revision in zwölf Fällen. [B] — 3. Immediatgesuch<sup>1</sup> des Deutschen Kriegerbundes um Verleihung von Korporationsrechten. *Eulenburg befürwortet das wegen der Bedeutung der Vereine, ihrer großen Mitgliederzahl und ihrem Vermögen sowie auch, um Einfluß auf dieselben zu gewinnen. Friedberg ist dagegen, da eine Vereinigung sämtlicher deutscher Kriegervereine gescheitert ist, Vereine politisch leicht in falsche Bahnen gerieten und die Person Wilhelms I. dann hineingezogen werden könnte; Kameke<sup>2</sup> sieht viel Eitelkeit am Werk und votiert dagegen, den Kriegerbund vor der Kriegerkameradschaft zu bevorzugen; 6:3 Stimmen für die Verleihung.* [B]

<sup>1</sup> Rep. 77, Tit. 1137 Nr. 4 Bd. 3, Bl. 63–67; ebd. auch weiterer Schriftwechsel. Vgl. auch Rep. 89, Nr. 15437 u. Saul, Klaus, *Der „Deutsche Kriegerbund“. Zur innenpolitischen Funktion eines „nationalen“ Verbandes im kaiserlichen Deutschland in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 6 (1969), S. 95–159, hier S. 98–105.*

<sup>2</sup> Kameke war strikt gegen die Verleihung und verweigerte lt. seinem Schreiben v. 27.12.1880 auf Bl. 252 f. der Protokollakte sogar seine Teilnahme am Immediatbericht.

## Nr. 61 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 12. Januar 1881.

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 93, Bl. 1f–7v; MF 537/538.*

*Anwesend: Bismarck [V], Stolberg-Wernigerode, Kameke, B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Puttkamer [zu 3–5], Lucius, Friedberg, Boetticher. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Tiedemann.*

1. Zusatz<sup>1</sup> zum Gesetzentwurf betr. Wehrsteuer ist im Bundesrat zu beantragen. [B] — 2. Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. zivilrechtliche Verfolgung Militärangehöriger wegen Diensthandlungen; das Recht preußischer Militärbehörden zur Erhebung des Kompetenzkonflikts gemäß Gesetz vom 13. Februar 1854 ist dabei sicherzustellen. [B] — 3. Reichshaushalt 1881/82 und preußische Finanzpolitik; Bitter wünscht andere, höhere Ergebnisse schätzende Berechnungsweise der Anschlagssummen für Reichseinnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern, damit Preußen nicht mit 15 1/2 Mio. M. mehr Matrikularbeiträgen bedroht und damit der Opposition Argumente gegen die neue Wirtschaftspolitik geliefert werden; im Bundesratsausschuß soll versucht werden, höhere Ansätze in der Einnahmenschätzung durchzubringen.<sup>3</sup> [B] — 4. Ordenssache. [B] — 5. Ernennung. [B]

<sup>1</sup> Rep. 77, Tit. 1229 Nr. 17, n. f. Es ging um den bei den Coburger Ministerkonferenzen angeregten Abzug der Verwaltungskosten der Bundesstaaten vom Steuerertrag u. die Verteilung nach dem Maßstab Matrikularbeiträge.

<sup>2</sup> StenBerBundesR, Jg. 1880/1881, Drucks. Nr. 25; Bericht u. Beschluß StenBerBundesR, Jg. 1882, Drucks. Nr. 38 bzw. § 179. Vgl. zur Konflikterhebung Bitter, *Handwörterbuch*, 1906, Bd. 1, S. 950.

<sup>3</sup> Gem. StenBerBundesR, Session 1880/81, § 85 schätzte man schließlich 196,6 Mio. Einnahmen für 1881/82. Vgl. Bismarck, *GW*, Bd. 6c, S. 203 f. (Bismarck an Scholz).

## Nr. 62 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 18. Januar 1881.

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 93, Bl. 8–9v; MF 538. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 1, Bl. 179 f.; PA Bonn, R 18, n. f.*

Anwesend: Bismarck [V], Kameke, B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Tiedemann.

Einberufung des Volkswirtschaftsrats<sup>1</sup>; Termin, Sitzungslokal, Sektionen, Vorsitzender; an Vorlagen sind Unfallversicherungsgesetz und Innungsgesetz vorgesehen; Bismarck plant Ausdehnung des Volkswirtschaftsrats auf das Deutsche Reich, wozu die größeren Staaten nicht abgeneigt erscheinen. [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 120, A I I Nr. 77 Bd. 1 (Verhandlungsberichte des Volkswirtschaftsrats) u. Schultheß 1881, S. 43–45, 50 f. u. 54.

### Nr. 63 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 24. Januar 1881.

Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 93, Bl. 10–13v; MF 538.

Anwesend: Bismarck [V], Stolberg-Wernigerode, Kameke, B. Eulenburg, Maybach, Bitter [zu 1], Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].

1. Stellungnahme zu den Anträgen<sup>1</sup> E. Richter und W. Frh. v. Minnigerode betr. dauernden Erlaß von Klassen- und [...] Einkommensteuer. Lt. Bismarck ist dauernder Erlaß statt des von der Regierung vorgeschlagenen jährlich neu festzusetzenden annehmbar; denn der Absicht der Fortschrittspartei, mit ihrem Antrag das Vorgehen der Regierung [...] gleichsam ironisch zu übertrumpfen, in der Erwartung, daß die Regierung soweit nicht folgen kann, ist nur so zu begegnen wie auch der Behauptung vor den nächsten Wahlen, die Regierung wolle nur Steuern auf Steuern [...] häufen<sup>2</sup>. Die Minister, speziell Stolberg und Eulenburg, stimmen diesem taktischen Vorgehen nur unter Bedenken zu. [B] — 2. Ankauf der Rhein-Nahe-Bahn in der Subkommission des AH<sup>3</sup>; vertagt.

<sup>1</sup> StenBerAH, Session 1880/81, Drucks. Nr. 29 u. 154; Debatte dazu 28./29.1.1880, S. 1347–1388.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 90a, F III 3 Nr. 1 Bd. 5, Bl. 109 ff. (u. a. Voten Bismarcks, Bitters u. Stolbergs, Immediatbericht) u. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 193 f. sowie Schultheß 1881, S. 34 f., 45 f. Vgl. Bismarck, GW, Bd. 12, S. 168–174 (Rede im Herrenhaus am 16.2.1881).

<sup>3</sup> StenBerAH, Session 1880/81, Drucks. Nr. 223 (Kommissionsbericht).

### Nr. 64 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 29. Januar 1881.

Reinschr., Bd. 93, Bl. 14–16v; MF 538.

Anwesend: Stolberg-Wernigerode [V], Kameke, B. Eulenburg, Maybach, Bitter [zu 1], Puttkamer, Lucius, Friedberg. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].

1. Reichshaushalt 1881/82 und preußische Finanzpolitik; nach Korrespondenz<sup>1</sup> mit Bismarck wünscht Bitter definitive Ermächtigung, im Bundesratsausschuß auf höhere Schätzung der

<sup>1</sup> Vgl. Tiedemann, Christoph v., Aus sieben Jahrzehnten. Erinnerungen. Bd. 2: Sechs Jahre Chef der Reichskanzlei unter dem Fürsten Bismarck, Leipzig 1909, S. 405–414 (schwierige Stellung Bitters).

Reichseinnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern dringen zu dürfen; mehrseitige Irritation über die Beschlußlage gemäß Sitzung vom 12.1.1881; da Bitter die hohe politische Wichtigkeit der Korrektur betont, gibt das Staatsministerium die gewünschte Ermächtigung. [B] — 2. *Initiativgesetzentwurf*<sup>2</sup> R. Zelle zur Ergänzung des Gesetzes betr. die Unterbringung verwaarloster Kinder von 1878; Eulenburg erbittet regierungsseitige Zustimmung dazu. [B]

<sup>2</sup> *StenBerAH, Session 1880/81, Drucks. Nr. 182; Debatte 16.2.1881, S. 1800–1802 (Annahme).*

## Nr. 65 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Januar 1881.

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 93, Bl. 17–20; MF 538.*

*Anwesend: Stolberg-Wernigerode [V], Kameke [zu 2], B. Eulenburg, Maybach [zu 2], Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher [zu 2]. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

1. *Ernennung.* [B] — 2. Ankauf der Rhein-Nahe-Bahn<sup>1</sup> steht lt. Maybach nicht im Zusammenhang mit der Verstaatlichung, sondern ist nötig, um gegen den Willen der Bahngesellschaft und im Benehmen mit Oldenburg das militärisch wichtige zweite Gleis legen zu können; Widerstand im AH wegen des hohen Ankaufspreises; auch eine Regelung durch Reichsgesetzgebung ist juristisch und politisch schwierig; zunächst ist Anfrage an Oldenburg zu richten und mit der Bahngesellschaft über einen niedrigeren Preis zu verhandeln. [B]

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 151, HB Nr. 1353, n. f. (Ankauf Rhein-Nahe-Bahn 1879–82); Stern, Gold und Eisen, S. 272–274 (aufgrund nicht spezifizierter Akte des Bundesarchivs Koblenz) sowie Schultheß 1881, S. 63.*

## Nr. 66 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 9. Februar 1881.

*Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [3] und Korrekturen, Bd. 93, Bl. 21–25; MF 538.*

*Anwesend: Stolberg-Wernigerode [V], Kameke, B. Eulenburg, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: v. Lebbin, Heyer, Rieth [alle zu 3].*

1. *Ernennung.* [B] — 2. *Initiativgesetzentwurf* R. Zelle zur Ergänzung des Gesetzes betr. die Unterbringung verwaarloster Kinder gebilligt. [B] — 3. *Zwei Disziplinar- und Pensions-sachen.* [B] — 4. *Ankauf der Rhein-Nahe-Bahn; niedrigerer Preis ist unmöglich; mit Vertrauensmännern der regierungsfreundlichen Fraktionen soll ein Antrag<sup>1</sup> verabredet werden, der die Kreditbewilligung zur Anlage eines zweiten Gleises enthält und die Staatsregierung auffordert, einen Gesetzentwurf vorzulegen, demzufolge Privatbahnen zur Duldung des Ausbaus ihrer Anlagen im Landesverteidigungsinteresse verpflichtet sind.* [B] — 5. *Illumination öffentlicher Gebäude in*

<sup>1</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1880/81, 14.2.1881, S. 1775–1777 (Rückverweisung an Kommission) sowie Drucks. Nr. 256 (Kommissionsbericht v. 14./16.2.1881). Vgl. StenBerAH, Session 1882, 18.3.1882, S. 974 (Aufforderung in Form einer Resolution Hammacher-Stengel) u. Rep. 90, Nr. 1674, Bl. 177 ff. (Voten, Schriftwechsel). Vgl. zum Fortgang Sitzung am 11.5.1884, TOP 4 mit Anm.*

Berlin anlässlich der Vermählung *Wilhelms II.*<sup>2</sup> [B] — 6. Kommissionsbeschlüsse<sup>3</sup> des AH zum Gesetzentwurf betr. das Pfandleihgewerbe sind annehmbar. [B]

<sup>2</sup> *Wilhelm II. heiratete am 27.2.1881 Prinzessin Auguste Victoria v. Schleswig-Holstein.*

<sup>3</sup> *StenBerAH, Session 1880/81, Drucks. Nr. 217 u. 243; Debatte dazu 12.2.1881, S. 1744–1750.*

## Nr. 67 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 17. Februar 1881.

*Reinschr., Bd. 93, Bl. 26–28; MF 538.*

*Anwesend: Bismarck [V], Stolberg-Wernigerode, Kameke, B. Eulenburg, Maybach, Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

1. Ankauf der Rhein-Nehe-Bahn; nach Rückverweisung an die Kommission des AH ist ein Abschluß in der Session 1880/81 unwahrscheinlich; lt. Bismarck darf die Regierung es sich nicht gefallen lassen, daß ihre Gesetzentwürfe in der Kommission steckenbleiben<sup>1</sup>; deshalb wird Nachsession des Landtags ins Auge gefaßt. [B] — 2. Zuständigkeitgesetz<sup>2</sup>. Lt. Eulenburg bestehen vier Differenzpunkte zwischen AH und HH, v. a. betr. die Aufsichtsinstanz über Landgemeinden, die Bestätigung der Magistratsmitglieder und die Befugnis der Bürgermeister, gegen Beschlüsse des Gemeindevorstandes Einspruch zu erheben; Eulenburg votiert für Beharren bei der Bestätigungsfrage und Konzession bei der Einspruchsbefugnis. Bismarck dagegen fordert Stärkung der Machtvollkommenheit des Bürgermeisters für größere Städte und unruhige Zeiten, unterliegt aber fünf gegen vier Stimmen.<sup>3</sup> [B]

<sup>1</sup> *Die Rhein-Nehe-Bahn wurde durch Vertrag vom Jan. 1882 für 4,3 Mio. M. angekauft; vgl. StenBerAH, Session 1882, Drucks. Nr. 4, S. 26 f., 317 ff. (2. großes Eisenbahnverstaatlichungsgesetz).*

<sup>2</sup> *Vgl. StenBerHH, Session 1880/81, Drucks. Nr. 56, 82, 89.*

<sup>3</sup> *Im Anschluß an diese Sitzung entwickelte sich die Rücktrittskrise Innenminister B. Eulenburgs, der nach der sog. Rommel-Episode am 19.2.1881 im Herrenhaus (StenBerHH, S. 193–206, bes. S. 204–206) zum 25.2.1881 seinen Abschied erhielt. Zum Hergang vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 196–203 u. 558–560; BArch, 90 Fr 2, Nr. 129, Bl. 2 ff. (Aufz. Friedbergs); Tiedemann, 6 Jahre, S. 425–436 (im Auftrag Bismarcks veranlaßt Tiedemann UStS Homeyer zur Formulierung des Prot. in der vorliegenden Form, um den Anschein zu vermeiden, daß Bismarck sich formell einem Mehrheitsbeschluß beugte); Bismarck, GW, Bd. 6c, S. 206–208; Schultheß 1881, S. 72–77, 87 sowie die Einschätzung bei Heffter, Selbstverwaltung, S. 670–672. Rücktrittsgesuche Eulenburgs, Immediatberichte Bismarcks u. a. Schriftstücke in: Rep. 89, Nr. 3695, Bl. 58 ff.*

## Nr. 68 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 4. März 1881<sup>1</sup>.

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 93, Bl. 29–32v; MF 538. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 1, Bl. 195–198v. Teildruck [1]: Tennstedt u. a. (Bearb.), Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik, I. Abt., Bd. 2, S. 571–574.*

*Anwesend: Stolberg-Wernigerode [V], Kameke, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Starke [für das Innenministerium], Lohmann.*

<sup>1</sup> *Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 204 berichtet über „eine kurze Sitzung über die Ministerfrage“ am 4.3.1881, die entweder keine formelle Staatsministerialsitzung war oder außerhalb des vorliegenden Prot. geführt wurde.*

1. *Beschlüsse<sup>2</sup> der Bundesratsausschüsse zum Unfallversicherungsgesetz. Die beschlossenen Veränderungen der Vorlage v. a. betr. Inkrafttreten des Gesetzes ohne spezielle Anmeldung der Betriebe, Zahlung von einem Drittel der Versicherungsprämie durch das Reich für rd. zwei Millionen Geringverdienende, Verwaltung nicht durch Reichsbeamte, sondern durch Landesverwaltungsstellen sind lt. Boetticher annehmbar. Kameke ist gegen Hereinziehung der Baubetriebe und Versicherungspflichtigkeit aufgrund bloßer Bundesratsbeschlüsse. Stolberg stellt seine grundsätzlichen Bedenken<sup>3</sup> betr. Eintreten des Staats (bzw. Reichs) mit seinen Mitteln, was weitergehende Ansprüche auf Staatshilfe erzeuge, zurück. Minister verzichten auf Erörterung ihrer Vota; Preußen wird im Bundesrat zustimmen.* [B] — 2. *Innungsvorlage im Bundesrat<sup>4</sup>; zwei Einfügungen Bayerns und Hessens betr. Erlaß von Prüfung bzw. Lehrlings- und Gesellenzeit sollen im Bundesratsplenium gestrichen werden, da sie Freiheit und Selbständigkeit der Innungen abschwächen.* [B]

<sup>2</sup> *StenBerBundesR, Jg. 1881, Drucks. Nr. 41; Plenarbeschuß Sitzung am 5.3.1881, § 142. Vgl. Schultheß 1881, S. 74 u. 92 f.*

<sup>3</sup> *Rep. 120, BB VIII.4 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 21–27v (21.12.1880). Ebd. Voten, u. a. Bismarck-Boettichers (Bl. 199 ff.).*

<sup>4</sup> *StenBerBundesR, Jg. 1881, Drucks. Nr. 40; Beschluß Sitzung am 5.3.1881, § 143 (Streichung der zwei beanstandeten Einfügungen gegen die Stimmen von Bayern, Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg und Oldenburg).*

## **Nr. 69 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 19. März 1881.**

*Reinschr., Bd. 93, Bl. 33–34; MF 538.*

*Anwesend: Bismarck [V], Stolberg-Wernigerode, Kameke, Maybach, Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

1. *Stattgehabte Wahlen von Kapitularvikaren in den Diözesen Osnabrück und Paderborn; auf Antrag Puttkamers wird gemäß dem 1. Milderungsgesetz zum Kulturkampfabbau den beiden friedliebenden [...] Prälaten J. B. Höting und F. K. Drobe die Ausübung bischöflicher Rechte auch ohne vorherige eidliche Verpflichtung gestattet.*<sup>1</sup> [B] — 2. *Bismarck regt für die Zukunft jeweils wöchentliche Besprechung des Staatsministeriums an, auch ohne daß bestimmte Beratungsgegenstände anstehen.*<sup>2</sup> [B]

<sup>1</sup> *Vgl. Gatz, Erwin (Hrsg.), Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder 1785/1803 bis 1945. Ein biographisches Lexikon, Berlin 1983, S. 143 u. 314 f. sowie Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 204–206.*

<sup>2</sup> *Als (vertrauliche) Besprechungen firmierten auch zahlreiche frühere Sitzungen, seit 1879 immerhin acht. Vgl. zur Problematik der Abgrenzung von den normalen Sitzungen die Einleitung dieses Bandes, Abschnitt 3.*

## **Nr. 70 Sitzung des Staatsministeriums am 25. März 1881.**

*Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [5], Bd. 93, Bl. 35–59v; MF 538/539.*

*Anwesend: Stolberg-Wernigerode [V], Kameke, Maybach, Bitter, Lucius, Friedberg [zu 5–6], Boetticher [zu 5–6]. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Wangenheim, Frh. v. d. Heyden-Rynsch, Starke, R. de la Croix [alle zu 5].*

1.–3. Fünf Ernennungen; u. a. wird MdA O. Frh. v. Zedlitz-Neukirch mit der Mahnung zum GehRegR befördert, daß er seine bisher mehrfach [...] oppositionelle [...] Haltung im AH aufgeben möge. [B] — 4. Überlassung des alten Regierungsgebäudes an die Stadt Kassel als Entschädigung gegen ihren Verzicht auf weitere Ansprüche wegen der Aufhebung der Einquartierungsfreiheit.<sup>1</sup> [B] — 5. 24 Disziplinarsachen. [B] — 6. Titelverleihung. [B]

<sup>1</sup> Vgl. Dülfer, Kurt, *Die Regierung in Kassel vornehmlich im 19. und 20. Jahrhundert*, Kassel 1960, S. 367–388, bes. S. 378–386. Wenig später wurde überlegt, ob der Vergleich nicht zu sistieren sei, da die Gebäude für den eventuell nach Kassel verlegten Reichstag gebraucht würden; vgl. Rep. 77, Tit. 253a Nr. 8 Bd. 2, Bl. 20–30v (Juni–Sept. 1881).

## Nr. 71 Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 26. März 1881.

*Reinschr., Bd. 93, Bl. 60–60v, Anlagen: Bl. 60a–60e; MF 539.*

*Anwesend: Bismarck [V], Stolberg-Wernigerode, Kameke, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher [gegen Ende der Beratung]. — Prot.: Beglaubigt Homeyer. [U]*

1. Eventuelle Beseitigung der in den Freihäfen, *speziell* Hamburg, bestehenden provisorischen Zolleinrichtungen; *lt. Bitter kann ein dahingehender, von Bismarck erwogener Antrag<sup>1</sup> Preußens im Bundesrat die Verhandlungen über den Zollanschluß von Hamburg stören und ist zu vertagen.* [B] — 2. Ernennungen *anlässlich der Reorganisation der allgemeinen Landesverwaltung<sup>2</sup>* zum 1. April 1881.<sup>3</sup> [B] — 3. Nächste Besprechung am 2. April 1881. [B]

<sup>1</sup> *StenBerBundesR, Jg. 1881, Drucks. Nr. 68 (Antrag betr. Auflösung von Hauptzollamt und Zollvereinsniederlage in Hamburg). Vgl. zum Problem Zollanschluß Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 561–564 (Votum Bismarcks v. 23.3.1881), Schultheß 1880, S. 104 f., StenBerRT, Session 1881, 25./26.5.1881, S. 1310–1340 (Eklat um Mißbilligungsanträge gegen den erzwungenen Zollanschluß) sowie die Darstellungen bei Poschinger, Bismarck und der Bundesrat, Bd. 4, S. 356–376 u. Zimmermann, Alfred, Die Handelspolitik des Deutschen Reichs vom Frankfurter Frieden bis zur Gegenwart, Berlin 1899, S. 95–125.*

<sup>2</sup> *Durch das Landesverwaltungsgesetz von 1880 (GS, S. 292, 294) wurden zum 1.4.1881 in sechs Ostprovinzen die bisherigen Regierungsvizepräsidenten am Sitz der Oberpräsidenten durch reguläre Regierungspräsidenten ersetzt, den Oberpräsidialräten die Funktion als Vertreter der Oberpräsidenten beigelegt und im Zuge des Ämterrevirements viele neue Oberregierungsräte eingesetzt. Vgl. Lotz, Geschichte, S. 590.*

<sup>3</sup> *Vgl. die zwei Anlagen (Bl. 60a–60e). Daraus ist nicht ersichtlich, ob es in der Sitzung nur um die Ernennung der 16 mit biographischen Hinweisen bedachten Männer zu Oberpräsidialräten bzw. Oberregierungsräten ging oder zudem auch um die in der Übersicht (Bl. 60av–60b) genannten, designierten 4 Regierungspräsidenten bzw. 11 Oberregierungsräte.*

## Nr. 72 Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 3. April 1881.

*Reinschr., Bd. 93, Bl. 61–62v; MF 539.*

*Anwesend: Bismarck [V], Stolberg-Wernigerode, Kameke, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

1. Ordenssache. [B] — 2. Wahl von Ph. de Lorenzi zum Kapitularvikar in Trier; Staatsministerium stimmt dieser Wahl nicht zu und erlaubt de Lorenzi nicht die Bistumsverwaltung.<sup>1</sup> [B] — 3. Preußen wird die Königproklamation des Fürsten Karl v. Rumänien<sup>2</sup> anerkennen, wenngleich seine Erhebung [...] durch die zweite Kammer bedenklich erscheint. — 4. Bismarck teilt den Plan der sächsischen Regierung mit, einen europäischen Kongreß betr. Asylgewährung für politische Flüchtlinge in England und der Schweiz einzuberufen.<sup>3</sup> [B] — 5. Bismarck schlägt für den 7. April 1881 eine Beratung über eventuellen Antrag Preußens zur Abstellung der zu Gunsten der hanseatischen Freihäfen bestehenden provisorischen Zolleinrichtungen vor.<sup>4</sup> [B] — 6. Ordenssache. [B] — 7. Drei Titelverleihungen. [B] — 8. Ernennung. [B] — 9. Antisemitische Bewegung unter Studierenden norddeutscher Universitäten, speziell in Berlin. Puttkamer will nur einschreiten, wenn, wie beim Fall Prof. Th. Mommsen vs. Student E. v. Schramm, die Autorität der Professoren verletzt wird und ansonsten die Gründung des Vereins deutscher Studenten zulassen<sup>5</sup>. Nach Friedberg muß ein politischer Dissens zwischen Lehrenden und Lernenden jedenfalls sehr vorsichtig behandelt werden. Bismarck schenkt Linie Puttkamers Beifall. [B] — 10. Prof. G. Schmoller erhält den zweiten Lehrstuhl für Nationalökonomie an der Universität Berlin. [B] — 11. Keine Einwände gegen den Bau eines neuen Provinzialverwaltungsgebäudes der Provinz Brandenburg außerhalb Berlins.<sup>6</sup> [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 76, IV Sekt. 1a Abt. II Trier Nr. 1 (Briefwechsel, Berichte 1881), Weber, Christoph, Kirchliche Politik zwischen Rom, Berlin und Trier 1876–1888, Mainz 1970, S. 33–43 u. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 206.

<sup>2</sup> Am 14.3.1881 hatten beide Kammern des Parlaments den aus dem Hause Hohenzollern-Sigmaringen stammenden, seit 1866 regierenden Fürsten Karl v. Rumänien (1839–1914) zum König proklamiert.

<sup>3</sup> Vgl. Bismarck, GW, Bd. 6c, S. 209 f., 212 f. (Anregung Wilhelms I.) und Sitzung am 8.5.1881, TOP 6 mit Anm.

<sup>4</sup> Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 206 berichtet über eine „heftige Szene zwischen Bitter und Bismarck“.

<sup>5</sup> Vgl. Jaraus, Konrad, Students, Society and Politics in Imperial Germany: The Rise of Academic Illiberalism, Princeton 1982, S. 266 ff. (u. a. aufgrund Rep. 77, Tit. 46 Nr. 46 Bd. 1, Bl. 135 ff. u. BArch, RK, Nr. 2195, Bl. 4–15v) u. Kampe, Norbert, Studenten und „Judenfrage“ im Deutschen Kaiserreich, Göttingen 1987, bes. S. 35–38.

<sup>6</sup> Das neue Gebäude wurde bis 1888 doch wieder in Berlin, Matthäikirchstr. 20/21, errichtet. Vgl. Rep. 89, Nr. 13972.

## Nr. 73 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 7. April 1881.

Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 93, Bl. 63–66v; MF 539.

Anwesend: Bismarck [V], Stolberg-Wernigerode, Kameke, Maybach, Bitter, Puttkamer, Friedberg, Boetticher. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Scholz.

1. Ernennung. [B] — 2. Ordenssache; RegR Bossart, Hannover lehnte den ihm verliehenen Roten Adler Orden IV. Kl. ab, da dies seinen Grundsätzen widerspricht; Puttkamer erwägt Disziplinaruntersuchung oder Versetzung; Bismarck erklärt dies nicht für opportun; Vorgang soll ignoriert werden.<sup>1</sup> [B] — 3. Ernennung. [B] — 4. Vorbereitung des Baus des zweiten Gleises der Rheinahe-Bahn. [B] — 5. Nächste Besprechung am 13.4.1881. [B] — 6. Aufhebung der den hanseatischen Freihäfen zugestandenen provisorischen Zolleinrichtungen; Bismarck beantragt entsprechenden Antrag Preußens im Bundesrat, um den Zollanschluß von Hamburg zu fördern; Bundesrat soll 1868 errichtetes vereinsländisches Hauptzollamt schließen lassen und Preußen es übernehmen; den Altonaern soll zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 77, Nr. 537, Bl. 32 ff. (Personalakte). Bossart beantragte 1882 vergeblich seine Pension u. kandidierte 1882–93 bei den AH-Wahlen für den Freisinn. Nach Verweis, Geldstrafe u. Versetzung trat er 1886 außer Dienst.



bei fortdauernder Gegnerschaft gegen den Zollanschluß künftig 0,7 Mio. M. Aversen [...] selbst aufzubringen haben; Bremen wird von selbst zufallen, sobald Hamburgs Zollanschluß erreicht ist.<sup>2</sup> [B]

<sup>2</sup> Vgl. Zimmermann, *Handelspolitik*, S. 114–116 u. Poschinger, *Bismarck und der Bundesrat*, Bd. 4, S. 365–368.

## Nr. 74 Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 13. April 1881.

Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 93, Bl. 67–69v; MF 539.

Anwesend: Bismarck [V], Kameke, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].

1. Zwei Titelverleihungen. [B] — 2. Ordenssache. [B] — 3. Verbot zweier Nummern der fortschrittlich gesinnten Insterburger Zeitung auf Grund des Sozialistengesetzes, da sie bei der Besprechung der Reichstagsdebatte zum Rechenschaftsbericht für die SPD Partei ergriff.<sup>1</sup> [B] — 4. Nächste Besprechung am 23.4.1881. [B] — 5. Ausschluß nichtchristlicher, speziell jüdischer Grundbesitzer von Versammlungen und Wahlen der Pommerschen Landschaft; die Verfassungs- und Rechtswidrigkeit dieser Bestimmung im Statut der Landschaft erkannten AH<sup>2</sup> und Staatsministerium bereits 1878 an. Da die Pommersche Landschaft die damalige Empfehlung nach Statutenänderung bisher verweigert hat, werden die Ressortminister erneut darauf drängen. [B]

<sup>1</sup> Die Insterburger Zeitung hatte die bei der Reichstagsdebatte über den Rechenschaftsbericht zur Ausführung des Sozialistengesetzes am 30./31.3.1881 gehaltenen Reden I. Auers und A. Bebels vollständig abgedruckt und einen Kommentar dazu gegeben; vgl. Stern, Leo (Hrsg.), *Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878–1890. Die Tätigkeit der Reichs-Kommission*, Bd. 1, Berlin (O) 1956, S. 137–142.

<sup>2</sup> StenBerAH, Session 1877/78, Drucks. Nr. 255 A, Debatte dazu 30.3.1878, S. 2034–2036. Vgl. Rep. 87, B Nr. 11432, n. f. (Schriftwechsel, Bericht v. 16.12.1878, Voten, Widerstand des Treptow'schen Landschaftsdepartements).

## Nr. 75 Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 23. April 1881.

Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 93, Bl. 70–75; MF 539.

Anwesend: Bismarck [V], Kameke, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Scholz, Goltz [zu 2].

1. Bismarck regt einen Gesetzentwurf gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen an.<sup>1</sup> — 2. Polizeiverordnungsrecht und OVG im Streitfall um das Kreuzbergdenkmal, Berlin; Bismarck erwägt nach Entscheidung<sup>2</sup> eines OVG-Senats, die eine

<sup>1</sup> Vgl. Sitzung am 10.3.1884, TOP 7 mit Anm.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 93, B Nr. 2369/2370 (Voten, Gerichtsentscheidungen, div. Schriftwechsel) u. Rep. 77, Tit. 151 Nr. 103 Bd. 2 sowie Nungesser, Michael, *Das Denkmal auf dem Kreuzberg* von K. F. Schinkel, Berlin 1987, S. 86 f. u. 162 f. Das Endurteil des 2. Senats des OVG v. 14.6.1882 in: *Entscheidungen des Preuß. OVG*, Bd. 9, 2. Aufl., Berlin 1887, S. 353–384 (mit grundsätzlichen Aussagen zur gerichtlichen Überprüfung von Polizeiverordnungen).

Polizei-Verordnung gegen die Verbauung des Denkmals für ungültig erklärt, Regreßklage gegen diese Richter und will ggf. den Kompetenzkonflikt [...] erheben; da beides aussichtslos ist, soll Puttkamer<sup>3</sup> beim OVG-Präsidenten veranlassen, daß die Gültigkeit der strittigen Polizeiverordnung bald im Plenum beraten wird.<sup>4</sup> [B] — 3. Zollanschluß von Hamburg und Bremen; Hamburg setzt Kosten für Zoll-Einrichtungen<sup>5</sup> überaus hoch an, was Bismarck ein dilatorisches Verfahren befürchten läßt; das anschlussbereitere Bremen ist als Druck gegen Hamburg zu benutzen wie auch der Zollanschluß Altonas. — 4.–5. Zwei Ernennungen. [B] — 6. Um die den Geschäftsgang so sehr hemmende Mitwirkung mehrerer Ministerien zu vermeiden, will Bismarck das Handelsministerium bei Angelegenheiten wie z. B. Brückenzölle nicht beteiligen.<sup>6</sup> [B] — 7. Allgemeine deutsche Lehrerversammlung in Karlsruhe<sup>7</sup>; diese Versammlungen vertreten Puttkamer zufolge eine radikale, oppositionelle Richtung und ein ungesundes Hochschrauben der Aufgaben der Volksschule; explizites Verbot der Teilnahme für preußische Lehrer ist aber nicht opportun. [B] — 8. Nächste Besprechung am 30.4.1881. [B]<sup>8</sup>

<sup>3</sup> Puttkamer verwaltete seit dem 11.3.1881 das durch den Abgang B. Eulenburgs vakante Innenministerium.

<sup>4</sup> Im Plenum mußte eine Senatsentscheidung ggf. dann verhandelt werden, wenn sie von früheren Entscheidungen anderer Senate abwich; vgl. Bitter, *Handwörterbuch*, 1906, Bd. 2, S. 156. Mit Urteil v. 14.6.1882 bestätigte das OVG aber seine Entscheidung u. die Polizeiverordnung mußte aufgehoben werden; vgl. BArch, RA dI, Nr. 114930, n. f. Vgl. allg. Stump, Ulrich, *Preußische Verwaltungsgerichtsbarkeit 1875–1914*, Berlin 1980, S. 227–234 (ähnliche OVG-Urteile).

<sup>5</sup> Vgl. Schultheß 1881, S. 192–201 (Abkommen v. 25.5.1881; Reichsbeitrag für Zolleinrichtungen max. 40 Mio. M.).

<sup>6</sup> Vgl. Rep. 84a, Nr. 2049, Bl. 204–214 (Votum Bismarcks v. 19.4.1881, Immediatbericht v. 12.6.1881).

<sup>7</sup> Sie fand vom 7.–9.6.1881 fast ohne preuß. Beteiligung statt; vgl. Reißmann, R., *Geschichte des deutschen Lehrervereins*, Leipzig 1908, S. 96 u. Schultheß 1881, S. 207.

<sup>8</sup> Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 207 f. berichtet, in der Sitzung habe Bismarck auch das Abschiedsgesuch Stolberg-Wernigerodes mitgeteilt und kommentiert. Das Protokoll erwähnt diese Personal-Debatte – wie auch einige spätere – mit keinem Wort.

## Nr. 76 Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 1. Mai 1881.

*Reinschr., Bd. 93, Bl. 76–77v; MF 539.*

*Anwesend: Bismarck [V], Stolberg-Wernigerode, Kameke, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: v. Schelling, Scholz.*

1. Titelverleihung und zwei Glückwunschschriften<sup>1</sup>, da Orden II. Kl. für drei neu ernannte Regierungspräsidenten nicht angemessen sind. [B] — 2.–3. Vier Ernennungen. [B] — 4. Bestätigung des 1878 in Kempen amtsenthobenen, jetzt zum Bürgermeister von Eupen gewählten MdA Th. Mooren, da er zu den versöhnlicheren Zentrumsabgeordneten zählt.<sup>2</sup> [B] — 5. Ausbau des Kurfürstendamms nach Art der Champs Elysées; Plan einer englischen Gesellschaft befürworten namentlich Bismarck und Maybach.<sup>3</sup> [B] — 6. Aufhebung der in Hamburg bestehenden Zollein-

<sup>1</sup> XX. HA, Rep. 2 (Oberpräsidium Königsberg), Tit. 3 Nr. 173, Bl. 35 (Glückwunsch an v. Schmeling v. 3.5.1881).

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 2554 Nr. 3 Bd. 1, n. f. (Berichte Puttkamers v. 13.4 u. 4.5.1881, wobei erst im 2. Bericht – aufgrund Empfehlung durch MdA verschiedener Parteien – die Bestätigung Moorens vorgeschlagen wird).

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 89, Nr. 28632 (Vorgänge bis 1881, Immediatberichte), Metzger, Karl-Heinz, *Der Kurfürstendamm. Leben und Mythos des Boulevards in 100 Jahren deutscher Geschichte*, Berlin 1986, S. 10–22 u. Bohm, Eberhard, *Kurfürstendamm. Entstehung und erste Entwicklung in: Wolfgang Ribbe (Hrsg.), Von der Residenz zur City. 275 Jahre Charlottenburg*, Berlin 1980, S. 67–102, bes. S. 89–96.

richtungen; *Bismarck wünscht bald diesbezüglichen Antrag an den Bundesrat, um den vollen Ernst des preußischen Vorgehens bei den immer noch schwebenden Verhandlungen über den Zollanschluß Hamburgs zu dokumentieren; Bitter erreicht Aufschub weiteren Vorgehens bis 5.5.1881.* [B]

## Nr. 77 Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 8. Mai 1881.

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 93, Bl. 79–79v, 81–81v; MF 539.*

*Anwesend: Bismarck [V], Kameke, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: v. Schelling, Scholz.*

**1.** *Kommunale Einteilung der Haffgewässer nach Maßgabe der angrenzenden Guts- und Amtsbezirke oder Konstituierung als ein fiskalischer Gutsbezirk ist lt. Bismarck zu erwägen.*<sup>1</sup> [B] — **2.** *Ernennung von Nachfolgern für nebenamtliche Ämter des ausscheidenden UStS Jacobi erfolgt durch die Ressorts demnächst.* [B] — **3.** *Titelverleihung; A. v. Warnstedt wird nicht Geheimer Oberregierungsrat, da sein früheres Rechtsgutachten über Schleswig-Holstein für Preußen einen politisch sehr ungünstigen Eindruck hervorrief.*<sup>2</sup> [B] — **4.** *Eisenbahnfreikarten der MdR; Bismarck zufolge herrscht hier Unwesen; Sozialdemokraten machten damit Agitationsreisen und Berliner sogar Vergnügungsreisen, welche die Beschlußunfähigkeit des RT fördern; Maybach soll Material sammeln, damit künftig den MdR nur freie Reisen zwischen der Heimat und Berlin erlaubt werden können.*<sup>3</sup> — **5.** *Mitteilungen Bismarcks über die ferneren Verhandlungen mit der Kurie zur Erwägung der Staatsminister.*<sup>4</sup> — **6.** *Der nach der Ermordung Zar Alexanders II. angeregte Brüsseler Kongreß betr. Sicherung der Auslieferung von Mördern sowie politische Asylgewährung kommt ohne England nicht zustande*<sup>5</sup>; *Rußland, Österreich und Deutschland planen jetzt Auslieferungsverträge; Strafrechtsverschärfung für Mordversuche gegen Staatsoberhäupter erwogen.*<sup>6</sup> — **7.** *Ernennung.* [B] — **8.** *Nächste Besprechung am 13.5.1881.* [B]

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 120, A II 5e Nr. 12, n. f. (Voten, Immediatbericht v. 16.6.1884).*

<sup>2</sup> *Vgl. ADB, Bd. 41, S. 179 (Rechtsgutachten Warnstedts).*

<sup>3</sup> *Vgl. Rep. 90, Nr. 12, n. f. (Briefwechsel Bismarck-Staatsministerium/Maybach 1881 ff.) u. Butzer, Hermann, Diäten und Freifahrt im Deutschen Reichstag. Der Weg zum Entschädigungsgesetz von 1906 und die Nachwirkung dieser Regelung bis in die Zeit des Grundgesetzes, Düsseldorf 1999, S. 160–165. Die beschränkte Gültigkeit der Freifahrt wurde erst am 13.11.1884 im Bundesrat beschlossen. Vgl. Sitzung am 29.8.1884, TOP 2.*

<sup>4</sup> *Damit dürfte die Initiative der Kurie bezüglich der Bischofsernennungen in Fulda und Trier gemeint sein; vgl. Weber, Kirchliche Politik, S. 43 ff.*

<sup>5</sup> *Vgl. PA Bonn, R 209, n. f. (u. a. Briefwechsel Bismarcks mit dem Botschafter in London, Graf Münster) u. Schultheß 1881, S. 506, 509.*

<sup>6</sup> *Vgl. StenBerRT, Session 1881, Drucks. Nr. 83; Debatte dazu 4.4.1881, S. 756–762 (von Windthorst initiiertes Antrag betr. Auslieferung polit. Attentäter, der als RT-Resolution angenommen wurde). – Eine Notiz auf Bl. 80 besagt, bei der Besprechung [...] ist auch der Ges. Entwurf betr. die Fabrikation von Sprengstoffen berührt worden. Das vorliegende Prot. sagt dazu nichts.*

**Nr. 78 Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 13. Mai 1881.**

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 93, Bl. 82–85; MF 539.*

*Anwesend: Bismarck [V], Stolberg-Wernigerode, Kameke [zu 3–9], Maybach, Bitter, Puttkamer, Friedberg, Boetticher. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Scholz.*

**1.** Handelsvertrag mit Österreich-Ungarn<sup>1</sup>; Hauptschwierigkeit ist lt. Bismarck, daß die nicht abgeschlossene deutsche Zollreform Bindung durch einen Vertrag kaum erlaubt und die Österreich zugebilligten Zollsätze auch Frankreich zu bewilligen sind; bei Erhöhung des Holzzolls soll Lucius initiativ werden, da Bismarck öffentlich als persönlich interessiert hingestellt wurde.<sup>2</sup> [B] — **2.** Einteilung der Haffgewässer; kommissarische Beratungen zwecks Regelung gemäß den Wünschen Bismarcks. [B] — **3.–4.** Zwei Ernennungen von Nachfolgern für nebenamtliche Ämter des ausscheidenden USStS Jacobi. [B] — **5.** Meinungsäußerung der Staatsminister zu den Mitteilungen Bismarcks v. 8.5.1881 über die Verhandlungen mit der Kurie steht noch aus. — **6.** Besoldungserhöhung für die Verwaltungsbeamten; Bismarck ist für Durchführung in einem Akte durch den Staatshaushalt 1882/83<sup>3</sup>; wegen Rückwirkung auf das Reich soll das Reichsschatzamt bei kommissarischen Beratungen beteiligt werden.<sup>4</sup> [B] — **7.** Nach dem Scheitern der von Rußland angeregten Brüsseler Konferenz betr. Sicherung der Auslieferung von Mördern und politische Asylgewährung will Bismarck trilaterales Auslieferungsabkommen entwerfen lassen.<sup>5</sup> — **8.** Erteilung einer scharfen Rüge für Oberpräsident F. v. Kühlwetter, da er der von der Regierung subventionierten Westfälischen Provinzialzeitung mehrfach Artikel in entschieden fortschrittlichem Sinne [...] durchgehen ließ.<sup>6</sup> [B] — **9.** Nächste Besprechung soll am 21.5.1881 stattfinden. [B]

<sup>1</sup> Vgl. StenBerRT, Session 1881, Drucks. Nr. 194 (Vertrag) u. Gerloff, Zoll- und Finanzpolitik, S. 208–210.

<sup>2</sup> Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, 569 f. (Lucius an Bismarck 18.9.1881) u. Bismarck, GW, Bd. 8, S. 100–112 (Rede v. 27.5.1879 über Holzzölle).

<sup>3</sup> Die geplante allgemeine Besoldungserhöhung erfolgte nicht; vgl. Sitzung am 22.12.1881, TOP 5.

<sup>4</sup> Vgl. Rep. 151, I B Nr. 4681, n. f. (kommissar. Beratungen, Schriftwechsel u. avisierte Besoldungssätze 1881/82).

<sup>5</sup> Mit Rußland wurde erst am 13.1.1885 ein neues Auslieferungsabkommen geschlossen; vgl. Reichsanzeiger Nr. 20 v. 23.1.1885. Vgl. allg. Rep. 84a, Nr. 6151, Bl. 22 ff. und PA Bonn, R 210 (Schriftwechsel 1881).

<sup>6</sup> Vgl. Rep. 2.3.3.5 (= Literarisches Büro), Nr. 271 (1874–82).

**Nr. 79 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 19. Mai 1881.**

*Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [3–4] und Korrekturen, Bd. 93, Bl. 86–106; MF 540.*

*Anwesend: Stolberg-Wernigerode [V], Kameke [zu 1–2], Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher [zu 1–2]. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Rieth, Roederbeck [beide zu 3], H. Frh. v. Wangenheim [zu 4].*

**1.** Titelverleihung. [B] — **2.** Verleihung von Korporationsrechten an den Deutschen Kriegerbund; da jetzt die Vereinigung der norddeutschen Kriegervereine einschließlich der Kriegerkameradschaft zu einem Kriegerverbande zu erwarten ist, befürwortet Puttkamer die Verleihung, sofern im Statut dem Innenminister das Bestätigungsrecht für die gewählten Vorstandsmitglieder eingeräumt wird; Kameke möchte die vollzogene Vereinigung abwarten, aber eine Mehrheit ist für

Verleihung; Übernahme des Protektorats *durch Wilhelm I. bleibt strittig*.<sup>1</sup> [B] — 3.–4. 19 Disziplinar- und Pensionsachen. [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 1137 Nr. 4 Bd. 3, Bl. 41 ff. (Voten u. Immediatbericht v. 13.8.1881).

## Nr. 80 Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 22. Mai 1881.

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 93, Bl. 107–110; MF 540.*

*Anwesend: Bismarck [V], Stolberg-Wernigerode, Kameke, Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: v. Schelling, Scholz.*

1. *Gesetzentwurf gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen; Kameke soll sein Votum dazu abgeben.* [B] — 2. *Einwanderung aus Rußland, speziell von Juden nach den russischen Judenverfolgungen<sup>1</sup>, ist lt. Bismarck unerwünscht; Puttkamer wird Anordnungen gegen Naturalisation und Versagung des tatsächlichen Aufenthalts erlassen bzw. verschärfen.*<sup>2</sup> [B] — 3. *Der vorgesehene dreimonatige Steuererlaß der Einkommensteuer soll im 3. Quartal ab 1. Juli 1881 eintreten.*<sup>3</sup> — 4. *Stellungnahme zu den Anträgen<sup>4</sup> E. Richter und K. Ausfeld betr. den Zollanschluß Hamburgs.* [B] — 5. *Handelsvertrag mit Österreich-Ungarn; lt. Bismarck wurde, um freie Hand für künftige Modifikationen der deutschen Zolltarife zu behalten, umfassender Vertrag vermieden und nur Übereinstimmung in bestimmten Zollpositionen erzielt.* — 6. *Maßnahmen gegen die Tollwut der Hunde in Berlin; Bismarck bezweifelt, daß sie nur durch Ansteckung unter frei laufenden Hunden übertragen wird und begrüßt Puttkamers Absicht betr. Erhöhung der Hundesteuer.*<sup>5</sup> — 7. *Bismarck läßt ohne Zuziehung der statistischen Ämter direkt durch die Landräte und Ortsvorstände eine Arbeiterstatistik<sup>6</sup> erarbeiten, um Arbeiterzahl und Branchenzugehörigkeit zu ermitteln.*

<sup>1</sup> Vgl. Neubach, Helmut, *Die Ausweisungen von Polen und Juden aus Preußen 1885/86*, Wiesbaden 1967, S. 4–18 (aufgrund von Akten der Rep. 77 u. des PA Bonn).

<sup>2</sup> Vgl. Sitzung am 10.6.1885, TOP 3 und 4 mit Anm.

<sup>3</sup> Dies sollte nach Bismarcks Absicht die Reichstagswahlen im Oktober 1881 günstig beeinflussen.

<sup>4</sup> StenBerRT, Session 1881, Drucks. Nr. 148/158; Debatte dazu 25./27.5.1881, S. 1310–1340 (Stellungnahme Boettichers u. Eklat S. 1311).

<sup>5</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1880/81, 16.2.1881, S. 1799 f. (Petition Berlins) u. Sitzung am 29.1.1882, TOP 9 mit Anm.

<sup>6</sup> Weiteres war nicht zu ermitteln. Zur reichsweiten Berufsstatistik v. 5.6.1882 vgl. Rep. 77, Tit. 94 Nr. 151 Bde. 1–2.

## Nr. 81 Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 18. Juni 1881.

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 93, Bl. 111–112v; MF 540. — Teildruck [2]: Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 565 f.*

*Anwesend: Bismarck [V], Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

1. *Ministerwechsel; Bismarck teilt Rücktritt Stolberg-Wernigerodes und Ernennung Puttkamers zum Innenminister, G. v. Goßlers zum Kultusminister sowie Boettichers zum Stellvertreter des Reichskanzlers mit.*<sup>1</sup> — 2. *Politische Hauptaufgaben der nächsten Zeit im Reich und in Preußen; lt. Bismarck ist im Reich sowohl am vom RT abgelehnten Unfallversicherungsgesetz ohne Mitbelastung der Arbeiter<sup>2</sup> als auch am Volkswirtschaftsrat festzuhalten; für Preußen hat der Ausbau der staatlichen Eisenbahnen und Kanäle Priorität als Gegenmittel gegen die Verfolgung unfruchtbarer Theorien; bei der Vollendung der Provinzial-Organisation, dem geplanten Landesverwaltungs- und Zuständigkeitsgesetz, ist stärker als bisher geschehen die monarchische und die Staatsgewalt zu betonen; zur RT-Wahl ist ein Programm unter die Leute zu bringen, das die Verbindung von künftigen Aufgaben mit der Bewilligung weiterer Geldmittel und die Entlastung der Gemeinden hinsichtlich Schule, Armenpflege und Polizeilasten hervorhebt.*<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 89, Nr. 3695, Bl. 118 ff. (Ministerwechsel u. Ernennung Puttkamers); Puttkamer, Puttkamer, S. 126–132; Breitenborn, Konrad, *Im Dienste Bismarcks. Die politische Karriere des Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode*, 4. Aufl., Berlin 1990, S. 316–328; Tiedemann, *6 Jahre*, S. 443 sowie Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 209–212 (ergänzt Prot.).

<sup>2</sup> Vgl. Tennstedt (Bearb.), *Quellensammlung*, 1. Abt., Bd. 2, S. 617 f. (Teildruck).

<sup>3</sup> Vgl. auch Poschinger, *Aktenstücke*, Bd. 2, Berlin 1891, S. 59 f. (Votum Bismarcks über die polit. Hauptaufgaben).

## Nr. 82 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Juni 1881.

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 93, Bl. 113–116v; MF 540.*

*Anwesend: Maybach [V], Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler [zu 1–4 u. 7]. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

1. *Amtseinführung des neuen Kultusministers G. v. Goßler.*<sup>1</sup> [B] — 2. *Ernennung; Titelverleihung.* [B] — 3. *Konvertierung von 40 Mio. M. 4 ½ prozentigen Schuldverschreibungen der Stadt Berlin in 4 prozentige; da kürzlich die Konvertierung bei mehreren Eisenbahngesellschaften versagt wurde, möchte Puttkamer eine grundsätzliche Klärung, sieht aber Erwerbsgesellschaft und Kommune als ganz verschiedene Fälle an; starke Bedenken Friedbergs und Maybachs wegen der Konsequenzen dieses Präzedenzfalles für Gläubiger und Geldmarkt allgemein; Bitter unternimmt deshalb eingehende Prüfung.*<sup>2</sup> [B] — 4. *Zwei Ernennungen.* [B] — 5. *Erlaubnis zur Anlegung des vom Patriarchen von Jerusalem verliehenen Ordens vom heiligen Grabe ist künftig allgemein zu versagen, da der Orden notorisch käuflich ist und Wilhelm I. so entschieden hat.* [B] — 6. *Bruch der Amtsverschwiegenheit von Beamten; lt. Bitter war der Informant Virchows im Finanzministerium<sup>3</sup> nicht zu entdecken; selbst anscheinend unverfängliche Mitteilungen über amtliche Vorgänge sind unbedingt zu unterlassen.* — 7. *Berliner Schlachtviehhöfe; Lucius hat bei Bismarck anderweites Vorgehen der Ressortminister angeregt und Boetticher soll den Stand der Angelegenheit feststellen.*<sup>4</sup>

<sup>1</sup> *Goßler amtierte ab 17.6.1881 als Kultusminister.*

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 151, II Nr. 926, n. f. (Antrag u. befürwortendes Votum Bitters u. Puttkamers v. 19.8.1881).

<sup>3</sup> *Die im Prot. erwähnte Indiskretion Virchows war in den StenBerAH 1879/80 und 1880/81 nicht aufzufinden. Am 12.11.1880 hatte aber E. Richter aus einem Brief Bismarcks zitiert und Bitter den daraus abgeleiteten Folgerungen Richters am 13.11.1880 widersprochen; vgl. StenBerAH, S. 126 f. u. 169. Bereits 1879 hatte Bismarck bemerkt, daß die Räte des Finanzministeriums NLP u. Fortschrittspartei naheständen; vgl. Bismarck, GW, Bd. 6c, S. 153 u. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 224 (wiederholte Indiskretionen im Finanzministerium).*

<sup>4</sup> Vgl. Rep. 87, ZB Nr. 327, Bl. 19–34v (Schriftwechsel Lucius-Bismarck über die Konkurrenz des städtischen Viehhofs und des privaten in der Brunnenstr., wohl aus Bismarcks damaligem Anti-Berlin-Sentiment gespeist).

**Nr. 83 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Juni 1881.**

*Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [3, 5] und Korrekturen, Bd. 93, Bl. 117–136; MF 540/541.*

*Anwesend: Maybach [V], Bitter, Puttkamer [zu 5–11], Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler [zu 5–11]. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Rieth, Gernar [beide zu 3], H. Frh. v. Wangenheim [zu 5].*

**1.** Berliner Viehhöfe; Bismarck geht auf die von Lucius gewünschte Behandlung der Sache ein. [B] — **2.** Etatsgesetz; der Resolution<sup>1</sup> des AH nach Vorlage eines derartigen Komptabilitätsgesetzes ist nicht nachzukommen. [B] — **3.** Pensionssache. [B] — **4.** Zwei Ernennungen. [B] — **5.** 13 Disziplinarsachen.<sup>2</sup> [B] — **6.** Staatshaushalt 1880/81<sup>3</sup> brachte sehr günstiges Ergebnis aufgrund der Eisenbahneinnahmen. — **7.** Ernennung; A. v. Wolff wird Oberpräsident der Prov. Sachsen. [B] — **8.** Ernennung. [B] — **9.** Zwei Ordenssachen. [B] — **10.** Landtagssession 1882 und taktisch geschicktes Vorgehen bei Einberufung von LT und RT. Eine Tagung des LT erst nach Beratung des Reichsetats durch den RT ist u. a. für größere Sicherheit des Etatanschlags wünschbar; Boetticher soll Entscheidung Bismarcks einholen [B]. Neben kleineren Gesetzesvorlagen sind die Steuerreform, sprich Einkommensteuernachlaß und 3. Verwendungsgesetz, die Verlängerung des Gesetzes betr. Abänderung der kirchenpolitischen Gesetze von 1873/75, somit ein 2. Milderungsgesetz zum Kulturkampfabbau, sowie die Eisenbahnverstaatlichung bedeutsam. Wasserwegeausbau und Kanalprojekte erfordern lt. Maybach Vorbereitungszeit und hohe Kosten. — **11.** Ausbau des Kurfürstendamms<sup>4</sup>; Lucius sieht aufgrund des eigenmächtigen Vorgehens der damit beauftragten englischen Gesellschaft eine sehr vorsichtige Haltung ihr gegenüber als geboten an.

<sup>1</sup> *StenBerAH, Session 1880/81, Drucks. Nr. 199, S. 1879 f. u. Sitzung am 10.2.1881, S. 1676. Das im Prot. genannte Votum des Finanzministers v. 28.5.1881 in: Rep. 90, Nr. 1363, n. f.*

<sup>2</sup> *Darunter das Verfahren gegen den Berliner Lehrer Dr. B. Förster wegen Agitation für die Petition zur Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte der Juden; vgl. Rep. 90, Annex F, Nr. 643.*

<sup>3</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1882, Drucks. Nr. 13.*

<sup>4</sup> *Vgl. Rep. 89, Nr. 28632, Bl. 75 ff. (v. a. Immediatberichte Lucius' v. 6.8.1881 u. 31.8.1882).*

**Nr. 84 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Juli 1881.**

*Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [1–2], Bd. 93, Bl. 137–150; MF 541.*

*Anwesend: Bitter [V], Lucius, Friedberg. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Lucanus [für Puttkamer, zu 1–2], Rieth, Heyer [beide zu 1], H. Frh. v. Wangenheim, Rödenbeck, Brockhoff, Schweckendieck [alle zu 2].*

**1.–2.** 13 Disziplinar- und Pensionssachen. [B] — **3.** Ernennung. [B] — **4.** Verleihung erblicher Herrenhaus-Sitze an die Chefs der beiden Philippsthaler Linien des Hessischen Fürstenhauses wird gebilligt. [B]

## Nr. 85 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 26. Juli 1881.

*Reinschrift mit Korrekturen, Bd. 93, Bl. 151–154; MF 541.*

*Anwesend: Bitter [V], Puttkamer, Lucius, Friedberg. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

1. *Beamtenpolitik hinsichtlich adeliger und bürgerlicher Beamter anlässlich von zehn Ernennungen. Gegen die Ernennung von R. Graf v. Zedlitz-Trützschler zum Regierungspräsidenten in Oppeln hegt Bitter schwere Bedenken, denn Zedlitz war nur Offizier und Gutsbesitzer, und schon die Ernennungen von H. Frh. v. Berlepsch, W. v. Wedel, W. v. Heyden zu Regierungspräsidenten haben den Eindruck erweckt, als ob die Beamtenkarriere nicht zum Aufrücken in höhere Stellen führe. Auch Puttkamer ist dagegen, daß Rücksichten auf Adel, hohe Geburt, Reichtum bei Beförderungen den Ausschlag geben; deswegen sind nun die Bürgerlichen O. Steinmann, B. Nasse und Ch. Tiedemann<sup>1</sup> zu Regierungspräsidenten ernannt. Der in hohen Kommunalämtern tüchtige Zedlitz ist zu ernennen, aber auch die Beförderung bürgerlicher Laufbahnbeamter zu besorgen.<sup>2</sup> [B] — 2. Die politische Stellung des Oberpräsidenten A. Frh. v. Ende in Hessen-Nassau ist lt. Bitter unhaltbar<sup>3</sup>; Ende hat bei keiner Partei in seiner Provinz sich persönliches Vertrauen und zur Staatsregierung zu schaffen vermocht; auch die Fortschrittspartei ist im Wachsen. Deshalb soll Graf B. Eulenburg neuer Oberpräsident von Hessen-Nassau werden. [B] — 3. Angeregte Übernahme des Polizeidirektors von Metz, A. v. Stöphasius, in preußische Dienste ist schwierig, da er nur für eine Oberregierungsratsstelle in einfachen Verhältnissen geeignet erscheint.<sup>4</sup> [B] — 4. Reform der direkten Steuern, nämlich Einkommensteuernachlaß und 3. Verwendungsgesetz; Beratung geäußerter Bedenken<sup>5</sup> soll erst nach Bitters Sommerurlaub erfolgen.*

<sup>1</sup> Vgl. Tiedemann, 6 Jahre, S. 443–446.

<sup>2</sup> Vgl. zur Problematik bürgerlicher u. adeliger Beamter Süle, Tibor, *Preußische Bürokratietradition*, Göttingen 1988, S. 191 ff. u. Henning, Hansjoachim, *Die deutsche Beamtenchaft im 19. Jahrhundert*, Stuttgart 1984, S. 37 ff.

<sup>3</sup> Vgl. Anderhub, Andreas, *Verwaltung im Regierungsbezirk Wiesbaden 1866–1885*, Wiesbaden 1977, S. 122 (aufgrund Rep. 89, Nr. 13514, Bl. 23 ff., *Immediatbericht Puttkamers v. 29.7.1881*).

<sup>4</sup> Stöphasius wurde ausweislich des *Staatshandbuchs* nicht in preuß. Dienste übernommen.

<sup>5</sup> Vgl. Rep. 151, HB Nr. 1685, Bl. 107–131 (*Denkschrift Bitters v. 17.7.1881 betr. Einführung einer Kapitalrentensteuer u. Deklarationspflicht der Einkommensquellen*). *Das Votum Bismarcks (ebd. Bl. 133–135v) v. 22.8.1881 gegen die Kapitalrentensteuer und für das Tabakmonopol als Einnahmenquelle abgedr. bei Tennstedt (Bearb.), Quellensammlung, I. Abt., Bd. 1, S. 632–635.*

## Nr. 86 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 15. August 1881.

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 93, Bl. 155–157v; MF 541. — Teildruck [2]: Tennstedt, Florian u. a. (Bearb.), *Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867–1914, I. Abt., Bd. 1, Stuttgart u. a. 1994, S. 630 und Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 566.**

*Anwesend: Bismarck [V], Maybach, Puttkamer, Lucius, Boetticher. — Prot.: Beglaubigt Tiedemann [U].*

*Weitere Teilnehmer: Scholz, v. Schlözer.*



**1.** Maßnahmen gegen Hundetollwut in Berlin und Dresden; Bismarck erwägt eine authentische Interpretation der Bundesrats-Instruktion<sup>1</sup> vom 12. Februar 1881, wonach umherlaufende Hunde getötet werden [...] können, aber nicht müssen. [B] — **2.** Terminierung der Reichstagswahlen, der Landtagssession und geplante Gesetzentwürfe; lt. Bismarck wird dem RT aus politisch-taktischen Gründen nur das Unfallversicherungsgesetz nebst den Grundzügen eines Altersversorgungsgesetzes und das Tabaksmonopol ohne weitere Steuer-Vorlagen<sup>2</sup> vorgelegt. [B] — **3.** Wiederbesetzung des Trierer bischöflichen Stuhls nach stattgehabten Verhandlungen mit Rom; M. F. Korum soll unter stillschweigendem Erlaß der Eidesleistung als Bischof akzeptiert werden.<sup>3</sup> [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. *StenBerBundesR*, Jg. 1881, Drucks. Nr. 20 u. Sitzung am 12.2.1881, § 92. Vgl. Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 214 (Bismarck befürchtet bei Reichstagswahlen Stimmenverluste aufgrund der Hundesperre).

<sup>2</sup> Damit erteilte Bismarck dem Steuerreformplan Bitters (Kapitalrentensteuer etc.) eine Absage.

<sup>3</sup> Vgl. *Rep.* 76, IV Sekt. 1a Abt. II Trier Nr. 2 Bd. 1, Bl. 1 ff. (Umsetzung u. Fortgang bis 1884); Weber, *Kirchliche Politik*, S. 43–58 (aufgrund Akten des PA Bonn) u. Tiedemann, 6 Jahre, S. 457 f.

### **Nr. 87 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 31. August 1881.**

*Reinschr.*, Bd. 93, Bl. 158–159; MF 541.

*Anwesend:* Kameke [V], Puttkamer, Boetticher. — *Prot.:* Beglaubigt Kurowsky [U].

**1.** Ordenssache. — **2.** Drei Ordenssachen. [B] — **3.** Ernennung. [B] — **4.** Konvertierung von 40 Mio. M. 4 ½-prozentiger Schuldverschreibungen der Stadt Berlin in vierprozentige genehmigt. [B]

### **Nr. 88 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 11. September 1881.**

*Reinschr.*, Bd. 93, Bl. 160–161; MF 541.

*Anwesend:* Maybach [V], Bitter, Friedberg, Goßler. — *Prot.:* Beglaubigt Kurowsky [U].

**1.** Inthronisation des Bischofs Korum in Trier soll ohne jede Beteiligung der Staatsbehörden stattfinden.<sup>1</sup> [B] — **2.** Zwei Ordenssachen. [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. *Schultheß* 1881, S. 250 (20.–22.9.1881).

### **Nr. 89 Vertrauliche Beratung des Staatsministeriums am 25. September 1881.**

*Reinschr.*, Bd. 93, Bl. 162–163; MF 541.

*Anwesend:* Kameke [V], Maybach, Friedberg, Boetticher, Goßler. — *Prot.:* Beglaubigt Homeyer [U].

*Ernennung Puttkamers zum Vizepräsidenten des Staatsministeriums<sup>1</sup>; mit diesbezüglichem Vorschlag Bismarcks ist Kameke persönlich durchaus [...] einverstanden; Maybach würde seine eigene Berufung ablehnen und ist mit der Ernennung Puttkamers einverstanden; Friedberg und Boetticher sprechen das gleiche Einverständnis aus; definitive diesbezügliche Beschlußfassung vertagt, da Bitter einen Vorbehalt hat.*

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 89, Nr. 3727, Bl. 53–57 (Immediatbericht Bismarcks v. 6.10.1881 = Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 568 f.) u. Puttkamer, Puttkamer, S. 72 sowie Bismarck, GW, Bd. 6c, S. 229 f. Puttkamer amtierte ab 8.10.1881.

## **Nr. 90 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 28. September 1881.**

*Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschr. [1] und Korrekturen, Bd. 93, Bl. 164–168; MF 541.*

*Anwesend: Kameke [V], Maybach, Bitter, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

**1.** Ernennung Puttkamers zum Vizepräsidenten des Staatsministeriums; Bitter gibt seinen früheren Vorbehalt, daß er älterer Staatsminister als Puttkamer ist, auf, setzt jedoch voraus, daß eine Änderung der allgemeinen politischen Stellung und Tendenz des Staatsministeriums und eine Beeinträchtigung der Selbständigkeit der einzelnen Ressorts nicht eintreten sowie speziell bei Personalien die verfassungsmäßige Mitwirkung des Finanzministers geachtet wird. [B] — **2.** Unwürdige Agitation der Discontogesellschaft in der Börsen-Zeitung und unter Aktionären gegen die Verstaatlichung der Bergisch-Märkischen Eisenbahn. Maybach zufolge hat die Discontogesellschaft aus Verdruß über ihre neuerdings geringere Beteiligung an staatlichen finanziellen Operationen der Regierung eine Niederlage bereiten wollen. Bitter wird, da die Discontogesellschaft schon früher stets auf ihren Privatvorteil bedacht war, die Beziehungen zu ihr bald ostensibel abbrechen.<sup>1</sup> [B] — **3.** Anlässlich der Titelverleihung an Konsistorialpräsident J. E. Ballhorn erwägt Goßler, allen Konsistorialpräsidenten den Rang der Räte II. Kl. beizulegen. [B] — **4.** Lucius fordert baldige Entscheidung des Staatsministeriums über die vom Landwirtschaftsministerium gewünschte Beteiligung [...] bei Bearbeitung der Personalangelegenheiten der Provinzialbehörden.

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 151, HB Nr. 1270 (Beziehungen zur Discontogesellschaft 1881–84).

## **Nr. 91 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Oktober 1881.**

*Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [8–9] und Korrekturen, Bd. 93, Bl. 169–187; MF 541/542.*

*Anwesend: Kameke [V], Maybach, Bitter, Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Roedenbeck, Rieth [beide zu 8], H. Frh. v. Wangenheim [zu 9].*

**1.** Titelverleihung. [B] — **2.** Landrat und MdA E. K. Knebel beabsichtigt, sich in einer seiner amtlichen Stellung nicht angemessenen Weise bei einer Wahlversammlung zu beteiligen; Puttkamer wird streng einschreiten, sofern Knebel auf seinem Vorhaben besteht.<sup>1</sup> — **3.** Titelverleihung; OLG-

<sup>1</sup> Weder der Personalakte Knebel noch der Akte Landrat des Krs. Merzig ist dazu etwas zu entnehmen.

Präsident Heimsoeth, Köln, *wird nicht Wirkl. Geh. Rat, sondern nur Wirkl. Geh. OJusR.* [B] — **4.** *Ernennung; Oberlandesgerichtsrat und freisinniger MdA W. Petri soll Senatspräsident werden, sofern er ein Mandat nicht wieder annimmt.*<sup>2</sup> [B] — **5.** *Verlängerung des gemäß § 28 Sozialistengesetz verhängten sog. kleinen Belagerungszustands für Hamburg-Altona und Ausdehnung auf Harburg.*<sup>3</sup> [B] — **6.** *Erweiterung der preußischen Klassenlotterie, da das Publikum jetzt in auswärtigen Lotterien spielt und eine Erweiterung auch die Staatseinnahmen erhöht; vorerst keine Initiative der Regierung dazu, sondern Abwarten der Etatberatung im AH.*<sup>4</sup> [B] — **7.** *Kreis- und Provinzialordnung für Hannover*<sup>5</sup>. *Die Entwürfe sind dem hannoverschem Provinziallandtag vorzulegen* [B]; *Puttkamer zufolge sind die Änderungen gegenüber 1880er Vorlagen*<sup>6</sup> [...] sämtlich Konzessionen an den provinziellen Standpunkt. *In der Anerkennung der Städte Göttingen, Lüneburg und Harburg als Stadtkreise sehen Boetticher, Bitter und Kameke ein sehr gefährliches Präzedenz für die landrätliche Aufsicht über die großen kreisangehörigen Städte der alten Provinzen; aber da dies conditio sine qua non des Zustandekommens ist, stimmt Ministermehrheit dafür* [B]. *Die Wahlordnung zum Provinziallandtag bezweckt, daß daraus kein Bauern-Parlament wird; Entwurf gebilligt.* [B] — **8.-9.** *Zwölf Disziplinar- und Pensionssachen.* [B]

<sup>2</sup> *Petri legte tatsächlich sein Mandat nieder; vgl. Mann, Bernhard, Biographisches Handbuch für das Preussische Abgeordnetenhaus 1867–1918, Düsseldorf 1988, S. 298.*

<sup>3</sup> *Vgl. Rep. 77, Tit. 500 Nr. 46 Adhib. A Bd. 3, Bl. 140–222 u. Schultheß 1881, S. 267 (24.10.1881).*

<sup>4</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1882/83, 28.11.1882, S. 147–151 (keine Vermehrung der Lotterielose).*

<sup>5</sup> *Rep. 77, Tit. 497i Nr. 12 Bd. 1, n. f. (Provinzial- u. Kreisordnung, Druck, 101 S.). Vgl. Rep. 77, Tit. 772 Nr. 42 Bd. 4 (Kreisordnung 1881/82 mit Grundsatzschreiben Bismarcks v. 10.10.1881 zur Verwaltungsreform u. Schriftwechsel MdI – Provinzialorgane) sowie Heffter, Selbstverwaltung, S. 701 f. u. Herzfeld, Hans, Johannes v. Miquel, Bd. 1, Detmold 1938, S. 502–504.*

<sup>6</sup> *Vgl. Sitzung am 21.10.1880, TOP 1 mit Anm.*

## Nr. 92 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Oktober 1881.

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 93, Bl. 188–197; MF 542.*

*Anwesend: Puttkamer [V], Kameke, Maybach, Bitter, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

**1.** *Totenfeier für den staatlicherseits abgesetzten Erzbischof H. Förster in Breslauer Schulen ist nicht zu genehmigen.* [B] — **2.** *Ernennung.* [B] — **3.** *Terminierung von Reichstagssession und Landtagssession 1881/82.* [B] — **4.** *Immediatgesuch<sup>1</sup> betr. Öffentlichkeit der Verhandlungen des Rheinischen Provinziallandtags wird abgelehnt, da auch den Regierungsvertretern kein Teilnahme- und Rederecht in den Verhandlungen zusteht.* [B] — **5.** *Beteiligung des Landwirtschaftsministeriums bei Bearbeitung der Personalangelegenheiten der Provinzialbehörden<sup>2</sup>. Lucius fordert dies, da er die Verantwortung als Ressortchef dauerhaft nicht tragen kann, solange die Personalien der Organe der Domänen- und Forstverwaltung in Finanz- und Innenministerium bearbeitet werden. Bitter und Puttkamer sind dagegen, da dann die Verfügung der Regierungspräsidenten über ihre Behörde beschränkt wird und eine obligatorische Zuziehung des Landwirtschaftsministers Schwerfälligkeit und Unsicherheit in die Verwaltung bringt. Decisive Mitwirkung für Ernennung von Abteilungsdirigenten der Finanzabteilungen der Bezirksregierungen wird Lucius zugestanden, Mitzeichnung bei einfachen Mitgliedern der Finanzabteilungen mit Stimmen-*

<sup>1</sup> *Rep. 77, Tit. 522a Nr. 71, Bl. 117–122; ebd. Bl. 98 ff. Anträge auf Öffentlichkeit 1877/1882 und Immediatberichte. Vgl. Schmitz, Kurt, Der Rheinische Provinziallandtag (1875–1933), Neustadt/Aisch 1967, S. 25 f.*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 84a, Nr. 2049, Bl. 189–217v (Voien Lucius' v. 15.3.1881 u. Bitter-Eulenburgs v. 25.1./19.10.1881). Vgl. BArch, RAAdI, Nr. 114928, n. f. (Personalfragen d. höheren Beamten bearb. das MdI künftig praktisch allein).*

*gleichheit*<sup>3</sup> abgelehnt [B]. — **6.** Vertrauliche Mitteilungen *Goßlers über den Stand der kirchenpolitischen Verhandlungen.*

---

<sup>3</sup> *Den Nein-Stimmen von Bitter, Maybach u. Boetticher verhalf bei Stimmengleichheit Vizeprä. Puttkamer zum Sieg.*

### **Nr. 93 Sitzung des Staatsministeriums am 7. November 1881.**

*Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [4–5], Bd. 93, Bl. 198–217; MF 542.*

*Anwesend: Puttkamer [V], Kameke, Maybach, Bitter, Lucius, Friedberg, Boetticher [zu 5], Goßler. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Rieth [zu 4], H. Frh. v. Wangenheim [zu 5].*

**1.** *Gesetzentwurf*<sup>1</sup> *betr. Übernahme von Landgütern in der Provinz Westfalen bei Erbauseinandersetzungen, somit eine Höfeordnung, ist dem Provinziallandtage vorzulegen.* [B] — **2.** *Wahl von H. Gleich zum Kapitularvikar der Diözese Breslau*<sup>2</sup>; *da er die annehmbarste Persönlichkeit darstellt, sind ihm bischöfliche Rechte unter Verzicht auf die Eidesleistung zuzuerkennen.* [B] — **3.** *Zwei Ernennungen; Titelverleihung.* [B] — **4.–5.** *18 Disziplinar- und Pensionssachen.* [B]

---

<sup>1</sup> *Rep. 87, B Nr. 10736, n. f. Ebd. auch Beratungen des 25. Westfäl. Provinziallandtages dazu. Vgl. StenBerHH, Session 1882, Drucks. Nr. 16 (mit Beilagen zur Vorgeschichte); Debatte dazu 25.2.1882, S. 99–124 (Annahme).*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 76, IV Sekt. 1a Abt. II Breslau Nr. 2, n. f. (Schriftwechsel 1881).*

### **Nr. 94 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 14. November 1881.**

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 93, Bl. 218–219; MF 542.*

*Anwesend: Bismarck [V], Puttkamer, Kameke, Maybach, Bitter, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

**1.** *Verlängerung des sog. kleinen Belagerungszustands für Berlin und Umgegend gemäß § 28 des Sozialistengesetzes.*<sup>1</sup> [B] — **2.** *Reichstagssession 1881/82; die Thronrede*<sup>2</sup> *wird durchgesprochen; Wilhelm I. möchte die darin enthaltene Kaiserliche Botschaft zur Unfallversicherung selbst verlesen; Bismarck macht Andeutungen über die demnächst einzuschlagende Politik und will, falls er für seine Politik eine Mehrheit im Reichstage nicht erlange, mit den Führern des Zentrums und der Liberalen verhandeln, unter welchen Bedingungen sie die Leitung der Reichsgeschäfte zu übernehmen bereit wären.*<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 77, Tit. 500 Nr. 46 Adhib. B Bd. 1, Bl. 157 ff. (Vorlage Puttkamers, Bundesrat 22.11.1881).*

<sup>2</sup> *Vgl. StenBerRT, Session 1881/82, 17.11.1881, S. 1–3.*

<sup>3</sup> *Vgl. Schultheß 1881, S. 267–273 (RT-Wahl-Ergebnis) u. S. 275 f., 278 (Zeitungsartikel über Rücktrittsabsichten Bismarcks) sowie Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 216 f. (ergänzt Prot.).*

**Nr. 95 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 1. Dezember 1881.**

*Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [1–2] und Korrekturen, Bd. 93, Bl. 220–225; MF 542/543.*

*Anwesend: Bismarck [V, zu 4–5], Puttkamer [V, zu 1–3], Kameke, Maybach, Bitter, Lucius, Friedberg, Boetticher [zu 4–5], Goßler. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Th. Frh. v. Wilmowski [zu 1], Rieth, Fuisting [beide zu 2].*

**1.–2.** *Zwei Pensionssachen. [B] — 3. Beziehungen des Staats zur Disconto-Gesellschaft; letztere ist lt. Maybach jetzt zwar für Verstaatlichung der Bergisch-Märkischen Bahn, aber Agitation u. a. wegen des angeblichen Wagenmangels bei Staatsbahnen hält an; deshalb keine neuen Beziehungen und Abwarten des weiteren Verhaltens der Disconto-Gesellschaft, die bei schärferen Sanktionen womöglich Gelegenheit findet, der Staatsregierung — auch politisch — zu schaden.<sup>1</sup> [B] — 4. Besetzung des Bischofsstuhls zu Breslau<sup>2</sup>; Zeitungsmeldungen betr. Kandidatur des Prinzen Eduard Radziwill spiegeln zu Bismarcks Erleichterung nicht die Meinung Wilhelms I. wider; Goßler soll Wilhelm I. von der ultramontanen Gesinnung Radziwills berichten und betonen, daß im polnischen Landesteil kein Pole Bischof werden darf. [B] — 5. Besetzung des Bischofsstuhls zu Breslau; sieben Kandidaten des Domkapitels, wobei F. Lorinser und E. Radziwill [...] ungeeignet, H. Gleich und Herzog annehmbar sind; Goßlers Wunschkandidaten bleiben v. a. Kardinal G. Prinz Hohenlohe und Generalvikar Kopp aus Hildesheim.<sup>3</sup>*

<sup>1</sup> *Lt. hs. Notiz Homeyers (Bl. 220v) erklärte Bismarck gegenüber Puttkamer hierzu, er nehme kein persönliches Interesse an der Frage und sei mit allem, was das Staatsministerium beschließen werde, einverstanden.*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 76, IV Sekt. 1a Abt. II Breslau Nr. 3 Bd. 1, Bl. 37 ff. (Zeitungspolemik um Radziwills Kandidatur).*

<sup>3</sup> *Vgl. Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 4, 2. Aufl., Stuttgart u. a. 1982, S. 781 f.*

**Nr. 96 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 8. Dezember 1881.**

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 93, Bl. 226–227; MF 543.*

*Anwesend: Bismarck [V], Puttkamer, Kameke, Maybach, Bitter, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

**1.** *Stimmabgabe von Werftbeamten der Kaiserlichen Werft, Danzig bei der Reichstagswahl zugunsten des regierungsfeindlichen Kandidaten H. Rickert; Bismarck will Ermittlungen dazu.<sup>1</sup> — 2. Kulturkampfabbau; Bismarck beklagt Zwischenfall<sup>2</sup> mit Windthorst wegen des Zollanschlusses von*

<sup>1</sup> *Vgl. BArch, RK, Nr. 1826/27 (Untersuchungen, Schriftwechsel Bismarcks mit Stosch sowie Zeitungsberichte, v. a. den Sonderdruck der Danziger Ztg. zum Disziplinarprozeß 1882). Vgl. auch Bußmann, Walter (Hrsg.), Staatssekretär Graf Herbert v. Bismarck, Göttingen 1964, S. 107 f.; Hollyday, Frederic B. M., Bismarck's Rival. A Political Biography of General and Admiral Albrecht v. Stosch, Durham, N. C. 1960, S. 201 ff. (Kampf gegen Stosch); StenBerRT, Session 1882/83, Drucks. Nr. 80 (Wahlprüfung), Debatte dazu 16.6.1882, S. 540–543; Schultheß 1882, S. 213 (Disziplinarhof-Urteil v. 27.11.1882 gegen Marineingenieure Hofffeld u. Veith).*

<sup>2</sup> *Der Zwischenfall wird aus der geglätteten, anonymisierten Fassung des Kommissionsberichts (StenBerRT, Session 1881/82, Drucks. Nr. 65) nicht deutlich; vgl. aber Schultheß 1881, S. 307 f. u. Windthorsts Meinungsänderung bezüglich des Hamburger Zollanschlusses in StenBerRT, Session 1881/82, 20.1.1882, S. 789.*

Hamburg und betrachtet das Fehlen der Zentrumsabgeordneten bei seiner Reichstagssoiree<sup>3</sup> als persönliche Beleidigung. — Gleichwohl soll die bisherige Linie der Zugeständnisse des Landesherrn an seine katholischen Untertanen [...] ohne Beeinträchtigung der Staatsinteressen fortgeführt werden. [B] — 3. Wahl von G. Kopp zum Bischof von Fulda<sup>4</sup>; die Eidesleistung kann ihm erlassen werden. [B]

<sup>3</sup> Vgl. Poschinger, *Bismarck und die Parlamentarier*, Bd. 3, S. 79–81 u. Bd. 1, S. 241 (Windthorst u. alle Zentrumsabgeordneten fehlten seit der Soiree vom 6.12.1881 längere Zeit im Hause Bismarck).

<sup>4</sup> Vgl. Weber, *Kirchliche Politik*, S. 72 ff.

## Nr. 97 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 22. Dezember 1881.

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 93, Bl. 228–234v; MF 543.*

*Anwesend: Bismarck [V], Puttkamer, Kameke, Maybach, Bitter, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Scholz.*

1. *Titelverleihung; der im Reichstage hart angegriffene<sup>1</sup> Herausgeber der Provinzial-Korrespondenz, L. Hahn, wird ostentativ Wirkl.GehORegR. [B] — 2. Ordenssache für den ausscheidenden Oberpräsidenten K. v. Horn.<sup>2</sup> [B] — 3. Geplante Weltausstellung in Rom; der Generaldirektor der Museen Schöne soll vorerst nicht dem Vorbereitungskomitee beitreten. [B] — 4. Ordenssache; Orden I. Kl. gehen nur an Personen mit dem Rang Exzellenz. [B] — 5. Aufbesserung der Beamtengehälter<sup>3</sup>. Bitter zufolge ist ein Finanzvolumen von 18,6 Mio. M. nötig; Deckung besteht aber maximal für 2,4 Mio. M. zugunsten höherer Beamter. Bismarck wünscht Aufbesserung für alle Beamten, Deckung durch neue indirekte Reichssteuern von 200 Mio. M. und Entlastung der Kommunen bei den Kosten für Volksschullehrer. Das Ausbleiben einer Gehaltserhöhung würde nach Puttkamer die Subalternbeamten der Sozialdemokratie in die Arme treiben. Als Minimalkonsens des Staatsministeriums ist im Etat 1882/83 keine Besoldungsaufbesserung vorzusehen, sondern erst dem nächstem LT vorzuschlagen. [B] — 6. Verwendung der Erträge der Reichsstempelsteuer<sup>4</sup> zur Steuererleichterung statt im normalen Staatshaushalt; Bitter fügt sich der Majorität. [B] — 7. Gesetzentwurf<sup>5</sup> betr. Fürsorge für die Hinterbliebenen der unmittelbaren Staatsbeamten; auch das Personal der verstaatlichten Eisenbahnen fällt hierunter; bisherige Unterstützungsfonds laufen aus.<sup>6</sup> [B] — 8. Ernennung von F. Nitschke zum Großdechanten für den preußischen Anteil der Erzdiözese Prag<sup>7</sup> und Wiederaufnahme der 1875 eingestellten Staatslei-*

<sup>1</sup> Vgl. *StenBerRT*, Session 1881/82, 15.12.1881, S. 367–369 u. *Schultheß 1881*, S. 315.

<sup>2</sup> Vgl. *Bußmann (Hrsg.), H. Bismarck*, S. 109 f. (Bismarck will die Oberpräsidenten Horn, Ernsthause u. Günther loswerden) u. *Hauf, Reinhard, Die preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Königsberg 1870–1920*, Köln/Berlin 1980, S. 23 f.

<sup>3</sup> Vgl. *Rep. 151, IB Nr. 4681, n. f. (Voten Bitters, Puttkamers u. a.); BArch, RA dI, Nr. 114920 (materialreich) sowie Thier, Steuergesetzgebung*, S. 328–342.

<sup>4</sup> Es handelt sich um die Erträge der Stempelsteuer-Novelle v. 1.7.1881, *RGBl.*, S. 185.

<sup>5</sup> *Rep. 77, Tit. 34 Nr. 122 Bd. 1, n. f. (Gesetzentwurf v. 2.12.1881, Voten)*. Vgl. *StenBerAH*, Session 1882, *Drucks. Nr. 81; Debatte dazu* 27.2.1882, S. 527–541.

<sup>6</sup> Vgl. *Kübler, Horst, Besoldung und Lebenshaltung der unmittelbaren preußischen Staatsbeamten im 19. Jahrhundert*, Nürnberg 1976, S. 76–82 (*Auslaufen der Unterstützungsfonds*).

<sup>7</sup> Es handelte sich um 51 Pfarreien im Gebiet der ehem. Grafschaft Glatz.

stungen. [B] — **9.** *Besetzung des Bischofsstuhls zu Breslau*<sup>8</sup>; *wegen der Ernennung von R. Herzog soll in Verhandlung mit Domkapitel und Kurie getreten werden.* [B] — **10.** *Bestellung eines Koadjutors für Bischof v. d. Marwitz, Kulm*<sup>9</sup>; *bei den Verhandlungen ist J. Wien vorzuschlagen und, falls er gewählt wird, die Wiederaufnahme der eingestellten Staatsleistungen für Kulm in Aussicht zu stellen.* [B]

<sup>8</sup> Vgl. Rep. 76, IV Sekt. 1a Abt. II Breslau Nr. 3 Bd. 1, Bl. 121 ff. (Schriftwechsel mit R. Herzog, Votum Goßlers v. 20.12.1881).

<sup>9</sup> Vgl. Rep. 76, IV Sekt. 1a Abt. II Kulm Nr. 2 (div. Schriftwechsel 1881–84).

## Nr. 98 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Januar 1882.

*Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [5] und Korrekturen, Bd. 94, Bl. 7–9; MF 543.*

*Anwesend: Puttkamer [V], Kameke, Maybach, Bitter, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Homeyer [zu 4], Th. Frh. v. Wilmowski [zu 5].*

**1.** *Gesetzentwurf<sup>1</sup> zur Änderung des Gesetzes betr. Ablösung der Reallasten in der Prov. Schleswig-Holstein will Lucius aufgrund Einspruch Bismarcks nochmals erwägen.* — **2.** *Gesetzentwurf betr. Höfeordnung der Prov. Westfalen wurde vom Provinziallandtage gebilligt und soll im LT eingebracht werden.* [B] — **3.** *Gesetzentwürfe<sup>2</sup> wegen Verstaatlichung mehrerer Eisenbahnen sollen ohne die als Begründung beigefügten vertraulichen Aktenstücke [...] zirkulieren.* [B] — **4.** *Ordenssachen zum Ordensfest 1882 in zwei Fällen revidiert.* [B] — **5.** *Pensionssache.* [B]

<sup>1</sup> Vgl. Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 220, 222 u. Poschinger, *Aktenstücke*, Bd. 2, S. 85 f. (*Bismarck stoppt den auf Waldbegrenzungen, sog. Knicks, bezüglichen Gesetzentwurf aus Rücksicht auf seinen Waldbesitz Friedrichsruh u. Lucius hegt Rücktrittsabsichten*). *Das Ablösegesetz für Schleswig-Holstein v. 3.1.1873, GS, S. 3, blieb unverändert.*

<sup>2</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1882, Drucks. Nr. 4 (2. große Verstaatlichungsvorlage). Vorangehender Schriftwechsel in Rep. 151, HB Nr. 1354, Bl. 125 ff.*

## Nr. 99 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 3. Januar 1882.

*Reinschr.<sup>1</sup> mit Korrekturen, Bd. 94, Bl. 14–16v; MF 543.*

*Anwesend: Bismarck [V], Puttkamer, Kameke, Maybach, Bitter, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

**1.** *Eröffnung der Landtagssession 1882.* [B] — **2.** *Errichtung einer neuen Abteilung für Volksschulwesen unter MinDir. R. de la Croix im Kultusministerium.* [B] — **3.** *Gesetzentwurf<sup>2</sup>*

<sup>1</sup> *Es handelt sich – lt. Bl. 13 – um die von Goßler bei TOP 3 in 2 Punkten leicht abgeänderte und von Bismarck bezüglich des polnischen Aspekts darin ergänzte Reinschr. des Homeyerschen Konzepts auf Bl. 10–11v. Es liegt somit einer der wenigen Fälle vor, wo sich die Entstehungsgeschichte des Protokolls nachvollziehen läßt.*

<sup>2</sup> *Rep. 90, Nr. 2377, Bl. 22 u. 36; ebd. auch die Voten. Vgl. auch Rep. 76, I Sekt. 28a Nr. 3 Bd. 1 (Kulturkampfabbau 1881/82) u. Nr. 6 (Gesetz v. 31.5.1882). Vgl. StenBerAH, Session 1882, Drucks. Nr. 7; Debatte dazu 7./8.2.1882, S. 138–199. Dazu Bachem, *Zentrumspartei*, Bd. 4, S. 54–59.*

*betr. Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze von 1873–75, das sog. 2. Milde-  
rungsgesetz zum Kulturkampfabbau. Beinhaltet lt. Goßler Prolongation des gleichnamigen Geset-  
zes von 1880 hinsichtlich Erlaß der Eidesleistung, Wiederaufnahme staatlicher Leistungen, Wie-  
dereinsetzung abgesetzter Bischöfe und Entbindung der Priester von gesetzlichen Erfordernissen  
der Vorbildung für ein geistliches Amt. Nach Bismarck muß in der Begründung<sup>3</sup> betont werden,  
daß es die Abwehr der polnisch-nationalen Bestrebungen ist, die die Gewährung fakultativer Frei-  
heit für die Staatsregierung bei der Entscheidung des Einzelfalles erfordert, nicht der Wunsch, sich  
per se in kirchliche Dinge einzumischen. [B]*

<sup>3</sup> Dies geschah; vgl. die Begründung auf Drucks. Nr. 7 u. Goßlers Rede in *StenBerAH*, 7.2.1882, S. 140–142.

## **Nr. 100 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 4. Januar 1882.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 94, Bl. 18–34; MF 543/544.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Kameke, Maybach, Bitter, Lucius, Friedberg, Boetticher,  
Goßler. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Scholz.*

**1. Mitteilungen Goßlers betr.** Bestellung eines Koadjutors für den Bischof von Kulm und Wahl eines Fürstbischofs von Breslau. — **2. Staatshaushalt 1882/83 und Dissens zwischen Bitter und Bismarck betr.** Aufstellung des Extraordinariums anlässlich einer Vorlage<sup>1</sup> Bitters zur Ausscheidung von ca. 12 Mio. M. zu produktiven Ausgaben, etwa Flußkorrekturen. Nach Scholz rechtfertigen weder das Ziel Gleichgewicht im Etat noch der Zweck produktive Ausgaben ein letztlich aussichtsloses Abgehen vom Budgetrecht des AH gemäß Art. 99 der Verfassung; Bitter wird überstimmt und die Vorlage nicht in den LT eingebracht, sondern eine erste Rate in den regulären Staatshaushalt eingestellt. [B] — **3. Übersicht Bitters zum Staatshaushalt 1882/83.**<sup>2</sup> — **4. Erhöhung der Beamtenbesoldungen und Verwendungszwecke im Rahmen des 3. Verwendungsgesetzes**<sup>3</sup>. Bitter ist gegen explizite Aufnahme der Besoldungserhöhung unter die verpflichtenden Verwendungszwecke und für Vorlegung einer Denkschrift<sup>4</sup>, was aber nach Mehrheitsansicht dem Staatsministerialbeschlusse vom 22.12.1881 widerspricht; Debatte, welche Beamten-Kategorien eine Besoldungserhöhung von ca. 15% erhalten sollen. Die zu erzielenden Geldmittel aus dem Verwendungsgesetz sollen, einem Vorschlag Puttkamers gemäß, zunächst zum Erlaß der untersten Stufen der Klassensteuer, dann zu 50 % für das Volksschulwesen und zu je 25 % für Überweisung der Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer an die Kreise bzw. zur Aufbesserung der Beamtenbesoldungen verwandt werden. [B]

<sup>1</sup> *Rep. 90a, E VII 1 Nr. 1 Bd. 15, n. f. (Vorlage v. 30.12.1881 betr. Bereitstellung außerordentlicher Mittel). Der seit 1.4.1881 vorangehende Votenwechsel bezüglich Extraordinarium in: Rep. 90, Nr. 1379, Bl. 23–65.*

<sup>2</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1882, Drucks. Nr. 12.*

<sup>3</sup> *Vgl. Rep. 90a, E II 2 Nr. 7 Bd. 2, n. f. (Votum Bitters v. 29.12.1881 nebst Denkschrift betr. Erhöhung der Beamtenbesoldungen u. Votum Puttkamers v. 4.1.1882) u. Rep. 151, IB Nr. 4681, n. f. (Votum Bismarcks v. 12.12.1881) sowie BArch, RAAdI, Nr. 114920 (1879–82). Zur Entstehung des 3. Verwendungsgesetzes vgl. Rep. 77, Tit. 44 Nr. 103 Bd. 2, Bl. 40 ff. (u. a. Denkschrift Bitters v. 17.7.1881, ablehnende Voten Bismarcks v. 22.8. u. 5.12.1881 sowie 13.2.1882, Gesetzentwurf) u. StenBerAH, Session 1882, Drucks. Nr. 135 (Gesetzentwurf). Das 3. Verwendungsgesetz blieb unerledigt, da es die Regierung zurückzog; StenBerAH, 6.5.1882, S. 1789.*

<sup>4</sup> *BArch, RK, Nr. 2164, Bl. 108–111v.*



**Nr. 101 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 12. Januar 1882.**

*Vollz. Reinschr., Bd. 94, Bl. 36–43; MF 544.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Kameke, Maybach, Bitter, Lucius, Friedberg, Goßler. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Lucanus [zu 7], Bartsch [zu 9].*

**1. Ordenssache.** [B] — **2. Berufung eines neuen Mitglieds in das Herrenhaus.** [B] — **3. Der wegen zahlreicher Indiskretionen verwarnte Direktor des Statistischen Büros, E. Engel, soll nach zwei weiteren schweren Verstößen gegen die Amtsverschwiegenheit der Beamten seine Pensionierung erhalten.**<sup>1</sup> [B] — **4. Breslauer Bischofswahl; das Domkapitel erwartet dazu Verhaltensbefehle vom Papst.** — **5. Eröffnungsrede**<sup>2</sup> zur Landtagssession 1882; mit einigen Modifikationen gebilligt. [B] — **6. Landtagssession 1882; Verteilung der Gesetzesvorlagen an beide Häuser; 13 Vorlagen gehen zuerst an das Herrenhaus.** [B] — **7. Zweites Milderungsgesetz zum Kulturkampfabbau; in der Begründung wird das von Bismarck gewünschte Motiv der Abwehr der polnisch-nationalen Bestrebungen**<sup>3</sup> betont; die von Goßler empfohlene Hinzufügung zweier Artikel betr. Einspruchsverfahren bzw. Umfang der Anzeigepflicht<sup>4</sup> wird gebilligt. [B] — **8. Kreis- und Provinzialordnung**<sup>5</sup> für die Prov. Hannover ist im Landtag einzubringen. [B] — **9. Gesetzentwurf**<sup>6</sup> zur Ergänzung des Kirchenverfassungsgesetzes von 1876; die von Bismarck gewünschte Beschränkung der vereinigten Berliner Kreissynoden bei der Festsetzung des Verteilungsmodus für Kirchenumlagen wird gebilligt. [B] — **10. Novelle**<sup>7</sup> zum Beamtenpensionsgesetz von 1872; vertagt, da Bismarck die Beteiligung des StS des Reichsschatzamts, Scholz, wünscht.

<sup>1</sup> Vgl. Tennstedt, Florian u. a. (Bearb.), *Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914, II. Abt., Bd. 2, T. 1 [1881–1884]*, Stuttgart u. a. 1995, S. 17–22 (Indiskretion Engels 1881).

<sup>2</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1882, 14.1.1882, S. 1–3.*

<sup>3</sup> Vgl. *Bismarck, GW, Bd. 6c, S. 233–235 (Bismarck an Goßler 25.11.1881).*

<sup>4</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1882, Drucks. Nr. 7, Begründung von Art. 4/5.*

<sup>5</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1882, Drucks. Nr. 5. Vgl. Sitzung am 19.11.1883, TOP 5 mit Anm.*

<sup>6</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1882, Drucks. Nr. 19 (ohne Debatte angenommen).*

<sup>7</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1882, Drucks. Nr. 82 (geringfügige Änderungen bei der Pensionsberechnung, meist bedingt durch die gleichzeitige Novelle zur Hinterbliebenenfürsorge für Beamte).*

**Nr. 102 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 29. Januar 1882.**

*Vollz. Reinschr., Bd. 94, Bl. 44–49; MF 544.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Kameke, Maybach, Bitter, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler. — Prot.: Kurowsky [U].*

*Weitere Teilnehmer: Scholz.*

**1. Immediatbericht**<sup>1</sup> betr. *Novelle zum Beamtenpensionsgesetz von 1872* wird vollzogen. — **2. Ordenssache.** [B] — **3. Ernennung.** [B] — **4. Stellungnahme zum Antrag**<sup>2</sup> E. Richter betr. *Verwen-*

<sup>1</sup> *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

dung des Etatüberschusses 1881/82 zur Senkung der Matrikularbeiträge; im Bundesrat wird Preußen zustimmen. [B] — 5. Stellungnahme zum Initiativgesetzentwurf<sup>3</sup> L. Windthorst betr. Aufhebung des Gesetzes über die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern, des sog. Expatriierungsgesetzes; lt. Bismarck ist im Bundesrat ein entschiedenes 'Nein' entgegenzusetzen. [B] — 6. Titelverleihung. [B] — 7. Berufung von C. F. Stumm in das Herrenhaus.<sup>4</sup> [B] — 8. Einkommensteuernachlaß im 3. Verwendungsgesetz. Auch die 3. und 4. Stufe der Klassensteuer werden erlassen, um namentlich den kleinen Beamten zu nützen [B]. Die Beihilfen zu Volksschullasten sollen auf Vorschlag Bismarcks nach einem gemischten Verteilungsmodus aufgrund Kinderzahl und bisherigen Aufwendungen verteilt werden, um dem ärmeren Land zu helfen [B]. — 9. Gesetzentwurf<sup>5</sup> betr. Hundesteuer; Boetticher zufolge werden Kommunen durch Einführung der Hundesteuer als Kreissteuer [...] bisherige Einnahmen verlieren und dagegen opponieren. [B]

<sup>2</sup> StenBerRT, Session 1881/82, 27.1.1882, S. 1019–1026 (Scholz, E. Richter).

<sup>3</sup> StenBerRT, Session 1881/82, Drucks. Nr. 58; Debatte dazu 11./12.1.1882, S. 530–593 (Annahme 233 gegen 115 Stimmen). Das erst 1890 aufgehobene, sog. Expatriierungsgesetz (Priesterausweisungsgesetz) in RGBl., 1874, S. 45. Vgl. Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 4, S. 724 f.

<sup>4</sup> Vgl. Hellwig, Fritz, C. F. Frh. v. Stumm-Halberg 1836–1901, Heidelberg-Saarbrücken 1936, S. 333 f.

<sup>5</sup> Rep. 151, II Nr. 1008, n. f. (Gesetzentwurf von Puttkamer/Bitter/Lucius/Kameke v. 25.1.1882).

## Nr. 103 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 6. Februar 1882.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 94, Bl. 51–55v; MF 544.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Kameke, Maybach, Bitter, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Scholz, Homeyer.

1. Geheimhaltung im Staatsministerium; Bismarck regt an, daß die Vervielfältigung sekreter Sachen künftig möglichst vermieden und mündliche Besprechung im Staatsministerium angestrebt werden soll.<sup>1</sup> [B] — 2. Stellungnahme zum Beschluß<sup>2</sup> der HH-Kommission, den Gesetzentwurf betr. Fürsorge für die Hinterbliebenen der unmittelbaren Staatsbeamten auch auf staatliche Lehrer anzuwenden; Stellung der einzelnen Parteien des AH dazu ist abzuwarten. [B] — 3. Der Eingabe<sup>3</sup> des Vorstands des Vereins für Beschaffung billiger Wohnhäuser ist möglichst entgegenzukommen. [B] — 4. Auf Anregung Bismarcks wird allen Provinzialbehörden empfohlen, so oft als irgend tunlich, die Verbotsmöglichkeit des § 11 des Reichspressegesetzes von 1874 wahrzunehmen, um Lügen der Oppositionspresse über die Handlungen und Absichten der Regierung [...] zu bekämpfen. [B] — 5. Stellungnahme zur Interpellation<sup>4</sup> E. Richter betr. Höhe der Etatsüberschüsse 1881/82; Bitter wird antworten. [B] — 6. Einflußnahme von Werftbeamten der Kaiserlichen Werft, Danzig bei der Reichstagswahl 1881 zugunsten regierungsfeindlicher Kandidaten; Puttkamer sagt Bismarck Ermittlungen zu. [B] — 7.–8. Zwei Ernennungen. [B] — 9. Verlegung des Berliner Packhofes gebilligt.<sup>5</sup> [B] — 10. Höfeordnung für Westfalen ist auf die vier rheinischen Kreise,

<sup>1</sup> Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 224 f. (Anlaß: ein publik gewordenes Schreiben Bitters betr. den Welfenfonds) u. Bismarck, GW, Bd. 6c, S. 244 sowie Sitzung am 14.2.1886, TOP 5 (gleiche Mahnung Bismarcks).

<sup>2</sup> StenBerHH, Session 1882, Drucks. Nr. 36 (§ 24) u. Debatte am 21.2.1882, S. 51–62 (§ 24 beibehalten).

<sup>3</sup> Sachverhalt und Eingabe konnten in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

<sup>4</sup> StenBerAH, Session 1882, Drucks. Nr. 37; Debatte dazu S. 202–207 (S. 202 f. Antwort Bitter).

<sup>5</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1882, Drucks. Nr. 90; Debatte dazu 2.3.1882, S. 588–597.

in denen das Allg. Landrecht gilt, auszuweiten. [B] — 11. Titelverleihung; L. v. Ranke wird Wirkl.GehR. [B]

**Nr. 104 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 13. Februar 1882.**

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 94, Bl. 56–61v; MF 544.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Kameke, Maybach, Bitter, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Scholz, Homeyer, Barkhausen [zu 8].

1. Verwendung der Revenuen aus dem Welfenfonds pro 1882 bestätigt.<sup>1</sup> [B] — 2. Beschlüsse<sup>2</sup> der AH-Kommission beim Gesetzentwurf betr. Verwendung der Jahresüberschüsse der Staatseisenbahnen sind annehmbar. [B] — 3. Ordenssache. [B] — 4. Volkswirtschaftsrat ist zum 28. Februar 1882 einzuberufen.<sup>3</sup> [B] — 5. Stichtag der Berufsstatistik für die geplante Unfallversicherung ist der 5. Juni 1882.<sup>4</sup> [B] — 6. Sachstand im AH<sup>5</sup> beim 2. Milderungsgesetz zum Kulturkampfabbau. — 7. Kreis- und Provinzialordnung<sup>6</sup> für Schleswig-Holstein; der Provinziallandtag soll sich dazu äußern; gegen OPräs. G. Steinmann hält Puttkamer am hohen Anteil des Großgrundbesitzes in den Kreisvertretungen analog der Kreisordnung von 1872 fest; von Puttkamer gewünschte juristische Qualifikationsvorbildungen für Distriktsbeamte, also Hardsesvögte, Kirchspielvögte, Landvögte, lehnt eine Ministermehrheit zugunsten regierungsseitiger Ernennungsfreiheit ab. [B] — 8. Gesetzentwurf<sup>7</sup> betr. Kirchenverfassung und Kirchengemeinde- und Synodalordnung der evangelisch-reformierten Kirche in Hannover; Ministermehrheit fügt Beschränkungen für das kirchliche Besteuerungsrecht ein; Grund- und Gebäudesteuer ist als Verteilungsmaßstab für kirchliche Lasten [...] ungeeignet.<sup>8</sup> [B] — 9. Weigerung preußischer Provinzialverbände, ihre durch Bundesratsbeschluß<sup>9</sup> festgelegten Verpflichtungen der Reichstelegraphenverwaltung gegenüber zu erfüllen; ministerielle Meinungsverschiedenheit<sup>10</sup> dazu beigelegt. [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 77, CB, Tit. 858 Nr. 14 Bd. 4 (Verwendung d. Welfenfonds 1880–86), hier Bl. 64 ff. (Votum Bitters v. 30.1.82).

<sup>2</sup> StenBerAH, Session 1882, Drucks. Nr. 64 zu Nr. 31 (Gesetzentwurf); Debatte dazu 23.2.1882, S. 429–442.

<sup>3</sup> Vgl. Schultheß 1882, S. 47–55, 76 (Arbeitsprogramm u. Schluß 25.3.1882).

<sup>4</sup> Vgl. Poschinger, Aktenstücke, Bd. 2, S. 76 f. (Bedeutung der Statistik).

<sup>5</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1882, 7./8.2.1882, S. 138–199 (1. Lesung des Gesetzentwurfs).

<sup>6</sup> Rep. 77, Tit. 772 Nr. 39 Bd. 5, n. f. (Febr. 1882; hier auch Bedenken des ProvLT v. 24.3.1882). Vgl. Rep. 77, Tit. 497k Nr. 13, n. f. (1880–90) u. allg. Hauser, Oswald, Provinz im Königreich Preußen, in: Geschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 8, 1. Lieferung, Neumünster 1966, S. 115 ff.

<sup>7</sup> Rep. 77, Tit. 1051 Nr. 2 Bd. 1, Bl. 233–263v (Goßlers Entwurf v. 30.1.1882). Vgl. StenBerHH, Session 1882/83, Drucks. Nr. 10 nebst Anlage sowie GS, 1883, S. 295 ff.

<sup>8</sup> Vgl. BArch, RAAdI, Nr. 114932, Bl. 50–87 (div. Schriftwechsel, u. a. Voten Bismarcks v. 25.5.1883 u. 2.4.1884).

<sup>9</sup> Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1869, 25.6.1869, § 302 u. Drucks. Nr. 88.

<sup>10</sup> Der Inhalt der Meinungsverschiedenheit konnte aus den vorliegenden Akten nicht ermittelt werden.

**Nr. 105 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 22. Februar 1882.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [5] und Korrekturen, Bd. 94, Bl. 62–67; MF 544. — Abschr. [1–4]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 2, Bl. 53–58v.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Kameke, Maybach [zu 4–5], Bitter, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Homeyer [zu 5].*

**1. Stellungnahme zum Antrag<sup>1</sup> R. Virchow betr. Wahrung des Budgetrechts des AH gemäß Art. 62 Verfassung; Gesetzentwürfe betr. Hinterbliebenenfürsorge für Beamte sind keine Finanzgesetzentwürfe gemäß Art. 62 und waren rein aus geschäftlichen Gründen dem HH zuerst vorgelegt. [B] — 2. Antrag<sup>2</sup> W. Dirichlet zur Beschränkung der diskretionären Verwendung der Mittel aus dem Welfenfonds; ist abzulehnen, da der Welfenfonds zur Abwehr welfischer Unternehmungen unentbehrlich bleibt. [B] — 3. Stellungnahme zum Antrage<sup>3</sup> E. K. Knebel betr. Untersuchung zur Lage der Kleinbauern der Rheinprovinz; Lucius wird eingehende Prüfung durch Ressorts zusagen.<sup>4</sup> [B] — 4. Unter den sechs Vorlagen an den Volkswirtschaftsrat sind v. a. Tabakmonopol, Wandergewerbe-Frage und Unfallversicherungsgesetz. — 5. Zwei Disziplinarsachen; Wiederaufnahmeverfahren für Kriminalkommissare Laser und H. v. Schwerin abgelehnt.<sup>5</sup> [B]**

<sup>1</sup> *StenBerAH, Session 1882, Drucks. Nr. 61; Debatte dazu 27.2.1882, S. 527–541 u. 24.3.1882, S. 1181–1189 (S. 530 bis 532 Erklärung Bitters, Antrag abgelehnt). Vgl. StenBerHH, 20.2.1882, S. 32–35 (Friedberg, Bitter) u. Rep. 90a, A VIII 4 Nr. 7 Bd. 1, Bl. 67 ff. (Voten Bismarcks u. Bitters).*

<sup>2</sup> *StenBerAH, Session 1882, Drucks. Nr. 79; Debatte dazu 29.3.1882, S. 1290–1303.*

<sup>3</sup> *StenBerAH, Session 1882, Drucks. Nr. 63; Debatte dazu 1.3.1882, S. 570–585 (S. 573–576 Lucius).*

<sup>4</sup> *Daraus entstand die Untersuchung zur ländlichen Verschuldung; vgl. Sitzung am 16.10.1882, TOP 2 mit Anm.*

<sup>5</sup> *Vgl. Rep. 90, Annex F, Nr. 1623 u. 2818 (Disziplinaruntersuchung 1880/81).*

**Nr. 106 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 24. Februar 1882.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 94, Bl. 68–69; MF 544. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2377, Bl. 53–53v; Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 2, Bl. 60–60v.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Kameke, Maybach, Bitter, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler. — Prot.: Kurowsky [U].*

*Weitere Teilnehmer: Homeyer.*

*Zweites Milderungsgesetz zum Kulturkampfabbau; Stellungnahme zu den Kommissionsberatungen<sup>1</sup> im AH; Bitter verlangt Klarstellung, daß die Erzbischöfe Melchers und Ledochowski von einer Begnadigung [...] ausgeschlossen bleiben [B]; Redaktion der Vorlage im Detail [B].*

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 90, Nr. 2377, Bl. 54–56 die im Prot. genannte Vorlage Goßlers (= Zusammenstellung der in der AH-Kommission beschlossenen Abweichungen vom ursprünglichen Gesetzentwurf).*

**Nr. 107 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 6. März 1882.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen<sup>1</sup>, Bd. 94, Bl. 70–76; MF 544.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Kameke, Maybach, Bitter, Lucius, Boetticher [1–5], Goßler. — Prot.: Homeyer.*

*Weitere Teilnehmer: Herrfurth, E. von den Brincken, Gleim [alle zu 7].*

**1. Titelverleihung.** [B] — **2. Zwei Titelverleihungen.** [B] — **3. Ordenssache.** [B] — **4. Titelverleihung für den Berliner Polizeipräsidenten G. v. Madai, der sein Amt seit 10 Jahren mit glücklichem Erfolge versehen hat und Beförderung [...] nicht erstrebt.** [B] — **5. Freie Eisenbahnfahrt nach Berlin für die Mitglieder des Volkswirtschaftsrats; Maybach setzt Verteilung der Kosten unter die beteiligten Ressortministerien durch.** [B] — **6. Pressepolitik der Staatseisenbahnen nach dem Antrag<sup>2</sup> E. Richter/W. Büchtemann betr. amtliche Inserate und Auslegen von Zeitungen in Bahnhofs-Restaurationen. Maybach wünscht keine zu schroffe Haltung und aus praktischen Rücksichten sogar das Auslegen von oppositionellen Zeitungen, zumal da, wo es, wie im Westen, fast nur oppositionelle Blätter gibt. Puttkamer ist für Festhalten am Staatsministerialbeschuß<sup>3</sup> von 1874. Die Eisenbahnbehörden sind mündlich zu instruieren, daß sie in einer die politische Lage berücksichtigenden Weise operierten.** [B] — **7. Stellungnahme zu den Anträgen<sup>4</sup> R. Stengel u. a. betr. Heranziehung der juristischen Personen, v. a. Firmen, zu Kommunalabgaben in Landgemeinden; lt. Herrfurth verzögert nur die Materialsammlung über Eisenbahngesellschaften das gewünschte Gesetz.** [B] — **8. Antrag W. Dirichlet zum Welfenfonds soll Bitter im AH ablehnen.** [B] — **9. Mitteilungen Goßlers betr. Verhandlungsstand des 2. Milderungsgesetzes zum Kulturkampfabbau im AH.**

<sup>1</sup> Zum nachträglich gestrichenen TOP 10 betr. die Ritterakademie Bedburg vgl. Sitzung am 7.3.1882, TOP 3.

<sup>2</sup> StenBerAH, Session 1882, Drucks. Nr. 36; Debatte dazu 22.2.1882, S. 395–423 (inhaltsreich). Der mit 185 gegen 135 Stimmen angenommene Antrag mißbilligte die Nichtberücksichtigung von Zeitungen aufgrund polit. Gründe.

<sup>3</sup> Vgl. Sitzung am 10.1.1880, TOP 2 mit Anm. sowie Rep. 93, E Nr. 446, n. f. (diverse Einzelfälle 1852–85).

<sup>4</sup> StenBerAH, Session 1882, Drucks. Nr. 84, 97, 98, 102; Debatte 8.3.1882, S. 742–750.

**Nr. 108 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 7. März 1882.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [2], Bd. 94, Bl. 77–97; MF 544/545.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Kameke, Maybach [zu 3–4], Bitter, Friedberg, Lucius [zu 3–4], Boetticher, Goßler. — Prot.: Homeyer.*

*Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Wangenheim, Dannemann [beide zu 2].*

**1. Vier Ernennungen; u. a. wird A. v. Schlieckmann Oberpräsident von Ostpreußen und L. Herrfurth [...] Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern.** [B] — **2. 20 Disziplinarsachen.** [B] — **3. Geplante Verlegung der Rheinischen Ritterakademie von Bedburg nach Aachen.**<sup>1</sup> [B] —

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 89, Nr. 22381, n. f. (Bericht Goßlers v. 15.3.1882 auf Immediatgesuch v. 15.9.1881); Rep. 77, Tit. 1126 Nr. 2 (Bedburg 1850–1892); BArch, RA1, Nr. 114924, Bl. 3–33v (Votum Goßlers) sowie Die Genossenschaft des Rheinischen Ritterbürtigen Adels 1837–1937, Schloß Gemünden (Hunsrück) 1937, S. 21 f. (keine Verlegung).

4. *Lucius teilt seine Abwesenheit zwecks Teilnahme an den Sitzungen des Sächsischen Provinziallandtags mit.*

**Nr. 109 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 12. März 1882.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 94, Bl. 98–105v; MF 545.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Kameke, Bitter, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Spitz [zu 2].*

1. *Stellungnahme zu den Anträgen<sup>1</sup> L. Windthorst betr. Wiederaufnahme staatlicher Leistungen für die katholischen Bistümer bzw. Straffreiheit des Sakramentspendens; da sie verwirrend auf die parlamentarische Lage wirken und die Maigesetzgebung lahm legen würden, sind sie rund und bestimmt abzulehnen.* [B] — 2. *Gesetzentwurf betr. Änderung des Pensionsgesetzes von 1872; die in der AH-Kommission gewünschte Befugnis der Beamten, mit 65 Lebensjahren die Pensionierung zu erlangen, ist annehmbar<sup>2</sup>* [B]; *Rückwirkung des Gesetzentwurfs auf die Pensionsverhältnisse der Offiziere; die von Regierungskommissarien in der HH-Kommission<sup>3</sup> angedeutete Neuregelung auch im Reich war völlig unautorisiert* [B]. — 3. *3. Verwendungsgesetz und Steuererlaß; gegen eventuelle andere Vorschläge im AH ist eng an den Verwendungszwecken des 1. Verwendungsgesetzes von 1880 [...] festzuhalten.*<sup>4</sup> [B] — 4. *Errichtung von Nebengebäuden des Reichstagsgebäudes, speziell Neubau des Wohnhauses des Reichstagspräsidenten<sup>5</sup>; solange die Notwendigkeit eines solchen Gebäudes in den vorgeschlagenen Dimensionen [...] nicht nachgewiesen ist, soll dem Reich, das sich hier nur in der Stellung des Unternehmers befindet, kein Enteignungsrecht zu diesem Zweck verliehen werden.* [B] — 5. *Ordenssache.* [B]

---

<sup>1</sup> *StenBerAH, Session 1882, Drucks. Nr. 113 u. 115 (im Plenum nicht beraten).*

<sup>2</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1882, 24.3.1882, S. 1189–1195 (S. 1192 f. Windthorst, Bitter).*

<sup>3</sup> *Vgl. StenBerHH, Session 1882, Drucks. Nr. 38, S. 3 (Kommissare: Meinecke, Germar, Herrfurth, Haase).*

<sup>4</sup> *Vgl. Rep. 90a, E II 2 Nr. 7 Bd. 2, n. f. (Voten Bitters v. 3.3.1882 u. Puttkamers v. 9.3.1882).*

<sup>5</sup> *Vgl. Rep. 77, Tit. 253a Nr. 8 Bd. 2, Bl. 40 ff. (Stellungnahmen Puttkamers) u. StenBerRT, Session 1881/82, Drucks. Nr. 37.*

**Nr. 110 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 19. März 1882.**

*Vollz. Reinschr., Bd. 94, Bl. 106–111v; MF 545.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer [zu 1–5], Kameke, Maybach, Bitter, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler. — Prot.: Homeyer [U].*

1. *Ordenssache; Ernennung.* [B] — 2. *Rangfolge von Oberpräsident und kommand. General in der Provinz Posen; nach Hofrangreglement hat Oberpräsident den Vorrang, aber Puttkamer will grundsätzlich festhalten, daß in der Provinz das Amt des kommandierenden Generals das höchste*

ist; Wilhelm I. soll entscheiden.<sup>1</sup> [B] — 3. Stand der Beratungen des Volkswirtschaftsrats; das Plenum soll Tabakmonopol und Wandergewerbe-Frage beraten.<sup>2</sup> [B] — 4. Zwei Ernennungen. [B] — 5. 3. Verwendungsgesetz und Steuererlaß<sup>3</sup>; sollte im AH eine Initiative zur näheren Ausführung und Umsetzung ergriffen werden, so ist sie dann zu unterstützen, wenn sie im Sinne des Verwendungsgesetzes liegt. [B]

<sup>1</sup> Vgl. Sitzung am 18.7.1893, TOP 6 mit Anm. (Wiederaufnahme des Themas).

<sup>2</sup> Vgl. Schultheß 1882, S. 67 f., 73, 76 (Ablehnung des Tabakmonopols u. Beschränkung d. Wandergewerbes). Die Verhandlungen sind gedruckt unter dem Titel Protokolle des Volkswirtschaftsrats, Session 1882, Berlin 1882.

<sup>3</sup> Vgl. Rep 90a, E II 2 Nr. 7 Bd. 2, n. f. (Votum Bitters v. 18.3.1882) u. BArch, RK, Nr. 2085, Bl. 166–182 sowie Schultheß 1882, S. 68–72.

## Nr. 111 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 27. März 1882.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 94, Bl. 112–113v; MF 545.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Kameke, Bitter, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler. — Prot.: Kurowsky [U].

1.–2. Vier Ernennungen. [B] — 3. Koadjutor für den Bischof von Kulm<sup>1</sup>; Goßler läßt die Kandidatur von J. Wien, die in Rom auf Widerspruch gestoßen, weil dieser der polnischen Sprache nicht hinreichend mächtig ist, fallen; vielleicht geht aus fünf landesherrlich zu besetzenden Domherrenstellen eine geeignete Persönlichkeit hervor. [B] — 4. Zweites Milderungsgesetz zum Kulturkampfabbau<sup>2</sup>; Goßler will den Antrag<sup>3</sup> von Konservativen und Zentrum auf Aufgabe der Art. 4 und 5 [...] akzeptieren; nach längerer Debatte Beschlußfassung vertagt, um die Meinung<sup>4</sup> Bismarcks einholen zu können.

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 76, IV Sekt. 1a Abt. II Kulm, Nr. 2, Bl. 69 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 2377, Bl. 90 ff.

<sup>3</sup> StenBerAH, Session 1882, Drucks. Nr. 187. Debatte dazu 30.3.1882, hier S. 1342 f. (Art. 4 u. 5).

<sup>4</sup> Vgl. Bismarck, GW, Bd. 6c, S. 250 f. (Schreiben Bismarcks v. 27.3.1882).

## Nr. 112 Sitzung des Staatsministeriums am 3. April 1882.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [6] und Korrekturen, Bd. 94, Bl. 115–126, Anlage<sup>1</sup>: Bl. 127–135v; MF 545/546.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Kameke [zu 3–7], Maybach, Lucius, Friedberg [zu 3–7], Goßler. — Prot.: Homeyer.

Weitere Teilnehmer: Scholz [zu 1–4], H. Frh. v. Wangenheim [zu 6], E. von den Brincken [zu 7].

1. Erlaß des Eides für den neuernannten Fürstbischof von Breslau, R. Herzog. [B] — 2. Ernennung. [B] — 3. Reichstabakmonopol; mehrere deutsche Bundesregierungen behalten sich ihr Votum bis nach den Bundesratsberatungen vor; trotz Ablehnung durch den Volkswirtschaftsrat

<sup>1</sup> Es handelt sich dabei um die mit Begleitschreiben vom 8.4.1882 übersandte, eigenhändige Niederschrift des GehRegR von den Brincken über seinen Vortrag unter TOP 7 der Sitzung.

soll ein Gesetzentwurf<sup>2</sup> beim Bundesrat eingebracht werden.<sup>3</sup> [B] — 4. Novelle<sup>4</sup> zum Zolltarif von 1879, betr. v. a. den Export von Mühlenprodukten; Preußen wird im Bundesrat zustimmen. [B] — 5. Neubau eines Geschäftsgebäudes für das Abgeordnetenhaus<sup>5</sup>; Puttkamer erkennt bestehende Mißstände an, will aber erst prüfen lassen, ob sie durch Erweiterungsbauten oder Anmietung von Räumlichkeiten abzustellen sind. [B] — 6. Neun Disziplinarsachen. [B] — 7. Neueinteilung der Berliner Kommunalwahlbezirke<sup>6</sup>. Lt. Vortrag E. von den Brincken erwägt der Magistrat seit 1878 eine Neuordnung, da die 1854 festgelegten Wahlbezirke nun ungleich sind; aber es besteht eine rechtliche Problematik. Auflösung einer Stadtverordnetenversammlung gemäß § 79 der Städteordnung durch Königliche Verordnung und Neuwahlen in neuen Wahlbezirken sieht das Innenministerium als geeigneten Weg an; die Stadtverordneten erblicken darin aber lediglich den Charakter einer Strafbestimmung; Magistrat und Stadtverordnete sind uneins über Umsetzung der Neueinteilung.

<sup>2</sup> Rep. 90, Nr. 1471, n. f. (Gesetzentwurf, Druck, 22 S., Verhandlungen d. Volkswirtschaftsrats, Voten). Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1881/82, Drucks. Nr. 46; Beschluß Sitzung v. 22.4.1882, § 205. Debatte dazu im RT, Session 1881/82, 10./12./13.5.1882, S. 104–197. Vgl. Schultheß 1882, S. 86–88 und S. 109 ff. (Ablehnung im RT).

<sup>3</sup> Vgl. Fuchs, Walther Peter (Hrsg.), Großherzog Friedrich I. von Baden und die Reichspolitik 1871–1907, Bd. 2, Stuttgart 1975, S. 176 f. u. Poschinger, Bismarck und der Bundesrat, Bd. 5, S. 94–102.

<sup>4</sup> StenBerBundesR, Jg. 1881/82, Drucks. Nr. 47; Beschluß Sitzung 26.4.1882, § 210; erneuter Beschluß § 275, da die Vorlage im Reichstag modifiziert wurde; StenBerRT 9.6.1882, S. 305–323.

<sup>5</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 496a Nr. 79 Bd. 2, Bl. 102 ff. (u. a. Beratung von AH, HH u. Regierung am 23.1.1882, Voten Bitters u. Puttkamers) u. BArch, RAdI, Nr. 114923, n. f. (v. a. Voten 1882–91).

<sup>6</sup> Vgl. Rep. 89, Nr. 14502, Bl. 53 ff. (u. a. Immediatberichte, Protest Berlins v. 11.6.1882, Auflösungsordre v. 23.4.1883); Rep. 77, Tit. 227a Nr. 75 Bde. 3 u. 4 (umfassende Akten für 1882–83); Schultheß 1882, S. 107 u. 155; Heffter, Selbstverwaltung, S. 706; StenBerAH, Session 1882/83, 27.6.1883, S. 2183–2201 (Sicht von Konservativen, Freisinn u. Puttkamer auf den Hergang). Die Frage stand im Zusammenhang mit dem von Bismarck 1881 initiierten Kampf gegen den sog. „Fortschrittsring“ in der Berliner Stadtverwaltung und den Erfolgen der antisemitischen Berliner Bewegung Stöckers v. a. unter den Wählern der 3. Klasse, die von der Neuordnung profitieren sollten.

## Nr. 113 Sitzung des Staatsministeriums am 17. April 1882.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 94, Bl. 136–145; MF 546.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Kameke, Maybach, Bitter, Lucius, Friedberg, Boetticher, Gößler. — Prot.: Homeyer [U].

1. Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Vertretung des Lauenburgischen Landeskommunalverbandes, somit eine Kreisordnung für das Herzogtum Lauenburg, wird gebilligt. [B] — 2. Antrag<sup>2</sup> E. Richter betr. Steuererleichterungen; ist als Wahlmanöver der Fortschrittspartei abzulehnen. [B] — 3. Eröffnung der Reichstagssession am 27.4.1882; soll in vereinfachter Form im Reichstagsgebäude erfolgen.<sup>3</sup> [B] — 4. Adelsverleihung an den jüdischen Berliner Bankier J. Landau durch Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg-Gotha<sup>4</sup>; Bismarck und Puttkamer sehen die Anerkennung des verliehenen Freiherren-Titels durch Preußen als Prinzipienfrage an; keine Anerkennung, da Landau u. a.

<sup>1</sup> BArch, RAdI, Nr. 114926, Bl. 213–229. Vgl. StenBerAH, Session 1882, Drucks. Nr. 205; Debatte dazu 22.4.1882, S. 1519–1532 (abgelehnt). Zum Fortgang vgl. StenBerAH, Session 1882/83, 23.11.1882, S. 73–84 u. Puttkamer, Puttkamer, S. 98 f. Vgl. Rep. 77, CB Tit. 859 Nr. 129 (Briefwechsel Bismarck-Puttkamer betr. polit. Verhältnisse).

<sup>2</sup> StenBerAH, Session 1882, Drucks. Nr. 150 (nicht beraten).

<sup>3</sup> Vgl. StenBerRT, Session 1882/83, 27.4.1882, S. 1 f. (Eröffnungsrede Boettichers).

<sup>4</sup> Vgl. Rep. 77, CB Tit. 859 Nr. 92 (Bismarck gegen Landau, div. Berichte, u. a. des Handelsministers von 1876).



*unehrenhafte Geldgeschäfte betrieben haben soll.* [B] — **5. Pressepolitik**<sup>5</sup>; Puttkammer will, um erweiterten Einfluß auf die Provinzial-Presse zu gewinnen, eine neue Zentralstelle im Innenministerium errichten, die regierungsfreundliche Blätter mit Priorität mit geeigneten Nachrichten versieht; Idee gebilligt, wobei aber größere Artikel weiterhin direkt z. B. an Post und Norddeutsche Allgemeine Zeitung geliefert werden dürfen.<sup>6</sup> [B] — **6. Zweites Milderungsgesetz zum Kulturkampfabbau**<sup>7</sup>. Bitter will im Herrenhause auf Beseitigung der Gleichstellung der Seminare mit den Universitäten, die das AH in Art. 3 brachte, hinwirken. Friedberg ist bereit, die Streichung der Art. 4 und 5 durch AH hinzunehmen, verlangt aber Wiederherstellung der Regierungsvorlage in Art. 1 und 2 im HH. Ministermehrheit will im HH gegen die Gleichstellung der Seminare gemäß Art. 3 und für eine Verlängerung der Geltungsdauer des Gesetzes in Art. 1 kämpfen.<sup>8</sup> [B]

<sup>5</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 2414 (1882); Rep. 77, Tit. 945 Nr. 1 Bd. 1 (Verfügung betr. aml. Inserate, Memorandum betr. Reorganisation d. Lokalpresse, Einführung „Neueste Mitteilungen“ 1882); Rep. 2.3.3.5, Nr. 172 (Schriftwechsel u. Abonnenten-Listen d. Provinzialkorrespondenz 1876–82); Stöber, Rudolf, Bismarcks geheime Presseorganisation von 1882, in: HZ 262 (1996), S. 423–451; Nöth-Greis, Gertrud, Das Literarische Büro als Instrument der Pressepolitik, in: J. Wilke (Hrsg.), Pressepolitik und Propaganda, Köln 1997, S. 1–78, bes. S. 29 ff. u. Anderhub, Verwaltung, S. 137–142 sowie Groth, Otto, Die Zeitung, Bd. 2, Mannheim u. a. 1929, S. 214–216.

<sup>6</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 53 Nr. 65 Bd. 5, hier Bl. 103 ff. (Landgerichtspräsident Holtze weigert sich, die gerichtlichen Wirtschaftsnachrichten von der freisinnigen „Nordhäuser Zeitung“ auf den konservativen „Nordhäuser Courier“ zu übertragen).

<sup>7</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 2377, Bl. 111–113 (Votum Bismarcks v. 13.4.1882).

<sup>8</sup> Vgl. StenBerHH, Session 1882, Drucks. Nr. 82; Debatte dazu 1./2.5.1882, S. 192–230.

## Nr. 114 Sitzung des Staatsministeriums am 18. April 1882.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [5–6] und Korrekturen, Bd. 94, Bl. 146–188; MF 546/547. — Abschr. [1–4]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 2, Bl. 101–113v.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Kameke, Maybach, Bitter [zu 1], Lucius [zu 1–4], Friedberg, Boetticher [zu 1–4], Goßler. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: R. v. Bitter [zu 1], Bahlmann [zu 1–2], Boediker [zu 1], Forch [zu 2], Pochhammer, Th. Frh. v. Wilmowski [beide zu 5], H. Frh. v. Wangenheim [zu 6].

**1. Novelle**<sup>1</sup> zur Gewerbeordnung. *Spezialdiskussion*, wobei lt. R. v. Bitter bzw. Boetticher die ganze Tendenz der vorliegenden Novelle dahin geht, den Hausiergewerbebetrieb möglichst einzuschränken, aber für die ärmere ländliche Bevölkerung das Feilbieten von selbstverfertigten Waren zu erlauben. Wünsche Bayerns betr. gewerbsmäßige Auskunftserteilung und Vermittlung und gegen Kolportage der Revolver- und Skandalpresse werden abgelehnt, da im RT aussichtslos [B]. Diverse Detail-Wünsche Sachsens, Württembergs und Badens werden gleichfalls abgelehnt [B]. Approbationen für Ärzte sollen künftig ruhen, solange als dem Inhaber die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind [B]. Bayerische Wünsche nach weiterer Restriktion des Wandergewerbes wie auch der Antrag<sup>2</sup> Bayerns betr. Einführung von Arbeitsbüchern schon bei Arbeitern unter 21 Jahren werden abgelehnt, die Novelle gebilligt [B]. — **2.** Einführung des Groschen-Sparsystems im Kreis Greifswald und der Stadt Posen; staatliche Genehmigung dazu ist nicht nötig. [B] — **3.** Gesetzentwurf betr. Hundesteuer in der AH-Kommission; Puttkamers Vorschläge hinsichtlich

<sup>1</sup> Rep. 90, Nr. 1652, Bl. 3–33 (Druck), ebd. Voten, Verhandlungen des Volkswirtschaftsrats, Zusammenstellung der einzelstaatlichen Wünsche. Vgl. Rep. 77, Tit. 307 Nr. 77 Bd. 12 (Gewerbeordnung 1881/82), StenBerBundesR, Jg. 1881/82, Drucks. Nr. 44; Beschluß Sitzung am 24.4.1882, § 204 u. StenBerRT, Session 1882/83, 5./8.5.1882, S. 16–34, 46–67.

<sup>2</sup> StenBerBundesR, Jg. 1882, Drucks. Nr. 50 (darin auch weitere im Prot. genannte Wünsche).

der Steuersätze gebilligt.<sup>3</sup> [B] — 4. Resolution<sup>4</sup> nach Freifahrkarten für MdH auf den Staatsbahnen zwischen Berlin und den Wohnorten; obwohl dies kaum der Würde und dem Ansehen des Herrenhauses entspricht, ist dem fast einstimmigen Beschlusse Folge zu geben, um nicht in eine schiefe Stellung zum HH zu geraten. [B] — 5.–6. 21 Disziplinar- und Pensionsachen. [B] — 7. Stellungnahme zu den AH-Beschlüssen zum Gesetzentwurf betr. Hinterbliebenenfürsorge für Beamte vertagt.

<sup>3</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1882, Drucks. Nr. 196 u. Rep. 151, II Nr. 1008, n. f. (Votum Puttkamers v. 14.4.1882) sowie AH-Sitzungen am 1.5. u. 4.5.1882, S. 1675–1704 u. 1746–1748 (unerledigt).

<sup>4</sup> Vgl. StenBerHH, Session 1882, Drucks. Nr. 67 u. 68; Debatte dazu 29.3.1882, S. 152–154. Vgl. Rep. 77, Tit. 496a Nr. 23 Bd. 2, n. f. (StenBerHH 24.6.1876, S. 434–436, 18.2.1881, S. 179–182, Immediatbericht 5.5.1882).

## Nr. 115 Sitzung des Staatsministeriums am 23. April 1882.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 94, Bl. 189–194v; MF 547.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Bitter, Lucius, Friedberg, Boetticher, Gofßler. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Kersandt [zu 7], Stoelzel [zu 8].

1. Ernennung. [B] — 2. Stellungnahme zu den AH-Beschlüssen<sup>1</sup> beim Gesetzentwurf betr. Schäfereiwesen; Lucius erbittet Zustimmung. — 3. Eröffnung der Reichstagsession am 27.4.1882; Eröffnungsrede. — Mitteilung der Beschlüsse<sup>2</sup> der Bundesratsausschüsse über die Gewerbeordnungsnovelle. — 4. Gesetzentwürfe<sup>3</sup> betr. Unfall- und Krankenversicherung; Vorlegung an den Bundesrat gebilligt. [B] — 5. Ordenssache. [B] — 6. Gesetzentwurf<sup>4</sup> betr. Einsetzung von Bezirkseisenbahnräten und eines Landeseisenbahnrats im AH; Maybachs Erklärung dazu wird gebilligt. [B] — 7. Neue Prüfungsordnung<sup>5</sup> für Ärzte; Votum Gofßlers dazu findet Zustimmung. [B] — 8. Stellungnahme zu den AH-Beschlüssen<sup>6</sup> zum Gesetzentwurf betr. Fürsorge für die Hinterbliebenen der unmittelbaren Staatsbeamten. Lehrer sind einzu-beziehen. Bitter lehnt die vom AH in § 21 gewünschte Bevorzugung der ehem. hessischen Beamten ab, da Preußen dem analogen neuen Reichsgesetz<sup>7</sup> folgt und er hier die Einheit des preußischen und des Reichsrechts wahren will. Friedberg ist für die Fassung von AH und HH, zumal sonst in Hessen-Nassau große Mißstimmung drohe; Ministermehrheit optiert für Linie Bitters und Kampf gegen § 21. [B]

<sup>1</sup> StenBerAH, Session 1882, 20.4.1882, S. 1427–1430.

<sup>2</sup> StenBerBundesR, Jg. 1882, Drucks. Nr. 51.

<sup>3</sup> StenBerBundesR, Jg. 1882, Drucks. Nr. 43, 45.

<sup>4</sup> StenBerAH, Session 1882, Drucks. Nr. 18 u. Nr. 211 (Kommissionsbeschlüsse); Debatte dazu 24.4.1882, S. 1533 bis 1566 (S. 1535, 1555, 1562 f. Erklärungen Maybachs).

<sup>5</sup> Vgl. Rep. 76, VIII A Nr. 598, n. f. (Voten, Gutachten); StenBerBundesR, Jg. 1883, Drucks. 50; Beschluß Sitzung am 2.6.1883, § 272. Vgl. Huerkamp, Claudia, Der Aufstieg der Ärzte im 19. Jahrhundert, Göttingen 1985, S. 81–87.

<sup>6</sup> StenBerAH, Session 1882, Drucks. Nr. 186.

<sup>7</sup> RGBl. 1881, S. 85.

**Nr. 116 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 27. April 1882.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 94, Bl. 195–200v; MF 547.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Kameke, Bitter, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler. — Prot.: Homeyer.*

*Weitere Teilnehmer: Scholz, K. Hammer [zu 3], v. Pentz [zu 3], Meinecke [zu 3].*

**1.–2. Zwei Ernennungen.** [B] — **3. Gesetzentwurf**<sup>1</sup> *betr. Fürsorge für die Hinterbliebenen von Militärangehörigen im Bundesrat*<sup>2</sup>. *Eine Befreiung der unverheirateten Offiziere, Ärzte und Beamten ohne das zum Heiratskonsens ausreichende Vermögen sowie von katholischen Militärpfarrern von Witwen- und Waisengeldbeiträgen lehnt Bitter ab; da das Staatsministerium früher<sup>3</sup> im Bundesrat zur Heranziehung von Unverheirateten zu Witwen- und Waisengeldbeiträgen gezwungen wurde, will er jetzt nicht von diesem Grundsatz abweichen, bestenfalls für gering besoldete Offiziere der untersten Chargen eine Ausnahme machen. Scholz und Kameke sind für Befreiung. Bitter beklagt, daß der Gesetzentwurf ohne vorherige Mitteilung an die preußische Regierung bei dem Bundesrat eingebracht wurde. UStS Meinecke zufolge ist das Dilemma, daß auch niedrig besoldete Zivilbeamte [...] am Heiraten verhindert sind, aufzulösen, indem man offen sagt, Offiziere sind in einer exzeptionellen Lage, insofern sie sich Standesansprüchen nicht entziehen können. Befreiung der Offiziere, Ärzte und Beamten soll bleiben; Befreiung der Militärpfarrer ist im Bundesrat zu bekämpfen.* [B]

<sup>1</sup> *BArch, RAAd, Nr. 114944, n. f. (u. a. Votum Bitters v. 26.4.1882).*

<sup>2</sup> *Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1882, Drucks. Nr. 48 (Gesetzentwurf); Beschluß Sitzung v. 8.5.1882, § 226. Vgl. StenBerRT, Session 1882/83, 10.6.1882, S. 329–335 (Debatte).*

<sup>3</sup> *Vgl. Sitzung am 23.3.1880, TOP 1.*

**Nr. 117 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 5. Mai 1882.**

*Reinschr., Bd. 94, Bl. 201–202; MF 547.*

*Anwesend: Puttkamer [V], Kameke, Maybach, Bitter, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

**1. Ernennung.** [B] — **2. Titelverleihung.** [B] — **3.–4. Drei Ernennungen.** [B] — **5. Geschäftliche Lage der Reichstagssession 1882/83 und der Landtagssession 1882.** *Da im RT und LT auch bei den regierungsfreundlichen Parteien die größte Abneigung gegen das fernere Nebeneinandertagen<sup>1</sup> beider Körperschaften besteht, soll der LT baldmöglichst geschlossen werden; deshalb läßt Puttkamer die Kreis- und Provinzialordnung für Hannover aus Zeitmangel fallen; Maybach und Bismarck verzichten auf Durchberatung der Kanalvorlage<sup>2</sup>. Die Kreisordnung für das Herzogtum*

<sup>1</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1882, 21.4.1882, S. 1494–1496 u. 2.5.1882, S. 1732–1737 (Debatte betr. Zusammentagen, S. 1733 Erklärung Puttkamers) sowie StenBerRT, Session 1882/83, 5.5.1882, S. 34–38.*

<sup>2</sup> *StenBerAH, Session 1882, Drucks. Nr. 190 (Kanalvorlage). Vorentwürfe in: Rep. 90a, N III 2 Nr. 1 Bd. 2, n. f. (Febr./März 1882).*

*Lauenburg soll noch beraten werden*<sup>3</sup>. Einverständnis Bismarcks mit diesem Vorgehen ist einzuholen.<sup>4</sup> [B]

<sup>3</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1882, 11.5.1882, S. 1771–1777 (abgelehnt)*.

<sup>4</sup> Vgl. *Bismarck, GW, Bd. 6c, S. 254 f. (zustimmendes Schreiben Bismarcks v. 6./8.5.1882)*.

## **Nr. 118 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 7. Mai 1882.**

*Reinschr., Bd. 94, Bl. 203–204; MF 547.*

*Anwesend: Puttkamer [V], Maybach, Bitter, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

**1.** *Landtagssession 1882; Bismarck ist mit dem baldigem Schlusse des Landtags einverstanden; Puttkamer möchte in der Schlußsitzung das AH, das den Vorlagen der Regierung zum Teil die gebührende Beachtung versagt hat, gerügt sehen; Ministermehrheit optiert für kurze Schlußrede<sup>1</sup> [...] ohne Polemik, die das Nichterreichte bedauert.* [B] — **2.** *Glückwunschatadresse des Staatsministeriums an Wilhelm I. zur Geburt seines Urenkels Wilhelm.*<sup>2</sup> [B]

<sup>1</sup> *Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 6 Bd. 4, n. f. Druck: StenBerAH, Session 1882, 11.5.1882, S. 1779. Die genannte Akte enthält i. d. R. nur den jeweils letzten Entwurf der Thronreden mit Detail-Korrekturen, sonst v. a. Abschriften der entsprechenden TOP u. Drucke, die den StenBerAH entsprechen. Vgl. Sitzung am 24.10.1879, TOP 2 mit Anm.*

<sup>2</sup> *Am 6.5.1882 war der erste Sohn Wilhelms II., der spätere Kronprinz Wilhelm geboren worden.*

## **Nr. 119 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 9. Mai 1882.**

*Reinschr., Bd. 94, Bl. 205–206v; MF 547. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 6 Bd. 4, n. f.*

*Anwesend: Puttkamer [V], Kameke, Maybach, Bitter, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Schlußrede zur Landtagssession 1882 wird redigiert; nach Boetticher entspringt die Idee des Tadels des AH darin nur dem Wunsche Bismarcks; Ministermehrheit möchte eine unnötige [...] Schärfe des Ausdrucks vermeiden, denn Erteilung einer Zensur wäre wohl passend bei einer Auflösung, nicht bei einer Schließung der Session; man würde sich sonst die nächsten Wahlen verderben; Schlußrede wird als Erklärung des Staatsministeriums konzipiert, um nicht die Person Wilhelms I. hineinzuziehen.* [B]

**Nr. 120 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 11. Mai 1882.**

*Vollz. Reinschr., Bd. 94, Bl. 208–209v; MF 547*

*Anwesend [U]: Puttkamer, Kameke, Bitter, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler. — Prot.<sup>1</sup>: Goßler.*

**1.** Landesherrliche Anerkennung für F. K. Drobe als Bischof von Paderborn soll unter Erlaß des Eides erfolgen. [B] — **2.** Immediatgesuch<sup>2</sup> des Domkapitels zu Limburg um Wiedereinsetzung des 1876 abgesetzten Bischofs P. J. Blum zum Bischofsjubiläum Ende Mai 1882; lehnt Goßler ab, da Erfüllung aufgrund des 2. Milderungsgesetzes zu kurzfristig wäre und Bitte eines Domkapitels keinen geeigneten Anlaß bildet. [B]

<sup>1</sup> *Es handelt sich um einen der wenigen Fälle, wo ein Minister das ganze Protokoll selbst führte.*

<sup>2</sup> *Konnte nicht nachgewiesen werden, da die Akte betr. das Limburger Domkapitel (Rep. 76, IV Sekt. 1a Abt. II Spec. Limburg Nr. 3 Bd. 1) nicht überliefert ist. Vgl. aber Gatz (Hrsg.), Bischöfe, S. 61 f. (mit Lit.).*

**Nr. 121 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Mai 1882.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 94, Bl. 211–216v; MF 548.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach [zu 4–6], Lucius, Friedberg, Goßler [zu 3–6]. — Prot.: Homeyer.*

**1.** Ernennung. [B] — **2.** Landrat A. v. Bennigsen-Förder, Krs. Hgztm. Lauenburg ist in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen, da seine Stellung nach der Debatte im AH<sup>1</sup> unhaltbar ist. [B] — **3.** Gründung der Breslauer ‘Ferdinand-Lassalle-Stiftung’ zur Unterstützung von Arbeitern und Handwerkern; trotz des Namens ist die landesherrliche Genehmigung zu erteilen.<sup>2</sup> [B] — **4.** Maßnahmen gegen Überflutung des preußischen Staatsgebietes mit nach den Progromen auswandernden russischen Juden<sup>3</sup>; Puttkamer plant Paßerleichterungen, sofern das Berliner jüdische Comité unter H. Makower die Durchbeförderung von der Ost- zur Westgrenze ohne Unterbrechung garantiert; Weiterverbreitung von Krankheiten wie Pocken und Flecktyphus soll durch ärztliche Kontrolle an Grenzstationen verhindert werden. [B] — **5.** Sanktionierung des 2. Milderungsgesetzes zum Kulturkampfabbau durch Wilhelm I.; lt. Goßler ist der Wert des im AH modifizierten Gesetzes nicht zu überschätzen, aber ein befriedigendes Resultat erzielt.<sup>4</sup> [B] — **6.** Titelverleihung; der Charakter als Vizepräsident an den abgehenden Direktor der Oberrechnungskammer, Kaddatz, ist nicht angemessen, da er eine amtliche Stellung bezeichnet [B]. — Bei Ernennungen, Rangerhöhungen und Ordensverleihungen für Räte der Oberrechnungskammer zeichnet gemäß § 2 des Gesetzes vom 27. März 1872 allein der Ministerpräsident gegen; er übt diese Prerogative nur bei eigenen Zweifeln erst nach Befragung des Staatsministeriums aus. [B]

<sup>1</sup> *StenBerAH, Session 1882, 22.4.1882, S. 1519–1530 (1520, 1522 Berling, Puttkamer). Vgl. Rep. 77, Nr. 5447, Bl. 44–91 (Bennigsen-Förder, Ermittlungen gegen Berling), Rep. 77, CB Tit. 859 Nr. 129, Bl. 2 ff. (Bismarck protegirt Bennigsen-Förder) u. Fenske, Hans, Der Landrat als Wahlmacher in: Die Verwaltung 12 (1979), S. 433–456 (aufgrund Akten des Landesarchivs Schleswig u. BArch, RK, Nr. 652).*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 77, Tit. 1052b, Schlesien Nr. 107 (div. Schriftwechsel 1882 bis zur Auflösung der Stiftung 1935).*

<sup>3</sup> *Vgl. Sitzung am 22.5.1881, TOP 2 mit Anm.*

<sup>4</sup> *Vgl. Rep. 90, Nr. 2377, Bl. 167–171 (Immediatbericht v. 29.5.1882) u. Rep. 89, Nr. 22809, Bl. 308 ff. (Bericht Goßlers).*

## Nr. 122 Besprechung des Staatsministeriums am 25. Mai 1882.

*Vollz. Reinschr., Bd. 94, Bl. 217–218; MF 548. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 2, Bl. 128–128v.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Kameke, Maybach, Friedberg, Goßler. — Prot.: Homeyer.*

*Pressepolitik anlässlich des russischen diplomatischen Protests gegen die antirussische Publizistik des Hamburger Senatssekretärs J. v. Eckardt<sup>1</sup>; Puttkamer will ihn für die preußische Pressepolitik gewinnen; gebilligt. [B]*

<sup>1</sup> *Vgl. zur Publizistik Eckardts NDB, Bd. 4, S. 282, Biographisches Jahrbuch, 13, 1910, S. 142–145 sowie Eckardt, Julius v., Lebenserinnerungen, Bd. 2, Leipzig 1910, S. 66 ff. Eckardt wurde zum 1.7.1882 als GehRegR im Berliner Polizeipräsidium zuständig für Pressewesen und trat 1884 als Hilfsarb. in das Auswärtige Amt ein.*

## Nr. 123 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 10. Juni 1882.

*Vollz. Reinschr. mit hs. Korrekturen, Bd. 94, Bl. 219–227v; MF 548.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Kameke [zu 3–8], Maybach, Bitter, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler. — Prot.: [Homeyer].*

*Weitere Teilnehmer: Scholz.*

**1.** Wiederaufnahme der Staatsleistungen für den preußischen Anteil der Erzdiözese Freiburg; gebilligt, da J. B. Orbin ein genehmer Erzbischof ist.<sup>1</sup> [B] — **2.** Ernennung. [B] — **3.** Gegenzeichnung des Immediatberichts<sup>2</sup> betr. Revision des Titularbuchs für den Verkehr der Allerhöchsten Personen mit anderen Souverainen durch das Staatsministerium; obwohl Zivil- und Militärkabinett die Notwendigkeit dazu verneinen, wird Bismarck als Außenminister gegenzeichnen. [B] — **4.** Ernennung. [B] — **5.** Geplante Interpellation<sup>3</sup> L. Windthorst betr. Beschlußnahme des Bundesrats zu seinem Initiativgesetzentwurf betr. Aufhebung des Gesetzes wegen Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern; Preußen wird im Bundesrat gegen den Initiativgesetzentwurf stimmen. [B] — **6.** Gesetzentwurf<sup>4</sup> betr. Ausdehnung der Wirksamkeit des nassauischen evangelischen Zentralkirchenfonds sowie der Pfarrwitwen- und Waisenkasse auf die vormals hessischen Teile des Konsistorialbezirks Wiesbaden; da die Staatsregierung vorher erklärt hat, der im AH von 5000 auf 7000 M. erhöhte Staatszuschuß gefährde das Zustandekommen des Gesetzes, ist der Gesetzentwurf jetzt nicht zu sanktionieren, denn die Staatsregierung läßt sich nicht vom AH zu einer ungerechtfertigten Bewilligung drängen. [B] — **7.** Pensionsnovelle<sup>5</sup> soll auch auf vor dem

<sup>1</sup> *Die Akten zur Diözese Freiburg sind in Rep. 76, IV Sekt. 1a Abt. II Spec. Freiburg Nr. 1 nicht überliefert; vgl. aber Rep. 89, Nr. 22914, Bl. 36–38. – Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 230 f. referiert weitere Ausführungen Bismarcks zur Kirchenpolitik, und Goßler bezieht sich in der Sitzung am 30.6.1882, TOP 2, Bl. 232v auf seine – nicht protokollierten – Ausführungen zur Wiedereinsetzung von Erzbischof Melchers. Lucius' Bericht kommt somit hier wie generell hohe Authentizität zu.*

<sup>2</sup> *Rep. 89, Nr. 913, Bl. 211–215. Vgl. Rep. 84a (M), Nr. 3400 (Titularbuch von 1888/92, 180 S.).*

<sup>3</sup> *StenBerRT, Session 1882/83, Drucks. 98; Debatte dazu 13.12.1882, S. 749–756 (Boetticher teilt ablehnenden Beschluß des Bundesrats vom 5.7.1882 mit). Vgl. Sitzung am 29.1.1882, TOP 5 mit Anm.*

<sup>4</sup> *BArch, RA dI, Nr. 114918, Bl. 138–148 (ebd. auch Voten). Vgl. StenBerAH, Session 1882, Drucks. Nr. 8; Debatte dazu 18.4.1882, S. 1378–1385 (S. 1385 Barkhausen).*

<sup>5</sup> *Vgl. Sitzung am 12.1.1882, TOP 10 mit Anm.*

1. April 1882 verfügte, *aber erst danach in Kraft tretende Pensionierungen angewandt werden*. [B] — **8.** Meinungsverschiedenheit zwischen Bismarck und Bitter über Umzugskosten-Vergütung für aus dem Reichs- bzw. Elsaß-Lothringischen Landesdienst in den preußischen Staatsdienst zurücktretende Beamte<sup>6</sup>. Bitter votiert gegen zusätzliche Tagegelder und Reisekosten, da Beamte gern in ihr Vaterland zurückkehrten. Bismarck wünscht Gleichstellung der elsäß-lothringischen Beamten mit versetzten preußischen und eine auf Assimilierung der Reichslande zielende Politik. Bitter fügt sich. [B]

<sup>6</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 184 Nr. 224 Bd. 1, Bl. 64–76v (Voten Bismarcks und Bitters).

## Nr. 124 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 18. Juni 1882.

Vollz. Reinschr., Bd. 94, Bl. 228–231v; MF 548.

Anwesend [U]: Bismarck, Puttkamer, Kameke, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler. — Prot.: Homeyer [U].

**1.** Neuwahlen des AH sollen am 12. bzw. 19. Oktober 1882 stattfinden. [B] — **2.** Neueinteilung der Berliner Kommunalwahlbezirke und Auflösung der Stadtverordneten-Versammlung; Wilhelm I. ist dafür.<sup>1</sup> [B] — **3.** Grundsätze<sup>2</sup> der Dispensation im Ausland vorgebildeter und ausländischer kath. Geistlicher von den Erfordernissen der Vorbildung für ein geistliches Amt werden gebilligt; Bismarck hält die Frage der in polnischen Landesteilen anzustellenden Geistlichen polnischer Nationalität für schwerer wiegend als die Jesuitenfrage. [B] — **4.** Verlängerung der Provinzialsynodal-Periode für Westfalen und die Rheinprovinz wird gebilligt. [B] — **5.** Titelverleihung; Generalarzt Prof. Dr. B. v. Langenbeck wird Wirkl.GehR. [B] — **6.** Ordenssache; Prof. L. Pasteur erhält Friedensklasse des Ordens pour le mérite. [B] — **7.** Fall Landgerichtsrat G. Schrader, Frankfurt und Haltung gegenüber der Fortschrittspartei; Schrader soll, obwohl vom Dienstvorgesetzten befürwortet, nicht Oberlandesgerichtsrat werden, da lt. Bismarck ein Beamter, welcher einer der Staatsregierung so entschieden entgegenstehenden Partei angehört, nicht in höhere Staatsstellen befördert werden darf.<sup>3</sup> [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 227a Nr. 75 Bd. 4, Bl. 2 (Puttkamer-Antwort auf Immediatvorstellung Berlins).

<sup>2</sup> BArch, RAdI, Nr. 114925, Bl. 131 f. (keine Entbindung für Absolventen staatlich nicht anerkannter Priesterseminare, von Jesuiten-Anstalten u. besondere Vorsicht bei Polen). Vgl. Rep. 76, IV Sekt. 1 Abt. XII Nr. 6 Bde. 4–5 (Fälle).

<sup>3</sup> Vgl. Ormond, Richterwürde und Regierungstreue, S. 416–418 (Fall Schrader im Kontext der Entwicklung).

## Nr. 125 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Juni 1882.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [5] und Korrekturen, Bd. 94, Bl. 232–237, 245–260, Anlage: Bl. 238–244; MF 548/549.

Anwesend: Puttkamer [V], Kameke [zu 1–3, U], Lucius [U], Friedberg [U], Boetticher [zu 1–2, U], Goßler [U]. — Prot.: Homeyer.

Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky, v. Pentz, Rapmund [alle zu 3], Rothe [zu 4], H. Frh. v. Wangenheim, Rieth, Th. Frh. v. Wilmowsky, Gleim [alle zu 5].

1. Titelverleihung. [B] — 2. Petition<sup>1</sup> *rheinischer Katholiken betr. Wiedereinsetzung des abgesetzten Kölner Erzbischofs Melchers; lt. Lucius kann dies zu Veränderungen im Bestande des Staatsministeriums führen; auch Goßler und Puttkamer sind gegen Begnadigung von Melchers und Ledochowski.* [B] — 3. Grundsätze<sup>2</sup> *betr. Besetzung von Subalternbeamten-Stellen bei Reichs- und Staatsbehörden mit Militäranwärtern; Detail-Diskussion, u. a. zur Frage, ob auch künftig Offiziere in Stellen, die eigentlich den Militäranwärtern zustehen, anzustellen sind; Grundsätze werden gebilligt.* [B] — 4. Gesetzentwurf<sup>3</sup> *betr. Forstschutz im Regierungsbezirk Wiesbaden; Monita mehrerer Minister wurden in der Neufassung berücksichtigt, u. a. das Vorschlagsrecht der Gemeinden bei Anstellung der Forstschutzbeamten beschränkt; Gesetzentwurf ist dem Provinziallandtag des Regierungsbezirks Wiesbaden<sup>4</sup> vorzulegen.* [B] — 5. 16 Disziplinarsachen. [B]

<sup>1</sup> Vgl. Schultheß 1882, S. 140, 147 (Petition abgelehnt) sowie Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S.234 f., 237 f. (Gerüchte, daß Goßler Melchers begnadigen wolle).

<sup>2</sup> Rep. 77, Tit. 184 Nr. 184 Bd. 6, Bl. 178–206v (Druck v. 1882, 44 S., vom Bundesrat angenommen 7./28.3.1882); in der Akte auch Voten u. Schriftwechsel. Desgleichen in: Rep. 90, Nr. 514. Vgl. dazu die Anlage (auf Bl. 238–244) u. Schultheß 1882, S. 162 f. (mehr Militäranwärter in zivile Stellen).

<sup>3</sup> Vgl. Verhandlungen des 15. Kommunal-Landtags des Regierungsbezirks Wiesbaden v. 10.–28.4.1883, Wiesbaden 1883, Anlage Nr. 5 (Gesetzentwurf) und Nr. 121 (Kommissionsbericht empfiehlt Ablehnung).

<sup>4</sup> Gemeint sein muß: dem Kommunal-Landtag des Regierungsbezirks Wiesbaden.

## Nr. 126 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Juli 1882.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [10] und Korrekturen, Bd. 94, Bl. 261–270; MF 549.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Lucius, Friedberg, Goßler, Scholz. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Wangenheim [zu 10].

1. Amtseinführung des neuen Finanzministers A. Scholz.<sup>1</sup> — 2. Stellungnahme zu den Resolutionen<sup>2</sup> des AH zum Gesetz *betr. Hinterbliebenenfürsorge der Beamten*; tunlichste Berücksichtigung ist geboten. [B] — 3. Wegfall der Ehekonsense für die unmittelbaren Staatsbeamten als Folge der Pensionsgesetz-Novelle; lt. Scholz ist gesetzliche Aufhebung nötig und statt dessen Anzeigepflicht für heiratende Beamte wünschenswert; wegen Bedenken dagegen soll die Frage daher bis auf weiteres auf sich beruhen.<sup>3</sup> [B] — 4. Resolution<sup>4</sup> des AH *betr. Vorlage eines Etatsgesetzes, auch Kompatibilitätsgesetz genannt. Dies ist lt. Scholz sachlich unnötig, und im Reich ist ein derartiges Gesetz<sup>5</sup> gescheitert, weil Wilhelm I. keine Rechte der Krone aufgeben wollte. Sollte das AH der Ansicht E. Richters folgen, daß ohne Etatsgesetz [...] neue Einnahmen nicht zu bewilli-*

<sup>1</sup> Bitter war zum 28.6.1882 zurückgetreten. Anlaß war – vor dem Hintergrund älterer Meinungsverschiedenheiten und Bismarckscher Unzufriedenheit mit Bitter –, daß Bismarck ohne sein Wissen bei Wilhelm I. die Kabinettsordre v. 16.6.1882 *betr. Steuerpolitik* erwirkt hatte. Vgl. zum Ministerwechsel Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 232–234 (ergänzt Prot. v. 18.6.1882) u. S. 573 (Kabinettsordre); Rep. 89, Nr. 3695, Bl. 153 ff. (Rücktrittsgesuch, Immediatbericht Bismarcks); Bismarck, GW, Bd. 6c, S. 257 f.; Scholz, Adolf v., *Erlebnisse und Gespräche mit Bismarck*, hrsg. v. W. v. Scholz, Stuttgart/Berlin 1922, S. 36–38 sowie Fuchs (Hrsg.), *Großherzog Friedrich I.*, Bd. 2, S. 193–195.

<sup>2</sup> StenBerAH, Session 1882, Drucks. Nr. 134, angenommen 29.3.1882, S. 1290.

<sup>3</sup> Vgl. Hué de Grais, *Handbuch der Verfassung und Verwaltung*, 1882, S. 78 u. Bitter, *Handwörterbuch*, 1906, Bd. 1, S. 389 (formelle Aufhebung d. Heiratskonsense, aber mit Anzeigepflicht erst 1897/99).

<sup>4</sup> StenBerAH, Session 1882, 29.4.1882, S. 1643–1647. Vgl. Sitzung am 21.6.1881, TOP 2.

<sup>5</sup> StenBerRT, Session 1877, Drucks. 15; Debatte dazu 8.3.1877, S. 35–41 (nicht weiterberaten). Vgl. Brodersen, Carsten, *Rechnungsprüfung für das Parlament in der konstitutionellen Monarchie*, Berlin 1977, S. 200–229.



gen sind, muß neu überlegt werden.<sup>6</sup> [B] — **5.** Feier des Gustav-Adolph-Vereins zur Schlacht bei Lützen am 15. September 1882; Staatsministerium nimmt nicht teil. [B] — **6.** Petition rheinischer Katholiken betr. Wiedereinsetzung des abgesetzten Kölner Erzbischofs Melchers wird abgelehnt. [B] — **7.** Ordenssachen anlässlich der Herbstmanöver in Posen und Schlesien; OPräs. v. Seydewitz soll seine Vorschlagsliste reduzieren.<sup>7</sup> [B] — **8.** Titelverleihung anlässlich der Herbstmanöver; OPräs. v. Seydewitz, Breslau, wird Wirkl.GehR und für OPräs. v. Leipziger, Hannover, wird auf Intervention Goßlers diese Titelverleihung avisiert.<sup>8</sup> [B] — **9.** Ernennung. [B] — **10.** Vier Disziplinarsachen. [B]

<sup>6</sup> Vgl. Rep. 151, IA Nr. 269, Bl. 32 ff. (Denkschrift Mai 1881, Voten 1881/82, Hannoverscher Courier v. 4.5.1882).

<sup>7</sup> Vgl. Rep. 90, Tit. VI Bd. 58, Bl. 64 ff. (Orden zu Herbstmanövern 1882, u. a. 184 Orden u. 23 Titel in Schlesien).

<sup>8</sup> Seydewitz wurde am 5.9.1882, Leipziger am 10.10.1882 Wirklicher Geheimer Rat. Der im Prot. genannte Oberpräsident von Westpreußen, Ernsthausen, erhielt diesen Titel hingegen erst am 10.9.1887.

## Nr. 127 Sitzung des Staatsministeriums am 29. August 1882.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [10] und Korrekturen<sup>1</sup>, Bd 94, Bl. 271–281; MF 549.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Kameke, Maybach, Boetticher, Scholz. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Rindfleisch [für Friedberg], Lucanus [für Goßler], Marcard [für Lucius].

**1.–2.** Zwei Ordenssachen. [B] — **3.** Feier des Gustav-Adolph-Vereins zur Schlacht bei Lützen am 15.9.1882; da taktlos ohne vorherige Kommunikation mit den Staatsbehörden in Szene gesetzt, soll höchstens der Oberpräsident von Sachsen teilnehmen.<sup>2</sup> [B] — **4.** Ordenssache. [B] — **5.** Viehzählung im deutschen Reiche wird für 1883 geplant.<sup>3</sup> [B] — **6.** Novelle<sup>4</sup> zum Militärpensionsgesetz prinzipiell gebilligt; Bismarck ist bezüglich Form und Begründung nicht gebunden. [B] — **7.** Neubau eines Gebäudes für das Abgeordnetenhaus ist lt. Puttkamer nötig; da das HH gegen einen gemeinsamen Neubau eingestellt ist, soll zunächst das Raumbedürfnis für das AH allein festgestellt werden.<sup>5</sup> [B] — **8.** Antrag<sup>6</sup> des Landgrafen F. v. Hessen betr. möglichen Verkauf des Stadtschlusses in Fulda; um Gründung einer katholischen Universität darin zu verhindern, wurde früher Fideikommißqualität für das Schloß eingetragen; jetzt könnte es eventuell für Staatszwecke angekauft werden, wobei aber privatrechtliche und staatsrechtliche Lage zu beachten ist. [B] — **9.** Stimmung im Kreise Meisenheim nach einer anonymen Beschwerde über landwirtschaftliche Zustände, speziell die Trichinenverordnung<sup>7</sup>; vertagt. — **10.** Fünf Disziplinarsachen; u. a. Dienstentlassung für Prof. L. Ilse<sup>8</sup>, Königsberg, wegen Amtspflichtenverletzung und unwürdigen Verhaltens. [B]

<sup>1</sup> Es handelt sich v. a. um Umformulierungen von Scholz zu TOP 6, die die Handlungsfreiheit Bismarcks betonen, sowie die Streichung einer Bemerkung von Scholz dazu, die dieser nicht protokolliert zu sehen wünschte (Bl. 273).

<sup>2</sup> Vgl. Schultheß 1882, S. 163 (50-Jahr-Feier des Vereins am 12.9.1882).

<sup>3</sup> Sie fand am 10.1.1883 statt. Vgl. Rep. 77, Tit. 94 Nr. 137 Bde. 2–3 (Viehzählungen 1873–82, 1883–92).

<sup>4</sup> StenBerBundesR, Jg. 1882, Drucks. Nr. 92; Beschluß Sitzung am 28.11.1882, § 435. Vgl. Poschinger, Bismarck und der Bundesrat, Bd. 5, S. 118 f., 161 f.

<sup>5</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 496a Nr. 79 Bd. 2, Bl. 169 f. (Votum Puttkamers v. 2.8.1882), Bl. 223 ff. (Raumbedarf).

<sup>6</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 46, n. f. (Antrag, Voten, Immediatberichte).

<sup>7</sup> Zum Vorgang war in den vorliegenden Akten nichts zu ermitteln. Die Zeitungsberichte des Koblenzer Regierungsvizepräsidenten v. Berlepsch (Rep. 89, Nr. 16272, Jg. 1882) enthalten keine Aussage dazu.

<sup>8</sup> Vgl. Rep. 90, Annex F, Nr. 1149 (Disziplinaruntersuchung).

## Nr. 128 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 5. September 1882.

*Reinschr., Bd. 94, Bl. 282–282v; MF 549. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 2 Bd. 1, Bl. 105.*

*Anwesend: Puttkamer [V], Maybach. — Prot.: Beglaubigt Kurowsky [U].*

*Weitere Teilnehmer: Rindfleisch [für Friedberg].*

*Neuwahlen des AH sollen lt. Puttkamer aus mancherlei Rücksichten erst am 19./26.10.1882 stattfinden. [B]*

## Nr. 129 Sitzung des Staatsministeriums am 23. September 1882.

*Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [5–6] und Korrekturen<sup>1</sup>, Bd. 94, Bl. 283–294; MF 549.*

*Anwesend: Puttkamer [V], Maybach, Boetticher, Goßler. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Rindfleisch, Rieth [beide zu 5–6], Roedenbeck, Wohlers, Th. Frh. v. Wilmowski [alle zu 5], H. Frh. v. Wangenheim [zu 6].*

**1. Titelverleihung; OPräs. v. Leipziger, Hannover, wird Wirkl.GehR. [B] — 2. Ordenssache für den Wirkl.GehORegR L. Hahn zu seiner Pensionierung.<sup>2</sup> [B] — 3. Zwei Ernennungen. [B] — 4. Puttkamer erbittet baldige Äußerungen der Minister zum Gesetzentwurf<sup>3</sup> betr. die Reform der inneren Verwaltung und zum Gesetzentwurf<sup>4</sup> betr. den Erlaß polizeilicher Verfügungen. — 5.–6. Zehn Disziplinar- und Pensionssachen; u. a. wird die vom Disziplinarhof für nichtrichterliche Beamte gegen den suspendierten Bürgermeister von Witten, B. Geisenheimer, verhängte Geldbuße in Dienstentlassung umgewandelt.<sup>5</sup> [B] — [7.] Ernennung. [B]**

<sup>1</sup> *Sowie dem Vermerk Homeyers auf Bl. 283 unten: die Herren Staatsminister verzichten diesmal auf Vorlegung und Vollziehung des Protokolls. Nicht zuletzt aufgrund dieses Vermerks werden Prot., die nur der Unterstaatssekr. bzw. Protokollführer unterzeichnet hat, in der vorliegenden Edition als bloße Reinschr. bezeichnet, während als Vollzogene Reinschr. Protokolle klassifiziert werden, die die – oder jedenfalls ein – Minister unterschrieb(en).*

<sup>2</sup> *Hahn hatte anlässlich der Puttkamerschen Reorganisation der offiziellen Pressestellen seinen Abschied erbeten.*

<sup>3</sup> *Rep. 77, Tit. 497a Nr. 28 Bd. 1, n. f. (Votum u. Denkschrift Puttkamers v. 19.8.1882). Desgleichen in: Rep. 90, Nr. 2294, Bl. 139 ff. Vgl. auch Rep. 84a, Nr. 4265.*

<sup>4</sup> *BArch, RAAdI, Nr. 114928, n. f. (Gesetzentwurf v. 25.8.1882 u. Voten als Grundlage der Detailberatung am 16.10.1882, TOP 4). Vgl. StenBerAH, Session 1882/83, Drucks. Nr. 17; Debatte 29.11.1882, S. 178–188.*

<sup>5</sup> *Vgl. Rep. 77, Tit. 3435 Nr. 1 Bd. 2, n. f. (Witten 1878–1882) u. Rep. 90, Annex F, Nr. 726 (Disziplinarsache).*

## Nr. 130 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 4. Oktober 1882.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 94, Bl. 296–298v; MF 549/550.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Kameke, Maybach, Lucius, Boetticher, Goßler, Scholz. — Prot.: Homeyer [U].*

1. Ernennung *des Grafen P. v. Hatzfeldt-Wildenburg zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und Staatsminister gebilligt.*<sup>1</sup> [B] — 2. *Ernennung eines neuen Mitglieds des kirchlichen Gerichtshofes.*<sup>2</sup> [B] — 3. *Ernennung von Prof. Dr. F. Althoff zum Geheimen Regierungsrat und Referenten für die Personalien der Universitäten im Kultusministerium.*<sup>3</sup> [B] — 4. *Ordenssache.* [B] — 5. *Fertigstellung des Staatshaushalts 1883/84<sup>4</sup> hängt von der Übersendung des Eisenbahnetats ab und bedingt das Datum der Eröffnung des Landtags; Scholz wird einen Gesetzentwurf<sup>5</sup> betr. Aufhebung der vier untersten Stufen der Klassensteuer vorlegen; die Frage wegen gleichzeitiger Sitzungen von LT und RT bleibt noch offen.* [B]

<sup>1</sup> Vgl. Ebel/Behnen (Hrsg.), *Hatzfeldt*, Bd. 1, S. 412 ff. (u. a. Bismarck an Hatzfeldt); *BArch, RK, Nr. 1604, Bl. 3–18 u. Sitzung am 19.1.1880, TOP 4 mit Anm.*

<sup>2</sup> Vgl. Schultheß 1882, S. 199 (Zentrumsprelle gegen personelle Verstärkung des kirchl. Gerichtshofs).

<sup>3</sup> Vgl. *Rep. 76, I Sekt. 31 Nr. 15 Bd. 1, Bl. 4v–5v (Immediatbericht Goßlers)* u. Brocke, Bernhard vom, *Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Preußen und im Deutschen Kaiserreich: Das „System“ Althoff (1882–1907)* in: P. Baumgart (Hrsg.), *Bildungspolitik in Preußen zur Zeit des Kaiserreichs*, Stuttgart 1980, S. 9–118.

<sup>4</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1882/83, Drucks. Nr. 11.*

<sup>5</sup> *Rep. 90a, F III 3 Nr. 1 Bd. 5, Bl. 193–252 (Gesetzentwurf sowie Besteuerung des Vertriebs geistiger Getränke u. Tabakfabrikate).*

## Nr. 131 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Oktober 1882.

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschr. [5] und Korrekturen, Bd. 94, Bl. 299–304; MF 550.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Kameke, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher [zu 1], Scholz. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Lucanus [für Goßler], Th. Frh. v. Wilmowski [zu 5].*

1. *Der die Finanzpolitik behandelnde Teil der Thronrede<sup>1</sup> zur Eröffnung der Landtagssession 1882/83 wird festgestellt.* [B] — 2. *Lucius wünscht baldige Klarheit über das Programm der geplanten Hypothekenstatistik des ländlichen Grundbesitzes.*<sup>2</sup> — 3. *Datum der Eröffnung des Landtags und Fertigstellung des Staatshaushalts 1883/84; lt. Maybach ist der Eisenbahnetat für die verstaatlichten Bahnen schwierig zu erstellen, aber bis 1.11.1882 fertig.* — 4. *Gesetzentwurf betr. den Erlaß polizeilicher Verfügungen; Details; Entwurf wird gebilligt.* [B] — 5. *Pensionssache.* [B] — 6. *Strafrechtliche Verfolgung des Stadtrats Lüders, Görlitz, wegen Beleidigung des Staatsministeriums; vertagt.* — 7. *Ordenssache für Amtshauptmann H. Bening, Wennigsen, da er als ehem. hannoverscher Beamter Preußen gegenüber stets loyal gewesen ist.* [B]

<sup>1</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1882/83, 14.11.1882, S. 1–3 u. Schultheß 1882, S. 201–204.*

<sup>2</sup> Vgl. Hess, Klaus, *Junker und bürgerliche Großgrundbesitzer im Kaiserreich. Landwirtschaftlicher Großbetrieb, Großgrundbesitz und Familienfideikommiß in Preußen (1867/71–1914)*, Stuttgart 1990, S. 223–225 u. *StenBerAH, Session 1883/84, 3.12.1883, S. 142–146, 152 f. (Rauchhaupt, Lucius, Dirichlet)* sowie *Rep. 87, B Nr. 10866 u. Landwirtschaftliche Jahrbücher, Suppl. Bd. 1, Berlin, 1884 (Verhandlungen d. Landesökonomiekollegiums dazu).*

## Nr. 132 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 22. Oktober 1882.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 94, Bl. 305–307v; MF 550.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler. — Prot.: Homeyer.*

**1. Zwei Ernennungen.** [B] — **2.** Glückwunschsreiben an Bischof v. d. Marwitz, *Kulm geplant, sofern Bismarck zustimmt.* [B] — **3.** Umwandlung der Simultanschulen in Krefeld in konfessionelle Schulen *ist ohne unmittelbare Anordnung Goßlers durch die Regierung zu Düsseldorf erfolgt.*<sup>1</sup> [B] — **4.** *Der Oberpräsident von Westfalen F. v. Kühlwetter soll nach krankheitsbedingter einjähriger Dienstunfähigkeit zum Abschiedsgesuch bewogen werden.*<sup>2</sup> [B] — **5.** *Ergebnis der Wahlmännerwahlen<sup>3</sup> zum AH ist lt. Puttkamer günstig für die Konservativen; in der Presse soll eine zuversichtliche Sprache geführt werden, um schwankende Wahlmänner auf Regierungsseite zu ziehen.* [B] — **6.** *Strafrechtliche Verfolgung gegen Stadtrat Lüders, Görlitz wegen Beleidigung des Staatsministeriums; der Redepassus von Lüders, der den Rekurs der Görlitzer Handelskammer an das Staatsministerium<sup>4</sup> tadelt, gibt einer Ministermehrheit nicht hinreichend Anlaß zum Strafantrag.* [B]

<sup>1</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1882/83, 4.5.1883, S. 1715–1745 (Debatte über diesbezügliche Petition Krefelder Stadtverordneter), Schultheß 1882, S. 184 (16.10.1882), Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 574 f. (Wilhelm I. an Goßler) u. BArch, RK, Nr. 2182, Bl. 15–27v (Bericht Goßlers für Wilhelm I. v. 24.10.1882).*

<sup>2</sup> *Kühlwetter starb noch im Amt am 2.12.1882.*

<sup>3</sup> *Vgl. Schultheß 1882, S. 186–190 und Kühne, Handbuch, bes. S. 55.*

<sup>4</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1882/83, Drucks. Nr. 219 B (Petition der HK Görlitz u. Hergang), 20.2.1883, S. 744–756, Session 1882, 7.3.1882, S. 724–735 sowie Poschinger, Heinrich Ritter von, Fürst Bismarck als Volkswirt, Bd. 2, Berlin 1890, S. 83–88, 92–94, 97–100, 145–147. Auf Anweisung von Bismarck entthob die Reg. Liegnitz am 8.7.1882 die Görlitzer HK aller amtlichen Funktionen, nachdem sie ihre – nicht schutzzöllnerischen – Berichte entgegen Bismarcks Anweisung v. 1881 zugleich mit der Einreichung an das Handelsministerium auch veröffentlicht hatte. Unter dem 11.8.1882 wandte sich die HK an das Staatsministerium, wurde aber abgewiesen. Diesen Rekurs kritisierte Lüders; vgl. Rep. 120, CB I Nr. 25, Bl. 18 ff. Zur Beendigung des Handelskammerkonflikts Schultheß 1883, S. 127.*

## Nr. 133 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Oktober 1882.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 94, Bl. 308–319v; MF 550.*

*Anwesend: Puttkamer [V, U], Kameke [U], Maybach, Lucius [U], Friedberg [U], Boetticher [U], Goßler [U], Scholz [U], Hatzfeldt [U]. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: v. Zastrow, Braunbehrens [beide zu 10].*

**1. Einführung des neuen StS des AA P. Gf. Hatzfeldt als Mitglied des Staatsministeriums.**<sup>1</sup> — **2.** *Ordenssache. Auszeichnung für A. v. Hansemann ist zur Zeit nicht opportun, da die Haltung der Disconto-Gesellschaft weiterhin keine besonders regierungsfreundliche ist.* [B] — **3.** *Der die Finanzpolitik behandelnde Teil der Thronrede zur Landtagseröffnung 1882/83 im Sinne Bismarcks modifiziert.* [B] — **4.** *Finanzergebnis des Staatshaushalts 1881/82 war ungünstig<sup>2</sup>; im Etat 1882/83 droht ein Defizit von 38 Mio. M. — 5.* *Glückwunschsreiben an Bischof v. d. Marwitz, Kulm, wird Wilhelm I. unterschreiben. — 6.* *Verkauf des Stadtschlusses zu Fulda; Erwerb durch den Staat*

<sup>1</sup> *Hatzfeldt besaß seit 9.10.1882 den Rang als Staatsminister.*

<sup>2</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1882/83, Drucks. Nr. 10.*

höchstens für Seminarien und Präparandenanstalten denkbar. [B] — 7. Aufgrund absehbarer Fertigstellung des Staatshaushalts 1883/84 soll die Landtagseröffnung am 14. November 1882 sein; Wilhelm I. wird persönlich die neue Legislaturperiode [...] eröffnen. [B] — 8. Bei Neuwahlen zum AH haben lt. Puttkamer die Staatsbeamten im Allgemeinen ihre Schuldigkeit getan, wenngleich vereinzelt sogar Agitation gegen regierungsfreundliche Wahlen vorgekommen ist; generelle Nachfrage betr. Wahlverhalten der Beamten wäre nicht opportun.<sup>3</sup> [B] — 9. Zwei Ordenssachen. [B] — 10. Abschluß der Verwaltungsreform, nämlich Landesverwaltungs- und Zuständigkeitsgesetz<sup>4</sup>. *Detaildiskussion, u. a. betr. die beabsichtigte Verschmelzung von Bezirksrat und Bezirksverwaltungsgericht. Hinsichtlich der Beseitigung der Scheidung zwischen streitigen und nichtstreitigen Verwaltungssachen, Sicherstellung der Laienmehrheit im Bezirksverwaltungsgericht und der Bezeichnung desselben lassen mehrere Minister ihre Gegenvorschläge fallen. Bezüglich der Vertretung des Regierungspräsidenten im Vorsitz des Bezirksverwaltungsgerichts durch einen Oberregierungsrat der Verwaltung sowie die Anfechtung polizeilicher Verfügungen sollen kommissarische Beratungen stattfinden, um einerseits die Tendenz einer Vereinfachung des gegenwärtigen Systems zu bewahren, andererseits aber unter tunlicher Aufrechterhaltung des staatlichen Einflusses.* [B]

<sup>3</sup> Vgl. Kühne, Thomas, *Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867–1918*, Düsseldorf 1994, S. 61 ff. (auch zur Sitzung am 12.11.1882, TOP 3).

<sup>4</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 497a Nr. 28 Bd. 1, n. f.; Rep. 90, Nr. 2294, Bl. 285 ff. u. BArch, RAdI, Nr. 114929 (Voten zur Denkschrift v. 19.8.1882, Puttkamer 20.10.1882, kommissar. Beratungen); StenBerAH 15./16.1.1883, S. 470–517; Heffter, *Selbstverwaltung*, S. 697–710; Stump, *Verwaltungsgerichtsbarkeit*, S. 35 f., 51–67 (Würdigung).

## Nr. 134 Sitzung des Staatsministeriums am 6. November 1882.

*Vollz. Reinschr., Bd. 94, Bl. 320–326v; MF 550.*

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Kameke, Maybach, Lucius, Boetticher, Gößler, Scholz [zu 2–9], Hatzfeldt. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: V. v. Tepper-Laski [zu 7], F. v. Kurowsky [zu 9].

1. Entwurf<sup>1</sup> einer Höfeordnung bzw. Landgüter-Ordnung für Brandenburg gebilligt. [B] — 2. Mitteilungen Puttkamers über den sozialdemokratischen Agitator J. Most, Londen.<sup>2</sup> — 3. Der Oberpräsident von Westfalen F. v. Kühlwetter ist zu krank zur Einreichung eines Abschiedsgesuchs. — 4. Bitte von Notabeln der Prov. Hannover, darunter R. v. Bennigsen, aus Mitteln des Welfenfonds ein Museum zur Aufnahme der jetzt verstreut aufbewahrten, den Welfen gehörigen Kunstschätze zu bauen; abgelehnt.<sup>3</sup> [B] — 5. Wilhelm I. wünscht Thronrede zur Landtagseröffnung 1882/83 in knappster Form, deshalb Beratung des finanziellen Teils am 8.11.1882 [B]. — Ein von Gößler angeregtes Lehrerpensionsgesetz<sup>4</sup> ist lt. Scholz erst nach Erhöhung der Beamtengehälter möglich. — 6. Mitwirkung der Disconto-Gesellschaft bei der Plazierung vierprozentiger Staatsanleihen durch die Seehandlung ist Scholz zufolge finanziell vorteilhaft und soll stattfinden, zumal deren Haltung keine feindselige ist. [B] — 7. Vermehrung der Normalzahlen von Orden und Ehrenzeichen für das Ministerium der öffentlichen Arbeiten wegen der gewachsenen Zahl von

<sup>1</sup> Rep. 87, B Nr. 10838, Bl. 297–313v (korrigierter Entwurf v. 9.11.1882). Vgl. StenBerHH, Session 1882/83, Drucks. Nr. 9; Debatte dazu 11./12.1.1883, S. 15–50.

<sup>2</sup> Vgl. Fricke, Dieter/Knaack, Rudolf (Bearb.), *Dokumente aus geheimen Archiven*, Bd. 1, Weimar 1983, S. 168 f. (Entlassung Mosts u. USA-Emigration) u. Rucker, Rudolf, *Most. Das Leben eines Rebellen*, 1924, S. 122 f.

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 74, Bl. 204–207v (Promemoria Rheinababen zur Welfenfonds-Verwendung 1869–82).

<sup>4</sup> BArch, RAdI, Nr. 114931, Bl. 5–18 (Gesetzesentwurf Gößlers vom 25.11.1882).

Staatseisenbahnbeamten; *da alle Ressorts eine Erhöhung der Beamtenzahl aufweisen, aber generelle Revision der Normalzahlen mehrfach erfolglos war, soll Wilhelm I. diesem Ministerium gnadenweise eine mäßige Erhöhung gewähren.*<sup>5</sup> — **8.** Übersicht Gofblers über Vorkommnisse und Verhandlungen auf dem kirchenpolitischen Gebiet.<sup>6</sup> — **9.** *Pressepolitik*; Manuskripte der RT- und LT-Reden der Staatsminister sollen zuerst dem Reichs- und Staatsanzeiger zugehen, damit sie korrekt und umgehend veröffentlicht werden. [B]

<sup>5</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 2052, n. f. (Voten v. Okt. 1882).

<sup>6</sup> Dazu gehörte auch die Frage der Staatspfarrer, vgl. Rep. 76, IV Sekt. 1a Abt. II Breslau Nr. 6 Bd. 1, Bl. 116. Vgl. allg. Weber, Kirchliche Politik, S. 79–83 (Vorgänge 1882/83).

### Nr. 135 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 8. November 1882.

Vollz. Reinschriften<sup>1</sup> mit Korrekturen, Bd. 94, Bl. 327–328v, 331–333, Anlage: Bl. 329–330v; MF 550.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Kameke, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Gofbler, Scholz, Hatzfeldt. — Prot.: Homeyer [U].

**1.** Übernahme der Druckerei des konservativen „Volksblatt für das Havelland“<sup>2</sup> in Berlin-Spandau durch einen Beamten der Pulverfabrik daselbst, um künftig Störungen im Vertrieb zu vermeiden. [B] — **2.** Den dienstunfähigen Oberpräsidenten von Westfalen, F. v. Kühlwetter, und den als Mda abwesenden Regierungsvizepräsidenten v. Liebermann soll nicht ein Oberregierungsrat, sondern Regierungspräsident v. Rosen, Arnsberg, vertreten. [B] — **3.** Anlässlich eines Ordensvorschlages des Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts, Persius, für einen Verwaltungsgerrichtsdirektor stellt Puttkamer klar, daß nicht der Präsident, sondern der Innenminister Dienstvorgesetzter des Personals der Bezirksverwaltungsgerichte ist.<sup>3</sup> [B] — **4.** Mündliche Beratung des Staatshaushalts 1883/84 im Staatsministerium ist lt. Scholz nicht nötig. [B] — **5.** Besprechung der Thronrede zur Landtagseröffnung 1882/83; Passus betr. Wiederherstellung der Preußischen Gesandtschaft beim Vatikan wird eingefügt; Lucius ist gegen detaillierte Festlegung auf Steuererlaß, was mit 5 gegen 4 Stimmen gebilligt wird; Details; endgültige Feststellung erst bei einem persönlichen Gespräch Puttkamers mit Bismarck.<sup>4</sup> [B]

<sup>1</sup> TOP 3 ist mit einem separaten, nur von Homeyer unterzeichneten Protokoll aufgenommen (Bl. 331–333).

<sup>2</sup> Das seit 1859 publizierte Blatt erschien unter verschiedenen Namen, u. a. auch als Anzeiger für das Havelland sowie Spandauer Anzeiger.

<sup>3</sup> Vgl. dazu die Anlagen auf Bl. 329–330v (Ministervoten v. 1875 u. Auszug d. Prot. der Sitzung am 31.10.1875).

<sup>4</sup> Puttkamer reiste am 10.11.1882 zu Bismarck nach Varzin.

### Nr. 136 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 12. November 1882.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 94, Bl. 335–339v; MF 550.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Kameke, Maybach, Lucius, Friedberg, Scholz, Hatzfeldt. — Prot.: Homeyer [U].

**1.** Thronrede wie aus der persönlichen Besprechung Puttkamers mit Bismarck hervorgegangen gebilligt. [B] — **2.** Verteilung der Gesetzentwürfe auf Abgeordnetenhaus und Herrenhaus; fünf

sind zuerst im Herrenhause einzubringen. [B] — 3. Beamte und Politik; Puttkamer ließ Wahlbeeinflussungen [...] seitens der Fortschrittspartei feststellen sowie Wahlenthaltung von Beamten, besonders von Post-, Eisenbahn-, Justizbeamten und Lehrern; auf Nachfrage Scholz' erklären Friedberg und Maybach, die regierungsfeindliche, persönliche Wahlentscheidung von Beamten zu ignorieren, gegen agitatorisches Verhalten aber mit Disziplinaruntersuchung, Beförderungsstopp oder Versetzung einzuschreiten, Reserveoffiziere erhalten lt. Kameke schlichten Abschied.<sup>1</sup> — 4. Erhöhung des Holzzolls; Lucius schlägt Verdoppelung der mäßigen Sätze von 1879 vor; lt. Scholz ist Ziel nicht Erhöhung der Zolleinnahmen, sondern Schutz der heimischen Holzproduktion gegen zunehmenden Import und Steigerung des [...] Ertrags der Forsten, auch der staatlichen; Widerstand im RT und Bayerns droht; vorgeschlagene Zollerhöhung reicht mit 6,3% bzw. 10% des Wertes aus und wird durch Bismarck im Bundesrat beantragt werden.<sup>2</sup> [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rejewski, Harro-Jürgen, *Die Pflicht zur politischen Treue im preußischen Beamtenrecht (1850–1918)*, Berlin 1973, S. 88–93, 175 (Erlaß Wilhelms I. v. 4.1.1882 u. Rechtsprechung d. OVG).

<sup>2</sup> Vgl. *StenBerBundesR*, Jg. 1882, Drucks. Nr. 110 (Gesetzentwurf); *Beschluß Sitzung am 10.2.1883*, § 47. Vgl. *StenBerRT*, Session 1883, 3./4.4.1883, S. 1603–1617, 1620–1648 u. 8.5.1883, S. 2388–2420 (abgelehnt) sowie *BArch, RK*, Nr. 2112 (div. Schriftwechsel ab 1879, *Denkschriften zum Holzzoll, Briefe Lucius' an Bismarck*), *Poschinger, Bismarck und der Bundesrat*, Bd. 5, S. 110 f. u. Gerloff, *Zoll- u. Finanzpolitik*, S. 200, 202.

### Nr. 137 Sitzung des Staatsministeriums am 20. November 1882.

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [3] und Korrekturen, Bd. 94, Bl. 340–362; MF 550/551.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Kameke, Lucius, Friedberg, Boetticher [zu 2–3], Gößler, Scholz. — Prot.: Homeyer [U]. — Abschr. [1–2]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 2, Bl. 194–200.*

*Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Wangenheim [zu 3].*

1. Lucius moniert Veröffentlichung zweier Ernennungen durch die „Neuesten Mitteilungen“, bevor Wilhelm I. sie vollzogen hat<sup>1</sup>; Puttkamer hatte Weitergabe besorgt, da Personalmeldungen für Publikum den größten Reiz haben und nur frühestmögliche Publikation den „Neuesten Mitteilungen“ Vorteil verschafft; da Minister Lucius' Bedenken teilen, soll künftig Publikation nur als „in Aussicht genommen“ erfolgen. [B] — 2. Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. Erlaß der vier untersten Stufen der Klassensteuer, das sog. 4. Verwendungsgesetz, und die Besteuerung des Vertriebs von geistigen Getränken und Tabakfabrikaten. Scholz zufolge herrscht über Grundsatzfragen Einverständnis; Konsumsteuer auf Wein, Bier, Branntwein und Tabakfabrikate werde im Reich versucht werden, in Preußen geht es jetzt um eine nach der Reichsverfassung erlaubte Gewerbesteuer. Lucius ist erneut gegen bindende Absage an Erhöhung direkter Staatssteuern etwa in Form einer Kapitalrentensteuer; Details. Puttkamer wünscht in den Gesetzesmotiven keine Formulierung, die Diskussion über das Dreiklassenwahlrecht hervorruft; Entwurf gebilligt. [B] — 3. 16 Disziplinarsachen. [B]

<sup>1</sup> Vgl. *Rep.* 89, Nr. 31334, Bl. 52–56 (Rückfrage Wilhelms I. betr. Küster u. v. Varendorff).

<sup>2</sup> *Rep.* 151, HB Nr. 1687, Bl. 431–483. Vgl. *StenBerAH*, Session 1882/83, Anlagen, Drucks. Nr. 25. Vgl. Gerloff, *Zoll- und Finanzpolitik*, S. 182 f. u. die umfassende Analyse bei Thier, *Steuergesetzgebung*, S. 352–372.

**Nr. 138 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 23. November 1882.**

*Vollz. Reinschr., Bd. 94, Bl. 363–365v; MF 551.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Kameke, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Hatzfeldt. — Prot.: Homeyer [U].*

*Nach Telegramm Bismarcks, in dem er gesonderte Gesetzentwürfe betr. Klassensteuer-Erlaß und betr. Beschaffung der Deckungsmittel vorschlug, um bei einem eventuellem Scheitern der Deckungsvorlage doch den Klassensteuer-Erlaß zu behalten, wünscht Scholz Stellungnahme des Staatsministeriums dazu. Da ein Gesetz schon in Thronrede angekündigt wurde und das AH selbst zwei Entwürfe vereinigen könnte, ist lt. Scholz dieser Mißtrauen weckende Wechsel unmöglich; Scholz' Ansicht wird einstimmig gebilligt; er soll Bismarck benachrichtigen.<sup>1</sup> [B]*

---

<sup>1</sup> *Vgl. Rep 90a, F III 3 Nr. 1 Bd. 5, Bl. 322 f. (Scholz an Bismarck 23.11.1882). Das Telegramm ist nicht in der Akte.*

**Nr. 139 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 1. Dezember 1882.**

*Vollz. Reinschr., Bd. 94, Bl. 366–367; MF 551. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 2, Bl. 201–201v; PA Bonn, R 19, n. f.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Kameke, Maybach, Friedberg [zeitweise], Boetticher, Goßler, Scholz. — Prot.: Homeyer [U].*

*Bericht Puttkamers über seine Reise in das Überschwemmungsgebiet der Rheinprovinz<sup>1</sup>; Details; 500 000 Mark sofortige Staatshilfe und dann Maßnahmen gegen Entstehung von Epidemien sind nötig. [B]*

---

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 77, Tit. 215b Nr. 7 Bd. 1 (Notstände in der Rheinprovinz 1835–1883). Zum Hochwasser vgl. Schultheß 1882, S. 213; StenBerAH, Session 1882/83, 28.11.1882, S. 167 (Ankündigung der Reise), 1.12.1882, S. 225 (Bericht dazu) u. 15.1.1883, S. 453–470 (Gesetzentwurf betr. Notstandsmaßnahmen).*

**Nr. 140 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 12. Dezember 1882.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 94, Bl. 368–377v; MF 551.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Kameke, Maybach [zeitweise], Lucius [zeitweise], Friedberg, Boetticher [zeitweise], Goßler, Scholz. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: R. de la Croix [zu 3–4], v. Wussow [zu 3], Kügler [zu 4], v. Zastrow [zu 5], Braunbehrens [zu 3].*



1. Ernennung. [B] — 2. Berufung von A. Richtarsky zum fürstbischöflichen Kommissar für den preußischen Anteil der Erzdiözese Olmütz<sup>1</sup> soll landesherrlich genehmigt werden und die Wiederaufnahme der eingestellten Staatsleistungen erfolgen. [B] — 3. Pensionswesen für Lehrer und Lehrerinnen an öffentlichen Schulen. Goßler zufolge bedarf die herrschende Rechtsunsicherheit gesetzlicher Regelung und eine Pension von nur 1/4 bis 1/3 des Dienstehaltens der Erhöhung; der Staat muß seine Hand über die Volksschule [...] halten und helfen, zumal die konservative Partei dafür ist; bei weiterem Hinausschieben wird ihm als Unterrichtsminister [...] das schwerste Hindernis bereitet werden. Nach Ansicht von Scholz fehlt durch das Scheitern der Verwendungsgesetze die Finanzierung, kündigt die Thronrede keine Pensionsneuregelung an und genießt eine Beamtenbesoldungserhöhung Priorität. Für den erwogenen Gesetzentwurf<sup>2</sup> stimmt nur Goßler. [B] — 4. Gesetzentwurf<sup>3</sup> betr. Behandlung der Schulversäumnisse gebilligt. [B] — 5. Zuständigkeits- und Landesverwaltungsgesetz. Zastrow erläutert Entwürfe, nach kommissarischen Beratungen<sup>4</sup> bleiben drei Divergenzpunkte. Entgegen Scholz' Vorschlag vertritt nicht ein separater Oberregierungsrat, sondern ein Verwaltungsgerichtsdirektor den Regierungspräsidenten im Vorsitz des Bezirksverwaltungsgerichts, um nicht ernannten Staatsbeamten das numerische Übergewicht zu verschaffen. Goßlers Vorschlag, die Beschlußfassung in ländlichen Schulbausaachen nicht dem Kreisausschusse, sondern dem Bezirksverwaltungsgericht zu übertragen, wird gebilligt, obwohl Lucius vor überspannten Ansprüchen der Schulaufsichtsbehörden bei Schulbauten an kleinen Orten warnt. [B]

<sup>1</sup> Es handelte sich um das südostschlesische Gebiet Katscher-Hultschin-Leobschütz.

<sup>2</sup> BArch, RAAd, Nr. 114931, Bl. 1–18 (Gesetzentwurf Goßlers v. 25.11.1882). Vgl. Rep. 77, Tit. 123 Nr. 10 Bd. 6, Bl. 38 ff. (Überlegungen u. Kostenfrage seit 1877) u. Bölling, Rainer, Sozialgeschichte der deutschen Lehrer, Göttingen 1983, S. 72–75. Ein Lehrerpensionsgesetz kam erst 1885 zustande; vgl. StenBerAH, Session 1885, Drucks. Nr. 111 (historischer Hergang).

<sup>3</sup> BArch, RAAd, Nr. 114930, n. f. (Vorlage Goßlers v. 7.11.1882). Vgl. StenBerHH, Session 1882/83, Drucks. Nr. 22; Debatte dazu 15.3.1883, S. 117–126.

<sup>4</sup> Rep. 90, Nr. 2295, Bl. 21 ff. Vgl. Rep. 84a, Nr. 4264, Bl. 215–252 (Voten), Bl. 255 ff. (kommissar. Beratungen).

## Nr. 141 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Dezember 1882.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [4] und Korrekturen, Bd. 94, Bl. 378–390; MF 551/552.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Kameke, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Homeyer [zu 3], H. Frh. v. Wangenheim [zu 4].

1.–2. Zwei Ernennungen. [B] — 3. Ordenssachen zum Ordensfest 1883<sup>1</sup>; Revision in vier Fällen; u. a. wird Orden für MdR E. Jaunez, Bürgermeister von Saargemünd, widerrufen, da er lt. Puttkamer in RT und Verwaltung [...] überwiegend zur elsass-lothringischen Protestpartei hält.<sup>2</sup> [B] — 4. Elf Disziplinarsachen. [B]

<sup>1</sup> Die jährweise geordneten Aktenbände zu Ordensverleihungen von 1883 bis 1914, v. a. zu Ordensfesten und Herbstmanövern, befinden sich in: Rep 90, Nrn. 2094–2226.

<sup>2</sup> Vgl. Rep 90, Nr. 2058, n. f. (Immediatbericht v. 28.12.1882).

**Nr. 142 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 4. Januar 1883.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 95, Bl. 1–5v; MF 552.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Kameke, Lucius, Friedberg, Goßler, Scholz, Hatzfeldt. — Prot.: Homeyer [U].*

**1.** Ausdehnung der Wirksamkeit des Nassauischen evangelischen Zentralkirchenfonds *und der Pfarrwittwen- und Waisenkasse* auf die vormals hessischen Teile des Konsistorialbezirks Wiesbaden; dem *Initiativgesetzentwurf*<sup>1</sup> L. v. Wurmb ist im *AH* zuzustimmen. [B] — **2.** Richtigstellung eines gehässigen Artikels der Kölnischen Zeitung zur Staatshilfe nach den Überschwemmungsschäden in der Rheinprovinz.<sup>2</sup> [B] — **3.** Ordenssache. [B] — **4.** Drei Ernennungen im Landwirtschaftsministerium.<sup>3</sup> [B] — **5.** Titelverleihung. [B] — **6.** Ernennung; Graf v. Behr-Negendank wird *OPräs. von Pommern*. [B] — **7.** Ernennung. [B] — **8.** Ordenssache *MaR E. Jaunez*, Bürgermeister von Saargemünd; Statthalter v. Manteuffel hat sich bei Bismarck erneut dafür verwandt, da der Orden Teil seines politischen Programms sein soll; falls Bismarck Manteuffel aus politischen Gründen Recht gibt, soll er als Außenminister bei Wilhelm I. die Ordensverleihung beantragen, ohne daß jedoch das Staatsministerium seine Bedenken fallen läßt.<sup>4</sup> [B]

<sup>1</sup> *StenBerAH, Session 1882/83, Drucks. Nr. 34; Debatte dazu 10.1.1883, S. 442–445.*

<sup>2</sup> *Lt. Marginalie Homeyers in: Kölnische Ztg. Nr. 2, 2. Bl. v. 2.1.1883 (Art.) u. Nr. 3, 2. Bl. v. 3.1.1883 (Korrektur).*

<sup>3</sup> *Mit zwei Vorschlägen hatte Lucius Pech: W. Schröder mußte als Wähler Rickerts (1882) auf Druck Bismarcks ausscheiden (vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 255 f. u. Rep. 87, ZB Nr. 585); Freytag verließ aufgrund Überschuldung schon 1884 den Dienst; vgl. Rep. 87, ZB Nr. 425 u. 426. Der dritte ernannte Geh. Regierungsrat, A. Overweg, schied 1887 aus, um Landeshauptmann von Westfalen zu werden.*

<sup>4</sup> *Jaunez erhielt den Roten Adler O III. Kl. in Würdigung der besonderen Verhältnisse der Reichslande und in Rücksicht auf die persönliche Stellung des Statthalters; vgl. Rep. 90, Nr. 2058, n. f., Notiz Homeyers 11.1.1883.*

**Nr. 143 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Januar 1883.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 95, Bl. 6–15; MF 552.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Goßler, Scholz. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Haase, Grandke [beide zu 6].*

**1.–2.** Zwei Ernennungen. [B] — **3.** Titelverleihung. [B] — **4.** Illumination öffentlicher Gebäude in Berlin anlässlich der Silberhochzeit des Kronprinzenpaares. [B] — **5.** Gesetzentwurf betr. das Staatsschuldbuch; vertagt. — **6.** Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Staatshilfen für die Hochwassergeschädigten in der Rheinprovinz. In kommissarischen Beratungen in Koblenz wurde lt. Haase ein Bedarf von ca. 3 Mio. M. Staatsbeihilfen für Private, Gemeinden und Uferschutzwerke errechnet. Scholz fühlt sich durch einen gewissen Druck der öffentlichen Meinung genötigt, zuzustimmen und befürwortet eine Fassung, die der Staatsregierung tunlichst freie Hand läßt. Goßler möchte die öffentliche Gesundheitspflege, wo Indolenz der Einzelnen herrscht, gefördert sehen. Weitere Details; Entwurf gebilligt. [B]

<sup>1</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1882/83, Drucks. Nr. 54 u. Sitzung am 1.12.1882 mit Anm. sowie Schultheß 1883, S. 6 (Bismarck im RT zur 600 000 M. Beihilfe aus dem Gnadenfonds Wilhelms I.).*

**Nr. 144 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 22. Januar 1883.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 95, Bl. 16–17v; MF 552.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Goßler, Scholz, Hatzfeldt. — Prot.: Homeyer [U].*

**1. Absage aller Festlichkeiten zur Silberhochzeit des Kronprinzenpaares nach dem Tod des Prinzen Karl v. Preußen; Kondolenz des Staatsministeriums bei Wilhelm I. und Augusta.<sup>1</sup> [B] — 2. Auszeichnung für Dompropst K. Holzer, Trier; da ein Orden I. Kl. für ihn rangmäßig nicht in Frage kommt, ist ein Handschreiben Wilhelms I. angemessen.<sup>2</sup> [B] — 3. Ernennung. [B]**

<sup>1</sup> Vgl. Schultheß 1883, S. 14 f. u. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 247 f.

<sup>2</sup> Vgl. Weber, Kirchliche Politik, S. 109–111.

**Nr. 145 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 27. Januar 1883.**

*Vollz. Reinschr., Bd. 95, Bl. 18–31; MF 552.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Kameke [zu 3], Maybach, Lucius, Friedberg, Goßler, Scholz [zu 1–4], Hatzfeldt. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Ernst v. Moeller [zu 1], Haase [zu 3–4], Hertz, Rüdorff, (Robert) Gustav Schmidt [alle zu 4].*

**1.–2. Zwei Ernennungen. [B] — 3. Bestätigung des gewählten Stadtdirektors von Hannover, F. Haltenhoff<sup>1</sup>; seine Wahl durch welfisch gesinnte Bürgervorsteher und Haltenhoffs eigene Stimme erfolgte gegen die Stimmen der Magistratsmitglieder; er entbehrt repräsentativer Würde, ist aber ehrenhaft, rechtskundig und will mit dem Magistrat gegen das Bürgervorsteher-Kollegium [...] fest zusammenhalten; trotz Bedenken von Scholz und Friedberg sieht Puttkamer keine hinreichenden Gründe zur Nichtbestätigung. [B] — 4. Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. das Staatsschuldbuch; bezweckt eine neue Form der Verbriefung der Staatsschulden, die dem Gläubiger die denkbar größte Sicherheit gegen Forderungsverlust gewähren soll; Details; Legitimationsprüfung für Rechtsnachfolger von Gläubigern soll nicht durch die Hauptverwaltung der Staatsschulden, sondern durch Gerichte erfolgen, damit nicht ein steuerlich-finanzielles Interesse der Staatskasse unterstellt werden kann. [B] — 5. Interpellation<sup>3</sup> F. v. Stablewski und K. Kantak betr. den Gebrauch der polnischen Sprache als Unterrichtssprache ist im Ganzen und Großen zurückzuweisen. [B] — 6. Anträge<sup>4</sup> L. Windthorst betr. Wiederaufnahme staatlicher Leistungen für die kath. Kirche, Straffreiheit des Sakramentspendens und des Messelesens sowie Aufhebung des Gesetzes zur Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern; all das soll lt. Goßler Unfrieden [...] stiften und etwaigen Ausgleichsverhandlungen zwischen Preußen und der Kurie Hindernisse [...] bereiten. [B]**

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 3704 Nr. 1 Bd 1, n. f. (Berichte u. Schriftwechsel ab 26.10.1882).

<sup>2</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1882/83, Drucks. Nr. 92; Debatte dazu 9.3.1883, S. 1300–1307. Vgl. Handwörterbuch der Staatswissenschaften, hrsg. v. J. Conrad u. a., Bd. 6, 3. Aufl., Jena 1911, S. 739–758, hier S. 751–758 (mit Lit.).

<sup>3</sup> StenBerAH, Session 1882/83, Drucks. Nr. 76; Debatte dazu 14./15.3.1883, S. 1351–1377, 1391–1410 (Stellungnahme Goßlers S. 1368–77).

<sup>4</sup> StenBerAH, Session 1882/83, Drucks. Nr. 73 u. 74; Debatte dazu 25.4.1883, S. 1581–1612; StenBerRT, Session 1883, Drucks. Nr. 120. Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 248 (Mitteilungen Goßlers).

**Nr. 146 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 7. Februar 1883.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [7–8], Bd. 95, Bl. 32–53; MF 552/553.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V, zu 1–4, 6–8], Kameke, Maybach, Lucius, Friedberg, Goßler, Scholz [zu 1–6]. — Prot.: Homeyer.*

*Weitere Teilnehmer: Rieth [zu 7], H. Frh. v. Wangenheim [zu 8].*

**1. Titelverleihung.** [B] — **2.** Glückwunschsreiben *an den Präsidenten des Geodätischen Instituts, GenLtn. J. J. Baeyer.* [B] — **3.** *Feier des Geburtstags Wilhelms I. in der Karwoche soll nach seiner Bestimmung erfolgen.* [B] — *Scholz befürwortet Hinausschiebung der für den 22. März 1883 in Aussicht genommenen Grundsteinlegung zum Reichstagsgebäude.*<sup>1</sup> [B] — **4.** *Bitte von Notabeln der Prov. Hannover, aus Mitteln des Welfenfonds ein Museum zur Aufnahme von Kunstschätzen aus Welfenbesitz zu erbauen; zu diesem Zweck sind Erweiterung des Hannöverschen Provinzialmuseums und ein Zuschuß von 2–300 000 M. zu erwägen.* [B] — **5.** *Beschluß der pommerschen Provinzialsynode, die Staatsregierung um Einführung der fakultativen Zivilehe an Stelle der seit 1875 gültigen obligatorischen zu bitten; ist gänzlich unzulässig, zumal der Bundesrat jüngst diesbezügliche Änderung ablehnte.*<sup>2</sup> [B] — **6.** *Verlängerung der Übergangsregelung<sup>3</sup> betr. die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst im Regierungsbezirk Hohenzollern.* [B] — **7.–8.** *18 Disziplinar- und Pensionssachen.* [B]

<sup>1</sup> *Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 249 (Bismarck hat Vorbehalte gegen Grundsteinlegung) u. Rep. 92, NL Scholz (M), B Nr. 7, Schreiben Bismarcks v. 31.1.1883) sowie Cullen, Reichstag, S. 153–158 (Widerstand, v. a. Wilhelms I. gegen Wallots Plan).*

<sup>2</sup> *Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1882, Sitzung am 14.12.1882, § 470 (Eingabe d. Ausschusses d. kirchl. Konferenz f. Mecklenburg-Strelitz).*

<sup>3</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1882/83, Drucks. Nr. 89 u. GS, 1879, S. 163.*

**Nr. 147 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 19. Februar 1883.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschr. [1] und Korrekturen, Bd. 95, Bl. 54–61; MF 553.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Kameke, Maybach [zu 2–8], Lucius [zu 3–8], Friedberg, Goßler, Scholz [zu 2–8], Hatzfeldt [zu 2–8]. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Wangenheim [zu 1].*

**1. Disziplinarsache.** [B] — **2.** *Kommissionsbericht<sup>1</sup> des AH betr. 4. Verwendungsgesetz; darin enthaltene Streichung der Getränke- und Tabakfabrikatsteuer und Aufhebung nur der zwei untersten Stufen der Klassensteuer müssen lt. Scholz akzeptiert werden, zumal auch Bismarck dafür ist.* [B] — **3.–4.** *Zwei Titelverleihungen für Prof. R. Lepsius und Prof. A. Auwers.* [B] — **5.** *Mitteilungen Goßlers zur Lage der kirchenpolitischen Frage.* — **6.** *Stellungnahme zur AH-Resolution<sup>2</sup> nach Vorlage eines Lehrerdotationsgesetzes bzw. vorher eines Lehrerpensionsgesetzes; Goß-*

<sup>1</sup> *StenBerAH, Session 1882/83, Drucks. Nr. 91 (ausführliche Darlegung).*

<sup>2</sup> *StenBerAH, Session 1882/83, Drucks. Nr. 88 (Kommissionsantrag) u. 30.5.1883, S. 1844 f. (Resolution). Vgl. Sitzung am 12.12.1882, TOP 3.*

ler wünscht wie früher Entgegenkommen der Staatsregierung; Scholz zufolge genügt es, bald ein Dotationsgesetz<sup>3</sup> vorzulegen, demzufolge der Staat die Hälfte der Lehrerpensionen tragen wolle, sobald die Mittel verfügbar sind. [B] — 7. Stellungnahme zum Initiativgesetzentwurf<sup>4</sup> des RT, wonach vervielfältigte Stimmzettel, insbesondere der SPD, zu Wahlen nicht als polizeilich beschlagnahmbare Druckschriften [...] gelten sollen. Nach Ansicht Puttkamers sind Stimmzettel nicht gemäß Sozialistengesetz verbotene umstürzlerische Preßerzeugnisse und würde eine Beschlagnahme die politische Wahlfreiheit beschränken. Preußen wird im Bundesrat zustimmen. [B] — 8. Rieselfelder der Stadt Berlin und Beschwerde von Ortschaften wie Pankow und Niederschönhausen in sanitärer Beziehung<sup>5</sup>; Abwässerung der Rieselfelder in die Panke soll wieder erlaubt, aber zugleich sofortige Beseitigung aller hieraus sich etwa ergebenden Mißstände auf Kosten Berlins verlangt werden; neue Rieselfelder bedürfen polizeilicher Genehmigung. [B]

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 123 Nr. 10 Bd. 6, Bl. 287–365 (Gesetzentwurf über die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen vom Juli 1883).

<sup>4</sup> StenBerRT, Session 1882/83, Drucks. Nr. 66; Debatte dazu 18.1.1883, S. 895 f. (einstimmige Annahme). Vgl. ebd., Session 1881/82, 10.12.1881, S. 314–316 (Puttkamer gegen Beschlagnahme von SPD-Stimmzetteln zur Kieler RT-Wahl 1881). Beschluß StenBerBundesR, Jg. 1884, Sitzung am 21.2.1884, § 72.

<sup>5</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 4005 Stadt Berlin Rieselanlagen Gen. Nr. 1 (Ministerialkommission seit 1882); ebd., Nr. 2 Bd. 1 (Rieselfelder 1881/82) u. Rieselanlagen Specialia Nr. 2 Bd. 1 (Ministerialkommission u. div. Schriftwechsel betr. Beschwerden aus Krs. Niederbarnim 1882/83). Vgl. 50 Jahre Berliner Stadtentwässerung 1878–1928, hrsg. von Hermann Hahn und Fritz Langbein, Berlin 1928, Bl. 29 ff. (v. a. Technikentwicklung ab 1867).

## Nr. 148 Sitzung des Staatsministeriums am 12. März 1883.

Vollz. Reinschr., Bd. 95, Bl. 62–66v; MF 553.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Lucius, Friedberg, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

1. Amtseinführung und Vereidigung des neuen Kriegsministers P. Bronsart von Schellendorff.<sup>1</sup> — 2. Ordenssache. [B] — 3. Landesherrliche Genehmigung für Bischof B. Höting, das durch Leo XIII. verliehene Provikariat der nordischen Missionen zu übernehmen.<sup>2</sup> [B] — 4. Polenpolitik anlässlich des vom Provinziallandtage Posen einstimmig beschlossenen Regulativs<sup>3</sup> betr. Verwaltung des provinzialständischen Vermögens und der provinzialständischen Anstalten. Nach Ansicht Puttkamers ist mit der Nichtgenehmigung der Gefahr einer polnischen Majorität im Landesausschuß zu begegnen. Friedberg zufolge lassen sich die früher als Richter in andern Provinzen angestellten jungen polnischen Juristen nun als Rechtsanwälte in Posen nieder, und es bildet sich ein polnischer Mittelstand. Scholz befürwortet Repressivmaßregeln gegen ein Vordringen des Polonismus. [B] — 5. Die Oberrechnungskammer hat in ihrem Bericht zum Staatshaushalt 1879/80 auch verspätete Verrechnungen als außeretatmäßige Ausgaben behan-

<sup>1</sup> Kameke war zum 3.3.1883 im Gefolge von Kompetenzstreitigkeiten zwischen Kriegsministerium und Militärkabinett (Albedyll) anlässlich eines auch im Reichstag ausgetragenen Streits um die Kommunalsteuerpflichtigkeit der Militär-angehörigen von Wilhelm I. entlassen worden. Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 249, 251–255, 258–261; Schmidt-Bückeberg, Rudolf, Das Militärkabinett der preußischen Könige u. deutschen Kaiser, Berlin 1933, S. 139 bis 145; Meisner, Heinrich Otto, Der Kriegsminister 1814–1914, Berlin 1940, S. 33–39, 93–104; Morsey, Reichsverwaltung, S. 236–239 und Canis, Konrad, Bismarck und Waldersee. Die außenpolitischen Krisenerscheinungen und das Verhalten des Generalstabes 1882 bis 1890, Berlin (O), 1980, S. 70–74.

<sup>2</sup> Vgl. Gatz (Hrsg.), Bischöfe, S. 32 (Bischof Beckmann). Die nordischen Missionen umfaßten Mecklenburg, Schaumburg-Lippe, die drei Hansestädte sowie Eutin und Helgoland.

<sup>3</sup> BArch, RAdI, Nr. 114925, Bl. 44–64 (Regulativ u. ablehnende Voten Puttkamers).

delt, und die Rechnungskommission des AH ist ihr beigetreten<sup>4</sup>; Stellungnahme dazu vertagt. — **6.** Neubau eines Gebäudes für das AH; zu kommissarischen Beratungen über den Bauplatz und die Frage, ob ein gemeinsames Geschäftsgebäude oder nur für das AH gebaut werden soll, sind Delegierte von AH und HH einzuladen. [B]

<sup>4</sup> StenBerAH, Session 1882/83, Drucks. Nr. 117, S. 4 f. Dazu Votum Scholz<sup>1</sup> v. 5.1.1883 in: Rep. 90, Nr. 1363, n. f. Vgl. zum Fortgang Sitzung am 29.1.1884, TOP 7.

**Nr. 149 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 15. März 1883.**

Vollz. Reinschr., Bd. 95, Bl. 67–68v; MF 553. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, A VIII 5b Nr. 4 Bd. 1, Bl. 158–159; Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 2, Bl. 257–258; PA Bonn, R 19, n. f.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Goßler, Scholz, Hatzfeldt, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Vertagung des AH über Ostern erfolgt nicht durch Beschluß des AH, sondern analog der Regelung im RT durch Kgl. Verordnung<sup>1</sup> gemäß Art. 52 VU zwecks Wahrung der Königlichen Prerogative; mit Vertagung ruht nach Ansicht einer Ministermehrheit auch die Arbeit der Kommissionen, so daß das Landesverwaltungs- und Zuständigkeitsgesetz verspätet zur Beratung kommen. [B]

<sup>1</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1882/83, 16.3.1883, S. 1435 (Text VO). Vgl. zum Art. 52 VU Plate, August, Die Geschäftsordnung des Preuß. Abgeordnetenhauses, ihre Geschichte und ihre Anwendung, Berlin 1904, S. 234 f.

**Nr. 150 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 12. April 1883.**

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [10–11] und Korrekturen, Bd. 95, Bl. 69–87; MF 553/554.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Th. Frh. v. Wilmowski, Heyer [beide zu 10], H. Frh. v. Wangenheim [zu 11].

**1. Ernennung.** [B] — **2. Verteilung der Erträge des Welfenfonds wie bisher zu drei Viertel für das Auswärtige Amt, zu einem Viertel für das Innenministerium.**<sup>1</sup> [B] — **3. Maybach zufolge entstanden keine großen Schäden durch Eisgang auf Weichsel und Nogat.**<sup>2</sup> — **4. Ordenssache.** [B] — **5. Ernennung.** [B] — **6. Puttkamer wird Landrat F. Köhn v. Jaski, Angerburg in den einstweiligen Ruhestand versetzen, da dieser an die AH-Wahl 1882 anfechtende, politisch freisinnige Kreisbewohner den Erlaß des Regierungspräsidenten zu Gumbinnen betr. Feststellung der Urwahlbezirke [...] mitgeteilt hat und ohnehin sein Amt in wenig befriedigender Weise verwaltet.**<sup>3</sup> [B] — **7. Titel-**

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 77, CB Tit. 858 Nr. 14 Bd. 4, Bl. 105 ff. u. Rep. 90, Nr. 74, Bl. 209–214 (Gelder-Verteilung).

<sup>2</sup> Vgl. BArch, Nr. 114932, Bl. 156–158 (Lucius möchte 140 000 M. Staatshilfe für Weichsel/Nogat).

<sup>3</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1882/83, Drucks. Nr. 153 A (Bericht Wahlprüfungskommission), Debatte dazu 27.6.1883, S. 2202–2205; Rep. 77, Nr. 4701, Bl. 186 ff. (div. Berichte) u. Kühne, Dreiklassenwahlrecht, S. 74 (aufgrund Rep. 77, CB Tit. 867 Nr. 6 Bd. 7).

verleihung. [B] — **8.** Gesetz betr. den Erlaß polizeilicher Strafverfügungen soll Wilhelm I. unterzeichnen, da die Änderungen im Landtag annehmbar sind. [B] — **9.** Auflösung der Berliner Stadtverordnetenversammlung zum 1. Januar 1884; ist lt. Puttkamer lediglich durch die Notwendigkeit zu motivieren, neue Kommunalwahlbezirke nach Maßgabe der gegenwärtigen Bevölkerungsziffern zu bilden. [B] — **10.–11.** 15 Disziplinar- und Pensionsachen. [B]

### **Nr. 151 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 21. April 1883.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 95, Bl. 88–92v; MF 554.*

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Goßler, Scholz. — Prot.: Homeyer [U].

**1.** Ernennung. [B] — **2.** Landesverwaltungs- und Zuständigkeitsgesetz nach den Kommissionsbeschlüssen<sup>1</sup> des AH. Puttkamer zufolge hat die Kommission aus vorgelegten drei Gesetzentwürfen zwei gemacht, die vorgeschlagene zweckmäßigere Gestaltung der Bezirksinstanz gebilligt, aber bedauerlicherweise die Scheidung zwischen streitigen und nicht streitigen Verwaltungssachen beibehalten. Eine entschiedene Verschlechterung ist die Beibehaltung des überflüssigen Provinzialrats, klarere Trennung ihrer Regierungs- und ihrer Verwaltungsrichter-Funktionen für die beiden ernannten Mitglieder des Bezirksverwaltungsgerichts sowie festgeschriebene Verhinderung des Regierungspräsidenten als Richter in eigener Sache. Geradezu unannehmbar ist Einfügung der Vorschriften der Zivilprozeßordnung bezüglich Ablehnung eines Richters wegen „Besorgnis der Befangenheit“, da diese zivilprozessual unverfängliche Bestimmung lt. Puttkamer bei politischen Sachen die Autorität des betreffenden Beamten, v. a. des Landrats bzw. Regierungspräsidenten, untergräbt. Regierung wird auf Weiterberatung auch bei gleichzeitigem Tagen von RT und AH dringen. [B] — **3.** Eisenbahn-Freifahrten für MdR während der Vertagung des RT<sup>2</sup>; Maybach wünscht Klärung bei Bismarck, ob dies wie 1882 auch ferner gelten soll. — **4.** Mitteilungen Goßlers zur kirchenpolitischen Lage und zu Erörterungen mit Bismarck betr. etwaige neue kirchenpolitische Vorlage.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1882/83, Drucks. Nr. 137 u. 158 (Kommissionsbeschlüsse I./2. Lesung). Vgl. Stump, Verwaltungsgerichtsbarkeit, S. 57–65.

<sup>2</sup> Vgl. BArch, RK, Nr. 1785, Bl. 165 f. (Memorandum Maybachs v. 14.5.1883); ebd. weiterer Schriftwechsel.

<sup>3</sup> Lt. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 262, berichtete Goßler bereits in der Sitzung am 12.4.1883 über Bismarcks Intervention auf Windthorst's Antrag betr. Straffreiheit des Sakramentenspendens und Messelesens.

### **Nr. 152 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 24. April 1883.**

*Reinschr., Bd. 95, Bl. 94–95; MF 554.*

Anwesend: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Goßler, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Nach einer Notiz Homeyers (Bl. 93) versuchte er mit diesem Prot., den Gang der Besprechung [...] zu skizzieren. Da es zu einem Beschluß, ja sogar zu irgend einem Abschluß nicht kam, sollte das Prot. als eine nur von mir vollzogene Registratur zu den Akten gegeben werden. Puttkamer stimmte diesem Vorgehen (ebd.) zu.

*Kulturkampfabbau.* Goßler verliest die Note<sup>2</sup> Jacobinis vom 7.4.1883 und berichtet den Inhalt einer von Bismarck entworfenen Antwortnote zur strittigen Anzeigepflicht. Die Anträge Windthorsts betr. Wiederaufnahme staatlicher Leistungen für die kath. Kirche, Straffreiheit des Sakramentspendens etc. sind im AH abzulehnen, aber konzilient unter Ausdruck der Hoffnung auf eine Verständigung mit der Kurie. Goßler wird seine Erklärung im AH mit Bismarck absprechen; keine gemeinsame Haltung der Staatsregierung zu den seitens der konservativen und der freikonservativen Fraktion beabsichtigten Resolutionen.<sup>3</sup>

<sup>2</sup> Die Note Jacobinis war in den vorliegenden Akten nicht nachzuweisen. Die Antwortnote v. 5.5.1883 (vgl. Sitzung am 18.5.1883, TOP 3) in: StenBerAH, Session 1882/83, Drucks. Nr. 277. Vgl. Schultheß 1883, S. 72–75 (Erläuterung der Provinzial-Korrespondenz dazu).

<sup>3</sup> Am Ende wurde eine Resolution des konservativen MdA Althaus angenommen; vgl. StenBerAH, 25.4.1883, S. 1610 bis 1612. Vgl. zur parlamentarischen Konstellation Anderson, Margaret L., Windthorst, Düsseldorf 1988, S. 315 ff.

### Nr. 153 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 7. Mai 1883.

Vollz. Reinschr., Bd. 95, Bl. 98–100v; MF 554.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Goßler, Hatzfeldt. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Coler [zu 8].

**1. Ernennung.** [B] — **2. Ordenssache.** [B] — **3. Zeitungsmittelungen,** der kürzlich ernannte Domherr Saul in Trier gehöre dem Jesuitenorden an, sind lt. Goßler unrichtig. — **4. Mitteilung im Berliner Tageblatt über geplante Wiedererrichtung einer katholischen Abteilung im Kultusministerium und steigenden [...] Einfluß der katholischen Räte ist lt. Goßler völlig grundlos und mit Strafantrag gegen das Blatt und Haussuchung beantwortet worden.**<sup>1</sup> — **5.–6. Zwei Ordenssachen.** [B] — **7. Ernennung;** Konsistorialrat Grundschöttel, Koblenz soll Oberregierungsrat in Posen werden, da es Goßler zufolge zweckmäßig ist, Stellen der Kirchenverwaltung mit Beamten der allgemeinen Staatsverwaltung zu besetzen. [B] — **8. Neue Prüfungsordnung für Ärzte im Bundesrat.**<sup>2</sup> Goßler will das auch von den medizinischen Fakultäten befürwortete 9. Semester des Studiums zugestehen, um gegen Forderungen nach Frühjahrsprüfungen zusätzlich zu Herbstprüfungen und besondere Prüfung für Psychiatrie durchzudringen. Lucius ist gegen Aufgabe des Quadrienniums, da Preußen strengere Prüfungen und bessere Ärzte als die übrigen deutschen Staaten hat. Friedberg befürchtet Präzedenzfall für das Jura-Studium. Goßler wird seinen skizzierten Vermittlungsvorschlag machen. [B]

<sup>1</sup> Der Vorgang war in den vorliegenden Akten nicht nachzuweisen. Die zeitgenössischen Nummern des Berliner Tageblatts sind in deutschen Bibliotheken nicht überliefert.

<sup>2</sup> Vgl. Sitzung am 23.4.1882, TOP 7 mit Anm.

### Nr. 154 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 18. Mai 1883.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 95, Bl. 101–102v; MF 554.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Lucius, Friedberg, Goßler, Scholz, Bronsart von Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].



1. *Titelverleihung; H. v. Kleist-Retzow wird Wirkl. GehR, da er als Oberpräsident der Rheinprovinz 1858 aus politischen Gründen zur Disposition gestellt, [...] sich seitdem im politisch-parlamentarischen Leben durch patriotische Haltung stets hervorgetan und namentlich im Reichstage eine den Interessen der Reichsregierung genehme Tätigkeit entfaltet hat.*<sup>1</sup> [B] — 2. *Kulturkampfabbau; Goßler verliest die von Bismarck persönlich verfaßte Antwortnote v. 5.5.1883 an Kardinalstaatssekretär Jacobini.* — 3. *Feier des 400. Geburtstags Luthers am 10./11.11.1883<sup>2</sup>; Goßler hält nach den planmäßigen Hetzereien ultramontaner Blätter und trotz der Möglichkeit von Ausschreitungen seitens der vorgeschrittenen Parteien des kirchlichen Liberalismus eine öffentliche, von der Regierung geleitete Feier für unabweisbar geboten; Programm dazu gebilligt.* [B] — 4. *Entscheidung<sup>3</sup> des Oberverwaltungsgerichts, daß auch die nicht von den Kreisdeputierten, sondern von einem regierungsseitig ad hoc ernannten Stellvertreter des Landrats geleitete Wahlen im Kreise Gumbinnen [...] gültig bleiben, da gemäß Kreisordnung, § 75 die Kreisdeputierten nicht als die ausschließlich berechtigten Vertreter des Landrats anzusehen sind; Puttkamer ist befriedigt.*

<sup>1</sup> Vgl. Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 266 f. (*Verärgerung Wilhelms I. und des Kronprinzen über Verleihung*).

<sup>2</sup> Vgl. *Rep. 76, Vc Sekt. I Tit. XI Teil V B Nr. 18 Bd. 1 (allg. Schriftwechsel, Berichte, Programme, Zeitungsartikel 1883/84), Rep. 77, Tit. 415 Nr. 76 (u. a. Immediatberichte) u. Rep. 76, III Sekt. I Abt. XIV Nr. 80 Bd. 2.*

<sup>3</sup> Vgl. *Entscheidungen des OVG, Bd. 10, 2. Aufl., Berlin 1887, S. 24–44 (Urteil d. II. Senats v. 17.5.1883 zu Kreistagswahlen 1882). Die Ernennung von besonderen Kommissaren zur Vertretung des Landrats u. Mda Burchard erfolgte, damit nicht die politisch freisinnigen Kreisdeputierten zum Zuge kamen; vgl. Groeben, Klaus v. d., Die öffentliche Verwaltung im Spannungsfeld der Politik, dargestellt am Beispiel Ostpreußen, Berlin 1979, S. 82–85 (ähnliche Praxis in div. Kreisen).*

## Nr. 155 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 31. Mai 1883.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 95, Bl. 103–109v; MF 554.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

1. *Weiteres Vorgehen beim Kulturkampfabbau nach dem letzten Notenwechsel mit Rom. Nach Ansicht Bismarcks ist ungeachtet der päpstlichen Ablehnung jetzt mit einer Vorlage vor den Landtag zu treten, die das der Kurie Angebotene umsetzt; jeder Schein einer zweiseitigen, konkordatartigen Abmachung entfällt somit und man kann durch die Tat beweisen, daß man zu allen mit dem Staatsinteresse vereinbaren Konzessionen ernstlich bereit ist; auch mit dem Zentrum kann man Fühlung halten. Bismarck will in der neuen Vorlage<sup>1</sup>, dem 3. Milderungsgesetz zum Kulturkampfabbau, die Anzeigepflicht abschwächen, Goßler den Mangel an Seelsorge als Agitationsmittel [...] beseitigen. Gewisse Meinungsverschiedenheiten zwischen Bismarck und Goßler über Sprache und Inhalt der Vorlage, aber Goßler gibt nach. Durchbringung des Gesetzentwurfs ist nicht mit dem Zentrum, sondern eher mit den Nationalliberalen wahrscheinlich.* — 2. *Geplante Feier zur Enthüllung des Nationaldenkmals auf dem Niederwald; Bismarck ist gegen förmliche Einladung an deutsche Bundesfürsten bzw. große Armeebeteiligung und wird Wilhelm I. raten, die Feier in engeren Grenzen zu halten.*<sup>2</sup> [B]

<sup>1</sup> Vgl. Schultheß 1883, S. 77 f. (*päpstliche Note v. 19.5.1883*); *Rep. 90, Nr. 2377, Bl. 214–219v (Gesetzentwurf und Immediatbericht v. 4.6.1883) sowie StenBerAH, Session 1882/83, Drucks. Nr. 259. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 265 f. (ergänzt Prot.). Vgl. allg. Weber, Kirchliche Politik, S. 89–95.*

<sup>2</sup> *Die Feier fand am 28.9.1883 statt; vgl. Schultheß 1883, S. 136.*

**Nr. 156 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 3. Juni 1883.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 95, Bl. 110–113; MF 554.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz. — Prot.: Homeyer [U].*

**1. Stellungnahme zur Interpellation<sup>1</sup>** F. v. Stablewski und K. Kantak *betr. vermeintlich neueingeführte obligatorische Erteilung des Religionsunterrichts in deutscher Sprache an Kinder polnischer Zunge in den Volksschulen der Provinz Posen; die dahingehende Verfügung<sup>2</sup> der Regierung zu Posen hat Goßler bereits faktisch aufgehoben; Staatsministerium billigt völlige Desavouierung des ungerechtfertigten Vorgehens durch Goßler im AH.* [B] — **2. Drittes Milderungsgesetz zum Kulturkampfabbau; redaktionelle Änderungen; landesherrliche Genehmigung zur Bestellung eines bischöflichen Generalvikars wird gegen den Wunsch Goßlers gestrichen. [B] — **3. Landdrost R. X. v. Zakrzewski zu Aurich wird zur Disposition gestellt, da er dienstunfähig und politisch taktlos gewesen ist. [B] — **4. Ordenssache. [B] — **5. Stellungnahme zu den Kommissionsbeschlüssen<sup>3</sup> des HH beim Landesverwaltungs- und Zuständigkeitsgesetz; Puttkamer anerkennt daran drei prinzipiell wichtige Verbesserungen, nämlich hinsichtlich des ständigen Vertreters des Regierungspräsidenten im Bezirksausschuß, der Feststellung der Befangenheit des Landrats und des Regierungspräsidenten sowie der Streichung der Mitwirkung des Bezirksausschusses bei Bestätigung von Gemeindebeamten. [B]********

<sup>1</sup> *StenBerAH, Session 1882/83, Drucks. Nr. 245; Debatte dazu 4.6.1883, S. 1911–1921 (S. 1916 f. Erklärung Goßlers). Vgl. Schultheß 1883, S. 58 und 66. Vgl. Sitzung am 27.1.1883, TOP 5 mit Anm.*

<sup>2</sup> *Abgedruckt auf Drucks. Nr. 245, Anlage I.*

<sup>3</sup> *StenBerHH, Session 1882/83, Drucks. Nr. 77; Debatte dazu 5./6.6.1883, S. 210–250 (S. 215 f., 223 f., 244–246 Puttkamer).*

**Nr. 157 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 21. Juni 1883.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [13–14] und Korrekturen, Bd. 95, Bl. 114–142; MF 554/555.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Friedberg, Boetticher [zu 1–9], Goßler [zu 1–11, 14], Scholz [zu 2–15]. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Rieth, Kehler [beide zu 13], H. Frh. v. Wangenheim [zu 14].*

**1. Verlängerung des für die Stadt und die Amtshauptmannschaft Leipzig geltenden sog. kleinen Belagerungszustandes um ein ferneres Jahr durch den Bundesrat gebilligt.**<sup>1</sup> [B] — **2. Kulturkampfabbau; Grundsatz, daß an katholische Geistliche, denen gegenüber die Staatsleistungen eingestellt wurden, keine Allerhöchste Auszeichnungen gehen, ist lt. Goßler aufzugeben, da die Betroffenen ja persönlich schuldlos sind.** [B] — **3. Zwei Ordenssachen.** [B] — **4. Landtagsschluß der Session 1882/83 soll am 30. Juni 1883 sein.**<sup>2</sup> [B] — **5. Das Domkapitel zu Hildesheim ist ausgestorben; Bischof Sommerwerck wird sich über neue Kandidaten dafür mit der Staatsregierung**

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 90a, D I 4c Nr. 3 Bd. 2, Bl. 1–12; StenBerBundesR, Jg. 1883, Sitzung am 21.6.1883, § 318 und StenBerRT, 1.9.1883, S. 129 f.*

<sup>2</sup> *Tatsächlich erfolgte er – wegen des 3. Milderungsgesetzes – erst am 2.7.1883.*

einigen.<sup>3</sup> [B] — **6.** Landesverwaltungs- und Zuständigkeitsgesetz in HH und AH; das AH hat dem HH in zwei Differenzpunkten nachgegeben; nur an der Mitwirkung des Bezirksausschusses bei Bestätigung von Gemeindebeamten hält das AH weiter fest; Puttkamer wird im HH erklären, dieses Festhalten sei der Regierung sachlich unerwünscht, aber das Scheitern der Gesetze an dieser Frage zu vermeiden, indem das HH dem AH hierin nachgeben soll.<sup>4</sup> [B] — **7.** Stellungnahme zu den Kommissionsbeschlüssen<sup>5</sup> des AH beim Gesetzentwurf betr. die Schulversäumnisse; sind lt. Goßler annehmbar, da sie doch wesentliche Verbesserung des bestehenden Zustands darstellen. [B] — **8.** Stellungnahme zu den Kommissionsbeschlüssen<sup>6</sup> des AH beim 3. Milderungsgesetz; nach Rücksprache mit Bismarck hält Goßler die Vorlage ungeachtet der vier Änderungen für annehmbar. [B] — **9.** Nichtbestätigung des freisinnigen C. Brinckmann als Bürgermeister von Tilsit, da er Puttkamer zufolge einer ultraradikalen politischen Gesinnung huldigt und sich in extremer Weise über die Armee als ein schädliches, nur dynastischen Gelüsten dienendes Instrument [...] geäußert hat; gebilligt.<sup>7</sup> [B] — **10.** Titelverleihung. [B] — **11.** Ernennung. [B] — Scholz moniert Bevorzugung der Landräte gegenüber Mitgliedern von Regierungskollegien bei Beförderungen zu Oberregierungsräten. — **12.** Die Kommissionsbeschlüsse<sup>8</sup> des HH beim vom AH geänderten Gesetzentwurf betr. das Staatsschuldbuch haben mehrfach die Regierungsvorlage wiederhergestellt; Scholz wird dies im Plenum gutheißen. [B] — **13.–14.** 23 Disziplinar- und Pensions-sachen. [B] — **15.** Verzeichnis der für Militäranwärter vorbehaltenen Stellen sowie eine Disziplinarsache; vertagt.

<sup>3</sup> Vgl. Gatz (Hrsg.), Bischöfe, S. 713 (mit Lit.).

<sup>4</sup> Vgl. StenBerHH, Session 1882/83, 28.6.1883, S. 266–268, 273–274 (Puttkamer gegen die hochkonservative Rechte des Herrenhauses unter Graf Lippe, die wegen der strittigen Bestimmung die Gesetze – erfolglos – ablehnte).

<sup>5</sup> StenBerAH, Session 1882/83, Drucks. Nr. 267; Debatte dazu 28.6.1883, S. 2211–2229 (S. 2213 f. Goßler). Der Gesetzentwurf scheiterte daran, daß Goßler einen von Fortschrittspartei und Zentrum unterstützten Antrag für ein Widerspruchsrecht der Eltern gegen die Zwangsabholung von Kindern zur Schule für unannehmbar erklärte.

<sup>6</sup> StenBerAH, Session 1882/83, Drucks. Nr. 277; Debatte dazu 22.6.1883, S. 2103–2142.

<sup>7</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 2663 Nr. 8 Bd. 4, n. f. (1883) und Rep. 89, Nr. 14883.

<sup>8</sup> Vgl. StenBerHH, Session 1882/83, Drucks. Nr. 93, Debatte dazu 28.6.1883, S. 281–293 (S. 284 f. Scholz).

## Nr. 158 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 2. Juli 1883.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [5, 11–12] und Korrekturen, Bd. 95, Bl. 143–156; MF 555.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Lucius, Friedberg, Boetticher [zu 1–10], Goßler, Hatzfeldt, Bronsart v. Schellendorff [zu 1–10]. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Rieth [zu 5, 11], Heyer [zu 5], Lehnert [zu 11], H. Frh. v. Wangenheim, Gleim [beide zu 12].

**1.** Höfeordnung für Brandenburg wurde vom HH in akzeptabler Form angenommen.<sup>1</sup> [B] — **2.** Ordenssache; Präs. des AH G. v. Köller wird für seine Leistung während der Session 1882/83 dekoriert. [B] — **3.** Ernennung. [B] — **4.** Antrag<sup>2</sup> L. Windthorst, das vom Patriarchen von Jerusalem verliehene Großkreuz des Ordens vom hl. Grabe annehmen zu dürfen, wird abgelehnt.<sup>3</sup> [B] — **5.** Disziplinarsache. [B] — **6.** Gebührenfreiheit im Verfahren vor dem Reichsgericht; vertagt. —

<sup>1</sup> Vgl. StenBerHH, Session 1882/83, 28.6.1883, S. 277–281.

<sup>2</sup> Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

<sup>3</sup> Vgl. Sitzung am 19.6.1881, TOP 5 (Grundsatzentscheidung).

7. Verzeichnis der für Militäranwärter vorbehaltenen Stellen; wegen Meinungsverschiedenheiten zwischen Scholz und Bronsart v. Schellendorff vertagt.<sup>4</sup> — 8. Gefahr der weiteren Verbreitung der Cholera aus dem Orient droht lt. Goßler, da die englische Regierung gegen jede Hemmung des Personenverkehrs eingestellt ist; kommissarische Beratungen mit Reichsvertretern geplant, um ggf. diplomatische Schritte vorzubereiten.<sup>5</sup> [B] — 9. Trotz der verheerenden Überschwemmungen in Schlesien besteht dort nach Informationen Puttkamers der entschiedene Wunsch, dem Notstand ohne Staatshilfe mit eignen Kräften zu begegnen. [B] — 10. Versetzung des Oberpräsidenten v. Ernsthausem von Westpreußen nach Westfalen ist lt. Puttkamer dringend erwünscht, denn er habe sich politisch indolent gezeigt, ja stehe in Danzig unter liberalem Einfluß. In Westfalen hingegen bleibt für einen politischen Einfluß des Verwaltungschefs den gegebenen politischen Verhältnissen gegenüber relativ weniger Raum. Als Nachfolger für die Kampfesstelle in Danzig ist RegPräs. v. Massenbach geeignet. Eine Ministermehrheit lehnt aber die Versetzung Ernsthausems nach Münster ab, da er weder für die kirchlichen, noch für die [...] industriellen Interessen Westfalens [...] geeignet erscheint und der dienstältere RegPräs. v. Hagemeister nicht übergangen werden darf; Puttkamer fügt sich. [B] — 11.–12. Sieben Disziplinar- und Pensions-sachen. [B] — 13. Landesverwaltungs- und Zuständigkeitsgesetz. Das HH hat dem AH im letzten Streitpunkt nachgegeben. Nach Puttkamers Ansicht sind die wichtigsten Resultate beider Gesetze Einheitlichkeit der Organisation in der Bezirksinstanz, der Vorsitz des Regierungspräsidenten im Bezirksausschuß und daß die Kommunalaufsicht durch alle Instanzen in den Händen von Einzelbeamten liegt; Zustimmung Bismarcks ist einzuholen. [B] — 14. Drittes Milderungsgesetz wurde im HH angenommen<sup>6</sup> und Bismarck ist damit einverstanden. [B] — Goßler teilt Note<sup>7</sup> Jacobinis vom 21.6.1883 mit.

<sup>4</sup> Der umfangreiche Votenwechsel 1882/83 in: Rep. 90, Nr. 519, n. f.

<sup>5</sup> Vgl. Rep. 76, VIII A Nr. 3183, n. f. (Deutsche Cholera-Kommission unter Robert Koch) und StenBerRT, Session 1884, 13.5.1884, S. 572–574.

<sup>6</sup> StenBerHH, Session 1882/83, 2.7.1883, S. 339–357. Vgl. Weber, Kirchliche Politik, S. 89–95.

<sup>7</sup> Vgl. Schultheß 1883, S. 96 und Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 268 f. (erläutert Note).

## Nr. 159 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Juli 1883.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [5–6], Bd. 95, Bl. 157–168; MF 555.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Lucius, Friedberg, Goßler, Hatzfeldt. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Th. Frh. v. Wilmowski, Heyer, Rieth, Roedenbeck [alle zu 5], H. Frh. v. Wangenheim [zu 6].

1. Gewährung einer Staatshilfe von 140 000 M. zur Wiederherstellung der Deiche an der Danziger neuen Binnenehrung; vertagt. — 2. Ordenssache. [B] — 3. Dem ehem. Redakteur der katholischen Schlesischen Volkszeitung, Hager, wird die erbetene Konzession zur Errichtung einer Erziehungsanstalt in Breslau erteilt. [B] — 4. Goßler mahnt anläßlich eines Falles an, daß die Ministerien, speziell das Auswärtige Amt, die Korrespondenzen mit dem Evangelischen Oberkirchenrat via Kultusministerium abwickeln sollen; Einverständnis damit. [B] — 5.–6. Neun Disziplinar- und Pensionssachen. [B]

**Nr. 160 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Juli 1883.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [7] und Korrekturen, Bd. 95, Bl. 170–185; MF 556.*

*Anwesend [U]: Maybach [V], Lucius, Friedberg, Goßler, Scholz. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Herrfurth [für Puttkamer], Dannemann [zu 6], v. Kurowsky [zu 7].*

**1. Titelverleihung.** [B] — **2.** Notifikation *oder einstweilige Inkraftsetzung des Handelsvertrags<sup>1</sup> mit Spanien ist lt. Scholz nötig, da Deutschland jetzt aller Begünstigungen entbehrt; Notifikation ohne Zustimmung des RT wäre verfassungswidrig; trotz Bedenken wird Scholz verwaltungsinterne kaiserliche Anordnung vorschlagen; Entscheidung trifft Bismarck.* [B] — **3.** Verbesserung der Beamtenbesoldung; *Scholz plant u. a. Lokalzulagen für wirklich teure Orte.* [B] — **4.** *Goßlers Unterrichtsgesetz<sup>2</sup> liegt binnen kurzem vor.* [9] — **5.** *Verhältnis von Reichsämtern und preußischen Ministerien anlässlich der Anfrage<sup>3</sup> von StS H. Stephan, ob die preuß. Ministerien gleich dem — deswegen im RT<sup>4</sup> angegriffenen — Reichspostamt auch nötigenfalls durch Privatunternehmer Dienstgebäude gegen Zusicherung einer Anmietung derselben auf längere Zeit errichten ließen; Ministermehrheit beschließt, daß angesichts der Gefahr ähnlicher Angriffe gegen preuß. Ministerien, die Anfrage eines einzelnen Reichsressorts nicht detailliert zu beantworten, sondern abzuwarten bleibt, ob der Herr Reichskanzler ein dahin gehendes Ersuchen stellt.* [B] — **6.** *Gewährung einer Staatsbeihilfe von 140 000 M. zur Wiederherstellung der Deiche der Danziger neuen Binnenehrung. Nach Dannemann sind die Deichgenossen überfordert mit den Hochwasserschäden und es liegt ein dringender Notfall vor. Scholz meint, Betroffene sollten auf ihre nicht geringwertigen Grundstücke Darlehen aufnehmen. 20 000 M. sollen Betroffene tragen, 80 000 M. werden als Darlehn und 40 000 M. aus Mitteln der Krone gegeben.* [B] — **7.** *Neun Disziplinarsachen.*<sup>5</sup> [B]

<sup>1</sup> *Vgl. RGBl. 1883, S. 307; Schultheß 1883, S. 105, 107, 114, 115, 118 f. (Reichstagsession); Gerloff, Zoll- und Finanzpolitik, S. 210 f. und Havemann, Nils, Spanien im Kalkül der deutschen Außenpolitik von den letzten Jahren der Ära Bismarck bis zum Beginn der Wilhelminischen Weltpolitik (1883–1899), Berlin 1997, bes. S. 68–71.*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 77, Tit. 123 Nr. 10 Bd. 6, Bl. 428–503 (Goßlers Entwurf v. Juli 1883) und BArch, RADl, Nr. 114933, Bl. 2 ff. (Voten Goßlers, Gesetzentwurf von 1884).*

<sup>3</sup> *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

<sup>4</sup> *Vgl. StenBerRT, Session 1882/83, 3./4.2.1883, S. 1277–1292 u. 16.2.1883, S. 1577–1589.*

<sup>5</sup> *Anliegend befinden sich aber nur acht Protokolle.*

**Nr. 161 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 5. August 1883.**

*Reinschr., Bd. 95, Bl. 186–187; MF 556.*

*Anwesend: Maybach [V], Friedberg, Hatzfeldt, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Beglaubigt Kurowsky [U].*

*Weitere Teilnehmer: Eck, Herrfurth.*

*Staatshilfe für die Opfer des Erdbebens in Ischia<sup>1</sup>; zu gebührenfreien Spenden via Postanstalten soll unter Bezugnahme auf die freundschaftlichen Beziehungen mit Italien ermuntert werden; Beitrag aus dem Dispositionsfonds Wilhelms I. soll erbeten und deutsche Bundesstaaten zur Beteiligung aufgefordert werden. [B]*

<sup>1</sup> Am 28.7.1883 verwüstete ein großes Erdbeben Ischia und forderte über 2300 Todesopfer; die deutsche Hilfe stand unter dem Protektorat des Kronprinzen Friedrich Wilhelm. Vgl. Schultheß 1883, S. 114, 139.

## **Nr. 162 Sitzung des Staatsministeriums am 22. August 1883.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 95, Bl. 188–194v, Anlage: Bl. 195; MF 556.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Friedberg, Boetticher, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Meinecke [für Scholz], Marcard [für Lucius], Lucanus [für Goßler], Homeyer [zu I].*

**1. Ordenssachen anlässlich der Herbstmanöver; wegen der besonderen Veranlassung wird in drei Fällen höhere Dekoration gebilligt [B]. Puttkamer widerrät dem Roten Adler Orden IV. Kl. für Prof. A. Boretius, Rektor der Universität Halle, da er bei der Reichstagwahl von 1881 die Unterstützung der Nationalliberalen für den freisinnigen Kandidaten gefordert hatte; Ministermehrheit hält aber den Orden für unumgänglich, da Boretius im Namen der Universität Wilhelm I. empfangen wird [B]. Titelverleihung [B]. — 2. Ordenssache; trotz Widerspruch Scholz' erhält RegPräs. G. v. Diest vorzeitig den Stern zum Kronenorden II. Kl. [B] — 3. Ordenssache; Puttkamer befürwortet trotz des Mißgriffs bei der Polizeiverordnung über die Sonntagsheiligung<sup>1</sup> die Dekoration des OPräs. v. Wolff, Magdeburg; trotz Widerspruchs Friedbergs und Maybachs soll sie erfolgen, da sonst v. Wolff in seiner Stellung nicht bleiben kann; Bismarck widerspricht telegraphisch.<sup>2</sup> [B] — 4. Ordenssache; Bischof G. Kopp, Fulda, hält Auszeichnung für sich zur Zeit für nicht erwünscht. — 5. Fünf Ordenssachen anlässlich der Enthüllung des Denkmals auf dem Niederwald. [B] — 6. Drei Ordenssachen. Sechs Ernennungen. Titelverleihung. [B] — 7. Titelverleihung. [B] — 8. Sobieskifeier der Polen in Posen und Westpreußen<sup>3</sup>; Puttkamer wird Veranstaltungen in geschlossenen Räumen [...] gestatten, allerdings überwachen, an jedermann zugänglichen Orten aber grundsätzlich nicht [...] gestatten. [B]**

<sup>1</sup> Vgl. Schultheß 1883, S. 10, 24, 113 f.

<sup>2</sup> Vgl. Abschr. des Telegramms Bismarcks v. 26.8.1883 als Anlage (Bl. 195). Die Auszeichnung unterblieb.

<sup>3</sup> Jan III. Sobieski, König von Polen, entsetzte am 12.9.1683 das von den Türken belagerte Wien. Vgl. Schultheß 1883, S. 127.

## **Nr. 163 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Oktober 1883.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [I], Bd. 95, Bl. 196–201; MF 556.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Goßler, Scholz. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Wangenheim [zu I].*

1. Vier Disziplinarsachen. [B] — 2. Ordenssachen und Titelverleihungen für um die Hygiene-Ausstellung<sup>1</sup> verdiente Männer; die von Königin Augusta angeregten Auszeichnungen soll Goßler mit Bismarck abklären. [B] — 3. Mitteilungen Goßlers über die kirchenpolitische Lage.<sup>2</sup> [B] — 4. Ernennung. [B] — 5. Ordenssache. [B] — 6. Versetzung des Landrats Köhn v. Jaski, Angerburg, in den einstweiligen Ruhestand wird Puttkamer nunmehr durchführen, da die Wahlprüfung im AH stattgefunden hat. [B]

<sup>1</sup> Die Berliner Hygieneausstellung vom 12.5.–15.10.1883 unter dem Protektorat von Königin Augusta hatte großes Aufsehen erregt und rd. 1 Mio. Besucher angezogen; vgl. Schultheß 1883, S. 77, 142. Vgl. Rep. 76, VIII A Nr. 2282 (Hygiene-Ausstellung u. Gründung des Berliner Hygienemuseums).

<sup>2</sup> Im August/September 1883 fanden v. a. eine Bischofskonferenz in Köln und der Katholikentag in Düsseldorf statt; Schultheß 1883, S. 111, 126 ff. Auf verschiedene regierungskritische Artikel des Zentrumsblattes Germania antwortete die Provinzial-Korrespondenz am 4.10.1883; Schultheß, S. 139 f. Vgl. Weber, Kirchliche Politik, S. 89–95.

## Nr. 164 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 23. Oktober 1883.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 95, Bl. 202–205v; MF 556.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

1. Mitteilung Boettichers, daß der Bundesrat am 24.10.1883 gemäß Sozialistengesetz die Verlängerung des sog. kleinen Belagerungszustandes für Berlin, Hamburg und Altona beschließen wird.<sup>1</sup> — 2.–4. Sieben Ernennungen. — 5. Bayerische Anregung, den 1. Januar 1884 als 50. Gedenktag der Stiftung des Zollvereins festlich zu begehen; Bismarck soll entscheiden, ob dies eher als finanzgeschichtliches Datum oder als Anbahnung des deutschen Reichs zu feiern ist. [B] — 6. Verhältnis von Reichsämtern und preußischen Ministerien anläßlich einer Anfrage von StS H. Stephan; Stephan will zu seiner Entlastung nötigenfalls im RT auf ähnliches Verfahren in preußischen Ressorts hinweisen; gerade diese parlamentarische Verwertung ist aber zu vermeiden, und Boetticher wird als Stellvertreter des Reichskanzlers Stephan auf die Ungehörigkeit solchen Eingehens auf Verhältnisse preußischer Ressorts hinweisen. [B] — 7. Terminierung der Eröffnung des Landtags zur Session 1883/84. [B] — 8. Der Staatshaushalt 1884/85<sup>2</sup> wird nach Scholz' Meinung wegen Eisenbahn-Überschüssen und günstigem Reichsetat ausgeglichen ausfallen. — Zur Landtagssession 1883/84 sind v. a. geplant Gesetzentwürfe zur Reform der direkten persönlichen Steuern und zur Aufbesserung der Beamtenbesoldungen, ein Schulunterhaltungsgesetz, ein Kommunalsteuergesetz sowie die Hannoversche Kreis- und Provinzialordnung. — 9. Neubau eines Gebäudes für das Abgeordnetenhaus. Scholz zufolge ist nach kommissarischen Beratungen mit HH und AH die Frage offen und der Wunsch des HH, nicht einen erheblichen Teil seines Gartens als Bauplatz verwendet zu sehen, verständlich. Einstweilen soll das Zivilkabinett in die Markgrafenstr. 47 umziehen und dessen jetziges Gebäude dem AH zugeschlagen werden. Puttkamer sieht darin völliges novum und Widerspruch zu bisherigen Regierungsaussagen über den Neubau; Ministermehrheit folgt Scholz.<sup>3</sup> [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 90a, D I 4c Nr. 3 Bd. 2, Bl. 13 ff. u. StenBerBundesR, Jg. 1883, Sitzungen am 24.10.1883, § 405 und 22.11.1883, § 443.

<sup>2</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1883/84, Drucks. Nr. 5.

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 496a Nr. 79 Bd. 3, Bl. 52–146 (kommissarische Beratungen, Meinungsverschiedenheit Scholz-Puttkamer, Schreiben der Minister an das AH v. 3.2.1884, gedr. in: StenBerAH, Session 1884, Drucks. Nr. 87).

**Nr. 165 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Oktober 1883.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [8–9] u. Korrekturen, Bd. 95, Bl. 206–222; MF 556/557.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Rieth, Hommelsheim [beide zu 8], H. Frh. v. Wangenheim, Th. Frh. v. Wilmowski [beide zu 9].*

**1.** Nach Mitteilung von Scholz ist Bismarck mit der Landtagseröffnung am 20. November 1883 sowie mit den Gesetzentwürfen betr. Einkommen- und Kapitalrentensteuer, Beamtenbesoldung, Schulunterhaltung und Kommunalsteuern einverstanden. — **2.** Bismarck will den 50. Gedenktag der Stiftung des Zollvereins nur seitens der beteiligten Finanzverwaltungen gefeiert sehen. — **3.** Ordenssachen und Titelverleihungen für um die Hygiene-Ausstellung verdiente Männer; da Bismarck dagegen ist, unterbleiben sie. — **4.** Mitteilungen Goßlers zur kirchenpolitischen [...] Lage. — **5.** Verhandlungen mit der Regierung von Anhalt über Pachtung oder Ankauf des Salzbergwerks Leopoldshall.<sup>1</sup> — **6.** Ordenssache. [B] — **7.** Geschäftsregulativ für den Landeseisenbahnrat gebilligt; eine Befugnis zu selbständigen Anträgen und Anfragen hat er nur bei im Gesetz<sup>2</sup> vom 1. Juni 1882, § 14, bezeichneten Angelegenheiten. [B] — **8.–9.** 15 Disziplinar- und Pensions-sachen. [B]

<sup>1</sup> Die diesbezüglichen Akten Rep. 121, Abt. F Tit. X Lit. S Sect. 2 Staffurt sind nicht überliefert.

<sup>2</sup> Vgl. GS 1882, S. 317 (Eisenbahntarife, Ausnahmetarife, Betriebs- und Bahnpolizei-Reglements).

**Nr. 166 Sitzung des Staatsministeriums am 5. November 1883.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 95, Bl. 223–233v; MF 557.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Wiebe, Althoff, Gauss [alle zu 9].*

**1.** Lucius plant für die Landtagssession 1883/84 Höfeordnungen<sup>1</sup> für Schlesien bzw. Schleswig-Holstein sowie die von Bismarck gebilligte, mit der Vorlage<sup>2</sup> von 1880 fast identische Jagdordnung. — **2.** Ordenssache. [B] — **3.** Lutherfeier zu Eisleben<sup>3</sup>; Goßler soll daran teilnehmen. [B] — **4.** Mitteilungen Goßlers zur kirchenpolitischen Lage. — **5.** Ernennung. [B] — **6.** Gebührenfreiheit im Verfahren beim Reichsgericht; vertagt. — **7.** Zusatz zum § 21 im Regulativ<sup>4</sup> zum Gesetze betr. Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst gebilligt. [B] — **8.** Künftige Kanalbaupolitik nach

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 87, B Nr. 10839 bzw. Nr. 10840. Die Gesetze ergingen 1884 (GS, S. 121) bzw. 1886 (GS, S. 117).

<sup>2</sup> Vgl. Sitzung am 3.2.1879, TOP 9 mit Anm. u. StenBerAH, Session 1883/84, Drucks. Nr. 44. Debatte dazu am 10./11.1.1884, S. 602–643. Vgl. ferner Rep. 84a, Nr. 11532, Bl. 32 ff.

<sup>3</sup> Feiern zum 400. Geburtstag Martin Luthers fanden am den 11.11.1883 statt.

<sup>4</sup> Vgl. Sitzung am 29.5.1879, TOP 2 mit Anm. und Illing, Julius/Kautz, Georg, Handbuch für preußische Verwaltungsbeamte (...), Bd. 1, 6. Aufl., Berlin 1895, S. 75 (§ 21).



einer diesbezüglichen Resolution<sup>5</sup> des HH. Nach Meinung Maybachs führt die sie nicht weiter, sondern ist vielmehr die abgelehnte Kanalvorlage Dortmund-Ems erweitert um den Kanalausbau Schlesien — Berlin — Ostsee wieder vorzulegen<sup>6</sup>. Bronsart und Lucius befürworten langsames Vorgehen, da der Kanalbau wegen Kosten und Konkurrenz zu Eisenbahnen nicht nur vorteilhaft für Staat, Adjacenten und Landwirtschaft ist. Die künftige Kanalbaupolitik bleibt offen. [B] — 9. Vier Anträge<sup>7</sup> des Zentralkomitees der Vermessungen, u. a. betr. Anwendung gleichmäßiger Signaturen für topographische und geometrische Karten und Pläne sowie betr. Anschluß der Nivellements des Geodätischen Instituts an das Präzisions-Nivellement der Landes-Aufnahme. Das Geodätische Institut soll bei bewahrter wissenschaftlicher Selbständigkeit nicht mehr in die Praxis der Landesaufnahme [...] übergreifen. Die überholte Schrift<sup>8</sup> „Absolute Höhen“ des Geodätischen Instituts wird durch Rückkauf aus dem Buchhandel zurückgezogen. [B]

<sup>5</sup> StenBerHH, Session 1882/83, 30.6.1883, S. 312–336. Die Resolution (S. 336) wurde mit großer Mehrheit angenommen, nachdem der Dortmund-Ems-Kanal 70 gegen 65 Stimmen abgelehnt worden war. Das im Prot. genannte Votum der Minister Maybach, Boetticher und Scholz v. 27.10.1883 in: Rep. 90a, N III 2 Nr. 1 Bd. 2, n. f.

<sup>6</sup> Viele Schlesier hatten den Dortmund-Ems-Kanal abgelehnt; vgl. Schultheß 1883, S. 102. Vgl. Rep. 87, F Nr. 1503 u. 1504 (Dortmund-Ems-Kanal 1882–1886).

<sup>7</sup> Konnten in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

<sup>8</sup> Absolute Höhen der Festpunkte des Gradmessungs-Nivellements zwischen Berlin und Denekamp, Berlin 1883. Zum Problem vgl. Meyers Großes Konversationslexikon, Bd. 12, 6. Aufl., Leipzig/Wien 1908, S. 98 f.

## Nr. 167 Sitzung des Staatsministeriums am 11. November 1883.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 95, Bl. 234–239v<sup>1</sup>, Anlage: Bl. 240; MF 557.

Anwesend: Puttkamer [V, U], Maybach, Lucius [U], Friedberg [U], Boetticher [U], Goßler, Scholz [zu 3–7, U], Hatzfeldt [U], Bronsart v. Schellendorff [zu 1–6]. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Lucanus [zu 2], Homeyer [zu 6], Bahlmann, Rüdorff [beide zu 7].

1. Ordenssache. [B] — 2. Kulturkampfabbau; Goßler empfiehlt Begnadigung von Bischof P. J. Blum, Limburg, ohne auf Konzessionen der Kurie zu warten, da der todkranke Blum persönlich der würdigste Kandidat ist; taktische Bedenken von Lucius, Friedberg und Maybach; vor Erstattung des Immediatberichts<sup>2</sup> soll Bismarck nochmals befragt werden. [B] — 3. Eröffnungsrede<sup>3</sup> zur Landtagssession 1883/84 festgestellt. [B] — 4. Verteilung der Gesetzentwürfe an AH und HH; dem HH sind sieben Gesetzentwürfe [...] zuerst vorzulegen. [B] — 5. Scholz hat Wilhelm I. den Staatshaushalt für 1884/85 erläutert; er enthält u. a. zwei Mio. M. für Gelegenheitskäufe für die Museen. — 6. Immediatgesuch<sup>4</sup> der Brüder Brunckow, Berlin, wegen Anschaffung ihres Werkes<sup>5</sup> „Die Wohnplätze des Deutschen Reichs“ für die Staatsbehörden, um die Vollendung finanzieren zu können; abgelehnt; Übernahme der Arbeit in das Statistische Amt des Deutschen Reichs ist zu prüfen. [B] — 7. Gebührenfreiheit im Verfahren vor dem Reichsgericht und Verhältnis zwischen Preußen und dem Reich. Die Verhandlungen dazu seit 1879 erfolgten ohne Beteiligung des Finanzministers. Scholz und Friedberg wollen keine Erweiterung der Gebüh-

<sup>1</sup> Eine nachträgliche Zusammenfassung von Rüdorffs Vortrag zu TOP 7 (Bl. 241) wurde lt. hs. Marginalie Homeyers v. 14.11.1883 in das Protokoll nicht mehr aufgenommen, da es die Minister bereits unterschrieben hatten.

<sup>2</sup> Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. allg. Rep. 76, I Sekt. 28a Nr. 5 Bd. 2, Bl. 253 ff.

<sup>3</sup> Vgl. StenBerHH, Session 1883/84, 20.11.1883, S. 1–2.

<sup>4</sup> Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

<sup>5</sup> Oskar Brunckow, Die Wohnplätze des deutschen Reiches. Abt. 1 Königreich Preußen, 4 Bde., Berlin 1880–83.

renfreiheiten. *Da aber der Entwurf<sup>6</sup> der diesbezüglichen VO von Bismarck kontrasigniert ist, kein weiterer Widerspruch. Scholz beansprucht, daß Anträge von finanzieller Bedeutung nicht ohne seine Mitbeteiligung an das Reich gerichtet würden.* [B]

<sup>6</sup> Vgl. *StenBerBundesR*, Jg. 1883, Drucks. Nr. 48; *Beschluß dazu Sitzung am 29.11.1883*, § 458.

### **Nr. 168 Sitzung des Staatsministeriums am 19. November 1883.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 95, Bl. 245–260; MF 557/558. — Abschr. [2–5]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 3, Bl. 61–70.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Scholz, Hatzfeldt. — Prot.<sup>1</sup>: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Lucanus [für Goßler zu 1, 2, 5], Haase [zu 5].*

**1.** *Boetticher wird in Friedrichsruh Bismarcks Kontrasignatur zwecks Begnadigung des Bischofs Blum einholen. — 2. Pressepolitik. Da die Oldenbergsche Parlaments-Korrespondenz die Reden der Minister im Landtag absichtlich mißgünstig, die liberaler Redner aber ausführlich bringt, plant Puttkamer ein Konkurrenzunternehmen durch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung; Finanzierung ist gesichert. Ministerreden müssen zwecks Veröffentlichung jeweils umgehend eingehen. Friedberg zweifelt am Erfolg des Projekts bei den großen Zeitungen.<sup>2</sup> [B] — 3. Neubau eines Gebäudes für das Abgeordnetenhaus. Umzug des Zivilkabinetts zwecks Erweiterung des AH um das bisherige Zivilkabinetts ist lt. Scholz gescheitert; Puttkamer befürwortet erneute Prüfung der Bauskizze, die das neue AH im Garten von Herrenhaus und Reichstag, Leipziger Str. 3/4, vorsieht. Ministermehrheit ist aber für ablehnende Erklärung<sup>3</sup> im AH, da das Herrenhaus seinen Garten nicht hergeben will und soll. [B] — 4. Scholz wird künftig den Staatshaushalt dem AH durch schriftliche Übersendung am Tage des Zusammentritts zugehen lassen. [B] — 5. Kreis- und Provinzialordnung für Hannover<sup>4</sup>; Abweichungen gegen die Vorlage von 1882 betreffen u. a. neue Kreisbildung, Ortspolizeiverwaltung, Bildung neuer Wegeverbände, Zusammensetzung des Provinziallandtages zur Sicherung einer ausreichenden Vertretung des Großgrundbesitzes und der Städte sowie Verhinderung des Einflusses der welfisch gesinnten Ritterschaften; gebilligt. [B]*

<sup>1</sup> *Das Prot. zu TOP 5 wurde nicht von Homeyer, sondern im Innenministerium erstellt.*

<sup>2</sup> *Vgl. allg. Stöber, Bismarcks geheime Presseorganisation.*

<sup>3</sup> *StenBerAH, Session 1883/84, 12.2.1884, S. 1416–1418 (Scholz).*

<sup>4</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1883/84, Drucks. Nr. 7 und Rep. 77, Tit. 772 Nr. 42 Bd. 5 (div. Schriftwechsel 1882/83, Prot. der AH-Kommission 1882).*

### **Nr. 169 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 29. November 1883.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 95, Bl. 261–267v; MF 558.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Hatzfeldt [zu 1], Bronsart v. Schellendorff [zu 1]. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Burghart, Eilers [beide zu 1].*

**1.** *Gesetzentwurf*<sup>1</sup> betr. Einkommen- und Kapitalrentensteuer. Zweck ist lt. Scholz die Aufhebung der ehemaligen dritten und vierten Stufe der Einkommensteuer v. a. zugunsten von Unterbeamten und Volksschullehrern und Deckung der entstehenden 6–7 Mio. M. Ausfälle durch bessere Veranlagung, Heranziehung der Aktiengesellschaften und Kapitalrentensteuer<sup>2</sup>. Die Deklarationspflicht ist bei Einkommensteuer zu kompliziert, bei Zinsen von Kapitalien aber zu verlangen; bessere Organisation der Finanzbehörden mit ca. 200 neuen Kreissteuerinspektoren geplant. Lucius hegt schwere Bedenken gegen Auskunftspflicht von Banken über Konten ihrer Kunden, was ein einmaliges Ausspürsystem schaffen würde, und gegen Beschneidung der Machtvollkommenheit der Landräte durch neue Kreissteuerinspektoren und gewählte Veranlagungskommissionen. Scholz zufolge ist Bankauskunft nicht beabsichtigt und sollen Gutsvorsteher geborene Mitglieder der Veranlagungskommissionen sein. Auch Puttkamer ist gegen Kreissteuerinspektoren, deren Verhältnis zur ländlichen Aristokratie das peinlichste sein würde und die den Landräten eine ihrer wichtigsten Funktionen wegnähmen. Nach Scholz haben die Landräte die Steuereinschätzung zumeist subalternen Kräften überlassen, aber angesichts der Abneigung des Staatsministeriums verzichtet er auf das Institut des Kreissteuerinspektors. Scholz wird den Entwurf entsprechend ändern. [B] — **2.** Zwei Ernennungen. [B] — **3.** Ordenssache. [B] — **4.** Errichtung von Gewerbekammern; vertagt.

<sup>1</sup> Rep. 151, HB Nr. 1690, Bl. 55 ff., Bl. 123–128v (Entwurf v. 23.11.1883). Vgl. StenBerAH, Session 1883/84, Drucks. Nr. 42. Analyse bei Thier, Steuergesetzgebung, S. 388–401.

<sup>2</sup> Entsprechend der AH-Resolution v. 22.2.1883 in: StenBerAH, Session 1882/83, Drucks. Nr. 91.

## **Nr. 170 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 4. Dezember 1883.**

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [4] und Korrekturen, Bd. 95, Bl. 268–287<sup>1</sup>; MF 558.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius [zu 1], Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Wangenheim [zu 4].

**1.** *Stellungnahme zum Antrag*<sup>2</sup> Stern betr. Einführung der geheimen Wahl bei Abgeordneten- und Gemeindewahlen; Puttkamer war zunächst für Ignorieren des Antrags, Bismarck fordert jedoch, daß die Regierung sich scharf ablehnend [...] verhalten und erklären soll, sie erwäge Abschaffung der geheimen Abstimmung bei den Reichstagswahlen sowie, daß sie prinzipiell nicht gegen Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts bei Abgeordneten- und Gemeindewahlen eingestellt ist; außer beim letztem Punkt herrscht Einverständnis mit Bismarck. [B] — **2.** Begnadigung des Bischofs Blum soll in rein geschäftlichen Formen und nur mit kurzer Notiz des Staatsanzeigers erfolgen.<sup>3</sup> [B] — **3.** Vier Ordenssachen für die bei der neuen Einrichtung des Zeughauses<sup>4</sup> beteiligt gewesenen Beamten. [B] — **4.** 15 Disziplinarsachen. [B]

<sup>1</sup> Bl. 272 ist ein Telegramm Goßlers, worin er um nochmalige Vorlage des Protokolls bittet.

<sup>2</sup> StenBerAH, Session 1883/84, Drucks. Nr. 18; Debatte dazu 5./6.12.1883, S. 191–264 (S. 194–197 Puttkamer). Vgl. Kühne, Dreiklassenwahlrecht, S. 404 f. Das im Prot. genannte Schreiben Bismarcks v. 3.12.1883 gedr. in: Bismarck, GW, Bd. 6c, S. 288.

<sup>3</sup> Vgl. Schultheß 1883, S. 163.

<sup>4</sup> Vgl. allg. Rep. 151, IC Nr. 2464, n. f. und Müller, Regina, Das Berliner Zeughaus. Eine Baugeschichte, Berlin 1994, S. 174 ff. (Umbau 1877–1883).

**Nr. 171 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 11. Dezember 1883.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 95, Bl. 288–291v; MF 558.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorf. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Burghart, Eilers [beide zu 2].*

**1. Ernennung.** [B] — **2.** Gesetzentwürfe<sup>1</sup> betr. die Einkommen- und die Kapitalrentensteuer; die Kreissteuerinspektoren sind gestrichen und das Veranlagungsverfahren nach den Wünschen des Staatsministeriums geändert; Klarstellung von weiteren Details; Entwürfe gebilligt. [B] — **3.** Stellungnahme zur Interpellation<sup>2</sup> R. Stengel betr. Heranziehung der juristischen Personen zu den Gemeindeabgaben; da die Regelung der gesamten Kommunalbesteuerung noch länger dauern wird, ist im AH ein Notgesetz<sup>3</sup> bezüglich Kommunalbesteuerung der juristischen Personen, also Aktiengesellschaften, Fiskus und Eisenbahnen, anzukündigen. [B]

<sup>1</sup> Rep. 151, HB Nr. 1690, Bl. 293–412 (Anschreiben, Gesetzentwürfe mit Anlagen, Immediatbericht).

<sup>2</sup> StenBerAH, Session 1883/84, Drucks. Nr. 28, Debatte dazu 12./13.12.1883, S. 389–392, 395–398.

<sup>3</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1883/84, Drucks. Nr. 104; Debatte dazu 26.2.1884, S. 1610–1624. Der Entwurf blieb im Herrenhaus unerledigt; vgl. StenBerHH, Session 1883/84, 17.5.1884, S. 251–261.

**Nr. 172 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 13. Dezember 1883.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 95, Bl. 293–296v; MF 558.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Friedberg, Boetticher, Goßler, Hatzfeldt. — Prot.: Homeyer [U].*

**1.** Steuerbefreiung für die beiden untersten Klassensteuerstufen und die als Deckung dafür geplante Einführung einer progressiven Einkommensteuer in Köln<sup>1</sup>; der Plan ist zu beanstanden, da Kommunen mit der Einführung progressiver Steuern nicht weiter gehen dürfen als der Staat. [B] — **2.** Beamtenpolitik, speziell Wahlfreiheit. Puttkamer bekräftigt seine Aussage v. 6.12.1883 im AH, daß gegen liberal stimmende Beamte wegen Ausübung des eigenen Wahlrechts nicht eingeschritten wird, wohl aber Beamte, die sich einer Agitation und notorischen Stellungnahme gegen die Staatsregierung schuldig machen, nicht zur Beförderung und Auszeichnung vorzuschlagen sind; auch Bismarck sieht das so und der Erlaß v. 4. Januar 1882. Die lt. diesem Erlaß erlaubte, wiederholte Stimmabgabe für regierungsfeindliche Kandidaten soll lt. Boetticher Entzug von nicht gesetzlich zustehenden Auszeichnungen und Vorteilen nach sich ziehen. Maybach kann geschäftliche, rein technische Stellen der Verkehrsanstalten nicht nach politischen Maßstäben besetzen, da unter den Aspiranten ein guter Teil in stiller Gegnerschaft gegen die Regierung steht. Goßler sieht eine ähnliche Sachlage bei der Ernennung von Professoren oder der Bestätigung der Direktoren kommunaler Lehranstalten. Friedberg will überhaupt kein Prinzip aufgestellt sehen, da dies bei Richtern oder Katholiken nicht schematisch anwendbar ist. Einverständnis darüber, daß gegen

<sup>1</sup> Vgl. Schultheß 1883, S. 147 (2.11.1883) und StenBerAH, 14.12.1883, S. 427–429 (Bachem, Puttkamer).

Agitation von Beamten einzuschreiten bleibt; bei stillen Gegnern der Regierung entscheidet die Lage des konkreten Falles.<sup>2</sup> [B] — 3. Titelverleihung. [B]

<sup>2</sup> Vgl. Kühne, Dreiklassenwahlrecht, S. 60–64 u. StenBerAH, 14.12.1883, S. 434–437 (Puttkamer).

### Nr. 173 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Dezember 1883.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 95, Bl. 297–302v; MF 558/559.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Friedberg, Lucius, Boetticher [zu 1–2], Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff, Hatzfeldt. — Prot.: Homeyer [U].

1. Bau des Nordostseekanals<sup>1</sup>, der aus militärischen Gründen von Kriegsminister Bronsart, Chef der Admiralität Caprivi und Generalstabschef Graf v. Moltke abgelehnt wird. Maybach schätzt Kosten auf Grundlage des Dahlströmschen Projektes auf 139 Mio. M. und sieht preußischen Kostenbetrag bei maximal rd. 40 Mio. Bismarck wünscht den Bau dringend. Bronsart zufolge wird der Kanal die Landesverteidigung [...] erschweren, politischen und wirtschaftlichen Gründen dafür widerspricht er aber nicht. Lt. Scholz ist wirtschaftlich nur Ausbautiefe von 3,5 Metern gerechtfertigt und nicht von über 8 Metern für Kriegsschiffe. Maybach wird die begonnene Vorprüfung des Kanalprojekts unter Mitwirkung der beteiligten Reichsressorts zu Ende führen. [B] — 2. Antrag<sup>2</sup> Preußens betr. Aufnahme der Anlagen zur Verarbeitung von Teer und Teersand in das Verzeichnis der genehmigungspflichtigen gewerblichen Anlagen wird gebilligt. [B] — 3. Zwei Ernennungen. [B] — 4. Zwei Titelverleihungen. [B] — 5. Mitteilungen Maybachs betr. weiteren Erwerb von Privateisenbahnen für den Staat.<sup>3</sup> — 6. Titelverleihung. [B] — 7. Goßler teilt mit, daß das Domkapitel zu Münster die Begnadigung des abgesetzten Bischofs J. B. Brinkmann beantragt.<sup>4</sup> [B] — 8. Im Zusammenhang mit der von Fürstbischof Herzog, Breslau, beabsichtigten Revision für den Religionsunterricht in den Schulen Oberschlesiens hat Goßler eine stark einschränkende Verfügung<sup>5</sup> an RegPräs. Zedlitz, Oppeln, gerichtet, zumal da in der ober-schlesischen Sprachenfrage eine lebhaft Agitation herrscht.<sup>6</sup> [B] — 9. Bischof v. d. Marwitz, Kulm, hat im Auftrage sämtlicher Diözesen die Gesuche um Dispensation von den gesetzlichen Erfordernissen der Vorbildung für Geistliche eingereicht; Goßler will deshalb die Wiederaufnahme der eingestellten Staatsleistungen für die Bistümer Kulm, Ermland und Hildesheim ab 1. Oktober 1883; gebilligt, sofern nicht Bismarck noch Bedenken erhebt.<sup>7</sup> [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 120, C XVI 1 Nr. 32 Bd. 3 (Schriftwechsel, Publikationen); Becker, Otto, Bismarcks Kampf für den Nordostseekanal in: HZ, Bd. 167 (1943), S. 84–97, hier S. 89 ff. sowie Teuteberg, Hans-Jürgen/Oelke, Matthias, Der Nord-Ostsee-Kanal im Licht der nationalen Einigung und in den Debatten des Norddeutschen und Deutschen Reichstages bis zum Erlaß des Kanalgesetzes 1886, in: Nord-Ostsee-Kanal 1895–1995, hrsg. v. Rainer Lagoni u. a., Neumünster 1995, S. 87–109, bes. S. 98–104. Zu den kommissarischen Beratungen 1884 vgl. Rep. 84a, Nr. 4866, Bl. 95–120.

<sup>2</sup> Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1884, Drucks. Nr. 91; Beschluß Sitzung am 22.1.1885, § 42.

<sup>3</sup> Vgl. Schultheß 1883, S. 168, 173 (Berlin-Hamburger Bahn und Bremer Staatsbahnen).

<sup>4</sup> Vgl. Rep. 89, Nr. 23134, Bl. 7 f. (Gesuch v. 12.12.1883).

<sup>5</sup> Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

<sup>6</sup> Vgl. StenBerAH, 6.2.1884, S. 1222–1234 (Goßler, Stablewski).

<sup>7</sup> Vgl. Weber, Kirchliche Politik, S. 89–94 u. Schultheß 1883, S. 175 (Bischofsbeschluß betr. Dispensation, Staatsleistungen).

**Nr. 174 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Dezember 1883.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 95, Bl. 303–312v; MF 559.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Homeyer [zu 1], Ernst v. Moeller [zu 2].*

**1. Ordenssachen für das Krönungs- und Ordensfest 1884; Revision in zwei Fällen.** [B] — **2. Erri-  
chtung von Gewerbekammern aus Landwirtschaft, Handwerk, Fabrikation und Handel**<sup>1</sup>. *Dies hält Bismarck lt. UStS Moeller für nötig, da Handelskammern einseitig Handelsinteressen  
vertreten. Da es keine parlamentarische Mehrheit dafür gibt, sollen die Provinziallandtage die  
Gewerbekammern wählen und finanzieren. Da auch diese nicht durchweg dafür sind, plant Bis-  
marck vorläufig wirtschaftliche Konferenzen der Regierungspräsidenten mit Notabeln. Maybach  
sieht ein Kompetenzproblem; die neuen Gremien dürfen nicht lähmend wirken auf bestehende Ein-  
richtungen wie Ministerien, Eisenbahnräte, Bauverwaltung oder landwirtschaftliche Gremien.  
Lucius stimmt zu und nimmt an, daß es im wesentlichen [...] doch dieselben Personen sind, welche  
bei den projektierten wie den bestehenden Einrichtungen in den Vordergrund treten. Goßler warnt  
vor Aufwertung und Politisierung der Provinzialverbände; kommissarische Beratung ist nötig.* [B] — **3. Entbindung katholischer Geistlicher von den gesetzlichen Erfordernissen der Vorbildung  
geht lt. Goßler gut voran; einige spezielle Fälle entscheidet Staatsministerium positiv** [B]. *Wieder-  
aufnahme der Staatsleistungen für das Bistum Ermland erfolgt bereits zum 1. Oktober 1883, sofern  
bis Ende 1883 die Dispensationsgesuche eingehen* [B].

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 120, BB VI a 1 Nr. 1 Bd. 2 (Minister zu den Bestimmungen über Gewerbekammern, geplante wirtschaftliche  
Konferenzen, Prot. der kommissarischen Beratungen) und Bd. 1 (Vorgeschichte 1882/83). Vgl. Poschinger, Akten-  
stücke, Bd. 2, S. 132–134, 140 (Erlaß an die Oberpräsidenten), Pflanze, Bismarck, Bd. 2, S. 409 f. Allg. zum Problem  
Abelshausen, Werner, Freiheitlicher Korporatismus im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, in: ders. (Hrsg.),  
Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat, Stuttgart 1987, S. 147–170, bes. S. 156 f.*

**Nr. 175 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 2. Januar 1884.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 96, Bl. 1–2; MF 559.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Friedberg, Boetticher, Scholz, Hatzfeldt, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

**1. Boetticher verliest das Schreiben**<sup>1</sup> *Bismarcks v. 21. Dezember 1883 an StS Schelling betr. das  
Gesetzesinitiativrecht des Reichskanzlers auf dem Gebiete der Reichsgesetzgebung. — 2. Ernenn-  
ung des vormals hannoverschen Beamten E. Frh. v. Hammerstein-Loxten zum Kreishauptmann in  
Bersenbrück.* [B] — **3. Zwei Ernennungen.** [B] — **4. Neubau eines Gebäudes für das Abgeordne-**

<sup>1</sup> *Druck bei Goldschmidt, Reich und Preußen, S. 295–297, Darstellung ebd. S. 79 f. Anlässlich eines von StS Schelling  
angeregten, aber von Bismarck mißbilligten Gesetzentwurfs über die Entschädigung unschuldig Verurteilter legte der  
Kanzler am 21.12.1883 dar, daß Präsidial-Anträge des Reichskanzlers nach der Reichsverfassung unzulässig seien,  
da es eine kaiserliche Regierung nicht gebe und das Gesetzesinitiativrecht nur Reichstag oder Bundesrat zustehe. Er  
wolle das Gewicht des Reichskanzlers – den die Opposition im RT als verantwortlichen Minister darzustellen suchte –  
einschränken und das Organ der verbündeten Regierungen, den Bundesrat, der politisch nicht zur Verantwortung  
gezogen werden könne, in den Vordergrund stellen. Vgl. Morse, Reichsverwaltung, S. 310 ff.*

*tenhaus; Wilhelm I. ist mit Bau an der Sommerstraße/Dorotheenstr. einverstanden; für Dorotheenstr. Nr. 45 soll ein Enteignungsrecht erbeten werden.* [B]

**Nr. 176 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 12. Januar 1884.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschr. [9] und Korrekturen, Bd. 96, Bl. 4–18v; MF 559. — Abschr. [1–7, 9]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 3, Bl. 106–117.*

*Anwesend [U]<sup>1</sup>: Puttkamer [V], Maybach [zu 1, 5–9], Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Hatzfeldt [zu 1–7], Bronsart v. Schellendorff [zu 1–8]. — Prot.: Lucanus [zu 1–8, U], R. v. Bitter [zu 9, U].*

**1. Kulturkampfabbau.** *Goßler teilt mit, daß auf Bestellung eines Koadjutors für Bischof Blum, Limburg, nicht zu dringen ist. — Dispensgesuche für die Diözese Ermland werden zügig bearbeitet. — Begnadigung von Bischof Brinkmann, Münster, wird von Bismarck befürwortet, der meint, man solle in Allem, was wir ohne tieferen Schaden geben könnten, freigebig sein; nur Melchers, Köln, und Ledochowski, Posen, dürften nicht begnadigt werden<sup>2</sup>; gebilligt [B]. — Oberpräsident von Hagemeister und Regierungsvizepräsident von Liebermann, Münster, neigen sehr stark nach der Friedenseite den Ultramontanen gegenüber und sollen deshalb ermahnt werden [B]. — **2. Kulturkampfabbau;** *die nun fast bedeutungslosen Befugnisse des Staatsministeriums auf Erlaß des Eides für Bistumsverweser und kommissarische Vermögensverwaltung sind lt. Goßler nicht über den 1. April 1884 zu verlängern; die weiterhin eingestellten Staatsleistungen für die Diözesen Posen und Köln möchte nur Puttkamer wiederaufnehmen.* [B] — **3. Stellungnahme zum Antrag<sup>3</sup>** *P. Reichensperger betr. Wiederherstellung der Verfassungsartikel 15, 16 und 18; der Antrag ist bestimmt abzulehnen.* [B] — **4. Neuer Gesetzentwurf betr. Bestrafung der Schulversäumnisse;** *Goßler leistet hierbei selbstverständlich einer Anregung Bismarcks Folge, wonach politisch eine Vorlage nicht vor 1885 opportun ist.* [B] — **5. Fahrerleichterungen der Staatseisenbahnen für katholische Vereine;** *einer diesbezüglichen Anfrage<sup>4</sup> im AH wird Maybach antworten, daß, da Katholikenversammlungen sich mit politischen Fragen befaßten, verbilligte Fahrkarten etc. nicht gewährt werden.* [B] — **6. Diäten und Reisekosten für Mitglieder des Volkswirtschaftsrats;** *da das AH sie versagt hat, fürchtet Boetticher, daß die bevorstehende Beratung des Unfallversicherungsgesetzes wegen geringer Präsenz der Mitglieder ein Fiasko wird; Scholz sieht Abhilfe aus Mitteln des Welfenfonds<sup>5</sup>.* — **7. Schriften, die religiös-ethische Fragen in streng wissenschaftlicher Weise behandeln, fallen nicht unter das Kolportage-Verbot von § 56 der Gewerbeordnung, selbst wenn sie den religiösen Anschauungen der christlichen Kirchen nicht entsprechen.<sup>6</sup>** [B] — **8. Adelsverleihung an den gut beleumundeten Rittergutsbesitzer K. A. W. Thielen auf Rosenthal;** *da er welfisch gesinnt und sogar seine Leute zur Wahl der Welfenpartei angehalten hat, wird Puttkamer der von Wilhelm I. beabsichtigten Nobilitierung widerraten.<sup>7</sup>* [B] — **9. Pressepolitik, speziell Begründung***

<sup>1</sup> *Hatzfeldt und Bronsart v. Schellendorff unterschrieben das Teilprot. zu TOP 9 wegen Abwesenheit nicht.*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 76, I Sekt. 28a Nr. 5 Bd. 4, Bl. 11–15v (Schreiben Bismarcks v. 14.1.1884).*

<sup>3</sup> *StenBerAH, Session 1883/84, Drucks. Nr. 23; Debatte dazu 18./19.1.1884, S. 783–811, 815–829.*

<sup>4</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1883/84, 8.1.1884, S. 560–563 u. 19.1.1884, S. 843–848 (Maybach S. 843) u. allg. Rep. 77, Tit. 258 Nr. 46 Bd. 1, Bl. 67 ff. (div. Schriftwechsel).*

<sup>5</sup> *Den diesbezüglichen expliziten Satz (Bl. 12v) ließen Scholz und Boetticher aus der Reinschrift des Prot. streichen und durch den Passus ersetzen, es könne in einer außerordentlichen Weise Vorsorge getroffen werden. Vgl. zur Sitzung des Volkswirtschaftsrats im Januar 1884 Schultheß 1884, S. 13.*

<sup>6</sup> *Auf welchen Fall Puttkamer sich dabei bezog, konnte nicht ermittelt werden. Vgl. allg. Hué de Grais, Handbuch, 1890, S. 297 f. u. StenBerRT, Session 1884, 24.4.1884, S. 597–624 (Debatte zum Kolportagewesen).*

<sup>7</sup> *Vgl. Rep. 176, VI Buchstabe T Nr. 71 (auf Bismarcks positives Votum hin wird Thielen doch nobilitiert).*

einer parlamentarischen Korrespondenz<sup>8</sup>; Problem bleibt das sofortige, autoritative Korrekturlesen der Ministerreden vor Druckfreigabe an die Korrespondenz; sie soll versuchsweise eigene stenographische Aufzeichnungen und die noch nicht korrigierten Stenogramme für ein nicht unbedingt wörtliches Referat der Ministerreden verwenden. [B]

---

<sup>8</sup> Vgl. Rep. 90a, A VIII 5b Nr. 10 Bd. 1, Bl. 153 f. (Schreiben Puttkamers v. 13.1.1884)

## **Nr. 177 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 29. Januar 1884.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [8–10] und Korrekturen, Bd. 96, Bl. 19–33; MF 559/560.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler [zu 1–2, 10], Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Kügler, Rieth [beide zu 8], Th. Frh. v. Wilmowski, (Robert) Gustav Schmidt [beide zu 9], H. Frh. v. Wangenheim [zu 10].*

**1.** Kulturkampfabbau; die Wiederaufnahme eingestellter Staatsleistungen für das Bistum Ermland gilt auch für die administrativ verhängte Sperre gegen Bischof Krementz. [B] — **2.** Goßler verliert Dankschreiben<sup>1</sup> des begnadigten Bischofs Brinkmann, Münster. — *Nominierung eines Dompropstes im Bistum Münster.* — **3.** Ordenssache; vorsichtige Bedenken Friedbergs gegen die von Bismarck gewünschte Dekoration des Vizepräsidenten des Reichsgerichts, A. Drechsler, da er der preußischen Traditionen in der Rechtssprechung abgeneigten Richtung angehört. [B] — **4.** Kommunalsteuernotgesetz; vertagt. — **5.** Gesetzentwurf<sup>2</sup> zur Ergänzung des Gesetzes vom 13. März 1878 betr. die Unterbringung verwahrloster Kinder wird gebilligt. [B] — **6.** Votum<sup>3</sup> von Scholz betr. das Verfahren der Oberrechnungskammer bei Nachweisung der nachträglich ermittelten Etatsüberschreitungen bei den übertragbaren Fonds wird gebilligt. [B] — **7.** Votum<sup>4</sup> von Scholz betr. das Verhalten im AH zum von der Oberrechnungskammer bezüglich der verspäteten Verrechnungen beobachteten Verfahren wird gebilligt. [B] — **8.–10.** 13 Disziplinar- und Pensionssachen. [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 89, Nr. 23134, Bl. 16 (Dankschreiben v. 26.1.1884).

<sup>2</sup> BArch, RAdI, Nr. 114935, Bl. 230–232v (Puttkamer 7.1.1884). Vgl. StenBerAH, Session 1883/84, Drucks. Nr. 200; Debatte dazu 1.4.1884, S. 2041–2044 u. 13.5.1884, S. 2361–2372.

<sup>3</sup> Konnte in den vorliegenden Akten nicht ermittelt werden.

<sup>4</sup> Rep. 90, Nr. 1363, n. f. (Votum v. 8.1.1884, demzufolge im Landtag zu erklären ist, daß die Regierung nicht die Auffassung der Oberechnungskammer teilt, wonach verspätete Verrechnungen als außerordentliche Ausgaben behandelt werden sollten, und deshalb das staatliche Kassen- und Rechnungswesen nicht ändern wird).



**Nr. 178 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Februar 1884.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 96, Bl. 34–48; MF 560.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.<sup>1</sup>: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Noell, E. von den Brincken, Gleim, Gisbert v. Bonin [alle zu 3].*

**1. Neubau eines Gebäudes für das Abgeordnetenhaus; Antwortschreiben<sup>2</sup> an Präsident G. v. Köller gebilligt. [B] — 2. Verteilungsmaßstab für kirchliche Umlagen; ein Votum<sup>3</sup> Bismarcks bekräftigt die Nichteinbeziehung von Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer gemäß Staatsministerialbeschuß vom 13. Februar 1882, dessen Gesetzmäßigkeit im AH am 30. Januar 1884 in Frage gestellt worden ist<sup>4</sup>; über weiteres Vorgehen soll Boetticher nochmals Bismarck konsultieren.<sup>5</sup> [B] — 3. Kommunalsteuernotgesetz<sup>6</sup>. Vortrag E. von den Brincken; Detaildiskussion, u. a. betr. Kriterien zur Teilnahme von Gemeinden an der Besteuerung von Eisenbahnen, Kommunalbesteuerung der Staatsbahnen, Ermittlung des jährlichen Einkommens. Vorschlag Bismarcks, die Selbsteinschätzung für die Kommunal-Einkommensteuer einzuführen, wird einstimmig abgelehnt. Vortrag Gleim; abzugsfähige Zinsaufwendungen von Eisenbahnen werden auf 3,5 % des Anlagekapitals festgelegt, um die steuerberechtigten Kommunen nicht schlechter als bisher zu stellen, dem Gesetzentwurf im AH und künftigen Eisenbahnverstaatlichungen nicht zu schaden. Vorschlag Bismarcks, den Gesetzentwurf zuerst beim Herrenhause einzubringen, wird wegen Art. 62 der Verfassung<sup>7</sup> und nach den vorausgegangenen Verhandlungen mit diesem Hause abgelehnt. [B] — 4. Fahrerleichterungen für katholische Vereine, speziell bei Katholikentagen; vertagt.**

<sup>1</sup> Das Prot. zu den Referaten Brinckens und Gleims zu TOP 3 (Bl. 35v–45v) ist offensichtlich in den sie entsendenden Ministerien angefertigt worden.

<sup>2</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1883/84, Drucks. Nr. 87; Debatte dazu 12.2.1884, S. 1411–1426.*

<sup>3</sup> Vgl. *Rep. 76, III Sekt 1 Abt. XV Nr. 26 Bd. 2, n. f. (Votum Bismarcks v. 2.2.1884, Goßler 1.2.1884, Allg. Ev.-luth. Kirchenzeitung v. 8.2.1884).*

<sup>4</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1883/84, 30.1.1884, S. 1060–1068. Von deutschkons. Seite war – als Teil des Kampfes der hochkirchlichen Partei um größere Autonomie für die ev. Kirche – bezweifelt worden, daß der Staatsministerialbeschuß v. 13.2.1882 die z. B. in Westfalen aufgrund älterer Gesetze bestehende Befugnis zur Einbeziehung von Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer in die Berechnungsgrundlage für kirchliche Umlagen außer Kraft setzen könne.*

<sup>5</sup> *Lt. hs. Notiz Boettichers v. 6.2.1884 (Bl. 35) schloß sich Bismarck der Meinung der Staatsministeriums an. Vgl. BArch, RAAdI, Nr. 114932, Bl. 76 ff. (Votum Bismarcks v. 2.2.1884).*

<sup>6</sup> *Rep. 90a, F II 4 Bd. 6, Bl. 65–98. Vgl. Sitzung am 11.12.1883, TOP 3 mit Anm. 3.*

<sup>7</sup> *Gemäß Art. 62 VU waren Finanzgesetze zuerst beim Abgeordnetenhaus einzubringen.*

**Nr. 179 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 8. Februar 1884.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 96, Bl. 49–54; MF 560. — Abschr. [2–7]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 3, Bl. 136–142v.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Barkhausen [zu 2–3].*

1. Verhalten der Behörden in Münster bei den Festlichkeiten zur Rückkehr des begnadigten Bischofs Brinkmann; letztere sind möglichst zu ignorieren. [B] — 2. Verteilungsmaßstab für kirchliche Umlagen; Verhalten in der AH-Kommission zur Prüfung der Gesetzmäßigkeit und Zweckmäßigkeit des Staatsministerialbeschlusses v. 13. Februar 1882.<sup>1</sup> [B] — 3. Emeritierungsordnung für die evangelischen Kirche der Prov. Schleswig-Holstein<sup>2</sup>; da Bismarck die Unschädlichkeitserklärung zu verweigern rät, soll Gofler mit ihm in Kontakt treten. [B] — 4. Fahrerleichterungen für Vereine und Versammlungen, speziell zu Katholikentagen; Maybach fragt an, was er ggf. im AH<sup>3</sup> erklären soll; um weitere Unzuträglichkeiten vor Abschluß der Eisenbahnverstaatlichung zu vermeiden, es ist beim Status quo zu belassen, d. h. politische und konfessionelle Versammlungen sind nicht zu begünstigen; für später erwägt Maybach Reform der Tarife. [B] — 5. Kommunalsteuern für Militärpersonen; Auffassung Bronsarts, daß diese Frage der Reichsgesetzgebung anheimfällt, wird gebilligt.<sup>4</sup> [B] — 6. Bau von Dienstgebäuden durch Private<sup>5</sup>; StS Stephan wird nicht weiter öffentlich behaupten, in preuß. Ressorts würde in dieser Frage wie bei der Reichspost verfahren. — 7. Bismarck plant Eröffnung des RT ab 4.3.1884; lt. Puttkamer wird sich unvermeidlich ein Nebeneinandertagen mit dem Landtag ergeben; geplante Gesetzesvorlagen für den RT.

<sup>1</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1883/84, Drucks. Nr. 138. Die Kommission äußerte erhebliche Zweifel an Recht- und Zweckmäßigkeit des Staatsministerialbeschlusses. Eine Plenardebatte dazu unterblieb.

<sup>2</sup> BArch, RA dI, Nr. 114935, Bl. 252–264v (Gofler 11.1.1884). Ebd. Bl. 266–282 Votenwechsel Gofler-Bismarck, welcher das Gesetz verhinderte. Vgl. Bismarck, GW, Bd. 6c, S. 292 f. (Votum Bismarcks v. 3.2.1884), StenBerAH, 2.3.1885, S. 804 f. und Schleswig-Holsteinische Kirchengeschichte, Bd. 5, bearb. v. Hans-Jürgen Ramm u. a., Neumünster 1989, S. 193 f. Die Emeritierungsordnung kam erst mit Gesetz v. 2.3.1891, GS, S. 22, zustande.

<sup>3</sup> Eine erneute Anfrage dazu fand im Abgeordnetenhausplenum nicht statt.

<sup>4</sup> Die Frage wurde erst mit Reichsgesetz v. 28.3.1886 geregelt; vgl. RGBl., S. 65 bzw. GS, S. 181. Vgl. StenBerRT 24.4.1884, S. 303–324 u. Rep. 77, Tit. 479 Nr. 232 Bd. 3 (u. a. Schreiben Bronsarts v. 14.12.1883).

<sup>5</sup> Vgl. Sitzung am 30.7.1883, TOP 5 mit Anm. und am 23.10.1883, TOP 6.

## Nr. 180 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Februar 1884.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [2], Bd. 96, Bl. 55–65; MF 560.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Gofler, Scholz. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky [zu 2].

1. Projekt eines oberschlesischen Schiffahrtskanals; vertagt. — 2. Zehn Disziplinarsachen. [B] — 3. Emeritierungsordnung für die evangelische Kirche der Prov. Schleswig-Holstein; soll auf Anregung Bismarcks durch den Provinziallandtag begutachtet werden. [B]

## Nr. 181 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 20. Februar 1884.

Vollz. Reinschr., Bd. 96, Bl. 66–67; MF 560.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Gofler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

1.–2. Zwei Ernennungen. [B] — 3. Emeritierungsordnung für die evangelische Kirche der Prov. Schleswig-Holstein geht nach Genehmigung durch Wilhelm I. an den Provinziallandtag. — 4. Mitteilungen Goßlers über die neuesten Vorkommnisse auf kirchenpolitischem Gebiet.<sup>1</sup> — 5. Terminierung der Eröffnung des RT. — 6. Nach Besprechung Bronsarts mit Bismarck sollen das Militärpensionsgesetz und die Novelle des Reichsbeamtengesetzes in einem Gesetzentwurf<sup>2</sup> zusammengefaßt werden; dieser und ein Gesetzentwurf<sup>3</sup> betr. Hinterbliebenenfürsorge für Angehörige des Reichsheeres sollen als preußischer Antrag dem RT zugehen. [B]

<sup>1</sup> Dabei dürfte es um den Brief Jacobinis v. 12.2.1884 gegangen sein; vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 282 f. u. Rep. 90, Nr. 2378, Bl. 34–41.

<sup>2</sup> Rep. 77, Tit. 34 Nr. 58 Bd. 1, n. f. (Gesetzentwurf Bronsarts v. 1.3.1884). Vgl. StenBerRT, Session 1884, Drucks. Nr. 43; Debatte dazu 24.4.1884, S. 303–324 (unerledigt).

<sup>3</sup> Vgl. StenBerRT, Session 1884, Drucks. Nr. 44; Debatte dazu 25.4.1884, S. 327–330 u. 24.6.1884, S. 985–998. Vgl. zum Fortgang Sitzung am 22.6.1884, TOP 1 mit Anm. 5.

## Nr. 182 Sitzung des Staatsministeriums am 25. Februar 1884.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [1, 4] und Korrekturen, Bd. 96, Bl. 68–73; MF 560/561.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach [zu 2–4], Lucius, Friedberg, Boetticher [zu 1–3], Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Th. Frh. v. Wilmowski, Heyer [beide zu 1], H. Frh. v. Wangenheim [zu 4].

1. Disziplinarsache; da der Gendarm Ebel allein schuldig ist, wird von der bisherigen milden Praxis der Pensionierung abgewichen und Dienstentlassung ohne Pension beschlossen. [B] — 2. Bischof Brinkmann, Münster wird den klerikal gesinnten Domkapitular J. Giese erneut zum Generalvikar [...] bestellen; Brinkmann hatte anfangs Bedenken gegen Parmet als Dompropst. — 3. Verlängerung des Sozialistengesetzes; Meinungsverschiedenheiten betr. zweijährige Geltungsdauer; Maybach, Lucius, Friedberg und Goßler sind für längeren Zeitraum, da die Verlängerung die Agitation immer wieder aufs neue belebt; die zweijährige Geltungsdauer wird durch Puttkamers Votum vier gegen vier Stimmen beschlossen, wengleich lt. Scholz nicht damit zu rechnen ist, daß man nach deren Ablauf das Gesetz nicht mehr brauche; Puttkamer zufolge genügen jedenfalls zwei Jahre, um Erfahrungen darüber zu sammeln, ob das [...] Unfallversicherungsgesetz [...] zur Beruhigung der Gemüter führt; der Gesetzentwurf<sup>1</sup> ist als preußischer Antrag beim Bundesrat einzubringen. [B] — 4. Disziplinarsache. [B]

<sup>1</sup> StenBerBundesR, Jg. 1884, Drucks. Nr. 26; Beschluß Sitzung am 5.3.1884, § 95. Vgl. StenBerRT, Session 1884, 20./21.3.1884, S. 143–169, 171–196.

## Nr. 183 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 3. März 1884.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [2] u. Korrekturen, Bd. 96, Bl. 74–82; MF 561.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Hatzfeldt, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Wangenheim [zu 2], Barkhausen [zu 6–7].

1. Lucius wird kurzen Urlaub nehmen. — 2. Fünf Disziplinarsachen. [B] — 3. Wilhelm I. hat die Novelle des Militärpensionsgesetzes genehmigt; Boetticher wird im Namen von Bismarck die Einbringung im Bundesrat veranlassen. [B] — 4. Ordenssache. [B] — 5. Mitteilungen Goßlers über neuere Vorkommnisse auf dem kirchenpolitischen Gebiete. — 6. Entbindung von gesetzlichen Erfordernissen der Vorbildung für ein geistliches Amt; die von Bischof v. d. Marwitz, Kulm, eingereichten Gesuche<sup>1</sup> werden in der Mehrzahl genehmigt; nicht dispensiert werden sollen Priester, die ihre Studien an den Anstalten zu Innsbruck, Loewen, Rom sowie vorläufig auch in Brixen, Meaux, Roermond absolviert haben. [B] — 7. Verteilungsmaßstab für kirchliche Umlagen; Goßler teilt Bericht<sup>2</sup> der AH-Kommission mit; das negative Ergebnis wurde v. a. dadurch bedingt, daß auch regierungsfreundliche MdA eine Modifikation bei Verteilung einer bereits bestehenden dinglichen Last wünschten; solche Fälle sollen Provinzialbehörden künftig melden, damit eine Verbesserung gerade vom Standpunkt des Grundbesitzes aus gefunden werden kann. [B] — 8. Zunehmende Bedeutung des AH durch Entsendung zu vieler Kommissare der Ministerien zu den Beratungen über den Staatshaushalt; Scholz regt an, die Zahl der Kommissarien wieder wie vor dem Kulturkampf auf ein bis zwei zu beschränken; dies würde die Fragen und Angriffe im AH vermindern, da man dann sagen kann, man habe das Material nicht zur Hand; unter Vorbehalten Goßlers und Maybachs prinzipiell gebilligt. [B] — Neubau eines Gebäudes für das Abgeordnetenhaus; Scholz wird vor den nächstjährigen Etatsberatungen die Sache wieder ansprechen [B].

<sup>1</sup> Konnten in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

<sup>2</sup> Vgl. Sitzung am 8.2.1884, TOP 2 mit Anm. u. Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XV Nr. 26 Bd. 3 (div. Schriftwechsel).

## Nr. 184 Sitzung des Staatsministeriums am 10. März 1884.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [1–2], Bd. 96, Bl. 83–88; MF 561.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher [zu 2–7], Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff [zu 3–7]. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Rieth, E. von den Brincken [beide zu 1], H. Frh. v. Wangenheim [zu 2].

1.–2. Vier Disziplinar- und Pensionssachen. [B] — 3. Neues Mitglied bei der Verwaltung des Reichsinvalidenfonds; mit 4 [...] gegen 4 Stimmen wird der württembergische MinDir. K. J. v. Schmid bestimmt. [B] — 4. Mitteilungen Goßlers über die Lage der kirchenpolitischen Verhandlungen. — 5. Berufung von O. Oehlschläger in das Herrenhaus. [B] — 6. Ordenssache. [B] — 7. Gesetzesentwurf<sup>1</sup> gegen gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoff als Antrag Preußens beim Bundesrat gebilligt; auch die Herstellung, der Besitz und der Vertrieb von Sprengstoffen sollen behördlicher Erlaubnis unterliegen; weitere Details. [B]

<sup>1</sup> Rep. 84a, Nr. 7937, Bl. 86 ff. (Bl. 96 ff. Gesetzesentwurf v. 5.3.1884). Vgl. auch Rep. 87, ZB Nr. 132 (Vorentwürfe und Voten von 1881, Bl. 27 ff. zu 1884) und StenBerRT, 15.5.1884, S. 631–634.

**Nr. 185 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 16. März 1884.**

*Vollz. Reinschr.*<sup>1</sup>, Bd. 96, Bl. 88b–88gv; MF 561. — *Teildruck [I]: Goldschmidt, Hans, Das Reich und Preußen im Kampf um die Führung, Berlin 1931, S. 303–306.*

*Anwesend [U]*<sup>2</sup>: Bismarck [V], Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Hatzfeldt, Bronsart v. Schellendorff. — *Prot.: Homeyer [U].*

1. Bismarck über seine künftige politische Stellung, Bundesrat und Staatsrat<sup>3</sup>; aus Gesundheitsrücksichten will Bismarck sich künftig v. a. der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten widmen, denn er genieße das Vertrauen der auswärtigen Mächte. Er gedenkt in seinem Amt als Reichskanzler zu verbleiben, wünscht aber aus dem Preußischen Staatsministerium auszuschcheiden. Reichsinteressen sollten künftig dort v. a. der Kriegsminister, StS Boetticher und Hatzfeldt als neuer StS des Auswärtigen vertreten; Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und dem Staatsministerium sieht Bismarck nicht. Puttkamer bedauert Bismarcks Entschluß und hofft, daß sachlich eine Trennung nicht eintreten wird. Bismarcks Entschluß beeinflussten neuerdings zwei Punkte. Einmal liegt Gefahr für die Zukunft des Reichs im sich anbahnenden Einkammersystem und Einministersystem, wogegen die Stellung des Bundesrats gestärkt werden soll; speziell müssen die preußischen und übrigen bundesstaatlichen Minister in Person im Bundesrat die Arbeiten verrichten<sup>4</sup>. Zweitens muß für eine bessere Vorbereitung der Gesetzesvorlagen der Staatsrat reaktiviert werden, unter Ernennung der Chefs der Reichsressorts zu Mitgliedern desselben und späterer Erweiterung seiner Stellung zu der eines Reichsrats. — 2. Stellungnahme zum Initiativgesetzentwurf<sup>5</sup> L. Windthorst betr. Aufhebung des Gesetzes über die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern vom 4. Mai 1874; diese Frage ist lt. Boetticher entscheidend für die Abstimmung des Zentrums in Betreff der Verlängerung des Sozialistengesetzes; erst nach einem Beschluß des RT soll dazu Stellung genommen werden. [B] — 3. Stellungnahme zum Antrag<sup>6</sup> F. Graf v. Stauffenberg betr. Pensionsansprüche für Militärs aufgrund von die Kriege verursachten Spätschäden; Bronsart wird im RT Entgegenkommen signalisieren. [B]

<sup>1</sup> Dieses Prot. wurde lt. einer Bleistift-Notiz auf Bl. 88bv erst am 28/3.1890 zu den Akten gegeben.

<sup>2</sup> Ges[ehen] Maybach 19.3.[1884].

<sup>3</sup> Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 284–286 und Friedbergs Memoiren in: BArch, 90 Fr 2, Nr. 59, S. 170–177 (ergänzen Prot.). Vgl. Goldschmidt, Reich und Preußen, S. 79–83, 300–303; Morsey, Reichsverwaltung, S. 297–299; Binder, Reich und Einzelstaaten, S. 142–156; Rauh, Föderalismus und Parlamentarismus, bes. S. 80–84. Im Gefolge der Sitzung entstand die Erklärung Preußens gegen den freisinnigen RT-Antrag auf Einrichtung verantwortlicher Reichsministerien; deren Entwurf in: BArch, RK, Nr. 1913, Bl. 122–128v; Druck: StenBerBundesR, Jg. 1884, Sitzung am 5.4.1884, § 180. Vgl. dazu auch Poschinger, Bismarck und der Bundesrat, Bd. 5, S. 149–152; Bismarck, GW, Bd. 12, S. 443–466 (RT-Rede v. 9.5.1884).

<sup>4</sup> Tatsächlich wurden bald Puttkamer, Goßler, Lucius und Graf P. Hatzfeldt zu Bundesratsbevollmächtigten ernannt; vgl. Sitzung am 30.11.1884, TOP 1.

<sup>5</sup> StenBerRT, Session 1884, Drucks. Nr. 32; Debatte dazu 11.6.1884, S. 662–677 (angenommen).

<sup>6</sup> StenBerRT, Session 1884, Drucks. Nr. 18; Debatte dazu 23.4.1884, S. 297–301.

**Nr. 186 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 31. März 1884.**

*Vollz. Reinschr.*, Bd. 96, Bl. 89–90v; MF 561.

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

1. Zwei Ernennungen. [B] — 2. Entbindung von gesetzlichen Erfordernissen der Vorbildung für ein geistliches Amt; da die Diözesanlehranstalt zu Brixen nicht mit den Jesuitenanstalten in Rom und der Universität in Innsbruck auf eine Stufe zu stellen ist, werden die Absolventen von Brixen nachträglich dispensiert.<sup>1</sup> [B] — 3. Stellungnahme zur Interpellation<sup>2</sup> L. v. Jazdzewski betr. Wiederaufnahme der eingestellten Staatsleistungen für die Diözese Posen-Gnesen; aus welchen Gründen das Staatsministerium gegen eine Wiederaufnahme wie für die Diözese Köln<sup>3</sup> optiert, ist im AH nicht auszuführen. [B]

<sup>1</sup> Vgl. III. HA, MAA, I Nr. 10836, n. f. (Bericht Goßlers v. 29.10.1884 über die im Prot. genannten Bildungsanstalten).

<sup>2</sup> StenBerAH, Session 1883/84, Drucks. Nr. 205; Debatte 31.3.1884, S. 1993–2001 (S. 1993 Goßler).

<sup>3</sup> Im März 1884 war auch für Köln die Wiederaufnahme beschlossen worden; vgl. Schultheß 1884, S. 42 f.

## Nr. 187 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 6. April 1884.

Vollz. Reinschr., Bd. 96, Bl. 91–96; MF 561.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Ernst v. Moeller.

1. Reaktivierung des Staatsrats. Nach Voten<sup>1</sup> der Minister gebilligt; rechtliche Details der Mitgliederberufung. Bismarck möchte auch Gelehrte, Kaufleute, Grundbesitzer u. a. in den Staatsratsabteilungen hören; der Staatsrat wird überhaupt nie eine Entscheidung, sondern nur ein Gutachten, das König und Staatsministerium nicht bindet, abgeben, aber aufgrund einer clausula generalis über Fragen aller Art; der Staatsrat soll zweierlei, nämlich die Verantwortlichkeit des Staatsministeriums mittragen und Organ sein für den dem Könige persönlich zukommenden Anteil an der Gesetzgebung. Entsprechend sind Regulativ und Kabinettsordre<sup>1</sup> zu modifizieren; Geldbedarf des Staatsrats wird noch haushaltstechnisch geregelt. [B] — 2. Ordenssache. [B] — 3. Goßler teilt mit, daß die demnächst stattfindende große Katholikenversammlung in Köln<sup>2</sup> die Kirchenpolitik der Regierung diskutieren wird.

<sup>1</sup> Vgl. BArch, RA dI, Nr. 114934, Bl. 28 ff. (u. a. Votum Bismarcks Bl. 49–52) sowie Rep. 89, Nr. 3769, Bl. 95–117 (Immediatbericht, Regulativentwurf, Kabinettsordre). Vgl. Schneider, Hans, Der preußische Staatsrat 1817–1918, München 1952, S. 261–270 u. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 291 (ergänzt Prot.).

<sup>2</sup> Zu Ostersonntag, den 14.4.1884, fand im Kölner Gürzenich eine von ca. 4000 Menschen besuchte Katholikenversammlung statt, die Melchers als legitimen Erzbischof anerkannte, ein Ende des Kulturkampfes forderte und den Zentrumsfraktionen in RT und AH dankte. Vgl. Verbeek, Kölner Bischofsfrage, S. 299 f.

## Nr. 188 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 17. April 1884.

Reinschr.<sup>1</sup>, Bd. 96, Bl. 96b–96cv; MF 561.

<sup>1</sup> Auf Wunsch Bismarcks wurde nicht ein Protokoll, sondern nur eine Registratur aufgenommen, welche nicht zur Unterschrift zirkulieren soll; vgl. Schreiben Rottenburgs v. 18.4.1884 auf Bl. 96a. Diese einem Protokoll gleichkommende Niederschrift wurde lt. einer Marginalie Homeyers ebd. erst am 28.3.1890 in die Akte gegeben.

Anwesend<sup>2</sup>: Bismarck [V], Lucius, Friedberg, Boetticher, Hatzfeldt, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Ernst v. Moeller.

Reaktivierung des Staatsrats. Bismarck teilt Bedenken<sup>3</sup> Wilhelms I. mit, der meint, der Staatsrat bilde noch eine zusätzliche parlamentarische Körperschaft, die den seit Errichtung des Deutschen Reiches komplizierten Geschäftsgang noch mehr erschweren und dem Staatsministerium keine Erleichterung gewähren werde. Bismarck bleibt dabei, daß der Staatsrat eine gute Stütze in schwierigen Zeiten sein und dem Staatsministerium anheimfallende Arbeit vorwegnehmen kann; ein langsamerer Gang der Gesetzgebung ist nicht unbedingt zu bedauern<sup>4</sup>. Da lt. Lucius neue Gesichtspunkte somit nicht gegeben sind, beharrt Staatsministerium auf seiner Ansicht; Bismarck wird dies Wilhelm I. mündlich vortragen. [B]

<sup>2</sup> Gelesen [U]: Lucius, Friedberg, Boetticher, Hatzfeldt, Bronsart v. Schellendorff, Puttkamer, Maybach, Goßler, Scholz.

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 89, Nr. 3769, Bl. 106 f. Ebd. Bl. 93 f. ein Handschreiben Wilhelms I. für Kabinettsrat Wilmowski v. 11.4.1884 über ein Gespräch mit Bismarck betr. einen möglichen Nachfolger als Ministerpräsident. Demzufolge sagte Bismarck, Puttkamer hat keine Autorität u. Ansehen; Hatzfeldt kann nicht schreiben; Friedberg ist schwach; Goßler weiß nicht, was er will, nur Maybach, Bötticher u. Scholz läßt er [Bismarck] passiren. Sie [Wilmowski] sehen, die alte Lage ist wieder da, über 2 Jahre läßt der Fürst kein Ministerium bestehen!!

<sup>4</sup> Vgl. Rep. 120, CB I Nr. 3, Bl. 42 die Marginalie (Abschr.) Bismarcks. Das ist gerade zu wünschen zur Aussage Puttkamers in seinem Votum v. 24.2.1884, eine fruchtbringende Tätigkeit des Staatsrats ist [...] nur dann möglich, wenn überhaupt auf allen Gebieten der legislativen Aktion ein langsames Tempo eingehalten wird.

## Nr. 189 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 4. Mai 1884.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 96, Bl. 97–106; MF 561. — Abschr. [1–4]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 3, Bl. 177–184v.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Hatzfeldt, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

1. Geplante Novelle<sup>1</sup> zur Zuckerbesteuerung; wegen stark gefallener Zuckerpreise will Lucius übergangsweise für 1884/85 nur Erhöhung der Rübenzuckersteuer von 1,60 M. auf 1,70 M. pro Doppelzentner und erst ab 1. August 1885 auf den Satz von 1,80 M.; Bismarcks Vorschlag, dann bis zur Erhöhung am 1. August 1885 den jetzigen Satz von 1,60 M. zu belassen, wird gebilligt. [B] — 2. Neubau eines Gebäudes für das AH. Da lt. Puttkamer die jetzigen Zustände [...] unhaltbar sind, kann nur noch der Bauplatz zweifelhaft sein; nach Ablehnung des Baus im Herrenhausgarten sieht Puttkamer v. a. Terrain am Schiffbauerdamm bzw. am Alexander-Ufer/Friedrich-Carl-Ufer für geeignet an<sup>2</sup>. Bismarck bringt Gebäude der Universität, der Kunstakademie und der Charité ins Gespräch. Das AH soll sich über die neun Vorschläge äußern.<sup>3</sup> [B] — 3. Gesetzentwurf gegen den gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen; Detailberatung; der von freisinni-

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 1498, n. f. (Schreiben Reichsschatzamt v. 16.3.1884, Ministervoten, Zucker-Enquête). Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1884, Drucks. Nr. 69; Beschluß Sitzung am 14.6.1884, § 309.

<sup>2</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1883/84, Drucks. Nr. 285 (Schreiben der Minister v. 12.5.1884 betr. neun mögliche Bauplätze, Situationspläne).

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 93, B Nr. 1951, Bl. 13 ff. (Bauplatzfrage u. Votum Bismarcks v. 30.4.1884).

gen *MdR* ausgearbeitete Gesetzentwurf<sup>4</sup> ist *lt. Bismarck* in einzelnen Punkten strenger; *deshalb sollen öffentliche Aufrufe zu Zuwiderhandlungen gegen das einzuführende Gesetz auch strafbar sein.* [B] — **4. Stellungnahme zu den Anträgen<sup>5</sup>** *H. Rickert/W. Büchtemann und Th. Barth im Zusammenhang mit einem Bericht<sup>6</sup> der AH-Kommission für Wahlprüfungen und freisinnigen Bestrebungen nach Parlamentarisierung. Die Anträge sind Bismarck zufolge Eingriffe in die nach Art. 45 Verfassung dem Könige zustehende vollziehende Gewalt; deshalb wird Bismarck bei Wilhelm I. eine Kabinettsordre<sup>7</sup> erwirken, die die Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte der Krone einfordert; darauf soll das Staatsministerium [...] sich dann im einzelnen Fall [...] berufen.* [B] — **5. Kreis- und Provinzialordnung für die Prov. Hannover; gebilligt, wie vom Landtag verabschiedet.**<sup>8</sup> [B]

<sup>4</sup> Ein Gesetzentwurf konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. aber *StenBerRT, Session 1884, Drucks. Nr. 84 S. 4–7, bes. Anm. auf S. 7* (diesbezügliche Diskussion in der RT-Kommission zur Verlängerung des Sozialistengesetzes) u. *Wagner, Joachim, Politischer Terrorismus und Strafrecht im Deutschen Kaiserreich von 1871, Heidelberg/Hamburg 1981, S. 378–389.*

<sup>5</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1883/84, Drucks. Nr. 137* (betr. Unterstützungen, Weihnachtsgratifikation und Besoldungserhöhung für Beamte) und *Drucks. Nr. 225* (betr. Maßregelung von Beamten, die ihre Amtsbefugnisse überschritten haben u. diesbezügliche Berichterstattung an das AH). Vgl. *Bismarck, GW, Bd. 6c, S. 296* (26.4.1884).

<sup>6</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1883/84, Drucks. Nr. 175* (Ungültigkeit im Wahlkreis Angerburg-Lötzen).

<sup>7</sup> Vgl. *Staatsanzeiger Nr. 113 v. 14.5.1884 die Erklärung Wilhelms I. v. 8.5.1884 zum Art. 45 VU* (Druck bei Schultheß 1884, S. 57 f.) u. *Bismarcks Rede in: StenBerRT, 26.3.1884, S. 224 f.* (auch in: *GW, Bd. 12, S. 441 f.*).

<sup>8</sup> Vgl. *StenBerHH, Session 1883/84, 24.3.1884, S. 160–192* (Annahme nach den Beschlüssen des AH).

## Nr. 190 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 11. Mai 1884.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 96, Bl. 107–111; MF 562. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 3, Bl. 186–192.*

*Anwesend [U]<sup>1</sup>: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Gößler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

**1. Ordre Wilhelms I. betr. Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte des Königs gemäß Art. 45 Verfassung wird kontrasiert; statt Veröffentlichung soll offiziöse Besprechung<sup>2</sup> erfolgen.** [B] — **2. Stellungnahme zu den AH-Beschlüssen<sup>3</sup> betr. Jagdordnung; die §§ 62 u. 73 betr. Wildschaden sind unannehmbar, wären zwar ggf. im Herrenhause wieder zu beseitigen, aber die HH-Fassung bliebe im AH in dieser Session nicht mehr durchzubringen; dem ist das Liegenbleiben schon in der HH-Kommission vorzuziehen; einstweilen unterbleibt neue Vorlage.** [B] — **3. Landtagsschluß soll nach der Annahme der Eisenbahnverstaatlichungsgesetze<sup>4</sup> durch das HH erfolgen.** [B] — **4. Stellungnahme zu den zu erwartenden Anträgen<sup>5</sup> Bayerns im Bundesrat zum Gesetzentwurf<sup>6</sup> betr. Verpflichtung der Privateisenbahnen zur Herstellung von Anlagen im Interesse der Landesverteidigung; eine Exemption Bayerns von den Bestimmungen des Gesetzes ist unannehmbar, aber lt. Bismarck Übertragung der dem Kaiser beizulegenden Befugnisse auf den König von Bayern**

<sup>1</sup> *Gelesen [U]: Hatzfeldt.*

<sup>2</sup> *Dazu (Bl. 107v) die Marginalie Homeyers* Geschehen im nichtamtlichen Teil des Staatsanzeigers vom 14. Mai 1884.

<sup>3</sup> *StenBerHH, Session 1883/84, Drucks. Nr. 90.*

<sup>4</sup> *StenBerHH, Session 1883/84, Drucks. Nr. 91; Debatte dazu 16.5.1884, S. 247–250. Am 19.5.1884 wurde der Landtag geschlossen.*

<sup>5</sup> *StenBerBundesR, Jg. 1884, Sitzung am 2.4.1884, § 167. Der Gesetzentwurf kam nicht zustande; Bayern stellte ausweislich der StenBerBundesR keine formellen Anträge dazu.*

<sup>6</sup> *StenBerBundesR, Jg. 1884, Drucks. Nr. 43.*



möglich. [B] — 5. Zuschlagsmodus der den Mitgliedern der Domkapitel aus Staatsmitteln zu gewährenden Beiträge; *trotz Remonstrationen bleibt es bei der* seit 1873 eingeführten direkten Zahlung. [B] — 6. *Reaktivierung des Staatsrats*; Regulativ<sup>7</sup> *wird modifiziert und die Bildung der Abteilungen, speziell betr. die Landwirtschaft, diskutiert*; Vorschläge zur Ernennung neuer Staatsratsmitglieder *werden beraten*. [B]

<sup>7</sup> Vgl. Rep. 89, Nr. 3769, Bl. 102–104v (Entwurf) und Bl. 128–136v (u. a. endgültiges Regulativ). Dazu Schneider, Staatsrat, S. 271–274.

## Nr. 191 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Herrenhauses am 16. Mai 1884.

Vollz. Reinschr.<sup>1</sup> mit Korrekturen, Bd. 96, Bl. 113–122; MF 562.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach [zu 1–2, 4–6], Lucius, Friedberg, Boetticher, Gofler, Scholz, Hatzfeldt [zu 5–6], Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Rottenburg [zu 5].

1. *Ablösung der katholischen Staatspfarrer; in drei Fällen in Schlesien konnte einvernehmliche Emeritierung erreicht werden.*<sup>2</sup> — 2. *Bismarck regt aufgrund der Vorgänge*<sup>3</sup> *in Elberfeld-Barmen an, dort gemäß § 28 des Sozialistengesetzes den sog. kleinen Belagerungszustand zu verhängen, auch wenn dort zur Durchsetzung keine Garnison und keine königliche Polizei vorhanden sind; Puttkamer erwägt das.* — 3. *Stellungnahme zum Antrag*<sup>4</sup> *W. v. Kardorff/H. Fürst v. Hatzfeldt betr. eine Enquête über Erhöhung der Branntweinsteuer; da die Enquête lt. Scholz geeignet ist, die Meinung zu Gunsten des jetzigen Steuermodus zu stärken, soll Eingehen darauf signalisiert werden.* [B] — 4. *Novelle*<sup>5</sup> *zum Gesetz betr. Reichsstempelabgaben v. 1. Juli 1881, v. a. Börsen- und Umsatzsteuer. Da lt. Scholz das finanzielle Ergebnis zu gering ausfällt und die Bestimmungen über Besteuerung der Schlußnoten und Rechnungen verwirrend wirkten, soll künftig Abgabe am Wert des Gegenstandes bemessen werden. Novelle ist als Antrag Preußens beim Bundesrat einzubringen.* [B] — 5. *Errichtung von Postsparkassen grundsätzlich gebilligt; Schädigung bestehender Kommunal-Sparkassen nach einem diesbezüglichen Gesetzentwurf*<sup>6</sup> *soll durch festzulegendes Maximum für Einlagenhöhe und Zinssatz vorgebeugt werden; zunächst kommissarische Beratungen.* [B] — 6. *Bau eines Nordostsee-Kanals*<sup>7</sup>. *Maybach zufolge entstehen bei der für die Kriegsmarine erforderlichen Tiefe von 8,5 m ca. 156 Mio. M. Gesamtkosten. Frage, ob der Bau*

<sup>1</sup> Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 293 f. (ergänzt Prot.).

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 76, IV Sekt. 1a Abt. II Breslau Nr. 6 Bd. 1 (Staatspfarrer 1882–84). Lt. Bachem, Zentrumsparthei, Bd. 3, S. 319 gab es Ende 1876 rd. 30 sog. Staatspfarrer, d. h. Priester, die allein von der Regierung und ohne bischöfliche Sendung in (durch Kulturkampfgesetze) frei gewordene Gemeinden eingesetzt worden waren. Erst 1900 wurde lt. ebd. Bd. 4, S. 292 der letzte emeritiert. Vgl. StenBerAH, Session 1884/85, 24.2.1885, S. 646–652 (Porsch, Gofler).

<sup>3</sup> Ermittlungen nach Attentatsversuchen bei der Feier zur Enthüllung des Niederwald-Denkmal und im Restaurant Willemssen in Elberfeld im Sept. 1883 hatten ergeben, daß die anarchistischen Attentäter sich in Elberfeld-Barmen aufgehalten hatten und daß dort eine rege sozialdemokratische Organisation bestand. Im Sinne der Bismarck'schen Anregung geschah aber nichts. Vgl. Rep. 77, Tit. 343a Nr. 152 Adhib. 41 Bde. 1–2.

<sup>4</sup> StenBerRT, Session 1884, Drucks. Nr. 99 (unerledigt geblieben).

<sup>5</sup> Rep. 90, Nr. 1548, n. f. (Anschreiben Scholz' und Gesetzentwurf v. 12.5.1884). Vgl. StenBerRT, Session 1884/85, Drucks. Nr. 25; Debatte dazu 21.1.1885, S. 763–791.

<sup>6</sup> Rep. 120, BB VII.1 Nr. 119 Bd. 1, n. f. (Gesetzentwurf v. 5.6.1884; ebd. auch Denkschrift des RPA, Voten, Schriftwechsel). Vgl. auch Rep. 77, Tit. 1131 Nr. 1a Bd. 1, n. f.; Poschinger, Aktenstücke, Bd. 2, S. 152 f., 164 u. StenBerRT, Session 1884/85, Drucks. Nr. 82 (Gesetzentwurf); Debatte dazu 22.1.1885, S. 793–815.

<sup>7</sup> Vgl. Teuteberg/Oelke, Der Nord-Ostsee-Kanal im Licht der nationalen Einigung, S. 103 f.

durch das Reich mit einem preußischen Beitrage oder von Preußen mit Reichshilfe auszuführen ist. Bismarck sieht Bau als Seekriegsmaßregel zugunsten der Verteidigung des gesamten Deutschlands an, ohne Rücksicht darauf, ob er auch für Handelsinteressen nützlich wirkt. Nach Ansicht Bronsarts stärkt ein Kanal die Operationsbasis der Marine, bedarf aber auch spezieller Sicherung. Bismarck erhält die beantragte grundsätzliche Billigung des Baus zu Lasten des Reichs unter billigem Beitrag Preußens. [B]

## Nr. 192 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Mai 1884.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [1–3], Bd. 96, Bl. 123–138; MF 562.

Anwesend [U]: Puttkamer [V, zu 2–8], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Scholz. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Lucanus [für Goßler], Rieth [zu 1–2], Roedenbeck [zu 1], v. Kurowsky [zu 2–3].

1.–3. Elf Disziplinar- und Pensionssachen. [B] — 4. Verzeichnis der den Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen; vertagt. — 5. Errichtung von Gewerbekammern; Voten<sup>1</sup> Bismarcks und Lucius' gebilligt. [B] — 6. Grundsätze zur Ausführung des Regulativs<sup>2</sup> v. 30. November 1883 zum Gesetz betr. die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst gebilligt. [B] — 7. Protektorat für den im September 1884 in Berlin geplanten internationalen geologischen Kongreß<sup>3</sup>; Maybach möchte Protektorat durch Wilhelm I. oder einen königlichen Prinzen; Scholz und Boetticher warnen vor einer über das bisher übliche Maß hinausgehenden Aufmerksamkeit für dgl. Kongresse und Versammlungen; zunächst ist Bismarck zu befragen, ob vom politischen Gesichtspunkt ein königliches Protektorat erwünscht ist. [B] — 8. Beziehungen der Staatsregierung zur Discontogesellschaft; Boetticher möchte im finanziellen Interesse des Reichsinvalidenfonds eine Beteiligung der Discontogesellschaft bei der Veräußerung von Effekten; lt. Maybach hat bei den neueren Eisenbahn-Verstaatlichungen die Discontogesellschaft sich den Staatsinteressen gegenüber entgegenkommend gezeigt; Beschluß vertagt.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Rep. 120, BB VIa 1 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 105–108.

<sup>2</sup> Vgl. Sitzung am 5.11.1883, TOP 7 mit Anm.

<sup>3</sup> Der für den 25.–30.9.1884 vorgesehene 3. internationale Geologen-Kongreß wurde wegen der Cholera verschoben und fand – ohne kaiserliches Protektorat – erst v. 29.9.–3.10.1885 in Berlin statt. Vgl. Rep. 90a, A V Nr. 2, n. f.

<sup>4</sup> Nach den Protokollen wurde kein weiterer Beschluß mehr gefaßt.

## Nr. 193 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Mai 1884.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 96, Bl. 140–147v; MF 562.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Hatzfeldt, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Grandke [zu 5].

1. Grundsteinlegung für das Reichstagsgebäude *ist am 9. Juni 1884.*<sup>1</sup> — 2. *Ordenssache.* [B] — 3. *Titelverleihung; Ernennung.* [B] — 4. *Beistand auf dem Gebiete der Abgabenverwaltung zwischen deutschen Bundesstaaten; ist als Antrag*<sup>2</sup> *Preußens beim Bundesrat einzubringen.* [B] — 5. *Verzeichnisse*<sup>3</sup> *der den Militäranwärtern im preußischen Staatsdienst vorzubehaltenden Stellen. Meinungsverschiedenheit [...] bezüglich der Stellen der Kreissteuer-Einnehmer und Steuerempfänger. Bronsart will die Hälfte dieser Stellen den Militäranwärtern vorbehalten. Scholz ist dagegen, da es sich dabei um Subalternstellen erster Klasse, die im Wege der Beförderung [...] lediglich nach dem Dienstinteresse mit den Tüchtigsten [...] besetzt werden, handelt, sowie um selbständige, verantwortliche Behörden, für die ein Militäranwärter mit Durchschnittsqualifikation nicht ausreicht. Puttkamer sieht Widerspruch in den Deduktionen Bronsarts, daß die Hälfte jeder Gattung der Stellen den Militäranwärtern vorbehalten bleiben muß, daß aber doch die Qualifikation entscheidet. Auch alle übrigen Minister unterstützen Scholz' Standpunkt.* [B]

<sup>1</sup> Vgl. Cullen, *Der Reichstag*, S. 185–193 (aufgrund Rep. 89, Nr. 219).

<sup>2</sup> Ein diesbezüglicher Antrag unterblieb, da das Vorhaben schon im Ansatz stecken blieb; vgl. Sitzung am 15.9.1892, TOP 3 sowie Rep. 84a, Nr. 8799, Bl. 123 ff., bes. Bl. 164–171v (Gesetzesentwurf v. April 1884, Voten).

<sup>3</sup> Rep. 90, Nr. 520, n. f. (als Metallogramm u. Druck, 1885). Vgl. Illing/Kautz, *Handbuch*, Bd. 1, 1895, S. 94–99 (KO v. 30.6.1885 nebst Verzeichnis der Stellen) und Bitter, *Handwörterbuch*, 1906, Bd. 2, S. 92 f.

## Nr. 194 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 13. Juni 1884.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 96, Bl. 148–152v; MF 562/563. — Abschr. [1–3, 5]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 3, Bl. 215–219.*

*Anwesend [U]: Bismarck, Puttkamer, Maybach, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff [zu 1]. — Prot.: Homeyer [U].*

1. *Anträge Bayerns zum Gesetzesentwurf betr. die Verpflichtung der Privateisenbahnen zur Herstellung von Anlagen im Interesse der Landesverteidigung; Übergang der Rechte des Kaisers auf den bayer. König und der des Reichseisenbahnamts auf die bayer. Zentralbehörden ist annehmbar, aber nicht die Motive, wonach Bayern lt. Reichsverfassung nur bestimmte einzelne Verpflichtungen bezüglich des Eisenbahnwesens hat; vielmehr ist das Eisenbahnwesen auch in Bayern der Regel nach Sache des Reichs.* [B] — 2. *Reaktivierung des Staatsrats; Kronprinz Friedrich Wilhelm wird Präsident, Bismarck Vizepräs.; weitere Mitglieder; Beratungsgegenstände des Staatsrats sind noch festzulegen.*<sup>1</sup> — 3. *Novelle zum Gesetz betr. Reichsstempelabgaben, v. a. Börsen- und Umsatzsteuer. Scholz zufolge hat die Börse alle Mittel der Agitation in Bewegung gesetzt, um die öffentliche Meinung gegen die Novelle einzunehmen und es droht ein Verlauf wie beim Tabaksmonopol, zumal neben dem Börsenverkehr auch Warenhändler, Gutsbesitzer und Produzenten belastet werden sollten. Bismarck hält den Verkehr auf dem Gebiete des Effektenhandels nicht für so gemeinschädlich wie auf dem des Produktenhandels, wenn dieser sich mit fingierten Geschäften in Getreide, Mehl, Öl, Spiritus u. dgl. befaßt und möchte Warengeschäfte bis 10 000 M. ganz befreien. Wie bereits im Bundesrat diskutiert, sind Abschwächungen der Novelle anzustreben.*<sup>2</sup> [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 888, n. f. (Mitglieder per Ordre Wilhelms I. v. 11.6.1884) u. Schneider, *Staatsrat*, S. 275 f.

<sup>2</sup> Vgl. *StenBerBundesR*, Jg. 1884, Drucks. Nr. 76 (Ausschußbericht); *Beschluß Sitzung am 19.6.1884*, § 315. Vgl. Poschinger, *Bismarck und der Bundesrat*, Bd. 5, S. 162 f. (Diskussion im Bundesrat) u. Schultheß 1884, S. 60, 63 (Handelskammern gegen die geplanten Geschäftssteuern).

— 4. *Novelle betr. Unterbringung verwahrloster Kinder ist in der Fassung des Landtags<sup>3</sup> zur Allerhöchsten Sanktion einzureichen.* [B] — 5. *Initiativgesetzentwurf<sup>4</sup> des AH betr. Ergänzung der Städteordnung von 1853 ist abzulehnen und die Allerhöchste Sanktion nicht zu erbitten.* [B]

<sup>3</sup> *StenBerHH, Session 1883/84, Drucks. Nr. 99; Debatte dazu 17.5.1884, S. 263 f.*

<sup>4</sup> *StenBerAH, Session 1883/84, Drucks. Nr. 25 u. 153; Debatte dazu 12.12.1883, S. 361–389 u. 6.5.1884, S. 2325 f. Es handelt sich dabei um einen freisinnigen Initiativgesetzentwurf zur Frage der Prozeduren bei der Neueinteilung kommunaler Wahlbezirke durch Gemeinde- bzw. Staatsbehörden.*

## Nr. 195 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 22. Juni 1884.

*Vollz. Reinschr.<sup>1</sup>, Bd. 96, Bl. 153–157; MF 563. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 3, Bl. 220–223.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Gofler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

1. *Stand der Beratungen im RT über diverse Gesetzentwürfe. Zustandekommen steht v. a. für das Unfallversicherungsgesetz und den Nachtragsetat<sup>2</sup> dazu, das Aktiengesetz<sup>3</sup> sowie das Gesetz<sup>4</sup> betr. Bau eines Generalkonsulats in Shanghai zu erwarten. Novellen<sup>5</sup> zum Militärpensions- und Reichsbeamtenengesetz, Zuckersteuergesetz sowie zum Zolltarifgesetz v. 15. Juli 1879 sind hingegen aussichtslos. Beim Gesetzentwurf zur Hinterbliebenenfürsorge für Militärangehörige sind die Kommissionsanträge<sup>6</sup> betr. die Witwen- und Waisengeldbeiträge unannehmbar, zumal Bismarck den völligen Wegfall der Beiträge der Beamten als ersten Schritt zur Verbesserung der Beamtenbesoldungen ansieht; auch wegen des Widerstandes deutscher Bundesstaaten ist auf Zustandekommen dieses Gesetzes einstweilen zu verzichten [B]. Bei der Postdampfer-Subvention<sup>7</sup> wird sich die entscheidende Zentrumsparthei kaum zugunsten der Vorlage entschließen; Bismarck will in der RT-Kommission dazu sprechen<sup>8</sup> [B]. Die Stempelabgaben- und Börsensteuer-Novelle soll zur ersten Lesung<sup>9</sup> gelangen [B]. Plenardebatten zu Kadettenanstalten und zur Kommando-*

<sup>1</sup> *Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 296–298 (ergänzt Prot., insbes. zu nicht protokollierten kolonialpolitischen Ausführungen Bismarcks). Die ebd. S. 296 gegebene Datierung 22. Juli muß nach Logik und Vergleich mit den Sitzungsdaten vom Juni 1884 ein Druckfehler sein.*

<sup>2</sup> *Vgl. StenBerRT, Session 1884, Drucks. Nr. 4 (Gesetzentwurf) und Nr. 115 (Kommissionsbericht), Debatte dazu 27.6.1884, S. 1103–1131 bzw. Drucks. Nr. 168 (Nachtragsetat), Debatte dazu 27.6.1884, S. 1131 f.*

<sup>3</sup> *Vgl. StenBerRT, Session 1884, Drucks. Nr. 21 (Gesetzentwurf) und Nr. 128 (Kommissionsbericht); Debatte dazu 28.6.1884, S. 1148–1161. Vgl. Poschinger, Bismarck und der Bundesrat, Bd. 5, S. 146.*

<sup>4</sup> *Vgl. StenBerRT, Session 1884, Drucks. Nr. 147; Debatte dazu 25.6.1884, S. 1021.*

<sup>5</sup> *Vgl. StenBerRT, Session 1884, Drucks. Nr. 43 (Militärpensions- und Reichsbeamtenengesetz), Debatte dazu 24.4.1884, S. 303–324 (unerledigt) bzw. Drucks. Nr. 131 (Zuckersteuer) (unerledigt) bzw. Drucks. Nr. 130 (Zolltarifänderung) (unerledigt). Vgl. Poschinger, Bismarck und der Bundesrat, Bd. 5, S. 161 f., 159 f., 156 f.*

<sup>6</sup> *Vgl. StenBerRT, Session 1884, Drucks. Nr. 118; Debatte dazu 28.6.1884, S. 1136–1148. Der Bundesrat lehnte am 9.10.1884 die Reichstagsbeschlüsse und damit den Gesetzentwurf ab; vgl. Schultheß 1884, S. 100.*

<sup>7</sup> *Vgl. StenBerRT, Session 1884, Drucks. Nr. 111 (Postdampfer-Subvention); Debatte dazu 14.6.1884, S. 719–747 (unerledigt). Vgl. Wehler, Hans-Ulrich, Bismarck und der Imperialismus, München, 4. Aufl. 1976, S. 239–257 u. Riehl, „Tanz um den Äquator“, S. 543–571.*

<sup>8</sup> *Bismarck sprach am 23.6.1884 tatsächlich – erstmals seit 1871 – in der Budgetkommission des RT und verteidigte mit einer aufsehenerregenden Rede seine Kolonial- und Gesamtpolitik; vgl. Kohl, Horst, Bismarck-Regesten, Bd. 2, Leipzig 1892, S. 321 und Schultheß 1884, S. 71–74.*

<sup>9</sup> *Der Gesetzentwurf gelangte bis zum Sessionsschluß des RT am 28.6.1884 nicht mehr zur Plenarberatung.*

gewalt<sup>10</sup> sind möglichst zu vermeiden [B]. Die RT-Wahlen sollen Anfang November 1884 stattfinden, wobei tunlichst kleine Wahlbezirke [...] möglichst kurze Wege zum Wahlorte gewährleisten sollen [B]. — 2. Antrag<sup>11</sup> Sachsens betr. Verlängerung des sog. kleinen Belagerungszustands für Leipzig; Preußen wird im Bundesrat zustimmen. [B] — 3. Reaktivierung des Staatsrats; Vorgehen bei der Bildung der 7 Abteilungen. [B]

<sup>10</sup> Im Prot.: Debatte betr. die Kontrasignatur der Allerhöchsten Ordres in der Militärverwaltung. Die Frage wurde v. a. in den RT-Sitzungen v. 12.3.1884, S. 15–18 und v. 13.6.1884, S. 690–695, 705–707 von freisinnigen MdR angesprochen. Vgl. dazu Meisner, *Der Kriegsminister*, S. 64 ff. Wegen der Kadettenanstalten vgl. *StenBerRT*, Session 1884/85, 12.12.1884, S. 312–316 (u. a. Bronsart v. Schellendorff) u. 17.1.1885, S. 676–679.

<sup>11</sup> *StenBerBundesR*, Sitzung am 24.6.1884, § 330 (keine Drucks. dazu).

## Nr. 196 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 29. Juni 1884.

Vollz. Reinschr., Bd. 96, Bl. 159–162; MF 563.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Hatzfeldt, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

1. Reaktivierung des Staatsrats; er soll lt. Bismarck erst im Oktober 1884 tagen und breite beratende Tätigkeit [...] vornehmlich in den Abteilungen entfalten; für Mitglieder wird der Titel „Staatsrat“ erwogen<sup>1</sup>; Tagungsort soll das Berliner Stadtschloß sein, um die vornehme Stellung dieses Beirats der Krone den Parlamenten gegenüber zu heben. [B] — 2. Stellungnahme zu den vom RT beschlossenen Gesetzentwürfen. Unfallversicherungsgesetz, Aktiengesetz und Initiativgesetzentwurf<sup>2</sup> zum § 100 e der Gewerbeordnung betr. Annahme von Lehrlingen sind anzunehmen [B]. Der Gesetzentwurf zur Hinterbliebenenfürsorge für Militärangehörige ist im Punkt Witwen- und Waisengeldbeiträge unannehmbar [B]. Initiativgesetzentwurf<sup>3</sup> von L. Windthorst zur Aufhebung des Gesetzes betr. unbefugte Ausübung von Kirchenämtern, des sog. Expatriierungsgesetzes, wird bis Herbst 1884 vertagt. — 3. Neuerliche Überschwemmungen in Oberschlesien und Westpreußen; mögliche Staatshilfen dazu.<sup>4</sup> [B] — 4. Mitteilungen Goßlers über bevorstehende kirchenpolitische Vorkommnisse.

<sup>1</sup> Vgl. Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 298–301 (ergänzt Prot., auch mit Ausführungen Bismarcks zur Außenpolitik und den Wirren um Bulgarien), zum Titel Staatsrat S. 300. Die S. 298 gegebene Datierung 29. Juli muß nach Logik und Vergleich mit den Sitzungsdaten vom Juni 1884 ein Druckfehler sein.

<sup>2</sup> *StenBerRT*, Session 1884, Drucks. Nr. 31 (Konservative u. Zentrum); Debatte dazu 11.6.1884, S. 636–651. Vgl. Biermer, M., Art. Mittelstandsbewegung, in: *Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, Bd. 5, 2. Aufl., Jena 1900, S. 814–842, hier S. 819.

<sup>3</sup> *StenBerRT*, Session 1884, Drucks. Nr. 32; Debatte dazu 11.6.1884, S. 662–677 (mit großer Mehrheit angenommen).

<sup>4</sup> Vgl. *StenBerAH*, Session 1885, Drucks. Nr. 163; Debatte dazu 24.3.1885, S. 1251–1255.

## Nr. 197 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Juli 1884.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [5–6], Bd. 96, Bl. 163–181; MF 563.

Anwesend: Puttkamer [V, U], Maybach, Lucius [U], Friedberg [U], Boetticher [zu 1–5, U], Goßler [U], Scholz [zu 3–8, U], Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Rieth [zu 5], H. v. Podewils [zu 5–6].

1. Ordenssache. [B] — 2. Zwei Titelverleihungen. [B] — 3. Pensionierung von RegPräs. O. v. Bernuth, Köln, auf eigenen Wunsch und ohne Orden.<sup>1</sup> [B] — 4. Zwei Ernennungen. [B] — 5.–6. 17 Disziplinarsachen. [B] — 7. Der Resolution<sup>2</sup> des AH betr. Herbeiführung eines Reichsgesetzes über einheitliche Regelung des Lotteriewesens ist keine Folge [...] zu geben und dieser Beschluß nicht in die Übersicht<sup>3</sup> über die Entschließungen der Staatsregierung auf Beschlüsse des AH aufzunehmen. [B] — 8. Schreiben<sup>4</sup> Bismarcks v. 28. Juni 1884 anlässlich des ausnahmsweise vom Staatsministerium unterzeichneten preußischen Antrages<sup>5</sup> betr. Aufnahme der elektrischen Beleuchtungsanlagen in das Verzeichnis der genehmigungspflichtigen Anlagen; vorkommenden Falls soll nach Bismarcks Monitum verfahren werden. [B]

<sup>1</sup> Das Rücktrittsgesuch resultierte aus einer Kontroverse Bismarck – E. Richter im Reichstag (vgl. StenBerRT, 9.5.1884, S. 481, 497, 501) und öffentlichen Diskussionen zum Verhalten Bernuths als Berliner Polizeipräsident beim Attentat Cohen-Blinds auf Bismarck 1866. Vgl. Klein, August, Fürst Bismarck und die Entlassung des Kölner Regierungspräsidenten v. Bernuth, in: Jahrbuch des Kölnischen Geschichtsvereins 19 (1937), S. 336–364 (aufgrund Rep. 89, Nr. 13638, Bl. 184–217).

<sup>2</sup> StenBerAH, Session 1883/84, Drucks. Nr. 136; Debatte dazu, 3.3.1884, S. 1684–1693. Voten dazu in: Rep. 90, Nr. 1469, n. f.

<sup>3</sup> StenBerAH, Session 1885, Drucks. Nr. 28.

<sup>4</sup> Bismarck, GW, Bd. 6c, S. 302 f. Darin forderte der Kanzler, daß staatsrechtlich korrekt verfahren werden müsse und alle preuß. Vorlagen an den Bundesrat zwar im Staatsministerium abgestimmt, aber nur über den preuß. Außenminister und allein von diesem als Vertreter des Monarchen unterzeichnet an den Bundesrat gelangen sollten.

<sup>5</sup> StenBerBundesR, Jg. 1884, Drucks. Nr. 79; Beschluß Sitzung am 9.7.1884, § 393.

## Nr. 198 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Juli 1884.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [1] und Korrekturen, Bd. 96, Bl. 182–186; MF 563.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. v. Podewils [zu 1].

1. Vier Disziplinarsachen. [B] — 2. Provinzial- und Kreisordnung<sup>1</sup> für Hessen-Nassau; nach Mitteilung von Puttkamer wurde in Vorbesprechungen mit beteiligten Beamten und hervorragenden Vertrauensmännern [...] allerseits<sup>2</sup> [...] Einigung über die beabsichtigte Aufhebung der Ämter in Nassau erzielt; prinzipielle Billigung; zunächst Vorlage an die Kommunallandtage von Kassel und Wiesbaden sowie das Stadtparlament Frankfurt, ggf. auch an den Staatsrat. [B]

<sup>1</sup> Rep. 120, A II 5e Nr. 15 Bd. 1, Bl. 1–74 (Gesetzentwurf nebst Anlagen, übersandt mit Anschreiben Puttkamers v. 30.6.1884). Vgl. detailliert Anderhub, Verwaltung, S. 266–283 u. StenBerHH, Session 1885, Drucks. Nr. 16; Debatte dazu 25./26.2.1885, S. 25–52, 56–77.

<sup>2</sup> Die ursprüngliche Fassung Homeyers unter Konservativen wie Liberalen ersetzte Puttkamer durch allerseits.

**Nr. 199 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Juli 1884.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 96, Bl. 188–194; MF 563.*

*Anwesend [U]: Lucius [V], Goßler, Hatzfeldt. — Prot.: Kurowsky [U].*

*Weitere Teilnehmer: Meinecke, Herrfurth, Nebe-Pflugstädt, Rommel, Hoeter, Kügler.*

[1.] Maßnahmen zur Abwehr der Cholera<sup>1</sup>. Prof. R. Koch folgend, hält Bismarck eine Verkehrsbeschränkung nur für gebrauchte Wäsche, Lumpen pp. im Grenzverkehr für unzureichend, da nicht gebrauchte und alte, sondern frische Cholerawäsche bzw. Kleidungsstücke der Reisenden die Seuche verbreiten; um aber Beunruhigungen und ungerechte Vorwürfe gegen die Regierung zu vermeiden, kann eine Bundesratsverordnung ergehen, die die Einfuhr gebrauchter Leib- und Bettwäsche, von Hadern und Lumpen untersagt bzw. unter Quarantäne stellt. Goßler möchte dieses Lumpeneinfuhrverbot, da keine Garantie besteht, daß nicht doch auf diese Art die Einschleppung der Seuche erfolgen kann; er lehnt aber die Ausdehnung des Einfuhrverbots auf das Gepäck pp. der Reisenden ab, da alsdann der Reiseverkehr zu sehr beeinträchtigt werden würde; die von der Cholera-Kommission empfohlene ärztliche Besichtigung der Reisenden auf den Grenzstationen und Desinfektion der Schlafwagen reicht aus. [B] — 2. Mitteilungen Goßlers über kirchenpolitische Angelegenheiten.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 76, VIII A Nr. 3202, n. f. (div. Schriftwechsel, Gutachten Kochs v. 22.7.1884 u. Schreiben Bismarcks), Schultheß 1884, S. 268–271 (Ausbruch der Cholera in Toulon 23.6.1884, Grenzsperren der Nachbarn) u. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 301 (ergänzt Prot.).

<sup>2</sup> Nach Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 301 dürfte um es um fernere Verhandlungen mit der Kurie gegangen sein.

**Nr. 200 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Juli 1884.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [2] und Korrekturen, Bd. 96, Bl. 195–207; MF 563/564.*

*Anwesend [U]: Lucius [V], Goßler, Hatzfeldt. — Prot.: Kurowsky [U].*

*Weitere Teilnehmer: Herrfurth, Nebe-Pflugstädt, H. v. Podewils [zu 2], Hoeter [zu 3].*

1. Zwei Ordenssachen. [B] — 2. Elf Disziplinarsachen. [B] — 3. Maßnahmen zur Abwehr der Cholera; da Bismarck es der Preußischen Regierung anheimgestellt hat und weil sich die Cholera nur langsam ausbreitet, wird Goßler die Einfuhrverbote für Wäsche, Lumpen etc. analog dem Verfahren in Elsaß-Lothringen vorläufig nur für die rheinischen und für die an der See gelegenen Regierungsbezirke veranlassen, und zwar als preußische sanitätspolizeiliche Maßnahme.<sup>1</sup> [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 76, VIII A Nr. 3202 (Erlaß Goßlers v. 8.8.1884, Immediatbericht).

**Nr. 201 Sitzung des Staatsministeriums am 22. August 1884.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschr. [5], Bd. 96, Bl. 208–212; MF 564.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Lucius, Friedberg, Hatzfeldt. — Prot.: Kurowsky [U].*

Weitere Teilnehmer: Ernst v. Moeller, Lucanus, E. v. Grolmann, Frh. v. Lentz [zu 6–7], Winiker [zu 9], H. v. Podewils [zu 5].

1.–2. Zwei Ordenssachen. [B] — 3. Lotteriewesen: Plan des Vereins des Roten Kreuzes um Genehmigung einer Geldlotterie; abgelehnt, da Bismarck entschieden gegen den Plan ist. [B] — 4. Beflagung öffentlicher Gebäude nach einheitlichem Verfahren in Berlin und in den Provinzen. [B] — 5. Disziplinarsache. [B] — 6. Ordenssachen anlässlich der Herbstmanöver sämtlich genehmigt. [B] — 7. Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. die Kantongefängnisse in der Rheinprovinz; Frage der Entschädigung für die beteiligten Gemeinden. [B] — 8. Anregung<sup>2</sup> Bismarcks, eventuell Eingangszölle für gärtnerische Erzeugnisse einzuführen; nach Meinung von Provinzialbehörden wie Sachverständigen ist die Einführung von Schutzzöllen nicht angezeigt. [B] — 9. Verteilungsmaßstab für kirchliche Umlagen; Verfügung<sup>3</sup> Goßlers an die Regierungspräsidenten wird gebilligt. [B]

<sup>1</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1885, Drucks. Nr. 154; Debatte dazu 24.4.1885, S. 1558–1567.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 120, C VII 2a Nr. 44 (Voten, Behördenberichte).

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 76, III Sekt. I Abt. XV Nr. 26 Bd. 3, n. f. (Entwurf d. Verfügung v. 30.8.1884).

## Nr. 202 Sitzung des Staatsministeriums am 29. August 1884.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschr. [7] und Korrekturen, Bd. 96, Bl. 216–221v, 231, Anlage: Bl. 222–230v; MF 564.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Friedberg, Boetticher [zu 1–6]. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: Ernst v. Moeller, Lucanus [beide zu 1–6], H. v. Podewils, Schweckendieck [beide zu 7].

1. Terminierung der Reichstagswahlen wegen der jetzigen, im Allgemeinen günstigen Stimmung [...] so bald als möglich. [B] — 2. Eisenbahn-Freifahrkarten der MDR<sup>1</sup>; ein etwaiges Odium wegen der Einschränkung auf freie Hin- und Rückfahrt vom jeweiligen Wohnort nach Berlin soll lt. Boetticher nicht vom Reichskanzler, sondern von der Preußischen Regierung mit einem Antrag<sup>2</sup> an den Bundesrat [...] übernommen werden. [B] — 3. Reaktivierung des Staatsrats. Boetticher wird Bismarck konsultieren wegen der Reichsangelegenheiten, die der Staatsrat begutachten soll. Auf Anregung Friedbergs wird konstatiert, daß lediglich das Preußische Staatsministerium darüber Beschluß zu fassen habe, ob eine Vorlage an den Staatsrat gelangen soll oder nicht. Ob Kaiserliche Initiative oder Initiative der Preußischen Regierung vorzuziehen ist, bleibt Einzelfallentscheidung. [B] — 4. Puttkamer fragt an, ob Reichstagskandidaturen für Staatsminister [...] wünschenswert sind; ohne Kandidatur drohten Wahlkreise den Oppositionsparteien anheimzufallen, mit Mandat entstünden für Minister mancherlei Unannehmlichkeiten; Boetticher wird Bismarck befragen.<sup>3</sup> [B] — 5. Zur Frage der Wahltaktik bei den Reichstagswahlen wird Boetticher Bismarck befragen. [B] — 6. Reaktivierung des Staatsrats; Bildung der Abteilungen ohne die nicht ständigen Mitglieder

<sup>1</sup> Vgl. BArch, RK, Nr. 1786, Bl. 1 (Maybach nimmt die im Juli 1883 durch Bismarck vertagte Frage wieder auf). Ebd. weiterer Schriftwechsel, Bl. 49–54v ein Memorandum von 1884 mit Beispielen „reisender“ MDR. Vgl. Butzer, Diäten und Freifahrt, S. 158 f., 165–181.

<sup>2</sup> Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1884, Sitzung am 13.11.1884, § 474 (Beschluß); StenBerRT, 26.11.1884, bes. S. 19–24 (Bismarck, Hänel; freisinniger Antrag auf Diäten und Reisekosten für MDR wird angenommen) sowie Poschinger, Bismarck und der Bundesrat, Bd. 5, S. 200 (zitiert die Norddt. Allg. Ztg. v. 26.11.1884).

<sup>3</sup> Die zunächst protokollierte Aussage Boettichers, er glaube, daß Bismarck eher dagegen sei, daß die Minister Mandate zum Abgeordnetenhaus annähmen, daß derselbe aber gegen Kandidaturen der Minister zum Reichstage nicht eingenommen sei, wurde wieder gestrichen. Vgl. Bismarck, GW, Bd. 6c, S. 306 (Bismarck 7.10.1884).



(kommandierende Generale, Oberpräsidenten); *Bismarck wünscht, daß dem Kronprinzen als Präsident des Staatsrats freie Hand bei der Bildung gelassen wird; Tableau<sup>4</sup> zur Abteilungsbildung ist ihm zu unterbreiten.* [B] — 7. Disziplinarsache. [B]

---

<sup>4</sup> Als Anlage auf Bl. 222–226v (erste Fassung) bzw. Bl. 227–230v (erheblich korrigierte Fassung). Dazu Voten in: Rep. 90, Nr. 888, n. f.

## Nr. 203 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Oktober 1884.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 96, Bl. 232–236v; MF 564.*

*Anwesend [U]<sup>1</sup>: Puttkamer [V], Maybach, Boetticher, Goßler, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Meinecke, Ernst v. Möller, Homeyer [zu 3].*

**1.** *Gesetzentwurf<sup>2</sup> von Bismarcks Handelsministeriums betr. Errichtung von Postsparkassen. Keine Detailberatung dieses Reichsgesetzes, gegen das mehrere Minister Bedenken hegen, sondern erst Begutachtung durch den Staatsrat, wo die Ressortchefs ihre Einwände vorbringen wollen. Bei preußischen Gesetzen hingegen macht sich lt. Goßler zunächst das Staatsministerium schlüssig über die Grundzüge, fordert ggf. das Gutachten des Staatsrats ein und stellt dann eigenständig den Gesetzentwurf auf.* [B] — **2.** *Reaktivierung des Staatsrats<sup>3</sup>; dessen Einberufung erst zum 25. Oktober 1884 bedingt keine spätere Einberufung des Reichstags, da letzterer mit dem Etat hinreichend beschäftigt sein wird.* [B] — **3.** *Reaktivierung des Staatsrats; mögliche Sitzungsräume in drei Sälen des Berliner Stadtschlosses; feierliche oder geschäftsmäßige Form der Eröffnung.* [B] — **4.** *Initiativgesetzentwurf von L. Windthorst und K. G. Ackermann über Einschaltung eines § 100 e betr. Annahme von Lehrlingen in die Gewerbeordnung; obwohl es an einer Strafvorschrift für Zuwiderhandlungen fehlt, wird Preußen gemäß Staatsministerialbeschluß v. 29. Juni 1884 im Bundesrat zustimmen.* [B] — **5.** *Pensionierung von RegPräs. O. v. Bernuth, Köln; der vom rheinischen Oberpräsidenten nachträglich angeregte Stern zum Kronenorden II. Kl. soll ihm verliehen werden.* [B] — **6.** *Drei Ernennungen; Ordenssache.* [B]

---

<sup>1</sup> Gelesen [U]: Lucius, Friedberg.

<sup>2</sup> Vgl. Sitzung am 16.5.1884, TOP 5 mit Anm.

<sup>3</sup> Vgl. Schneider, Staatsrat, S. 276–278.

## Nr. 204 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Oktober 1884.

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [4] und Korrekturen, Bd. 96, Bl. 237–248; MF 564/565.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Meinecke, H. v. Podewils [zu 4], Tappen [zu 5].*

1. Ordenssache. [B] — 2. Ernennung. [B] — 3. Ordenssache. [B] — 4. Zehn Disziplinarsachen. [B] — 5. Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Reorganisation der Kirchenverfassung der evangelisch-lutherischen Kirche der Prov. Hannover. Bislang von den Konsistorialbehörden wahrgenommene staatliche Aufsichtsrechte in Schul- und Kirchenfragen sind auf reine Staatsbehörden zu übertragen. Scholz' Vorschlag, nur zwei regionale Provinzialkonsistorien bestehen zu lassen, wird erneut abgelehnt, denn lt. Goßler wird Reduktion von 7 auf 3 schon schwer genug empfunden werden. [B] — 6. Verlegung der Berliner Tiergartenbaumschule nach dem Hippodrom<sup>2</sup>; zwecks Erhaltung des Hippodroms in dem jetzigen Umfange zugunsten der Interessen der Reiter abgelehnt. [B]

<sup>1</sup> Rep. 77, Tit. 1051 Nr. 2 Bd 1, Bl. 140–152v. Vgl. StenBerAH, Session 1885, Drucks. Nr. 135; Debatte dazu 21.3.1885, S. 1225–1230 und Rädisch, Wolfgang, Die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers und der preußische Staat 1866–1885, Hildesheim 1972, S. 252–270, hier S. 257–260 (der S. 257 genannte Beschluß des Staatsministeriums v. 1.7.1884 scheint – wie zuweilen geschehen – im Umlaufverfahren bewirkt worden zu sein).

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 1337, n. f. (Voten seit Febr. 1884, Immediatbericht v. 20.11.1884). Die Baumschule befand sich zwischen Kurfürsten-Allee, Hardenbergstr. u. Fasanenstr. hinter der Artillerie- und Ingenieurschule.

## Nr. 205 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 22. Oktober 1884.

Vollz. Reinschr., Bd. 96, Bl. 249–253; MF 565. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 3, Bl. 270–271v; PA Bonn, R 21, n. f.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Ernst v. Moeller.

Reaktivierung des Staatsrats<sup>1</sup>. Bismarck zu den Eröffnungsmodalitäten und den anzufordernden Gutachten betr. Postsparkassengesetz, Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung auf Land- und Forstwirtschaft bzw. Transportgewerbe und andere Betriebszweige sowie bezüglich Postdampfersubvention. Da es den verbündeten Regierungen viel erwünschter sein würde, soll auch das Postsparkassengesetz nicht länger als preußische Vorlage, sondern als Präsidialantrag beim Bundesrat eingebracht werden. [B]

<sup>1</sup> Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 302 f. (ergänzt Prot.).

## Nr. 206 Sitzung des Staatsministeriums am 22. November 1884.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [4–5], Bd. 96, Bl. 255–267; MF 565.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher [zu 1], Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Rieth, Bahlmann, Lehnert [alle zu 4], H. v. Podewils [zu 5].

1. *Stimmabgabe Preußens im Bundesrat bei den vom Staatsrat begutachteten Reichsgesetzentwürfen. Die Vorlage<sup>1</sup> betr. Postdampfersubvention ist bereits gebilligt; betr. Postspar-kassengesetzentwurf<sup>2</sup> wird die von Puttkamer/Lucius gewünschte Herabsetzung der Maximalein-lage auf 500 M. abgelehnt [B]. Betr. Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung auf Transportgewerbe und andere Betriebszweige Einverständnis mit der aus der Staats-ratsberatung hervorgegangenen Vorlage<sup>3</sup>, wobei die von Bronsart gewünschte<sup>4</sup> Einbeziehung der Betriebe der Heeresverwaltung noch offen bleibt [B]. Der Ausdehnung der Unfall-versicherung auf Land- und Forstwirtschaft wird der Staatsratsfassung<sup>5</sup> bei zwei Modifikationen gleichfalls zugestimmt [B]. — 2. Verleihung des Amtstitels Rentmeister an die Kreissteuereinneh-mer bzw. Steuererheber.<sup>6</sup> [B] — 3. Nichtbestätigung des zum ersten Bürgermeister von Posen gewählten J. Herse, da er zwar ein tüchtiger Geschäftsmann, aber ein offenkundiger Agitator für die Fortschrittspartei ist.<sup>7</sup> [B] — 4.–5. Zehn Disziplinar- und Pensionssachen. [B]*

<sup>1</sup> Vgl. *StenBerBundesR*, Jg. 1884, Drucks. Nr. 97 (revidierter Gesetzentwurf); *Beschluß Sitzungen am 17.11.1884*, § 495. Vgl. *Poschinger, Bismarck und der Bundesrat*, Bd. 5, S. 205 f.

<sup>2</sup> *Rep. 80, II Specialia, Nr. 1, n. f. (StR-Drucks. Nr. 5 u. Gang der Beratung).*

<sup>3</sup> *Rep. 80, II Specialia, Nr. 3 (Gutachten v. 14.11.1884 u. Drucks. d. StR Nr. 7).* Vgl. *StenBerBundesR*, Jg. 1884, Drucks. Nr. 98 (Gesetzentwurf)

<sup>4</sup> Vgl. *Rep. 77, Tit. 923 Nr. 1 Bd. 5, Bl. 25 ff. (Bronsart 16.11.1884).*

<sup>5</sup> Vgl. *Rep. 80, II Specialia, Nr. 4 (div. Materialien) u. StenBerBundesR*, Jg. 1884, Drucks. Nr. 99 (Gesetzentwurf).

<sup>6</sup> Vgl. *Hué de Grais, Handbuch der Verfassung und Verwaltung*, 1890, S. 153 (Allerhöchster Erlaß v. 10.12.1884) und *Bitter, Handwörterbuch*, 1906, Bd. 1, S. 991 u. Bd. 2, S. 525.

<sup>7</sup> Vgl. *Rep. 77, Tit. 464 Nr. 3 Bd. 3, n. f. (u. a. Bericht der Posener Reg.).* Vgl. *Spenkuch, Herrenhaus*, S. 318.

## Nr. 207 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 30. November 1884.

*Vollz. Reinschr., Bd. 96, Bl. 268–270v; MF 565. — Abschr. [I]: GStAPK, I. HA, Rep. 87, ZB Nr. 102, Bl. 12 f.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher [zu I], Goßler, Scholz, Hatzfeldt, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

1. *Vertretung preußischer Interessen im Bundesrat<sup>1</sup>; lt. Bismarck ist die Ernennung von Bun-desratsbevollmächtigten nicht fachtechnisch, sondern in erster Linie vom politischen Standpunkt aus aufzufassen; das Preußische Staatsministerium müsse künftig als Ganzes dem Bundesrat ange-hören; deshalb sollen Puttkamer, Lucius, Goßler und Hatzfeldt auch Mitglieder des Bundesrats werden. [B] — 2. Reisekosten und Tagegelder von Prof. O. Mejer, Göttingen, anlässlich seiner Reisen zu den Sitzungen des Staatsrats. [B] — 3. Ordenssache; die seit dem Kulturkampf bestehende Übung, die Spitzen der katholischen Geistlichkeit nicht auszuzeichnen, wird aufgege-ben und Bischof Ph. Kremenz dekoriert, zumal er bei den letzten Reichstagswahlen eine den Interessen der Staatsregierung günstige Haltung einnahm. [B] — 4. Ordenssache. [B]*

<sup>1</sup> Vgl. *Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 2, S. 291 f. u. Poschinger, Bismarck und der Bundesrat*, Bd. 5, S. 164–167. Vgl. *allg. Perels, Kurt, Stellvertretende Bevollmächtigte zum Bundesrat*, in: *Festgabe der Kieler Juristen-fakultät für A. Haenel*, 1907, S. 255–280, hier S. 270 f.

**Nr. 208 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 8. Dezember 1884.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 96, Bl. 271–279v; MF 565. — Teildruck [4]: Stürmer (Hrsg.), Bismarck und die preußisch-deutsche Politik, S. 206 f.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Homeyer [zu 9].*

1. Errichtung einer katholischen freien Universität in Salzburg<sup>1</sup>; da Erzbischof Eder, Salzburg, als angeblicher Primas von Deutschland das Protektorat übernahm und der Plan Teil des Kampfes der Klerikalen im Unterrichtswesen ist, soll bei der Österreichischen Regierung protestiert werden. [B] — 2. Ordenssache. [B] — 3. Ernennung. [B] — 4. Ausweisung von sozialdemokratischen MdR aus Berlin gemäß § 28 Sozialistengesetz. Obwohl nach ihrem Wahlerfolg die Sozialdemokratie jetzt im RT eine gleiche Rolle spiele wie die übrigen Fraktionen, ist, zumal mit Rücksicht auf Wilhelm I., außerhalb der Reichstagssession weiterhin auszuweisen. Nach Ansicht Bismarcks ist das Anwachsen der Sozialdemokratie nicht besonders bedenklich, denn die offensichtliche Unausführbarkeit ihrer Ziele lasse sie minder gefährlich erscheinen als die Fortschrittspartei; die Furcht vor ihr kann sogar einen Teil der jetzigen Oppositionsmänner Mäßigung lehren.<sup>2</sup> Alle Ausnahmebestimmungen gegen die Sozialdemokratie sind fortzuführen. [B] — 5. Stellungnahme zum Antrag<sup>3</sup> [...] Württembergs, die geplanten Postsparkassen in Württemberg durch Landesbehörden zu reglementieren; dies fällt lt. Bismarck unter die Reservatrechte und angesichts der Opposition im RT ist es nötig, die Regierungen der dem Postsparkassengesetz [...] nicht geneigten Staaten wie Bayern, Württemberg und Sachsen [...] schonend zu behandeln. [B] — 6. Unterstützungssache; Bismarck wünscht Hilfe für die mittellose Witwe des jüngst verstorbenen Superintendenten der Berliner altlutherischen Gemeinde, F. Lasius. [B] — 7. Neuer Gesetzentwurf<sup>4</sup> betr. Hinterbliebenenfürsorge für Militärangehörige; er berücksichtigt die RT-Beschlüsse zur jüngst gescheiterten Vorlage und läßt Zahlung von Witwen- und Waisengeldbeiträgen generell wegfallen; daß damit dem RT der Wunsch nach dem Zustandekommen von Gesetzen signalisiert wird, ist lt. Bismarck zu vermeiden; finanzielle Bedenken von Scholz; vertagt. — 8. Ausdehnung der Kommunalsteuerbefreiung der Militärpersonen auf die Staats- und Reichsbeamten<sup>5</sup>; aus gleichem Grunde wie TOP 7 vertagt. — 9. Reaktivierung des Staatsrats; in den Staatshaushalt 1885/6<sup>6</sup> sind keine Geldmittel für den Staatsrat einzusetzen, sondern aus dem Etat des Staatsministeriums zu bestreiten. [B]

<sup>1</sup> Vgl. III. HA, MAA, III Nr. 17877, n. f. (Diplomat. Berichte u. Schriftwechsel Okt. 1884–Febr. 1885, v. a. Denkschrift v. 22.12.1884 über die Vorgeschichte seit 1848) u. Wippermann, Karl, Deutscher Geschichtskalender, 1885, I, S. 138.

<sup>2</sup> Vgl. Riehl, „Tanz um den Äquator“, S. 614–631, hier S. 624.

<sup>3</sup> StenBerBundesR, Jg. 1884, Drucks. Nr. 115, S. 5; Beschluß Sitzung am 11.12.1884, § 539 (württemberg. Antrag gebilligt und zudem Exemption Bayerns vom Gesetz). Der Gesetzentwurf scheiterte im Reichstag erneut; vgl. Poschinger, Bismarck und der Bundesrat, Bd. 5, S. 206 f.

<sup>4</sup> BArch, Radl, Nr. 114944, n. f. (Bronsart 12.9.1884). Vgl. Sitzung am 22.6.1884, TOP 1 mit Anm. 6.

<sup>5</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 479 Nr. 232 Bd. 4, n. f. (Votum Puttkamers v. 20.9.1884).

<sup>6</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1885, Drucks. Nr. 7.

**Nr. 209 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 16. Dezember 1884.**

*Vollz. Reinschr.<sup>1</sup> mit Korrekturen, Bd. 96, Bl. 280–286v; MF 565/566.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

**1.** Mitteilung Goßlers, daß der Ankauf der Herrschaft Weine durch kirchliche Fonds den deutschen Einfluß im Kreise Fraustadt gestärkt hat und daß die Grafen I. Bninski und J. Mielzynski gerne Grundbesitz an deutsche Käufer verkauften.<sup>2</sup> — **2.** Polenpolitik und Kulturkampfabbau. Goßler fragt an, ob gegen einen bei den RT-Wahlen im Kreise Fraustadt zugunsten der Polen tätigen, auch sittlicher Ausschreitungen beschuldigten katholischen Geistlichen staatlicherseits einzuschreiten ist; Bismarck rät, dies den geistlichen Oberen zu überlassen und ggf. als Material gegen die Zentrumsparterie zu verwerten. — **3.** Entschädigung der Geistlichen gemäß § 54 des Gesetzes v. 9. März 1874 [...] für die ihnen in Folge des Zivilstandsgesetzes entgehenden Gebühren; Goßler möchte die Materie zunächst für die evangelische Kirche regeln; Bismarck widerrät, diese Frage jetzt aufzunehmen, da sonst nur neue Ansprüche hervorgerufen und dringendere Aufgaben des Staates finanziell behindert würden.<sup>3</sup> [B] — **4.** Kreis- und Provinzialordnung für Hessen-Nassau soll der Staatsrat begutachten.<sup>4</sup> [B] — **5.** Gesetzentwurf<sup>5</sup> betr. Schadloshaltung des Herzoglich Schleswig-Holsteinischen Hauses ist Wilhelm I., dann dem Landtag vorzulegen. [B] — **6.** Dispensation katholischer Geistlicher von den Erfordernissen der gesetzlichen Vorbildung für ein geistliches Amt<sup>6</sup>; ist für auch auf Jesuitenanstalten ausgebildete Geistliche zur Zeit untunlich, da dies lt. Bismarck als Erfolg für die jüngst wieder an den Tag gelegte trotzige Haltung der Zentrumsparterie angesehen werden kann. — **7.** Ernennung; Titelverleihung. [B]

<sup>1</sup> Vgl. Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 307 (ergänzt Prot. durch Bemerkungen Bismarcks über den Reichstag).

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 76, VII Teil IV Sekt. 16 F Frankfurt/O. Nr. 64 Bd. 1, n. f. (Ankauf Weine auf Initiative Goßlers v. 1.12.1883). Das erwähnte Rynsk wurde 1886 unter dem Ansiedlungsgesetz angekauft und Rheinsberg genannt.

<sup>3</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1884/85, 2.3.1885, S. 805 f. (Stengel, Goßler). Die Entschädigungsfrage wurde erst 1892–95 durch Kirchengesetze geregelt.

<sup>4</sup> Vgl. Rep. 80, II Specialia Nr. 5 (Drucks. Nr. 2 des StR von 1885).

<sup>5</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1884/85, Drucks. 159; Debatte dazu 23.3.1885, S. 1248 f. Vgl. BArch, RAAdI, Nr. 114945.

<sup>6</sup> Vgl. III. HA, MAA, I Nr. 10836, n. f. (im Prot. genanntes Schreiben Goßlers v. 11.12.1884).

**Nr. 210 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Dezember 1884.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [3–4], Bd. 96, Bl. 287–305; MF 566.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach [zu 1–3], Lucius, Friedberg, Boetticher [zu 1–2], Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Rieth, Heyer, Roedenbeck [alle zu 3], H. v. Podewils [zu 4].*

**1.** Stellungnahme zum sozialdemokratischen Initiativgesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes v. 15. Juni 1883; gebilligt, da er lediglich den bestehenden freien Hilfs-

<sup>1</sup> StenBerRT, Session 1884/85, Drucks. Nr. 22; Debatte dazu 18.12.1884, S. 438–454.

kassen längere Übergangsfristen für ihre Neuorganisation einräumt. [B] — 2. Ernennung. [B] — 3.–4. 17 Disziplinar- und Pensionssachen. [B]

## Nr. 211 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Dezember 1884.

*Vollz. Reinschr, Bd. 96, Bl. 306–307v; MF 566.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Gofßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Homeyer [zu 7].*

1. Ernennung. [B] — 2. Titelverleihung. [B] — 3. Unterstützungssache; *Wilhelm I. hat der Witwe des Kirchenrats Lasius, Berlin, eine jährliche Beihilfe von 600 M. gewährt.* — 4. Terminierung der Landtagssession 1885. [B] — 5. Stichwahlen zum Reichstage; *Bismarcks Anregung zur beschleunigten Durchführung der Stichwahlen, um den Oppositionsparteien keine Zeit zur Agitation zu lassen, wird gebilligt.*<sup>1</sup> [B] — 6. Finanzergebnisse der einzelnen Ressorts zum Jahresende 1884; *Scholz möchte baldige Meldung dazu; die Einnahmen der Eisenbahnverwaltung werden kaum den Voranschlag erreichen, die Forsteinnahmen werden sehr günstig abschließen.* — 7. Ordenssachen zum Ordensfest 1885; *Revision in vier Fällen.* [B]

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 84a, Nr. 6259, Bl. 31–35 (Votum Puttkamer v. 18.12.1884).*

## Nr. 212 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 6. Januar 1885.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 97, Bl. 1–10; MF 567. — Abschr. [1–2, 4]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 1–5v.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

1. Gesetzentwurf wegen Schadloshaltung des herzoglichen Hauses Schleswig-Holstein; *Einbringung erst später zu einem geeignet scheinenden Zeitpunkt.*<sup>1</sup> [B] — 2. *Novelle<sup>2</sup> zum Zolltarifgesetz v. 15. Juli 1879. Scholz ist einverstanden, Lucius äußert betr. Zollhöhen für diverse landwirtschaftliche Produkte erhebliche Zweifel, aber Bismarck hält an seinen Sätzen fest. Weizen als Produkt der Wohlhabenderen und reicheren Gegenden muß höher als alle anderen Getreidegattungen verzollt werden; bei Malz hat Bismarck weniger den Schutz der Landwirtschaft als den der inländischen Arbeit im Sinne; für den geringen Zoll auf Mais spricht, daß er hauptsächlich als Mastfutter dient und kein inländischer Maisbau existiert; die Erhöhung der Holzzölle bezweckt weniger Schutz der Holzproduktion und Forstinteressen als der inländischen Arbeit und Holzindu-*

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 87, ZB Nr. 229 (1884–1892).*

<sup>2</sup> *BArch, RK, Nr. 2103, Bl. 33–41 (Entwurf Burchards v. 12.12.1884). Ebd. Bl. 67–69 ein Votum Scholz' dazu. Vgl. StenBerRT, Session 1884/85, Drucks. Nr. 156; Debatte dazu 10.–12.2.1885, S. 1167–1255 u. allg. Rep. 87, B Nr. 6836 bzw. Nr. 6972 (Zeitungsartikel 1884/85) sowie Gerloff, Zoll- und Finanzpolitik, S. 200–204.*

strie<sup>3</sup>. Vorlage *gebilligt*. [B] — **3. Erbfolge im Thronlehen Oels und Welfenfrage**; Aufhebung der Beschlagnahme der Herrschaft Oels *aus dem Besitz des Herzogs Wilhelm v. Braunschweig wird jetzt möglich, da sie nur aus politischen Gründen erfolgt ist, um der befürchteten Besitzergreifung durch den Herzog von Cumberland [...] vorzubeugen*.<sup>4</sup> [B] — **4. Braunschweigische Thronfolge und Welfenfrage**; Einsetzung des Herzogs von Cumberland *als Herzog von Braunschweig ist für Preußen [...] unannehmbar; gemäß Art. 76 der Reichsverfassung soll der Bundesrat wegen dieser Streitfrage angegangen werden*.<sup>5</sup> [B]

<sup>3</sup> Die Ausführungen Bismarcks wurden nachträglich aufgrund eines Schreiben aus der Reichskanzlei v. 9.1.1885 (Bl. 1e–2) in den Protokolltext eingefügt, da der Kanzler die Berücksichtigung seiner Äußerungen eingehender als geschehen wünschte. Die – offenbar kürzere – Fassung Homeyers ist nicht überliefert.

<sup>4</sup> Vgl. Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 305 (Thronlehen Oels) und Bringmann, *Thronfolgefrage*, bes. S. 89–116.

<sup>5</sup> Gem. Art. 76 RV sollte der Bundesrat bei Streitigkeiten zwischen Bundesstaaten als Schiedsrichter urteilen. Preußen richtete einen entsprechenden Antrag an ihn. Vgl. *StenBerBundesR*, Jg. 1885, Drucks. Nr. 89; *Beschluß Sitzung am 2.7.1885*, § 422. Vgl. Schultheß 1884, S. 101–104, 1885, S. 53, 67 f., 94–96 sowie Poschinger, *Bismarck und der Bundesrat*, Bd. 5, S. 209–216 und Huber, *Verfassungsgeschichte*, Bd. 4, S. 428–430.

## Nr. 213 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 11. Januar 1885.

*Vollz. Reinschr.*, Bd. 97, Bl. 11–14v; MF 567.

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Rottenburg [zu 3].*

**1. Novelle zum Zolltarifgesetz** v. 15. Juli 1879; *die schutzzöllnerische Freie wirtschaftliche Vereinigung<sup>1</sup> des RT wird wahrscheinlich den Roggen- und Weizenzoll auf 3 bis 4 M., den Zoll für Gerste nur auf 1 bis 2 M. pro 100 kg festgesetzt haben wollen; Wünschen Bayerns nach niedrigem Gerstenzoll ist im Bundesrat entgegentzukommen*. [B] — **2. Landtagssession 1885**; *Eröffnungsrede<sup>2</sup> wird modifiziert*. [B] — **3. Stich- und Nachwahlen für den Reichstag<sup>3</sup>**; *bei künftigen Reichstagswahlen sollen die Stichwahlen alle am 7. Tag, Nachwahlen wegen Doppelwahlen spätestens 18 Tage nach der Hauptwahl stattfinden*. [B] — **4. Bildung einer eigenen Provinz Nassau**; *Wilhelm I. soll eine dies wünschende Deputation vom Nassauischen Kommunalständischen Ausschuß zwar empfangen, aber ein sachliches Eingehen darauf unter Hinweis auf die ausstehende Kreis- und [...] Provinzialordnung für Hessen-Nassau ablehnen*. [B]

<sup>1</sup> Die 1879 im RT gebildete Freie wirtschaftliche Vereinigung war ein überparteilicher, loser Konvent der schutzzöllnerischen MdR der konservativen Parteien, des Zentrums und der Nationalliberalen. Aus ihrer Mitte wurde 1885 der erfolgreiche Antrag gestellt, auch den Roggenzoll auf 3 M. pro 100 kg zu erhöhen; vgl. *StenBerRT*, Session 1884/85, Drucks. Nr. 177 (Antrag Schorlemer u. Gen.).

<sup>2</sup> Vgl. *StenBerHH*, Session 1885, 15.1.1885, S. 1–2.

<sup>3</sup> Vgl. *Rep.* 84a, Nr. 6259, Bl. 43–49 (Votum Puttkamer v. 5.1.1885, Bismarck am 30.12.1884, Anlage B).

**Nr. 214 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Januar 1885.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [I] und Korrekturen, Bd. 97, Bl. 15–24; MF 567.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: H. v. Podewils [zu 1].*

**1. Sechs Disziplinarsachen.** [B] — **2. Kreis- und Provinzialordnung für Hessen-Nassau; der vom Staatsrat vorgeschlagene Zusatz betr. die Vereinigung der jetzigen Kommunalverbände soll unterbleiben, da dies bei Bevölkerung und kommunalständischen Institutionen [...] politisch ungünstig wirken und der Durchführung der Gesetze Schwierigkeiten bereiten würde.**<sup>1</sup> [B] — **3. Ernennung.** [B] — **4. Berufung von Graf F. Frankenberg in das Herrenhaus.** [B] — **5. Ernennung.** [B] — **6. Mitteilungen Goßlers über das durch den Tod von Bischof Blum erledigte Bistum Limburg.** — **7. Budgetrecht des AH. Nach Kenntnisstand von Scholz wollen die konservativen Fraktionen die Ersparnisse aus der Konvertierung der 4 1/2 prozentigen Staatsanleihe für Volksschullehrer bestimmt sehen; einer solchen Mittelfestlegung durch das AH ist entschiedene Ablehnung entgegenzustellen.**<sup>2</sup> [B] — **8. Stellungnahme zum Initiativgesetzentwurf<sup>3</sup> Frh. v. Huene betr. Kommunalbesteuerung der juristischen Personen, insbesondere Eisenbahnen; da er dem früher von der Regierung zur Erleichterung der Eisenbahnverstaatlichung gewünschten Gesetzentwurf gleicht, wird die Regierung die Beratung dazu nicht ablehnen können; eine bestimmte Stellungnahme ist aber zu vermeiden, um im Herrenhause freie Hand zur Durchsetzung von Abänderungen zu behalten.** [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 80, II Specialia Nr. 5 u. Anderhub, Verwaltung, S. 269–283, hier S. 280 f.

<sup>2</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1885, 19./20.1.1885, S. 28, 52 (Zedlitz, Minnigerode), Drucks. Nr. 9 (Konvertierungsgesetz) u. Sitzung am 12.4.1885, TOP 1 mit Anm. (Initiativgesetzentwurf Zedlitz-Schmidt betr. Volksschullehrerpensionen).

<sup>3</sup> StenBerAH, Session 1885, Drucks. Nr. 13; Debatte dazu 30.1.1885, S. 239–242. Debatte im Herrenhaus vgl. StenBerHH, 27./28.2.1885, S. 93–135. Zur im Prot. erwähnten unerledigten Vorlage vgl. StenBerHH, Session 1883/84, 17.5.1884, S. 251–261.

**Nr. 215 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 1. Februar 1885.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 97, Bl. 25–34; MF 567. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 15–21.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

**1. Initiativgesetzentwürfe<sup>1</sup> zur Stempelsteuer-Novelle, d. h. Börsen- und Umsatzsteuer, im RT; ohne dessen Beschlüsse dazu abzuwarten, soll ein Gutachten<sup>2</sup> des Staatsrats angefordert und danach die**

---

<sup>1</sup> StenBerRT, Session 1884/85, Drucks. Nr. 25 (Wedell-Malchow) und Nr. 122 (Arnsperger). Vgl. Drucks. Nr. 286 (Kommissionsbeschlüsse) und Debatte vom 4.–6.5.1885, S. 2517–2586.

<sup>2</sup> Rep. 80, II Specialia Nr. 6, n. f. (Drucks. des StR 1885, Nr. 4 u. hs. Gutachten v. 2.5.1885).



*Stellungnahme im Bundesrat bemessen werden. [B] — 2. Bischofswahl im Bistum Limburg<sup>3</sup>; von den sieben Bistumskandidaten sind M. Höhler und Münzenberger, Frankfurt, wegen ultramontaner Gesinnung unannehmbar; der aus den übrigen fünf Kandidaten gewählte Bischof soll ohne Irregularität anerkannt werden, um zu zeigen, daß auf dem gesetzlichen Wege zur Ernennung eines katholischen Bischofs zu gelangen ist. [B] — 3. Rangverhältnisse von Lehrern höherer Unterrichtsanstalten und Beamtenpolitik<sup>4</sup>. Goßler befürwortet Beilegung der fünften Rangklasse wegen der Bildung, der gesellschaftlichen, häufig durch die Eigenschaft als Reserve-Offizier gehobenen Stellung und der politischen Bedeutung dieses Standes. Scholz argumentiert gegen diese „Gleichstellung mit den Richtern“, zumal daraus über den Wohnungsgeldzuschuß eine Gehaltsverbesserung resultiert und man den Kommunen für ihre Gymnasiallehrer damit erneut etwas zumutet. Bismarck unterstützt Goßler, da man dem Range allgemein hohe Bedeutung beilegt, man aus der Rangerhöhung folgende finanzielle Ansprüche wie die Gleichstellung kommunaler mit den staatlichen Lehrern zurückweisen kann und man jede von der Landesvertretung bewilligte einzelne Gehaltsverbesserung als Abschlag auf die allgemeine annehmen soll. Puttkamer ist dafür, da die Staatsregierung unter den Lehrern an den höheren Bildungsanstalten mehr und mehr Unterstützung findet. Rangerhöhung wird mit 5 gegen 4 Stimmen beschlossen. [B] — 4. Zur Kommunalbesteuerung der Staatseisenbahnen erklärt Bismarck sich einverstanden mit Scholz' Äußerung in der Sitzung vom 26. Januar 1885<sup>5</sup>, daß diese unrichtig ist und eine Abfindung der durch die Verstaatlichung geschädigten Kommunen vorzuziehen bleibt.*

<sup>3</sup> Vgl. III. HA, MAA, I Nr. 11341, n. f. (diplomat. Schriftwechsel) und Gatz, Erwin, Die Neubesetzung der Bistümer Limburg und Fulda 1885–1887, in: Römische Quartalschrift für christliche Altertumskunde und Kirchengeschichte 71 (1976), S. 78–112, hier S. 80–82.

<sup>4</sup> Vgl. Rep. 76, VI. Sect. I Gen. Z Nr. 28 Bd. 1, Bl. 128–146 (Goßlers Voten) u. auch Nr. 61 Bd. 18, n. f. StenBerAH, Session 1885, 16.4.1885, S. 1372–1388 (S. 1379–82 Goßler). Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 309 f. (ergänzt Prot.).

<sup>5</sup> 26.1.1885, TOP 8, Bl. 18–18v.

## Nr. 216 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 17. Februar 1885.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 97, Bl. 36–40; MF 567. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 23–26.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

**1. Stellungnahme zum Antrage<sup>1</sup> L. Windthorst betr. Straffreiheit des Sakramentspendens und des Messelesens.** Da das seelsorgerische Bedürfnis innerhalb der katholischen Kirche nach Dispens und Rückkehr von 1400 Priestern vollständig befriedigt wurde, ist der Antrag wie 1880, 1881 und 1883 abzulehnen, desgleichen der Windthorst'sche Antrag<sup>2</sup> auf Aufhebung des sog. Sperrgesetzes v. 1875. [B] — **2. Stellungnahme zum Initiativgesetzentwurf<sup>3</sup> K. Frh. v. Huene betr. Überweisung der landwirtschaftlichen Zollerträge an die Kommunalverbände, später lex Huene genannt.** Zunächst ist eine abwartende Haltung einzunehmen; sind Getreidezölle nur um den Preis der Überweisung derselben an die Gemeinden zu erlangen, wird das Staatsministerium dem Antrage vielleicht zustimmen müssen. [B] — **3. Anfrage Puttkamers, ob eine geplante Resolution der Berliner Stadtverordnetenversammlung gegen die Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle zu beanstanden**

<sup>1</sup> StenBerAH, Session 1885, Drucks. Nr. 65; Debatte dazu 22.4.1885, S. 1493–1512 (abgelehnt).

<sup>2</sup> StenBerAH, Session 1885, Drucks. Nr. 64; Debatte dazu 22.4.1885, S. 1475–1493 (abgelehnt).

<sup>3</sup> StenBerAH, Session 1885, Drucks. Nr. 59; Debatte dazu 18.2.1885, S. 519–540 u. 4.5.1885, S. 1693–1721 (Annahme). Vgl. Thier, Steuergesetzgebung, S. 401–415.

ist; kein Einschreiten, da es um eine wirtschaftliche Angelegenheit geht und anderswo derartige Beschlüsse auch in einem der Staatsregierung erwünschten Sinne gefaßt werden.<sup>4</sup> [B] — 4. Ersuchen<sup>5</sup> des Präsidenten des AH an das Justizministerium wegen Übersendung von Straf- u. Zivilprozeß-Akten, die die Gemeindegemeinschaft des AH einsehen möchte, ist abzulehnen, da es sich um Gerichtsakten handelt. [B]

<sup>4</sup> Vgl. Schultheß 1885, S. 19 (vorhergehende Beanstandung einer ähnlichen Resolution in Stettin wird vom Oberverwaltungsgericht für rechtswidrig erklärt).

<sup>5</sup> Zum Vorgang konnte nichts ermittelt werden.

## Nr. 217 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 19. Februar 1885.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [5], Bd. 97, Bl. 41–47; MF 567/568. — Abschr. [1–2]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 28–31.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. v. Podewils [zu 5].

1. Versorgung der Hinterbliebenen des ermordeten Polizeirats Dr. Rumpf, Frankfurt a. M.; Scholz befürwortet Dotation aus dem Gnadenpensionsfonds der Krone; Puttkamer wünscht Nachtragshaushalt im AH, damit dieses Verbrechen demonstrativ vor der Öffentlichkeit verhandelt wird; als Kompromiß wird Einbringung einer besonderen Gesetzesvorlage<sup>1</sup> beschlossen. [B] — 2. Gesetzesentwurf<sup>2</sup> über die Kantongefängnisse in der Rheinprovinz wird gebilligt. [B] — 3. Ordenssache. [B] — 4. Ernennung. [B] — 5. Drei Disziplinarsachen. [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 84a, Nr. 2836; StenBerAH, Session 1885, Drucks Nr. 102 (Rente für die Kinder Rumpfs); Debatte dazu 21.3.1885, S. 1217–1224 (gebilligt). Zum Fall des am 13.1.1885 ermordeten Rumpf, der im Frankfurter Polizeipräsidium mit der Durchführung des Sozialistengesetzes betraut gewesen und als Zeuge im Niederwald-Attentat-Prozeß aufgetreten war, vgl. Rep. 89, Nr. 15263 (Strafsache J. Lieske) u. Wagner, Politisches Strafrecht, S. 232 f.

<sup>2</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1885, Drucks Nr. 154; Debatte dazu 24.4.1885, S. 1558–1567.

## Nr. 218 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 8. März 1885.

Vollz. Reinschr., Bd. 97, Bl. 48–57; MF 568. — Abschr. [1–4, 7]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 32–38.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

1. Verleihung von Korporationsrechten an den Berliner kirchlichen Verein „the Anglican Community“<sup>1</sup>; wegen Zweifel an der Bestands- und Leistungsfähigkeit der Gemeinde sowie

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 1894, n. f. (lt. Goßlers Schreiben v. 15.3.1885 betrachtet sich die Kronprinzessin als zur ev. Landeskirche gehörig) u. Rep. 89, Nr. 23223, n. f. (Immediatbericht v. 18.4.1885). Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 311 (wohl irrtümlich der Sitzung vom 19.3.1885 zugeordnet). — Ebd. S. 310 berichtet Lucius, daß Bismarck Friedberg wegen eines fortschrittsparteilichen Staatsanwalts bedrängte. Dieser Vorfall ist nicht protokolliert.

v. a. um den Eindruck zu vermeiden, als ob die als Mitglied des Vereins geführte Kronprinzessin Victoria außerhalb der evangelischen Landeskirche steht, ist ein ablehnender Bescheid zu erteilen. [B] — 2. Diäten aus Parteifonds für MdR<sup>2</sup>; Annahme einer derartigen Entschädigung ist ein rechtswidriger Akt gegen Art. 32 der Reichsverfassung; gegen die Mitglieder von Fortschrittspartei und SPD, bei denen der Empfang von Diäten aus Privatmitteln mit einiger Bestimmtheit anzunehmen ist, soll Klage erhoben werden. [B] — 3. Bismarck zufolge sind verabschiedete Offiziere und Militärpersonen in chinesische Dienste getreten<sup>3</sup>; zwar hat die Regierung auf ohne Pension definitiv verabschiedete Offiziere keinen Einfluß, aber ohne Erlaubnis in fremde Dienste getretenen Offizieren soll die Pension gestrichen werden. [B] — 4. Anlässlich einer Beschwerde<sup>4</sup> aus Ottensen tadelt Bismarck den Eifer der Unterrichtsverwaltung bei Auferlegung neuer Schullasten im Wege einseitiger Dekretur ohne Mitwirkung der zur Zahlung verpflichteten Kommunen; speziell soll die aufgrund des § 18 der Regierungsinstruktion<sup>5</sup> vom 23. Oktober 1817 seit 1852 einseitig dekretierte Erhöhung der Lehrergehälter künftig unterlassen bzw. gesetzlich geregelt werden. [B] — 5. Illumination der Staatsdienstgebäude zum Geburtstag Wilhelms I. soll wie 1884 erfolgen. [B] — 6. Ernennung. [B] — 7. Stellungnahme zum Kommissionsbericht<sup>6</sup> des AH betr. Erlaß von sog. stehenden Gefällen in der Provinz Schleswig-Holstein; entgegenkommende Erklärung ist abzugeben, wenngleich Ausfall von einer Mio. M. möglich. [B]

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 77, CB Tit. 867 Nr. 16 Bd. 1, Bl. 26–29v (Schreiben v. 11.2.1885). Ebd. Schriftwechsel u. Voten. Vgl. Rep. 84a, Nr. 6349 u. BArch, RK, Nr. 1786, Bl. 78 ff. sowie Wippermann 1885, I, S. 164–168 (Presse u. Prozesse) und Butzer, Diäten und Freifahrt, S. 181–188.

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 226 Nr. 25 Bd. 7, Bl. 173–183 (Übertritt in chinesische Dienste anlässlich der französisch-chinesischen Verwicklungen).

<sup>4</sup> Diese Beschwerde konnte in vorliegenden Akten sowie der Literatur nicht ermittelt werden. Vgl. aber BArch, RK, Nr. 2208, Bl. 7 ff. (Abschr. d. Briefwechsels Goßler – Bismarck ab April 1885, weitere Petitionen gegen Schullasten).

<sup>5</sup> Vgl. GS, 1817, S. 260 (Aufsicht und Verwaltung des gesamten Schulwesens, äußeren Schulangelegenheiten u. Etats). Vgl. zum Fortgang Bismarck, GW, Bd. 6c, S. 314–316 (Bismarck an Goßler u. Puttkamer).

<sup>6</sup> StenBerAH, Session 1885, Drucks. Nr. 97; Debatte dazu 18.3.1885, S. 1138–1143. Vgl. Rep. 90, Nr. 1483.

## Nr. 219 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 20. März 1885.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [1–3] und Korrekturen, Bd. 97, Bl. 58–59v, 62–66, Anlage: Bl. 60–61v; MF 568.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach [zu 4–8], Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler [zu 3–8], Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Rieth [zu 1–2], Heyer [zu 1], H. v. Podewils [zu 2–3], Homeyer [zu 8].

1.–3. Fünf Disziplinarsachen. [B] — 4. Pensionsberechtigung für in fremde Dienste getretene Preußische Offiziere; Mitteilung Bronsarts, daß nach geltendem Recht die Pension mit Verlust der deutschen Reichsangehörigkeit ruht. — 5. Mitteilungen Maybachs zum wahrscheinlich durch eine Kohlenstaubexplosion verursachten Grubenunglück<sup>1</sup> im Camphausenschacht bei Saarbrücken. — 6. Ordenssache. [B] — 7. Plan<sup>2</sup> zur Besetzung der zum 1. Juli 1885 in der Prov. Hannover neu zu errichtenden Dienststellen gebilligt. [B] — 8. Anrechnung der Remuneration für die Mitglieder des

<sup>1</sup> Am 18.3.1885 fand eine Schlagwetterexplosion statt, bei der über 150 Bergleute verletzt oder getötet wurden; vgl. NPZ Nr. 71 v. 25.3.1885 und StenBerAH, Session 1885, 23.3.1885, S. 1236 (Erklärung Maybachs).

<sup>2</sup> Gemäß Anlage (Bl. 60 f.) zur Besetzung der Stellen des Oberpräsidialrats, der Regierungspräsidenten, Oberregierungsräte und Verwaltungsgerichtsdirektoren. Im Gefolge der hannov. Verwaltungsreorganisation wurde u. a. die Bezeichnung Landdrost durch Regierungspräsident ersetzt und die Finanzdirektion aufgehoben.

Diziplinar- und des Kompetenzgerichtshofes bei der Berechnung der Pension; die von Mitgliedern des Kammergerichts eingereichte diesbezügliche Erinnerung<sup>3</sup> der Oberrechnungskammer ist dahin zu beantworten, daß Disziplinarhof-Richtern als auf Zeit ernannten Beamten keine Anrechnung [...] zuzugestehen ist; für die Mitglieder des Kompetenzgerichtshofes soll die Remunerierung von je 600 M. ab dem Etat 1886/87 als pensionsfähige Besoldung erklärt werden. [B]

<sup>3</sup> Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

## Nr. 220 Sitzung des Staatsministeriums am 31. März 1885.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschrift [4], Bd. 97, Bl. 67–69; MF 568. — Abschr. [1–2]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 45–46v.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. v. Podewils [zu 4].

1. Erklärung<sup>1</sup> des Belagerungszustandes für den Stadtkreis Bielefeld durch den Militärbefehlshaber gebilligt; sobald die Notwendigkeit dazu wegfällt, ist Anzeige hiervon zu erstatten. [B] — 2. Ernennung des Landrats in Warburg und Kulturkampfabbau; als Nachfolger des zur Versetzung anstehenden Landrats K. v. Delius wird wahrscheinlich der 1875 wegen ultramontaner Gesinnung [...] zur Disposition gestellte frühere Landrat R. Frh. Spiegel v. Peckelsheim gewählt; da gegen ihn dienstlich nichts vorliegt und er seitdem stets loyal war, soll die Initiative zur Wiederernennung von der Regierung ausgehen. [B] — 3. Zwei Titelverleihungen. [B] — 4. Disziplinarsache. [B]

<sup>1</sup> Anlaß dafür waren Streiks in einer Nähmaschinenfabrik. Vgl. Rep 77, Tit. 508 Nr. 3 Bd. 5 (diesbezüglicher Schriftwechsel), StenBerAH, Session 1885, Drucks. Nr. 173 (Denkschrift zum Ablauf 4.3.–8.4.1885) u. Vogelsang, Reinhard, Geschichte der Stadt Bielefeld, Bd. 2, Bielefeld 1988, S. 138–140.

## Nr. 221 Sitzung<sup>1</sup> des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 12. April 1885.

Vollz. Reinschr., Bd. 97, Bl. 70–72v; MF 568.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz. — Prot.: Homeyer [U].

1. Stellungnahme zum Initiativgesetzentwurf<sup>2</sup> O. Frh. v. Zedlitz/B. Schmidt betr. Pensionen der Volksschullehrer; grundsätzliche Zustimmung, aber Scholz setzt Reduktion des aus der Staatskasse zu zahlenden Pensionssatzes von 900 auf 600 M. durch. [B] — 2. Konversion der Anleihen

<sup>1</sup> Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 314 schreibt, es sei eine Vertrauliche Besprechung anberaumt worden, die übliche Form der Einladung zu den Sitzungen Sonntags um 13 Uhr in Bismarcks Dienstwohnung.

<sup>2</sup> StenBerAH, Session 1885, Drucks. Nr. 36 u. 111; Debatte dazu 14./15.4.1885, S. 1295–1319, 1321–1356.

der 1884/85 verstaatlichten Eisenbahnlinien zur Rückzahlung in 4%igen preußischen Schuldverschreibungen; Gesetzentwurf<sup>3</sup> dazu gebilligt. [B] — 3. Zwei Ordenssachen. [B]

<sup>3</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1885, Drucks. Nr. 199; Debatte dazu 25.4.1885, S. 1596 f. Die Verstaatlichungen 1884/85* aufgeführt in den Gesetzen v. 17.5.1884, GS, S. 129 und v. 23.2.1885, GS, S. 11 bzw. 43.

## Nr. 222 Sitzung und Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 19. April 1885.

*Vollz. Reinschriften, Bd. 97, Bl. 73–77v und Bl. 79–81<sup>1</sup>; MF 568.*

*Anwesend [U]<sup>2</sup>: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Hatzfeldt, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Kuno Graf v. Rantau [zu 5].*

1. Für eine geplante sechsprozentige Silberanleihe der japanischen Regierung sollen u. a. im Besitz des Deutschen Reichs befindliche Silbervorräte Verwendung finden. [B] — 2. Gesetzentwurf<sup>3</sup> wegen Aufhebung der Rentenbank für den Kreis Herzogtum Lauenburg gebilligt. [B] — 3. Gesetzentwurf<sup>4</sup> betr. Unfallversicherung für Beamte des Reichs; der Anregung Bronsarts, auch Militärpersonen einzubeziehen, ist grundsätzlich beizutreten, aber ein endgültiger Beschluß erst später zu fassen. [B] — 4. Gesetzentwurf<sup>5</sup> betr. Hinterbliebenenfürsorge für Militärangehörige. Bronsart beantragt Einbringung im RT, da der Gesetzentwurf für die Armee wichtig und dies im RT auch von oppositioneller Seite anerkannt worden ist. Scholz widerspricht, weil erstens die Mittelstaaten den geplanten Wegfall der Wittwen- und Waisengeldbeiträge im Bundesrat zu Fall brächten und zweitens Preußen [...] sich mit sich selbst in Widerspruch setzt, indem es für die Militärangehörigen im Reich von der Erhebung der Beiträge absieht und sie für seine eigenen Beamten aus Finanzgründen bestehen läßt. Der Gesetzentwurf ist nicht als preußischer Antrag, sondern als Präsidialantrag, der nur wie früher eine Befreiung bestimmter Militärränge vorsieht, einzubringen. [B] — [5.] Braunschweigische Thronfrage und Welfenfrage; Bismarck bereitet Erklärung<sup>6</sup> Preußens am Bundesrat vor, wonach der Herzog von Cumberland als Herzog von Braunschweig für Preußen unannehmbar ist, da er ein Bündnis mit Frankreich zur Errichtung eines Welfenreichs erwogen hat; Abgabe der Erklärung wird verschoben, um nicht die Haltung des Zentrums im RT, speziell bei den Zolltarifberatungen, zu beeinträchtigen. [B]

<sup>1</sup> Aus Geheimhaltungsgründen separat protokollierte und unterschriebene Vertrauliche Besprechung zu TOP 5.

<sup>2</sup> Gelesen [U]: Lucius. Lucius unterzeichnete nur das Prot. der Vertraulichen Besprechung.

<sup>3</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1885, Drucks. Nr. 237; Annahme ohne Debatte 5.5.1885, S. 1724.*

<sup>4</sup> *StenBerBundesR, Jg. 1885, Drucks. Nr. 61. Vgl. ebd. Drucks. Nr. 139 (preuß. Antrag auf Einbeziehung der Militärpersonen). Das diesbezügliche Votum Bronsarts v. 17.4.1885 in: Rep. 77, Tit. 34 Nr. 123 Bd. 1, n. f.*

<sup>5</sup> Vgl. Sitzung am 8.12.1884, TOP 7 mit Anm.

<sup>6</sup> *StenBerBundesR, Jg. 1885, Drucks. Nr. 89; Beschluß Sitzung am 2.7.1885. Vgl. Wippermann 1885, I, S. 329–331 (Erklärung v. 18.5.1885), Poschinger, Bismarck und der Bundesrat, Bd. 5, S. 209–216, Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 2, S. 327–358 (Bundesratsdiskussion) und Bringmann, Thronfolgefrage, S. 128 ff.*

## Nr. 223 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 28. April 1885.

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [1–2] und Korrekturen, Bd. 97, Bl. 82–98; MF 568/569. — Abschr. [3–5]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 55–60.*

Anwesend: Puttkamer [V, U], Maybach [U], Lucius [zu 1–3], Friedberg [U], Boetticher [U], Goßler [U], Scholz [U], Bronsart v. Schellendorff [U]. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. v. Podewils [zu 1], Rieth, Roedenbeck [beide zu 2], Liba [zu 3].

**1.–2.** Zwölf Disziplinar- und Pensionssachen. [B] — **3.** Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Unfallversicherung für Beamte des Reichs und Einbeziehung von Militärpersonen. Scholz befürwortet kommissarische Beratungen und Vertagung, da die geplante Versorgung selbst in Fällen von Mitschuld des Beamten das Staatsinteresse schädigt. Puttkamer empfiehlt preußische Zustimmung, da der Entwurf nun einmal beim Bundesrat schon eingebracht wurde. Boetticher zufolge ist dem RT beim Unfallversicherungsgesetz die dienstpragmatische Regelung für die bewußt nicht einbezogenen Beamten [...] in Aussicht gestellt worden. Bronsart betont, daß die Einbeziehung der Militärpersonen nur ca. 100 000 M. Mehrbelastung ergibt. Beschränkung des Entwurfs auf Beamte unter 2000 M. Dienstehalten wird mehrheitlich abgelehnt. [B] — **4.** Schluß der Landtagssession 1885 soll am 9. Mai 1885 sein. [B] — **5.** Bischofswahl in Limburg; der gewählte J. Ch. Roos ist genehm, soll durch Wilhelm I. landesherrlich anerkannt werden und statt des Eides gemäß Verordnung<sup>2</sup> vom 6. Dezember 1873 ersatzweise Loyalität versichern. [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 34 Nr. 123 Bd. 1, n. f. (Voten zur Sitzung); StenBerRT, Session 1885/86, Drucks. Nr. 5; Debatte dazu 21.11.1885, S. 17–22 u. Wippermann 1885, I, S. 261 f. Vgl. Hué de Grais, Handbuch, 1890, S. 452 (Unfallversicherung f. Reichsbeamte, Militärbeamte, Offiziere u. Soldaten) u. RGBl. 1886, S. 53 (Gesetz).

<sup>2</sup> GS, S. 479.

## Nr. 224 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 17. Mai 1885.

Vollz. Reinschr., Bd. 97, Bl. 99–102; MF 569. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 63–66v.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Scholz, Hatzfeldt, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Kurowsky [U].

**1.** Novelle zum Stempelsteuergesetz, d. h. Börsen- und Umsatzsteuer im RT; Bismarck sieht seine Bedenken durch die dritte Lesung<sup>1</sup> im RT beseitigt; Einwände Scholz' betr. Details; Preußen wird im Bundesrat zustimmen. [B] — **2.** Denkschrift<sup>2</sup> des Reichsversicherungsamts betr. Bildung der Berufsgenossenschaften gemäß den §§ 12 und 15<sup>3</sup> des Unfallversicherungsgesetzes durch den Bundesrat; nach kurzer Besprechung gebilligt. [B] — **3.** Verbot der Sonntagsarbeit; Bismarck möchte zur Rechtfertigung seines bei den Reichstagsdebatten<sup>4</sup> vertretenen Regierungsstandpunkts eine Enquête veranlassen; Boetticher wird vorhandene Nachweisungen dazu ergänzen lassen. [B] — **4.** Nichtbestätigung des erneut zum ersten Bürgermeister von Posen gewählten J. Herse; dieser ist als Agitator für die Fortschrittspartei wiederum nicht zu bestätigen und sofort die kommissarische Verwaltung für die vakante Stelle einzuleiten. [B]

<sup>1</sup> Vgl. StenBerRT, Session 1884/85, 8.5.1885, S. 2631–2655 (3. Lesung) u. Wippermann 1885, I, S. 53–56.

<sup>2</sup> StenBerBundesR, Jg. 1885, Drucks. Nr. 9, Nr. 44, Nr. 78 (Denkschrift v. 3.5.1885). Vgl. Rep. 90, Nr. 1259.

<sup>3</sup> Vgl. RGBl. 1884, S. 75–77 (freiwillige bzw. vom Bundesrat angeordnete Bildung der Berufsgenossenschaften).

<sup>4</sup> StenBerRT, Session 1884/85, 9.5.1885, S. 2665–2693 (S. 2675 ff. Bismarck mehrfach gegen den interfraktionellen Initiativgesetzentwurf, Drucks. Nr. 374, auf Einfügung eines Sonntagsarbeitsverbots in die Gewerbeordnung). Zur Debatte am 3./4.12.1885 lagen dem RT zwei Enquêtes (Drucks. Nr. 71 u. 290) zur Sonntagsarbeit vor.

**Nr. 225 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 1. Juni 1885.**

*Vollz. Reinschr.*<sup>1</sup>, Bd. 97, Bl. 103–104v; MF 569. — *Abschriften [1–2]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 67–68v; PA Bonn, R 22, n. f.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Scholz, Hatzfeldt, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

**1. Verhältnis zwischen Preußen und dem Reich. Einer Anweisung<sup>2</sup> Bismarcks zufolge soll künftig die Korrespondenz der Reichsbehörden mit der Preußischen Staatsregierung — gleich den übrigen Bundesstaaten — nicht direkt, sondern durch Vermittlung des Außenministers erfolgen. Gebilligt, wobei dieses Verfahren für Gegenstände der laufenden Verwaltung ohne prinzipielle Bedeutung nicht gelten soll. [B] — 2. Initiativgesetzentwurf<sup>3</sup> des AH betr. Kommunalbesteuerung der juristischen Personen, insbesondere Eisenbahnen; ist zu sanktionieren, da er eine Rechtsgrundlage schafft, fiskalisch nicht nachteilig ist und lt. Bismarck als Notgesetz später durch ein definitives Kommunalsteuergesetz ohne die prinzipiell falsche Kommunalbesteuerung der Staatseisenbahnen ersetzt werden kann. [B] — 3. Ordenssache; Ernennung. [B]**

<sup>1</sup> Vgl. Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 315 f. (ergänzt Prot.).

<sup>2</sup> Vgl. Goldschmidt, *Reich und Preußen*, S. 90 f., 311 f. (Schreiben Bismarcks v. 25.5.1885).

<sup>3</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1885, 24.3.1885, S. 1255–1272.*

**Nr. 226 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Juni 1885.**

*Vollz. Reinschr.*<sup>1</sup> mit vollz. Teil-Reinschriften [1] und Korrekturen, Bd. 97, Bl. 105–138; MF 569/570. — *Abschr. [3–4]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 70–79.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: H. v. Podewils [zu 1], Lucanus [zu 3–4].*

**1. 17 Disziplinarsachen. [B] — 2. Fünf Ernennungen. [B] — 3. Volksschulwesen in den östlichen Grenzprovinzen und Ausweisung von Polen und Juden<sup>2</sup>. Auf Anregung Bismarcks bekräftigt Goßler den geltenden Grundsatz, daß eine Verpflichtung, Kinder von Ausländern in preußische Schulen aufzunehmen, nicht besteht und eine finanzielle Belastung der Gemeinden zu vermeiden ist, indem diese Kinder mindestens Schulgeld in Höhe der tatsächlichen Kosten zahlen; durch Ausweisung eingewanderter russischer Untertanen wird diese Zielsetzung sehr erleichtert werden. Puttkamer berichtet, daß die Ausweisung [...] in vollem Gange<sup>3</sup> ist; vier Fünftel der schon in den Ostprovinzen befindlichen Ausländer haben früher die Erlaubnis zum Aufenthalt beantragt und**

<sup>1</sup> Vgl. Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 316 f. (ergänzt Prot., bes. hinsichtlich TOP 4).

<sup>2</sup> Vgl. *Rep. 77, Tit. 1176 Nr. 2a Bd. 5 (Schriftwechsel Goßler-Bismarck-Puttkamer, Berichte der OPräs., Pressestimmen u. a. m.) u. Bismarck, GW, Bd. 6c, S. 323 f. Zum Problem umfassend Mai, Joachim, Die preußisch-deutsche Polenpolitik 1885–1887, Berlin (O) 1962, S. 38 ff. Weiter: Neubach, Ausweisungen, S. 23 ff., sowie Bade, Klaus J., „Kulturkampf“ auf dem Arbeitsmarkt: Bismarcks „Polenpolitik“ 1885–1890, in: Pflanze, Otto (Hrsg.), *Innenpolitische Probleme des Bismarckreiches*, München 1983, S. 121–142.*

<sup>3</sup> Die Formulierung Homeyers (Bl. 107v), es biete dieselbe große Schwierigkeiten, und durch die Ausweisung ländlicher Arbeiter werde der Grundbesitz hart betroffen, strich Puttkamer aus dem Protokoll.

bedürfen deshalb in Betreff der für das Verlassen des Landes zu stellenden Frist einer gewissen Rücksicht; *hinsichtlich der ohne Aufenthaltserlaubnis seit einer langen Reihe von Jahren in Preußen wohnenden Ausländer wird die Ausweisung [...] unnachsichtlich vollstreckt.* — **4. Volksschulwesen, kommunale Schullasten und Lehrplan.** *Anläßlich eines Schreibens<sup>1</sup> Bismarcks verteidigt Goßler das seit 1852<sup>2</sup> bestehende Recht der Schulaufsichtsbehörde zur Normierung der Lehrergehälter und zwangsweiser Beitreibung des Bedarfs, denn ungeachtet einzelner Streitfälle würde die bedingungslose Verwerfung dieser Befugnis das Schulinteresse gefährden und politisch bedenklich sein; er trägt Sorge, daß keine höheren Anforderungen an die Gemeinden gestellt würden, als absolut notwendig und möchte die Staatszuschüsse zu den Schullasten erhöhen. Bezüglich Lehrstoff ist überspannten Anforderungen bestimmt entgegenzutreten, zumal es unmöglich scheint, für alle Volksschulen der Monarchie programmatisch festzustellen, welches das Maß des Lehrstoffes sein soll; auch einer Überproduktion von solchen Leuten, die ihre Bildung auf höheren Schulen suchten, ist zu steuern; für Mädchen der niederen Stände ist Unterricht in weiblichen Handarbeiten heilsam. Scholz bemängelt dauernd gesteigerte Ansprüche vieler Schulbehörden an die Schulunterhaltungspflichtigen und sieht Falks Nachgeben gegen die doktrinären Forderungen der bildungsbeflissenen Mittelparteien NLP/RFKP, die im Kulturkampf die Lehrer und Schulen als Ersatz für Geistliche und Kirche installieren wollten, als Ursache an; Beschluß vertagt.*

<sup>1</sup> Rep. 151, IC Nr. 7828, Bl. 423 f. Vgl. Bismarck, GW, Bd. 6c, S. 314 f. (Bismarck an Goßler 31.5.1885). u. BArch, RK, Nr. 2208, Bl. 62 ff. (Briefwechsel Goßler – Bismarck, Marginalien Bismarcks zum Prot. v. 10.6.1886). Zum Zusammenhang vgl. Meyer, Folkert, Schule der Untertanen. Lehrer und Politik in Preußen 1848–1900, Hamburg 1976, S. 161 ff.

<sup>2</sup> Die Verfügung Raumers v. 6.3.1852 in: Rep. 151, IC Nr. 7828, Bl. 58–63v (Abschr.). In der Akte der Schriftwechsel Bismarck – Goßler 1885 u. die Beschwerde (Abschr.) von W. v. Jena (-Cöthen).

## Nr. 227 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 16. Juni 1885.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 97, Bl. 139–141v; MF 570. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 80–83; PA Bonn, R 22, n. f.*

Anwesend<sup>1</sup>: Maybach [V, U], Lucius [U], Boetticher [U], Goßler, Scholz [U], Bronsart v. Schellendorff [U]. — Prot.: Homeyer [U].

**1. Form der Beileidsbezeugungen des Staatsministeriums zum Tode des Prinzen Friedrich-Karl v. Preußen.**<sup>2</sup> [B] — **2. Konversion 4 ½ prozentiger Anleihen verstaatlichter Eisenbahnen in 4 %ige; spart lt. Maybach im Etat nahezu acht Mio. M. an Zinszahlungen.** — **3. Staatshaushalt 1884/85**<sup>3</sup> *schließt mit einem unerwarteten Überschuß von rd. 27,7 Mio. M. in der Generalstaatskasse<sup>4</sup>; dessen von der Oberrechnungskammer angeregte, in allen Ressorts einheitliche Verrechnung scheidert lt. Scholz daran, daß zwar die Hauptverwaltung der Staatsschulden die Verrechnung im jeweils neuen Etatsjahr ab 1. April durchführen kann, die Eisenbahnverwaltung aber auf das jeweils abgelaufene Etatsjahr verrechnet; wegen völlig unzureichender Betriebsfonds wäre Abhilfe nur durch eine Anleihe zu bewerkstelligen; die am 1. April 1885 gezahlten Zinsen der Staatsschulden sind als Mehrausgabe für das abgelaufene Etatsjahr 1884/85 zu verrechnen.* [B]

<sup>1</sup> Gelesen [U]: Puttkamer, Friedberg, Hatzfeldt.

<sup>2</sup> Prinz Friedrich Karl, Neffe Wilhelms I., war am 15.6.1885 verstorben.

<sup>3</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1886, Drucks. Nr. 12.

<sup>4</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 1363, n. f. (Votum Scholz' v. 6.6.1885). Zur Funktion der Generalstaatskasse vgl. Bitter, Handwörterbuch, 1906, Bd. 1, S. 673 f.



**Nr. 228 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Juli 1885.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [1–2] und Korrekturen, Bd. 97, Bl. 142–143v, 145–146v, Anlage: Bl. 144–144v; MF 570.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Lucius, Friedberg, Goßler, Scholz, Hatzfeldt. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Th. Frh. v. Wilmowski [zu 1–2], Braunbehrens [zu 1], Schönfelder, Adler [beide zu 3].*

**1.–2.** *Zwei Disziplinar- und Pensionssachen.* [B] — **3.** *Lotterie zur Mittelbeschaffung für die weitere Freilegung des Kölner Doms; für einen Immediatbericht<sup>1</sup> über den diesbezüglichen Antrag des Centraldombauvereins möchte Puttkamer klären, ob die Freilegung aus ästhetischen Gründen sowie eine Lotterie von rd. 1 Mio. M. wirklich erforderlich sind; Plan mit 4 gegen 2 Stimmen abgelehnt.* [B] — **4.** *Vertretung der Staatsbehörden in fiskalischen Prozessen; beauftragt werden sollen nur solche Anwälte, die sich verpflichten, nicht Mandate gegen den Fiskus anzunehmen.* [B] — **5.** *Ernennung.* [B] — **6.** *Volksschulwesen, kommunale Schullasten und Lehrplan; Entwurf<sup>2</sup> eines Staatsministerialbeschlusses liegt vor; demzufolge ist ein Volksschulunterhaltungsgesetz nötig, zudem die Befugnis der Schulaufsichtsbehörden zur Normierung der Lehrgelöhner einzuschränken sowie Begrenzung des Lehrstoffes der Volksschule, vernünftiges Maßhalten bei Ausstattung der Lehrerwohnungen und Schulräume und eine Erhöhung der staatlichen Unterstützung [...] leistungsunfähiger Gemeinden anzustreben.*

<sup>1</sup> *Vgl. Rep 89, Nr. 22108, Bl. 38 ff. (Immediatbericht v. 4.8.1885, Bl. 51–57, Bl. 63–66 trotzdem Genehmigung der Lotterie auf ausdrücklichen Wunsch Wilhelms I.). Vgl. Rep. 77, Tit. 324a Nr. 24 Bd. 2 (Domlotterien 1875–90).*

<sup>2</sup> *Als Anlage (Bl. 144–144v) dem Prot. angefügt. Dagegen das Votum Bismarcks v. 15.8.1885 in: Rep. 151, IC Nr. 7828, Bl. 438–444v, wo er Goßler scharf angreift und eine wirkliche Revision der Praxis seit 1852 verlangt. Auf das anschließende Rücktrittsgesuch Goßlers v. 20.8.1885 hin beschwichtigte Bismarck; dazu Rep. 89, Nr. 3696, Bl. 14 f. bzw. Bismarck, GW, Bd. 6c, S. 232 f.*

**Nr. 229 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 1. September 1885.**

*Vollz. Reinschr., Bd. 97, Bl. 147–149; MF 570. — Abschr. [1, 3–4]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 91–93v.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Friedberg, Boetticher, Goßler, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Kurowsky [U].*

**1.** *Neuwahlen zum AH sollen am 5. bzw. 12. November 1885 stattfinden.* [B] — **2.** *Mitteilungen Goßlers über kirchenpolitische Angelegenheiten.*<sup>1</sup> — **3.–4.** *Stellungnahme zu den Beschlüssen<sup>2</sup> des AH, wonach emäßig Wahlreglement v. 4. September 1882 bei Konstituierung der Wahlversammlung nicht stimmberechtigte Anwesende sich entfernen müssen bzw. der Ausschluß der vom Wahlleiter beanstandeten Wahlmänner aus der Wahlversammlung erst erfolgen darf, wenn ihre Wahl für ungültig erklärt worden ist; Zusatz<sup>3</sup> zum Reglement soll dies klarstellen.* [B]

<sup>1</sup> *Dabei dürfte es um die Kölner Bischofswahl sowie die Fuldaer Bischofskonferenz (5.–7.8.1885) gegangen sein; vgl. Weber, Kirchliche Politik, S. 117–121.*

<sup>2</sup> *StenBerAH, Session 1883/84, 28.2.1884, S. 1668 bzw. StenBerAH, Session 1885, 7.5.1885, S. 1787–1795.*

<sup>3</sup> *Veröffentlicht in: MinBl. innere Verw., 1885, S. 163 f. Vgl. Kühne, Dreiklassenwahlrecht, S. 160.*

**Nr. 230 Sitzung des Staatsministeriums am 7. September 1885.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [6], Bd. 97, Bl. 150–171; MF 570.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Friedberg, Goßler. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Rieth [zu 5], H. v. Podewils [zu 5–6].*

**1. Zwei Ordenssachen.** [B] — **2. Ernennung.** [B] — **3. Gesetzentwürfe<sup>1</sup> betr. Kreis- und Provinzialordnung für Westfalen werden dem Provinziallandtage vorgelegt.** [B] — **4. Verlängerung des sogenannten kleinen Belagerungszustandes für Berlin gemäß § 28 Sozialistengesetz um ein Jahr.**<sup>2</sup> [B] — **5.–6. 21 Disziplinarsachen.** [B]

<sup>1</sup> *Rep. 77, Tit. 497g Nr. 17, n. f. (gedr. Entwurf nebst Anschreiben v. 28.7.1885). Vgl. StenBerHH, Session 1886, Drucks. Nr. 6 (Gesetzentwurf nebst Anlage A, Bericht des ProvLT) u. allg. Hartlieb v. Wallthor, Alfred, Die landwirtschaftliche Selbstverwaltung, in: Kohl, Wilhelm (Hrsg.), Westfälische Geschichte, Bd. 2, Düsseldorf 1983, hier S. 182–186 (mit weiterer Lit.).*

<sup>2</sup> *Das im Prot. erwähnte Schreiben Puttkamers an Bismarck v. 4.9.1885 in: Rep. 77, Tit. 500 Nr. 46 Adhib. B Bd. 3, Bl. 30 ff.*

**Nr. 231 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 15. September 1885.**

*Vollz. Reinschr., Bd. 97, Bl. 172–173; MF 570. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 97–98v.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Friedberg, Boetticher, Goßler. — Prot.: Homeyer [U].*

**1. Neuwahlen zum AH sollen nach Widerspruch Bismarcks bereits am 29. Oktober und 5. November 1885 stattfinden.** [B] — **2. Disziplinarsache.** [B]

**Nr. 232 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 24. September 1885.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 97, Bl. 174–180; MF 570. — Abschr. [1–2, 6]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 99–102.*

*Anwesend [U]<sup>1</sup>: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Friedberg, Boetticher, Goßler. — Prot.: Homeyer [U].*

**1. Kommerzienrat v. Born zu Dortmund ist in Konkurs geraten und soll sein Amt als Mitglied des Staatsrats niederlegen.** [B] — **2. Ausweisungen von Polen und Juden. Auf diesbezügliche russische und österreichische Noten<sup>2</sup> hin konnte lt. Bismarck mit Rußland eine Verständigung erzielt werden. Puttkamers Anregung, deutschsprechende galizische Juden zu verschonen, lehnt Bismarck ab, da auch sie Polen sind; so abhold er den antisemitischen Bestrebungen ist, sieht**

<sup>1</sup> *Gelesen [U]: Scholz, Lucius, Bronsart v. Schellendorff.*

<sup>2</sup> *Konnten in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. aber zu den Reaktionen Rußlands u. Österreichs Neubach, Ausweisungen, S. 62–81 und Mai, Polenpolitik, S. 54 ff., 67 ff.*

er doch die große Zahl armer und undeutsch gebildeter<sup>3</sup> Juden, welche von Osten [...] einwanderten, um sich hier zu bereichern, als einen Übelstand an. — **3. Kulturkampfabbau; Bismarck fragt Goßler, inwieweit Preußen durch Abänderung der Maigesetze unschädlicher Weise den Wünschen des Papstes entgegenkommen kann, speziell betr. Erziehung der katholischen Priester; Goßler befürwortet Freigabe der kirchlichen Jurisdiktion und Regelung für die angesammelten kirchlichen Fonds und wird dazu Material vorlegen.**<sup>4</sup> — **4. Berufung von Bischof Kopp zu Fulda als Nachfolger des verstorbenen Dompropstes Holzer in das Herrenhaus.** [B] — **5. Bevorstehende evangelische Generalsynode<sup>5</sup>; als Regierungskommissar wird Goßler bei scharfen Debatten abwartend Stellung beziehen.** [B] — **6. Polenpolitik. Mitteilung Goßlers, daß ihm anlässlich des Ankaufs einer Herrschaft in der Prov. Posen für kirchliche Fonds<sup>6</sup> weitere 12 Güter von zusammen rd. 17 000 ha angeboten wurden; der Ankauf der Landgüter polnischer Grundbesitzer stärkt das deutsche Element. Bismarck würde sich nicht scheuen, zu diesem Behuf eine Anleihe aufzunehmen und zu dem ausgesprochenen Zweck der Germanisierung dem Landtage eine entsprechende Vorlage zu machen.**<sup>7</sup> [B]

<sup>3</sup> Die Worte und undeutsch gebildeter sind ein hs. Einschub Bismarcks.

<sup>4</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 2378, Bl. 79–82 (Goßler an Bismarck 16.10.1885).

<sup>5</sup> Die 2. Generalsynode fand vom 17.–29.10.1885 in Berlin statt, vgl. Wippermann 1885, I, S. 155–159. Der im Prot. erwähnte Antrag auf kirchliche Mitbestimmung bei Theologie-Lehrstühlen wurde angenommen; vgl. Verhandlungen der zweiten ordentlichen Generalsynode der evangelischen Landeskirche Preußens, Berlin 1886, S. 231–233.

<sup>6</sup> Es dürfte sich um das Rittergut Swiatkowo, Krs. Wongrowitz gehandelt haben, das Goßler aus nationalpolitischen Gründen für das Stift Neuzelle ankaufen ließ; Vorgang in: Rep. 76, VII Teil IV Sekt. 16 F Frankfurt/O. Nr. 66 Bd. 1.

<sup>7</sup> Vgl. Rep. 87, ZB Nr. 169, Bl. 31 (Liste mit 22 angebotenen Gütern von 25400 ha) u. Sitzung am 7.2.1886, TOP 2.

## Nr. 233 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 5. Oktober 1885.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 97, Bl. 181–182v; MF 571. — Abschriften [1–2]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 103–104v; PA Bonn, R 22, n. f.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Boetticher, Scholz. — Prot.: Homeyer [U].

**1. Kommerzienrat v. Born zu Dortmund gibt sein Mandat als Mitglied des Staatsrats auf.** [B] — **2. Novelle<sup>1</sup> des Reichs-Preßgesetzes vom 7. Mai 1874; die von Bismarck befürwortete Beschränkung auf eine Revision der sechsmonatigen Verjährungsfrist für Pressevergehen gemäß § 22 wird gebilligt.** [B] — **3. Ernennung; B. Frh. v. Richthofen soll Polizeipräsident von Berlin werden.**<sup>2</sup> [B]

<sup>1</sup> Rep. 84a, Nr. 3985, Bl. 122 ff. (Gesetzentwurf betr. § 22 v. 16.7.1885, Voten Scholz' v. 6.8.1885 betr. Maßnahmen gegen das Institut des „Sitzredakteurs“, Boettichers v. 17.9.1885 betr. allg. kommissar. Beratungen und Bismarcks v. 27.9.1885, daß eine weitergehende Revision die Annahme des Gesetzentwurfs im RT gefährde). Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1885, Drucks. Nr. 140; Beschluß Sitzung am 11.3.1886, § 154 sowie StenBerRT, Session 1885/86, Drucks. Nr. 229; am 18.5.1886, S. 2064 f. (vertagt u. unerledigt).

<sup>2</sup> Vgl. zur Ernennung Rep. 77 (D), Nr. 2126 (Personalakte Richthofen).

## Nr. 234 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Oktober 1885.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [4–5], Bd. 97, Bl. 183–187; MF 571.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher [zu 1–3], Goßler, Scholz. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Th. Frh. v. Wilmowski [zu 4], v. Tepper-Laski [zu 5].

1. Ernennung; B. Frh. v. Richthofen wird Polizeipräsident zu Berlin. [B] — 2. Titelverleihung; Polizeipräsident G. v. Madai wird anlässlich seiner Pensionierung Wirkl. Geh. Rat. [B] — 3. Ernennung. [B] — 4.–5. Drei Disziplinarsachen. [B] — 6. Petition<sup>1</sup> der Kanzlisten der Provinzialbehörden wegen Beilegung des Titels Kanzleisekretär; eine derartige Massenpetition ist disziplinarisch zu rügen, da sie offenbar einen Druck auf die Staatsregierung ausüben will und z. B. die Katastergehilfen im Finanzressort oder die Lehrerkonferenzen<sup>2</sup> ähnlich vorgehen. [B] — 7. Stellungnahme zum Beschluß<sup>3</sup> des AH nach reichsgesetzlicher Aufhebung aller Staatslotterien; der Anregung ist wie 1884 keine Folge zu geben. [B]

<sup>1</sup> Die Petition findet sich nicht in der Akte Rep. 77, Tit. 184 Nr. 20 Beiheft 4a, Bl. 4 ff., aber Ministervoten u. a. m.

<sup>2</sup> Gemeint ist die (jährliche) Delegiertenkonferenz der preuß. Gymnasiallehrer, des nachmaligen Deutschen Philologenverbandes. Vgl. zur Konferenz v. 4.–6.10.1885 die Norddt. Allg. Zeitung und allg. Mellmann, Paul, Geschichte des Deutschen Philologenverbandes, Leipzig 1929, S. 9–15.

<sup>3</sup> StenBerAH, Session 1885, 10.3.1885, S. 942–951 u. Drucks. Nr. 117 (Antrag Adolph Wagner).

## Nr. 235 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Oktober 1885.

Vollz. Reinschriften<sup>1</sup> mit Korrekturen, Bd. 97, Bl. 188–197; MF 571. — Abschr. [2–6]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 111–119v.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Gofßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

1. Titelverleihung. [B] — 2. Terminierung von Reichstags- und Landtagssession 1885/86; der RT soll zum 19.11.1885 einberufen werden, der LT als künftige konstante Praxis erst danach, da erst bis Mitte Januar [...] ausreichend Vorlagen für ihn anstehen; Schluß beider Körperschaften soll etwa gleichzeitig erfolgen.<sup>2</sup> [B] — 3. Gofßler wird gegen die Agitation der Lehrer höherer Bildungsanstalten um Aufbesserung ihrer jetzigen Stellung eine Zirkularverfügung<sup>3</sup> an die Provinzialschulkollegien erlassen. [B] — 4. Landesherrliche Anerkennung von Ph. Krementz als Erzbischof von Köln ist erfolgt; Neuwahl eines Bischofs von Ermland steht an.<sup>4</sup> — 5. Bau des Nordostseekanals. Ein besonderer, im Voraus zu gewährender Präzipualbeitrag Preußens von 50 Mio. M. wird auch von Scholz akzeptiert und einzig von Lucius aus Nutzenerwägungen bestritten, zumal die übrigen Küstenstaaten nichts dergleichen entrichten. Zusätzlich nötige Befestigungen, besonders bei Cuxhaven, kosten lt. Bronsart ca. 5 Mio. M. extra. Gesetzentwurf<sup>5</sup> bzw. entsprechende Vorlage<sup>6</sup> an den LT werden gebilligt. [B] — 6. Das Staatsministerium als Entscheidungsinstanz bei Meinungsverschiedenheiten der Minister. Anlässlich der Beratungen zum Staatshaushalt 1886/87<sup>7</sup>, der kein geringeres, sondern sogar ein erheblich höheres Defizit aufweisen

<sup>1</sup> Es handelt es um 2 Teil-Prot. (TOP 1–5 bzw. TOP 6), die beide von allen Ministern vollzogen wurden. Auf Wunsch von Scholz (vgl. Marginalie Bl. 192v) wurde TOP 6 offenbar neu und ausführlicher protokolliert.

<sup>2</sup> Lt. hs. Notiz Boettichers v. 21.10.1885 (Bl. 188) war Bismarck damit einverstanden.

<sup>3</sup> Rep. 76, VI Sekt. I Gen. Z Nr. 28 Bd 1, Bl. 167–169v (Entwurf v. Nov. 1885). In der Akte auch Norddt. Allg. Ztg. Nr. 470 v. 8.10.1885 zur 6. Delegiertenkonferenz in Berlin, die u. a. wegen Gehaltsfragen kommunaler Lehrer einige MdA einschalten wollte.

<sup>4</sup> Vgl. Rep. 76, I Sekt. 28a Nr. 5 Bd. 6, Bl. 191 ff. (Pension für Kardinal Melchers, Bischofswahl in Ermland).

<sup>5</sup> StenBerRT, Session 1885/86, Drucks. Nr. 63; Debatte dazu 9.1.1886, S. 436–451. Das im Prot. genannte Votum Bismarcks v. 17.8.1885 in: Rep. 120, C XVI 1 Nr. 32 Bd. 3, Bl. 217–219v; gedruckt bei: H. v. Poschinger, Fürst Bismarck als Volkswirt, Bd. 3, Berlin 1891, S. 142–144. Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 319, 579–581.

<sup>6</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1886, Drucks. Nr. 157 (Gesetzentwurf) u. Nr. 216 (Kommissionsbericht).

<sup>7</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1886, Drucks. Nr. 158.

wird als der Etat 1885/86, bemängelt Scholz Versuche, vom Finanzminister abgelehnte Neu- oder Mehranmeldungen zum Etat im Staatsministerium abstimmen zu lassen; er müsste dann gerechterweise alle streitigen Forderungen zur Entscheidung antragen, denn jede einzelne Forderung für sich betrachtet würde sehr leicht die Sympathie der Mehrheit erlangen. Besonders Lucius, aber auch Maybach und Puttkamer erklären, daß ungeachtet des Kronratsbeschlusses v. 1852<sup>8</sup>, demzufolge der Finanzminister bei Etatsforderungen [...] nicht majorisiert werden kann, bei Fragen von großer politischer oder prinzipieller Bedeutung und vor Einholung der Allerhöchsten Bestimmung, das Staatsministerium die entscheidende oder in diesem Falle wenigstens vermittelnde Instanz darstellt.

<sup>8</sup> Beschluß des Kronrats v. 15.2.1852 in: Rep. 90, Nr. 393 (Abschr.).

### Nr. 236 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Oktober 1885.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [1] und Korrekturen, Bd. 97, Bl. 198–213; MF 571. — Abschr. [5–10]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 121–128v.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky, v. Tepper-Laski, Frh. v. Broich [alle zu 1], Dückers, Bosse, Rüdorff [alle zu 9].

1. Neun Disziplinarsachen. [B] — 2. Titelverleihung. [B] — 3. Ernennung. [B] — 4. Kulturkampfabbau; als weiterer Schritt sollen per Etat 1886/87 an der Universität Bonn [...] drei einvernehmlich zu besetzende kath. Theologie-Lehrstühle neben den drei von Altkatholiken besetzten eingerichtet werden.<sup>1</sup> [B] — 5. Feier des 25jährigen Regierungsjubiläums Wilhelms I.; Instruktion der Behörden soll nach der Willensmeinung Wilhelms I. erfolgen.<sup>2</sup> [B] — 6. Zwischen Lucius und Scholz strittige Etatsforderung im Staatsministerium. Lucius möchte die Kosten einer vom Landes-Ökonomie-Kollegium einstimmig gewünschten Ergänzung der statistischen Erhebungen über landwirtschaftl. Verhältnisse in den Staatshaushalt 1886/87 einstellen. Scholz lehnt das ab, weil die Ausgabe nicht dringlich und unbedingt notwendig, sondern sogar schädlich ist. Da Friedberg, Boetticher und Puttkamer die Überbürdung der Behörden mit statistischen Erhebungen beklagen, soll zunächst gemäß dem Staatsministerialbeschuß v. 2. März 1869 die Statistische Zentralkommission gehört, aber der Abschluß des Staatshaushalts nicht verzögert werden.<sup>3</sup> [B] — 7. Strittige Etatsforderung im Staatsministerium; die von Lucius für 1886/87 angemeldeten 300 000 bzw. 200 000 M. zum schnelleren Ausbau des Kanalsystems am linken Emsufer lehnt Scholz ab, da die sachlichen Voraussetzungen noch nicht gegeben sind; bei erneuter Besprechung dieser Frage im AH soll Scholz statt Lucius die Ablehnung dieser Mehrforderungen vertreten.<sup>4</sup> — 8. Antrag<sup>5</sup> Preußens betr. Auslegung des § 3 Abs. 2 des Reichsgesetzes über die Freizügigkeit vom 1. November 1867 gebilligt. [B] — 9. Unfallversicherung für Beamte des Reichs und

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 2378, Bl. 83–85 u. StenBerAH, Session 1886, S. 1114 f.

<sup>2</sup> Vgl. Wippermann 1886, I, S. 1–4 (Feiern am 2./3.1.1886).

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 94 Nr. 95 Bd. 5, Bl. 261 ff. (Statist. Zentralkomm. befürwortet Statistik).

<sup>4</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1886, 1.2.1886, S. 292–300 (Anfrage Bödiker zum Kanalausbau).

<sup>5</sup> StenBerBundesR, Jg. 1885, Drucks. Nr. 157 (mögliche Niederlassungsverbote für Arme und Vorbestrafte); Beschluß Sitzung am 21.4.1886, § 262. Vgl. Rep. 84a, Nr. 10057 (Voten u Schriftwechsel 1884–1918) sowie Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. 3, 2. Aufl., Jena 1900, S. 1262 f.

*Militärangehörige; Umformulierungen im Detail*<sup>6</sup> gebilligt. [B] — **10.** Gewährung ermäßigter Eisenbahn-Fahrpreise an Teilnehmer von Versammlungen; *lt. Goßler ist im Vorhinein nur schwer abzuschätzen, ob es sich um eine Versammlung mit politischem Charakter handelt oder nicht; in Kürze in Kraft tretende allgemeine Bestimmungen Maybachs werden die Frage regeln.* [B]

<sup>6</sup> Vgl. Voten in: *Rep.* 77, *Tit.* 34 Nr. 123 *Bd.* 1, n. f. u. *StenBerBundesR.*, Jg. 1885, *Drucks.* Nr. 148 (*Ausschußbericht*).

## Nr. 237 Sitzung des Staatsministeriums am 3. November 1885.

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [4] und Korrekturen, Bd. 97, Bl. 215–225; MF 571. — Abschr. [5–7]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 130–134.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky [zu 4, 6], v. Tepper-Laski [zu 4].*

**1. Ernennung.** [B] — **2.** Übersicht Puttkamers zum voraussichtlichen Ergebnis der Abgeordnetenhauswahlen. — **3.** *Form der Feier des 25-jährigen Regierungsjubiläums Wilhelms I.* [B] — **4.** *Sechs Disziplinarsachen.* [B] — **5.** Presbyterial- und Synodal-Ordnung für die evangelischen Kirchengemeinschaften im Bezirk des Konsistoriums zu Kassel<sup>1</sup>; *gebilligt, zumal* Aufbringung der Kosten der Synode durch eine Generalsynodalkasse *vorbildlich geregelt wurde.* [B] — **6.** *Inseratenwesen beim Reichs- und Staatsanzeiger. Unter der Prämisse, daß er wie bisher eines Zuschusses nicht bedarf, wäre die mäßige Verminderung der Inserate erwünscht. Einigung über den größeren Anteil, den das Reich am Nettoertrage des Blattes beansprucht, läßt sich erzielen. Betr. Beschränkung des jetzt bestehenden Inseratenzwanges sollen kommissarische Beratungen stattfinden. Die Firma R. Mosse soll eventuell im Kopf des Teiles „Öffentlicher Anzeiger“ aus dem Verzeichnis der Firmen, die Inserate für den Reichsanzeiger annehmen, wegfallen.* [B] — **7.** *Stellungnahme im Bundesrat zum im RT angenommenen Initiativgesetzentwurf L. Windthorst betr. Aufhebung des Reichsgesetzes von 1874 über die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern; Preußen wird den Initiativgesetzentwurf ablehnen.*<sup>2</sup> [B]

<sup>1</sup> *BArch, RAdI, Nr. 114952, Bl. 104–130v; Material ebd. Bl. 89–137.* Vgl. *StenBerHH, Session 1886, Drucks. Nr. 17. Vgl. Rep. 89, Nr. 22907, Bl. 69–108 (u. a. Immediateingabe).*

<sup>2</sup> *Der Bundesrat beriet den vom RT am 11.6.1884 angenommenen Initiativgesetzentwurf überhaupt nicht. Erst 1890 gab er seine Zustimmung zu einem vom RT wiederum beschlossenen Initiativgesetzentwurf.*

## Nr. 238 Sitzung des Staatsministeriums am 12. November 1885.

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [1] und Korrekturen, Bd. 97, Bl. 226–227, 232–239, Anlage<sup>1</sup>: Bl. 228–231v; MF 571/572. — Abschr. [2–5]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 137–140.*

<sup>1</sup> *Es handelt sich – im Anschluß an TOP 6 – um den Entwurf eines Schreibens Goßlers v. 13.11.1885 an Bismarck zur Frage des Verhaltens der Behörden beim Amtsantritt des neuen Erzbischofs Krentz in Köln.*

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius [zu 2–6], Friedberg, Boetticher [zu 2–6], Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff [zu 2–6]. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky, Frh. v. Broich [beide zu 1].

1. Acht Disziplinarsachen. [B] — 2. Unfallversicherung für Beamte des Reichs und Militärangehörige; da die Bundesratsausschüsse<sup>2</sup> [...] nicht durchweg den Anträgen Preußens zugestimmt haben, ist beim § 1 nachzugeben, beim § 12 aber die Wiederherstellung der von Preußen gewünschten Fassung anzustreben. [B] — 3. Verlängerung der Dauer des Sozialistengesetzes [...] um 5 Jahre gebilligt; Zeitpunkt der Einbringung des preußischen Antrags<sup>3</sup> beim Bundesrat bleibt Bismarck vorbehalten. [B] — 4. Gesetzentwurf<sup>4</sup> betr. Strafen für das Gesinde in der Provinz Hessen-Nassau bei Verletzung der Dienstpflichten; Votum Puttkamers dazu gebilligt. [B] — 5. Einführung der Städteordnung von 1853 im Regierungsbezirk Wiesbaden; gemäß Votum<sup>5</sup> Puttkamers ist ein entsprechender Gesetzentwurf dem Kommunalparlament vorzulegen; Scholz und Friedberg erwägen, die Einführung zur Zeit überhaupt auf die Stadt Wiesbaden zu beschränken. [B] — 6. Mitteilungen Goßlers über kirchenpolitische Angelegenheiten (Bischofswahlen in Köln und im Ermland).

<sup>2</sup> Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1885, Drucks. Nr. 148. § 1 betraf den Umfang der Militärangehörigen, die versicherungspflichtig sein sollten, § 12 die Zuweisung von Betrieben mit erheblich geringer werdender Zahl von unfallversicherungspflichtigen Beschäftigten an die Berufsgenossenschaften durch Beschluß des Bundesrats.

<sup>3</sup> StenBerBundesR, Jg. 1886, Drucks. Nr. 12. Vgl. StenBerRT, Session 1885/86, 18./19.2.1886, S. 1125–1136, 1138–1166. Zum Fortgang vgl. Pack, Sozialistengesetz, S. 165 ff. Das Sozialistengesetz wurde 1886 nur um zwei Jahre verlängert.

<sup>4</sup> Rep. 77, Tit. 303 Nr. 45, n. f. (Gesetzentwurf u. Votum Puttkamers v. 18.10.1885). Vgl. StenBerAH, Session 1886, 4.6.1886, S. 2515–2522 (Annahme) und Vormbaum, Gesinderecht, S. 222 f.

<sup>5</sup> Rep. 77, Tit. 1368 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 216 f. (Votum Puttkamers v. 3.11.1885, Entwurf), Bl. 228–260 (Gesetzentwurf).

## Nr. 239 Sitzung des Staatsministeriums am 18. November 1885.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [2] und Korrekturen, Bd. 97, Bl. 240–249; MF 572. — Abschr. [3]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 142–144v.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky, v. Tepper-Laski, Frh. v. Broich [alle zu 2].

1. Ordenssache. [B] — 2. Sechs Disziplinarsachen. [B] — 3. Novelle<sup>1</sup> zur Zuckersteuer. Einvernehmen über einen Gesetzentwurf analog dem von 1884, aber Meinungsverschiedenheiten betr. neue Einrichtung [...] steuerfreier Läger, die Zucker gegen Steuervergütung lagern. Sie sieht Scholz als etwas im höchsten Grade Bedenkliches an, da es auf eine Beleihung des Zuckers durch die Reichskasse hinausläuft, andere Industriezweige dann das Gleiche verlangen könnten und die Lagerung des im Inlande disponiblen Zuckers die Spekulation fördern kann. Lucius hält diese in anderen Ländern üblichen Läger für nötig, um den Raffinerien zu helfen und um die Vorlage, die ca. 20 Mio. M. Mehrbelastung der Zuckerindustrie bedeuten wird, im RT annehmbar zu machen. Gegen Lucius und Puttkamer werden die Läger abgelehnt, aber ersatzweise eine Verlängerung der

<sup>1</sup> Rep. 90, Nr. 1499, n. f. (Gesetzentwurf in Form der Drucks. Nr. 175 der StenBerBundesR, Voten Scholz' v. 25.10./3.11.1885, Lucius' v. 3.11.1885).

Kreditfrist zur Zahlung der Steuer bewilligt [B]. Zwei weitere Wünsche der Interessenten sind zu prüfen [B].

### **Nr. 240 Sitzung des Staatsministeriums am 23. November 1885.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [2], Bd. 97, Bl. 250–253; MF 572.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Frh. v. Broich [zu 2].*

**1.** Angelegenheit wegen des “Begriffs der Restausgaben” wird vertagt. — **2.** Drei Disziplinarsachen. [B] — **3.** Mitteilungen Goßlers, daß das Comité für die Errichtung einer katholischen Universität für Deutschland in Fulda<sup>1</sup> vom Papste neu zusammengesetzt wurde und aus Ph. Krementz, M. F. Korum und G. Kopp besteht, sowie weiterhin zur Bischofswahl im Ermland. — **4.** Ordenssache. [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. Verbeek, *Kölner Bischofsfrage*, S. 335 f.

### **Nr. 241 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 29. und 30. November 1885.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 97, Bl. 254–257v; MF 572. — Abschr. [2]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 149–150.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius<sup>1</sup>, Friedberg, Boetticher, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

**1.** Ordenssache. [B] — **2.** Reichstag, Rechte der Bundesstaaten und politische Lage. Nach Ansicht Bismarcks hat das Zentrum anlässlich der Interpellation<sup>2</sup> Reichensperger-Rintelen betr. katholische Missionen in den Kolonien seine streitlustige Haltung gezeigt. Die von einer Reichstagsmehrheit getragene Interpellation<sup>3</sup> Jazdzewski betr. die Ausweisung von Polen und Juden ist entschieden abzuweisen<sup>4</sup>. Der darin verwandte Begriff “Reichsregierung” existiert staatsrechtlich nicht und kann somit auch nicht angerufen werden als eine zur Kontrolle über Maßregeln des Königs von Preußen oder eines anderen Bundesfürsten berechnete Instanz; dies soll durch eine im RT verlesene

---

<sup>1</sup> Fehlte am 30.11.1885.

<sup>2</sup> *StenBerRT, Session 1885/86, 28.11.1885, S. 101–127 (Redeuell Bismarck – Windthorst). Vgl. Wippermann 1885, I, S. 293–299 (Pressestimmen zum gespannten Verhältnis Bismarck – Zentrumsparlei).*

<sup>3</sup> *StenBerRT, Session 1885/86, 1.12.1885, S. 130–144 (S. 132 die im Prot. genannte Sanktion, daß die Bundesratsmitglieder den Saal verlassen). Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 322 f. (ergänzt Prot.) u. Wippermann 1885, I, S. 246–254 (Vorgang) bzw. S. 302–304 (Pressestimmen dazu).*

<sup>4</sup> *Einer Bemerkung Puttkamers zufolge (Bl. 256), hat das Kabinett bereits bei einer Besprechung in seiner letzten Sitzung ein Eingehen auf die Interpellation abgelehnt. Daraus wird einmal mehr ersichtlich, daß nicht alles im Staatsministerium Besprochene auch protokolliert wurde.*



Kaiserliche Botschaft<sup>5</sup> bekräftigt werden. Beschließt der RT danach noch eine Besprechung der Interpellation, sollen die Mitglieder des Bundesrats die Sitzung ostentativ verlassen. [B]

<sup>5</sup> *StenBerRT, Session 1885/86, 1.12.1885, S. 130 f. In dieser, von Bismarck gegengezeichneten Botschaft Wilhelms I. v. 30.11.1885 wird striktes Festhalten am Status quo der Verfassung gefordert und postuliert: Es gibt keine Reichsregierung, welche berufen wäre, unter der Kontrolle des Reichstags, wie sie durch jene Interpellation versucht wird, die Aufsicht über die Handhabung der Landeshoheitsrechte der einzelnen Bundesstaaten zu führen, soweit das Recht dazu nicht ausdrücklich dem Reiche übertragen worden ist.*

## Nr. 242 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Dezember 1885.

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [1–2] und Korrekturen, Bd. 97, Bl. 260–273; MF 572/573. — Abschr. [3–5, 7]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 153–157v.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Rieth, Rintelen [beide zu 1], v. Kurowsky, Frh. v. Broich [beide zu 2], Homeyer [zu 4].*

**1.–2.** *Neun Disziplinar- und Pensionssachen.* [B] — **3.** *Landtagssession 1886 soll am 14. Januar 1886 eröffnet werden.* [B] — **4.** *Ordenssachen zum Krönungs- und Ordensfest 1886; Revision in drei Fällen.* [B] — **5.** *Ordensvorschläge für außerpreußische Mitglieder des Bundesrats sind unbedenklich.* [B] — **6.** *Kreis- und Provinzialordnung für die Prov. Westfalen; die Abänderungsvorschläge<sup>1</sup> des Provinziallandtags sind zu erwägen; eine Vorlage an den Staatsrat soll unterbleiben, da davon weder neue Gesichtspunkte noch eine besondere Stütze für die Staatsregierung erwartet werden können; der Gesetzentwurf<sup>2</sup> ist zuerst beim Herrenhause einzubringen.* [B] — **7.** *Zunehmende Bedeutung des AH durch Entsendung zu vieler Kommissare der einzelnen Ministerien zu den Beratungen über den Staatshaushalt. Scholz will vermeiden, daß sich Etatdebatten zu einer Kontrolle der allgemeinen Landesverwaltung durch das AH auswachsen, weil zu viele Kommissare auf jede Anregung alsbald Auskunft erteilen. Der Rückkehr zur Praxis vor Minister Falk und dem Kulturkampf stehen Lucius, Goßler und Maybach aus sachlichen Gründen skeptisch gegenüber; sie sehen die von Scholz beschworene Gefahr kaum. Die Zahl der Kommissare ist tunlichst zu beschränken, wobei aber in den technischen Ressorts eine sehr weit gehende Beschränkung nicht sinnvoll ist.*

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 77, Tit. 497g Nr. 16, n. f. (Ausschußberatung u. Plenarbeschlüsse v. 7.11.1885). Vgl. auch Verhandlungen des im Jahre 1885 abgehaltenen 28. westfälischen Provinziallandtages, Münster 1885, S. 103 ff.*

<sup>2</sup> *StenBerHH, Session 1886, Drucks. Nr. 6 (bes. Begründung, S. 33 f. zu den Änderungswünschen gem. Immediatvorstellung d. Provinziallandtags v. 9.11.1885 auf Anlage A).*

## Nr. 243 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Januar 1886.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 98, Bl. 1–13; MF 573 und MF-Suppl.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Bötticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

1. Kulturkampfabbau; Bismarck teilt das Schreiben<sup>1</sup> mit, das Leo XIII. ihm zur Verleihung des Christus-Ordens übersandte. — 2. Bischofswahl im Bistum Ermland; der gewählte Generalvikar A. Thiel soll unter Erlaß des Eides bestätigt werden. [B] — 3. Geplantes Branntweinmonopol<sup>2</sup>. Hält Scholz für nötig, um im energischen Schritt auf dem Wege der Reichssteuerreform nötige neue Erträge für Reich und Einzelstaaten zu gewinnen, den Notstand der Landwirtschaft abzumildern sowie zwecks Einschränkung des übermäßigen Branntweingenusses. Wegen der lt. Bismarck bedenklich gesteigerten Begehrlichkeit der landwirtschaftlichen Interessenten soll der landwirtschaftliche Notstand nicht als Motiv genannt, aber ein Ertrag von 300 Mio. M. für Reich und Einzelstaaten betont werden. Die künftige Monopolverwaltung soll den Hektoliter reinen Alkohols für 30 bis 40 M. an- und für 2 bis 3 M. pro Liter an die Konsumenten verkaufen; das Gesetz soll nicht auf die norddeutsche Branntweinsteuergemeinschaft beschränkt bleiben, sondern als weiterer Schritt zur nationalen Einigung erscheinen. Wie von den süddeutschen Regierungen ange-regt, ist eine Begünstigung der kleinen Brennereien vorgesehen und sind Bayern und Württemberg bei der Einnahmenverteilung bevorzugt. Einwände von Lucius. Mit den Monopolerträgen sind kommunale Schullasten zu erleichtern, die ganze Grund- und Gebäudesteuer den Kommunen zu überweisen, die Einkommensteuer herabzusetzen und die Gewerbesteuer aufzuheben; der Entwurf ist als Antrag<sup>3</sup> Preußens beim Bundesrat einzubringen. [B] — 4. Die Landtagssession 1886 als erste Session in einer neuen Legislaturperiode wird Wilhelm I. persönlich eröffnen und vor der Thronrede<sup>4</sup> einige allgemeine Worte sprechen; Feststellung derselben. [B]

<sup>1</sup> Vgl. Wippermann 1885, I, S. 231 f. Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 328 f. (ergänzt Prot.).

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 84a, Nr. 10809 (Votum Scholz v. 28.12.1885) u. Rep. 151, III Nr. 8236, n. f. (Gesetzentwurf); Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 2, S. 368–371 (Verhandlungen Scholz' mit Baden); Gerloff, Zoll- und Finanzpolitik, S. 193–195 und Pflanze, Bismarck, Bd. 2, S. 458–462. Die von Scholz erwähnten, von ihm früher vorläufig mündlich dem Staatsministerium gemachten Mitteilungen sind in den Protokollen nicht nachzuweisen; es dürfte sich wieder einmal um nicht protokollierte Besprechungen handeln.

<sup>3</sup> StenBerBundesR, Jg. 1886, Drucks. Nr. 2. Vgl. StenBerRT, Session 1885/86, Drucks. Nr. 165; Debatte dazu 4.–6.3.1886, S. 1295–1375 u. 26./27.3.1886, S. 1649–1704 (Ablehnung).

<sup>4</sup> Vgl. StenBerHH, Session 1886, S. 1 f. (Wilhelm I. dankt für Gratulationen zum 25. Regierungsjubiläum, Thronrede durch Bismarck verlesen).

## Nr. 244 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 10. Januar 1886.

Vollz. Reinschr.<sup>1</sup>, Bd. 98, Bl. 14–16v; MF 573.

Anwesend [U]<sup>2</sup>: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz. — Prot.. Homeyer [U].

[1.] Thronrede zur Eröffnung der Landtagssession 1886 festgestellt. [B] — [2.] Polenpolitik<sup>3</sup>. Auf Antrag Bismarcks werden Maßregeln zum Schutz des deutschen Elements in den Ostprovinzen gegen polonisierende Bestrebungen eingeleitet, da nach den Ausweisungen eine Förderung der Germanisierung geboten ist; besonderer Anlaß hierzu liegt auch in der Unterstützung von Zentrum

<sup>1</sup> Nach einer Marginalie Homeyers (Bl. 16v) hat Bismarck bestimmt, daß über die sonst besprochenen Gegenstände einstweilen nichts zu Papier gebracht ist. Neben der eingehenden Diskussion (Bl. 15) zur Polenpolitik ist es lt. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 329, auch um das Antwortschreiben an den Papst gegangen sowie, so steht gemäß Sitzung am 14.2.1886, TOP I, Bl. 52 zu vermuten, um die weitere kirchenpolitische Gesetzgebung.

<sup>2</sup> Gelesen [U]: Bronsart v. Schellendorff.

<sup>3</sup> Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 329 u. umfassend zur Polenpolitik des Jahres 1886 vgl. Blanke, Richard, Prussian Poland in the German Empire, 1870–1900, Boulder/New York 1981, hier S. 55–91.

und Fortschrittspartei für das Polentum. Ein von Bismarck angefordertes Promemoria<sup>4</sup> Ch. v. Tiedemanns schlägt u. a. vor: Fonds [...] zur Überführung des Grundbesitzes in deutsche Hände, Revision des Sprachengesetzes, Berufung der Lehrer *allein durch den Staat und Einberufung der polnischen Rekruten in Garnisonen* in deutschen Landesteilen bzw. Verlegung deutscher Truppen in die polnischen Landesteile. Stärkung des deutschen Elements *mittels* Reform der Kreis- und Kommunal-Verfassung *ist* sehr zweifelhaft. Wiedereinführung der Strafe der Vermögenskonfiskation *wird erwogen*.

<sup>4</sup> Rep. 84a, Nr. 4066, Bl. 3–33. Das Exemplar mit Marginalien Bismarcks in: BArch, RK, Nr. 661, Bl. 70–100av.

## Nr. 245 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Januar 1886.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [4–5], Bd. 98, Bl. 17–26; MF 573.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff [zu 1–3]. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Rieth, Rödenbeck [beide zu 4], v. Kurowsky, v. Tepper-Laski, Frh. v. Broich [alle zu 5].

1. Ernennung. [B] — 2. Titelverleihung. [B] — 3. Kreis- und Provinzialordnung für die Prov. Westfalen; Puttkamer verteidigt die Bestimmungen in § 27, daß die Ehrenamtmänner und besoldeten Amtmänner unter Mitwirkung der Selbstverwaltungskörper vom Oberpräsidenten ernannt und letztere nicht, dem Wunsch des Provinziallandtags entsprechend, durch die Amtsversammlung gewählt werden. [B] — 4.–5. Acht Disziplinar- und Pensionssachen. [B]

## Nr. 246 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 24. Januar 1886.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 98, Bl. 27–37; MF 573/574. — Abschr. [2–4]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 168–176.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

1. Einführung der neuen Kreis- und Provinzialordnung in die Rheinprovinz; *ist lt. Bismarck nicht bedenklicher als in Westfalen, da somit die am Rhein im allgemeinen der Staatsregierung ergebenen Städte zu erhöhter Geltung gelangen werden; Puttkamer wird diese Absicht im HH andeuten.*<sup>1</sup> — 2. Polenpolitik. Bismarck regt zur Ausführung der geplanten Maßregeln zum Schutz des deutschen Elements eine besondere Kommission an. Vorbehalte der Ressortminister Lucius und Goßler. Bismarck möchte als positive Maßnahmen: *erstens mehr Volksschulen mit besser dotierten, deutschgesinnten Lehrern, zweitens deutschen Geist unter den Beamten stärken, drittens den deutschen Klein- und Mittelbesitz [...] durch Parzellierung von Domänen und anzukaufenden Gütern vermehren und zu diesen Zecken neue außerordentliche Fonds; gebilligt.* [B] —

<sup>1</sup> Vgl. StenBerHH, Session 1886, 26.2.1886, S. 59.

**3. Polenpolitik und Volksschulwesen<sup>2</sup>. Vorschläge<sup>3</sup> Goßlers zur Reorganisation in den gemischt-sprachigen Gebieten. Gesetzentwürfe zum Lehrerstellungsrecht und betr. Bestrafung der Schulversäumnisse werden gebilligt wie auch Ausdehnung des Geschäftssprachengesetzes<sup>4</sup> vom 28. August 1876 auf kirchliche Behörden und Übertragung der Anstellung der Impfärzte auf den Staat [B]. Höhe der zusätzlichen Gelder für das Volksschulwesen bleiben strittig, da Scholz sie nur auf die deutschen Schulen begrenzen möchte, während Goßler die Verbreitung der deutschen Sprache an polnische Schüler als Mittel zur Germanisierung ansieht<sup>5</sup>. Details des Mittelansatzes [B]. Grundsätzlich sollen Beamte polnischer Zunge nicht in den polnischen Landesteilen amtieren<sup>6</sup> [B]. — **4. Polenpolitik im Militärwesen. Lt. Bronsart hat seit dem Staatsministerialbeschuß v. 13. April 1872 stets gegolten, daß polnischsprachige Rekruten möglichst in deutsche Garnisonen einberufen und deutsche Regimenter in die polnischen Landesteile gelegt werden; künftig sollen polnischsprachige Rekruten nur außerhalb der gemischtsprachigen Gebieten dienen.** [B]**

<sup>2</sup> Vgl. allg. Lamberti, Marjorie, *State, Society and the Elementary School in Imperial Germany*, New York/Oxford 1989, bes. S.109 ff.

<sup>3</sup> Rep. 84a, Nr. 4066, Bl. 34 ff. (11,4 Mio. M. einmalige u. 5,3 Mio. dauernde Mehrausgaben, Gesetzentwürfe, weiteres relevantes Material). Vgl. auch Rep. 77, Tit. 50 Nr. 21 Bd. 5 u. Rep. 87, ZB Nr. 169. Die entsprechenden Akten in Rep. 76, IV Sekt. 1a Abt. I Nr. 272 ff. sind nicht überliefert. Vgl. Rep. 89, Nr. 15007 (Immediatberichte).

<sup>4</sup> GS, S. 389. Die ausschließliche Verwendung des Deutschen war demgemäß bei Behörden, Beamten und politischen Körperschaften vorgeschrieben.

<sup>5</sup> Vgl. Rep. 84a, Nr. 4066, Bl. 188–191 (Votum Scholz' v. 3.2.1886).

<sup>6</sup> Vgl. Rep. 84a, Nr. 4066, Bl. 70–76 (polnische Richter u. Rechtsanwälte) sowie Ormond, Richterwürde und Regierungstreue, S. 459–463.

## **Nr. 247 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 7. Februar 1886.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 98, Bl. 38–49v, Anlage: Bl. 50–51; MF 574. — Abschr. [2–7, 12]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 177–185v.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

**1. Maßnahmen zur Stärkung des deutschen Elements in den östlichen Landesteilen sollen in mehreren Gesetzentwürfen kodifiziert werden. — 2. Ansiedlungsgesetz<sup>1</sup>; lt. Lucius sollen 60 Mio. M. zur Ansiedlung von Bauern und Arbeitern dienen, wobei nicht zu fiskalisch eine hohe Verzinsung erwartet werden darf; Modalitäten der Ankäufe und nähere Bestimmungen betr. Ansiedlungskommission bleiben vorbehalten; Puttkamer schlägt 100 Mio. M. Fonds vor und sieht es als Ziel an, geschlossene, ganz deutsche Landgemeinden auf Gütern von 4–5000 Morgen zu gründen; weitere Detailänderungen<sup>2</sup>. [B] — 3. Gesetzentwurf<sup>3</sup> betr. Anstellung und das Dienstverhältnis der Volksschullehrer in den Prov. Westpreußen und Posen sowie im Regierungsbezirk Oppeln gebilligt; ob der LT eine Änderung des Art. 24<sup>4</sup> Verfassung darin**

<sup>1</sup> Vgl. Anlage, Rep. 87, ZB Nr. 173, Bl. 47 ff. sowie Rep. 87, B Nr. 9483, Bl. 92 ff. (Vorentwürfe Lucius' mit dem später vom AH aufgenommen Institut der Rentengüter).

<sup>2</sup> Ersichtlich aus der Anlage (Bl. 50 f.) u. Rep. 90, Nr. 1610, n. f. (ebd. die Steigerung der Summe von 20 Mio. im 1. Entwurf Lucius' über 60 Mio. nach dem Votum Bismarcks v. 2.2.1886 zu den endgültigen 100 Mio. M. nach der Staatsministerialsitzung v. 7.2.1886). Vgl. StenBerAH, Session 1886, Drucks. Nr. 45. Vgl. auch Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 331 (ergänzt Prot.).

<sup>3</sup> Rep. 84a, Nr. 4066, Bl. 231–235. Vgl. StenBerAH, Session 1886, Drucks. Nr. 49.

<sup>4</sup> Gemäß Art. 24 VU lag die Leitung der äußeren Angelegenheiten der Volksschule bei den Gemeinden und stellte der Staat unter garantierter Beteiligung der Gemeinden die Lehrer an.

erkennt, bleibt abzuwarten. [B] — 4. Gesetzentwurf<sup>5</sup> betr. Bestrafung der Schulver-säumnisse in den Elementarschulen der Prov. Preußen und Schlesien gebilligt. [B] — 5. Gesetzentwurf<sup>6</sup> betr. Anstellung der Impfärzte in der Prov. Posen; soll nur in Posen gelten, weil in Westpreußen und Oberschlesien die Kreistage, die die Anstellung betreiben, ganz oder in ihrer Majorität deutsch sind. [B] — 6. Aufbesserung der Gehälter der Distrikts-kommissarien in der Provinz Posen und Teilung der größeren Kreise in den Regie-rungsbezirken Posen, Bromberg und Marienwerder werden grundsätzlich gebilligt.<sup>7</sup> [B] — 7. Goßler wird eine Zirkularverfügung<sup>8</sup> erlassen, die den staatsministeriellen Grundsatz bekräftigt, daß Beamte polnischer Zunge nicht in den polnischen Landesteilen zur Anstel-lung gelangen sollen. [B] — 8. Bischofswahl im Bistum Posen-Gnesen soll lt. Bismarck jetzt vorangetrieben werden. — 9.–10. Zwei Ernennungen. [B] — 11. Kulturkampfabbau; zum Besuch von Erzbischof Krementz bei Regierungspräsident Berlepsch, Düsseldorf, soll die preußische Flagge aufgezogen werden. [B] — 12. Gesetzentwurf betr. Branntweinmonopol im Bundesrats-ausschuß; die dort geäußerten Wünsche von Bayern sowie Württemberg und Baden, speziell ihr Vetorecht gegen jede Änderung des Verteilungsmaßstabs für die Erträge des Monopols gemäß § 86, wird Preußen akzeptieren. [B]

<sup>5</sup> Rep. 84a, Nr. 4066, Bl. 236–238v. Vgl. StenBerAH, Session 1886, Drucks. Nr. 48; Debatte dazu StenBerAH, 25.2.1886, S. 798–811.

<sup>6</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1886, Drucks. Nr. 57; Debatte dazu StenBerAH, 25.2.1886, S. 812–828.

<sup>7</sup> Zur Gehaltsaufbesserung vgl. StenBerAH, Session 1886, 8.2.1886, S. 406–416. Zur Kreisteilung vgl. Sitzung am 29.1.1887, TOP 1 mit Anm.

<sup>8</sup> Rep. 84a, Nr. 4067, Bl. 76 f. (8.2.1886).

## Nr. 248 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 14. Februar 1886.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 98, Bl. 52–58v; MF 574. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 186–192.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler [zu 1–2], Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

1. Erstes Friedensgesetz<sup>1</sup> zum Kulturkampfabbau. Sieht Bismarck v. a. deshalb als nötig an, weil bei den derzeitigen parlamentarischen Zuständen die Fortsetzung des Kampfes gegen die Kurie wenig Erfolg verspricht, da die Oppositionsparteien zum Zentrum halten und selbst ein Teil der Konservativen eine Verständigung erstrebt; er persönlich wäre bei der Priestererziehung der Kurie noch etwas weiter als in dem Gesetzentwurf geschehen, entgegengekommen, da die Erziehung der Laien die Hauptwaffe gegen die Priesterherrschaft darstellt; allerdings mußte vermieden werden, ein konkordatartiges [...] Geschäft mit dem Papst abzuschließen<sup>2</sup>. Entwurf ist beim Herrenhause einzubringen. [B] — 2. Gesetzentwurf<sup>3</sup> betr. die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres. Bronsart hält die sofortige Verstärkung der technischen Truppen, an welche im nächsten Kriege sehr große Anforderungen gestellt werden müssen, für militärisch unabdingbar und sieht wegen der vom RT auf Zeit festgeschriebenen Heeresstärke keine andere Möglichkeit als die Form eines Nachtragshaushalts, den allerdings der RT kaum annehmen wird. Bismarck möchte dann

<sup>1</sup> Rep. 90, Nr. 2378, Bl. 95–98v; vgl. StenBerHH, Session 1886, Drucks. Nr. 24. Vgl. Weber, Kirchliche Politik, S. 122 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 332 f.

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 1229 Nr. 16 Bd. 3, n. f. (Gesetzentwurf v. 2.2.1886, Votum Scholz').

lieber gleich die gesamte Septennatsvorlage einbringen, um bei deren Ablehnung einen Schlag gegen die Reichstagsmajorität zu führen, wozu der Nachtragshaushalt nicht bedeutend genug ist. Die Einbringung des Gesetzentwurfs wird als nicht zeitgemäß zurückgestellt.<sup>4</sup> [B] — 3. Die Organisation der Ansiedlungskommission soll nach einer Beratung im Staatsrat im Staatsministerium entschieden werden. [B] — 4. Gesetzentwurf<sup>5</sup> zur Einführung der Städteordnung v. 30. Mai 1853 im Regierungsbezirk Wiesbaden wird gebilligt, da durch dieselbe die staatliche Autorität verstärkt wird. [B] — 5. Bismarck wünscht, daß Vorlagen, auf deren Geheimhaltung im Staatsministerium es wirklich ankommt, nicht metallographiert, sondern mündlich beraten oder in einem geschriebenen Exemplar in Umlauf gesetzt werden.<sup>6</sup>

<sup>4</sup> Vgl. Reichsarchiv (Bearb.), *Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft*, Bd. 1, Berlin 1930, S. 15.

<sup>5</sup> *StenBerAH*, Session 1886, Drucks. Nr. 126; Debatte dazu 30.3.1886, S. 1537–1554.

<sup>6</sup> Anlaß für diese neuerliche Betonung der Geheimhaltung durch Bismarck war lt. Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 332 der Umstand, daß das scharf ablehnende Votum von Scholz zur Militärvorlage (vgl. TOP 2) metallographiert und in der politischen Öffentlichkeit bekannt geworden war.

## Nr. 249 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 21. Februar 1886.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 98, Bl. 59–73; MF 574. — Abschr. [2–4, 6–7, 12–13]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 193–201.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Gofßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

1. Ch. v. Tiedemann wird als Kenner der Polenpolitik Mitglied des Staatsrats. [B] — 2. Stellungnahme zum Antrag<sup>1</sup> H. v. Moltke betr. Abänderung des Militärpensionsgesetzes v. 27. Juni 1871. Da der RT diese Frage nur in Verbindung mit der Aufhebung der Kommunalsteuerfreiheit der Offiziere lösen will, soll auf einen Handel mit dem RT nicht eingegangen werden. Um den Kommunen die Heranziehung des Privatvermögens der Offiziere zu Gemeindesteuern zu erlauben, ist ein preußisches Kommunalgesetz vorzubereiten und der Antrag Moltke erst dann im RT zu beraten.<sup>2</sup> [B] — 3. Die Flottwell'sche Denkschrift<sup>3</sup> v. 15.3.1841 betr. die Provinz Posen soll dem LT mitgeteilt werden. [B] — 4. Anhörung des Staatsrats zur Organisation der Ansiedlungskommission; detaillierte Fragestellung.<sup>4</sup> [B] — 5. Gesetzentwurf<sup>5</sup> betr. Förderung des Unterrichtswesens in den Provinzen Posen und Westpreußen und in dem Regierungsbezirk Oppeln; vertagt, damit Gofßler und Scholz Einvernehmen erzielen können. — 6. Gesetzentwurf<sup>6</sup> betr. Einsetzung von Bezirksoffizieren in den östlichen Landesteilen. Damit soll lt. Bronsart die Kontrolle über die Personen des Beurlaubtenstandes erhöht werden und das hält er neben der bestehenden Militärorganisation des Reichs für erlaubt. Bismarck sieht den Entwurf für über die Kompetenz der Landesgesetzgebung hinausgehend an, zudem für chancenlos im RT. Angesichts dessen zieht Bronsart den Entwurf zurück. — 7. Einschränkung des

<sup>1</sup> *StenBerRT*, Session 1885/86, Drucks. Nr. 43; Debatte dazu 10.3.1886, S. 1412–1424. Vgl. Wippermann 1886, I, S. 21–23.

<sup>2</sup> Vgl. Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 333 f. (ergänzt Prot.).

<sup>3</sup> Die Denkschrift ist abschriftlich überliefert in: Rep. 90a, D I 2 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 31–44 sowie in: Rep. 77, Tit. 50 Nr. 21 Adhib. 1. Zur Veröffentlichung vgl. Sitzung am 21.3.1886, TOP 6.

<sup>4</sup> Vgl. Rep. 87, ZB Nr. 173, Bl. 55 ff. (Lucius' 18.2.1886, Drucks. des Staatsrats, 1886, Nr. 1).

<sup>5</sup> Vgl. Sitzung am 14.3.1886, TOP 5 mit Anm.

<sup>6</sup> Rep. 77, Tit. 50 Nr. 21 Bd 5, Bl. 205–207.

Gebrauchs der polnischen Sprache in Vereinen und Versammlungen; *diesbezüglich wird Puttkamer das Geschäftssprachengesetz v. 1876 novellieren.* [B] — **8. Ernennung.** [B] — **9.–10. Zwei Ordenssachen.** [B] — **11. Stellungnahme zu den Beschlüssen des RT beim Gesetzentwurf betr. Bau des Nord-Ostseekanals; gebilligt.** [B] — **12. Gesetzentwurf betr. Unfallversicherung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter im RT. Zentrum und Konservative wollen die Organisation den Landesgesetzgebungen [...] überlassen, da die geplante Organisation durch Berufsgenossenschaften eventuell zu kostspielig werden könnte. Sofern der Kreis der zu versichernden Personen und das Maß der Fürsorge reichsgesetzlich bestimmt bleiben, wird Boetticher das im Fortgang der Verhandlungen im RT zugestehen.** [B] — **13. Stellungnahme zu den Beschlüssen<sup>7</sup> des RT bei der Unfallversicherung für Beamte des Reichs und Militärangehörige; ungeachtet einzelner Abänderungen wird Preußen zustimmen.** [B]

<sup>7</sup> Vgl. *StenBerRT, Session 1885/86, Drucks. Nr. 124 und 151; Debatte dazu 15.2.1886, S. 1087–1092.*

## **Nr. 250 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 28. Februar 1886.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 98, Bl. 74–77; MF 574. — Abschr. [1–2]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 203–204v.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.. Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Volkmann [zu 1].*

**1. Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Heranziehung von Militärpersonen zu Kommunalsteuern und Reichsgesetzentwurf<sup>2</sup> betr. Heranziehung der Militärpersonen zu Kommunalsteuern; redaktionell modifiziert und gebilligt; zuerst ist im RT zu beraten.** [B] — **2. Kulturkampfabbau, hier Antrag<sup>3</sup> der preußischen katholischen Bischöfe auf Beteiligung der Diözesan-Oberen bei der Anstellung von katholischen Anstaltsgeistlichen und Lehrern an höheren Lehranstalten. Bismarck wünscht Entgegenkommen bei Bischöfen, die sich freundlich zur Regierung stellten, bei den übrigen aber es beim jetzigen Verfahren zu belassen; vertagt. — Wiederaufrichtung der katholischen Feldpropstei; Bronsart ist dafür, damit die seit Aufhebung der Feldpropstei 1873 den Diözesanbischöfen unterstellten Militärggeistlichen wieder nach gleichmäßigen Grundsätzen verfahren können; Bronsart und Goßler werden der Sache näher treten. — 3. Nachwahl im Reichstagswahlkreis Gumbinnen 7 Sensburg-Ortelsburg soll bald stattfinden.**<sup>4</sup> [B]

<sup>1</sup> *StenBerAH, Session 1886, Drucks. Nr. 154; Debatte dazu 9.4.1886, S. 1757–1768.*

<sup>2</sup> *StenBerRT, Session 1885/86, Drucks. Nr. 192; Kommissionsbericht dazu ebd. Drucks. Nr. 210.*

<sup>3</sup> *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. aber zur Problematik Rep. 76, IV Sekt. I Abt. VIII Nr. 37 Bd. 2 (1873–1885).*

<sup>4</sup> *Am 13.2.1886 war der konservative MdR M. v. Redecker gestorben; die Nachwahl fand am 4.5.1886 statt.*

## **Nr. 251 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 7. März 1886.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 98, Bl. 78–88; MF 574/575. — Abschriften [1–4]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 206–214v; PA Bonn, R 22, n. f.*

Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Ernst v. Moeller.

1. Die Branntweinmonopol-Vorlage ist im RT chancenlos<sup>1</sup>. Bismarck erwägt zwecks Einnahmengewinnung Ersatzmaßnahmen, nämlich eine erhöhte, indirekte Lizenz- oder Gewerbesteuer in Preußen, da im LT nicht die gleiche Scheu vor einer Verletzung der Interessen der Schankwirte herrscht. Ministermehrheit sieht auch dafür geringe Chancen, zumal eine gesetzwidrige Zufuhr billigeren Branntweins von außerhalb droht. Bismarck wird mit deutschen Bundesstaaten eine höhere Branntweinbesteuerung erörtern. Inzwischen soll mit möglicher Strenge gegen den Betrieb des Schankgewerbes vorgegangen werden, z. B. durch baupolizeiliche Prüfung. [B] — 2. Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. Feststellung der Leistungen für Volksschulen. Detailberatung über Formulierung und Instanzenzug. Bismarck wiederholt seinen Unwillen hinsichtlich der übermäßigen Ausbildung der schulpflichtigen Kinder, insbesondere der Mädchen vom Lande, von denen zuviele [...] Näherinnen in der Stadt werden möchten.<sup>3</sup> [B] — 3. Polenpolitik; die in der AH-Kommission zum Ansiedlungsgesetzentwurf beantragte<sup>4</sup> Errichtung von Rentengütern und andere Modifikationen werden gebilligt. [B] — 4. Stellungnahme zum Antrag<sup>5</sup> L. Windthorst/Graf K. v. Waldburg-Zeil auf eine Erklärung des RT, daß es unzulässig sei, den MdR A. v. Schalscha wegen einer ihm nur in seiner Eigenschaft als MdR zugegangenen und von ihm im RT vorgetragenen Information betr. Ausprägung deutscher Taler in der Schweiz einem Zeugniszwangsverfahren zu unterwerfen; Art. 30 RV begründet keine derartige Immunität, und dem RT steht ein Eingriff in Gerichtsverfahren nicht zu. [B] — 5. Titelverleihung. [B] — 6. Goßler berichtet das Ergebnis der Verhandlungen der Herrenhaus-Kommission<sup>6</sup> beim 1. Friedensgesetz zum Kulturkampfabbau.

<sup>1</sup> Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 334–336 (ergänzt Prot.). Lt. Lucius (S. 335) äußerte Bismarck, er wolle gar nicht gerecht und billig sein, er kümmere sich nicht um die Verfassung des Reichs, sie solle in allen Fugen krachen, er erwarte die Unterstützung aller Minister u. sei bereit, nötigenfalls die Verfassung zu brechen. Lucius notierte (S. 336), seit den Szenen mit Graf Eulenburg [1881] und Bitter habe er den Fürsten nicht so wüten gesehen.

<sup>2</sup> Rep. 151, IC Nr. 7829, Bl. 3 f. Ebd., Bl. 26–34 Gutachten der Staatsratsabteilungen. Zur Vorgeschichte seit 1884 vgl. Rep. 84a, Nr. 4687, Bl. 1–79. Vgl. auch BArch, RAdI, Nr. 114933, Bl. 163 ff.; Sitzung am 29.11.1886, TOP 3 mit Anm. sowie Lamberti, State, Society and the Elementary School, bes. S. 102–104.

<sup>3</sup> Letzter Halbsatz hs. Zusatz Bismarcks, wie üblich mit Bleistift, der dann vom Büro mit Tinte nachgefahren wurde.

<sup>4</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1886, Drucks. Nr. 125, S. 1301 ff.

<sup>5</sup> Vgl. StenBerRT, Session 1885/86, Drucks. Nr. 185; Debatte dazu 6.3.1886, S. 1351 f. u. 10.3.1886, S. 1399–1412.

<sup>6</sup> Vgl. StenBerHH, Session 1886, Drucks. Nr. 46.

## Nr. 252 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 14. März 1886.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 98, Bl. 89–98v; MF 575. — Abschr. [1–7]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 217–227.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

1. Nach Ablehnung des Gesetzentwurfs betr. das Branntweinmonopol im RT ist alsbald eine neue Branntweinsteuer-Vorlage mit hoher Konsumsteuer und Erhöhung der Maischraumsteuer



behufs Erhöhung der Exportprämien [...] einzubringen.<sup>1</sup> [B] — **2. Polenpolitik; die Beschlüsse der AH-Kommission zum Ansiedlungsgesetz sind gemäß Beschluß v. 7.3.1886, TOP 3 alle annehmbar.** [B] — **3. Gestaltung der Insignien auf Orden; dem vom Staatsministerium mehrheitlich gewünschten Wegfall der bisher eingepprägten Zahl 50 ist Wilhelm I. nicht besonders geneigt.** [B] — **4. Novelle<sup>2</sup> zur ev. Kirchengemeinde- und Synodal-Ordnung v. 10. September 1873. Bismarck widerrät der Bestimmung, daß der Kreissynodalvorstand schon mit drei anwesenden Mitgliedern [...] beschlußfähig sein soll und sieht durch die Alternative, ein Kirchengesetz entweder ganz zu sanktionieren oder ganz abzulehnen, die Rechte des Staats nicht genügend gewahrt. Ein mahrender Hinweis Goßlers an die Synoden wegen dieses niedrigen Quorums ist am Platze und künftig soll der Kultusminister bereits in der Generalsynode eventuelle Einwendungen erheben.** [B] — **5. Polenpolitik. Gesetzentwurf<sup>3</sup> betr. Bewilligung von außerordentlichen Mitteln zur Förderung des Unterrichtswesens in den ehemals polnischen Landesteilen. Widerspruch von Scholz und Bismarck, die nur die deutsche Volksschule fördern wollen, nicht polnische Lehrer und Schüler, die man nicht zum Deutschtum erziehen kann. Deshalb sind nicht die Goßler'schen großen Summen nötig, sondern ein begrenzter Nachtragsetat<sup>4</sup>.** [B] — **6. Kulturkampfabbau. Beim Antrag der preußischen katholischen Bischöfe auf Beteiligung der Diözesan-Oberen bei der Anstellung von katholischen Anstaltsgeistlichen und Lehrern an höheren Lehranstalten ist keine formelle Regelung am Platze, sondern wie von Bismarck vorgeschlagen zu verfahren.** [B] — **7. Geplante Umwandlung der 3 ½ prozentigen Staatsschuldscheine in Obligationen der 3 ½ prozentigen konsolidierten Anleihe wird gebilligt.** [B] — **8. Titelverleihung.** [B] — **9. Zwei Ordenssachen.** [B]

<sup>1</sup> Vgl. Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 338 f. (ergänzt Prot.), Fuchs (Hrsg.), *Großherzog Friedrich I.*, Bd. 2, S. 395 f. (diesbezügl. Ankündigung Scholz' im Bundesrat) u. *StenBerBundesR*, Jg. 1886, Drucks. Nr. 61 (neuer Branntweinsteuergesetzentwurf); Beschluß dazu Sitzung am 15.5.1886, § 297.

<sup>2</sup> *Rep.* 77, Tit. 123 Nr. 134 Bd. 3, Bl. 35–41v (Kirchengesetzentwurf, Bl. 47 f. *Votum Bismarcks*). Vgl. *StenBerAH*, Session 1886, Drucks. Nr. 255.

<sup>3</sup> *BArch, RA dI*, Nr. 114954, Bl. 131–137 (11,9 Mio. für das Bildungswesen) u. Bl. 215–220 (weitere Millionenforderung v. 5.3.1886). Die Vorlagen v. 7.2./5.3.1886 auch *BArch, RK*, Nr. 661/1, Bl. 184–187 bzw. ebd., Nr. 662/2, Bl. 170 bis 175.

<sup>4</sup> *StenBerAH*, Session 1886, Drucks. Nr. 158 (0,9 Mio. M. für Schulzwecke); Debatte dazu 15.4.1886, S. 1865–1883.

## Nr. 253 Sitzung des Staatsministeriums am 21. März 1886.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 98, Bl. 99–104v; MF 575. — Abschr. [1–4, 6–8]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 229–237v. Teildruck [1]: Stürmer (Hrsg.), Bismarck und die preußisch-deutsche Politik, S. 211.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Kurowsky [U].*

**1. Verhältnis Staatsministerium — RT. Anlässlich eines Falles<sup>1</sup> bemängelt Bismarck zu wohlwollende Antworten bei Anfragen, was erst größere Angriffsfläche [...] gegen die Regierung bietet. Künftig ist möglichst knapp zu antworten, etwa, daß man Behauptungen bestreite und den Beweis**

<sup>1</sup> Am 16.3.1886 hatte der I. StAnw. am LG Berlin I, Angern, auf eine Anzeige P. Singers detailliert geantwortet, weil Singer einen als Spitzel in einem sozialdemokratischen Verein tätigen Polizisten der Majestätsbeleidigung bezichtigt hatte. Die Veröffentlichung der Antwort in der "Volkszeitung" druckte die "Post" Nr. 79 v. 21.3.1886 ab, und dies gab Bismarck Anlaß zu seinen Bemerkungen, die lt. Lucius v. a. Kritik an Puttkamer und Scholz bedeuteten. Vgl. *BArch, RK*, Nr. 1786, Bl. 160 ff. (Bismarck u. die Reichsstaatssekr. gegen Initiativanträge des RT).

erwarte.<sup>2</sup> [B] — **2.** *Versagen von Polizeibeamten beim Vorgehen gegen die Sozialdemokratie anlässlich des Frankfurter Prozesses*<sup>3</sup>. Bismarck hält das Urteil gegen Polizeikommissar Meyer und die Schutzleute für zu hart und für geeignet, die Polizeimannschaften einzuschüchtern; auch Polizeipräsident Hergenhausen hat seines Erachtens versagt. Künftig soll bei Tumult umgehend der Belagerungszustand verhängt, für Frankfurt a/M. der kleine Belagerungszustand gemäß § 28 des Sozialistengesetzes erklärt und die verurteilten Polizisten begnadigt werden.<sup>4</sup> [B] — **3.** *Gesetzesentwurf*<sup>5</sup> betr. Beteiligung Preußens an den Kosten für den Nordostseekanal; Preußen wird vorweg 50 Mill. M. zuschießen. [B] — **4.** *Novelle zur Zuckersteuer im RT. Zentrum und Konservative schlagen der Regierung als Kompromiß vor, daß sie die Kommissionsbeschlüsse*<sup>6</sup> betr. Steuereinkünfte und Privatniederlagen sowie die bis 1888 niedrigere Materialsteuer von 1,70 M. akzeptieren möge. StS Burchard soll dem offiziell zustimmen. [B] — **5.** *Der gewählte Erzbischof Dinder in Posen-Gnesen ist unter Erlaß des Eides landesherrlich anzuerkennen.*<sup>7</sup> [B] — **6.** *Die Gesetzesentwürfe* betr. Fortbildungsschulen bzw. Anstellung [...] der Lehrer in Westpreußen und Posen in der AH-Kommission<sup>8</sup>; die Flottwellsche Denkschrift von 1841 soll vervielfältigt allen Mda zugehen [B]. — **7.** *Gesetzesentwurf*<sup>9</sup> betr. die Pflichten der Handelsmakler gebilligt. [B] — **8.** *Grundsätze im Reich bei der von StS H. v. Stephan befürworteten Ernennung zweier Postbauräte zu Oberposträten; nach Analogie preußischer Verhältnisse wären die Betroffenen zu jung an Dienstjahren; Bismarck wird nach den Voten*<sup>10</sup> der Minister StS Stephan bescheiden. [B] — **9.** *Vier Ernennungen zum OVG.* [B]

<sup>2</sup> Vgl. Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 339 f. (ergänzt Prot.).

<sup>3</sup> Bei der Beerdigung des sozialdemokratischen Ziseleurs H. Hiller kam es am 22.7.1885 in Frankfurt zu einem durch das rigorose Vorgehen des Polizeikommissars H. Meyer verursachten Tumult, bei dem Trauergäste durch Polizisten verletzt wurden. Meyer und drei Polizisten wurden, da ihr Vorgehen rechtlich nicht gedeckt war, im März 1886 vom LG Frankfurt zu einigen Monaten Gefängnis verurteilt, aber im Juli 1886 begnadigt. Vgl. Rep. 77, Tit. 500 Nr. 46 Adhib. D Bd. 1, Bl. 32–279 u. BArch, RK, Nr. 646/7, Bl. 146 ff. (Zeitungsberichte zum Prozeß).

<sup>4</sup> Vgl. Wippermann 1886, I, S. 238–242 (Erlaß d. Mdl v. 11.4.1886 gegen Streiks).

<sup>5</sup> Rep. 84a, Nr. 4866, Bl. 199–202. Das Reichsgesetz betr. die Herstellung des Nord-Ostseekanals v. 16.3.1886 war also bereits in Kraft, als die Ministerrunde den preuß. 50 Mio. Beitrag billigte u. als Gesetzesentwurf dem Landtag vorlegte; vgl. StenBerAH, Session 1886, Drucks. Nr. 157; Debatte dazu 14.4.1886, S. 1853–1861.

<sup>6</sup> StenBerRT, Session 1885/86, Drucks. Nr. 200 (Kommissionsbeschlüsse); vgl. ebd. Nr. 230 (RT-Beschlüsse 2. Lesung) u. Debatte dazu 3.4.1886, S. 1853–1874 (S. 1868 f. Burchard).

<sup>7</sup> Vgl. Rep. 76, IV Sekt. 1a Abt. II Gnesen-Posen Nr. 1 Bd. 2, Bl. 123 f.

<sup>8</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1886, Drucks. Nr. 122 bzw. 171 (Kommissionsberichte).

<sup>9</sup> Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1886, Drucks. Nr. 65 (nicht zustande gekommen).

<sup>10</sup> Rep. 90, Nr. 531, n. f. (Voten).

## Nr. 254 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 9. April 1886.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 98, Bl. 105–115; MF 575. — Abschr. [1–6, 10]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 239–249.*

*Anwesend: Bismarck [U, V], Puttkamer [U], Lucius [U], Friedberg [U], Boetticher [U], Goßler [U], Scholz [U], Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

**1.** *Umgestalteter Prinzipal- und Eventualentwurf*<sup>1</sup> zur Branntweinsteuer. Der prinzipale Entwurf sieht lt. Scholz praktisch eine Konsumsteuer vor, belastet den Schankwirt und erhöht die Rückvergütung der Maischraumsteuer beim Export; der alternative Eventualentwurf läßt hingegen Druck

<sup>1</sup> BArch, RAdI, Nr. 114958, n. f. (mit Votum Scholz' v. 4.4.1886 übersandt). Vgl. Rep. 151, III Nr. 8250, n. f. und StenBerBundesR, Jg. 1886, Drucks. Nr. 61.

für den Produzenten fühlbar werden. *Lt. Bismarck ist dem RT zunächst der Prinzipal-, bei Ablehnung der Eventualentwurf vorzulegen und bei beider Ablehnung eine Regelung in Preußen zu erwägen.*<sup>2</sup> [B] — **2. Stellungnahme zu den RT-Beschlüssen<sup>3</sup> bei der Zuckersteuer; entsprechend den Meinungen in RT und Bundesrat soll ihnen nicht beigetreten, sondern ein neuer Entwurf<sup>4</sup> analog dem Amendement<sup>5</sup> F. Bormann vorgeschlagen werden.** [B] — **3. Terminierung der weiteren RT-Session zur Beratung von Branntwein- und Zuckersteuer.** [B] — **4. Immunität von MdR gemäß Art. 30 RV und Zeugniszwangsverfahren gegen den MdR A. v. Schalscha; da er bereit ist, seine auf falschen Informationen beruhende Behauptung wegen Ausprägung deutscher Taler in der Schweiz im RT zurückzunehmen, er zu den versöhnlicheren Mitgliedern der Zentrumsfraktion gehört und somit das Prinzip der Zeugnisfrage von MdR entschieden ist, soll Schalscha die verhängte Geldbuße gnadenweise erlassen werden.** [B] — **5. Stellungnahme zur Interpellation<sup>6</sup> W. Frh. v. Minnigerode/H. Graf Kanitz betr. weitere Zollerhöhungen und Steuererleichterung der Kommunen; Lucius soll ausführen, daß eine fernere Erhöhung der Zölle zur Zeit nicht beabsichtigt, Überweisung der Grund- und der Gebäudesteuer an die Kommunen regierungsseitig unterstützt und eine Enquête zur Schulden- und Steuerlast des Grundbesitzes erwogen wird.<sup>7</sup> [B] — **6. Stellungnahme zur Interpellation<sup>8</sup> H. Wehr betr. Staatshilfen nach den Überschwemmungen im Wechselgebiet; erst sind Behördenberichte abzuwarten.** [B] — **7. Bischofswahl in Kulm ist möglichst zu beschleunigen.** [B] — **8. Vervollständigung des Domkapitels in Posen-Gnesen durch drei Männer entschieden deutscher Gesinnung; Wanjura und Dulinski sollen Dompropste werden.** [B] — **9. Erzbischof Dinder, Posen, soll Staatsgelder zur Wiederherstellung und Möblierung des erzbischöflichen Palais' erhalten, da er sich bisher entgegenkommend gezeigt hat.<sup>9</sup> [B] — **10. Gemäß AH-Kommissionsbeschluß<sup>10</sup> soll das Gesetz betr. Anstellung der Lehrer in den ehemals polnischen Landesteilen nur in der Prov. Posen und dem Regierungsbezirk Marienwerder gelten.******

<sup>2</sup> Vgl. Poschinger, *Bismarck und der Bundesrat*, Bd. 5, S. 235 und Schultheß 1886, S. 115 f.

<sup>3</sup> *StenBerRT*, Session 1885/86, Drucks. Nr. 230 u. Sitzung am 3.4.1886, S. 1853–74 (3. Lesung).

<sup>4</sup> In der Sitzung am 15.4.1886, § 237 regte Scholz tatsächlich einen neuen Gesetzentwurf an, der als Drucks. Nr. 60 des Bundesrats in dessen Sitzung am 13.5.1886, § 286 angenommen wurde, nachdem gleichzeitig die Beschlüsse des RT abgelehnt worden waren.

<sup>5</sup> *StenBerRT*, Session 1885/86, Drucks. Nr. 249. Der interfraktionelle Antrag Bormann betraf v. a. die Steuervergütung beim Export.

<sup>6</sup> *StenBerAH*, Session 1886, Drucks. Nr. 159; Debatte dazu 12./13.4.1886, S. 1787–1849 (Lucius S. 1794–1798).

<sup>7</sup> Vgl. *Rep.* 77, Tit. 94 Nr. 95 Bd. 5, Bl. 308 ff. Wahrscheinlich ist diese Statistik die (teilweise) Umsetzung der in der Sitzung v. 27.10.1885, TOP 6 erwogenen allg. landwirtschaftlichen Erhebung.

<sup>8</sup> *StenBerAH*, Session 1886, Drucks. Nr. 153; Debatte dazu 12.4.1886, S. 1778–1787.

<sup>9</sup> Vgl. Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 345 f. (ergänzt Prot. in Bezug auf die Kirchenpolitik).

<sup>10</sup> *StenBerAH*, Session 1886, Drucks. Nr. 171, S. 1577. Das AH-Plenum stellte die Geltung für ganz Westpreußen wieder her.

## Nr. 255 Sitzung des Staatsministeriums am 20. April 1886.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [4–6] und Korrekturen, Bd. 98, Bl. 117–147; MF 575/576.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Friedberg, Boetticher, Scholz. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Lucanus [für Goßler], Rieth [zu 4–5], Liba [zu 4], Frh. v. Broich [zu 5–6], v. Kurowsky, v. Tepper-Laski [beide zu 6].

1. Ordenssache. [B] — 2. Staatshilfe anlässlich der Weichsel-Überschwemmung; 50000 M. zur Schließung des Deichdurchbruchs werden erbeten. — 3. Stellungnahme zu den RT-Beschlüssen<sup>1</sup> beim Gesetzentwurf betr. Unfall- und Krankenversicherung der in Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten; Preußen wird im Bundesrat zustimmen. [B] — 4.–6. 31 Disziplinar- und Pensionssachen. [B]

<sup>1</sup> StenBerRT, Session 1885/86, Drucks. Nr. 284 (Beschlüsse 3. Lesung).

## Nr. 256 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 8. Mai 1886.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 98, Bl. 148–160, Anlage: Bl. 162; MF 576. — Abschr. [1–7, 11]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 253–263v.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

1. Unruhen unter Militärpflichtigen in Spremberg<sup>1</sup> und Haltung zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Lt. Puttkamer ist die Ruhe wiederhergestellt und der Vorfall ohne weitere Bedeutung. Bismarck sieht angesichts der Ausbrüche sozialdemokratischer Bewegung in vielen Staaten<sup>2</sup> Anlaß zum Einschreiten bei ersten Anzeichen solcher Bewegung; Preußen wird für die sozialdemokratische Hochburg Spremberg die Verhängung des sog. kleinen Belagerungszustandes beantragen<sup>3</sup> [B]. Nach Versammlungen von Berliner Bahnfahrern wegen höherer Löhne sollen Versammlungsverbote gemäß § 28 No. 1 des Sozialistengesetzes durchgesetzt werden, obwohl Puttkamer öffentliche Versammlungen als weniger schlimm denn geheime Zusammenkünfte ansieht [B]. — 2. Vorgehen gegen den gewerkschaftlichen allgemeinen Maurerbund; der Bund aus Fachvereinen soll als politischer Verein aufgrund des Verbindungsverbots des § 8 des Vereinsgesetzes v. 11. März 1850 geschlossen werden, selbst auf die Gefahr hin, daß Gerichte die Schließung nicht bestätigen. [B] — 3. Staatsschulden und Kulturkampfabbau; die von Scholz zwecks Verwaltungserleichterung geplante Einziehung der Staatsschuldscheine unterbleibt, da Bismarck fürchtet, daß nach dem somit bewirkten Ende der Verpfändung der Staatsdomänen und Forsten die kath. Kirche erneut Anspruch auf Dotationen aus Staatswaldungen gemäß der Bulle de salute animarum von 1821 erhebt und dies die Verständigung mit dem Papste stört.<sup>4</sup> — 4. Bischofswahl in Kulm; von sechs Kandidaten des Domkapitels ist nur Dompropst Wanjura der Regierung genehm.<sup>5</sup> [B] — 5. Einschränkung des Handels mit konzessionierten Apotheken; Immediatbericht<sup>6</sup> dazu wird gebilligt und reichsgesetzliche Regelung des Apothekenwesens angeregt. [B] — 6. Polenpolitik; die Ansiedlungskommission soll gemäß Bericht<sup>7</sup> der Staatsrats-Abteilungen als ein dem Staatsministerium unterstelltes Organ gebildet und Ankäufe getätigt

<sup>1</sup> Zum Ablauf der Unruhen v. 3.5.1886 vgl. den Bericht der Post Nr. 123 v. 6.5.1886 (als Anlage auf Bl. 162).

<sup>2</sup> 1886 kam es in den USA (4./5.5. Chicago), Belgien und Frankreich (Streiks im März) und England (8.2. London) zu Arbeiterprotesten, die von den Regierungen mit Ordnungskräften bekämpft und mit Strafprozessen verfolgt wurden.

<sup>3</sup> StenBerBundesR, Jg. 1886, Sitzung am 20.5.1886, § 305. Vgl. Wippermann 1886, I, S. 243 f. (Berlin/Spremberg). Die Verfügung Puttkamers v. 11.4.1886 in: Rep. 77, Tit. 2513 Nr. 1 Beih. 33, Bl. 2 ff.

<sup>4</sup> Vgl. BArch, RA DL, Nr. 114957, n. f. (Votum Scholz' v. 26.4. u. Friedbergs v. 3.5.1886). Die Bulle de salute animarum v. 16.7.1821 gedr. in: GS 1821, S. 113–152.

<sup>5</sup> Vgl. Gatz, Erwin, Akten zur preuß. Kirchenpolitik in den Bistümern Gnesen-Posen, Kulm und Ermland 1885–1914, Mainz 1977, S. 8–13 (Immediatbericht Goßlers v. 12.5.1886).

<sup>6</sup> Rep. 89, Nr. 24460, n. f. (Immediatbericht v. 26.5.1886, Erlaß Wilhelms I. v. 7.8.1886 betr. Sperre der Konzessions-Weitergabe) u. Rep. 120, BB LX I Nr. 6 Bd. 3, Bl. 1 ff. (Voten). Vgl. Sitzung am 18.12.1893, TOP 7 mit Ann.

<sup>7</sup> Rep. 84a, Nr. 4089, Bl. 15–18. Ebd., Bl. 24 ff. Schreiben Lucius' u. Entwurf der VO zur Ansiedlungskommission.

werden. [B] — *Gesetzentwurf betr. Feststellung der Leistungen der Volksschule soll nach der Beratung in den Staatsrats-Abteilungen<sup>8</sup> nicht mehr ins Plenum kommen* [B]. — **7.** *Bismarck regt die Auflösung der Provinz Posen und Zuteilung [...] an die Nachbarprovinzen an.* — **8.** *Ernennung.* [B] — **9.** *Drei Titelverleihungen.* [B] — **10.** *Stellungnahme zu den Beschlüssen<sup>9</sup> der AH-Kommission beim Gesetzentwurf betr. Anstellung der Volksschullehrer in den Prov. Westpreußen und Posen und im Regierungsbezirk Oppeln.* [B] — **11.** *Sanktionierung des Kirchengesetzes<sup>10</sup> betr. die Dienstvergehen der Kirchenbeamten. Bismarcks Bedenken sind beseitigt, da Wilhelm I. den Ev. Oberkirchenrat anweisen wird, daß § 3 analog den Vorschriften des Disziplinalgesetzes v. 21. Juli 1852 gehandhabt wird.* [B]

<sup>8</sup> *BArch, RA DL, Nr. 114933, Bl. 176 ff. (17 S., Druck). Ebd., Bl. 186–189 der geänderte Entwurf Goßlers v. 22.12.1886.*

<sup>9</sup> *StenBerAH, Session 1886, Drucks. Nr. 171. Zu den Änderungen vgl. Wippermann 1886, I, S. 136 f.*

<sup>10</sup> *Vgl. den Entwurf in: Verhandlungen der zweiten ordentlichen Generalsynode, Berlin 1886, S. 764–778, Erläuterungen S. 1031–1042. Als Kirchengesetz v. 16.7.1886 gedr. in: Kirchliches Gesetz- und Verordnungsblatt 1886, S. 81. § 3 gestattete, das Disziplinarverfahren bis zum Abschluß eines gleichzeitigen Strafverfahrens vorläufig einzustellen.*

## Nr. 257 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Mai 1886.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 98, Bl. 163–168; MF 576.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: v. Tepper-Laski [zu 8].*

**1.** *Acht Ordenssachen zur Hundertjahrfeier der akademischen Kunstausstellungen in Berlin, darunter A. Menzel, H. v. Angeli und F. v. Lenbach.* [B] — **2.** *Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Berechnung der Dienstzeit von Beamten des Kunstgewerbemuseums zu Berlin wird gebilligt.* [B] — **3.** *Ordenssache.* [B] — **4.** *Vier Ernennungen.* [B] — **5.** *Ordenssache; zwei Ernennungen.* [B] — **6.** *Die Mitglieder des aufgehobenen Gerichtshofs für kirchliche Angelegenheiten sollen ihr Gehalt aus diesem Nebenamt für die Dauer ihres Hauptamts weiterhin beziehen.* [B] — **7.** *Bericht<sup>2</sup> an den RT über den gemäß § 28 des Sozialistengesetzes für Berlin und Umgegend verhängten sog. kleinen Belagerungszustand ist zu erstellen. Geplante Maßnahmen gegen Streiks unter den Eisenbahnarbeitern erreichen so zwar Publizität, sind aber nötig, da eine dem öffentlichen Verkehr drohende Gefahr vorliegt.* [B] — **8.** *Papierqualität bei preuß. Behörden; Details bezüglich die mehr als einmalige Prüfung des gelieferten Papiers pro Jahr, Papierqualitätsklassen und künftigen behördlichen, statt individuellen Ankäufen des Papiers für Beamte mit Schreibmaterialien-Vergütung.<sup>3</sup>* [B]

<sup>1</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1886, Drucks. Nr. 259.*

<sup>2</sup> *StenBerRT, Session 1885/86, Drucks. Nr. 296; Debatte dazu 26.6.1886, S. 2181–2193.*

<sup>3</sup> *Vgl. Rep. 76, IIa Sekt. 48 Gen. Nr. 27 Bd. 1, n. f. (Vorgeschichte seit 1884, Schriftwechsel, Papierprüfung).*

## Nr. 258 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 27. Mai 1886.

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [3–4] und Korrekturen, Bd. 98, Bl. 169–179v, 187–195, Anlage: Bl. 181–186; MF 577. — Abschr. [1–2, 5–6]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 270–278.*

Anwesend: Puttkamer [V, U], Maybach [U], Lucius [U], Friedberg [U], Boetticher [zu 1–3, U], Goßler [U], Scholz [zu 1–3, U], Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: v. Tepper-Laski, Nieberding [beide zu 2], Rieth [zu 3], Frh. v. Broich [zu 3–4].

**1.** Entwurf<sup>1</sup> der VO zur Organisation der Ansiedlungskommission; da Bismarck gegen den Vorsitz durch den jeweiligen Landwirtschaftsminister Bedenken hat, bleibt diese Frage in der VO offen [B]; Details betr. Befugnisse des Kommissionsvorsitzenden, Zahl der Mitglieder u. a. m. [B] — **2.** Uniformierung der Reichs- und Staatsbeamten. 1877/78 wurde nur Einvernehmen über Uniform der drei ersten Rangklassen erzielt, da Wilhelm I. für die IV. Rangklasse einen im Freien und zu Pferde tragbaren Rock ohne große Stickerei wünschte. Details mehrerer Modelle. Entscheidung vertagt, bis das Reich neue Uniformen eingeführt hat.<sup>2</sup> — **3.–4.** Acht Disziplinarsachen. [B] — **5.** Kreis- und Provinzialordnung für Westfalen im Herrenhause; die Regierung wird für Annahme der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses wirken.<sup>3</sup> [B] — **6.** Stellungnahme zum Antrag<sup>4</sup> W. Frh. v. Hammerstein betr. Selbständigkeit der evangelischen Kirche; Goßler wird eine möglichst zurückhaltende Stellung einnehmen. [B] — **7.** Kulturkampfabbau; keine Illumination des Regierungspräsidial-Gebäudes in Aachen anlässlich des Besuchs von Erzbischof Krentz, Köln, in der Stadt. [B] — **8.** Ordenssache. [B] — **9.** Titelverleihung. [B] — **10.** Ordenssache. [B]

<sup>1</sup> Als Anlage (Bl. 181–187). Hier sind auch die lt. Prot. beschlossenen Änderungen hs. eingetragen. Vgl. auch Rep. 90a, B III 4f Nr. 1 Bd. 1, Bl. 89 ff. und Rep. 77, Nr. 5700, Bl. 200–202 (Bedenken Bismarcks v. 19.5.1886).

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 585, n. f. (Voten) u. Rep. 89, Nr. 3908, Bl. 4 ff. (Immediatbericht v. 28.6.1886).

<sup>3</sup> StenBerHH, Session 1886, Drucks. Nr. 87 (Beschlüsse von AH u. HH); Debatte dazu 9.6.1886, S. 289–300.

<sup>4</sup> StenBerAH, Session 1886, Drucks. Nr. 214; unerledigt geblieben, vgl. 1.6.1886, S. 2481 f., 2.6.1886, S. 2513 f. Vgl. Geschichte der Evangelischen Kirche der Union, Bd. 2, hrsg. v. J. Rogge u. G. Ruhbach, Leipzig 1994, S. 290–296.

## Nr. 259 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Juni 1886.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschr. [1] und Korrekturen, Bd. 98, Bl. 196–202; MF 577. — Abschr. [2–6]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 280–286v.

Anwesend [U]: Maybach [V], Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Paschke [zu 1].

**1.** Pensionssache. [B] — **2.** VO zur Organisation der Ansiedlungskommission wurde von Bismarck gebilligt und Immediatbericht<sup>1</sup> dazu wird nun vollzogen; R. Graf Zedlitz-Trützschler soll Vorsitzender werden. [B] — **3.** Staatshilfen nach den Überschwemmungen im Weichselgebiet; der Staat ist zur Entschädigung der Betroffenen nicht verpflichtet, nur zur Hilfe, um die bedürftigen Besitzer im Haus- und Nahrungsstand zu erhalten; Weichsel-Regulierung und Ankauf der Binnenehrung sind zu fördern; Gesetzentwurf<sup>2</sup> zur Hilfe ist auszuarbeiten. [B] — **4.** Verrechnung des Wohnungsgeldzuschusses für Hilfsarbeiter. [B] — **5.** Geplante deutsche Industrie-Ausstellung in Berlin für das Jahr 1888; über den erbetenen Reichszuschuß von drei

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 84a, Nr. 4089, Bl. 62–65 (Entwurf). Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 349 (ergänzt Prot.) und allg. Mai, Polenpolitik, S. 123 ff.

<sup>2</sup> BArch, RAAdI, Nr. 114959, n. f. (Entwurf v. 9.6.1886). Vgl. StenBerAH, Session 1886, Drucks. Nr. 258; Debatte dazu 22.6.1886, S. 2554–2568.

Mio. M. soll im Bundesrat entschieden werden.<sup>3</sup> [B] — 6. Branntweinsteuer-Novelle im RT; die dort zu erwartende Frage, welche militärischen Mehrausgaben im Reich zu erwarten und wozu die Branntweinsteuererträge in Preußen verwendet werden sollen, ist ganz allgemein zu beantworten, nämlich daß Militärbedürfnisse unvorhersehbar sind und Preußen eine Erleichterung der Kommunen sowie Erhöhung der Beamtenbesoldungen beabsichtigt.<sup>4</sup> [B] — 7. Sechs Ernennungen; zwei Ordenssachen. [B]

<sup>3</sup> Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1886, Drucks. Nr. 76, Beschluß Sitzung am 2.7.1886, § 416 und Schultheß 1886, S. 134 bis 137. Zum Zusammenhang vgl. Rep. 120, E XVI 2 Nr. 13 F Bd. 1 und den Band Die verhinderte Weltausstellung. Beiträge zur Berliner Gewerbeausstellung 1896, Berlin 1996, hier S. 14 f.

<sup>4</sup> Vgl. StenBerRT, Session 1885/86, 26.6.1886, S. 2196 (Scholz).

## Nr. 260 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums im Gebäude des Herrenhauses am 9. Juni 1886.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 98, Bl. 203–210; MF 577. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 287–293v.

Anwesend [U]: Maybach [V], Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Herrfurth [für Puttkamer].

1. Branntweinsteuer-Novelle im RT; trotz deren Aussichtslosigkeit ist Bismarck gegen den von Boetticher angeregten Schluß der RT-Session. — 2. VO zur Organisation der Ansiedlungskommission. Bismarck wünscht nun Änderungen, nämlich Rücktritt des Oberpräsidenten von Posen, W. v. Guenther, Berufung von Graf Zedlitz-Trützschler zum Nachfolger und Übernahme des Kommissionsvorsitzes durch ihn im Nebenamt<sup>1</sup>. Lucius befürwortet entschieden Festhalten an der beschlossenen Organisation, da Bismarck seine Beteiligung selbst abgesagt hat, die VO feststeht und der Vorsitz hauptamtliche Kraft erfordert. Scholz möchte Bismarcks Wünschen willfahren. Mit vier gegen drei Stimmen werden Bismarcks Änderungswünsche akzeptiert und sofort in den Entwurf der VO eingearbeitet. [B] — 3. Gesetzentwurf betr. Kommunalbesteuerung der Offiziere ist trotz einer kleinen Modifikation im AH zu billigen.<sup>2</sup> [B] — 4. Kulturkampfabbau. Ausstehende Dispensationen katholischer Priester von den gesetzlichen Erfordernissen der Vorbildung für ein geistliches Amt sollen erteilt werden [B]. Dem gewählten [...] Kapitularvikar für das Bistum Pelpin, L. Redner, ist der Eid zu erlassen [B]. Die Begnadigung verschiedener unter den Maigesetzen bestrafte Personen wird vorbereitet; Weihbischof J. Ch. Janiszewski, Posen, ist lt. Goßler jedoch nicht wieder einzusetzen.

<sup>1</sup> Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 350.

<sup>2</sup> Vgl. StenBerHH, Session 1886, Drucks. Nr. 97; Debatte dazu 8.6.1886, S. 286 f.

## Nr. 261 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 23. Juni 1886.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [8] und Korrekturen, Bd. 98, Bl. 211–221; MF 577/578.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher [zu 1–4], Scholz, Bronsart v. Schellendorff [zu 1–4]. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Lucanus [für Goßler], Frh. v. Broich [zu 8].

1. Polenpolitik und Verlegung des Kadettenhauses zu Kulm nach Köslin; Bronsart kann darin angesichts der Verlegung von Regimentern in die polnischen Landesteile keinen Widerspruch zur Polenpolitik erkennen, zumal die Kadetten in diesem verkommenen, schmutzigen Städtchen mit feindseliger Bevölkerung nur schlechte Erziehung genießen; mit schwerem Herzen stimmen Puttkamer und Scholz zu.<sup>1</sup> [B] — 2. Schluß des Landtags soll am 30.6.1886 sein. [B] — 3. Verordnung zur Organisation der Ansiedlungskommission wurde von Wilhelm I. vollzogen; zuständiges Ressort wird das Landwirtschaftsministerium sein.<sup>2</sup> [B] — 4. Ernennung; Graf R. Zedlitz-Trützschler wird neuer OPräs. von Posen und Vorsitzender der Ansiedlungskommission, nachdem OPräs. W. v. Guenther resigniert hat. [B] — 5. Sechs Ernennungen. [B] — 6. Beschaffung eines neuen Gebäudes für das AH; Maybach prüft, ob das alte Reichstagsgebäude, Leipziger Str. 4, für jenen Zweck sich eignet. [B] — 7. Ordenssache. [B] — 8. Sechs Disziplinarsachen. [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 1221 Nr. 2 Bd. 2, Bl. 121–132v. Die Verlegung nach Köslin erfolgte erst zum 1.10.1890; vgl. Vom Kadettenhaus Kulm zur nationalpolitischen Bildungsanstalt Köslin, in: Die Brücke, Jg. 6, 1933, S. 65 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 351 f.

## Nr. 262 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 27. Juni 1886.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 98, Bl. 222–228; MF 578. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 4, Bl. 301–305v.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Maybach, Friedberg, Boetticher, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

1. Beschlußfähigkeit des RT gemäß Art. 28 RV. Bismarck möchte ggf. regierungsseitig die mangels Präsenz bestehende Beschlußunfähigkeit konstatieren lassen und so verhindern, daß RT-Beschlüsse von einer an sich beschlußunfähigen Versammlung gefaßt werden. Regierungsvertreter dürfen zwar nach der Geschäftsordnung des RT keine Anträge bezüglich der Beschlußfähigkeit stellen, aber in der Debatte darauf hinweisen, daß der Bundesrat zweifelhafte Beschlüsse nicht als gültig anzuerkennen braucht.<sup>1</sup> [B] — 2. Verfahren nach Ablehnung der Branntweinsteuer-Novelle. Lt. Bismarck sollen die Regierungen nun demonstrieren, daß sie den Zustand ohne neue Einnahmen ertragen können, zumal selbst die Branntweimbrenner und die konservativen Fraktionen die Regierung hier im Stich gelassen haben. Ein preußischer Gesetzentwurf zur Kontingentierung des Brennereibetriebes ist angesichts nachbarstaatlicher Konkurrenz, Reichskompetenz hinsichtlich der Gewerbeordnung und schlechten Aussichten sogar im LT zu unterlassen. [B] — 3. Beratung der neuen Handelsverträge mit Rumänien und Spanien durch den RT<sup>2</sup>; Boetticher rät Bismarck,

<sup>1</sup> Anfang 1886 mußte sich der RT mehrfach wegen Beschlußunfähigkeit aufgrund mangelnder Präsenz vertagen; vgl. StenBerRT, Session 1885/86, 18.1.1886, S. 622, 26.1.1886, S. 767, 28.1.1886, S. 792, 8.3.1886, S. 1379. Aus diesem Grunde blieb am 24.2.1886, S. 1196 der – Bismarck willkommene – Antrag der Konservativen auf fünfjährige Legislaturperioden unerledigt. Beschlußunfähigkeit wurde allerdings vom RT, nicht regierungsseitig konstatiert.

<sup>2</sup> Die Vereinbarung mit Rumänien kam wegen der politischen Unruhen dort erst 1887 zustande, die Vertragsverlängerung mit Spanien wurde vom RT in einer Extra-Session gebilligt. Vgl. Gerloff, Zoll- und Finanzpolitik, S. 224 u. StenBerRT, Session 16.–20.9.1886, Drucks. Nr. 4 u. Debatte am 18.9.1886, S. 9–32.



zur Befriedigung des Reichstages *besser eine Extra-Session anzusetzen als ohne ihn* den Vertrag zu ratifizieren.

### **Nr. 263 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Juli 1886.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [8] und Korrekturen, Bd. 98, Bl. 229–239; MF 578.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Friedberg, Lucius, Boetticher, Goßler, Scholz. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky, v. Tepper-Laski, Frh. v. Broich [alle zu 8].*

**1.–4.** Vier Titelverleihungen; u. a. werden Prof. Dr. R. Gneist Wirkl. Geheimer Oberjustizrat sowie Unterstaatssekretär H. Lucanus und der Präsident des AH G. v. Köller Wirkl. Geheime Räte. [B] — **5.** Die Wahl von H. Rüdorff zum Präsidenten der Preußischen Central-Boden-Kredit Aktiengesellschaft wird genehmigt. [B] — **6.** Dispensation katholischer Priester von den gesetzlichen Erfordernissen der Vorbildung für ein geistliches Amt; Mitteilungen Goßlers zur Lage. [B] — **7.** Unfallversicherung der Seeleute; ein Gesetzentwurf<sup>1</sup> ist einzubringen, wobei aber der gesamte Fischereibetrieb und die Bemannung kleinerer Fahrzeuge zunächst außer Betracht bleiben. [B] — **8.** Neun Disziplinarsachen. [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. StenBerRT, Session 1887, Drucks. Nr. 6; Debatte dazu 17.3.1886, S. 152–163.

### **Nr. 264 Sitzung des Staatsministeriums am 18. August 1886.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 98, Bl. 240–241v; MF 578.*

*Anwesend [U]: Maybach [V], Lucius, Friedberg. — Prot.: Kurowsky. [U].*

*Weitere Teilnehmer: Lucanus [für Goßler], Herrfurth [für Puttkamer], Frh. v. Lentz [für Scholz].*

**1.** Ordenssachen. [B] — **2.** Ernennung. [B] — **3.** Ordenssache. [B] — **4.** Bischofswahl in Pelplin; L. Redner ist als Bischof genehm. [B] — **5.** Ordenssache. [B] — **6.** Rangstellung der Regierungs-Bauführer und Baumeister; vertagt. — **7.** Funktionszulagen für die Beamten der Ansiedlungskommission; höhere Bemessung für den Vorsitzenden und Subalternbeamte unterbleibt zunächst, da sie nirgends gewährt werden und bei Rückversetzung der betr. Beamten zu hohe Funktionszulagen hinderlich sind; Etat<sup>1</sup> der Ansiedlungskommission wird gebilligt. [B]

---

<sup>1</sup> Rep. 84a, Nr. 4089, Bl. 69f. Vgl. StenBerHH, Session 1887, Drucks. Nr. 36 B, Nr. 23 (Funktionszulagen im Etat 1887/88).

**Nr. 265 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 2. September 1886.**

*Reinschr., Bd. 98, Bl. 243–244; MF 578.*

*Anwesend: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Friedberg, Boetticher. — Prot.: Beglaubigt<sup>1</sup> Kurowsky [U].*

**1.** *Ratifikationsverfahren für den Handelsvertrag<sup>2</sup> mit Spanien; Bismarck hält es jetzt doch für besser, den RT vor der Ratifikation um Genehmigung statt nachträglich um Indemnität anzugehen, um angesichts der regierungsfeindlichen RT-Mehrheit eine auch nur formale Verfassungswidrigkeit zu vermeiden und strenge nach dem Buchstaben der Verfassung vorzugehen. [B] — 2. Terminierung der Sessionen 1886/87 von RT und LT. [B]*

<sup>1</sup> *Gemäß einer Notiz Kurowskys (Bl. 242) hat Bismarck auf der Urschrift des Prot. nicht unterzeichnet, sondern nur "gesehen" vermerkt. Die Reinschrift hat deshalb nicht zur Vollziehung zirkuliert, sondern wurde von Kurowsky allein beglaubigt.*

<sup>2</sup> *Abkommen mit Spanien betr. die Verlängerung des deutsch-spanischen Handels- und Schiffahrtsvertrages v. 12.7.1883, RGBl. 1886, S. 295.*

**Nr. 266 Sitzung des Staatsministeriums am 25. September 1886.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [1–5] und Korrekturen, Bd. 98, Bl. 245–247v, 249–269; MF 578/579. — Abschr. [9–10]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 5, Bl. 13–21.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Friedberg, Boetticher [zu 2–10], Bronsart v. Schellendorff [zu 1–9]. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Meinecke [für Scholz, U], Marcard [für Lucius, U], Lucanus [für Goßler, U], Rieth [zu 1, 3], Fritsch [zu 1], Wohlers [zu 2], Th. Frh. v. Wilmowski [zu 2, 4], Halbey [zu 3], v. Tepper-Laski [zu 4–5], Frh. v. Broich [zu 5], Alfred Schultz [zu 10].*

**1.–5.** *Acht Disziplinar- und Pensionssachen. [B] — 6. Zwei Titelverleihungen. [B] — 7. Acht Ernennungen; Versetzung von LandR v. Oven in den einstweiligen Ruhestand. [B] — 8. Regulativ<sup>1</sup> zum Geschäftsgang der Ansiedlungskommission; strittig ist, ob Bestimmungen des Ansiedlungsgesetzes und der VO zur Organisation darin wiederholt werden sollen; weitere Details. [B] — 9. Einsatz von Militär gegen Streiks bei den Staatseisenbahnen<sup>2</sup>. Bedenken<sup>3</sup> Wilhelms I. lassen sich lt. Bronsart entkräften, denn die Armee hat bei großen Streiks wie bei anderen großen Notständen einzutreten, und der Einsatz ist rechtskonform durchführbar. Boetticher sieht geplante Einziehung von streikenden Arbeitern an Stelle der den Streik brechenden Soldaten als Verstoß gegen § 63 des Reichsmilitärgesetzes v. 1874, der explizit militärische Notwendigkeit voraussetzt, an, und betrachtet den Streik als Ausübung eines durch die Gesetzgebung nicht verschränkten Rechtes. Maybach wünscht militärische Hilfe erst im Falle einer öffentlichen Gefahr. Puttkamer hält militärische Disziplin durch das Prinzip der Einziehung der streikenden Arbeiter für bedroht.*

<sup>1</sup> *Rep. 84a, Nr. 4089, Bl. 86 f. Ebd. Voten zu dieser Frage und Bl. 102 f. das endgültige Regulativ.*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 151, HB Nr. 819, Bl. 150–170 (Denkschrift, Bedenken Bismarcks v. 12.10.1886). Auch in: BArch, RAdI, Nr. 114962 (u. a. Memorandum d. GehRegR Spielhagen v. 4.7.1904). Vgl. Fricke, Dieter, Bismarcks Prätorianer, Berlin (O) 1962, bes. S. 198 ff.*

<sup>3</sup> *Diese sind auf Bl. 249v im Prot. der Ausführungen Bronsarts durch (a) bis (e) gekennzeichnet.*

Bei öffentlichem Notstand ist militärische Hilfe und vorzugsweise Einziehung der für den Eisenbahndienst ausgebildeten Mannschaften gerechtfertigt. [B] — 10. Rangverhältnis der Regierungsbauführer und Regierungsbaumeister. Nach der Neuordnung der Ausbildung im Bau-fach, die den politisch erwünschten Beamtencharakter der Baubeflissenen klarer definiert, schlägt Maybach vor, daß deren rangmäßige Benachteiligung beseitigt und Bauführer den Rang der Regierungsreferendarien sowie Baumeister den Rang der fünften Ratsklasse erhalten. Trotz Bedenken von Scholz wegen der nicht eindeutigen Beamteneigenschaft der Bauführer und Baumeister wird dieser Vorschlag gebilligt.<sup>4</sup> [B]

<sup>4</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 551, n. f. (7.7.–20.10.1886) u. BArch, RAdI, Nr. 114959, n. f. (Voten, Vorschriften über die Ausbildung). Die Neuregelung der Ausbildung erfolgte durch Erlaß v. 6.7.1886 (MinBl. innere Verw., S. 162). Durch Erlaß v. 11.10.1886 (MinBl. innere Verw., S. 212) wurden die Rangklassen wie beschlossen geregelt.

## Nr. 267 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Oktober 1886.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschr. [7] und Korrekturen, Bd. 98, Bl. 270–272; MF 579.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Lucius, Friedberg, Goßler, Scholz. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: R. Jacobi [für Bismarck], Homeyer [zu 7].

1. Zwei Titelverleihungen; Ernennung. [B] — 2. Ordenssache; Titelverleihung. [B] — 3. Ernennung. [B] — 4. Geschäftssprache der Behörden<sup>1</sup>. Keine weitere Anwendung der durch das Geschäftssprachen-Gesetz v. 28. August 1876, § 3, bis 1896 gegebenen Befugnis<sup>2</sup>, regional den Gebrauch der polnischen, lithauischen, dänischen und französischen Sprache neben der deutschen zuzulassen. Die zweimal auf je 5 Jahre gewährte Ausnahmeregelung blieb wirkungslos, ja eher schädlich und soll aus diesen politischen Gründen nun auslaufen. [B] — 5. Geplanter städtischer Park am Berliner Kreuzbergsdenkmal; vertagt. — 6. Vertrauliche Besprechung über kirchenpolitische Fragen.<sup>3</sup> — 7. Disziplinarsache. [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 84a, Nr. 4854, Bl. 227 ff. (Voten, Abschr. d. Immediatberichts) u. BArch, RAdI, Rep. 114959, n. f. Durch eine – nicht veröffentlichte – KO v. 28.10.1886 wurde auf die Verlängerung der Ausnahmeregelung verzichtet.

<sup>2</sup> GS, S. 389.

<sup>3</sup> Dabei ging es wohl um die Vorbereitung des 2. kirchenpolitischen Friedensgesetzes; vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 353. Vgl. auch Weber, Kirchliche Politik, S. 142–147.

## Nr. 268 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Oktober 1886.

Vollz. Reinschr.<sup>1</sup> mit vollz. Teil-Reinschriften [3] und Korrekturen, Bd. 98, Bl. 273–289v, 304–312, Anlage: Bl. 290–292, 302–303v; MF 579/580. — Abschr. [5]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 5, Bl. 26–34.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff [zu 5–7]. — Prot.: Homeyer [U].

<sup>1</sup> Abschr. von TOP 5 auf Bl. 293–301. Sie wurde angelegt zur klareren Anschauung des vielfach geänderten, in mehreren Handschriften abgefaßten Prot. zu TOP 5. Zwecks klarer Lesbarkeit wird auch in unseren Registern auf die Paginierung der Abschrift rekuriert. Die Urschrift (Bl. 273v–287v) wird hingegen nur im Sachregister summarisch aufgenommen.

Weitere Teilnehmer: v. Tepper-Laski, Frh. v. Broich [beide zu 3], Friedrich Goltz, F. Kunze, Oberst Schulz [alle zu 5].

1. Titelverleihung. [B] — 2. Mitteilungen Goßlers über kirchenpolitische Angelegenheiten. — 3. Neun Disziplinarsachen. [B] — 4. Antrag<sup>2</sup> Preußens im Bundesrat auf Änderung der Vorschriften über den Nachweis der Befähigung und über das Verfahren bei den Prüfungen der Maschinisten auf deutschen Seedampfschiffen; *gebilligt*. [B] — 5. Anlegung eines städtischen Parks am Berliner Kreuzbergdenkmal; Meinungsverschiedenheit zwischen Puttkamer und Maybach einerseits und Scholz andererseits über das Vorgehen beim abzuschließenden Vertrag mit der Stadt Berlin über Anlage des Parks, Bebauung einer fiskalischen [...] Parzelle und Schutz der Sichtachsen auf das Kreuzbergdenkmal; Scholz möchte die Frage benutzen, um trotz gerichtlicher Aufhebung der diesbezüglichen Polizeiverordnung vom 10. März 1879 das Denkmal vor Verbauung zu schützen; detaillierte Beratung; da Zweifel an der Ausführbarkeit von Scholz' Projekt bestehen und nach den jahrelangen Verhandlungen mit dem Berliner Magistrat kein Scheitern riskiert werden soll, ist im Immediatbericht<sup>3</sup> an Wilhelm I. Scholz abweichende Meinung nur darzulegen. [B] — 6. Umsetzung des Reichsgesetzes vom 3. Juli 1883 betr. Abwehr [...] der Reblauskrankheit; Scholz möchte in kommissarischen Beratungen klären lassen, ob bei der Vernichtung der infizierten Rebkulturen und Desinfektion des Bodens [...] nicht die nächst Beteiligten zu den Kosten mit heranzuziehen sind. [B] — 7. Ordenssache; ausnahmsweise erhält der binnen des letzten Jahres bereits dekorierte Wirkl. GehKrR Wischhusen anlässlich seiner Pensionierung einen weiteren Orden. [B]

<sup>2</sup> Vgl. *StenBerBundesR*, Jg. 1886, Drucks. Nr. 108; *Beschluß Sitzung am 20.10.1887*, § 493.

<sup>3</sup> *Rep.* 77, Tit. 151 Nr. 103 Bd. 3, Bl. 8–15 (Abschr.); ebd. auch *Voten u. Schriftwechsel 1886–92 zur Anlage des heutigen Viktoria-Parks*.

## Nr. 269 Sitzung des Staatsministeriums am 10. November 1886.

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [4] und Korrekturen, Bd. 98, Bl. 313–326; MF 580.*

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius [zu 3–6], Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.. Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky, v. Tepper-Laski, Frh. v. Broich [alle zu 4].

1. Titelverleihung. [B] — 2. Zwei Ordenssachen. [B] — 3. Mitteilungen Goßlers über die neuesten Vorkommnisse auf kirchenpolitischem Gebiet. — 4. Zehn Disziplinarsachen. [B] — 5. Haltung zu Beamtenvereinen; die von dem Freisinnigen Dr. Angerstein begründete Zeitschrift [...] "Centralblatt für deutsche Beamte"<sup>1</sup> verfolgt eine verderbliche, die verschiedenen Beamtenklassen untereinander und gegen ihre Vorgesetzten aufhetzende Richtung; der Verein deutscher Lokomotivführer konnte bisher in angemessenen Schranken gehalten, die Bildung eines Vereins deutscher Bahnmeister [...] im Keime erstickt werden; alle Ressorts sollen auf die Bildung agitatorischer Beamtenvereine achten und die Beamten davor warnen. [B] — 6. Begrenzung der Zahl der bei Hinrichtungen zuzulassenden Personen; auf Anregung Bismarcks hat Friedberg die jeweils verantwortlichen Staatsanwälte diesbezüglich instruiert und erreicht, daß die Zeitungen neuerdings sachlicher und weniger sensationell über Vollstreckungen berichten.<sup>2</sup> [B]

<sup>1</sup> Erschien seit 1884 wöchentlich in Berlin. Vgl. *Rep.* 120, CB I Nr. 143, Bl. 3–76 (Voten seit Nov. 1885).

<sup>2</sup> Vgl. *Rep.* 84a, Nr. 7790 u. *BArch, RAAdI*, Nr. 114957, n. f. (Schreiben Bismarcks und Friedbergs).

**Nr. 270 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 14. November 1886.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 98, Bl. 327–332, Anlage: Bl. 335; MF 580.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

**1.** *Verhältnis zu Waldeck und politische Bedeutung der deutschen Kleinstaaten; Bismarck wünscht nach Beschwerde von Fürst Georg Victor, daß Waldeck bei der Verlängerung des Akzesionsvertrages<sup>1</sup> 1887 bezüglich der Matrikularbeiträge [...] günstiger gestellt wird und daß die Waldeckschen Behörden nicht mehr als nötig preußischer Kontrolle unterworfen sein sollen, zumal die deutschen Kleinstaaten [...] ein wesentlicher und der Entwicklung der Reichsinstitutionen förderlicher Bestandteil des Deutschen Reichs sind. — 2. Kulturkampfabbau; Bismarck wird die Ansprache<sup>2</sup> Leos XIII. an den neuen Bischof von Limburg, K. Klein, worin er zu guten Beziehungen mit den Behörden auffordert, veröffentlichen lassen. [B] — 3. Berufung eines höheren evangelischen Geistlichen [...] in das Herrenhaus. Wilhelm I. wünscht nach der Berufung des Bischofs Kopp als Ausgleich den Vizepräsidenten des Oberkirchenrats, B. Brückner, aber Bismarck ist gegen direkte Symmetrie der Konfessionen in Heranziehung ihrer Priester zu staatlichen Funktionen<sup>3</sup>. Goßler sieht Brückner zudem als Erschwerung bei den bevorstehenden Beratungen zum Initiativgesetzentwurf<sup>4</sup> W. Frh. v. Hammerstein/H. v. Kleist-Retzow. [B] — 4. Wiederaufnahme der katholischen geistlichen Behörden in das Hof- und Staatshandbuch wie bis 1875; der Anregung durch den Redakteur der Kölnischen Zeitung Dr. F. Fischer ist keine Folge zu geben.<sup>5</sup> [B]*

<sup>1</sup> *Vgl. Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte, Reihe B, Mitteldeutschland, hrsg. v. Th. Klein, Marburg 1981, S. 268 f. Zum für den Fürsten günstigeren Vertrag 1887 (RGBL., S. 177) vgl. StenBerAH, 6.5.1887, S. 1079–1083.*

<sup>2</sup> *Als Anlage (auf Bl. 335) der diesbezügliche Bericht d. Norddeutschen Allg. Ztg. v. 20.11.1886.*

<sup>3</sup> *Letzter Halbsatz eigenhändiger Zusatz Bismarcks. Zur Einordnung vgl. Spenkuch, Herrenhaus, S. 417.*

<sup>4</sup> *Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 356 f. (ergänzt Prot.) und Sitzung am 15.3.1887, TOP 6 mit Anm.*

<sup>5</sup> *Die bis 1875 detailliert im Handbuch über den Kgl. Preuß. Hof und Staat ausgewiesenen kath. Kirchenbehörden wurden bis 1918 nicht mehr aufgenommen.*

**Nr. 271 Sitzung des Staatsministeriums am 29. November 1886.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [5] und Korrekturen, Bd. 98, Bl. 336–345; MF 580.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky, Frh. v. Broich [beide zu 5].*

**1.–2.** *Vier Ernennungen. [B] — 3. Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Feststellung der Leistungen für Volksschulen wird mit Einverständnis Bismarcks aufgrund des Gutachtens<sup>2</sup> der Staatsrats-*

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 151, IC Nr. 7829, Bl. 10–13v u. 23–25; ebd., Bl. 41–48v (letzter Entwurf v. 22.12.1886). Vgl. Rep. 89, Nr. 22492, Bl. 139 ff. (Immediatbericht v. 31.12.1886) u. StenBerHH, Session 1887, Drucks. Nr. 10; Debatte dazu 15.2.1887, S. 37–48.*

<sup>2</sup> *Drucks. d. StR 1886, Nr. 4; auch in: Rep. 80, II Spec. Nr. 8 Adhib. u. Rep. 151, IC Nr. 7829, Bl. 26 ff.*

*Abteilungen im Staatsministerium beraten werden.* [B] — **4.** Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Frankfurt a/M. und Umgebung soll lt. *Puttkamer jetzt erfolgen, da die Stadt mehr und mehr sich als Zentrum der revolutionären Sozialdemokratie im südwestlichen Deutschland darstellt.*<sup>3</sup> [B] — **5.** *Acht Disziplinarsachen.* [B]

<sup>3</sup> *Anlaß waren v. a. das Aufhängen dreier roter Fahnen am 18.9.1886 und polizeiliche Verhaftungen anläßlich einer sozialdemokratischen Versammlung am 10./11.11.1886. Der kleine Belagerungszustand für Frankfurt wurde gemäß Bundesratsbeschuß v. 16.12.1886, § 628 erklärt; vgl. insgesamt Rep. 77, Tit. 500 Nr. 46 Adhib. D Bde. 1 u. 2.*

## **Nr. 272 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Dezember 1886.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [7], Bd. 98, Bl. 346–350; MF 580/581.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher [zu 1–4], Goßler, Scholz. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky, v. Tepper-Laski, Homeyer [alle zu 7].*

**1.** *Zwei Ernennungen.* [B] — **2.** *Ordenssache.* [B] — **3.** *Ernennung.* [B] — **4.** *Dispensation von elf katholischen Priestern von den gesetzlichen Erfordernissen der Vorbildung für ein geistliches Amt.* [B] — **5.** *Berufung eines neuen Mitglieds in das Herrenhaus und Verleihung eines erblichen Sitzes an Graf Guido Henckel von Donnersmarck.* [B] — **6.** *Ordenssache.* [B] — **7.** *Vier Disziplinarsachen.* [B]

## **Nr. 273 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Dezember 1886.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 98, Bl. 351–361v; MF 581.*

*Anwesend [U]: Maybach [V], Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Herrfurth [für Puttkamer], Homeyer [zu 5], v. Tepper-Laski [zu 6].*

**1.** *Erlaß eines Pferdeausfuhrverbots als Maßnahme für den Kriegsfall; nach Meldungen über dänische Pferdeaufkäufe in Schleswig-Holstein ist Bismarck lt. Bronsart mit Vorbereitung des Verbots einverstanden; auch die übrigen Bundesstaaten sind zu benachrichtigen.* [B] — **2.** *Dispensation eines kath. Priesters von den gesetzlichen Anforderungen der Vorbildung für ein geistliches Amt.* [B] — **3.–4.** *Zwei Ernennungen.* [B] — **5.** *Ordenssachen zum Ordensfest 1887. Der Rote Adler Orden IV. Kl. für Kammergerichtsrat H. Schröder, der agitatorisch als Führer des Protestantenvereins und entschiedenes Mitglied der Fortschrittspartei hervortrat, wird verweigert.* [B] — **6.** *Polen- und Ansiedlungspolitik anläßlich der ersten Denkschrift<sup>1</sup> zur Arbeit der Ansiedlungskommission und eines Votums Bismarcks dazu. Deren Hauptzweck ist Depossedierung des großen adlichen polnischen Grundbesitzes. Angekauft werden v. a. Großgüter aus polnischem Besitz in gemischtnationalen Kreisen, um dort den Deutschen die Mehrheit zu sichern, ohne daß Ankäufe in rein polnischen oder rein deutschen Kreisen oder von Bauerngütern [...] ausgeschlossen*

<sup>1</sup> *Rep. 90a, H II 3d Nr. 3 Bd. 1, Bl. 8–21 (Denkschrift v. 5.12.1886). Ebd., Bl. 25–30v der Entwurf des Votums Bismarcks v. 22.12.1886 u. Bl. 40–45 auch Lucius' Antwort an Zedlitz (Abschr.).*

*sind; katholische Ansiedler sind unter Kautelen zuzulassen. Ausnahmsweisen Ankauf eines Gutes aus deutschen Händen soll jeweils das Staatsministerium genehmigen [B]. Weitere Details; sowohl Zeitpacht, wie von Bismarck zur Erprobung [...] unbemittelter Elemente gewünscht, als auch Überlassung zu Eigentum, was Lucius als Anziehungspunkt für tüchtige Siedler aus dem Westen ansieht, bleiben erlaubt [B].*

## Nr. 274 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Januar 1887.

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [7] und Korrekturen, Bd. 99, Bl. 2–34; MF 581/582. — Abschr. [8]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 5, Bl. 68–77v. Teildruck [8]: Stürmer (Hrsg.), Bismarck und die preußisch-deutsche Politik, S. 218–220.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky, v. Tepper-Laski [beide zu 7], Rottenburg, Lucanus [beide zu 8].*

**1. Terminierung der Landtagssession 1887.** [B] — **2. Staatshaushalt 1887/88;** Scholz betont, daß als Folge der landwirtschaftlichen Krise erstmalig der Ertrag der Einkommensteuer auf dem Land abnahm und daß insgesamt eine ungünstige Finanzlage besteht.<sup>1</sup> — **3. Breslauer Bischofswahl;** nach dem Tode von Fürstbischof Herzog wurde Weihbischof H. Gleich zum Kapitularvikar gewählt.<sup>2</sup> — **4. Dispensation zweier kath. Priester von den gesetzlichen Anforderungen der Vorbildung für ein geistliches Amt.** [B] — **5. Ernennung.** [B] — **6. Titelverleihung.** [B] — **7. Vier Disziplinarsachen.** [B] — **8. Weitere Revision der kirchenpolitischen Gesetze im Rahmen eines 2. Friedensgesetzes<sup>3</sup>.** Die gebilligten Revisionspunkte betreffen: Anstellung der Geistlichen [B], Staatspfarrer [B] und Bischofseid [B]. Altkatholikengesetz, Regelung betr. Sperrfonds und Gesetz über die Vermögensverwaltung in den katholischen Diözesen bleiben vorerst unverändert [B]. An Orden sollen auf Forderung Bismarcks zwar nicht Jesuiten und Schulorden, aber die beschaulichen und Seelsorge-Orden erlaubt werden, wobei Goßler, Lucius, Maybach und Friedberg die Nichtzulassung auch dieser Orden vorziehen würden [B]. Bistumsverwesereid und Strafen für Nichtbesetzung erledigter Pfarrämter werden revidiert [B]. Unverändert bleibt das Gesetz über die Verwaltung in den katholischen Kirchengemeinden v. 20. Juni 1875. Konzidiert werden Streichung der noch im 1. Friedensgesetz bekräftigten Pflicht, Disziplinentscheidungen gegen Geistliche dem Oberpräsidenten mitzuteilen und äußerstenfalls, sofern aus höheren Rücksichten erforderlich, die Gestattung eines Priesterseminars für jede Diözese [B]. Bezüglich Freiheit des Messelesens und Sakramentespendens ist das Staatsministerium einstimmig gegen die von Bismarck gewünschte Konzession, allerdings auch hier mit dem Vorbehalt, daß, um den Kulturkampf zu schließen und unter Kautelen wie der Sicherung gegen Jesuiten, diese Konzession gemacht werden darf [B].

<sup>1</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1887, 21.1.1887, S. 44 f. (Etatrede Scholz') und Drucks. Nr. 166 (Etat).

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 76, IV Sekt. 1a Abt. II Breslau Nr. 2 (Breslauer Kapitularvikare 1881–1914.).

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 2379, Bl. 2 ff. u. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 362 f. (ergänzt Prot.).

**Nr. 275 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 9. Januar 1887.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 99, Bl. 35–40v; MF 582. — Abschr. [1]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 5, Bl. 79–82v. Teildruck [1]: Stürmer (Hrsg.), Bismarck und die preußisch-deutsche Politik, S. 221–223.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

**1.** Das Septennat<sup>1</sup> im RT. Konzessionen sind dort ausgeschlossen, zumal lt. Bismarck die Septennate seit 1874 die verfassungsmäßige Machtvollkommenheit des Kaisers schon beschränken und nicht das Reservoir an Wehrpflichtigen ausschöpfen; versagt der RT in seiner von Art. 62, Alin. 4 der Reichsverfassung vorgesehenen Pflicht, die Mittel für das Militär im Ausgabe-Etat zu bewilligen, so ist eine Lösung des Konflikts nur wie bei dem jährlichen Etatsgesetz zu finden<sup>2</sup>. Boetticher und Puttkamer bezweifeln die Interpretation Bismarcks und meinen, daß der Kaiser zwar gemäß Art. 59 und 63 vorläufig die Präsenzstärke zu bestimmen hat, aber gemäß Art. 60 obliegt der Regierung auch die Verpflichtung, das Zustandekommen eines Militärgesetzes zu betreiben. Bismarck beharrt darauf, daß bei Nichteinigung die Präsenzziffer sich erhöht auf die Zahl aller Wehrpflichtigen.<sup>3</sup> — **2.** Mitteilungen Bismarcks über die Lage der kirchenpolitischen Verhandlungen; in Betreff der Revision der Maigesetze ist der Papst gemäßiger [...] als die deutschen Bischöfe.

<sup>1</sup> *StenBerRT, Session 1887, Drucks. Nr. 11; Debatte (2. Lesung) dazu 11.–14.1.1887, S. 327–433. Vgl. Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft, Bd. 1, S. 15–17; marxistisch, aber aufgrund der Akten Müller, Harald, Vom zweiten zum dritten Septennat. Studien zur deutschen Heeres- und Rüstungspolitik in der reaktionärsten Phase der bonapartistischen Herrschaft Otto v. Bismarcks (1878–1890), ms. Habil. Schrift, Berlin (O) 1970, S. 194 ff. Interpretation bei: Stürmer, Michael, Militärkonflikt und Bismarckstaat. Zur Bedeutung der Reichsmilitärgesetze 1874–1890, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Gesellschaft, Parlament und Regierung, Düsseldorf 1974, S. 225–248, hier S. 240–243.*

<sup>2</sup> *Der folgende Passus Einen solchen Konflikt würde man mit Hilfe des Bundesrats wohl siegreich bestehen können ist von Bismarck mit Bleistift, dann mit Tinte gestrichen. Die im Prot. genannte Stelle bei L. v. Rönne, Das Staatsrecht des Deutschen Reiches, 3 Bde., Leipzig 1876/77, findet sich ebd. im Bd. 2,2, S. 142–145.*

<sup>3</sup> *Dazu (auf Bl. 40v) noch der Zusatz Homeyers, daß das Staatsministerium sich auch für Auflösung des Reichstags nach der zweiten Lesung der Militärvorlage, falls ein annehmbarer Beschluß nicht zu Stande kommt, entschieden hat. Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 363–365 (ergänzt Prot.).*

**Nr. 276 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 10. Januar 1887.**

*Vollz. Reinschr., Bd. 99, Bl. 41–44, Anlage. Bl. 45; MF 582.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Rottenburg [zu 1].*

**1.** Eröffnungsrede<sup>1</sup> zur Landtagssession 1887; Fassungsänderungen beschlossen. [B] — **2.** Berufung in den Staatsrat; obwohl der in Aussicht genommene Frankfurter Bankier A. Metzler als bayerischer Generalkonsul nebenamtlich in außerpreußischen Diensten steht, soll er vorge-

<sup>1</sup> *Vgl. StenBerHH, Session 1887, 15.1.1887, S. 1 f.*



*schlagen werden, jedoch erst, sobald der Staatsrat insgesamt ergänzt wird.*<sup>2</sup> [B] — **3.** *Als Regierungsvertreter bei der Beratung des Etats der Ansiedlungskommission soll nicht deren Präsident Zedlitz, sondern als zuständiger Ressortchef Landwirtschaftsminister Lucius fungieren.*<sup>3</sup> [B] — **4.** *Dispensation dreier katholischer Priester von den gesetzlichen Anforderungen der Vorbildung für ein geistliches Amt.* [B] — **5.** *Gesetzentwurf betr. Feststellung der Leistungen für Volksschulen wird zuerst dem Herrenhause vorgelegt; diesem sollten, so Puttkamer, alle Vorlagen, welche nicht bestimmungsmäßig dem Abgeordnetenhaus zuerst vorgelegt werden müssen*<sup>4</sup>, zuerst zugehen. [B] — **6.** *Geplante Versammlung zur Besprechung verschiedener ev. kirchenpolitischer Fragen in Berlin*<sup>5</sup>; *Wilhelm I. soll dem Oberhofprediger Dr. Koegel nicht erlauben, dazu die Einleitungspredigt zu halten, weil dort der der Staatsregierung nur unnötige Schwierigkeiten bereitende Hammerstein/Kleist-Retzowsche Antrag erörtert werden soll.* [B] — **7.** *Vertretung des ärztlichen Standes durch Ärztekammern, die lt. Goßler durch VO eingerichtet werden können; zuvor möchte er namhafte Ärzte dazu hören.*<sup>6</sup> [B] — **8.** *Goßler erlaubt den kath. Orden, bei denen keine Mißbrauchsgefahr besteht, die Aufnahme von Mitgliedern im Voraus unter der Bedingung, daß am Jahresende ein Personalverzeichnis eingereicht wird.* [B]

<sup>2</sup> Metzler wurde, selbst als 1890 die nächsten und letzten Ergänzungen stattfanden, nie Mitglied des Staatsrats.

<sup>3</sup> Vgl. (auf Bl. 42) die vier Marginalien zur strittigen Frage, ob in der Sitzung als Vertreter des Staatsministeriums GehORegR v. Tepper-Laski benannt worden sei. Tepper-Laski wurde nicht Kommissar des Staatsministeriums.

<sup>4</sup> Damit ist die Bestimmung des Art. 62 VU gemeint, derzufolge Finanzgesetze zuerst im AH beraten werden mußten.

<sup>5</sup> Vgl. den im Prot. genannten Einladungsaufwurf aus der NPZ v. 8.1.1887 als Anlage auf Bl. 45.

<sup>6</sup> Vgl. Rep. 76, VIII A Nr. 55, Bl. 360 ff. (Zeitungsberichte, Konferenz namhafter Ärzte) u. Rep. 76, VIII B Nr. 765, Bl. 1 ff. (Umsetzung d. VO v. 25.5.1887, GS, S. 169).

## Nr. 277 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 17. Januar 1887.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 99, Bl. 46–51; MF 582.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz. — Prot.: Homeyer [U].*

**1.** *Kreis- und Provinzialordnung*<sup>1</sup> für die Rheinprovinz; *da nach dem Muster der Prov. Westfalen und unter Berücksichtigung der Wünsche des Provinziallandtags erstellt, erbittet Puttkamer die Billigung; Bismarck fragt nach Umfang und Wahlmodus der Vertretung der Städte im Provinziallandtage sowie der Polizeiverwaltung in den größeren Städten; Entwürfe werden gebilligt.* [B] — **2.** *Geplante Versammlung zur Besprechung evangelischer kirchenpolitischer Fragen in Berlin; Bismarck unterstützt einen diesbezüglichen Immediatbericht*<sup>2</sup> *Goßlers und meint, daß gerade jetzt Einigkeit innerhalb der regierungsfreundlichen Parteien nötig ist; lt. Goßler ist die Versammlung inzwischen verschoben worden.* — **3.** *Zweites Friedensgesetz zum Kulturkampfabbau; Bismarck wird beim Gesetz*<sup>3</sup> *betr. Grenzen des Rechts zum Gebrauch kirchlicher Zuchtmittel weite Konzessionen machen, denn Exzesse der Hierarchie, gegen welche*

<sup>1</sup> Rep. 77, Tit. 497h Nr. 18, n. f. (Entwürfe, Wünsche d. ProvLT v. 20.11.1886, Schreiben Puttkamers v. 9.1.1887). Vgl. auch Rep. 77, Tit. 772 Nr. 53 Bd. 3 (Kreisordnung 1886/87) u. StenBerHH, Session 1887, Drucks. Nr. 9; Debatte dazu 14.2.1887, S. 16–33 sowie Schmitz, *Der Rheinische Provinziallandtag, passim*.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 2379, Bl. 12–18 (Abschr.). *Der Appell Bismarcks zur Einigkeit bezog sich auf den Zusammenhalt der Kartell-Parteien nach der Auflösung des Reichstags. Die von der hochkirchlichen Partei geplante Versammlung hätte die kirchlich und politisch Gemäßigten (NLP, RFKP) im Vorfeld der "Kartell-Wahlen" verstimmt. Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 367 und Wippermann 1887, I, S. 368–370 (Verlauf d. gesamten Frage).*

<sup>3</sup> GS, 1873, S. 205.

das fragliche Gesetz schützen will, schaden ihr selbst am meisten; den Gesetzentwurf soll Goßler aufstellen [B] — 4. Ansiedlungspolitik; ob lutherische und mennonitische deutsche Familien aus Rußland anzusiedeln sind, ist individuell zu entscheiden; Bismarck wird diplomatisch sondieren, um Mißhelligkeiten mit der russischen Regierung zu vermeiden.

**Nr. 278 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 29. Januar 1887.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 99, Bl. 52–60v; MF 582.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

1. Polenpolitik im Rahmen des Gesetzentwurfs<sup>1</sup> betr. Teilung von Kreisen in den Provinzen Westpreußen und Posen; sie will Puttkamer nur da durchführen, wo das politische Bedürfnis dies erheischt; das Bedenken, daß die neuen Kreise kommunal nicht mehr hinreichend leistungsfähig würden, muß sich dem politischen Zweck der Bekämpfung der polnischen Agitation [...] unterordnen; Entwurf gebilligt. [B] — 2. Zweites Friedensgesetz zum Kulturkampfabbau; gegen Gesetzentwurf<sup>2</sup> und VO betr. den Bischofseid können die Minister binnen 8 Tagen Einwendungen erheben; Einbringung im LT erfolgt aus politischen Gründen erst nach den Reichstagswahlen. [B] — 3. Kriegsvorbereitung; Gesetzentwurf<sup>3</sup> betr. Ermächtigung zur Aufnahme einer Anleihe für den Fall der Mobilmachung in Zeiten, wo der Reichstag nicht versammelt oder zur Bewilligung von Geldmitteln nicht bereit ist; Preußen soll dem Reich einen Vorschuß von 300 Mio. M. zur Verfügung [...] stellen, sofern der Bundesrat ihn anfordert; Detailberatung. [B] — 4. Freifahrtkarten der MdR; die von Maybach angesichts bekannten Mißbrauchs angeregte Klarstellung, daß die Unterbrechung der Fahrt zwischen Wohnort und Berlin bzw. Rückfahrt an einer Zwischenstation nicht erlaubt ist, unterbleibt vorerst, da dies Beschwerden hervorriefe und früher der Bundesrat eine möglichst coulante Behandlung dieser Angelegenheit gewünscht hat. — 5. Dispensation zweier kath. Priester von den gesetzlichen Anforderungen der Vorbildung für ein geistliches Amt. [B] — 6. Ev. Kirchenpolitik; Bismarck bemerkt anläßlich einer Mitteilung<sup>4</sup> Goßlers, daß auch Wilhelm I. den Hammerstein-Kleist'schen Antrag ablehnt. — 7. Zwei Ernennungen. [B]

<sup>1</sup> Rep. 84a, Nr. 4094, Bl. 3–24 (Druck). Vgl. StenBerAH, Session 1887, Drucks. Nr. 34; Debatte dazu 25.2.1887, S. 471–481.

<sup>2</sup> Rep. 90, Nr. 2379, Bl. 39–42v bzw. Bl. 43 f. (VO).

<sup>3</sup> Rep. 151, HB Nr. 971, Bl. 8–12. Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 366–370 (außenpolit. Implikationen d. Anleihe-Gesetzentwurfs) und Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft, Bd. 1, S. 430–432. Der Passus, bei der letzten Besprechung des Staatsministeriums, d. h. wohl am 17.1.1887, habe Bismarck die Aufstellung eines diesbezüglichen Gesetzentwurfs angeregt, belegt wiederum, daß nicht alles im Staatsministerium Besprochene auch protokolliert wurde. Der Entwurf wurde nicht im LT eingebracht.

<sup>4</sup> Rep. 90, Nr. 2379, Bl. 28–36 (Notizen Goßlers über eine Unterhaltung mit Kleist-Retzow). Ebd., Bl. 130–143 auch Zeitungsausschnitte über die Versammlung, die am 26.4.1887 stattfand.

**Nr. 279 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Februar 1887.**

*Vollz. Reinschr.*<sup>1</sup> mit vollz. Teil-Reinschriften [2], Bd. 99, Bl. 61–73; MF 582/583.

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff [zu 1]. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: W. Blume [zu 1], Rieth, E. von den Brincken, Illing, G. F. O. Gerlach, Bahlmann, v. Kurowsky, v. Tepper-Laski [alle zu 2].*

**1.** Gesetzentwurf<sup>2</sup> zur Ergänzung des Gesetzes betr. die Quartierleistung für die bewaffnete Macht *im Frieden* sowie des Gesetzes über die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht *im Frieden*; als Antrag Preußens an den Bundesrat gebilligt. [B] — **2.** Elf Disziplinar- und Pensionsachen. [B] — **3.** Ordenssache. Zwei Ernennungen. [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 369 f. Die dort ausführlich mitgeteilte Frage einer Sekundärbahnvorlage bzw. der Erweiterung der Dirschauer Eisenbahnbrücke, wobei das gesamte Staatsministerium der von UStS Berchem mitgeteilten Forderung Bismarcks widersprach und er auf Vortrag Boettichers seine Forderung zurückzog, ist im Prot. nicht enthalten. Angesichts der Verlässlichkeit Lucius' dürfte sich die Sache aber wie beschrieben zugetragen haben.

<sup>2</sup> *StenBerBundesR*, Jg. 1887, Drucks. Nr. 33; *Beschluß Sitzung am 15.4.1887*, § 212. Vgl. *StenBerRT*, Session 1887, Drucks. Nr. 63; *Debatte dazu 25.4.1887*, S. 365–369.

**Nr. 280 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Februar 1887.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen*, Bd. 99, Bl. 74–75; MF 583.

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher [zu 1], Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

**1.** *Unruhen in Stettin nach einer polizeilich aufgelösten sozialdemokratischen Versammlung und Verhängung des sog. kleinen Belagerungszustandes gemäß § 28 Sozialistengesetz; da lt. Puttkamer die Exzesse gegen die Polizei sehr schwer waren und in Stettin die Sozialdemokratie wächst, ist ein diesbezüglicher Antrag<sup>1</sup> Preußens an den Bundesrat zu richten.* [B] — **2.** Dispensation eines kath. Priesters von den gesetzlichen Anforderungen der Vorbildung für ein geistliches Amt. [B] — **3.** *Septennat und Presse; Bismarck möchte in Extrakreisblättern den Sinn des Septennats gegenüber publizierten Lügen und Entstellungen klarstellen lassen; Puttkamer hat bereits durch offiziöse Artikel<sup>2</sup> in diesem Sinne wirken lassen und erwägt weitere Schritte.* [B]

---

<sup>1</sup> *StenBerBundesR*, Jg. 1887, Sitzung am 14.2.1887, § 78. Vgl. auch *StenBerRT*, Session 1887, Drucks. Nr. 19 (*Schilderung d. Stettiner Vorgänge v. 7.2.1887*).

<sup>2</sup> Vgl. *Rep. 90a*, Y II 2a Nr. 1 Bd. 1, Bl. 162.

**Nr. 281 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 1. März 1887.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 99, Bl. 76–82v; MF 583.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz. — Prot.: Homeyer [U].*

**1. Grundsatzdiskussion zur Finanzpolitik.** *Lt. Bismarck sind in der Eröffnungsrede zur Reichstags-session 1887 neue Steuervorlagen anzukündigen, da die neue Majorität des RT diese weit eher bewilligen wird als die alte<sup>1</sup>. Lt. Scholz ist eine Reform der Zuckerzucker nötig, um den 1885 erwarteten Ertrag zu erzielen sowie eine Branntweinkonsumsteuer analog der Vorschläge<sup>2</sup> von L. v. Grass und anderer MdR. Bismarck regt höheren Tabakzoll und Biersteuer an und erachtet es überhaupt für taktisch richtiger, eine größere Zahl von Objekten zu besteuern. Scholz hält es für aussichtsvoller, jetzt nur durch Reform der Branntweinsteuer das durch die Militärausgaben wachsende Defizit zu beseitigen und die bisher verfolgten Projekte erst später erneut anzugehen. Bismarck verzichtet für die Session 1887 auf die weiteren Ziele, will sie aber zu gegebener Zeit wieder aufnehmen.<sup>3</sup> [B] — **2.** 150-jähriges Bestehen der Universität Göttingen und von dort gewünschte Übernahme der Rektoratswürde durch Wilhelm I. als rector magnificentissimus; da Göttingen seit dem Erwerb von Hannover durch Preußen nicht mehr die Landesuniversität ist, soll zwar nicht Wilhelm I., aber, um Göttingen gegenüber eine freundliche Stellung einzunehmen, Prinz Albrecht das Rektorat annehmen.<sup>4</sup> [B] — **3. Zwei Ernennungen. Titelverleihung.** [B]*

<sup>1</sup> *StenBerRT, Session 1887, 3.3.1887, S. 1 f. Seit den Wahlen vom Februar 1887 besaßen die "Kartellparteien" Deutsch- und Freikonservative sowie NLP mit 220 von 397 Mandaten eine solide Mehrheit.*

<sup>2</sup> *Hiermit dürften die Denkschrift Graß' v. 16.8.1886 in: Rep. 151, III Nr. 8250, n. f., seine (u. a. MdR) Vorschläge in: Rep. 151, III Nr. 8257, Bl. 192 ff. bzw. ders., Das Brennereigewerbe und die Landwirtschaft in ihren berechtigten Forderungen an die Gesetzgebung, Berlin 1886, gemeint sein.*

<sup>3</sup> *Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 372 f. Die Schilderung ergänzt das Prot. insbes. bezüglich Ausführungen Bismarcks über die außenpolitische Lage und zur Notwendigkeit vermehrter Nobilitierungen.*

<sup>4</sup> *Vgl. Smend, Rudolf, 1887 – Die Universität in Preußen, in: Bernd Möller (Hrsg.), Stationen der Göttinger Universitätsgeschichte, Göttingen 1988, S. 68–90, hier S. 71 f. und Rep. 89, Nr. 21598, Bl. 14–27.*

**Nr. 282 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 15. März 1887.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 99, Bl. 83–107v; MF 583. — Abschr. [1, 4–7]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 5, Bl. 113–125v.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach [zu 2–8], Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

**1. Neubau eines Gebäudes für das AH;** *zwar ist das jetzige Reichstagsgebäude für das AH ungeeignet, aber Bismarck hält das Grundstück Leipziger Str. 4 für groß genug für das AH, zumal ein Neubau für das Herrenhaus unnötig ist; da das AH die Staatsregierung gegenwärtig nicht zu einer Entschließung drängen dürfte, wird die Sache vertagt.<sup>1</sup> — **2. Münzpolitik;** *Meinungsverschiedenheit zwischen Reichsschatzamt und Scholz betr. Verkäufe von Silber an die ägyptische Regierung ist beseitigt, da sie nur durch kostenträchtiges Einschmelzen von Talern, die man lt.**

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 93, B Nr. 1951, Bl. 80–119 (u. a. Gutachten von Bauinspektor F. Schulze, Voten).*

*Bismarck im Mobilmachungsfall gebrauchen kann, zu realisieren wären.*<sup>2</sup> — **3.** Strafvollstreckung in preuß. Gefängnissen; da der ehem. Sozialdemokrat J. Most die Behandlung in Berlin-Plötzensee im Vergleich zu England und USA gelobt hat, ist lt. Bismarck darauf zu achten, daß politische Gefangene nicht milder behandelt werden als andere und die Kommunikation nach außen unterbunden wird. — **4.** H. v. Stephan hat die Wiedereinbringung des Postsparkassengesetzes angeregt; Scholz ist dafür, Puttkamer und Goßler sind dagegen. — **5.** Beschlüsse<sup>3</sup> der HH-Kommission beim 2. Friedensgesetz zum Kulturkampfabbau. Unter fünf Zusatzbestimmungen ist lt. Goßler v. a. schwerwiegend, daß die Straffreiheit des Messelesens und Sakramentenspenden außer für nicht zugelassene Orden wiederhergestellt werden soll; da damit aber ein Agitationsmittel beseitigt wird, ist vom politischen Standpunkte zuzustimmen. Die vom Staatsministerium zu genehmigende Zulassung von Nonnen, die in höheren Mädchenschulen unterrichten, bleibt unerwünscht, aber erträglich. Zwei Bestimmungen über die Vermögensverwaltung von Orden und Bistümern kann auch zugestimmt werden; weitergehenden Anträgen im Plenum ist entgegenzutreten. Bismarck wünscht aus politischen Gründen ein Bündnis mit dem Papst gegen das demokratische Zentrum.<sup>4</sup> [B] — **6.** Stellungnahme zum Antrage<sup>5</sup> W. Frh. v. Hammerstein/H. v. Kleist-Retzow im HH. Ist lt. Bismarck mit Entschiedenheit a limine abzuweisen, weil auf Mediatisierung des Königs und der Gemeinden zu Gunsten einer [...] Priesterherrschaft abzielend. Goßler möchte dem Antrage die Spitze nehmen, indem der ev. Kirche zukünftig Bereitstellung reichlicherer Mittel in Aussicht gestellt wird. — **7.** Verwaltungsorganisation von Elsaß-Lothringen; angesichts der entschieden deutschfeindlich ausgefallenen Reichstagswahlen soll als Antrag<sup>6</sup> Preußens an den Bundesrat die Wiederherstellung der bis 1879 bestehenden Organisation angestrebt werden. [B] — **8.** Der Antrag<sup>7</sup> P. Singer auf Wiedervorlegung der wegen der RT-Auflösung nicht debattierten Rechenschaftsberichte<sup>8</sup> über die Maßnahmen gemäß Sozialistengesetz ist abzulehnen. [B]

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 151, HB Nr. 1593, Bl. 17 (Absage an die ägyptische Regierung wegen Überlassung von 10–20 Tonnen Silber).

<sup>3</sup> StenBerHH, Session 1887, Drucks. Nr. 65.

<sup>4</sup> Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 375 f. (ergänzt Prot. auch bezüglich der TOP 6 und 7).

<sup>5</sup> StenBerHH, Session 1887, Drucks. Nr. 42 (unerledigt).

<sup>6</sup> Entsprechend der Beschlußlage nach der Sitzung am 27.3.1887, TOP 1 nicht gestellt. Ein Passus des Prot., der lautete, man ziehe auf Einführung einer Reichsdiktatur in die Reichslande, Aufhebung des Landesausschusses und des Wahlrechts zum Reichstage wurde gestrichen. Zur Verwaltungsorganisation von Elsaß-Lothringens vgl. Hué de Grais, Handbuch, 7. Aufl. 1890, S. 25–30, zu den Wahlen 1887 und ihrem Umfeld Hiery, Hermann, Reichstagswahlen im Reichsland. Ein Beitrag zur Landesgeschichte von Elsaß-Lothringen und zur Wahlgeschichte des Deutschen Reiches 1871–1918, Düsseldorf 1986, S. 225–245.

<sup>7</sup> StenBerRT, Session 1887, Drucks. Nr. 41; Debatte dazu 19.4.1887, S. 317–324 (abgelehnt).

<sup>8</sup> StenBerRT, Session 1886/87, Drucks. Nr. 13 u. 42.

## **Nr. 283 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 27. März 1887.**

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 99, Bl. 108–121; MF 583/584.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

**1.** Verwaltungsorganisation von Elsaß-Lothringen<sup>1</sup>. Lt. Bismarck ist Wilhelm I. nicht geneigt, einer Annexion als preuß. Provinz oder dem Anschluß an die benachbarten Bundesstaaten oder

<sup>1</sup> Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 376–380 (ergänzt Prot., insbes. betr. Äußerungen Bismarcks zur außenpolitischen Lage), die Memoiren Friedbergs in: BArch, 90 Fr 2, Nr. 59, S. 178–181 (Bismarck schildert Eindrücke über

jedem auffälligen Beweise von Mißtrauen gegenüber der Bevölkerung zuzustimmen. Statthalter Hohenlohe glaubt durch schärfere Handhabung der Verwaltungsbefugnisse ohne gesetzgeberische Maßregeln zurechtzukommen. Bismarck möchte das Reichsland [...] wie eine preußische Provinz von Berlin aus verwalten. Boetticher zufolge muß mit dem Gedanken, daß Elsaß-Lothringen ein selbständiger Staat ist, völlig gebrochen werden, zumal die Partei der Autonomisten, auf welche man hierbei gerechnet, nicht mehr existiert; Ministerium, Landesauschuß und Landesfiskus wären demgemäß aufzuheben, eine Purifizierung des Beamtenstandes vorzunehmen, die Gesetzgebung in den Reichstag zu verlagern. Da dieses Vorgehen indessen nicht dem Willen Seiner Majestät entspricht und nur durch Gesetz ins Werk zu setzen ist, soll Boetticher zunächst einen Gesetzentwurf<sup>2</sup> vorbereiten. [B] — 2. Neubau eines Gebäudes für das AH; dem AH ist nur zu erklären, daß das jetzige Reichstagsgebäude ungeeignet und ein Beschluß über die künftige Unterbringung des AH noch nicht gefaßt ist.<sup>3</sup> [B] — 3. Ansiedlungspolitik; kein Ankauf der Güter Waldau und Adamkowo aus deutschem Besitz. [B] — 4. Drei Ordenssachen. [B] — 5. Titelverleihung; Ernennung. [B] — 6. Neuer Entwurf<sup>4</sup> eines Branntweinsteuergesetzes soll dem Staatsministerium vorgelegt und im RT eingebracht werden. [B] — 7. Unterstützung der Altkatholiken; da die Ausbildung altkatholischer Theologen immer schwieriger wird, aber die altkatholische Bewegung, obwohl im Rückgange, immerhin von kirchenhistorischer Bedeutung ist, soll zur Unterhaltung eines Priesterseminars ein jährlicher Zuschuß von 6000 M. gewährt werden. [B]

*Kronprinz Rudolf v. Österreich, Prinz Edward v. Wales sowie Großfürst Wladimir v. Rußland) und Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, Bd. 2, S. 410–419.*

<sup>2</sup> Vgl. BArch, RK, Nr. 157/1, Bl. 150 ff. Ebd., Bl. 176–179v ein Gesetzentwurf Boettichers v. Ende März 1887. Ebd. Nr. 158, Bl. 4 ff. eine geänderte Fassung mit Begründung. Die Akte Rep. 90, Annex E, Nr. 1 enthält v. a. Protokollabschriften.

<sup>3</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1887, 7.5.1887, S. 1093 (Prüfung verlief negativ, weiteres Vorgehen unbestimmt).

<sup>4</sup> BArch, RAAdI, Nr. 114958, n. f. (Gesetzentwurf v. 1.4.1887). Vgl. Rep. 151, III Nr. 8257, Bl. 211 ff. (Entwürfe).

## Nr. 284 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 31. März 1887.

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [1–2], Bd. 99, Bl. 122–135; MF 584.*

*Anwesend: Puttkamer [V, U], Maybach [U], Lucius [U], Friedberg [U], Boetticher [U], Goßler, Scholz [U]. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Rieth [zu 1–2], Pommer Esche, v. Kurowsky, Frh. v. Broich [alle zu 1], Homeyer [zu 2].*

1.–3. 14 Disziplinar- und Pensionssachen. [B]

## Nr. 285 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 9. April 1887.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 99, Bl. 136–147, Anlage: Bl. 148–149v; MF 584. — Abschr. [1, 3]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 5, Bl. 133–140v.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz. — Prot.: Homeyer [U]*

Weitere Teilnehmer: Loewe, E. Köhler [beide zu 3].

**1.** Verantwortlichkeit des Staatsministeriums für Veröffentlichungen des Staatsanzeigers; anlässlich einer im Auftrage des Ordenskapitels des Schwarzen Adlerordens vorzeitig erfolgten Publikation wird festgestellt, daß für alle amtlichen Veröffentlichungen im Staatsanzeiger das Einverständnis des Staatsministeriums bzw. des ressortmäßig beteiligten Ministers erforderlich ist.<sup>1</sup> [B] — **2.** Ordenssache. [B] — **3.** Gesetzentwurf betr. Besteuerung des Branntweins entspricht lt. Scholz dem Eventualentwurf<sup>2</sup> von 1886 und hat die Zustimmung der Kartellparteien. Steuersätze von 50 bzw. 70 Pfennig pro Liter reinen Alkohol sollen rd. 100 Mio. M. Mehreinahme und eine insbesondere für die östlichen Provinzen Preußens notwendige Preissteigerung bewirken. Um den Anschluß Bayerns an die norddeutsche Branntweinsteuergemeinschaft zu fördern, gelten als landwirtschaftliche, nichtgewerbliche Brennereien nur solche, die bis zu 3000 Liter Bottichraum pro Tag verarbeiten.<sup>3</sup> [B]

<sup>1</sup> Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 381 f. (ergänzt Prot.).

<sup>2</sup> Vgl. Sitzung am 14.3.1886, TOP 1 mit Anm. und den besprochenen Entwurf als Anlage auf Bl. 148–149v.

<sup>3</sup> Vgl. StenBerRT, Session 1887, Drucks. Nr. 90; Debatte dazu 10./11.5.–1887, S. 491–518. Die Differenz zwischen 50 Pf. Steuer für kontingentierten Branntwein und 70 Pf. für nicht-kontingentierten wurde zeitgenössisch als „Liebesgabe“ bezeichnet. Vgl. Heckel, Max v., Art. Branntweinbesteuerung, in: Handwörterbuch d. Staatswiss., Bd. 2, 2. Aufl., Jena 1899, S. 1056–1089, bes. S. 1066–1073.

### Nr. 286 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 3. Mai 1887.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 99, Bl. 150–157v; MF 584/585. — Abschr. [1–5]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 5, Bl. 142–147.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Gößler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

**1.** Kulturkampfabbau; die Wiedereröffnung des kath. Seminars in Pelplin soll gestattet werden, da Bischof L. Redner, Kulm [...] in deutscher Gesinnung zuverlässig ist und ein polnischer Lehrer im Seminar, der MdA A. J. Neubauer, keinen entscheidenden Einwand begründet.<sup>1</sup> [B] — **2.** Kulturkampfabbau im Schulwesen. Die katholischen Konvikte, die Bischof Korum ohne vorherige Anzeige zu Trier und Prüm errichten ließ, untersagen ihren Zöglingen die Teilnahme an den fakultativen Ausflügen und dem obligatorischen Turnunterricht des jeweiligen Gymnasiums. Schüler, die den obligatorischen Einrichtungen der Schule sich nicht fügen, sollen von dieser entfernt bzw. nicht aufgenommen werden. [B] — **3.** Denkschrift<sup>2</sup> über die Ausführung des Ansiedlungsgesetzes im LT; den dabei geäußerten Wunsch, daß auch Wirtschaften über 25 ha geschaffen werden, soll Zedlitz-Trützschler je nach Lage des Falles umsetzen; Bismarck bevorzugt kleine Bauernhöfe ab 7,5 ha oder Büdnerstellen für Arbeiter mit eigenem Hause und Gartenbesitz.<sup>3</sup> [B] — **4.** Stellungnahme zum Antrag<sup>4</sup> W. Frh. v. Minnigerode betr. Erhöhung der landwirtschaftlichen Schutzzölle. Scholz empfiehlt eine entgegenkommende Erklärung, um die unentbehrliche politische Unterstützung der Konservativen zu behalten, selbst auf die Gefahr einer Verärgerung der Nationalliberalen hin, deren Beistand ohnehin nicht ganz sicher ist. Lt. Bismarck ist jeder Landtag berechtigt, Fragen, die Reich wie Einzelstaaten betreffen, zu erörtern, und Lucius soll

<sup>1</sup> Vgl. PA Bonn, R 4030, n. f. (div. Schriftwechsel zu theolog. Seminaren).

<sup>2</sup> StenBerAH, Session 1887, Drucks. Nr. 20; Debatte dazu 9.2.1887, S. 354–379 u. StenBerHH, 21.3.1887, S. 90–93.

<sup>3</sup> Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 385 f. (ergänzt Prot.).

<sup>4</sup> StenBerAH, Session 1887, Drucks. Nr. 165; Debatte dazu 5.5.1887, S. 1047–1078 (Lucius S. 1055 ff.)

erklären, man sei grundsätzlich für Zollerhöhung, kenne aber noch nicht die Ansicht von Bundesstaaten und RT.<sup>5</sup> [B] — 5. Volksschulleistungsgesetz und Rheinische Kreis- und Provinzialordnung sind zu sanktionieren. [B] — 6. Fünf Ernennungen. [B]

---

<sup>5</sup> Vgl. Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 386–388 (ergänzt Prot.).

### **Nr. 287 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Mai 1887.**

*Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [1–3], Bd. 99, Bl. 158–173; MF 585.*

*Anwesend: Puttkamer [V], Lucius, Friedberg, Boetticher [zu 1], Goßler. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Rieth [zu 1–2], Frh. v. Broich [zu 1, 3], Paschke [zu 2], v. Kurowsky, v. Tepper-Laski [beide zu 3].*

**1.–3.** 15 Disziplinar- und Pensionssachen. [B] — **4.** Zwei Ernennungen. [B]

### **Nr. 288 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 16. Juni 1887.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [2], Bd. 99, Bl. 174–188; MF 585.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Friedberg, Boetticher, Scholz. — Prot.. Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky, v. Tepper-Laski, Frh. v. Broich [alle zu 2].*

**1.** Änderung des Regulativs betr. die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst v. 30. November 1883.<sup>1</sup> [B] — **2.** 13 Disziplinarsachen. [B] — **3.** Titelverleihung. 13 Ernennungen. [B]

---

<sup>1</sup> Die Änderung gemäß Staatsministerialbeschuß v. 19.6.1887 in: *MinBl. innere Verw.*, S. 135.

### **Nr. 289 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Juli 1887.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [3–4] und Korrekturen, Bd. 99, Bl. 189–207; MF 585.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Goßler, Scholz. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Frh. v. Broich [zu 3–4], Rieth [zu 3], v. Kurowsky, Homeyer [beide zu 4].*



1. *Vorschläge<sup>1</sup> Goßlers zum Wegfall des bisher üblichen Polnischunterrichts in den Volksschulen der Provinzen Westpreußen und Posen werden gebilligt.* [B] — 2. *Rangverhältnisse der Lehrer der technischen Hochschulen; vertagt.* — 3.–4. *15 Disziplinarsachen.* [B] — 5. *Ordenssache; Titelverleihung; Ernennung.* [B] — 6. *Drei Ernennungen.* [B] — 7. *Maßnahmen zur Verkehrssicherheit nach dem durch menschliches Versagen verursachten Eisenbahnunfall in Berlin-Wannsee<sup>2</sup>. Maybach plant Veränderungen in der Bauweise der Wagen, eine Disziplinierung des Verkehrs auf den ca. 50 Eisenbahnstationen um Berlin, bei saisonal bedingtem Ansturm auch Stationierung von Gendarmen oder ggf. Sperrung einzelner Bahnhöfe. Für Scholz sind die Fahrpreise auf der Stadtbahn [...] zu niedrig. Lt. Lucius sind die preußischen Eisenbahneinrichtungen besser als irgendwelche anderen, und man könne den Angriffen der Presse getrost mit Nichtachtung begegnen.* [B] — 8. *Ordenssache.* [B]

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 77, Tit. 50 Nr. 21 Bd. 6, Bl. 61 f. (Goßler 6.6.1887); Bl. 63 ff. Voten dazu. Vgl. Rimmele, Eva, Sprachenpolitik im Deutschen Kaiserreich vor 1914, Frankfurt/M. 1996, S. 104–107 und StenBerAH, Session 1888, 25.1.1888, S. 136–160 (Interpellation Jazdzewski gegen die diesbezügliche Ministerialverfügung v. 7.9./6.10.1887).*

<sup>2</sup> *Am 19.6.1887 verbrannten beim Zusammenstoß zweier Züge im Bahnhof Berlin-Wannsee zwei Personen, fünf wurden schwer verletzt; vgl. Rep. 77, Tit. 258 Nr. 11 Bd. 2, n. f. (Berichte).*

## Nr. 290 Sitzung des Staatsministeriums am 20. August 1887.

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [1] und Korrekturen, Bd. 99, Bl. 208–213; MF 586.*

*Anwesend [U]: Maybach [V], Friedberg, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Kurowsky [U].*

*Weitere Teilnehmer: Lucanus [für Goßler], Herrfurth [für Puttkamer], v. Tepper-Laski [zu 1].*

1. *Vier Disziplinarsachen.* [B] — 2. *Illuminationen der öffentlichen Gebäude in Königsberg, Danzig und Stettin anlässlich der Anwesenheit Wilhelms I. dort.<sup>1</sup>* [B] — 3. *Ordenssachen und Titelverleihungen anlässlich der Anwesenheit Wilhelms I. in Ostpreußen, Westpreußen und Pommern; Revision in sechs Fällen. Der Initiative Wilhelms I. zur Verleihung des Schwarzen Adler Ordens an Graf R. zu Dohna-Schlobitten soll nicht widersprochen, aber Bismarck davon benachrichtigt werden.* [B]

<sup>1</sup> *Anfang September 1887 wollte Wilhelm I. diese Städte bzw. deren Provinzen zu den Herbstmanövern besuchen, mußte aber gesundheitshalber absagen; vgl. Wippermann 1887, II, S. 176 f.*

## Nr. 291 Sitzung des Staatsministeriums am 23. September 1887.

*Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [2], Bd. 99, Bl. 214–219; MF 586.*

*Anwesend: Puttkamer [V], Maybach, Friedberg. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: v. Tepper-Laski, Frh. v. Broich [beide zu 2].*

1. *Telegraphischer Glückwunsch des Staatsministeriums zu Bismarcks fünfundzwanzigjährigem Ministerjubiläum.<sup>1</sup>* — 2. *Fünf Disziplinarsachen.* [B]

<sup>1</sup> *Vgl. Kohl, Bismarck-Regesten, Bd. 2, S. 441 f. (Bismarcks Amtsjubiläum am 23.9.1887).*

## Nr. 292 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Oktober 1887.

*Vollz. Reinschr., Bd. 99, Bl. 220–221; MF 586.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz. — Prot.: Homeyer [U].*

**1.** Beteiligung des Reichs an der *Weltausstellung* in Melbourne [...] 1888 *gebilligt*.<sup>1</sup> [B] — **2.** *Terminierung der Sessionen von RT und LT; an der seit mehreren Jahren mit gutem Erfolge praktizierten Übung, daß der Reichstag im November, der preußische Landtag im Januar einberufen wird, soll festgehalten werden.* [B] — **3.** *Drei Ernennungen.* [B] — **4.** *Ordenssache; Wirkl. GehOFinR L. v. Jordan soll einen Orden erster Klasse erhalten, wenngleich es üblich ist, Orden erster Klasse — im inneren Staatsdienst — erst nach Erlangung des Exzellenz-Prädikats zu verleihen.* [B]

<sup>1</sup> *StenBerBundesR Jg. 1887, Drucks. Nr. 101 u. 108, Beschluß Sitzung am 27.10.1887, § 510.*

## Nr. 293 Sitzung des Staatsministeriums am 3. November 1887.

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [7–9], Bd. 99, Bl. 222–230; MF 586.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach [zu 5–9], Lucius, Friedberg, Boetticher [zu 1–6], Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Rieth, A. Heller [beide zu 7], v. Kurowsky, Homeyer [beide zu 8].*

**1.** *Titelverleihung.* [B] — **2.** *Weitere Erörterung der Angelegenheit wegen der Vivisektionen durch kommissarische Vorberatung.*<sup>1</sup> [B] — **3.** *Ordenssache.* [B] — **4.** *Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Sozialistengesetzes gebilligt.* [B] — **5.** *Gesetzentwürfe<sup>3</sup> betr. den Landsturm und die Ersatzreserve, das Wehrpflichtgesetz; mit Modifikationen im Detail gebilligt.* [B] — **6.** *Ernennung.* [B] — **7.–8.** *Sieben Disziplinar- und Pensionssachen.* [B] — **[9.]** *Verwendung ausländischer Wertpapiere bei Anlage oder Verwaltung von Vermögen aller Art durch staatliche Behörden. Auf Wunsch Bismarcks sollen dabei ausländische Wertpapiere ausgeschlossen werden. Bronsart wird beim Vermögensnachweis für das Heiraten der Offiziere künftig ausschließlich inländische Titel fordern. Auch für Kautionen im Berg-, Eisenbahn- und Landwirtschaftswesen sollen sie gefordert werden. Im Vormundschaftswesen sind Pfleger an die Unsicherheit [...] ausländischer Papiere zu erinnern.*<sup>4</sup> [B]

<sup>1</sup> *Vgl. Bretschneider, Hubert, Der Streit um die Vivisektion im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1962, S. 89–104.*

<sup>2</sup> *Rep. 90a, D I 4c Nr. 2 Bd. 3, Bl. 1, 11–15v (Puttkamer 6.10.1888, ebd. auch weiterer Schriftwechsel). Vgl. StenBerRT, Session 1887/88, Drucks. Nr. 71; Debatte dazu 27./28./30.1.1888, S. 527–629.*

<sup>3</sup> *Vgl. StenBerRT, Session 1887/88, Drucks. Nr. 38; Debatte dazu 16.12.1887, S. 288–304.*

<sup>4</sup> *Der Vorgang gehört in den Rahmen des Bismarck'schen Lombardverbots für russische Werte ab 10.11.1887 und der Förderung des Absatzes der eigenen Staatsanleihen. Vgl. Kumpf-Korfes, Sigrid, Bismarcks "Draht nach Rußland", Berlin (O) 1968, S. 154 ff. und Wehler, Hans-Ulrich, Bismarcks Imperialismus und späte Rußlandpolitik unter dem Primat der Innenpolitik, in: Stürmer, Michael (Hrsg.), Das kaiserliche Deutschland, Kronberg/Ts. 1970, S. 235–264, hier S. 244 ff. Vgl. GP, Bd. 5, 1922, S. 330–337.*

**Nr. 294 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 19. November 1887.**

*Einladung und Notiz anstelle eines Protokolls, Bd. 99, Bl. 231, 232; MF 586.*

*Anwesend*<sup>1</sup>: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — *Prot.*: Homeyer.

*Lt. Notiz*<sup>2</sup> Homeyers wurde ein Protokoll [...] nicht aufgenommen. — Außerhalb der Tagesordnung wurde die Dispensation dreier kath. Priester von den gesetzlichen Erfordernissen der Vorbildung für ein geistliches Amt ausgesprochen. [B]

<sup>1</sup> Nach dem Einladungsschreiben auf Bl. 231.

<sup>2</sup> Vgl. Bl. 231 (Homeyer) bzw. Bl. 232 (Schreiben Goßlers v. 22.11.1887). Als Beratungsthemen ergeben sich lt. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 403–406 u. BArch, 90 Fr 2, Nr. 59, S. 182–186 (Friedbergs Memoiren) der Besuch des Zaren in Berlin, die gesundheitliche Krise von Kaiser und Kronprinz sowie die Stellvertretungsordre für Prinz Wilhelm. Daß die Stellvertretungsfrage angesprochen wurde, belegen auch eine Notiz in: Rep. 90, Nr. 1948, n. f. (19.11.1887) sowie Bußmann (Hrsg.), H. Bismarck, S. 482. Zum Vorgang vgl. Röhl, John, Wilhelm II. Die Jugend des Kaisers, München 1993, S. 701–704.

**Nr. 295 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 1. Dezember 1887.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [1–2] und Korrekturen, Bd. 99, Bl. 233–254; MF 586/587.*

*Anwesend [U]*: Puttkamer [V], Maybach, Lucius [zu 2–9], Friedberg, Boetticher [zu 2–9], Goßler, Scholz [zu 3–9], Bronsart v. Schellendorff [zu 3–9]. — *Prot.*: Homeyer [U].

*Weitere Teilnehmer*: Rieth [zu 1], v. Kurowsky, Frh. v. Broich [beide zu 2], Lindig [zu 4].

**1.–2.** Elf Disziplinar- und Pensionssachen. [B] — **3.** Besoldung und Dienstrang der Oberpräsidialräte.<sup>1</sup> [B] — **4.** Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. Neuverteilung der Polizeikosten in Städten mit königlicher Polizeiverwaltung. Puttkamer schlägt vor, daß die Städte künftig mehr, nämlich ein Drittel der Kosten plus Gebäude resp. Diensträume übernehmen. Bismarck und Scholz wünschen den Gemeinden  $\frac{3}{4}$  der Kosten aufzubürden, da die gegenwärtige Bevorzugung der großen Städte ihres Erachtens unbillig ist; eine Ausnahme für Berlin als Residenz wäre möglich. Da lt. Goßler die großen Städte [...] schon immer den Hauptanteil an den Staatsgeldern, so bei der sog. lex Huene, durch die Unfallversicherungs- und Krankenkassen, auch durch das Lehrerpensionsgesetz und neuerdings die Kommunalsteuer der Offiziere empfangen, sollen die zuletzt 10,25 Mio. M. Kosten der Polizeiverwaltung in den betroffenen 21 Städten künftig von ihnen zur Hälfte getragen werden. [B] — **5.** Drei Ernennungen. [B] — **6.** Zwei Ordenssachen. [B] — **7.** Titelverleihung. [B] — **8.** Berufung des GehFinR G. v. Bonin zum Staatsminister von Sachsen-Coburg-Gotha; derartige Berufungen von preußischen Beamten sind im preußischen Interesse zu begünstigen. [B] — **9.** Gesetzentwurf betr. Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Sozialistengesetzes; den von

<sup>1</sup> Rep. 77, Tit. 184 Nr. 20 Bd. 4, Bl. 123 ff. (Puttkamer 5.11.1887). Vgl. StenBerAH, Session 1888, 7.2.1888, S. 313 f. (Gehaltserhöhung u. Rang d. Räte III. Kl.) u. Lotz, Geschichte des deutschen Beamtentums, 1909, S. 590.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 344 Nr. 9 Bd. 8, n. f. (Vorarbeiten) u. StenBerAH, Session 1888, Drucks. Nr. 60 (auch ausführliche Kostenstatistik); Debatte dazu 27.2.1888, S. 702–725.

*Sachsen anregten Zusätzen<sup>3</sup> betr. künftige Strafbarkeit der öffentlichen Auslage von sozialdemokratischen Schriften und Teilnahme an sozialdemokratischen Versammlungen im Ausland sowie verschärfte Strafen für geschäftlich betriebene sozialdemokratische Agitation ist im Bundesrat zuzustimmen. [B]*

<sup>3</sup> Vgl. *StenBerBundesR*, Jg. 1887, Drucks. Nr. 139 (geheime Ausschlußbeschlüsse).

## **Nr. 296 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Dezember 1887.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [8] und Korrekturen, Bd. 99, Bl. 255–265; MF 587.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher [zu 1–7], Goßler, Scholz. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Homeyer [zu 4], v. Kurowsky, Frh. v. Broich [beide zu 8].*

**1.** Beratung der Grundzüge<sup>1</sup> zur Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter *hat im Volkswirtschaftsrat stattgefunden und kann im Staatsrat unterbleiben.*<sup>2</sup> [B] — **2.** Dispensation eines kath. Priesters von den gesetzlichen Erfordernissen der Vorbildung für ein geistliches Amt. [B] — **3.** Terminierung der Eröffnung des Landtags. [B] — **4.** Ordenssachen zum Krönungs- und Ordensfest 1888; *alle gebilligt.*<sup>3</sup> [B] — **5.** Geplante Teilung des Regierungsbezirks Schleswig in zwei Regierungsbezirke nach dem Inkrafttreten der neuen Provinzialordnung wird *gebilligt*<sup>4</sup>. [B] — **6.** Aufrücken der Bergassessoren in höhere Stellungen; *vertagt.* — **7.** Gesetzentwurf<sup>5</sup> *betr. Erleichterung der Volksschullasten; die durch die günstigere Finanzlage verfügbar werdenden Mittel sollen dafür verwendet werden, zumal auch Bismarck damit einverstanden ist.* [B] — **8.** *Neun Disziplinarsachen.* [B]

<sup>1</sup> *Rep. 84a*, Nr. 11049, Bl. 9–16, als Druckschrift Bl. 73–84; in der Akte auch Voten, u. a. Bl. 66–67v Bismarcks v. 11.9.1887. Beratungen d. Volkswirtschaftsrats ebd., Bl. 117 ff. Vgl. auch *Rep. 120*, A I 1 Nr. 79 Bd. 4, Bl. 11 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Schultheß 1887, S. 195 f. Das bezügliche Gesetz datiert erst v. 22.6.1889.

<sup>3</sup> Vgl. Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 411 f. (ergänzt Prot. bezüglich Aussprache über Prinz Wilhelm).

<sup>4</sup> Die Teilung wurde nicht durchgeführt; vgl. Hauser, *Provinz im Königreich Preußen*, S. 47–50.

<sup>5</sup> *Rep. 84a*, Nr. 4687, Bl. 182–210 (Votum Goßlers v. 27.12.1887). Vgl. *StenBerAH*, Session 1888, Drucks. Nr. 15; *Debatte dazu* 24.1.1888, S. 105–132 (20 Mio. Staatszuschüsse zwecks Aufhebung d. Schulgelds u. besserer Lehrergehälter). Vgl. Lamberti, *State, Society and the Elementary School*, S. 104 f.

## **Nr. 297 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Januar 1888.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 100, Bl. 2–11; MF 587. — Abschr. [2–4]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 5, Bl. 186–195v.*

*Anwesend [U]<sup>1</sup>: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: v. Hänisch [für Bronsart v. Schellendorff].*

<sup>1</sup> *Gelesen [U]: Bronsart v. Schellendorff.*

1. Dispensation zweier kath. Priester von den gesetzlichen Erfordernissen der Vorbildung für ein geistliches Amt. [B] — 2. Ausführung des 2. Friedensgesetzes zum Kulturkampfabbau hinsichtlich der Ordensniederlassungen<sup>2</sup>. Die unbedenklichen Fälle sind bereits erledigt; das seit 1875 vom Staat in Verwahrung genommene Vermögen von 18 aufgelösten Ordens-Niederlassungen<sup>3</sup> wird erst zurückgegeben, nachdem diesen per Gesetz wieder Korporationsrechte zuerkannt sind [B]. Die Wiedererrichtung der Niederlassung der Philippiner zu Gostyn und eine neue Niederlassung der Katharinerinnen zu Szibben<sup>4</sup> in Ostpreußen werden abgelehnt; mehrere andere Ordensniederlassungen aber gemäß Art. 5 § 1 des 2. Friedensgesetzes genehmigt [B]. Im Fall der Kapuziner zu Gorheim sind Bismarck und das mitbeteiligte Baden zu befragen [B]. — 3. Wehrpflicht der zurückkehrenden Ordens-Angehörigen.<sup>5</sup> Generelle Befreiung bleibt gemäß Wehrpflichtgesetz von 1867 und Reichsmilitärsgesetz von 1874 ausgeschlossen; Zuweisung zur Ersatzreserve als Krankenwärter im Einzelfall auf Antrag möglich. Eine Aushebung nach vollendetem 31. Lebensjahr ist nicht obligatorisch. Wegen des 2. Friedensgesetzes zum Kulturkampfabbau sind die einzelnen konkreten Fälle ausnahmsweise mit Nachsicht zu behandeln, im übrigen gelten die bestehenden Gesetze. [B] — 4. Entschädigung der Geistlichen für ihren Ausfall an Einkommen durch das Zivilstandsgesetz von 1874; da der von Wilhelm I. mehrfach angemahnten Entschädigung gemäß § 54 dieses Gesetzes unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstehen, sollen im Staatshaushalt 0,7 Mio. M. zur Aufbesserung der Gehälter der Geistlichen beider Konfessionen eingesetzt werden.<sup>6</sup> [B] — [5.] Eröffnungsrede für die Landtagssession 1888; ein Passus zur unerwartet günstigen Finanzlage wird gebilligt. [B]

<sup>2</sup> Vgl. allg. Rep. 76, IV Sekt. I Abt. XIII Nr. 19 Bd. 1, Bl. 89 ff. Einzelfälle von Orden dokumentiert in: Rep. 77, Tit. 413 Nr. 41 Beiakten Specialia. Zwei Übersichten (Druck, 123 bzw. 129 S.) der Ende 1888 bzw. Ende 1889 bestehenden Niederlassungen von kath. Orden in: Rep. 87, ZB Nr. 221. Dazu jetzt Häger, Peter, Klöster nach dem Kulturkampf, Paderborn 1997, S. 65 ff., hier S. 78 f.

<sup>3</sup> Vgl. GS, 1888, S. 113 (Gesetz betr. Korporationsrechte für die namentlich genannten Ordens-Niederlassungen). Zum Problem insgesamt Bachem, Zentrumsparthei, Bd. 4, S. 278–281.

<sup>4</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1890, 18.4.1890, S. 1149 f., 1154 f. (Windthorst, Gößler).

<sup>5</sup> Vgl. PA Bonn, R 3926, n. f. (div. Schriftwechsel, Bronsart u. Puttkamer gegen Wehrpflichtbefreiung a priori). Vgl. Häger, Klöster, S. 74–78.

<sup>6</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1888, 16.1.1888, S. 18 (Scholz) u. 20.1.1888, S. 40 (Frh. v. Minnigerode).

## Nr. 298 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Januar 1888.

Vollz. Reinschr., Bd. 100, Bl. 12; MF 587.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Gößler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

1. Eröffnungsrede<sup>1</sup> für die Landtagssession wird durchgegangen und modifiziert. [B] — 2. Übersicht Scholz' zum Staatshaushalt<sup>2</sup> für 1888/89; die Finanzlage ist befriedigend.

<sup>1</sup> StenBerAH, Session 1888, 14.1.1888, S. 1–3.

<sup>2</sup> Vgl. StenBerAH; Session 1888, Drucks. Nr. 11; Etatrede Scholz' dazu, 16.1.1888, S. 14–19.

**Nr. 299 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 7. Januar 1888.**

*Reinschrift, Bd. 100, Bl. 1; MF 587.*

*Anwesend: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

Einige Änderungen in der Fassung der Eröffnungsrede zur Landtagsession 1888.<sup>1</sup> [B]

---

<sup>1</sup> *Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 416 (ergänzt Prot.).*

**Nr. 300 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 25. Januar 1888.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [4–5] und Korrekturen, Bd. 100, Bl. 13–25; MF 587. — Abschr. [1–3]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 5, Bl. 199–203.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher [zu 1–3], Goßler [zu 1–2, 5], Scholz. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Rieth [zu 4], v. Kurowsky, Frh. v. Broich [beide zu 5].*

**1.** Berechtigung zur Ausstellung von Befähigungszeugnissen für den einjährigen Dienst durch das Martineum in Breslau; ist abzulehnen, da das zur Berücksichtigung derartiger Privatanstalten grundsätzlich nötige Bedürfnis fehlt. [B] — **2.** Kreis- und Provinzialordnung<sup>1</sup> für Schleswig-Holstein. Höhe der den Kreisen zu überweisenden, vom Staate durch die Kreisordnung ersparten Summen ist strittig, da Scholz hier eine Bevorzugung von Schleswig-Holstein gegenüber den östlichen Provinzen sieht. Scholz wird überstimmt und der Entwurf gebilligt. [B] — **3.** Fideikommißstiftung durch R. v. Hardt. Seit 1783 besteht die Praxis, daß die Bedingung der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession für Fideikommißnachfolger abgelehnt wird. Da die von den Hardtschen Eheleuten für ihr Gut Wonsowo in der Provinz Posen gewünschte Bedingung der Zugehörigkeit zur evangelischen Konfession aber aus deutschen nationalen Rücksichten eingesetzt wurde, soll der Bestätigung der Fideikommißurkunde durch Wilhelm I. nicht widerraten werden.<sup>2</sup> [B] — **4.–5.** Acht Disziplinar- und Pensionssachen. [B]

---

<sup>1</sup> *Rep. 77, Tit. 497k Nr. 13, n. f. (Entwurf, Druck, 188 S., übersandt v. Puttkamer am 22.12.1887). Vgl. StenBerHH, Session 1888, Drucks. Nr. 13 und 27 (ausführliche Darstellung und Kommissionsbericht); Debatte StenBerAH, 12.4.1888, S. 1052–1066.*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 84a (M), Nr. 4957, Bl. 8 ff. (u. a. Voten, v. a. Bismarcks v. 12.1.1888, der vorschlug, in Posen und Westpreußen das Bestätigungsrecht stets antipolnisch zu handhaben) u. Rep. 84a (M), Nr. 3580 (div. Materialien zur Konfessionsbindung von Fideikommissen).*

**Nr. 301 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 8. Februar 1888.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 100, Bl. 27–39; MF 588. — Abschr. [1, 4]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 5, Bl. 206–212. Teildruck [4]: Gatz, Erwin, Akten zur preußischen Kirchenpolitik in den Bistümern Gnesen-Posen, Kulm und Ermland 1885–1914, Mainz 1977, S. 63–65.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

**1.** *Börse und Großgrundbesitz; Bismarck möchte nach Beschwerden die Korporation der Kaufmannschaft von Berlin dazu bringen, andere Sachverständige zur Qualitätskontrolle beim Getreidehandel an der Produkten-Börse zu berufen, da die bisherigen selbst interessierte Getreidehändler sind; die Korporation soll über Änderungsmöglichkeiten gehört werden [B]. — Stellungnahme zum Antrag<sup>1</sup> auf Aufhebung des Identitätsnachweises. Die soll erst nach einem Reichstagsbeschluß erfolgen, obwohl Scholz aus finanziellen und sachlichen Gründen gegen Aufhebung ist [B]. — 2. Versetzung von Landrat v. Delius, Hameln, in den einstweiligen Ruhestand.<sup>2</sup> [B] — 3. Titelverleihung. [B] — 4. Polenpolitik und Kulturkampfabbau, hier Verhalten gegenüber den von Erzbischof Dinder, Posen, veranlaßten Anträgen<sup>3</sup> auf Übertragung des Religionsunterrichts an Priester, Einrichtung von Schulmessen und Gestattung des Beicht- und Kommunion-Unterrichts in Schulräumen. Da Dinder bei der Anerkennung staatlicher Verfügungen der Kulturkampfzeit sehr entgegenkommend war, soll das Gewünschte gewährt werden [B]. Bei den Verhandlungen über die Wiedereröffnung des Seminars zu Posen<sup>4</sup> und die Wiederezulassung der Pfarrer zum Vorsitz im Kirchenvorstande ist der wesentliche Punkt die Frage der Benutzung der deutschen Sprache [B].<sup>5</sup> Auf Anfragen<sup>6</sup> im AH betr. ein Verwendungsgesetz für die durch Einstellung staatlicher Leistungen seit 1875 angesammelten Sperrgelder ist entgegenkommend zu antworten [B].*

<sup>1</sup> *StenBerRT, Session 1887/88, Drucks. Nr. 102; Debatte dazu 16.2.1888, S. 931–948 (durch Übergang zur Tagesordnung erledigt).*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 77 (D), Nr. 725, Bl. 29, 40 u. Rep. 77 (D), Nr. 4754, Bl. 85 (Hintergründe der Versetzung).*

<sup>3</sup> *Vgl. Gatz, Akten, S. 52 f. (Schreiben Dinders v. 27.10.1887).*

<sup>4</sup> *Vgl. Gatz, Akten, S. XLII–XLVII.*

<sup>5</sup> *Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 419 f. (ergänzt Prot.).*

<sup>6</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1888, 1.3.1888, S. 779 f. (Windthorst, Goßler).*

**Nr. 302 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 22. Februar 1888.**

*Vollz. Reinschr.<sup>1</sup> mit Korrekturen, Bd. 100, Bl. 40–45v; MF 588.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

**1.** *Novelle zur Kirchengemeinde- und Synodalordnung für die sechs Ostprovinzen sowie Gesetz betr. die Form der schriftlichen Willenserklärungen der Presbyterien in*

<sup>1</sup> *Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 421–423 (ergänzt Prot. betr. Aussprache zur Krankheit des Kronprinzen).*

Westfalen und der Rheinprovinz<sup>2</sup>; Bismarck setzt gegen Goßler die Verweigerung der Sanktion für ersteres durch, da zwei Gesetzesparagrafen Gemeindeleben wie Staat schädigen würden. [B] — **2.** *Gesetzentwurf betr. Erleichterung der Volksschullasten in der AH-Kommission; die dort vorgeschlagene weitere Mittelerhöhung soll Scholz als unannehmbar bezeichnen.*<sup>3</sup> [B] — **3.** *Ordenssache.* [B] — **4.** *Wiederezulassung der Redemptoristen; auf eine vertrauliche Anfrage<sup>4</sup> der daran interessierten bayerischen Regierung ist zu antworten, daß Preußen im Bundesrat nicht dafür stimmen würde.* [B] — **5.** *Ernennung. Der neue GehRegR Höpfner soll sich das General-Referat über das höhere Schulwesen im Kultusministerium mit dem — katholischen — GehRegR Stauder [...] teilen. Vorsitzender der Reichsschulkommission wird auf Bismarcks Entscheidung hin Stauder.* [B]

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 123 Nr. 134 Bd. 3, Bl. 84–92 u. Rep. 89, Nr. 22773, Bl. 240–255 (v. a. *Immediatbericht v. 29.2.1888*) sowie Sitzung am 14.3.1886, TOP 4 mit Anm.

<sup>3</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1888, Drucks. Nr. 81, S. 1491 (Scholz)*.

<sup>4</sup> Vgl. *PA Bonn, R 3926, n. f. (Anfrage Lerchenfelds v. 5.2.1888)*.

### **Nr. 303 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 8. März 1888.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 100, Bl. 47–52; MF 588.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Hugo v. Winterfeld [zu 1].*

**1.–2.** *Maßnahmen für den bevorstehenden Thronwechsel von Wilhelm I. zu Friedrich III. Die Führung der Regierungsgeschäfte durch das Staatsministerium in Vertretung des Souverains findet lt. Bismarck gemäß Art. 57 Verfassung nur statt, wenn Friedrichs Krankheit eine dauernde Behinderung, zu regieren bedeuten und gemäß Art 56 eine Regentschaft erforderlich sein würde. Da dies offenbar nicht zutrifft, empfiehlt Bismarck Friedrich die Rückkehr nach Berlin, nicht wie geplant nach Wiesbaden, um die dann nötigen Proklamationen, die verfassungsmäßige Eidesleistung und die Vereidigung der Truppen persönlich durchzuführen. Generalmajor v. Winterfeld soll mit dieser Botschaft zu Friedrich nach San Remo reisen<sup>1</sup> [B]. Modalitäten der Bekanntmachung des erwarteten Ablebens Wilhelms I.; Verwendung des Trauerrandes im Behörden-Schriftverkehr wie 1861<sup>2</sup> [B].*

<sup>1</sup> Vgl. *Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 424–426 u. Röhl, Wilhelm II., S. 782. Zum Thronwechsel allgemein vgl. Rep. 90, Nr. 1958 (Abschriften zahlreicher TOP von März–Juli 1888)*.

<sup>2</sup> Vgl. *Sitzung am 5.1.1861, TOP 4.*

### **Nr. 304 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 9. März 1888.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 100, Bl. 53–56; MF 588. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 34, n. f.*



Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Homeyer [zu 3].

**1.** Thronwechsel; Friedrich III. hat dem Staatsministerium, das im Amt bleiben soll, telegraphisch gedankt; den Präsidenten von AH und HH ist Mitteilung davon zu machen.<sup>1</sup> — **2.** Thronwechsel; Friedrich III. ordnet keine Landestrauer an, sondern überläßt den Ausdruck der Trauer jedem Deutschen selbst.<sup>2</sup> — **3.** Spezielle Mitteilungen an Behörden über die Thronbesteigung Friedrichs III. und eine Bestätigung der betreffenden Beamten in ihren Ämtern wie 1861 sollen unterbleiben. [B]

<sup>1</sup> Kaiser Wilhelm I. war am 9.3.1888, morgens 8.20 Uhr gestorben; Rep. 89, Nr. 660. Vgl. StenBerAH, Session 1888, 10.3.1888, S. 939 (Telegramm Friedrichs III.) u. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 428 f. Zum Thronwechsel allg. Nichols, John Alden, *The year of the three Kaisers. Bismarck and the German succession 1887/88*, Urbana/Chicago 1987.

<sup>2</sup> Vgl. Wippermann 1888, I, S. 136 f. Zum Trauerreglement v. 1797/1845 vgl. Rep. 89, Nr. 2870 u. Rep. 90, Nr. 1960.

### **Nr. 305 Sitzung des Staatsministeriums im Ministerzimmer des Abgeordneten- hauses am 10. März 1888.**

Vollz. Reinschr., Bd. 100, Bl. 58–59; MF 588.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz. — Prot.: [?].

[1.] Vertrauliche Besprechung.<sup>1</sup> — [2.] Berufung des GehFinR G. v. Bonin als Staatsminister von Sachsen-Coburg-Gotha; dessen Wunsch, vor seinem Übertritt nach Coburg noch den Titel GehOFinR zu erhalten, ist abzulehnen.<sup>2</sup> [B]

<sup>1</sup> Diese nicht protokollierte Besprechung anderer Gegenstände galt lt. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 429–431 mehrere Fragen im Rahmen des Thronwechsels.

<sup>2</sup> Vgl. BArch, RA1, Nr. 114968, n. f. (Voten).

### **Nr. 306 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 13. März 1888.**

Vollz. Reinschrift mit Korrekturen, Bd. 100, Bl. 62–67; MF 588/589. — Abschr. [1, 3, 4, 6]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 5, Bl. 221–225v.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

**1.** Verfassungseid Friedrichs III. gemäß Art. 54 Verfassung soll wegen seines Gesundheitszustandes schriftlich an den LT gerichtet werden<sup>1</sup>; eine neue Vereidigung der Mitglieder des Landtags auf Friedrich III. hält Bismarck für unnötig. [B] — **2.** Diensteid der Zivilstaatsbeamten ist

<sup>1</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1888, 19.3.1888, S. 971. Vgl. zur Sitzung Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 433–435 (ergänzt Prot.)

gemäß den Verordnungen<sup>2</sup> vom 22. Januar und 6. Mai 1867 zu leisten. [B] — **3.** Vereidigung des Staatsministeriums wird gemäß Befehl Friedrichs III. stattfinden. — **4.** Keine spezielle Mitteilung über den Thronwechsel an die katholischen Bischöfe und den Evangelischen Oberkirchenrat. [B] — **5.** Dekorierungen der staatlichen Gebäude am Wege des Trauerzuges für Wilhelm I. sollen, anders als bei städtischen Gebäuden, aus Kostengründen unterbleiben. [B] — **6.** Niederlassung der Zisterzienser in Marienstatt; soll erlaubt werden, da dieser Orden lt. Bismarck gerade für die Kultur der Mark Brandenburg segensreich gewirkt hat und man nach dieser Zulassung umso fester [...] gegen die schädlichen [...] Orden, v. a. die Jesuiten, auftreten können wird.<sup>3</sup> [B]

<sup>2</sup> GS, S. 132 und 715.

<sup>3</sup> Vgl. PA Bonn, R 3926, n. f. (Vorlage Gofblers und Puttkamers v. 5.3.1888) u. Häger, Klöster, S. 71–74.

### Nr. 307 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 22. März 1888.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschr.<sup>1</sup> [6–7] und Korrekturen, Bd. 100, Bl. 68–74v; MF 589.

Anwesend [U]: Bismarck [V, zu 1–5], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Gofbler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: v. Rottenburg [zu 1–5]

**1.** Mitteilung Bismarcks, daß Friedrich III. nach anfänglich gehegten Bedenken doch auf seinen Vortrag hin das Sozialistengesetz und das Gesetz<sup>2</sup> wegen Verlängerung der Legislaturperioden des Reichstags vollzogen hat. — **2.** Bismarck erläutert die Entstehungsgeschichte des Erlasses<sup>3</sup> Friedrichs III. betr. seine Vertretung [...] in einzelnen Regierungsgeschäften durch den Kronprinzen Wilhelm. — **3.** Vereidigung des Staatsministeriums soll in einem Kronrat, wie die Consequenzen künftig genannt werden sollen, am 23.3.1888 stattfinden. Gegenstände der Beratung werden der Beschluß<sup>4</sup> des RT auf Errichtung eines Denkmals für Wilhelm I., eine Darlegung Bismarcks über sein außenpolitisches Grundkonzept und die agitatorische politische Tätigkeit des Hof- und Dompredigers A. Stoecker sein. — **4.** Erlaß einer Amnestie wie bei den Thronwechseln 1840 und 1861; Bismarck lehnt Amnestien überhaupt ab und ist der Anregung Friedrichs III. nur nachzugeben bereit, soweit es sich um unpolitische Vergehen handelt. — **5.** Einladung des Kronprinzen Wilhelm zum Kronrat; Bismarck wird keine Initiative in der Frage ergreifen, sondern die Anordnung Friedrichs III. abwarten.<sup>5</sup> — **[6.]** Ernennung. [B] — **[7.]** Kulturkampfabbau; Begnadigung des amtsent hobenen Trierer kath. Priesters Classen wird abgelehnt, da er wegen widerrechtlicher Amtshandlungen vielfach bestraft worden ist und anderen Priester dazu verholten hat, unerlaubter Weise [...] das Hochamt zu zelebrieren. [B]

<sup>1</sup> Es handelt sich um ein eigenes Prot. mit zwei separat gezählten TOP bei Abwesenheit Bismarcks.

<sup>2</sup> Das Gesetz v. 19.3.1888 (RGBl., S. 110) verlängerte die Dauer der Legislaturperiode von drei auf fünf Jahren. Zum politischen Streit darum vgl. Wippermann 1887, I, S. 70–75. Zu Friedrichs III. Bedenken vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 437–439 (ergänzt Prot.) und Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 2, S. 520.

<sup>3</sup> GS, S. 20. Zur Sache vgl. Rep. 90, Nr. 1948, n. f. sowie Röhl, Wilhelm II., S. 791.

<sup>4</sup> StenBerRT, Session 1887/88, Drucks. Nr. 213; Debatte dazu 20.3.1887, S. 1396 (Annahme ohne Debatte). Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 439 f. (ergänzt Prot.).

<sup>5</sup> Beim Kronrat waren sowohl Kronprinz Wilhelm als auch Prinz Heinrich zugegen, vgl. Kronrat am 23.3.1888.

**Nr. 308 Sitzung des Kronrats im Schloß Charlottenburg am 23. März 1888.**

*Vollz. Reinschr., Bd. IV, Bl. 85–99; MF KR 24. — Teildruck [2]: Stürmer (Hrsg.), Bismarck und die preußisch-deutsche Politik, S. 251 f.*

*Anwesend [U]: Friedrich III. [V], Bismarck, Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer.*

*Weitere Teilnehmer: Kronprinz Wilhelm, Prinz Heinrich v. Preußen.*

*Vereidigung des Staatsministeriums auf Friedrich III.<sup>1</sup> — 1. Stellungnahme zum Beschluß des RT betr. Errichtung eines Denkmals für Wilhelm I.; Bismarck soll eine Ausschreibung dazu vorbereiten und die Bundesstaaten konsultieren, obgleich auch Friedrich III. selbst ein Denkmal für Wilhelm I. errichten zu lassen gedenkt. [B] — 2.<sup>2</sup> Bismarck erläutert sein außenpolitisches Grundkonzept. Um nach 1871 einer Kaunitz'schen Koalition gegen Deutschland vorzubeugen, hat Bismarck das Bündnis mit Österreich gesucht; im Konflikt Österreich – Rußland muß Deutschland die Kriegslust der befreundeten Macht zügeln, aber dessen ungeschwächte Großmachtsstellung bleibt ein Bedürfnis des europäischen Gleichgewichtes. Bulgarien<sup>3</sup> bildet für Rußland ein zweites Polen und lenkt es nach Osten ab; zugleich zwingt dies England, Rußland wegen der Herrschaft über Konstantinopel [...] entgegenzutreten. Von Rußland sieht Bismarck überhaupt die größte Gefahr ausgehen. Die deutsche Mobilisierung wird nur in einem allseits als gerecht anerkannten [...] Verteidigungskriege gelingen können; deshalb ist Aufrechterhaltung des Friedens Bismarcks Ziel. Friedrich III. billigt diese Auffassung. [B] — 3. Neue Münzstempel mit dem Bildnis Friedrichs III. sollen nach dem Reliefbilde von R. Begas angefertigt werden; möglichste Beschleunigung der Ausprägung neuer Münzen. [B] — 4. Agitatorische politische Tätigkeit des Hof- und Dompredigers A. Stoecker und mögliches Disziplinarverfahren. Mehrere Vorgänge und Mahnungen seit einer Beschwerde des Bankiers G. v. Bleichröder im Jahre 1880 erreichten keinen definitiven Abschluß<sup>4</sup>; Bismarck sieht die furchtlose politische Tätigkeit Stöckers mit Interesse, hält aber seine Kampfweise für schwer vereinbar mit seiner Stellung als Hof- und Domprediger. Da Stöcker ressortmäßig der Disziplin des Evangelischen Oberkirchenrats untersteht und die Akten des Kultusministeriums den Sachstand nicht vollständig erkennen lassen, soll der Präsident des Oberkirchenrats berichten.<sup>5</sup> [B]*

<sup>1</sup> Das (auf Bl. 85 genannte) besondere Protokoll liegt nicht bei, eine Abschr. in: Rep. 90, Nr. 1962, n. f. (23.3.1888). Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 441–444 (ergänzt Prot.).

<sup>2</sup> Dazu der reinschriftliche Entwurf Homeyers mit hs. Korrekturen Bismarcks auf Bl. 101–104 der Akte.

<sup>3</sup> Dies eine Anspielung auf die vom Kaiserpaar befürwortete Battenberg-Kandidatur für den bulgarischen Thron, die Bismarck v. a. aus dem genannten Kalkül strikt ablehnte. Vgl. auch GP, Bd. 6, 1924, S. 284 ff. (Thronbericht dazu).

<sup>4</sup> Vgl. Oertzen, Dietrich v., Adolf Stoecker. Lebensbild und Zeitgeschichte, Bd. 1, Berlin 1910, S. 217–221.

<sup>5</sup> Die Initiative Friedrichs III. erfolgte v. a. wegen der sog. Waldersee-Versammlung vom 28.11.1887. Vgl. Frank, Stoecker, S. 177–180 (aufgrund Akten des Kultusministeriums) und allg. Röhl, Wilhelm II., S. 711 ff.

**Nr. 309 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 28. März 1888.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 100, Bl. 75–81; MF 589. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 1894, n. f.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

Weitere Teilnehmer: E. v. Albedyll, K. Frh. v. Wilmowski.

1. Überweisung von Geschäftszweigen an Kronprinz Wilhelm, um den kranken Friedrich III. zu entlasten; lt. Bismarck muß der Kronprinz dann auch die definitive Entscheidung treffen dürfen, da sonst nur der Geschäftsgang erschwert würde; die Ressortchefs werden Vorschläge erarbeiten, was der Kronprinz erledigen könnte.<sup>1</sup> [B] — 2. Bezüglich Verleihung von Korporationsrechten an kath. Orden soll ein Gesetzentwurf<sup>2</sup> im Landtag eingebracht werden. [B] — 3. Ordenssache. Grundsätzlich soll auf den Roten Adler-Orden II. Kl. der Stern zum Kronen-Orden II. Kl. folgen; Verleihung des Sterns der Komthure vom Hohenzollernschen Hausorden ist unangemessen. [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 1948, n. f. (Auflistung aus den Ressorts über Unterschriften-Bedarf, Immediatbericht v. 4.4.1888).

<sup>2</sup> StenBerAH, Session 1888, Drucks. Nr. 199; Debatte dazu 5.5.1888, S. 1489 f. Vgl. GS, 1888, S. 113.

### Nr. 310 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 12. April 1888.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 100, Bl. 82–90v; MF 589. — Abschr. [1–4]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 5, Bl. 234–238v.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

1. Gesetzentwurf<sup>1</sup> wegen Bewilligung von 34 Mio M. Staatshilfen für die Überschwemmungsschäden des Frühlings 1888; Wiedererstattung einiger Gelder durch Deichverbände bleibt möglich; Maßnahmen der gesundheitlichen Hygiene sind einzubeziehen. [B] — 2. Neue Paßkontrolle an der Grenze von Elsaß-Lothringen zu Frankreich<sup>2</sup>; um die Verbindungen und das Gefühl der Zusammengehörigkeit [...] abzuschwächen, soll sie an der elsäß-lothringischen Westgrenze eingeführt und ggf. auf die Ostgrenze ausgeweitet werden, obwohl dadurch der wirtschaftliche Verkehr, v. a. zu Baden, leidet. [B] — 3. Keine Ausdehnung der von Friedrich III. anlässlich des Thronwechsels verfügten Amnestie<sup>3</sup> auf polizeiliche Strafverfügungen oder Steuerkontraventionsstrafen. [B] — 4. Stellungnahme bei der Beratung des Gesetzentwurfs betr. Erleichterung der Volksschullasten im AH; ein etwaiger Beschluß betr. ausnahmsweisen Fortbestand des Schulgelds in Kommunen ist kein Grund, den Gesetzentwurf für unannehmbar zu erklären.<sup>4</sup> [B] — 5.–6. Fünf Ernennungen. [B] — 7. Ordenssache bzw. Titelverleihung. Bismarck hält eine neuerliche Auszeichnung für den verdienten, mehrfach dekorierten Direktor der Staatsarchive H. v. Sybel für unnötig, da er grundsätzlich die Zahl der Anlässe, wo Auszeichnungen erwartet und deren Ausbleiben als Zurücksetzung betrachtet wird, nicht vermehren will. Ein Glückwunschsreiben zum 50-jährigen Doktorjubiläum soll reichen.

<sup>1</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1888, Drucks. Nr. 124 (Gesetzentwurf) u. Nr. 139 (ausführliche Darstellung der Überschwemmungsschäden); Debatte dazu 16.4.1888, S. 1102–1109.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 90, Annex E, Nr. 12 (Votum Bismarcks v. 2.4.1888); Schultheß 1888, S. 86, 89 f. (VO v. 22.5.1888), Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 2, S. 522–524, 543 (Berichte Marschalls) u. Hohenlohe, Denkwürdigkeiten, Bd. 2, S. 432–438.

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 1972 (Amnestieerlaß v. 31.3.1888, Immediatbericht, Voten) u. Wippermann 1888, I, S. 148–152.

<sup>4</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1888, 18.4.1888, S. 1121–1152, bes. S. 1140–1150 (Ausnahmeregelung beim Schulgeld). Vgl. § 4 des Gesetzes v. 14.6.1888, GS, S. 241.

**Nr. 311 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 16. April 1888.**

*Reinschr., Bd. 100, Bl. 91; MF 589.*

*Anwesend: Bismarck [V], Puttkamer, Lucius, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Aussprache zu den von Friedrich III. beabsichtigten Standeserhöhungen; Bismarck wird ihm die Meinung des Staatsministeriums vortragen.*<sup>1</sup> [B]

---

<sup>1</sup> *Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 448–451 (ergänzt Prot., auch in Bezug auf die Kanzler-Krisis) und GW 6c, S. 389 f. (Bismarck 14.5.1888). Eine vollständige Liste der Adelsverleihungen und Standeserhöhungen 1888 bei: Houwald, Albrecht Frh. v., Brandenburgisch-Preußische Standeserhöhungen und Gnadenakte für die Zeit 1873–1918, Görlitz 1939, S. 56–66. Die übrigen Auszeichnungen im Staatsanzeiger Nr. 121 v. 7.5.1888. Vgl. auch Rep. 89, Nr. 938 u. Rep. 90, Nr. 1971.*

**Nr. 312 Sitzung des Staatsministeriums am 17. April 1888.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [2–3], Bd. 100, Bl. 92–112; MF 589/590.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Frh. v. Broich [zu 2–3], Rieth, W. Frh. Senfft v. Pilsach, G. F. O. Gerlach, J. E. Fritsch, GehFinR Loewe [alle zu 2], v. Kurowsky, v. Tepper-Laski [beide zu 3].*

**1. Drei Ernennungen.** [B] — **2.–3. 19 Disziplinar- und Pensionssachen.** [B] — **4. Disziplinarsache v. d. Decken soll nach Gnadengesuch milde behandelt werden.** [B] — **5. Neue Niederlassung der Kapuziner in Gorheim; keine Verhandlungen mit der Württembergischen und Badischen Regierung, sondern Ablehnung des katholischerseits sehr unterstützten Ansinnens, da eine weitere Häufung klösterlicher Niederlassungen im Regierungsbezirk Sigmaringen nicht erwünscht ist.** [B]

**Nr. 313 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 21. April 1888.**

*Vollz. Reinschr., Bd. 100, Bl. 113–115; MF 590.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

**1. Übertragung von Geschäftszweigen an Kronprinz Wilhelm zur Entlastung Friedrichs III.; Bismarck ist sich nach einem diesbezüglichen Schreiben<sup>1</sup> des Generaladjutanten H. v. Winterfeld nicht sicher, wer entscheidet, was Friedrich III. und was Kronprinz Wilhelm vorzulegen ist;**

---

<sup>1</sup> *Rep. 90, Nr. 1948, n. f. (19.4.1888).*

*Bismarck wird nachfragen. [B] — 2. Standerhöhungen; den neuen Fürsten<sup>2</sup> kommt das Prädikat “Durchlaucht” zu, nicht “Fürstliche Gnaden”. [B]*

---

<sup>2</sup> Dies betraf die neukreierten Fürsten Hugo v. Radolin und Friedrich v. Solms-Baruth.

**Nr. 314 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 23. April 1888.**

*Vollz. Reinschr., Bd. 100, Bl. 116–118v; MF 590.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V, zu 1–2], Puttkamer, Maybach, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: H. Graf v. Bismarck.*

**1.** *Friedrich III. will dem StS des Auswärtigen Amtes, Herbert Graf v. Bismarck, den Rang als Staatsminister verleihen. — 2. Standeserhöhungen und Ordenssachen anlässlich des Thronwechsels; Umfang und Revision der Vorschläge; auch Adelsverleihungen sind noch möglich. [B] — 3. Die von Friedrich III. befohlenen Standeserhöhungen und Adelsverleihungen sind vom Heroldsamt zu publizieren, ohne die Verhandlungen bezüglich der strittigen Fälle abzuwarten. [B]*

**Nr. 315 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 24. April 1888.**

*Vollz. Reinschr., Bd. 100, Bl. 119–121; MF 590.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Marcard [für Goßler].*

**1.** *Übertragung von Geschäftszweigen an Kronprinz Wilhelm zur Entlastung Friedrichs III.; die Ressortchefs bestimmen, was jene prinzipiell wichtigen Gegenstände sind, die Friedrich III. vorzubehalten bleiben. — 2. Standeserhöhungen und Ordenssachen anlässlich des Thronwechsels werden erneut durchgegangen. — Friedrich III. ist geneigt, anzuordnen, daß Oberpräsidenten [...] für die Dauer dieses ihres Amtes das Prädikat “Exzellenz” führen.<sup>1</sup>*

---

<sup>1</sup> Durch Erlaß Friedrichs III. v. 5.5.1888 wurde den Oberpräsidenten für ihre Amtszeit der Titel Exzellenz beigelegt; vgl. Bitter, Handwörterbuch, 1906, Bd. 2, S. 153.

**Nr. 316 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 29. April 1888.**

*Vollz. Reinschr., Bd. 100, Bl. 122–126v; MF 590.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff, H. Bismarck. — Prot.: Homeyer [U].*

**1.** *Standeserhöhungen und Ordenssachen anlässlich des Thronwechsels; nach Revision bis auf einen Fall gebilligt.*<sup>1</sup> [B] — **2.** *Zwei Ernennungen. Ordenssache.* [B] — **3.** *Dem deutschen Schützenbund ist zum für 1890 zu Berlin geplanten Bundesschießen ein Teil des Exerzierplatzes auf dem Tempelhofer Felde zu überlassen.* [B] — **4.** *Stellungnahme zu den Beschlüssen<sup>2</sup> der AH-Kommission zum § 50 der Kreisordnung für Schleswig-Holstein betr. Ernennung von Amtsvorstehern; sind für unannehmbar zu erklären, zumal der wichtige Bereich der Polizeiverwaltung davon berührt wird.* [B] — **5.** *Gesetzentwurf betr. Erleichterung der Volksschullasten im Herrenhause. Die von den Kartellparteien in einem Antrag<sup>3</sup> [...] vorgeschlagene Fassung des § 4 betr. Schulgeld wurde im AH dadurch vereitelt, daß die konservative Fraktion im Bündnis mit dem Zentrum gegen diesen Antrag stimmte. Der Neigung der Konservativen zum Zentrum ist lt. Bismarck entgegenzutreten. Goßler wird im Herrenhause eine der Auffassung der Regierung günstige Abänderung der AH-Beschlüsse zu erzielen versuchen.*<sup>4</sup> [B]

<sup>1</sup> *Vgl. Bußmann (Hrsg.), H. Bismarck, S. 516.*

<sup>2</sup> *StenBerAH, Session 1888, Drucks. Nr. 164, S. 1825–1827; Debatte dazu 1.5.1888, S. 1371–1386 (Beseitigung der inkriminierten Beschlüsse).*

<sup>3</sup> *StenBerAH, Session 1888, Drucks. Nr. 151; Debatte StenBerAH 18.4.1888, S. 1138–1140.*

<sup>4</sup> *Vgl. StenBerHH, Session 1888, 16.5.1888, S. 120–125 (Regierungsauffassung obsiegt).*

**Nr. 317 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 6. Mai 1888.**

*Vollz. Reinschr., Bd. 100, Bl. 127–134v; MF 590.*

*Anwesend: Bismarck [V, U], Puttkamer, Maybach [U], Lucius [U], Friedberg [U], Boetticher [U], Goßler, Scholz [U], H. Bismarck [U]. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: v. Tepper-Laski.*

**1.** *AH und Staatsministerium. Da die Landtagssession durch die zur Verfassungsänderung nötige zweite Abstimmung über den Gesetzentwurf zur Erleichterung der Volksschullasten länger dauert, rechnet Bismarck damit, daß agitatorische, auf die nächsten Wahlen berechnete Initiativanträge eingebracht werden. Die Beteiligung der Staatsregierung an solchen Debatten ist zu vermeiden und das Präsidium des Abgeordnetenhauses zur Vertagung zu bestimmen<sup>1</sup>. Der voraussichtliche Dissens<sup>2</sup> von AH und HH betr. die Notwendigkeit einer Verfassungsänderung für das Volksschullasten-Gesetz soll zur Schließung des Landtages benutzt werden, da besser kein Gesetz zu Stande kommt als daß Staatsregierung und HH in der Frage Verfassungsänderung dem AH nachgeben.* [B] — **2.** *Publikation der von Friedrich III. genehmigten Standeserhöhungen und Ordenssachen zum Thronwechsel.* [B] — **3.** *Berufung eines neuen Mitglieds in das Herrenhaus.* [B]

<sup>1</sup> *Am 8.5. und 15.5. vertagte sich das AH auf eine Woche bzw. 10 Tage; Landtagsschluß war am 26.5.1888.*

<sup>2</sup> *Der Dissens trat aber letzten Endes nicht ein; vgl. Sitzung am 15.5.1888, TOP 3 mit Anm.*

4. *Ordenssache*. [B] — 5. *Friedrich III. ordnete an, daß in der Behördensprache das Wort "Dimissoriale" durch "Abschied" ersetzt werden soll*. [B] — 6. *Kreis- und Provinzialordnung für Schleswig-Holstein wird in der Fassung des Landtages gebilligt*. [B] — 7. *Der im AH unveränderte Gesetzentwurf betr. Verleihung von Korporationsrechten an Niederlassungen geistlicher Orden wird gebilligt*. [B] — 8. *Strafrechtliche Verfolgung der Danziger Zeitung und des Kleinen Journals wegen Beleidigung des Staatsministeriums; da deren Behauptung, daß der Welfen-Fonds für eine Zeitungspolemik gegen die Kaiserin Victoria benutzt wird, somit nur weiter öffentlich debattiert würde, soll die Strafverfolgung unterbleiben*. [B]

**Nr. 318 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 13. Mai 1888.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 100, Bl. 135–139v; MF 590. — Abschr. [1–3]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 5, Bl. 254–257.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Lucius v. Ballhausen<sup>1</sup>, Friedberg, Scholz, Bronsart v. Schellendorff, H. Bismarck. — Prot.: Homeyer [U].*

1. *Ordenssachen und Titelverleihungen für von Friedrich III. und Kaiserin Victoria ausgewählte Personen; Bismarck und das Staatsministerium hegen gegen einige Kandidaten schwere Bedenken, was Friedrich III. mitgeteilt werden soll*.<sup>2</sup> [B] — 2. *Neue Paßkontrolle an der Grenze von Elsaß-Lothringen zu Frankreich. Die deutschen Bundesregierungen haben dem zugestimmt, die badische Regierung allerdings nicht ohne Widerstreben. Den Widerspruch des Statthalters Ch. Fürst zu Hohenlohe wird Bismarck übergehen. Gegen Luxemburg ist die gleiche Maßregel erforderlich, zumal nach dem neuen Branntweinsteuergesetz auch eine Steuergrenze nötig wird*.<sup>3</sup> [B] — 3. *Der 1886 gemäß § 28 des Sozialistengesetzes über Spremberg [...] verhängte sog. kleine Belagerungszustand soll nicht verlängert werden*. [B]

<sup>1</sup> *Lucius war am 5.5.1888 durch Friedrich III. in den erblichen Freiherrenstand erhoben worden.*

<sup>2</sup> *Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 452 f. (ergänzt Prot.) und Bismarck, GW, Bd. 6c, S. 389 f. (Bismarck an Radolin mit Bedenken gegen Orden für die freisinnigen Abgeordneten G. v. Bunsen und K. Schrader).*

<sup>3</sup> *Vgl. Bismarck, GW, Bd. 6c, S. 391 f. (Bismarck rechtfertigt gegenüber Miquel den Paßzwang).*

**Nr. 319 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 15. Mai 1888.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 100, Bl. 142–150v; MF 590.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Friedberg, Boetticher, Goßler [zu 1–5], Scholz, Bronsart v. Schellendorff [zu 1–4]. — Prot.: Homeyer.*

1. *Ordenssache*. [B] — 2. *Das im Staatshandbuch, Ausgabe 1887/88, erstmals fehlende Symbol für die Landwehr-Dienstauszeichnung soll nach einem Monitum von Scholz in die nächste Ausgabe wieder aufgenommen werden, da viele Landwehr-Offiziere auf diese Auszeichnung Wert legen*.<sup>1</sup> [B] — 3. *Gesetz betr. Erleichterung der Volksschullasten im HH. Scheitert das Gesetz,*

<sup>1</sup> *Das Symbol für die Landwehr-Dienstauszeichnung (LD 1. bzw. 2. Kl.) findet sich ab dem Jahrgang 1889 (S. XVII) wieder im Staatshandbuch.*



weil die vom AH in den § 7 eingefügte Verfassungsänderung<sup>2</sup> vom HH verneint wird, müssen lt. Goßler die Konservativen der Ostprovinzen Mandatsverluste an die Freisinnigen befürchten; zudem erschiene das als Triumph der Windthorst'schen Politik, die manche Konservative dem Kartell entfremdet hat. Scholz gönnt dem regierungsfeindlichen Teil der Konservativen eine Wahl-niederlage als Lehre. Puttkamer wünscht das Zustandekommen des Gesetzes, da die ländliche Bevölkerung in den Staatszuschüssen eine gewisse Kompensation für die Branntweinverteuerung erblickt und man regierungsseitig selbst die fehlgeleiteten Konservativen gegen die Freisinnigen stützen muß. Mit 5 gegen 2 Stimmen wird beschlossen, den § 7 des AH im HH für unannehmbar zu erklären und somit das Scheitern des Gesetzes in Kauf zu nehmen; Bismarck soll informiert werden.<sup>3</sup> [B] — 4. Mögliches Disziplinarverfahren gegen den Hof- und Domprediger A. Stöcker wegen seiner politischen Agitation; da die früheren Verfahren mit der damaligen Mahnung zur Vorsicht als abgeschlossen anzusehen sind und Stöcker sich seit Ende 1885 mehr Vorsicht und Mäßigung auferlegt habe, soll Friedrich III. empfohlen werden, zur Vermeidung disziplinarischer Maßregeln eine neuerliche Mahnung zu erlassen. [B] — 5. Zwei Ernennungen. [B] — 6. Versetzung des Landrats von Saarbrücken, M. v. Voss, da durch seine Taktlosigkeit die politische Situation [...] sich für die Wahlen ungünstig gestaltet habe.<sup>4</sup> [B]

<sup>2</sup> StenBerAH, 19.4.1888, S. 1153–1182 (Zentrum u. viele Deutschkonservative vs. Freikonservative und NLP).

<sup>3</sup> Das Herrenhaus lehnte nach einer Rede von Scholz gegen den § 7 der AH-Fassung diesen ab; vgl. StenBerHH, Session 1888, 16.5.1888, S. 109–132. Das Scheitern des Gesetzes wurde aber vermieden, indem durch den "Umfall" von 70 Konservativen (so Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 454) der Antrag Windthorst's auf Wiederherstellung des § 7 keine Mehrheit fand und das AH den HH-Beschlüssen beitrug; StenBerAH, 25./26.5.1888, S. 1600–1646.

<sup>4</sup> Vgl. Jungblut, Thomas, Die 'altpreußischen' höheren Regierungsbeamten und Landräte in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier 1850 bis 1914 im Rahmen der preußischen Personalpolitik, Phil. Diss., Mainz 1989, S. 285 (K. F. v. Stumm wirft v. Voß bei den Kreistagswahlen 1888 Wahlmanipulation zugunsten der ihm verschwägerten Familie v. Röchling vor).

## Nr. 320 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Herrenhauses am 16. Mai 1888.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 100, Bl. 151–154, Anlage: Bl. 155–155v; MF 590/591.

Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, H. Bismarck. — Prot.: Kurowsky [U].

1. Gesetz betr. Erleichterung der Volksschullasten im HH; Bismarck billigt telegraphisch<sup>1</sup> die Haltung des Staatsministeriums, möchte aber den § 7 aus taktischen Gründen durch Herrenhausmitglieder bekämpft sehen; einzelne Mitglieder des Herrenhauses sind davon vertraulich zu verständigen. [B] — 2. Ergebnisadresse<sup>2</sup> der polnischen Mitglieder von RT und LT im Rahmen der allgemeinen Polenpolitik. Puttkamer rät prinzipaliter an, den Unterzeichnern gar keine Antwort zu erteilen. Da aber Friedrich III. den Wunsch äußerte, die Adresse [...] zu beantworten, ist ihm zu raten, die Adresse nicht Selbst zu beantworten, sondern dem Staatsministerium zur Beantwortung zu überweisen; Bismarck soll informiert werden. [B]

<sup>1</sup> Abschr. des Telegramms v. 15.5.1888 als Anlage auf Bl. 155.

<sup>2</sup> Vgl. Schultheß 1888, S. 116 (Adresse v. 4.5.1888) u. S. 113 f. (Antwort d. Staatsministeriums v. 29.5.1888).

**Nr. 321 Sitzung des Staatsministeriums im Gebäude des Herrenhauses am 17. Mai 1888.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 100, Bl. 156–159v; MF 591.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach [zu 1], Lucius v. Ballhausen [zu 2–3], Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, H. Bismarck. — Prot.: Homeyer [U].*

**1.** Gesetz betr. Erleichterung der Volksschullasten im AH; die früher wegen des als unvermeidlich angesehenen Dissenses zwischen Abgeordnetenhaus und Herrenhaus geplante Schließung der Landtagssession soll angesichts eines Meinungsumschwungs bei der Rechten des AH unterbleiben; auch agitatorische Anträge stehen nach Mitteilung des AH-Präsidenten nicht zur Debatte; deshalb ist das Gesetz im AH zu beraten. [B] — **2.** Mitteilung Goßlers über sein Bestreben, nach dem Bekanntwerden der Presseagitation des bei Fürst F. Radziwill logierenden Priesters St. Radziejewski<sup>1</sup> die in der regierungsfeindlichen ultramontanen Presse tätigen katholischen Geistlichen [...] dem geistlichen Berufe wieder zuzuführen; Schwierigkeiten bereitet die Erzdiözese Gnesen-Posen. — **3.** Übernahme des Ehren-Präsidiums und Druckkostenzuschuß für den im Oktober 1888 in Berlin stattfindenden Kongreß der Amerikanisten<sup>2</sup>; Goßler wird das Ehren-Präsidium dieser in Europa geschätzten internationalen Vereinigung selbst übernehmen. [B]

<sup>1</sup> Vgl. Gatz, Akten, S. 67 f. u. Polski Słownik Biograficzny, Bd. 30, S. 42–44 (Biographie Radziejewski).

<sup>2</sup> Dieser Ethnologie-Kongreß fand vom 2.10.–5.10.1888 in Berlin statt; vgl. NPZ 385 v. 30.9.1888.

**Nr. 322 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Mai 1888.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 100, Bl. 160–165v; MF 591.*

*Anwesend [U]: Puttkamer [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, H. Bismarck. — Prot.: Homeyer [U].*

**1.** Verleihung des Ranges der Räte zweiter Klasse an ältere und verdiente Ober-Postdirektoren; der diesbezügliche Wunsch von StS H. v. Stephan ist abzulehnen, weil den Ober-Postdirektoren erst 1882 der Rang der Räte dritter Klasse beigelegt wurde.<sup>1</sup> [B] — **2.** Novelle zur Kirchengemeinde- und Synodalordnung für die sechs Ostprovinzen und Gesetz betr. die Form der schriftlichen Willenserklärungen der Presbyterien in Westfalen und der Rheinprovinz; die Nicht-Sanktion des ersteren ist dem Ev. Oberkirchenrat mitgeteilt, das letztere soll in der Landtagssession 1889 eingebracht werden.<sup>2</sup> [B] — **3.** Ernennung; der 1875 abberufene I. Frh. v. Landsberg-Steinfurt soll Landrat von Münster werden, da er zu den gemäßigten Mitgliedern des Zentrums im Reichstage gehört. [B] — **4.** Denkmal für Heinrich Heine in Düsseldorf<sup>3</sup>; einem Protest der angesehensten Einwohner [...] gegen einen von Kaiserin Elisabeth von Österreich angeregten diesbezüglichen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung stattzugeben, ist Puttkamer nicht kompetent. [B] — **5.** Landtagsschluß soll nach der Beschlußfassung des AH über das Volksschullastengesetz erfolgen.<sup>4</sup> [B] — **6.** Adresse der polnischen Mitglieder von RT

<sup>1</sup> Vgl. RGBl. 1882, S. 42.

<sup>2</sup> Das Gesetz erging erst unter dem 28.7.1891; vgl. GS, S. 332.

<sup>3</sup> Vgl. Weidenhaupt, Hugo (Hrsg.), Düsseldorf. Geschichte von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert, Bd. 3, Düsseldorf 1989, S. 69–77. Der von E. Herter entworfene Loreleibrunnen mit Heine-Relief wurde nicht in Düsseldorf, sondern 1899 in New York aufgestellt.

<sup>4</sup> Das Volksschullastengesetz wurde am 25. Mai verabschiedet, Landtagsschluß erfolgte am 26. Mai 1888.

und LT an Friedrich III.; Antwort durch das Staatsministerium wird Puttkamer im Benehmen mit Bismarck verfassen. [B] — 7. Ausführung des Gesetzes betr. 34 Mio. M. Staatshilfen für Überschwemmungsschäden; dringlich sind laut Lucius Kauf von Dampfschöpfern zur Entwässerung der Gebiete an der Nogat und eine Rückverlegung der Deiche an zwei Stellen auf dem linken Elbufer; die Frage der Rückerstattung der Staatsgelder soll erst nach Prüfung der Leistungsfähigkeit der Deichverbände entschieden werden.<sup>5</sup> [B]

<sup>5</sup> Vgl. Rep. 87, F Nr. 1128, n. f. (Votum Bismarcks v. 31.5.1888, Nachweisung der Beihilfen).

### **Nr. 323 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 1. Juni 1888.**

Vollz. Reinschr.<sup>1</sup>, Bd. 100, Bl. 166–166v, Anlage: Blatt 167; MF 591.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Puttkamer, Maybach, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff, H. Bismarck. — Prot.: Homeyer [U].

1. Ernennung. [B] — 2. Änderung des preußischen Wappens; Friedrich III. möchte den Namenszug R auf der Brust des preußischen Wappenadlers durch das schwarzweiße Schild des Königlichen Hauses ersetzt wissen; Bismarck erwartet die Voten der Staatsminister.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 455 und 460 wie Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., S. 550–552 (Berichte Marschalls) belegen, daß in der Sitzung auch die Frage der Publikation des Gesetzes zur Verlängerung der Legislaturperioden sowie die Haltung Puttkamers dazu, die mit zur Rücktrittskrise führte, besprochen wurden.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 1945, n. f. (Handschriften, Votum Scholz') u. Rep. 89, Nr. 174, n. f. (zeichnerische Darstellung). Abschr. des im Prot. genannten Handschreibens Friedrichs III. als Anlage auf Bl. 167.

### **Nr. 324 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 8. Juni 1888.**

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 100, Bl. 169–171v; MF 591.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Friedberg, Boetticher, Scholz, Bronsart v. Schellendorff, H. Bismarck. — Prot.: Homeyer [U].

1. Rücktrittsgesuch<sup>1</sup> von R. v. Puttkamer an Friedrich III.; die Geschäfte des Innenministeriums führt interimistisch Unterstaatssekretär Herrfurth. [B] — 2. Erneuerte Mitwirkung des Finanzministeriums bei der seit 1882 nur vom Innenministerium bearbeiteten Besetzung der höheren Stellen bei den Provinzialbehörden innerhalb der allgemeinen Verwaltung<sup>2</sup>. Der Anregung von Scholz

<sup>1</sup> BArch, RK, Nr. 1458, Bl. 122–123 (Abschr. v. 7.6.1888). Ebd., Bl. 117 das – den Rücktritt hervorruhende – Handschreiben Friedrichs III. mit der Mißbilligung von Puttkamers Haltung bei der Wahlprüfungssache Puttkamer-Plauth. Zusammenfassende Darstellung der Rücktrittskrise bei Nichols, *The year of the three Kaisers*, S. 305–334. Einzelne Beobachtungen bei Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 454 f., 458–461; Röhl, Wilhelm II., S. 817; Puttkamer, Puttkamer, S. 182–202 sowie Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 2, S. 553–558. Vgl. auch PA Bonn, R 4231, n. f. (Bismarcks beschönigende Darstellung der Rücktrittsgründe für die Bundesstaaten).

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 84a, Nr. 2049, Bl. 227 ff. (Votum Puttkamer-Scholz' u. Entwurf eines Immediatberichts v. 18.8.1882 betr. Bearbeitung d. Personalangelegenheiten nur durch das MdI). Die Ordre Wilhelms I. v. 8.9.1882 in: Rep. 89, Nr. 3568, Bl. 73–73v. Scholz versuchte somit, die von ihm selbst – wenngleich als neuer Minister – gegengezeichnete Regelung zu revidieren.

widersprechen Boetticher und Bismarck, da der frühere Zustand als nachteilig erkannt worden ist und das Staatsministerium Ernennungen bewirkt. Statt Wiederbeteiligung kann sich Bismarck eher eine vollständige Abtrennung der Personalienkompetenz vom Finanzministerium auch in etat- und disziplinarrechtlicher Beziehung vorstellen. Scholz gibt seine Anregung auf.

**Nr. 325 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 9. Juni 1888.**

Vollz. Reinschr., Bd. 100, Bl. 172–172v; MF 591.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Friedberg, Boetticher, Scholz, Bronsart v. Schellendorff, H. Bismarck. — Prot.: Homeyer [U].

1. Friedrich III. hat den Rücktritt Puttkamers mit einem anerkennenden Handschreiben<sup>1</sup> v. 8.6.1888 besiegelt. — 2. Mögliches Disziplinarverfahren gegen Hof- und Domprediger A. Stoecker; Friedrich III. hat Goßler gegenüber erklären lassen, daß er kein weiteres Vorgehen in dieser Angelegenheit wünscht.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Gedr. in: Puttkamer, Puttkamer, S. 191. Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 462 f. (ergänzt Prot.).

<sup>2</sup> Vgl. Frank, Stoecker, S. 180.

**Nr. 326 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 15. Juni 1888.**

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen<sup>1</sup>, Bd. 100, Bl. 173–178v, Anlage: Bl. 178a–178bv; MF 591.

Anwesend [U]<sup>2</sup>: Bismarck [V, zu 1–3], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff, H. Bismarck [zu 1–3]. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Herrfurth [für das Innenministerium].

1. Thronwechsel Friedrich III. – Wilhelm II. Am Beginn der Besprechung wird gemeldet, daß Friedrich III. kurz nach 11 Uhr mit Tode abgegangen ist<sup>3</sup>. Lt. Bismarck will Wilhelm II. seine Regierungsgrundsätze bald veröffentlichen; sie sollen im wesentlichen diejenigen Wilhelms I. sein und umfassen: Bewahrung des Friedens, weiterhin gute Beziehungen zu Bundesstaaten wie Dynastien ohne das Anstreben einer stärkeren Zentralisation im Reich, wirtschaftliche [...] Wohlfahrt entsprechend der Botschaft v. 17.11.1881 und regieren mit den Kartellparteien. Dies soll eine Thronrede<sup>4</sup> vor RT und LT darlegen. [B] — 2. Wegen Übernahme des Innenministeriums schweben Verhandlungen mit Graf R. Zedlitz-Trützschler, Posen.<sup>5</sup> — 3. Gebrauch von Trauerpapier etc. wie

<sup>1</sup> Es handelt sich um Korrekturen Bismarcks zu TOP 1 und 2.

<sup>2</sup> Gelesen [U]: Herrfurth, Friedberg.

<sup>3</sup> Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 464–466 (ergänzt Prot.).

<sup>4</sup> Schon vor der Thronrede (StenBerAH, außerordentl. Session 1888, 27.6.1888, S. 2 f.) erging eine diesbezügliche Proklamationen Wilhelms II. an Heer und Marine; vgl. Wippermann 1888, I, S. 236 f. (Armee- u. Marinebefehle v. 15.6.1888) u. S. 239 f. (An das preuß. Volk, 18.6.1888). Hintergrund dieser Proklamation bildete ein Briefwechsel zwischen Bismarck und dem damaligen Prinzen Wilhelm, dessen Kern in Bismarck, GW, Bd. 15, S. 464–470 abgedruckt ist.

<sup>5</sup> Vgl. BArch, RK, Nr. 1458, Bl. 153–159.

1861 und im März 1888. [B] — 4. Beteiligung der Behörden beim Leichenbegräbnis eines Königs von Preußen gemäß einer Korrespondenz zwischen Staatsministerium und Minister des Königlichen Hauses; Teilnahme bei einer Beisetzung in Potsdam ist auf Reichszentralbehörden, preußische Ministerien und sonstige Immediatbehörden zu beschränken. [B] — 5. Aufrechterhaltung der Ordnung bei der Beisetzung Friedrichs III. durch die Potsdamer Polizei, nötigenfalls auch durch Militär. [B] — 6. Regelung der Landestrauer ähnlich wie 1861<sup>6</sup>. — 7. Zwölf Ernennungen.<sup>7</sup> [B]

<sup>6</sup> Vgl. Rep. 89, Nr. 663, Bl. 5 (Abschr. d. Ordre Wilhelms II. v. 15.6.1888).

<sup>7</sup> Zu den elf Ernennungen in Folge der rheinischen Kreis- und Provinzialordnung die Nachweisung als Anlage auf Bl. 178a–178b.

### Nr. 327 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 17. Juni 1888.

Vollz. Reinschr., Bd. 100, Bl. 179–181; MF 591.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff, H. Bismarck. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Herrfurth [für das Innenministerium].

1. Graf R. Zedlitz-Trützschler wird nicht neuer Innenminister.<sup>1</sup> — 2. Thronwechsel Friedrich III. – Wilhelm II.; Einberufung von RT und LT zum 25./26.6.1888; Aufruf<sup>2</sup> Wilhelms II. “An Mein Volk” wird redigiert. [B] — 3. Rücktritt des Chefs des Zivilkabinetts K. v. Wilmowski. Sein schon bei Friedrich III. erbetener Abschied ist zu befürworten, da er fast erblindet und insgesamt dienstunfähig ist.<sup>3</sup> Von zwei Nachfolgekandidaten erhält der eine 5 Stimmen, der andere 4 Stimmen.<sup>4</sup> — 4. Adelspolitik; die von Friedrich III. angeregte Frage, ob es angemessen erscheint, die Freiherrn- und Grafenwürde ggf. bloß für die Person, ohne Vererblichkeit, zu verleihen, wird einstimmig verneint.<sup>5</sup> [B]

<sup>1</sup> Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 466 f. (ergänzt Prot.) u. Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 2, S. 556, 558.

<sup>2</sup> Vgl. Wippermann 1888, I, S. 239 f. (Proklamation v. 18.6.1888).

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 89, Nr. 35, Bl. 110–119.

<sup>4</sup> Zum 1.7.1888 wurde der Unterstaatssek. im Kultusministerium, H. v. Lucanus, Nachfolger Wilmowskis; vgl. Rep. 89, Nr. 35, Bl. 118. Der im Prot. genannte andere Kandidat war anhand der Akten nicht zu ermitteln.

<sup>5</sup> Vgl. 84a (M), Nr. 3362, Bl. 167–176 (Votum Herrfurths u. Gutachten des Heroldsamts) und Rep. 176, VI Gen. Nr. 2 Bd. 2, Bl. 1–10 (Anfrage Wilmowskis v. 8.4.1888).

### Nr. 328 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 20. Juni 1888.

Vollz. Reinschr., Bd. 100, Bl. 182–183v; MF 591.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff, H. Bismarck. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Herrfurth [für das Innenministerium].

**1.** Thronwechsel Friedrich III. – Wilhelm II.; das diesbezügliche Schreiben<sup>1</sup> Wilhelms II. an die deutschen Fürsten und freien Städte sowie die Thronrede<sup>2</sup> zur Eröffnung der Reichstagsession 1888/89 werden gebilligt. [B] — **2.** Die von Friedrich III. angeregte Abänderung des preußischen Wappenadlers soll bis auf weiteres auf sich beruhen bleiben. [B] — **3.** Ordenssache. [B]

<sup>1</sup> Ein Beispiel dieser formalen Schreiben gedr. in: Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 2, S. 565 f. Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 468 (ergänzt Prot.). Zur Erklärung Bismarcks im Bundesrat am 21.6.1888 vgl. Wippermann 1888, I, S. 240 sowie Poschinger, Bismarck und der Bundesrat, Bd. 5, S. 272–275.

<sup>2</sup> Vgl. StenBerRT, außerordentliche Session 1888, 25.6.1888, S. 6 f.

## **Nr. 329 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 22. Juni 1888.**

Reinschr., Bd. 100, Bl. 184; MF 591.

Anwesend: Bismarck [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Herrfurth [für das Innenministerium].

Thronrede<sup>1</sup> zur Eröffnung der außerordentlichen Landtagssession 1888 beraten und festgelegt. [B]

<sup>1</sup> StenBerAH, Session 1888, 27.6.1888, S. 2 f. Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 468 f. (ergänzt Prot.).

## **Nr. 330 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Juni 1888.**

Vollz. Reinschr.<sup>1</sup> mit vollz. Teil-Reinschriften [1–2], Bd. 100, Bl. 185–202; MF 591/592.

Anwesend [U]: Maybach [V], Lucius v. Ballhausen, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Herrfurth [für das Innenministerium, U], Rieth [zu 1], G. F. O. Gerlach [zu 1], Frh. v. Broich [zu 2], Homeyer [zu 3].

**1.–2.** 16 Disziplinar- und Pensionssachen. [B] — **3.** Erstellung der jährlichen Sachregister der Gesetzsammlung; die seit 1853 von Hilfsarbeitern bzw. Räten des Justizministeriums übernommene Aufgabe ist lt. Friedberg mit 300 M. zu gering honoriert; da keine Einigung in der Frage gelingt, soll Bismarck bestimmen, welcher Beamte das Sachregister 1888 für 300 M. erstellt. [B] — **4.** Ordenssachen anlässlich der Überschwemmungen<sup>2</sup>; aus über 150 Vorschlägen sollen max. 60 ausgewählt und separat Wilhelm II. eingereicht werden, da nur so analog der bei der Dekoration des Berliner OB M. v. Forckenbeck ausgesprochenen Begründung vorgegangen werden kann.<sup>3</sup> [B]

<sup>1</sup> Warum am 22.6.1888 zwei Protokolle aufgenommen wurden, nämlich einmal bei Anwesenheit Bismarcks und einmal ohne ihn, konnte auch anhand der Spezialakten zu den Prot. (Rep. 90a, B III 2b Nr. 2 Bd. 2) nicht geklärt werden.

<sup>2</sup> Im Sommer 1888, bes. am 2./3.8.1888, gab es v. a. in Westpreußen und Schlesien große Überschwemmungsschäden. Das Gesetz über Hilfe durch Staatsmittel v. 13.5.1888 wurde daraufhin ausgedehnt. Vgl. Rep. 87, F Nr. 1110 u. 1111 (Oder) bzw. Nr. 1133 u. 1134 (Weichsel).

<sup>3</sup> Der freisinnige Berliner OB Forckenbeck war im Mai 1888 von Friedrich III. gegen den Wunsch Bismarcks mit dem Stern zum Roten Adler O II. Kl. ausgezeichnet worden; vgl. Sitzung am 13.5.1888, TOP 1 mit Anm.

**Nr. 331 Sitzung des Kronrats im Königlichen Stadtschloß zu Berlin am 26. Juni 1888.**

*Vollz. Reinschr., Bd. IV, Bl. 108–114; MF KR 24.*

*Anwesend [U]: Wilhelm II. [V], Bismarck, Maybach, Lucius v. Ballhausen, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, H. Bismarck, Herrfurth<sup>1</sup>.*

Eidesleistung der Minister.<sup>2</sup> — **1.** Adresse<sup>3</sup> des RT an Wilhelm II. ist politisch unbedenklich und soll am 27.6.1888 von Wilhelm II. entgegengenommen werden; die Reichstageröffnung am 25.6.1888 fand lt. Bismarck überall Beifall und die Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens sind seit lange[m] nicht so groß gewesen wie augenblicklich. — **2.** Wilhelm II. lehnt Königskronung wie Amnestie ab, denn das Königtum steht sicher und fest auch ohne eine solche Feier und eine Amnestie ohne Einzelfallprüfung bringt keinen Dank, sondern oft nur die Notwendigkeit baldiger strengerer Wiederbestrafung mit sich.<sup>4</sup> — **3.** Errichtung eines Denkmals für Wilhelm I.; Wilhelm II. erwägt bezüglich Standort den schon von Wilhelm I. gehegten Plan zur Niederlegung der Schloßfreiheit. Ein Denkmal für Friedrich III. sieht Wilhelm II. im Bau eines neuen Doms, kombiniert mit einer Fürstengruft; diese Frage ist kommissarisch zu beraten.<sup>5</sup> — **4.** Die Memoiren<sup>6</sup> des Hofrats und langjährigen Vorlesers Wilhelms I., Louis Schneider, erwecken lt. Wilhelm II. den Anschein, als habe Schneider bei wichtigen Staatsaktionen eine einflußreiche [...] Rolle gespielt und könnten Stoff zu verleumderischen Angriffen gegen Wilhelm I. bieten; Bismarck glaubt, daß die Nichtigkeit des Verfassers [...] bald erkannt werde und will in der Presse dahin wirken lassen.

<sup>1</sup> Herrfurth wurde zwar erst durch eine von Bismarck gegengezeichnete Kabinettsordre v. 2.7.1888 (Abschr. in: Rep. 89, Nr. 3696, Bl. 70) offiziell zum Minister des Innern ernannt, wird im Prot. aber bereits als solcher geführt. Zur Ernennung vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 472.

<sup>2</sup> Separates Protokoll dazu liegt nicht bei. Vgl. eine Abschr. in: Rep. 90, Nr. 1962, n. f.

<sup>3</sup> StenBerRT, außerordentliche Session 1888, 26.6.1888, S. 14 f.

<sup>4</sup> Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 470 f. (ergänzt Prot., auch zu TOP 4).

<sup>5</sup> Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 472 f.

<sup>6</sup> Da die dreibändigen Memoiren Schneiders bereits 1879/80 erschienen waren, handelt es sich hier um sein Werk *Aus dem Leben Kaiser Wilhelms 1849–1873*, das posthum 1888 erschien. Im Zusammenhang mit dieser Frage wurde der Minister des Kgl. Hauses, Graf O. Stolberg, abgelöst; vgl. Waldersee, Alfred Graf v., *Denkwürdigkeiten*, hrsg. v. H. O. Meisner, Bd. 1, Stuttgart/Berlin 1922, S. 411 und N. Rich u. M. H. Fisher (Hrsg.), *Die Geheimen Papiere Friedrich v. Holsteins*, Bd. 2, Göttingen 1957, S. 425.

**Nr. 332 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 30. Juni 1888.**

*Vollz. Reinschriften<sup>1</sup>, Bd. 100, Bl. 203–204; MF 592.*

*Anwesend: Bismarck [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff, H. Bismarck, Herrfurth. — Prot.: Goßler [U].*

[1.] Berufung des Kirchenhistorikers Prof. A. Harnack von Marburg an die Universität Berlin; den Bedenken<sup>2</sup> des Ev. Oberkirchenrats dagegen soll keine Folge gegeben werden, denn das wäre

<sup>1</sup> Eine Notiz auf Bl. 203 vermerkt: Zu den Akten keine Abschrift (vertrauliche Beratung!).

<sup>2</sup> Vgl. Wendland, Walter, *Die Berufung Adolf v. Harnacks nach Berlin im Jahre 1888*, in: *Jahrbuch für brandenburg. Kirchengeschichte* 29 (1934), S. 103–121 (aufgrund Akten des Evang. Oberkirchenrats), v. Zahn-Harnack, Agnes, *Adolf v. Harnack*, 2. Aufl., Berlin 1951, S. 115–127, *Biographisch-bibliographisches Kirchenlexikon*, hrsg. v.

politisch unzutraglich und nachteilig. [B] — [2.] *Ernennung*; Studt *soll* Unterstaatssekretär im Kultusministerium werden. [B]

---

*Friedrich Wilhelm Bautz, Bd. 2, Hamm 1990, Sp. 557–560 u. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 471 f., 474 (Fall Harnack als Kabinettsfrage für Goßler).*

### **Nr. 333 Sitzung des Kronrats im Königlichen Stadtschloß zu Berlin am 5. Juli 1888.**

*Vollz. Reinschr., Bd. IV, Bl. 117–126v; MF KR 24.*

*Anwesend [U]: Wilhelm II. [V], Bismarck, Maybach, Lucius v. Ballhausen, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, H. Bismarck, Herrfurth. — Prot.: Homeyer.*

**1. Dombau in Berlin<sup>1</sup>.** Die Entwürfe von J. Raschdorff werden *angesehen*; dreifacher Zweck des Neubaus: Hofkirche, Gemeindegemeindekirche, Festkirche mit Fürstengruft; Plan einer Überbrückung der Kaiser Wilhelm Straße und Verbindung der Neubauten mit dem Königlichen Schlosse; Größe des Bauplatzes zwischen Spree und Nationalgalerie. Eine Immediatkommission zur Bauplanprüfung ist zu berufen und das Projekt als Denkmal für Friedrich III. zu propagieren. [B] — Das Denkmal für Wilhelm I. soll auf der niederzulegenden Schloßfreiheit errichtet und Wilhelm I. inmitten seiner Paladine darstellen. — **2.** Auf Wunsch Wilhelms II. sollen der Todestag Friedrichs III. sowie der Geburts- und Todestag Wilhelms I. als Gedenktag in den Schulen gefeiert werden.

---

<sup>1</sup> *Vgl. Schumann, Carl Wolfgang, Der Berliner Dom im 19. Jahrhundert, Berlin 1980, S. 217 ff. (Friedrich III.), S. 244 ff. (Wilhelm II.) u. Klingenberg, Karl-Heinz, Der Berliner Dom, Berlin (O) 1987, S. 166 ff. (u. a. Abb. d. Entwürfe Raschdorffs). Rep. 93, B Nr. 2530, Bl. 19 ff. findet sich der Bericht der eingesetzten Immediatkommission.*

### **Nr. 334 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 6. Juli 1888.**

*Vollz. Reinschr., Bd. 100, Bl. 205–207; MF 592.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Friedberg, Boetticher, Goßler, Scholz, H. Bismarck, Herrfurth. — Prot.: Homeyer [U].*

**1.** Errichtung eines Denkmals für Wilhelm I.<sup>1</sup>; für ein gesamtdeutsches Expertengremium dazu werden neun Personen als Vertrauensmänner Preußens bezeichnet, u. a. R. Begas und H. v. Treitschke. [B] — **2.** Drei Ordenssachen. [B] — **3.** Zwei Ernennungen. [B]

---

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 77, Tit. 151 Nr. 106 Bd. 1 Adhib. 1 (1888–1897) u. StenBerRT, Session 1888/89, Drucks. Nr. 38 (Namensliste d. zwanzigköpfigen Kommission).*

### **Nr. 335 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Juli 1888.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [4] und Korrekturen, Bd. 100, Bl. 208–218; MF 592.*



Anwesend [U]: Maybach [V], Friedberg, Scholz, Bronsart v. Schellendorff, H. Bismarck, Herrfurth. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky.

**1. Ernennung und Beamtenpolitik.** Den ihm seit März 1888 zuarbeitenden Regierungsrat beim Magdeburger Oberpräsidium H. v. Brandenstein will Wilhelm II. jetzt zum Oberpräsidialrat in Potsdam ernennen, und zwar unter Mißachtung der Anciennität. Diese Abweichung von den bisherigen Grundsätzen ist zwar unerwünscht, aber nicht dazu angetan, Gegenvorstellungen bei Wilhelm II. zu unternehmen.<sup>1</sup> [B] — **2. Ordenssache.** [B] — **3. Ordenssachen** anlässlich der Überschwemmungen 1888 werden gebilligt. [B] — **4. Neun Disziplinarsachen.** [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 77 (D), Nr. 557, Bl. 64–70 (Erwägungen zur Beförderung v. Brandensteins). Die im Prot. genannte Denkschrift wurde nicht verfaßt; vgl. Sitzung am 14.8.1888, TOP 2. Vgl. Röhl, John C. G., Philipp Eulenburgs politische Korrespondenz, 3 Bde., Boppard 1976–83, hier Bd. 2, S. 272, Bd. 3, S. 1031 und Scholz, Erlebnisse, S. 86–92 (bezieht sich wohl auf diesen Fall).

### Nr. 336 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Juli 1888.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschr. [1] und Korrekturen, Bd. 100, Bl. 219–223; MF 592.

Anwesend [U]: Maybach [V], Friedberg, Gößler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff, Herrfurth. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: G. F. O. Gerlach [zu 1].

**1. Pensionssache.** [B] — **2. Initiative der vereinigten Berliner Kreissynoden**, das Recht zu erhalten, Anleihen aufzunehmen, also die Darlehensfähigkeit zu erlangen; Bismarck ist skeptisch; deshalb vertagt.<sup>1</sup> — **3. Erbfolge beim Familienfideikommiß** Reisen der Familie der Fürsten Sulkowski; die Ansprüche des Provinzialschulkollegiums in Posen dürfen nicht durch zweifelhafte Familienschlüsse gefährdet werden.<sup>2</sup> — **4. Mitteilungen Gößlers** über schwebende kirchenpolitische Angelegenheiten.<sup>3</sup> — **5. Standeserhöhung für Sh. Frh. v. Douglas**; für die erbliche Grafenwürde ist wie üblich Grundbesitz im Werte von etwa anderthalb Millionen Mark zu befestigen.<sup>4</sup> — **6. Wahlen zum AH 1888; Ende der Legislaturperiode und Terminierung der Neuwahlen.** — **7. Berufung von Prof. A. Harnack an die Universität Berlin**; diesbezüglich braucht lt. Bismarck das Staatsministerium nicht mit dem ihm untergeordneten Ev. Oberkirchenrat zu verhandeln. [B] — **8. UStS Meinecke soll neuer Präsident des Disziplinarhofs für nichtrichterliche Beamte werden.** [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 123 Nr. 134 Bd. 3, Bl. 93–103, 106–117 (weitere Voten Gößlers dazu 1888/90, aber keine Beratung im Staatsministerium darüber).

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 164, n. f. (Sachstandsdarlegung Gößlers v. 28.2.1890, Erbanfall an den Fiskus nach dem Tode des Fürsten Anton Sulkowski 1909) u. Rep. 77, Tit. 41 Nr. 102.

<sup>3</sup> Genauerer war nicht zu ermitteln. Kirchliche Ereignisse des Juli 1888 (Katholikentag, Rede Bischof Redners zur polnischen Sprache im Religionsunterricht u. a. m.) listet Wippermann 1888, I, S. 297–302, auf.

<sup>4</sup> Vgl. Rep. 176, VI Buchstabe D, Nr. 85, Bl. 78 ff. (1888–1912) u. Rep. 77, Tit. 40b, Nr. 13 Bd. 2, n. f. (1888).

**Nr. 337 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 4. August 1888.**

*Vollz. Reinschr.*<sup>1</sup>, Bd. 100, Bl. 224–225v; MF 592. — *Abschr.* [1, 3]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 5, Bl. 296–298v.

*Anwesend [U]: Lucius v. Ballhausen [V], Boetticher, Scholz, Bronsart v. Schellendorff, H. Bismarck, Herrfurth. — Prot.: Kurowsky [U].*

**1.** Genehmigung *der in Königsberg vorbereiteten Johann Jacoby-Stiftung*<sup>2</sup>. *Nichtgenehmigung der Stiftung von 5700 Mark zur Unterstützung von hilfsbedürftigen Handwerkern würde lt. Herrfurth einen großen Sturm der Entrüstung erregen. Eine Ministermehrheit sieht aber in der Errichtung eine politische Demonstration zugunsten eines Mannes, der 1870 dem Hochverrat nahestand; deshalb ist die geplante Stiftung zu untersagen.* [B] — **2.** Ordenssache. [B] — **3.** Ausfertigung von Diplomen über Standeserhöhungen, die Friedrich III. im Mai 1888 vornahm; Wilhelm II. wird aus Reverenz für seinen Vater noch als Kronprinz “in Vertretung” [...] unterzeichnen und die Gegenzeichnung für den inzwischen entlassenen R. v. Puttkamer wird ein noch amtierender Minister übernehmen.<sup>3</sup> [B] — **4.** Zwei Ernennungen. [B]

<sup>1</sup> Vgl. Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 477 (ergänzt Prot. bezüglich nicht-protokollierter Mitteilungen).

<sup>2</sup> Vgl. Silberner, Edmund, *Johann Jacoby*, Bonn 1976, S. 545.

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 1971, n. f. (*Anfrage Lucanus* v. 2.8.1888).

**Nr. 338 Sitzung des Staatsministeriums am 14. August 1888.**

*Vollz. Reinschr.*, Bd. 100, Bl. 226–227v; MF 592.

*Anwesend [U]: Lucius v. Ballhausen [V], Boetticher, Herrfurth. — Prot.: Kurowsky [U].*

**1.** Vortrag Herrfurths über bevorstehende Veränderungen in höheren Stellen der Verwaltung und damit zusammenhängende Ordensverleihungen.<sup>1</sup> [B] — **2.** Ernennung und Beamtenpolitik. *Auf Empfehlung Bismarcks sollen die Bedenken gegen die von Wilhelm II. gewünschte Ernennung von H. v. Brandenstein zum Oberpräsidialrat fallengelassen und Bedenken gegen die Ernennung des RegR v. Francois zum Oberregierungsrat in Potsdam zurückgestellt werden.* [B] — **3.** Einführung der Selbstverwaltung in der Provinz Posen soll auf Wunsch Bismarcks erst nach den Wahlen zum AH im Staatsministerium beraten werden.<sup>2</sup> [B] — **4.** Ordenssachen anlässlich der Überschwemmungen 1888. [B] — **5.** Sechs Ernennungen. [B] — **6.** Die durch Friedrich III. angeordnete Verleihung des Prädikats Exzellenz an die Oberpräsidenten ab dem Tag ihres Amtsantritts schließt ihre reguläre Ernennung zu Wirklichen Geheimen Räten nicht aus.<sup>3</sup> [B]

<sup>1</sup> Dabei dürfte sowohl über die bevorstehende Ernennung Boettichers zum Vizepräsidenten des Staatsministeriums als auch über die geplanten Ernennungen von Bennigsen zum Oberpräsidenten von Hannover und von Miquel zum Oberpräsidenten von Hessen-Nassau gesprochen worden sein. Letztere wurde nicht realisiert; vgl. Herzfeld, Miquel, Bd. 2, S. 123 ff. u. Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 584.

<sup>2</sup> Eine mündliche Beratung erfolgte nicht; vgl. den Gesetzentwurf in: Rep. 90, Nr. 2295, Bl. 296–314.

<sup>3</sup> Vgl. Sitzung am 24.4.1888, TOP 2.

**Nr. 339 Sitzung des Staatsministeriums am 30. August 1888.**

*Vollz. Reinschr.*<sup>1</sup> mit vollz. Teil-Reinschriften [1–2] und Korrekturen, Bd. 100, Bl. 230–246; MF 592/593.

Anwesend [U]<sup>2</sup>: Boetticher [V]<sup>3</sup>, Lucius v. Ballhausen, Bronsart v. Schellendorff, Herrfurth. — Prot.: Kurowsky. [U]

Weitere Teilnehmer: Nebe-Pflugstädt [für Friedberg], Barkhausen [für Goßler], Rieth [zu 1], v. Tepper-Laski, v. Broich [beide zu 2].

**1.–2.** 15 Disziplinar- und Pensionssachen. [B] — **3.** Ordenssache. [B] — **4.** Übertragung des Vorsitzes in den katholischen Kirchenvorständen der Diözese Kulm [...] an die zuständigen Geistlichen gemäß Art. 14 des 1. Friedensgesetzes zum Kulturkampfabbau gebilligt. [B] — **5.** Ernennung; Ordenssache. [B] — **6.** Titelverleihung; Ernennung. [B]

<sup>1</sup> Auf Bl. 228 f. befindet sich die nicht vollzogene, aber wörtlich gleiche Reinschr. von der Hand Kurowskys.

<sup>2</sup> Gelesen [U]: Nebe-Pflugstädt, B. Nasse.

<sup>3</sup> Seit dem 16.8.1888 war Boetticher Vizepräsident des Staatsministeriums. Vgl. Goldschmidt, Reich und Preußen, S. 313 (Immediatbericht Bismarcks v. 15.8.1888).

**Nr. 340 Sitzung des Staatsministeriums am 15. September 1888.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [1] und Korrekturen, Bd. 100, Bl. 248–257; MF 593.*

Anwesend [U]<sup>1</sup>: Maybach [V], Friedberg, Goßler, Herrfurth. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: v. Marcard [für Lucius v. Ballhausen], Rieth, Rödenbeck, v. Tepper-Laski, L. Haase [alle zu 1], G. Hasselbach, K. W. J. Aschenborn [beide zu 6].

**1.** Zwei Pensionssachen. [B] — **2.** Terminierung der Neuwahlen zum AH und des Sessionsbeginns 1889. [B] — **3.** Titelverleihung. [B] — **4.** Dispensation zweier kath. Priester von den gesetzlichen Erfordernissen der Vorbildung für ein geistliches Amt. [B] — **5.** Übertragung des Vorsitzes in den katholischen Kirchenvorständen der Diözese Kulm [...] an die zuständigen Geistlichen; den diesbezüglichen Immediatbericht erstattet Goßler allein unter Berufung auf die Zustimmung des Staatsministeriums. [B] — **6.** Nachversteuerung von in Hamburg, Bremen und Altona befindlichen Waren aus Anlaß des Zollanschlusses dieser Städte. Differenz zwischen Scholz und dem Reichsschatzamt betr. Menge des Branntweins, die von den Schänken und Kleinhändlern statt mit dem Nachsteuersatz von 180 M. für 100 kg mit nur 86 M. pro 100 kg reinen Alkohols nachversteuert werden soll. Detaillierte Sacherläuterung von Hasselbach und Aschenborn. Da Hamburg [...] sehr großen Wert auf die Ausnahmeregelung legt und es sich maximal um 15000 hl handelt, wird Preußen entgegen der Meinung von Scholz aus politischem Interesse die Ausnahmeregelung für Hamburg im Bundesrat billigen.<sup>2</sup> [B]

<sup>1</sup> Gelesen [U]: G. Hasselbach, Aschenborn.

<sup>2</sup> Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1888, Drucks. Nr. 110 u. 121; Beschluß dazu Sitzung am 26.9.1888, § 462.

**Nr. 341 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Oktober 1888.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [1] und Korrekturen, Bd. 100, Bl. 258–276, 278–279, Anlage: 277–277v; MF 593/594. — Abschr. [5–10]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 5, Bl. 314–328.*

*Anwesend [U]: Boetticher [V], Maybach, Friedberg, Gößler, Scholz, Herrfurth. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: v. Marcard [für Lucius v. Ballhausen], Rieth, J. Rathjen, Albert Schmidt [alle zu 1], Dahlke [zu 8], Lehnert [zu 9].*

**1.** *Zwei Pensionssachen.* [B] — **2.** *Ordenssache; zwei Titelverleihungen; zwei Ernennungen.* [B] — **3.** *Neubau eines Gebäudes für das Abgeordnetenhaus soll auf Bismarcks Vorschlag durch vertrauliche Besprechungen mit Mitgliedern beider Häuser vorbereitet werden.*<sup>1</sup> [B] — **4.** *Dispensation eines kath. Priesters von den gesetzlichen Erfordernissen der Vorbildung für ein geistliches Amt.* [B] — **5.** *Dienstleid der Beamten nach der Formel der Verordnung<sup>2</sup> vom 6. Mai 1867.* [B] — **6.** *Eingabe<sup>3</sup> von Erzbischof Dinder, Posen wegen Befugnis der Staats- bzw. Kirchenbehörden auf Berichtigung der katholischen Kirchenbücher der Zeit vor dem ab 1.10.1874 gültigen Zivilstandsgesetz ist zu beantworten.* [B] — **7.** *Vorbildung der Beamten; da lt. Gößler die Ansprüche an die verschiedenen Beamtenkategorien allgemein gesteigert worden sind, aber eine gewisse Gleichmäßigkeit des Verfahrens bezüglich der Berechtigung der verschiedenen Arten von Lehranstalten<sup>4</sup> zur Vorbildung für ein Staatsfach nötig ist, soll künftig statt der Ressortchefs das Staatsministerium solche Fragen entscheiden.* [B] — **8.** *Portoregelung für Postsendungen preuß. Staatsbehörden; da 1871 ein Versuch, mit der Reichspostverwaltung eine Pauschsumme dafür zu vereinbaren, scheiterte und Bismarck 1885 der Wiedereinführung der 1869 aufgehobenen Portofreiheiten widersprach, möchte Scholz den preuß. Behörden feste Pauschalsummen zur Bestreitung der Portokosten zumessen.*<sup>5</sup> [B] — **9.** *Staatsministerium und Landtag. Wegen der nachträglichen Genehmigung von Etatsüberschreitungen im Staatshaushalt 1884/85<sup>6</sup> nur durch das AH ist strittig, ob in der nächsten Session die Genehmigung nur im HH oder erneut in beiden Häusern beantragt werden muß. Mehrheitlich wird Vorlage bloß an das HH befürwortet; denn zwar ist am Grundsatz, daß nur der übereinstimmende Beschluß beider Kammern die Gesetze rechtsgültig werden läßt wie auch an der Diskontinuität der LT-Sessionen festzuhalten, aber gemäß Art. 104 Verfassung ist die in Rede stehende Rechnungslegung kein Gesetz.* [B] — **10.** *Errichtung eines Nationaldenkmals für [...] Wilhelm I. in Berlin<sup>7</sup>. Vor der Besprechung mit den Vertrauensmännern, zu denen Wilhelm II. Prof. H. v. Treitschke hinzu berief, werden zwei private Initiativen zur Niederlegung der Schloßfreiheit, die Kosten dieser Maßnahme und die Eignung*

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 93, B Nr. 1952, Bl. 12 ff. (Voten u. Schriftwechsel über den Fortgang der Frage 1889).*

<sup>2</sup> *GS, S. 715. § 2 der VO bestimmte, daß der Dienstleid auch für alle zukünftigen Ämter der Beamten gelten solle.*

<sup>3</sup> *Vgl. BArch, RA DL, Nr. 114971, n. f. (Votum Scholz' v. 28.6.1888). Anlaß war die von der Regierung Posen angeordnete, aber kirchlicherseits bestrittene Berichtigung des polnischen Namens Szulc in deutsch: Schulz. Kirchenbehörden sollten lt. Scholz kein Recht zur Aufsicht über derartige staatliche Anordnungen haben.*

<sup>4</sup> *Die im Prot. genannten Petitionen, speziell zu Studienberechtigungen für Absolventen der Oberrealschulen, finden sich in: StenBerAH, Session 1887, Drucks. Nr. 137 (ausführl. Darlegung); Debatte dazu 13.5.1887, S. 1238–1259. Vgl. auch StenBerAH, Session 1888, 7.3.1888, S. 905–909 u. 17.3.1888, S. 950 f.*

<sup>5</sup> *Vgl. Rep. 87, B Nr. 16825, Bl. 55 ff. (Voten, kommissar. Beratungen zur Festsetzung d. Pauschalsummen).*

<sup>6</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1888, 26.5.1888, S. 1646–1651 u. StenBerHH, Session 1888, Drucks. Nr. 98 (unerledigt). Vgl. zur Genehmigung StenBerHH, Session 1889, 29.4.1889, S. 184 f.*

<sup>7</sup> *Vgl. Alings, Reinhard, Monument und Nation, Berlin/New York 1996, S. 212–223 (u. a. aufgrund Rep. 93, B Nr. 2373 u. Rep. 89, Nr. 20933).*

dieses, von Wilhelm II. gewünschten Denkmalsorts diskutiert. Die Kosten der schon 1876 erwogenen Niederlegung<sup>8</sup> soll Preußen tragen. [B]

<sup>8</sup> Dazu die Anlage auf Bl. 277–277v (Schreiben Wilhelms I. an den Handelsminister v. 23.6.1876).

### Nr. 342 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 18. Oktober 1888.

Reinschr., Bd. 100, Bl. 280; MF 594.

Anwesend: Boetticher [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Friedberg, Goßler, Scholz, Herrfurth. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].

[1.] Bau des Nationaldenkmals für Wilhelm I. in Berlin; die Vertrauensmänner haben verschiedene Bauplätze in Berlin diskutiert und eine Konkurrenz deutscher Künstler dazu befürwortet.<sup>1</sup> [B] — [2.] Neptunbrunnen von R. Begas als Ehrengabe der Stadt Berlin an Wilhelm II. soll auf dem Berliner Schloßplatz aufgestellt werden.<sup>2</sup> — [3.] Besprechung zu den Reisen Wilhelms II. nach Leipzig und Hamburg.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 89, Nr. 20933, Bl. 24–39 (Prot. d. Beratungen).

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 89, Nr. 28576, Bl. 58 ff. (Vorgeschichte seit 1882), bes. Bl. 78 ff. (Adresse d. Stadt Berlin zur Übergabe des Brunnens u. Antwort Wilhelms II.) sowie Uhlitz, Otto, Zur Geschichte des Neptunbrunnens in Berlin, in: Der Bär von Berlin. Jahrbuch des Vereins für die Geschichte Berlins 30 (1981), S. 29–53, bes. S. 38 ff.

<sup>3</sup> Gemeint sind die Reisen Wilhelms II. zur Feier des Zollanschlusses von Hamburg am 29.10. und zur Grundsteinlegung des Reichsgerichts in Leipzig am 31.10.1888; vgl. Wippermann 1888, II, S. 15 f., 267 f.

### Nr. 343 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Oktober 1888.

Vollz. Reinschr.<sup>1</sup> mit vollz. Teil-Reinschriften [1] und Korrekturen, Bd. 100, Bl. 281–291; MF 594.

Anwesend [U]: Boetticher [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Friedberg, Goßler, Scholz [zu 1–8], Bronsart v. Schellendorff, H. Bismarck [zu 3–9], Herrfurth. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Frh. v. Broich [zu 1].

1. Fünf Disziplinarsachen. [B] — 2. Neuorganisation der Kaiserlichen Marine unter der Behörde "Reichsmarineamt"; im Grundsatz nach der Vorlage<sup>2</sup> Bismarcks gebilligt; die Umsetzung erfolgt erst nach Mittelbewilligung durch den RT. [B] — 3. Reaktion der Staatsregierung auf den vom AH angenommenen Antrag<sup>3</sup> H. Rickert betr. Bildung der Urwahlbezirke nur nach dem natürlichen örtlichen Zusammenhang ohne Wahlbezirksgeometrie; Herrfurth hat die Behörden

<sup>1</sup> Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 479 f. (ergänzt Prot. bezüglich nicht-protokollierter Informationen).

<sup>2</sup> Rep. 90a, B II Nr. 9, Bl. 8–16v (Trennung von Oberkommando, das jeder parlamentarischen Controle zu entrücken ist und Marineverwaltung unter der Verantwortlichkeit des Reichskanzlers ab 1.4.1889). Vgl. auch Rep. 76, I Sekt. 2 Nr. 29 Bd. 2, Bl. 80–96v (Voten) u. StenBerRT, Session 1888/89, 21.3.1889, S. 1005–1014. Zum Zusammenhang Berghahn, Volker R., Der Tirpitz-Plan. Genesis und Verfall einer innenpolitischen Krisenstrategie unter Wilhelm II., Düsseldorf 1971, S. 23–31.

<sup>3</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1888, 2.5.1888, S. 1413–1427. Mit dieser Debatte begann jene Krise, die zur Entlassung Puttkamers durch Friedrich III. führte. Vgl. Kühne, Dreiklassenwahlrecht, S. 80.

*intern angewiesen, Verstöße gegen die Vorschriften zu vermeiden; in der Übersicht<sup>4</sup> zur Session 1888 ist aber zu betonen, daß die Staatsregierung dem AH-Beschluß keine weitere Folge zu geben beabsichtigt, um nicht ein allgemeines Kontrollrecht des Landtags über die Verwaltung zuzugestehen. [B] — 4. Immediatgesuch<sup>5</sup> von Prinz Heinrich zu Schoenaich-Carolath um Verleihung des Prädikats Durchlaucht; da Bronsart wegen der Abstimmung Schoenaichs im RT gegen das Gnadenrecht des Kaisers in der Militärverwaltung Vorbehalte hegt, ist trotz Befürwortung durch Herrfurth kein staatliches Interesse an der positiven Bescheidung zu konstatieren. [B] — 5. Bismarck erwägt gegen die von Erzbischof Krementz, Köln, und Bischof Brinkmann, Münster, ergangenen Wahlerlasse<sup>6</sup> ähnliche Erlasse der Oberpräsidenten. Lt. Herrfurth ist es dazu zu spät vor den Wahlmännerwahlen, zudem seien Gegenerlasse meist erfolglos gegen kirchentreue Zentrumswähler und würden mit dem Hinweis auf Regierungskandidaturen nur die Regierungsgegner gewinnen. Deshalb keine amtliche Gegenwirkung. [B] — 6. Ernennung. [B] — 7. Dispensation eines kath. Priesters von den gesetzlichen Erfordernissen der Vorbildung für ein geistliches Amt. [B] — 8. Ordenssache. [B] — 9. Zulassung katholischer Orden in Preußen; die Wiederezulassung der Ursulinerinnen in Mühlheim am Rhein soll erlaubt, eine neue Niederlassung von Kapuzinern in Köln hingegen abgelehnt werden.<sup>7</sup> [B]*

<sup>4</sup> *StenBerAH, Session 1889, Drucks. Nr. 21, Position Nr. 16.*

<sup>5</sup> *Rep. 90, Nr. 44, n. f. (von Friedrich III. gutgeheißenes Immediatgesuch Schoenaichs v. 14.5.1888, Voten). Vgl. Männer, Ludwig, Prinz Heinrich zu Schoenaich-Carolath, Stuttgart/Berlin 1931, S. 37 f. (Abstimmung gegen das Gnadenrecht 1885) u. S. 47 f. (kons. Pressepolemik gegen ihn 1888).*

<sup>6</sup> *Es handelte sich um bischöfliche Rundschreiben an Kleriker und Laien; vgl. Wippermann 1888, II, S. 106 f. (Krementz' Rundschreiben v. 10.10.1888 und Pressestimmen dazu).*

<sup>7</sup> *Vgl. Rep. 76, IV Sekt. I Abt. XIII Nr. 19 Bd. 1, Bl. 194 ff.*

## Nr. 344 Sitzung des Staatsministeriums am 9. November 1888.

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [2], Bd. 100, Bl. 292–307; MF 594.*

*Anwesend [U]: Boetticher [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Friedberg, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff, Herrfurth. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky, v. Tepper-Laski, Frh. v. Broich [alle zu 2], Stolterfoth [zu 4].*

**1.** *Terminierung der Reichstagssession 1888/89; beraten werden soll u. a. der Gesetzentwurf<sup>1</sup> zur Invaliden- und Altersversicherung. — 2. 15 Disziplinarsachen. [B] — 3. Verleihung von Lotteriej-Einnehmerstellen an verabschiedete Offiziere; vertagt. — 4. Rangverhältnisse der Landrichter und Amtsrichter; die Hälfte erhält künftig den Rang der Räte vierter Klasse.<sup>2</sup> [B] — 5. Mitteilungen von Scholz über die allgemeine Finanzlage und den Staatshaushalt 1889/90.<sup>3</sup> — 6. Zwei Ernennungen. [B] — 7. Fünf Ernennungen; zwei Ordenssachen. [B]*

<sup>1</sup> *Vgl. StenBerRT, Session 1888/89, Drucks. Nr. 10 (ausführliche Darlegung).*

<sup>2</sup> *Vgl. BArch, RAAdI, Nr. 114971, n. f. (Voten Juli–Nov. 1888).*

<sup>3</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1889, Drucks. Nr. 15.*

**Nr. 345 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 4. Dezember 1888.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [I] und Korrekturen, Bd. 96, Bl. 308–315<sup>1</sup>; MF 566.*

*Anwesend [U]: Boetticher [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Friedberg, Goßler, Scholz, Herrfurth. — Prot.: Kurowsky [U].*

*Weitere Teilnehmer: v. Tepper-Laski, Frh. v. Broich [beide zu I].*

**1. Fünf Disziplinarsachen.** [B] — **2.** Anlässlich eines Spezialfalles<sup>2</sup> soll dem Disziplinarhof für nichtrichterliche Beamte beschleunigte Erledigung der eingehenden Perhorreszenzgesuche empfohlen werden, da diese meist zur Verfahrensverschleppung dienen. [B] — **3. Haltung zur geplanten Gründung eines Warenhauses für Beamte durch den deutschen Offizier-Verein; das Unternehmen kann wegen Widerständen in gewerblichen Kreisen und in lokalen Konsumvereinen keine amtliche Unterstützung erhalten, aber einzelne Ressortchefs werden einen Kommissar zwecks Information der Beteiligten entsenden.**<sup>3</sup> [B] — **4. Einleitung des Disziplinarverfahrens zur Dienstentlassung des Landrats G. v. Oertzen zu Bromberg, da er in gehässiger Weise gegen seinen direkten Vorgesetzten, RegPräs. Ch. v. Tiedemann, in der Presse agitiert habe.**<sup>4</sup> [B] — **5. Dispensation von fünf kath. Priestern von den gesetzlichen Erfordernissen der Vorbildung für ein geistliches Amt.** [B] — **6. Wilhelm II. soll nach Ansicht des Staatsministeriums bei Übernahme des Protektorats über Vereine aller Art zurückhaltend verfahren.**<sup>5</sup> [B]

<sup>1</sup> Die Sitzungsprotokolle vom 4., 5./7., 12. und 23.12.1888 befinden sich nicht in Bd. 100, sondern in Bd. 96 (Bl. 308 bis 321v) der Protokollreihe. Sie sind dahin wahrscheinlich durch eine Fehlbindung gelangt, denn die Registerstichworte der genannten Blätter finden sich zu Beginn von Bd. 100. Explizite Erklärungen dazu fehlen.

<sup>2</sup> Vgl. BArch, RADl, Nr. 114973, n. f. (u. a. Urteil d. Disziplinarhofs im Fall Guido Schulz).

<sup>3</sup> Vgl. allg. Rep. 77, Tit. 662 Nr. 63 und dazu Beiakte II (1889 bis zur Auflösung des Warenhauses 1912) sowie Sitzung am 17.2.1889, TOP 4.

<sup>4</sup> Vgl. Gey, Thomas, *Die Preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Bromberg 1871–1920*, Köln/Berlin 1976, S. 48 f. (aufgrund Rep. 77, Nr. 4535, Bl. 159 ff.).

<sup>5</sup> Anlaß könnte die Ablehnung des Protektorats Wilhelms II. über die Bayreuther Festspiele gewesen sein, was Bismarck mit Immediatbericht v. 20.9.1888 dringend empfohlen hatte; vgl. Bismarck, *GW*, Bd. 6c, S. 394 f.

**Nr. 346 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 5. und 7. Dezember 1888.**

*Reinschr., Bd. 96, Bl. 316; MF 566.*

*Anwesend: Boetticher [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Friedberg, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff, H. Bismarck, Herrfurth. — Prot.: Homeyer [U].*

*Über die die vertrauliche Besprechung am 5. Dezember 1888, die am 7. Dezember 1888 fortgesetzt wurde, sollten lt. der Niederschrift Homeyers schriftliche Aufzeichnungen nicht gemacht werden.*<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Aus Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 481, 483 und 585–587 ergibt sich, daß Anfang Dezember die Erhöhung der Zuschüsse des Staats an den Kronfideikommiß zur Debatte stand. In den nicht protokollierten vertraulichen Besprechungen am 5./7. bzw. 12.12.1888 dürfte es um diese Frage gegangen sein. Vgl. zur Erhöhung um 3,5 Mio. M.: Rep. 89, Nr. 3395, Bl. 208 ff. (Immediatberichte 1889, Prot. d. AH-Kommission); *StenBerAH*, Session 1889, 9.2.1889, S. 319–321 (Annahme bei Spaltung des Freisinns); allg. Bitter, *Handwörterbuch*, 1906, Bd. 1, S. 1011 f.

**Nr. 347 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 12. Dezember 1888.**

*Reinschr., Bd. 96, Bl. 317; MF 566.*

*Anwesend: Boetticher [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Friedberg, Goßler, Scholz, H. Bismarck, Herrfurth. — Prot.: Homeyer [U].*

*Aus der vertraulichen Besprechung am 12. Dezember 1888 hat lt. Niederschrift Homeyers nichts [...] verzeichnet werden sollen.*

**Nr. 348 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Dezember 1888.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 96, Bl. 318–321v; MF 566.*

*Anwesend [U]: Boetticher [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Friedberg, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff, H. Bismarck [zu 1–2], Herrfurth. — Prot.: Homeyer [U].*

**1. Ordenssachen zum Ordens- und Krönungsfest 1889<sup>1</sup>; Revision in fünf Fällen.** Generallandschaftssyndikus R. G. Engelbrecht, Königsberg, wird ein Orden verweigert, da er zur freisinnigen Partei gehört, obschon er agitatorisch nicht hervorgetreten ist. Das gleiche Bedenken obwaltet beim Allgemeinen Ehrenzeichen für den Kanzlisten Falkenberg. Grundsätze der Ordensverleihung an Subalternbeamte werden in zwei Fällen ausnahmsweise durchbrochen. [B] — **2. Eröffnung der Landtagssession ist für den 15. Januar 1889 vorgesehen.** [B] — **3. Gesetzesentwurf<sup>2</sup> zur Abänderung und Ergänzung einzelner, die Dienstvergehen der nicht-richterlichen Beamten betreffenden Bestimmungen wird gebilligt.** [B] — **4. Nichtbestätigung für den wiedergewählten Bürgermeister Blüthgen zu Schönebeck durch Herrfurth wird gebilligt.<sup>3</sup>** [B] — **5. Wilhelm II. hat die Abänderung der Bestimmungen über die Uniformen der Reichsbeamten gebilligt und wünscht in der Darstellung des Wappens Abänderung des Reichsadlers und der Kaiserkrone.<sup>4</sup>**

---

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 2100.

<sup>2</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1889, Drucks. Nr. 33; Debatte dazu 5.2.1889, S. 248–251.

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 3158 Nr. 1 Bd. 2, n. f. (v. a. Immediatbericht Herrfurths v. 6.1.1889, der die gerichtlich geprüften Vorwürfe gegen Blüthgen wegen rechtswidriger Fondsverwaltung und Konzessionserteilung zusammenfaßt).

<sup>4</sup> Vgl. Rep. 89, Nr. 3908, Bl. 40–42v (Abschr. d. Erlasses Wilhelms II. v. 16.12.1888), Rep. 89, Nr. 174, n. f. (zeichnerische Darstellung) und Sitzung am 6.10.1897, TOP 6 (VO v. 8.10.1897, GS, 1898, S. 2 f.). Zur Wappendarstellung vgl. Rep. 90, Nr. 1946, n. f. (Beschreibung, Abbildung).

**Nr. 349 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 2. Januar 1889.**

*Vollz. Reinschriften, Bd. 101, Bl. 1f, 3–8v<sup>1</sup>; MF 594/595. — Abschr. [2]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 6, Bl. 1–3v.*

*Anwesend [U]: Boetticher [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Friedberg, Goßler, Scholz, Herrfurth. — Prot.: [?]*

---

<sup>1</sup> Es handelt sich um zwei separat vollzogene Teilprot. unter dem Datum des 2.1. und mit denselben Teilnehmern.



[1.] *Ernennung.* [B] — [2.] *Schulpolitik anlässlich der Errichtung eines Staatsgymnasiums im Akazienwäldchen bei Berlin-Schöneberg.*<sup>2</sup> *Lt. Goßler haben sich nach 1870/71 die höheren Bildungsanstalten sprungweise vermehrt und gibt es eine Überproduktion von Akademisch-Gebildeten; die Unterrichtsverwaltung wirkt dem durch Aufhebung lebensunfähiger Anstalten und Zusammenziehung, Hintanhaltung von Neugründungen sowie Begünstigung der höheren Bürgerschulen entgegen.* Vornehmlich in Berlin W., wo immer mehr Beamte und Offiziere wohnen, herrscht Mangel an Gymnasien, und Goßler will aus politischen Gründen gegenüber den mehrheitlich städtischen Anstalten dort ein staatliches Gymnasium errichten, denn erfahrungsmäßig sind die Lehrer an staatlichen Anstalten konservativer gesinnt [...] als die Lehrer an städtischen. Scholz betont die Wichtigkeit der fortschreitenden Verstaatlichung städtischer höherer Bildungsanstalten ungeachtet finanzieller Schwierigkeiten. [B]

<sup>2</sup> Bis 1891 wurde das Prinz-Heinrich-Gymnasium an der Schöneberger Akazienstr. gegründet. Vgl. Rep. 76, VI Sekt. XV z Nr. 20 Bd. 1, n. f. (Vorgeschichte seit 1883, Etablierung der Schule bis 1891).

### Nr. 350 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 9. Januar 1889.

*Vollz. Reinschr., Bd. 101, Bl. 9–10v; MF 595.*

*Anwesend [U]: Boetticher [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Friedberg [zu 1], Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff, Herrfurth. — Prot.: Homeyer [U].*

**1.** *Thronrede<sup>1</sup> zur Landtagseröffnung am 14.1.1889; einem Wunsche Bismarcks gemäß soll darin die Verbesserung der Lage der Geistlichen und kath. Priester herausgestellt werden.* [B] — **2.** *Gesetzesentwurf<sup>2</sup> betr. Ergänzung des Gesetzes über die Erleichterung der Volksschullasten von 1888 wird gebilligt, zumal auch Bismarck den darin geregelten Wegfall des Schulgelds und entsprechende Erhöhung des Staatszuschusses inhaltlich mitträgt.* [B] — **3.** *Gesetzesentwurf<sup>3</sup> wegen Aufhebung der Reliktenbeiträge der Lehrer an Volksschulen soll demnächst in Umlauf gesetzt werden.* [B] — **4.** *Illumination öffentlicher Gebäude am Geburtstage Wilhelms II. soll angesichts der Familientrauer unterbleiben.*<sup>4</sup> [B] — **5.** *Ernennung.* [B] — **6.** *Titelverleihung.* [B]

<sup>1</sup> *StenBerAH, Session 1889, 14.1.1889, S. 1–3.*

<sup>2</sup> *Rep. 84a, Nr. 4688, Bl. 6–11. Vgl. StenBerAH, Session 1889, Drucks. Nr. 19; Debatte dazu 23.1.1889, S. 76–78.*

<sup>3</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1889, Drucks. Nr. 23; Debatte dazu 24.1.1889, S. 101–109.*

<sup>4</sup> *Gemeint ist die Trauer für Wilhelm I. und Friedrich III.*

### Nr. 351 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 30. Januar 1889.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 101, Bl. 12–17; MF 595.*

*Anwesend [U]<sup>1</sup>: Bismarck [V], Boetticher, Maybach, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff, H. Bismarck, Herrfurth. — Prot.: Homeyer [U].*

<sup>1</sup> *Gelesen [U]: Lucius v. Ballhausen.*

1. *Nachfolger für den entlassenen Justizminister v. Friedberg<sup>2</sup> soll StS H. v. Schelling werden, den Wilhelm II. wünscht und den Bismarck in vielfachem amtlichen Verkehr schätzen gelernt hat.* [B] — 2. *Gesetzentwurf<sup>3</sup> betr. Erhöhung der Krondotation gebilligt.* [B] — 3. *Vertagung des RT; die vorherige Erledigung der Regierungsvorlagen ist erwünscht, aber den Entschließungen des Parlaments nicht vorzugreifen.*<sup>4</sup> [B] — 4. *Spendensammlung der deutschen Kriegervereine zum Bau des Kyffhäuser-Denkmal für Wilhelm I.; die Staatsminister werden dem dazu gegründeten Komite bis zur Entscheidung Wilhelms II. nicht beitreten.* [B] — 5. *Dispensation von vier kath. Priestern von den gesetzlichen Erfordernissen der Vorbildung für ein geistliches Amt.* [B] — 6. *Geplante große polnische Versammlung am 12.2.1889 in Posen<sup>5</sup>; Fürstbischof Kopp hat vor dem Besuch [...] gewarnt, andere Bischöfe wurden von Goßler um ein Gleiches ersucht.* — 7. *Kath. Kirche und höheres Schulwesen. Nachdem Erzbischof Krementz, Köln, rechtswidrig einen Religionslehrer für eine höhere Bürgerschule in München-Gladbach ernannt hat, wies Goßler die Direktoren an, nur Lehrer zuzulassen, die von den dazu berufenen staatlichen Organen angestellt sind.* — 8. *Ein Gesetzentwurf betr. Verwendung der in Folge des sog. Sperrgesetzes v. 22. April 1875 angesammelten 16 Mio. M. soll demnächst dem Staatsministerium zugehen.* [B]

<sup>2</sup> Vgl. BArch, 90 Fr 2, Nr. 59, Bl. 119v–123v (Darstellung Friedbergs) u. RK, Nr. 1459, Bl. 16 ff. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 488 f. berichtet über den von Wilhelm II. im Gefolge der sog. Geffken-Affäre um die Veröffentlichung der Tagebücher Friedrichs III. erzwungenen Rücktritt Friedbergs.

<sup>3</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1889, Drucks. Nr. 35 sowie Sitzung am 5./7.12.1888 mit Anm.

<sup>4</sup> Der RT wurde nicht vertagt, aber vom 8.2.–13.3.1889 fanden keine Plenarsitzungen statt.

<sup>5</sup> Vgl. Wippermann 1889, I, S. 340 (Posener Versammlung am 20.2.1889).

## Nr. 352 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Februar 1889.

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [2] und Korrekturen, Bd. 101, Bl. 18–26, 35–49, Anlage: Bl. 27, Ergänzung: Bl. 34–34v; MF 595.*

*Anwesend [U]: Boetticher [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Goßler, Scholz, Herrfurth, Schelling. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky [zu 2, 4], v. Tepper-Laski, Frh. v. Broich [beide zu 2].*

1. *Begrüßung des neuen Justizministers H. v. Schelling.* — 2. *15 Disziplinarsachen.* [B] — 3. *Neudefinition des Begriffs einer in das folgende Rechnungsjahr übertragbaren Restausgabe.*<sup>1</sup> [B] — 4. *Haltung zur geplanten Gründung eines „Warenhauses für deutsche Beamte“. Per Statut<sup>2</sup> soll die Erzielung hoher Dividenden für die Aktionäre verhindert werden. Lt. Scholz verhindert die gewählte Form der Trägerschaft durch eine Aktiengesellschaft jede offizielle Unterstützung; auch wegen der potentiellen Schädigung von kleinen und mittleren Gewerbetreibenden ist strikte Neutralität einzuhalten.* [B] — 5. *RT und LT oder König als Dienstherr über Beamte, nachdem der RT einseitig seinen Bürodirektor Knack per Etatänderung zum Direktor mit höherem Wohngeldzuschuß ernannt hat. Scholz hat das sich anschließende gleiche Verlangen des LT als verfassungswidrig abgelehnt, aber eine mäßige Gehaltserhöhung in Aussicht gestellt*<sup>3</sup>. *Lt. Boetticher war der RT, anders als der LT, gemäß § 156 des Reichsbeamtengesetzes v. 1873 dazu befugt, aber der Bundesrat soll erklären, daß er künftige einseitige Beschlüsse des RT beim Reichshaushalt nicht*

<sup>1</sup> Der im Prot. genannte Beschluß v. 7.4.1888 entstand nicht in einer Sitzung des Staatsministeriums, sondern wohl im Umlaufverfahren. Zum Begriff Restausgabe vgl. Herrfurth, G., Das gesamte preußische Etats-, Kassen- und Rechnungswesen einschließlich der Rechtsverhältnisse der Staatsbeamten, T. 1, Berlin 1896, S. 89.

<sup>2</sup> Dessen neu gefaßter § 30 abschriftlich als Anlage auf Bl. 27. Vgl. Wippermann 1889, I, S. 231 f. (Warenhaus).

<sup>3</sup> Diese trat ein; vgl. StenBerAH, 2.3./18.3.1889, S. 728 f., 1141 (900,– M. mehr für die Bürodirektoren von AH und HH).

durchgehen lassen werde.<sup>4</sup> [B] — 6. Uniformen der preußischen Beamten; Wilhelm II. möchte sie gemäß den für die Reichsbeamten getroffenen Vorschriften geändert haben. [B] — 7. Denkschrift<sup>5</sup> von Lucius betr. mögliche Abwehrmaßnahmen gegen Überschwemmungen, zumal im Riesengebirge; die Akademie des Bauwesens soll darin enthaltene Vorschläge begutachten. [B] — 8. Zwecks sinnfälliger Dokumentation der Diskontinuität der Landtagssessionen sollen Mitteilungen der Staatsminister an den LT nicht vor dem Tag von dessen Zusammentritt datiert sein.<sup>6</sup> [B] — 9. Zwei Titelverleihungen. [B]

<sup>4</sup> Die sich nach Korrekturen von Scholz am Prot. (bes. Bl. 23v) entspannende Kontroverse über die genaue Beschlußfassung zu TOP 5 – Abwarten der Entscheidung des Rechnungsprüfungsausschusses des Bundesrats vor endgültiger Stellungnahme des Staatsministeriums oder nicht – ist auf Bl. 28–33 dokumentiert und wurde durch eine Niederschrift Homeyers v. 16.4.1889 (auf Bl. 34–34v) beigelegt. Er bezieht sich darin auf eine Sitzung dieses Tages, die jedoch im Band 101 der Protokollreihe nur als Verweis-Notiz (Bl. 158a) zu finden ist, sei es, weil es sich um eine informelle Sitzung handelte oder weil sie quasi als Nachtrag zur Sitzung am 17.2.1889, TOP 5 gedacht war. Vgl. H. Frh. v. Maltzahn-Gültz, Bismarck. Persönliche Erinnerungen an ihn, in: E. Marcks/K. A. v. Müller (Hrsg.), Erinnerungen an Bismarck, Stuttgart/Berlin 1915, S. 89–118, hier s. 116 f.

<sup>5</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1889, Nr. 48; Debatte dazu 22.2.1889, S. 521–547.

<sup>6</sup> Vgl. Sitzung am 13.1.1900, TOP 6 (Bekräftigung des Beschlusses).

### Nr. 353 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 24. Februar 1889.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 101, Bl. 50–62v; MF 595/596. — Abschr. [1–6, 8–10]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 6, Bl. 23–35v.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff, H. Bismarck, Herrfurth, Schelling. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn [zu 1].

1. Nachtragsetat<sup>1</sup> zum Reichshaushalt 1889/90; Vortrag von StS v. Maltzahn über die erforderlichen 21,9 Mio. M. Ausgaben, die durch 12,5 Mio. Anleihemittel und 9,4 Mio. M. Matrikularbeiträge gedeckt werden sollen.<sup>2</sup> [B] — 2. Gesetzentwurf<sup>3</sup> betr. Verwendung der Sperrgelder der kath. Kirche; in mehreren Punkten, u. a. dem der Gehälter der Bischöfe von Hildesheim, Osnabrück, Fulda und Limburg, modifiziert, so daß ein umgearbeiteter Entwurf<sup>4</sup> vorzulegen ist. [B] — 3. Abänderung des Sozialistengesetzes. Bismarck erwägt Verschärfung des Strafgesetzbuchs, um neben dem Sozialismus [...] alle Angriffe auf das monarchische Prinzip [...] zu treffen, zumal die Kartellmehrheit des RT dem nicht so abgeneigt sein würde. Obwohl im StGB kaum Präventivmaßnahmen wie die Ausweisungsbefugnis zu verankern sind und Verschärfung des Preßgesetzes nicht zu erwarten steht, beharrt Bismarck auf Einbringung einer gemeinrechtlichen Vorlage.<sup>5</sup> [B] — 4. Sanktion der Kirchengemeinde-Ordnung<sup>6</sup> für sechs evangelisch-lutherische Kirchengeme-

<sup>1</sup> Vgl. StenBerRT, Session 1888/89, Drucks. Nr. 116 (beinhaltet 19,2 Mio. M. für die Artillerie und 1,3 Mio. für die Marine wegen Ostafrika, Samoa und der Marinebehördenreorganisation); Debatte dazu 15.3.1889, S. 924–938.

<sup>2</sup> Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 489 f.

<sup>3</sup> Rep. 77, Tit. 413 Nr. 42, Bl. 142–143v. Vgl. StenBerAH, 2.3.1889, S. 731 ff.

<sup>4</sup> Rep. 77, Tit. 413 Nr. 42, Bl. 147–149.

<sup>5</sup> Vgl. Rep. 84a, Nr. 8462, Bl. 39 ff. (Voten Herrfurths u. Bismarcks, Gesetzentwurf v. 4.3.1889 auf Bl. 106–110v) und Rep. 77, Tit. 500 Nr. 49, Bde. 1 u. 2 (detailliertes Material 1888–90) sowie Rep. 77, Tit. 500 Nr. 46 Bd. 22, Bl. 2–75. Bismarcks Votum v. 13.2.1889 gedr. in: GW, Bd. 6c, S. 409 f.

<sup>6</sup> BArch, RA DI, Nr. 114988, n. f. (Gesetzentwurf v. 21.1.1889). Vgl. StenBerHH, Session 1889, Drucks. Nr. 89 (unerledigte 1. Vorlage) und StenBerAH, Session 1890, Drucks. Nr. 49; Debatte dazu 27.2.1890, S. 424–426.

meinden im RegBez. Wiesbaden. [B] — 5. Nachtrag<sup>7</sup> zum Vertrag<sup>8</sup> zwischen Preußen und den thüringischen Staaten [...] über die Errichtung gemeinschaftlicher Schwurgerichte zu Gera und Meiningen gebilligt. [B] — 6. Sanktionierung des Kirchengesetzes<sup>9</sup> über die Einführung eines neuen evangelischen Kirchengesangbuchs für den Konsistorialbezirk Kassel. [B] — 7. Titelverleihung. [B] — 8. Politische Aktivitäten des Hof- und Dompredigers A. Stöcker, speziell Vorträge und Zeitungspolemik, werden neuerdings von Wilhelm II. mißbilligt.<sup>10</sup> — 9. Dombau zu Berlin; die im Staatshaushalt 1889/90 eingesetzten 600000 M. als erste Rate sollen von der in der Budgetkommission des RT eingefügten Klausel, daß Freigabe erst “nach Ausschreibung einer Konkurrenz” erfolgen soll, befreit werden, da Wilhelm II. den Dombau durch J. Raschdorff ausführen lassen will. — 10. Stellungnahme zum Antrag<sup>11</sup> L. Windthorst betr. Wiederherstellung der gemäß Art. 24 Verfassung den Kirchen bezüglich des Religionsunterrichts an Volksschulen zustehenden Befugnisse; Bismarck empfiehlt wie stets gegenüber solchen Initiativanträgen der Parlamente tunliche Zurückhaltung.

<sup>7</sup> Vgl. BArch, RAAdI, Nr. 114975, Bl. 11–15 (Gesetzentwurf u. Voten).

<sup>8</sup> GS, 1879, S. 216.

<sup>9</sup> BArch, RAAdI, Nr. 114992, n. f. (Gesetzentwurf v. 18.2.1889).

<sup>10</sup> Vgl. Frank, Stöcker, S. 180 ff., hier S. 196–200 (Wien- und Montreux-Reise, Polemik mit Prediger Witte).

<sup>11</sup> StenBerAH, Session 1889, Drucks. Nr. 45; Debatte dazu 27.2.1889, S. 617–658 (Goßler S. 646–649).

## Nr. 354 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 8. März 1889.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 101, Bl. 67–75v, Anlage: Bl. 76–80v; MF 596.

Anwesend [U]<sup>1</sup>: Bismarck [V], Boetticher, Lucius v. Ballhausen, Scholz, Bronsart v. Schellendorff, H. Bismarck, Herrfurth, Schelling. — Prot.: Homeyer [U].

1. Gesetzentwurf<sup>2</sup> zur Abänderung von Bestimmungen des Strafgesetzbuchs und des Pressegesetzes als Ersatz für das Sozialistengesetz. Lt. Herrfurth hat der Entwurf auf dem Boden des gemeinen Rechtes [...] eine Gestalt erhalten, an welcher voraussichtlich alle Parteien Anstoß nehmen würden; vielleicht wäre es besser, dem RT zu erklären, eine gemeinrechtliche Lösung statt des Sozialistengesetzes sei unmöglich. Bismarck will, um den Gegnern [...] eines Ausnahmegesetzes Wind aus den Segeln zu nehmen, den Versuch wagen und erst nach dessen Scheitern den Weg der unbefristeten Verlängerung des Sozialistengesetzes gehen. Trotz großer Bedenken von Lucius und Boetticher soll der leicht modifizierte Gesetzentwurf im Bundesrat vertraulich behandelt und dort von Preußen entschieden vertreten werden.<sup>3</sup> [B] — 2. Ordenssachen anläßlich der bevorstehenden Ausstellung für Unfallverhütung<sup>4</sup> sollen nicht durch deren Protektor Wilhelm II. als Kaiser, sondern durch die Landesherren bewirkt werden. [B] — 3. Ernennung. [B]

<sup>1</sup> Gelesen [U]: Maybach, Goßler.

<sup>2</sup> Als Anlage auf Bl. 76–80v. Ebd. auch die beschlossenen Änderungen. Vgl. Rep. 77, Tit. 500 Nr. 49 Bd. I, Bl. 211 ff.

<sup>3</sup> Vgl. zum Zusammenhang Pack, Sozialistengesetz, S. 194–203 und allg. Seeber, Gustav (Hrsg.), Bismarcks Sturz, Berlin (O) 1977, S. 312 ff.

<sup>4</sup> Vgl. Wippermann 1889, I, S. 227–230.

**Nr. 355 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 13. März 1889.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 101, Bl. 81–86v; MF 596.*

*Anwesend [U]<sup>1</sup>: Bismarck [V], Boetticher, Maybach, Lucius v. Ballhausen, Scholz, Bronsart v. Schellendorff, H. Bismarck, Herrfurth, Schelling. — Prot.: Homeyer [U].*

**1.** *Novelle zum Strafgesetzbuch und Pressegesetz<sup>2</sup> als Ersatz für das Sozialistengesetz. Bismarck hielt Wilhelm II. dazu Vortrag. — Wilhelm II. will gegen den Schmähartikel<sup>3</sup> der Berliner Volkszeitung v. 9.3.1889 über Wilhelm I. doch strafrechtlich vorgehen, obwohl gemäß § 189 des StGB nur Gatten oder Kinder des Verstorbenen, nicht Enkel solche Strafanträge stellen können. Deshalb ist die Erweiterung des Kreises der dazu Berechtigten zu erwägen. — Bismarck möchte zudem § 4 des Strafgesetzbuches ändern lassen, damit alle im Ausland begangenen Straftaten in Deutschland verfolgt werden können. Zur Beratung dieser Fragen soll am 18.3.1889 ein Kronrat stattfinden. —*  
**2.** *Die Uniformen der preußischen Beamten sollen sich von denen der Reichsbeamten nur durch die preußischen äußeren Abzeichen [...] unterscheiden. Bei den Uniformen der Staatsminister hat Wilhelm II. den Wegfall der zweiten gestickten Uniform genehmigt, aber Bismarck hält eine zwischen der großen Gala-Uniform und der kleinen Uniform stehende Uniform für nötig; die VO<sup>4</sup> dazu folgt demnächst. [B]*

<sup>1</sup> *Gelesen [U]: Goßler.*

<sup>2</sup> *Der Passus, auf deren Annahme es [das Staatsministerium] sich nicht große Rechnung mache, ist mit Bleistift, wohl durch Bismarck, gestrichen. Vgl. auch Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 491.*

<sup>3</sup> *Druck des Art. v. Franz Mehring in: Fenske, Hans (Hrsg.), Im Bismarckschen Reich 1871–1890, Darmstadt 1978, S. 425–428. Vgl. Höhle, Thomas, Franz Mehring, Berlin (O) 1956, S. 245–250 (aufgrund von Akten der Rep. 77); Wippermann 1888, I, S. 360–365 (u. a. Pressestimmen) sowie Stern (Hrsg.), Kampf der deutschen Sozialdemokratie, Bd. 1, S. 307–325 (Verbots-Aufhebung) u. Wetzel, Presseinnenpolitik, S. 264–266.*

<sup>4</sup> *Vgl. Rep. 77, Tit. 915 Nr. 1 Bd. 6, n. f. bzw. Rep. 90, Nr. 586 (Ausarbeitung u. Voten zur VO) u. Sitzung am 12.6.1889, TOP 12 mit dem Entwurf der VO als Anlage (Bl. 251–254v). Original der VO v. 29.7.1889 in: Rep. 90, Nr. 586, n. f.; Druck in: MinBl. innere Verw., 1889, S. 158–161. Schriftwechsel auch in: III. HA, MAA, III Nr. 17597, n. f.*

**Nr. 356 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 16. März 1889.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 101, Bl. 87–100; MF 596/597.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Boetticher, Lucius v. Ballhausen, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff, H. Bismarck, Herrfurth, Schelling. — Prot.: Homeyer [U].*

**1.** *Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Hinterbliebenenfürsorge für die Geistlichen der evangelischen Landeskirche in den älteren Provinzen. Bismarck kritisiert grundsätzlich die Generalsynodalordnung von 1876 und möchte stärkere Kontrolle des Staatsministeriums über die ev. Kirche. Seine Einwände gegen den Gesetzentwurf, der das Kirchengesetz von 1885 sanktioniert, betreffen vor allem das seiner Ansicht nach keineswegs bestehende Recht der Generalsynode zur Erhebung von Umlagen, das die Evangelischen gegenüber den Katholiken benachteilige; wegen der bereits eingesetzten Budgetposition will er aber die Vorlage nicht scheitern lassen. Scholz*

<sup>1</sup> *BArch, RAAd, Nr. 114989, Bl. 5–10. Ebd., Bl. 34–37v ein scharfes Votum Bismarcks v. 4.3.1889. Vgl. StenBerAH, Session 1889, Drucks. Nr. 132 (als Anlage das Kirchengesetz v. 1885); Debatte dazu 26.3.1889, S. 1282–1288.*

bedauert, daß man der Kirche eine den parlamentarischen Einrichtungen nachgeahmte Verfassung gegeben habe, sieht aber die Generalsynode mit der Umlagenerhebung bis zu 4% der Klassen- und Einkommensteuer im Rahmen ihrer gesetzlich festgelegten Befugnis verbleiben. Im Immediatbericht dazu sollen die Bedenken Bismarcks erwähnt, der Gesetzentwurf gleichwohl eingebracht werden. [B] — 2. Ordenssache; anlässlich eines Falles äußerte Wilhelm II., daß er den Hohenzollernschen Hausorden nur an ihm bekannte Personen verleihen wolle. — 3. Verleihung der Korporationsrechte an die Berliner Stadtmission möchte Goßler weiterhin zurückstellen.<sup>2</sup> [B] — 4. Ordenssache. [B]

<sup>2</sup> Dies dürfte im Zusammenhang mit den kirchenpolitischen Querelen bzw. dem Fall Stoecker zu sehen sein.

### Nr. 357 Sitzung des Kronrats im Königlichen Stadtschloß zu Berlin am 18. März 1889.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. IV, Bl. 133–155; MF KR 25. — Abschr.: BArch, RK, Nr. 2014, Bl. 33–50v. Teildruck [I]: Stürmer (Hrsg.), Bismarck und die preußisch-deutsche Politik, S. 268 f.

Anwesend: Wilhelm II. [V, U], Bismarck [U], Boetticher [U], Maybach [U], Lucius v. Ballhausen [U], Goßler [U], Scholz [U], Bronsart v. Schellendorff [U], H. Bismarck, Herrfurth [U], Schelling [U]. — Prot.: Homeyer.

1. Verschärfung des Presserechts nach der Verunglimpfung des Andenkens Wilhelms I. durch den Artikel der Berliner Volkszeitung am 9. März 1889<sup>1</sup>. Wilhelm II. erwartet das Einschreiten gegen die Presse, die straflos die gesellschaftlichen Einrichtungen, Religion und Monarchie angreift und sich in seine Familienverhältnisse mit Beschuldigungen einmischet. Lt. Bismarck ist die Presse — bis das Sozialistengesetz eine Bresche in diese Solidarität schlug — schon aus gewerblichen Rücksichten einig in der Bekämpfung von Beschränkungen gewesen. Mit der Novelle zum StGB und Presserecht werde man auch der politisch-republikanischen Bewegung (Virchow's "gute Revolutionäre") und den Demokraten innerhalb des Zentrums entgegengetreten, die weniger den wirtschaftlichen als den politischen Umsturz verfolgen. Zusätzlich zur gerade erfolgten Beschlagnahme der Volkszeitung wegen ihres Artikels zum 18. März soll gegen sie gemäß § 95 StGB der Vorwurf der Majestätsbeleidigung geprüft werden. [B] — 2. Änderung des § 4 StGB, so daß Verbrechen gegen Deutsche im Auslande im Inland strafverfolgt werden können; die entsprechende Vorlage aus Anlaß der Kämpfe in Samoa<sup>2</sup> ist einzubringen. [B] — 3. Wilhelm II. befürwortet Reform der direkten Steuern, v. a. der Einkommensteuer, Steuererleichterungen und Überweisung eines Teils der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen<sup>3</sup>. Scholz hält aufgrund neu aufgetretener Belastungen des Staatshaushalts Erleichterungen erst 1890 für möglich. Auch beim Antrag<sup>4</sup> Frh. v. Huene auf Überweisung der Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen ist wegen Finanzknappheit keine Zustimmung möglich. Bismarck wünscht sich künftig Selbsteinschätzung

<sup>1</sup> Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 491 f.

<sup>2</sup> Vgl. Wippermann 1889, I, S. 303–308.

<sup>3</sup> Er unterstützte damit Scholz' Entwurf eines neuen Einkommensteuergesetzes v. 4.1.1889. Vgl. diesen in: Rep. 90a, F III 3 Nr. 1 Bd. 7, Bl. 2–73; ebd., Bl. 74 ff. Voten. Vgl. StenBerAH, Session 1889, 22.1.1889, S. 31–53 (diesbezügliche Debatte). Weiterer Schriftwechsel auch in: BArch, RK, Nr. 2089 u. 2090 (Scholz' Entwurf 1889/90 u. Bismarcks Haltung dazu). Zum Problem auch Pflanze, Bismarck, Bd. 2, S. 567–570.

<sup>4</sup> StenBerAH, Session 1889, Drucks. Nr. 106; Debatte dazu 27.3.1889, S. 1299–1333 (unerledigt).

durch die Steuerbürger sowie stärkere Besteuerung des in Renten und Zinsen bestehenden Einkommens, vor allem auch ausländischer Fonds.<sup>5</sup>

<sup>5</sup> Vgl. Bismarck, *GW*, Bd. 6c, S. 406–408 (Votum v. 22.1.1889 zum Entwurf Scholz' v. 4.1.1889).

### **Nr. 358 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 28. März 1889.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 101, Bl. 101–116v; MF 597.*

Anwesend [U]<sup>1</sup>: Bismarck [V], Boetticher, Maybach, Lucius v. Ballhausen, Goßler, Scholz, Bronsart v. Schellendorff, Herrfurth, Schelling. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn.

1. Beilegung des Ranges als Rat erster Klasse für das Amt des Ober-Landstallmeisters *gebilligt*. [B] — 2. Beschwerde<sup>2</sup> von fünf Hagelversicherungs-Aktiengesellschaften gegen die Ansiedlungskommission [...] wegen ihres Verfahrens bei Versicherung der Ansiedlungsgrundstücke *soll abgewiesen werden*. [B] — 3. *Ordenssachen; trotz Zweifeln Bismarcks sollen die neun Mitglieder der I. Kommission zur Ausarbeitung des BGB dekoriert werden*. [B] — 4. *Bestellung eines neuen Redakteurs beim deutschen Reichs- und Preußischen Staatsanzeiger; da Bismarck statt des vorgeschlagenen Literaten H. Jacobi einen zuverlässigen Beamten vorzieht, ist weitere Suche nötig*. [B] — 5. *Mögliche Reorganisation der Reichsbank gemäß § 41 des Bankgesetzes vom 14. März 1875. Der Erwerb der gesamten Privatbeteiligung durch das Reich wird abgelehnt, da die Fachmänner in der Bank bisher gut gearbeitet haben und der Reichskanzler genügend Einfluß gegenüber dem Zentralausschuß besitzt. Mehreren erwünschten Änderungen des Bankgesetzes soll frühestens nach der Debatte des RT zur Interpellation<sup>3</sup> W. v. Kardorff nähergetreten werden*. — 6. *Vier Ernennungen beim Oberverwaltungsgericht; eine Titelverleihung am OVG wird auf Intervention Bismarcks ausgesetzt*. [B] — 7. *Staatshaushalt 1889/90 wird vom HH, das ihn noch später wie sonst erhalten hat, wohl erst nach Beginn des neuen Etatsjahres verabschiedet werden, aber ein Notgesetz ist unnötig*.<sup>4</sup> [B]

<sup>1</sup> Gelesen [U]: H. Frh. v. Maltzahn, H. Bismarck.

<sup>2</sup> Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Zu Bismarcks Aversion gegen Versicherungsgesellschaften vgl. Pflanze, Bismarck, Bd. 2, S. 417–422.

<sup>3</sup> Ausweislich der StenBerRT, Session 1888/89, wurde keine derartige Interpellation eingebracht. Vgl. aber StenBerRT, Session 1889/90, 8.11.1889, S. 191–213 (1. Lesung d. Novelle zum Reichsbankgesetz v. 18.12.1889, RGBl. S. 201). Zum Problem vgl. BArch, RK, Nr. 251 u. 252 (Materialsammlung, Voten) und Hettlage, Karl M., Die Reichsbank 1876–1918, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte, Bd. 3, Stuttgart 1984, S. 271 f.

<sup>4</sup> Vgl. StenBerHH, Session 1889, 1.4.1889, S. 132 (Zugang am 21.3.1889, Verabschiedung am 1.4.1889).

### **Nr. 359 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 7. April 1889.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 101, Bl. 118–135v; MF 597.*

Anwesend [U]: Bismarck [V], Boetticher, Maybach, Lucius v. Ballhausen, Goßler, Scholz, H. Bismarck, Herrfurth, Schelling. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Burghart, Fuisting [beide zu 3].

1. Rücktritt von Kriegsminister P. Bronsart v. Schellendorff und Ernennung von J. Verdy du Vernois zum Nachfolger.<sup>1</sup> — 2. Die parlamentarische Kritik<sup>2</sup> von StS H. v. Stephan an der Eisenbahnverwaltung war lt. Bismarck einem preußischen Minister gegenüber unzulässig und wird von Bismarck getadelt werden. — 3. Novelle zum Einkommensteuergesetz<sup>3</sup>. Der Tarif ist lt. Scholz auf Wunsch Bismarcks so bemessen, daß durch eine erhebliche Steigerung der Einnahmen die im Antrag Huene geforderte Überweisung der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunalverbände finanziert werden kann. Detaildiskussion, u. a. bezüglich deutlicher Hervorhebung der Entlastung niedriger Einkommen, Erleichterungen für Grundbesitz bzw. Gewerbebetrieb, amtliche Feststellung der Tatsachen zur Steuererklärung statt reiner Deklaration sowie diesbezügliche Strafbestimmungen. Entwurf wird gebilligt. [B] — 4. Ermäßigung der Bergwerksabgaben um 50 % bedeutet lt. Scholz 2,1 Mio. Mark Ausfall und soll angesichts der Einkommensteuerreform aufgeschoben werden, zumal die Ermäßigung als Bevorzugung der Industrie vor der notleidenden Landwirtschaft empfunden werden würde.<sup>4</sup> [B] — 5. Bestellung eines neuen Redakteurs des Reichs- und Staatsanzeigers; drei vorgeschlagene Regierungsassessoren sind kaum geeignet; Goßler soll unter Bibliotheksbeamten, Lehrern und Dozenten suchen. [B] — 6. Dispensation eines kath. Priesters von den gesetzlichen Erfordernissen der Vorbildung für ein geistliches Amt. [B] — 7. Ordenssache. [B] — 8. Pressemeldungen über das Ergebnis der Staatsministerialsitzung vom 8. März 1889 betr. Gesetzentwurf zur Abänderung des StGB und des Pressegesetzes veranlassen Bismarck zur Bitte an die Ressortchefs, vier deshalb verdächtigen Journalisten den Zutritt zu amtlichen Lokalen zu versagen.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Bronsart erhielt zum 8.4.1889 von Wilhelm II. seine Entlassung. Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 493 f. (ergänzt Prot.), Schmidt-Bückeberg, Militärkabinett, S. 164–177 (Rücktrittsgründe v. a.: Personalpolitik Wilhelms II., Friktionen mit dem Militärkabinett u. Generalstabschef Waldersee), Waldersee, Denkwürdigkeiten, Bd. 2, S. 42 f., 48 sowie allg. Meisner, Der Kriegsminister, bes. S. 37 ff.

<sup>2</sup> StenBerHH, Session 1889, 1.4.1889, S. 143 f.; Antwort Maybachs S. 146 (Stephan wollte neues Betriebsmaterial der Staatsbahnen nicht durch Anleihen finanzieren, sondern aus dem ordentlichen Haushalt). Vgl. Waldersee, Alfred Graf v., Briefwechsel, hrsg. v. H. O. Meisner, Bd. 1, Berlin/Leipzig 1928, S. 269 f. (erwogene Ablösung Maybachs durch Stephan wird somit verhindert) und Morse, Reichsverwaltung, S. 268 f.

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 90a, F III 3 Nr. 1 Bd. 7, Bl. 74 ff. (Votenwechsel). Zur Vorgeschichte vgl. BArch, RAAdI, Nr. 114977, n. f. (Gesetzentwurf Scholz' v. 4.1.1889 nebst Voten, u. a. Votum Bismarcks v. 22.1.1889, gedr. in: GW, Bd. 6c, S. 406 ff.). Zum Zusammenhang der Steuerreform 1888/89 vgl. die Analyse bei Thier, Steuergesetzgebung, S. 415–431.

<sup>4</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1889, 31.1.1889, S. 223 f., 226 ff. (Bergwerksabgaben trotz schlechter Konjunktur).

<sup>5</sup> Zum konkreten Sachverhalt konnte nichts ermittelt werden.

## Nr. 360 Sitzung des Staatsministeriums am 15. April 1889.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [6–7] und Korrekturen, Bd. 101, Bl. 136–137v, 139–158; MF 597/598.

Anwesend [U]: Boetticher [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Goßler, Scholz, Herrfurth, Schelling, Verdy du Vernois. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Rieth [zu 6–7], G. F. O. Gerlach [zu 6], v. Kurowsky, Frh. v. Broich [beide zu 7].



1. Begrüßung und Eidesleistung des neuen Kriegsministers, J. v. Verdy du Vernois. — 2. Ordenssache. [B] — 3. Sieben Ernennungen<sup>1</sup>. Titelverleihung. [B] — 4. Ordenssache. [B] — 5. Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. Abänderung des § 4 des StGB soll nach erfolgter Genehmigung durch Wilhelm II. von Bismarck als preuß. Antrag beim Bundesrat eingebracht werden. [B] — 6.–7. 20 Disziplinar- und Pensionssachen. [B]

<sup>1</sup> Da RegR Steilberg, Düsseldorf, seine Ernennung zum Verwaltungsgerichtsdirektor in Lüneburg ablehnte, wurde an seiner Stelle RegR Goebell in Kassel ernannt und das Prot. auf Brief Herrfurths v. 21.4.1888 hin (Bl. 138) geändert.

<sup>2</sup> BArch, RAAdI, Nr. 114996, n. f. (Gesetzentwurf v. 3.4.1889). Vgl. StenBerRT, Session 1888/89, Drucks. Nr. 246 (wegen Reichstagseschluß unerledigt) und Poschinger, Bismarck und der Bundesrat, Bd. 5, S. 314–316.

## Nr. 361 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 20. April 1889.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 101, Bl. 159–167v; MF 598.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Boetticher, Lucius v. Ballhausen, Gofßler, Scholz, H. Bismarck, Herrfurth, Schelling. — Prot.: Homeyer [U].

1. Dispensation des kürzlich gewählten Münsteraner Kapitularvikars J. Giese vom vorgeschriebenen Eide; Gofßler zufolge muß sie auch für den regierungskritischen Giese erfolgen, weil sonst Aufsehen entstünde und die der Regierung geneigteren Elemente der Zentrumsparthei wieder mehr in die Opposition getrieben würden. [B] — 2. Verleihung des Titels „Exzellenz“ an den Chefpräsidenten und des Ranges der Räte I. Kl. an die Direktoren der Oberrechnungskammer; lehnt Bismarck ab, weil damit die Gleichstellung mit den Ministerien erreicht und Ansprüche anderer Zentralbehörden geweckt würden.<sup>1</sup> [B] — 3. Geänderter Entwurf eines Sperrgelderverwendungsgesetzes<sup>2</sup>. Bismarck fürchtet, daß damit das Zentrum unzufrieden sein sowie die Oppositionsparteien ein Agitationsmittel gewinnen werden und empfiehlt, den Landtag bald zu schließen, da auch die Novelle zum Einkommensteuergesetz keine Mehrheit finden werde und die Debatte zum Initiativgesetzentwurf<sup>3</sup> des AH betr. Wildschaden angesichts der allgemein herrschenden Popularitätssucht seines Erachtens besser unterbleibe. Trotz Bedenken von Herrfurth und Scholz wegen vier in Beratung befindlicher Gesetzentwürfe, v. a. der Einkommensteuer-Novelle, wird mehrheitlich der Landtagsschluß zum 30.4.1889 beschlossen. [B] — 4. Bestellung eines neuen Redakteurs des Reichs- und Staatsanzeigers; der früher abgelehnte H. Jacobi soll jetzt doch zunächst probeweise angestellt werden. [B]

<sup>1</sup> Bis 1918 besaßen die Präsidenten der Oberrechnungskammer den persönlichen Rang als Wirkl. Geh. Rat, die Direktoren erhielten nach längerer Amtszeit i. d. R. den Titel Wirkl. Geh. ORegR mit dem Rang der Räte I. Kl.

<sup>2</sup> Sitzung am 24.2.1889, TOP 2 mit Anm. (geänderter Entwurf v. 1.4.1889). Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 495 und Sitzungen am 31.1.1890, TOP 7 bzw. am 11.4.1890, TOP 2.

<sup>3</sup> StenBerAH, Session 1889, Drucks. Nr. 190 (Kommissionsbeschlüsse v. 11.4.1889); Debatte zum Initiativantrag Berling 20.2.1889, S. 510–529 (unerledigt).

**Nr. 362 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 29. April 1889.**

*Vollz. Reinschr., Bd. 101, Bl. 168–171v; MF 598.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Boetticher, Maybach, Lucius v. Ballhausen, Goßler, Scholz, Herrfurth, Schelling, Verdy. — Prot.: Homeyer [U].*

**1. Uniformen der Beamten<sup>1</sup>; die allseitigen Bedenken gegen die von Wilhelm II. gewünschten Eskarpins bzw. gegen Einführung der Hoftracht für Personen, die bisher im schwarzen Frack bei Hofe erscheinen durften, sollen in einem Immediatbericht<sup>2</sup> zusammengefaßt werden. [B] — 2. Verhandlungen mit der kath. Kirche über die Regulierung streitigen Patronats. Nach Abkommen für acht preuß. Diözesen zwischen 1848 und 1873 drängt neuerdings Erzbischof Krementz für den rechtsrheinischen Teil seiner Erzdiözese Köln auf Erledigung. Da ein Abschluß nur bei Bescheidung des Staats auf 49 von 222 Pfarr- und Vikarstellen zustande käme und jüngst bei strittigen Besetzungen ein Einvernehmen zwischen Staat und Kirche auftrat, ist kein formelles Abkommen abzuschließen. [B]**

<sup>1</sup> Vgl. Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 496.

<sup>2</sup> Rep. 89, Nr. 3899, Bl. 6–10v (*Immediatbericht v. 21.5.1889: Eskarpins sind unpraktisch und in Deutschland nur als Livree erhalten, sie wären quasi eine Klassengrenze zwischen Hofgesellschaft und Volk und erzeugten ständische Zerwürfnisse*). Vgl. Rep. 77, Tit. 915 Nr. 1 Bd. 6, n. f. (*Boetticher 14.4.1889, Voten*).

**Nr. 363 Sitzung des Kronrats im Königlichen Stadtschloß zu Berlin am 30. April 1889.**

*Vollz. Reinschr., Bd. IV, Bl. 159–174; MF KR 25. — Abschriften: BArch, RK, Nr. 2014, Bl. 54–62v; [1–2]: PA Bonn, R 4244, n. f. Teildruck [1]: Berg, Christa (Hrsg.), *Staat und Schule oder Staatsschule. Stellungnahmen von Pädagogen und Schulpolitikern zu einem unerledigten Problem 1789–1889, Königstein/Ts. 1980, S. 149–151 sowie Stürmer (Hrsg.), Bismarck und die preußisch-deutsche Politik, S. 270–273.**

*Anwesend [U]: Wilhelm II. [V], Bismarck, Boetticher, Maybach, Lucius v. Ballhausen, Goßler, Scholz, H. Bismarck, Herrfurth, Schelling, Verdy. — Prot.: Homeyer.*

**1. Schulreform und Bekämpfung der sozialdemokratischen Tendenzen. Um die Sozialdemokratie [...] an der Wurzel anzufassen, muß Wilhelm II. zufolge auf die Jugend in der Schule eingewirkt werden, besonders im Religions- und Geschichtsunterricht; eine Ordre<sup>1</sup> an das Staatsministerium wird Wilhelms II. Ideen zusammenfassen. Lt. Goßler hat der Unterricht längst eine religiös-monarchische Grundlage, aber in einklassigen Schulen bleibt seine Gestaltung schwierig, und die gefährlichste Zeit für die männliche Jugend liegt zwischen Schulentlassung und Militär-**

<sup>1</sup> Rep. 89, Nr. 22307, Bl. 50–53v; Abschr. in: Rep. 76, VI Sect. 1 Gen. Z Nr. 115 Bd. 1, Bl. 1–4; Druck in: ZBl. Unterrichtsverw., 1890, S. 703–705 u. in dem offiziellen Bd. *Verhandlungen über Fragen des höheren Unterrichts*. Berlin, 4. bis 17. Dezember 1890, hrsg. v. Kultusministerium, Berlin 1891, S. 3 f. Vgl. zum Fortgang die Akte(nreihe) aus Rep. 76 VI sowie Günther-Arndt, Hilke, *Monarchische Präventivbelehrung oder curriculare Reform?* in: Jeismann, Karl Ernst (Hrsg.), *Bildung, Staat, Gesellschaft im 19. Jahrhundert*, Stuttgart 1989, S. 256–275, allg. auch Wölk, Monika, *Der preußische Volksschulabsolvent als Reichstagswähler 1871–1912*, Berlin 1980, S. 203 ff. u. Meyer, *Schule der Untertanen*, S. 168–172.

dienstzeit. Verdy und Goßler werden speziell die Berechtigung zum einjährigen Militärdienst<sup>2</sup> überprüfen, um deretwillen viele junge Leute die Schulen besuchten und mit einer völlig un abgeschlossenen Bildung verlassen. Bismarck kommt es vor allem darauf an, daß den Kindern in der Volksschule ein Bild von der Sozialdemokratie gegeben werde, welches diese ad absurdum führt. — 2. Die Beteiligung der Staatsregierung an Debatten zu Anträgen und Initiativgesetzentwürfen in den Parlamenten bedarf lt. Wilhelm II. der Allerhöchsten Genehmigung<sup>3</sup>; wohlwollende Anträge hat die Regierung Bismarck zufolge ohnehin nicht leicht zu erwarten und Debattenteilnahme erschwert die spätere Ablehnung; Wilhelm II. wird eine Ordre<sup>4</sup> an das Staatsministerium richten. — 3. Fall Stöcker; Wilhelm II. hat Stöcker nach dem bekannt gewordenen Streit mit Pastor Witte aufgefordert, auf politische Tätigkeit fernerhin zu verzichten, wenn er Hof- und Domprediger bleiben wolle. — 4. Affäre Wohl gemuth und Verhältnis zur Schweiz<sup>5</sup>; dieser elsässische Polizeikommissar hielt sich lt. Bismarck lediglich zu informatischen [...] Zwecken [...] über sozialdemokratisches Treiben in der Schweiz auf und seine Verhaftung ohne Gesetzesübertretung war wohl den Sympathien der aargauischen Demokratie für die Sozialdemokratie geschuldet.

<sup>2</sup> Vgl. Goßlers Rede in StenBerAH, Session 1889, 6.3.1889, S. 841 f.

<sup>3</sup> Anlaß war der Initiativgesetzentwurf Berling zum Wildschadenersatz im Zusammenhang mit Bismarcks mehrfach auch in Staatsministerialsitzungen ausgedrücktem antiparlamentarischem Sentiment (vgl. Bl. 171: Popularitätshascherei).

<sup>4</sup> Rep. 90, Nr. 196, Bl. 125 (2.5.1889). Druck des Entwurfs in: Bismarck, GW, Bd. 6c, S. 411 und bei Goldschmidt, Reich und Preußen, S. 316 f.; vgl. auch ebd. S. 91 f.

<sup>5</sup> Vgl. zum Ablauf Schultheß 1889, S. 56–58, 104 f., 107 f., 112 (Kündigung des Niederlassungsvertrags mit der Schweiz) und Wippermann 1889, I, S. 297–303. Zum deutsch-schweizerischen Konflikt vgl. Renk, Hansjörg, Bismarcks Konflikt mit der Schweiz, Basel/Stuttgart 1972, bes. S. 128 ff.

## Nr. 364 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 5. Mai 1889.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 101, Bl. 172–191v; MF 598/599. — Abschr. [1–3, 5–6, 8]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 6, Bl. 63–74v.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Goßler, Scholz, H. Bismarck, Herrfurth, Schelling, Verdy. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Kayser, Lucas [beide zu 3].

1. Berner Konvention<sup>1</sup> über internationales Frachtrecht der Eisenbahnen. Formal will Bismarck die Einbringung beim Bundesrat nicht als Reichskanzler und Präsidialsache veranlassen, sondern als preuß. Außenminister die Meinung des Staatsministeriums dazu einholen. Inhaltlich hat das Abkommen [...] keinen besonderen Wert, da es andere Staaten nicht gleich gewissenhaft und treu befolgten. [B] — 2. Kurzfristige Abwesenheit von Ministern soll lt. Bismarck künftig nicht mehr im Umlaufverfahren mitgeteilt werden, da unnötiger Aufwand. — 3. Gesetzentwurf betr. Abänderungen des StGB und des Pressegesetzes im Bundesrat. Detaildiskussion. Anträge<sup>2</sup> der sächsischen Regierung dazu sind teils Verschärfungen, teils unzureichend; mit § 95 a (:Beleidigung verstorbener Landesherren:) soll vor allem der verstorbene Vater des regierenden Monarchen

<sup>1</sup> StenBerBundesR, Jg. 1890, Drucks. Nr. 62. Vgl. StenBerRT, Session 1890/92, Drucks. Nr. 281; Debatte dazu 9.3.1891, S. 1963 f.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 84a, Nr. 8462, Bl. 214–223 (Übersicht der div. Änderungswünsche v. 1.5.1889) u. Bl. 224 ff. (Bericht über die kommissarischen Beratungen). Zur Diskussion im Bundesrat vgl. Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 2, S. 622–626.

geschützt werden. Verbote gegen Vereine und Druckschriften [...] aufgrund des Sozialistengesetzes sollen Bismarck zufolge im Interesse der Sicherheit auch nach dessen Aufhebung gelten. [B] — 4. Überweisung des 1841 für das jetzt aufgehobene preußisch-anglikanische Bistum zu Jerusalem gestifteten Dotationskapitals an die zu gründende Jerusalem-Stiftung wird gebilligt, nachdem Goßler Bismarck die seelsorgerisch-wohlthätigen Zwecke der Stiftung erläutert hat. [B] — 5. Sanktionierung des Kirchengesetzes<sup>3</sup> über die Trauung im ev. Konsistorialbezirk Kassel soll erfolgen, obwohl Bismarck im Detail Bedenken hat; er wünscht erneut, daß die Mitwirkung des Staatsministeriums schon bei der Beratung der Kirchengesetze in den Synoden rechtlich verankert wird.<sup>4</sup> [B] — 6. Verleihung des Ranges der Räte III. Kl. an Auditeure, die den Titel Geheimer Justizrat besitzen, wird abgelehnt, da Bismarck gegen das allseitige Streben nach Rangerhöhung votiert und beispielsweise auch Oberregierungsräte diesen Rang nicht erhalten. [B] — 7. Ersuchen von Bischof Drobe, Paderborn, daß die Regierungen in Arnshagen und Minden vor Anstellung kath. Volksschullehrer den Bischof wegen etwaiger kirchlich-religiöser Einwände befragen sollen, ist nicht zu beantworten, denn die unter Friedrich Wilhelm IV. und noch bis 1874 geübte Praxis ist jetzt unpassend. [B] — 8. Die Ordre<sup>5</sup> Wilhelms II. v. 2.5.1889 betr. Nichtteilnahme der Staatsregierung an Debatten zu Initiativgesetzentwürfen des LT gilt ebenso für den RT, da preuß. Regierungsvertreter auch dort als Vertreter des Königs von Preußen, nicht des deutschen Kaisers fungieren. — 9. Oberpräsident Hagemeister soll Wahlkommissar bei der Vorwahl für die Wiederbesetzung des bischöflichen Stuhls zu Münster werden. [B]

<sup>3</sup> BArch, RAAdI, Nr. 114998, n. f. (Entwurf Goßlers v. 16.4.1889).

<sup>4</sup> Vgl. BArch, RAAdI, Nr. 114982, Bl. 10 f. (Votum Goßlers v. 27.6.1889).

<sup>5</sup> Vgl. Goldschmidt, Reich und Preußen, S. 317.

## Nr. 365 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 9. Mai 1889.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 101, Bl. 192–202v; MF 599. — Abschriften [1–2]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 6, Bl. 76–80; [1]: PA Bonn, R 4244, n. f. Teildruck [1]: Stürmer (Hrsg.), Bismarck und die preußisch-deutsche Politik, S. 273–275.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Boetticher, Maybach, Lucius v. Ballhausen, Scholz, H. Bismarck, Herrfurth, Schelling, Verdy. — Prot.: Homeyer [U].

1. Beginn des Rheinisch-westfälischer Bergarbeiterstreiks<sup>1</sup>. Bismarck zufolge sind die Klagen der Arbeiter [...] nicht ohne allen Grund und es wird der Streik vielleicht vor Augen führen, daß die im RT beratene Alters- und Invalidenversicherung sinnvoll ist. Auch Maybach ist für staatliche Zurückhaltung, da nur Privatgruben bestreikt werden und vom erheblich gewachsenen Ertrag der Gruben höhere Löhne bezahlbar sind. 40000 Arbeiter fordern lt. Herrfurth Lohnerhöhung von etwa 15%, eine andere Berechnung der Schichten und Wegfall des Zwanges zur Leistung von Überschichten; die Erklärung des Belagerungszustandes, wie vom MdA F. Hammacher gefordert, wäre untunliche Parteinahme, aber gegen Gewaltakte muß natürlich scharf eingeschritten werden, um sozialdemokratische Agitationen zu zügeln. Die Behörden sollen durchblicken lassen, daß sie ein Entgegenkommen der Arbeitgeber für ratsam halten und zunächst vermittelnd tätig werden. [B]

<sup>1</sup> Der TOP lautete im Prot.: Behandlung der Gelsenkirchener Bergarbeiterbewegung. Vgl. Rep. 77, Tit. 2523 Nr. 1 Bd. 1; den Sammelband: 1889. Bergarbeiterstreik und Wilhelminische Gesellschaft, hrsg. v. K. Ditt u. D. Kift, Hagen 1989 (mit weiterer Lit.) sowie aus marxist. Sicht, aber aufgrund der Akten aus Rep. 77, Tit. 2523: Wittwer, Walter, Der Bergarbeiterstreik im Mai 1889 und seine Wirkungen, in: Seeber (Hrsg.), Bismarcks Sturz, S. 262–290. Zum Ablauf des Streiks Wippermann 1889, I, S. 197–224.

— **2.** *Neubau für das Reichsgesundheitsamt.*<sup>2</sup> Bismarck zweifelt, ob die Errichtung dieser Reichsbehörde ein glücklicher Gedanke gewesen ist, und hält den geplanten Bauplatz in der Dörnbergstraße mit 660000 Mark für zu teuer. Boetticher verteidigt die Behörde, zumal die ganze öffentliche Gesundheitspflege seit 1876 einen mächtigen Aufschwung genommen habe und der Quadratmeterpreis von 141 M. nicht zu teuer sei. Beschluß vertagt. — **3.** *Ernennung.* [B]

<sup>2</sup> Vgl. BArch, RK, Nr. 1921, Bl. 1 ff. (Voten). Ebd., Bl. 25 f. das nach der Sitzung v. 8.7.189, TOP 3 eingangene, ablehnende *Votum Bismarcks* v. 7.7.1889, aufgrund dessen (ebd., Bl. 30 f.: Boettichers Schreiben v. 19.7.1889) der Bauplan vertagt wurde. *Voten* sowie *Denkschrift* v. 26.2.1889 zur Neubauforderung auch in: III. HA, MAA, III Nr. 19043, n. f. *Der Neubau wurde nicht an der Dörnbergstr., sondern erst 1894–97 an der Klopstockstr. (Tiergarten) errichtet; vgl. Das Reichsgesundheitsamt 1876–1926, Berlin 1926, S. 8.*

## Nr. 366 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 12. Mai 1889.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 101, Bl. 205–222; MF 599. — Abschriften [I, 3]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 6, Bl. 82–89v; [I]: PA Bonn, R 4244, n. f. Teildruck [I]: Stürmer (Hrsg.), Bismarck und die preußisch-deutsche Politik, S. 275–277.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Boetticher, Maybach, Lucius v. Ballhausen, Scholz, H. Bismarck, Herrfurth, Schelling, Verdy. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Wilhelm II. [zu I], H. Frh. Maltzahn, Rottenburg.*

**1.** *Rheinisch-westfälischer Bergarbeiterstreik; während der Diskussion erscheint überraschend Wilhelm II.<sup>1</sup> Bismarck resümiert seine Meinung dahin, daß Löhne und Arbeitsbedingungen verbesserungsbedürftig sind und Einstellung der Arbeit [...] ein Recht des Arbeiters bleibt, der Staat aber Eigentum und Personen, speziell Arbeitswillige, gegen Gewalt [...] schützen muß und das Beispiel, durch Arbeitseinstellung rasch und leicht eigene Ziele zu erreichen, nicht entstehen darf. In der Meinung, unter der Sozialdemokratie leide die Regierung mehr als der Bürger und werde daher nötigenfalls [...] Gewalt anwenden, erscheine der liberalen Bourgeoisie fälschlich sowohl staatliche Vermittlung beim Streik wie vorbeugende Gesetze gegen die Sozialdemokratie [...] nicht so nötig. Wilhelm II. hält zwar Stationierung von Truppen für nötig, aber gibt die Hauptschuld profitorientierten Aktiengesellschaften mit ausländischem Gelde; er sieht den Staat als eine Art Oberschiedsgericht, um den Streik zu beenden und Schaden, auch bezüglich Wehrfähigkeit, abzuwenden. Bismarck begrüßt die Idee stärkerer staatlicher Aufsicht im Bergwesen und erklärt die Verstaatlichung der Gewinnung von Kohlen als anzustrebendes Ziel. Die Kosten eines Militäreinsatzes zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung hat Preußen zu bestreiten.*<sup>2</sup> [B] — **2.** *Verhalten der Ansiedlungskommission bei Konkurrenz mit deutschen Bankinstituten bei Zwangsversteigerungen von Gütern.*<sup>3</sup> [B] — *Amtskaution des jeweiligen Rendanten der Spezialkasse der Ansiedlungskommission.*<sup>4</sup> [B] — *Ordenssache.* [B] — *Ernennung.* [B] — **3.** *In Städten mit über 150000 Einwohnern sollen die Polizeibehörden künftig als Polizeipräsidium bezeichnet und den Polizeipräsidenten der Rang der Oberregierungsräte beigelegt werden, zunächst in Köln und Magdeburg.* [B]

<sup>1</sup> Vgl. Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 496 f. (ergänzt Prot.). Gemäß einer Notiz Homeyers v. 24.5.1889 (Bl. 223) war eine Staatsministerialsitzung, in welcher Se. Majestät der König erscheint, um an der Beratung teilzunehmen, nicht als eine Conseil- oder Kronratssitzung [...] anzusehen.

<sup>2</sup> *Der Immediatbericht* v. 13.5.1889 gedr. bei: Grebe, Paul, *Bismarcks Sturz und der Bergarbeiterstreik vom Mai 1889* in: HZ 157 (1938), S. 92–95. Dort auch Auszüge der Prot. v. 9.5., 12.5. u. 25.5.1889 zum Bergarbeiterstreik.

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 90a, H II 3d Nr. 3 Bd. 1, Bl. 90 (*Votum Lucius* v. 5.5.1889).

<sup>4</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 635, n. f. (Voten u. VO v. 19.6.1889, GS. S. 135).

**Nr. 367 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 25. Mai 1889.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 101, Bl. 224–239; MF 599/600. — Abschr. [1–3]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 6, Bl. 90–96. Teildruck [1]: Stürmer (Hrsg.), Bismarck und die preußisch-deutsche Politik, S. 277–279.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Boetticher, Maybach, Lucius v. Ballhausen, Gofler, Scholz, H. Bismarck, Herrfurth, Schelling, Verdy. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Rottenburg.*

**1.** *Rheinisch-westfälischer Bergarbeiterstreik. Bismarck hat Wilhelm II. kürzlich geraten, den Belagerungszustand nicht auszurufen, da man besser den Brand in sich ausbrennen läßt, zudem so den Eindruck vermeidet, als seien die Arbeiter nur durch gesetzwidrige Unterdrückung des Staates an Erfolgen gehindert worden und zugleich die Unruhestifter am sichersten ad absurdum führt. Lt. Herrfurth trägt der Aufruhr in Waldenburg einen sozialdemokratischen Charakter, während in Oberschlesien der Klerus eine gute [...] Haltung beweist und in Saarbrücken und Westfalen ultramontaner Einfluß fühlbar wird. Der Belagerungszustand ist erst auszurufen, wenn sich die Lage weiter zuspitzen sollte, wobei auf Art. 68 RV, § 16 des Gesetzes über den Belagerungszustand v. 1851 oder vorkonstitutionelle ältere Bestimmungen rekurriert werden kann. Etwaigen ferneren Abordnungen von Arbeitern und Arbeitgebern soll Wilhelm II. keinesfalls Audienzen erteilen.<sup>1</sup> [B] — **2.** *Bismarck fragt, ob es möglich ist, durch Eltern und Vormünder auf die jugendlichen Arbeiter einzuwirken, die Hauptanstifter des Streiks waren und ob bei der Erklärung des Belagerungszustandes [...] auch das Freizügigkeitsgesetz suspendiert werden kann.<sup>2</sup> — **3.** *Maßnahmen gegen die Hochwassergefahren in der Stadt Posen. Die erbetene Immediatkommission soll als normale Kommission unter dem Vorsitz des Oberpräsidenten und insbesondere unter regulärer Beteiligung der Ressorts gebildet werden<sup>3</sup>. Die häufigeren Überschwemmungen werden lt. Bismarck durch Entwaldung und Wassergräbenbau befördert. [B] — **4.** *Verleihung eines erblichen Sitzes im Herrenhause an Graf W. v. Redern.<sup>4</sup> [B] — **5.** *Ernennung. [B] — **6.** *Zwei Ernennungen. [B] — **7.** *Ordenssache; Bismarck möchte wissen, wann Auszeichnungen zu Doktorjubiläen verliehen werden, da man durch das Doktorexamen ein Staatsamt nicht erlangt. [B]*******

<sup>1</sup> *Am 14.5.1889 hatte Wilhelm II. eine Bergarbeiter-Abordnung aus Westfalen empfangen, vgl. Wippermann 1889, I, S. 207 f. (Ansprache Wilhelms II. an die drei Bergleute). Vgl. zur Sitzung Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 498 f.*

<sup>2</sup> *Vgl. Bismarck, GW, Bd. 6c, S. 412 f. (an Maybach u. Herrfurth 24.5.1889).*

<sup>3</sup> *Vgl. Rep. 77, Tit. 52 Nr. 62 Bd. 1, passim (Kommissionsbildung durch Erlaß v. 28.6.1889, Mitglieder) u. BArch, RAdI, Nr. 115004, n. f. (v. a. 1894) sowie Sitzung am 3.4.1895, TOP 3.*

<sup>4</sup> *Vgl. Rep. 77, Tit 496b Nr. 79, n. f. (bes. ab 2.4.1889, Bestätigung des erblichen Rechts nach Verkauf eines Gutes).*

**Nr. 368 Sitzung des Kronrats im Königlichen Stadtschloß zu Berlin am 27. Mai 1889.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. IV, Bl. 179–186v; MF KR 26. — Abschr.: BArch, RK, Nr. 2014, Bl. 64–71v.*

*Anwesend [U]: Wilhelm II. [V], Bismarck, Boetticher, Maybach, Lucius v. Ballhausen, Gofler, Scholz, Herrfurth, Schelling, Verdy. — Prot.: Homeyer.*

*Rheinisch-Westfälischer Bergarbeiterstreik. Wilhelm II. sieht nach ihm zugegangenen Berichten<sup>1</sup> keinen Anlaß zur Erklärung des Belagerungszustandes, denn die Arbeiter haben seine Mahnungen beherzigt und ihre Bewegung ist von Hause aus keine sozialdemokratische. Bismarck begrüßt die Auffassung Wilhelms II. freudig und sieht keinen Grund, um ohne regelrechten Aufruhr mit dem Belagerungszustand der bloßen Arbeitseinstellung ein Ende zu machen; Oberpräsident R. v. Hagemeister steht vielleicht zu sehr unter dem Einfluß der Grubenbesitzer, wenn er den Belagerungszustand fordert. Wilhelm II. sieht Hagemeister als den schwierigen Verhältnissen nicht gewachsen an und ordnet seine sofortige Ersetzung durch K. Studt an; auch Regierungspräsident v. Rosen in Arnberg soll abgelöst werden. [B]*

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 2523 Nr. 1 Bd. 4, Bl. 20–22v (Albedylls Bericht v. 25.5.1889) u. allg. Rep. 120, BB VII 1 Nr. 3 Bd. 6 (Telegramme u. Berichte zum Streik). Vgl. zum Kronrat Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 499 f.

### Nr. 369 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Juni 1889.

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [I] und Korrekturen, Bd. 101, Bl. 243–250v, 255–264, Anlage: Bl. 251–254v; MF 600.*

*Anwesend: Boetticher [V, U], Maybach [U], Lucius v. Ballhausen [U], Gößler [U], Scholz [U], H. Bismarck<sup>1</sup> [zu 8–12], Herrfurth [U], Schelling [U], Verdy [zu 1–12, U]. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: v. Kurowsky, Frh. v. Broich [beide zu 1], Nieberding, v. Tepper-Laski [beide zu 11].*

**1. Zehn Disziplinarsachen.** [B] — **2. Regulierung der unteren Weichsel;** die Verständigung zwischen Maybach, Lucius und Scholz hat eine Entscheidung des Staatsministeriums entbehrlich gemacht.<sup>2</sup> [B] — **3. Stellungnahme zu der vom Reichstage dem Reichskanzler [...]** zur Erwägung überwiesenen Petition<sup>3</sup> des Vereins gegen den Wucher im Saargebiet um Ausdehnung der strafgesetzlichen Bestimmungen gegen den Wucher; *zwischen den preuß. Ministerien und dem Reichsjustizamt sollen kommissarische Vorberatungen stattfinden.* [B] — **4. Bestellung eines neuen Redakteurs für den Reichs- und Staatsanzeiger;** da H. Jacobi die Stelle nicht übernehmen kann, soll H. Klee, der geschickt, gewandt, taktvoll ist, zusätzlich und einstweilen kommissarisch auch diese Redakteursgeschäfte übernehmen. [B] — **5. Stellungnahme zum Artikel der Nationalzeitung v. 3.6.1889, wonach Wilhelm II. im Rahmen des Staatsbesuchs von König Umberto von Italien<sup>4</sup> eigentlich auch Straßburg habe besuchen wollen, wo Militärkreise im Gegensatz zu Statthalter Ch. Hohenlohe ständen;** eine offiziöse Entgegnung ist untunlich. [B] — **6. Staatsministerialbeschuß v. 11. Oktober 1874, wonach behufs größerer Geheimhaltung der Vorschläge bei Ernennungen und Ordensverleihungen den Staatsministern keine Abschriften der diesbezüglichen Protokollteile zuzufertigen sind, wird aufgehoben, da diesen Beschluß damals nur der**

<sup>1</sup> Herbert Bismarck ließ Homeyer unter dem Datum des 10.6.1889 (= Bl. 242) wissen, ich vermag diese Handschrift nicht zu lesen und unterschrieb nicht. Gemäß einer Notiz Homeyers v. 12.6.1889 (ebd.) ordnete Ministerpräsident Bismarck diesbezüglich an, daß das Protokoll so wie es liegt [...] in den weitren Geschäftsgang zu geben sei.

<sup>2</sup> Es handelte sich dabei um die gemäß § 5 des Weichselregulierungsgesetzes (GS, 1888, S. 252) den drei Ministern gemeinschaftlich zugeordnete Ausführung der durch Anleihen finanzierten Deichprojekte. Vgl. BArch, RAAdI, Nr. 114966, n. f. (Voten 30.1.–9.6.1889).

<sup>3</sup> StenBerRT, Session 1887/88, Drucks. Nr. 172; Debatte dazu 8.3.1888, S. 1366–1372.

<sup>4</sup> Der Besuch in Berlin fand vom 21.–26.5.1889 statt. Zum geplanten, aber von italienischer Seite wegen polit. Bedenken (Verhältnis zu Frankreich) abgelehnten Besuch in Straßburg bzw. der diesbezüglichen Pressepolemik vgl. Wippermann 1889, I, S. 194–197.

Protokollführer [...] registriert *hat und* Abschrift die Geheimhaltung *nicht* gefährdet.<sup>5</sup> [B] — 7. *Ernennung; RegPräs. v. Rosen, Arnsberg, der fast blind, äußerst schwerhörig, in seiner ganzen äußeren Erscheinung zur Repräsentation der Staatsregierung nicht mehr geeignet ist, soll, wie von Wilhelm II. angeordnet, ersetzt werden.* [B] — 8. *Fünf Ernennungen.* [B] — 9. *Berufung von Justizminister v. Schelling als Mitglied in das Herrenhaus.* [B] — 10. *Dispensation von vier kath. Priestern von den gesetzlichen Erfordernissen der Vorbildung für ein geistliches Amt.* [B] — 11. *Geplante Gründung einer höheren Töchterschule in Düsseldorf durch den kath. Orden der Töchter vom heiligen Kreuz, Lüttich; ist abzulehnen, da die weltlichen Behörden dagegen votieren und ein Bedürfnis dafür nicht besteht.* [B] — 12. *Uniformen der Beamten<sup>6</sup>; detaillierte Beratung der VO, u. a. bezüglich Interimsuniform als praktischer und zugleich hoheitlicher Dienstkleidung; die VO soll nicht publiziert, sondern lediglich durch Rundschreiben bekannt gemacht werden.* [B]

<sup>5</sup> *Anlaß dieser grundsätzlichen Klärung war der Wunsch des Finanzministeriums, von TOP 5 der Sitzung am 25.5.1889 eine Abschrift zu erhalten, was Homeyer veranlaßt hatte, auf den Beschluß v. 11.10.1874 hinzuweisen (Bl. 240 f.). Das Sitzungsprot. v. 11.10.1874 (Rep. 90a, B III 2b Nr. 6 Bd. 86, Bl. 220) weist eine diesbezügl. Notiz auf.*

<sup>6</sup> *Vgl. die Zusammenstellung als Anlage (Bl. 251–254v) u. Rep. 89, Nr. 3908, Bl. 19 ff. (Immediatbericht v. 15.7.1889).*

### Nr. 370 Sitzung des Staatsministeriums am 25. Juni 1889.

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [1] u. Korrekturen, Bd. 101, Bl. 265–268v, 270–278, Anlage: Bl. 269; MF 600/601. — Abschr. [5–8]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 6, Bl. 113–120v.*

*Anwesend [U]: Boetticher [V], Maybach, Scholz, Herrfurth, Schelling. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: v. Marcard [für Lucius v. Ballhausen], B. Nasse [für Goßler], v. Kurowsky, Homeyer [beide zu 1].*

1. *Neun Disziplinarsachen.* [B] — 2. *Titelverleihung.* [B] — 3. *Ordenssache.* [B] — 4. *Neun Ernennungen.*<sup>1</sup> [B] — 5. *Ernennung. Berghauptmann Eilert, Dortmund, hat lt. Maybach nicht durchweg ein angemessenes vorsichtiges Verhalten gezeigt und sich zu sehr auf die Seite der Grubenbesitzer gestellt. Auch um das Vertrauen in die Unparteilichkeit der zum Streik angeordneten Untersuchung nicht zu erschüttern, soll Berghauptmann Achenbach, Clausthal, mit Eilert die Stelle tauschen<sup>2</sup>. Dafür ist generell keine Genehmigung des Königs nötig, aber im speziellen Fall soll wegen des Interesses Wilhelms II. dessen Einverständnis dazu eingeholt werden.* [B] — 6. *Für den Fall eines Verbots der Einfuhr von lebenden Schweinen<sup>3</sup> aus Rußland und Österreich-Ungarn wird Preußen im Bundesrat dafür stimmen, daß der Reichskanzler, nicht die Landesregierungen, dazu ermächtigt wird, Ausnahmen von dem Verbot zu gestatten.* [B] — 7. *Auf den Hinweis von J. Graf Mirbach-Sorquitten hin, daß für mehrere Kreise Ostpreußens eine völlige Fehlernte in Aussicht stehe, wird Boetticher Erkundigungen einziehen. — 8. Eingabe<sup>4</sup> des Börsenvereins der deutschen Buchhändler an den Reichskanzler, die Reichs-, Staats- und Provinzialbehörden anzuweisen, ihren Buchbedarf möglichst bei lokalen Sortimentsbuchhandlungen zu beziehen. Bismarck glaubt von Reichswegen hier wenig tun zu können, wünscht aber den Sortimentsbuchhandel gegen den*

<sup>1</sup> *Dazu die Zusammenstellung als Anlage auf Bl. 269.*

<sup>2</sup> *Tatsächlich blieben Eilert und Achenbach auf ihren Posten; vgl. Sitzung am 3.12.1889, TOP 13.*

<sup>3</sup> *Am 14.7.1889 erging tatsächlich ein Schweineeinfuhrverbot; vgl. RGBl., S. 149 u. Wippermann 1889, II, S. 95 f.*

<sup>4</sup> *Rep. 120, BB IX 1 Nr. 8 Bd. 3, Bl. 179–180v (Abschr.). Ebd., Bl. 144 ff. Voten dazu u. weitere Auseinandersetzung um Berliner u. Leipziger Grossisten, die mit Rabatten den lokalen Sortimentsbuchhandel unterbieten, was Bismarck analog seiner Bemerkung über die Berliner Kommunalverwaltung als "Ring" kennzeichnete.*



hauptsächlich durch jüdische Fortschrittler gebildeten Ring in Berlin und Leipzig zu unterstützen. Beratung vertagt.

### Nr. 371 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Juli 1889.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [1] und Korrekturen, Bd. 101, Bl. 279–285; MF 601. — Abschr. [2–4]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 6, Bl. 122–127.

Anwesend [U]<sup>1</sup>: Boetticher [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Goßler, Herrfurth, Schelling, Verdy. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Meinecke [für Scholz, zu 1–3], v. Kurowsky [zu 1], Hopf [zu 3].

1. Drei Disziplinarsachen. [B] — 2. Sanktionierung des Kirchengesetzes<sup>2</sup> betr. Dienstvergehen und unfreiwillige Versetzung [...] in den Ruhestand für die Kirchenbeamten der ev. Kirche von Schleswig-Holstein. [B] — 3. Neubau und Aufgaben für das Reichsgesundheitsamt. Die Majorität des Staatsministeriums billigt Bauplan. Lucius glaubt allerdings, daß das Gesundheitsamt sich mit manchen Dingen beschäftigt, die besser den betreffenden Ministerien der Einzelstaaten überlassen bleiben sollten; die Tätigkeit des Gesundheitsamtes ist eine so schrankenlos sich ausdehnende, daß es der Festsetzung gewisser Grenzen bedarf. Für Goßler besitzt das Amt gesetzlich fixierte Aufgaben, weitere Tätigkeiten wie die Untersuchungen von R. Koch könne ein anderes Institut nicht leisten, zudem müsse es stets auf der Höhe der neuesten Forschung stehen. Scholz wünscht Feststellung der Kompetenz des Amtes, bevor ein Bauplatz angekauft wird, der zehn Mal so groß ist wie das 1879 für ausreichend angesehene Areal. Lt. Boetticher untersucht das Amt nur Fragen, zu denen das praktische Bedürfnis der Reichsverwaltung führe, was ein Verwaltungsbeamter an der Spitze des Amtes absichert; zurückschrauben lasse sich aber die bisherige Entwicklung nicht und diese mache eine Erweiterung der Räumlichkeiten unvermeidlich.<sup>3</sup> [B] — 4. Entgegen dem Hinweis von Graf Mirbach-Sorquitten auf eine Fehlernte in drei ostpreußischen Kreisen lauten die Berichte der Regierungspräsidenten über die Ernteaussichten nicht so besonders trübe. — 5.–6. Zwei Titelverleihungen. [B] — 7. Zwei Ernennungen. [B] — 8. Mitteilungen Goßlers über neuere Vorkommnisse auf kirchlichem Gebiet.

<sup>1</sup> Gelesen [U]: Meinecke.

<sup>2</sup> BArch, RAAdI, Nr. 115003, n. f. (Goßlers Gesetzentwurf v. 24.5.1889).

<sup>3</sup> Vgl. Sitzung am 9.5.1889, TOP 2 mit Anm.

### Nr. 372 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 27. Juli 1889.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 101, Bl. 286–288v; MF 601.

Anwesend: Boetticher [V, U], Lucius v. Ballhausen, Goßler, H. Bismarck, Herrfurth, Schelling, Verdy. — Prot.: Kurowsky [U].

1. Bischofswahl in Münster; Wilhelm II. soll zwei nicht genehme Kandidaten [...] streichen, so daß aus den drei übrigen lt. Goßler voraussichtlich Weihbischof F. W. Cramer gewählt werden wird.<sup>1</sup> [B] — 2. Wiedereröffnung des kath. Seminars in Posen; da mit Erzbischof Dinder Einverständnis

<sup>1</sup> Gewählt wurde indessen überraschend H. Dingelstad.

erreicht ist, daß die Seminarprofessoren im Einvernehmen und nach gegenseitiger Verständigung mit der Staatsregierung ernannt werden, steht der Wiedereröffnung jetzt nichts mehr entgegen. [B] — 3. Ordenssachen und Titelverleihungen anlässlich der Reisen Wilhelms II. nach Münster und zu den Herbstmanövern.<sup>2</sup> [B] — 4. Ordenssache. [B] — 5. Ausführung des Schulerlasses Wilhelms II. v. 1. Mai 1889 soll in einem Immediatbericht<sup>3</sup> erläutert werden. [B]

<sup>2</sup> Der Besuch in Münster fand am 24.8.1889, das Kaisermanöver Mitte September 1889 statt; vgl. Wippermann 1889, II, S. 72 f., 75–79.

<sup>3</sup> Rep. 89, Nr. 22307, Bl. 92 ff. (16.8.1889). Vgl. Rep. 76, VI Sekt. I Gen. Z Nr. 115 Bd. 1, Bl. 15 f. Memorandum v. 14.6.89 zur Ausführung des Erlasses v. 1.5.1889 u. dazu Adhib. F (Entwürfe d. Immediatberichte seit Aug. 1889).

### Nr. 373 Sitzung des Staatsministeriums am 16. August 1889.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 101, Bl. 289–292; MF 601.

Anwesend [U]: Boetticher [V], Lucius v. Ballhausen, Herrfurth, Schelling, Verdy [zu I]. — Prot.: Kurowsky.

Weitere Teilnehmer: Meinecke [für Scholz].

1. Ordenssachen und Titelverleihungen anlässlich der Reise Wilhelms II. nach Elsaß-Lothringen; Revision in mehreren Fällen. [B] — 2. Ordenssachen und Titelverleihungen anlässlich der Reise Wilhelms II. nach Westfalen und Hannover; Revision in zwölf Fällen. [B] — 3. Errichtung eines Denkmals für Friedrich III.; ungeachtet der ausgesprochenen Absicht Wilhelms II., seinem Vater ein Denkmal auf der Museumsinsel zu errichten, ist gegen das Gesuch<sup>1</sup> der Stadt Berlin, auf der Friedrichsbrücke ein Denkmal zu bauen, nichts einzuwenden, sofern zuvor ein Denkmal für Wilhelm I. in Gestalt begriffen ist. [B] — 4. Kirchengesetz<sup>2</sup> betr. Einführung eines neuen ev. Gesangbuchs für die schleswigschen Gemeinden, die den Gottesdienst auf Dänisch abhalten, gebilligt. [B] — 5. Anderweite Feststellung der Entschädigung für Brennmaterial, das in einem Diensthause wohnenden Unterbeamten bis dato zu liefern ist. [B] — 6. Eingabe des Börsenvereins der deutschen Buchhändler; Beschlußfassung vertagt.<sup>3</sup> — 7. Sechs Ernennungen. [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 89, Nr. 20939, Bl. 3 f. (Immediatgesuch Berlins v. 8.5.1889), Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 503 (Zit. aus Bismarcks Votum). Zum Fortgang vgl. Rep. 93, B Nr. 2373, Bl. 35 ff. sowie Sitzungen am 3.12.1889, TOP 9 und 19.4.1890, TOP 2 mit Anm.

<sup>2</sup> BArch, RAAdI, Nr. 114982, Bl. 32 f. In der Akte auch Voten Goßlers und Bismarcks.

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 120, BB IX 1 Nr. 8 Bd. 3, Bl. 191 f. (Votum Scholz/Herrfurth v. 9.11.1889).

### Nr. 374 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 17. August 1889.

Vollz. Reinschr., Bd. 101, Bl. 293–296v; MF 601.

Anwesend: Bismarck [V, U], Boetticher, Lucius v. Ballhausen, H. Bismarck, Herrfurth [U], Schelling [U], Verdy. — Prot.: Kurowsky [U].

1. Grundsätzliche Mitteilungen Bismarcks über kolonialpolitische Angelegenheiten.<sup>1</sup> — 2. Das Schweineeinfuhrverbot gegen Rußland und Österreich-Ungarn dient lt. Bismarck hauptsächlich zur Wiedereroberung des verloren gegangenen englischen Marktes für die deutsche Landwirtschaft und muß deshalb möglichst strenge gehandhabt werden.<sup>2</sup> [B] — 3. Terminierung der Reichstags-session 1889/90 und der Reichstagswahlen 1890. [B] — 4. Auf Wunsch Bismarcks wird eruiert werden, in welchem Umfang einige Rädelsführer des Bergarbeiterstreiks sich Wandergewerbescheine erschlichen haben, um so im Lande zu agitieren. — 5. Ernennung. [B] — 6. Verlängerung des kleinen Belagerungszustandes gemäß § 28 des Sozialistengesetzes für Berlin, Stettin, Frankfurt a/M. sowie Hamburg-Altona; da bei Nichtverlängerung Rückkehr der Ausgewiesenen zu befürchten ist, soll beim Bundesrat [...] nur für Stettin keine Verlängerung beantragt werden.<sup>3</sup> [B]

<sup>1</sup> Vgl. Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 500–502 (ergänzt Prot., v. a. bezüglich Bismarcks Englandpolitik und seine Ablehnung der Kolonialpolitik).

<sup>2</sup> England, Frankreich und Belgien hatten nach Seuchenfällen Viehimporte aus Deutschland untersagt. Vgl. Wippermann 1889, II, S. 95 und StenBerRT, Session 1889/90, Drucks. Nr. 91 u. 133 (div. Dokumente) sowie RT-Sitzungen am 18./19.11.1889, S. 362–369, 371–390.

<sup>3</sup> Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1889, Sitzung am 25.9.1889, § 401 (Verlängerung für alle übrigen Städte).

## Nr. 375 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Oktober 1889.<sup>1</sup>

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [3–4] und Korrekturen, Bd. 101, Bl. 297–302v, 306–315; MF 601/602.

Anwesend [U]: Boetticher [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Gofßler, Scholz, Herrfurth, Schelling, Verdy. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: v. Tepper-Laski [zu 2], Rieth [zu 3], Frh. v. Broich [zu 4].

1. Wilhelm II. wird sein Bildnis dem Staatsministerium für dessen neuen Sitzungssaal überweisen; für das neue Geschäftsgebäude sollen Büsten Wilhelms I. und Friedrichs III. angekauft werden. [B] — 2. H. Klee soll jetzt definitiv Redakteur des Reichs- und Staatsanzeigers werden, den Titel Direktor sowie, seinem Wunsch gemäß, den Rang der Räte IV. Klasse erhalten, da die Stelle einen wissenschaftlich gebildeten Mann erfordere. [B] — 3.–4. 10 Disziplinar- und Pensions-sachen. [B] — 5. Drei Ernennungen. [B] — 6. Wiederezulassung des Redemptoristenordens in Deutschland; es schweben Verhandlungen darüber, aber da eine Änderung der Sachlage [...] nicht eingetreten ist, bleibt es beim ablehnenden Staatsministerialbeschuß v. 22.2.1888. [B] — 7. Ernennung. [B] — 8. Ordenssache; Superintendenturverweser Dr. Bärwinkel, Erfurt, soll dekoriert werden, da seine führende Rolle im Evangelischen Bund den konfessionellen Frieden nicht stört. [B] — 9. Dispensation eines kath. Priesters von den gesetzlichen Erfordernissen der Vorbildung für ein geistliches Amt. [B] — 10. Den Eisenbahnunfall bei Laßwitz<sup>2</sup> hat das Telegramm des Wolffschen Depeschbüros [...] in sehr übertriebener Weise geschildert; das WTB soll künftig vor Verbreitung unrichtiger Mitteilungen im beteiligten Ressortministerium nachfragen. — 11. An Gesetzesvorlagen zur Reichstags-session 1889/90 soll v. a. das unbefristete Sozialistengesetz eingebracht werden, während der im Bundesrat unerledigt gebliebene Gesetzentwurf betr. Abänderung des StGB und des Pressegesetzes [...] zur Zeit nicht weiter zu verfolgen ist. [B]

<sup>1</sup> Wie das Prot. vermerkt, erstmals im neuen Dienstgebäude, Leipziger Platz Nr. 11, das Ende Sept. bezogen worden war.

<sup>2</sup> Beim Zusammenstoß zweier Züge auf der Strecke Lissa–Fraustadt gab es am 3.10.1885 zwar einen toten Bahnbeamten, aber die Reisenden blieben unverletzt; vgl. NPZ Nr. 460 v. 2.10.1889 und Nr. 466 v. 5.10.1889.

**Nr. 376 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 12. Oktober 1889.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 101, Bl. 316–325v; MF 602.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Boetticher, Maybach, Goßler, Scholz, H. Bismarck, Herrfurth, Schelling, Verdy. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn.*

1. *Eröffnungsrede<sup>1</sup> zur Reichstagssession 1889/90 festgestellt. — 2. Novelle<sup>2</sup> zum Reichsbankgesetz; Zweck ist die Erzielung eines größeren finanziellen Nutzens für das Reich. Obwohl die Reichsbank tunlichst an den bisherigen Rechten der Anteilseigner festhalten wollte, wurde deren ordentliche Dividende auf 3 ½ Prozent reduziert; Geschäfte mit auswärtigen Regierungen bleiben untersagt. [B] — 3. Unbefristete Verlängerung des Sozialistengesetzes, damit die alle zwei Jahre sich erneuernden Diskussionen darüber nicht weiterhin wesentliche Verstärkung für die Agitationen der sozialdemokratischen Partei bieten. Lt. Herrfurth besteht Gefahr, daß im RT doch noch eine Fristbestimmung eingefügt wird und dann der Bundesrat kaum in der Lage sein würde, ein so amendiertes Gesetz abzulehnen. Um keinen Anlaß dazu zu bieten, soll nur der Instanzenzug für Beschwerden gegen polizeiliche Verfügungen dem gemeinen Recht angenähert werden; die Reichskommission soll diesbezüglich quasi als Reichsoberverwaltungsgericht umgestaltet werden. Entwurf wird gebilligt.<sup>3</sup> [B] — 4. Ordenssache. [B] — 5. Bismarck billigt die drei Ernennungen v. 5.10.1889.<sup>4</sup> — 6. Ordenssache. [B] — 7.–8. Drei Titelverleihungen. [B] — 9. Wilhelm II. wünscht Widerrufung einer von Friedrich III. angeordneten Änderung der Ordensinsignien [B]. — Wilhelm II. möchte eine goldene Verdienst-Medaille [...] stiften, um verdiente Personen etwa des Unteroffizierstandes, die nicht 40 Dienstjahre als Vorbedingung zur Verleihung des Kreuzes des Königl. Hausordens erreichen, auszeichnen zu können.<sup>5</sup>*

<sup>1</sup> *Vgl. StenBerRT, Session 1889/90, 22.10.1889, S. 1 f. – Waldersee, Denkwürdigkeiten, Bd. 2, S. 70 berichtet, in der Sitzung habe Bismarck auch Erläuterungen über die aktuelle Rußland-Politik gemacht. Davon steht nichts im Prot.*

<sup>2</sup> *Vgl. Sitzung am 28.3.1889, TOP 5 mit Anm. (Novelle v. 18.12.1889).*

<sup>3</sup> *Vgl. Rep. 84a, Nr. 8463, Bl. 5 ff. (Abänderungsvorschläge Herrfurths v. 8.10.1889), Bl. 53–62 (Entwurf v. 17.10.1889) sowie StenBerRT, Session 1889/90, Drucks. Nr. 36. Zum parteipolitischen Umfeld vgl. Seeber (Hrg.), Bismarcks Sturz, S. 313 ff.*

<sup>4</sup> *Berlepsch wurde rheinischer Oberpräsident, W. v. Heydebrand und E. v. d. Recke Regierungspräsidenten.*

<sup>5</sup> *Vgl. Rep. 90, Nr. 2022, Bl. 6 ff. (Schriftwechsel, Voten).*

**Nr. 377 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Oktober 1889.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 101, Bl. 326–334v; MF 602.*

*Anwesend [U]<sup>1</sup>: Boetticher [V], Lucius v. Ballhausen, Scholz, Herrfurth, Schelling, Verdy. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Homeyer [zu 4].*

1. *Ernennung. [B] — 2. Ordenssache; zwei Ernennungen. [B] — 3. Übertragung von Lottereeinnehmerstellen an verabschiedete Offiziere und Verhältnis Staatsministerium –*

<sup>1</sup> *Gelesen [U]: Maybach, Goßler.*

*Monarch. Bronsart hatte eine sachliche Meinungsverschiedenheit mit Scholz nicht zur Beratung im Staatsministerium gebracht, sondern direkt an Wilhelm I. Dieser teilte 1887 per Kabinettschreiben mit, daß eine erleichterte Vergabe versucht werden soll. Nun glaubt Verdy, daß die Sache insoweit entschieden ist und bloß Berichterstattung beider Minister an Wilhelm II. in Frage kommt. Scholz sieht sich durch Kabinettschreiben verstorbener Monarchen nicht gebunden, sondern nur durch eine kontrasignierte Allerhöchste Ordre; kontrasignieren würde er aber in dieser Sache nicht, da auch Offiziere a. D. den zur Verleihung von Lotterieeeinnehmerstellen [...] geltenden Bedingungen (selbständiger Kaufmann, Kaution) entsprechen müssen. Statt Bericht an Wilhelm II. via Militärkabinet, das die Sache nicht übersieht, hält er Beschlußfassung im Staatsministerium für korrekt. Da mit Offizieren in Kassenverwaltungen keine guten Erfahrungen gemacht wurden, stimmt die Ministermehrheit für Scholz' Auffassung.<sup>2</sup> [B] — 4. Gezahlte Vergütungen an bedürftige Hinterbliebene der verstorbenen Inhaber von Orden und Ehrenzeichen bei deren Rückgabe sind nicht auf den Kronen-Orden IV. Klasse sowie Kreuz oder Adler des Hohenzollernschen Hausordens auszudehnen.<sup>3</sup> [B] — 5. Verleihung des Titels "Präsident" an den Vorsitzenden der [...] Sachverständigen-Vereine für den Königl. Preuß. Staat; vertagt.*

<sup>2</sup> Vgl. BArch, RAdI, Nr. 114971, n. f. (umfangreicher Votenwechsel seit Okt. 1888, Abschr. d. Kabinettschreibens Wilhelms I. v. 4.8.1887).

<sup>3</sup> Hinterbliebene erhielten für Rückgabe des Roten Adler Ordens IV. Kl. 45, des Allg. Ehrenzeichens 9 Mark gezahlt. Vgl. Rep. 168, A II a Nr. 24 Bd. 1, Bl. 262 ff. (im Prot. genannter Antrag d. Generalordenskomm. v. 13.12.1888), allg. Rep. 77, Tit. 153 Nr. 10 Bd. 1, n. f. (Verfügungen betr. Rücksendung d. Ordensinsignien).

### **Nr. 378 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 2. November 1889.<sup>1</sup>**

*Vollz. Reinschr., Bd. 101, Bl. 335–335v; MF 602.*

*Anwesend [U]: Boetticher [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Goßler, Scholz, Herrfurth, Schelling, Verdy. — Prot.: Homeyer [U].*

- 1.** *Verdy wird Wilhelm II. mündlich bitten, daß die Frage der Verleihung von Lotterie-Einnehmerstellen an verabschiedete Offiziere vorläufig nicht weiter verfolgt werden soll. —*
- 2.** *Ordenssache; F. Althoff soll den Kronenorden II. Kl. erhalten. [B]*

<sup>1</sup> *Aus einer Notiz Homeyers v. 4.11.1889 in: BArch, RAdI, Nr. 114982, Bl. 45, geht hervor, daß Maybach in dieser Vertraulichen Besprechung auch die Frage der Stellvertretung von Staatsministern zur Sprache brachte. Dieses Detail wurde jedoch nicht protokolliert. Zur Sache vgl. die genannte Akte Bl. 46 f.*

### **Nr. 379 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 3. Dezember 1889.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [1–3] und Korrekturen, Bd. 101, Bl. 336–360; MF 602/603.*

*Anwesend [U]: Boetticher [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Goßler, Scholz<sup>1</sup>, H. Bismarck [zu 5–14]<sup>2</sup>, Herrfurth, Schelling, Verdy. — Prot.: Homeyer [U].*

<sup>1</sup> *Scholz unterschrieb wegen Abwesenheit nicht die Haupt-Reinschrift, wohl aber die Teil-Reinschr. zu TOP 3.*

<sup>2</sup> *H. Bismarck unterschrieb die Haupt-Reinschrift, nicht aber die Teil-Reinschrift zu 3.*

Weitere Teilnehmer: Rieth, G. F. O. Gerlach [beide zu 1], v. Kurowsky, Frh. v. Broich [beide zu 2].

1.–2. Zwölf Disziplinar- und Pensionsachen. [B] — 3.<sup>3</sup> Geplante Lotterie zur Finanzierung der Niederlegung der Schloßfreiheit zu Berlin. Ein Comité angesehenen Männer der verschiedensten politischen Richtung hat die Zusage der dortigen Grundstückseigentümer, das Areal für günstige 4,9 Mio. M. herzugeben und will diesen Kaufpreis mittels einer Lotterie von 40 Mio. M. aufbringen. Herrfurth möchte eine so große Lotterie, die den Spieltrieb des Publikums anreizt, lieber nicht genehmigen; auch die Mitarbeit des Berliner Magistrats am Projekt ist unter unliebsamen Erörterungen mit nur einer Stimme Majorität beschlossen worden. Bismarck hat lt. Boetticher nichts gegen die Lotterie, sofern gesichert ist, daß das Denkmal für Wilhelm I. seinen Platz nicht auf der Schloßfreiheit, sondern Unter den Linden findet. Lucius, Verdy und Schelling unterstützen die beantragte Lotterie, wie sie früher zugunsten des Kölner Doms oder der Marienburg [...] bewilligt worden ist. Mit 4 zu 4 Stimmen, darunter die des Vorsitzenden Boetticher, wird die Lotterie erlaubt. [B] — 4. Beilegung der fünften Rangklasse an bestimmte wissenschaftliche Beamte in Bibliotheken, Instituten und Hochschulen wird gebilligt.<sup>4</sup> [B] — 5. Berufung von K. Frh. v. Wilmowski in das Herrenhaus. [B] — 6. Titelverleihung. [B] — 7. Ernennung. [B] — 8. Verwendung der künftig nicht mehr benötigten Garde du corps [...] Kaserne an der Berliner Charlottenstraße für das Unterrichtsressort wird erwogen. [B] — 9. Errichtung eines Denkmals für Friedrich III.; das von Wilhelm II. für seinen Vater geplante Denkmal auf der Museumsinsel genießt selbstverständlich den Vorzug vor dem vom Berliner Magistrat beantragten Denkmal auf der Friedrichsbrücke. [B] — 10. Verhandlungen mit der kath. Kirche über die Regulierung streitiger Patronatsrechte; das günstige Ergebnis hinsichtlich des schlesischen Anteils der Diözese Olmütz ist Bismarck mitzuteilen. [B] — 11. Übersicht<sup>5</sup> der zum 31. Dezember 1888 in Preußen befindlichen Niederlassungen kath. Orden und Kongregationen kann dem statistischen Amt [...] zur rein objektiven Bearbeitung überlassen werden, nicht aber den kath. Bischöfen. [B] — 12. Die Niederlassung von Kapuzinern in Bornheim ist Gofler bereit zu gestatten, da Bischof Klein, Limburg, sich der Staatsregierung gegenüber entgegenkommend verhält. [B] — 13. Rheinisch-westfälischer Bergarbeiterstreik; der beabsichtigte Stellentausch der Berghauptleute Eilert, Dortmund, und Achenbach, Clausthal, unterblieb, weil ersterer mehr für Kohlenbergbau, letzterer mehr für die Metallurgie qualifiziert ist und Oberpräsident Studt dringend Eilerts Verbleib in Dortmund befürwortet hat. [B] — 14. Titelverleihung; der Wirkl. GehKrR und Abteilungschef im Kriegsministerium, v. Tschirschnitz, erhält entgegen bisheriger Übung durch Mehrheitsbeschluß den Rang der Räte I. Kl. [B]

<sup>3</sup> Dieser TOP als separat vollzogenes Teil-Prot. von der Hand Homeyers (Bl. 348a–348ev).

<sup>4</sup> Vgl. BArch, RADl, Nr. 115009, n. f. (Voten) und MinBl. innere Verw., 1890, S. 170 (Erlaß v. 10.8.1890).

<sup>5</sup> Vgl. Rep. 76, IV Sekt. I Abt. XIII Nr. 19 Bd. 1 (mehrere Zusammenstellungen).

## Nr. 380 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Dezember 1889.

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschr. [1] und Korrekturen, Bd. 101, Bl. 361–371; MF 603.  
— Abschr. [2–5, 7]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 6, Bl. 163–174.

Anwesend [U]: Boetticher [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Scholz, H. Bismarck, Herrfurth, Schelling, Verdy. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: v. Tepper-Laski [zu 1–2].

1. Disziplinarsache. [B] — 2. Stiftung eines neuen Ehrenzeichens; *da die Minister mehrheitlich eine weitere Auszeichnung für Subalternbeamte, die das Allg. Ehrenzeichen besitzen, befürworten, wird erwogen, die Rote Adler-Medaille quasi als Allg. Ehrenzeichen I. Kl. zu verleihen.*<sup>1</sup> [B] — 3. Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. Abänderung des StGB im Interesse eines wirksameren Schutzes des Post- und Telegraphenbetriebes *wird gebilligt.* [B] — 4. Verleihung von Orden deutscher Bundesstaaten an die vortragenden Räte preußischer Ministerien; *grundsätzlich sollen keine höheren Klassen beanprucht werden als in Preußen üblich.*<sup>3</sup> [B] — 5. Rang bzw. Uniform des Regierungspräsidenten A. v. Pommer-Esche und rechtliche Stellung der elsäß-lothringischen Beamten. *Als ehem. Unterstaatssekretär im Ministerium für Elsaß-Lothringen beansprucht Pommer-Esche die I. Rangstufe, was Scholz bestreitet, da das Rangverhältnis für Reichslandbeamte nicht bestimmt ist, ein Unterstaatssekr. dort nicht die Stellung eines preußischen Unterstaatssekretärs besitze und aus anderen Bundesstaaten nach Preußen zurückkehrenden Beamten nur der mit ihrer preuß. Stellung verknüpfte Rang gebührt. Herrfurth und Boetticher sehen die rechtliche Stellung der elsäß-lothringischen Beamten analog der der Reichsbeamten, denen in Preußen der Rang zusteht, der mit ihrer reichischen Position verbunden war. Vor einer Entscheidung ist Bismarck zu konsultieren.*<sup>4</sup> [B] — 6. Ernennung. [B] — 7. Eröffnung der Landtagssession 1890 wird auf den 15. Januar 1890 terminiert. [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 2022, Bl. 48 ff. (Antwort an Hahnke, weiterer Schriftwechsel).

<sup>2</sup> Vgl. StenBerBundesR, Jg. 1890, Drucks. Nr. 37; Debatte dazu StenBerRT, Session 1890/92, 13.6.1890, S. 303–309.

<sup>3</sup> Das im Prot. genannte Schreiben H. Bismarcks v. 15.12.1889 ist nicht beigelegt, aber abschriftlich überliefert in: Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 6, Bl. 168–169v.

<sup>4</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 611, n. f. (Votum Herrfurths v. 15.11.1889) und Rep. 90, Annex E, Nr. 8, Bl. 5 ff. (Voten Herrfurths u. Scholz, Schreiben an Bismarck v. 30.1.1890). Vgl. Sitzung am 16.6.1890, TOP 3.

## Nr. 381 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Dezember 1889.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 101, Bl. 372–377; MF 603. — Abschr. [6–7]: PA Bonn, R 4244, n. f.

Anwesend [U]: Boetticher [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Goßler, Scholz, Herrfurth, Schelling, Verdy. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Homeyer [zu 1].

1. Ordenssachen zum Ordensfest 1890; Revision in einem Fall. [B] — 2. Verleihung des Titels “Präsident” an den Vorsitzenden der [...] Sachverständigen-Vereine für den Königl. Preuß. Staat<sup>1</sup>; *obwohl es dem Vorsitzenden, GehOPostR O. Dambach, zu danken ist, daß diese Vereine in Fragen des Nachdrucks und der Nachbildung eine hohe Autorität erlangt haben, wird dem aus persönlichem Ehrgeiz hervorgegangenen Wunsche von Dambach nicht entsprochen.* [B] — 3. Verleihung des Rangs der Räte III. Kl. an die Generalsuperintendenten der Provinz Hannover; *wird abgelehnt, da die neun Generalsuperintendenten Hannovers nicht entfernt den jeweils einzigen Generalsuperintendenten in den alten Provinzen gleichkommen.* [B] — 4. Verleihung der fünften Rangklasse an die Geistlichen der Charité und die hauptamtlichen Geistlichen der Strafanstalten *wird gebilligt.* [B] — 5. Eröffnungsrede<sup>2</sup> zur Landtagssession 1890 soll am 5. Januar 1890 beraten werden. [B] — 6. Rheinisch-westfälischer Bergarbeiterstreik

<sup>1</sup> Zu Rechtsgrundlage und Aufgaben der literarischen, musikalischen, künstlerischen, photographischen und gewerblichen Sachverständigen-Vereine im Kultusministerium vgl. Handbuch über den Kgl. Preuß. Hof und Staat, Jg. 1889, S. 104 f. Vgl. BArch, RAdI, Nr. 114982, Bl. 37 ff. (Voten).

<sup>2</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1890, 15.1.1890, S. 1–3.

und Arbeitergesetzgebung. Maybach sieht kein Bedürfnis für legislative Akte im Bergwesen, wohl aber für das Reich bezüglich des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Boetticher plant Gesetzentwurf wegen Einrichtung gewerblicher Schiedsgerichte und will Arbeiterschutzmaßnahmen in der Eröffnungsrede für den LT erwähnen.<sup>3</sup> [B] — 7. Stellungnahme zum Antrag<sup>4</sup> Frh. v. Huene betr. Befreiung der evangelischen wie der katholischen Theologen von der Wehrpflicht; Verdy möchte zustimmen, da deren Ausbildung eine Last ohne Nutzen ist, aber Goßler und Ministermehrheit sehen in der allgemeinen Wehrpflicht ein erzieherisches Element und staatliches Hoheitsrecht, worauf zumindest bezüglich der ev. Theologen nicht verzichtet werden soll. [B] — 8. Verdy teilt mit, daß Wilhelm II. die Frage der Verleihung von Lottereeinnahmestellen an pensionierte Offiziere nicht weiter verfolgen wird. [B] — 9. Ernennung. [B]

<sup>3</sup> Vgl. ebd., S. 3.

<sup>4</sup> StenBerRT, Session 1889/90, Drucks. Nr. 38; Debatte dazu 12.12.1889, S. 865–882.

### Nr. 382 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 2. Januar 1890.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 102, Bl. 7–11v; MF 603. — Abschr. [1]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 6, Bl. 183–185v.

Anwesend [U]: Boetticher [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Goßler, Scholz, H. Bismarck, Herrfurth, Schelling, Verdy. — Prot.: Homeyer [U].

1. Neue Uniformen der Beamten. Wilhelm II. wünscht Veröffentlichung seiner Anordnungen, gemäß denen jetzt keine Verpflichtung mehr zum Tragen der neuen Tracht bzw. Kniehosen besteht. Vor den Reichstagswahlen erscheint dies wegen möglicher Ausbeutung zu politischen Zwecken [...] bedenklich. Lt. Verdy haben die Ausführungen des früheren Immediatberichts<sup>1</sup> Wilhelm II. nicht überzeugt, so daß jetzt mindestens ohne Verzug zu publizieren wäre. Eine Ministermehrheit optiert für den Versuch einer nochmaligen objektiven Darlegung der politischen Bedenken des Staatsministeriums an Wilhelm II. und vorherige Konsultation Bismarcks. [B] — 2. Zwei Ernennungen. [B]

<sup>1</sup> Vgl. Sitzung am 29.4.1889, TOP 1 mit Anm. 2. Vgl. zur endgültigen Form Riedel, Georg, Die Deutschen Reichs- und Königl. Preuß. Staats- und Hofbeamten-Uniformen, Berlin 1897, S. 52 ff. (VO v. 1.5.1890 u. Abb. dazu).

### Nr. 383 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Januar 1890.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 102, Bl. 12–21; MF 603/604. — Abschr. [1–3]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 6, Bl. 187–192.

Anwesend [U]: Boetticher [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Goßler, Scholz, H. Bismarck, Herrfurth, Schelling, Verdy. — Prot.: Homeyer [U].

1. Neue Uniformen der Beamten; auch Bismarck unterstützt die Veröffentlichung erst nach den Reichstagswahlen, obwohl Zeitungen bereits Wilhelms II. Anordnung besprechen.<sup>1</sup> [B] — 2. Überweisung von Grund- und Gebäudesteuer an Kommunalverbände und Einkom-

<sup>1</sup> Vgl. Wippermann 1890, I, S. 233 (Pressestimmen) u. S. 247 (Anordnung).



mensteuerreform<sup>2</sup>. Scholz möchte die Hälfte dieser Steuer überweisen und dafür die Lex Huene betr. Bezüge der Kommunalverbände aus den landwirtschaftlichen Zöllen aufheben. Goßler hält es für möglich, daß der Staat trotz jener Überweisung ein gutes Geschäft mache, denn aus landwirtschaftlichen Zöllen werden 1891 mit 40 Mio. M. mehr als aus Grund- und Gebäudesteuer erwartet; er befürwortet zudem gesetzliche Festsetzung der Verwendungszwecke, zumal für Schulzwecke. Die in der Landtagssession 1888/89 nicht mehr beratene Einkommensteuerreform soll jetzt mit der vom LT gewünschten Steuerüberweisung verbunden werden, da somit der fiskalische Charakter der ersteren abgeschwächt wird und Möglichkeiten zum Ausgleich gegeben sind; in die Thronrede soll ein entsprechender Passus aufgenommen werden.<sup>3</sup> [B] — 3. Thronrede zur Landtagssession 1890 durchberaten. [B] — 4. Ernennung. [B] — 5. Titelverleihung. [B]

<sup>2</sup> Die im Prot. genannten Voten v. 1./2.1.1890 in: BArch, RA I, Nr. 114977, n. f. Vgl. Bismarck, GW, Bd. 6c, S. 423 bis 425 (Bismarck am 26.12.1889 an Scholz).

<sup>3</sup> Vgl. StenBerAH, 15.1.1890, S. 2. Die Steuerreform verzögerte sich – nicht zuletzt wegen des Rücktritts Bismarcks bzw. der Neuorientierung unter Caprivi – und wurde dann von Scholz' Nachfolger Miquel vorangetrieben; vgl. Sitzungen am 26.4.1890, TOP 13 mit Anm. bzw. am 5.8.1890, TOP 3 mit Anm.

### Nr. 384 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Januar 1890.

Vollz. Reinschr., Bd. 102, Bl. 22–24v; MF 604. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 6, Bl. 193–197.

Anwesend [U]: Maybach [V], Goßler, Scholz, H. Bismarck, Herrfurth, Schelling. — Prot.: Homeyer [U].

1. Landestrauer für die verstorbene Kaiserin und Königin Augusta<sup>1</sup>; Details der staatlichen Trauer. [B] — 2. In der Eröffnungsrede zur Landtagssession 1890 soll der Vertrag<sup>2</sup> wegen Fortdauer des thüringischen Zoll- und Handelsvereins erwähnt werden. [B] — 3. Den Staatshaushalt 1890/91<sup>3</sup> wird Scholz nicht persönlich im Abgeordnetenhaus einbringen, sondern übersenden.

<sup>1</sup> Am 7.1.1890 war Augusta, die Großmutter Wilhelms II., gestorben. Vgl. GS, S. 3 (Trauerreglement).

<sup>2</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1890, Drucks. Nr. 18. Vgl. StenBerAH, Session 1890, 15.1.1890, S. 2 (Eröffnungsrede).

<sup>3</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1890, Drucks. Nr. 11.

### Nr. 385 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Januar 1890.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 102, Bl. 25–30v; MF 604.

Anwesend [U]: Boetticher [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Goßler, Scholz, H. Bismarck, Herrfurth, Schelling. — Prot.: Homeyer [U].

1. Aufbesserung der Beamtenbesoldungen. Nach Besprechungen Boettichers mit Bismarck sollen diese in der Eröffnungsrede zur Landtagssession 1890 angekündigt werden. Scholz gesteht dafür allenfalls die bisher zur außerordentlichen Schuldentilgung gedachten 18 Mio. M. zu, denn man dürfe trotz einer derzeit günstigen Finanzlage nicht durch Ergreifen kostspieliger Maßregeln die Zukunft finanziell belasten. Da Scholz sich in den Parlamenten den Forderungen des Freisinns

nach Verbesserungen für die unteren Stellen entgegengestellt hat<sup>1</sup>, soll die Aufbesserung nicht nur für die unteren, sondern auch für die mittleren Beamtenränge erfolgen. [B] — 2. Kondolenz des Staatsministeriums zum Tode von Kaiserin und Königin Augusta.

---

<sup>1</sup> Vgl. *StenBerAH*, Session 1888, 21.1.1888, S. 75 f.

### **Nr. 386 Sitzung des Staatsministeriums im Reichstagsgebäude am 18. Januar 1890.**

*Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [1–2], Bd. 102, Bl. 31–40; MF 604.*

*Anwesend [U]: Boetticher [V], Lucius v. Ballhausen, Goßler, Scholz, Herrfurth, Schelling, Verdy. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn [zu 4], Rieth, G. F. O. Gerlach [beide zu 1], v. Kurowsky, Homeyer [beide zu 2], v. Tepper-Laski [zu 5].*

**1.–2.** *Sechs Disziplinar- und Pensionssachen.* [B] — **3.** *Acht Ernennungen. Titelverleihung.* [B] — **4.** *Aufbesserung der Beamtenbesoldungen im Reich. Nach der Ankündigung der preuß. Besoldungserhöhung wird Boetticher zufolge auch im RT über Besoldungsverbesserungen diskutiert; deshalb soll dort Namens des Bundesrats erklärt werden, man sei bereit, mit einem Nachtragshaushalt 1890/91 bis zu den finanziell zulässigen Grenzen eine Besoldungserhöhung durchzuführen.*<sup>1</sup> [B] — **5.** *Stiftung eines neuen Ehrenzeichens. Die Rote Adler-Medaille wird praktisch nur an Ausländer verliehen und ist folglich nicht geeignet; deshalb soll ein „Allgemeines Ehrenzeichen in Gold“ nach den Intentionen Wilhelms II. geschaffen werden.*<sup>2</sup> [B] — **6.** *Titelverleihung.* [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. *StenBerRT*, Session 1889/90, 21.1.1890, S. 1134 f. (Boetticher).

<sup>2</sup> Vgl. *Rep. 90*, Nr. 2022, Bl. 61 ff. (Immediatbericht, Stiftung des Allg. Ehrenzeichens in Gold am 17.3.1890).

### **Nr. 387 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 24. Januar 1890.**

*Notiz, Bd. 102, Bl. 41; MF 604.*

*Anwesend: Bismarck [V], Boetticher, Lucius v. Ballhausen, Goßler, Scholz, H. Bismarck, Herrfurth, Schelling. — Prot.: Homeyer [U].*

*Gemäß der von Homeyer unterzeichneten Notiz ist aus dieser Sitzung nichts verzeichnet worden [...], da sie die gleichen Gegenstände betraf wie der am Abend desselben Tages stattgehabte Kronrat.*<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. *Lucius, Bismarck-Erinnerungen*, S. 506 f., 509 f. (Ausführungen Bismarcks v. a. über Arbeiterschutz und Sozialengesetz, möglicher Rücktritt als Handelsminister u. Ministerprärs.). Der Kronrat folgt unter Nr. 388.

**Nr. 388 Sitzung des Kronrats im Königlichen Stadtschloß zu Berlin am 24. Januar 1890.**

*Vollz. Reinschr., Bd. IV, Bl. 190–208v; MF KR 26. — Druck: Eppstein, Georg Freiherr v. (Hrsg.), Fürst Bismarcks Entlassung, 1. Aufl., Berlin 1920, S. 157–165.*

*Anwesend [U]: Wilhelm II. [V], Bismarck, Boetticher, Lucius v. Ballhausen, Goßler, Scholz, H. Bismarck, Herrfurth, Schelling, Verdy. — Prot.: Homeyer.*

**1. Arbeiterschutzmaßnahmen.** *Wilhelm II. möchte sie nach Besprechung mit H. Frh. v. Berlepsch, G. Hinzpeter, Graf Sh. Douglas und A. v. Heyden durchführen<sup>1</sup>. Durch rasche Entwicklung der Industrie ist in den Zentren ein Proletariat entstanden, das die Industriellen in aller Regel ausgenutzt haben, ohne zivilisatorisch zu wirken oder für die Arbeiter zu sorgen. Der sich selbst überlassene ungebildete Arbeiter ist infolgedessen den Lehren der Sozialdemokratie anheimgefallen, zuletzt selbst die Bergarbeiter. Nach deren großen Streik 1889 wurde die Ruhe zwar wieder hergestellt, aber bei neuen Streiks drohen Verhetzung durch die Sozialdemokratie und Militäreinsatz; eingedenk, daß fast alle Revolutionen aus dem Versäumnis rechtzeitiger Reformen entstehen, möchte Wilhelm II. angemessenen Arbeiterschutz. Dazu zählen v. a. Einschränkung von Kinder-, Frauen-, Sonntags- und Nachtarbeit, Fabrikinspektoren, Einigungsämter für Streiks, mustergültiger Ausbau der fiskalischen Betriebe, Sparkassen, Kirchen, gute Schulen und Krankenhäuser<sup>2</sup>. Lt. Bismarck bedarf das einer längeren eingehenden Erwägung; es fragt sich zudem, was Arbeiterschutz bedeuten soll, ob er nicht bloß Unzufriedenheit unter den Arbeitern erregt und die einheimische Industrie gegen die ausländische benachteiligt. Hingegen sieht Boetticher Anknüpfungsmöglichkeiten an Vorarbeiten im RT<sup>3</sup>. Wilhelm II. will bei der Umsetzung seines Programms keine Zeit [...] verlieren, sonst würden die sozialdemokratischen Führer [...] der Krone zuvorkommen und sich als die wahren Wohltäter des Volks hinstellen versuchen. — **2. Sozialistengesetz.** Nach der erwarteten Ablehnung soll der RT geschlossen werden, obwohl Wilhelm II. auch ohne die umstrittene Ausweisungsbefugnis ein Zustandekommen der Vorlage für günstiger denn ein Scheitern ansieht. Bismarck hält Nachgiebigkeit für schädlich für das Ansehen der Regierungen und für die Sache, denn bei neuen Streiks wird man als Minimum die im Sozialistengesetz enthaltenen Machtmittel benötigen. Da die Minister die Möglichkeit zur Ausweisung als wirksamste Schranke gegenüber der Agitation der Sozialdemokratie ansehen und den Zerfall des Kartells nicht befürchten, gibt sich Wilhelm II. zufrieden.*

<sup>1</sup> Die Bemerkungen zur Arbeiterfrage (Abschr.) von Wilhelm II. in: Rep. 89, Nr. 29959, Bl. 220–223.

<sup>2</sup> Die im Kronrat (vgl. Bl. 197v) verlesenen Vorschläge zur Verbesserung der Lage der Arbeiter v. 22.1.1890 (Abschr.) in: Rep. 89, Nr. 29959, Bl. 214–219v. Druck in: Eppstein, Georg Frh. v., Fürst Bismarcks Entlassung, Berlin 1920, S. 146–151 (Vorschläge) u. S. 152–155 (Ausarbeitung). Zur Atmosphäre des Kronrats vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 507–509 (ergänzt Prot.) und Röhl (Hrsg.), Eulenburg, Bd. 2, S. 422 f. Zur Rücktrittskrise 1890 vgl. generell Gagliardi, Ernst, Bismarcks Entlassung, 2 Bde., Tübingen 1927/1941, zum Kronrat Bd. 1, S. 33–44. – Die bei Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 511 erwähnte Sitzung am Nachmittag des 25.1.1890 zwecks Feststellung der Thronrede zum Reichstagseschluß befaßte sich offenbar nur mit diesem Thema, wurde nicht als reguläre Staatsministerialsitzung angesehen und nicht protokolliert.

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 89, Nr. 29959, Bl. 232 ff. (Sonntags- u. Nachtarbeit, Verhältnisse im Bergbau).

**Nr. 389 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 26. Januar 1890.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 102, Bl. 42–49; MF 604. — Abschr. [1–3, 5]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 6, Bl. 204–209v. Teildruck [1]: Eppstein (Hrsg.), Fürst*

*Bismarcks Entlassung, S. 166 f.; Teildruck [3]: Stürmer (Hrsg.), Bismarck und die preußisch-deutsche Politik, S. 293.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Boetticher, Lucius v. Ballhausen, Goßler, Scholz, H. Bismarck, Herrfurth, Schelling, Verdy. — Prot.: Homeyer [U].*

**1. Arbeiterschutzmaßnahmen;** das von Wilhelm II. im Kronrat vorgetragene Programm soll den Ministern abschriftlich zugehen, und Boetticher wird den dazu gewünschten Erlaß vorbereiten.<sup>1</sup> — **2. Stellungnahme zum Antrag<sup>2</sup> M. Broemel betr. Reform der Eisenbahntarife;** wie alle Initiativanträge gegnerischer Parteien soll auch dieser Antrag ignoriert werden, maximal sind im Plenum unrichtige Behauptungen zu berichtigen. [B] — **3. Stellungnahme zum Initiativgesetzentwurf<sup>3</sup> des RT betr. Befreiung kath. Theologen von der Wehrpflicht.** Boetticher möchte zustimmen, um in katholischen Kreisen bei den Wahlen einen guten Eindruck zu Gunsten der rechtsstehenden Gruppe des Zentrums zu erzielen. Für Bismarck ist der katholische Geistliche [...] unter allen Umständen ein Offizier des Papstes und Militärausbildung zwecklos. Trotz Widerspruch von Goßler und Scholz wird Preußen im Bundesrat zustimmen.<sup>4</sup> [B] — **4. Ernennung;** aufgrund einer Zusage Wilhelms II. an die Witwe des Leibarztes Wilhelms I. G. v. Lauer soll deren Schwiegersohn A. v. Colmar RegPräs. in Lüneburg, der gem. Beschluß v. 18.1.1890 dafür vorgesehene J. v. Hartmann RegPräs. in Aurich werden.<sup>5</sup> [B] — **5. Dem Wunsch Wilhelms II. gemäß sollen die Generalsuperintendenten als äußeres Abzeichen ihrer Würde ein einfaches Kreuz am schwarzen Moirébande tragen, zumal beim fakultativen Tragen eine Störung des kirchlichen Friedens nicht zu fürchten ist.**<sup>6</sup> [B]

<sup>1</sup> Vgl. Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 512 (ergänzt Prot.) u. *Bismarck, GW*, Bd. 6c, S. 428f. (Immediatbericht v. 27.1.1890).

<sup>2</sup> *StenBerAH*, Session 1890, Drucks. Nr. 12; Debatte dazu 6.2.1890, S. 221–244 (unerledigt). Vgl. *Rep. 90a, K II 3 Nr. 9 Bd. 1, n. f.* (Votum Maybachs v. 18.1.1890, wonach die Tarifreform in Arbeit und der Antrag agitatorisch sei).

<sup>3</sup> *StenBerRT*, Session 1889/90, Drucks. Nr. 38 (Antrag Huene); angenommen im Plenum am 18.1.1890, S. 1082–1091.

<sup>4</sup> Vgl. *StenBerBundesR*, Jg. 1890, Sitzung am 6.2.1890, § 74.

<sup>5</sup> Vgl. Puttkamer, *Puttkamer*, S. 134 f. (ähnliche Protektion v. Colmars durch Lauer 1881).

<sup>6</sup> Dazu der Erlaß v. 8.6.1891, gedr. in: *ZBl. Unterrichtsverw.*, 1891, S. 433.

### **Nr. 390 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 31. Januar 1890.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 102, Bl. 52–69; MF 604/605. — Abschr. [1–2, 4, 7, 9–10]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 6, Bl. 210–219v.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Boetticher, Maybach, Lucius v. Ballhausen, Goßler, Scholz, H. Bismarck, Herrfurth, Schelling, Verdy. — Prot.: Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: Wilhelm II. [zu 7–10].*

**1. Rücktritt Bismarcks als Handelsminister<sup>1</sup>;** als Nachfolger hat Wilhelm II. bereits H. Frh. v. Berlepsch akzeptiert. — Bei dieser Gelegenheit soll der alte Wunsch Maybachs nach Übertragung der Abteilung für Berg-, Hütten- und Salinenwesen auf das Handelsministerium realisiert werden.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Die Protokollformulierung gemäß der am 26ten d. M. stattgehabten Besprechung offenbart (zusätzlich zu Lucius, *Bismarck-Erinnerungen*, S. 512), daß auch diese Personalfrage nicht protokolliert wurde. Zur Berufung von Berlepsch vgl. Berlepsch, „*Neuer Kurs*“, S. 48–50 u. Röhl (Hrsg.), *Eulenburg*, Bd. 1, S. 427 f.

<sup>2</sup> Vgl. *Rep. 84a*, Nr. 2050, Bl. 58–68 (Voten). Vgl. *StenBerAH*, Session 1890, Drucks. Nr. 69 (Gesetzentwurf).

[B] — **2. Arbeiterschutzmaßnahmen.** Bismarck möchte vor Veröffentlichung eines Erlasses Wilhelms II. versuchen, diesen zur Aufgabe oder wenigstens zu einem Aufschub seiner Absichten zu bestimmen, denn vieles hat man schon früher als unausführbar oder nachteilig erkannt. Einzig möglich sind lt. Bismarck geschäftsmäßig gehaltene, getrennte Erlasse<sup>3</sup>, die die Verbesserung der fiskalischen Betriebe und die Einladung der industriereichen Nachbarstaaten zu einer internationalen Arbeiterschutz-Konferenz nach Berlin getrennt behandeln. Eine Kommission, die die von Wilhelm II. angeregten Fragen berät, soll eingesetzt werden.<sup>4</sup> [B] — **3. Militärischer Ausbau** des deutschen Eisenbahnnetzes durch Anlage zweiter Gleise wird gebilligt.<sup>5</sup> [B] — **4. Entwurf**<sup>6</sup> eines Reichsgesetzes über Gewerbegerichte; die von preuß. Ministerialkommissaren vorgeschlagenen Zusätze sind zu berücksichtigen. [B] — **5. Ernennung.** [B] — **6. Titelverleihung.** [B] — **7. Sperrgelderverwendungsgesetz;** obwohl auch jetzt das Zentrum mit der Rente aus den angesammelten Sperrgeldern unzufrieden sein wird und letztere als Eigentum der katholischen Kirche beansprucht, soll der Entwurf von 1889 mit den Kartellparteien beraten werden. [B] — **8. Wilhelm II. regt** anlässlich eines ihm bekannten Falles an, modern ausgestattete Eisenbahnwagen für Kranke nicht nur an Badeorten, sondern auch an Hauptzentren wie Berlin bereit zu halten.<sup>7</sup> — **9. Wilhelm II. fragt** nach dem Fortgang der Arbeiterschutzmaßnahmen, und Bismarck teilt den heute gefaßten Beschluß (:ad 2 prot.:) mit. Wilhelm II. ist damit einverstanden und erwähnt, auch König Albert von Sachsen wolle Arbeiterschutzmaßnahmen im Bundesrat<sup>8</sup> anregen lassen. Bismarck bezeichnet das als Versuch, die wettbewerbsschädigenden sächsischen Einrichtungen auf das Reich auszuweiten und hat Sachsen bereits um Vertagung bis nach den Wahlen zum RT gebeten. — **10. Wilhelm II. unterstützt** den Wunsch der Marineverwaltung, das Lootsen- und Batauungswesen überwiesen zu erhalten; Verhandlungen zwischen Preußen, Reich und Küstenstaaten sind zu erwägen.<sup>9</sup>

<sup>3</sup> Die Erlasse Wilhelms II. v. 4.2.1890 betr. Arbeiterschutz bzw. internat. Arbeiterschutzkonferenz in: Rep. 120, BB VII I Nr. 29, Bl. 16–18v.

<sup>4</sup> Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 513 f.

<sup>5</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 1674, Bl. 246–250 (Vorlage v. 24.1.1890, da Rußland u. Frankreich ihre Eisenbahnen ausbauen) und Wippermann 1890, I, S. 146.

<sup>6</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 307 Nr. 84 Gen. Bd. 1, Bl. 189–202v (= StenBerBundesR, Jg. 1890, Drucks. Nr. 17). Ebd., Bl. 149 ff. Voten u. Prot. d. kommissar. Beratungen. Zu Inhalt u. Bedeutung vgl. Berlepsch, "Neuer Kurs", S. 92 ff.

<sup>7</sup> Gemeint ist wohl der Jagdunfall von Graf Richard Dohna-Schlobitten; vgl. Röhl (Hrsg.), Eulenburg, Bd. 1, S. 379 mit Anm.

<sup>8</sup> Die StenBerBundesR sagen darüber nichts. Zum Zusammenhang vgl. Eppstein, Bismarcks Entlassung, S. 52, Röhl (Hrsg.), Eulenburg, Bd. 1, S. 411 f. u. Fuchs (Hrsg.), Friedrich I., Bd. 2, S. 692, 694, 701–703.

<sup>9</sup> Dies wurde nicht realisiert; vgl. Bitter, Handwörterbuch, 1906, Bd. 1, S. 53.

## Nr. 391 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 7. Februar 1890.

Vollz. Reinschr., Bd. 102, Bl. 70–76; MF 605. — Abschr. [1–3]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 6, Bl. 220–223v.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Boetticher, Goßler, Scholz, H. Bismarck, Herrfurth, Schelling, Verdy, Berlepsch [zu 2–4]. — Prot.: Homeyer [U].

**1. Neuberufung des Staatsrats zur Beratung der Arbeiterschutzmaßnahmen.** R. Bosse soll Staatssekretär des Staatsrats werden, ansonsten gilt die Organisation von 1886; bestimmt formulierte Fragen<sup>1</sup> sind dem StR vorzulegen. An neuen Mitgliedern werden vorgeschlagen K. Frh. v. Stumm,

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 89, Nr. 29960/1, Bl. 28–34 (vier Hauptfragen mit Unterfragen).

*H. Jencke, P. Ritter, Dr. Post und F. Hitze.*<sup>2</sup> [B] — **2.** *Amtseinführung des neuen Handelsministers H. Frh. v. Berlepsch.*<sup>3</sup> — **3.** *Katholische Missionen in den deutschen Schutzgebieten; Leo XIII. möchte zur Ausbildung von Missionaren ein unter oberer Leitung der Congregatio de Propaganda fide stehendes Seminar in Deutschland gründen; nach Rücksprache mit dem Papste sollen dafür eventuell 100 000 M. aus Sperrgeldern verwendet werden.* — **4.** *Ernennung.* [B]

<sup>2</sup> *Lt. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 514 f. fand schon am 2.2.1890 eine Besprechung der Minister Herrfurth, Scholz, Goßler, Berlepsch und Lucius bei Boetticher statt, die sich v. a. mit dem angekündigten Teil-Rückzug Bismarcks und der politischen Situation befaßte. Zu diesem, nicht protokollierten Inhalt der Sitzung vgl. auch Scholz, Erlebnisse, S. 103–106.*

<sup>3</sup> *Berlepsch hatte am 31.1.1890 von Bismarck das Handelsministerium übernommen.*

### **Nr. 392 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 9. Februar 1890.**

*Vollz. Reinschr.*<sup>1</sup> *mit Korrekturen, Bd. 102, Bl. 77–84; MF 605.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Boetticher, Maybach, Lucius, Goßler, Scholz, H. Bismarck, Herrfurth, Schelling, Verdy, Berlepsch. — Prot.: Homeyer [U].*

**1.** *Neuberufung des Staatsrats zur Beratung der Arbeiterschutzmaßnahmen; Terminierung, Organisation, Fragenkatalog; an neuen Mitgliedern ernannt Wilhelm II. Hans Heinrich XI. Fürsten Pleß, P. Ritter, A. Krupp, H. Jencke, K. Frh. v. Stumm, MdR Frh. v. Huene, G. Hinzpeter*<sup>2</sup>; *an Handwerkern sind die drei Mitglieder des Volkswirtschaftsrats N. Spengler, A. Vorderbrügge und Deppe hinzuzuziehen.* [B] — **2.** *Drei Ernennungen.* [B] — **3.** *Reichsgesetz über Gewerbeberichte; Klarstellung, daß alle in den Betriebsanlagen der Staatseisenbahnen beschäftigten Arbeiter nicht unter die Vorschriften jenes Gesetzes fallen.* [B] — **4.** *Militärstrafgerichtsordnung.*<sup>3</sup> *Bismarck sieht die Gefahr, daß durch ein von Verdy befürwortetes, einheitliches Reichsgesetz wie schon im StGB so auch hier humanistische Tendenzen eindringen; schon die Erörterungen solcher Fragen im Reichstage sind von Übel und Initiativen der Bundesstaaten, etwa von Württemberg, ruhig abzuwarten. Verdy weist auf auch von militärischer Seite anerkannte Mängel der Rechtslage hin, wird aber vorläufig nur weiter prüfen.* — **5.** *Ernennung.* [B]

<sup>1</sup> *Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 515 f. (ergänzt Prot., v. a. bezüglich Bismarcks Rücktrittsabsichten).*

<sup>2</sup> *Der am 7.2.1890 in Aussicht genommene F. Hitze blieb ebenso wie der Nicht-Preuße Frh. v. Heyl unberücksichtigt.*

<sup>3</sup> *Vgl. Rep. 84a, Nr. 2332, Bl. 49–188 (Gesetzentwurf v. 1891). Anlaß war ein vom RT angenommener Antrag Rickerts (StenBerRT, Session 1889/90, 11.11.1889, S. 220–226); vgl. Rauh, Föderalismus und Parlamentarismus, S. 151–154. Bedeutsam wurde die Frage auch dadurch, daß Bismarck Verdy der Fühlungnahme mit dem Freisinnigen Rickert verdächtigte; vgl. Röhl (Hrsg.), Eulenburg, Bd. 1, S. 482 (Holstein an Ph. Eulenburg).*

### **Nr. 393 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 14. Februar 1890.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 102, Bl. 85–96v; MF 605.*

*Anwesend [U]: Boetticher [V], Lucius v. Ballhausen, Goßler, Scholz, H. Bismarck, Herrfurth, Schelling, Berlepsch. — Prot.: Homeyer [U].*

**1.** *Neuberufung des Staatsrats zur Beratung der Arbeiterschutzmaßnahmen; die Abteilungen sollen am 26.2.1890 beraten, da Wilhelm II. dem neu gewählten RT umgehend mindestens ein Arbeiter-*

schutzgesetz vorlegen will. — 2. Sperrgelderverwendungsgesetz; die Kartellparteien würden ihm wohl zustimmen bereit sein, aber Fürstbischof Kopp hat eigene Vorstellungen und lehnt auch die Verwendung von Sperrgeldern für ein Seminar zur Ausbildung kath. Missionare ab; weiterer Bericht aus Rom ist abzuwarten.<sup>1</sup> [B] — 3. Dispensation eines kath. Priesters von den gesetzlichen Anforderungen der Vorbildung für ein geistliches Amt. [B] — 4. Immediateingabe<sup>2</sup> des Landeshauptmanns von Schlesien, W. v. Klitzing, daß den Landesdirektoren der volkreicheren Provinzen der Rang der Räte II. Kl. verliehen werden möge, ist abzulehnen. [B] — 5. Ernennung. [B] — 6. Ernennung eines neuen Oberpräsidenten der Rheinprovinz<sup>3</sup>. Der von Wilhelm II. gewünschte J. Miquel ist lt. Herrfurth zwar nicht unmöglich, aber würde nur bei den Nationalliberalen, nicht bei kath. Adel, Klerus und Bürokratie der Rheinprovinz günstig wirken. Regierungsseitig wird Miquel gerade in der politischen Führerstellung der Nationalliberalen gebraucht; er gewänne als Kulturkämpfer aber kaum Einfluß auf die Bischöfe. Berlepsch hält es für die erste Sorge des Oberpräsidenten, durch Förderung der konservativen Elemente die Zerbröckelung der Zentrumspartei zu betreiben. Fühlung mit den Bischöfen hat jetzt niemand von den höheren Staatsbeamten, noch weniger aber wird ihn ein Führer der Nationalliberalen wie Miquel gewinnen können. [B]

<sup>1</sup> BArch, RAAdI, Nr. 114991, n. f. (Schriftwechsel ab 31.3.1890).

<sup>2</sup> Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

<sup>3</sup> Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 516 f. (ergänzt Prot.) und Herzfeld, Miquel, Bd. 2, S. 172 f.

## Nr. 394 Sitzung des Staatsministeriums am 2. März 1890.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen<sup>1</sup>, Bd. 102, Bl. 99–118v; MF 605/606. — Abschr. [1–8, 13, 15, 17, 21]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 6, Bl. 232–246. Teildruck [1–2, 8, 17]: Zechlin, Egmont, Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II. 1890–1894, Stuttgart 1929, S. 178–184; Teildruck [1–2]: Stürmer (Hrsg.), Bismarck und die preußisch-deutsche Politik, S. 297–299.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Boetticher, Maybach, Goßler, Scholz, H. Bismarck, Herrfurth, Schelling, Verdy, Berlepsch. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: v. Rottenburg.

1. Bismarck betont, daß wenn die Zusammensetzung des neu gewählten Reichstages zu einem Konflikt desselben mit den verbündeten Regierungen führen sollte, das Staatsministerium [...] einmütig die Königlichen Rechte zu verteidigen hat. Im Verhältnis von Staatsministerium und Wilhelm II. gilt nach wie vor die Kabinettsordre v. 8. September 1852<sup>2</sup>, wonach Ressortchefs ihre Immediatvorträge nach vorheriger Rücksprache mit dem Ministerpräsidenten halten sollen, zumal dieser die Verantwortlichkeit [...] für die Gesamtpolitik des Ministeriums trägt. — 2. Anläßlich der Besprechung über das mögliche Aussterben des Fürstenhauses Schwarzburg-Sondershausen führt Bismarck an, daß, da nach seiner authentischen Interpretation<sup>3</sup> die Verfassung des deutschen Reiches als kündbarer Bund der Fürsten und Senate aufzufassen ist, letztere nötigen Falls vom

<sup>1</sup> Diese Bismarck'schen Korrekturen weist u. a. auch der Teildruck bei Zechlin, Staatsstreichpläne nach. Ebd. S. 42 ff. auch Zechlins Interpretation von Bismarcks Aussagen.

<sup>2</sup> Ein Rundschreiben Bismarcks v. 4.3.1890 rief die Ordre in Erinnerung; Rep. 84a, Nr. 2050, Bl. 85–87; ebd., Bl. 96 ff. Pressestimmen dazu. Druck (im Kontext) bei: Poschinger, Heinrich Ritter v. (Hrsg.), Unter Friedrich Wilhelm IV. Denkwürdigkeiten des Ministers O. v. Manteuffel, Bd. 2, Berlin 1901, S. 247 f.

<sup>3</sup> Vgl. das von Bismarck erwähnte Schreiben an RAAdI und RJA in: Bismarck, GW, Bd. 6c, S. 433 f. Zum Aussterben von Schwarzburg-Sondershausen vgl. Zechlin, Egmont, Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II. 1890/1894, Stuttgart/Berlin 1929, S. 37–41.

gemeinschaftlichen Verträge zurücktreten könnten<sup>4</sup>. Das äußerste Mittel gegen fortgesetzte Renitenz eines oppositionellen [...] Reichstages bleibt Niederlegung der Kaiserwürde durch den König von Preußen; möglich wäre auch, keinen preußischen Minister und keinen Reichsbeamten in den Bundesrat zu senden, so daß der RT gegen anonyme Majoritäten des Bundesrates anzureden hätte. Im RT ist lt. Bismarck nach den Arbeitergesetzen und den Militärvorlagen ein Sozialistengesetz [...] in verschärfter Form einzubringen, v. a. mit der Befugnis zur Verbannung statt bloß zur Ausweisung. — 3. Die neuerdings ausgewiesenen ausländischen Agitatoren wurden nicht auf Grund des sog. kleinen Belagerungszustandes, sondern als lästige Ausländer ausgewiesen. — 4. Der Zusammentritt der internationalen Arbeiterschuttkonferenz ist gesichert.<sup>5</sup> — 5. Errichtung eines Nationaldenkmals für Wilhelm I.; ein einfaches Reiterstandbild soll am Pariser Platz, auf der Schloßfreiheit oder am Opernplatz aufgestellt werden. [B] — 6. Neubauten für Abgeordnetenhaus und Herrenhaus. Bismarck und das Staatsministerium werden keinem Projekte zustimmen, das den Garten des Herrenhauses verkleinert<sup>6</sup>. Die drei Projekte sollen zunächst dem Herrenhause vorgelegt, dann dem AH nahegelegt werden, die Ansprüche zu ermäßigen, um überhaupt einen Neubau zu ermöglichen. [B] — 7. Stellungnahme zum Initiativgesetzentwurf<sup>7</sup> R. Zelle betr. Bildung der kommunalen Wahlbezirke; gegen Herrfurths Plädoyer für die Zweckmäßigkeit des Antrages setzt Bismarck durch, daß das Staatsministerium sich an Initiativanträgen in den parlamentarischen Körperschaften grundsätzlich nicht zu beteiligen, sondern erst den Beschluß abzuwarten hat. [B] — 8. Neubau für den Dom zu Berlin<sup>8</sup>; da lt. Bismarck das Raschdorffsche Projekt [...] künstlerisch den Anforderungen eines geläuterten Geschmacks nicht entspricht und auch vom Landtag Bewilligung der erforderlichen Baugelder zur Zeit nicht sicher ist, sollen Wilhelm II. diese Bedenken vorgetragen werden. [B] — 9. Zwei Titelverleihungen; zwei Ernennungen. [B] — 10. Zwei Ernennungen. [B] — 11. Ordenssache. [B] — 12. Ernennung. [B] — 13. Bei der bevorstehenden Volkszählung sollen lt. Bismarck die statistischen Erhebungen im Interesse der Lokalbehörden möglichst reduziert werden. — 14. Terminierung der Reichstagssession 1890. [B] — 15. Beglaubigung der Auszüge aus den Protokollen des Staatsrats. [B] — 16. Ordenssache. [B] — 17. Uniformen der Beamten; die von Boetticher angeregte Veröffentlichung der Ordre<sup>9</sup> Wilhelms II. v. 30. Dezember 1889 soll auf Drängen Bismarcks unterbleiben, da die neue Tracht eine fakultative für alle am Hofe erscheinenden Zivilisten und Sache des Hausministers ist, somit eine Änderung der Uniformen der Zivilbeamten nicht vorliegt. [B] — 18. Titelverleihung; Ernennung. [B] — 19. Ernennung. [B] — 20. Ordenssache; Ernennung. [B] — 21. Titelverleihung. [B] — 22. Zwei Ernennungen; vier Titelverleihungen. [B] — 23.–25. Drei Ordenssachen; u. a. kann der deutschen Forschern in Rom behilfliche Jesuit Bollig dekoriert werden, da er im Herzen ein guter Preuße geblieben ist. [B]

<sup>4</sup> Daran schloß sich (Bl. 101) die wieder gestrichene Passage an: Auf diese Art würde es möglich sein, sich von dem Reichstage los zu machen, wenn die Wahlen fortgesetzt schlecht ausfallen sollten.

<sup>5</sup> Sie tagte vom 15.–28.3.1890 in Berlin; vgl. Wippermann 1890, I, S. 60–65 und Berlepsch, *Neuer Kurs*, S. 53–63.

<sup>6</sup> Vgl. Rep. 93, B Nr. 1952, Bl. 54 ff. (techn. Gutachten über 3 Projekte, Voten), *Der Preußische Landtag, Bau und Geschichte*, hrsg. von der Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses, Berlin 1993, S. 119–125 u. Spenkuch, Hartwin, *„Bismarck, Bäume und Barrieren“*. Zu einem unbekanntem Aspekt preuß. Parlamentsbaugeschichte, in: H. Engel/W. Ribbe (Hrsg.), *Hauptstadt Berlin – Wohin mit der Mitte?* Berlin 1993, S. 43–55, S. 51.

<sup>7</sup> *StenBerAH, Session 1890, Drucks. Nr. 20; Debatte dazu* 5.3.1890, S. 496–498.

<sup>8</sup> Vgl. Rep. 93, B Nr. 2530, Bl. 143 ff. (Denkschrift Goßlers über Lage der Dombaufrage). Ob die Bedenken Wilhelm II. vorgetragen wurden, ist zweifelhaft; der Bauplan Raschdorffs wurde jedenfalls bereits Anfang April 1890 von Wilhelm II. vorangetrieben (vgl. Bl. 170).

<sup>9</sup> Vgl. Abschr. in: Rep. 90, Nr. 586, n. f. Zum Fortgang vgl. Sitzung am 9.5.1890, TOP 11 mit Anm.

## Nr. 395 Sitzung des Staatsministeriums am 9. März 1890.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 102, Bl. 119–137; MF 606. — Abschriften [3–4]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 6, Bl. 247–253v; [4]: PA Bonn, R 4244, n. f.



Anwesend [U]: Bismarck [V], Boetticher, Goßler, Scholz, H. Bismarck, Herrfurth, Schelling, Verdy. — Prot.: Kurowsky [U].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn [U].

1. Stellungnahme zum Antrag<sup>1</sup> F. v. Stablewski betr. Wiedereinführung der polnischen Sprache im Volksschulwesen; bestimmte Ablehnung wie 1889 und 1888. [B] — 2. Zwei Ordenssachen. [B] — 3. Neuberufung des Staatsrats; Veröffentlichung der Protokolle würde zwar den Arbeitern belegen, daß die Erfüllung übertriebener Erwartungen unmöglich ist, aber zugleich Reden zum Fenster hinaus fördern und bedürfte der Genehmigung der betroffenen Redner; wegen der bevorstehenden Arbeiterschutzkonferenz ist eine Publikation besser zu vertagen.<sup>2</sup> [B] — 4. Geplante Militärvorlagen<sup>3</sup>. Lt. Verdy muß die Heeresorganisation angesichts des Vorsprungs von Frankreich und Rußland dringend systematisch erweitert werden. Dies heißt im Sinne Scharnhorsts künftig möglichst alle verfügbaren Mannschaften auszubilden, allmählich neue Cadres aufzustellen und sofortige Verstärkung der Artillerie. Dafür würden ca. 117 Mio. M. jährlich mehr erforderlich sein, denn es handelt sich Bismarck zufolge um die dauernde Abwehr etwaiger Bedrohungen, zu welchen die Lage Deutschlands Veranlassung gebe. Zur Realisierung ab 1.10.1890 fehlen allerdings die Mittel; deshalb befürwortet Scholz neue Reichssteuern auf Bier und Zucker bzw. eine Erbschaftssteuer des Reichs. Da lt. Bismarck neue Steuervorlagen zugleich mit der Militärvorlage bestimmt ungünstig auf die nach Ablehnung der Militärvorlage nötigen Neuwahlen wirken, sollen zunächst Anleihen die neuen Militärkosten decken.<sup>4</sup> [B] — 5. Ordenssache. [B] — 6. Ernennung. [B] — 7. Titelverleihung. [B] — 8. Drei Ordenssachen. [B]

<sup>1</sup> StenBerAH, Session 1890, Drucks. Nr. 39; Debatte dazu 12.3.1890, S. 645–665 (abgelehnt).

<sup>2</sup> Die Publikation unterblieb ganz. Vgl. aber Schneider, Staatsrat, S. 314–326 (Prot. der Abt. des StR v. 26.2.1890).

<sup>3</sup> Vgl. StenBerRT, Session 1890, Drucks. Nr. 6. Zum Plan d. Militärvorlage vgl. Reichsarchiv (Bearb.), Der Weltkrieg 1914 bis 1918, Ergänzungsband Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft, Berlin 1930, S. 23–29 sowie Anlagen zum 1. Band, S. 38–43 (Denkschrift Verdys v. 8.3.1890). Vgl. auch Förster, Stig, Der doppelte Militarismus, Stuttgart 1985, S. 28–32 sowie Seeber (Hrsg.), Bismarcks Sturz, S. 374 f.

<sup>4</sup> Vgl. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 514 f.

## Nr. 396 Sitzung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 12. März 1890.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 102, Bl. 139–158v; MF 606/607. — Abschriften [8]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 6, Bl. 256–260v; PA Bonn, R 4244, n. f.

Anwesend [U]: Bismarck [V], Boetticher, Maybach, Lucius v. Ballhausen, Goßler [zu 9–10], Scholz, H. Bismarck, Herrfurth, Schelling, Verdy. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Maltzahn [U].

1. Auswanderung aus Hinterpommern nach Brasilien erfordert lt. Bismarck Einschreiten der Gerichte gegen die Auswanderungsagenten.<sup>1</sup> — 2. Verwendung von 20 000 M. aus kaiserlich-königlichen Gnadenfonds zum Bau einer von Großherzog K. A. von Sachsen-Weimar-Eisenach unterstützten ev. Kirche in Tokio ist zulässig. — 3. Reglement<sup>2</sup> betr. Verhalten der Zivilbehörden bei Reisen Wilhelms II. soll nach Benehmen mit den Hofbehörden erstellt werden. [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 226 Nr. 75 Bd. 13 (div. Schriftwechsel 1889/90) u. Wippermann 1890, I, S. 301 (Erlaß Wilhelms II. v. 19.2.1890).

<sup>2</sup> Ergangen unter dem 29.7.1890, gedruckt bei: Illing/Kautz, Handbuch, Bd. 1, 8. Aufl., Berlin 1903, S. 426 ff.

— 4. Künftige Vollziehung der Verwaltungs- und Kassenetats durch die Ressortchefs an Stelle Seiner Majestät wird gebilligt. [B] — 5. Ordenssache. [B] — 6. Der Beratung<sup>3</sup> des AH zum Initiativgesetzentwurf Th. Conrad betr. Erlaß eines Wildschadengesetzes soll ein Kommissar bloß zwecks Berichterstattung beiwohnen. [B] — 7. Ernennung. [B] — 8. Finanzierung der Militärvorlage und allg. Steuerpolitik. Bier- und Zuckersteuererhöhung sowie eine Erbschaftsteuer des Reichs sollen den Hauptteil der 117 Mio. M. neuer Militärkosten, die zusammen mit Gehaltserhöhung der Reichsbeamten, Alters- und Invalidenversicherung sowie Zinslast mindestens 150 Mio. M. jährliche Mehrausgaben ausmachen, decken. Diskussion der Eckdaten der drei Steuern, gegen die Bayern, die Zuckerindustrie bzw. die Bundesstaaten wohl Einwände erheben werden. Auch die Mehrforderungen zur militärischen Entwicklung der Eisenbahnen und die Pensionsnovelle<sup>4</sup> für Militärpersonen a. D. im Kommunaldienste sollen ausgearbeitet und mit der Militärvorlage dem RT vorgelegt werden. [B] — 9. Beamte sollen sich am Festcomité oder Aufrufen zum 70. Geburtstag von R. Virchow nicht beteiligen, da sich hier der Gelehrte schwerlich vom Politiker trennen läßt. [B] — 10. Während der AH-Beratungen über die Anträge<sup>5</sup> von Zentrumspartei und Freisinn betr. Bestrafung der Schulversäumnisse in öffentlichen Volksschulen bzw. betr. gesetzliche Regelung des Beginnes und Endes der Schulpflicht besteht die übliche Nichtbeteiligung der Staatsregierung. [B]

<sup>3</sup> Die Materie blieb unerledigt, da der von der AH-Kommission modifizierte Initiativgesetzentwurf durch Präsidium und Konservative verschleppt wurde; vgl. StenBerAH, 14.5.1890, S. 1662 f. u. 6.6.1890, S. 1943–1945.

<sup>4</sup> Erging erst unter dem 22.5.1893, RGBl., S. 171.

<sup>5</sup> StenBerAH, Session 1890, Drucks. Nr. 83 (Rickert, Szmula, K. Bachem) bzw. 73 (Rickert); Debatte dazu 28.3.1890, S. 1039–1044.

## Nr. 397 Sitzung des Staatsministeriums am 15. März 1890.<sup>1</sup>

Vollz. Reinschr. mit vollz. Teil-Reinschriften [4] und Korrekturen, Bd. 102, Bl. 160–187; MF 607. — Abschr. [3–4]: GStAPK, I. HA, Rep. 120, CB I Nr. 4 Bd. 6, Bl. 263–265v.

Anwesend [U]: Boetticher [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Goßler [zu 3–4], Scholz, Herrfurth, Schelling. — Prot.: Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Rieth, v. Kurowsky, v. Tepper-Laski, Frh. v. Broich [alle zu 4].

1. Ordenssache; UStS E. v. Köller, Straßburg, wird auf dringenden Wunsch von Statthalter Ch. Hohenlohe dekoriert, obwohl er erst 1889 [...] befördert wurde. [B] — 2. Ernennung. [B] — 3. Aufbesserung der Beamtengehälter in Preußen. Um nicht im LT berechnete Mißstimmung zu erregen, muß diese Frage lt. Scholz umgehend in großen Zügen erledigt werden; für die schwierigsten Stellen bzw. teuersten Orte sind Stellenzulagen anzustreben, da nicht allen Beamtenklassen Gehaltserhöhung gewährt werden kann. Stellenzulagen sind aber umstritten, eine gleichmäßige Aufbesserung [...] würde sich viel leichter durchsetzen lassen. Der schleunige Abschluß der Sache soll durch Entgegenkommen der Ressortchefs möglich werden.<sup>2</sup> [B] — 4. 24 Disziplinarsachen [B]; grundsätzlich gilt § 7<sup>3</sup> des Disziplinalgesetzes für Beamte v. 1852 ungeachtet der

<sup>1</sup> Die bei Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 521 auf den 16.3.1890 datierte Sitzung ohne die Bismarcks (Vater und Sohn), Verdy und Berlepsch dürfte identisch mit der vorliegenden, protokollierten Sitzung sein, obgleich die Diskussion zur Rücktrittsfrage nicht protokolliert wurde.

<sup>2</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1890, 28.4.1890, S. 1365–1392 (Nachtragsetat zwecks Besoldungserhöhung) u. 17.5.1890, S. 1693 ff. (Kritik an Stellenzulagen).

<sup>3</sup> Bestimmte, daß strafrechtliche Verurteilung zu Freiheitsentzug über 1 Jahr oder Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte automatisch den Verlust des Beamtenamts nach sich zogen; GS 1852, S. 466.

späteren Reichsgesetzgebung [B]; offen bleibt, ob die Höhe einer Geldbuße gemäß § 38 Abs. 2 in § 19 des Disziplinalgesetzes ihre Grenze findet [B].

**Nr. 398 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums in der Amtswohnung des Reichskanzlers am 17. März 1890.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen Bismarcks, Bd. 102, Bl. 188–202v; MF 607/608. — Druck: Eppstein (Hrsg.), Fürst Bismarcks Entlassung, S. 179–188; Bismarck, Otto Fürst v., Die Gesammelten Werke, Bd. 15, Berlin 1932, S. 570–574.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Boetticher, Maybach, Frh. Lucius v. Ballhausen, Goßler, Scholz, H. Bismarck, Herrfurth, Schelling, Verdy, Berlepsch. — Prot.: Homeyer [U].*

*Bismarck begründet sein Entlassungsgesuch<sup>1</sup> aus allen Ämtern, da er die ihm verfassungsmäßig obliegende Verantwortlichkeit für die Politik Wilhelms II. nicht mehr tragen kann und auch im Staatsministerium keine Einmütigkeit der Haltung gegenüber dessen vorschnellen Initiativen besteht; neuerdings verhandelt der Kaiser ohne ihn nicht nur mit einzelnen der Herren Minister, sondern sogar mit ihm untergeordneten Räten<sup>2</sup>. Dies verletzt die Ordre vom 8. September 1852, die für jeden Präsidenten des Staatsministeriums zur Autoritätswahrung unerlässlich bleibt. Dabei hatte er die sozialpolitische Initiative Wilhelms II. unterstützt, soweit damit nicht unerfüllbare Erwartungen wachgerufen werden. Mit dem Tadel Wilhelms II. bezüglich seiner Gespräche mit L. Windthorst<sup>3</sup> hat er ein ferneres Zeichen mangelnden Vertrauens erhalten. Zuletzt gab es auch Differenzen in der auswärtigen Politik; ungeachtet seines Vertrauens auf die Tripelallianz hat er wegen der Unwägbarkeiten in Italien, Österreich und Ungarn die Brücke nach Rußland nicht abgebrochen, und die Lage steht so, daß er einen russischen Krieg, bei dem selbst im Falle siegreichen Verlaufs nichts zu gewinnen wäre, kaum noch befürchtet. Auf übertreibende Berichte des deutschen Konsuls in Kiew, A. Raffauf, hin, die er teilweise Wilhelm II. eingereicht hat, erhielt er heute ein Handschreiben<sup>4</sup> mit dem Tadel, daß er auf die furchtbar drohende Gefahr des strategischen Aufmarsches der Russen nicht längst [...] aufmerksam gemacht hat. Seines Erachtens ist er überhaupt nicht verpflichtet, Wilhelm II. alle Berichte vorzulegen; er teilt dessen außenpolitischen Ansichten nicht und erblickt im Handschreiben ein unverdientes, kränkendes Mißtrauen. Bezüglich der früher von ihm gebilligten Auflösung des RT nach dessen Ablehnung der Militärvorlage hat Wilhelm II. nun gewünscht, die Militärvorlage nur soweit einzubringen, als man auf deren Annahme wird rechnen können. Da Wilhelm II. offenbar selbst regieren will und er ihm im Wege zu stehen scheint, wird Bismarck zurücktreten, obwohl er nicht amtsmüde und bei guter Gesundheit ist. Boettichers Kompromißidee, sich auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten zu beschränken bzw. Reichskanzler zu bleiben, lehnt Bismarck ab, da er nicht vom Staatsministerium Instruktionen zur Abgabe der preuß. Stimme im Bundesrat empfangen möchte. Scholz und Maybach erwägen ein*

<sup>1</sup> Gedr. in: Eppstein, Bismarcks Entlassung, S. 189–194. Zur Sitzung v. 17.3.1890 vgl. ebd., S. 67–70 (Boettichers Aufz.) u. Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 522–524 sowie Gagliardi, Bismarcks Entlassung, Bd. 2, S. 124–136 (mit Zit. aus der Manuskriptfassung von Lucius' Memoirenwerk). Die ebd. S. 133 (aufgrund Lerchenfelds Mitteilung) berichtete Besprechung ohne die beiden Bismarcks am Abend des 17.3.1890 war keine offizielle Staatsministerialsitzung. Bismarcks Schilderung der Rücktrittskrise in: GW, Bd. 15, S. 512 ff. Vgl. die Darstellung der Entlassung bei Huber, Verfassungsgeschichte, Bd. 4, S. 228–246 und die Gesamtinterpretationen bei Gall, Bismarck, S. 684–708 u. Engelberg, Ernst, Bismarck. Das Reich in der Mitte Europas, Berlin 1990, S. 557–579.

<sup>2</sup> Gemeint sind v. a. Boetticher und Berlepsch bzw. Th. Lohmann und P. Kayser; vgl. Rich/Fisher (Hrsg.), Die Geheimen Papiere Friedrich v. Holsteins, Bd. 3, S. 294.

<sup>3</sup> Vgl. Anderson, Windthorst, S. 401–403.

<sup>4</sup> Im Wortlaut von Bismarck verlesen (Bl. 194v–195), Abschr. auf Bl. 204–204v. Vgl. auch GP, Bd. 6, 1924, S. 362–366 (Bericht Raffaufs, Handschreiben Wilhelms II. u. Antwort Bismarcks v. 17.3.1890).

*Rücktrittsangebot des ganzen Staatsministeriums, damit das verhängnisvolle Ereignis der Dienstentlassung Bismarcks abgewendet werden kann. Berlepsch und Verdy betonen ihr korrektes Verhalten gemäß der Orde von 1852 sowie gegenüber Bismarck allgemein.*

**Nr. 399 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums im Gebäude des Abgeordnetenhauses am 19. März 1890.**

*Vollz. Reinschr., Bd. 102, Bl. 207–207v; MF 608. — Druck: Eppstein (Hrsg.), Fürst Bismarcks Entlassung, S. 197 f.*

*Anwesend [U]: Boetticher [V], Maybach, Lucius v. Ballhausen, Goßler, Scholz, Herrfurth, Schelling, Verdy, Berlepsch. — Prot.: Homeyer [U].*

[1.] Mitteilungen Boettichers zur Entlassung Bismarcks<sup>1</sup>; Wilhelm II. hat den Abschied Bismarcks von allen Ämtern genehmigt und L. v. Caprivi zum Reichskanzler wie zum Präsidenten des Staatsministeriums ernannt. — 2. Ordenssache. [B]

---

<sup>1</sup> *Vgl. zur Sitzung Lucius, Bismarck-Erinnerungen, S. 524 u. allg. die Berichte u. Aufz. in: Fuchs (Hrsg.), Großherzog Friedrich I., Bd. 2, S. 749–755. Das Abschiedsgesuch gedr. bei: Eppstein, Bismarcks Entlassung, S. 189–194. Ebd. S. 199–202 auch die Schreiben Wilhelms II. zum Abschied an Bismarck.*

## Sachregister

*Blattangaben mit „f.“ beziehen sich nicht nur auf die folgende (Rück-) Seite des genannten Blattes, sondern indizieren den Fortgang auf dem folgenden Blatt (sowohl Vorder- wie Rück-Seite).*

**Aachener Verein zur Beförderung der Arbeitsamkeit** 197/96 163

**Aachen-Maastrichter-Eisenbahngesellschaft** 82/93 114v

### **Abgeordnetenhaus**

- Antisemitismus

- - Interpellation 56/92 202 f., 57/92 204

- - Petition betr. ständische Rechte jüdischer Grundbesitzer 74/93 67v–69v

- Beamtenfragen

- - Antrag betr. Maßregelung von Beamten, die Amtsbefugnisse überschreiten 189/96 104v–105

- - Besoldung 189/96 104v–105

- - Gehaltsaufbesserung f. Justizbeamte 6/91 20–23v

- - Hinterbliebenenfürsorge f. Beamte, Gesetzentwurf 114/94 167–167v, 115/94 190v–195v, 126/94 261–261v

- Budgetrecht

- - Antrag Virchow betr. Zuerstvorlage von Finanzgesetzen gem. Art. 62 VU 105/94 62–64

- - bei Aufstellung des Extraordinariums 100/94 18v–19, 22v, 24 f.

- - Ausweitung durch Zweckbestimmung von Staatseinnahmen 25/91 149 f.; 123/94 222v–223v; 214/97 16 f.

- - konstitutionelle Garantien im Rahmen der Steuerpolitik 4/91 13v, 7/91 28, 21/91 128–128v

- Eisenbahnen

- - Eisenbahn-Baukosten u. Baupolitik 6/91 23v, 7/91 28, 26/91 157

- - Eisenbahntarife, Antrag 389/102 43 f.

- - Verwendung d. Jahresüberschüsse d. Staatseisenbahnen 104/94 56–56v

- Gebäude (Neubau in der Leipziger Str.)

- - Alternativen, Bauplätze, Vorgehen 112/94 117–117v, 127/94 273 f.; 148/95 65v–66v, 164/95 204v–205v, 168/95 246 f.; 175/96 1v–2, 178/96 34, 183/96 77v, 189/96 99–102v; 261/98 215; 282/99 83–85v, 283/99 114v–117; 341/100 258v; 394/102 105v–107

- Initiativgesetzentwurf zur Ergänzung des Gesetzes betr. Unterbringung verwahrloster Kinder 64/93 16–16v, 66/93 21

- Kirchen

- - Anfrage betr. Fahrerleichterungen für kath. Vereine 176/96 10v–11v

- - Antrag betr. Selbständigkeit der ev. Kirche 258/98 178v

- - Initiativgesetzentwurf betr. Ausdehnung d. Nass. ev. Zentralkirchenfonds etc. auf vorm. hess. Teile d. Konsistorialbezirks Wiesbaden 142/95 1–1v

- - Milderungsgesetze, Beschlüsse 45/92 121–123; 157/95 116v–117v

- - Sperrgelder-Verwendungsgesetz, Anfrage 301/100 38v–39

- - Verteilungsmaßstab bei kirchl. Umlagen 178/96 34v, 179/96 49v–50v, 183/96 75v–77

- - Wiederaufnahme staatl. Leistungen f. kath. Kirche, Straffreiheit d. Sakramentenspendens u. Aufhebung d. Gesetzes betr. unbefugte Ausübung von Kirchenämtern (Expatriierungsgesetz)

- 109/94 98 f., 111/94 113v; 145/95 30v–31, 151/95 92–92v, 152/95 94 f.; 186/96 89v–90v; 216/97 36 f.
- - Wiederherstellung d. Art. 15, 16, 18 VU, Antrag 176/96 9v–10
  - - Wiederherstellung d. Rechte d. kath. Kirche in Volksschulen, Antrag 353/101 62–62v
  - Kompetenzen
  - - Bedeutungszunahme durch Budgetdebatte u. Anfragen 183/96 77–77v; 242/97 262–264v
  - - Rechnungslegung u. Diskontinuität d. Sessionen 341/100 265v–270v
  - - Übersendung von Gerichtsakten an die AH-Gemeindekommission 216/97 39v–40
  - - Vertagung nicht durch eigenen Beschluß, sondern Kgl. Verordnung 149/95 67 f.
  - Landwirtschaftsfragen
  - - Antrag betr. Untersuchungen zur Lage d. Kleinbauern d. Rheinprovinz 105/94 64v–66
  - - Feld- und Forstpolizei-Novelle, Beschlüsse 30/92 25–25v
  - - Höferolle für Westfalen, Initiativgesetzentwurf 24/91 143v
  - - Jagdordnung, Beschlüsse 190/96 107v–108
  - - Kommissionsbeschlüsse betr. Erlaß sog. stehender Gefälle in Schleswig-Holstein 218/97 56v–57
  - - Schäferiwesen-Gesetzentwurf, Beschlüsse 115/94 189–189v
  - - Wildschadensersatz, Initiativgesetzentwurf 396/102 142v–143
  - Lotteriewesen, Resolution zur Regelung d. Staatslotterie 197/96 163v–164; 234/97 184v
  - Pfandleihgewerbe, Kommissionsbeschlüsse zum Gesetzentwurf 66/93 23
  - Polenpolitik
  - - Ansiedlungsgesetz, Kommissionsbeschlüsse 252/98 89v
  - - Gesetzentwurf betr. Anstellung d. Lehrer in Posen/Westpreußen 253/98 103, 254/98 114v–115
  - - poln. Sprache im Unterricht, Antrag u. Interpellation 145/95 30v, 156/95 110 f.; 395/102 119 f.
  - Pressepolitik, amtl. Inserate u. Auslegen von oppositionellen Zeitungen 107/94 73 f.
  - Staatshaushalt
  - - Interpellation betr. Etatüberschuß (1881/82) 103/94 53v–54
  - - Kommissionsbeschlüsse betr. Bericht d. Oberrechnungskammer zum Staatshaushalt 1879/80 148/95 64v–65v
  - - Resolution betr. Etatsgesetz (Komptabilitätsgesetz) 83/93 117; 126/94 263v–265
  - Staatshilfen nach Überschwemmung, Interpellation 254/98 113–113v
  - u. Staatsministerium
  - - Antrag betr. Instruktion d. preuß. Bundesratsbevollm. gegen das „Maulkorbgesetz“ 3/91 8 f.
  - - bei Initiativgesetzentwürfen 363/IV 170 f.; 364/101 191–191v
  - - kein vorzeitiges Nachgeben bei Gesetzentwürfen 43/92 114v–115
  - - Übersicht über Entschließungen d. Staatsreg. auf Beschlüsse d. AH hin 21/91 134v–135
  - - Verhältnis 317/100 127–130v
  - Steuern und Abgaben
  - - Besteuerung alkoholischer Getränke, Gesetzentwurf 28/92 5v–6
  - - Einkommensteuer-Erlaß, Antrag/Resolution 5/91 14v; 63/93 10–13v
  - - Hundesteuer, Kommissionsbeschlüsse 114/94 164–164v
  - - Kommunalbesteuerung jurist. Personen, Interpellation/Initiativgesetzentwurf 107/94 75 f.; 171/95 289v–291v; 214/97 17 f., 225/97 103v–104v
  - - Kommunalsteuern d. Militärpersonen, Beschlüsse 260/98 209
  - - Steuererleichterungen, Antrag 113/94 136v–137
  - - 4. Verwendungsgesetz, Kommissionsbeschlüsse 147/95 54 f.
  - Verwaltungsreform
  - - Landesverwaltungs- u. Zuständigkeitsgesetz 67/93 27v–28; 151/95 88–91, 157/95 115 f., 158/95 147v
  - - Kreisordnung für Schleswig-Holstein, Kommissionsbeschlüsse 316/100 125–125v

- Volksschulwesen
- - Lehrerpensions- u. -dotationsgesetz, Resolution bzw. Initiativgesetzentwurf 147/95 56 f.; 221/97 70 f.
- - Schulversäumnisse/Schulpflicht, Antrag u. Gesetzentwurf 157/95 116–116v; 396/102 158–158v
- - Volksschullasten-Erleichterung, Gesetzentwurf 302/100 42 f., 310/100 87v–88v; 316/100 125v–126v, 319/100 142v–147v, 321/100 156–158
- - Volksschullehrer-Anstellung in Westpreußen/Posen, Beschlüsse 256/98 159
- Wahlen/Wahlrecht
- - Antrag Stern betr. geheime Wahl 170/95 268 f.
- - Beamte i. A. regierungstreu (1882) 133/94 310v–311
- - Ergebnisse 20/91 1221–1221v; 132/94 306–306v; 237/97 215
- - Terminierung (1882/85/88) 124/94 228, 128/94 282–282v; 229/97 147–147v, 231/97 172; 336/100 220v–221v, 340/100 256
- - u. 4. Verwendungsgesetz 137/94 345v–346v
- - Wahlanfechtung u. Entlassung LandR Köhn v. Jaski 150/95 70–70v, 163/95 197v
- - Wahlbezirks-Bildung, Anträge 194/96 152v; 343/100 281v–283; 394/102 107–109v
- - Wahlprüfungen 189/96 104v–105
- - Wahlreglement, Zusatz 229/97 148 f.
- - Wahrundschreiben d. Bischöfe (1888) 343/100 284 f.
- - Welfenfonds-Verwendung 105/94 64–64v, 107/94 76
- Zölle/Zollpolitik
- - Handelsvertrag mit Österreich, Interpellation 3/91 8v–9
- - Überweisung von Zollerträgen an Kommunen (lex Huene) 216/97 37v–38
- - Zollerhöhung, Steuererleichterung u. landwirt. Enquête 254/98 111 f.; 286/99 154–157
- Herrenhaus; Landtag
- Ablösungen**
- Ablösung d. Reallasten in Schleswig-Holstein, Novelle 98/94 7
- Adelsverleihungen**
- Einzelfälle 42/92 103–103v; 113/94 138 f.; 176/96 14–14v; 314/100 118
- Standeserhöhungen
- Ägypten**
- Silberverkäufe an 282/99 86–86v
- Akademie des Bauwesens**
- Einrichtung 39/92 91v–92
- Aktiengesellschaften**
- Aktiengesetz (1884) 195/96 153, 196/96 161
- Kommunalbesteuerung
- - Gesetzentwurf (1883/84) 171/95 289v–291v; 178/96 35–48
- - Initiativgesetzentwurf (1885) 214/97 17 f., 215/97 33v–34, 225/97 103v–104v
- Börse
- Alkoholismus**
- Bekämpfung durch ein Branntweinmonopol 243/98 2
- Gesetzentwurf betr. Bestrafung (1880) 55/92 197–200, 201
- Allgemeiner Maurerbund** 256/98 151v–152v
- Alters- und Invalidenversicherung** (der Arbeiter)
- Gesetzentwurf (1889) 296/99 255; 344/100 292; 365/101 193; 396/102 149v–150
- Altkatholiken**
- keine Neuregelung d. gesetzlichen Bestimmungen 274/99 6v–7
- Priesterseminar unterstützen 283/99 120 f.

**Altona (Stadt)**

- Zollanschluß (1889) 340/100 249–255

→ Sozialistengesetz

**Altona-Kieler-Eisenbahngesellschaft** 82/93 114v

**Amnestie**

- anlässlich Thronbesteigung Friedrichs III. 307/100 72–72v, 310/100 87–87v

- keine zur Thronbesteigung Wilhelms II. 331/IV 110–110v

**Anhalt (Bundesstaat)**

- Verhandlungen über das Salzbergwerk Leopoldshall 165/95 206v

**Anleihen**

- Anleihe für den Mobilmachungsfall (Gesetzentwurf 1887) 278/99 56–58

- Auslandsabsatz preuß. Anleihen 145/95 26v, 28

- Gesetzentwurf betr. 4 %ige Staatsanleihen 221/97 71–71v

- japan. Silberanleihe unter Verwendung v. Silber aus Reichsbesitz 222/97 73 f.

- Konversion von Anleihen 82/93 113–115v; 87/93 158v–159; 214/97 16 f., 227/97 140; 252/98 98

- für Militärkosten-Finanzierung 395/102 133v–134v

- Plazierung unter Beteiligung d. Disconto-Gesellschaft 134/94 323–323v

- Staatsschulbuch, Gesetzentwurf 143/95 6v–7, 145/95 25–30, 157/95 119

**Annalen der preußischen inneren Staatsverwaltung** (1817–39, hrsg. v. Kamptz) 114/94 151v

**Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen**

- Anregung, auch Stellen über 25 ha zu schaffen 286/99 152v–154

- Beschwerde betr. Versicherung d. Grundstücke 358/101 102–102v

- Grundsätze für Ankäufe 273/98 352v–361; 283/99 117–117v

- Kautions des Rendanten der Spezialkasse 366/101 220

- Organisation, VO dazu u. Vorsitz 248/98 57–57v, 249/98 62 f., 251/98 86v, 256/98 156 f., 258/98 169–173v, 181–186, 259/98 196–196v, 260/98 203v–209, 261/98 213v–214, 266/98 245v–247

- Regierungsvertreter bei Beratung d. Etats im AH 276/99 41v–42

- Verfahren gegenüber dt. Banken bei Zwangsversteigerungen 366/101 220

- Zulagen für Beamte 264/98 241–241v

→ Polenpolitik

**Antisemitismus**

- Ausweisungen aus östl. Provinzen (1885) 226/97 107–109v, 232/97 175–175v, 241/97 254–257v; 244/98 14v

- Immigration aus Rußland/ Durchreise 80/93 107 f.; 121/94 212 f.

- Interpellation im AH 56/92 202 f., 57/92 204

- jüdische Grundbesitzer u. ständische Rechte 74/93 67v–69v

- jüdisch-freisinnige Buchhändler 370/101 268

- J. Landau, Berlin, wird Adelsanerkennung verweigert 113/94 138 f.

- unter Studenten u. Haltung Bismarcks/Puttkamers 72/93 62–62v

**Anwälte**

- Vertretung von Staatsbehörden in fiskalischen Prozessen 228/97 143–143v

→ Winkelkonsulenten

**Apotheken**

- Konzessionierung reichseinheitlich 256/98 155v

**Arbeiter**

- Arbeiterschutzmaßnahmen

- - sozialpolit. Reformprogramm Wilhelms II. (1890) 388/IV 190–201v; 389/102 42 f., 390/102 55–60v, 65v–68v, 391/102 70–73v, 392/102 77–80, 393/102 85 f., 394/102 104



- - Gewerbeberichte-Errichtung 381/101 375v–376; 390/102 61 f., 392/102 81–81v  
 → Alters- und Invalidenversicherung; Krankenversicherung; Sozialdemokratie; Streiks; Unfallversicherung

**Arbeiterstatistik**

→ Unfallversicherung

**Armenfürsorge**

→ Fürsorge

**Ärzte**

- Ärztekammern geplant 276/99 43–43v  
 - Gesetzentwurf betr. Anstellung d. Impfärzte in Prov. Posen 246/98 32, 247/98 45 f.  
 - Prüfungsordnung (1883) 12/91 60–60v; 115/94 190–190v; 153/95 99v–100v  
 - Zurückziehung d. Approbation bei Verlust d. bürgerl. Ehrenrechte 114/94 153 f.

**Asylrecht, politisches**

- statt Kongreß dazu Auslieferungsverträge 77/93 81–81v, 78/93 83v–84v

**Aufsichtskommission für die mechanisch-technische u. die chemisch-technische Versuchsanstalt sowie für die Prüfungsstation für Baumaterialien** 77/93 79, 78/93 83

**Außenpolitik**

- Bismarcks Grundkonzeption 307/100 69v; 308/IV 87v–91v; 398/102 192v–195v

→ [Einzelne Staaten]

**Ausstellungen**

- für Unfallverhütung (Berlin, 1889) 354/101 75  
 - Hygiene-Ausstellung (Berlin 1883), Orden/Titel 163/95 196 f., 165/95 206–206v  
 - Weltausstellungen, Beteiligung 97/93 228–228v; 292/99 220  
 → Kongresse

**Auswanderung**

- Gerichte sollen gegen Agenten vorgehen 396/102 139–139v

**Auswärtiges Amt**

- Gesetzentwurf betr. Bau eines Generalkonsulats in Shanghai 195/96 153

- Staatssekretäre

- - H. Bismarck Staatsminister 314/100 116

- - Gehaltserhöhung 29/92 7v

- - P. Hatzfeldt ernannt 130/94 296–296v

- Stellvertretung Bismarcks während Urlaub 20/91 122kv

**Ausweisungen (1885/86)**

→ Antisemitismus; Polenpolitik; Sozialistengesetz

**Baden (Bundesstaat)**

- Eisenbahnwesen 15/91 76, 76v

- Kulturkampfabbau 40/92 96v

- Regierung

- - Änderungswünsche zur Gewerbeordnungs-Novelle 114/94 146, 152v–153

- - u. Branntweinmonopol-Plan 243/98 4 f., 247/98 48v–49v

- - bei Ordensniederlassung konsultieren 297/100 3v, 312/100 92

- - u. Paßkontrolle zu Elsaß-Lothringen 310/100 86, 318/100 136v

**Banken**

- u. geplante Kapitalrentensteuer 169/95 262v, 263 v

→ Disconto-Gesellschaft; Reichsbank

**Barmherzige Brüder** (kath. Orden) 297/100 9v

**Baubeamte**

→ Techniker

**Bauern**

- neue Stellen durch Ansiedlungskomm. 286/99 153 f.
- für Schutzollerhöhung 286/99 156v
- Untersuchungen zur Lage d. Kleinbauern d. Rheinprovinz 105/94 64v–66

**Baumschulen**

→ Landwirtschaft

**Bauverwaltungen** (der preuß. Ministerien)

- Überschreitungen d. Kostenvoranschläge bei Staatsbauten 24/91 142–142v

**Bayern** (Bundesstaat)

- Beitritt zur norddt. Branntweinsteuergemeinschaft 285/99 146–146v
- hohe Gewerbesteuer 137/94 343v
- Regierung
  - - u. Branntweinmonopol-Plan 243/98 4 f., 6, 247/98 48v–49v
  - - u. Gesetzentwurf betr. Verpflichtung von Privatbahnen zur Herstellung von Anlagen im Interesse der Landesverteidigung 190/96 108v–109, 194/96 148 f.
  - - gegen Gesetzentwurf betr. Strafgewalt des RT über MdR („Maulkorbgesetz“) 5/91 14
  - - u. Gewerbeordnungs-Novelle 114/94 146v–147, 148v, 154 f., 156 f., 163–163v
  - - gegen Holzzoll-Erhöhung 136/94 338v
  - - Innungsgesetz, Änderungswunsch 68/93 31 f.
  - - u. Novelle zum StGB/Pressegesetz im Bundesrat 364/101 175v–176v
  - - Pfandleihgewerbe, Antrag zum Gesetzentwurf 11/91 57v
  - - Redemptoristen, Anfrage betr. Wiederezulassung 302/100 44–44v
  - - u. Zoll auf Gerste 213/97 11v

**Beamte** (Preußen u. allgemein)

- Amtsverschwiegenheit, Verletzung 82/93 116–116v; 101/94 36v–37
- Ausbildung
  - - Berechtigung d. div. Schularten für die Beamtenlaufbahn 341/100 259 f.
  - - Fristverlängerung f. RegBez. Hohenzollern betr. Befähigung d. Verwaltungsbeamten 146/95 35v
  - - Gesetzentwurf betr. Vorbildung d. höheren Verwaltungsbeamten 6/91 23v–24
  - - Regulativ betr. Vorbildung d. höheren Verwaltungsbeamten (1879/83) 13/91 62, 14/91 66v–69; 166/95 224; 192/96 123v
- Beamtenvereine
  - - Haltung allg. 269/98 313 f.
  - - Warenhaus/Konsumverein geplant 345/96 308v–310; 352/101 19 f., 27–27v
- Besoldungsfragen/Pensionen
  - - Besoldungserhöhungen f. Verwaltungsbeamte erwogen 22/91 139–139v; 78/93 83–83v, 97/93 228v–232v; 100/94 26–34, 140/94 372 f.; 164/95 204, 165/95 206; 195/96 154–154v; 397/102 160v–162v
  - - Freistellung vom Quittungs-Stempel 31/92 27–27v, 29v
  - - Forstbeamte 274/99 2–2v
  - - Gesetzentwurf z. Dienstzeitberechnung d. Beamten d. Kunstgewerbemuseums 257/98 163–163v
  - - von Kommunalbesteuerung freizulassen 208/96 278v–279
  - - Oberpräsidialräte 295/99 233
  - - Ortszuschlag erwogen 160/95 172–172v
  - - Pensionsfähigkeit d. Remuneration von Mitgliedern des Disziplinar- u. Kompetenzgerichtshofes 219/97 59–59v
  - - Pensionsgesetz-Novellen 101/94 42v–43, 102/94 44, 109/94 99v–101v, 123/94 224; 181/96 66–66v, 183/96 74–74v, 195/96 153v

- - Staatsbeamte und Justizbeamte 6/91 20–23v
- - Umzugskosten für Reichs-Beamte bei Rückkehr nach Preußen 123/94 224–227v
- - Wohnungsgeldzuschuß für Hilfsarbeiter 259/98 198
- - Zulagen an Beamte in gemischtnationalen Gebieten 246/98 30, 34v, 264/98 241–241v
- Dienstleid, Form 341/100 258v–259
- Dienstherr ist König, nicht Parlamente 352/101 21–23v, 34–34v
- Disziplinarrecht
  - - Abänderung von Bestimmungen betr. Dienstvergehen der nichtrichterlichen Beamten 348/96 320
  - - Kirchenbeamte analog Disziplinargesetz v. 1852 behandeln 256/98 159v–160
  - - Novelle (1879) und Oberrechnungskammer 2/91 3 f.
  - - Rekurse im Disziplinarhof schnell erledigen 345/96 308
  - Disziplin, politische (Einzelfälle)
    - - adelige vs. bürgerliche Berufsbeamte 85/93 151 f.
    - - Beförderungsstopp für Zentrumsabg. aufgehoben 22/91 138–138v
    - - keine Beteiligung an Virchows 70. Geburtstag 396/102 157 f.
    - - Fall Landrat v. Bennigsen-Förder 121/94 211
    - - Fall RegPräs. v. Bernuth 197/96 163–163v, 203/96 236
    - - Fall Landrat K. Delius 301/100 31–31v
    - - Fall RegPräs. v. Ende 85/93 152v–153v
    - - Fall Landrat Knebel 91/93 169
    - - Fall Landrat Köhn v. Jaski 150/95 70–70v, 163/95 197v
    - - Fall OPräs. v. Kühlwetter 78/93 84v–85, 132/94 305v–306
    - - Fall OPräs. u. RegPräs. Münster 176/96 6 f.
    - - Fall Landrat G. v. Oertzen 345/96 310
    - - Fall Landrat M. v. Voss 319/100 150–150v
    - - Fall Landdrost v. Zakrzewski 156/95 111v
    - - Fall O. v. Zedlitz-Neukirch 70/93 59
    - - Maßregelung aufgrund Anträgen im AH ist nicht verfassungsgemäß 189/96 104v–105v
    - - Untersuchung betr. Wahl H. Rickerts zum MdR durch Beamte 96/93 226; 103/94 54–54v
    - - Versetzung OPräs. v. Ernsthausen wegen polit. Indolenz erwogen 158/95 145v–147v
    - - Wahlfreiheit und Sanktionen gegen opponierende Beamte 20/91 122l–122lv; 133/94 310v–311, 136/94 335v–336v; 172/95 293v–296v; 394/102 99v
    - Ehekonsense, deren Wegfall vertagt 126/94 262 f.
    - Glückwunschsreiben an verdiente Beamte 76/93 76
    - Hinterbliebenenfürsorge
      - - Ausgleich für vertagte Besoldungserhöhung 356/101 93 f.
      - - Fall Polizeirat Rumpf, Frankfurt/M. 217/97 41–43v
      - - Gesetzentwurf (1882) 97/93 233–233v; 103/94 51v–52v, 114/94 167–167v, 115/94 190v–195v, 116/94 195–200v, 126/94 261–261v
      - - Gesetzentwurf betr. Militärangehörige 195/96 153v–155, 196/96 161–161v, 208/96 275v–278v
    - Militäranwälter
      - - Grundsätze bei Besetzung von Stellen 125/94 233–236, 238–244; 157/95 119, 158/95 144v–145; 192/96 123, 193/96 141–147v
    - Ministerialbeamte müssen vor Ernennung als Hilfsarb. fungieren 142/95 3
    - Orden
      - - von Bundesstaaten an Ministerialbeamte 380/101 363v–364v
      - - Disziplinaruntersuchung wegen Ordensverweigerung 73/93 63–63v
      - - nicht an ausscheidende Beamte, die kurz zuvor dekoriert 142/95 3v

- Personalia
- - Fall H. v. Brandenstein 335/100 208 f.
- - Landwirtschaftsministerium verlangt Beteiligung 90/93 166–166v, 92/93 189–197
- u. Polenpolitik
- - keine polnischsprachigen Beamten in gemischtnationalen Gebieten 246/98 34v, 247/98 47
- Rang- und Titelfragen
- - Abteilungschefs im Kriegsminm. 174/95 305; 379/101 345v–348v
- - Amts- u. Landrichter 344/100 292–292v
- - Auditeure 364/101 186–188v
- - Bauinspektoren, Bauführer u. -baumeister 22/91 139v; 264/98 240v, 266/98 253–261
- - im Vergleich zu Elsaß-Lothringen 380/101 364v–369
- - Fabrikinspektoren erhalten Titel Gewerberat 12/91 58–58v
- - Gymnasiallehrer, Richter, Verwaltungsbeamte 215/97 27v–33v
- - Lehrer an TH 289/99 189
- - Oberlandstallmeister 358/101 101 f.
- - Oberpräsidenten u. Titel „Exzellenz“ 315/100 120v–121
- - Oberrechnungskammer 361/101 160–162
- - Polizeipräsidenten großer Städte 366/101 220v–222
- - Rangfolge Oberpräsident - kommand. General 110/94 106–108; 264/98 241
- - Titel für Abteilungsdirig. d. Eisenbahndirektionen 42/92 109–109v
- - Titel Rentmeister für Kreissteuereinnahmer/Steuererheber 206/96 256v
- - wiss. Beamte in V. Rangkl. 379/101 336 f.
- Subalternbeamte
- - sollen von Einkommensteuererlaß profitieren 54/92 196; 102/94 46v
- - Entschädigung für Brennholzlieferung in Diensthäuser 373/101 291
- - Mindestgehalt f. Eisenbahnsekr. 51/92 177v–178
- - Orden II./III. Kl. 35/92 53v; 162/95 188v, 174/95 305v
- - Petition d. Kanzlisten disziplinarisch rügen 234/97 183v–184v
- - sozialdemokratische Bestrebungen 11/91 54 f.; 97/93 228v–231
- Uniformen-Neugestaltung 258/98 174–177v; 352/101 23v–24v, 355/101 84v–85, 362/101 168 f., 369/101 248–250v, 251–254v; 382/102 7–11, 383/102 12, 394/102 113v–114v
- Wechsel Preußen - Reich bzw. Elsaß-Lothringen 59/92 228 f.; 295/99 242v; 305/100 58 f.
- Wohnsitz, Gesetzentwurf betr. obligatorischen Wohnsitz am Dienstort 103/94 53, 107/94 75v
- Beamte (Reich)**
- Gesetzentwurf betr. Hinterbliebenenfürsorge 37/92 64a–65v
- Rang- und Titelfragen
- - Posträte/Oberposträte/Oberpostdir. 253/98 103v–104; 322/100 160–160v
- Subalternbeamte, Besoldungsverbesserung geplant 385/102 25–30, 386/102 31v–32v, 395/102 129v, 396/102 149 f.
- Umzugskosten für Reichs- u. Reichsland-Beamte bei Rückkehr nach Preußen 123/94 224–227v
- Unfallversicherung für Reichsbeamte/Militärangehörige 222/97 74v–75v, 223/97 82–86, 236/97 203–203v, 238/97 226; 249/98 73
- Uniformen im Verhältnis zu preuß. Uniformen 258/98 174–177v; 348/96 320–320v
- Behörden (allgemein)**
- Geschäftssprache
- - Ausnahmeregelung für nichtdeutsche Sprachen beenden 267/98 270 f.
- - Wortwahl 317/100 132v–133
- Papierqualität, Prüfung und Beschaffung 257/98 165–168
- Portoregelung 341/100 260–265v
- Bergisch-Märkische Eisenbahngesellschaft** 82/93 114v, 89/93 163; 134/94 323

**Bergbau**

- Bergassessoren, Avancement 296/99 256
- Bergabgaben f. Private ermäßigen 359/101 132 f.
- Grubenunglück 219/97 58v
- u. Haftpflicht-Gesetzentwurf (1879/80) 27/91 179
- Kommunalbesteuerung, Gesetzentwurf (1883/84) 171/95 289v–291v; 178/96 40v
- Rhein.-westfäl. Streik (1889), Haltung d. Staates, Maßnahmen u. sozialpolit. Reformprogramm Wilhelms II. 365/101 192–200, 366/101 205–219v, 367/101 224–234; 368/IV 179–186v; 370/101 265v–267, 374/101 294v–295, 379/101 344v–345, 381/101 375v–376; 388/IV 190–201v
- Verstaatlichung d. Kohlengruben anstreben 366/101 211v

**Berlin (Stadt)**

- Auflösung d. Stadtverordnetenversammlung (1882/83) 112/94 117v, 127–135v, 124/94 228–228v; 150/95 71–71v
  - Eingemeindung Tiergarten 51/92 180
  - Eisenbahnverkehr u. Verkehrssicherheit 289/99 190–192
  - Gymnasien, Neugründung 349/101 3–8v
  - geplante Industrieausstellung, Zuschußfrage 259/98 198
  - Konvertierung von Schuldverschreibungen 82/93 113–115v, 87/93 158v–159
  - Kreuzbergdenkmal, Streit um Polizeiverordnung dazu 75/93 70–72v; 267/98 271, 268/98 273v–287v, 290–303v
  - Kurfürstendamm-Ausbau 76/93 77, 83/93 121v–122
  - Resolution d. Stadtverordnetenvers. gegen Zolltarif v. 1885 216/97 38 f.
  - Rieselfelder, Regelung der Abwässer 147/95 58v–60
  - Schlachtviehhöfe 82/93 116v, 83/93 117
  - Schloßfreiheit, Niederlegung 379/101 336, 348a–348ev
  - Verlegung Packhof 103/94 55
  - Verwendung Garde du Corps-Kaserne, Charlottenstr. 379/101 339 f.
  - Zeughaus-Einrichtung, Ordensverleihungen für Beteiligte 170/95 270v–271
- Sozialistengesetz

**Berlin-Anhalter-Eisenbahngesellschaft** 82/93 113v

**Berlin-Hamburger-Bahn** 178/96 37

**Berliner Börsen Zeitung** 90/93 164v

**Berliner Handelsgesellschaft (Bank)** 379/101 348bv

**Berliner Stadtmission** 356/101 99v

**Berliner Tageblatt** 101/94 36v; 153/95 98v

**Berliner Volksblatt** (1884 ff.; ab 1891 Vorwärts) 359/101 135

**Berner Konvention über internationales Frachtrecht** (1886) 364/101 172

**Berufsgenossenschaften**

→ Unfallversicherung

**Bielefeld (Stadt)**

- Erklärung d. Belagerungszustands nach Streiks 220/97 67

**Biersteuer**

- Bismarck erwägt Erhöhung 281/99 77v–80
- Erhöhung zur Finanzierung d. Militärvorlage 395/102 132v, 135, 396/102 144 f., 147–147v, 152v–153
- im Gesetzentwurf über Besteuerung geistiger Getränke 28/92 5v–6

**Bimetallismus** 243/98 2v

- angebliche Prägung von dt. Talern in der Schweiz 251/98 87–87v, 254/98 109v–110v
- japan. Silberanleihe unter Verwendung v. Silber aus Reichsbesitz 222/97 73 f.

**Börse/Börsengesetzgebung**

- Börsensteuern im Rahmen d. Reichsstempel-Novelle (1884) geplant 24/91 144v; 31/92 26v–27, 29; 191/96 114v–115v, 194/96 150–152, 195/96 156
- Initiativgesetzwurf zur Börsen- u. Umsatzsteuer im Rahmen d. Reichsstempel-Novelle 215/97 25 f., 224/97 99 f.
- Sachverständige zur Qualitätskontrolle beim Getreidehandel 301/100 27–31

**Börsenverein der deutschen Buchhändler**

- Eingabe betr. Buchbestellung d. Behörden 370/101 268; 373/101 291v

**Brandenburg (Provinz)**

- Bau d. Provinzialverwaltungsgebäude 72/93 62v
- Landgüterordnung (Höfeordnung) 134/94 320–320v, 136/94 335v; 158/95 143

**Branntweinsteuer**

- Branntweinmonopol-Gesetzentwürfe (1886)
- - Grundsatz- u. Detaildiskussion, Ersatzmaßnahmen scheitern 243/98 1v–12v, 247/98 48v–49v, 251/98 78–83, 252/98 89, 254/98 105–107v, 259/98 198 f., 260/98 203, 262/98 224–226v
- Gesetzentwurf über Besteuerung geistiger Getränke 28/92 5v–6
- Enquête betr. Erhöhung angeregt 191/96 114–114v
- Erhöhung u. dafür Nachlaß bei Einkommensteuer 48/92 166v–168
- Novelle (1887)
- - Detaildiskussion 281/99 77–80v, 283/99 119–119v, 285/99 139–147, 148–149v
- - u. neue Steuergrenze zu Luxemburg 318/100 137v

**Brauerei (-Gesellschaft) Tivoli (Berlin-Kreuzberg) 268/98 294v, 295, 296, 299v****Braunschweig (Bundesstaat)**

- Erfolgefrage für Thronlehen Oels 212/97 9–9v
- Thronfolgefrage u. Hzg. v. Cumberland 3/91 9v; 212/97 9v–10, 222/97 79–81

**Breitkopf & Härtel (Buchdruckerei, Leipzig) 38/92 68****Bremen (Freie u. Hansestadt)**

- Zollanschluß 73/93 66v, 75/93 72v–74
- - Nachversteuerung gelagerter Waren 340/100 249–255

**Bulgarien**

- in Bismarcks außenpolit. Konzept 308/IV 89 f.

**Bundesrat**

- Anträge betr.
- - Aufnahme der Anlagen zur Verarbeitung von Teer in das Verzeichnis der genehmigungspflichtigen gewerblichen Anlagen 173/95 301–301v
- - Gesetzentwurf betr. Verpflichtung von Privatbahnen zur Herstellung von Anlagen im Interesse der Landesverteidigung 194/96 148 f.
- - Postsparkassen, landesbehördliche Reglementierung 208/96 273v–274v
- - Vorschriften über Befähigung u. Prüfung d. Maschinisten auf Seeschiffen 268/98 273
- Bevollmächtigte 5/91 19
- - Orden Preußens für Nichtpreußen 242/97 261
- Gesetzentwürfe u. Beschlüsse betr.
- - Aufhebung d. Gesetzes betr. unbefugte Ausübung von Kirchenämtern (Expatriierungsgesetz) 237/97 218v–219
- - Branntweinmonopol 247/98 48v–49v
- - Gewerbeordnungs-Novelle 115/94 189v
- - Hinterbliebenenfürsorge f. Militäranghörige 116/94 195–200v
- - Innungsgesetz 68/93 31 f.
- - Stempelsteuer-Novelle (Börsen- u. Umsatzsteuer) 194/96 150–152
- - Strafgewalt des RT über MdR („Maulkorbgesetz“) 5/91 14–14v, 7/91 25–27v

- - Tabaksteuer 10/91 36 f.
- - Unfallversicherungsgesetz 68/93 29–31v; 236/97 203, 238/97 226
- - Verlängerung des kl. Belagerungszustandes für Amtshauptmannschaft Leipzig 157/95 114
- u. Staatsministerium
- - Gegenzeichnung preuß. Anträge 197/96 164
- - Präsidialvorlagen u. preuß. Anträge 364/101 172–174
- - Vertretung preuß. Interessen durch Staatsminister 207/96 268 f.
- - Zustimmung zu Gesetzen allgemein fassen 7/91 28–28v; 41/92 98–98v
- verfassungsrechtliche Stellung
- - ist keine Reichsregierung 241/97 254–257v
- - u. Reichstag 394/102 102–102v
- - Stärkung von Bismarck geplant 185/96 88dv–88f
- Zuschuß zu geplanter Berliner Industrieausstellung 259/98 198
- Bundesstaaten, deutsche**
- Ärzte im Vergleich mit Preußen 153/95 100
- u. Arbeiterschutzgesetzgebung 8/91 30–30v; 394/102 104
- Beamte
- - Orden an preuß. Ministerialbeamte 380/101 363v–364v
- - Wechsel preuß. Beamter in Bundesstaaten 295/99 242v; 305/100 58 f.
- in Bismarcks Verfassungsinterpretation 394/102 100–102
- u. Branntweinmonopol-Plan 243/98 4 f.
- u. Bundesrat 185/96 88dv–88f, 207/96 269
- u. Einnahmenschätzung f. Reichshaushalt (1881/82) 64/93 14v–15
- u. Erhöhung landwirt. Schutzzölle 286/99 156
- u. zweijährige Etatperioden d. Parlamente 17/91 120
- u. Fahrleichterungen d. Eisenbahnen für kath. Vereine 179/96 51v
- u. Föderalismus 270/98 327v–328
- u. Freizügigkeit 236/97 202v–203
- u. Gewerbeordnung-Novelle 114/94 146–163v
- u. Handelsvertrag mit Spanien 160/95 170v–171
- u. Hilfe für Erdbeben-Opfer in Ischia 161/95 186v–187
- u. Hinterbliebenenfürsorge f. Militärangehörige 116/94 198v; 195/96 154v, 208/96 277 f.; 222/97 76v–77v
- u. Kommunalsteuerpflichtigkeit d. Thüring. Eisenbahngesell. 29/92 9 f., 30/92 23 f.
- u. Lotsenwesen 390/102 68v–69
- u. Maße-/Gewichte-Überwachung als Reichsaufgabe 5/91 15v
- u. Militärstrafprozeßordnung, Novelle erwünscht 392/102 82v
- u. Nationaldenkmal für Wilhelm I. 308/IV 86, 87; 334/100 205, 342/100 280
- u. neue Paßkontrolle Elsaß-Lothringen - Frankreich 318/100 136–136v
- u. Pferdeausfuhrverbot in möglicher Kriegsgefahr 273/98 352v
- u. neue Rechtschreibung 38/92 67v–68v
- u. Rechtshilfe bei Abgabenverwaltung/Steuerwesen 193/96 140v–141
- u. Reichsbehörden 225/97 103–103v
- u. Reichsgesetz betr. Vollstreckung d. Freiheitsstrafen 9/91 33 f.
- u. Reichsstempel-Novelle 31/92 28
- u. Reservatrechte bei Postsparkassen 208/96 273v–274v
- u. Schweine-Importverbote 370/101 267
- u. Sozialistengesetz-Verlängerung 376/101 321 f.; 388/IV 203v–205
- u. Tabakmonopol-Plan 112/94 115v–116
- u. Verwaltung des Reichsinvalidenfonds 184/96 83

- u. dt. Volkswirtschaftsrat 62/93 9–9v
- u. geplante Wechselstempelsteuer 35/92 52v–53
- u. geplante Wehrsteuer 37/92 62–64a
- u. Wuchergesetzgebung 30/92 22v
- u. Zuckersteuer-Novelle 254/98 108
- u. Zuschuß zu geplanter Berliner Industrieausstellung 259/98 198

**Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)**

- Orden für Mitglieder d. 1. Kommission 358/101 102v–105
- u. Wildschadensersatzpflicht 5/91 16, 17

**Centralblatt für deutsche Beamte** (Zeitschrift) 269/98 313v

**Central-Dombau-Verein** (Köln) 228/97 142

**Cholera**

→ Seuchen/seuchenpolit. Maßnahmen

**Congregatio beatae Mariae virginis** (kath. Orden) 297/100 3v

**Continental-Telegraphen-Compagnie AG**

→ Wolff's Telegraphisches Büro

**Dänemark**

- Pferdekäufe bei möglicher Kriegsgefahr 273/98 351–351v

→ Schleswig-Holstein (Prov.)

**Danziger Zeitung** 317/100 133v

**Deiche**

→ Wasserwirtschaft

**Denkmäler**

- für Friedrich III. in Berlin 331/IV 111v–112v; 373/101 290 f., 379/101 340 f.

- für H. Heine, Düsseldorf 322/100 161v–162

- Neptun-Brunnen, Berlin 342/100 280

- Niederwalddenkmal, Enthüllung 155/95 109–109v

- für Wilhelm I. (Kyffhäuser) 351/101 14 f.

- für Wilhelm I. (Nationaldenkmal) 307/100 69v; 308/IV 85v–87v, 331/IV 111–111v, 333/IV 124–125v; 334/100 205 f., 341/100 271–276, 277–277v, 342/100 280; 379/101 336, 348a–348ev; 394/102 104 f.

**Deutscher Offizierverein** 345/96 308v–309v; 352/101 19v

**Deutscher Protestantenverein** (gegr. 1863) 44/92 119

**Deutscher Schützenbund**

- Bundesschießen Tempelhofer Feld 316/100 124v–125

**Dienstboten/Gesinde**

- Gesetzentwurf betr. Dienstplichten d. Gesindes in Hessen-Nassau 238/97 226v

- Gesetzentwurf betr. Ergänzung d. Vorschriften über 23/91 140v

**Disconto-Gesellschaft** (Bankhaus, Berlin)

- Beteiligung an Plazierung von Staatsanleihen 134/94 323–323v

- Beziehungen zur Regierung 90/93 164 f., 95/93 220 f.; 192/96 125v–126

- kein Orden für Hansemann 133/94 308–308v

**Disziplinar- und Pensionsachen** 2/91 5, 7, 10/91 38v, 39–53, 14/91 69–73, 15/91 74, 79, 16/91 80–118, 26/91 158–176, 27/91 179v–187; 29/92 10v–20, 31/92 29v–41, 38/92 67, 69v–90, 39/92 91, 92v–93, 42/92 111v–112, 45/92 125v–133, 46/92 134–153, 51/92 180v–188, 58/92 215–219v, 59/92 230–247; 66/93 21, 24 f., 70/93 35–58, 59v, 79/93 87v–106, 83/93 117, 117v, 123–136, 84/93 137, 138–150, 91/93 174–187, 93/93 199–217, 95/93 220, 224 f.; 98/94 8, 9, 105/94 66v–67, 108/94 77–77v, 78–97, 112/94 117v–126, 114/94 167, 168–188, 125/94 237, 245–260, 126/94



266v–270, 127/94 276v–281, 129/94 283v–294, 131/94 301v, 303, 137/94 346v–362, 141/94 379–390; 146/95 35v–53, 147/95 54, 61, 150/95 71v–87, 157/95 119, 120–142, 158/95 147v, 149–156, 159/95 158v–168, 160/95 177v–185, 163/95 196, 198–201, 165/95 207v–222, 170/95 271, 273–287; 177/96 20v–33, 180/96 55, 182/96 68, 71–73, 183/96 74, 78–82, 184/96 83, 85–88, 192/96 123, 127–138, 197/96 163v, 165–181, 198/96 182, 183–186, 200/96 195, 197–207, 201/96 209v, 212, 202/96 221v, 231, 204/96 237, 239–248, 206/96 257–267, 210/96 287v–305; 214/97 15, 19–24, 217/97 44–47, 219/97 58, 62–66, 220/97 68 f., 223/97 82, 87–98, 226/97 105, 122–138, 228/97 142, 230/97 151–171, 231/97 172 f., 234/97 183v, 185–187, 236/97 198, 205–213, 237/97 215, 220–225, 238/97 226, 232–239, 239/97 240, 244–249, 240/97 250, 251–253, 242/97 260, 265–273; 245/98 17, 19–26, 255/98 117v–118, 119–147, 258/98 178, 187–195, 259/98 196, 202, 261/98 215v–221, 263/98 230v–239, 266/98 245, 262–269, 267/98 271v, 272, 268/98 273, 304–312, 269/98 313, 317–326, 271/98 337, 338–345, 272/98 346v, 347–350; 274/99 3, 31–34, 279/99 61v, 63–73, 284/99 122–135, 287/99 158–173, 289/99 189–189v, 193–207, 290/99 208, 210–213, 291/99 214, 215–219, 293/99 223v, 224–230, 295/99 233, 244–254, 296/99 256v, 257–265; 300/100 17, 18–25, 312/100 92–92v, 94–112, 330/100 185, 187–202, 335/100 209v, 210–218, 336/100 219, 223, 339/100 230, 232–246, 340/100 248, 256 f., 341/100 258, 343/100 281, 287–291, 344/100 292, 294–307; 345/96 308, 311–315; 352/101 18, 35–49, 360/101 137v, 139–158, 369/101 243, 255–264, 370/101 265, 270–278, 371/101 279, 283–285, 375/101 299v–300, 306–315, 379/101 336, 349–360, 380/101 361, 371; 386/102 31, 35–40, 397/102 162v–187

- Grundsätze

- - keine Bestätigung der Dienstentlassung durch König 231/97 172v–173

- - Gültigkeit § 7 Disziplarges. v. 1852 397/102 162v

- - Höhe einer Geldbuße gem. § 38,2 bzw. § 19 Disziplarges. v. 1852 397/102 163

- - milde Praxis gegen Alleinschuldige aufgeben 182/96 68

#### **Disziplinarhof für nicht richterliche Beamte**

- Pensionsfähigkeit der Remuneration von Mitgliedern 219/97 59–59v

- Präsident 336/100 222

#### **Domänen**

- kommunale Besteuerung 178/96 47

#### **Domstifte, evangelische**

→ Kirche, ev.

#### **Dreiklassenwahlrecht**

→ Abgeordnetenhaus; Kommunen; Reichstag

#### **Düsseldorf (Stadt)**

- H.-Heine-Denkmal 322/100 161v–162

#### **Ehegesetzgebung**

- Pommersche Provinzialsynode für fakultative statt obligatorische Zivilehe 146/95 34v–35v

#### **Einkommensteuer (inkl. Klassensteuer)**

- Kapitalrenten(ertrags)steuer (Gesetzentwurf 1883/84)

- - geplant 97/93 229v; 137/94 344v–345; 164/95 204, 165/95 206

- - Grundsatz- und Detaildiskussion 169/95 261–267v, 171/95 288 f.

- Kommunalsteuergesetz, Detaildiskussion 177/96 19v–20, 178/96 35–48

- Plan Kölns betr. progressive Einkommensteuer 172/95 293–293v

- Reformversuch (1889) 357/IV 148–155; 359/101 120–131v, 361/101 163–163v, 165–165v; 383/102 12v–20

- Selbsteinschätzung von Bismarck vorgeschlagen 178/96 40–40v

- 1. Verwendungsgesetz (1879/80), Detaildiskussion 21/91 125–129v

- 2. Verwendungsgesetz (1880/81)
- - Grundsatzdiskussion, Anträge Richter/Minnigerode, Ausführung 48/92 166v–168, 49/92 172v–173v, 51/92 179 f., 54/92 193–196v, 58/92 207v–214v, 59/92 220–227v; 63/93 10–13v, 80/93 108
- 3. Verwendungsgesetz (1882)
- - u. allg. Besoldungserhöhung f. Beamte 100/94 26–34
- - Antrag E. Richter betr. Steuererleichterungen 113/94 136v–137
- - Planung, Details, Scheitern 83/93 119v–120, 85/93 154; 102/94 46v–48, 109/94 102 f., 110/94 109v–111v, 117/94 201v, 119/94 205
- 4. Verwendungsgesetz (Gesetzentwurf betr. Aufhebung d. vier untersten Stufen d. Klassensteuer)
- - Planung, Grundsatzdiskussion, AH-Beschlüsse 130/94 298, 135/94 331v–332v, 137/94 341v–346v, 138/94 363–365v; 147/95 54 f.

### **Eisenbahnen**

- Beamte/Beschäftigte
- - Eisenbahner-Vereine 269/98 313 f.
- - Gehaltsfragen 51/92 177v–178; 97/93 231
- - in Gesetzentwurf betr. Hinterbliebenenfürsorge für Staatsbeamte einbezogen 97/93 233
- - Rangerhöhung für Beamte gewünscht 215/97 32–32v
- - Reichsgesetz betr. Gewerbeberichte gilt nicht für Arbeiter d. Staatsbahnen 392/102 80v–81
- - Titel für Abteilungsdirig. d. Eisenbahndirektionen 42/92 109–109v
- Berner Konvention über internat. Frachtrecht 364/101 172–174v
- Eisenbahnräte
- - gefordert, Gesetzentwurf, Landeseisenbahnrat 25/91 151; 115/94 190; 165/95 207–207v
- u. Kanalbaupolitik 166/95 224v–226v
- Kommunalbesteuerung
- - Gesetzentwurf (1883/84) 171/95 289v–291v; 178/96 35–48
- - Initiativgesetzentwurf d. AH 214/97 17 f., 215/97 33v–34, 225/97 103v–104v
- - Thüring. Eisenbahngesell. 28/92 5, 29/92 9 f., 30/92 23 f.
- u. Militär
- - Ausbau/Finanzierung 2. Gleise 15/91 75v–77; 73/93 63v; 390/102 61, 396/102 154v–155, 156v
- - Gesetzentwurf betr. Verpflichtung von Privatbahnen zur Herstellung von Anlagen im Interesse der Landesverteidigung 190/96 108v–109, 194/96 148 f.
- Pfandrecht an Eisenbahnen, Gesetzentwurf 5/91 15–15v
- Reichsamt für die Verwaltung der Reichseisenbahnen 13/91 62v
- Staatseisenbahnen
- - Ausbau 81/93 112
- - Ausnahmetarife für dt. Holz erwogen 136/94 338v–339v
- - freie Eisenbahnfahrt f. Mitgl. d. Volkswirtschaftsrats 107/94 71–73
- - Finanzergebnisse 83/93 117v; 211/96 307; 227/97 140; 357/IV 152
- - Gesetzentwurf betr. Mehrkosten für einige Linien 6/91 23v
- - amtl. Inserate u. Auslegen von oppositionellen Zeitungen 107/94 73 f.
- - Kommissionsbeschlüsse AH beim Gesetzentwurf betr. Verwendung d. Jahresüberschüsse 104/94 56–56v
- - Konversion von Anleihen (verstaatlichter) Eisenbahnen 82/93 113–115v; 227/97 140
- - Kritik H. v. Stephans an Anleihenfinanzierung 359/101 118v–119v
- - Linie Berlin-Nordhausen, Eröffnung 12/91 58v
- - Linie Konitz-Laskowitz/Rechte Weichseluferbahn 49/92 170v–172v
- - Staatsanleihen zur Rückzahlung d. Anleihen verstaatlichter Eisenbahnen 221/97 71–71v
- - Verrechnung von Überschüssen/Defiziten haushaltstechnisch 227/97 140 f.
- - Verzinsung Anlagekapital 178/96 43–47
- - Wagen für Kranke breiter dislozieren 390/102 65–65v

- Streiks, mögliche Maßnahmen 266/98 248v–253
- Tarife
  - - Ausnahmetarife wegen Mißernte 48/92 168v–169
  - - keine Fahrerleichterungen für kath. Vereine 176/96 10v–11v, 178/96 48, 179/96 51 f.
  - - Fahrpreisermäßigungen für Vereine/Versammlungen neu regeln 236/97 203v–204v
  - - Tarifreform im AH beantragt 389/102 43 f.
- Unglücke/Verkehrssicherheit
  - - Laßwitz (1889) 375/101 301v
  - - Maßnahmen nach Eisenbahnglück in Berlin-Wannsee 289/99 190–192
- Verstaatlichungen (1879 ff.)
  - - Ankauf Bergisch-Märkische Bahn 90/93 164 f., 95/93 220v–221
  - - Ankauf d. Linie Heide-Wesselbüren durch Westholst. Eisenbahngesell. 51/92 178
  - - Ankauf Rhein-Nahe-Bahn 63/93 13v, 65/93 17–20, 66/93 21 f., 67/93 26 f.
  - - Gesetzentwurf (1879/80), Vorbereitung u. Durchsetzung 1/91 2–2v, 4/91 10v, 7/91 28, 17/91 120–120v, 18/91 121, 20/91 122l, 22/91 139, 24/91 145v–146, 25/91 148v–151, 26/91 157
  - - Orden für Vorstand d. Köln-Mindener Bahn 30/92 25v
  - - 2. große Vorlage geplant 83/93 120; 98/94 7v
- Ministerium der öffentlichen Arbeiten
- Elbe** (Fluß)
  - Wasserwirtschaft/Wasserwirtschaftsbehörden
- Elberfeld u. Barmen** (Städte)
  - Sozialistengesetz
- Elektrizität**
  - Beleuchtungsanlagen im Verzeichnis genehmigungspflichtiger Anlagen 197/96 164
- Elsaß-Lothringen** (Reichsland)
  - Beamte
    - - PolDir. von Metz soll in preuß. Staatsdienst 85/93 153v–154
    - - aus Preußen, Anstellung, Rang, Umzugskosten 59/92 228 f.; 123/94 224–227v; 380/101 364v–369
  - u. Cholera-Maßnahmen 200/96 195v
  - Lehrerpensionswesen vorbildlich 140/94 373
  - Militär - Statthalter, Gegensatz 369/101 244v
  - Ordenssachen 27/91 177–177v
    - - Fall E. Jaunez, MdR 141/94 378v–379; 142/95 4v–5v
  - neue Paßkontrolle zu Frankreich 310/100 84–86v, 318/100 136–139
  - Reisekostenersatz f. Geschworene/Schöffen 25/91 151v–152
  - Verwaltungs-Neuorganisation erwogen 282/99 106–106v, 283/99 108–114v
- Elsaß-Lothringische Landeszeitung** 361/101 167, 369/101 244
- England**
  - Großbritannien
- Englische Korrespondenz** 14/91 66
- Erbschaftssteuer** (Reich)
  - zur Finanzierung d. Militärvorlage einführen 395/102 133, 396/102 144, 145v, 153v
- Ernennungen**
  - anlässlich Verwaltungsreorganisation (1881) 71/93 60v, 60a–60e
  - Diverse nicht benannte 219/97 59, 60 f.; 338/100 226; 370/101 265v, 269
  - Grundsätze
    - - mündliche Besprechung statt schriftl. Voten 394/102 112
    - - Bevorzugung der Landräte bei Ernennung von Oberregierungsräten 157/95 118v
    - - Publikation durch Neueste Mitteilungen 137/94 340 f.

- - Ressortkompetenz 324/**100** 169v–171v
- - Versetzungen bedürfen nicht der Genehmigung d. Königs 370/**101** 266v–257
- Aufsichtskommission für die mechanisch-technische pp. Versuchsanstalt 77/**93** 79, 78/93 83
- Bergbeamte
  - - Bergamt Clausthal 370/**101** 265v–267
  - - Bergamt Dortmund 319/**100** 149v–150; 370/**101** 265v–267
  - - Bergwerksdir. Saarbrücken 319/**100** 150
- Disziplinarhof für nicht richterliche Beamte, Präs. 336/**100** 222
- Eisenbahnbeamte
  - - Eisenbahndirektion Berlin 33/**92** 47v
  - - Eisenbahndirektion Elberfeld 33/**92** 47v
  - - Eisenbahndirektion Frankfurt/M. 33/**92** 47v
  - - Eisenbahndirektion Magdeburg 33/**92** 47v
  - - Eisenbahndirektion Oberschlesien 33/**92** 47v
- Finanzbeamte
  - - Direktion f. d. Verwaltung d. direkten Steuern, Berlin 123/**94** 221v
  - - Finanzdirektion Hannover 153/**95** 98, 164/95 202
  - - Provinzialsteuerdirektion Berlin 344/**100** 292v
  - - Provinzialsteuerdirektion Danzig 145/**95** 18–18v; 214/**97** 16; 382/**102** 11v
  - - Provinzialsteuerdirektion Kassel 257/**98** 163v
  - - Provinzialsteuerdirektion Köln 394/**102** 115
  - - Provinzialsteuerdirektion Königsberg 257/**98** 163v
  - - Provinzialsteuerdirektion Münster 164/**95** 202; 257/**98** 163v
  - - Provinzialsteuerdirektion Posen 257/**98** 163v; 349/**101** 1f
- Forstbeamte
  - - Oberforstmeister bei d. Finanzdirektion Hannover 33/**92** 47v
- Justizprüfungskommission, Präs. 264/**98** 240
- Kirchenbeamte, ev.
  - - Konsistorialpräs. Kassel 73/**93** 63
  - - Konsistorium Hannover 218/**97** 56–56v
- Landräte/Kreishptm.
  - - Beckum 58/**92** 215
  - - Bersenbrück 175/**96** 1–1v
  - - Calbe/S. 390/**102** 62
  - - Elbing 366/**101** 220v
  - - Kehdingen 394/**102** 111v
  - - Kosten 46/**92** 134
  - - Kreuzburg/OS 27/**91** 177v
  - - Malmedy 2/**91** 3
  - - Mogilno 395/**102** 136
  - - Münster 322/**100** 161v
  - - Olpe 266/**98** 245v
  - - Strasburg/Westpr. 394/**102** 111v
  - - Waldenburg 226/**97** 105
  - - Warburg 220/**97** 67 f.
  - - Wolfhagen 29/**92** 7
  - - Wongrowitz 397/**102** 160v
- Landwirtschaftsbehörden
  - - Generalkommission Hannover 66/**93** 21
  - - Generalkommission Merseburg 383/**102** 20v

- Militärbeamte
- - Intendantur I. AK *45/92* 125v
- - Intendantur II. AK *8/91* 31
- Ministerial-, Militär- und Baukommission Berlin *360/101* 136v
- Ministerialbeamte
- - Finanzministerium *15/91* 74; *70/93* 59; *111/94* 112; *209/96* 286v; *316/100* 124, *344/100* 292v; *367/101* 237, *377/101* 326, *380/101* 369v
- - Handelsministerium *145/95* 18; *293/99* 223; *310/100* 89
- - Innenministerium *18/91* 122; *35/92* 52; *82/93* 113, *83/93* 117v, *87/93* 158v; *108/94* 77, *111/94* 112–112v, *129/94* 283; *175/96* 1v, *181/96* 66; *217/97* 43v–44; *334/100* 207, *339/100* 231v, *344/100* 292v; *377/101* 326; *386/102* 31
- - Justizministerium *24/91* 142v; *38/92* 67v; *181/96* 66; *392/102* 83v–84
- - Kriegsministerium *10/91* 38v; *76/93* 76v, *92/93* 188; *394/102* 116v–117
- - Kultusministerium *58/92* 215; *77/93* 81v, *82/93* 115v, *93/93* 199; *110/94* 109–109v, *116/94* 195, *126/94* 266v, *130/94* 297; *210/96* 287v; *247/98* 47v–48; *281/99* 82v; *302/100* 45, *310/100* 89; *375/101* 300v–301, *379/101* 338v–339, *381/101* 377; *392/102* 80v, *394/102* 111v
- - Landwirtschaftsministerium *39/92* 91, *43/92* 115v, *50/92* 176v; *141/94* 378; *142/95* 2v–3, *144/95* 17v; *211/96* 306; *289/99* 190
- - Ministerium der öffentlichen Arbeiten *42/92* 109v–110v; *70/93* 59; *396/102* 143–143v
- - Staatsministerium *129/94* 284; *193/96* 140v; *230/97* 150–150v
- Museen, kgl. (Berlin)
- - Generaldirektor *21/91* 135v–136v
- Oberpräsidenten
- - Brandenburg *8/91* 30
- - Hessen-Nassau *85/93* 152v
- - Ostpreußen *108/94* 77
- - Pommern *142/95* 3v–4
- - Posen *261/98* 214v
- - Rheinprovinz *375/101* 300, *376/101* 322v; *392/102* 80v, *393/102* 90v–96v
- - Sachsen *83/93* 117v
- - Schlesien *17/91* 120v
- - Schleswig-Holstein *17/91* 120v; *53/92* 192
- - Westfalen *158/95* 145v–147v; *368/IV* 185–185v
- - Westpreußen *8/91* 30
- Provinzialbehörden
- - Oberpräsidium Brandenburg *335/100* 208 f., *338/100* 226
- - Oberpräsidium Hannover *393/102* 89–90v
- - Oberpräsidium Hessen-Nassau *259/98* 199
- - Oberpräsidium Rheinprovinz *326/100* 178v–178bv
- - Oberpräsidium Sachsen *225/97* 104v
- - Oberpräsidium Schlesien *169/95* 267v
- - Oberpräsidium Schleswig-Holstein *369/101* 246v
- - Oberpräsidium Westpreußen *175/96* 1v
- - Polizeipräsident Aachen *271/98* 336
- - Polizeipräsident Danzig *117/94* 201
- - Polizeipräsident Frankfurt/M. *292/99* 220v
- - Polizeipräsident Kassel *237/97* 215; *338/100* 227
- - Polizeipräsident Königsberg *279/99* 62
- - Polizeipräsident Magdeburg *338/100* 227
- - Polizeipräsident Posen *117/94* 201

- Polizeipräsident Potsdam *164/95* 202v
- Polizeipräsident Stettin *371/101* 282v
- Polizeipräsident Wiesbaden *279/99* 62
- Polizeipräsidium Berlin *27/91* 177v; *169/95* 267v; *233/97* 182–182v, *234/97* 183
- Provinzialschulkollegium Brandenburg *374/101* 295
- Regierung Aachen *373/101* 291v–292
- Regierung Arnsberg *123/94* 219v–220; *373/101* 291v
- Regierung Aurich *371/101* 282v
- Regierung Breslau *226/97* 105; *266/98* 245v; *312/100* 92; *360/101* 136v; *386/102* 31v
- Regierung Bromberg *186/96* 89; *226/97* 105; *326/100* 178
- Regierung Danzig *116/94* 195; *247/98* 48; *307/100* 74, *312/100* 92, *316/100* 123v
- Regierung Düsseldorf *85/93* 151v; *234/97* 183
- Regierung Frankfurt/O. *164/95* 202–202v; *266/98* 245v
- Regierung Gumbinnen *157/95* 118v, *164/95* 202–202v; *228/97* 143v; *266/98* 245v; *307/100* 74, *312/100* 92, *316/100* 123v; *377/101* 326
- Regierung Kassel *103/94* 54v
- Regierung Koblenz *162/95* 193v
- Regierung Köln *337/100* 225v
- Regierung Königsberg *75/93* 74; *162/95* 193v, *166/95* 224; *257/98* 164; *341/100* 258–258v; *360/101* 137
- Regierung Köslin *151/95* 88; *186/96* 89, *204/96* 237
- Regierung Lüneburg *289/99* 190, *292/99* 220v–221; *360/101* 137
- Regierung Magdeburg *203/96* 236v; *266/98* 245; *283/99* 118v; *344/100* 292v; *391/102* 75v–76
- Regierung Marienwerder *85/93* 151; *150/95* 69, *163/95* 197; *261/98* 215; *360/101* 136v–137
- Regierung Merseburg *162/95* 193v; *261/98* 214v, *272/98* 346; *312/100* 92
- Regierung Minden *367/101* 237v
- Regierung Münster *117/94* 201
- Regierung Oppeln *60/92* 248; *171/95* 288; *245/98* 17; *343/100* 285v; *373/101* 291v–292
- Regierung Posen *102/94* 44v; *153/95* 99–99v; *266/98* 245v, *267/98* 270; *287/99* 158, *295/99* 242; *373/101* 291v–292; *386/102* 31v
- Regierung Potsdam (Berlin) *226/97* 105; *261/98* 214v–215; *295/99* 242; *338/100* 226v; *360/101* 136v, *373/101* 292
- Regierung Schleswig *61/93* 7–7v; *271/98* 336; *286/99* 157v, *295/99* 242; *337/100* 225v; *369/101* 246v
- Regierung Sigmaringen *287/99* 158
- Regierung Stade *289/99* 190; *367/101* 237v
- Regierung Stettin *65/93* 17; *132/94* 305; *162/95* 193v; *259/98* 199v, *261/98* 215
- Regierung Stralsund *132/94* 305; *344/100* 292v
- Regierung Trier *143/95* 6; *236/97* 198; *273/98* 352
- Regierung Wiesbaden *6/91* 24
- Prüfungskommission f. höhere Verwaltungsbeamte *37/92* 65v–66; *84/93* 137
- Regierungspräsidenten/Regierungsvizepräsidenten
- Arnsberg *56/92* 203v; *368/IV* 185v–186; *369/101* 245v–246
- Aurich *286/99* 157v; *386/102* 31, *389/102* 47–47v
- Bromberg *85/93* 151
- Danzig *141/94* 378; *286/99* 157v
- Düsseldorf *164/95* 202v; *375/101* 300, *376/101* 322v
- Erfurt *197/96* 163v
- Frankfurt/O. *76/93* 76–76v
- Gumbinnen *10/91* 38v; *85/93* 151

- Hannover 350/101 10–10v
- Hildesheim 112/94 115
- Kassel 197/96 163v; 259/98 199–199v, 272/98 346; 274/99 3
- Koblenz 76/93 76–76v; 164/95 202v; 203/96 236v
- Köln 203/96 236v
- Königsberg 110/94 106; 286/99 157v; 375/101 300, 376/101 323
- Köslin 140/94 368
- Liegnitz 214/97 16
- Lüneburg 266/98 245v; 389/102 47–47v
- Magdeburg 73/93 63v; 338/100 227
- Marienwerder 43/92 116
- Minden 103/94 54v
- Münster 394/102 116
- Oppeln 85/93 151 f.; 261/98 214v; 338/100 227–227v
- Osnabrück 292/99 220v
- Posen 85/93 151; 286/99 157v; 369/101 246v
- Potsdam 72/93 62; 360/101 136v
- Schleswig 43/92 116; 162/95 193v; 266/98 245v; 369/101 246–246v
- Sigmaringen 271/98 336
- Stade 339/100 231
- Stettin 85/93 151; 272/98 346
- Stralsund 142/95 4–4v; 338/100 227
- Trier 85/93 151; 338/100 227
- Wiesbaden 259/98 199v
- Rentenversicherungsanstalt 82/93 113
- Richter
  - Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten 18/91 122; 130/94 296v
  - Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte 21/91 123 f.; 77/93 79, 78/93 83; 323/100 166; 365/101 202–202v
  - Kammergericht 208/96 272; 354/101 75v
  - LG Berlin I 28/92 2; 278/99 60v
  - LG Greifswald 38/92 67v
  - LG Koblenz 143/95 6
  - LG Liegnitz 121/94 211
  - LG Schneidemühl 50/92 176v
  - OLG Celle 278/99 60v
  - OLG Kassel 91/93 169v
  - OLG Posen 117/94 201; 376/101 323v
  - Oberlandeskulturgericht 28/92 2
  - Oberverwaltungsgericht 162/95 193v; 226/97 105; 253/98 104–104v, 257/98 164; 310/100 88v–89; 358/101 114 f.; 386/102 31v, 394/102 112–112v
  - Seehandlung 43/92 115v; 83/93 117; 267/98 270, 273/98 351v–352
  - Statistisches Büro 150/95 69v–70
  - Unterstaatssekretäre
    - Innenministerium 85/93 151; 108/94 77; 334/100 206v–207; 386/102 31, 394/102 115v
    - Handelsministerium 18/91 121v, 21/91 135–135v; 75/93 74; 256/98 158–158v, 271/98 336
    - Kultusministerium 82/93 115v; 332/100 204; 392/102 80v
    - Landwirtschaftsministerium 115/94 189
  - Versetzung in den einstweiligen Ruhestand
    - LandR v. Oven, Dillenburg 266/98 245v

- Waldeck-Pyrmont, Landesdirektor 85/93 151; 266/98 245
- Wilhelmsspende, Aufsichtsrat 11/91 57
- Evangelischer Oberkirchenrat** 146/95 35, 35v; 232/97 178v; 256/98 159v–160; 302/100 42, 322/100 160v; 333/IV 121; 364/101 185v
- Bedenken gegen A. Harnack 332/100 203, 336/100 221v–222
- Korrespondenzen via Kultusministerium 159/95 158–158v
- u. Fall A. Stöcker 307/100 70v–71; 308/IV 96–99; 319/100 148v, 149v; 353/101 59v, 60v

### **Fabrikinspektoren**

→ Gewerbeaufsicht/Fabrikinspektion

**Ferdinand-Lassalle-Stiftung** 121/94 211v–212

### **Fideikomnisse**

- Fst. Sulkowski, Reisen 336/100 219v–220
- Fideikommißstiftung u. konfessionelle Bindung 300/100 15–17

### **Finanzlage Preußens**

→ Staatshaushalt

### **Finanzministerium**

- Amtsverschwiegenheit von Finanzbeamten verletzt 82/93 116–116v
- Finanzminister
- - beim Etat vom Staatsministerium nicht zu überstimmen 235/97 193–197; 236/97 199–202v
- - Ministerwechsel Bitter – Scholz 126/94 261
- - Ministerwechsel Hobrecht – Bitter 16/91 80
- - u. Personalien/Ernennungen 90/93 167v; 324/100 169v–171v
- Geschäftskreis, Neuorganisation 8/91 30v–31, 9/91 32–32v
- u. Mitgliederernennung der Prüfungskommission f. höhere Verwaltungsbeamte 14/91 68 f.
- Staatsministerium

### **Finanzpolitik**

- Grundsatzdiskussion 281/99 76–80v
- [einzelne Steuerarten]; Zölle/Zollpolitik

### **Flüsse (einzelne)**

→ Wasserwirtschaft/Wasserwirtschaftsbehörden

### **Forsten**

- Feld- u. Forstpolizei-Gesetz 28/92 2v–3, 30/92 25–25v, 34/92 48–51, 36/92 59
- Forstbeamte, Besoldungserhöhung 274/99 2–2v
- Forstschutz-Gesetzentwurf im RegBez. Wiesbaden 125/94 236 f.
- Forstverw. erschwert Gemeinden Losholz-Entnahme 28/92 2v
- Gesetzentwurf über gemeinschaftliche Holzungen 28/92 4v
- Staatsforsten haben Überschuß (1884/85) 227/97 140

### **Fortbildungsschulen**

→ Schulwesen

### **Fortschrittspartei**

→ Freisinn

**Franckenstein'sche Klausel** 247/98 49; 396/102 146

### **Frankfurt/M. (Stadt)**

- Polizeiverwaltung nach Prozeß Polizeikom. Meyer 253/98 100 f.
- Sozialistengesetz

### **Frankreich**

- in Bismarcks außenpolit. Konzept 308/IV 88–91v
- Cholera, Maßnahmen gegen Einschleppung 199/96 188–194
- u. Paßzwang für Elsaß-Lothringen 310/100 84–86v, 318/100 136–139



**Franziskaner-Orden** 297/100 6v–7

**Frauen**

- zu viel Schulbildung schadet 226/97 112 f.; 251/98 84v

**Freie Wirtschaftliche Vereinigung** (Schutzzöllner im RT) 213/97 11

**Freie Zeitung** (Berlin) 308/IV 96v

**Freiheitsstrafen**

→ Strafrecht/Strafgesetzbuch

**Freikonservative** (Reichs- u. freikonservative Partei; RFKP)

- u. Wiederaufnahme staatl. Leistungen, Straffreiheit d. Sakramentspendens etc. 152/95 94 f.

- u. Regierung bei Branntweinsteuerreform 262/98 225, 226v

- u. 3. Verwendungsgesetz 109/94 102 f.

- zu hohe Forderungen betr. Volksschulbildung 226/97 117v–118v

**Freisinn** (Deutsche Fortschrittspartei, Deutsche Freisinnige Partei; DFP, DFsP)

- Antrag E. Richter auf Steuererlaß 63/93 10–13v; 113/94 136v–137

- für Freisinn tätigen Beamten drohen Sanktionen 136/94 335v–336v; 172/95 293v–296v

- in Hessen-Nassau wachsend 85/93 152v

- Initiativgesetzentwurf gegen Sprengstoff-Mißbrauch 189/96 103v–104v

- Kreistagswahlen Gumbinnen unter speziellem Kommissar 154/95 102–102v

- Mandatsgewinne in Ostprovinzen drohen 319/100 143, 146

- Nicht-Beförderung LGR Schrader 124/94 230v–231v

- Nichtbestätigung Bgm. C. Brinckmann, Tilsit 157/95 117v–118

- Nichtbestätigung Bgm. Herse, Posen 206/96 256v–257; 224/97 101v–102

- Ordensverweigerung 73/93 63–63v; 273/98 352v; 348/96 318–318v

- Parlamentarisierungsbestrebungen 189/96 104v–105v, 190/96 107–107v

- u. Polenpolitik 244/98 14v–15

- Rüge für OPräs. Kühlwetter wegen Duldung fortschrittlicher Zeitungsartikel 78/93 84v–85

- Strafantrag gegen MdR, die Diäten aus Parteifonds bezogen 218/97 50–52v

- Untersuchung betr. Wahl Rickerts zum MdR durch Beamte 103/94 54–54v

- Verbot Insterburger Zeitung 74/93 67–67v

- als Verbündete der SPD zu bekämpfen 208/96 273; 357/IV 137–137v, 143v

- Wahlanfechtung Angerburg 1882 u. Entlassung LandR Köhn v. Jaski 150/95 70, 163/95 197v

- Wahlbeeinflussung durch Freisinn 136/94 335v

- Welfenfonds, Antrag betr. Verwendung 105/94 64–64v

→ Nationalliberale

**Freizügigkeit**

- Novelle zum Reichsgesetz (v. 1867) 236/97 202v–203

- bei Streik beschränkbar 367/101 233v–234

**Fürsorge**

- Novellierung d. Gesetzes betr. Unterbringung verwahrloster Kinder 64/93 16–16v, 66/93 21;

177/96 20, 194/96 152–152v

**Gärtnerei**

- Zölle für Gärtnereiprodukte erwogen 201/96 210v–211

**Gebäude, öffentliche**

- Beflaggung 201/96 209–209v

- keine Brandversicherung 44/92 120–120v

**Gefängnisse**

→ Strafanstalten

**Gemeinden**

→ Kommunen

**Genossenschaften**

- kommunale Besteuerung 178/96 40v

**Genossenschaft des rheinischen ritterbürtigen Adels** 108/94 77v

**Geodäsie**

- Messungen (Nivellements) von Landesaufnahme bzw. Geodät. Institut 166/95 227–233v

**Geodätisches Institut** (Berlin) 146/95 32, 166/95 227v–233v

**Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten**

- Mitglieder 18/91 122; 130/94 296v

- Fortzahlung d. Gehälter an Mitglieder trotz Aufhebung 257/98 164

**Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte**

- Mitglieder 21/91 123 f.; 77/93 79, 78/93 83; 323/100 166; 365/101 202–202v

- Pensionsfähigkeit der Remuneration von Mitgliedern 219/97 59–59v

**Gerichtsverfassung/Gerichtsorganisation**

- Dienstgebäude f. LG Neisse 15/91 74 f.

- Gerichtskosten-Ermäßigung 48/92 169v

- Nachtrag zum Vertrag Preußens mit thüring. Staaten über gemeinschaftliche Schwurgerichte 353/101 59

- Gebührenfreiheit im Verfahren vor dem Reichsgericht 28/92 6; 158/95 144v, 166/95 224, 167/95 238 f

- Reisekostenersatz f. Geschworene/Schöffen in Elsaß-Lothringen 25/91 151v–152

**Germania** (Zeitung d. Zentrumspartei) 45/92 124v; 321/100 158v; 367/101 226v

**Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie**

→ Sozialistengesetz

**Gesetz-Sammlung, preußische** 8/91 30v–31v, 9/91 32v

- Erstellung d. Sachregister 330/100 185 f.

**Gesinde/Gesindeordnung**

→ Dienstboten/Gesinde

**Gesundheitspflege, öffentliche**

- zu fördern nach Überschwemmungskatastrophe Rheinprovinz 143/95 12v–13, 14

→ Reichsgesundheitsamt

**Gewerbeaufsicht/Fabrikinspektion**

- Fabrikinspektoren

- - Bundesratsanträge Lübecks, Waldecks u. a. betr. Dispens von Anstellung 8/91 30–30v

- - erhalten Titel Gewerberat 12/91 58–58v

- Gesetzentwurf betr. Anzeige von Unfällen in Fabriken (1879) 27/91 177v–179

**Gewerbegerichte**

→ Arbeiter

**Gewerbekammern**

→ Handelskammern

**Gewerbeordnung**

- Kolportageverbot gem. § 56 nicht für wiss. Schriften 176/96 13v–14

- neuer § 100 e (Lehrlingsannahme) im RT beantragt 196/96 161, 203/96 235v

- Novelle (1882) 114/94 146–163v, 115/94 189v

- Revision geplant 39/92 91–91v

- Verzeichnis genehmigungspflichtiger Anlagen

- - Aufnahme von elektrischen Beleuchtungsanlagen 197/96 164

**Gewerbsteuer**

- der Kommunen auf AGs, Eisenbahnen, Genossenschaften 178/96 35–48

**Gewerkschaften**

- Allg. Maurerbund, Vorgehen gegen 256/98 151v–152v

**Gladenbeck, Hermann & Sohn** (Bildgießerei Berlin) 308/IV 92

**Großbritannien**

- in Bismarcks außenpolit. Konzept 308/IV 89v–91v
- Regierung
- - gegen Kongreß betr. polit. Asylrecht für Attentäter 77/93 81
- - verweigert seuchenpolit. Maßnahmen gegen Cholera im Orient 158/95 145–145v

**Grund- und Gebäudesteuer**

- Maßstab zur Verteilung kirchlicher Umlagen 104/94 60, 61v; 183/96 75v–77
- Überweisung (von mind. 50 %) an Kommunen/Kreise 21/91 125v–129; 49/92 173, 58/92 209v, 59/92 222v–223; 254/98 112; 281/99 79 f.; 357/IV 148–155; 359/101 121–121v; 383/102 12v–20

**Grundbesitz/Großgrundbesitz**

- Anteil an Kreisvertretungen in Schleswig-Holstein 104/94 58–58v
- Erbrecht, Anerbenrecht 24/91 142v–143v
- Feld- und Forstpolizei-Gesetz 28/92 2v–3, 30/92 25–25v, 34/92 48–51, 36/92 59
- Gesetzentwurf betr. Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen 134/94 322, 136/94 335v
- jüdische Grundbesitzer u. ständische Rechte 74/93 67v–69v
- Käufe von Gütern poln. Besitzer durch Deutsche 209/96 280–280v
- Sachverständige zur Qualitätskontrolle beim Getreidehandel d. Börse 301/100 27–31
- Steuereinschätzung durch Landräte 169/95 264v
- Verschuldungs-Statistik/Enquête geplant 131/94 299–299v; 254/98 112–112v
- Höfeordnungen; Identitätsnachweis; Landwirtschaft

**Gumbinnen** (Kreis)

- Kreistagswahlen unter spez. Kommissar 154/95 102–102v

**Gustav-Adolph-Verein** 236/97 204

- Feier 1882 zur Schlacht bei Lützen 126/94 265, 127/94 271v–272

**Gymnasien**

- Schulwesen

**Haffgewässer**

- Kommunale Einteilung 77/93 79, 78/93 82v–83

**Haftpflichtgesetz/Haftpflichtversicherung**

- Unfallversicherung

**Halle/S.**

- Universitäten

**Hamburg** (Freie und Hansestadt)

- J. v. Eckardt als Senatssekr. a. D. 122/94 217 f.
- Matrikularbeiträge 270/98 327v
- Zollanschluß 71/93 60–60v, 72/93 61v–62, 73/93 64–66v, 75/93 72v–74, 76/93 77–77v, 80/93 108v; 340/100 249–255
- Sozialistengesetz

**Handel und Industrie**

- geplante Berliner Industrieausstellung, Zuschußfrage 259/98 198
- u. Bergwerksabgaben-Ermäßigung 359/101 132
- u. Einkommensteuerreform-Projekt (1889) 359/101 126
- u. Novelle zur Stempelsteuer 194/96 150–152

**Handelskammern**

- Beleidigungsfall Lüders, Görlitz 132/94 306v–307v
- einseitige Vertretung des Handels 174/95 306
- Gewerbekammern als Ersatz errichten 169/95 267v; 174/95 305v–311v; 192/96 123–123v

**Handelsmakler**

- Gesetzentwurf betr. deren Pflichten 253/98 103–103v

**Handelsverträge**

→ Zölle/Zollpolitik

**Handwerk**

- Innungen

- - Gesetzentwurf dazu 48/92 164v, 50/92 174v–176v; 68/93 31 f.

- - Initiativgesetzentwurf betr. Annahme von Lehrlingen (§ 100e Gewerbeordnung) 196/96 161, 203/96 235v

**Hannover (Provinz)**

- Beamtenernennungen anlässlich Verwaltungsreorganisation 219/97 59, 60 f.

- Bitte von Notabeln um Kunstmuseum aus Welfenfonds-Mitteln 134/94 320v–321; 146/95 34–34v

- Höferolle-Eintragung erleichtern 24/91 142v–143

- Kanalsystem am linken Emsufer 236/97 202, 202v

- Kirche, ev.

- - Generalsuperintendenten, Rang 381/101 373v–374v

- - Kirchenverfassung und Kirchengemeinde- u. Synodalordnung 104/94 60 f., 136/94 335v

- - Reorganisation 204/96 237 f.

- Kreis- u. Provinzialordnung (1881–85)

- - 1. Entwurf gebilligt 52/92 189 f.

- - 2. Entwurf, Grundsatzdebatte u. Scheitern 91/93 170v–174; 101/94 41, 117/94 201v–202

- - 3. Entwurf, Diskussions- u. Verabschiedung 164/95 204, 168/95 248–260; 189/96 105v–106

- Landdrosteien-Zusammenlegung erwogen 21/91 133v–134

- Parteiverhältnisse NLP–DkP–Welfen 44/92 117–119

- partikularistisch-welfische Richter 38/92 69v

- Universität Göttingen 281/99 81 f.

- Wegebau/Wegebauverbände allg. 168/95 253–255

- u. Wildschadensersatzpflicht im Jagdordnungs-Entwurf 5/91 16 f.

**Hannoversche Post** (kons. Zeitung) 44/92 117

**Hannoverscher Courier** (nationallib. Zeitung) 369/101 244v

**Hauptverwaltung der Staatsschulden** 227/97 140v

- u. Gesetzentwurf betr. das Staatsschulbuch 145/95 26v–30

**Heidelberger Ministerkonferenzen** (5.–8.8.1878 zur Steuerreform) 2/91 6

**Herrenhaus**

- u. Abgeordnetenhaus

- - Meinungsverschiedenheit beim Landesverwaltungs- u. Zuständigkeitsgesetz 67/93 27v–28; 157/95 115 f., 158/95 147v

- - Verhältnis 317/100 128v–130v

- Beamtenfragen

- - Hinterbliebenenfürsorge f. Beamte, Gesetzentwurf 103/94 51v–52v, 115/94 190v–195v

- Budgetrecht

- - Antrag Virchow betr. Vorlage von Finanzgesetzen zuerst an das AH 105/94 62–64

- Gebäude (Neubau in der Leipziger Str.) 168/95 246 f.; 189/96 99–99v

- Gesetzentwurf betr. Ergänzung d. Gesetzes über Errichtung öffentl. Schlachthäuser 31/92 26

- Gesetzentwürfe

- - mehr zuerst dem HH statt AH vorlegen 22/91 139; 51/92 180; 101/94 37v–38, 136/94 335–335v; 167/95 236–236v; 276/99 42–42v

- - das Kommunalsteuernetzgesetz zuerst an AH, da Finanzgesetz 178/96 47v–48

- - HH erhält u. verabschiedet Staatshaushalt verspätet 358/101 115v–116v
- - Reparaturinstanz bei unerwünschten Beschlüssen d. AH 214/97 19
- Höfeordnung Prov. Brandenburg 158/95 143
- Jagdordnung 190/96 107v–108
- Kanalbaupolitik, Resolution 166/95 224v–226v
- Kirchen
- - 1. Friedensgesetz 251/98 88
- - Initiativgesetzentwürfe betr. ev. Kirche (Kleist-Hammerstein) 270/98 330–330v
- - 1. Milderungsgesetz zum Kulturkampfabbau 45/92 121–121v
- Landesverwaltungsgesetz (1880–83) 43/92 113 f.; 156/95 112 f.
- Mitglieder
- - Berufung neuer 17/91 120v, 22/91 138v–139; 101/94 36–36v, 102/94 46; 184/96 83–83v; 214/97 16, 232/97 177v–178; 270/98 329 f.; 272/98 346v; 317/100 131v–132; 369/101 246v, 379/101 337v–338
- - Bestätigung aristokratisch-poln. MdH 29/92 7
- - Erbliche Sitze 84/93 137v; 272/98 346v; 367/101 236 f.
- - Freifahrkarten-Antrag gebilligt 114/94 164v–167
- - Präsentationsrechte an Städte 17/91 120v, 18/91 121v
- Staatsschuldbuch, Gesetzentwurf 157/95 119
- 4. Verwendungsgesetz in Form d. Regierungsvorlage wiederherstellen 147/95 55
- Volksschullasten- Erleichterung, Gesetzentwurf 319/100 142v–147v, 320/100 151 f., 155–155v
- Abgeordnetenhaus; Landtag

#### **Hessen-Darmstadt** (Bundesstaat)

- Maßnahmen gegen Überschwemmungskatastrophe (1882) 143/95 13v
- Regierung hat Änderungswunsch beim Innungsgesetz 68/93 31 f.

#### **Hessen-Kassel** (ehem. kurfürstl., dann landgräfl. Haus)

- Verkauf d. Stadtschlusses Fulda 127/94 274–276v, 133/94 309v–310

#### **Hessen-Kassel** (ehem. Kurfürstentum Hessen)

- u. Aufhebung d. Wildschadensersatzpflicht im Jagdordnungs-Entwurf 5/91 16 f.

#### **Hessen-Nassau** (Provinz)

- u. Beamten-Hinterbliebenenfürsorge, Gesetzentwurf 115/94 191–194v
- Forstverwaltung erschwert Gemeinden Losholz-Entnahme 28/92 2v
- Gesetzentwurf wegen Ausdehnung Nass. ev. Zentralkirchenfonds auf ehem. hess. Teile d. Konsistorialbezirks Wiesbaden 123/94 222v–223v; 142/95 1–1v
- Gesetzentwurf betr. Dienstplichten für Gesinde 238/97 226v
- Kreis- u. Provinzialordnung 198/96 182–182v, 209/96 284–284v; 214/97 15 f., 242/97 261 f.
- Oberpräs. v. Ende zum Abschied veranlassen 85/93 152v–153v
- separate Provinz Nassau gefordert 213/97 14–14v
- u. Staatshilfe f. Überschwemmungskatastrophe in d. Rheinprovinz 143/95 9v

#### **Hinrichtungen**

→ Strafrecht/Strafgesetzbuch

#### **Hof- und Staatshandbuch**

→ Staatshandbuch

#### **Höfeordnungen/Höferollen**

- Brandenburg, Gesetzentwurf 134/94 320–320v, 136/94 335v; 158/95 143
- Hannover, erleichterte Eintragung 24/91 142v–143
- Lauenburg (Krs. Hzgtm.), Einführung 24/91 143
- Rheinprovinz, Ausdehnung von Westfalen her auf 4 Kreise 24/91 143–143v; 103/94 55–55v
- Schlesien, geplant 166/95 223

- Schleswig-Holstein, geplant 83/93 119v; 166/95 223
- Westfalen, Einführung angeregt 24/91 143v; 83/93 119v, 93/93 198; 98/94 7–7v
- Hohenzollern** (Regierungsbezirk)
- Fristverlängerung beim Gesetz betr. Befähigung d. Verwaltungsbeamten 146/95 35v
- Holland**
- Niederlande
- Holzzoll**
- Erhöhung zum Schutz einheimischen Holzes geplant 136/94 337–339v
- Erhöhung durch Zolltarif-Novelle v. 1885 212/97 6v–8
- Hundesteuer**
- Gesetzentwurf (1881/82) 80/93 109v, 83/93 119v; 102/94 48 f., 114/94 164–164v
- Hygiene, gesundheitliche**
- Maßnahmen in Gesetzentwurf betr. Überschwemmungsschäden einbeziehen 310/100 83–83v
- Hypotheken- und Subhastationsgesetzgebung**
- Reform im Rahmen der Wuchergesetzgebung abgelehnt 12/91 59v, 60
  
- Identitätsnachweis** (beim Reimport von Getreide)
- Antrag auf Aufhebung im RT ablehnen 301/100 30v–31
- Innungen**
- Handwerk
- Inseratensteuer**
- erwogen 31/92 29v
- Italien**
- in Bismarcks außenpolit. Konzept 308/IV 90
- dt. Hilfe beim Erdbeben in Ischia 161/95 186 f.
  
- Jagdwesen**
- Jagdordnung (1879/80)
- - nach Bedenken d. Ressorts verschoben 25/91 148v; 28/92 4v–5, 51/92 178v–179; 83/93 119v
- - u. Wildschadensersatzpflicht in Hannover/Hessen 5/91 15v–17v
- Jagdordnung (1883/84) geplant, aber scheitert 166/95 223; 190/96 107v–108
- Wildschadensersatz, Initiativgesetzentwurf d. AH 361/101 163v–164v; 396/102 142v–143
- Janke Verlag** (Berlin) 331/IV 113
- Japan**
- Regierung plant Silberanleihe unter Verwendung v. Silber aus Reichsbesitz 222/97 73 f.
- Jerusalem-Stiftung** (der ev. Kirche) 364/101 183
- Jesuiten**
- Kirche, kath.
- Johann-Jacoby-Stiftung** (geplant)
- aus polit. Gründen abgelehnt 337/100 224 f.
- Juden**
- Antisemitismus
- Jura-Studium**
- fünfjähriges Medizinstudium wird Vorbild sein für 153/95 100
- Justizbeamte**
- Richter
- Justizministerium**
- Ministerwechsel
- - Friedberg – Schelling 351/101 12
- - Leonhardt – Friedberg 23/91 140

- Nachtragsetat (Gehaltsaufbesserung für Justizbeamte) 6/91 20–23v
- Umfang d. Ordensvorschläge 126/94 266
- Staatsministerium

**Kabinettsordres, Allerhöchste**

- staatsrechtl. Verhältnis zu Staatshaushaltsgesetz/Gesetzen 8/91 31–31v, 9/91 32–32v

**Kadettenanstalten**

- Militärwesen

**Kaiser**

- König

**Kaiser-Wilhelm-Spende** (Stiftung f. Alters-, Renten- u. Kapitalvers.) 77/93 79

**Kanäle**

- Wasserwirtschaft/Wasserwirtschaftsbehörden

**Kapitalrentensteuer/Kapitalertragssteuer**

- Einkommensteuer

**Kapuziner-Orden** 297/100 3v

**Kassel** (Regierungsbezirk)

- Presbyterial- u. Synodalordnung für die ev. Kirche 237/97 215–215v

**Kassel** (Stadt)

- Überlassung Regierungsgebäude im Tausch f. Aufhebung d. Einquartierungsfreiheit 70/93 59v

**Katharinerinnen** (kath. Orden) 297/100 5v

**Katholikentage** 176/96 11v, 178/96 48, 179/96 51

**Katolik** (oberschles. poln. Zeitung) 321/100 158v

**Kinder**

- Fürsorge

**Kirche, evangelische**

- Antrag Hammerstein/Kleist-Retzow betr. größere Selbständigkeit
- - in AH/HH 258/98 178v, 270/98 329 f.; 282/99 102–106
- - diesbezügliche Versammlung 276/99 42v–43, 277/99 47v–48v, 278/99 60–60v, 282/99 105v
- Dombau Berlin 333/IV 117–124; 353/101 61 f., 367/101 235; 394/102 109v–111
- Evang. Bund zur Wahrung d. dt.-prot. Interessen 375/101 301–301v
- evang. Domstifte, Reorganisation im Verwaltungswege 13/91 62
- Geistliche/Kirchenbeamte
- - Emeritierungsordnung f. Prov. Schleswig-Holstein 179/96 50v–51, 180/96 55–55v, 181/96 66
- - Entschädigung für Gebührenauffälle durch Zivilstandsgesetz 209/96 281v–284; 297/100 10–10v
- - Gehaltsaufbesserung geplant 350/101 9
- - Generalsuperintendenten in Hannover, Rangfrage 381/101 373v–374v
- - Generalsuperintendenten erhalten Kreuz als Würdezeichen 389/102 47v–49
- - Gesetzentwurf betr. Ruhegehalt 29/92 8–8v
- - Hinterbliebenenversorgung 356/101 87–98
- - Kirchenbeamte sollen auch aus Verwaltungsbeamtenschaft kommen 153/95 99v
- - Rang d. Räte II. Kl. f. Konsistorialprärs. 90/93 166
- - Rang d. Räte V. Kl. für Charité u. Strafanstalts-Geistliche 381/101 374v
- - Wehrpflicht 381/101 376 f.
- Generalsynode/Synoden
- - Debatten (1885) erwartet 232/97 178–178v
- - Initiative d. Kreissynoden betr. Recht, Anleihen aufzunehmen 336/100 219–219v
- - Provinzialsynode Pommerns für fakultative statt obligatorische Zivilehe 146/95 34v–35v
- - Verlängerung Provinzialsynodal-Periode f. Westfalen/Rheinprovinz 124/94 229–229v

- - Verteilungsmaßstab der Kosten für 13/91 62v, 15/91 75v
- Jerusalem-Stiftung 364/101 183–183v
- Kirchenbau in Tokio aus Gnadenfonds 396/102 139v–140v
- Kirchengemeinde u. Synodalordnung (1873 ff.)
- - für Prov. Hannover 104/94 60 f., 136/94 335v; 204/96 237 f.
- - Novelle nach Bismarcks Kritik nicht sanktioniert 252/98 91 f.; 302/100 40–42, 322/100 160v–161
- - Presbyterial- u. Synodalordnung im Konsistorialbezirk Kassel 237/97 215–215v
- Kirchengesetze (Sanktion derselben)
- - Form d. schriftl. Willenserklärungen d. Presbyterien in Westfalen u. Rheinprovinz 302/100 40–42, 322/100 161
- - Gesangbuch für dänische ev. Kirchengemeinden in Schleswig 373/101 291
- - Gesetzentwurf wegen Ausdehnung Nass. ev. Zentralkirchenfonds auf ehem. hess. Teile d. Konsistorialbezirks Wiesbaden 123/94 222v–223v; 142/95 1–1v
- - Kirchengemeindeordnung für 6 Gemeinden im RegBez. Wiesbaden 353/101 58v–59
- - Kirchengesetz betr. Einführung eines neuen Gesangbuches im Konsistorialbezirk Kassel 353/101 59–59v
- - Kirchengesetz betr. Dienstvergehen d. Kirchenbeamten 256/98 159v–160
- - Kirchengesetz betr. Dienstvergehen d. Kirchenbeamten d. Prov. Schleswig-Holstein 371/101 279
- - Publikation dreier Kirchengesetze f. Schleswig-Holstein 39/92 91v
- - Trauungsordnung 42/92 105v–108v
- - Trauungsordnung im Konsistorialbezirk Kassel 364/101 184–186
- Kirchensteuern/Umlagen
- - Befugnis d. Generalsynode zur Erhebung 356/101 87v–98
- - Verteilungsmaßstab 29/92 8v; 101/94 41 f.; 178/96 34 f., 179/96 49v–50v, 183/96 75v–77, 201/96 211–211v
- Korporationsrechte
- - für Berliner Stadtmission 356/101 99v
- - für Verein „The Anglican Community“ 218/97 48–50
- Luther-Feiern (1883) regierungsseitig organisieren 154/95 101v–102, 166/95 223v–224
- u. Polenpolitik 246/98 34
- Stöcker, Adolf, Disziplinarverfahren erwogen 307/100 70 f.; 308/IV 95–99; 319/100 147v–149v, 325/100 169–169v; 353/101 59v–60v; 363/IV 171v–173
- Ev. Oberkirchenrat
- Kirche, katholische**
- Bischöfe/Bischofswahlen
- - Bischofs-Gehälter 353/101 53v–54v
- - Bischof Höting apostol. Provikar f. d. nordischen Missionen 148/95 62v–63
- - Breslau 95/93 223–223v, 97/93 234; 100/94 18, 101/94 37, 112/94 115; 274/99 2v
- - Ermland 235/97 188v, 240/97 250; 243/98 1–1v
- - Fulda 96/93 227
- - Glückwunschsreiben an Bischof v. d. Marwitz 35/92 52v; 132/94 305, 133/94 309v
- - Großdechant d. preuß. Anteils d. Erzdiözese Prag 97/93 233v–234
- - Köln 235/97 188v, 238/97 228–231v
- - Kommissar f. d. preuß. Anteil d. Erzdiözese Olmütz 140/94 368–368v
- - Kulm 97/93 233v–234; 100/94 18, 111/94 112v–113; 254/98 113v, 256/98 154v–155v
- - Limburg 176/96 4–4v; 214/97 16, 215/97 26v–27v, 223/97 86–86v
- - Münster 372/101 286
- - Paderborn 120/94 208–208v



- - Pelplin 264/98 240v
- - Posen-Gnesen 247/98 47v, 253/98 102v
- - Trier 86/93 157–157v, 88/93 160–160v
- Dom zu Köln
- - Dombaifest 1880, Teilnahme Wilhelms I. u. Organisation 33/92 47–47v, 35/92 52, 42/92 103v–105v, 45/92 123 f., 47/92 154–159, 49/92 173v, 50/92 174–174v, 51/92 177, 58/92 214v–215
- - Lotterie zur Mittelbeschaffung 228/97 142 f.
- Domkapitel
- - Breslau , H. Gleich Kapitularvikar 93/93 198 f.
- - Hildesheim, Ergänzung 157/95 115
- - Münster, Nominierung von Dompropsten bzw. Generalvikar 177/96 19–19v, 182/96 68v
- - Paderborn u. Osnabrück, Kapitularvikare 69/93 33–33v
- - Posen-Gnesen vervollständigen 254/98 113v–114
- - Trier, de Lorenzi nicht Kapitularvikar 72/93 61–61v
- - Zahlungsmodus für Staatszuschüsse an Domkapitulare 190/96 109–109v
- Eingabe Erzbischof Dinder betr. Berichtigung d. Kirchenbücher 341/100 259
- Kirchenpatronats-Streit regulieren 362/101 169–171v, 379/101 342–342v
- Militärpropstei, Wiederaufrichtung erwogen 250/98 76 f.
- Mission in Kolonien 241/97 254–254v; 391/102 73v–75v, 393/102 87 f.
- Orden (geistl.)
- - Erleichterung d. Mitgliedereintritts bei unschädlichen Orden 276/99 43v–44
- - Korporationsrechte, Gesetz 309/100 79–79v, 317/100 133–133v
- - neue Niederlassungen, Ausführungsverfügung 59/92 227v–228
- - Niederlassungen/Wiederzulassung, Einzelfälle 274/99 7v–17v, 282/99 93v–95, 100v–101; 297/100 2–6, 306/100 66 f., 312/100 92v–93, 343/100 286–286v; 369/101 247–247v, 379/101 342v–344v
- - Redemptoristen-Zulassung abgelehnt 302/100 44–44v; 375/101 300–300v
- - Wehrpflicht 297/100 6–10
- Polenpolitik 246/98 34
- - Einschreiten gegen propolnischen kath. Priester erwogen 209/96 280v–281
- - Entgegenkommen in div. Fragen d. Diözese Posen 301/100 32–38v
- - Kirchengemeinde-Vorsitz durch Geistl. in d. Diözese Kulm 339/100 230v–231, 340/100 248v
- - Klerikalseminare Pelplin bzw. Posen wieder eröffnen 286/99 150 f.; 372/101 286v–287v
- - kein Pole u. Ultramontaner darf Bischof werden 95/93 221v–223v
- - Religionsunterricht, bischöfliche Revision 173/95 302–302v
- - Staatsgelder für das erzbischöfliche Palais, Posen 254/98 114–114v
- Priester
- - Dispensationen von gesetzlichen Erfordernissen d. Vorbildung für ein geistl. Amt 174/95 311v–312; 176/96 4v, 186/96 89v, 209/96 285 f.; 260/98 209v, 263/98 230, 272/98 346, 273/98 351v; 274/99 2v, 276/99 42, 278/99 60, 280/99 74v, 296/99 255v; 297/100 2, 340/100 248v, 341/100 258v, 343/100 286; 345/96 310–310v; 351/101 15, 359/101 134, 369/101 246v–247, 375/101 301v; 393/102 89
- - Dispensation von gesetzlichen Erfordernissen d. Vorbildung, Grundsätze 124/94 228v–229; 183/96 74v–75v
- - Entschädigung für Gebührenauffälle durch Zivilstandsgesetz 209/96 281v–284; 297/100 10–10v
- - Gehaltsaufbesserung geplant 350/101 9
- - Militärpfarrer u. Gesetzentwurf betr. Hinterbliebenenfürsorge f. Militärangehörige 116/94 195–200v

- - in ultramontaner Presse tätig 321/100 158–158v
- - Rang d. Räte V. Kl. für Charité u. Strafanstalts-Geistliche 381/101 374v
- - vor poln. Versammlung in Posen zu warnen 351/101 15–15v
- - Wehrpflicht 381/101 376 f.; 389/102 44–46v
- u. Schulwesen
- - Antrag Windthorst betr. Wiederherstellung kirchl. Rechte gem. Art 24 VU 353/101 62–62v
- - Antwort Puttkamer an Münstersche Katholiken 18/91 121
- - Beteiligung d. Kirche bei Anstellung von Lehrern 250/98 75v–76, 252/98 97v–98; 351/101 16, 364/101 188v–190v
- Sperrgelderverwendungsgesetz, Planung, Modifikation, Vertagung 301/100 38v–39; 351/101 16 f., 353/101 53–55, 361/101 162–166v; 390/102 63 f., 393/102 86–88v
- kath. Universität
- - in Fulda angeblich geplant 127/94 274v–275; 240/97 250
- - in Salzburg geplant 208/96 271–271v
- Verhältnis Kirche - Staat in Rheinprovinz 393/102 91v–96
- Wahlrundschriften der Bischöfe (1888) 343/100 284 f.
- Altkatholiken; Katholikentage; Kulturkampfabbau
- Klassensteuer**
- Einkommensteuer
- Kleines Journal** (Zeitung, Berlin) 317/100 133v
- Köln** (Stadt)
- plant progressive Einkommensteuer 172/95 293–293v
- Kölnische Zeitung** 142/95 2; 270/98 331; 359/101 135v
- Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft** 30/92 25v
- Kolonialpolitik**
- Bau Generalkonsulat Shanghai 195/96 153
- Bismarcks Haltung 374/101 293
- Gründung eines dt. Seminars für kath. Missionare 391/102 73v–75v
- Postdampfer-Subvention 195/96 155–155v, 205/96 251, 206/96 255
- Samoa-Kämpfe u. Änderung § 4 StGB 355/101 83; 357/IV 145–147v
- Kommandogewalt** (in Militärfragen)
- Militärwesen
- Kommunen**
- Bestätigungen/Nicht-Bestätigung
- - Einzelfälle 76/93 76v; 145/95 18v–25, 157/95 117v–118; 206/96 256v–257; 224/97 101v–102; 348/96 320
- u. Forstschutz- Gesetzentwurf im RegBez. Wiesbaden 125/94 236 f.
- Grund- und Gewerbesteuer zuweisen u. Steuerreform 254/98 112; 281/99 79 f.; 357/IV 148–155; 359/101 121–121v; 383/102 12v–20
- u. Hundesteuer 102/94 48v
- Kommunalsteuern
- - bei Militärpersonen, Gesetzentwurf 179/96 52v–53; 250/98 74 f., 260/98 209
- - Kommunalsteuern bei jurist. Personen, spez. Eisenbahnen 28/92 5, 29/92 9 f., 30/92 23 f.; 107/94 75 f.; 214/97 17 f., 215/97 33v–34, 225/97 103v–104v
- Kommunalsteuernetzgesetz (1884) 164/95 204, 165/95 206, 171/95 289v–291v; 177/96 19v–20, 178/96 35–48
- Lex Huene/Überweisung von Zollerträgen 216/97 37v–38; 243/98 9v; 295/99 241; 383/102 13

- Schulen/Schullasten
- - Entlastung durch geringere Anforderungen der Schulaufsichtsbehörden, Ausweisung von Polen/Juden u. Staatszuschüsse 81/93 112v, 94/93 218v, 97/93 229v–230; 218/97 54–56, 221/97 70 f., 226/97 105v–112, 114–121v, 228/97 143v–144v; 281/99 79 f.
- - Gesetz betr. Erleichterung d. Volksschullasten 296/99 256–256v
- - Lehrer-Gehälter 215/97 29v–31
- - höheres Schulwesen möglichst verstaatlichen 349/101 3–8v
- Städte
- - Anteil im Provinziallandtag d. Rheinprovinz 277/99 46v–47
- - lt. Bismarck regierungsfeindlich 97/93 230
- - Kreisfreie Städte Hannovers gefährliches Präzedenz f. Altpreußen 91/93 171 f.
- - Neuverteilung der Kosten der staatl. Polizeiverwaltung in 21 Städten 295/99 233v–241v
- - Rang der Polizeipräsidenten 366/101 220v–222
- - bei Staatsgeldern angeblich begünstigt 295/99 241
- - Städteordnung v. 1853 im RegBez. Wiesbaden einführen 238/97 226v–227; 248/98 57v–58
- Statistische Erhebungen reduzieren 394/102 112v
- Wahlen
- - Antrag Stern betr. geheime Wahl 170/95 268 f.
- - Initiativgesetzentwürfe betr. Bildung kommunaler Wahlbezirke 194/96 152v; 394/102 107–109v
- u. Zuständigkeitsgesetzentwurf (1880/81) 67/93 27v–28
- [einzelne Städte]
- Kongresse, internationale**
- Amerikanisten (Berlin 1888), Ehrenpräsidium 321/100 158v–159v
- Internat. Geolog. Kongreß (Berlin 1884), Protektorat Wilhelms I. 192/96 123v–125
- König/Königliches Haus**
- Friedrich III., Festlichkeiten zur Silberhochzeit 143/95 6v; 144/95 16 f.
- Mitglieder (außer Monarchen)
- - Kaiserin u. Königin Augusta, Landestruer 384/102 22 f., 385/102 30v
- - Kaiserin u. Königin Victoria, Mitgliedschaft in der Anglican Church 218/97 48 f.
- - Kaiserin u. Königin Victoria, Presse-Polemik mit Welfenfonds-Geldern 317/100 133v–134v
- - Prinz Friedrich Karl, Tod 227/97 139 f.
- - Prinz Heinrich, Glückwünsche 50/92 176v
- - Prinz Karl, Tod 144/95 16 f.
- Rechte/Prärogativen
- - ist Dienstherr über Beamte, nicht der RT 352/101 21–23v, 34–34v
- - exekutive Gewalt gem. Art. 45 VU u. freisinnige Bestrebungen nach Parlamentarisierung 189/96 104v–105v, 190/96 107–107v
- - Kommandogewalt, Debatte vermeiden 195/96 156
- - Protektorate für Kongresse, Vereine etc. 192/96 123v–125, 345/96 310v
- - u. Staatsrat 187/96 91–95
- - verfassungsmäßige Rechte gegenüber RT 241/97 254–257v
- - Vertagung des AH 149/95 67 f.
- Thronwechsel Friedrich III. – Wilhelm II.
- - Aufrufe Wilhelms II. u. Berufung RT/LT 327/100 179 f., 328/100 182 f.
- - Begräbnis Friedrichs III. 326/100 176 f.
- - Königskrönung abgelehnt 331/IV 110–110v
- - Regierungsgrundsätze Wilhelms II. 326/100 173 f.
- - Trauerregeln u. Vereidigung der MdA/MdH 326/100 175 f., 177v–178

- Thronwechsel Wilhelm I. – Friedrich III.
- - Dank an Staatsministerium, Landestruer, Mitteilungen 304/100 53–56, 306/100 64v–66
- - Rückkehr Friedrichs nach Berlin, Tod Wilhelms I. 303/100 47–52
- - Standeserhöhungen u. Ordenssachen 317/100 131–131v
- - Vereidigungen 306/100 62–64v, 307/100 68v–69v; 308/IV 85
- Verbot d. Einsendung von Büchern/Gegenständen 5/91 15
- Wilhelm I.
- - Beleidigung durch Berliner Volksztg. 355/101 81v–83; 357/IV 133–145; 364/101 178v–180
- - Fall Memoiren von L. Schneider 331/IV 112v–114
- - Hochzeits- bzw. Thronjubiläum 13/91 62; 236/97 198v–199, 237/97 215
- - Illumination öffentl. Gebäude 33/92 46–46v, 35/92 53–53v; 146/95 32v–33v; 218/97 56; 290/99 208
- Wilhelm II.
- - Gnadenfonds für ev. Kirche in Tokio 396/102 139v–140v
- - Hochzeit, Geburtstag, Vaterschaft 66/93 22v–23; 118/94 203v–204; 350/101 10
- - Krondotation erhöht 351/101 12v–13
- - Reisen/ Reglement für Verhalten d. Zivilbehörden 342/100 280, 396/102 140v–141v
- - Stellvertretung Friedrichs III. 307/100 68–68v, 309/100 75–78v, 313/100 113 f., 315/100 119 f.
- - Todestag Friedrichs III. u. Geburts- u. Todestag Wilhelms I. als Gedenktage 333/IV 126–126v  
→ Amnestie
- Konservative Partei** (Deutsch-konservative Partei, DkP)
- u. geplanter Einkommensteuer-Nachlaß 48/92 166v
- wünscht Erhöhung d. landwirt. Schutzzölle 254/98 111 f.; 286/99 154–157
- u. Gesetzentwurf betr. Branntweinmonopol 251/98 80v, 262/98 225, 226v
- gewinnt bei AH-Wahlen 1882 132/94 306
- in Hannover 44/92 117–119
- u. 2. Milderungsgesetz 111/94 113–113v, 113/94 144
- u. Sperrgelderverwendungsgesetz 390/102 64
- u. 3. Verwendungsgesetz 109/94 102 f., 110/94 109v
- u. Volksschullehrer/ Volksschullasten 140/94 370v–371v; 319/100 142v–147v, 321/100 157
- u. Wiederaufnahme staatl. Leistungen, Straffreiheit d. Sakramentspendens etc. 152/95 94 f.
- u. Bündnis mit Zentrumspartei 248/98 52v–53; 316/100 126–126v
- u. Zuckersteuer-Novelle 253/98 101v–102v
- Konstitutionelle Garantien**  
→ Zölle/Zollpolitik
- Konsulargerichtsbarkeit**
- Reichsgesetzentwurf dazu gebilligt 6/91 24–24v
- Krankenversicherung**
- Ausdehnung auf Transportgewerbe 205/96 251, 206/96 255v–256
- längere Übergangsfristen für freie Hilfskassen d. Arbeiter 210/96 287–287v  
→ Unfallversicherung
- Kreise**
- Kreissekretäre, Stellenbesetzung durch Militäranwärter 193/96 144v–145, 146v
- Kreistage
- - Kreistagswahlen Gumbinnen unter spez. Kommissar 154/95 102–102v
- - mehrheitlich deutsch in Westpreußen u. Oberschlesien 247/98 45v–46
- u. 2. Verwendungsgesetz 54/92 193–196v, 58/92 207v–214v, 59/92 220–227v
- Kreisordnung** (v. 1872)
- Novelle im Rahmen des Landesverwaltungsgesetzes (1880) 25/91 147 f., 156–156v

- Novelle (1880/81) gebilligt 52/92 190v
- Hannover (Prov.); Hessen-Nassau (Prov.); Posen (Prov.); Rheinprovinz; Schleswig-Holstein (Prov.); Westfalen (Prov.)

### **Krieg/Kriegsvorbereitung**

- Gesetzentwurf betr. Anleihe für den Mobilmachungsfall (1887) 278/99 56–58
- Pferdeausfuhrverbot vorbereiten 273/98 351–351v
- bei Sparkassen 191/96 117
- Taler-Münzen für Mobilmachung 282/99 86v

### **Kriegervereine**

- Fahrerleichterungen der Eisenbahnen für 179/96 51v
- Geldsammlung für Kyffhäuser-Denkmal 351/101 14 f.
- Korporationsrechte u. Grundsatzdiskussion betr. Kriegervereine 60/92 249–251v; 79/93 86 f.

### **Kriegsministerium**

- Ministerwechsel
- - Bronsart v. Schellendorff – Verdy du Vernois 359/101 118–118v, 360/101 136
- - Kameke – Bronsart v. Schellendorff 148/95 62
- Rang d. Abteilungschefs 174/95 305
- Staatsministerium

### **Kronrat**

- Beratungsgegenstände u. Anwesenheit d. Kronprinzen 307/100 69v–71v, 72v–73
- Bezeichnung anstelle d. bisherigen Namens Conseil 307/100 69v
- Terminierung (18.3.1889) 355/101 84

### **Kulturkampf-Abbau (1879–88)**

- Aufhebung d. Gesetzes betr. unbefugte Ausübung von Kirchenämtern (Expatriierungsgesetz) 102/94 45 f., 123/94 222–222v; 145/95 30v–31, 151/95 92–92v; 185/96 88fv–88g, 196/96 161v; 237/97 218v–219
- Aufnahme kath. Behörden in das Staatshandbuch 270/98 330v–332
- Auszeichnungen für genehme kath. Geistliche 144/95 17–17v, 157/95 114v; 207/96 269v–270
- Befugnisse d. Staatsministerium betr. Eid-Erlaß/Vermögensverwaltung 176/96 7 f.
- Begnadigungen
- - Bischof Blum 120/94 208v–209v; 167/95 234–236, 240, 168/95 245, 170/95 270–270v
- - Bischof Brinkmann 176/96 4v–6, 177/96 19, 179/96 49–49v
- - für Priester Classen, Trier abgelehnt 307/100 74–74v
- - von unter den Maigesetzen Verurteilten 260/98 209v–210
- Bischöfe u. Geistliche
- - päpstl. Ansprache an Bischof Klein veröffentlichen 270/98 328v, 335
- - Antrittsbesuche von Erzbischof Krementz 247/98 48–48v, 258/98 178v–179
- - Dispensation vom Eid für Generalvikare 260/98 209v; 361/101 159 f.
- - Domherr Saul, Trier ist kein Jesuit 153/95 98v
- - keine Totenfeier für Fürstbischof Förster in Schulen 92/93 188
- - Wiedereinsetzung von Erzbischof Melchers, Petition 125/94 232–232v, 126/94 265–265v
- Bismarck erhält Christus-Orden 243/98 1
- Dotationen gem. Bulle de salute animarum verweigert 256/98 153 f.
- Erziehungsanstalt von ehem. Redakteur der Schles. Volkszeitung beantragt 159/95 157v–158
- Fahrleichterungen für kath. Vereine 176/96 10v–11v, 178/96 48, 179/96 51 f.
- 1. Friedensgesetz erwogen u. gebilligt 232/97 176 f.; 248/98 52–54v, 251/98 88
- 2. Friedensgesetz, Detaildiskussion u. Beratung im LT 267/98 271; 274/99 3v–30v, 275/99 40–40v, 277/99 48v–50, 278/99 55–55v, 282/99 90–101v
- keine neue kath. Abt. geplant 153/95 98v–99
- Katholikenversammlung in Köln 187/96 95v–96

- Konvikte Trier/Prüm unterlaufen staatl. Schulreglements 286/99 151 f.
- 1. Milderungsgesetz, Grundsatz- u. Detaildiskussion 20/91 122kv–122l; 36/92 54–59, 40/92 94–97v, 41/92 98v–101, 42/92 104v–105, 43/92 114v–115v, 44/92 119–119v, 45/92 121–123
- 2. Milderungsgesetz, Grundsatz- u. Detaildiskussion, Beratung im LT 77/93 81, 78/93 83, 83/93 120, 96/93 226 f.; 99/94 14v–16v, 101/94 38v–41, 104/94 57v, 106/94 68 f., 107/94 76, 111/94 113–113v, 113/94 140v–145, 121/94 213v–214v
- 3. Milderungsgesetz, Grundsatz- und Detaildiskussion, Beratung im LT 151/95 92–92v, 152/95 94 f., 154/95 101v, 155/95 103–109, 156/95 111–111v, 157/95 116v–117v, 158/95 148–148v
- Orden vom Hl. Grabe für Windthorst 158/95 143v–144
- Staatspfarrer emeritieren 191/96 113–113v; 274/99 6
- Stand (allg. Mitteilungen) 25/91 147; 134/94 325v; 147/95 56, 163/95 197, 165/95 206v, 166/95 224; 181/96 66v, 183/96 74v, 184/96 83, 196/96 162, 199/96 194; 229/97 147v, 238/97 227; 268/98 273, 269/98 313; 336/100 220; 371/101 282v
- Univ. Bonn erhält neue Theologie-Lehrstühle 236/97 198–198v
- Wiederaufnahme staatl. Leistungen u. Straffreiheit d. Messelesens u. Sakramentenspendens (Anträge Windthorst) 109/94 98 f., 111/94 113v; 145/95 30v–31, 151/95 92–92v; 216/97 36 f.; 282/99 91v–93v
- Wiederaufnahme staatl. Leistungen f. einzelne Bistümer 123/94 219–219v; 174/95 312–312v; 176/96 8 f., 177/96 19, 186/96 89v–90v
- Wiederherstellung der Art. 15, 16, 18 VU, Antrag 176/96 9v–10
- Wiederherstellung d. preuß. Gesandtschaft beim Vatikan 135/94 331–331v
- Wiederernennung eines z. D. gestellten kath. Landrats 220/97 67 f.
- Kirche, katholische

### **Kunst**

- Berliner Kunstausstellungen, Hundertjahrfeier 257/98 163
- Kunstgewerbemuseum, Berechnung d. Dienstzeit d. Beamten 257/98 163–163v

### **Landesaufnahme** (Abt. d. Großen Generalstabs)

- geodätische Messungen (Nivellements) im Verhältnis zu Messungen des Geodät. Instituts 166/95 227–233v

### **Landeseisenbahnrat**

→ Eisenbahnen

### **Landesökonomie-Kollegium** 236/97 199v

### **Landesverwaltungsgesetz/Organisationsgesetz** (1879–83)

- Entwurf (1879) 21/91 129v–134v, 25/91 147 f., 153–153v
- Gesetz (1880) 43/92 113 f., 45/92 125v
- Gesetz (1883), Detaildiskussion u. Beratung im LT 129/94 283–283v, 133/94 312–319v, 140/94 373v–377v; 149/95 67v–68, 151/95 88–91, 156/95 112 f., 157/95 115 f.
- - wichtigste Resultate lt. Puttkamer 158/95 147v–148
- - zur Stärkung d. monarchischen Staatsgewalt 81/93 112v
- Verwaltungsreform; Zuständigkeitsgesetz

### **Landräte**

- Ablösung als Steuereinschätzungsbehörde abgelehnt 169/95 262v, 264v–267
- Bevorzugung bei Ernennung zu Oberregierungsräten 157/95 118v
- Qualifikation nichtgrundbesitzender Männer d. Selbstverwaltung 6/91 23v–24
- schlecht bezahlt 97/93 229

### **Landschaften** (Kreditorganisationen)

- jüdische Grundbesitzer u. ständische Rechte 74/93 67v–69v

**Landtag**

- Budgetrecht (Art. 109 VU)
  - - Ausgabenerhöhung durch LT prinzipiell ablehnen 6/91 21v, 23–23v
  - - Ausweitung durch Verwendungsgesetze befürchtet 58/92 213v
  - - Initiativen beim Etat abwehren 91/93 170
  - Gesetzesvorlagen
  - - geplant f. diverse Sessionen 22/91 139; 51/92 178v, 180; 83/93 119v–121; 164/95 204
  - - Verteilung an beide Häuser (1882/83) 101/94 37v, 136/94 335–335v; 167/95 236–236v
  - Initiativgesetzentwürfe ohne Beteiligung d. Staatsreg. 363/IV 170 f.; 364/101 191–191v; 394/102 107–109v
  - Kompetenzen
  - - nicht Dienstherr über Beamte 352/101 21–23v, 34–34v
  - - Rechnungslegung u. Diskontinuität d. Sessionen 341/100 265v–270v; 352/101 25v
  - Legislaturperioden
  - - Dauer 336/100 220v–221
  - - vierjährige angestrebt 17/91 119v–120
  - Mitglieder-Vereidigung nach Thronwechsel 306/100 63 f., 326/100 175–175v
  - Parlamentskorrespondenz, Gründung einer regierungstreuen 168/95 245 f.; 176/96 14v–15, 17 f.
  - regierungsfreundlicher als Reichstag 251/98 78 f.
  - Reichstag ist finanzpolitisch wichtiger 20/91 122l
  - Sessionen (Eröffnung, Thronreden, Dauer, Schluß)
  - - 1878/79 8/91 29v
  - - 1879/80 20/91 122l, 22/91 139, 23/91 140v; 44/92 120, 45/92 125–125v
  - - 1880 (Nachsession) 28/92 1fv–2, 30/92 25, 32/92 44–44v
  - - 1880/81 49/92 170, 50/92 176v, 53/92 192; 67/93 27
  - - 1882 86/93 155v, 92/93 188v; 99/94 14, 101/94 37v, 118/94 203–203v, 119/94 205 f.
  - - 1882/83 130/94 297v–298v, 131/94 299, 299v–300v, 133/94 308v–309, 310v, 134/94 321 f., 135/94 328v, 331–333, 136/94 335; 157/95 115
  - - 1883/84 164/95 203v, 165/95 206, 167/95 236; 190/96 108–108v
  - - 1885 211/96 306v; 213/97 11v–13, 223/97 86
  - - 1886 242/97 260; 243/98 12v–13, 244/98 14–14v, 261/98 213–213v
  - - 1887 265/98 244; 274/99 2, 17
  - - 1888 296/99 255v; 297/100 10v–11, 298/100 12, 299/100 1, 322/100 162–162v
  - - 1888 (außerordentl.) 329/100 184; 331/IV 109–109v
  - - 1889 340/100 248; 348/96 319v–320; 350/101 9, 361/101 166–166v
  - - 1890 380/101 369v–370, 381/101 375; 383/102 20–20v
  - Zusammentagen mit RT 1/91 1v–2v, 2/91 5 f.; 83/93 117v–119v; 117/94 201v–202; 151/95 91; 179/96 53v–54; 235/97 188–188v; 292/99 220–220v
- Abgeordnetenhaus; Herrenhaus

**Landwirtschaft**

- u. Abteilungsbildung im Staatsrat 190/96 110 f.
- Baumschule im Berliner Tiergarten verlegen 204/96 238v
- Einkommensteuer-Erträge zurückgehend 274/99 2
- u. Einkommensteuerreform-Projekt (1889) 359/101 126
- u. Haftpflichtversicherung 27/91 179
- Lage gedrückt 213/97 12–12v
- u. Reblaus-Bekämpfung 23/91 140; 268/98 288–288v
- u. Reichsstempel-Novelle 31/92 27v; 194/96 150–152
- u. Schweineeinfuhrverbote 370/101 267, 374/101 293–293v
- Subhastationsordnung geplant 83/93 119v

- Vieheinfuhr aus Niederlanden 51/92 180v
- Viehseuchengesetz (1880) 25/91 148–148v
- Viehzählung (1883) 127/94 272–272v
- Zollerhöhung u. Bimetallismus gefordert 243/98 2v–3
- Grundbesitz/Großgrundbesitz; Höfeordnungen; Hypotheken- u. Subhastationsgesetzgebung; Identitätsnachweis; Landschaften (Kreditorganisationen); Zölle/Zollpolitik
- Landwirtschaftlicher (Zentralkredit-) Verein, Neuwied** 143/95 11, 12, 14
- Lauenburg** (Kreis Herzogtum)
  - Aufhebung d. Rentenbank 222/97 74–74v
  - Höferolle einführen 24/91 143
  - Kreisordnung (1882) 113/94 136–136v, 117/94 202
  - Landrat v. Bennigsen-Förder i. e. R. 121/94 211
- Leipzig** (Stadt u. Amtshauptmannschaft)
  - Sozialistengesetz
- Lex Huene** 216/97 37v–38; 243/98 9v; 295/99 241; 357/IV 151v; 383/102 13
- Einkommensteuer; Zölle/Zollpolitik
- Lotterien**
  - Aufhebung d. Staatslotterien verlangt 234/97 184v
  - Klassenlotterie nicht erweitern 91/93 170–170v
  - zur Mittelbeschaffung für Kölner Dom 228/97 142 f.
  - zur Niederlegung d. Berliner Schloßfreiheit 379/101 336, 348a–348ev
  - Resolution AH betr. einheitliche Regelung 197/96 163v–164
  - Rotes Kreuz beantragt Geldlotterie 201/96 208v
  - Verleihung von Lotterie-Einnehmerstellen an Offiziere a. D. 344/100 292; 377/101 326v–333, 378/101 335, 381/101 377
- Lübeck** (Freie und Hansestadt)
  - Senat stellt Bundesratsantrag betr. Maße und Gewichte 5/91 15v
- Luxemburg**
  - neue Paßkontrollen u. Steuergrenze 318/100 137–137v
  - Maßnahmen gegen Cholera-Einschleppung 199/96 193
- Marine**
  - Marineverwaltung möchte Lotsenwesen übernehmen 390/102 68v–69
  - Neuorganisation, Errichtung d. Reichsmarineamts 343/100 281–281v
  - u. Nord-Ostsee-Kanal 191/96 119–122; 235/97 189v–191v
- Martineum** (Privatschule in Breslau) 300/100 13
- Maße und Gewichte**
  - Überwachung als Aufgabe des Reichs 5/91 15v
- Mechanisch-technische Versuchsanstalt** (seit 1880 an der TH Charlottenburg) 257/98 166
- Mecklenburg-Schwerin** (Bundesstaat)
  - Änderungswünsche zur Gewerbeordnungs-Novelle 114/94 156–156v
  - hat hohe Gewerbesteuer 137/94 343v
- Meisenheim** (Kreis)
  - Beschwerde über landwirtschaftliche Zustände 127/94 276v
- Mémorial du Grand-Duché de Luxembourg** (Memorial d. Ghzgtm. Luxemburg) 199/96 193
- Der **Militäranwärter** (Zeitschrift) 269/98 313v
- Militärkabinett**
  - Gegenzeichnung von Immediatberichten d. Staatsministeriums 123/94 220 f.
  - sachkundig 377/101 331



**Militärwesen**

- Deutscher Offizierverein plant Warenhaus für Beamte 345/96 308v–310; 352/101 19 f., 27–27v
- Einjährig-Freiwillige, Berechtigungserteilung 300/100 13–13v; 363/IV 166 f.
- Einquartierungsfreiheit, Aufhebung f. Kassel u. Überlassung Regierungsgebäude 70/93 59v
- Eisenbahnen/Militärbahnen
  - Bau u. Finanzierung 2. Gleise 15/91 75v–77; 65/93 17–20, 66/93 21 f., 73/93 63v; 390/102 61, 396/102 154v–155, 156v
  - Verpflichtung von Privatbahnen zur Herstellung von Anlagen im Interesse der Landesverteidigung 190/96 108v–109, 194/96 148 f.
- Hinterbliebenenfürsorge
  - Gesetzentwurf dazu u. Befreiung Unverheirateter von Witwen- u. Waisengeldbeiträgen 116/94 195–200v; 195/96 153v–155, 196/96 161–161v
  - neuer Gesetzentwurf dazu 208/96 275v–278v; 222/97 75v–77v
- Kadettenanstalten
  - RT-Debatte dazu vermeiden 195/96 156
  - Verlegung der Anstalt Kulm nach Köslin 261/98 211–213
- Kommandogewalt, Debatte dazu vermeiden 195/96 156
- Kommunalsteuern
  - Kommunalsteuerfreiheit ist Reichssache 171/95 291–291v; 179/96 52v–53
  - Gesetzentwurf betr. Heranziehung d. Militärpersonen zu 249/98 59v–61v, 250/98 74 f., 260/98 209
- Kranken- und Unfallversicherung
  - Einbeziehung der Beschäftigten der Heeres- und Marinebetriebe 206/96 256
- Militäranwärter
  - Grundsätze u. Verzeichnis betr. Stellenbesetzung mit Militäranwärtern 125/94 233–236, 238–244; 157/95 119, 158/95 144v–145; 192/96 123, 193/96 141–147v
- Militärbauwerke
  - Divisionskommandeur-Wohnung in Neisse 15/91 74 f.
  - Garde du Corps-Kaserne in Berlin 379/101 339 f.
- Militärgerichtsbarkeit
  - Gesetzentwurf betr. Bestrafung d. Trunksucht 55/92 197v–200, 201
  - Gesetzentwurf betr. zivilrechtl. Verfolgung Militärangehöriger 61/93 1f–2
  - Militärstrafprozeßordnung, Novelle erwogen 392/102 81v–83v
- Militärpensionen
  - Antrag Moltke betr. Änderung 249/98 59–61v
  - Novelle dazu 109/94 99v–101v, 127/94 272v–273; 181/96 66–66v, 183/96 74–74v, 195/96 153v
  - Novelle für Militärpersonen im Kommundaldienst 396/102 155 f.
  - Pensionsansprüche aufgrund kriegerischer Spätschäden 185/96 88g–88gv
- Militärpropstei, kath., Wiederaufrichtung erwogen 250/98 76 f.
- Militärvorlage (1890)
  - Grundsatzdiskussion u. Finanzierung 395/102 124–135v, 396/102 143v–156v
  - u. mögliche Auflösung d. RT 398/102 196–196v
- Offiziere
  - Pensionsverlust bei Eintritt in fremde Dienste 218/97 52v–54, 219/97 58–58v
  - Schaden durch Wechselgeschäfte 12/91 59–59v
  - Verleihung von Lotterie-Einnehmerstellen 344/100 292; 377/101 326v–333, 378/101 335, 381/101 377
  - Vermögensnachweis zum Heiratskonsens 293/99 223av–223b

- u. Polenpolitik
- - Gesetzentwurf betr. Einsetzung v. Bezirksoffizieren in Ostprovinzen 249/98 64–67v
- - polnischsprachige Rekruten nur in deutsche Garnisonen einziehen 246/98 34v–37
- Rang- u. Titelfragen
- - Auditeure 364/101 186–188v
- - Rangfolge Oberpräsident – kommand. General 110/94 106–108
- Reserveoffiziere
- - bei Eintreten für Freisinn droht schlichter Abschied 136/94 336v
- - Symbol f. Landwehr-Dienstauszeichnung im Staatshandbuch abdrucken 319/100 142
- Septennat (1880), Hauptinhalt u. Detaildiskussion 17/91 119v; 28/92 3 f.
- Septennat (1887), Planung u. Scheitern 248/98 55–57; 275/99 35–40, 280/99 75
- Servis- bzw. Quartierleistung, Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes 279/99 61–61v
- u. Streiks 266/98 248v–253; 365/101 198v–199
- Unfallversicherung, Gesetzentwurf für Reichsbeamte/Militärangehörige 222/97 74v–75v, 223/97 82–86, 236/97 203–203v, 238/97 226; 249/98 73
- Wehrpflicht
- - Gesetzentwürfe betr. Landsturm und Ersatzreserve (Wehrpflichtgesetz) 293/99 222v–223
- - für Ordensleute u. Theologen 297/100 6–10; 381/101 376 f.
- - Unruhen unter Militärpflichtigen in Spremberg 256/98 148–151v
- Wehrsteuer
- - Gesetzentwurf 37/92 62–64a, 48/92 168; 61/93 1f
- - neuerlich erwogen 395/102 132v, 396/102 150
- u. Zivilbehörden
- - Erklärung d. Belagerungszustands f. Bielefeld 220/97 67
- Krieg/Kriegsvorbereitung; Kriegervereine; Reichsinvalidenfonds
- Militär-Wochenblatt** (offiziöses Organ d. Kriegsministeriums) 113/94 140v
- Mineralöle**
- Zollerhebung auf Petroleum geplant 2/91 6
- Minister**
- Staatsministerium; [einzelne Ministerien]
- Ministerialgebäude**
- Kultusministerium/Staatsministerium/Landwirtschaftsministerium 32/92 44v–45v
- Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten**
- keine neue kath. Abt. 153/95 98v–99
- (Unter-) Abt. Volksschulen/Seminarien eingerichtet 38/92 67–67v; 99/94 14–14v
- Ministerwechsel
- - Falk – Puttkamer 16/91 80, 17/91 119
- - Puttkamer – Goßler 81/93 111–111v, 82/93 113
- verlangt Vertreter in Prüfungskommission f. höhere Verwaltungsbeamte 14/91 68 f.
- Ev. Oberkirchenrat; Kirche, ev.; Kirche, kath.; Staatsministerium
- Ministerium der öffentlichen Arbeiten**
- Berg- u. Hüttenabt. abgegeben 390/102 53 f.
- Bauabt., Einrichtung zweier Direktionen 42/92 110–110v
- Eisenbahnabt., Teilung 33/92 47v
- Erhöhung d. Normalzahl von Orden/Ehrenzeichen 134/94 323v–325v
- Fertigstellung Eisenbahnetat 1883/84 130/94 297v–298v, 131/94 299v–300v
- Ressort-Umfang 72/93 62; 242/97 263v
- wünscht Abt. f. Verkehrswesen im reaktivierten Staatsrat 190/96 110
- Eisenbahnen; Staatsministerium

**Ministerium des Innern**

- Ministerwechsel
- - Eulenburg – Puttkamer 81/93 111–111v
- - Puttkamer – Herrfurth 324/100 169–169v, 325/100 169, 326/100 176, 327/100 179
- u. Mitgliederernennung der Prüfungskommission f. höhere Verwaltungsbeamte 14/91 68 f.
- Ressortkompetenz bei Ernennungen 324/100 169v–171v
- Staatsministerium

**Ministerium für Handel und Gewerbe**

- Berg- u. Hüttenabt. übertragen 390/102 53 f.
- Beteiligung bei div. Angelegenheiten 75/93 74–74v
- Geschäftskreis-Neuorganisation 8/91 30v–31, 9/91 32–32v
- Ministerwechsel
- - Hofmann – Bismarck 48/92 162–164
- - Bismarck – Berlepsch 390/102 52 f., 391/102 73v
- Staatsministerium

**Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten**

- Beteiligung bei Personalia d. Provinzialbehörden verlangt 90/93 166–166v, 92/93 189–197
- Domänen und Forsten-Abt., Ressortzuschnitt 31/92 26–26v; 92/93 189 f.
- Finanzergebnis d. Forstwirtschaft (1884) günstig 211/96 307
- Geschäftskreis-Neuorganisation 8/91 30v–31, 9/91 32–32v
- Gestütsverwaltung, Etatüberschreitung 24/91 142v
- Ministerwechsel Friedenthal – Lucius 16/91 80, 17/91 119
- Umfang u. Prüfungsmodus landwirt. Kenntnisse in Verwaltungsbeamten-Prüfung 14/91 67–67v
- Vertreter in Prüfungskommission f. höhere Verwaltungsbeamte verlangt 14/91 68 f.
- Staatsministerium

**Mosse, Rudolf** (Verlag) 237/97 218, 218v

**Münchener Allgemeine Zeitung** 359/101 135

**Münzen/Münzpolitik**

- Münzgesetz-Novelle (1880) 35/92 53v
- Münzprägung mit Bild Friedrichs III. 308/IV 91v–94v
- Silberverkäufe an Ägypten 282/99 86–86v

**Museen**

- 2 Mio. Mark für Ankäufe im Staatshaushalt 167/95 236v–237

**Nassau**

→ Hessen-Nassau

**Nationalliberale Partei (NLP)**

- u. Branntweinmonopol-Gesetzentwurf 251/98 80
- u. Erhöhung d. landwirt. Schutzzölle 286/99 154–157
- Fall Ordenssache Prof. Boretius, Halle 162/95 189 f., 192v
- Fall Landrat MdA E. K. Knebel 91/93 169
- in Hannover regierungsseitig unterstützt 44/92 117–119
- u. 1. Milderungsgesetz zum Kulturkampfabbau 43/92 115–115v
- u. 3. Milderungsgesetz zum Kulturkampfabbau 155/95 106, 108v–109
- u. Miquels geplante Berufung zum Oberpräsidenten d. Rheinprovinz 393/102 91–96
- u. Sperrgelderverwendungsgesetz 390/102 64
- zu hohe Forderungen betr. Volksschulbildung 226/97 117v–118v

**Nationalzeitung** (Berlin) 359/101 135v; 369/101 244v

**Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung** 30/92 23v; 276/99 42v, 277/99 48v

**Neueste Mitteilungen/Nachrichten** (Korrespondenz d. MdI) 358/101 106–106v, 369/101 244, 375/101 298v, 299v, 301v

**Neuorganisationsgesetz** (für 3 Ministerien 1879)

- staatsrechtl. Verhältnis zu Kabinettsordres u. Staatshaushaltsgesetz 9/91 32–32v

**Niederlande**

- Vieheinfuhr aus denselben erlaubt 51/92 180v

**Niederwald-Denkmal**

→ Denkmäler

**Nogat** (Fluß) 322/100 163v–165v

**Norddeutsche Allgemeine Zeitung** 30/92 23v; 96/93 226; 113/94 140v; 168/95 245; 234/97 184; 304/100 54

**Nord-Ostsee-Kanal**

→ Wasserwirtschaft/Wasserwirtschaftsbehörden

**Notstände**

→ Staatshilfen

**Oberpräsidenten** (allg.)

- Exzellenz-Titel im Amt u. Wirkl.GehR 338/100 227v

- Rangfolge Oberpräsident – kommand. General 110/94 106–108; 264/98 241

→ Ernennungen

**Oberrechnungskammer**

- Beamte

- - u. Disziplinarrechts-Novelle (1879) 2/91 3 f.

- - Ernennungen, Rangerhöhung, Ordenssachen zeichnet nur MinPräs. gegen 121/94 215 f.

- - Präs. v. Stünzners 50jähriges Dienstjubiläum 42/92 108v–109

- - Rang- und Titelfragen 361/101 160–162

- Gesetz (1872), sprachliche Berichtigung 24/91 144v–145

- Monita zur Staatshaushaltsrechnung 148/95 64v–65v; 177/96 20–20v; 219/97 59–59v, 227/97 140 f.

**Oberschlesien/Regierungsbezirk Oppeln**

- Bergarbeiterstreik (1889) 367/101 224v–226, 230

- Kreistage sind mehrheitlich deutsch 247/98 45v–46

- Notstand (1879) 24/91 145; 30/92 22

- Religionsunterricht, bischöfliche Revision 173/95 302–302v

→ Polenpolitik

**Obertribunal**

- Ordenssachen anlässlich Aufhebung 22/91 138

**Oberverwaltungsgericht** 135/94 327v–330v

- Ernennungen u. Titelverleihung 358/101 114 f.

- u. Streit um Verbauung des Berliner Kreuzberg-Denkmal 75/93 70–72v

**Oldenberg'sche Parlamentskorrespondenz** 168/95 245 f.

**Oldenburg** (Bundesstaat)

- Regierung u. Ankauf d. Rhein-Nahe-Bahn 65/93 17–20, 66/93 21 f.

**Oppeln** (Regierungsbezirk)

→ Oberschlesien

**Ordenssachen** 2/91 3, 3/91 9v, 11/91 57, 12/91 58v, 22/91 138, 27/91 177–177v; 30/92 25v, 31/92 26, 32/92 44, 33/92 47v, 35/92 53v, 39/92 91, 42/92 102 f., 45/92 125, 55/92 200–200v, 60/92 248–248v; 61/93 7, 72/93 61, 62, 74/93 67, 83/93 117v, 87/93 158–158v, 88/93 160v–161, 97/93 228, 228v; 98/94 7v–8, 101/94 36, 102/94 44–44v, 104/94 57, 107/94 70v, 109/94 105–105v, 110/94 106, 115/94 190, 124/94 230–230v, 126/94 265v–266, 127/94 271–271v, 272,

- 129/94 283, 130/94 297–297v, 131/94 301v–302, 133/94 308–308v, 311, 141/94 378 f.; 142/95 2–2v, 4v–5v, 148/95 62–62v, 150/95 69v, 70v, 153/95 98, 99, 156/95 111v, 157/95 114v, 158/95 143, 159/95 157v, 162/95 188–193, 193v, 195, 163/95 196 f., 165/95 206 f., 166/95 223v, 167/95 234, 169/95 267v, 170/95 270v–271, 174/95 303–305v; 177/96 19v, 183/96 74v, 184/96 83v, 187/96 95–95v, 193/96 140, 197/96 163, 200/96 195, 201/96 208–208v, 209v–210, 203/96 236v, 204/96 237, 207/96 269v–270v, 208/96 271v–272; 217/97 43v, 219/97 58v, 225/97 104v, 230/97 150, 239/97 240, 240/97 250–250v, 241/97 254, 242/97 260–260v; 249/98 69v–70, 252/98 98v, 255/98 117, 257/98 163, 163v, 164, 258/98 179–179v, 259/98 199v, 261/98 215–215v, 264/98 240, 240v, 267/98 270, 268/98 289–289v, 269/98 313, 272/98 346, 346v, 273/98 352–352v; 279/99 62, 283/99 117v–118, 285/99 139, 289/99 189v, 192, 290/99 208 f., 292/99 221, 293/99 222–222v, 295/99 242, 296/99 255v; 302/100 43v, 314/100 116v–117v, 315/100 120 f., 316/100 122 f., 124, 317/100 131–131v, 132–132v, 318/100 135 f., 319/100 142, 328/100 183v, 330/100 186–186v, 334/100 206–206v, 335/100 209–209v, 337/100 225–225v, 338/100 226, 227, 339/100 230–230v, 231, 341/100 258, 343/100 286, 344/100 292v–293; 348/96 318–319v; 350/101 10v, 356/101 100, 358/101 102v–105, 359/101 134v, 360/101 136, 137, 366/101 220v, 367/101 237v–238, 370/101 265–265v, 372/101 287v–288, 373/101 289 f., 375/101 301–301v, 376/101 322–322v, 323, 378/101 335–335v, 381/101 372–372v; 394/102 112, 113, 115v–116, 117v–118v, 395/102 120 f., 135v–136, 136v–137, 396/102 142–142v, 397/102 160–160v, 399/102 207v
- Grundsätze
  - - Allg. Ehrenzeichen 211/96 307v; 242/97 260v–261; 380/101 361–363v; 386/102 32v–34
  - - bei Ausstellungen 354/101 75–75v
  - - keine Auszeichnung kurz nach Beförderung/Dekorierung 60/92 248v; 142/95 3v
  - - keine Auszeichnung für opponierende Beamte 172/95 293v–296v
  - - Bundesratsmitglieder d. Bundesstaaten 242/97 261
  - - Dekorationen bei Doktorjubiläen 367/101 238–238v
  - - Erhöhung d. Normalzahl für Minm.öA 134/94 323v–325v
  - - Glückwunschsreiben 146/95 32–32v
  - - Goldene Verdienstmedaille evtl. stiften 376/101 324v–325v
  - - Hausorden v. Hohenzollern 27/91 177v; 125/94 232; 309/100 79v–81; 356/101 98v–99, 380/101 362v
  - - Kath. Geistliche, Aufhebung d. Sperre für Orden/Titelverleihungen an 157/95 114v
  - - Kronenorden 380/101 362v–363
  - - Orden I. Kl. erst ab Rang Wirkl.GehR 97/93 228v; 144/95 17–17v; 292/99 221
  - - Orden vom hl. Grabe 82/93 115v–116; 158/95 143v–144
  - - Ordensinsignien, Form 249/98 70, 252/98 89v–90v; 376/101 324–324v
  - - Ordensverweigerung 73/93 63–63v; 174/95 304
  - - Roter Adler Orden, Verleihungsbedingung Stern zur II. Kl. 162/95 188
  - - bei Subalternbeamten 162/95 188v, 174/95 305v; 348/96 321–321v
  - - Vergütung für minderbemittelten Erben belassene Orden 377/101 333 f.
  - - Verleihungsanlässe beschränken 310/100 89 f.

### **Organisationsgesetz**

→ Landesverwaltungsgesetz

### **Österreich-Ungarn**

- in Bismarcks außenpolit. Konzept 308/IV 88–91v; 398/102 192v–193
- Handelsvertrag/Zollabkommen (1879/81) 1/91 1–1v, 24/91 141v; 78/93 82–82v, 80/93 108v–109
- Regierung
  - - Reaktion auf Ausweisungen von Juden/Polen 232/97 175–175v
  - - Vereinbarung betr. Fallenlassen d. Volksabstimmung in Nordschleswig 5/91 14–14v
- Zweibund-Abschluß 19/91 122d–122f, 20/91 122k–122kv

**Ostpreußen (Provinz)**

- Mißernte droht 370/101 267v, 371/101 282
- Volksschullasten u. Ausweisung von Polen/Juden 226/97 105v–109v

**Papier**

- Papierqualität u. Papierbeschaffung für Behörden 257/98 165–168

**Parlamentarisierung**

- Bismarck gegen freisinnige Bestrebungen danach 189/96 104v–105v, 190/96 107–107v
- Abgeordnetenhaus; Reichstag; Verfassung

**Pensionssachen**

- Disziplinar- und Pensionssachen

**Pest**

- Seuchen/seuchenpolit. Maßnahmen

**Pfandleihgewerbe**

- Antrag Bayerns im Bundesrat 11/91 57v
- Kommissionsbeschlüsse AH zum Gesetz (1881) 66/93 23
- Konzessionierung 114/94 155 f.

**Pferdebahngesellschaft (Berlin) 333/IV 125**

**Philippiner (kath. Orden) 297/100 3v**

**Polenpolitik**

- Adresse poln. MdR/MdL an Friedrich III. 320/100 152–154, 322/100 162v–163
- Ansiedlungsgesetz (1886)
- - Ankäufe durch Deutsche stärken dt. Einfluß 209/96 280–280v
- - Bismarck erwägt 232/97 179 f.
- - Grundsatz- und Detaildiskussion betr. Maßnahmen, Mittelhöhe, Ziele, Vorgehen 244/98 14–16v, 246/98 27v–37, 247/98 38–43v, 50 f., 252/98 89v
- - deutschstämmige Familien aus Rußland individuell zulassen 277/99 50 f.
- - ergänzt um Institut d. Rentengüter 251/98 85v–86
- Ausweisungen (1885/86) 226/97 107–109v, 232/97 175–175v, 241/97 254–257v
- Beamte
- - keine polnischsprachigen Beamten in gemischtnationalen Gebieten 247/98 47
- - Zulagen für Landwehrfeldwebel in gemischtnationalen Gebieten 249/98 66
- Bestätigung aristokratisch-polnischer MdH 29/92 7
- Fideikommißstiftung Hardt-Wonsowo 300/100 15–17
- Flottwell'sche Denkschrift (v. 1841) veröffentlichen 249/98 61v, 253/98 103
- Gesetzentwurf betr. Anstellung d. Impfärzte in Prov. Posen 247/98 45 f.
- Grundsatzdiskussion 148/95 63 f.
- Kirche, kath.
- - Abwehr nationalpoln. Bestrebungen in Kirche 99/94 16, 101/94 38v–39v; 209/96 280v–281
- - Bismarck für strenge Überprüfung poln. Priester 124/94 228v–229
- - Kulturkampfabbau in Diözese Posen u. Sprachenpolitik 301/100 32–38v
- - Kein Pole darf Bischof werden 95/93 222 f.
- - Priester in ultramontaner Presse tätig 321/100 158–158v
- - Staatsgelder für das erzbischöfliche Palais, Posen 254/98 114–114v
- - Vervollständigung Domkapitel von Posen-Gnesen 254/98 113v–114
- - Warnung an Klerus vor poln. Versammlung in Posen 351/101 15–15v
- - Wiederaufnahme eingestellter Staatsleistungen f. d. Diözese Posen-Gnesen 186/96 89v–90v
- Militärwesen
- - Gesetzentwurf betr. Einsetzung von Bezirksoffizieren 249/98 64–67v
- - Verlegung der Kadettenanstalt Kulm 261/98 211–213

- Prov. Posen auflösen u. Kreise teilen 256/98 158; 278/99 52–55
- Sprachenpolitik
  - - bei Behördensprache Ausnahmeregelung für nichtdeutsche Sprachen beenden 267/98 270 f.
  - - Gesetzentwurf betr. Gebrauch d. dt. Sprache in Versammlungen 244/98 15v, 249/98 67v–68v
  - - Interpellation betr. Gebrauch poln. Sprache im Unterricht 145/95 30v
  - - Lehrer am Klerikalseminar Posen 372/101 286v–287v
  - - Religionsunterricht in dt. Sprache 156/95 110 f.
  - - Unterrichtssprache in Volksschulen von Westpreußen/Posen 289/99 189; 395/102 119 f.
- Sobieski-Feiern (1883) 162/95 194–194v
- Volksschulwesen
  - - Gesetzentwurf betr. Anstellung d. Lehrer in Westpreußen, Posen u. RegBez. Oppeln 247/98 44–44v, 253/98 103, 254/98 114v–115, 256/98 159
  - - Gesetzentwurf betr. außerordentliche Mittel f. Westpreußen, Posen, Oppeln 249/98 64, 252/98 92v–97v
  - - Gesetzentwurf betr. Bestrafung d. Schulversäumnisse in Preußen u. Schlesien 247/98 44v–45
  - - Gesetzentwurf betr. Errichtung von Fortbildungsschulen 253/98 103
- Ansiedlungskommission; Kirche, kath.; Posen (Prov.)
- Polizeiwesen**
  - Distriktskommissare d. Prov. Posen nicht bewährt 91/93 172v–173; 247/98 46, 249/98 65v–67
  - Feld- und Forstpolizei-Novelle (1880) 28/92 2v–3, 30/92 25–25v, 34/92 48–51, 36/92 59
  - in Frankfurt/M. 253/98 100 f.
  - Gesetzentwurf betr. Erlaß polizeilicher Verfügungen 129/94 283v, 131/94 300v–301v; 150/95 70v–71
  - Neuverteilung der Kosten der staatl. Polizeiverwaltung in 21 Städten 295/99 233v–241v
  - Polizeiverordnung betr. Kreuzberg-Denkmal, Berlin 75/93 70–72v; 268/98 273v–287v, 290–303v
  - Rang d. Polizeipräsidenten großer Städte 366/101 220v–222
  - staatliche vs. städtische Polizei bei Durchsetzung kl. Belagerungszustand 191/96 113v–114
- Pommern (Provinz)**
  - Auswanderung 396/102 139 f.
- Pommersche Landschaft (Kreditorganisation) 74/93 67v–69v**
- Posen (Provinz)**
  - Auflösung angeregt 256/98 158
  - Distriktskommissare 91/93 172v–173; 247/98 46, 249/98 65v–67
  - Gesetzentwurf betr. Anstellung d. Impfärzte 247/98 45 f.
  - Kreisteilung, Gesetzentwurf 247/98 46–46v; 278/99 52–55
  - Kreis- u. Provinzialordnung reformieren 52/92 189 f.; 244/98 16; 338/100 226v
  - Landgütermarkt u. Ansiedlungspolitik 232/97 179 f.
  - Verwaltung d. provinzialständischen Vermögens u. allg. Polenpolitik 148/95 63 f.
- Polenpolitik
- Posen (Stadt)**
  - Kommission gegen Hochwassergefahren 367/101 234–236
- Posener Zeitung 28/92 1 f.**
- Post (Reichspost)**
  - Beamte, Rangfragen 253/98 103v–104; 322/100 160–160v
  - Portoregelung für Behörden 341/100 260–265v
  - Postgebäude-Bau durch Privatleute 160/95 172v–173v, 164/95 203
  - Postsparkassen-Gesetzentwurf 191/96 116 f., 203/96 232, 205/96 250v, 206/96 255–255v, 208/96 273v–274v; 282/99 88 f.

- StS d. Reichspostamts soll sich nicht über preuß. Ministerien äußern *164/95* 203; *179/96* 53–53v; *359/101* 118v–119v

Die **Post** (freikons. Zeitung, Berlin) *113/94* 140v

### **Presse/Pressepolitik**

- Amtliche Inserate u. Auslegen von oppositionellen Zeitungen in Staatseisenbahnen *28/92* 1f–1fv; *107/94* 73 f.

- Beleidigung Wilhelms I. durch die Berliner Volksztg. *355/101* 81v–83; *357/IV* 133–145

- Beleidigung d. Staatsministeriums *317/100* 133v–134v

- Bismarck wünscht Extra-Kreisblätter gegen Lügen über das Septennat *280/99* 75

- Bismarck möchte Presse gegen Allg. Dt. Lehrerversammlung benutzen *75/93* 75

- Bismarck wünscht Verbote gem. § 11 Reichspressegesetz gegen Oppositionspresse *103/94* 53v

- Druckerei des Volksblatt f. d. Havelland von Beamten übernommen *135/94* 327

- keine Erwiderung auf Artikel betr. Elsaß-Lothringen *369/101* 244v

- u. Gesetzentwurf gegen gemeingefährlichen Gebrauch v. Sprengstoffen *189/96* 104–104v

- Kolportage, Verbote erwogen *114/94* 149v, 156–156v; *176/96* 13v–14

- offiziöse Presse soll schwankende Wahlmänner beeinflussen *132/94* 306v

- Puttkamers Reform d. offiziösen Pressewesens *113/94* 139v–140v, *122/94* 217 f., *137/94* 340 f.; *168/95* 245 f.; *176/96* 14v–15, 17 f.

- Reden der Minister in RT/LT im Staatsanzeiger veröffentlichen *2/91* 5; *134/94* 326–326v

- Sanktion gegen Journalisten wegen Mitteilung aus Staatsministerium *359/101* 134v–135v

- sensationelle Zeitungsberichte über Hinrichtungen *269/98* 315 f.

- Verbot Insterburger Zeitung *74/93* 67–67v

- Westfälische Provinzialzeitung, Münster *78/93* 84v–85

- WTB, unrichtige Meldungen *375/101* 301v–302

→ Staatsanzeiger

### **Pressegesetz (d. Reichs v. 1874)**

- Gesetzentwurf betr. Abänderung d. StGB u. d. Pressegesetzes *353/101* 55–58v, *354/101* 67–74v, *76–80v*, *355/101* 81–84; *357/IV* 133–145; *364/101* 175v–182v, *375/101* 302, *376/101* 318v

- Verjährungsfrist für Pressevergehen *233/97* 181v–182

- Verschärfung vorbereitet *11/91* 54 f.

### **Preußen-Reich, Verhältnis**

- bei Beamten-Fragen

- - Besoldungserhöhung bzw. Pensionen *78/93* 83v; *109/94* 99v–101v

- - Hinterbliebenenfürsorge für Beamte bzw. Militärpersonen *37/92* 64av–65; *115/94* 192v–193v, *116/94* 199–199v

- - bei Kommunalbesteuerung d. Beamten u. Militärpersonen *179/96* 52v–53, *208/96* 278v–279

- - Neugestaltung d. Uniformen *258/98* 176v–177v

- - Portoregelung für Behörden *341/100* 260–265v

- - Rang Posträte/Oberposträte *253/98* 103v–104

- - Unfallversicherung für Beamte/Militärpersonen *223/97* 83

- - Wechsel zwischen preuß. u. Reichsdienst *42/92* 110v–111v, *59/92* 228 f.

- Bismarcks Konzeption u. Interpretation *185/96* 88b–88f; *394/102* 100v–102v, *398/102* 197v–198v

- bei Branntweinsteuer-Novelle *262/98* 224–226v

- im Bundesrat, bei Präsidial- oder preuß. Anträgen *7/91* 28–28v; *41/92* 98–98v; *175/96* 1, *197/96* 164, *205/96* 252 f., *207/96* 268 f.; *222/97* 77–77v; *364/101* 172–174

- bei Cholera-Maßnahmen *199/96* 188–194

- bei Eisenbahn-Finanzierung u. Ankauf *15/91* 75v–77; *65/93* 19 f., *66/93* 22

- bei Eisenbahn-Freihahrkarten für MdR *202/96* 216v–218

- bei Gebührenfreiheit im Verfahren vor dem Reichsgericht *167/95* 238 f.



- beim Gesetzentwurf betr. Anleihe für den Mobilmachungsfall (1887) 278/99 56–58
- bei Kompetenzen d. Reichsgesundheitsamts 371/101 279–282
- beim Kulturkampf-Abbau 20/91 122kv–122l
- bei Militärkosten allg. 15/91 74–74v
- bei Militärkosten anlässlich Streiks 366/101 214–219v
- preuß. Ministerien - Reichsämtler
- - nicht Anfrage eines Reichsamts, sondern nur des Kanzlers ist zu beantworten 160/95 172v–173v
- - Korrespondenz d. Ministerien mit Reichsbehörden nur via Außenministerium 225/97 103–103v
- - Ressortkompetenz Handelsministerium-RA dI (Rücktritt Hofmann) 48/92 162–164
- - StS sollen sich nicht über preuß. Ministerien im RT äußern 164/95 203; 179/96 53–53v; 359/101 118v–119v
- beim Nord-Ostsee-Kanal 191/96 117v–122
- beim Postsparkassen-Gesetz 203/96 232 f.
- beim Reichs- u. Staatsanzeiger 237/97 217
- beim Reichsgesetz über Gewerbegerichte 390/102 61 f.
- Reichspolitik und Einzellandtage 3/91 8 f.
- Reichstag ist nicht Landtag nachzusetzen 20/91 122l
- bei Staatshaushalt-Einbringung in das Parlament 168/95 247v
- u. Staatsrat-Reaktivierung 188/96 96bv, 202/96 218v–219
- Überlassung d. Schmuckplätze am Alsenplatz an Reich 39/92 91
- bei Zoll- und Steuerpolitik 137/94 343 f.; 286/99 154v–156

#### **Preußische Rentenversicherungsanstalt**

- 50-Jahr-Feier 340/100 248

#### **Preußische Zentral-Boden-Kredit AG**

- Rüdorff als Präs. bestätigt 263/98 229v–230

#### **Provinzen (allgemein)**

- Dotationen 359/101 121v
- für Landesdirektoren Rang d. Räte 2. Kl. abgelehnt 393/102 89 f.
- Weigerung ihren Verpflichtungen bei Reichstelegraphenverwaltung nachzukommen 104/94 61v
- u. 2. Verwendungsgesetz 59/92 220–227v
- [Einzelne Provinzen]

**Provinzial-Korrespondenz** (Offiziöses Organ d. MdI) 18/91 121; 97/93 228; 113/94 139v; 375/101 298v

#### **Provinziallandtage/Provinzialverbände**

- Gefahr d. Politisierung 174/95 307 f., 311
- sollen alle Provinzial-Gesetze begutachten 196/96 159v

#### **Provinzialordnung (1875)**

- Novelle (1880/81) gebilligt 52/92 190v
- Hannover (Prov.); Hessen-Nassau (Prov.); Posen (Prov.); Rheinprovinz; Schleswig-Holstein (Prov.); Westfalen (Prov.)

#### **Prüfungskommission für höhere Verwaltungsbeamte**

- Mitglieder 14/91 68 f.; 37/92 65v–66

**Quittungssteuer** 97/93 229v

#### **Reblaus**

- Landwirtschaft

#### **Rechtsanwälte**

- Anwälte; Winkelkonsulenten

**Rechtschreibung**

- Neuregelung in Schulen und Behörden 38/92 67v–68v

**Regierungspräsidenten** (allgemein)

- unbeschränkte Verfügung über Dezernentenzuteilung 92/93 192–197

→ Ernennungen; Landesverwaltungsgesetz; Zuständigkeitsgesetz

**Reichs- und preußischer Staatsanzeiger**

→ Staatsanzeiger

**Reichsamt des Innern**

- Einrichtung d. Abt. für Handel und Gewerbe 48/92 163v–164

- Ernennung Boettichers zum StS 48/92 162–162v

**Reichsbank** 192/96 125v

- u. Kapitalrentensteuer 171/95 289

- Novelle zum Reichsbankgesetz (1891) 358/101 107–113v, 376/101 316–318

**Reichsfinanzen**

- u. Branntweinmonopol-Plan 243/98 1v–10

- Etatperioden zweijährig angestrebt 17/91 119v–120

- Franckensteinsche Klausel 21/91 127v–128

- u. Militärvorlage (1890) 395/102 127v–135v

- Reichshaushalt

- - (1881/82), Steuerschätzung u. polit. Implikationen 61/93 2–7, 64/93 14–16

- - u. Matrikularbeiträge 102/94 44v–45; 353/101 51v–52

- - Nachtragshaushalt (1889) 353/101 50–52v

- u. 1. Verwendungsgesetz 21/91 125–129v

**Reichsgericht** (Leipzig)

→ Gerichtsverfassung/Gerichtsorganisation; Richter

**Reichsgesetzblatt** 330/100 185v

**Reichsgesundheitsamt**

- Neubau Dienstgebäude u. Kompetenzen 365/101 200–202, 371/101 279–282

**Reichshaushalt**

→ Reichsfinanzen

**Reichsinvaliden-Fonds**

- Beziehungen zur Disconto-Gesellschaft 192/96 125v–126

- Verwaltungsmitglieder 184/96 83

**Reichskanzler**

- Gesetzesinitiativrecht 175/96 1

- Bismarck will als MinPräs. zurücktreten 185/96 88b–88f

- Kompetenzen bei Schweineimportverboten 370/101 267

- Stellvertreter wird Boetticher 81/93 111v

**Reichsoberhandelsgericht** (Leipzig)

- Schiedsspruch betr. Kommunalsteuerpflichtigkeit d. Thüring. Eisenbahngesell. 28/92 5, 29/92 9 f., 30/92 23 f.

**Reichspostamt**

→ Post

**Reichstag**

- Adresse zum Thronwechsel Friedrich III. – Wilhelm II. 331/IV 108v–109

- u. Auslieferung polit. Attentäter, Resolution 77/93 81–81v

- u. Denkmal für Wilhelm I. 307/100 69v; 308/IV 85v–87v

- Gebäude-Neubau

- - Plenargebäude 15/91 77–78v; 146/95 33v; 193/96 140

- - Palais des RT-Präs. 109/94 103v–105

- Gesetzentwürfe (allg.)
- - Beratungsstand bei div. Vorlagen 195/96 153–156v, 196/96 161–161v
- - geplant 17/91 119 f.; 86/93 156 f.; 179/96 54
- Kirchenfragen
- - Initiativgesetzentwurf betr. Aufhebung d. Gesetzes über unbefugte Ausübung von Kirchen-  
ämtern 102/94 45 f., 123/94 222; 185/96 88fv–88g, 196/96 161v
- - Initiativgesetzentwurf betr. Wehrpflicht d. Geistlichen 389/102 44–46v
- Kompetenzen/staatsrechtl. Stellung
- - Beschlußunfähigkeit regierungsseitig konstatieren 262/98 222–224
- - Bismarck gegen gesetzgeberische Konzession an RT 208/96 276–276v
- - Bismarcks Strategie gegen RT 394/102 99, 102–102v
- - nicht Dienstherr über Beamte 352/101 21–23v, 34–34v
- - Etatperioden, Gesetzentwurf zur Einführung zweijähriger 10/91 37v–38v, 13/91 62v–65v
- - finanzpolitisch ist RT wichtiger als LT 20/91 122l
- - Genehmigung auswärtiger Verträge (Art. 11 RV) 160/95 170–172
- - Legislaturperioden, Gesetzentwurf zur Einführung vier-/fünfjähriger 10/91 37v–38v, 13/91  
62v–65v, 17/91 119v–120; 307/100 68
- - u. Reichsleitung 241/97 254–257v
- Militärfragen
- - Gesetzentwurf betr. Heranziehung d. Militärpersonen zu Kommunalsteuern 250/98 74 f.
- - Militärpensionsgesetz, Antrag betr. Änderung 249/98 59–61v
- - Militärvorlagen 248/98 55v–57; 275/99 35–40
- - Pensionsansprüche von Militärs aufgrund kriegerischer Spätschäden, Antrag 185/96 88g–88gv
- Mitglieder (MdR)
- - Eisenbahn-Freifahrkarten beschränken 77/93 79v–81; 114/94 166v; 151/95 91 f.; 202/96 216v–  
218; 278/99 58v–59v
- - Immunität (gem. Art. 30/31 RV) 5/91 18 f.; 251/98 86v–88, 254/98 109v–110v
- - RT-Kandidaturen von Staatsministern 202/96 219–219v
- - Strafantrag gegen MdR, die Diäten aus Parteifonds bezogen 218/97 50–52v
- - Strafgewalt des RT über seine Mitglieder („Maulkorbgesetz“) 3/91 8 f., 5/91 14–14v, 7/91  
25–27v
- - süddt. MdR fehlen wegen gleichzeitiger Landtags-Mitgliedschaften 83/93 118v
- Polenpolitik
- - Interpellation betr. Ausweisungen (1885/86) 241/97 254–257v
- Sessionen (Terminierung, Eröffnung, Thronrede, Dauer, Schluß)
- - 1879 1/91 1–1v, 2/91 5 f., 4/91 11, 12 f., 5/91 14
- - 1880 (Nachsession) 32/92 44–44v
- - 1881/82 83/93 117v–119v, 92/93 188v, 94/93 218–218v
- - 1882/83 113/94 137 f., 115/94 189v
- - 1884 179/96 53v–54, 181/96 66–66v, 195/96 156
- - 1885/86 254/98 109–109v, 260/98 203–203v
- - 1886 (Extrasession) 262/98 227 f.
- - 1886/87 265/98 244
- - 1887 281/99 76–80v
- - 1888/89 328/100 182v–183, 344/100 292; 351/101 13 f.
- - 1889/90 374/101 293v–294, 375/101 302–302v, 376/101 316
- - 1890 388/IV 202; 394/102 112v
- - Vertagung als Vorbild für AH 149/95 67 f.
- - Zusammentagen von RT u. LT 117/94 201v–202, 130/94 298v; 151/95 91; 235/97 188–188v;  
292/99 220–220v

- Sozialpolitik
- - Krankenversicherung, Initiativgesetzentwurf betr. Detail 210/96 287–287v
- - Unfallversicherung, Ausdehnung auf Landwirtschaft 249/98 71 f.; 255/98 117v
- - Unfallversicherung für Beamte d. Reichs u. Militärpersonen 223/97 82–86; 249/98 73
- Sozialistengesetz
- - Rechenschaftsberichte, Antrag betr. Wiedervorlegung 282/99 106v–107v
- - Sozialistengesetz, Verlängerung 182/96 68v–71; 388/IV 202–208v
- Staatshaushalt
- - Antrag betr. Verwendung Etatüberschuß zur Senkung d. Matrikularbeiträge 102/94 44v–45
- u. Staatsministerium
- - knappe Antworten auf Anfragen 253/98 99 f.
- - bei Initiativgesetzentwürfen 363/IV 170 f.; 364/101 191–191v; 394/102 107–109v
- u. Staatsrats-Einberufungstermin 203/96 233 f.
- Steuern und Abgaben
- - Branntweinsteuer, Antrag betr. Enquête vor Erhöhung 191/96 114–114v
- - Branntweinmonopol, Beschlüsse betr. Gesetzentwürfe 251/98 78–81, 252/98 89, 259/98 198 f.
- - Tabaksteuer-Reform 4/91 11, 12 f.
- - Zuckersteuer-Novelle, Beschlüsse 239/97 242, 243; 253/98 101v–102v, 254/98 108
- Wahlen/Wahlrecht
- - Bismarck erwägt Abschaffung geheime Wahl 170/95 268 f.
- - Nachwahlen Wahlkreis Gumbinnen 7 250/98 77
- - RT-Resolution betr. Nichtbeschlagnehmbarkeit vervielfältigter Wahlzettel 147/95 57 f.
- - Stichwahlen 211/96 306v; 213/97 13 f.
- - Terminierung (1881–90) 86/93 156 f.; 195/96 156v, 202/96 216–216v; 278/99 55v; 374/101 294–294v
- - Untersuchung betr. Wahl Rickerts durch Beamte 96/93 226; 103/94 54–54v
- - Wahlprogramm/Wahltaktik d. Regierung 81/93 112v; 202/96 219v
- - Wahlprüfungen u. freisinnige Bestrebungen nach Parlamentarisierung 189/96 104v–105v
- Wirtschaftsfragen
- - Beschlüsse betr. Gesetzentwurf betr. Nord-Ostsee-Kanal 249/98 70–70v
- - Initiativgesetzentwurf betr. neuen § 100 e der Gewerbeordnung (Lehrlingsannahme) 196/96 161, 203/96 235v
- - Postsparkassen-Gesetzentwurf 191/96 117
- - Strafgesetzgebung gegen Wucher 12/91 58v–60; 369/101 243–243v
- Zölle/Zollpolitik
- - Ratifikation des Handelsvertrages mit Spanien 265/98 243 f.
- - Zollanschluß Hamburgs, Antrag 80/93 108v
- Abgeordnetenhaus; Landtag
- Reichsverfassung** (v. 16.4.1871)
- lt. Bismarck kündbar 394/102 100–v–102v
- implizite Verfassungsänderung 7/91 25v–26
- Reichsversicherungsamt** 224/97 100v
- Rentengüter**
- Gesetzesinitiative im Rahmen d. Ansiedlungsgesetzes geplant 246/98 28v, 29v, 247/98 38v
- Rheinische Eisenbahngesellschaft** 15/91 75v–76, 77; 90/93 165
- Rhein-Nahe-Bahn** 63/93 13v, 65/93 17–20, 66/93 21 f., 67/93 26 f.
- Rheinprovinz**
- Antrag auf Untersuchungen zur Lage d. Kleinbauern 105/94 64v–66
- Gesetzentwurf betr. Staatshilfe für Überschwemmungskatastrophe 139/94 366–367; 142/95 2, 143/95 7–15

- Gesetzentwurf betr. Kantongefängnisse 201/96 210–210v; 217/97 43v
- Höfeordnung auf 4 Kreise ausdehnen 24/91 143–143v; 103/94 55–55v
- Kreis- und Provinzialordnung novellieren 246/98 27–27v; 277/99 46 f., 286/99 157
- Provinziallandtag-Sitzung bleibt nichtöffentlich 92/93 188v–189
- Verhältnis Staat–kath. Kirche 393/102 92–96
- Verlängerung Provinzialsynodal-Periode 124/94 229–229v

#### **Richter**

- Beförderung zum Senatspräsi., sofern nicht länger MdA bleibt 91/93 169v
- Fall freisinniger LGR Schrader 124/94 230v–231v
- Gehaltsfragen im Verhältnis zu Verwaltungsbeamten 97/93 229
- in Hannover partikularistisch-welfisch 38/92 69v
- Orden für Vizepräsi. d. Reichsgerichts A. Drechsler 177/96 19v
- Rang- und Titelfragen
  - - Amts- u. Landrichter zu 50 % Räte IV. Kl. 344/100 292–292v
  - - OLG-Präsi. wird nicht Wirkl.GehR 91/93 169–169v
  - - im Vergleich zu höheren Lehrern 215/97 28 f.
- u. Verwaltungsbeamte in Ansehen bzw. Rekrutierung 6/91 22–22v, 22/91 139–139v
- Gerichtsverfassung/Gerichtsorganisation

#### **Ritterakademien**

- Bedburg 107/94 76, 108/94 77v

#### **Rotes Kreuz**

- beantragt Geldlotterie 201/96 208v

#### **Rumänien**

- Handelsvertrag (1886/87) 262/98 227 f.
- Königsproklamation d. Fürsten Karl 72/93 61v

#### **Rumpf, Fall (1885)**

- Hinterbliebenenversorgung 217/97 41–43v

#### **Rußland**

- in Bismarcks außenpolit. Konzept 308/IV 88–91v; 398/102 192v–195v
- Juden-Emigration nach Progromen 80/93 107 f.; 121/94 212 f.
- regt Kongreß betr. polit. Asylgewährung an 77/93 81–81v, 78/93 83v–84v,
- Regierung
  - - Anfragen betr. Ansiedlung deutschstämmiger Familien aus Rußland 277/99 50 f.
  - - Protest gegen Publizisten J. v. Eckardt 122/94 217
  - - Reaktion auf Ausweisungen von Juden/Polen 232/97 175–175v
- dt. Regierungsstellen sollen keine russ. Wertpapiere verwenden 293/99 223a–223bv

#### **Saargebiet**

- Bergarbeiterstreik (1889) 367/101 226v, 230, 232
- Petition d. Vereins gegen den Wucher im Saargebiet 369/101 243–243v

#### **Sachsen (Bundesstaat)**

- Arbeiterschutz-Initiative im Bundesrat 390/102 55–55v, 67v–68
- Regierung
  - - Änderungswünsche zur Gewerbeordnungs-Novelle 114/94 147 f.
  - - Anträge zum Gesetzentw. betr. Strafgewalt des RT über MdR („Maulkorbgesetz“) 7/91 25v–26v
  - - Anträge zur Novelle zum StGB/Pressegesetz 364/101 175v–182v
  - - Antrag betr. Ergänzung d. Sozialistengesetzes 295/99 243–243v
  - - Antrag betr. Verlängerung des sog. kl. Belagerungszustandes für Amtshauptmannschaft Leipzig 157/95 114; 195/96 156v

- - Ausfuhrvergütung für Zigaretten gewünscht 10/91 37v
- - gegen Gesetzentwurf betr. Hinterbliebenenfürsorge 37/92 64a
- - plant Kongreß betr. Asylgewährung an polit. Flüchtlinge in England/Schweiz 72/93 61v
- Tollwut-Maßnahmen kritisiert 86/93 155 f.
- Sachsen** (Provinz)
  - Gesetzentwurf betr. Veränderung zweier Kreisgrenzen 136/94 335v
- Sachsen-Coburg und Gotha** (Bundesstaat)
  - G. v. Bonin wird StMinr. 295/99 242v; 305/100 58 f.
- Sachverständigen-Vereine für den Kgl. Preußischen Staat**
  - Titel Präsident für den Vors. 377/101 334, 381/101 372v–373v
- Salzbergbau**
  - Verhandlungen mit Anhalt über Ankauf Werk Leopoldshall 165/95 206v
- Samoa**
  - Kolonialpolitik
- Schäferewiesen**
  - Gesetzentwurf im AH 115/94 189–189v
- Schiffahrt**
  - Vorschriften über Befähigung u. Prüfung d. Maschinisten auf Seeschiffen 268/98 273
- Schlachtviehhöfe**
  - in Berlin 82/93 116v, 83/93 117
  - Gesetzentwurf betr. Ergänzung d. Gesetzes über Errichtung öffentl. Schlachthäuser 31/92 26
- Schlesien** (Provinz)
  - Höfeordnung geplant 166/95 223
  - Oberschlesien; Staatshilfen; Waldenburg(er Bergbaurevier)
- Schlesische Volkszeitung** 159/95 158
- Schleswig-Holstein** (Herzogl. Haus)
  - Gesetzentwurf betr. Schadloshaltung 209/96 284v–285; 212/97 4–4v
- Schleswig-Holstein** (Provinz)
  - Ablösung d. Reallasten, Novelle 98/94 7
  - Erlaß sog. stehender Gefälle 218/97 56v–57
  - Höfeordnung geplant 83/93 119v; 166/95 223
  - Kirche, ev.
    - - Emeritierungsordnung 179/96 50v–51, 180/96 55–55v, 181/96 66
    - - neues Gesangbuch für dänische ev. Kirchengemeinden in Schleswig 373/101 291
    - - Publikation dreier Kirchengesetze 39/92 91v
    - - Sanktionierung Kirchengesetz betr. Dienstvergehen d. Kirchenbeamten 371/101 279
  - Kreis- u. Provinzialordnung einführen 52/92 189 f.; 104/94 57v–59v; 286/99 157; 300/100 13v–15, 316/100 125–125v, 317/100 133
  - Provinziallandtag, Sitz in Schleswig 29/92 7
  - Regierungsbezirk Schleswig, Teilung geplant 296/99 255v–256
  - Volksabstimmung in Nordschleswig aufgegeben 5/91 14–14v
- Schoenaich-Carolath** (Fürstl. Haus)
  - Immediatgesuch betr. Prädikat „Durchlaucht“ 343/100 283 f.
- Schuldrecht**
  - Reichsgesetz betr. Anfechtung d. Rechtsgeschäfte eines Schuldners 8/91 31
- Schulwesen** (v. a. höheres)
  - Berechtigungen
    - - diverser Anstalten für Beamtenlaufbahn 341/100 259 f.
    - - Einjährig-Freiwillige durch Privatschulen 300/100 13–13v
    - - Realgymnasien/Realschulen I. Ordnung u. Zulassung zur ärztl. Prüfung 12/91 60–60v

- Erziehungsanstalt von ehem. Redakteur der Schles. Volkszeitung errichtet 159/95 157v–158
- Fortbildungsschulen in Westpreußen u. Posen 253/98 103
- Gymnasien, Grundsatzdiskussion betr. Neugründungen 349/101 3–8v
- kath. Konvikte unterlaufen Schulreglements 286/99 151 f.
- Lehrer
  - - Ausweitung Gesetz betr. Hinterbliebenenfürsorge für Beamte auf sie 103/94 51v–52v
  - - Göbler gegen deren Kampf um Besserstellung 235/97 188v
  - - Lehrerversammlungen 234/97 184, 184v
  - - polit. Einstellung 349/101 6–6v, 8
  - - Rangerhöhung u. allg. Beamtenpolitik 215/97 27v–33v
  - - Religionslehrer ernannt nur Staat 250/98 75v–76, 252/98 97v–98; 351/101 16
- Mädchenbildung in kath. Ordensträgerschaft 369/101 247–247v
- Mittel für deutsches Schulwesen im Rahmen d. Polenpolitik 252/98 92v–97v
- Reichsschulkommission, Vorsitzender 302/100 45–45v
- Schulreform (1889 ff.)
  - - Initiative Wilhelms II. u. antisozialdemokrat. Instrumentalisierung 363/IV 159–169v
  - - Erlaß v. 1.5.1889 372/101 288–288v
- Überproduktion von höher Gebildeten entgetreten 226/97 112
- Frauen; Volksschulwesen
- Schwarzburg-Sondershausen** (Fürstenhaus)
  - Aussterben 394/102 100v
- Schwarzer Adler Orden** 285/99 136 f.
- Schweiz**
  - Affäre Wohlgemuth 363/IV 173 f.
  - neue Paßkontrolle erwogen 318/100 136v–137
- Seehandlung, Preußische** (Bank) 134/94 323
  - japan. Silberanleihe 222/97 73v
- Seuchen/seuchenpolitische Maßnahmen**
  - anlässlich Durchzug russ.-poln. Juden 121/94 212 f.
  - Cholera-Maßnahmen 158/95 145–145v; 199/96 188–194, 200/96 195 f.
  - Pest-Maßnahmen 4/91 10
  - Tollwut-Maßnahmen kritisiert 80/93 109–109v, 86/93 155 f.
  - Viehseuchengesetz (1880) 25/91 148–148v
- Sonntagsarbeit**
  - Enquête dazu 224/97 101–101v
- Sozialdemokratie/SPD**
  - Affäre Wohlgemuth 363/IV 173 f.
  - u. Bergarbeiterstreik (1889) 365/101 192–200, 367/101 225v–226v
  - Ferd.-Lassalle-Stiftung genehmigt 121/94 211v–212
  - u. Kongreß betr. Asylgewährung an polit. Flüchtlinge 72/93 61v, 77/93 81–81v, 78/93 83v–84v
  - Mitteilung Puttkamers über J. Most, London 134/94 320v
  - u. Nichtbeschlagnehmbarkeit vervielfältigter Wahlzettel u. Wahlkuverts 147/95 57 f.
  - u. Polizeiverwaltung nach Prozeß gegen Polizeikom. Meyer, Frankfurt/M. 253/98 100 f.
  - in Schulen bekämpfen 363/IV 159–169v
  - u. sozialpolit. Reformprogramm Wilhelms II. 388/IV 190–201v
  - in Stettin 280/99 74–74v
  - Strafantrag gegen MdR, die Diäten aus Parteifonds bezogen 218/97 50–52v
  - u. Strafvollzug bei polit. Gefangenen in Gefängnissen 282/99 87 f.
  - Unruhen in Spremberg u. kl. Belagerungszustand 256/98 148–151v
- Gewerkschaften; Sozialistengesetz

**Sozialistengesetz (1878–90)**

- Anwendung nach Spremberger Unruhen verschärfen 256/98 148–151v
- Ersatz durch Verschärfung von StGB, Vereinsrecht, Pressegesetz 11/91 54 f.
- Gesetzentwurf betr. Abänderung d. StGB u. des Pressegesetzes 353/101 55–58v, 354/101 67–74v, 76–80v, 355/101 81–84; 357/IV 133–145; 375/101 302, 376/101 318v
- Maßnahmen gem. § 28 (kl. Belagerungszustand, Ausweisungen)
  - - Ausweisung ausländischer Agitatoren 394/102 103–103v
  - - Ausweisung von SPD-MdR u. polit. Immunität 5/91 18 f., 7/91 27v–28; 208/96 272 f.
  - - Berlin 24/91 141; 56/92 203; 94/93 218; 164/95 202; 230/97 150v–151; 374/101 295v–296v
  - - Elberfeld-Barmen (erwogen) 191/96 113v–114
  - - Frankfurt/M. 271/98 336v–337; 374/101 295v–296v
  - - Gültigkeitsdauer 24/91 141–141v
  - - Hamburg-Altona-Harburg 91/93 169v; 164/95 202; 374/101 295v–296v
  - - Leipzig (Amtshauptmannschaft) 157/95 114; 195/96 156v
  - - Rechenschaftsberichte dazu 5/91 17v–18; 257/98 164v; 282/99 106v–107
  - - Spremberg 256/98 148–151v; 318/100 139–139v
  - - Stettin 280/99 74–74v; 374/101 295v–296v
  - - bei Tumult umgehend verhängen 253/98 100v–101
  - Verbot d. freisinnigen Insterburger Zeitung 74/93 67–67v
- Verlängerung
  - - 1880 11/91 54 f., 17/91 119v; 30/92 24v
  - - 1884 179/96 54, 182/96 68v–71, 185/96 88fv–88g
  - - 1886 238/97 226–226v
  - - 1888 293/99 222v, 295/99 243–243v; 307/100 68
  - - 1890 374/101 294, 375/101 302–302v, 376/101 318–322; 388/IV 202–208v; 394/102 103

**Sozialpolitik**

- Reformprogramm Wilhelms II. (1890) 388/IV 190–201v
- [einzelne geplante Maßnahmen]

**Spanien**

- Handelsvertrag (1883)
  - - Modus der Inkraftsetzung 160/95 170–172
  - - Verlängerung (1886) 262/98 227 f., 265/98 243 f.

**Sparkassen**

- Groschen-Sparsystem in Greifswald u. Posen 114/94 164
- Postsparkassen, Gesetzentwurf (1884) 191/96 116 f., 203/96 232, 205/96 250v, 206/96 255–255v, 208/96 273v–274v; 282/99 88 f.

**Sport**

- Unterricht in Volksschulen 226/97 113–113v

**Sprachenpolitik**

- Behördensprache (gem. Ges. v. 1876)
  - - Ausdehnung auf Kirche 246/98 32, 33
  - - Ausnahmeregelung für nichtdeutsche Sprachen beenden 267/98 270 f.
- Polenpolitik; Volksschulwesen

**Spremberg (Stadt)**

- Sozialistengesetz

**Sprengstoffe**

- Gesetzentwurf gegen gemeingefährlichen Gebrauch 75/93 70, 77/93 80, 80/93 107; 184/96 83v–84v, 189/96 102v–104v



**Staatsangehörigkeit**

- u. Pensionsanspruch/-verlust 218/97 53v–54, 219/97 58–58v
- von poln. u. österr. Juden 226/97 107–109v, 232/97 175–175v

**Staatsanzeiger** 194/96 149v, 211/96 307v; 303/100 51, 304/100 53v, 54v

- Inseratenwesen neu regeln 237/97 216–218v
- neuer Redakteur gesucht 358/101 105v–107, 359/101 133 f., 361/101 166v–167v, 369/101 243v–244v, 375/101 297v–299v
- Reden d. Staatsminister in RT/LT veröffentlichen 2/91 5; 134/94 326–326v
- amtl. Veröffentlichungen nur mit Genehmigung d. Staatsministeriums 285/99 136–138v

**Staatshandbuch**

- keine erneute Aufnahme kath. Kirchenbehörden 270/98 330v–332
- Symbol f. Landwehr-Dienstauszeichnung abdrucken 319/100 142

**Staatshaushalt**

- Budgetdebatte u. Bedeutungsgewinn für AH 242/97 262–264v
- Etat 1881/82
- - Etatüberschuß-Verwendung 102/94 44v–45, 103/94 53v–54
- Etat 1882/83
- - Finanzergebnis 133/94 309–310v
- - Dissens betr. Aufstellung Extraordinarium 100/94 18–26
- Etat 1883/84
- - vom Eisenbahnetat abhängig 130/94 297v–298v, 131/94 299v–300v
- - nicht mündlich beraten 135/94 328v
- Etat 1884/85 164/95 203v
- - Finanzergebnis 211/96 306v–307v; 227/97 140 f.
- - 2 Mio. für Ankäufe der Museen 167/95 236v–237
- Etat 1887/88 274/99 2–2v
- Etat 1888/89 298/100 12
- Etat 1889/90 344/100 292v; 358/101 115v–116v
- Etat 1890/91 u. Beamtenbesoldungserhöhung 385/102 25v–28, 30
- strittige Etatsforderungen im Staatsministerium 235/97 193–197, 236/97 199–202v
- Etatgesetz
- - künftig schriftlich im AH einzubringen 168/95 247v–248; 384/102 24–24v
- - staatsrechtl. Verhältnis zu Kabinettsordres u. Neuorganisationsgesetz 8/91 31–31v, 9/91 32–32v
- - Resolution AH wegen Vorlage eines Komptabilitätsgesetzes 126/94 263v–265
- - zuviele Regierungskommissare zur Beratung im AH 183/96 77–77v
- Etatperioden
- - Gesetzentwurf zur Einführung zweijähriger 10/91 37v–38v, 13/91 62v–65v, 17/91 119v–120
- - erneut angestrebt 248/98 57
- Finanzlage
- - günstig/ungünstig 24/91 142; 33/92 47v, 49/92 172v–173v, 51/92 179; 83/93 117v; 213/97 12, 235/97 193 f.
- - polit. Implikationen d. Einnahmenschätzung f. Reichshaushalt 61/93 2–7, 64/93 14–16
- Nachtragsetats vertritt Finanzminister im Landtag 29/92 7v–8
- Oberrechnungskammer-Monita 148/95 64v–65v; 177/96 20–20v
- Rechnungslegung bzw. Datierung d. Schriftverkehrs u. Diskontinuität d. Sessionen 341/100 265v–270v; 352/101 25v
- u. Reichshaushalt 83/93 117v–119v
- Restausgaben, Begriff 240/97 250; 352/101 18–18v
- Verrechnung von Überschüssen/Defiziten haushaltstechnisch 227/97 140 f.

- Vollziehung d. Verwaltungs- u. Kassenetats durch Ressortchefs 396/102 142
- Reichsfinanzen
- Staatshilfen** (bei Notständen, Überschwemmungen etc.)
- Arbeitsbeschaffung gegen Notstand in Westpreußen 49/92 170v–172v
- für Deiche d. Danziger Nehrung nach Eisgang 150/95 69v, 159/95 157–157v
- beim Erdbeben in Ischia 161/95 186 f.
- gegen Mißernte (1880) unnötig 48/92 168v–169
- Notstand Oberschlesien (1879/80) 24/91 145; 28/92 2–2v
- bei Überschwemmungen in Oberschlesien u. Westpreußen 196/96 161v–162
- bei Überschwemmungen in der Rheinprovinz 139/94 366–367; 142/95 2, 143/95 7–15
- trotz Überschwemmungen in Schlesien unnötig 158/95 145v
- bei Überschwemmungen d. Weichsel 254/98 113–113v, 255/98 117–117v, 259/98 196v–197v, 200 f.
- nach Überschwemmungsschäden 1888, Gesetz 310/100 82 f., 322/100 163–165v
- Überschwemmungen
- Staatsministerium**
- u. Abgeordnetenhaus
- - Bedeutungszunahme mittels Anfragen 242/97 262–264v
- - keine Beteiligung an Initiativgesetzentwürfen 317/100 127–130v; 363/IV 170 f.; 364/101 191–191v; 394/102 107–109v
- - kein vorzeitiges Nachgeben bei Gesetzentwürfen 43/92 114v–115
- - Rechnungslegung u. Diskontinuität d. Sessionen 341/100 265v–270v
- - Übersicht über Entschließungen d. Staatsreg. auf Beschlüsse d. AH hin 21/91 134v–135; 197/96 163v–164
- - keine Zweckbestimmung künftiger Staatseinnahmen 25/91 149 f.
- u. Außenpolitik
- - Mitteilung von Gesandtschaftsberichten 35/92 53v
- Beleidigungen
- - Fall Stadtrat Lüders, Görlitz 131/94 301v, 132/94 306v–307v
- - durch zwei Zeitungen 317/100 133v–134v
- Besprechungen (vertrauliche)
- - Bismarck regt wöchentliche Besprechungen an 69/93 34
- - Terminierung 71/93 60v, 73/93 64, 74/93 67v, 75/93 75, 77/93 81v, 78/93 85
- u. Bundesrat
- - Gegenzeichnung preuß. Anträge an Bundesrat 197/96 164
- - Vertretung preuß. Interessen durch Staatsminister 207/96 268 f.
- Gebäude
- - Porträtgemälde Wilhelms II. 375/101 297–297v
- Geheimhaltung von Beratung u. Vorlagen 103/94 51–51v; 248/98 58–58v; 358/101 102, 359/101 134v–135v, 369/101 244v–245
- Glückwunschsreiben/Kondolenz 35/92 52v; 132/94 305, 133/94 309v, 118/94 203v–204; 227/97 139 f.; 291/99 214; 385/102 30–30v
- Kompetenzen
- - Befugnisse betr. Eid-Erlaß/kath. Vermögensverwaltung nicht verlängern 176/96 7 f.
- - betr. Berechtigung d. div. Schularten zur Beamtenlaufbahn 341/100 259 f.
- - Bismarck plant Neukonzeption 185/96 88b–88f
- - Ernennungen etc. für Oberrechnungskammer zeichnet nur MinPräs. gegen 121/94 215 f.
- - Ernennung von Mitgliedern d. Prüfungskomm. für höhere Verwaltungsbeamte 14/91 67v–69
- - u. Etatstreitigkeiten d. Ressorts 235/97 193–197, 236/97 199–202v
- - Immediatkommissionen schmälern Ressorteinfluß 367/101 235

- - bei möglicher Regentschaft 303/100 48v–49v
- - Sanktionierung von ev. Kirchengesetzen 252/98 91 f.
- - verantwortlich f. amtl. Veröff. im Staatsanzeiger 285/99 136–138v
- - Vertrag mit Continental-Telegraphen-Comp. 14/91 66–66v, 26/91 157v–158, 27/91 179v
- Minister
- - H. Bismarck ernannt 314/100 116
- - Eidesleistung 306/100 64–64v, 307/100 69; 308/IV 85, 331/IV 108
- - P. Gf. Hatzfeldt ernannt 130/94 296–296v, 133/94 308
- - Kandidaturen als MdR/MdA 202/96 219–219v
- - Kritik durch Reichsstaatssekr. vermeiden 359/101 118v–119v
- - Reden in RT/LT im Staatsanzeiger veröff. 2/91 5; 134/94 326–326v
- - Titel Staatsminister 38/92 69–69v
- - Tod Staatsminister a. D. G. v. Jagow 5/91 14v
- - Uniformen 352/101 24–24v, 355/101 85 f.
- - Urlaubsregelung/Abwesenheit 17/91 119, 20/91 122kv; 108/94 77v; 183/96 74; 364/101 174v–175v
- Ministerwechsel
- - Bismarck – Berlepsch 390/102 52 f., 391/102 73v
- - Bismarck – Caprivi 398/102 188–202v, 399/102 207–207v
- - Bitter – Scholz 126/94 261
- - Bronsart v. Schellendorff – Verdy du Vernois 359/101 118–118v, 360/101 136
- - Eulenburg – Puttkamer 81/93 111–111v
- - Falk – Puttkamer, Friedenthal – Lucius, Hobrecht – Bitter 16/91 80, 17/91 119
- - Friedberg – Schelling 351/101 12
- - Hofmann – Bismarck – Boetticher 48/92 162–164, 50/92 174
- - Kameke – Bronsart v. Schellendorff 148/95 62
- - Leonhardt – Friedberg 23/91 140
- - Puttkamer – Goßler 81/93 111–111v, 82/93 113
- - Puttkamer – Herrfurth 324/100 169–169v, 325/100 169
- - Stolberg – Puttkamer 81/93 111v, 89/93 162 f., 90/93 167 f.
- u. Monarch
- - hat Gesetzentwürfe von polit. Bedeutung zu billigen 40/92 97v
- - Immediatvorträge nur gem. KO v. 1852 394/102 99v–100
- - Kabinettschreiben und kontrasignierte Ordres 377/101 331 f.
- nicht protokollierte Sitzungen 294/99 231, 232; 346/96 316, 347/96 317; 387/102 41
- Polit. Grundlinien
- - Annahme d. Eisenbahn-Verstaatlichung ist Kabinettsfrage 24/91 145v, 26/91 157–157v
- - offiziöse Äußerungen zu Gesetzesvorlagen geplant 18/91 121
- - nach Reichstagswahlen (1881) 94/93 218v–219
- u. Reich
- - Berufung preuß. Beamter in Reichsdienst 42/92 110v–111v
- - Zustimmung zu Reichsgesetzentwürfen 7/91 28–28v; 41/92 98–98v
- u. Reichstag
- - ggf. Beschlußunfähigkeit konstatieren 262/98 222–224
- - keine Beteiligung an Initiativgesetzentwürfen 363/IV 170 f.; 364/101 191–191v; 394/102 107–109v
- - knappe Antworten auf RT-Anfragen 253/98 99 f.
- u. Staatsrat, Verhältnis 187/96 91–95, 188/96 96b–96cv, 198/96 182v, 202/96 218v–219, 203/96 232 f.
- Vorsitz jeweils ältester StMinr. 81/93 111v

- u. Zivil-/Militärkabinett bei Gegenzeichnung d. Immediatberichte 123/94 220 f.

→ Presse/Pressepolitik

### **Staatsrat**

- Reaktivierung (1884–87)

- - Abteilungsbildung 190/96 109v–111, 195/96 156v–157, 202/96 219v–221v, 222–230v

- - Bedenken Wilhelms I. 188/96 96b–96cv

- - Bismarcks Plan 185/96 88ev–88f, 187/96 91–95

- - Eröffnung, Sitzungsräume, Finanzbedarf 196/96 159 f., 203/96 233–235v, 205/96 249–253, 208/96 279–279v

- - Gutachten/Beratungsgegenstände 202/96 218v–219, 205/96 249–253, 206/96 255 f., 209/96 284–284v; 214/97 15 f., 242/97 261 f.; 248/98 57v, 249/98 62 f., 251/98 84 f., 256/98 156–156v, 157v; 271/98 336, 295/99 238, 296/99 255

- - Mitglieder 190/96 109v–111, 194/96 149–149v, 207/96 269v; 232/97 174–174v, 233/97 181–181v; 249/98 59; 276/99 41–41v

- - u. Staatsministerium 198/96 182v, 203/96 232 f.

- Reaktivierung (1890)

- - Beratung d. Arbeiterschutzprogramms 393/102 85 f.

- - Organisation u. Mitglieder 391/102 70–73v, 392/102 77–80

- - Protokolle 394/102 112v–113, 395/102 121–124

### **Staatsschulden/Staatsschuldbuch**

- keine Einziehung d. Staatsschuldscheine 256/98 153 f.

→ Anleihen; Hauptverwaltung der Staatsschulden; Reichsfinanzen

### **Städte**

→ Kommunen

### **Standeserhöhungen**

- Freiherrn- u. Grafentitel nur erblich verleihen 327/100 180v–181

- Gegenzeichnung d. Urkunden Friedrichs III. 337/100 225v

- Graf Douglas 336/100 220v

- Prädikat „Durchlaucht“ 313/100 114v–115

- anlässlich Thronwechsel 311/100 91, 314/100 116v–117v, 118–118v, 315/100 120 f., 316/100 122 f., 317/100 131–131v

### **Statistik**

- Berufsstatistik am 5.6.1882 zur Vorbereitung d. Unfallversicherung 104/94 57

- Finanzierung umfassender landwirt. Erhebungen strittig 236/97 199–201v

- statist. Erhebungen bei Volkszählung reduzieren 394/102 112v

**Statistische Zentralkommission** 236/97 200v

**Statistisches Amt** (des Deutschen Reichs)

- Übernahme des Werkes „Die Wohnplätze des Deutschen Reiches“ erwogen 167/95 238

**Statistisches Büro** (Kgl. Preuß.)

- Dir. Engel wegen Indiskretionen pensioniert 101/94 36v–37

- unnütze Statistiken unter Dir. Engel 167/95 237v

- Übernahme des Werkes „Die Wohnplätze des Deutschen Reiches“ erwogen 167/95 236v–238

**Stempelsteuer/-abgaben** (des Reichs)

- Novelle (1880) 30/92 24–24v; 31/92 26v–29v

- Novelle (1884) 191/96 114v–115v, 194/96 150–152, 195/96 156

- Novelle (1885) 215/97 25 f., 224/97 99 f.

- Verwendung erhöhter Erträge für Steuererlaß 97/93 233

→ Börse; Umsatzsteuer

**Stettin** (Stadt)

→ Sozialistengesetz

**Steuern** (allgemein)

- Gesetzentwurf betr. Rechtshilfe bei Abgabenverwaltung 193/96 140v–141

**Stöcker, Adolf** (Fall)

→ Kirche, ev.

**Strafanstalten**

- keine Brandversicherung mehr 44/92 120–120v
- Gesetzentwurf betr. Kantongefängnisse in der Rheinprovinz 201/96 210–210v; 217/97 43v
- J. Most über englische Gefängnisse 134/94 320v
- Strafvollzug gegen polit. Gefangene verschärfen 282/99 87 f.

**Strafrecht/Strafgesetzbuch** (v. 31.5.1870/15.5.1871)

- Änderung § 4 StGB zwecks Bestrafung im Ausland begangener Straftaten 355/101 83 f.; 357/IV 145–147v; 360/101 137–137v
- Gesetzentwurf betr. Abänderung d. StGB u. des Pressegesetzes 353/101 55–58v, 354/101 67–74v, 76–80v, 355/101 81–84; 357/IV 133–145; 364/101 175v–182v, 375/101 302, 376/101 318v
- Gesetzentwurf betr. Schutz von Post u. Telegraphie 380/101 363v
- Gesetzentwurf über Vollstreckung d. Freiheitsstrafen, Detailänderungen 8/91 29–29v, 9/91 33 f.
- Gesetzentwurf betr. zivilrechtl. Verfolgung Militärangehöriger 61/93 1f–2
- Strafgesetzbuch, Verschärfung von Eulenburg vorbereitet 11/91 54 f.
- Strafverschärfung für Mordversuche gegen Staatsoberhäupter 77/93 81v
- Zutritt zu Hinrichtungen begrenzen 269/98 315 f.

**Stralsund** (Regierungsbezirk)

- Zusammenlegung mit Stettin erwogen 21/91 134

**Streiks**

- Maßnahmen inklusive Einsatz des Militärs 256/98 149v–151v, 257/98 164v, 266/98 248v–253
- rhein.-westfäl. Bergarbeiter (1889), Haltung d. Staates, Maßnahmen u. sozialpolit. Reformprogramm Wilhelms II. 365/101 192–200, 366/101 205–219v, 367/101 224–234; 368/IV 179–186v; 370/101 265v–267, 374/101 294v–295, 379/101 344v–345, 381/101 375v–376; 388/IV 190–201v
- Bielefeld (Stadt); Gewerkschaften; Sozialdemokratische Partei Deutschlands

**Stuttgarter Unfallversicherungs-Gesellschaft** [recte: Allg. Deutscher Unfallversicherungsverein auf Gegenseitigkeit, Stuttgart] 68/93 30v

**Tabaksteuer**

- Erhöhung vorbehalten 48/92 168; 281/99 77v–80
- Gesetzentwurf (1879) 3/91 9–9v, 4/91 11–13v, 9/91 35–35v, 10/91 36 f.
- Tabak-Monopol (Gesetzentwurf 1881/82)
- - angeregt 68/93 31v, 86/93 156 f., 97/93 229v, 232v; 112/94 115v–116
- - Gesetzentwurf im Volkswirtschaftsrat 105/94 66, 110/94 108 f., 112/94 115v–116
- - Vorbild für Branntweinmonopol-Plan 243/98 4, 8v, 10v, 11

**Techniker** (im Staatsdienst)

- Abwanderung in Privatwirtschaft 97/93 232
- Rang- und Titelverhältnisse der Bauführer/Baumeister 266/98 253–261

**Technische Baudeputation**

- Auflösung 39/92 91v–92

**Technische Hochschulen**

→ Universitäten

**Telegraphie**

- Gesetzentwurf betr. Abänderung des StGB zum Schutz von Post u. Telegraphie 380/101 363v
- Staatsministerium u. Vertrag mit Continental-Telegraphen-Comp. 14/91 66–66v, 26/91 157v–158, 27/91 179v
- Weigerung preuß. Provinzialverbände ihren Verpflichtungen nachzukommen 104/94 61v

**Thüringische Eisenbahngesellschaft** 28/92 5, 29/92 9 f., 30/92 23 f.

**Thüringische Staaten** (Bundesstaaten)

- Fortdauer d. Zoll- u. Handelsvereins 384/102 24

- Nachtrag zum Vertrag mit Preußen über gemeinschaftliche Schwurgerichte 353/101 59

→ [einzelne thüring. Staaten]

**Titelverleihungen** 1/91 2v, 3/91 9v, 4/91 10–10v, 8/91 30, 11/91 57, 18/91 121v, 121v–122, 22/91 138, 24/91 142v, 25/91 151v, 152; 28/92 1f, 33/92 47v, 38/92 67v, 39/92 91, 42/92 102v, 43/92 115v–116, 45/92 125, 51/92 177–177v, 55/92 200, 56/92 203v, 60/92 248; 70/93 59v, 72/93 62, 74/93 67, 76/93 76, 79/93 86, 82/93 113, 90/93 165v–166, 91/93 169, 169–169v, 93/93 199, 97/93 228; 102/94 46, 103/94 55v, 107/94 70, 70v–71, 117/94 201, 121/94 214v–215, 124/94 229v–230, 125/94 232, 126/94 266–266v, 129/94 283; 142/95 3–3v, 143/95 6–6v, 146/95 32, 147/95 55 f., 154/95 101–101v, 157/95 118v, 160/95 170, 162/95 190–190v, 193v–194, 163/95 196 f., 165/95 206–206v, 172/95 296v; 193/96 140, 197/96 163, 209/96 286v, 211/96 306; 220/97 68, 234/97 183, 235/97 188, 236/97 198; 245/98 17, 251/98 88, 252/98 98, 256/98 158v, 258/98 179, 263/98 229–229v, 266/98 245, 267/98 270, 268/98 273, 269/98 313; 274/99 3, 281/99 82v, 283/99 118–118v, 289/99 190, 290/99 209v, 293/99 222, 295/99 242v; 301/100 31v, 339/100 231v, 340/100 248, 341/100 258; 352/101 25v–26, 353/101 59v, 358/101 115–115v, 360/101 136v, 370/101 265, 371/101 282–282v, 372/101 287v, 373/101 289 f., 376/101 323–323v, 377/101 334–334v, 379/101 338–338v, 345v–348v; 383/102 21, 386/102 31, 34, 390/102 62v, 394/102 111–111v, 115, 116, 117, 395/102 136v

- Grundsätze

- - Anträge f. Räte IV. Kl. stellen Ressortchefs 394/102 116–116v

- - Aufhebung d. Sperre für Orden/Titelverleihungen an kath. Geistliche 157/95 114v

- - Verleihungsanlässe beschränken 310/100 89 f.

- - Verweigerung von Titeln 38/92 67v; 77/93 79v

- - Wirkl.GehR 91/93 169–169v; 338/100 227v

**Tollwut**

→ Seuchen/seuchenpolit. Maßnahmen

**Tremonia** (seit 1875 Zeitung in Dortmund) 367/101 226v

**Überschwemmungen** (1888)

- Denkschrift dazu 352/101 25

- Orden für verdiente Personen 330/100 186, 335/100 209–209v

→ Staatshilfen

**Umsatzsteuer**

- im Rahmen der Novelle zur Stempelsteuer 191/96 114v–115v, 194/96 150–152, 195/96 156; 215/97 25 f., 224/97 99 f.

**Umweltschutz**

- Abwässer-Regelung für Berliner Rieselfelder 147/95 58v–60

- Gefahren d. Entwaldung 367/101 235v–236

**Unfallversicherung**

- Gesetzentwurf (1881/82)

- - Arbeiterstatistik/Berufsstatistik als Grundlage 80/93 109v–110; 104/94 57

- - in Bundesrat, RT u. Volkswirtschaftsrat 68/93 29–31v, 81/93 112, 86/93 156v–157; 105/94 66, 110/94 108v, 115/94 189v–190

- - Kaiserl. Botschaft (17.11.1881) 94/93 218–218v

- Gesetz (1884)

- - Berufsgenossenschaften-Bildung 224/97 100–100v

- - in Volkswirtschaftsrat u. RT 176/96 13, 179/96 54, 195/96 153; 196/96 161

- - Wirkung auf Arbeiterbewegung 182/96 69

- Gesetzentwurf betr. Ausdehnung auf Reichsbeamte/Militärangehörige 195/96 153v–155, 196/96 161–161v, 208/96 275v–278v; 222/97 74v–75v, 223/97 82–86, 236/97 203–203v, 238/97 226; 249/98 73

- Gesetzentwurf betr. Ausdehnung auf Seeleute 263/98 230–230v

- Gesetzentwurf betr. Ausdehnung auf Transportgewerbe (1885) bzw. Landwirtschaft (1886) 205/96 250v–251, 206/96 255v–256v; 249/98 71 f.; 255/98 117v

- Haftpflicht-Gesetzentwurf (1879/80) 27/91 179; 48/92 163 f.

### **Universitäten**

- Berlin

- - Berufung von A. Harnack 332/100 203–203v, 336/100 221v–222

- - Schmoller erhält Lehrstuhl f. Nationalökonomie 72/93 62v

- Bonn

- - Theolog. Fakultät 236/97 198–198v

- Göttingen

- - 150-Jahr-Feier u. Rektorat durch Hohenzollern-Prinz 281/99 81 f.

- Halle/S.

- - Prof. Boretius erhält Orden als Rektor, nicht als polit. mißliebiger Nationalliberaler 162/95 189 f., 192v

- Kath. Universität geplant 127/94 274v–275; 208/96 271–271v; 240/97 250

- Technische Hochschulen

- - Rangverhältnis der Lehrer 289/99 189

### **Unterstützungssachen** (staatl. Hilfsgelder an Private)

- Fall Gebr. Brunckow 167/95 236v–238

- Fall Witwe d. Kirchenrats Lasius, Berlin 208/96 275, 211/96 306–306v

### **Unterstützungswohnsitz**

- Novelle (1877) nicht weiter verfolgen 6/91 24

→ Armenpflege

### **Vaterländische Frauenvereine** 28/92 2

**Verein „The Anglican Community“** (Berlin) 218/97 48

**Verein deutscher Studenten** (VdSt) 72/93 62v

**Verein für Beschaffung billiger Wohnhäuser** 103/94 52v–53

**Verein für die Rübenzuckerindustrie** 239/97 243

**Verein für Gründung und Erhaltung einer freien katholischen Universität** (Salzburg) 208/96 271

**Verein gegen den Wucher im Saargebiet** 369/101 243

### **Vereinsrecht**

- Vereinsgesetz (v. 1850) gegen Fachvereine anwenden 256/98 152–152v

- Verschärfung v. B. Eulenburg vorbereitet 11/91 54 f.

### **Verfassung** (preußische v. 31.1.1850)

- Budgetrecht von AH/HH gem. Art. 62 105/94 62–64

- Interpretation betr. Belagerungszustand 367/101 230v–231v

- Verfassungsänderung gem. Art. 107 317/100 127–130v

→ Abgeordnetenhaus; Herrenhaus; Landtag; Staatsministerium

### **Versammlungsrecht**

- Gesetzentwurf betr. gemischtnationale Gebiete geplant 246/98 31

### **Versetzung in den einstweiligen Ruhestand**

→ Ernennungen

### **Verwaltungsgerichtsbarkeit**

- Bezirksverwaltungsgerichte, Zusammensetzung 140/94 374 f.

- Innenminister, nicht OVG-Präs., ist Dienstvorgesetzter d. Bezirksverwaltungsgerichte *135/94* 327v–330v
- Novelle (1879) gebilligt *25/91* 147 f.
- Oberverwaltungsgericht; Zuständigkeitsgesetz
- Verwaltungsreform** (1879–83)
- Fortführung *45/92* 125v
- Grundsatzdiskussion im StMinm. *18/91* 121–121v
- Nachsession LT dazu *28/92* 1fv–2, *30/92* 25
- Zeitungspolemik um *18/91* 121; *30/92* 24v
- Kreisordnung; Provinzialordnung; Landesverwaltungsgesetz; Zuständigkeitsgesetz
- Verwendungsgesetze** (1880–83)
- Einkommensteuer; Reichsfinanzen
- Viehseuchen**
- Landwirtschaft
- Vivisektionen**
- weiteres Vorgehen *293/99* 222
- Das **Volk** (christlich-soziale Zeitung, Berlin) *363/IV* 172
- Volksblatt für das Havelland** (kons. Zeitung) *135/94* 327
- Volksschulwesen**
- u. Kirche
- - Wiederherstellung d. Rechte d. kath. Kirche gem. Art 24 VU *353/101* 62–62v
- Lehrer
- - Allg. Dt. Lehrerversammlung, Karlsruhe *75/93* 74v–75
- - keine Anhörung des kath. Bischofs vor Anstellung *364/101* 188v–191v
- - Aufhebung d. Witwen- u. Waisengeld-Beiträge *350/101* 9v–10
- - keine Fahrerleichterungen d. Eisenbahnen für Lehrerversammlungen *179/96* 51v
- - Gehaltsfragen *97/93* 230, 232
- - Hinterbliebenenfürsorge *58/92* 206 f.; *103/94* 51v–52v
- - Kosten f. Kommunen *226/97* 109v–112, 114–121v
- - Lehrerpensionsgesetz *134/94* 322 f.; *140/94* 368v–373v; *147/95* 56 f.; *221/97* 70 f.
- Lehrplan-Überfrachtung für niedere Stände verhindern *226/97* 112 f.
- u. Polenpolitik
- - Gesetzentwurf betr. Anstellung d. Lehrer in Westpreußen und Posen *247/98* 44–44v, *253/98* 103, *254/98* 114v–115, *256/98* 159, *261/98* 213v
- - Gesetzentwurf/Nachtragshaushalt betr. außerordentliche Mittel f. d. Volksschulen in Westpreußen, Posen, Oppeln *249/98* 64, *252/98* 92v–97v
- - Gesetzentwurf betr. Bestrafung d. Schulversäumnisse in Provinzen Preußen u. Schlesien *247/98* 44v–45
- - Neuorganisation d. Volksschulwesens in östl. Provinzen *246/98* 30–34
- - Religionsunterricht für polnische Kinder *156/95* 110 f., *173/95* 302–302v
- - Unterrichtssprache in Volksschulen von Westpreußen u. Posen *289/99* 189
- Reform u. antisozialdemokratische Instrumentalisierung *363/IV* 159–169v
- Schulversäumnisse/Schulpflichtdauer, Gesetzentwurf bzw. Anträge *136/94* 335v, *140/94* 373v; *157/95* 116–116v; *176/96* 10–10v; *396/102* 158–158v
- Simultanschule *132/94* 305v
- Unterabt. Volksschulen im Kultusministerium *38/92* 67–67v
- Volksschullasten/-kosten
- - Befugnis der Schulaufsichtsbehörden, Anforderungen festzusetzen *218/97* 54–56, *226/97* 109v–112, 114–121v, *228/97* 143v–144v
- - Schulunterhaltungsgesetz von Goßler geplant *160/95* 172v, *164/95* 204, *165/95* 206



- - Feststellung d. Schulunterhaltungspflicht/Lehrergehälter 25/91 147v–148
- - Gesetz betr. Erleichterung d. Volksschullasten (1888) 296/99 256–256v; 302/100 42 f., 310/100 87v–88v, 316/100 125v–126v, 317/100 127–130v, 319/100 142v–147v, 320/100 151 f., 155–155v, 321/100 156–158, 322/100 162v
- - Gesetz betr. Erleichterung d. Volksschullasten, Ergänzung (1889) 350/101 9v
- - Kommunen entlasten durch Ausweisung von Polen/Juden 226/97 105v–109v
- - Streitverfahren bei Schulbauten 140/94 376 f.
- - Verwendung von Erträgen d. Steuerreform dafür festschreiben 383/102 16v
- - u. 3. Verwendungsgesetz 102/94 47v–48
- - Volksschulleistungsgesetz (1887) 251/98 83–85v, 256/98 157v, 271/98 336–336v; 276/99 42, 286/99 157

→ Schulwesen (v. a. höheres)

#### **Volkswirtschaftsrat, preußischer**

- Ausdehnung auf Reich 62/93 9–9v, 81/93 112
- Beratungsgegenstände 105/94 66–66v, 110/94 108 f., 112/94 115v, 114/94 156 f.
- Einberufung/Errichtung 55/92 197; 62/93 8 f.; 104/94 57
- Mitglieder, Diäten u. Reisekosten 107/94 71–73, 114/94 166; 176/96 11v–13v

#### **Volkzeitung** (Berlin)

- Verunglimpfung d. Andenkens Wilhelms I. 353/101 55v, 355/101 81v; 357/IV 133–145

#### **Wahlen/Wahlrecht**

→ Abgeordnetenhaus; Kommunen; Reichstag

#### **Waldeck-Pyrmont** (Bundesstaat)

- Ernennung Landesdir. v. Saldern 266/98 245
- günstigere Regelung für den Fürsten im neuen Akzessionsvertrag 270/98 327 f.

#### **Waldenburg(er Bergbaurevier)**

- Bergarbeiterstreik (1889) 367/101 224v–226

#### **Wandergewerbe**

- Beschränkung durch Gewerbeordnung-Novelle 114/94 146–163v
- u. Gesetz betr. Gewerbesteuer (1880) 24/91 144
- Gesetzentwurf (1882) im Volkswirtschaftsrat 105/94 66, 110/94 108 f.

#### **Wappen** (Preußens/des Reichs)

- Formänderung erwogen 323/100 166 f., 328/100 183–183v; 348/96 320v

#### **Weichsel**

→ Wasserwirtschaft

#### **Wasserwirtschaft/Wasserwirtschaftsbehörden**

- Deichverbände u. Staatshilfen 310/100 82v–83, 322/100 164 f.
- Hochwassergefahren in Posen 367/101 234–236
- Kanäle/Wasserwege
  - - Ausbau forcieren 81/93 112, 83/93 120v–121; 100/94 21v–22v
  - - Elbe-Überschwemmungen u. Kanalisierung 322/100 163v–165v
  - - Etatforderung zum Kanalsystem am linken Emsufer strittig 236/97 201v–202v
  - - geplante Kanäle, u. a. Mittellandkanal 100/94 22–22v
  - - Grundsatzdiskussion zur Kanalbaupolitik 166/95 224v–226v
  - - Kanalvorlage (1882) fallenlassen 117/94 201v
  - - Oder-Regulierung verschoben 235/97 195v–196
  - - Projekt oberschles. Schiffahrtskanal 180/96 55
- Nord-Ostsee-Kanal, Planung u. Bau 81/93 112, 83/93 120; 100/94 22v; 173/95 297–301; 191/96 117v–122; 235/97 188v–192v; 249/98 70–70v, 253/98 101v

- Weichsel-Regulierung u. Staatshilfen 254/98 113–113v, 255/98 117–117v, 259/98 196v–197v, 200 f.; 369/101 243

→ Haffgewässer; Überschwemmungen

**Wechselstempelsteuer**

- Änderung angeregt 35/92 52v–53

**Wehrsteuer**

→ Militärwesen

**Weinsteuer**

- im Gesetzentwurf über Besteuerung geistiger Getränke 28/92 5v–6

**Welfenfonds/Welfenfrage**

- Welfenfonds

- - Antrag gegen diskretionäre Verwendung 105/94 64–64v, 107/94 76

- - Bitte von hann. Notablen um Kunstmuseum aus Mitteln des 134/94 320v–321; 146/95 34–34v

- - stellt Diäten/Reisekosten für Volkswirtschaftsrat 176/96 12v

- - Dotation an Königin Marie 11/91 56–56v, 12/91 60v–61v

- - Erträge-Verwendung 11/91 56v; 104/94 56; 150/95 69–69v

- - u. Pressepolemik gegen Kaiserin Victoria 317/100 133v–134v

- Welfenfrage

- - Adelsverleihung für welfisch gesinnten K. A. W. Thielen 176/96 14

- - Braunschweigische Thronfolge 3/91 9v; 212/97 9v–10, 222/97 79–81

- - Erbfolge Thronlehen Oels 212/97 9–9v

- - ehem. welfischer v. Hammerstein-Loxten wird Kreishptm. 175/96 1–1v

- - hannoversche Richter sind partikularistisch 38/92 69v

- - Welfen sind polit. Hauptgegner in Hannover 44/92 117–119

- - welfisch gesinnte Ritterschaften u. Provinzialordnung für Hannover 168/95 258 f.

**Weltausstellungen**

→ Ausstellungen

**Wertpapiere**

- Regierungsstellen sollen inländische Papiere fördern 293/99 223a–223bv

→ Börse; Handelsmakler

**Westfalen (Provinz)**

- Bergarbeiterstreik (1889) 365/101 192–200, 366/101 205–219v, 367/101 224–233; 368/IV 179–186v; 370/101 265v–267

- Höfeordnung einführen 24/91 143v; 83/93 119v, 93/93 198; 98/94 7–7v

- Oberpräsident

- - v. Kühlwetter verabschieden 132/94 305v–306, 134/94 320v, 135/94 327–327v

- - Neubesetzung 158/95 145v–147v

- Kreis- und Provinzialordnung einführen 230/97 150v, 242/97 261 f.; 245/98 17 f., 258/98 178

- Verlängerung Provinzialsynodal-Periode 124/94 229–229v

**Westfälische Provinzialzeitung (Münster)**

- druckt polit. fortschrittliche Artikel 78/93 84v–85

**Westfälischer Bauernverein 176/96 6v**

**Westfälischer Merkur (Zeitung) 179/96 49**

**Westholsteinische Eisenbahngesellschaft 51/92 178**

**Westpreußen (Provinz)**

- Gesetz betr. Teilung von Kreisen 278/99 52–55

- Kreistage sind mehrheitlich deutsch 247/98 45v–46

- Volksschullasten u. Ausweisung von Polen/Juden 226/97 105v–109v

→ Polenpolitik

**Wiesbaden** (Regierungsbezirk)

- Einführung d. Städteordnung v. 1853 238/97 226v–227; 248/98 57v–58
- Gesetzentwurf betr. Forstschutz 125/94 236 f.
- Kirchengemeindeordnung für 6 evang. Gemeinden 353/101 58v–59
- Hessen-Nassau (Prov.)

**Wilhelmsspende** 11/91 57

**Winkelkonsulenten**

- verderblicher Einfluß 11/91 57v

**Wohnungswesen**

- Eingabe d. Vereins f. Beschaffung billiger Wohnhäuser 103/94 52v–53

**Wolff's Telegraphisches Büro** (seit 1874 Eigentum d. Continental-Telegraphen-Compagnie AG)  
14/91 66–66v, 26/91 157v–158, 27/91 179v; 375/101 301v–302

**Wucher/Anti-Wucher-Gesetzgebung**

- Gesetz (1880), Grundsatzdiskussion 12/91 58v–60; 30/92 21–23, 32/92 42–44
- Petition d. Vereins gegen den Wucher im Saargebiet 369/101 243–243v

**Württemberg** (Bundesstaat)

- Regierung
- - Änderungswünsche beim Branntweinmonopol-Plan 243/98 4 f., 6; 247/98 48v–49v
- - Änderungswünsche zur Gewerbeordnungs-Novelle 114/94 147v–148, 152, 154 f., 156–156v
- - Anträge zum Gesetzentwurf betr. Strafgewalt d. RT über MdR („Maulkorbgesetz“) 7/91 26v–27
- - u. Kapuziner-Niederlassung 312/100 92
- Reservatrechte bei Postsparkassen 208/96 273v–274v

**Zentraldirektorium der Vermessungen** 166/95 227–233v

**Zentrumspartei**

- Anhänger als Beamte
- - Beförderungstop durchbrochen 22/91 138–138v
- - Bestätigung MdA Th. Mooren als Bgm. Eupen 76/93 76v
- - Fall Landrat E. K. Knebel 91/93 169
- - OPräs. u. RegPräs. Münster haben Sympathien f. d. Zentrumspartei 176/96 6 f.
- u. Bergarbeiterstreik (1889) 367/101 226 f.
- u. Branntweinmonopol 251/98 80
- demokratischen Teil bekämpfen, rechten Flügel stärken 357/IV 137v; 389/102 44v, 46–46v, 393/102 95 f.
- u. Gesetzentwurf betr. Hinterbliebenenfürsorge f. Militäranghörige 116/94 198
- u. Kirchenpolitik
- - Antrag Windthorst betr. Aufhebung d. Gesetzes betr. unbefugte Ausübung von Kirchenämtern
- u. Haltung zum Sozialistengesetz 185/96 88fv–88g
- - Begnadigung Bischof Brinkmann, Münster 176/96 5v
- - 2. Friedensgesetz u. innerparteiliche Entwicklung 274/99 10–13v
- - 2. Milderungsgesetz zum Kulturkampfabbau 109/94 98v–99, 111/94 113–113v, 113/94 143v–144
- - 3. Milderungsgesetz zum Kulturkampfabbau 155/95 104, 106, 106v, 108v–109
- - Sperrgelderverwendungsgesetz 390/102 63v
- u. Konservative 248/98 52v–53
- nicht identisch mit kath. Bevölkerung 45/92 124
- u. Polenpolitik 209/96 280v–281; 244/98 14v–15
- u. Postdampfer-Subvention 195/96 155–155v

- u. Regierung bzw. Bismarck 96/93 226 f.; 209/96 286; 241/97 254–254v; 361/101 160, 162v; 398/102 192–192v

- u. 3. Verwendungsgesetz 110/94 109v

- u. Volksschulen 140/94 370v; 316/100 126v

- u. Wahlrundschriften d. Bischöfe (1888) 343/100 284 f.

- u. Welfenfrage, Erklärung gegen Hzg. v. Cumberland 222/97 81

- u. Zuckersteuer-Novelle 253/98 101v–102v

**Zisterzienser-Orden** 297/100 5, 306/100 66v

#### **Zivilkabinett**

- Gegenzeichnung von Immediatberichten d. Staatsministeriums 123/94 220 f.

- GehKabR Wilmowski a. D. 327/100 180–180v

- u. Neubau für das Abgeordnetenhaus 164/95 205

**Zivilprozeßordnung** (ZPO v. 1877) 151/95 90–90v

#### **Zölle/Zollpolitik**

- Ermäßigung wegen Mißernte 48/92 168v–169

- für Gärtnereiprodukte erwogen 201/96 210v–211

- Handelsverträge

- - mit Rumänien u. Spanien 160/95 170–172; 262/98 227 f., 265/98 243 f.

- - Österreich-Ungarn (1881) 24/91 141v; 78/93 82–82v, 80/93 108v–109

- Holzzölle-Erhöhung erwogen 78/93 82v

- Lex Huene 216/97 37v–38; 243/98 9v; 295/99 241; 383/102 13

- auf Mineralöle (Petroleum) geplant 2/91 6

- Thüring. Zoll- u. Handelsverein besteht weiter 384/102 24

- Zollanschluß von Hamburg u. Bremen 71/93 60–60v, 72/93 61v–62, 73/93 64–66v, 75/93 72v–74, 76/93 77–77v, 80/93 108v

- Zollreform (1879 ff.)

- - u. konstitutionelle Garantien 4/91 13v, 7/91 28

- - landwirt. Schutzzölle auf Wunsch d. Konservativen erhöhen 254/98 111 f.; 286/99 154–157

- - neue Zölle nötig 81/93 112v

- - Novelle (v. a. betr. Mühlenprodukte-Exporte) 112/94 116–116v

- - Novelle (1884) im RT gescheitert 195/96 153v

- - Novelle (1885), Detailberatung u. Tarifsätze 212/97 4v–8v, 213/97 11–11v, 216/97 38 f.

- - u. Verwendungsgesetz 21/91 125–129v

→ Branntweinsteuer; Tabaksteuer; Zuckersteuer

#### **Zollverein, deutscher**

- 50. Gedenktag ist nur Fest d. Finanzverwaltungen 164/95 202v–203, 165/95 206

#### **Zuckersteuer**

- Erhöhung u. zugleich Erlaß bei Einkommensteuer 48/92 166v–168

- zur Finanzierung d. Militärvorlage 395/102 132v, 135, 396/102 144–144v, 146v–147v, 151 f.

- Novelle (1884) scheidert 189/96 97 f., 195/96 153v

- Novelle (1885/87) scheidert 239/97 240–243v; 253/98 101v–102v; 281/99 78v

#### **Zuständigkeitsgesetz** (1879–83)

- Entwurf (1879) 21/91 134v, 25/91 147 f., 154 f.

- Entwurf (1881) u. Meinungsdivergenz Bismarck–Eulenburg 52/92 190v–191v; 67/93 27v–28

- Gesetz (1883), Diskussions- u. Beratung im LT 129/94 283–283v, 133/94 312–319v, 140/94 373v–377v; 149/95 67v–68, 151/95 88–91, 156/95 112 f., 157/95 115 f.

- - wichtigste Resultate 158/95 147v–148

- - Zweck ist Stärkung monarchischer Staatsgewalt 81/93 112v

#### **Zweibund** (mit Österreich 1879)

- Abschluß, Wilhelm I. und Bismarck 19/91 122d–122f, 20/91 122k–122kv

## Personenregister

*Die Umlaute ä, ö, ü werden computertechnisch bedingt im Alphabet wie a, o, u behandelt, so daß z. B. Hütter unter Hutter zu suchen ist.*

*Blattangaben mit „f.“ beziehen sich nicht nur auf die folgende (Rück-) Seite des genannten Blattes, sondern indizieren den Fortgang auf dem folgenden Blatt (Vorder- wie Rück-Seite).*

**Abesser, Wilhelm Theodor**, Gefängniswärter zu Seehausen/Altmark, 1880 Disziplinarsache 29/92 11

**Achenbach, Adolf** (1825–1903), 1853 BergRef., 1859 BergAss. Burbach, 1865 OBERgR Dortmund, 1869 Vors. Bergwerksdir. Saarbrücken, 1870 GehBergR, 1878–1900 Berghptm. Clausthal, 1900 Wirkl.GehR, 1889 als Berghptm. Dortmund erwogen 370/101 266v, 379/101 344v–345

**Achenbach, Heinrich** (1888: v.) (1829–1899), 1856 GerAss. Siegen, 1858 Hilfsarb. OBERgA Bonn u. PD Univ. Bonn, 1862 Prof. jur. Bonn, 1866 GehBergR HandMinm., 1868 GehOBERgR, 1871 GehORegR Reichskanzleramt, 1872 UStS KuMinm., 1873–78 HandMinr., Dez. 1873–Sept. 1874 auch vertretungsweise LandMinr., 1878 OPräs. Westpreußen, 1879–99 Brandenburg, 1893 Großkreuz Roter AdlerO, 1874 MdR, 1866–98 MdA (RFKP) 8/91 30; 133/94 308; 174/95 307v; 208/96 271v; 216/97 38v; 258/98 175v; 297/100 4v, 341/100 273v

**Ackermann, Albert** (geb. 1830), Steuerempfänger zu Herborn, 1882 Disziplinarsache 108/94 78

**Ackermann, Karl Gustav** (1820–1901), 1847 Rechtsaktuar, 1849 Rechtsanw. u. Notar Dresden, 1865 Syndikus Sächs. Bank Dresden, ab 1853 Stadtverordneter Dresden, ab 1869 Stadtverordnetenvorsteher, Finanzprokurator u. sächs. GehHofR, Ehrenbürger Dresdens, Führer d. sächs. Konservativen, Mitgl. 2. Kammer Sachsen (zeitw. Präs.), 1869–93 MdR (Bundesstaatl.-konstit. Vg., Lib. Reichspartei, DkP; 1879 2. Vizepräs. RT) 50/92 174; 196/96 161, 203/96 235v; 308/IV 85v

**Adalbert** (1811–1873), Prinz v. Preußen, Neffe Friedrich Wilhelms III., Militärlaufbahn, 1843 Generalinspekteur d. Artillerie, 1848 einflußreiche Denkschrift über die Bildung einer dt. Flotte, 1849 Oberbefehlshaber d. preuß. Marine u. Vors. Reichsmarinekommission Frankfurt/M., 1854 Admiral, Förderer d. Marine-Gedankens, 1871 Generalinspekteur d. Marine 163/95 197

**Adams, Franz** (1828–1891), 1854 Rechtsanw., 1888 GehJusR, 1877–91 beigeordneter Bgm. Koblenz, 1878 MdH 282/99 95v

**Adamski, Joseph**, kath. Priester aus Weitzenberg, Krs. Neisse, 1890 Dispensation 393/102 89

**Adler, Friedrich** (1827–1908), 1854 Baumeister, 1859 Lehrer Bauakademie, 1863 Prof. f. Baugeschichte, 1870 Titel BauR, Mitgl. Akad. d. Künste, 1877 GehBauR HandMinm., 1878 Minm.öA (Dezernent f. Kirchenbau), 1883 GehOBauR, förderte die Archäologie (u. a. Olympia u. H. Schliemann), 1896 Wirkl.GehOBauR, 1900 a. D. 228/97 142v

**Adolf, Aloys**, Grenzaufseher zu Follmersdorf, Krs. Frankenstein, 1880 Disziplinarsache 38/92 72

**Ahe, Otto von der** (geb. 1844), Gerichtsvollzieher zu Angerburg, 1885 Disziplinarsache 236/97 205

**Ahrndsen, August**, Gerichtsschreiber, Sekr. zu Marne, Krs. Süderdithmarschen, 1882 Disziplinarsache 114/94 169

**Aigster, Adolf** (geb. 1840), Gerichtsvollzieher zu Sigmaringen, 1886 Disziplinarsache 269/98 317

**Albedyll, Emil v.** (1824–1897), 1841 Armee, 1862 Rittm. im KrMinm., 1866 Flügeladjutant Wilhelms I., Oberst, 1871 Abt.-Chef KrMinm., 18.4.1872–7.8.1888 Chef d. Militärkabinetts, 1876

- Generaladjutant, 1886 Gen. d. Kav., 1888–93 kommand. Gen. VII. AK Münster 309/100 75v; 366/101 208; 368/IV 180v
- Albert** (1819–1861), Prinzgemahl v. Großbritannien, Prinz v. Sachsen-Coburg u. Gotha, 1840 Gemahl v. Königin Victoria v. England u. deren polit. Berater, 1851 Protektor d. 1. Weltausstellung, 1857 Titel Prince Consort 333/IV 125v
- Albert** (1826–1902), 1873–1902 König v. Sachsen, plant 1890 Arbeiterschutzzinitiative 390/102 67v
- Albert, Jakob**, kath. Priester aus Bendorf, Krs. Koblenz, 1889 Dispensation 375/101 301v
- Albien, Ferdinand**, Gepäckexpedient zu Neuß, 1888 Pensionssache 330/100 187
- Albrecht** (1809–1872), Prinz v. Preußen, Bruder Wilhelms I., 1819 Armee, Kavallerieoffizier, zuletzt Generaloberst d. Kav. 227/97 139, 139v
- Albrecht** (1837–1906), Prinz v. Preußen, Neffe Wilhelms I., 1847 Armee, 1863 Kdr. 1. Garde-Dräger-Rgt., weitere Kommandos 1866 und 1870/71, 1874 kommand. Gen. X. AK Hannover, 1875 Gen. d. Kav., 1883 Herrenmeister Johanniterorden, 1885 Regent d. Hzgtm. Braunschweig, 1887 ehrenhalber Rektor d. Univ. Göttingen zum 150-Jahr-Jubiläum 281/99 82
- Albrecht Friedrich** (1553–1618), 1568 Herzog in Preußen, 1572 geisteskrank, 1577 unter Vormundschaft, als Erbprinz Rektor d. Landesuniv. Königsberg 281/99 81v
- Albrecht, August** (geb. 1813), 1834 Militär, 1845 PolKom. Naumburg/S., 1847 Halle/S., 1867 PolDir. Göttingen, 1868 PolDir. Kassel, 1883 Titel PolPräs., 1884 KronenO II. Kl., 1885 a. D. 203/96 236v
- Albrecht, Carl Ludwig**, Lehrer zu Wensowken, RegBez. Gumbinnen, 1883 Disziplinarsache 170/95 273
- Albrecht, Georg** (1815/16–1890), Dr. jur., 1842 hannov. GerAss., 1851 Rat Justizkanzlei Celle, OGerR, dann StAnw. ebd., 1867 Vizedir. OGer. Stade, 1869 Präs. OGer. Verden, 1871 Präs. AppGer. Greifswald, 1875 Wiesbaden, 1879 Präs. OLG Frankfurt/M., 1889 Wirkl.GehR 124/94 230v; 174/95 303v; 371/101 282v
- Albrecht, Leo Friedrich Heinrich Robert** (geb. 1849), Lehrer zu Friedrichsthal, RegBez. Stettin, 1887 Disziplinarsache 296/99 257
- Albrecht, Rudolph**, Lehrer zu Gandrinnen, Krs. Insterburg, 1883 Disziplinarsache 157/95 122
- Albrecht, Wilhelm** (1821–1896), 1849 Kauf d. Gutes Suzemin, 1855 Landschaftsdir., 1866 Provinzial-Landschaftsdir. Danzig, 1887 KronenO II. Kl., 1874–78 MdR (NLP) 283/99 118
- Aldag, Joachim**, Gemeindevorsteher zu Regesbostel, Krs. Harburg, 1879 Disziplinarsache 27/91 181
- Alde, Maximilian** (geb. 1849), Gerichtsschreibergehilfe, Assistent zu Königshütte, 1885 Disziplinarsache 226/97 122
- Alexander II.** (1818–1881), 1855 Zar v. Rußland, 1881 ermordet 77/93 81; 377/101 326
- Alexander III.** (1845–1893), 1881 Zar v. Rußland 398/102 193v, 196
- Alles, Johann** (geb. 1827), Elementarlehrer zu Kinderbeuren, Krs. Wittlich, 1883 Disziplinarsache 158/95 151
- Altenkrüger, Heinrich** (geb. 1839), Kanzleirat zu Berlin, 1886 Disziplinarsache 255/98 118, 122
- Althoff, Friedrich** (1839–1908), 1861 Auskultator KrsGer. Neuwied u. Berlin, 1864 GerRef. KG, 1866 Justizsenat Ehrenbreitstein, 1869 GerAss. (Prädikat „sehr gut“), u. a. LG Bonn, 1870 Advokat, 1871 beim Zivilkommissariat u. OPräsidium Straßburg/E., 1872 Dr. jur. h.c. u. ao. Prof. f. modernes Zivilrecht Univ. Straßburg, 1880 o. Prof., zugleich mit Gesetzentwürfen u. Gutachten beschäftigt, 1882 MdStR von Elsaß-Lothringen u. durch Goßler GehRegR KuMinm. u. Referent f. Personalien d. Univ., 1888 GehORegR, 1891 o. Prof. Univ. Bonn (nicht angetreten), 1897 MinDir. (Hochschulabt.) u. Wirkl.GehORegR, initiiert sog. „System Althoff“, 1900 Ehrenmitgl. Akad. d. Wiss., 1907 Wirkl.GehR, a. D. u. MdH 130/94 297; 166/95 227 f., 232–232v; 378/101 335

- Alvensleben (-Erleben), Ferdinand** (1840: **Graf**) v. (1803–1889), 1823–28 Offizier, dann Rittergutsbes., 1878 Fideikommißstifter, 1879 Wirkl.GehR, 1852/53 Mitgl. 1. Kammer, 1854 MdH 18/91 121v
- Ambrohn, Maximilian Victor** (geb. 1843), Oberförster zu Rittel, Krs. Konitz, 1884 Disziplinarsache 198/96 183
- Ammon, Ferdinand**, Gerichtsschreiber zu Lötzen, 1881 Disziplinarsache 93/93 201
- Anderfuhr, August**, Obersteuerkontrolleur zu Hamm, 1882 Disziplinarsache 108/94 79
- Anders, Carl Friedrich** (1835–1890), 1861 GerAss., 1864 StAnw.-Gehilfe Schwetz, 1867 StAnw. KG, 1869 1. StAnw., 1872 RegR Breslau, 1874 GehRegR Zivilkabinett, 1878 GehORegR, Stellv. d. GehKabR 260/98 203v
- Anders, Joseph**, Grenzaufseher zu Heinersdorf, Krs. Frankenstein, 1882 Disziplinarsache 114/94 170
- Anders, Paul** (geb. 1852), Gerichtsschreiber, Sekr. zu Nimptsch, 1882 Disziplinarsache 293/99 225
- Andors, Johann Wilhelm** (geb. 1833), Rektor u. Prediger zu Gottesberg, Krs. Waldenburg, 1889 Disziplinarsache 352/101 35
- Andrassy, Gyula Graf v.** (1823–1890), ungarischer Magnat u. Diplomat, 1847/48 Mitgl. ungar. RT (Anhänger Kossuths), Obergespan Komitat Preßburg, 1849 ungar. Gesandter Konstantinopel, nach der Revolution 1849–57 Exil in Paris, 1861 Mitgl. ungar. RT (Partei Deak), 1867 ungarischer MinPräs. u. Mitarchitekt des öst.-ungar. Ausgleichs, 1871–79 öst.-ungar. AMinr., Mitgl. ungar. Magnatenhaus 19/91 122dv
- Andresen, Johann Conrad**, Grenzaufseher zu Wandsbek, 1881 Disziplinarsache 84/93 139
- Andretzky, Johann Gottlieb** (geb. 1842), Gerichtsvollzieher zu Rybnik, 1888 Disziplinarsache 335/100 210
- Andrzejewski, Ludwig**, Lehrer zu Klein Topola, Krs. Adelnau, 1880 Disziplinarsache 46/92 135
- Angeli, Heinrich** (1907: v.) (1840–1925), Studium in Wien u. Düsseldorf, Lehrer Kunstakademie München, 1862 Wien, 1877 Prof., Genre-, Historien- und Porträtmaler, 1886 KronenO II. Kl. 257/98 163
- Angern, Hermann Julius** (geb. 1831), 1859 GerAss., 1863 StAnw.-Gehilfe Angermünde, 1866 StAnw. Liegnitz, 1874 Magdeburg, 1879 1. StAnw. LG Magdeburg, 1881 bei Prozessen gegen Sozialdemokraten aushilfsweise am RG tätig, 1882 1. StAnw. LG Berlin I, 1885 GehJusR, 1887–99 Präs. LG Berlin I, 1896 GehOJusR 253/98 99; 278/99 60v
- Anheier, Peter** (geb. 1848), Lehrer zu Poltersdorf, Krs. Cochem, 1887 Disziplinarsache 295/99 245
- Anne Marie** (1837–1906), Prinzessin v. Anhalt-Dessau, 1854 Gemahlin d. Prinzen Friedrich Karl v. Preußen 227/97 139v
- Anton, Heinrich**, Grenzaufseher zu Hamersleben, Krs. Oschersleben, 1882 Disziplinarsache 114/94 171
- Appelius, Oskar** (1837–1904), 1861 Bauführer, 1871–76 Baumeister am Bau d. Anhalter Bahnhofs, 1877 Garnisonsbauinspektor Gardekorps, 1879 II. AK Stettin, 1883 BauR XV. AK Straßburg, 1888 Intendantur- u. BauR KrMinm., Titel GehBauR, 1890 VortrR, 1895 GehOBauR, 1897 Chef d. Bauabt. d. KrMinm., 1903 a. D. 394/102 116v
- Arndt, Adolph Wilhelm** (geb. 1829), Gerichtsschreiber, Kanzleirat zu Königsberg, 1889 Disziplinarsache 369/101 255
- Arndt, Emil Ludwig Bernhard** (geb. 1854), Lehrer zu Holzkathen, Krs. Stolp, 1890 Disziplinarsache 386/102 37
- Arndt, Friedrich** (geb. 1839), Gefangenenaufseher zu Dortmund, 1885 Disziplinarsache 214/97 19
- Arnim (-Boitzenburg), Adolf Graf v.** (1832–1887), Majoratsbes., 1862 RegAss. Potsdam, 1864 Hilfsarb. MdI, 1866 LandR Templin, 1873 BezPräs. Metz, 1874–77 OPräs. Schlesien, 1884 Vors.

Generalsynodalvorstand, 1884 MdStR, 1886 Wirkl.GehR, ca. 1882 Vors. brand. ProvLT, 1867–84 MdR (KoP, RFKP; 1880–81 Präs. RT), 1868 MdH (1878–87 1. Vizepräs.) 50/92 174; 62/93 8; 252/98 98

**Arnim, Karl v.** (1831–1905), Dr. jur., 1856 RegRef. Stettin, 1859 RegAss. Stralsund, 1867 Amtm. Fallersleben, 1868 Amts- u. Kreishptm. Gifhorn, 1872 Celle, dort auch PolDir., 1878 PolPräs. Magdeburg, 1888–99 RegPräs. Stralsund 338/100 227

**Arnold, Hermann Adolph,** Katasterkontrolleur zu Münsterberg, 1882 Disziplinarsache 129/94 288

**Arnsperger, Leopold** (1834–1906), Dr. med., Bezirksarzt, 1881 Hochschulreferent im bad. KuMinm. Karlsruhe, 1884–87 MdR (NLP) 215/97 25

**Arnstedt, Oskar v.** (1840–1914), 1867 RegRef. Magdeburg, 1871 RegAss. Stade, 1872 kommissar. LandR Zeitz, 1874 LandR, 1885 OPräsR Magdeburg, 1894 RegPräs. Minden, 1897–1903 Magdeburg, Wirkl.GehORegR, Rittergutsbes. 225/97 104v

**Arnswaldt, Werner Frh. v.** (1832–1899), Rittergutsbes. u. Landschaftsrat, 1880 in Nachwahl gegen J. Struckmann erfolgreich, 1878–84, 1888–98 MdR (Welfe, Hospitant Zentrum) 44/92 118

**Ascheberg, Albert Friedrich Bernhard Maria v.** (geb. 1849), PolLtn. zu Berlin, 1887 Disziplinarsache 300/100 19

**Aschenborn, Karl Wilhelm Julius** (1837–1916), 1864 GerAss., 1870 RegAss. in der Finanzverw., 1872 Hofkammerrat, 1.7.1872 RK (Finanzabt.), 1873 RegR, 1876 GehRegR u. VotrR RK, 1879 GehORegR RSA, 1882 Dir. RSA u. stellv. Bevollm. z. BundesR, 1890 kais. Wirkl.GehR, 1894 UStS RSA, 1899 Dr. h.c. Berlin, förderte dt. Südpolarexpedition u. wiss. Vorhaben, April 1901 a. D. 340/100 251–254

**Abmann, Friedrich Gottfried** (geb. 1829), städt. Branddir. zu Frankfurt/M., 1885 Disziplinarsache 223/97 87

**Abmann, Johann Baptist** (1833–1903), 1860 Priester Katscher/OS, 1868 Divisionspfarrer Neisse, 1882 Propst an St. Hedwig, Berlin u. fürstbischöfl. Delegat d. Diözese Breslau in Berlin, 1886 als Dompropst Posen vorgeschlagen, 1888 kath. Feldpropst d. Armee u. Titularbischof v. Philadelphia, Reorganisator d. kath. Militärseelsorge in Preußen 256/98 155v

**Auerswald, Achatius v.** (1818–1883), Sohn Rudolph v. Auerswalds, 1847 Assessorprüfung nicht bestanden, 1848 GerAss. KG, 1849 Kreisrichter Braunsberg, 1854 Landratsamts-Verweser Braunsberg, Bestallung als LandR bis 1855 verzögert, weil das MdI Zweifel an seiner fachlichen Eignung, vor allem aber seiner politischen Zuverlässigkeit hegte, 1864 ORegR Danzig, 1871 RegVizepräs. Königsberg, 1874 RegPräs. Köslin, 1882 a. D. u. Stern z. Roten Adler O II. Kl., Domherr zu Merseburg, mehrfach kons. AH-Kandidat 127/94 271, 140/94 368

**Augschun, Friedrich** (geb. 1841), Gerichtsdienler auf Wartegeld zu Danzig, 1886 Disziplinarsache 258/98 187

**Augusta** (1810–1890), Gemahlin Wilhelms I., 1861 Königin v. Preußen, 1871–88 dt. Kaiserin 13/91 62; 144/95 17, 163/95 196; 355/101 82; 384/102 22, 23v

**Auguste Victoria** (1858–1921), Gemahlin Wilhelms II., 1888–1918 dt. Kaiserin u. Königin v. Preußen 143/95 6v

**Augustin,** Dr., Hrsg. d. Beamtenzeitschrift „Der Militäranwärter“, später umbenannt in „Centralblatt für deutsche Beamte“, auch Leiter freisinniger Vereine 269/98 313v

**Ausfeld, Karl** (1814–1900), Jurist, 1838 Justizdienst Sachsen-Gotha, 1854–58 Finanzverw., 1859 Richter Waltershausen, 1869 OAppGerR Jena, Mitbegr. d. Gewerbebanken in Gotha u. Waltershausen, 1850–52, 1857/58 Mitgl. LT Sachsen-Gotha, 1881/82 Mitgl. LT Sachsen-Weimar, 1867–68, 1874–77, 1881–87 MdR (DFP, DFsP) 80/93 108v

**Auwers, Arthur** (1912: v.) (1838–1915), Astronom, 1862 Dr. phil. Königsberg, an der Sternwarte Gotha tätig, 1866 Mitgl. Akad. d. Wiss. Berlin, Prof., Beobachter des Venusdurchgangs 1874 und 1882, dafür 1883 GehRegR, Mitbegr. Astrophysikal. Institut Potsdam, lange Vors. d. Astrono-



mischen Ges., 1878–1912 Sekr. d. Physikal.-math. Klasse d. Akad. d. Wiss., GehRegR, 1886 KronenO II. Kl., zuletzt Titel Wirkl.GehORegR 147/95 55v; 269/98 313

**Baare, Louis** (1821–1897), Kaufmann, 1855–95 GenDir. Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation, Vors. HK Bochum, 1881 Geh. Kommerzienrat, 1884 MdStR, führend in ZDI und Verein dt. Eisen- und Stahlindustrieller, Mitgl. Landeseisenbahnrat, 1880 Verf. einer einflußreichen Denkschrift zur Unfallversicherung, 1879–80 MdA (NLP) 48/92 165

**Bacher, Michael** (geb. 1814), Lehrer zu Wujaken, Krs. Ortelsburg, 1882 Disziplinarsache 108/94 80

**Bachmann, v.**, Oberst a. D., 1884 zur diamantenen Hochzeit KronenO II. Kl. 201/96 208

**Baer, Heinrich Anton Adolf**, Lehrer, Küster u. Organist zu Drense, Krs. Prenzlau, 1889 Disziplinarsache 360/101 140

**Baeyer, Johann Jakob** (1794–1885), 1813 Armee, 1820 Gr. GenStab, 1822 Trigonometrisches Büro, 1836 Maj. u. Mitgl. Militärstudienkommission, führte Grad- und Küstenvermessungen durch, Autor wiss. Werke dazu, 1848 Oberst u. Abt.-Chef Gr. GenStab, 1858 als GenLtn. z. D., 1869 (Ehren-) Präs. d. Geodätischen Instituts Berlin, Ehrenmitgl. Akad. d. Wiss., 1883 Glückwunschsreiben zum Dienstjubiläum 146/95 32v, 166/95 230v, 231

**Bahlmann, Wilhelm** (1828–1888), 1855 GerAss. Paderborn, 1856 Kreisrichter Neustadt/OS, 1860 Karlsruhe/OS, 1866 Kreuzburg/OS, 1867 Dir. KrsGer. Falkenberg/OS, 1873 Hilfsarb., dann GehRegR KuMinm., 1876 GehORegR 114/94; 206/96 258; 279/99 61v, 64

**Bahn, Friedrich** (geb. 1842), Grenzaufseher zu Wolgast, 1886 Disziplinarsache 271/98 338

**Bähr, Friedrich Heinrich August**, Küster und Lehrer zu Ottensen, 1879 Disziplinarsache 16/91 81

**Bahr, Paul**, AGerSekr. zu Gleiwitz, 1883 Pensionssache 177/96 20v, 21

**Bähre, Ernst August Friedrich** (geb. 1848), Gerichtsschreiber zu Walsrode, 1885 Disziplinarsache 219/97 64

**Bajerowicz, Wenceslaus** (geb. 1844), Gerichtsschreiber zu Schrimm, 1885 Disziplinarsache 230/97 152

**Ballhorn, Julius Eduard** (1825/26–10.10.1882), RegAss. Breslau, 1862 RegR, 1874 KonsPräs. Königsberg, 1881 Rang d. Räte II. Kl. 90/93 165v

**Bardeleben, Moritz v.** (1814–1890), 1836 Dr. jur. Berlin, 1842 RegAss. Koblenz, 1846 LandR Bernkastel, 1848 PolPräs. Berlin, 1848/49 kommissar. RegPräs. Arnsberg, 1850 Danzig u. GehRegR MdI, 1851 Gesandter beim Bundestag, 1858 RegPräs. Minden, 1866 Aachen, 1872–89 OPräs. Rheinprovinz, Wirkl.GehR, 1854–61 MdA (bkF, Mathis), 1872 MdH 33/92 47–47v, 35/92 52, 45/92 124v, 47/92 158v, 49/92 173v, 50/92 174v, 51/92 177; 72/93 61, 88/93 160–160v, 92/93 188v; 107/94 74v, 139/94 367; 143/95 8v, 170/95 270, 174/95 307v; 176/96 11v, 203/96 236; 362/101 171

**Bardeleben, Moritz Ferdinand** (1827–1892), Bruder Moritz' (v.) Bardeleben, 1857 GerAss., 1860 Kreisrichter Spremberg, 1867 Unna, 1871 Dir. KrsGer. Hagen, 1875 Dortmund, 1879 Präs. LG Dortmund, 1880 Präs. LG Berlin I, 1886 GehOJusR, 1887 Präs. OLG Celle 278/99 60v

**Bargel, August**, Eisenbahnkanzlist zu Saarbrücken, 1879 Disziplinarsache 16/91 82

**Barkhausen, Wilhelm** (1831–1903), hannov. Jurist, 1869 KonsR Stade, 1873 Hilfsarb. KuMinm., GehRegR, GehORegR, 1881 zunächst KonsPräs. Kassel, dann MinDir. KuMinm., 1890 UStS, 1891 Präs. Ev. OKirchenR u. Wirkl.GehR, 1894 MdH 37/92 66; 73/93 63, 82/93 115v; 104/94 60v–61; 179/96 50, 183/96 75v, 76; 339/100 230v; 392/102 80v

**Barth, Max Albert** (1844–1893), Rittergutsbes., 1877 LandR Naumburg/S., 1890 GenDir. Landfeuersozietät Prov. Sachsen in Merseburg, 1882–93 MdA (RFKP) 373/101 292

**Barth, Theodor** (1849–1909), 1871 Rechtsanw., 1872 Amtsass., 1876 HK-Syndikus Bremen, 1883 Journalist u. Leiter der Zeitschrift „Die Nation“, führender freisinniger Politiker, 1881–84, 1885–98, 1901–03 MdR (LibVg, DFsP, FsVg), 1899–1903 MdA 189/96 104v

- Bartiok, Hermann Hugo** (geb. 1845), Hauptsteueramts-Assistent zu Trier, 1885 Disziplinarsache 219/97 65
- Bartsch, Robert** (1893: v.) (1833–1919), 1856 Dr. jur., 1860 GerAss., 1861 Hilfsarb. JMinm., 1864 Kreisrichter Hirschberg, 1870 OGerR Celle, 1874 GehRegR KuMinm., 1879 GehORegR, 1890 MinDir. u. Wirkl.GehORegR, 1899–1900 UStS KuMinm., 1900 Wirkl.GehR 101/94; 392/102 80v
- Bärwinkel, Richard** (1840–1911), ev. Geistlicher, 1863 Pfarrer Reglerkirche Erfurt u. Realschullehrer, 1888–1911 Superintendent Erfurt, seit 1886 führend im Ev. Bund zur Wahrung dt.-prot. Interessen, 1889 Ordenssache 375/101 301
- Barz, Johann Jacob Hugo**, Katasterkontrolleur zu Hermeskeil, Krs. Trier, 1885 Pensionssache 228/97 142, 146
- Bassenge, Lothar** (1818–1889), 1845 GerAss., 1849 Kreisrichter Liegnitz, dann Lüben, 1860 Dir. KrsGer. Lüben, 1870 AppGerR Ratibor, 1879–86 Präs. LG Hirschberg, 1883 Orden verweigert, da öffentlich linksliberal u. regierungskritisch, 1862–66 MdA (DFP, Linkes Centrum) 174/95 303
- Baudissin (-Borstel), Nikolaus Graf v.** (1838–1917), 1864 Auskultant oberste Zivilbehörde Flensburg, 1866 Bevollm. bei d. Reg. Schleswig, 1868 RegAss. Stettin, 1871–82, 1885–1917 LandR Schivelbein, Gutsbes., 1879–88 MdA (DkP) 218/97 56v
- Baudissin, Traugott Graf v.** (1831–1905), 1859 GerAss., 1864 beim Zivilkommissariat Schleswig, 1865 Amtm. Flensburg, 1868 LandR Eckernförde, 1870 z. D., weil gegen eine militärische Anordnung remonstrierte, 1871 Reg. Koblenz, 1874 RegR, dann Düsseldorf, 1878 ORegR Magdeburg, 1886 RegPräs. Oppeln, 1889–97 Magdeburg 261/98 214v; 338/100 227
- Baudri, Johann Anton Friedrich** (1804–1893), 1827 Priester Köln, Pfarrer Lennep u. Barmen, 1843 Mitgl. Domkapitel Köln, 1846–76 GenVikar Köln, 1849–89 Weihbischof, 1862 Präs. d. Vereins vom Hl. Grabe, 1887 Roter AdlerO II. Kl. 50/92 174; 285/99 139
- Bauer**, Rittergutsbes., sammelte 1880 namens des Vaterländ. Frauenvereins Saatgetreide für Notstand in Oberschlesien [vielleicht Hugo Bauer auf Thamm, Krs. Glogau] 28/92 2
- Baumgarth, Arthur Richard Lewin** (geb. 1841), Lehrer, Kantor, Organist u. Küster zu Polkwitz, Krs. Glogau, 1888 Disziplinarsache 335/100 211
- Baumstark, Eduard** (1807–1889), 1828 Dr. jur. Heidelberg, 1829 PD, 1838 Prof. Greifswald, 1843–76 Leitung Akademie Eldena, 1856 GehRegR, 1864–86 Mitgl. Kuratorium Univ. Greifswald, 1886 deshalb Stern zum KronenO II. Kl., 1848 Mitgl. preuß. NatVers., 1850 Erfurter Staatshaus, 1849–52 Mitgl. 1. Kammer, 1859 MdH, 1867 MdR (bkF, altlib.) 252/98 98v
- Baur-Breitenfeld, Fidel v.** (1834–1886), württ. Jurist u. Diplomat, 1864 LegSekr. München, 1869 Gesandter Karlsruhe, 1872 Wien, 1881 württ. Gesandter in Berlin u. Bevollm. z. BundesR 241/97 257
- Baurschmidt, Bernhard** (geb. 1839), 1869 Bgm. Osterode/Harz, 1883 LandR Peine, 1888 ORegR Magdeburg, dann OPräsR Breslau, 1898 a. D., 1877–82 MdA, 1887–88 MdR (NLP) 344/100 292v
- Baussen, Adolph Wilhelm Arnold v.**, Büroassistent am KrsGer. Oranienburg, 1880 Disziplinarsache 29/92 12
- Baustädt, Alexander** (1828–1905), 1860 kurhess. Anwalt, dann Notar in Fulda, 1880 Amtsrichter, 1881 KonsR Kassel, 1885 Dir. Konsistorium Stade, 1896 Titel Präs. 256/98 158v
- Bayer, Edmund** (geb. 1834), 1865 GerAss., div. Verwendungen, 1870 RegAss. Gumbinnen, 1875 RegR, 1877 Oppeln, 1885 Breslau, 1886 ORegR Gumbinnen, 1892 Posen, 1902 a. D. 266/98 245v
- Bayer, Hermann** (1834–1892), 1860 Pfarrer Anholt, 1864 Seminardir. Mörs, 1868 RegSchul- u. KonsR Wiesbaden, 1883 4. Hof- u. Domprediger Berlin u. OKonsR, Mitgl. Ev. OKirchenR, 1890 GehORegR KuMinm. 395/102 136v
- Bazalik, Julian** (geb. 1839), Lehrer zu Brzezic, RegBez. Posen, 1883 Disziplinarsache 157/95 123
- Bebel, August** (1840–1913), 1864 Drechslermeister Leipzig, 1864 Mitgl. ständiger Ausschuß d. Verbandes d. dt. Arbeitervereine, 1867–69 dessen Vors., 1869 Mitbegr. d. Eisenacher Sozial-

demokrat. Partei, mehrfache Ausweisungen und Gefängnisstrafen, 1892–1913 Vors. SPD, 1881–90 Mitgl. sächs. 2. Kammer, 1867–70, 1871/72, 1874–81, 1883–1913 MdR (Sächs. Volkspartei, SPD) 363/IV 173v

**Becherer, Theodor** (1840: v.) (1823–1883), 1850 GerRef. Naumburg/S., 1851/52 Festungshaft wegen Duell mit Todesfolge, zweimal bei Ass.-Prüfung gescheitert, 1857 beurlaubt, 1859–71 a. D., lebte u. a. in Australien, 1871/72 dt. Konsulardienst Moskau, 1872/73 Hilfsarb. AA, dann kommissar. BezAmtm. Montabaur, 1876 BezAmtm. Vöhl, 1879–83 LandR Wolfhagen 29/92 7

**Becker, Carl** (1820–1900), nach Studium an der Berliner Akademie ab 1842 div. Stipendien u. Reisen, ab den 1850er Jahren Historienmaler in Berlin, Prof., 1882–94 Präs. Akad. d. Künste, 1888 Mitgl. Expertenkommission zur Errichtung eines Denkmals f. Wilhelm I. 334/100 205v

**Becker, Heinrich Albert**, berittener Steueraufseher zu Gumbinnen, 1879 Disziplinarsache 26/91 160

**Becker, Hermann** (1820–1885), Dr. jur., GerRef. Köln, 1848/50 in der Revolution aktiv, 1851 zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt wegen Tätigkeit f. d. Kommunistenbund, 1856 Kaufmann u. Publizist Dortmund, StadtR, Gründer d. Dortmunder Volksbank, 1867 Bgm., 1871 OB Dortmund, 1875–85 OB Köln, 1884 MdStR, 1862–72 MdA (DFP), 1867–74 MdR (DFP, NLP), 1872–75 MdH 143/95 13, 14v

**Becker, Joachim Friedrich** (geb. 1842), Schutzmann zu Magdeburg, 1880 Disziplinarsache 46/92 137

**Becker, Joseph** (geb. 1842), Gefangenenwärter zu Bochum, 1880 Disziplinarsache 46/92 136

**Becker, Peter Georg**, Assistent auf Grube von der Heydt, Krs. Saarbrücken, 1881 Disziplinarsache 84/93 140

**Becker, Peter Mathias Hubert** (geb. 1845), städt. Steuererheber Berlin, 1883 Disziplinarsache 165/95 209

**Becker, Reinhold**, Schutzmann zu Wiesbaden, 1879 Disziplinarsache 26/91 159

**Becker, (Friedrich) Wilhelm** (1911: v.) (1835–1924), 1861 GerAss. Naumburg/S., 1862 StadtR Halberstadt, 1865 Bgm. Zeitz, 1868 Halberstadt, 1875 OB Dortmund, 1876 Düsseldorf, 1886–1907 OB Köln, 1884 MdStR, 1907 Wirkl.GehR, 1895–97, 1903–07 Vors. ProvLT Rheinprov., 1868–86, 1891–1918 MdH (stellv. Vors. Neue Fraktion; 1895–1908 2. Vizepräs., 1908–18 1. Vizepräs.) 51/92 177; 114/94 165v

**Beckmann, Friedrich Wilhelm Karl** (geb. 1846), Lehrer zu Berghofen, Krs. Dortmund, 1889 Disziplinarsache 379/101 351

**Beckmann, Johannes Heinrich** (1803–1878), 1828 Priester Münster, 1832 Domvikar, 1858 GenVikar Münster, 1866 Bischof Osnabrück, 1855–58, 1866–69 Apostolischer Provikar d. Nordischen Missionen, 1848–55 Mitgl. 1. Kammer Kgr. Hannover 148/95 63

**Bedke, Carl Martin Ludwig** (geb. 1841), Förster zu Krampken, Krs. Preuß. Stargard, 1885 Disziplinarsache 230/97 153

**Beelitz, Otto Maximilian** (geb. 1809), 1841 GerAss. Berlin, 1842 Hilfsarb. Generalkomm. Berlin, 1843 Spezialkom. Zehdenick, 1846 Oranienburg, 1853 RegR, 1855 Mitgl. Generalkomm. Frankfurt/O., GehRegR, 1884 a. D. u. KronenO II. Kl. 200/96 195

**Beer, Heinrich Ferdinand Konstantin** (geb. 1828/29), 1855 GerAss., 1861 StAnw., div. Verwendungen, zuletzt in Oppeln, 1869 KrsGerR, 1871 AppGerR Ratibor, 1879 OLGR Breslau, 1882 Präs. LG Liegnitz, 1885/86 a. D. 121/94 211

**Begas, Reinhold** (1831–1911), Bildhauer, 1876 Prof. Akad. d. Künste in Berlin, schuf zahlreiche Porträt-Büsten u. Denkmäler, u. a. den Neptunbrunnen in Berlin, 1888 Mitgl. Expertenkommission zur Errichtung eines Denkmals f. Wilhelm I. u. ab 1892 dessen Gestalter 308/IV 92, 92v; 334/100 205v, 342/100 280

**Behre, Friedrich** (1819–1888), 1869–85 Bürgerworthalter d. Bürgervorsteher-Kollegiums Hannover, Dir. d. Vorschußvereinsbank Hannover, in der Revolution 1848 als Demokrat aktiv, Mitgl.

Nationalverein, 1866 Mitbegr. Deutsch-Hannoversche Partei u. führender Welfe der Stadt Hannover *145/95* 21

**Behrendt, Gustav** (geb. 1821), Lehrer zu Neukirch-Höhe, Krs. Elbing, 1881 Disziplinarsache *83/93* 124

**Behrens, Carl Heinrich** (geb. 1830), Gerichtsschreiber zu Burgsteinfurt, 1884 Disziplinarsache *206/96* 260

**Behrens, Heinrich**, Grenzaufseher zu Ottensen, 1879 Disziplinarsache *26/91* 161

**Behr-Negendank, Ulrich Graf v.** (1826–1902), nach Jura-Studium Rittergutsbes., 1867 LandR Franzburg, 1869 RegPräs. Stralsund, 1883 OPräs. Pommern, 1891 a. D. u. Wirkl.GehR, 1868 MdH, 1871–74, 1881–83 MdR (RFKP) *142/95* 4, *174/95* 307v

**Belau, Karl Friedrich** (geb. 1850), Gerichtsschreibergehilfe zu Gudensberg, Krs. Fritzlär, 1886 Disziplinarsache *263/98* 231

**Bellingen, Johann Wilhelm** (geb. 1831), Kanzlist zu Berlin, 18826 Disziplinarsache *192/96* 130

**Benda, Robert v.** (1816–1899), 1843–49 RegAss. Potsdam, 1853 Bewirtschaftung seines Gutes Berlin-Rudow, führender Nationalliberaler (1877–98 Zentralvorstand NLP), 1859–66, 1867–98 MdA (v. Vincke, Rechte/Grabow, Linkes Centrum, NLP; 1880–85 1. Vizepräs. 1886–93 2. Vizepräs.), 1867–98 MdR *50/92* 174

**Bendfeldt, Johannes Christian Bernd**, Zollamtsassistent zu Sonderburg, 1879 Disziplinarsache *16/91* 83

**Bening, Heinrich** (1801–1895), 1825 Ass. standesherrliches Amt Bentheim, 1833 hannov. MdI, KanzleiR, RegR, führend beteiligt an landwirt.-gewerblichen Reformen, 1848 GenSekt. KuMinm., dann des Gesamtministeriums. u. d. StR, 1852 wieder MdI, 1854 a. D. u. Amtm. Ilten, 1858–83 Wennigsen, GehRegR, 1882 Stern z. KronenO II. Kl., 1832–66 (mit Unterbrechungen) Mitgl. 2. Kammer Hannover, 1867–76 MdA (NLP) *131/94* 301v

**Bennigsen (-Förder), Albert v.** (1838–1886), nach Primareife u. Einjährig-Freiwilligen Jahr Verw. d. mütterlichen Gutes, 1865 Kauf Rittergut Striche, Krs. Birnbaum, 1875 Subhastation, Übergang in Verw., 1876 Kirchspielvogt Reinbek, Bekanntschaft mit Bismarck, 1880/82 LandR Lauenburg, wegen kons. Wahlpropaganda 1881 u. administrativen Mißgriffen von Puttkamer abberufen, 1883 Dir. Strafanstalt Luckau, zuletzt Dir. Berliner Stadtvogteigefängnis *121/94* 211

**Bennigsen, Rudolf v.** (1824–1902), 1846 hannov. Amtsauditor Lüchow, dann Osnabrück, div. Verwendungen, 1854 Richter am OGer. Göttingen, ab 1856 Bewirtschaftung des väterl. Gutes, 1859 Mitbegr. Nationalverein, 1867 Mitbegr. u. 1872–91 Vors. NLP, 1868–88 Landesdir. Hannover, 1888–97 OPräs. Hannover, 1889 Wirkl.GehR, ab 1856 Mitgl. 2. Kammer Hannover, 1867–83, 1887–98 MdR (NLP), 1867–83 MdA (1873–79 Präs. AH) *1/91* 1v, *2/91* 5v, *4/91* 13v; *44/92* 119; *134/94* 321; *146/95* 34; *286/99* 156v; *372/101* 288

**Bensen, August** (geb. 1825), vor 1868 Eisenbahnbetriebsdir. bei der Eisenbahndirektion Saarbrücken, Reg- u. BauR Eisenbahnkommissariat Berlin, 1875 dessen Vors., GehRegR, 1880 Rang d. Räte III. Kl., 1886 Titel GehORegR, 1895 a. D. *33/92* 47v; *258/98* 179

**Bergius** (1828–1888), 1857 RegAss. Trier, 1858 Marienwerder, 1868 RegR, 1877 ORegR Posen, 1880 Potsdam *338/100* 226v

**Bergmann, Ernst v.** (1836–1907), 1860 Dr. med. Dorpat, 1864 PD, 1871 Prof., 1878 Würzburg, 1882 Berlin, Dir. d. chirurg. Inst. d. Charité, Arzt Friedrichs III., diagnostizierte frühzeitig Krebs, deshalb 1888 Kreuz d. Komthure d. HausO v. Hohenzollern, Generalarzt, 1902 Wirkl.GehR, 1906 MdH *334/100* 206

**Berkofsky**, GehRechR u. Rendant bei d. Generaldirektion d. allg. Witwen-Verpflegungsanstalt, 1883 nach über 60 Dienstjahren a. D. u. KronenO II. Kl. *148/95* 62

**Berkowski, Friedrich Karl**, Lehrer zu Schanzendorf, Krs. Bromberg, 1880 Disziplinarsache *38/92* 73

**Berlepsch, Hans Frh. v.** (1843–1926), Jurist u. Gutsbes., 1870/71 Sanitäts-, dann Verwaltungsdienst in Frankreich, 1872 RegAss. Beuthen, 1873–77 LandR Kattowitz, 1877–80 Ltd. Minr.

- Schwarzburg-Sondershausen, 1881 RegVizepräs. Koblenz, 1884 RegPräs. Düsseldorf u. MdStR, 1889 OPräs. Rheinprovinz, 31.1.1890–26.6.1896 HandMinr., sozialpolit. tätig, u. a. 1901 Mitbegr. u. bis 1920 Vorstandsmitgl. Gesellschaft für Soziale Reform 76/93 76v, 85/93 151v, 91/93 169; 127/94 276v; 143/95 8v, 164/95 202v; 247/98 48v; 375/101 300, 376/101 322v, 380/101 366, 368; 388/IV 190v; 390/102 52v; 391–399/102
- Bernert, Carl** (geb. 1848), Obersteuerkontrolleur zu Lüben, 1889 Disziplinarsache 352/101 36
- Berning, Wilhelm**, Gerichtsbote u. Exekutor zu Recklinghausen, 1880 Disziplinarsache 46/92 138
- Bernstorff, Andreas Graf v.** (1844–1907), 1870–74 Diplomat, 1874 LandR Krs. Hzgtm. Lauenburg, 1880 Hilfsarb., 1881 GehRegR KuMinm., 1887 GehORegR, 1893 Wirkl.GehORegR, 1904 a. D. 77/93 81v; 281/99 82v
- Bernstorff, August** (geb. 1851), Lehrer zu Daber, Krs. Naugard, 1889 Disziplinarsache 379/101 353
- Bernuth, Johann v.** (1823–1901), Steuerempfänger zu Kalkar, Krs. Kleve, 1882 Disziplinarsache, zeitw. Bgm. von Kervenheim, zuletzt stellv. Kreisamtmann Bad Pyrmont 114/94 172
- Bernuth, Otto v.** (1816–1887), 1839 RegRef. Merseburg, 1843 RegAss. Danzig, 1846 Koblenz, 1848 kommissar. LandR Liegnitz, 1850 LandR, 1862 PolPräs. Berlin, 1867 RegPräs. Köln, 1884 nach öffentlichen Diskussionen um seine Rolle als Berliner PolPräs. beim Attentat auf Bismarck 1866 a. D., nachträglich Stern z. KronenO II. Kl., 1849–52, 1859–61 MdA (Rechte, Graf Pückler) 143/95 8v; 197/96 163v, 203/96 236
- Berring**, vor 1873 Reg- u. BauR Oppeln, ca. 1877 Dir. d. Rheinstrom-Bauverwaltung in Koblenz, GehRegR, 1894 a. D. 143/95 8v
- Beseler, Georg** (1809–1888), 1833 Dr. jur. Kiel, 1835 PD Heidelberg, 1835 Prof. Univ. Basel, 1837 Rostock, 1842 Greifswald, 1859 Berlin, führend in Genossenschafts- und Privatrecht, 1884 Stern zum Roten Adler O. II. Kl., Mitgl. dt. NatVers. (Casino), Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1849–52, 1861 MdA (Linke, v. Vincke), MdR (NLP), 1875 MdH (1882–87 Vizepräs.) 168/95 246v; 207/96 270v
- Besser, Hugo** (geb. 1835), KrsSekr. zu Trier, 1885 Disziplinarsache 239/97 244
- Besteck, Hermann** (geb. 1835), Rektor zu Neuenburg/Westpr., 1882 Disziplinarsache 108/94 81
- Bethusy-Huc, Eduard Graf v.** (1829–1893), Rittergutsbes., Mitgründer u. 1867–80 Vors. RFKP, unter Entbindung von der Landratsprüfung 1880–86 LandR Kreuzburg/OS, 1862–80 MdA (KoP, bkF, RFKP; 1877–79 2. Vizepräs.), 1867–80 MdR 27/91 177v
- Bette, Hubert August**, Eisenbahnbetriebssekr. zu Wiesbaden, 1884 Pensionssache 210/96 287v, 290
- Beyer, Benno** (1835–1900), 1863 RegAss. Breslau, 1874 RegR Köslin, 1875 LandMinm., 1876 GehRegR, 1881 GehORegR, 1893 Wirkl.GehORegR, 1896 a. D. 79/93 86
- Bialek, Karl**, Gefangenenwärter zu Oppeln, 1880 Disziplinarsache 31/92 31
- Bieber, Carl Heinrich** (geb. 1846), Grenzaufseher zu Schillehnen, RegBez. Gumbinnen, 1887 Disziplinarsache 288/99 176
- Bienert, August**, Stationsassistent zu Sprottau, 1879 Disziplinarsache 16/91 84
- Bienko, Paul** (1845–1909), Dr. jur., 1872 GerAss. Königsberg, StAnw.-Gehilfe, 1879 RegAss. u. LandR Wehlau, 1883 RegR u. OPräsR Posen, 1887 PolPräs. Posen, 1890–1909 PolPräs. Breslau 288/99 174v
- Bierbach, Alexander Theodor** (geb. 1836), Obertelegraphist bei der Feuerwehr zu Berlin, 1882 Disziplinarsache 141/94 380
- Bierbaum, Irenäus** (1843–1907), 1860 Franziskanerpater, 1868 Priester Paderborn, 1885 Provinzial d. sächsischen Ordensprov. 297/100 6v
- Bierfreund, Carl Gottfried** (geb. 1819), Lehrer zu Schwarzstein, Krs. Rastenburg, 1890 Disziplinarsache 397/102 164
- Bilitowski, Robert**, kath. Priester aus Patracken, Krs. Allenstein, 1887 Dispensation 296/99 255v
- Birkenhagen, Theodor** (geb. 1825), Zugführer zu Soest, 1887 Disziplinarsache 288/99 177

**Bischoffshausen, Alexander v.** (1846–1928), 1873 GerAss., 1878 RegAss. PolPräsidium Berlin, 1881 LandR Pinneberg, 1889 ORegR Schleswig, 1897 RegPräs. Minden, 1899 MinDir. MdI, 1900 UStS, 1908–18 Präs. Hauptverw. d. Staatsschulden u. d. Reichsschuldenverw., 1907 Wirkl.GehR, 1882 AH-Kandidat (RFKP), auch Landschaftsmaler 369/101 246v

**Bischopinck, Ludwig** (1820–1899), 1848 GerAss., 1852 RegAss. Berlin, Spezialkom. Gr. Oschersleben, 1859 RegR u. Hilfsarb. Revisionskollegium (1879: Oberlandeskulturger.), 1869 Geh. Revisionsrat, 1881 Titel GehOJusR, 1893 a. D. 74/93 67

**Biskupski, Alexander** (geb. 1831), Lehrer zu Schocken, Krs. Wongrowitz, 1882 Disziplinarsache 129/94 289

**Bismarck (-Külz), Bernhard v.** (1810–1893), Bruder Otto v. Bismarcks, 1831 Offizier, 1836 Rittergutsbes., 1840 LandR Naugard, GehRegR, 1887 a. D. u. Stern z. Roten AdlerO II. Kl., führend in der neukons. Fraktion 1872–76, 1847/48 Mitgl. Vereinigter LT, 1851–52, 1870–88 MdA (KoP, Neukons., DkP) 115/94 190; 295/99 242

**Bismarck, Busso v.** (1824–1887), 1855 GerAss., StAnw. Marienburg, dann Anklam, 1869 KrsGerR Flatow, 1871 Dir. KrsGer., 1874 Merseburg, 1879 Dir. LG Liegnitz, 1880 Präs. LG Schneidemühl, 1883 Cottbus, 1887 Senatspräs. OLG Breslau, 1870–76, 1882–87 MdA (KoP, Neukons., RFKP, DkP) 50/92 176v

**Bismarck, Herbert** (1898: **Fürst**) (1871: **Graf**) v. (1849–1904), ältester Sohn Otto v. Bismarcks, 1870 Offizier, 1874 zum AA kommandiert, 1876 LegSekr. AA, Privatsek. seines Vaters, 1880 LegR, div. Missionen, 1884 Gesandter im Haag, 1885 UStS AA, 18.5.1886–26.3.1890 StS AA u. Bevollm. z. BundesR, 1887 kais. Wirkl.GehR, 22.4.1888–26.3.1890 StMinr. o. Geschäftsbereich, 1884–86, 1893–1904 MdR (RFKP, Hospitant DkP), 1898 MdH 293/99 223a; 314/100 116, 316–318/100, 320–328/100; 331/IV; 332/100; 333/IV; 334–335/100, 337/100, 343/100; 346–348/96; 351/101, 353–356/101; 357/IV; 359/101, 361/101; 363/IV; 364–367/101; 368/IV 179; 369/101, 372/101, 374/101, 376/101, 379–380/101; 382–385/102, 387/102; 388/IV; 389–396/102, 398/102

**Bismarck, Otto** (1865: **Graf**, 1871: **Fürst**) v. (1815–1898), 1836 RegRef. Aachen, 1837 Potsdam, 1839 a. D. u. Güterbewirtschaftung, 1844/45 abermals kurzzeitig RegRef., 1845 Rittergutsbes., 1846 Mitgl. sächs. ProvLT u. Deichhptm., 1851 LegSekr. dann GehLegR u. Gesandter am Bundestag Frankfurt/M., 1854 MdStR, Jan. 1859 Botschafter St. Petersburg, Mai 1862 Paris, 23.9.1862–21.12.1872, 9.11.1873–20.3.1890 MinPräs., 8.10.1862 zugleich AMinr., 18.1.1871–20.3.1890 Rklr., 23.8.1880–31.1.1890 auch HandMinr., 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1849 Mitgl. 1. Kammer, 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1849–52 Mitgl. 2. Kammer (Rechte), 1867, 1891–93 MdR (bkF) 2/91 5v–6, 5/91 14, 15v, 16v, 18, 7/91, 9/91 34v, 10/91, 12/91 60v–61v, 13/91 62v–65v, 14/91 66, 17/91, 19–20/91, 24/91 145v, 26/91 157v, 27/91 179v; 28/92 4v, 29/92 7, 31/92 26v, 29v, 32/92 44v, 33/92 46–46v, 34/92, 35/92 52, 52v, 53v, 36–37/92, 39/92 91, 91v, 40–41/92, 42/92 104, 43–44/92, 45/92 121v, 47/92 159, 48/92, 50/92 174v, 176v, 52/92 191, 53/92 192, 54/92 193v, 195v, 55/92 197, 57/92 204, 58/92 207v, 214v, 59/92 228; 61–63/93, 64/93 14 f., 65/93 19, 67/93, 69/93 33, 71–78/93, 80–81/93, 82/93 116v, 83/93 117, 118, 118v, 84/93 137v, 85/93 151v, 86/93, 89/93 162, 162v, 90/93 165v, 167 f., 91/93 170v, 92/93 188v, 94–97/93; 98/94 7, 99–104/94, 105/94 62, 107/94 71, 71v, 109–110/94, 111/94 113v, 112/94 116, 116v, 113/94 136, 137, 141, 143–143v, 115/94 189v, 117/94 202, 118/94 203, 119/94 205v, 206, 121/94 214, 214v, 123–124/94, 126/94 265v, 127/94 272v–273, 276v, 128/94 282v, 130/94 296, 296v, 298, 131/94 299, 132/94 305, 133/94 308v, 310v, 134/94 325v, 135/94 331v, 333, 136/94 335, 337, 337v, 138/94 363, 363v, 364v–365v; 142/95 4v–5v, 144/95 17, 17v, 145/95 26v, 147/95 55, 148/95 62v, 149/95 67, 151/95 91v, 92, 152/95 94, 94v, 153/95 98, 154/95 101, 101v, 155/95, 156/95 110, 111, 157/95 115v, 117v, 158/95 143v, 148, 160/95 170, 170v, 171v, 173v, 161/95 186, 186v, 162/95 193, 163/95 196v, 197, 164/95 202v, 203, 203v, 204, 165/95 206, 166/95 223, 167/95 234v, 235 f., 238, 239, 168/95 245–245v, 170/95 268v, 269, 172/95 294, 294v, 295v, 173/95 302, 302v, 174/95 306, 306v; 175/96 1, 176/96 4v, 9v, 10, 13, 177/96 19 f., 178/96 34 f., 36v, 38 f., 40, 41, 47v, 179/96 50v, 51, 53v, 54, 180/96 55, 181/96 66v, 182/96 71, 183/96 74,

184/96 83v, 185/96, 187–191/96, 192/96 123, 124, 125, 193/96 140v, 194–196/96, 197/96 163, 164, 199/96 188, 191v, 194, 200/96 195v, 196, 201/96 208v, 210v, 211v, 202/96 216 f., 218 f., 220, 221, 203/96 233, 234, 235, 236, 204/96 237, 238v, 205/96, 207–209/96, 210/96 287, 211/96 306v, 307v; 212–213/97, 214/97 15v, 215–216/97, 218/97, 221–222/97, 224–225/97, 226/97 105v, 106, 107, 108, 109v, 110v, 111, 112, 114–116v, 229/97 147v, 230/97 151, 231/97 172, 232/97, 233/97 181v, 182, 235/97 188v, 189v, 192, 192v, 236/97 198v, 203, 237/97 218v, 238/97 226v, 239/97 240, 243v, 241/97; 243–244/98, 247–254/98, 256/98, 257/98 164v, 165–167v, 258/98 169v, 171, 174, 175v, 177v, 259/98 196, 260/98 203v, 204–207v, 262/98, 263/98 229v, 230, 264/98 240, 265/98, 266/98 253, 267/98 271, 268/98 273, 269/98 315, 270/98, 271/98 336, 273/98 351–354v, 356, 359v, 360v, 361, 361v; 274/99 2, 5, 6v, 7, 7v, 8v, 10, 12, 12v, 18 f., 24v, 28, 28v, 275/99, 276/99 41, 277–278/99, 280/99 74, 75, 281–283/99, 285–286/99, 290/99 209, 209v, 291/99 214, 292/99 220, 293/99 223, 294/99, 295/99 233v, 296/99 255, 255v, 256v; 297/100 3v, 6v, 299/100 1, 300/100 13v, 14v, 15v, 301–304/100, 306–307/100; 308/IV; 309–311/100, 312/100 92v, 313–318/100, 320/100 151, 152, 153v, 154, 321/100 158, 158v, 159v, 322/100 163, 323–329/100, 330/100 186; 331/IV; 332/100; 333/IV; 334/100, 336/100 219v, 221v, 222, 337/100 225, 338/100 226, 226v, 227, 340/100 248, 249, 341/100 258v, 261, 263, 271, 272, 342/100 280, 343/100 281, 284, 285; 348/96 318v, 320v; 349/101 3, 3v, 6, 8v, 350/101 9, 351/101, 352/101 23v, 353–356/101; 357/IV; 358–359/101, 360/101 137v, 361–362/101; 363/IV; 364–367/101; 368/IV; 369/101 243, 243v, 244v, 246, 248v, 370/101 267, 268, 371/101 281, 282v, 372/101 287, 288v, 374/101, 375/101 299, 300, 300v, 376/101, 379/101 340, 342v, 344, 348d, 380/101 363v–364v, 369, 381/101 376; 382/102 7, 11, 383/102 15, 17v, 20v, 385/102 25, 386/102 32, 387/102; 388/IV; 389–392/102, 393/102 91v, 394–396/102, 398/102, 399/102 207

**Bismarck, Wilhelm [Bill]** (1871: **Graf** v. (1852–1901), 1869–71 Armeedienst, 1878 GerAss., 1879 Hilfsarb. beim Statthalter Elsaß-Lothringen E. v. Manteuffel, 1881 Hilfsarb. RK, 1882 RegR, 1884 GehRegR StMinm., 1885 LandR Hanau, 1889 RegPräs. Hannover, 1895 OPräs. Ostpreußen, 1898 Rittergutsbes. Varzin, 1878–81 MdR, 1882–85 MdA (RFKP) 193/96 140v; 350/101 10

**Bitter, Karl Hermann** (1813–1885), 1845 RegR Frankfurt/O., 1850 Minden, 1856–60 Bevollm. bei der europ. Donaukomm. in Galatz, 1858 GehRegR, 1860–68 Generalinspektor d. Rheinschiffahrt in Mannheim, 1869 ORegR Posen, 1870 Präfekt Vogesen-Dept., 1871 RegPräs. Posen, 1872 Schleswig, 1876 Düsseldorf, 1877 UStS MdI, 5.7.1879–28.6.1882 FinMinr., auch Musikschriftsteller, 1879–82 MdA (bkF) 16–17/91, 19–27/91; 28–38/92, 40–45/92, 48/92 167 f., 49/92, 50/92 175v–176, 51–60/92; 61–66/93, 68/93, 70–85/93, 88/93, 89/93 162, 163, 90–97/93; 98–111/94, 113–120/94, 123/94, 125/94 236, 126/94 261, 261v, 262, 263v, 140/94 372v; 192/96 125v, 193/96 144

**Bitter, Johann**, kath. Priester zu Fretter, Krs. Meschede, 1888 Dispensation 345/96 310v

**Bitter, Rudolf** (1880: v.) (1846–1914), 1871 GerAss., 1872 RegAss. Posen, 1875 LandR Waldenburg, 1882 GehRegR MdI, 1888 GehORegR u. RegPräs. Oppeln, 1898 MinDir. MdI, 1899–1903 OPräs. Posen, 1905 Präs. Hauptverw. d. Staatsschulden, 1909 Präs. OVG, 1902 Wirkl.GehR, zeitw. stellv. Präs. Dt. Kolonialges., 1879–88 MdA (RFKP), 1910 MdH 114/94 150 f., 155v, 157v–161, 129/94 283; 176/96 17; 338/100 227v

**Blasche, Karl Gustav** (geb. 1850), Klosterkammer-Sekr. zu Hannover, 1885 Disziplinarsache 219/97 58, 63

**Blaschy, Bruno** (geb. 1857), Lehrer zu Köslilien, 1887 Disziplinarsache 289/99 194

**Blazjewicz, Julius Kasimir** (geb. 1846), Lehrer zu Kulm, 1885 Disziplinarsache 223/97 88

**Bleichröder, Gerson** (1872: v.) (1822–1893), Berliner Privatbankier, Hausbankier, Finanzberater und Mittelsmann Bismarcks, 1867 Geh. Kommerzienrat, zeitw. reichster Mann Berlins 308/IV 95

**Blenck, Emil** (1832–1911), 1864 RegAss., 1869 Hilfsarb. Statistisches Büro, 1874 RegR, 1881 GehRegR u. 2. Dir., 1883–1911 Dir. bzw. (1902) Präs. Statist. Büro bzw. (1905) Landesamt, 1888 GehORegR 150/95 70, 157/95 118v; 341/100 258

- Bley, Justus** (geb. 1839), Lehrer zu Metzebach, Krs. Melsungen, 1885 Disziplinarsache 234/97 186
- Blum, Peter Joseph** (1808–1884), 1832 Priester Limburg, Domvikar, 1840 Pfarrer Oberbrechen, 1842 Bischof Limburg/L., heftiger Gegner der Regierung im Kulturkampf, 1876 abgesetzt u. nach Böhmen, im Dez. 1883 begnadigt u. Rückkehr nach Limburg 120/94 208v–209, 126/94 265v; 167/95 234 f., 240, 168/95 245, 170/95 270; 176/96 4, 5; 214/97 16
- Blume, Wilhelm** (1888: v.) (1835–1919), 1852 Armee, 1865 Hptm. u. Adjutant KrMinr. v. Roons, 1870 Maj. i. G., im Gr. Hauptquartier 1870/71, 1872 Abt.-Chef KrMinm., 1879 Oberst u. Kdr. Füsilier-Rgt. Nr. 36, 1885 GenMaj. u. Dir. Militärökonomie-Dept., MdStR u. Bevollm. z. BundesR, 1888 Dir. Allg. Kriegsdepartement KrMinm. u. GenLtn., 1889 Kdr. 8. Div., 1892–96 kommand. Gen. XV. AK Straßburg, bekannter u. einflußreicher Militärschriftsteller 279/99
- Blümel, Johann Gottlob** (geb. 1841), Steueraufseher zu Mühlberg/Elbe, 1885 Disziplinarsache 237/97 220
- Blumenthal, Friedrich Wilhelm**, Arbeitshaus-Aufseher zu Berlin, 1879 Disziplinarsache 16/91 85
- Blüthgen**, 1875–88 Bgm. Schönebeck, 1879 AH-Kandidat (RFKP), 1888 wegen rechtswidriger Fondsverw. u. Konzessionserteilung nicht mehr bestätigt 348/96 320
- Bninski, Ignacy Graf v.** (1820–1893), Rittergutsbes., 1846/48 bei polnischen Aufständen aktiv, dann „loyalistische“ Haltung, aktiv im poln. Vereinswesen, 1888 Verf. einer Adresse an Friedrich III., verkaufte Teile seines Besitzes an Deutsche bzw. Ansiedlungskommission, 1855 MdH 209/96 280; 320/100 152v
- Bobrik, Rudolf** (geb. 1834), Dr., Gymnasialdir. zu Belgard, 1890 Disziplinarsache 397/102 165
- Bocatus, Carl Friedrich** (geb. 1855), Lehrer zu Havelberg, 1883 Disziplinarsache 157/95 124
- Bochdam, Johann Heinrich Albert** (geb. 1850), Schutzmann zu Breslau, 1881 Disziplinarsache 70/93 35
- Bochow, Wilhelm Martin Robert** (geb. 1847), Lehrer u. Küster zu Karstädt, Krs. Westprignitz, 1888 Disziplinarsache 339/100 233
- Bock, Paul**, Bahnmeister zu Landsberg/W., 1880 Disziplinarsache 38/92 74
- Böckmann, Wilhelm** (1832–1902), Architekt, Inh. d. Büros Ende & Böckmann, zahlreiche u. prominente Bauten d. Neorenaissance in Berlin, GehBauR 341/100 274v
- Bodagk, Johann Gottfried** (geb. 1842), Gerichtsdiener zu Mühlhausen/Th., 1888 Disziplinarsache 344/100 294
- Bode, Carl Friedrich Gottlieb** (geb. 1847), Grenzaufseher zu Auwel [Auel ?], Rheinprovinz, 1888 Disziplinarsache 339/100 234
- Bode, Georg Heinrich** (1834–1898), Sohn des StS d. StR u. Wirkl.GehR Bode, 1861 GerAss., Hilfsarb. Generalkomm. Merseburg, 1863 RegAss. Liegnitz, 1867 Hilfsarb. HandMinm., 1872 RegR Liegnitz, 1883 ORegR Marienwerder, 1889 Versetzung nach Breslau geplant 150/95 69; 360/101 136v
- Bodelschwingh (-Plettenberg), Karl Frh.** (1888: **Graf**) v. (1821–1907), Fideikommißbes., 1846–48 RegRef., 1877–89 Landtagsmarschall u. Vors. ProvLT Westfalen, 1898 Wirkl.GehR, 1866 MdH 316/100 122v
- Bodenstein, Rudolf** (geb. 1844), 1872 GerAss. Johannsburg, 1873 RegAss. Generalkomm. Kassel, Spezialkom., 1878 Tilsit, 1879 Kassel, 1881 RegR Münster, 1882 Potsdam, 1887 VerwGerDir. Minden, 1889 ORegR Stade, 1891–1906 Magdeburg 288/99 175; 367/101 237v
- Boe, Heinrich David**, Steuer-Aufseher zu Kiel, 1880 Disziplinarsache 38/92 75
- Boeck, Carl Albert Eduard** (geb. 1841), Wartegeldempfänger zu Graudenz, 1883 Disziplinarsache 170/95 274
- Boediker, Tonio** (1843–1907), hannov. Justizdienst, 1869 RegAss., div. Verwendungen als kommissar. LandR, Hilfsarb. Stettin, MdI, StMinm., 1873 LandR Gladbach, 1881 GehRegR RADl, beteiligt am Unfallversicherungsgesetz, 1884 Präs. Reichsversicherungsamt, Wirkl.GehORegR,



1897 a. D. u. Direktoriumsvors. Siemens & Halske, 1903 a. D., Publizist *114/94* 148v, 152, 154 f., 156, 161 f.; *354/101* 75

**Boele, Franz Theodor**, ehem. bischöfl. Generalvikariatsbeamter, JusR zu Münster, 1879 Disziplinarsache *26/91* 162

**Boerner, Adolph Gustav Reinhold** (geb. 1836), Förster zu Grünau, RegBez. Marienwerder, 1883 Disziplinarsache *160/95* 178

**Boerner, Paul** (1829–1885), Dr. med., Vorstandsmitglied des Komitees der Berliner Hygiene-Ausstellung 1883, deswegen Ordenssache erwogen *163/95* 196

**Boetticher, Karl** (1835–1896), 1862 RegAss., RegR, 1869 kommissar. Dir. Kgl. Leihamt Berlin, 1873 RegR, 1881 Geh. Seehandlungsrat in der Seehandlung, 1887 Titel GehOFinR *83/93* 117

**Boetticher, Karl** (1864: v.) (1828–1893), Jurist, AppGerR Bromberg, 1867 KGR, 1871 GehRegR HausMinm., 1876 GehORegR, 1886 Dir. u. Wirkl.GehORegR, Sekr. d. Schwarzen AdlerO *285/99* 137

**Boetticher, Karl Heinrich** (1864: v.) (1833–1907), 1860 GerAss., 1863 RegAss., 1864 Hilfsarb. HandMinm., 1865 StadtR Stralsund, 1869 RegR MdI, 1872 GehRegR, 1873 RegPräs. Hannover, 1876 RegPräs. Schleswig, 1879 OPräs. Schleswig-Holstein, 13.9.1880–1.7.1897 StS RA dI, 13.9.1880 StMinr. o. Geschäftsbereich, 18.6.1881 Stellv. d. Rklr., 16.8.1888–1.7.1897 Vizepräs. StMinm., 1898–1906 OPräs. Sachsen, 1866–70, 1882–93 MdA (KoP, bkF), 1878–79 MdR (RFKP), 1901 MdH *17/91* 120v; *48/92* 162v, *50–60/92*; *61–63/93*, *65–83/93*, *84/93* 137, 137v, *86–87/93*, *89–97/93*; *98–100/94*, *102–111/94*, *113–120/94*, *123–125/94*, *127/94*, *129–135/94*, *137–141/94*; *146/95* 33v, *155–158/95*, *162/95*, *164–174/95*; *175–186/96*, *188–198/96*, *202–211/96*; *212–227/97*, *229/97*, *231–242/97*; *243–263/98*, *265–266/98*, *268–273/98*; *274–288/99*, *292–296/99*; *297/100*, *299–307/100*; *308/IV*; *309–317/100*, *319–330/100*; *331/IV*; *332/100*; *333/IV*; *334/100*, *337–339/100*, *341–348/100*; *349–352/101*, *354–356/101*; *357/IV*; *358–362/101*; *363/IV*; *365–367/101*; *368/IV*; *369–381/101*; *382–383/102*, *384/102* 23, *385–378/102*; *388/IV*; *389–399/102*

**Bogaiski, Melchior**, Gerichtsexekutor z. D. zu Schwetz, 1880 Disziplinarsache *59/92* 231

**Bogdanski, Adolph** (geb. 1846), Stadtwachtmeister zu Briesen, 1882 Disziplinarsache *137/94* 347

**Bohlen (-Bohlendorf), Julius Frh. v.** (1820–1882), Rittergutsbes., 1865 Erbkämmerer im Fürstentum Rügen, 1879 MdH *22/91* 138v

**Bohlen, Dirk Faaks** (geb. 1835), Lehrer zu Spetzerfehn II, Krs. Aurich, 1885 Disziplinarsache *237/97* 221

**Böhm, Wilhelm** (geb. 1838), Förster zu Jatti, Krs. Konitz, 1884 Disziplinarsache *177/96* 23

**Boje, Karl** (geb. 1851), Gefangenenaufseher zu Schneidemühl, 1881 Disziplinarsache *79/93* 90

**Bollig, Johann** (1821–1895), 1853 Jesuit, Prof. f. Orientalistik in Beirut, dann Rom, 1877 Präfekt d. Vatikan. Bibliotheken, 1890 auf Empfehlung Schottmüllers KronenO III. Kl. *394/102* 118–118v

**Bonin (-Brettin), Gisbert v.** (1841–1913), 1865 Dr. jur. Halle, 1869 RegAss., Tätigkeit in der Eisenbahnverw., 1876 LandR Grevenbroich, 1881 Hilfsarb. FinMinm., 1882 GehFinR, 1888 dirigierender Staatsminister von Sachsen-Coburg und Gotha u. Bevollm. z. BundesR, 1891 a. D., hzgl. sächs. Wirkl.GehR, Rittergutsbes., 1902 MdH *178/96* 39; *295/99* 242v; *305/100* 58 f.

**Bonitz, Hermann** (1814–1888), 1836 Dr. phil. Leipzig u. Lehrer am Vitzthum'schen Gymnasium Dresden, 1838 Berlin, 1842 Oberlehrer Marienstiftsgymnasium Stettin, 1849 Prof. f. klass. Philologie Univ. Wien, 1867 Dir. Gymnasium zum grauen Kloster Berlin, 1867 Mitgl. Akad. d. Wiss., 1874 Titel GehRegR, 1875 VotrR KuMinm., 1879 GehORegR KuMinm., 1886 KronenO II. Kl. mit Stern, 1888 a. D. u. Wirkl.GehORegR *249/98* 69v, *252/98* 90; *301/100* 31v

**Bonn, Karl Konrad**, Werkmeister zu Witten, 1888 Pensionssache *340/100* 256

**Bönninghausen, Rudolf v.** (1834–1916), 1852–57 Offizier, 1857–77 Bgm. Lank, Krs. Krefeld, 1877–1903 LandR Kempen, 1903 GehRegR *76/93* 76v

**Bopp, Johann Friedrich** (geb. 1840), Amtsgerichtsbote zu Schenklengsfeld, Krs. Hersfeld, 1880 Disziplinarsache *38/92* 76

- Boretius, Alfred** (1836–1900), Dr. jur, 1860 Mitarb. Monumenta Germaniae historica, 1864 PD Berlin, 1868 Prof. Zürich, 1871–73 Redakteur d. „Nationalzeitung“, Berlin, 1874 Prof. Univ. Halle, maßgeblich in der Frühphase der Monumenta Germaniae Historica, ab 1886 Nervenleiden, 1883 gegen Widerstand Puttkamers, der ihm Stichwahlempfehlung zugunsten des freisinnigen RT-Kandidaten 1881 vorwarf, Roter AdlerO IV. Kl., 1878–81 MdR, 1885–86 MdA (NLP) 162/95 189 f., 192v
- Bork, Eduard** (1833–1893), Jurist, 1867 Amtsrichter in Biedenkopf, 1879 LGR Marburg, 1877–82, 1886–92 MdA (NLP) 107/94 75
- Bork, Karl** (1899), Bürobeamter im Minm. d. Kgl. Hauses, ca. 1874 persönl. Sekr. u. Chef d. Privatkanzlei Wilhelms I., GehHofR, ca. 1881 nebenamtlich Schatzmeister d. Schwarzen AdlerO, auch Dir. d. Lebensversicherungsges. Wilhelmina 285/99 137
- Bormann, Friedrich** (geb. 1828), Reg.- u. BauR, bis 1889 Dir. Eisenbahnbetriebsamt Saarbrücken, 1886 Mitinitiator eines Antrags zur Neugestaltung d. Zuckersteuer, 1884–89 MdR (RFKP) 254/98 108v
- Born, Wilhelm v.** (1826–1902), Hütten- u. Hochofenbes. Dortmund („Union“) u. Bochum („Verein“), Schwager F. Grillos, auch Bankier, Kommerzienrat, 1864 Mitgl., 1876–85 Vors. HK, als Schutzzöllner 1880 Mitgl. Volkswirtschaftsrat, 1884 MdStR, 1885 in Konkurs geraten u. deshalb aus dem StR ausgeschieden, 1887 zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt, 1888 Gnadengesuch abgelehnt 232/97 174, 174v, 233/97 181
- Bornkamm, Robert** (geb. 1827), Lehrer und Küster zu Unterrisdorf, Mansfelder Seekreis, 1888 Disziplinarsache 335/100 212
- Borowka, Johann Ferdinand** (geb. 1833), Lehrer zu Moschin, Krs. Schrimm, 1885 Disziplinarsache 242/97 266
- Borries, Hermann v.** (1820–1896), 1850 GerAss. Naumburg/S., 1851–60 Spezialkom. Stendal u. Magdeburg, RegAss., 1860 Reg Danzig, 1862 RegR, 1866 Köslin, 1868 Finanzdirektion Hannover, 1876 ORegR Oppeln, 1883 Präs. Finanzdirektion Hannover, 1885–86 RegPräs. Lüneburg 164/95 202
- Borries, Philipp v.** (1810–1895), bis 1868 RegR Hildesheim, dann Minden, 1868 GehRegR, 1882 a. D. u. KronenO II. Kl. 127/94 272
- Borsdorff, Hermann**, Polizeiwachmeister zu Halberstadt, 1879 Disziplinarsache 26/91 163
- Boshamer, Carl** (geb. 1837), Bgm. zu Haspe, Krs. Hagen, 1883 Disziplinarsache 146/95 37
- Bossart, Carl Julius Alwin** (1828–1906), 1852 RegRef., 1855 RegAss. Minden, 1863 Düsseldorf, 1866 Hilfsarb. HandMinm., 1867 RegR, 1868 Stettin, 1869 RegR Finanzdirektion Hannover, 1885 Oppeln, 1886 a. D., verweigert 1881 Annahme des Roten AdlerO IV. Kl., 1882–93 freisinniger AH-Kandidat 73/93 63
- Bosse, Robert** (1832–1901), 1858 GerAss. Halberstadt, 1861–68 Gräfl. Stolbergischer Kammerdir. Roßla, 1870 KonsR Hannover, 1872 Reg- u. OPräsR Hannover, 1876 GehRegR KuMinm., 1878 StMinm., 1880 GehORegR, 1881 MinDir. RAdI, 1889 UStS RAdI, 1890 StS d. StR, 1891 StS RJA, 1892–99 KuMinr., 1891 MdH 14/91 66–66v, 21/91, 26/91 157v; 32/92 45, 37/92 66, 42/92 102, 47–49/92, 51/92, 55/92, 58–59/92; 236/97 203; 391/102 70v, 392/102 78, 394/102 112v
- Bothe, Carl August Heinrich** (geb. 1837), Gefangenenaufseher zu Erfurt, 1884 Disziplinarsache 206/96 261
- Bötticher, Friedrich** (1826–1895), GerRef., 1853 StadtR Magdeburg, 1872 2. Bgm., 1882 1. Bgm. Magdeburg, 1880 KronenO III. Kl., 1883 OB-Titel, 1888 GehRegR, stellv. Vors. sächs. ProvLT, 1882 MdH (1890–95 2. Vizepräs.) 42/92 103
- Bottlenberg, gen. Schirp, Friedrich Frh. v.** (1855–1902), PolLtn. zu Berlin, 1879 Pensionssache 10/91 41
- Bracco, V.**, kath. Geistlicher, 1872–89 Patriarch v. Jerusalem 158/95 143v
- Brammer, Klaus Rudolf** (geb. 1841), Schiffsführer zu Tönning, Krs. Eiderstedt, 1888 Disziplinarsache 312/100 102

- Brandenstein, Hans v.** (1849–1938), 1878 GerAss., 1880 RegAss. Potsdam, 1883 MdI, 1884 beim OPräsidium Magdeburg, 1886 RegR, März bis Juni 1888 Dienstleistung beim damaligen Prinzen Wilhelm, der ihn deshalb 1888 zum OPräsR Potsdam ernennt, 1895 RegPräs. Hannover, nach polit. Unzuträglichkeiten mit der Stadtverw. Hannover u. d. NLP 1903 a. D. u. bis 1921 Syndikus Kur- u. Neumärk. Ritterschaft, 1905–13 MdA (DkP) 335/100 208 f., 338/100 226
- Brandt, Rudolf v.** (1835–1909), 1862 LandR Osterode, 1887 PolPräs. Königsberg, 1896–1909 Landeshptm. Ostpreußen, zuletzt Wirkl.GehORegR, auch Rittergutsbes., 1867–73 MdA (KoP, neukons.) 279/99 62
- Brandwein, Gottfried** (geb. 1836), Grenzaufseher zu Beuthen/OS, 1881 Disziplinarsache 79/93 91
- Bratiano, Joan** (1822–1891), unter König Karl I. 1868, 1876–81, 1881–88 (deutschfreundlicher) MinPräs. Rumänien, proklamierte 1877 die Unabhängigkeit Rumäniens u. 1881 die Erhebung zum Königreich 262/98 227
- Brauchitsch (-Scharteucke), Heinrich v.** (1831–1916), 1858 GerAss., 1861 Kreisrichter, 1862 LandR Jerichow II (Genthin), 1871 ORegR Potsdam, 1876 RegVizepräs. Kassel, 1884 RegPräs. Erfurt, 1898 a. D. u. Wirkl.GehORegR, 1911 Wirkl.GehR, 1867–71 MdR (KoP), 1866/67 MdA (KoP) 197/96 163v
- Brauchitsch, Max v.** (1835–1882), RegAss., 1864 LandR Deutsch-Krone, 1874 GehRegR MdI, 1880 GehORegR, 7.3.1882 zum MinDir. MdI designiert, aber verstorben, 1868–82 MdA (KoP, Neukons., DkP), 1881–82 MdR (DkP) 21/91; 51/92 177v, 52/92 189v; 108/94 77
- Braun, Carl Heinrich** (geb. 1847), Magistratssek. zu Königsberg, 1882 Disziplinarsache 125/94 245
- Braun, Johann Albert Gottfried** (geb. 1846), Lehrer zu Vietkow, Krs. Stolp, 1884 Disziplinarsache 180/96 56
- Braunbehrens, Otto** (1900: v.) (1833–1918), GerAss. Naumburg/S., Halberstadt, Frankfurt/O., 1864 Kreisrichter Sagan, 1873 RegR Oppeln, dann Potsdam, 1877 VerwGerDir. Danzig, 1882 GehRegR MdI, GehORegR, 1888 MinDir., 1890–1900 UStS MdI, 1896 Wirkl.GehR, Präs. Prüfungskomm. f. höhere Verwaltungsbeamte 111/94 112v, 133/94, 140/94; 228/97 145; 334/100 207; 386/102 31, 394/102 115v, 395/102 120v
- Brawatzki, Friedrich Wilhelm**, Gerichtsvollzieher zu Bergen, Krs. Hanau, 1881 Disziplinarsache 83/93 125
- Bredenhöft, Heinrich** (geb. 1850), Lehrer zu Ostendorf, RegBez. Stade, 1883 Disziplinarsache 170/95 275
- Bredt, August** (1817–1895), 1847 RegAss. Düsseldorf, 1847/48 kommissar. LandR Elberfeld, 1854 Hilfsarb. FinMinm., 1855–79 OB Barmen, 1857 RegR, 1868 GehRegR, 1848 Mitgl. Konstituierende NatVers. Preußens (rechtes Centrum), 1851/52 Mitgl. 2. Kammer (Centrum), 1874 MdH 17/91 120v
- Bree, Friedrich** (geb. 1838), Lehrer aus Wilkendorf, Krs. Oberbarnim, z. Z. Berlin, 1881 Disziplinarsache 83/93 126
- Brefeld, Ludwig** (1837–1907), 1867 Kreisrichter, dann Staatseisenbahnverw., 1870/71 Verw. der okkupierten franz. Eisenbahnen, 1873 GehRegR HandMinm., 1876 GehORegR, 1881 MinDir. u. Wirkl.GehORegR Minm.öA, 1891 Wirkl.GehR, 1895 UStS u. Vors. Landeseisenbahnrat, 1896–1901 HandMinr. 33/92 47v; 70/93 59
- Breithaupt, Justus Wilhelm** (1808/09–1903), Dr. jur., 1837 GerAss. Berlin, 1838 Land- u. Stadtrichter Finsterwalde, 1844 JusR, 1846 Dir. KrsGer. Wittstock, 1852 Erfurt, 1858 GehJusR JMinm., 1863 Präs. Stadtger. Berlin, 1867 Präs. AppGer. Marienwerder, 1874–91 Präs. AppGer. (1879: OLG) Naumburg/S., 1885 Wirkl.GehR, 1849–58 MdA (Rechte, Carl, Büchtemann) 235/97 188
- Breitske, Carl** (geb. 1828), Gerichtsvollzieher zu Bromberg, 1884 Disziplinarsache 206/96 262

- Bremen, Egon v.** (1852–1919), 1878 RegAss., 1879 Hilfsarb. KuMinm., 1884 RegR Münster, 1886 Hilfsarb., 1887 GehRegR KuMinm., 1890 GehORegR, maßgeblich beim Volksschulgesetzwurf Zedlitz' beteiligt, 1902 Wirkl.GehORegR, 1910–19 MinDir., 1912 Wirkl.GehR 281/99 82v
- Brenning, Ernst Otto**, bis 1850 RegAss. Magdeburg, bis 1867 RegR, bis 1884 ORegR Magdeburg, 1883 Roter AdlerO II. Kl. 153/95 99
- Brincken, Ernst von den** (1835–1895), 1860 GerRef., 1863 RegAss., Verwendung in Königsberg, Gumbinnen, Bromberg sowie am PolPräsidium Berlin, 1872 LandR Allenstein, 1877 RegR PolPräsidium Berlin, 1880 Hilfsarb., 1881 GehRegR Mdl, 1884 GehORegR, 1890 a. D. u. Roter AdlerO II. Kl. 83/93 117v; 107/94, 112/94 117v; 178/96 35–35v, 38v, 40v, 184/96 85, 197/96 163; 279/99 61v, 66
- Brinckmann, Carl** (1854–1901), Rechtsanw. Tilsit, 1883 als gewählter Bgm. Tilsit nicht bestätigt, da freisinnig, 1894 2. Bgm. Königsberg, 1900 Berlin 157/95 117v
- Brinkmann, Johann Bernard** (1813–1889), 1839 Priester, 1840 Kaplan Beckum, 1854 Dir. Weltpriesterinstitut Kevelaer, 1857 GenVikar Münster, 1870 Bischof v. Münster, 1875 abgesetzt, 1884 begnadigt 173/95 302; 176/96 4v, 5, 5v, 6v, 7v, 177/96 19, 179/96 49, 182/96 68v; 343/100 284; 361/101 159
- Brockdorff (-Ahlefeldt), Konrad Graf v.** (1823–1909), 1849 Auskultant holst. Obergericht Glückstadt, 1853 Rittergutsbes. Ascheberg, 1866 Mitunterzeichner d. 19er Adresse, einflußreicher Rittergutsbes. d. Prov., 1881 KronenO II. Kl., 1903 Wirkl.GehR, 1855–58 Mitgl. holst. Ständeversammlung, 1886 MdH 60/92 248v; 272/98 346
- Brockhoff, Gustav** (1825–1896), GerAss. Paderborn, 1854 Kreisrichter Siegen, 1855 BergR u. Justitiar Bergamt Siegen, ca. 1867 OBergR OBERGA Bonn, Titel GehBergR, auch Universitätsrichter, 1895 a. D. 84/93 140
- Broemel, Max** (1846–1925), Nationalökonom und Publizist, 1874 Stadtverordneter Stettin, 1879 GenSekr. d. Vereins zur Förderung d. Handelsfreiheit, 1884–93, 1898–1903 MdR, 1887–1908 MdA (DFsP, FsVg) 389/102 43v
- Broich, Eduard Frh. v.** (1834–1907), 1864 RegAss., 1865 LandR Malmedy, 1876 Hersfeld, 1884 Hanau, 1885 GehRegR StMinm., GehORegR, 1898 nach mißlungenen Finanzspekulationen a. D. 230/97 150, 234/97 185, 236/97 205–207, 209 f., 213, 238/97 237–239, 239/97 244, 246, 240/97 250, 251–253, 242/97 260, 267, 269–271; 245/98 20–22, 24, 255/98 118, 122, 124–128, 131, 133–135, 138–141, 143–145, 147, 258/98 178, 187–194, 261/98 215v, 216–221, 263/98 230v, 231–233, 235 f., 239, 266/98 245, 266, 268, 268/98 304 f., 308 f., 269/98 313, 319–321, 324 f., 271/98 339 f., 342, 344 f.; 284/99 122, 126–132, 135, 287/99 158, 161, 163–170, 173, 288/99 174, 176, 179, 181, 183, 185, 289/99 189, 189v, 193, 198, 201, 204, 291/99 214, 215 f., 218 f., 295/99 233, 245–248, 250, 296/99 256v, 257, 260 f., 263–265; 300/100 17, 19, 21–23, 25, 312/100 92, 100, 103 f., 106–108, 112, 330/100 185, 189–195, 197–202, 339/100 230, 233 f., 238 f., 241–243, 246, 343/100 281, 287–291, 344/100 294, 296, 299, 302, 305; 345/96 308, 312–315; 352/101 18, 35 f., 38–42, 44–46, 48, 360/101 137v, 140, 142–152, 155 f., 157 f., 369/101 243, 255–258, 262–264, 375/101 300, 307–315, 379/101 351–356, 358, 360; 397/102 162v, 165 f., 168–170, 172 f., 176, 178 f., 183 f., 186
- Bronsart v. Schellendorff, Paul** (1832–1891), 1845 Kadett, 1849 Ltn., 1855–58 Allg. Kriegsschule, 1859 OLtn. Gr. GenStab, 1866 Maj. im KrMinm., 1869 Abt.-Chef d. Operationsabt. im Gr. GenStab u. Oberstltm., 1871 Chef GenStab d. Gardekorps, 1876 GenMaj., 1878 Kdr. 1. Garde Inf. Brigade, 1881 Kdr. 2. Garde Inf. Div. u. GenLtn., 3.3.1883–8.4.1889 KrMinr., 1888 Gen. d. Inf., 1889 kommand. Gen. I. AK, Rittergutsbes. 148–150/95, 152/95, 153/95 99v, 154–155/95, 158/95, 161–162/95, 164/95, 166–167/95, 169–171/95, 173–174/95; 175–179/96, 181–191/96, 192/96 123, 193–197/96, 201/96 209, 202/96 216, 203/96, 204/96 238v, 205–211/96; 212–220/97, 222–227/97, 229/97, 235–241/97; 243/98, 245–254/98, 256/98, 258/98, 260–262/98, 266/98, 268–271/98, 273/98; 274–276/99, 278–280/99, 282–283/99, 286/99, 290/99, 293–295/99; 297/100 6, 298/100,

301–307/100; 308/IV; 309–316/100, 318–319/100, 323–330/100; 331/IV; 332/100, 335–337/100, 339/100, 343–344/100; 346–348/96; 350–351/101, 353–356/101; 357/IV; 358/101, 377/101 326v  
**Brück, Christian** (geb. 1841), Hauptzollamts-Assistent zu Kaldenkirchen, 1887 Disziplinarsache 284/99 124

**Brückner, Benno** (1824–1905), 1850 Pfarrer Hohburg, 1853 Prof. theol. Leipzig, rühriger Theologe, 1869–98 Propst St. Nikolai u. Marien Berlin, bis 1873 ebd. auch Prof., 1873 Generalsuperintendent Berlin, 1877–92 geistl. Vizepräs. Ev. OKirchenR 56/92 203v; 270/98 329, 330

**Bruders,** Rektor zu Wissen (Krs. Altenkirchen), Wahlmann der Zentrumspartei, Verf. einer Petition an das AH betr. Ausschließung von Wahlmännern 229/97 148v, 149

**Bruel, Ludwig** (1818–1896), Dr. jur., 1839 hannov. Staatsdienst, 1846 Hilfsarb. hannov. KuMinm., RegR, maßgeblich mit Kirchen- u. Schulfragen befaßt, 1863 GenSekr. (UStS) KuMinm., 1866–68 Dir. d. Kulturdept. bei der hannov. Ziviladministration, Vertrauensmann des Herzogs v. Cumberland, führendes Mitgl. hannov. Landessynode, 1870–85 (Vize-) Vorsteher Bürgerkollegium Hannover, dreimal als Senator nicht bestätigt, 1870–96 MdA (bkF, Welfe, Hospitant Zentrum), 1875–84, 1890–93 MdR (Welfe, Hospitant Zentrum) 38/92 69v

**Brühl (-Pforten), Friedrich Stephan Graf v.** (1819–1893), freier Standesherr u. seit 1856 Besitzer der Herrschaft Pforten, kath.-kons. Politiker, Mitgl. brand. ProvLT u. ProvAusschuß, 1879–93 Vors. KommunalLT d. Niederlausitz, 1854 MdH 45/92 121; 282/99 98

**Brühlke, gen. Schulz, Karl Friedrich Wilhelm** (geb. 1841), Grenzaufseher zu Scholenfleth, Krs. Pinneberg, 1885 Disziplinarsache 242/97 267

**Brun(c)kow,** Baumeister, Berlin, Mit-Herausgeber von „Die Wohnplätze des Deutschen Reichs“, 1883 Unterstützungsgesuch deswegen abgelehnt 167/95 237 f.

**Brun(c)kow, Oskar** (1848–nach 1906), Ltn. a. D. u. Publizist Berlin, Herausgeber von „Die Wohnplätze des Deutschen Reichs“, 1883 Unterstützungsgesuch deswegen abgelehnt, dann Publizist in Dessau u. Mitgl. d. Kgl. Akad. d. gemeinnützigen Wiss. Erfurt 167/95 237 f.

**Brüning, Heinrich** (1836–1920), 1863 hannov. Ass. Medingen, 1864 Bgm. Buxtehude, Landschaftsrat d. Bremen-Verdenschen Landschaft, 1871 OB Minden, 1875 Mitbegr. Westf. Städtetag, 1880 OB u. Landschaftsrat Osnabrück, jurist.-sozialpolit. Schriften, 1888–1904 GenDir. Gothaer Feuerversicherungsbank, 1867–70 MdA (NLP), 1871–88 MdH 114/94 164v

**Brunner, Emil** (1842–1898), 1872 GerAss., 1873 Staatsanwaltschaftsgehilfe Bartenstein, 1876 LandR Rössel-Bischofsburg, 1883 VerwGerDir. Stettin, 1889 ORegR Aurich, 1894 OPräsR Hannover, auch Rittergutsbes. 162/95 193v; 371/101 282v

**Brütt, Claus H. Friedrich** (1844–1921), 1868 GerAss., 1871 Stadtverw. Altona, 1875 Senator u. PolChef Altona, 1880 LandR Kosten, 1881–1919 LandR Rendsburg, GehRegR, Mitgl. ProvLT Schleswig-Holstein, 1894–1918 MdA (RFKP) 46/92 134

**Bublies, Christoph Wilhelm** (geb. 1842), Polizeisergeant zu Stolp, 1881 Disziplinarsache 79/93 92

**Buch (-Stolpe), Alexander v.** (1814–1885), Rittergutsbes., Schloßhptm., 1860 LandR Angermünde, 1885 a. D. u. Stern zum KronenO II. Kl., 1866–70 MdA, 1871 MdH 208/96 271v

**Bucher, Lothar** (1817–1892), Jurist, GerAss. Stolp, als Steuerverweigerer in der Preuß. NatVers. 1848 Verurteilung u. 1850 Flucht ins Londoner Exil, Korrespondent d. „Nationalzeitung“, 1861 Rückkehr nach Dtl., Journalist, 1864 von Bismarck in das AA berufen, 1869–76 enger Mitarb. Bismarcks, 1865 LegR, 1867 Wirkl.LegR, 1872 GehLegR, 1876 Wirkl.GehLegR, 1886 a. D., 1890–92 maßgebliche Beteiligung an Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“, 1848 Mitgl. preuß. NatVers. (Linke), 1849 MdA (Linke) 40–41/92

**Büchler, Heinrich** (geb. 1845), Lokomotivführer zu Limburg/L., 1881 Disziplinarsache 182/96 73

**Büchsel, Karl** (1803–1889), Theologe, 1828 Pfarrer Schönfeld, 1841 Superintendent Brüssow, 1846 Matthäikirche Berlin, 1853 Generalsuperintendent d. Neumark u. Niederlausitz, 1858 Ober-

- leitung d. sog. Goßnerschen Mission, bekannter (Hof-)Prediger, 1879 Stern z. Roten AdlerO II. Kl., 1884 a. D. u. Stern d. Komthure d. HausO v. Hohenzollern 3/91 9v; 187/96 95v
- Büchtemann, Walter** (1838–1886), GerAss. Elberfeld, 1866 RegAss., später Eisenbahndir., ca. 1879 a. D., Stadtverordnetenvorsteher Berlin, führender freisinniger Politiker, 1880–86 MdA (DFP, DFsP), 1881–84 MdR 107/94 73; 189/96 104v
- Buhlers, Albert** (1845–1904), 1874 GerAss., 1875 Kreis- bzw. 1879 Amtsrichter Nimptsch, 1881 RegAss. Frankfurt/O., 1883 RegR, 1885/86 Hilfsarb. LandMinm., 1889 ORegR Danzig 360/101 136v
- Bühlke, Julius** (geb. 1837), Förster zu Charlottenthal, Krs. Schwetz, 1883 Disziplinarsache 165/95 210
- Bull II, Ernst** (geb. 1837), Fußgendarm d. 9. Gendarmeriebrigade zu Segeberg, 1883 Disziplinarsache 157/95 119, 158/95 144, 149
- Bülow, Bernhard Ernst v.** (1815–1879), dän. Staatsdienst, 1842 dän. LegR, 1847 dän. Geschäftsträger in den Hansestädten, 1850 dän. Bundestagsgesandter f. Holstein/Lauenburg, 1862 StMinr. Mecklenburg-Strelitz, 1867 Bevollm. z. BundesR f. beide Mecklenburg, 10.10.1873 StS AA, 6.6.1876–20.10.1879 StMinr. o. Geschäftsbereich 1–5/91, 7–8/91, 10–14/91, 20/91 122kv
- Bülow, Hans** (1816: **Graf**) v. (1774–1825), 1896 Ass. Kammerkollegium Bayreuth, 1801 Kriegs- u. Domänenrat Generaldirektorium, 1805 Kammerpräs. Magdeburg, 1807 Dienst im Kgr. Westfalen, dort 1808 FinMinr., 1813 preuß. FinMinr., 1817–25 HandMinr., 1825 OPräs. Schlesien, 1817 Mitgl. StR, 1824–25 interim. Präs. StR 187/96 92
- Bülow, Karl Frh. v.** (1834–1910), 1861 GerAss., 1863 Amtsrichter, 1869 OGerR Aurich, 1874 Hilfsarb. dann GehJusR JMinm., 1879 GehOJusR, 1880 Präs. LG Greifswald, 1884 RGR, 1898–1909 Senatspräs. RG, 1908 kais. Wirkl.GehR 31/92 29v, 30, 38/92 67, 70 f.
- Bülow, Otto v.** (1827–1901), 1857 Hilfsarb. AA, 1862 LegR, GehLegR, Titel Wirkl.GehLegR, 1881 Gesandter Stuttgart, 1882 Bern, 1892–98 Vatikan 60/92 248v
- Bumiller** [?], kath. Priester, 1887 Dispensation 276/99 42
- Bunde, Friedrich Wilhelm Heinrich**, Steueraufseher zu Stettin, 1890 Disziplinarsache 386/102 38
- Buntkirchen, Carl** (geb. 1836), AGerSchr. zu Münster, 1883 Disziplinarsache 157/95 125
- Burchard, Emil** (1883: v.) (1836–1901), Gerichtsdienst, 1862 RegAss. Steuerverw., Hilfsarb. Provinzialsteuerektionen Rheinprovinz u. Schlesien, 1873 RegR Danzig, 1876 Hilfsarb. RK, 1878 GehRegR, vertrat in Bundesrat und Reichstag Bismarcks Schutzzollpolitik, 1880 MinDir RSA, 1882–86 StS RSA, kais. Wirkl.GehR, 1887–99 Präs. Seehandlung 160/95 170, 170v, 167/95 239; 253/98 101v, 102, 102v, 273/98 352
- Burckhardt, Heinrich** (1811–1879), Dr. jur. u. oec. publ., 1828 hannov. reitendes Feldjägerkorps, 1836 Forstdienst, 1840 Förster, 1844 Lehrer Forstakademie Hannov. Münden, 1849 ForstR Domänenkammer Hannover, Chef d. hannov. Forstverw., 1867 Forstdir. f. d. Prov. Hannover, 1869 OForstmeister bei der Finanzdirektion Hannover, 1878 Roter AdlerO II. Kl. 33/92 47v
- Bürgers, Ignatz** (1815–1882), 1842–49 GerAss. Köln, 1852 LGR, 1859 AppGerR Köln, auch Rittergutsbes., 1873 Mitgl. Gerichtshof f. kirchl. Angelegenheiten, 1875 GehJusR, 1879 Vors. Verwaltungsrat Rhein. Eisenbahnges., 1848/49 Mitgl. dt. NatVers. (Casino), 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1849–53, 1859–62 MdA (Centrum, v. Vincke, Grabow), 1867–74 MdR (bkF, altlib.), 1879 MdH 22/91 139
- Burghardt, Emil** (geb. 1836), Gerichtsdienst zu Oppeln, 1883 Disziplinarsache 157/95 138
- Burghardt, Ernst** (geb. 1852), Grenzaufseher zu Pommerswitz, Krs. Leobschütz, 1887 Disziplinarsache 288/99 178
- Burghart, Hermann** (1824–1902), 1850 GerAss. Naumburg/S., StAnw.-Gehilfe Greifswald, 1853 Senator u. PolDir. Greifswald, 1861 GehFinR FinMinm., 1867 GehOFinR, 1872 stellv. Bevollm. z. BundesR, 1874 GenDir. direkte Steuern, 1884 Wirkl.GehR u. MdStR, 1900 a. D. u. Brillanten z.

Roten Adler O I. Kl., 1859–61 MdA (Mathis) 58/92 214, 214v; 169/95, 171/95 288v; 359/101 129v–130

**Bussche (-Ippenborg), gen. v. Kessel, Wilhelm Frh.** (1840: **Graf**) v. dem (1830–1897), nach Studien u. Militärzeit Majoratsbes., 1857 erbl. Mitgl. 1. hannov. Kammer, 1879 MdH, 1880 RT-Kandidat der DkP in Melle-Diepholz 22/91 138v; 44/92 118

**Busse, Eduard Tugendreich** (geb. 1845), Gefangenenaufseher zu Lobsens, Krs. Wirsitz, 1881 Disziplinarsache 70/93 36

**Bussejahn, Johann Christian** (geb. 1847), Schutzmann zu Kassel, 1889 Disziplinarsache 379/101 352

**Bütow, Carl Friedrich Wilhelm** (geb. 1849), Gerichtsvollzieher zu Fiddichow, Krs. Preuß. Stargard, 1885 Disziplinarsache 230/97 154

**Butscheike, Carl Friedrich** (geb. 1844), Steueraufseher zu Aachen, 1888 Disziplinarsache 339/100 235

**Büttner, Conrad** (geb. 1847), Grenzaufseher zu Finkenwerder (Krs. Harburg), 1884 Disziplinarsache 192/96 131

**Camphausen, Otto** (1896: v.) (1812–1896), 1833 RegRef. Köln, 1837 RegAss. Magdeburg, 1840 Koblenz, 1842 Trier, 1844 RegR, 1845 Hilfsarb. FinMinm., GehFinR, 1853 GehOFinR, 1854 Präs. Seehandlung, 1869–78 FinMinr., 1873–78 Vizepräs. StMinm., 1850 Erfurter Staatenhaus, 1849–52 Mitgl. 2. Kammer (Centrum), 1860 MdH, 1867–69 MdR (bkF, altlib.) 258/98 175, 175v

**Caprivi, Leo** (1891: **Graf**) v. (1831–1899), 1850 Offizier, 1861 Hptm. i. G., 1864 Kompagniechef, 1866 Gr. GenStab, 1872 Oberst u. Abt.-Chef KrMinm., 1882 GenLtn. u. Kdr. 30. Div. Metz, 20.3.1883–5.7.1888 Chef d. Admiralität, 1884 MdStR, 1888–90 kommand. Gen. X. AK Hannover, 20.3.1890–29.10.1894 Rklr., 20.3.1890–23.3.92 MinPräs., 26.3.1890–29.10.1894 AMinr. 173/95 297, 297v, 300v; 222/97 73, 223/97 82, 84, 235/97 190v; 399/102 207v

**Carolath (-Beuthen), Karl Fürst zu** (1845–1912), freier Standesherr, 1864–66 Offizier, 1871–81, 1887–90 MdR (RFKP), 1875 MdH 343/100 284

**Carow, Emil** (geb. 1840), Lehrer zu Frankowo, Krs. Lissa, 1886 Disziplinarsache 255/98 123

**Carow, Otto Theodor Louis** (geb. 1849), Gerichtsvollzieher zu Bentschen, 1885 Disziplinarsache 230/97 155

**Casimir, Friedrich Ferdinand** (geb. 1840), Förster zu Istergiesel, Krs. Fulda, 1884 Disziplinarsache 192/96 132

**Caspar, Franz** (1848–1927), 1875 GerAss. Berlin, Mai 1877 Kreisrichter Brandenburg, Okt. 1877 RegAss. Potsdam, 1880 RegAss. RAdI, 1881 RegR, 1885 GehRegR Reichsversicherungsamt, 1889 RAdI, GehORegR, 1901 MinDir. RAdI (sozialpolit. Abt.), verdient um die RVO 1911, 1912 kais. Wirkl.GehR, 1917 UStS RWiA (1918: Reichsarbeitsamt), 1919 a. D. 62/93 9v

**Caspary, August**, Ratsherr zu Lyck, 1879 Disziplinarsache 16/91 86

**Caspary, Ferdinand** (geb. 1853), Dr., Lehrer am Humboldt-Gymnasium zu Berlin, 1889 Disziplinarsache 370/101 270

**Chales de Beaulieu, Eduard** (geb. 1812), 1838 GerAss., 1840 Spezialkom. Frankfurt/O., 1843 RegAss., 1846 RegR Frankfurt/O., 1864 ORegR Liegnitz, 1867 Hilfsarb. Revisionskollegium (1879: Oberlandeskulturger.), 1869 Geh. Revisionsrat, 1881 Titel GehOJusR, 1883 zum 50-j. Dienstjubiläum Roter Adler O II.Kl., 1887 a. D. 74/93 67; 167/95 234

**Chalybaeus, Heinrich** (1840–1911), 1864 Dr. jur. u. Amtssekr. Husum, 1865 Auskultant AppGer. f. Schleswig Flensburg, 1866 Bürochef im Kultusbüro d. OPräsidiiums Schleswig-Holstein, 1868 KonsR Kiel u. Justitiar Provinzialschulkollegium, 1882 KonsR Hannover, 1886 OKonsR, 1889 Hilfsarb., 1890 GehRegR KuMinm., 1891 KonsPräs. Kiel, 1903 Hannover, 1910 a. D. u. Wirkl.GehR 381/101 377

**Charpentier, Moritz Ludwig** (geb. 1835), Stationsvorsteher II. Kl. zu Ebeleben, Fürstentum Schwarzburg-Sondershausen, 1887 Disziplinarsache 293/99 226

- Cherié, August Josef** (geb. 1836), Förster zu Gorin, Krs. Niederbarnim, 1888 Disziplinarsache 343/100 287
- Chmielewski, Anton** (geb. 1843), Gefangenenwärter zu Schubin, 1883 Disziplinarsache 157/95 126
- Christiansen, Christian** (geb. 1842), Gemeindevorsteher und Standesbeamter zu Hellewatt, Krs. Apenrade, 1884 Disziplinarsache 210/96 292
- Christoleit, Gustav Ferdinand Erdmann** (geb. 1850), Förster zu Stabigotten (Krs. Allenstein), 1884 Disziplinarsache 200/96 197
- Claessen, Matthias** (1821–1892), 1848 GerAss. Aachen, 1848/49 u. 1850 kommissar. LandR Jülich, 1851 RegAss. Aachen, 1854 LandR Heinsberg, 1859 RegR Aachen, 1866 ORegR, 1868–70 ORegR Düsseldorf, 1870–74 Aachen, 1888 KronenO II. Kl., 1855/56 MdA (Fraktion unbek.) 343/100 286
- Clairon d’Haussonville, Maximilian Graf v.** (1836–1899), 1859 RegRef., 1863 RegAss., 1867 LandR Rosenberg/OS, 1881 ORegR u. Stellv. d. RegPräs. Köslin, 1882 RegPräs. Köslin, 1893–99 Kassel, 1879–85, 1888–93 MdA (DkP) 58/92 206v; 140/94 368
- Classen,** kath. Sukkursalpriester d. Liebfrauenkirche, Trier, 1888 Begnadigung abgelehnt 307/100 74
- Claußen, Gustav** (geb. 1851), Lehrer, Küster u. Organist zu Krummendiek, Krs. Steinburg, 1883 Disziplinarsache 146/95 38
- Cleve, Clemens Eduard** (1829–1891), 1858 hannov. Amtsass., 1865 Bgm. Aurich, zugleich Hilfsarb. beim Amt Aurich, 1868 RegAss. Oppeln, 1869 RegR, 1874 RegR Arnsberg, 1878 Düsseldorf, 1885–91 ORegR Magdeburg 234/97 183
- Coelln, Daniel Ludwig August v.** (geb. 1834), Pastor u. Vorsteher d. ev. Waisenhauses zu Breslau, 1890 Disziplinarsache 397/102 163
- Coler, Alwin** (1884: v.) (1831–1901), 1856 Dr. med Berlin, 1857 Militärarzt, 1868 Medizinalabt. d. KrMinm., 1869 Oberstabsarzt, Organisator u. seit 1889 Chef des Sanitätskorps, 1874 Generalarzt, 1885 Abt.-Chef im KrMinm., 1889 GenStabsarzt, Wirkl.GehOMedR 153/95 99v, 100
- Colmar (-Meyenburg), Axel v.** (1840–1911), 1868 LandR Chodziesen (1877: Colmar i. P.), 1882 PolPräs. Posen, 1887 RegPräs. Aurich, 1890–99 Lüneburg, da Wilhelm II. dies seiner Schwiegermutter versprach, auch Rittergutsbes. u. BdL-Funktionär, 1899 als „Kanalrebell“ z. D., 1877–87, 1889–90, 1894–1903 MdA, 1877–98 MdR (DkP), 1906 MdH 117/94 201; 286/99 157v; 389/102 47
- Conrad** (geb. 1840), Lehrer zu Brasdorf, Krs. Königsberg, 1884 Disziplinarsache 210/96 291
- Conrad, Carl** (1828–1906), 1843 Münzeleve, 1859 Münzmeister, tätig Frankfurt/M., 1879–1906 Dir. d. Münzanstalten Berlin, 1891 Rang d. Räte II. Kl. 308/IV 94v
- Corneli, Emil** (geb. 1854), Bgm. zu Vallendar, Krs. Koblenz, 1889 Disziplinarsache 380/101 371
- Cornelius, Robert Wilhelm Johannes** (geb. 1848), Gerichtsschreiber zu Löbau/Westpr., 1888 Disziplinarsache 345/96 312
- Coste, Johann Ludwig** (geb. 1810), Rittergutsbes. auf Brusenfelde, 1862 Landschaftsrat, 1855 Kreisdeputierter, 1866 LandR Greifenhagen, 1883 a. D. u. KronenO II. Kl. 162/95 193
- Crailsheim, Krafft Frh.** (1901: Graf) v. (1841–1926), 1868 bayer. Bezirksamtsassessor, 1870 Hilfsarb. HandMinm., 1874 LegR, 1879 GehLegR, 1880 AMinr. u. Minr. d. Kgl. Hauses, 1890–1903 MinPräs. Bayerns, mehrfacher AR u. Gutsbes., 1895 ReichsR d. Krone Bayerns (1913–18 2. Präs.) 190/96 108v
- Cramer, Franz Wilhelm** (1815–1903), 1838 Priester Münster, 1850 Pfarrer Dülmen, 1864 Regens Priesterseminar Münster, 1884 Weihbischof, 1888 KronenO II. Kl., 1889 Bischofskandidat Münster 334/100 206v; 372/101 286
- Cranach, Adolf v.** (1823–1896), 1852 GerAss. Berlinchen, 1853 RegAss. Frankfurt/O., 1863 RegR, 1871 Hilfsarb., dann GehRegR KuMinm., 1874 GehORegR, 1876–88 RegPräs. Hannover 350/101 10v



**Croix, Otto de la** (1817–1896), 1842 GerAss. Berlin, 1845 StAnw. OZensurGer., 1849 StAnw. Stendal, dann Magdeburg u. Koblenz, 1858 Fstl. Lippischer RegPräs. u. KonsVors., 1867 ORegR Magdeburg, 1870 Wiesbaden, Vors. d. Konsistoriums, 1883 KonsPräs., 1892 a. D. u. Roter AdlerO II. Kl. *162/95* 190

**Croix, Richard de la** (1824–1902), 1850 GerAss. Berlin, 1853 Hilfsarb. KuMinm., 1864 GehRegR, 1870 GehORegR, 1880 Leitung Unterabt. Volksschulen u. Wirkl.GehORegR, 1882–96 MinDir. KuMinm. (Volksschulabt.), 1892 Wirkl.GehR *21/91* 123v; *38/92* 69–69v, *45/92* 125, *59/92*; *70/93*; *98/94* 14v, *110/94* 109, *140/94*

**Crome, Johann Wilhelm Friedrich Otto** (1829–1894), 1856 GerAss., 1864 StAnw. Köln, 1875 I. StAnw. LG Köln, 1883 Präs. LG Koblenz, nachdem zwei von Kaiserin Augusta gewünschte Kandidaten abgelehnt hatten u. Crome lt. JMinr. Friedberg der sachlich bestqualifizierte war *143/95* 6

**Cronheim, Wilhelm Ferdinand Paul** (geb. 1856), Steueraufseher zu Berlin, 1887 Disziplinarsache *291/99* 215

**Cruspe, Hermann** (geb. 1847), Lehrer zu Leickow, Krs. Kolberg-Körlin, 1883 Disziplinarsache *163/95* 198

**Cumberland, Ernst August Hzg. v.** (1845–1923), Hzg. zu Braunschweig u. Lüneburg, Sohn Georgs V. v. Hannover, welfischer Thronprätendent, 1885 als Thronfolger im Hzgtm. Braunschweig von Preußen abgelehnt *3/91* 9v; *134/94* 321; *146/95* 34; *212/97* 9 f., *222/97* 79v, 80

**Czecholinski, Isidor** (geb. 1849), Gerichtsvollzieher zu Thorn, 1887 Disziplinarsache *330/100* 189

**Dahlke, Emil** (geb. 1845), Gerichtsschreibergehilfe zu Preuß. Stargard, 1883 Disziplinarsache *165/95* 211

**Dahlke, Heinrich** (1835–1898), 1862 GerAss. Köslin, 1864 Kreisrichter Schlawe, 1867 Hilfsrichter AppGer. Köslin, 1870 als Justitiar zur Reg. Köslin, 1873 RegR, 1875 Hilfsarb., 1876 GehFinR FinMinm., 1880 GehOFinR *51/92* 177; *341/100* 260–263

**Dahlström, Heinrich** (1840–1922), Kohlegrubenbesitzer, seit 1874/75 Schiffsmakler Hamburg, Eintreten für den Nord-Ostsee-Kanal, seit 1878 Denkschriften und Publikationen dazu, gründete 1883 den Deutschen Reederei-Verein *173/95* 298, 300v

**Dahrenstedt, Ernst** (geb. 1828), 1857 GerAss., 1861 Richter u. Syndikus d. Univ. Greifswald, 1866 Hilfsarb. KuMinm., 1868 GehRegR, 1868 GehORegR, 1876 OVGR, 1878 Mitgl. Gerichtshof f. kirchl. Angelegenheiten, 1890 Wirkl.GehORegR u. a. D. *358/101* 115; *386/102* 31

**Dalitz, Friedrich Wilhelm August** (geb. 1849), Gerichtsvollzieher zu Belgard, 1887 Disziplinarsache *295/99* 246

**Dambach, Otto** (1831–1899), 1857 GerAss. Berlin, 1862 Justitiar Generalpostamt, GehOPostR, dann Wirkl.GehOPostR RPA, 1873 auch Honorarprof. Berlin, Vors. d. Sachverständigenvereine für den Kgl. Preuß. Staat, zuletzt Abt.-Dirig. RPA u. kais. Wirkl.GehR, 1890 Stern z. Roten AdlerO II. Kl., 1891 MdH *381/101* 372v, 373, 373v

**Damm, Leopold Eugen Otto** (geb. 1846), Rektor zu Gerdauen, 1886 Disziplinarsache *263/98* 232

**Dannemann, Karl Rudolph** (1816–1905), 1841 RegRef. Merseburg, 1845 RegAss., 1847 Spezialkom. Liebenwerda, 1851 Deichregulierungskom. Glogau, 1856 RegR, 1864 Vorstandsvors. d. Ersten Preuß. Hypotheken AG, 1868 GehRegR LandMinm., 1874 GehORegR, 1888 Wirkl.GehORegR, 1890 a. D. u. Roter AdlerO II. Kl. *108/94* 88, 91; *160/95* 174 f.

**Dassel, Gustav v.** (1816–1894), Offizier, zuletzt Maj. à l. s. u. Präses d. Remonte-Ankaufskomm. f. d. Prov. Preußen, 1864 Landstallmeister Trakehnen, 1886 Charakter Oberst, 1888 a. D. u. Stern zum KronenO II. Kl. *317/100* 132

**Daum, Friedrich** (geb. 1846), Steueraufseher zu Wiedenbrück, 1883 Disziplinarsache *157/95* 127

**Dauner** [Dabner?], kath. Priester, 1887 Dispensation *276/99* 42

- David, Otto** (geb. 1836), Förster zu Bardungen, Krs. Osterode/Ostpr., 1881 Disziplinarsache 79/93 93
- Decken(-Offen), Karl Georg v. d.** (geb. 1838), Steuerempfänger zu Hankensbüttel, Krs. Isenhagen, 1883 Disziplinarsache, dann Rentmeister zu Peine, soll 1888 nach Gnadengesuch im Disziplinarverfahren milde behandelt werden 157/95 128; 312/100 92
- Dederle, August** (geb. 1846), Polizeisergeant zu Hagen, 1882 Disziplinarsache 114/94 173
- Dederle, Carl Gottlieb**, Polizeidiener zu Langendreer, Krs. Bochum, 1886 Disziplinarsache 245/98 21
- Dehnicke**, 1845 Buchhalter bei der Kontrolle der Staatspapiere in der Hauptverw. der Staatsschulden, 1859 RechR, 1862 Dirigent der Kontrolle der Staatspapiere, 1866 GehRechR, 1880 a. D. u. trotz ministeriellen Widerspruchs KronenO II. Kl. 35/92 53v
- Dehn-Rothfelser, Heinrich v.** (1825–1885), kurhess. Baueleve, 1853 Hofbauinspektor, 1864 Hofbaumeister Kassel, 1865 Oberhofbaumeister, 1867 GenVerw. d. ehem. kurhess. Hausfideikommiß, 1868 Prof. f. Bauwesen Akademie d. bildenden Künste Kassel, BauR, 1876 Hilfsarb. Reg. Kassel, 1878 Reg- u. BauR Potsdam, 1880 Hilfsarb. KuMinm. u. Kurator d. Kunstdenkmäler, 1882 GehRegR 110/94 109v; 247/98 48
- Deiters, Augustus**, kath. Priester der Diözese Breslau aus Laer, 1888 Dispensation 341/100 258v
- Delius, Karl** (1863: v.) (1840–1907), 1871 RegAss. Koblenz, 1873 kommissar. LandR, 1875 LandR Warburg, 1885 LandR Hameln, 1888 z. D., da er nach einer Affäre seiner Frau mit einem Offizier diesen nicht zum Duell forderte, 1892 reaktiviert als Vors. d. Einkommensteuer-Veranlagungskomm. Barmen, 1896–1902 gleiche Funktion in Görlitz 220/97 67; 301/100 31
- Delkowsky, Albert**, Lehrer zu Waltersdorf, RegBez. Königsberg, 1882 Disziplinarsache 108/94 82
- Deppe**, Spenglermeister zu Magdeburg, 1886–91 Mitgl. Volkswirtschaftsrat, 1890 zu Beratungen d. StR hinzugezogen 392/102 79v
- Dernbach, Ludwig Frh. v.** (1823–1882), 1846 kurhess. Verwaltungsdienst, 1863 Ass. PolDirektion Hanau, 1866 RegAss. Kassel, 1868 RegR, 1870 Bromberg, 1881 wegen geistig-körperlicher Schwäche pensioniert 83/93 117, 123
- Derscheid, Gustav** (geb. 1827), 1854 GerAss. LG Trier, 1857 Friedensrichter Wittlich, 1869 LGR Saarbrücken, 1871 AppGerR Colmar, 1874 Präs. LG Colmar, 1879–90 RGR, Mitgl. 1. Kommission zur Ausarbeitung d. BGB, 1889 Roter AdlerO III. Kl. 358/101 105
- Derwein, Johann Friedrich** (geb. 1851), Grenzaufseher zu Neuzielun, Krs. Strasburg/Westpr., 1887 Disziplinarsache 291/99 216
- Deutsch, Karl Wilhelm Adolph**, Gemeineschullehrer zu Berlin, 1879 Disziplinarsache 16/91 87
- Devens, Leopold** (1831–1894), 1856 RegRef. Köln, dann Potsdam, 1858 kommissar. LandR Essen, 1859 RegAss., 1867 PolPräs. u. LandR Köln, 1875 Königsberg, 1886 ORegR Trier 273/98 352
- Deventer, Wilhelm Conrad** (geb. 1839), Dr. phil., Oberlehrer am Kgl. Gymnasium zu Glatz, 1884 Disziplinarsache 192/96 128
- Dey, Friedrich Wilhelm** (geb. 1831), Gerichtsvollzieher zu Steinheim, 1884 Disziplinarsache 200/96 198
- Dickhut, Christoph Friedrich** (geb. 1834), Polizeisergeant zu Altona, 1886 Disziplinarsache 255/98 123a
- Dieckmann, Bernhardt** (geb. 1844), Amtsgerichtsassistent zu Brilon, 1882 Disziplinarsache 114/94 174
- Dieckmann, Johannes Eduard Friedrich** (geb. 1849), Grenzaufseher zu Schiffbek, Krs. Stormarn, 1887 Disziplinarsache 293/99 227
- Dieckmann, Julius Wilhelm Ferdinand** (geb. 1822), 1853 GerAss., 1854 Spezialkom. u. RegAss. Stendal, div. Verwendungen, 1864 RegR, 1868 Bromberg, 1870/71 Hilfsarb. FinMinm., 1883 ORegR Gumbinnen, 1886–87 Posen 164/95 202v; 266/98 245v

- Dickomeit**, Hausdiener im KuMinm., erhält 1884 kein Allg. Ehrenzeichen 211/96 307v
- Dielitz**, 1831 GenSekr. d. Kgl. Museen zu Berlin, GehRegR, 1880 KronenO II. Kl., 1886 a. D. 45/92 125
- Diepenbroick-Grüter, Gustav** (1841: Frh.) v. (1815–1899), 1844 GerAss. Hamm, 1850 Kreisrichter Hamm, 1856 AppGerR Greifswald, 1860 KGR, 1868 OTribunalR, 1873 Mitgl. Gerichtshof f. kirchl. Angelegenheiten, 1879 Senatsprä. KG, 1884 a. D. 18/91 122; 130/94 296v
- Diest (-Daber), Otto v.** (1821–1901), Jurist, 1850 Kriminalrichter Frankfurt/O., 1851 LandR Elberfeld, 1859 entlassen, da er das Finanzgebaren der Familie von FinMinr. v.d. Heydt in Elberfeld anprangerte, 1861 Rittergutsbes., kons. Gegner Bismarcks, u. a. beim hannov. Provinzialfonds, antisemit. Publizistik gegen Bismarcks Verbindung mit G. Bleichröder, 1877 deswegen verurteilt, 1867–70 MdA (KoP) 191/96 114v
- Diest, Gustav v.** (1826–1911), 1850 RegRef. Potsdam, 1851/52 interim. LandR Neuruppin, 1854 RegAss. Düsseldorf, 1857 Hilfsarb. OPräsidium Koblenz, 1858 LandR Wetzlar, 1866 Zivilkom. f. Nassau, 1867–69 RegPräs. Wiesbaden, 1869–76 Danzig, 1876–94 Merseburg, Mitgl. General-synode, Wirkl.GehR, 1867–74 MdR (KoP), 1894 MdH 162/95 189, 190v–191, 174/95 303v
- Dieterich, Ferdinand** (geb. 1840), Lehrer zu Wolzhausen, Krs. Biedenkopf, 1885 Disziplinarsache 242/97 268
- Dietrich, Oscar** (geb. 1855), Lehrer zu Hoyerswerda, 1883 Disziplinarsache 157/95 129
- Dillenburger, Theodor** (1838–1881), 1859 RegRef. Königsberg, 1865 RegAss. Königsberg u. LandR Braunsberg, 1868 z. D. (wegen Differenzen mit Kreisbewohnern), 1869 Reg. Oppeln, 1871/72 kommissar. Bgm. Paderborn, 1872 kommissar. LandR Adenau, 1874 RegR Bromberg, 1876 Hilfsarb., 1877 GehFinR, 1880 GehOFinR 51/92 177
- Dinder, Julius** (1830–1890), 1856 Priester Frauenburg, 1869 Pfarrer Königsberg/Pr., 1886 Erzbischof von Posen-Gnesen, versuchte im dt.-poln. Verhältnis auszugleichen 253/98 102v, 254/98 114; 301/100 32 f., 35v, 36v, 37, 38, 341/100 259; 372/101 286v
- Dingelstad, Hermann** (1835–1911), 1859 Priester Münster, 1865 Dr. phil. u. Religionslehrer in Gaesdonck/Niederrhein, 1876 wegen des Kulturkampfes am Gymnasium Vechta/Oldenburg, 1889 Bischof Münster 372/101 132 ff.
- Dinkelberg**, Redakteur in Sondershausen, 1880 KronenO. IV. Kl. wegen Verdiensten um Kriegervereinswesen 42/92 103v
- Dinkgrefe, Bernhard**, kath. Priester, 1887 Dispensation 280/99 74v
- Dinslage, Carl** (geb. 1819), Bgm. zu Neheim, Krs. Arnsberg, 1883 Disziplinarsache 157/95 130
- Dirbach, Franz** (geb. 1831), Lehrer zu Rothschoß, Krs. Nimptsch, 1881 Disziplinarsache 93/93 202
- Dirichlet (Lejeune), Walter** (1833–1886), Jurist, dann Gutsbesitzer, Mitgl. ostpreuß. ProvLT, führender freisinniger Politiker in RegBez. Gumbinnen u. Parlamenten, 1877–79, 1880–86 MdA (DFP, DFsP), 1881–86 MdR 105/94 64, 107/94 76
- Dirksen** (gest. 8.3.1891), Amtsrichter Wilhelmshaven, dann Aurich, 1885 KonsR Aurich, 1886 Dir. Konsistorium Aurich 256/98 158v
- Dittmann, Christian**, Grenzaufseher zu Harburg, 1886 Pensionssache 266/98 245, 262
- Dlugosz, Leopold** (geb. 1838), Elementarlehrer zu Ligota, Krs. Krotoschin, 1887 Disziplinarsache 284/99 125
- Dobkowicz, Viktor** (geb. 1842), Lehrer zu Lowencin, Krs. Posen-Ost, 1885 Disziplinarsache 238/97 232
- Doell, Georg Gustav** (geb. 1850), Gefangenenaufseher zu Tschöpsdorf, Krs. Landeshut, 1885 Disziplinarsache 214/97 20
- Doepke, Friedrich Wilhelm** (geb. 1827), Lehrer zu Bliesdorf, Krs. Oldenburg i. H., 1886 Disziplinarsache 263/98 233
- Doerffel, P.**, Fabrikbesitzer, Kommerzienrat, stellv. Handelsrichter, Ausschußmitglied der Berliner Hygiene-Ausstellung 1883, deswegen Ordenssache erwogen 163/95 196v

- Doetsch, Johann** (geb. 1849), Gerichtsvollzieher zu Werden/Ruhr, 1884 Disziplinarsache 192/96 133
- Doetsch, Peter** (geb. 1854), Gerichtsvollzieher zu Schwarzenfels, Krs. Schlüchtern, 1882 Disziplinarsache 125/94 245
- Doffend, Hugo** (geb. 1844), Bgm. zu Rosenberg/Westpr., 1886 Disziplinarsache 267/98 271v, 272
- Dohna (-Schlobitten), Richard Graf zu** (1807–1894), Fideikommißbes., nach jurist. Studium Diplomat, 1835–47 an den Gesandtschaften Turin u. Brüssel, LegR, 1879 Landhofmeister im Königreich (Ost-) Preußen, 1887 auf Initiative Wilhelms I. Schwarzer AdlerO, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1852 Mitgl. 2. Kammer, 1854 erbl. MdH 290/99 209
- Dohna (-Schlobitten), Richard Graf** (1900: **Fürst**) **zu** (1843–1916), Fideikommißbes., 1861–67 Offizier, 1883 Hofjägermeister, 1891 Vizeoberjägermeister, zeitw. Vors. ostpreuß. ProvLT, 1890–93, 1903–12 MdR, 1890–94 MdA (DkP), 1894 MdH 390/102 65
- Dombrowski, v.**, kath. Priester, 1886 Dispensation 273/98 351v
- Doneit, Friedrich Wilhelm** (geb. 1853), Lehrer zu Kallweitschen, Krs. Stallupönen, 1890 Disziplinarsache 397/102 166
- Dönhoff (-Friedrichstein), August Graf v.** (1845–1920), Jurist, 1871 Diplomat, div. Verwendungen, 1881 als LegR a. D., Fideikommißbes., soll 1888 Mitgl. Expertenkommission zur Errichtung eines Denkmals f. Wilhelm I. werden, OBurgGf., dann OMarschall sowie Landhofmeister im Königreich (Ost-)Preußen, Mitgl. Zentralaussschuß d. Reichsbank, 1898 kais. Wirkl.GehR, 1881–1903 MdR (DkP, 1894 bkF), 1875 MdH 334/100 206
- Dönhoff, Otto Graf v.** (1869: **Frh. v. Krafft**) (1835–1904), 1856 Armee, 1860 Attaché Madrid, 1866 Florenz, 1868 a. D. u. Majoratsherr Kraftshagen, 1875 LegSekt. Kopenhagen, 1876 LegR in Dresden u. 1878 Stuttgart, 1882 Gesandter in Japan, 1885 in Brasilien, 1894 in Darmstadt, 1895 von Wilhelm II. zum Abschiedsgesuch aufgefordert u. a. D., 1893 kais. Wirkl.GehR 222/97 73
- Donner, Karl** (1832–1912), 1853 Reitendes Feldjägerkorps, 1860 Oberförsterexamen, 1862 Hilfsarb. Forstabt. FinMinm., 1864 Oberförster, 1867 Forstinspektor Kassel, Forstmeister, 1874 OForstmeister Finanzdirektion Hannover, 1879 Hilfsarb., dann VotrR LandMinm., 1883 Landforstmeister, 1885 Oberlandforstmeister u. MinDir. LandMinm., 1884 MdStR, 1890 Vors. Statist. Zentralkomm., 1895 Wirkl.GehR, 1901 a. D. 211/96 306
- Donnerstag, Oswald** (geb. 1829), KrsGerSekt. z. D. zu Rosenberg/OS, 1881 Disziplinarsache 70/93 37
- Döring, Bernhard**, kath. Priester aus Bocholt, 1887 Dispensation 294/99 232
- Dorn, Peter**, kath. Priester aus Hückelhoven, 1889 Dispensation 369/101 247
- Dorner, Isaak August** (1809–1884), Theologe, Prof. Univ. Tübingen 1838, Kiel 1839, Königsberg 1843, 1846 Mitgl. Generalsynode u. Prof. Univ. Bonn, 1853 Göttingen, 1862 Berlin, Mitgl. Ev. OKirchenR u. OKonsR, trat für die ev. Union ein, aber gegen die kirchlich-konservativen F. J. Stahl u. W. Hengstenberg, 1883 a. D. u. Wirkl.OKonsR 173/95 302
- Douglas, Hugo Sholto Frh. v.** (1888: **Graf**) (1837–1912), Chemiker, 1868 Leitung d. väterl. Chlorkaliumfabrik Staßfurt, begründet 1874 Kalisalzbergwerk Douglashall, Mitbegr. d. Kali-Syndikats 1888, 1891 Majoratsbes. auf Rügen, 1890 MdStR, zeitw. sozialpolit. Berater Wilhelms II., 1882–1912 MdA (RFKP) 336/100 220v; 388/IV 191
- Drath, Alexander** (geb. 1822), Lehrer zu Oedernitz, Krs. Rothenburg/NL, 1884 Disziplinarsache 210/96 293
- Drebelow, Johann Christian Friedrich**, Förster zu Kienhof, Krs. Dramburg, 1879 Disziplinarsache 16/91 88
- Drechsler, August** (1821–1897), Dr. jur., 1844 Advokat, 1850 Senator Lübeck, 1851 Bgm., 1864 OAppGerR Lübeck, 1870 1. Vizepräs. Bundesgericht bzw. Reichsoberhandelsgericht bzw. ab 1879 Senatspräs. u. Vizepräs. Reichsgericht, 1894 a. D., kais. Wirkl.GehR, 1884 Orden, obwohl preußenkritisch 177/96 19v

- Drechsler, Simon** (geb. 1840), Lehrer zu Immekepel, Krs. Mülheim/Rhein, 1883 Disziplinarsache 160/95 179
- Dreger, Carl Ludwig Ferdinand** (geb. 1830), Botenmeister am LG Köslin, 1884 Disziplinarsache 198/96 184
- Drenkmann, Edwin** (1901: v.) (1826–1904), 1852 GerAss., 1857 StAnw. KG, 1862 1. StAnw. KG, 1865 AppGerR Halberstadt, 1869 KGR, 1872 OTribunalR, 1874 Vizepräs. AppGer. Posen, 1876 Präs. AppGer. Marienwerder, 1879 Senatspräs. RG, 1889 Präs. KG, 1896 Wirkl.GehR, 1890 MdH 354/101 75v
- Drepper, Johann Franz** (1787–1855), 1809 Priester, 1817 Pfarrer, 1825 Prof. Akademie Paderborn, 1843 Dompfarrer, 1845 Bischof 364/101 189v
- Dresen, Wilhelm**, kath. Priester aus Bonn, 1889 Dispensation 351/101 15
- Dressler (-Schreitlaugken), Franz Ottomar Eugen** (geb. 1810), 1838 RegAss. Düsseldorf, 1840 Münster, 1844 Gumbinnen, 1845 RegR, 1846 Danzig, 1848 Königsberg, 1865 GehFinR FinMinm. (Domänenabt.), 1869 GehOFinR, 1879 mit der Domänenabt. in das LandMinm., 1883 a. D. u. Wirkl.GehORegR 142/95 2v
- Drewski, Albert Theodor**, Gerichtsdieners u. Gefängniswärter zu Wartenburg/Ostpr., 1883 Disziplinarsache 150/95 74
- Drinhausen, Richard** (geb. 1850), Lehrer zu Rüggeberg, Krs. Schwelm, 1884 Disziplinarsache 210/96 294
- Drobe, Franz Kaspar** (1808–1891), 1831 Priester Paderborn, 1840 Pfarrer Rüthen, 1854 d. königl. Nomination Kanonikus Paderborn, 1855 Geistl. Rat, 1864 Offizial, 1881 Kapitularvikar Paderborn, 1882 Bischof v. Paderborn 69/93 33; 120/94 208–208v; 364/101 188v, 190, 190v
- Drogatz, Carl Mathias**, Gefangenenwärter zu Lübben, 1880 Disziplinarsache 29/92 13
- Drolshagen, Anton** (geb. 1828), 1856 GerAss. Paderborn, 1857 Spezialkom. Tarnowitz, 1864 RegAss., 1866 RegR, 1870 zur Reg. Posen, 1880 Sigmaringen, 1887 VerwGerDir., 1894 GehRegR, 1896 a. D. 287/99 158v
- Droop, Eduard** (1831–1904), 1859 hannov. GerAss., 1866 OGerAss. u. Hilfsarb. JMinm., 1868 OGerR, 1869 GehJusR JMinm., 1873 GehOJusR, MdStR u. d. Gerichtshofs zur Entscheidung d. Kompetenzkonflikte, 1883 MinDir. u. Wirkl.GehOJusR, 1892 stellv. Bevollm. z. BundesR, 1893 Wirkl.GehR, 1895 a. D. 21/91 123v; 173/95 301v
- Droste zu Vischering von Nesselrode-Reichenstein, Hermann Graf** (1837–1904), 1865–66 Militär, dann Rittergutsbes. Herten, ca. 1883–1904 Mitgl. im Kuratorium d. Ritterakademie Bedburg, 1869 MdH 282/99 98v
- Droste zu Vischering, Kaspar Max Frh.** (1770–1846), 1793 Priester, 1801 Kapitularvikar, dann Weihbischof Münster, 1825 Bischof 364/101 189
- Drzazdczewski**, Steueraufseher, 1887 Allg. Ehrenzeichen verweigert, da zu kurz im Dienst 290/99 208v
- du Moulin, Friedrich Wilhelm**, Kreisgerichtskanzlist zu Rogasen, Krs. Obornik, 1880 Disziplinarsache 31/92 37
- Dübigk, Otto** (geb. 1851), Katasterkontrolleur zu Zabrze, 1884 Disziplinarsache 177/96 24
- Dückers, Heinrich** (1843–1897), 1871 GerAss., 1872 Eisenbahnverw., RegAss. bei der Eisenbahndirektion Berlin, dann Elberfeld, 1876 Direktionsmitgl., 1879 Hilfsarb. Minm.öA, 1883 GehRegR, 1889 GehORegR, 1895 Abt.-Dirigent u. Wirkl.GehORegR, 1896 MinDir. (Allg. Finanzabt.) 236/97 203
- Dulinski, Franciszek Ksawery** (1818–1892), 1846 Priester Gnesen, 1849 Propst u. Religionslehrer Lissa, Regens Priesterseminar Gnesen, 1886 als Dompropst zu Gnesen von Reg. in Aussicht genommen 254/98 114
- Dullin, Julian** (geb. 1847), Lehrer zu Langgoslin, Krs. Obornik, 1882 Disziplinarsache 137/94 348

**Dummer, Friedrich Julius** (geb. 1823), Materialienverwalter I. Kl. zu Berlin, 1883 Disziplinarsache 150/95 75

**Dummer, Otto Theodor Hermann** (geb. 1828), Lehrer u. Küster zu Carvin, Krs. Kolberg, 1887 Disziplinarsache 330/100 190

**DuMont, Michael** (1821–1881), Verlagsbuchhändler u. seit 1845 Mitbes. d. „Kölnischen Zeitung“, Mitgl. Dombauverein Köln, 1880 zum Kommerzienrat vorgeschlagen, erhält aber Roten AdlerO IV. Kl. 50/92 174v

**Dumrath, Hermann Karl** (1854–1922), 1881 RegRef. Stettin, 1885 RegAss. Marienwerder, 1889 LandR Strasburg/Westpr., 1899 als „Kanalrebell“ in einstw. Ruhestand, 1900 RegR PolPräsidium Berlin, dort ORegR u. Abt.-Dirigent, im 1. Weltkrieg ORegR Marienwerder, 1899–1900 MdA (RFKP) 394/102 111v

**Duncker, Hermann** (1817–1893), 1846 StadtR Berlin, 1860 Syndikus, 1872–91 2. Bgm. Berlin, GehRegR, 1891 Stern z. KronenO II. Kl., 1859–61 MdA (v. Vincke) 279/99 62

**Duncker, Max(imilian)** (1811–1886), 1834 Dr. phil. Berlin, 1837 Festungshaft wegen Mitarbeit bei der Dt. Burschenschaft, 1839 Habilitation f. Geschichte Halle/S., 1842 Prof., 1843 Redaktion d. „Allgemeinen Literaturzeitung“, 1849/50 polit. Missionen f. Preußen, 1857 Prof. Tübingen, 1858 Mitarb. d. Preuß. Jahrbücher, 1859 GehRegR u. Leiter d. Zentralpreßstelle (Literar. Büro) im StMinm., 1861 GehORegR, VortrR u. Berater des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, 1866 Zivilkom. in Hessen, 1867–74 Dir. d. Staatsarchive, GehORegR, 1881 Kreuz d. Komthure d. HO v. Hohenzollern, 1884 Historiograph der brandenburg. Geschichte, 1848 Mitgl. dt. NatVers. (Casino), 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1849–52, 1860/61 MdA (Linke, v. Vincke), 1867 MdR (bkF, altlib.) 98/94 8

**Dunin Sulgustowski, Marcin v.** (1774–1842), 1797 Priester Rom, 1806 Domkapitular Gnesen, 1817 RegSchulR Gnesen, 1829 Kapitularvikar Posen, 1831–42 Erzbischof v. Posen-Gnesen 36/92 57v

**Duszynski, Franz** (geb. 1843), Polizeiwachtmeister zu Schulitz, Krs. Bromberg, 1884 Disziplinarsache 177/96 25

**Duszynski, Franz** (geb. 1849), Eisenbahn-Stationsassistent zu Stolp, 1888/89 Disziplinarsache 335/100 213; 370/101 271

**Dziegielewski, Hippolit Bernhard v.**, Lehrer zu Sadke, Krs. Wirnitz, 1879 Disziplinarsache 10/91 43

**Eccius, Max** (1835–1918), Dr. jur., 1860 GerAss., 1863 Kreisrichter Greifswald, 1873 Hilfsarb. JMinm., 1874 nebenamtlich Prof. jur. Univ. Greifswald, 1877 Hilfsarb. RJA, 1878 GehRegR RJA, 1879 JMinm., 1884 GehOJusR, 1887 Präs. OLG Kassel, 1895 Wirkl.GehJusR, 1905 Wirkl.GehR u. Präs. Justizprüfungskomm., 1911 a. D. 24/91 142

**Eck, Paul** (1822–1889), 1847 GerAss. LG Trier, 1849 kommissar. Kreisrichter Brandenburg, 1850 RegAss. Düsseldorf, 1852 Koblenz, 1857 RegR, 1859 GehRegR HandMinm., 1867 GehORegR Bundeskanzleramt, 1868 Protokollführer im BundesR, 1871 Dir. Zentralabt. Reichskanzleramt u. Wirkl.GehORegR, 1876 UStS Reichskanzleramt, 1879–89 UStS RadI, 1880 kais. Wirkl.GehR 18/91 121v; 161/95

**Eckardt, Julius** (1875 in Rußland: v.) (1836–1908), nach jurist.-hist. Studium 1860 Sekr. d. livländischen Landeskonsistoriums Riga, 1861 Redakteur „Rigaer Zeitung“, 1867 d. „Grenzboten“, Leipzig, 1870 „Hamburgischer Correspondent“, 1872 Mitbegr. d. Vereins für Sozialpolitik, 1874 Senatssekr. Hamburg, Bekanntschaft mit Bismarck, 1882 nach russ. Protest gegen seine antiruss. Publizistik preuß. GehRegR f. Pressewesen im PolPräsidium Berlin, 1884 Hilfsarb. AA, 1885 kais. Konsul Tunis, 1889 Marseille, 1892 GenKonsul Stockholm, 1897 Basel, 1900 Zürich, 1907 a. D. 122/94 217 f.

**Eckelt, Hermann** (geb. 1846), Polizeisergeant zu Fraustadt, 1883 Disziplinarsache 157/95 131

- Eckert, Vinzenz** (geb. 1853), Lehrer zu Lindenau, RegBez. Liegnitz, 1883 Disziplinarsache *146/95* 39
- Eder, Franz de Paula Albert** (1818–1893), 1843 Priester, 1851 Dr. phil. Salzburg, 1857 Abt Benediktinerkloster St. Peter in Salzburg, 1876 Fürsterzbischof, 1861–67 Mitgl. österr. Reichsrat *208/96* 271, 271v
- Edinge, Fritz** (geb. 1850), Eisenbahnbetriebssekr. zu Witten, 1890 Disziplinarsache *397/102* 162v, 167
- Effenberger, Robert** (geb. 1850), Gerichtsschreibergehilfe zu Jauer, 1884 Disziplinarsache *197/96* 166
- Egel, Oswald** (geb. 1849), berittener Gendarm d. 6. Gendarmerie-Brigade zu Berndorf, Krs. Liegnitz, 1884 Disziplinarsache *182/96* 68, 72
- Eggebrecht, Constantin** (1835–1908), 1863 GerAss., 1866 Kreisrichter Schwedt, 1871 Stadtrichter Berlin, 1874 RegR Merseburg, 1878 VerwGerDir. Gumbinnen, 1885 Lüneburg, 1889 OVGR, 1900 a. D. *358/101* 114v
- Eggeling, Eduard** (1819–1898), hannov. Jurist, 1844 Advokat, 1845 2. Auditeur Garnisonsgericht Hannover, 1853 OGerR Nienburg, 1855 Hannover, 1865 OJusR hannov. JMinm., 1867 GehOJusR JMinm., 1868 OTribunalR, 1873 Mitgl. Gerichtshof f. kirchl. Angelegenheiten, 1877–86 dessen Präs., 1879–96 Senatspräs. KG, 1890 Wirkl.GehOJusR, 1879 MdH *18/91* 122, *22/91* 139
- Eggert, August** (1837–1907), 1865 GerAss., 1867 Anwalt u. 1869 Notar Aurich, 1873 RegAss. Finanzdirektion Hannover, 1874 Reg. Breslau, 1876 Erfurt, 1879 RegR, 1887 ORegR Potsdam, 1892 OVGR *295/99* 242
- Eggert, Hans Christian** (geb. 1846), Lehrer zu Blumenthal, Krs. Kiel, 1882 Disziplinarsache *114/94* 175
- Egloffstein, Carl Graf v.** (1795–1887), Rittergutsbes. zu Arklitten, Gouv. der Prinzen Adalbert und Waldemar v. Preußen, 1883 Kreuz d. Komthure d. HausO v. Hohenzollern *163/95* 197
- Egloffstein, Julius Frh. v.** (1809–1884), 1833 preuß. Auskultator, dann Jurist in Sachsen-Weimar, Dir. KrsGer. Weimar, Präs. AppGer. Eisenach, 1879 Präs. OLG Jena, grhzgl.-sächs. Kammerherr u. Wirkl.GehR, 1883 KronenO I. Kl. *153/95* 98
- Ehm, Lorenz** (geb. 1842), Gerichtsdiener zu Barten, Krs. Rastenburg, 1883 Disziplinarsache *146/95* 40
- Ehrhardt, August Ludwig** (geb. 1830), Steueraufseher zu Stössen, Krs. Weißenfels, 1886 Disziplinarsache, 1887 dienstentlassen mit halber Pension, nach Gnadengesuch ca. 200 M. jährl. Unterstützung durch Wilhelm I. *269/98* 318; *284/99* 122
- Ehrich, Heinrich** (geb. 1835), Lehrer zu Heßler, Krs. Gelsenkirchen, 1881 Disziplinarsache *70/93* 38
- Ehrichs, Ludwig** (geb. 1825), Lehrer zu Bursfelde, Krs. Göttingen, 1881 Disziplinarsache *83/93* 127
- Eichholtz, Franz** (geb. 1854), Lehrer zu Weitsee, Krs. Konitz, 1880 Disziplinarsache *51/92* 181
- Eiffler, Julius** (1835–1898), 1858 Priester Limburg, 1862 bischöfl. Sekr., 1870 Domvikar, 1884 Domkapitular u. Geistl. Rat Limburg, 1885 Bischofskandidat *215/97* 26v
- Eikerling, Hermann**, kath. Priester zu Eltville, 1888 Dispensation *345/96* 310
- Eilers, Oskar** (geb. 1851), Gymnasiallehrer zu Bochum, 1883/88 Disziplinarsache *157/95* 132; *339/100* 236
- Eilers, Theodor** (1836–1887), 1861 RegRef. Trier, 1865 RegAss. Merseburg, 1866 Hilfsarb. HandMinm., 1868 Assistent Landrostei u. OPräsidium Hannover, 1869 Amtshptm. Syke, 1872 KrsHptm. Gifhorn, 1880 Hilfsarb. FinMinm., 1882 GehFinR, 1879–82 MdA (DkP) *58/92*; *111/94* 112; *169/95*, *171/95* 288v
- Eilert, Friedrich Karl** (1832–1913), 1862 BergAss. Bonn, 1866 Bergwerksdir. Dudweiler, 1872 BergR, 1874 OBergR Dortmund, 1878 Vors. Bergwerksdir. Saarbrücken, 1881 GehBergR, 1888

- Berghptm. OBergA Dortmund, 1892–1901 in Bonn, 1894–98 MdA (NLP) 319/100 149v; 365/101 194v, 198, 370/101 265v, 379/101 344v–345
- Eisert, Albert**, Stationsassistent zu Calbe/S., 1889 Pensionssache 386/102 36
- Elert, August Carl Wilhelm** (geb. 1851), Gerichtsvollzieher zu Heldrungen, Krs. Eckartsberga, 1889 Disziplinarsache 369/101 256
- Elisabeth** (1801–1873), 1840–61 Königin v. Preußen, Tochter von König Max I. v. Bayern, 1823 Heirat mit dem späteren Friedrich Wilhelm IV. 384/102 22
- Elisabeth** (1837–1898), 1854 Kaiserin v. Österreich, 1867 Königin v. Ungarn, Gemahlin von Kaiser Franz Joseph 322/100 161v
- Ellerbeck, Wilhelm** (geb. 1848), Katasterkontrolleur zu Bocholt, 1883 Disziplinarsache 165/95 212
- Elsner, Hermann** (geb. 1854), Staatsanwaltschafts-Assistent zu Beuthen/OS, 1885 Disziplinarsache 230/97 156
- Eltester, Heinrich Otto Wilhelm** (1819–1892), 1847 GerAss., 1850 Kreisrichter Neustadt/Dosse, 1853 Alt-Landsberg, 1860 Dir. KrsGer. Graudenz, 1866 Berlin, 1867 Präs. Stadtger. Königsberg, 1872 Vizepräs. AppGer. Frankfurt/O., 1875 Präs. AppGer. Halberstadt, 1879 Präs. OLG Marienwerder, 1889 Wirkl.GehOJusR 376/101 323v
- Emmerich, Adolf** (geb. 1857), Lehrer zu Alhausen, Krs. Höxter, 1886 Disziplinarsache 255/98 124
- Ende, August Frh. v.** (1815–1889), 1840 RegRef. Potsdam, 1844 RegAss. Frankfurt/O., 1845 Breslau (Zensurbehörde im Oberpräsidium), 1847 LandR Waldenburg, 1853 LandR Breslau, 1862 PolPräs. Breslau, 1870 RegVizepräs. Schleswig, 1872 RegPräs. Düsseldorf, 1876–81 OPräs. Hessen-Nassau, 1848/49 Mitgl. dt. NatVers. (bkF), 1849–51 Mitgl. 2. Kammer (Centrum), 1871–72, 1877–81 MdR (RFKP) 85/93 152v–153v
- Ende, Hermann** (1829–1907), 1859 mit Böckmann Architektenbüro in Berlin, führender Architekt d. Neurenaissance, zahlreiche Bauten, u. a. Berliner Rathaus, GehRegR, Prof., 1895–1904 Präs. Akad. d. Künste, 1888 Mitgl. Expertenkommission zur Errichtung eines Denkmals f. Wilhelm I. 334/100 205v, 341/100 274
- Endres, Johann Bernhard**, Regens Priesterseminar Trier, 1887 Präfekt kath. Konvikt Trier, auch Domkapitular 286/99 151v
- Engel, Ernst** (1821–1896), Bergfach, 1850 Organisator Allg. Dt. Gewerbeausstellung Leipzig, Leiter Sächs. Statist. Büro Dresden, sächs. RegR, 1858 Leiter Sächs. Hypotheken-Versicherungsges., 1860 Dir. Statist. Büro, 1862 GehRegR, 1867 GehORegR, Begründer d. Zs. d. Kgl. Preuß. Statist. Büros, bedeutender Statistiker, Beteiligung an Industrie- u. Versicherungsunternehmen, auch Katheder-Sozialist, 1882 nach mehrfachen Indiskretionen u. angeblicher Verletzung von Beamten-Amtspflichten pensioniert, 1867–70 MdA, 1867–71 MdR (NLP) 101/94 36v; 167/95 237v
- Engel, Joseph** (geb. 1838), Gerichtsdienstler zu Strehlen, 1886 Disziplinarsache 245/98 20
- Engel, Julius**, Lehrer zu Friedrichsfelde, Krs. Niederbarnim, 1879 Disziplinarsache 16/91 89
- Engelbrecht, Reinhold George** (geb. 1832), StadtGerR Königsberg, 1876–99 Syndikus d. ostpreuß. Generallandschaft zu Königsberg, JusR, 1888 Roter Adler Orden IV. Kl. verweigert, da freisinnig 348/96 318
- Engelhardt, Franz** (geb. 1854), Grenzaufseher zu Baranowen, Krs. Ortelsburg, 1888 Disziplinarsache 335/100 214
- Engelke, Rudolf Max** (geb. 1840), berittener Steueraufseher zu Allenstein, 1889 Disziplinarsache 360/101 141
- Engelmann, Friedrich August** (geb. 1853), AGerSchr. zu Halle/W., 1888 Disziplinarsache 312/100 103
- Engels, Ludwig Joseph**, Gemeindeförster zu Kalkhäuschen, Krs. Aachen, 1879 Disziplinarsache 14/91 70



- Engler, Hermann** (1821–1896), 1850 StAnw.-Gehilfe Bütow u. Lauenburg, 1853 StAnw., 1854–96 als Nachf. seines Schwiegervaters LandR Berent, nebenamtlich Landschaftsrat, 1879 GehRegR, 1887 KronenO. II. Kl., 1879–96 MdA (RFKP) 283/99 118
- Ennulat, Georg** (geb. 1828), Lehrer zu Kuttkuhnen, Krs. Gumbinnen, 1887 Disziplinarsache 288/99 179
- Erbe, Hugo** (geb. 1841), Polizeidistriktskom. zu Kobylagora, Krs. Schildberg, 1885 Disziplinarsache 242/97 269
- Erdmann, David** (1821–1905), 1847 Dr. phil. Berlin, 1850 Lic. theol., 1853 Habilitation, 1856 Prof. theol. Königsberg, 1857 Pfarrer ebd., 1864–1900 Generalsuperintendent für Schlesien in Breslau, 1889 Titel Wirkl.OKonsR 379/101 338v
- Erdmann, Johann Eduard** (1805–1892), Theologe, 1829 Pfarrer Livland, 1834 Habilitation Berlin, 1836 Prof. f. Philosophie Halle/S., 1889 Stern zum Roten AdlerO II. Kl. 359/101 134v
- Erdmann, Josef** (geb. 1848), Gerichtsvollzieher zu Rietberg, 1881 Disziplinarsache 93/93 203
- Erdtmann, GehRechR MdI**, 1883 vorzeitig KronenO III. Kl. 174/95 305v
- Erdtmann, Louis Friedrich** (1851–1901), 1878 GerAss. u. Kreisrichter Wehlau, 1881 in die Verw. d. indirekten Steuern u. RegAss., 1885 Oberzollinspektor Myslowitz, 1886 RegR Sigmaringen, dann Provinzialsteuerdirektion Berlin, Hilfsarb. FinMinm., 1889 GehFinR, 1894 GehOFinR FinMinm., 1898 Provinzialsteuerdir. Danzig 380/101 369v
- Ernst I.** (1826–1908), Herzog v. Sachsen-Altenburg, nach Studium und Offiziersjahren 1853–1908 reg. Herzog, Bruder der Königin Marie v. Hannover 11/91 56
- Ernst II.** (1817–1893), 1844 Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha, liberalkons. Förderer der Vereinsbewegung, Protektor des Nationalvereins, auch Opernkomponist, anfänglich kritisch gegenüber Bismarck, nach 1871 weitgehender Rückzug aus der Politik 113/94 138; 295/99 242v
- Ernst v. Ernsthausen, Adolf** (1827–1894), 1850 RegRef. Köln, 1851 kommissar. LandR Altenkirchen, 1852 Simmern, 1853 RegAss., 1854 kommissar. LandR Geldern, 1857 Moers, 1865 Verw. der Bürgermeisterstelle Königsberg, 1866 RegVizeprärs. Königsberg, 1870–74 RegPräs. Trier, 1871 BezPräs. Unterelsaß Straßburg, 1875 Oberelsaß Colmar, 1879 OPräs. Westpreußen, 1883 von Puttkamer zur Versetzung erwogen, da nicht im parteikons. Sinne tätig, 1887 Wirkl.GehR, 1888 a. D., 1864–66, 1869–70 MdA (bkF, kons.) 8/91 30; 49/92 170v; 95/93 223; 121/94 212v, 126/94 266–266v; 158/95 146 f., 162/95 194, 174/95 307v; 234/97 183v; 254/98 113v, 259/98 200v, 260/98 204v; 290/99 209v
- Erpelding, Franz** (geb. 1839), AGerSekt. zu Burgsteinfurt, 1887 Disziplinarsache 287/99 160
- Erxleben, Adolph**, Förster zu Kobusch-Theerofen, Krs. Samter, 1879 Disziplinarsache 26/91 164
- Erxleben, Karl Wilhelm Anton** (1815–1882), 1841 hannov. Amtsass. Harsefeld, 1843 Hilfsarb. Landdrostei Aurich, 1845 Hilfsarb. hannov. MdI, 1848 Referent, 1852 RegR Landdrostei Aurich, 1866/67 kommissar. Landdrost, 1869 preuß. RegR, 1877 Titel GehRegR, 1882 a. D. u. KronenO II. Kl. 102/94 44v
- Erz, Johann** (geb. 1848), Lehrer zu Kues, Krs. Bernkastel, 1883 Disziplinarsache 170/95 276
- Esser, Heinrich**, KrsGerSekt. zu Limburg a. d. Lenne (Hohenlimburg), Krs. Iserlohn, 1879 Disziplinarsache 10/91 44
- Esser, Philipp** (1831–1891), Dr., 1861 Gymnasiallehrer Köln, 1864 Dir. Progymnasium Boppard, 1873 Reg.- u. SchulR Wiesbaden, 1880 GehRegR KuMinm., 1885 GehORegR 220/97 68
- Etmanski, Johann** (geb. 1849), Gerichtsvollzieher zu Neustadt/Westpr., 1882 Disziplinarsache 108/94 83
- Etzdorf, Rüdiger** (1899: v.) (1852–1935), 1876 an Prüfung als GerRef. gescheitert, 1883 RegRef. Arnsberg, 1885 RegAss. Kassel, 1888 LandR Elbing, 1907 GehRegR LandMinm. u. Mitgl. Statist. Zentralkomm. LandMinm., Verw. d. kaiserl. Besitzes Cadinen, GehORegR, 1918/22 a. D. 366/101 220v
- Eulenburg, August Graf zu** (1838–1921), Bruder Botho Eulenburgs, 1858 Offizier, 1860–62 Attaché d. Ostasien-Expedition unter Friedrich Gf. Eulenburg, 1865 persönl. Adjutant d. Kronprin-

zen Friedrich, 1868 Hofmarschall, 1883–1914 Oberzeremonienmeister, 1890–1914 auch Oberhof- u. Hausmarschall Wilhelms II., 1904 Charakter Gen. d. Inf., 1907–18 Minr. d. Kgl. Hauses, 1918–21 Generalbevollm. d. Hauses Hohenzollern *144/95* 16v; *396/102* 141

**Eulenburg, Botho Graf zu** (1831–1912), Jurist, 1859–64 LandR Deutsch-Krone, 1865 GehRegR MdI, 1869 RegPräs. Wiesbaden, 1873–78 OPräs. Hannover, 30.3.1878–25.2.1881 Minr.dI, 1881–92 OPräs. Hessen-Nassau, 23.3.1892–29.10.1894 MinPräs. u. 9.8.1892–29.10.1894 Minr.dI, 1867 MdR (KoP), 1863–70, 1879–81 MdA (KoP, bkF), 1899 MdH (1908–12 Vors. Alte Fraktion) *1–25/91*; *28–40/92*, *42–46/92*, *49–54/92*, *56–60/92*; *61–67/93*, *80/93* 107v, *85/93* 152v, *96/93* 227; *133/94* 310; *162/95* 193, *174/95* 307v; *209/96* 284v; *215/97* 27, *223/97* 86; *258/98* 175v

**Eulenburg (-Liebenberg), Philipp Graf zu** (1820–1889), Bruder d. Minr.dI Friedrich Gf. zu Eulenburg u. Vater des Botschafters Philipp Gf. zu Eulenburg, 1838 Militär, 1867 als Oberstltn. a. D., Verwaltung d. ererbten Rittergutsbes., 1877–79 MdA (neukons.), 1879 auf persönlichen Wunsch Wilhelms I. MdH *22/91* 138v

**Eytelwein, Friedrich Albert** (1796–1888), 1813–15 Kriegsfreiwilliger, 1816 Land- und Wasserbauinspektor Wusterhausen, 1824 RegR Merseburg, 1829 OBauR FinMinm., 1838 GehFinR, GehOFinR, 1863 Wirkl.GehOFinR, 1876 a. D. u. Wirkl.GehR *18/91* 122

**Falcke, Karl Konrad**, Steueramtsassistent zu Quakenbrück, 1884 Disziplinarsache *197/96* 167

**Falk, Adalbert** (1827–1900), Jurist, 1853 StAnw. Lyck, 1861 Hilfsarb. JMinm., 1862 AppGerR Glogau, 1868 GehJusR JMinm., 1871 Bevollm. z. BundesR u. GehOJusR, 22.1.1872–13.7.1879 KuMinr., 1882–1900 Präs. OLG Hamm, 1859–61, 1873–82 MdA (Mathis, bkF), 1867, 1873–82 MdR (altlib., bkF, RFKP, NLP) *1–15/91*, *17/91* 119, *22/91* 138v; *38/92* 68, *42/92* 106v, 107; *92/93* 192, 195; *183/96* 77; *226/97* 111, 113, 114v, 118, *242/97* 262v; *258/98* 175v; *300/100* 16; *356/101* 96v, *364/101* 189v

**Falk, Hermann Leopold** (geb. 1840), Steueraufseher zu Lupow, Krs. Stolp, 1881 Disziplinarsache *70/93* 39

**Falkenberg** (geb. ca. 1837), Kanzlist bei der Direktion d. Verw. d. direkten Steuern Berlin, 1888 Allg. Ehrenzeichen verweigert, da freisinnig *348/96* 318

**Fastenau, Chr.** (ca. 1840–1911), hannov. Amtsass., Generalkomm. Hannover, 1868 RegAss., Revisionskollegium f. Landeskultursachen, 1874 Hilfsarb. LandMinm., 1875 RegR, 1876 GehRegR LandMinm., 1880 GehORegR u. Präs. Generalkomm. Hannover, 1902 a. D. *60/92* 248; *66/93* 21, *79/93* 86

**Fechting, Jürgen Friedrich Heinrich** (geb. 1860), Lehrer zu Oberg, Krs. Peine, 1889 Disziplinarsache *360/101* 142

**Fehling, Friedrich Julius**, Fußgendarm in d. 7. Gendarmerie-Brigade zu Delecke, Krs. Soest, 1883 Pensionssache *210/96* 287v, 289

**Fehlkamm, Friedrich** (geb. 1841), Kommunalförster zu Farschweiler, Krs. Trier, 1886 Disziplinarsache *255/98* 125

**Fehre, Gottlieb** (1836–1905), Dr. jur., 1865 GerAss. Kreisgericht Mühlhausen, 1867 zur Verwaltung d. indirekten Steuern, 1868 RegAss. Provinzialsteuerektion Danzig, 1875 RegR, 1877 Provinzialsteuerektion Berlin, 1884 ORegR Provinzialsteuerektion Breslau, 1890 Provinzialsteuerdir. d. Rheinprovinz in Köln u. GehFinR, 1894 GehOFinR, 1898–1905 GenDir. indirekte Steuern u. Wirkl.GehOFinR, 1883 Orden verweigert, um nicht ältere Beamte zurückzusetzen *141/94* 378v; *394/102* 115

**Feistkorn, Karl** (geb. 1829), Gepäckexpedient zu Hamm, 1880 Disziplinarsache *59/92* 232

**Feiten, Heinrich** (1835–1892), 1859 Priester Trier, 1866 Pfarrer Fraulautern, 1884 Domdechant Trier, 1887 Weihbischof Trier, 1889 Bischofskandidat Münster *372/101* 286

**Felgner, Gustav** (geb. 1828/29), Kämmerer Freienwalde/Pom., Bgm. Daber, dann Bärwalde, Krs. Neustettin, nach zahlreichen Geldbußen wegen Geschäftsverschleppung 1881 Disziplinaruntersuchung und 1882 Dienstentlassung *125/94* 247

- Felling, Georg** (geb. 1840), KrsGerSekt. zu Bochum, dann Gerichtsvollzieher zu Lippstadt, 1880 u. 1886 Disziplinarsache 29/92 14; 269/98 319
- Feuerherm, Eduard**, Gemeindeförster zu Rosengarten, Krs. Randow, 1880 Disziplinarsache 51/92 182
- Fiebig, Ernst Friedrich** (geb. 1853), Grenzaufseher zu Pommerswitz, Krs. Leobschütz, 1887 Disziplinarsache 289/99 195
- Fiedler, Johann** (geb. 1846), Lehrer zu Satticken, Krs. Goldap, 1883 Disziplinarsache 159/95 163
- Finger, Johann Wilhelm**, KrsGerBote und Exekutor zu Posen, 1879 Disziplinarsache 10/91 45
- Fink, Hugo** (1845–1914), 1872 GerAss. Gräfenhainichen, 1874 Kreisrichter u. Übertritt zur Eisenbahnverw., 1880 RegAss. Danzig, 1881 RegR OPräsidium, 1888 ORegR Danzig, 1890 Köln 307/100 74
- Fink, Jacob Hansen** (geb. 1843), Lehrer u. Küster zu Spandet, Krs. Hadersleben, 1889 Disziplinarsache 352/101 37
- Fink, Otto** (geb. 1859), kath. Priester, Dr. theol., Pfarrer Strehlen, Kunsthistoriker u. Publizist, 1887 Dispensation 278/99 60
- Finkelnburg, Karl Maria** (1832–1896), 1853 Dr. med. Berlin, 1862 PD f. Psychiatrie u. Gerichtsmedizin Bonn, 1871 Generalarzt d. Landwehr, 1872 Prof. f. Hygiene Bonn, 1876 GehRegR Reichsgesundheitsamt, 1880–93 erneut Prof. Bonn 4/91 10
- Fischer, Antonius** (1840–1912), 1863 Priester Köln, 1864 Religionslehrer Essen, 1888 Domkapitular Köln, 1889 Weihbischof Köln u. Bischofskandidat Münster, 1903–12 Erzbischof Köln, 1904 MdH 372/101 286
- Fischer, August** (geb. 1846), Gefangenenaufseher zu Tremessen, 1883 Disziplinarsache 157/95 133
- Fischer, Franz** (1847–1904), Dr. jur., Rechtsanw., seit 1884 polit. Vertreter d. „Kölnischen Zeitung“ in Berlin mit i. d. R. guten Beziehungen zur Reichsleitung, zuletzt Titel GehJusR 270/98 331
- Fischer, Franz Adam** (geb. 1831), Gemeinde- u. Kirchenförster zu Blankenheim, Krs. Schleiden, 1889 Disziplinarsache 352/101 38
- Fischer, Friedrich** (gest. 1888), seit ca. 1862 Rechtsanw. Hannover, Vorstandsmitgl. Dt.-Hannov. Partei, führte 1880 eine Adresse an MdA Bruel an, deswegen angeklagt, aber von Ehrenrat wie AppGer. Celle freigesprochen, 1871–74 MdR (bkF, Welfe) 38/92 69v
- Fischer, Johann Joseph** (1830–1904), Advokatanw. LG Köln, 1880–91 Stadtverordneter Köln, 1880 Vors. Festkomité zur Vollendung des Doms, deswegen Roter AdlerO IV. Kl. 51/92 177
- Fischer, Karl** (geb. 1843), Gefangenenaufseher zu Berlin-Plötzensee, 1887 Disziplinarsache 293/99 228
- Fischer, Richard** (1855–1926), Schriftsetzer, 1873 Sozialdemokrat, Redakteur, 1879–88 Schriftsetzer des seit dem Sozialistengesetz in Zürich erscheinenden „Sozialdemokrat“, 1890–94 Mitgl. Parteivorstand SPD, 1902–22 Leitung d. Druckerei d. „Vorwärts“ in d. Fa. P. Singer u. Co., 1893–1918 MdR, 1919/20 Mitgl. dt. NatVers., 1920–26 MdR (SPD) 357/IV 141
- Fischgalla, Carl Christian Eduard** (geb. 1837), Steueraufseher zu Praust, Krs. Danziger Höhe, später Neu-Schönsee, Krs. Briesen, 1884 u. 1888 Disziplinarsache 206/96 263; 343/100 288
- Fitzner, Carl August** (geb. 1833), Bgm. zu Tirschtiegel, Krs. Meseritz, 1882 Disziplinarsache 141/94 381
- Fixson, Albert Heinrich** (geb. 1830), Gerichtsschreiber zu Stettin, 1888 Disziplinarsache 312/100 104
- Fleck, Ernst** (gest. 1884), Sohn des Generalauditeurs d. Armee, 1862 GerAss., 1865 Eisenbahnverw., RegAss. Direktion d. Main-Weser-Bahn, 1871 Eisenbahndir. u. Mitgl. GenDir. Elsaß-Lothr. Eisenbahnen, 1873 GehRegR Reichskanzleramt, 1877 Vors. Oberschles. Eisenbahndirektion Breslau, 1880 Präs. 33/92 47v, 60/92 248

**Flottwell, Adalbert** (1861: v.) (1829–1909), Sohn E. v. Flottwells, 1857 RegAss., 1861 LandR Meseritz, 1868 Landesdir. Waldeck-Pyrmont, 1872 KabMinr. Lippe, 1875 RegPräs. Marienwerder, 1880–83 BezPräs. Metz, danach bis 1902 Dir. Schles. Bodenkreditbank, 1866–68 MdA (KoP), 1878–81 MdR (DkP) 42/92 110v–111v, 43/92 116

**Flottwell, Eduard** (1861: v.) (1786–1865), 1812 AppGerR Königsberg u. RegR Gumbinnen, 1816 Mitarb. v. Schöns am OPräsidium Danzig, 1825 RegPräs. Marienwerder, 1830 OPräs. Posen, entfaltet Tätigkeit zur Integration Posens in den preuß. Staat, 1840 Sachsen, 1844 FinMinr., 1846 OPräs. Westfalen, 1850–62 Brandenburg, 1858/59 Minr.dI, 1848/49 Mitgl. dt. NatVers. (Café Milani, Casino), 1849/50 Mitgl. 1. Kammer, 1859 MdA (altlib.) 244/98 15v, 249/98 61v, 253/98 103

**Foerster, Bernhard** (1843–1889), Dr., 1870 ordentl. Lehrer am Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, Berlin, Mitbegr. d. antisemit. Deutschen Volksvereins, 1881 als Agitator für die von ihm mitverfaßte Petition zur Beschränkung der staatsbürgerlichen Rechte der Juden disziplinarisch mit Geldstrafe belangt, heiratete 1885 die Schwester F. Nietzsches, 1886 Auswanderung u. Gründung einer dt. Ansiedlung in Paraguay 83/93 128

**Förster, Heinrich** (1799–1881), 1825 Priester Breslau, 1828 Pfarrer Landeshut, 1837 Domkapitular Breslau, 1853 Fürstbischof Breslau, im Kulturkampf 1875 Übersiedlung nach Jauernig u. durch Gerichtshof f. kirchl. Angelegenheiten für abgesetzt erklärt, 1848 Mitgl. dt. NatVers. (bkF; rechtes Centrum) 92/93 188, 93/93 198

**Förster, Wilhelm** (1832–1921), 1854 Dr., 1863 Prof. d. Astronomie, 1865–1903 Dir. Berliner Sternwarte, 1888/89 Gründer Berliner „Urania“, Mitbegr. Verein zur Abwehr d. Antisemitismus, 1892 Mitbegründer Dt. Friedensges., 1886 KronenO II. Kl. 269/98 313

**Fontaine, Joachim Carl Martin**, Polizeisergeant zu Altona, 1879 Disziplinarsache 27/91 182

**Forch, Otto** (1830–1905), Dr. jur., 1856 GerAss. Naumburg/S., 1857 Kreisrichter Aschersleben, 1863 Weißenfels, 1866 AppGerR Hamm, 1869 KGR, 1870 Hilfsarb. MdI, 1872 GehRegR, 1876 GehORegR, 1879 Mitgl. AR Wilhelmsspende, Präs. Kuratorium Preuß. Rentenversicherungsanstalt, 1888 Wirkl. GehORegR, 1891 a. D. 11/91 57; 114/94 164; 340/100 248

**Forckenbeck, Max v.** (1821–1892), 1847 GerAss. Glogau, 1848 Vizepräs. demokratisch-konstitutioneller Verein Breslau, 1849 Rechtsanw. Mohrungen, 1859 Elbing, JusR, 1861 Mitbegr. DFP, führender liberaler Politiker, 1872 OB Breslau, 1878 OB Berlin, 1888 durch Friedrich III. Roter AdlerO II. Kl. mit Stern, 1890 Konflikt um Bestätigung als wiedergewählter OB Berlin, 1859–73 MdA (v. Vincke, Behrend, DFP, bkF; 1866–73 Präs. AH), 1873–78, 1879–92 MdH, 1867–92 MdR (NLP, bkF, LibVg, DFsP; 1874–79 Präs. RT) 330/100 186v, 341/100 275v

**Fornet, Walter** (1844–1923), 1874 LandR Oletzko, 1877 Preuß. Eylau, 1886 RegR Stade, 1889 VerwGerDir. Arnsberg, 1892 ORegR Arnsberg, 1896 Danzig, 1903–10 OVGR, 1882–88 MdA (DkP) 373/101 291v

**Forster, Johann** (1833–1900), 1865 RegAss., 1872 a. D. u. Oberbeamter d. provinzialständ. Verw. d. Rheinprovinz, 1874 Provinzialrat, 1877 Wiedereintritt als RegAss., 1878 RegR Magdeburg, 1884 Aachen, 1889 VerwGerDir. BezAusschuß Berlin, 1891 OVGR 373/101 292

**Fourmann, Friedrich** (geb. 1835), Schichtmeister auf Grube von der Heydt, Krs. Saarbrücken, 1881 Disziplinarsache 84/93 140

**Frach, Johann** (geb. 1844), Gefangenenwärter zu Namslau, 1889 Disziplinarsache 369/101 257

**Francke, Eduard** (1842–1917), Amtsrichter Berlin, AGerR, dann Dir. am LG Berlin I, GehJusR, 1887–1903 im Vorstand NLP, 1879–93 MdA (NLP), 1884–90 MdR 109/94 99v

**Franckenstein, Georg Frh. v.** (1825–1890), 1845 Güterverw., 1847 erbl. ReichsR der Krone Bayerns (1875–90 Präs.), führender Zentrumsolitiker u. (1879) Urheber der nach ihm benannten Klausel der Finanzverfassung, 1868–71, 1872–90 MdR (bkF, Zentrum, 1875–90 Fraktionsvors.; 1879–87 1. Vizepräs. RT) 50/92 174; 247/98 49; 396/102 146

**Francois, Adolph v.** (geb. 1846), 1876 GerAss., Kreisrichter Namslau, 1878 RegAss. Potsdam, 1884 RegR, Hilfsarb. Oberrechnungskammer, 1888 als ORegR Potsdam in Aussicht genommen,

aber 1889 ORechR Oberrechnungskammer, 1909 Dir., Vizepräs., 1914 a. D. u. Wirkl.GehR 338/100 226v

**Frank v. Fürstenwerth, Gustav Adolph Frh.** (1833–1893), 1862 RegAss., div. Verwendungen, zuletzt RegAss. Stettin, 1868 OAmtm. Hechingen, 1877 RegR Breslau, 1878 OPräsR Schleswig, 1881 ORegR, 1887–93 RegPräs. Sigmaringen 61/93 7v; 271/98 336

**Franken, Alwine** (geb. 1841), Lehrerin zu Sterkrade, 1885 Disziplinarsache 230/97 157

**Frankenberg, Friedrich (Fred) Graf v.** (1835–1897), 1856 Güterverw. Tillowitz/OS, freikons. Politiker, 1881 Mitgl. preuß. Volkswirtschaftsrat, 1884 MdStR, 1896 Wirkl.GehR, 1867–81 MdR, 1867–70 MdA (RFKP), 1885 MdH 214/97 16; 282/99 94, 99v

**Franz Joseph** (1830–1916), 1848 Kaiser von Österreich, König v. Ungarn 398/102 193

**Franz, Friedrich Wilhelm Julius** (geb. 1841), Grenzaufseher zu Liebenberg, Krs. Ortelsburg, 1888 Disziplinarsache 345/96 313

**Franz, Hermann Friedrich** (geb. 1839), RegSekt. zu Potsdam, 1888 Disziplinarsache 343/100 289

**Franzius, Ludwig Eberhard** (1829–1911), 1855 hannov. Amtsass., 1861 Klosteramtsass., 1868 RegR Stettin, 1877 VerwGerDir. Stralsund, 1879 Stettin, 1883 OVGR, 1885 RegPräs. Stade, 1888 a. D. u. Roter AdlerO II. Kl. 162/95 193v; 339/100 231

**Franzkowiak, Anton** (geb. 1849), Grenzaufseher zu Arnsdorf, Prov. Schlesien, 1887 Disziplinarsache 289/99 196

**Freise, Friedrich Wilhelm** (geb. 1842), Gerichtsdienner zu Saarbrücken, 1884 Disziplinarsache 204/96 239

**Frenken, Johann Wilhelm** (1809–1887), 1833 Priester Köln, 1834 Religionslehrer Aachen, 1838 Hilfsarb. Reg. Aachen, 1840 Reg.- u. SchulR Aachen, 1851 Domkapitular Köln, 1852–61 Rat im Generalvikariat Köln, Dr. theol. h. c., bei mehreren Streitfällen regierungsfreundlich, 1886 Kreuz d. Komthure d. HausO v. Hohenzollern 249/98 69v

**Frerichs, Friedrich Theodor** (1884: v.) (1819–1885), Dr. med., 1846 PD Univ. Göttingen, 1848 Prof., 1850 Prof. Univ. Kiel, 1852 Univ. Breslau, 1855 GehMedR, 1859 Prof. Univ. Berlin u. VortrR KuMinm., 1867 GehOMedR, 1883 Titel Wirkl.GehOMedR 143/95 6

**Freund, Theodor** (1830–1916), 1862 BergAss. Halle, 1866 Bergwerksdirektion Saarbrücken, 1872 Dir. Saline Schönebeck, 1873 BergR, 1877 GehBergR HandMinm., 1881 GehOBergR, 1891 Berghptm. u. Dir. OBergA Breslau, dann OBerghptm. u. MinDir. HandMinm., 1900 Wirkl.GehR u. a. D. 72/93 62

**Freusberg, Engelbert Adolf Friedrich** (geb. 1815), 1842 RegAss. Verw. d. indirekten Steuern, bei div. Provinzialsteuerektionen tätig, 1852 RegR, 1869 ORegR Provinzialsteuerektion f. Schleswig-Holstein, 1874 Dirigent d. Abt. f. d. indirekten Steuern d. Reg. Potsdam, 1876 Provinzialsteuerdir. Altona u. GehFinR, 1879 Provinzialsteuerdir. Köln, 1880 GehOFinR, 1890 a. D. u. Wirkl.GehOFinR 55/92 200; 394/102 115

**Freusberg, Friedrich** (1852–1916), Sohn d. Vorigen, 1883 GerAss., div. Funktionen als Hilfsrichter, 1886 zum LandR Olpe gewählt, GehRegR, Gutsbes. 266/98 245v

**Freystedt, Wilhelm August**, Konrektor zu Eberswalde, 1880 Disziplinarsache 38/92 77

**Freytag, Günther** (geb. 1838), 1862 GerAss., 1867 Kreisrichter Brieg, 1868/69 Hilfsarb. MdI u. Verwaltung des Landratsamts Schleusingen, 1869 RegAss. Königsberg, 1873 RegR, 1874 Posen, 1883 Hilfsarb. LandMinm., GehRegR, 1884 wegen Überschuldung a. D. 142/95 2v, 3

**Freytag, Philipp** (1840–1905), 1866 GerAss., 1872 StadtR Breslau, 1876 RegR Breslau, 1882 VerwGerDir. Danzig, 1887 OVGR, 1901 Titel Wirkl.GehORegR, 1903 Senatspräs. OVG 116/94 195; 288/99 175v

**Friedberg, Heinrich** (1888: v.) (1813–1895), Dr. jur., 1841 GerAss. KG, 1845 StAnw.-Gehilfe OZensurGer. Berlin, dann Hilfsarb. Justizverwaltungsministerium, 1848 2. StAnw. KG, 1850 OStAnw. AppGer. Greifswald, 1854 GehJusR JMinm., 1857 GehOJusR, 1872 Wirkl.GehOJusR, 1873 UStS JMinm., 1876 StS RJA, 29.10.1879–16.1.1889 JMinr., 1872 MdH 3/91, 5/91 14, 15v,

7/91 25v, 26v, 28, 8/91, 9/91 33f., 11/91 55v, 12/91 58v–59, 60, 13/91 62v–63, 24–27/91; 28–48/92, 49–60/92; 61–85/93, 88–97/93; 98–106/94, 107/94 70, 108–126/94, 127/94 274v, 275v, 276, 131–133/94, 135–141/94; 142–170/95, 172–174/95; 175–198/96, 201–202/96, 204–211/96; 212–226/97, 227/97 139, 228–232/97, 234–242/97; 243–273/98; 274–296/99; 297–307/100; 308/IV; 309–310/100, 311/100 91, 312–325/100, 327–330/100; 331/IV; 332/100; 333/IV; 334–336/100, 340–344/100; 345–348/96; 349–350/101, 351/101 12

**Friedenthal, Rudolf** (1827–1890), 1854 GerAss. Berlin, dann Verwaltung d. väterlichen Rittergüter in Oberschlesien, 1857–64 LandR Grottkau, 19.9.1874–13.7.1879 LandMinr., 1867 Mitgründer u. führendes Mitgl. RFKP, Fideikommißgründer u. Industriebeteiligungen, 1867–81 MdR (altlib., RFKP, bkF), 1870–79 MdA (RFKP; 1873–76 2. Vizepräs.), 1879 MdH 1–5/91, 7–15/91, 17/91 119, 22/91 138v; 74/93 68–68v, 92/93 192, 195; 258/98 175v

**Friederike** (1848–1926), Prinzessin v. Hannover, Tochter König Georgs V. v. Hannover, erhält seit 1879 eine jährliche Dotation aus dem Welfenfonds 11/91 56, 56v, 12/91 60v

**Friedheim, Otto** (1834–1916), 1860 GerAss., 1865 RegAss. Berlin, 1868 Marienwerder, 1871 RegR, 1874 Stettin, 1880 RegR PolPräsidium Berlin, 1883 ORegR u. Dirig. 1. Abt., ständiger Stellv. d. PolPräs., 1895 Charakter GehRegR, 1909 GehORegR, 1914 a. D. 169/95 267v

**Friedrich II., gen. d. Gr.** (1712–1786), 1740–86 König v. Preußen, etablierte Preußen als europ. Großmacht, Exponent d. Aufklärung 169/95 265v; 363/IV 164v; 394/102 105

**Friedrich III.** (1831–1888), 1861–88 Kronprinz v. Preußen, 1871–88 Kronprinz d. Dt. Reiches, 9.3.–15.6.1888 Dt. Kaiser u. König v. Preußen, 1872 Protektor d. Kgl. Museen, 1883 Protektor der dt. Hilfe für die Erdbeben-Opfer in Ischia, 1887 (ehrenhalber) Rektor Univ. Bonn 21/91 135v; 118/94 204; 143/95 6v, 144/95 16–16v, 161/95 186v; 189/96 101, 194/96 149v, 195/96 157, 196/96 159, 202/96 220v, 221, 203/96 234v, 205/96 249v, 250, 253; 212/97 9v, 218/97 48v; 256/98 156v, 257/98 163, 263/98 229v; 281/99 81v; 303/100 47–50, 304/100 53 f., 56, 306/100 62–64v, 65v, 66, 307/100 68–73; 308/IV; 309/100 75–78v, 310/100 83v, 87–87v, 89v, 90, 311/100 91, 313/100 113v–114v, 314/100 116–118, 315/100 119 f., 316/100 122, 123v, 317/100 131–131v, 132v, 133, 133v, 318/100 135, 319/100 148, 149, 320/100 152 f., 322/100 160v, 161, 162, 162v, 323/100 166, 324/100 169, 325/100 169, 169v, 326/100 173, 174v, 176 f., 327/100 179, 180, 181, 328/100 183; 331/IV 110, 111v–112, 333/IV 117v–119v, 121v, 123v, 126; 337/100 225v, 342/100 280; 353/101 61v, 373/101 290, 290v, 375/101 297v, 376/101 324, 379/101 340v, 341; 391/102 71

**Friedrich Karl** (1828–1885), Prinz v. Preußen, Neffe Wilhelms I., 1839 Militär, 1846–48 Universitätsstudien Bonn, 1860 kommand. Gen. III. AK, 1864, 1866, 1870/71 Armeeführer 227/97 139

**Friedrich Leopold** (1865–1931), Prinz v. Preußen, Sohn des Prinzen Friedrich Karl, 1875 Offizier, 1898 GenLtn., zuletzt Generaloberst u. ab 1907 Inspekteur d. 1. Armee-Inspektion 227/97 139v

**Friedrich Wilhelm I.** (1688–1740), 1713–40 König v. Preußen, gen. „Soldatenkönig“, verwirklichte Reformen in Verwaltung u. Militär, förderte Merkantilismus u. Einwanderung nach Preußen 281/99 81v

**Friedrich Wilhelm III.** (1770–1840), 1797 König v. Preußen 341/100 259

**Friedrich Wilhelm IV.** (1795–1861), 1840–61 König v. Preußen, seit 1857 regierungsunfähig, ab 1810 als Kronprinz Rektor d. Univ. Berlin 47/92 155v, 158; 92/93 191; 281/99 81v; 308/IV 94; 364/101 189; 394/102 99v, 398/102 190

**Friedrich, Wilhelm Richard** (1816–1898), 1845 GerAss. Naumburg/S., 1850 Kreisrichter Wittenberg, 1858 AppGerR Stettin, 1864 KGR, 1867 OTribunalR, 1872 MdStR, 1879 RGR, 1884–91 Senatspräs. RG, 1879 als Mitgl. Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte a. D. 21/91 123v

**Fritsch, Joseph Ernst** (1824–1897), 1854 GerAss., 1856 RegAss. in d. Verw. d. indirekten Steuern, 1865 RegR Provinzialsteuerektion Breslau, 1876 ORegR Provinzialsteuerektion Hannover, 1885 GehFinR, 1889 Provinzialsteuerdir. Posen, 1891 Titel GehOFinR 209/96 286v; 266/98 245, 262; 312/100 95; 349/101 1f

- Fritz, Gottfried**, Schutzmann zu Danzig, 1879 Disziplinarsache 26/91 165
- Fritzsche, Friedrich Wilhelm** (1825–1905), beteiligt an der Revolution 1848/49, bis 1865 Zigarrenarbeiter, 1863 Mitbegr. u. Vorstand d. ADAV, 1865–78 Geschäftsführer bzw. Vors. d. Dt. Tabakarbeitervereins, Redakteur sozialdemokrat. Zeitungen, führend in sächs. Sozialdemokratie u. Mitgl. Parteivorstand, während des Sozialistengesetzes verfolgt, 1881 nach USA emigriert, 186871, 1877–81 MdR (SPD) 5/91 18, 7/91 27v
- Fritzsche, Louis Albert**, Schutzmann zu Berlin, 1883 Pensionssache 159/95 159 f.
- Fröbe, Friedrich** (geb. 1827), Bgm. zu Fechenheim, Krs. Hanau, 1886 Disziplinarsache 255/98 126
- Fröhlich, Josef** (geb. 1843), Lehrer zu Münsterberg, 1885 Disziplinarsache 223/97 89
- Frohne, Friedrich**, Steueraufseher zu Nordhausen, 1879 Disziplinarsache 16/91 90
- Frölich, Hermann** (1834–1884), 1857 Dr. jur., 1864 RegAss. Münster, 1866 Hilfsarb. Hand-Minm., 1868 Mitgl. Eisenbahndirektion Elberfeld, 1872 Eisenbahndir., 1874 GehRegR Hand-Minm., 1877 GehORegR, 1879 Minm.öA, maßgeblich an den Verhandlungen zur Verstaatlichung div. Eisenbahnlinien beteiligt 15/91
- Fromholtz, Daniel Heinrich** (geb. 1835), Lokomotivführer zu Thorn, 1881 Disziplinarsache 84/93 141
- Frosch, Karl**, Dr., Oberlehrer am städt. Gymnasium zu Kattowitz, 1883 Disziplinarsache 165/95 213
- Frost, Karl** (geb. 1826), Lehrer zu Elisenau, Krs. Thorn, 1880 Disziplinarsache 46/92 139
- Fuchs, Karl** (1832–1893), 1859 GerAss. Breslau, 1862 StAnw.-Gehilfe Inowroclaw, 1863 Stadtger. Breslau, 1867 StAnw., 1871 Dr. jur. Göttingen, 1873 auch ao. Prof. Univ. Breslau, 1879 1. StAnw. LG Königsberg u. Hilfsarb. JMinm., 1880–93 OLGR Jena 45/92 126, 133
- Fuchs, Albert**, Kreisgerichtsbote u. Exekutor zu Falkenberg/OS, 1880 Disziplinarsache 29/92 15
- Fuchs, August** (geb. 1834), Erster Beigeordneter zu Fischeln, Krs. Krefeld, 1887 Disziplinarsache 284/99 126
- Fuchs, Friedrich Wilhelm Ferdinand** (geb. 1842), Grenzaufseher zu Miesionskowo, Krs. Strassburg/Westpr., 1889 Disziplinarsache 370/101 272
- Fuchs, Peter** (1829–1898), ab 1848 Steinmetzlehre, 1865 Dombildhauer Köln, schuf v. a. kirchl. Kunst im Rheinland, 1880 Titel Professor 50/92 174v
- Fuchs, Rudolph** (geb. 1831), KrsSekr. zu Gleiwitz, 1880 Disziplinarsache 38/92 78
- Fuisting, Bernhard** (1841–1908), 1868 GerAss., 1870 Kreisrichter Lüdinghausen, 1875 RegAss., 1877 Hilfsarb. FinMinm., 1878 RegR, 1881 GehFinR, 1886 GehOFinR, 1894–1908 Senatspräs. OVG, 1898 Wirkl. GehORegR 70/93 59, 84/93 137, 95/93 220, 224; 267/98 270; 359/101
- Funck, Johannes Paul (Hans) Frh. v.** (1851–1913), 1878 GerAss., 1879 RegAss. Köslin, 1882 im PolPräsidium Frankfurt/M., 1886 RegR Wiesbaden, 1887 PolDir. Aachen, 1890 Titel PolPräs., 1894 ORegR Hannover, 1908–11 RegPräs. Köslin 271/98 336; 394/102 116
- Funck, Richard** (1892: Frh.) v. (1841–1906), 1860 Offizier, 1887 Oberst, 1891 Direktor Militär-Ökonomie-Dept. im KrMinm. u. GenMaj., stellv. Bevollm. z. BundesR, 1894 Kdr. 14. Div. Düsseldorf, 1898 Gen. d. Inf., 1903 z. D. 28/92
- Funk, Karl Hermann** (geb. 1859), Schutzmann zu Wiesbaden, 1889 Disziplinarsache 379/101 354
- Funke, Bernhard**, kath. Priester zu Soest, 1888 Dispensation 340/100 248v
- Fürer, Georg** (geb. 1836), Kreistierarzt zu Hersfeld, 1880 Disziplinarsache 42/92 112, 45/92 129
- Fürstenberg (-Weitra), Friedrich Landgraf v.** (1813–1892), 1832 Domherr Olmütz, 1836 Priester, 1843 Propst Kollegiatkapitel St. Mauritius in Kremsier, 1849 Rückkehr nach Olmütz, 1853 Erzbischof Olmütz, 1879 Kardinal 140/94 368
- Gabriel, Peter**, kath. Priester zu Mecklinghausen, Krs. Olpe, 1888 Dispensation 345/96 310

- Gacek, Severin Roman** (geb. 1847), Gerichtsschreibergehilfe, Assistent zu Gostyn, 1881 Disziplinarsache 70/93 40
- Gadow (-Hugoldsdorf), Adolf v.** (1808–1893), Rittergutsbes., Kreisdeputierter, 1888 KronenO II. Kl. 344/100 292v
- Gadow** (gest. 1914/18), vor 1873 Intendanturrat VIII. AK Koblenz, dann beim Gardekorps Berlin, 1879 GehKrR KrMinm., Wirkl.GehKrR, 1886 Militärintendant X. AK Hannover, 1897 Abt.-Chef KrMinm. (Kassenabt.), 1904 a. D. u. Wirkl.GehR 10/91 38v
- Gaedtke, Ferdinand** (geb. 1826), Steuereinnahmer zu Briesen/Westpr., 1880 Disziplinarsache 59/92 233
- Gaide, Albert** (geb. 1856), Lehrer zu Klein-Peterwitz, Krs. Ratibor, 1886 Disziplinarsache 266/98 264
- Galanski, Paul**, Lehrer zu Karlubietz, Krs. Gr. Strehlitz, 1880 Disziplinarsache 59/92 234
- Galdert, Karl Joseph Robert**, KrsGerSekr. zu Senftenberg, 1879 Disziplinarsache 16/91 91
- Gallhof, August** (geb. 1852), Elementarlehrer zu Kregeldanz, Krs. Bochum, 1882 Disziplinarsache 125/94 248
- Gamp (-Massaunen), Karl** (1907: Frh. v.) (1846–1918), 1873 GerAss., 1874 Staatseisenbahnverw., 1877 Hilfsarb. Minm.öA, 1882 HandMinm., 1883 GehRegR, 1886 GehORegR, erwarb nach Heirat großen Rittergutsbesitz, Fideikommißstifter, 1894–1918 MdA (RFKP), 1884–1918 MdR (1907–18 Vors. RT-Fraktion RFKP) 145/95 18; 266/98 245
- Ganczarski**, Kreisgerichtsbüro-Assistent zu Ratibor, 1879 Disziplinarsache 16/91 92
- Gandert, Karl August Theodor** (geb. 1839), PolLtn. zu Berlin, 1886 Disziplinarsache 269/98 320
- Gandtner, Otto** (1822–1895), 1850 Gymnasiallehrer Greifswald, 1855 Oberlehrer, 1861 Gymnasialdir. Minden, 1871 ProvSchulR Berlin, 1876 GehRegR KuMinm., 1880 GehORegR, 1884 Kurator Univ. Bonn 211/96 306
- Gantzer, Johann Friedrich Wilhelm** (geb. 1811), Stadtsek. zu Brandenburg/H., 1882 Disziplinarsache 125/94 249
- Gatzke, Hermann Albert** (geb. 1841), Kämmerer-Kassen-Rendant zu Friedeberg/Nm., 1879 Disziplinarsache 10/91 46
- Gatzki, Emil**, Polizeidistriktskom. zu Schroda, 1880 Disziplinarsache 31/92 32
- Gaul, Mathias** (geb. 1815/16), Notar a. D., Schriftführer im Vorstand des Dombauvereins, 1880 deswegen Roter AdlerO IV. Kl. 50/92 174v
- Gauss, Friedrich Gustav** (1829–1915), 1849 Landmesser in Westfalen, 1858 Geh.Exped.Sekr. FinMinm., GehRechR, Vermessungsinspektor bei der Abt. zur Regelung d. Grundsteuer, 1872 Generalinspekteur des Katasters, 1875 Rang als GehORegR, 1892 Wirkl.GehOFinR, 1905 a. D. u. Wirkl.GehR 35/92; 166/95
- Gawlick**, Fußgendarm d. 11. Gendarmerie-Brigade, 1888 Pensionssache 312/100 94
- Gebhard, Albert** (1832–1907), 1854 Dr. jur. Heidelberg, 1856 bad. GerRef. Oberamt Emmendingen, 1860 Hilfsarb. bad. HandMinm., 1862 Finanzassessor Zolldirektion, 1864 KrsGerR Karlsruhe, 1868 MinR bad. JMinm., 1874 Mitgl. 1. Kommission zur Ausarbeitung d. BGB, deshalb 1889 Roter AdlerO II. Kl., 1890 Prof. jur. Freiburg, 1890 Mitgl. 2. Kommission zur Ausarbeitung d. BGB 358/101 105
- Gedack, Friedrich** (geb. 1847), Gerichtsdienner zu Wehlau, 1886 Disziplinarsache 255/98 127
- Gedike, Albert** (1828–1896), 1856 GerAss., BergR, 1866 OBERGR OBERGA Breslau, 1876 RegR bei der bischöfl. Vermögensverw. Münster, 1881 ORegR Marienwerder, 1886 VerwGerDir. Potsdam, 1890 ORegR Posen 259/98 199, 261/98 215
- Gehlich, Paul**, Schichtmeister zu Malapane/OS, 1879 Disziplinarsache 10/91 47
- Gehrmann, Gustav** (1888: v.) (1823–1892), 1849 GerAss., Garnisonauditeur Posen, 1856 RegAss. Stettin, 1860 RegR, 1867 Militärdepartementsrat für Holstein in Kiel, 1868 ORegR Schleswig, 1878 RegPräs. Osnabrück, 1887 a. D. u. Roter AdlerO II. Kl. 295/99 242



- Geier, Friedrich Ernst** (geb. 1855), Lehrer zu Rothkirch, Krs. Liegnitz, 1889 Disziplinarsache 370/101 273
- Geim** (gest. 1887), Rendant d. Generalstaatskasse, GehRechR, 1886 zum 50-j. Dienstjubiläum KronenO II. Kl., 1886 a. D. 257/98 163v
- Geisenheimer, Benno** (geb. 1841), GerAss., 1871 Beigeordneter Bromberg, 1873 Bgm. von Witten, 1877 Disziplinaruntersuchung und Strafverfahren wegen schwerer Ungehörigkeit, Vernachlässigung der Lokalpolizeiverwaltung v. a. im Rahmen alter Wittener Bauskandale u. Beteiligung an geplanter Zeitungsgründung mit ultramontan-sozialdemokratischer Tendenz, suspendiert, 1882 vom StMinm. zur Dienstentlassung verurteilt 129/94 283v, 287
- Geldern, Heinrich Ludwig v.** (1834–1892), 1858 RegRef. Magdeburg, 1864 RegAss. Oppeln, 1865 Frankfurt/O., 1867 LandR Stuhm, 1872 LandR Saarbrücken, 1883 ORegR Trier 143/95 6
- Geldmacher, Friedrich** (geb. 1846), Gerichtsvollzieher zu Jesberg, Krs. Fritzlar, 1886 Disziplinarsache 271/98 339
- Gemmel, Jakob** (geb. 1847), Lehrer zu Bausendorf, Krs. Wittlich, 1883 Disziplinarsache 157/95 134
- Genz, Alexander Dietrich Ernst** (geb. 1835), 1862 GerAss., 1872 Intendanturassessor Militärverwaltung, 1872 Intendanturrat beim III. AK Berlin, 1879 GehKrR KrMinm., 1885 Wirkl. GehKrR, 1886 Militärintendant XIV. AK Karlsruhe 10/91 38v
- Georg** (1839–1890), 1869–90 reg. Fürst v. Schwarzburg-Rudolstadt 351/101 14
- Georg V.** (1819–1878), 1851 Kg. v. Hannover, 1866 entthront 11/91 56, 56v; 105/94 64; 222/97 80
- Georg Victor** (1831–1893), Fürst v. Waldeck u. Pyrmont, 1845 unter Vormundschaft Regent, 1852 reg. Fürst, preuß. Gen. d. Inf., schließt 1867 mit Preußen sog. Akzessionsvertrag, beschwert sich 1886 bei Bismarck über finanzielle Nachteile und Verletzung des Anstands durch Preußen 270/98 327, 327v
- Gerber, Heinrich Hermann Christian** (geb. 1847), Revisionsaufseher zu Neustadt i. H., 1880 Disziplinarsache 38/92 79
- Gerhardt, Carl** (1833–1902), Dr. med. Würzburg, 1862 Prof. Jena, 1872 Würzburg, 1885 Berlin, Dir. d. mediz. Klinik d. Charité, diagnostizierte 1887 Krebs bei Friedrich III., 1888 deshalb Roter AdlerO II. Kl. 334/100 206v
- Gerhold, Heinrich** (geb. 1850), Gerichtsschreiber zu Elberfeld, 1882 Disziplinarsache 108/94 84
- Gericke, Emil Karl Julius** (geb. 1844), Steueraufseher zu Seelow, Krs. Lebus, 1888 Disziplinarsache 300/100 20
- Gerlach (-Rohrbeck), Friedrich v.** (1828–1891), Dr. jur., 1856 GerAss. Magdeburg, 1858 RegAss. Stettin, 1859 Reg. Münster, 1862 Hilfsarb. HandMinm., 1864–84 LandR Oschersleben, 1884–89 OPräsR Danzig 175/96 1v
- Gerlach, Georg Friedrich Oskar**, 1872 GerAss. KG, dann Preuß. Stargard, 1873 RegAss. Ostbahndirektion Bromberg, 1878 Mitgl. Eisenbahndirektion Posen, 1879 Bromberg, 1882 Mitgl. Eisenbahndirektion Köln, 1882 ebd. RegR, 1886 Hilfsarb., 1887 GehRegR Minm.öA, 1891 GehORegR, 1898 auch Mitgl. Disziplinarhof f. nicht richterliche Beamte, 1901 Wirkl. GehORegR u. a. D. 279/99 61v, 63; 312/100 96 f., 99, 330/100 187 f., 336/100 223; 360/101 139, 379/101 350; 386/102 31, 35 f.
- Gerlach, Hermann** (1834–1886), Dr. theol., 1857 Priester, 1859 Prof. Priesterseminar Paderborn, 1869 Domherr u. GenVikar Limburg, 1885 Bischofskandidat Limburg 215/97 26v
- Germar, Christian** (1837–1911), holst. Jurist, 1863 Assistent d. Holsteinischen Reg. in Kiel, 1864 Gerichtshalter Wandsbek, 1866 Bürochef d. Landesreg. in Kiel, 1868 preuß. RegAss. Frankfurt/O., 1872 Hilfsarb. FinMinm., 1874 RegR, 1875 GehFinR, 1879 GehOFinR, 1897 Wirkl. GehOFinR, 1901 MinDir. (Abt. f. Etat- u. Kassenwesen), 1906 a. D. u. Wirkl. GehR 24/91 142; 83/93 123

- Gersdorf (-Cosel), Wolf Emil v.** (1817–1885), Rittergutsbes., 1837–41 Militär, Ltn., zuletzt Maj. d. Res., 1862–84 LandR Rothenburg/OL, Landschaftsdir. Görlitzer Fürstentumslandschaft, 1884 KronenO II. Kl. nicht verliehen, da bei den RT-Wahlen in seinem Kreis der liberale Kandidat gewählt wurde, 1885 a. D. *211/96* 307v
- Gersdorf, Hermann** (1888: **Frh.**) v. (1828–1892), Rittm. a. D., Fideikommißbes. zu Bauchwitz *316/100* 122v
- Gerste, Heinrich Christoph** (geb. 1838), Grenzaufseher zu Lühe, Krs. Jork, 1888 Disziplinarsache *330/100* 191
- Geschke, Julius** (geb. 1836), Gerichtsschreibergehilfe zu Bischofsburg, 1882 Disziplinarsache *108/94* 85
- Gewehr, Johann Nikolaus** (geb. 1841), Lehrer zu Busenhausen, Krs. Altenkirchen, 1885 Disziplinarsache *238/97* 233
- Giersberg, Ludwig** (1824–1883), 1847 Bauführer, 1852 Baumeister, 1856 Kreisbaumeister Cleve, 1861 Bauinspektor Trier, 1865 OBauinspektor Danzig, 1867 Reg- u. BauR Ministerial-, Militär- u. Baukomm. Berlin, 1869 GehBauR HandMinm., 1875 GehOBauR, 1879 Minm.öA, Mitgl. Akad. d. Bauwesens *32/92* 45v
- Giese, Franz** (geb. 1846), Dr., Lehrer am Gymnasium zu Paderborn, 1882 Disziplinarsache *114/94* 176
- Giese, Joseph** (1827–1894), 1850 Priester Münster, 1852 Dr. theol., 1855 Domvikar, 1856 Subregens Priesterseminar, 1867 Domkapitular u. Geistl.R, Vertreter des Ultramontanismus, 1871 GenVikar, während der Abwesenheit Bischof Brinkmanns 1875–84 faktisch Leiter der Diözese, 1889 Kapitularvikar, aber durch Regierung von der Bischofskandidaten-Liste gestrichen *182/96* 68v; *361/101* 159, *372/101* 286
- Gieseler, August** (geb. 1843), Gerichtsvollzieher zu Halberstadt, 1887 Disziplinarsache *295/99* 247
- Girth, Karl** (1835–nach 1918), 1861 GerAss., 1863 RegAss. Verw. d. indirekten Steuern, 1867 Oberzollinspektor Kaldenkirchen, 1869 Provinzialsteuerektion Breslau, 1872 RegR, Hilfsarb. FinMinm., 1873 GehFinR, 1877 GehOFinR, 1882 Provinzialsteuerdir. Westpreußen in Danzig, 1889 Provinzialsteuerdir. Sachsen in Magdeburg u. Zolldir. f. d. Hzgtm. Anhalt, 1895 Wirkl.GehOFinR, 1908 a. D. u. Wirkl.GehR *31/92* 27, 28, *37/92* 66; *84/93* 137; *382/102* 11
- Glanz, Karl** (geb. 1850), Magistratsbotenmeister u. Rathauskastellan zu Bromberg, 1889 Disziplinarsache *379/101* 355
- Glasshoff, Karl**, Hafflotse zu Pillau, 1879 Disziplinarsache *26/91* 166
- Glatzel, Albert** (1833–1896), 1859 GerAss., Generalkomm. Breslau, Spezialkom. Kreuzburg/OS, 1866 RegR Generalkomm. Breslau, 1875 Hilfsarb. LandMinm., 1876 GehRegR, 1880 GehORegR, 1881 Präs. Oberlandeskulturger., 1882 stellv. Vors. Prüfungskomm. f. höhere Verwaltungsbeamte, 1884 MdStR, Wirkl.GehORegR, 1895 MdH *37/92* 66, *43/92* 115v
- Gleich, Hermann** (1815–1900), 1838 Priester Breslau, 1842 Pfarrer Tillowitz/OS, 1849 Erzpriester u. Kreisschulinspektor, 1851 Pfarrer Oppeln, 1862 Domkapitular Breslau, 1875 Weihbischof, 1881 Kapitularvikar u. Kandidat als Fürstbischof, 1882–95 GenVikar *93/93* 198v, *95/93* 223–223v; *274/99* 2v
- Gleim, Wilhelm** (geb. 1833), 1860 kurhess. GerAss., 1867 Amtsrichter, 1869 OGerR, 1872 zur Eisenbahnverw., RegR, Mitgl. d. Direktion d. oberschles. Bahn Breslau, Vors. Eisenbahnkomm. Breslau, 1875 Hilfsarb., dann GehRegR HandMinm., 1879 GehORegR, 1879 Minm.öA, 1895 a. D. *4/91* 10v; *107/94*, *125/94*; *158/95* 154; *178/96* 43–45v
- Gloede, Heinrich** (geb. 1838), Förster zu Camitz, Krs. Franzburg *197/96* 168
- Glogau, Eduard** (um 1815–1877), Jurist, um 1850 Intendanturrat VII. AK Münster, ca. 1858 GehKrR KrMinm., 1862 Wirkl.GehKrR, zuletzt Abt.-Chef KrMinm., 1877 Stern zum KronenO II. Kl., obwohl nur Rat II. Kl. *174/95* 304v

- Glumb, Joseph** (geb. 1834), Lehrer zu Oberjastrzemb (Krs. Rybnik), 1880 Disziplinarsache 59/92 235
- Gneist, Rudolf** (1888: v.) (1816–1895), 1839 Dr. jur., 1841 GerAss., 1845–95 Prof. jur. Berlin, bedeutender Verfassungs- und Verwaltungsrechtler, 1872 Mitgr. u. Vors. Verein für Sozialpolitik, mehrfach Vors. Dt. Juristentag, 1875–95 OVGR, Stadtverordneter, 1875 MdStR, 1884 StadtR Berlin, Pour le mérite Friedensklasse, 1886 Wirkl.GehOJusR, 1895 Wirkl.GehR, 1859–93 MdA (Vincke, Linkes Centrum, NLP), 1867–84 MdR 263/98 229
- Göbell, Wilhelm** (1842–1899), 1868 GerAss. Kassel, StAnw.-Gehilfe Kassel, 1875 RegAss. Frankfurt/O., 1878 RegR, 1884 Kassel, 1889 VerwGerDir. Lüneburg, 1894–99 Kassel 360/101 137
- Göcke, Wilhelm** (geb. 1844), Dr., Rektor zu Malmedy, 1882 Disziplinarsache 125/94 250
- Gödecker, Ernst** (geb. 1835), Dr., Oberlehrer zu Göttingen, 1887 Disziplinarsache 284/99 127
- Godlewski, Ferdinand** (geb. 1831), Gefangenenaufseher zu Inowroclaw, 1885 Disziplinarsache 223/97 90
- Goedecke, Karl** (geb. 1838), 1868 RegAss. Wiesbaden, 1869 Amtm. Hachenberg, 1871 RegAss. Trier, 1875 RegR, 1883/84 Landesrat Provinzialverw. Rheinprovinz, 1884 RegR Magdeburg, Wiesbaden, Aachen, 1889 ORegR Aachen, 1892 a. D. 373/101 291v
- Goell, Carl** (geb. 1834), Elementarlehrer zu Kuznica-Skakawa, Krs. Schildberg, 1882 Disziplinarsache 125/94 251
- Goellner, Franz** (geb. 1830), Gerichtsschreiber, Sekr. zu Wittstock, 1881 Disziplinarsache 93/93 204
- Goerte, Christian Friedrich** (geb. 1831), Steuerkontrolleur zu Warendorf, 1881 Disziplinarsache 70/93 41
- Goeschel, Friedrich** (geb. 1829), 1856 RegRef. Erfurt, 1859 RegAss. Magdeburg, dann Gumbinnen, Erfurt, Stade, Bromberg u. Aachen, 1868 RegR, 1881 ORegR Breslau, 1885 ORegR Potsdam, 1889 a. D. 226/97 105; 360/101 136v
- Golaczewski, Narziß** (geb. 1839), Lehrer zu Radamno, Krs. Löbau, 1882 Disziplinarsache 141/94 382
- Goldapp, Friedrich Wilhelm** (geb. 1852), Grenzaufseher zu Schwiddern, RegBez. Gumbinnen, 1885 Disziplinarsache 236/97 206
- Goldbeck, George Christoph Alwin v.** (1834–nach 1911), 1865 RegAss., div. Verwendungen, 1874 RegR Finanzdirektion Hannover, 1883 ORegR Merseburg, 1886 GehRegR Minm. d. Kgl. Hauses, GehORegR, 1899 a. D. 162/95 193v
- Goldmann, Robert Werner** (geb. 1848), Gemeindeförster zu Buchholz, Krs. St. Goar, 1889 Disziplinarsache 360/101 143
- Goltz, Friedrich** (1824–1888), 1852 GerAss., Richter, 1862 StAnw. Stadtger. Berlin, 1867 RegR PolPräs. Berlin, 1877 Hilfsarb. HandMinm., GehRegR, 1879 GehRegR Minm.öA, 1881 GehORegR, zuletzt auch Mitgl. Gerichtshof zur Entscheidung d. Kompetenzkonflikte 72/93 62, 75/93; 268/98 293–296v, 299–299v; 323/100 166
- Goltz, Hermann Frh. v. d.** (1835–1906), ev. Theologe, 1861 Gesandtschaftsprediger Rom, 1865 Prof. in Basel, 1873 Bonn, 1876 Prof. Berlin u. Mitgl. Ev. OKirchenR, 1882 OKonsR, 1892 Vizepräs. Ev. OKirchenR u. Wirkl.OKonsR 107/94 70
- Gonski, Nikolaus** (geb. 1842), Gerichtsschreiber, Sekr. zu Inowroclaw, 1883 Disziplinarsache 159/95 164
- Göppert, Heinrich** (1838–1882), Dr. jur., 1863 GerAss. Breslau, 1865 Prof. Breslau, 1873 Hilfsarb. KuMinm., 1874 GehRegR, 1879 GehORegR 12/91; 130/94 297
- Görner, Theodor August** (geb. 1857), Grenzaufseher zu Emmerich, 1889 Disziplinarsache 352/101 39
- Goßler, Gustav v.** (1838–1902), 1864 GerAss. Insterburg, 1865–74 LandR Darkehmen, 1874 Hilfsarb. MdI, 1878 OVGR, 1879 UStS KuMinm., 17.6.1881–12.3.1891 KuMinr., sollte 1891 OPräs. Ostpreußen werden, wird aber auf Wunsch Wilhelms II. OPräs. Westpreußen, 1902 a. D.,

1877–84 MdR (DkP; 1881 Präs. d. RT) 10/91 38v; 46–47/92, 51/92 177, 178v, 53/92; 81/93 111, 82–83/93, 84/93 137, 88–97/93; 98–126/94, 129–130/94, 132–141/94; 142–160/95, 162/95 189v, 190, 193, 163/95, 165–167/95, 169–174/95; 176–187/96, 189–191/96, 193–200/96, 201/96 210, 202/96 219, 203–211/96; 214–223/97, 226–232/97, 234–240/97, 242/97; 243–254/98, 256–260/98, 261/98 211, 213, 263/98, 267–273/98; 274–287/99, 289/99, 292–296/99; 297–307/100; 308/IV; 309–312/100, 314–317/100, 319–323/100, 325/100 169v, 326–330/100; 331/IV; 332/100; 333/IV; 334/100, 336/100, 339/100 230v, 340–344/100; 345–348/96; 349–353/101, 356/101; 357/IV; 358–362/101; 363/IV; 364/101, 367/101; 368/IV; 369/101, 371–372/101, 373/101 290, 290v, 291, 375–376/101, 378–379/101, 381/101; 382–387/102; 388/IV; 389–399/102

**Gothan, Franz Gustav** (geb. 1821), 1. Gerichtsschreiber beim LG Berlin I, Kanzleirat, 1887 Disziplinarsache 279/99 67

**Gottesleben, Franz Heinrich Otto** (geb. 1844), PolLtn. zu Berlin, 1883 Disziplinarsache 159/95 165

**Gottfried, August** (geb. 1859), Lehrer zu Kreisau, Krs. Schweidnitz, 1886 Disziplinarsache 268/98 304

**Gottschalk, Wilhelm August Ferdinand** (geb. 1829), Förster zu Düsterort, Krs. Ückermünde, 1885 Disziplinarsache 226/97 123

**Gottschild, Johann Karl** (geb. 1828), Zolleinnehmer zu Roben, Krs. Leobschütz, 1888 Disziplinarsache 300/100 21

**Götze, Paul v.** (1843–1900), 1871 GerAss., 1873 Kreisrichter Oppeln, 1880 Landrichter Beuthen, 1881 RegAss., 1882 RegR Bromberg, 1884 Reg- u. OPräsR Posen, 1887 ORegR Posen, 1890 Breslau, 1893–95 OVGR 295/99 242; 386/102 31v

**Graaf, Herrmann (v.)** (gest. 2.3.1891), 1839 GerAss., Spezialkom. Frankfurt/O., 1843 RegAss. Frankfurt/O., dann Marienwerder, 1847 RegR, 1853 Sigmaringen, 1863/64 vertretungsweise RegPräs. Sigmaringen, 1864 ORegR Bromberg, 1874 RegPräs. Sigmaringen, 1886 a. D. u. Wirkl.GehORegR 165/95 206v; 271/98 336; 283/99 118

**Grabowski, Friedrich Karl** (geb. 1832), Gerichtsdienst in Thorn, 1888 Disziplinarsache 344/100 295

**Grandke, Otto** (1835–1901), 1867 RegAss. Gumbinnen, dann Posen, 1872 Hilfsarb. FinMinm., 1874 GehFinR, 1879 GehOFinR, 1892 Wirkl.GehOFinR, 1899 MinDir., 1897 Wirkl.GehR 24/91 142; 52/92; 143/95, 170/95 270v; 193/96 142v–144

**Graß (-Klanin), Leo** (1840: v.) (1832–1917), Jurist, 1857 RegRef. Merseburg, 1858 a. D. u. erfolgreicher Rittergutsbes., mehrere landwirt. Schriften, u.a. zur Branntweinbesteuerung u. zum Kornhaus-Bau, 1891–1910 Vors. ProvLT Westpreußen, seit 1896 Präs. d. Vereins d. Spiritusfabrikanten in Dtl., 1907 Wirkl.GehR, 1891 MdH 281/99 77

**Gravenstein**, Meliorations-Bauinspektor f. d. Rheinprovinz in Düsseldorf, Titel BauR, ca. 1890 a. D. 143/95 8v

**Grawert** (gest. 1900), Kreisrichter Schwerte, vor 1873 StAnw., 1879 1. StAnw. LG Münster, 1889 LG Marburg, GehJusR 176/96 5v

**Greger, Ludwig** (geb. 1838), Gerichtsschreiber zu Inowroclaw, 1885 Disziplinarsache 223/97 90

**Gregor, August Albert** (geb. 1839), Fußgendarmerie d. 10. Gendarmerie-Brigade zu Goslar, 1887 Disziplinarsache 295/99 233, 244

**Greiff, Julius** (1818–1894), 1841 RegRef. Danzig, 1845 RegAss., 1846 Spezialkom. Sprottau, 1854 RegR Generalkomm. Breslau, 1861 Hilfsarb. LandMinm., 1864 GehRegR, 1868 GehORegR LandMinm., 1873 MinDir. KuMinm. (Unterrichtsabt.), 1884 Wirkl.GehR, 1889 a. D. u. Roter Adler O I. Kl., 1873–79 MdA (bkF, NLP) 372/101 288, 379/101 338v

**Grein, Otto Karl Anton** (1834–1893), 1860 GerAss., 1862 landwirtschaftliche Verwaltung, 1865 RegAss. u. Spezialkom. Generalkomm. Berlin, 1871 Spezialkom. u. RegR Generalkomm. Kassel, 1878 Hilfsarb. beim Revisionskollegium (Oberlandeskulturger.), 1880 Geh. Revisionsrat (Ober-

- landeskulturgerichtsrat), 1886 Präs. Generalkomm. Düsseldorf, 1889 Rang d. Räte II. Kl. 28/92 2; 371/101 282
- Greiser, Stefan** (geb. 1833), Lehrer zu Buchwerder, Krs. Czarnikau, 1884 Disziplinarsache 180/96 57
- Grimm, Carl** (1826–1893), Dr. jur., 1851 OGerAnw. Marburg, JusR, 1871–74, 1883–87 MdR (KoP, DkP), 1879–88 MdA (DkP) 28/92 2v
- Grimm, Ferdinand** (1806–1895), 1834 LGR Cleve, 1841 AppGerR AppGer. bzw. Rhein. AppGerHof Köln, 1848/49 Mitgl. Handelsgesetzgebungs-Komm. im RJMinm., 1849 GehJusR preuß. JMinm., 1852 GenStAnw. am OTribunal, 1854 MdStR, 1860 Wirkl.GehORegR u. MinDir., 1866 Vizepräs. OTribunal, 1875 Wirkl.GehR, 1879 als Mitgl. Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte a. D., 1860 MdH 21/91 123v
- Grimm, Heinrich** (1804–1884), Arzt, 1826 Kompagniechirurgus Berlin, 1831 Stabsarzt, 1840 Leibarzt Friedrich Wilhelms IV., 1844 Generalarzt, 1851 1. GenStabsarzt u. Chef d. Militärmedizinalwesens im KrMinm., als GehOMedR zudem VortrR im KuMinm. (Medizinalabt.), 1861 Leibarzt Wilhelms I., 1873 Charakter als GenLtn., 1879 a. D. 379/101 347v
- Grisebach, Rudolf** (1838–1910), 1866 GerAss. Berlin, 1866/67 Hilfsarb. HandMinm., 1867 Konsistorium Brandenburg, RegAss., 1872 KonsR Hannover, 1882 ORegR Posen, 1883 Frankfurt/O., 1886–89 RegVizepräs. Schleswig, dann Kammerpräs. d. Fürsten Stolberg-Wernigerode 102/94 44v; 266/98 245v; 369/101 246
- Groebenschütz, Paul** (1839–1917), 1865 RegAss., 1875 RegR Frankfurt/O., 1887 ORegR Stade, 1890 Oppeln, 1891 Liegnitz, 1894 OVGR, 1908 a. D. 289/99 190
- Groeneveld, Hendrik Lieberecht Johann**, Steueraufseher zu Nordhausen, 1889 Disziplinarsache 375/101 307
- Grolmann, Ernst v.** (1832–1904), 1849 Armee, 1859 OLtn., 1867 Maj. i. G., 1871 Abt.-Chef KrMinm., 1874 Oberst, 1880 GenMaj. u. Kdr. 55. Inf.-Brigade Karlsruhe, 1883 Dir. Dept. f. d. Invalidenwesen im KrMinm., 1885 GenLtn., 1889 z. D. u. Invalidenhaus Berlin, 1890 Charakter Gen. d. Inf. 201/96 209
- Grönke, Gottfried Ferdinand** (geb. 1843), Lehrer in Schidlitz, Krs. Berent, 1882 Disziplinarsache 127/94 278
- Große**, 1881–89 Bgm. von Lützen, lädt 1882 zu einer Gustav-Adolph-Feier ein 126/94 265
- Grosse, Karl Wilhelm** (geb. 1841), Salzsteuer-Einnehmer auf Salzwerk Ludwig II bei Staßfurt, 1888 Disziplinarsache 344/100 296
- Gruben, Ludwig Ferdinand v.** (geb. 1827), Lehrer und Küster zu Kuhstedt, Krs. Bremervörde, 1885 Disziplinarsache 239/97 245
- Gruben, Otto v.** (1837–1897), 1863 Amtsauditor Lüneburg, 1868 Amtsass. Himmelspforten, 1870 RegAss. Hildesheim, 1873 Bromberg, 1879 RegR, 1885 ORegR Bromberg, 1895 Stralsund 226/97 105
- Grumbrecht, August** (1811–1883), Jurist, 1855 Bgm. Harburg, OB-Titel, Dt. Volkswirtschaftlicher Kongreß (Ausschußmitgl.), Mitbegr. Dt. Nationalverein, führender Nationalliberaler Hannovers, zeitw. Mitgl. im Zentralvorstand d. NLP, 1848/49 Mitgl. dt. NatVers. (Württembergischer Hof), 1850–52, 1864–66 Mitgl. 2. Kammer Hannover, 1867–78 MdR, 1867–70, 1879–82 MdA (NLP) 107/94 75
- Grün, Anton** (geb. 1829), Gefangenenaufseher u. Kastellan zu Loslau, Krs. Rybnik, 1887 Disziplinarsache 284/99 128
- Grünastel**, kath. Staatspfarrer in Cosel, 1884 in kirchlich-staatlichem Einvernehmen emeritiert 191/96 113
- Grund**, Unternehmer, der 1888 Niederlegung d. Berliner Schloßfreiheit für Bau d. Nationaldenkmals für Wilhelm I. anbietet 341/100 275v
- Gründel, Benno** (geb. 1844), Stadtförster zu Finsterwalde, 1884 Disziplinarsache 204/96 240

- Grundmann, Paul** (1843–1898), 1873 GerAss., Kreisrichter Beuthen/OS, 1875 RegAss. Oppeln, 1878 LandR Kattowitz, 1883 RegR PolPräsidium Berlin, 1889 ORegR Oppeln, nach Krankheit 1893 RegR Erfurt (unter Belassung des Rangs u. d. Zulage als ORegR) 373/101 291v
- Grunowski, Johann Rudolf Emil** (geb. 1844), Gerichtsvollzieher zu Köln, 1887 Disziplinarsache 289/99 197
- Gruscha, Anton Joseph** (1820–1911), 1843 Priester Wien, 1848 in der Revolution aktiv, 1849 Dr. theol., 1851 Prof. f. Theologie am Gymnasium Theresianum Wien, 1855 Domprediger, kath. Sozialpolitiker, 1862 Prof. Univ. Wien, 1878 Feldvikar d. österr. Armee, 1890 Fürstbischof v. Wien, 1891 Kardinal, 1881 Kandidat als Fürstbischof Breslau 95/93 223v
- Gruschwitz, Paul Alexander** (1819–1888), 1847 Übernahme d. väterl. Textilfabrik in Neusalz/O, 1886 Kommerzienrat, 1886–88 MdA (DkP) 266/98 245
- Gruson, Hermann** (1821–1895), 1840–45 Maschinenbauer bei Borsig, Arbeit als Ingenieur, 1855 Begründung einer Werft u. Maschinenfabrik in Buckau/Elbe, auch Eisengießerei u. Panzerplattenbau, 1893 Fusion mit Fa. Krupp, Geh. Kommerzienrat, 1889 KronenO II. Kl. 360/101 137
- Grütering, Heinrich** (1834–1901), 1869 Kreisrichter Dinslaken, dann Wesel, Amtsrichter Essen, Richter am LG Kleve, 1879 LGR, 1877–83 MdR, 1875–83, 1894–98 MdA (Zentrum) 22/91 138
- Grzeski, Michael** (geb. 1833), Steueraufseher zu Berlin, 1881 Disziplinarsache 91/93 178
- Gumbinner, Moritz** (1829–1900), Dr. phil, Berliner Korrespondent d. „Kölnischen Zeitung“, 1862 Mitbegr. d. Vereins d. Berliner Presse, 1880 Untersuchung wegen Weitergabe von Drucksachen des Bundesrats, 1889 aus Geheimhaltungsgründen Zutritt zu amtlichen Lokalen verwehrt 359/101 135v
- Gumowski, Peter** (geb. 1850), Lehrer zu Leibitsch, Krs. Thorn, 1884 Disziplinarsache 192/96 134
- Günther, Ferdinand** (geb. 1835), Lehrer zu Loope, Krs. Wipperfürth, 1884 Disziplinarsache 184/96 86
- Günther, William** (1881: v.) (1815–1892), 1843 Hilfsarb. Reg. Magdeburg, 1849 RegR Stettin, 1854 GehFinR und Mitgl. Generaldirektorium d. Seehandlung, 1859 GehOFinR, 1863 MinDir. FinMinm. u. Wirkl.GehOFinR, 1867 Bevollm. z. BundesR, 1870 Präs. Seehandlung, 1873–86 OPräs. Posen, 1886 Kreuz d. Großkomthure des HausO v. Hohenzollern, von Bismarck zum Rücktritt gedrängt, 1875 Wirkl.GehR, 1872 MdH 101/94 39v, 110/94 106 f., 121/94 212v, 126/94 265v, 127/94 271; 156/95 110v, 162/95 194, 174/95 307v; 206/96 257, 209/96 281; 247/98 47v, 255/98 117, 260/98 204, 261/98 214v
- Gurski, Alexis** (geb. 1838), Gerichtsschreiber, Sekr. zu Gollub, Krs. Briesen, 1881 Disziplinarsache 70/93 42
- Guse, Carl** (1828–nach 1908), 1849 reitendes Feldjägerkorps, 1856 forstliche Staatsprüfung, 1860 a. D. zu einer privaten Forstverw. in Rußland, 1864 OFörster Födersdorf, 1868 Forstinspektor Johannisburg u. Forstmeister, 1872 Gumbinnen, 1873 Trier, 1874 Reg.- u. ForstR, 1877 Breslau, 1880 OForstmeister Oppeln, 1885 Kassel, 1890 Frankfurt/O., 1902 a. D. 60/92 248
- Gustav Adolph II.** (1594–1632), 1611 König v. Schweden, intervenierte im Dreissigjährigen Krieg, starb infolge der Schlacht bei Lützen 1632 126/94 265
- Gustavus, Ferdinand Adolf**, Grenzaufseher zu Peterwitz, RegBez. Breslau, 1879 Disziplinarsache 26/91 167
- Gutjahr, Carl** (geb. 1836), Amtm. zu Voerde, Krs. Hagen, 1886 Disziplinarsache 272/98 347
- Gutjahr, Oscar** (geb. 1854), Steuereinnehmer zu Lennep, 1884 Disziplinarsache 198/96 185
- Gutsch** (geb. 1828), 1856 GerAss., 1857 RegAss. Verw. d. indirekten Steuern, 1866 RegR, 1878 Reichsbevollm. f. Steuern u. Zölle München, GehRegR, 1883 ORegR Provinzialsteuerektion Danzig, 1885 Hannover, 1893 a. D. 145/95 18
- Guzinski, Johann** (geb. 1853), Lehrer zu Schöndorf, Krs. Bromberg, 1889 Disziplinarsache 369/101 258

- Haack, Friedrich Wilhelm** (geb. 1850), Gerichtsschreibergehilfe zu Husum, 1883 Disziplinarsache 147/95 61
- Haack, Rudolf Otto Eduard**, Grenzaufseher zu Allwörden, Krs. Kehdingen, 1879 Disziplinarsache 26/91 168
- Haarstick, Ernst Otto**, Kreistierarzt zu Hildesheim, 1887 Disziplinarsache 289/99 189–189v, 193
- Haase, Christian August Louis** (geb. 1844), Steueraufseher zu Tucheband, Krs. Lebus, 1887 Disziplinarsache 293/99 229
- Haase, Friedrich**, Gefangenenwärter zu Marienburg (Westpr.), 1879 Disziplinarsache 16/91 93
- Haase, Louis** (1825–1901), hannov. Beamter, 1866 RegR Landdrostei Hannover, 1874 Hilfsarbeiter MdI, dann GehRegR, 1880 GehORegR, 1892–97 MinDir. u. Wirkl.GehORegR, 1897 Wirkl. GehR u. a. D. 24/91 145; 37/92 66, 52/92 189v; 91/93 169; 143/95 7–7v, 15, 145/95 18v–23v, 24, 168/95 249–258v; 340/100 248, 257
- Habeck, Hermann Ernst Friedrich**, Fußgendarm d. 3. Gendarmeriebrigade zu Halbe, Krs. Teltow, 1881 Pensionssache 84/93 137, 138
- Hache, Gustav** (1835–1886), GerAss., 1863 Bgm. Angermünde, 1868–86 OB Essen, 1879 Mitverf. einer Zustimmungsadresse Essens zu Bismarcks Schutzzollpolitik, 1878–86 MdH 216/97 37
- Haehnel, Ernst** (1811–1891), Studium Kunstakademie München, 1838 Bildhauer in Dresden, Arbeiten u. a. für Sempers Neubau der Gemäldegalerie u. in Wien, 1848 Prof. Kunstakademie Dresden, 1886 KronenO II. Kl. 257/98 163
- Haenel, Albert** (1833–1918), 1857 Dr. jur., 1858 PD Leipzig, 1863–1911 Prof. jur. Kiel, führender linksliberaler Staatsrechtler u. Politiker, Gegner des Antisemitismus, Mitgl. Nationalverein, 1867–88 MdA (Linkes Centrum, DFP, DFsP; 1876 1. Vizepräs.), 1867–93, 1898–1903 MdR (DFP, DFsP, FsVg; 1874–76 2. Vizepräs.) 56/92 202
- Haenisch, Gerhard** (1808–1890), 1835 GerAss. Köslin, Advokat, 1844 Universitätsrichter Greifswald, ab 1861 Amtshptm. ebd., 1864 Titel GehRegR u. Mitgl. Kuratorium d. Univ. Greifswald, 1886 a. D. u. Roter AdlerO II. Kl. 252/98 98v
- Hafermann, Johann**, Polizeisergeant zu Konitz, 1880 Disziplinarsache 58/92 216
- Hagemann, Wilhelm** (1844–1926), 1866 fstl. Waldeckscher Accessist, 1872 GerAss., 1874 Amtsrichter Hilders, 1880 RegAss. Schleswig, 1881 RegR, 1887 ORegR, 1889 OPräsR Schleswig, 1898 OKonsR u. Mitgl. Ev. OKirchenR, 1910 Wirkl.OKonsR, 1915 a. D. u. Wirkl.GehOKonsR 295/99 242; 369/101 246v
- Hagemeister, Robert v.** (1827–1902), 1855 GerAss. Naumburg/S., 1856 LandR Franzburg, 1866 ORegR Stralsund, 1869 Landdrost Aurich, 1871 RegPräs. Oppeln, 1877 RegPräs. Düsseldorf, 1883 OPräs. Westfalen, wegen Verhaltens im Bergarbeiterstreik 1889 abgelöst u. Wirkl.GehR, auch Fideikommißbes., 1866 MdA, 1867–70 MdR (RFKP) 132/94 305v; 143/95 8v, 158/95 146 f., 174/95 307v; 176/96 5v, 6v, 7, 179/96 49; 365/101 194v, 197v, 198, 366/101 208, 210; 368/IV 179v, 182v–185v; 369/101 245, 370/101 266
- Hagen, Carl Albert** (geb. 1839), 1862 RegRef. Stettin, 1866 RegAss. Danzig, 1867 Posen, 1869 LandR Schroda, 1874 LandR Münster, 1887 ORegR Arnsberg, 1892 OPräsR Stettin, 1903 a. D. 288/99 175
- Hagen, Friedrich Otto v. (dem)** (1817–1880), 1845 Reg.- u. ForstAss. Falkenberg, 1849 Forstinspektor u. Hilfsarb. FinMinm. (Domänenabt.), 1850 Forstmeister, 1854 OForstmeister, 1861 Landforstmeister, 1863 Oberlandforstmeister, 1866 MinDir. (Domänenabt.), 1876 Wirkl.GehR, 1879 mit Domänenabt. in LandMinm. 50/92 176v
- Hagen, Johann Friedrich August**, Gerichtsbote und Exekutor z. D. zu Delitzsch, 1881 Disziplinarsache 84/93 142
- Hagen, Otto von der** (1853–1912), 1880 GerAss., 1881 RegAss. Ministerial-Bau-Komm., 1882 am PolPräsidium Berlin, 1885 Hilfsarb. HandMinm., 1887 RegR, 1888 GehRegR, 1892

GehORegR, Wirkl.GehORegR, 1905 MinDir., 1911 a. D. u. Wirkl.GehR, auch Fideikommißbes. *310/100* 89

**Hagens, Franz** (1836–1894), 1861 GerAss., 1862 Hilfsarb. JMinm., dann LandMinm., 1863 Generalkomm. Berlin, 1864 Stadtger. Berlin, 1866 Kreisrichter Graudenz, 1869 Stadt- u. KrsGerR Danzig, 1871 Protokollführer d. Komm. zur Ausarbeitung d. ZPO, 1872/73 FinMinm., 1873 StadtGerR Berlin, 1876 Präs. d. Internationalen Gerichtshofes in Kairo, 1882 Senatspräs. OLG Posen, 1889 Senatspräs. KG, GehOJusR, 1893 a. D., 1885–88 MdA (NLP) *117/94* 201

**Hagens, Karl** (1910: v.) (1838–1924), 1861 GerAss., 1867 Stadt- u. KrsGerR Magdeburg, 1868 Berlin, 1870 Hilfsarb. JMinm., 1875 kais. RegR u. Hilfsarb. Reichskanzleramt, 1877 GehJusR RJA, 1879 GehOJusR, 1890–1910 Präs. OLG Frankfurt/M., 1906 Wirkl.GehR, 1907 MdH *12/91*

**Hager**, Redakteur d. kath. „Schlesischen Volkszeitung“, Breslau, beantragt 1883 die Konzession zur Errichtung einer Erziehungsanstalt *159/95* 158

**Hagner, Rudolf** (geb. 1854), Gerichtsschreiber-Gehilfe zu Schubin, 1887 Disziplinarsache *287/99* 161

**Hahn, Carl Friedrich Theodor Ernst** (1824–1880), 1850 GerAss. Breslau, 1853 Gehilfe StAnw. Breslau, 1857 StAnw. Strehlen u. Ohlau, 1862 Ratibor, 1864 ostpreuß. Tribunal Königsberg/Pr., 1871 OTribunalR Berlin, 1875 MdStR, 1879 Senatspräs. KG, GehOJusR, bleibt 1879 Mitgl. Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte *21/91* 123v

**Hahn, Ludwig** (1820–1888), Historiker, 1849 Hilfsarb. Regierung Breslau, dann KuMinm., 1855 GehRegR Mdl, Leiter des „Literarischen Büro“ bis 1858, während „Neuer Ära“ Schulrat in Stralsund, 1862 GehORegR Mdl, Leiter „Provinzial-Korrespondenz“, 1881 nach Angriffen im RT Titel Wirkl.GehORegR, 1882 a. D. u. Stern z. Roten Adler O II. Kl. *97/93* 228; *129/94* 283; *375/101* 298v

**Hahn, Oscar** (1831–1898), 1857 RegAss. Posen, 1862 LandR Obornik, 1867 Oberlahnkreis in Weillburg, 1876 ORegR Bromberg, 1885 OVGR, Mitgl. d. Generalsynode (Vorstandsmitgl.), 1870–73, 1879–85 MdA (KoP, neukons., DkP), 1886–93 MdR (DkP) *107/94* 75; *226/97* 105

**Hahnke, Wilhelm** (1836: v.) (1833–1912), 1851 Armee, 1866 u. 1870 im Stab d. Kronprinzen, 1878 Oberst, 1886 GenLtn. u. Kdr. 1. Garde-Div., 7.8.1888–1901 Chef d. Militärkabinetts, 1905 Generalfeldmarschall, 1907 Kanzler d. Schwarzen Adler Ordens, 1903 MdH *376/101* 324, *377/101* 327, *380/101* 361; *386/102* 33v

**Hake, Rudolf** (1830–1897), 1849 Postdienst, 1867 Postrat Frankfurt/M., ca. 1869 Hilfsarb. Generalpostamt, 1871 Oberpostdirektion Metz, 1876 VortrR RPA, 1884 Dir. d. Telegraphenabt., 1893 kais. Wirkl.GehR u. a. D. *309/100* 79v–80v

**Halbey, Theodor** (1833–1896), 1858 nass. Reg.-Accessist Höchst, 1859 Ministerial-Accessist beim StMinm. v. Hessen-Nassau in Wiesbaden, 1866 Sekr., 1868 RegAss. Wiesbaden, 1871 RegR, 1874 Reg- u. OPräsR Königsberg, 1878 Danzig, 1881 OPräsR Danzig, 1883 Hilfsarb., 1884 GehRegR Mdl, 1888 GehORegR, 1891 Mitgl. Gerichtshof zur Entscheidung d. Kompetenzkonflikte *175/96* 1v, *181/96* 66; *266/98* 245, 267; *339/100* 231v

**Halm, Alexander** (1840–1913), 1867 RegAss. Wiesbaden u. LandR Adenau, 1871 KrsDir. Rappoltswiler, 1880 Metz, 1881 auch PolDir., 1886 Bgm. Metz, 1895 BezPräs. Oberelsaß Colmar, 1898–1907 BezPräs. Unterelsaß Straßburg, 1906 Wirkl.GehORegR *85/93* 153v

**Haltenhoff, Ferdinand** (1836–1891), 1864 Advokat Hameln, dann OGerAnw. u. Notar, 1877 kurzzeitig Amtsrichter Bremervörde, dann Senator in Hannover, 1882 zum Stadtdir. gewählt, 1883 trotz Bedenken wegen seiner knappen Wahl gegen den nationalliberalen Kandidaten des Magistrats bestätigt, 1891 MdH *145/95* 20–25

**Halter, Friedrich** (geb. 1838), Lehrer zu Frankfurt/M., 1884 Disziplinarsache *180/96* 58

**Hamburger, Siegmund** (geb. 1849), Gerichtsvollzieher in Königshütte/OS, 1888 Disziplinarsache *344/100* 297

**Hamilton, Friedrich** (geb. 1833), Steueraufseher zu Königsberg, 1881 Disziplinarsache *84/93* 143



**Hammacher, Friedrich** (1824–1904), GerRef. Münster, 1848/51 wegen Teilnahme an der Revolution aus dem Justizdienst entlassen, Mitgründer u. Mitgl. d. AR div. Montangesellschaften d. Ruhrindustrie (u. a. Arenberg, Essen) sowie von Versicherungsges., Mitgl. Dt. Handelstag (1879–86 stellv. Vors.), Vors. Verein f. d. Bergbaulichen Interessen im ObergABez. Dortmund, Mitgründer u. Vizepräs. Dt. Kolonialverein, führender Nationalliberaler (seit 1898 Vors. Zentralvorstand), 1863–98 MdA (DFP, NLP), 1869–74, 1877–79, 1881–98 MdR 65/93 17v, 19, 19v; 365/101 197, 367/101 227

**Hammer, Karl** (1828/29–1902), Ass. bei der Militärintendantur IV. AK Magdeburg, 1853 Intendanturrat, 1860 GehKrR KrMinm., dann Wirkl.GehKrR u. Abt.-Chef KrMinm., 1884 Stern z. KronenO II. Kl., 1891 a. D. 31/92, 60/92 248v; 116/94; 174/95 304v

**Hammerstein (-Loxten), Ernst Frh. v.** (1827–1914), Rittergutsbes., 1863 RegAss. im hannov. MdI, RegR, 1866 Rückzug ins Privatleben, 1884 KrsHptm. Bersenbrück, 1888 Vors. Dt. Landwirtschaftsrat, 1889–94 Landesdir. Prov. Hannover, 1894–1901 LandMinr. u. Bevollm. z. BundesR, Mitgl. hannov. 1. Kammer, 1867 MdR (Bundesstaatl.-konstit. Vg.) 175/96 1

**Hammerstein (-Loxten), Hans Frh. v.** (1843–1905), hannov. Verwaltungsjurist, 1869 RegAss. Koblenz, 1871 KrsDir. Colmar/E., 1878 KrsDir. u. PolDir. Mülhausen/E., 1883–1901 BezPräs. Metz, 1901–05 Minr.dI 381/101 372

**Hammerstein, Wilhelm Frh. v.** (1838–1904), 1863 Übernahme d. väterl. Gutes, 1881–95 Chefredakteur d. Neuen Preuß. (Kreuz) Ztg., führender Politiker des christl.-soz. u. antisemitischen Flügels d. DkP, wegen Betrugs 1895 Parteiausschluß u. 1896 Verurteilung zu Gefängnis, 1877–95 MdA (KoP, DkP), 1881–90, 1892–95 MdR 258/98 178v, 270/98 330; 276/99 42v, 43, 278/99 60

**Handjery, Nikolaus Prinz** (1836–1900), Dr. jur., 1870 LandR Teltow, 1885–95 RegPräs. Liegnitz, 1870–76, 1879–82 MdA, 1869–74, 1881–93 MdR (KoP, Neukons., DkP) 214/97 16

**Hanewald, Friedrich** (geb. 1826), 1855 GerAss., 1856 RegAss., 1866 RegR PolPräsidium Berlin, 1877 VerwGerDir. Berlin, 1886 OVGR, 1887 a. D. 257/98 163; 288/99 175v

**Haniel, Hugo** (1810–1893), 1826 Eintritt in väterl. Fa. F. Haniel u. Cie. in Duisburg-Ruhrort, baute die Montanbetriebe zu einer Weltfirma aus, Geh. Kommerzienrat, Mitgl. im ZDI und im Langnamverein, 1889 KronenO II. Kl. 376/101 322

**Hänisch, Karl Eduard** (1871: v.) (1829–1908), 1847 Armee, 1867 Maj., 1869 Gr. GenStab, 1870/71 Stab d. KrMinr., 1872 Rgt. Kdr., 1881 GenMaj. u. Kdr. 28. Kav. Brigade, 1883 Dir. Allg. Kriegsdepartement, Bevollm. z. BundesR, 1884 MdStR, 1889 kommand. Gen. IV. AK Magdeburg, 1890 Gen. d. Kav., 1897 a. D. 297/100 6

**Hanke, Gerichtsschreiber zu Altona**, 1882 Pensionssache 129/94 283v, 286

**Hannsen, Georg** (1809–1894), Agrarhistoriker, 1831 Dr. phil. Kiel, 1837 Prof., 1842–48 Prof. Leipzig, 1848 Göttingen, 1860 Berlin, 1869 wieder Göttingen, GehRegR, Ehrenmitgl. Akad. d. Wiss., 1889 Roter AdlerO II. Kl. 366/101 220v

**Hannuschka, Karl Theodor Richard**, Grenzaufseher zu Neurode, 1879/80 Pensionssache 16/91 94; 31/92 29v, 30

**Hansemann, Adolph** (1872: v.) (1826–1903), Berliner Bankier, 1857 Geschäftsinhaber Disconto-Ges., 1870 Gründung Preuß. Centralboden-Kredit AG, Kriegs- und Industriefinanzierung, 1882 kein Orden, da Disconto-Ges. nicht genügend regierungsfreundlich, Fideikommißstifter 90/93 165; 133/94 308

**Hansen, Peter**, Steuereinnahmer und Zollkontrolleur zu Oldesloe, 1880 Disziplinarsache 38/92 80

**Hardt, Elise** (1888: v.) (1828–1894), Frau R. v. Hardts 300/100 15 f.

**Hardt, Richard** (1888: v.) (1824–1898), Großkaufmann Berlin (Textil, Disconto-Ges.), dann Rentier, 1888 Fideikommißstifter in Wonsowo/Posen 300/100 15 f.

**Harnack, Adolf** (1914: v.) (1851–1930), Dr. phil., 1876 Prof. Leipzig, 1879 Gießen, 1886 Marburg, 1888 Berlin, wogegen Ev. OKirchenR u. kirchliche Rechte protestierten, 1890 Mitgl. Akad. d. Wiss., führender ev. Kirchen- u. Vertrauensmann Wilhelms II., 1906–21 nebenamtlich GenDir. Kgl. Bibliothek, 1903–11 Vors. Ev.-soz. Kongreß, 1920 Kanzler d. Ordens Pour le mérite, 1909

maßgeblich an Gründung d. Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft beteiligt u. 1911 deren 1. Präs., 1910 Wirkl.GehR 332/100 203, 336/100 221v–222

**Harseim, Adolf** (1837–1912), ca. 1871 Garnisonsauditeur XV. AK Straßburg/E., JusR, 1880 Justitiar KrMinm., 1881 GehKrR, dann Wirkl.GehKrR, auch Mitgl. Direktorium d. Potsdamer Gr. Militärwaisenhauses, 1899 a. D. 92/93 188

**Härtel, Carl Emil Ferdinand** (geb. 1814), Hauptsteueramtsassistent zu Berlin, 1881 Disziplinarsache 70/93 43

**Hartge, Christian Friedrich**, Grenzaufseher zu Harburg, 1879 Disziplinarsache 16/91 95

**Hartmann, Johann Rainer** (geb. 1836), Polizeidiener zu Recklinghausen, 1886 Disziplinarsache 263/98 234

**Hartmann, Julian v.** (1842–1916), 1865 GerRef., dann RegRef. Münster, 1868 RegAss. u. kommissar. LandR Zell, 1869 Hilfsarb. bei den Ämtern Nienburg u. Göttingen, 1870 kommissar. LandR Büren, 1871 MdI u. Reg. Hildesheim, 1872 RegAss. beim OPräsidium Hannover, 1878 RegR, 1885 OPräsR Hannover, 1890 RegPräs. Aurich, 1892–1907 RegPräs. Aachen 386/102 31, 389/102 47v

**Hartmann, Paul**, Gerichtsschreibergehilfe zu Schrimm, 1886 Disziplinarsache 255/98 128

**Hartwig, Johann Rudolph** (geb. 1842), Polizeisergeant zu Frankfurt/O., 1879 Disziplinarsache 16/91 96

**Hasper, Christoph Ernst Wilhelm** (geb. 1828), AGerSekt. zu Bruchhausen, Krs. Hoya, 1888 Disziplinarsache 339/100 237

**Hass, O.**, RegR a. D., Stadtverordneter Berlin, Ausschußmitglied der Berliner Hygiene-Ausstellung 1883, deswegen Ordenssache erwogen 163/95 196

**Hasse, Theodor** (geb. 1845), Gerichtsschreiber zu Marienberg/Westerw., 1885 Disziplinarsache 220/97 69

**Hasselbach, Gustav** (1818–1898), 1843 RegAss. Frankfurt/O., dann Stettin, 1844 Verw. d. indirekten Steuern, 1851 Hilfsarb. FinMinm., 1853 RegR, 1858 GehFinR, 1864 GehOFinR, 1870–89 GenDir. d. indirekten Steuern, 1879 Wirkl.GehR, 1888 Roter AdlerO I. Kl. 316/100 124, 340/100 249–251

**Hasselbach, Karl** (1809–1882), 1834 RegAss. Stettin, 1836 Magdeburg, 1839 RegR Gumbinnen, 1842 Hilfsarb. HausMinm., 1845 ORegR Minden, 1851 OB Magdeburg, Titel GehORegR, Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1854 MdH (zeitw. 2. Vizepräs.) 50/92 174; 101/94 36

**Hasselmann, Wilhelm** (1844–1916), seit 1866 führender Politiker im ADAV, 1867 Redakteur am „Sozialdemokrat“, 1871–76 Redakteur „Neuer Sozialdemokrat“, 1875 Mitgründer der Gothaer Sozialdemokratie, weitere Redakteursposten, 1880 nach Billigung anarchistischer Attentate in Rußland Parteiausschluß u. Emigration in die USA, 1874–77, 1878–81 MdR (ADAV, SPD) 5/91 18, 7/91 27v

**Hast, Jakob** (geb. 1832), Eisenbahnbetriebssekr. zu Kassel, 1880 Disziplinarsache 59/92 236

**Hatzfeldt (-Trachenberg), Hermann Fürst** (1900: **Herzog**) v. (1848–1933), Freier Standesherr, 1870 GerRef., dann Güterverw., verdient um Kulturkampfabbau, spez. 2. Friedensgesetz, 1894–1903 OPräs. Schlesien, 1920/21 Reichs- u. StKom. f. d. oberschles. Abstimmungsgebiet, 1921–30 Vors. niederschles. ProvAusschuß (Zentrum), 1878–93, 1907–11 MdR (RFKP, 1907–11 Fraktionsvors.), 1878 MdH (1904–18 Vors. Neue Fraktion) 191/96 114; 222/97, 224–225/97, 227/97 139, 228/97; 282/99 92, 94, 99, 99v

**Hatzfeldt (-Wildenburg), Paul Graf v.** (1831–1901), GerRef. KG, 1859 Diplomat, 1860 LegSekt. Paris, 1866 LegSekt. Haag, 1868 VortrR AA, enger Mitarb. Bismarcks, 1874 Gesandter Madrid, 1878 Botschafter Konstantinopel, 9.10.1881 StS AA, 9.10.1882–24.10.1885 StMinr. o. Geschäftsbereich, 1885 Botschafter London 130/94 296, 133–135/94, 138/94; 142/95, 144–145/95, 147/95, 149/95, 153/95, 158–159/95, 161/95, 167–169/95, 172–173/95; 175–176/96, 183/96, 185/96, 188–189/96, 191/96, 193/96, 196/96, 199–201/96, 207/96

- Hausen, Max v.** (1832–1906), 1862 RegAss. Erfurt, 1866 Gumbinnen, dann Magdeburg, 1869 Hofkammerrat bei der Kgl. Hofkammer, 1873 RegR Magdeburg, 1883 ORegR Finanzdirektion Hannover, 1885 Reg. Hildesheim, 1891 Kurator Univ. Greifswald, GehRegR, zuletzt GehORegR *153/95* 98
- Haza-Radlitz, Ferdinand Wilhelm v.** (geb. 1860), Grenzaufseher zu Emmerich, 1889 Disziplinarsache *352/101* 39
- Hebel, Johann Adolph**, Hauptamtsassistent zu Kaldenkirchen, 1879 Disziplinarsache *26/91* 169
- Hector, Jacob** (geb. 1819), Bezirkswiesenlandmeister zu Trier, 1886 Disziplinarsache *266/98* 245, 265
- Heeder, Louis Leopold Adolph**, KrsSekt. zu Strasburg/Westpr., 1888 Pensionssache *340/100* 257
- Heemskerck, Wilhelm (v.)** (1804–1883), nassauischer Jurist, 1839–67 in der Nassauischen Reg. PolSekt., Domänensekt., Domänenrat, Geh. Domänenrat, 1866 Präs. d. hzgl. Finanzkollegiums u. Mitgl. d. nass. StR, 1867–74 Verw. d. hzgl. Privatvermögens, Vors. d. Vereins Nassauischer Land- u. Forstwirte sowie d. Nassauischen Verschönerungsvereins, Mitglied im Komité zur Errichtung des Niederwalddenkmals, 1883 KronenO II. Kl. *162/95* 193
- Heeremann v. Zuydyck, Clemens August Frh.** (1832–1903), Rittergutsbes. u. Jurist, 1874 RegR Merseburg, 1875 im Kulturkampf a. D., soll 1888 Mitgl. Expertenkommission zur Errichtung eines Denkmals f. Wilhelm I. werden, 1871–1903 MdR, 1870–1903 MdA (1890–1903 Fraktionsvors. Zentrum, 1886–1903 1. Vizepräs. AH) *3/91* 8; *50/92* 174; *334/100* 205v
- Heeren, Friedrich** (1803–1885), Dr. phil., Chemiker, 1831 Prof. Polytechnikum, dann TH Hannover, 1884 a. D. u. KronenO II. Kl. *183/96* 74v
- Heese, Johann August Ferdinand** (geb. 1823), Lehrer zu Grunewald, Krs. Templin, 1889 Disziplinarsache *360/101* 144
- Hefele, Karl Joseph** (1853: v.) (1809–1893), 1832 Priester Rottenburg, 1835 PD Tübingen, 1840 Prof., 1869 Bischof von Rottenburg, 1870 Gegner des Unfehlbarkeitsdogmas, im Kulturkampf konziliant, 1881 Kandidat als Fürstbischof Breslau *95/93* 223v
- Hefer, Johannes** (geb. 1848), Gerichtsschreiber, Sekr. zu Foerde, Krs. Olpe, 1884 Disziplinarsache *177/96* 26
- Hegel, Immanuel** (1814–1891), Sohn des Philosophen, 1842 RegAss. Magdeburg, 1844 Handelsamt Berlin, 1848 StMinm., 1849 RegR, 1853 GehRegR, 1859 GehORegR, 1853–58 Kurator Literarisches Büro u. Staatsanzeiger, 1858 VortrR bei der Verw. d. Staatsschatzes, 1861 Mitgl. Oberexaminationskomm., 1865–91 Präs. Konsistorium Berlin, 1886 Roter AdlerO II. Kl. *258/98* 179
- Hegel, Wilhelm** (1909: v.) (1849–1925), 1882 Hilfsarb. KuMinm., 1886 LandR Jerichow I in Burg, 1890 GehRegR KuMinm., 1893 GehORegR, 1895 RegPräs. Gumbinnen, 1905 RegPräs. Allenstein, 1908–17 OPräs. Sachsen, 1913 Wirkl.GehR, 1887–90 MdR (DkP) *394/102* 111v
- Heggen, Dr.**, kath. Priester aus Ophoven, 1889 Dispensation *351/101* 15
- Heidsiek, Carl Friedrich** (geb. 1840), Lehrer zu Ilse, Krs. Minden, 1887 Disziplinarsache *279/99* 68
- Heimsoeth, Johann Heinrich** (1811–1887), 1832 Dr. jur. Bonn, 1836 GerAss. Köln, 1838 Rhein. AppGerHof, 1841 Staatsprokurator Trier, 1847 GenProkurator Köln, 1850 Hilfsarb. JMinm., 1853 GehJusR, 1855 GehOJusR, Bearb. d. Allg. Dt. Handelsgesetzbuchs, 1856 Senatspräs. Rhein. AppGerHof, 1870 Präs., 1879 Präs. OLG Köln, 1881 zum 50-j. Dienstjubiläum nur Wirkl.GehORegR, 1883 doch Wirkl.GehR, 1884 MdStR, 1887 a. D. u. KronenO I. Kl. *91/93* 169; *162/95* 193v; *272/98* 346v
- Heindorf, Johann Friedrich**, Superintendent Fehrbellin, 1859 KonsPräs. Stettin, 1889 a. D. u. Wirkl.OKonsR *350/101* 10
- Heine, Friedrich** (geb. 1841), Gefangenenaufseher zu Dortmund, 1883 Disziplinarsache *146/95* 41

- Heine, Heinrich** (1797–1856), 1825 Dr. jur., Journalist u. bedeutender Schriftsteller, seit 1831 in Paris lebend 322/100 161v–162
- Heinemann, Gottfried Andreas** (geb. 1823), Hauptsteueramtsdiener zu Magdeburg, 1879 Disziplinarsache 16/91 97
- Heinen, Gustav** (1819: v.) (1818/19–1898), Rittergutsbes., Landschaftsdir. d. Schweidnitz-Jauer'schen Fürstentumslandschaft, 1886 Orden II. Kl. für ihn erwogen, 1855–58 MdA (Graf Pückler), 1869–70 MdR (KoP) 261/98 215
- Heinke, Johann Friedrich**, Gerichtsschreiber zu Tremessen, 1883 Disziplinarsache 165/95 214
- Heinrich** (1862–1929), Prinz v. Preußen, Bruder Wilhelms II., 1877 Marine, 1878–80 Weltreise zur See, div. Seekommandos, 1906 Chef d. dt. Hochseeflotte, 1909 a. D., Großadmiral u. GenInspekteur d. Marine 50/92 176v; 308/IV 85
- Heinsius, Ernst** (1838–1926), 1864 GerAss. Berlin, 1866 Hilfsrichter Stadtger. Berlin, 1869 Hilfsarb. FinMinm., 1871 RegAss. Potsdam, 1874 RegR PolPräsidium Berlin, 1878 Abt.-Dirig. Polit. Polizei im PolPräsidium Berlin, 1882 PolPräs. Danzig, 1890 ORegR Wiesbaden, 1892 OVGR, 1900 Senatspräs. OVG, 1917 a. D. als Wirkl.GehR 117/94 201
- Heintze, Gottfried** (geb. 1833), Polizeidiener zu Loslau, Krs. Rybnik, 1881 Disziplinarsache 83/93 129
- Heise, Wilhelm Friedrich Albert** (geb. 1852), Polizeidiener zu Neustettin, 1885 Disziplinarsache 236/97 207
- Heising, Wilhelm** (geb. 1850), Amtsgerichtsbüro-Assistent zu Meschede, 1882 Disziplinarsache 112/94 118
- Heitzer, Hermann Joseph**, Hauptamtsassistent zu Krefeld, 1880 Pensionssache 39/92 91, 42/92 111v, 45/92 126, 128
- Held, Ludwig**, Hptm. a. D., Polizeikommissarius zu Wiesbaden, 1879 Disziplinarsache 14/91 71
- Heller, August** (1847–1903), 1875 GerAss. Berlin, 1876 Kreisrichter Potsdam, 1879 Landrichter, 1881 LG Berlin II, 1886 OLGR Posen, 1887 Hilfsarb. FinMinm. u. GehFinR, 1890 GehOFinR, 1901 Wirkl.GehOFinR, Mitgl. Hauptverw. d. Staatsschulden 293/99 224
- Heller, Emil** (geb. 1844), PolKom. zu Kattowitz, 1881 Disziplinarsache 70/93 44
- Hellrung, Heinrich**, Betriebssekr. zu Köln, 1888 Pensionssache 330/100 188
- Helm, August**, Förster zu Ibenhorst, Krs. Naugard, 1887 Disziplinarsache 287/99 162
- Helten, Peter** (geb. 1849), Gerichtsvollzieher zu Marburg, 1885 Disziplinarsache 214/97 21
- Hembach, Bartholomäus** (geb. 1837), Gemeinde-Empfänger zu Ehrenfeld, Krs. Köln, 1886 Disziplinarsache 261/98 216
- Henckel v. Donnersmarck, Guido Graf** (1830–1916), 1848 Fideikommißbes. u. Schwerindustrieller, baute als innovativer Unternehmer den Familienbesitz zum größten Montanbesitz Oberschlesiens auf, mit Bismarck befreundet, 1884 MdStR, 1889 Wirkl.GehR, 1867–68 MdR (NLP), 1886 erbl. MdH 272/98 346v
- Hendel** (1813–1887), 1834 nass. Staatsdienst, 1852 MinR, 1862 GehRegR, 1864 Vors. nass. Staatsbahn, 1866 Vors. Eisenbahndirektion Wiesbaden, 1880 Präs. Eisenbahndirektion Frankfurt/M., GehRegR 33/92 47v
- Hengstenberg, Wilhelm v.** (1804–1880), Theologe, 1827 Erzieher der Prinzen Adalbert u. Waldemar v. Preußen, 1841 Pfarrer Teltow, 1854 Domprediger Berlin, 1864 Oberhof- und Domprediger, Propst d. Stifts zum Hl. Grabe 56/92 203v
- Henke, Wilhelm** (1820–1890), Jurist, StAnw. Stadt- u. KrsGer. Magdeburg, um 1866 1. StAnw. Stadtger. Berlin, ca. 1875 OStAnw. AppGer. Köslin, 1879 OStAnw. OLG Stettin 396/102 139v
- Henkel, Carl Eduard** (geb. 1830), Güterexpedient zu Hainholz, Krs. Hannover, 1886 Disziplinarsache 263/98 235
- Henneberg, Arthur Frh. v.** (1858–vor 1909), Publizist, Hrsg. d. Zeitschrift „Centralblatt für deutsche Beamte“ 269/98 313v

- Henneberg, Rudolf**, Ingenieur u. Fabrikbesitzer, Kommerzienrat, Vorstandsmitglied der Berliner Hygiene-Ausstellung 1883, deswegen Ordenssache erwogen *163/95* 196
- Hennes, Peter Joseph** (geb. 1843), Bgm. zu Weismes, Krs. Malmedy, 1884 Disziplinarsache *177/96* 27
- Hennig, Gustav Adolf** (geb. 1851), StAnwSekt. zu Altona, 1885 Disziplinarsache *230/97* 158
- Henschke, Friedrich Wilhelm August** (1825–1894), 1853 GerAss. Posen, 1854 Kreisrichter Schrimm, 1861 Schroda, 1864 KrsGerR Fraustadt, 1868 AppGerR Glogau, 1875 OTribunalR, 1879 Senatspräs. KG, 1882 Mitgl. Gerichtshof f. kirchl. Angelegenheiten, GehOJusR *130/94* 296v
- Hepner, Carl** (geb. 1826), RegSekt. zu Danzig, 1885 Disziplinarsache *230/97* 159
- Heppe, Adolf v.** (1836–1899), 1860 kurhess. RegRef. Kassel, 1866 KrsSekt. Schmalkalden u. Übernahme in preuß. Dienste, 1869 RegAss. Marienwerder, 1871 Königsberg, 1872 LandR Schleusingen, 1879 ORegR u. stellv. PolPräs. Berlin, 1883 Landdrost, 1885 RegPräs. Aurich, 1887 Danzig, 1890–99 Trier, 1879–85 MdA (DkP) *27/91* 177v; *158/95* 143v; *286/99* 157v
- Herbig, Wilhelm** (geb. 1833), Lehrer zu Kirschienen, Krs. Braunsberg, 1883 Disziplinarsache *170/95* 277
- Herforth**, Eisenbahn-Kanzlist zu Berlin, 1887 Pensionssache *279/99* 61v, 63
- Hergenhahn, August** (1883: v.), (1830–1903), Jurist, Rechtsanw. Koblenz, 1866 Mitarb. Zivilkommissariat Wiesbaden, RegR, 1872 PolPräs. Frankfurt/M., 1886 im Gefolge des Prozesses gegen den PolKom. Meyer von Bismarck der Unfähigkeit beschuldigt, 1887 a. D. u. Roter Adler O II. Kl., 1889–91 MdA (NLP) *253/98* 100, 100v; *293/99* 222
- Herhudt, Emil August Robert** (geb. 1827), Katasterkontrolleur zu Straßburg/Westpr., 1880/81 Disziplinarsache *46/92* 140; *70/93* 45
- Hermann, Johann Peter**, Elementarlehrer zu Neunkirchen/Saar, 1881 Disziplinarsache *70/93* 46
- Hermanni, Ottomar** (geb. 1838), Berginspekteur zu Dudweiler, 1881 Disziplinarsache *70/93* 47
- Hermanowski, Wilhelm** (geb. 1825), Lehrer zu Elbing, 1882 Disziplinarsache *137/94* 349
- Hermes, Justus** (1853–1915), 1878 Dr. jur. Berlin, 1879 Hilfsrichter Zehdenick, dann RegAss., 1880 Spezialkom. Marburg, 1882 Hilfsarb. LandMinm., 1886 RegR, 1887 GehRegR, 1893 GehORegR, 1900–05 MinDir. u. Wirkl.GehORegR, 1906–12 Chefredakteur Neue Preuß. (Kreuz-) Zeitung *289/99* 190
- Hermes, Ottomar** (1826–1893), Jurist, Kreisrichter Boitzenburg u. Berlin, 1857 Hilfsarb. Ev. OKirchenR, 1858 Justitiar Konsistorium u. Provinzialschulkollegium Koblenz, 1862 OKonsR im OKirchenR, 1877 Vizepräs., 1878–91 Präs. Ev. OKirchenR, 1882 Wirkl.GehR, 1884 MdStR *42/92* 106v, *56/92* 203v; *308/IV* 96 f., 98v
- Herr, Albert** (geb. 1840), 1864 RegRef., 1867 RegAss., bis 1869 Hilfsarb. beim Kuratorium des Staatsanzeigers, dann im OPräsidium Hannover, 1870 Regierung Stettin, 1877 RegR, 1884 VerwGerDir. Köslin, 1890–1904 ORegR Osnabrück, 1879–84 MdA (DkP) *204/96* 237
- Herrfurth, Ludwig** (1830–1900), 1857 RegAss. Arnsberg, 1867 RegR, 1873 GehRegR MdI, 1879 GehORegR, 1881 MinDir., 1882 UStS MdI, 1884 MdStR, 2.7.1888–9.8.1892 Minr.dI, setzte 1891 die Landgemeindeordnung durch, 1889–93 MdA (bkF) *14/91*, *18/91* 121v, *21/91*; *28/92*, *37/92* 66; *82/93* 113; *107/94* 75–75v, *108/94* 77; *160/95* 175v–176, *161/95*; *199–200/96*; *259/98* 197, 197v, 199, 200 f., *260/98*, *264/98* 241, *273/98* 351, 352v; *290/99* 208v, 209, 209v; *324/100* 169v, *326/100* 177, 178, *327–329/100*, *330/100* 186, *332/100*; *333/IV*; *334–344/100*; *345–348/96*; *349–356/101*; *357/IV*; *358–362/101*; *363/IV*; *364–367/101*; *368/IV*; *369–381/101*; *382–387/102*; *388/IV*; *389–399/102*
- Herrmann, Heinrich** (1821–1889), 1841 Feldmesser, 1847 Baureferendar Köslin, 1849 Ostbahnbau, 1850 Kreisbaumeister Greifenhagen, 1855 Bauinspektor Düsseldorf, 1856 Stettin, 1862 Oberbauinspektor Liegnitz, 1865 Reg.- u. BauR u. Mitdirig. d. Ministerial-, Militär- u. Baukomm. Berlin, 1867 GehBauR HandMinm., 1872 GehOBauR, 1879 Minm.öA, 1880 OBauDir. u. Direktion d. Hochbaus, erhält 1883 statt Orden Remuneration *42/92* 110v; *170/95* 270v

- Herrosé, Wilhelm** (geb. ca. 1818), RegRef. Frankfurt/O., 1847 RegAss. Verw. d. indirekten Steuern Frankfurt/O., Oberzollinspektor Stralsund, 1857 RegR Provinzialsteuereinspektion Stettin, 1874 ORegR Provinzialsteuereinspektion Altona, ca. 1878 Stettin, 1896 a. D., 1890 KronenO II. Kl. 395/102 136
- Herschenz, Friedrich Moritz** (geb. 1845), Gerichtsschreiber zu Tondern, 1882 Disziplinarsache 129/94 290
- Herse, Jaroslaw** (geb. 1837), 1864 GerAss., 1868 StAnw.-Gehilfe, 1869 StadtR Posen, 1872 2. Bgm. Posen, 1884/85 zweimal zum 1. Bgm. gewählt und einmal als 2. Bgm. wiedergewählt, aber nicht bestätigt, da er zwar kommunal erfolgreich sei, aber auch als Gründer des fortschrittlichen Wahlvereins das deutsche Lager in Posen gespalten habe, 1887 auf Fürsprache der Justizverwaltung Notar, 1881/1898 freisinniger RT-Kandidat Posen 206/96 257; 224/97 101v
- Hertling, Georg Frh.** (1914: **Graf**) v. (1843–1919), Dr. phil., 1867 PD Bonn, 1880 durch Puttkamer a.o. Prof., 1882 o. Prof. f. Philosophie, dann Prof. München, 1876 Mitgründer u. Präs. d. Görres-Ges., Mitgl. bayer. Akad. d. Wiss., 1906 bayer. Wirkl.GehR, 1912–17 MinPräs. Bayerns, 1917/18 RK u. preuß. MinPräs., 1891 ReichsR d. Krone Bayerns, 1875–90, 1896–1912 MdR (Zentrum, 1909–12 Fraktionsvors.) 22/91 138–138v
- Hertz, Otto Julius** (geb. 1820), 1850 GerAss., 1853 Stadtrichter Berlin, 1861 StadtGerR, 1864 AppGerR Hamm, 1867 KGR, 1871 GehJusR JMinm., 1874 GehOJusR, 1880 Mitgl. Justizprüfungskomm., 1885 a. D. 145/95 18v
- Herzberg, Alexander**, kath. Priester zu Kirchworbis, Krs. Worbis, 1888 Dispensation 345/96 310v
- Herzberg, Alexander**, Ingenieur, Ausschußmitglied der Berliner Hygiene-Ausstellung 1883, deswegen Ordenssache erwogen 163/95 196v
- Herzbruch, Gustav** (1808–1886), 1833 GerAss., 1838 Dir. Land- u. Stadtger. Fredeburg, 1842 Tecklenburg, 1847 OLGR Paderborn, 1857 GehJusR JMinm., 1866 GehOJusR, 1872 MdStR, 1873 Präs. Justizprüfungskomm. 264/98 240
- Herzog, Robert** (1823–1886), 1848 Priester Breslau, 1850 Kaplan Berlin, 1857 Kurat Breslau, 1863 Pfarrer, Erzpriester u. Schulinspektor Brieg, 1870 Propst Berlin/St. Hedwig, 1882 auf Wunsch d. StReg. Fürstbischof Breslau 95/93 223, 97/93 234; 112/94 115; 173/95 302; 191/96 113; 274/99 2v
- Hesse, Karl Friedrich** (geb. 1833), Büroassistent zu Berlin, 1881 Disziplinarsache 70/93 48
- Hesse, Peter** (geb. 1843), Lehrer zu Suttrop, Krs. Lippstadt, 1882 Disziplinarsache 125/94 252
- Hessen, Friedrich Landgraf v.** (1820–1884), 1875–84 Chef des 1866 entthronten kurfürstlichen Hauses Hessen-Kassel 127/94 274, 276, 276v
- Hessen-Philippsthal ä. L., Ernst Landgraf v.** (1846–1925), Rittergutsbes., 1868 Chef d. nichtreg. Linie, Maj. à l. s., 1881 MdH 84/93 137v
- Hessen-Philippsthal-Barchfeld, Alexis Landgraf v.** (1829–1905), 1846–50 kurhess. Offizier, 1854 Chef d. nichtreg. Linie, 1897 Charakter Gen. d. Inf., 1854–66 Mitgl. kurhess. LT, 1881 MdH 84/93 137v
- Hettwer, Johann** (geb. 1833), Lehrer zu Antonia, Krs. Oppeln, 1885 Disziplinarsache 226/97 124
- Heusinger, Karl Friedrich** (1876: v.) (1792–1883), 1812 Dr. med. Jena, 1813–15 Militärarzt, 1819 Assistent Göttingen, 1821 Prof. med. Jena, 1824 Würzburg, 1829–67 Prof. Marburg u. Klinikdir., 1882 Stern z. KronenO II. Kl. 109/94 105
- Heusner, Carl Eduard** (1843–1891), 1857 Marine, 1864 Ltn. zur See, 1874 Korvettenkapitän, Kommandant mehrerer Kriegsschiffe, 1881 Kapitän zur See u. Dezernent in der Kais. Admiralität, 1884 Präses Schiffsprüfungskomm., 1887 Kommodore d. dt. Kreuzergeschwaders in der Südsee, 1888 Dir. Marinedept., 1.4.1889 StS Reichsmarineamt u. Konteradmiral, 22.4.1890 krankheitshalber a. D. u. Vizeadmiral 390/102 69
- Heydebrand und der Lasa (- Kl. Tschunkawe), Oscar v.** (1815–1888), 1841 RegRef. Oppeln, 1845 RegAss. Liegnitz, 1846/47 Urlaub zur landwirtschaftl. Ausbildung, 1848 a. D., Rittergutsbes.,

1849 Landratsamtsverw. Militsch, 1851 LandR Steinau/O., 1861 Militsch, GehRegR, 1886 a. D. u. KronenO II. Kl., 1859–61 MdA (Graf Pückler) 264/98 240v

**Heydebrand und der Lasa (-Nassadel), Wilhelm v.** (1849–1908), 1868 Militär, 1872 Güterbewirtschaftung, Jurastudium, 1879 Dr. jur., 1881 LandR Namslau, 1884 GehRegR LandMinm., 1887 GehORegR, 1889 RegPräs. Königsberg, 1894 Breslau, 1902 a. D. u. Wirkl.GehORegR, 1879–81, 1882–89 MdA, 1884–89 MdR (DkP) 289/99 190; 375/101 300, 376/101 323

**Heyden, August v.** (1827–1897), zunächst Berglaufbahn, ab 1859 Studium an der Berliner Kunstakademie, Monumental- u. Mythen-Maler, 1882–93 Prof. Kunstakademie Berlin, von Wilhelm II. geschätzt, 1890 MdStR 388/IV 191

**Heyden (-Cadow), Wilhelm v.** (1839–1920), Rittergutsbes., 1867 GerAss., 1868 LandR Demmin, 1877 Landesdir. Pommern, 1881–90 RegPräs. Frankfurt/O., 1890–94 LandMinr., 1877–88 MdA (DkP) 76/93 76v, 85/93 151v

**Heyden-Rynsch, Hermann** (1883: **Frh.**) v. (1829–1917), 1855 GerAss., 1856 Bergverw., 1863 BergR bei der Berghypotheken-Komm. Dortmund, 1865 Hilfsarb. HandMinm., 1868 OBergR, 1871 GehBergR, 1875 GehOBergR, 1884 Berghptm. Halle/S., 1894 Wirkl.GehOBergR, 1896 a. D., nebenberuflich 1871–80 VortrR Reichsamt f. Elsaß-Lothringen u. 1880–85 RAdI, 1909 Wirkl.GehR 70/93

**Heyder, Eduard** (geb. 1808), 1826 Expeditions- u. Kasseneleve Land- u. Stadtger. Köpenick, 1829 Kalkulator, 1831 Verwaltungsdienst, 1840 Geh. Expedition d. MdI (landwirt. Abt.), 1844 RechR, 1848 Übertritt in das neugebildete LandMinm. (Auseinandersetzungsbehörden), 1849 RegR, 1860 GehRegR, 1864 GehORegR, 1881 Wirkl.GehORegR, 1883 a. D. u. Stern z. Roten Adler O II. Kl. 159/95 157v

**Heydt, Bernhard** (1863: **Frh.**) von der (1840–1907), Ltn. a. D., 1874–76 auftragsweise LandR Euskirchen, 1876–83 LandR Malmedy, 1883 Oberlahnkreis in Weilburg, 1883–94 Obertaunuskreis in Bad Homburg, GehRegR 2/91 3

**Heyer, Gustav Bernhard** (1888: **v.**) (1839–1923), 1863 Dr. jur. Breslau, 1868 RegAss. Hannover, 1869 LandR Labiau, 1878 Hilfsarb. MdI, 1881 Titel GehRegR, 1882 VortrR, 1885 GehORegR, 1888 RegPräs. Stade, 1895–1902 RegPräs. Liegnitz, 1913 Wirkl.GehR 66/93 21, 25, 84/93 138, 85/93 151; 108/94 77; 150/95 73, 158/95 144, 149, 159/95 160; 182/96 68, 72, 210/96 289; 219/97 62; 339/100 231

**Heyl** (1886: **Frh. Heyl zu Herrnsheim**), **Cornelius Wilhelm** (1843–1923), Großindustrieller zu Worms u. Fideikommißbes. zu Herrnsheim, 1862 Leitung d. großväterlichen Lederfabrik, hess. Geh. Kommerzienrat, 1890 als MdStR erwogen, 1912 hess. Wirkl.GehR, 1877 Mitgl. 1. Kammer Hessen (später deren 3. Präs.), 1874–78, 1879–81, 1893–1918 MdR (NLP, 1909 Austritt aus Fraktion) 392/102 79

**Hielscher, Karl August** (geb. 1844), Grenzaufseher zu Groß-Borstel, Krs. Hoya, 1881 Disziplinarsache 70/93 49

**Hilger, Clemens** (geb. 1848), AGerSekt. zu Medebach, Krs. Brilon, 1883 Disziplinarsache 170/95 278

**Himly, Edgar** (1839–1905), ca. 1875 RegR beim Kommissariat f. d. bischöfliche Vermögensverw. Münster, OKonsR Hannover, 1885 ORegR Osnabrück, 1887 OPräsR Münster, RegVizepräs. Posen, 1890 RegPräs. Posen, 1895–99 RegPräs. Stade 288/99 174v; 369/101 246v

**Himm(e)l, Eduard** (1820–1887), GerAss. OLG Breslau, 1847 LandR Cosel, auch Rittergutsbes. zu Krzanowitz, 1877 GehRegR, 1882 a. D. u. KronenO II. Kl., 1855–58 MdA (v. Arnim) 101/94 36

**Hinrichs, Friedrich Karl** (1820–1892), 1847 GerAss. Naumburg/S., 1852 Kreisrichter, 1860 KrsGerR Halle/S., 1871 AppGerR Magdeburg, 1877 OTribunalR, 1879 KGR, GehOJusR, 1879 Mitgl. Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte 21/91 124

**Hintz, Franz** (geb. 1822), Lehrer zu Robawen, Krs. Rössel, 1881 Disziplinarsache 93/93 205

- Hintze, Johann Gottfried** (geb. 1823), KrsGerSchr. in Goch, Krs. Kleve, 1889 Disziplinarsache 370/101 274
- Hinz, Paul** (geb. 1861), Lehrer zu Wilhelmsbruch, Krs. Kulm, 1889 Disziplinarsache 375/101 308
- Hinzpeter, Georg** (1827–1907), 1850 Dr. phil. Berlin, Hauslehrer, 1866–77 Erzieher Wilhelms II., zeitw. dessen Berater in Schulfragen u. Sozialpolitik, 1891 als KuMinr. erwogen, 1890 MdStR, 1903 Wirkl.GehR, 1904 MdH 388/IV 191; 392/102 78v
- Hirsch, Hermann** (1815–1900), 1843 GerAss. Berlin, 1844 PolR Posen, 1851 PolDir. Elberfeld u. Barmen, 1861 Titel PolPräs., 1864–86 PolPräs. u. LandR Aachen 60/92 248v; 271/98 336
- Hirsch, Max** (1832–1905), Dr. phil., Kaufmann u. Verlagsbuchhändler in Magdeburg, dann Berlin, seit 1867 auch Publizist, 1868/69 Mitbegr. d. Hirsch-Dunckerschen (liberalen) Gewerksvereine, liberaler Sozialpolitiker, aktiv in der Dt. Friedensges. (1898–1900 Vors.), 1869–71, 1877–78, 1881–84, 1890–93 MdR (DFP, DFsP), 1899–1905 MdA (FsVP) 101/94 37
- Hirschfeld, Eugen v.** (1829–1912), 1855 RegRef., 1859 RegAss., div. Verwendungen, 1868 RegR Bromberg, 1875 Posen, 1876 Magdeburg, 1884–93 ORegR Köslin 186/96 89
- Hischer, Paul** (geb. 1837), PolKom. zu Groß-Strehlitz, 1884 Disziplinarsache 177/96 28
- Hitze, Franz** (1851–1921), 1878 Priester, bis 1880 Kaplan Rom, dann GenSchr. d. Vereins „Arbeiterwohl“ Mönchengladbach, 1890 Mitbegr. d. Volksvereins für das kath. Dtl. u. als MdStR erwogen, 1893 Prof. f. christl. Gesellschaftslehre Akad. Münster, sozialpolit. Publizist u. führender Zentrumspolit., Mitwirkung bei Gründung d. Caritas, 1882–93, 1899–1913 MdA, 1884–1918, 1919–21 MdR, 1919 Mitgl. dt. NatVers. (Zentrum) 391/102 73v
- Hobrecht, Arthur** (1824–1912), 1846 RegRef., 1847–49 interim. LandR Rybnik u. Grottkau, 1850–60 RegAss. bzw. Spezialkom. Posen, Oppeln, Gleiwitz, Marienwerder, 1860 Hilfsarb. u. RegR Mdl, 1863 OB Breslau, 1873 OB Berlin, 30.3.1878–5.7.1879 FinMinr., 1879 Wirkl.GehR, 1. Vors. des Ausschusses für die Berliner Hygiene-Ausstellung 1883, deswegen Ordenssache erwogen, seit 1881 im Zentralvorstand, 1891–98 Parteivors. NLP, 1865–78 MdH, 1881–84, 1886–90 MdR, 1879–1912 MdA (1885–1912 Fraktionsvors. NLP) 1–15/91, 17/91 119, 24/91 144v; 163/95 196; 316/100 126
- Hodenberg, Bodo Frh. v.** (1826–1907), hannov. Jurist, 1855 AMinm., 1860 Gesandtschaft Den Haag, 1865 KuMinr., hält nach 1866 zu Georg V. u. führend in der Deutsch-Hannoverschen Partei 357/IV 142
- Hoefer, Johann Diedrich Heinrich Eduard** (geb. 1829), 1859 GerAss. Trier, 1872 RegR Trier, 1886 ORegR Marienwerder, 1887 Köslin, 1892 a. D. 261/98 215
- Hoeter, Joseph** (1846–1924), 1872 GerAss., 1874 Eisenbahnverw., RegAss., Mitgl. Direktion d. Köln-Mindener Bahn, 1884 GehRegR Minm.öA, 1889 GehORegR, 1895 Präs. Eisenbahndirektion Köln, 1897 MinDir. u. Wirkl.GehORegR HandMinm., 1900 a. D. u. Geschäftsinhaber Disconto-Ges., vielfacher AR, 1907 Dir. Schantung-Eisenbahnges. 199/96, 200/96
- Hoffmann, Carl** (geb. 1831), Lehrer zu Alt-Werder, Krs. Ortelsburg, 1886 Disziplinarsache 266/98 266
- Hoffmann, Daniel Martin Immanuel** (geb. 1850), 1878 GerAss., LG Aachen, 1879 RegAss. Trier, 1881 LandR Spremberg, 1888–92 RegR Düsseldorf 256/98 148, 148v
- Hoffmann, Georg**, Schutzmann zu Breslau, 1888 Pensionssache 300/100 17, 18
- Hoffstadt, Konstantin** (geb. 1849), Gerichtsdieners zu Rotenburg a. Fulda, 1884 Disziplinarsache 204/96 241
- Hofmann, August Wilhelm** (1890: v.) (1818–1892), 1843 privater Assistent E. v. Liebig, 1845 Leiter College of Chemistry London, 1863 Mitgl. Akad. d. Wiss., 1865 Prof. f. Chemie Univ. Berlin, GehRegR, 1880/81 Rektor 72/93 62v; 107/94 71v
- Hofmann, Karl** (1882: v.) (1827–1910), 1855 Diplomat AA Ghzgtm. Hessen, 1866 hess. Gesandter Berlin, 1872 hess. MinPräs., 1.6.1876 Präs. Reichskanzleramt u. 6.6.1876–14.3.1879 StMinr. ohne Geschäftsbereich, 14.3./14.7.1879–23.8.1880 HandMinr., 1879/80 auch StS RAdl,



1880–87 StS f. Elsaß-Lothringen, 1889 Vizepräs. Dt. Kolonialges. 1–5/91, 7/91, 9–15/91, 17–27/91; 28–32/92, 34–35/92, 37/92, 39–41/92, 43–47/92, 48/92 162; 258/98 175v; 282/99 106

**Hohendorff, Magnus Friedrich Emil v.** (geb. 1838), Gerichtsvollzieher zu Inowroclaw, 1889 Disziplinarsache 370/101 275

**Hohenlohe (-Schillingsfürst), Chlodwig Fürst zu** (1819–1901), bayer. Standesherr, 1842 preuß. Staatsdienst, 1849 Reichsgesandter London, 1866–70 MinPräs. Bayerns, 1874–85 Botschafter Paris, 1880/81 Stellv. Bismarcks im AA, 1885–94 Statthalter Elsaß-Lothringen, 29.10.1894–17.10.1900 Rklr. und MinPräs., 1846 ReichsR d. Krone Bayerns, 1868–81 MdR (Lib. Reichspartei, bkF, RFKP) 40/92, 47/92, 48/92; 264/98 240; 283/99 108v, 110v, 114; 310/100 85, 316/100 122v, 123, 318/100 138, 138v; 369/101 244v; 397/102 160

**Hohenlohe (-Schillingsfürst), Gustav Prinz zu** (1823–1896), Bruder des Reichskanzlers, 1846 Rom, 1849 Priester, 1857 Titularerzbischof, 1866 Kurienkardinal, vermittelte mehrfach zwischen Rom und Preußen-Deutschland, 1881 als Fürstbischof Breslau im Gespräch 95/93 223v

**Hohenlohe (-Oehringen), Hugo Fürst zu** (1816–1897), Standesherr, 1840–50 Adjutant König Wilhelms I. v. Württemberg, dann Verw. d. ober Schles. Güter, seit 1861 Hzg. v. Ujest, Ausbau d. montanindustriellen Besitzes, größter Zinkproduzent d. Welt, 1873 Charakter als Gen. d. Inf. à l. s., erbl. Mitgl. d. 1. Kammer Württembergs u. 1854 MdH, 1851–54 Mitgl. 2. Kammer (Rechte, bkF), 1867–75 MdR (1867–70 1. Vizepräs.; RFKP) 282/99 97

**Hohenstein, Louis** (geb. 1844), Lehrer zu Exin, Krs. Schubin, 1885 Disziplinarsache 219/97 66

**Hohenthal und Bergen, Wilhelm Graf v.** (1853–1909), Dr. jur., 1876 sächs. Verwaltungsdienst, 1881 LegSekt. sächs. AMinm., 1885–1906 sächs. Gesandter in Berlin u. sächs. Bevollm. z. BundesR, 1906–09 sächs. Minr.dI u. AMinr., auch Rittergutsbes., 1883–85 Mitgl. 1. Kammer Sachsens 241/97 257; 390/102 68

**Hohenzollern (-Sigmaringen), Karl Anton Fürst v.** (1811–1885), bis 1849 reg. Fürst, zeitw. als Militär tätig, 1852 GenLtn., 5.11.1858–8.10.1862 MinPräs., aber praktisch bereits 1861 resigniert, 1859 MdH 304/100 55

**Höhler, Matthias** (1847–1920), Dr. theol. et phil., 1871 Priester Rom, 1872 Sekr. Bischof Blum, 1876–83 mit diesem Exil in Böhmen, 1884 Domkapitular, als ultramontaner Bischofskandidat 1885 u. 1898 der Regierung minder genehm, 1913–20 GenVikar Limburg 215/97 26v–27

**Höhne, Karl Friedrich** (geb. 1839), Gemeineschullehrer zu Berlin, 1887 Disziplinarsache 288/99 180

**Hoisingen gen. Huene**

→ Huene

**Hoke, Eduard** (geb. 1825), KrsGerSekt. z. D. zu Neusalz/O., 1883 Disziplinarsache 159/95 166

**Hölker, Josef**, kath. Priester aus Billerbeck, Krs. Coesfeld, 1887 Dispensation 294/99 232

**Holstein, Georg** (geb. 1834), Sparkassen-Rendant zu Gronau, 1884 Disziplinarsache 177/96 29

**Holtgreven, Anton** (1843–1929), 1866 Dr. jur. Bonn, 1870 GerAss., 1873 Kreisrichter Halle i. W., 1880 OLG Naumburg/S., 1889 Hilfsarb. JMinm., 1890 GehJusR, 1893 GehOJusR, 1900–19 Präs. OLG Hamm, 1912 Wirkl.GehR 392/102 84

**Holtz, Wilhelm** (1881: v.) (1828–1892), Rittergutsbes., 1890–92 LandR Kolberg-Körlin, 1870–73 1879–82, 1886–92 MdA (DkP) 316/100 126

**Holwede, Hans v.** (1841–1921), RegAss. Hannover, dann Liegnitz, 1870–71 vertretungsweise LandR Sprottau u. 1872 Bunzlau, 1873 LandR Zabrze, 1887 ORegR Posen, 1890 OPräsR Posen, 1890–1902 RegPräs. Danzig, 1903–09 RegPräs. Breslau, 1904 Wirkl.GehORegR, 1909 Wirkl. GehR 287/99 158

**Holzberg, Werner Louis** (geb. 1832), Kanzlist zu Hannover, 1882 Disziplinarsache 141/94 383

**Holzer, Karl Joseph** (1800–1885), Theologe, 1823 Priester, 1826 Domvikar Trier, 1832–49 Pfarrer Koblenz, 1849 Dompropst Trier, gegen Staat versöhnlich u. mehrfach Bischofskandidat, 1849–50 Mitgl. 1. Kammer, 1878 MdH, 1856–62, 1867–74 MdA (kath. Fraktion, Centrum), 1867–74 MdR (RFKP, bkF) 144/95 17, 153/95 98v; 232/97 177v; 270/98 329v

**Holzerland, Franz** (geb. 1852), Redakteur d. „Nationalzeitung“ u. Korrespondent d. Münchener „Allgemeinen Zeitung“, dann Redakteur d. Berliner Lokalanzeiger 359/101 135v

**Homeyer, Gustav** (1824–1894), 1850 GerAss., 1853 Staatsanwaltschaft Greifswald, 1855–65 PolPräsidium Berlin, dort 1863 RegR, 1865 im StMinm. vertretungsweise 2. Rat (Protokollführung, Disziplinarsachen), 1866 VortrR HandMinm., 1870 GehORegR, Mai 1877 MinDir. HandMinm., 30.7.1877–1.10.1894 UStS StMinm., 1885 Wirkl.GehR, 1879–94 Vors. Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte u. 1879–88 Präs. Disziplinarhof für nicht richterliche Beamte 1–18/91, 20/91, 21/91 124, 22–23/91, 24/91 144v, 25–26/91, 27/91 177; 28–31/92, 32/92 44v–45, 33/92 46, 34–41/92, 43–47/92, 50–54/92, 56–58/92, 60/92 248–248v; 61–81/93, 83–85/93, 89/93 162, 163, 90/93 168, 91–97/93; 98/94 7v, 99/94, 100/94 18, 101/94 18, 103–104/94, 105/94 66v, 106–110/94, 112–119/94, 121–126/94, 129–140/94, 141/94 378; 142–160/95, 162/95 188, 188v, 163–166/95, 167/95 237, 168–173/95, 174/95 303; 175/96, 177–198/96, 203/96 234, 204–207/96, 208/96 279, 209–210/96, 211/96 307v; 212–218/97, 219/97 59, 220–223/97, 225–228/97, 230–241/97, 242/97 265 f.; 243–252/98, 254–263/98, 266/98, 267/98 271v, 272, 268–270/98, 272/98 348, 350, 273/98 352; 274/99, 276–283/99, 284/99 134, 285–288/99, 289/99 189v, 194, 200, 202 f., 207, 291–292/99, 293/99 227 f., 230, 294–295/99, 296/99 255v; 297–303/100, 304/100 55, 306–307/100; 308/IV; 309/100 78v, 310–319/100, 321–329/100, 330/100 185, 185v; 331/IV, 333/IV; 334–335/100, 336/100 222, 340–344/100; 346–348/96; 350–356/101; 357/IV; 358–362/101; 363/IV 159; 364–367/101; 368/IV 179; 369/101, 370/101 270 f., 274–276, 278, 371/101, 375–376/101, 377/101 333, 378–380/101, 381/101 372; 382–385/102, 386/102 39, 387/102; 388/IV; 389–393/102, 396–399/102

**Hommelsheim, Johann Karl** (geb. 1850), Reg Ass. Provinzialsteuerdirektion Berlin, RegR, 1890 GehRegR Oberrechnungskammer, GehORegR, 1909 Dir. u. Wirkl.GehORegR, 1917 a. D. u. Wirkl.GehR 165/95

**Homuth, August** (geb. 1844), städt. Bauverwalter zu Magdeburg, 1884 Disziplinarsache 183/96 78

**Hönsch, Hugo** (geb. 1842), Steueraufseher zu Bennigsen, Krs. Springe, 1885 Disziplinarsache 230/97 160

**Hook, Franz** (geb. 1854), Grenzaufseher zu Glabbach, Krs. Geldern, 1889 Disziplinarsache 352/101 40

**Hopf, Heinrich** (1858–1905), Dr. jur., 1879–85 RegAss. u. RegR HandMinm., dann GehRegR RAdI, GehORegR, 1898 MinDir., 1902 UStS RAdI, 1904 a. D. u. kais. Wirkl.GehR 62/93 8; 371/101

**Höpfner, Ernst** (1836–1915), 1860 Gymnasiallehrer Berlin, 1868 Realschuldir. Breslau, 1873 ProvSchulR Koblenz, 1888 GehRegR KuMinm., 1891 GehORegR, 1894 Kurator Univ. Göttingen, 1906 a. D. u. Wirkl.GehORegR 302/100 45

**Höpker, Albert** (1836–1897), 1861 RegRef. Minden, 1865 RegAss. Liegnitz, 1875 RegR Bromberg, 1877 OPräsR Königsberg, 1886 ORegR Königsberg, 1888 GehRegR MdI, 1891 GehORegR 257/98 164; 339/100 231v

**Hoppe, Johann Hermann Eduard** (geb. 1846), Lehrer zu Deutsch-Karstnitz, Krs. Stolp, 1888 Disziplinarsache 339/100 238

**Hormuth, Heinrich** (1843–1906), ca. 1872 Intendanturrat XV. AK Straßburg, dann Gardekorps, ca. 1884 Hilfsarb. KrMinm., 1886 GehKrR KrMinm., 1890 Wirkl.GehKrR, auch Mitgl. Verwaltungsrat d. Gr. Potsdamer Militärwaisenhauses 394/102 117

**Horn, Karl** (1865: v.) (1807–1889), 1835 GerAss., 1840 RegR PolPräsidium Berlin, 1843 Hilfsarb. MdI, 1844 GehFinR FinMinm., GehOFinR, 1849 MinDir. FinMinm., 1853 MdStR, 1854 Wirkl.GehOFinR, 1862 OPräs. Posen, 1868 Wirkl.GehR, 1869 OPräs. Preußen (ab 1878: Ostpreußen), 1879 KronenO I. Kl., 1882 nach Druck Bismarcks a. D. u. Großkreuz Roter AdlerO 11/91 57; 97/93 228

**Horn, Karl** (1865: v.) (1833–1911), 1860 GerAss. Berlin, 1866 RegAss. Potsdam, 1869 Amtm. Uslar, 1873 Kreis- u. Amtshptm. Hoya, 1877 LandR Steinfurt, 1881 RegR Königsberg, 1884 ORegR Magdeburg, 1888 GehRegR MdI, 1891–1901 RegPräs. Marienwerder 203/96 236v; 344/100 292v

**Horstmann, Jakob** (1827–1902), 1849 nass. GerAss. Dillenburg, 1856 HofGerR Wiesbaden, u. Mitgl. d. Nass. Hof- u. AppGer. Wiesbaden, 1866 Hilfsarb. JMinm. u. Titel GehJusR, 1868 VortrR, 1869 GehOJusR, Leitung der Unterabt. f. Strafsachen, deshalb 1879 Wirkl.GehOJusR u. 1890 Wirkl.GehR, 1897 a. D. u. KronenO I. Kl. 25/91 152; 390/102 62v

**Hosang**, Geh. Kanzleidiener im Bereich d. LandMinm., 1886 Allg. Ehrenzeichen verweigert, da erst 13 Jahre im Dienst 242/97 260v

**Hötting, Johann Bernard** (1821–1898), 1846 Priester Münster, 1854 Dr. phil. Berlin u. Gymnasiallehrer Recklinghausen, 1856 Dir. Gymnasium Kempen, 1859 Osnabrück, 1860 VortrR im hannov. Kath. Konsistorium, 1867 GenVikar Osnabrück, 1881 Kandidat als Fürstbischof Breslau, 1882 Bischof Osnabrück, 1883 landesherrliche Bestätigung als apostolischer Provikar der Nordischen Missionen 69/93 33, 95/93 223v; 148/95 62v–63; 353/101 53v

**Houselle, Karl** (1799–1885), 1822 Dr. med. Berlin, 1827 prakt. Arzt, 1845 Kreisphysikus Elbing, 1854 Reg- u. MedR Stralsund, 1856 GehMedR KuMinm., 1861 GehOMedR, 1880 Titel Wirkl.GehOMedR, 1882 a. D. u. Ehrenmitgl. wiss. Deputation f. d. Medizinalwesen 38/92 69; 125/94 232

**Hubert, Bernhardin** (geb. 1849), Lehrer zu Radzewo, Krs. Schrimm, 1890 Disziplinarsache 386/102 39

**Hubert, Gustav Albert** (1829–1900), ca. 1877 KonsR Konsistorium Königsberg, 1882 Konsistorium Berlin, 1883 OKonsR Ev. OKirchenR, 1889 Rat II. Kl., 1896 a. D. 353/101 59v

**Hübler, Bernhard** (1835–1912), Jurist, 1865 PD, 1868 Prof. Berlin, 1869 Prof. Freiburg i.B., 1870 Hilfsarb. KuMinm., 1872 GehRegR, dann GehORegR, a. D., 1880–1908 Prof. jur. Berlin 13/91 62v; 36/92, 40/92 96, 41/92

**Hübner** (1839–1891), 1866 GerAss. Berlin, 1867 LG Koblenz, 1868 Hilfsarb. HandMinm., RegAss., 1875 RegR, 1879 GehRegR Minm.öA, 1885 GehORegR, 1888 Mitgl. Gerichtshof z. Entscheidung d. Kompetenzkonflikte 323/100 166

**Hübner, Wilhelm** (geb. 1846), Lehrer zu Krausendorf, Krs. Landeshut, 1881 Disziplinarsache 93/93 206

**Hüddersen, Carl Theodor Ludwig** (geb. 1857), AGerSekt. zu Gieboldehausen, Krs. Duderstadt, 1890 Disziplinarsache 397/102 168

**Hue de Grais, Robert Graf** (1835–1922), 1860 RegAss. Minden, 1861 Koblenz, 1867 KrsHptm. Hildesheim, 1879 PolPräs. Stettin, 1887 GehRegR MdI, 1889–1900 RegPräs. Potsdam, Rittergutsbes., Verf. des seit 1881 erscheinenden Handbuches der Verf. u. Verw. in Preußen u. dem Dt. Reiche, 1886–89 MdA (RFKP) 280/99 74v; 360/101 136v

**Huene, Karl Frh. v. (Hoiningen, gen.)** (1837–1900), Rittergutsbes., 1881 Gründer u. Vors. d. christl. Schlesischen Bauernvereins, 1890 MdStR, Mitgl. Landeseisenbahnrat, Präs. Preuß. Zentralgenossenschaftskasse, führender Zentrumsolitiker Schlesiens, Urheber der Lex Huene betr. Überweisung von Zollerträgen an die Kommunen, 1877–1900 MdA, 1884–93 MdR (Zentrum) 26/91 157; 214/97 17, 216/97 37v, 38; 357/IV 151, 151v; 359/101 121, 121v; 361/101 163, 381/101 376; 389/102 44v, 45v, 392/102 78v

**Huesmann, Heinrich** (geb. 1834), Vorschullehrer zu Essen, 1887 Disziplinarsache 288/99 181

**Hugenberg, Karl** (1836–1882), Jurist, 1865 Bgm. Uelzen, 1868 Schatzrat Landesdirektion Hannover, Mitgl. AR Eisenbahnges. Hannover-Altenbeken, 1882 Kandidat als Stadt-dir. Hannover, Vater Alfred Hugenbergs, 1867–73 MdA (NLP) 145/95 20

**Huhn, Johann August** (geb. 1834), Polizeisergeant zu Halle/S., 1881 Disziplinarsache 79/93 94

**Hullmann, Wilhelm** (geb. 1832), Polizeidiener zu Langendreer, 1886 Disziplinarsache 245/98 21

**Hülßen, Gustav Adolph Ehregott v.** (1836–1915), Strafanstaltsinspektor zu Celle, 1881 nach Disziplinaruntersuchung entlassen, dann Kaufmann 79/93 95

**Humperdinck, Ludwig Heinrich Bernhard Friedrich Wilhelm** (1846–1891), 1875 GerAss., StAnw.-Gehilfe, 1876 RegAss. Generalkomm. Münster, Spezialkom. Neuwied, 1879 Hilfsarb., 1884 RegR LandMinm., GehRegR, 1890 GehORegR 62/93 8; 396/102 142v

**Husemeyer, Ludwig** (geb. 1830), AGerSchr. zu Hörde, Krs. Dortmund, 1882 Disziplinarsache 112/94 119

**Huß, Franz Julius** (geb. 1833), Gerichtsschreiber zu Inowroclaw, 1885 Disziplinarsache 230/97 161

**Hütter, Karl**, Lehrer zu Ostrog, Krs. Ratibor, 1880 Disziplinarsache 38/92 81

**Igel**, Major im KrMinm. 15/91

**Illing, Julius William** (1816–1893), 1844 RegAss., 1844–50 LandR Mogilno, Hilfsarb. OPräsidium Koblenz, 1852 RegR Düsseldorf, 1867 ORegR Arnberg, 1870 Koblenz, 1873 GehRegR Mdl, 1877 GehORegR, 1889 Wirkl.GehORegR, 1892 a. D. 9/91; 279/99 61v, 65; 352/101 25v

**Ilse, Leopold** (geb. 1814), Dr. phil., 1846 PD Heidelberg, 1850 Prof. f. Staatswiss. Univ. Marburg, 1868 Univ. Königsberg, nach Prozessen gegen ihn wegen Verschuldung u. weil er dem Universitätsbetrieb jahrelang fernblieb Disziplinaruntersuchung, 1882 vom StMinm. zur Dienstentlassung verurteilt 127/94 279

**Inn- und Knyphausen, Karl Wilhelm Frh. v.** (1828–1907), Hptm. a. D., Steuerempfänger zu Münster, 1880 Disziplinarsache 45/92 130 f.

**Irgahn**, 1847 GerAss. Breslau, 1850 StAnw. Waldenburg, 1853 KrsGer. Tilsit, 1862 StAnw. Stadt- u. KrsGer. Berlin, 1870 OStAnw. AppGer. Paderborn, 1878 Hamm, 1888 GehOJusR, 1902 a. D. 365/101 199; 368/IV 186

**Ise, Theodor** (geb. 1853), Amtsgerichtsassistent zu Hildesheim, 1887 Disziplinarsache 287/99 163

**Isenburg-Birstein, Karl Fürst zu** (1838–1899), Standesherr u. seit 1866 reg. Fürst zu Büdingen, kath.-kons. Politiker u. Publizist, Mitgl. im Zentralcomité d. dt. Katholiken, erbl. Mitgl. d. 1. Kammer d. Ghzgtm. Hessen, 1868 erbl. MdH 282/99 98

**Ittenbach, Max** (1831–1908), 1859 GerAss. Koblenz, 1866 Staatsprokurator LG Elberfeld, 1868 StAnw. Frankfurt/M., 1871 Oberprokurator Metz, 1877 VotrR RJA, 1880 GehOJusR, 1885–1900 (letzter) Generalauditeur d. Armee, 1895 Wirkl.GehR, 1891 MdH 364/101 186v

**Itzenplitz, Ferdinand v.** (1835–1910), 1864 RegAss. Frankfurt/O., 1866 Gumbinnen, 1868 Hilfsarb. HandMinm., 1871 Breslau, 1874 RegR, 1883 OPräsR Breslau, 1890–95 RegPräs. Koblenz 169/95 267v

**Jacob, August** (geb. 1848), Lehrer zu Seifersdorf, RegBez. Breslau, 1885 Disziplinarsache 226/97 125

**Jacobi, Hugo** (1842–1906), Journalist, zuerst bei der Nordt. Allg. Ztg., dann Pressereferent in der elsäß-lothr. Verw. unter Manteuffel u. Hohenlohe, Leiter d. Münchener Allg. Ztg., 1894 Chefredakteur d. Berliner Neuesten Nachrichten, 1889 als Redakteur d. Staatsanzeiger erwogen 358/101 105v–106, 361/101 167, 369/101 244

**Jacobi, Rudolf** (1888: v.) (1828–1903), 1854 Dr. jur. Halle/S., 1856 GerAss. u. Hilfsarb. HandMinm., 1857 RegAss., 1862 Mdl, 1864 HandMinm., 1866 RegR, 1867 GehRegR, 1870 GehORegR, 1873–81 Bevollm. z. BundesR, 1873/74 GehORegR StMinm., 1874 MinDir. HandMinm., 1877 Präs. Reichspatentamt, Mitgl. Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte u. Mitgl. AR Wilhelmspende, 1879 UStS HandMinm., 1880/81 auch Dir. wirtschaftl. Abt. im Radl, 1881 a. D. u. Stern zum Roten Adler O II. Kl., Präs. Preuß. Zentral-Boden-Kredit AG, 1886 kais. Wirkl.GehR, 1886 erneut UStS HandMinm., 1886–88 StS RSA u. Bevollm. z. BundesR

11/91 57, 18/91 121v, 21/91 123v, 135; 50/92 175–175v, 51/92, 52/92 19, 53/93; 72/93 61, 75/93 74, 77/93 79; 256/98 158, 267/98 271; 281/99 77

**Jacobini, Ludovico** (1832–1887), kurialer Diplomat, 1870 päpstl. UStS, 1874 Nuntius in Wien, 1879 Kardinal, 1880–87 Kardinal-StS 20/91 122i; 36/92 54, 41/92 98v; 151/95 92, 152/95 94, 154/95 101v, 158/95 148v

**Jacoby, Johann** (1805–1877), 1827 Dr. med. Königsberg, wegen seiner Flugschrift „Vier Fragen“, beantwortet von einem Ostpreußen 1842–45 Festungshaft, demokrat. Politiker, 1849 Anklage als „Steuerverweigerer“ u. Flucht, weitere Haftstrafen, 1872 Übertritt zur Sozialdemokratie, 1848 Mitgl. preuß. NatVers. (Linke), 1849 Mitgl. dt. NatVers. (Deutscher Hof), 1849, 1863–70 MdA (Linke, DFP) 337/100 224 f.

**Jaeger, Eckhardt** (geb. 1830), Hauptsteueramts-Assistent zu Kassel, 1885 Disziplinarsache 236/97 208

**Jaentsch, Amandus** (geb. 1830), Lehrer zu Broniewo, RegBez. Bromberg, 1882 Disziplinarsache 108/94 86

**Jäger, Friedrich Michael**, Lokomotivführer zu Hannover, 1884 Pensionssache 192/96 127

**Jäger, Friedrich Wilhelm**, Gerichtsbote u. Exekutor zu Rosenberg/Westpr., 1879 Disziplinarsache 16/91 98

**Jäger, Wilhelm** (geb. 1815), Bgm. zu Waldbröl, 1881 Disziplinarsache 70/93 50

**Jagodzinski, Stanislaus** (geb. 1831), Lehrer zu Biskupitz, Krs. Thorn, 1887 Disziplinarsache 284/99 129

**Jagow, Gustav v.** (1813–1879), 1842 RegAss. Koblenz, 1846 LandR Kreuznach, 1861 PolPräs. Breslau, März 1862–Dez. 1862 Minr.dI, 1863–79 OPräs. Brandenburg, 1863 Wirkl.GehR, 1849–52, 1855–58 MdA (Centrum, v. Arnim), 1867–79 MdR (KoP, DkP) 5/91 14v

**Jahn, Christian** (geb. 1844), Fußgendarm d. 8. Gendarmerie-Brigade zu Kaisersesch, Krs. Cochem, 1885 Disziplinarsache 219/97 58, 62

**Jahn, Julius Otto Hermann** (geb. 1846), Lehrer u. Küster zu Linde, Krs. Neustettin, 1886 Disziplinarsache 268/98 305

**Jahr, Friedrich Hermann** (geb. 1846), Polizeisergeant zu Iserlohn, 1883 Disziplinarsache 165/95 215

**Jahr, Julius** (1836–1900), 1863 GerAss., 1868 Kreisrichter Düben u. Merseburg, 1874 RegR Marienwerder, 1883 VerwGerDir. Königsberg, 1889 OVGR, 1900 Senatspräs. 166/95 224; 358/101 114v

**Jander I, Joseph Johann**, berittener Gendarm zu Gollantsch, Krs. Wongrowitz, 1881 Pensionssache 66/93 21, 25

**Jander, Eduard** (geb. 1849), Lehrer zu Brostau, Krs. Glogau, 1883 Disziplinarsache 157/95 135

**Jänecke, Georg Ludwig** (geb. 1830/31), 1855 hannov. Amtsass., Verwendungen bei Ämtern und Reg. Stade, 1868 RegR Münster, 1887 ORegR Minden, 1898 a. D. 288/99 175

**Janenz, Friedrich** (geb. 1845), Gerichtsvollzieher zu Berlin-Spandau, 1884 Disziplinarsache 183/96 79

**Janetzky, August Ferdinand**, Lehrer u. Küster zu Friedeberschbruch, Krs. Friedeberg/Nm., 1887 Disziplinarsache 289/99 198

**Janiszewski, Jan Chryzostom** (1818–1891), 1844 Priester Gnesen, 1846 Prof. Priesterseminar Posen, 1848–55 Rektor ebd., kath.-poln. Sozialpolitiker, 1848 Mitbegr. Liga Polska, 1855 Rückzug u. Propst Koscielce, 1866 GenVikar Posen, 1871 Titular- u. Weihbischof Posen, 1874 im Kulturkampf verhaftet, 1877 amtsenthoben, 1886 Rückkehr aus dem Krakauer Exil nur als Privatperson gestattet, 1848 Mitgl. dt. NatVers. (Pole), 1849–51 Mitgl. 2. Kammer (Vizepräs. Kolo Polskie), 1861–66 MdA (Pole) 260/98 210

**Janitz, Ernst**, Gerichtsschreiber zu Gleiwitz, 1882 Disziplinarsache 137/94 350

**Janke, Carl Eduard** (geb. 1833), Lehrer zu Prietzen, Krs. Westhavelland, 1883 Disziplinarsache 146/95 42

- Janke, Marcell** (geb. 1855), Lehrer zu Bonk, Krs. Konitz, 1889 Disziplinarsache 375/101 309
- Jankowski, Joseph**, Lehrer zu Hochkirch, Krs. Strelno, 1880 Disziplinarsache 31/92 33
- Jansen, Julius** (geb. 1835), Gerichtsvollzieher zu Wegberg, Krs. Erkelenz, 1883 Disziplinarsache 158/95 152
- Jaspis, Albert Sigismund** (1808/09–1885), D., 1835 Pastor Lugau i. S., 1838 Rödlitz u. Diakon Lichtenstein, 1845 Pastor Elberfeld, 1855 Generalsuperintendent v. Pommern, 1885 Stern z. Roten AdlerO II. Kl. 221/97 72
- Jastrzinski, Franz** (geb. 1845), Steueraufseher zu Groß-Zünder, Krs. Danziger Niederung, 1888 Disziplinarsache 330/100 192
- Jaunez, Eduard** (1903: v.) (1834–1916), Ingenieur, Tonwarenfabrik-Besitzer Saargemünd/Lothr., 1874–76 dort Bgm., zeitw. Präs. Bezirkstag Lothringen, 1883 trotz Widerspruch d. StMinm. Orden, 1877–90, 1903–07 MdR (Els.-Lothr. Protestpartei) 141/94 378v; 142/95 4v
- Jazdzewski, Ludwik v.** (1838–1911), Dr. theol., 1866 Stiftspropst in Zduny, dann Prof. u. Dekan Schroda, Publizist, führender poln. Politiker, 1872–74, 1878–87, 1890–1907 MdR, 1873–1911 MdA (Pole) 186/96 90; 241/97 254v
- Jebens, Wilhelm** (1830–1907), 1857 GerAss., 1861 Kommerz- u. Admiralitätsrichter Danzig, 1866 AppGerR Marienwerder, 1868 GehRegR HandMinm., 1873 GehORegR, 1876 OVGR, 1878 Senatspräs., 1887 Wirkl.GehORegR, 1896 a. D. u. Wirkl.GehR 75/93 71; 288/99 174v
- Jeetze (-Hohenwulsch), Karl v.** (1807–1885), 1838 RegAss. Potsdam, dann Danzig u. Oppeln, 1847 RegR, 1862 ORegR Oppeln, 1870 RegVizepräs. Stettin, April–Okt. 1881 RegPräs. Stettin, 1881 Glückwunschsreiben u. Stern z. Roten AdlerO II. Kl. 76/93 76, 85/93 151
- Jena (-Cöthen), Wilhelm v.** (1826–1904), Offizier, zuletzt Maj., 1879 brandenburg. Rittergutsbes., 1885 Beschwerde an Bismarck über die von den Schulbehörden gegen ihn festgesetzten Schulunterhaltungspflichten 226/97 109v, 116v
- Jencke, Hanns** (1843–1910), Jurist, 1869 Generaldirektion sächs. Staatsbahnen Dresden, 1873 Finanzrat, 1879 als sächs. GehFinR a. D. u. Prokurist Fa. Krupp, dort 1888–1902 Vors. Direktorium, lehnt 1890 den ihm von Wilhelm II. angebotenen Posten als preuß. FinMinr. ab, 1890 MdStR, 1901 Vors. HK Essen, 1901–04 Vors. ZDI, 1903 Vors. AR Dresdner Bank, in RFKP aktiv, 1904 Mitgl. 1. Kammer Sachsens 391/102 73, 392/102 78v, 393/102 85
- Jensch**, vor 1868 IntendanturAss. IV. AK Magdeburg, vor 1873 Intendantur I. AK Königsberg, 1880 Intendant d. Militärintendantur Königsberg, 1887 a. D. 45/92 125v
- Jentsch, Johannes** (ca. 1850–1920), Dr. jur., 1875 GerRef. Berlin, 1880 AA, 1888 ständiger Hilfsarb. im AA, Ritterkreuz d. HO v. Hohenzollern als verfrüht verweigert, 1890 Konsul, 1899 LegR, 1902 Konsul in Belgrad, 1907 in Jassy, 1911 GenKonsul Athen 348/96 318v, 319
- Jeschner, Albert** (geb. 1838), Gerichtsschreiber zu Samter, 1884 Disziplinarsache 192/96 135
- Jesse, Albert Franz** (geb. 1837), Lehrer zu Gildon, Krs. Konitz, 1884 Disziplinarsache 200/96 199
- Johannsen, Jens** (geb. 1848), Gerichtsvollzieher zu Wyck auf Föhr, 1882 Disziplinarsache 141/94 384
- John, Conrad Emanuel Walter** (1832–1889), 1861 GerAss. Berlin, 1864 Kreisrichter Dirschau, 1869 Marienburg, 1872 KrsGerR Konitz, 1875 RegR Stettin, 1885 VerwGerDir. Gumbinnen 228/97 143v
- John, Gustav Friedrich Wilhelm** (geb. 1823), Gemeindegullehrer zu Berlin, 1883 Disziplinarsache 157/95 136
- John, Johann Josef Friedrich** (geb. 1852), Förster zu Hessenstein, Krs. Frankenberg, 1886 Disziplinarsache 268/98 306
- Johow, Reinhold** (1823–1904), 1849 GerAss. Berlin, 1850 Kreisrichter Kyritz, 1854 Sigmaringen, 1857 StAnw. Hechingen, 1860 AGerR Posen, 1868 KGR, 1869 OTribunalR, 1879–89 erneut KGR, Mitgl. d. 1. Kommission zur Ausarbeitung d. BGB, GehOJusR, 1889 Roter AdlerO II. Kl. 358/101 105

- Jokisch, Franz Theodor** (geb. 1843), Grenzaufseher zu Peucker, Krs. Habelschwerdt, 1888 Disziplinarsache 344/100 298
- Jonas, Paul** (1830–1913), 1857 GerAss., 1864 Staatseisenbahnverw., 1867 RegR, Vors. d. Direktion d. Main-Weser Bahn, 1874 kommissar. Vors. d. Eisenbahnkommissariats Berlin, 1875 Vors. Eisenbahndirektion Elberfeld, 1876 GehRegR, 1880 Präs., 1881 a. D. u. Vorstand Dt. Bank, 1887–1910 Mitgl. AR, Rittergutsbes. Prov. Posen, 1888 freikons. AH-Kandidat 33/92 47v
- Jordan, Gustav** (1888: v.) (1838–1915), Dr. jur., Verwaltungsjurist, GehORegR Straßburg, 1888–98 BezPräs. Oberelsaß 316/100 122v
- Jordan, Ludwig v.** (1806–1889), RegR Provinzialsteuerdirektion Königsberg, 1842 Hilfsarb. FinMinm., 1844 GehFinR, GehOFinR, 1852–88 Provinzialsteuerdir. Sachsen, 1873 Wirkl. GehOFinR, 1880 Titel Wirkl.GehR verweigert, 1884 MdStR, 1887 für Orden I. Kl. vorgeschlagen, obwohl nicht die übliche Voraussetzung d. Rangs Wirkl.GehR besitzt 38/92 69v; 292/99 221
- Jordan, Max** (1837–1906), 1859 Dr. phil. Jena, Kunsthistoriker Leipzig, 1871 Dir. städt. Museum Leipzig, 1872 PD f. Kunstgeschichte Univ. Leipzig, 1874 Dir. Nationalgalerie u. PD Univ. Berlin, 1880 GehRegR KuMinm. (Kunstangelegenheiten), 1885 GehORegR, 1888 Mitgl. Expertenkommission zur Errichtung eines Denkmals f. Wilhelm I., 1895 a. D., Verf. eines Werkverz. von A. Menzel 21/91 136; 220/97 68; 272/98 346; 334/100 205v
- Jordan, Rudolf** (1810–1887), 1829 Maler, 1833–40 Kunstakademie Düsseldorf, Genremaler u. Prof., der regelmäßig die Berliner Akademie-Ausstellungen beschickte, 1886 KronenO II. Kl. 257/98 163
- Josucks, Gottfried** (geb. 1842), Lehrer zu Kasenowsken, Krs. Gumbinnen, 1881 Disziplinarsache 79/93 96
- Jottka, Heinrich**, Stationsassistent zu Berlin, 1881 Pensionssache 79/93 87v, 89
- Juncker v. Oberconreuth, Albert Woldemar** (1870: Frh.) v. (1819–1898), 1841 RegRef. Koblenz, 1844 RegAss. Bromberg, LandR Czarnikau, 1849 Reg. Düsseldorf, 1851 PolDir. Koblenz, 1863 RegR Magdeburg, 1865 Gumbinnen, 1867 ORegR, 1870 Düsseldorf, 1876 RegVizepräs. Breslau, 1881–94 RegPräs., 1889 Wirkl.GehORegR, 1869–70 MdA (KoP) 352/101 26
- Junge, Karl** (geb. 1836), Gefängniswärter zu Posen, 1880 Disziplinarsache 59/92 237
- Jungen, Martin Joseph** (geb. 1819), 1847 GerAss., 1849 zur Reg. Trier, 1851 RegAss., 1857 RegR, 1869 ORegR Trier, 1885 a. D. u. Roter AdlerO II. Kl. 230/97 150
- Jungfer, Dr.**, ordentl. Lehrer am städt. Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, Berlin, 1881 Disziplinarsache 83/93 128
- Jungmann, August Albert** (geb. 1851), Gefängnissekr. zu Königsberg/Pr., 1889 Disziplinarsache 360/101 145
- Jüngst, Oberstltn. a. D.**, VotrR KrMinm., 1879 Wirkl.GehKrR, 1887 a. D. 25/91 151v
- Jüngst, Thomas** (geb. 1816), Zugführer zu Aachen, 1880 Disziplinarsache 38/92 82
- Junker, Johann Friedrich** (geb. 1851), Grenzaufseher zu Eschebrügge, Krs. Gfscht. Bentheim, 1889 Disziplinarsache 360/101 146
- Jüres, Johann Gerhar Tillmann** (geb. 1839), Untersteueramts-Assistent zu Essen, 1886 Disziplinarsache 255/98 129
- Jurkowski, Franz** (geb. 1841), Gefangenenwärter zu Tremessen, Krs. Mogilno, 1882 Disziplinarsache 114/94 177
- Just, Eduard** (geb. 1858), Amtsgerichtsschreiber zu Oels, 1890 Disziplinarsache 397/102 169
- Just, Julius** (geb. 1844), Polizeisergeant zu Peitz, 1883 Disziplinarsache 146/95 43
- Kackert, Christian** (geb. 1851), Fußgendarm d. 7. Gendarmerie-Brigade zu Meschede, 1886 Disziplinarsache 266/98 245, 267
- Kaddatz, Karl Wilhelm Ferdinand** (1809–1882), RegR, 1850 Mitgl. Oberechnungskammer, 1869 Dir., 1882 a. D. u. Titel Wirkl.GehORegR 121/94 214v

- Kadow, Robert Karl Friedrich**, Kreisgerichtsbüro-Assistent zu Naugard, 1879 Disziplinarsache 16/91 99
- Kahn, Franz** (geb. 1822), Förster zu Warthefeld, Krs. Obornik, 1889 Disziplinarsache 352/101 41
- Kalisky, Karl** (1829–1898), 1859 RegAss. Arnberg, 1861/62 kommissar. Verw. d. Landratsämter Rathenau u. Teltow, div. Verwendungen, 1869 RegR Frankfurt/O., 1873 Posen, 1877 Magdeburg, 1890 VerwGerDir. ebd. 391/102 76
- Kalkschmidt, Otto** (geb. 1848), Gerichtsschreibergehilfe zu Memel, 1886 Disziplinarsache 255/98 130
- Kameke, Georg v.** (1817–1893), 1836 Offizier, 1850 Hptm. i. G., 1861 Oberst u. Regimentskommandeur Breslau, 1865 GenMaj. Berlin, 1868 GenLtn., 1871 Chef d. Ingenieurskorps u. Generalinspekteur d. Festungen, 1872 Bevollm. z. BundesR, 1.1.1873 2. Chef d. Armeeverwaltung und StMinr. o. Geschäftsbereich, 9.11.1873–3.3.1883 KrMinr., 1875 Gen. d. Inf. 1–8/91, 12–13/91, 15/91, 19–27/91; 28–34/92, 36–37/92, 39–45/92, 48–49/92, 51–57/92, 59–60/92; 61–80/93, 87/93, 89–97/93; 98–114/94, 116–117/94, 119–120/94, 122–125/94, 127/94, 130–131/94, 133–141/94; 142/95, 145–147/95; 258/98 175v
- Kames, August Gottlieb** (geb. 1862), Lehrer zu Münchwald, Krs. Kreuznach, 1888 Disziplinarsache 339/100 239
- Kamptz, Ludwig v.** (1810–1884), 1836 RegAss. Potsdam, 1837 Stettin, 1841 RegR Magdeburg, 1843 Stettin, Hilfsarb. MdI, 1844 PolDir. u. LandR Magdeburg, 1851 ORegR Königsberg, 1863 RegVizepräs. Königsberg, 1866 Potsdam, 1872 RegPräs. Köslin, Dechant des Domkapitels Naumburg/S., 1883 Wirkl.GehORegR, 1874–84 Erfurt, 1852–53, 1855–58 MdA (bei Meser, Gf. Pückler), 1882 MdH 150/95 70v
- Kanitz (-Podangen), Hans Graf v.** (1841–1913), Jurist, 1868 kommissar. LandR Hirschberg, 1870–77 LandR Sprottau, dann Güterbewirtschaftung, 1910 Wirkl.GehR, führender kons. Politiker, 1886–1913 MdA, 1869–71, 1889–1913 MdR (DkP; 1912/13 Fraktionsvors.) 254/98 109
- Kanngießer, Karl Hermann** (1820–1882), 1849 StAnw. Greifswald, 1854 OStAnw. AppGer. Greifswald, im Vorstand Nationalverein, 1863 aus polit. Gründen z. D., 1869 AppGerR Magdeburg, 1875 OTribunalR Berlin, 1873–82 Mitgl. Gerichtshof f. kirchl. Angelegenheiten, 1879 Senatspräs. KG, GehOJusR, Vorstand NLP, 1865–69, 1872–75 MdA (Linkes Centrum, NLP), 1867–69, 1870–74 MdR (NLP) 18/91 122
- Kantak, Kasimierz** (1824–1886), Rittergutsbes., 1861 Sekr. Zentralverband poln. Gutsbesitzer, aktiv im poln. Vereinswesen, 1862–86 MdA (bkF, Pole), 1867–71 MdR (Pole) 145/95 30v, 156/95 110
- Kaper, Theodor** (geb. 1826), Elementarlehrer zu Kölpin (Krs. Arnswalde), 1880 Disziplinarsache 59/92 238
- Karabasch, Adalbert Peter** (geb. 1844), Bgm. zu Wisseck, Krs. Wirsitz, 1886 Disziplinarsache 272/98 348
- Karapka, Carl Emil Gustav** (geb. 1848), Gerichtsvollzieher zu Forst i. L., 1884 Disziplinarsache 204/96 242
- Kardorff, Wilhelm v.** (1828–1907), RegAss., dann Rittergutsbes. u. Mitgl. d. Verwaltungs- bzw. Aufsichtsräte großer Unternehmen, 1876 Mitbegr. ZDI, 1884–95 LandR Oels, Vors. Verein f. internat. Doppelwährung, 1893–1903 BdL, Alldt. Verband, 1880–1906 Parteiführer d. RFKP, 1866–76, 1888–1907 MdA (Fraktionsvors. RFKP), 1868–1906 MdR 91/96 114; 358/101 110
- Karl Alexander** (1818–1901), 1853 Großherzog v. Sachsen-Weimar-Eisenach, unterstützt 1890 Bau einer ev. Kirche in Tokio aus Gnadenfonds 396/102 139v
- Karl** (1839–1914), König v. Rumänien, geb. Prinz v. Hohenzollern-Sigmaringen, 1866 Fürst v. Rumänien, 1881 zum König proklamiert 72/93 61v
- Karl** (1801–1883), Prinz v. Preußen, Bruder Wilhelms I., 1811 Armee, Offizier, 1824 GenMaj., 1836 kommand. Gen. IV. AK, 1853 Herrenmeister JohanniterO, 1854 Titel General-Feldzeugmeister 144/95 16; 227/97 139, 139v



- Karłowicz, Wladislaus** (geb. 1860), Lehrer zu Gora, RegBez. Bromberg, 1886 Disziplinarsache 258/98 188
- Kastner, Karl** (geb. 1853), Lehrer zu Reinerz (Bad), Krs. Glatz, 1888 Disziplinarsache 344/100 299
- Kattiofski, Johann Reinhold**, berittener Gendarm zu Posen, 1889 Pensionssache 10/91 39
- Kauffmanns, Louis v.** (1841–1906), Lehrer zu Thüdinghausen, Krs. Northeim, 1880 Disziplinarsache 38/92 83
- Kaul, Eduard** (geb. 1839), Gerichtsvollzieher zu Pleß, 1882 Disziplinarsache 137/94 351
- Kaunitz (-Rietdorf), Wenzel Anton** (1764: **Fürst**) **Graf v.** (1711–1794), Diplomat, 1753–93 AMinr. Österreichs, brachte im siebenjährigen Krieg ein Bündnis Österreichs mit Frankreich und Rußland gegen Preußen zustande 308/IV 88
- Kauß, Johann Gottlieb** (geb. 1835), Lehrer zu Grzybowo-Hauland, Krs. Wongrowitz, 1881 Disziplinarsache 70/93 51
- Kautz, Hermann Eugen Ernst Ehrenfried** (geb. 1847), Lehrer zu Drenzig, Krs. Schlawe, 1888 Disziplinarsache 312/100 105
- Kautz, Hermann Johann Friedrich** (geb. 1849), Gerichtsvollzieher zu Fiddichow, Krs. Greifenhagen, 1887 Disziplinarsache 295/99 248
- Kayser, Johann Baptist** (1826–1895), Priester, 1854 Prof. theol. Priesterseminar Paderborn, 1869 Dir. Lehrerseminar Büren, 1878 ProvSchulR Danzig, 1883 Domkapitular u. Prof. Breslau, 1885 als ultramontaner Bischofskandidat Limburg genannt 215/97 27
- Kayser, Paul** (1845–1898), 1868 Dr. jur., 1872 GerAss., 1873 LG Straßburg, 1875 Stadtger. Berlin, 1879 Richter am LG Berlin I und Hilfsarb. RJA, 1880 RegR, 1884 GehRegR Reichsversicherungsamt, Protokollführer d. StR, 1885 Wirkl.LegR u. VortrR AA, 1888 GehLegR, 1890 stellv. StS d. StR u. MinDir. Kolonial-Abt. AA, 1891 Wirkl.GehLegR, 1896 Senatsprä. RG 364/101 181v; 392/102 78v
- Kegler, Edmund** (geb. 1842), Grenzaufseher zu Brzezinka, Krs. Kattowitz, 1881 Disziplinarsache 70/93 52
- Kehler, Wilhelm v.** (1815–1883), 1839 GerAss., 1845 RegAss., 1847 RegR, 1849 PolPräs. Breslau, 1861 GehRegR MdI, 1868 GehORegR, 1881 Titel Wirkl.GehORegR u. Präs. Rentenversicherungsanstalt 10/91 39–41, 15/91 79; 45/92 127; 82/93 113; 157/95 121
- Keitz, Emil v.**, Oberlehrer am Realgymnasium zu Duderstadt, 1887 Pensionssache 279/99 61v, 64
- Kekulé** (1895: **v. Stradonitz**), **August** (1829–1896), 1852 Dr. phil. Gießen, 1856 Habilitation als Chemiker in Heidelberg, bahnbrechend im Bereich d. Kohlenwasserstoffe, 1858 Prof. Gent, 1867 Bonn, 1878 Vorlesungen f. Wilhelm II., 1890 deshalb KronenO II. Kl., 1893 pour le merite, GehRegR 394/102 118
- Keller**, Doppelmörder, Anfang November 1886 in Berlin hingerichtet 269/98 315
- Keller**, kath. Priester, der auch auf Jesuitenanstalten studiert hat und deshalb nicht von den gesetzlichen Erfordernissen der Vorbildung für ein geistliches Amt zu dispensieren ist 209/96 285v
- Keller, Ernst Christian August** (1797–1879), 1825 RegAss. Düsseldorf, 1826 RegR Königsberg/Pr., 1829 GehRegR KuMinm., 1836 GehORegR, 1861 Wirkl.GehORegR, 1879 Wirkl.GehR 18/91 122
- Keller, Hermann** (1880: **v.**) (gest. 1885), Rittergutsbes. in Altenplathow, 1880 nobilitiert 42/92 103
- Kelm**, Grenzaufseher zu Papenburg, 1888 Pensionssache 312/100 95
- Kerker, Gustav Adolf Richard** (geb. 1852), Gerichtsvollzieher zu Neu-Mittelwalde, Krs. Groß Wartenberg, z. Z. Kattowitz, 1890 Disziplinarsache 397/102 170
- Kern, Nikolaus**, Bodenmeister zu Karthaus, 1888 Pensionssache 312/100 96
- Kersandt, Karl Louis** (1821–1892), 1846 Dr. med. Königsberg, prakt. Arzt in Königsberg u. Darkehmen, 1851 Kreisphysikus Lötzen, 1860 Reg- u. MedR Gumbinnen, 1867 Liegnitz, 1868

- Königsberg, 1873 GehMedR KuMinm., 1876 GehOMedR, 1890 Wirkl.GehOMedR, 1891 a. D. *115/94* 189
- Keßler, Georg** (1851–1910), 1876 GerAss., 1877 RegAss. Hildesheim, 1879 LandR Gersfeld, 1882 Dirigent d. polit. Abt. d. PolPräsidioms Berlin, 1885 PolDir. Kassel, 1888 PolPräs. Magdeburg, 1905 OVGR *237/97* 215; *338/100* 227
- Kiehl, Karl Eduard** (geb. 1837), Lehrer zu Jungen (Krs. Schwetz), 1882 Disziplinarsache *137/94* 353
- Kienitz, Heinrich** (1831–1902), 1858 Kreisrichter, 1867 KrsGerR Bromberg, 1872 ostpreuß. OTribunal Königsberg/Pr., 1875 GehRegR RK, 1877 RJA, 1880–96 RGR, 1870–72 MdA (NLP) *9/91* 33
- Kietzell, Ludwig v.** (1831–1884), Gerichtsschreiber zu Homberg/Efze, 1882 Pensionssache *127/94* 277
- Kindler, Josef** (geb. 1828), Gefangenenaufseher zu Pleß, 1888 Disziplinarsache *330/100* 193
- Kinel, Albert** (geb. 1825), 1850 Privatbaumeister-Prüfung, beschäftigt v. a. beim Bau der Deutz-Gießener u. Potsdam-Magdeburger Eisenbahn, 1865 staatl. Eisenbahn-Baumeister, 1867 BauR Eisenbahndirektion Kassel, 1869 GehBau- u. VortRr HandMinm., 1871 GehBauR Reichskanzleramt, 1872 GehORegR, 1877 Reichskanzleramt f. Elsaß-Lothringen, 1879 GehORegR Reichsamt f. d. Verw. d. Reichseisenbahnen, 1884 Wirkl.GehORegR, 1886 KronenO II. Kl., 1892 a. D. *242/97* 260v
- Kirchberg, Gustav** (geb. 1840), Regierungssekretariatsassistent zu Arnshausen, 1886 Disziplinarsache *245/98* 22
- Kirchhoff, Friedrich Wilhelm** (geb. 1840), Eisenbahnbetriebssekr. zu Elberfeld, 1887 Disziplinarsache *295/99* 249
- Kirsch, Hugo** (geb. 1836), Grenzaufseher zu Woischnik, Krs. Lublinitz, 1881 Disziplinarsache *93/93* 207
- Kitzing, Karl v.** (1849–1915), 1875 GerAss. u. Kreisrichter Lauenburg, 1878 RegAss. Köslin, 1884 RegR, 1886 Kassel, 1888 Hilfsarb., dann GehRegR Mdl, 1892 GehORegR, 1902 MinDir., 1912 Wirkl.GehR, 1913 a. D. *344/100* 292v
- Klar, Karl** (geb. 1846), Lehrer zu Gleinau, Krs. Wohlau, 1887 Disziplinarsache *289/99* 199
- Klatt, Ferdinand** (geb. 1840), Grenzaufseher zu Elgiszewo, Krs. Briesen, 1882 Disziplinarsache *141/94* 385
- Klauer, Heinrich** (geb. 1828), Lehrer zu Elm (Krs. Schlüchtern), 1883 Disziplinarsache *157/95* 137
- Kleber, Johann** (geb. 1832), Bgm. zu Kleinblittersdorf, Krs. Saarbrücken, 1885 Disziplinarsache *238/97* 234
- Klee, Hermann** (1845–1894), Dr. phil., 1874 Redakteur d. freikons. Zeitung „Die Post“, seit 1880 Artikel für die „Provinzial-Korrespondenz“, 1882–89 Hrsg. d. Pressekorrespondenz des Mdl „Neueste Mitteilungen“, 1889–94 Dir. d. Redaktion des Reichs- und Staatsanzeigers *137/94* 340v; *358/101* 106, 106v, *369/101* 244, *375/101* 297v, 298 f.
- Kleibaumhüter, Peter** (geb. 1839), Gemeindevorsteher zu Batenhorst, Krs. Wiedenbrück, 1884 Disziplinarsache *177/96* 30
- Klein**, Gefangenewärter zu Koschmin, RegBez. Posen, 1879 Disziplinarsache *16/91* 100
- Klein**, US-Amerikaner dt. Herkunft, der 1889 Einwohner von Samoa gegen deutsche Kolonialtruppen anführte *357/IV* 145–145v
- Klein, Ferdinand** (geb. 1843), Grenzaufseher zu Danzig, 1884 Disziplinarsache *206/96* 264
- Klein, Gustav Ferdinand Wilhelm** (geb. 1827), 1848–51 Armee v. Schleswig-Holstein, 1852 Dienst im Hzgtm. Nassau, zuletzt als Kriegskommissär, 1867 Intendanturassessor, 1868 Intendanturrat, 1875 GehKrR KrMinm., 1881 Wirkl.GehKrR, 1888 a. D. *15/91*; *76/93* 76v
- Klein, Karl** (1819–1898), Dr. theol., 1841 Priester Mainz, 1843 Sekr. Bischof Blum Limburg, 1852–69, 1883–84 GenVikar, bei Streitigkeiten zwischen Kirche u. Staat aktiv, 1876–83 faktischer

Leiter d. Diözese Limburg, seit 1880 für Ausgleich Kirche-Staat, 1885 Kandidat d. Regierung als Bischof v. Limburg, unterliegt J. Ch. Roos, 1886 als dessen Nachfolger Bischof v. Limburg, 1867–70 MdA (bkF) 215/97 26v; 270/98 328v; 353/101 53v, 379/101 344

**Kleinfeld, Friedrich Wilhelm Alexander** (geb. 1831), Lehrer und Küster zu Ritzleben, Krs. Salzwedel, 1882 Disziplinarsache 141/94 386

**Kleinschmidt, August** (1832–1898), Bürobeamter, 1851 Sekr. Reg. Marienwerder, 1858 Bürobeamter FinMinm., Kalkulator, dann RechR, 1872–97 Bürodirekt. AH, GehRechR, 1891 Titel GehRegR 176/96 17; 282/99 85; 348/96 321v; 352/101 21 f.

**Kleinsorgen, Adolf v.** (1834–1903), 1869 Kreisrichter Hechingen, 1879 Charakter als AGerR beigelegt, 1874–77 MdR, 1873–75 MdA (Zentrum) 22/91 138

**Kleinsorgen, Karl v.** (1829–1889), 1863 Kreisrichter Haltern, 1869 Meschede, 1879 Charakter als AGerR beigelegt, 1867–70 MdR (Freie Vereinigung, bkF), 1863–69, 1875–89 MdA (Centrum, Linkes Centrum, Zentrum) 22/91 138

**Kleist (-Retzow), Hans v.** (1814–1892), Rittergutsbes., 1844 RegAss., 1844–51 LandR Belgard, Juni 1851 RegPräs. Köslin, Juli 1851–November 1858 OPräs. Rheinprovinz, 1875–92 Vors. Generalsynodalvorstand, 1883 Wirkl.GehR, mit Bismarck verschwägerter führender konservativer Politiker, 1847/48 Mitgl. Vereinigter Landtag, August 1848 Vors. d. sog. Junkerparlaments, 1850 Mitgl. Erfurter Staatenhaus, 1849–53 Mitgl. 2. Kammer (Rechte), 1858 MdH (1876–92 Mitvors. Alte Fraktion) 1877–92 MdR (DkP) 12/91 58v–59v; 154/95 101; 270/98 330; 276/99 42v, 43, 278/99 60, 282/99 102, 104; 317/100 130, 319/100 142v

**Klemcke, Ludwig Leopold** (geb. 1834), Lehrer zu Plutwinnen, Krs. Fischhausen, 1889 Disziplinarsache 369/101 259

**Klement, Johann Friedrich Wilhelm** (geb. 1841), Gerichtsvollzieher zu Schrimm, 1887 Disziplinarsache 290/99 210

**Klene, Goswin** (geb. 1844), Lehrer zu Papenburg, 1882 Disziplinarsache 137/94 352

**Klenzahn, Wilhelm August Julius**, Gerichtsschreibergehilfe zu Lyck, 1884 Pensionssache 206/96 257, 259

**Klette, Carl Wilhelm**, Eisenbahn-Sekretär zu Berlin, 1879 Disziplinarsache 10/91 48

**Klitzing (-Schierokau), Wilhelm v.** (1828–1894), 1850–54 Militär, Rittergutsbes., 1873 LandR Lublinitz, 1886 Landesdir. Schlesien, wünscht 1890 erfolglos Rang d. Räte II. Kl., 1892 Mitgl. d. Ausschusses zur Untersuchung d. Stromverhältnisse 393/102 89v, 90

**Kloer, Louis** (geb. 1851), StAnw. zu Posen, 1887 Disziplinarsache 284/99 130

**Klopsch, Theodor**, kath. Priester, 1888 Dispensation 297/100 2

**Kloss, Adalbert** (geb. 1839), Lehrer zu Lubacz, Krs. Czarnikau, 1886 Disziplinarsache 258/98 189

**Klude, Carl August** (geb. 1844), Grenzaufseher zu Ober-Schmiedeberg, 1890 Disziplinarsache 352/101 42

**Klützw (-Dedelow), Hermann v.** (1813–1902), Rittergutsbes., RegAss. Merseburg, 1848 RegR, 1850 Liegnitz, 1852 Hilfsarb. MdI, enger Mitarb. v. Westphalens, 1854 GehRegR, 1857 GehORegR, 1872 Wirkl.GehORegR, 1876/77 kommissar. UStS, 1877 Wirkl.GehR, 1880 kein Orden zum Dienstjubiläum, 1878–96 lfd. Haupttritterschaftsdir. Kur- u. Neumark, 1886–95 Vors. Staatsschuldenkomm., Schatzmeister d. HausO v. Hohenzollern, 1884 durch Wilhelm I. Stern z. Roten AdlerO II. Kl., 1849–52, 1853–58 MdA (Rechte, v. Arnim), 1866 MdH 55/92 200v; 204/96 237

**Knack, Oskar** (1838–1906), 1859 Gerichtsaktuar, 1862 Bibliothekar im JMinm., 1867 höherer Bürobeamter im Bundeskanzleramt, 1872 Rendant u. RechR im Büro d. RT, 1880 Bürodirekt. RT, ca. 1892 GehRegR, 1889 KronenO III. Kl. 348/96 321, 321v; 352/101 21

**Knebel, Emerich Karl** (1839–1898), 1866 RegAss. Köln, 1868–70, 1872–75 LandR Zell/Mosel, 1870–72 KrsDir. Saarburg, 1875–90 LandR Merzig, GehRegR, 1873–98 MdA (NLP) 91/93 169; 105/94 64v, 65v

- Kneißler, Christoph**, Regierungskanzlist zu Bromberg, 1883 Pensionssache 158/95 147v, 150
- Knerk, Ferdinand** (1805–1881), 1829 Zivilsupernumerar Potsdam, 1833 Kalkulator-Assistent FinMinm., dann HausMinm., 1836 Geh. Expedierender Sekr. u. Kalkulator KuMinm., 1839 RechR, 1848 Hilfsarb., 1849 GehRegR u. VortrR Geh. KuMinm., 1856 GehORegR, 1881 a. D. u. Stern z. Roten AdlerO II. Kl. 87/93 158, 93/93 199
- Knie, Hermann** (geb. 1841), Lehrer zu Wüstendorf, Krs. Breslau, 1886 Disziplinarsache 269/98 321
- Knipping, Eduard** (geb. 1828), Inspektor zu Boppard, 1889 Disziplinarsache 371/101 283
- Knoblauch, Friedrich Wilhelm Heinrich** (geb. 1835), Kreisgerichtsbüro-Assistent zu Magdeburg, 1880 Disziplinarsache 59/92 239
- Knoblauch, Julius** (geb. 1840), Lehrer und Küster zu Reuden, RegBez. Magdeburg, 1883 Disziplinarsache 146/95 44
- Knoblauch, Kurt v.** (1829–1894), Rittergutsbes. auf Pessin, Ritterschaftsrat Mittelmärk. Ritterschaftsdirektion Berlin, Kreisdeputierter, 1881 Roter AdlerO IV. Kl. 60/92 248v
- Knorre, Friedrich Wilhelm Oskar** (geb. 1846), Strafanstaltssekr. zu Mewe, 1881 Disziplinarsache 84/93 144
- Kober, Otto** (1833–1886), 1857 RegRef. Merseburg, RegAss. u. RegR Potsdam, zeitw. Funktion als OPräsR, 1886 VerwGerDir. Merseburg 261/98 214v, 272/98 346
- Kobicke, Paul** (geb. 1850), Steueraufseher zu Bergedorf (b. Hamburg), 1885 Disziplinarsache 242/97 270
- Köbner, Ernst** (1844–1903), Kaufmann, seit 1866 Journalist an div. (nationalliberalen) Zeitungen, 1881 Redakteur d. „Nationalzeitung“ u. ab 1890 deren Chefredakteur, auch Korrespondent d. Münchener „Allgemeinen Zeitung“ 359/101 135v
- Koch, Bernhard** (geb. 1821), Revierförster zu Latrop, Krs. Meschede, 1884 Disziplinarsache 197/96 169
- Koch, Friedrich** (geb. 1844), Eisenbahnbetriebssekr. zu Berlin, 1882 Disziplinarsache 125/94 253
- Koch, Friedrich** (geb. 1847), Bahnmeister zu Schlüchtern, 1889 Disziplinarsache 369/101 260
- Koch, Georg** (geb. 1851), Gerichtsschreibergehilfe zu Bockenheim, Krs. Hanau, 1887 Disziplinarsache 296/99 258
- Koch, Gustav** (1829–1905), 1859 RegAss. Liegnitz, 1860 Landratsamtsverw. Hirschberg, dann Reg. Marienwerder, 1867 Landratsamtsverw. Thorn, 1868 RegR Erfurt, 1881 ORegR Königsberg, 1883 Koblenz, 1897 a. D. 162/95 193v
- Koch, Hermann Karl** (geb. 1827), Stationsvorsteher zu Kassel, 1882 Disziplinarsache 141/94 387
- Koch, Johann** (geb. 1838), Gerichtsdienner zu Oppeln, 1883 Disziplinarsache 157/95 138
- Koch, Mathias** (geb. 1842), Gerichtsdienner u. Gefangenenwärter zu Schenefeld, Krs. Rendsburg, 1887 Disziplinarsache 289/99 200
- Koch, Philipp** (1813–1903), 1839 kurhess. Justizdienst, 1846 OFinAss. Kassel, div. Verwendungen, 1855 OFinR u. VortrR hess. FinMinm., 1860 VortrR im Gesamt-StMinm. u. Geh. Kabinett d. Kurfürsten, 1864 GehOFinR im Obersteuerkollegium, 1867 preuß. RegR Kassel, Titel GehRegR, 1871 ORegR Kassel, 1880–83 RegVizepräs. Schleswig 43/92 116; 162/95 193v
- Koch, Robert** (1843–1910), Bakteriologe, 1866 Dr. med., 1871 Kreisphysikus Wollstein, 1876 Milzbrand-Erreger entdeckt, 1880 RegR kais. Gesundheitsamt Berlin, 1884 Cholera-Erreger entdeckt u. MdStR, 1885 Prof. Berlin, Entdecker d. Tuberkulin, 1891 auf Wunsch Wilhelms II. Großkreuz Roter AdlerO, 1891–1904 Dir. Inst. f. Infektionskrankheiten Berlin, Generalarzt, GehMedR, 1893 Großkreuz Roter AdlerO, 1904 Mitgl. Akad. d. Wiss., 1905 Medizin-Nobelpreis 199/96 188, 189, 190, 191v, 192
- Kochanowsky, Rudolph**, Kreisgerichtsbote zu Cosel, 1880 Disziplinarsache 29/92 16
- Kögel, Rudolf** (1829–1896), D., 1854 Pfarrer Nakel, 1857 dt. Gemeinde Den Haag, 1863 Hof- und Domprediger sowie Hilfsarb. KuMinm., 1864 OKonsR u. VortrR, 1872 Rat II. Kl., 1873

Oberhofprediger, 1879 Mitgl. Ev. OKirchenR u. Generalsuperintendent Kurmark, 1887 Genehmigung zum Halten d. Einleitungspredigt einer kirchenpolit. Versammlung versagt 56/92 203v; 276/99 42v, 277/99 47v

**Kohleis, Hermann** (1825–1883), Jurist, 1864 Kreisrichter Gostyn, 1865 2. Bgm. Posen, 1870 1. Bgm. Posen, 1872–83 MdH 224/97 101v

**Köhler, Ernst** (1856–1924), 1882 GerAss., dann RegAss., OZollInsp. bei der Provinzialsteuerdir. d. Rheinprovinz, 1884 Hilfsarb. FinMinm., 1886/87 OZollInsp. Aachen, 1888 RegR, 1889 GehFinR, 1892 GehOFinR, 1897 Provinzialsteuerdir. Stettin, 1905–20 MinDir. FinMinm. (GenDir. d. Zölle u. indirekten Steuern), 1913 Wirkl.GehR 285/99

**Köhn v. Jaski, Franz Ferdinand** (geb. 1820), 1846 Gutsbes., 1854 2. Kreisdeputierter, 1873 1. Kreisdeputierter Krs. Angerburg, 1858–67 Mitgl. ProvLT Preußen, 1876 LandR Angerburg, politisch freisinnig, 1883 von Puttkamer i.e.R. versetzt, da er Erlasse des Gumbinner RegPräs. Steinmann zur Wahlkreisgeometrie an die AH-Wahl 1882 anfechtende Freisinnige mitteilte u. dies in Presse u. AH öffentlich wurde 150/95 70, 163/95 197v

**Kolbe, Maximilian** (1838–1899), 1864 GerAss., 1866 RegAss. Verw. d. indirekten Steuern, Oberinspektor, 1874 RegR Provinzialsteuerdirektion Posen, 1875 Köln, 1882 Reichsbevollm. für Steuern u. Zölle Dresden u. Titel GehRegR, 1885 ORegR Provinzialsteuerdirektion Danzig, 1890 Provinzialsteuerdir. u. GehFinR, 1894 GehOFinR, 1898 a. D. 214/97 16; 382/102 11

**Kolenda, Franz** (geb. 1845), Exekutor z. D. zu Zabrze, 1881 Disziplinarsache 79/93 97

**Kollath, Gustav** (1855), Lehrer zu Gardin, Krs. Regenwalde, 1886 Disziplinarsache 261/98 217

**Köller, Ernst v.** (1841–1928), RegAss., 1869 LandR Cammin, 1888 PolPräs. Frankfurt/M., 1889–94 USSt im Minm. f. Elsaß-Lothringen, 1894–95 Minr.dI, 1897 OPräs. Schleswig-Holstein, 1901–08 StS f. Elsaß-Lothringen, 1881–89 MdR (DkP), 1908 MdH 292/99 220v; 397/102 160

**Köller, Georg v.** (1823–1916), Rittergutsbes., 1850–68 LandR Kammin, Vors. ProvLT v. Pommern, führender kons. Politiker, 1884 MdStR, 1886 Wirkl.GehR, 1866–1903 MdA (DkP; 1879–97 AH-Präs.) 32/92 44, 45/92 125v, 50/92 174; 118/94 203; 148/95 66, 158/95 143, 168/95 246; 178/96 34, 179/96 50, 189/96 102; 216/97 39v; 263/98 229v; 304/100 53v, 306/100 63v, 321/100 157; 352/101 21, 21v, 22

**Köllner**, Intendanturrat V. AK Posen, ca. 1856 Intendant VIII. AK Koblenz, vor 1868 GehKrR KrMinm., Wirkl.GehKrR u. Abt.-Chef, Mitgl. d. Direktion d. Potsdamer Gr. Militärwaisenhauses, 1877 Stern zum KronenO II. Kl., obwohl nur Rat II. Kl., 1882 Rang d. Räte I. Kl., 1884 a. D. 98/94 8; 174/95 304v

**Kolterjahn**, Schuldiener, 1887 Allg. Ehrenzeichen verweigert, da zu kurz im Dienst 290/99 208v

**Költze, Helmuth** (geb. 1850), Gerichtsschreiber zu Tondern, 1886 Disziplinarsache 268/98 307

**Könen, Wolfgang v.** (1845–1896), RegAss. u. RegR Breslau, 1882 Hilfsarb. FinMinm., 1884 GehFinR, 1886 Geh. Seehandlungsrat, 1890 GehOFinR, 1894 a. D. 267/98 270

**König, Anton Heinrich**, Schutzmann zu Breslau, 1882 Pensionssache 131/94 301v, 303

**König, August** (geb. 1849), Grenzaufseher zu Reichenstein, Krs. Frankenstein, 1887 Disziplinarsache 279/99 69

**König, Carl Wilhelm**, Grenzaufseher zu Wilhelmsthal, RegBez. Breslau, 1882 Disziplinarsache 126/94 268

**König, Christian** (geb. 1832), Volksschullehrer zu Großauheim, Krs. Hanau, 1883 Disziplinarsache 163/95 199

**König, Christian Theodor**, Arresthaus-Aufseher zu Elberfeld, 1887 Pensionssache 279/99 61v, 65

**Koenig, Wilhelm v.** (1833–1904), 1860 RegAss., 1867 Landratsamt Lublinitz, 1868 LandR Obertaunuskreis Bad Homburg, 1876–98 PolPräs. Köln, 1876–88 auch LandR 143/95 13, 14v

**König, Wilhelm** (geb. 1833), Lehrer zu Ebertshausen, Krs. Schleusingen, 1884 Disziplinarsache 197/96 170

- Königs, Gustav Adolph** (1845–1896), Dr., 1867 ReRef., 1872 RegAss. Koblenz u. bis 1874 Hilfsarb. HandMinm., anschließend f. Amerika- u. Asien-Reise beurlaubt, 1876 Reg. Düsseldorf, 1881 RegR, Mitarb. u. Berater d. RegPräs. v. Berlepsch, 1887 als Hilfsarb. HandMinm. vorgesehen, 1888 ORegR Düsseldorf, 1890 durch Berlepsch GehRegR HandMinm., 1893 GehORegR 293/99 223
- Königsdorff, Felix Graf v.** (1835–1924), mehrfacher Rittergutsbes., Kreisdeputierter, 1879 LandR Rummelsburg, aufgrund Gerichtsauseinandersetzungen wegen Schulden zeitw. beurlaubt, 1888–1900 PolPräs. Kassel, 1873–79 MdA (RFKP) 338/100 227
- Konkol, Wilhelm Joseph** (geb. 1857), Gefangenenaufseher zu Kattowitz, 1887 Disziplinarsache 289/99 201
- Kopp, Georg** (1906: v.) (1837–1914), zunächst Telegraphenbeamter, 1862 Priester Hildesheim, 1865 Hilfsarb. Generalvikariat Hildesheim, 1872 GenVikar, 1881 Bischof von Fulda, 1887 Fürstbischof von Breslau, Vermittler bei der Beendigung des Kulturkampfes, 1886 MdStR, 1893 Kardinal, 1906 mit Schwarzem AdlerO nobilitiert, 1886 MdH 95/93 223v, 96/93 227; 162/95 193; 205/96 253, 209/96 286; 232/97 177v, 240/97 250; 270/98 329, 329v; 274/99 8, 21v, 22v, 282/99 92v, 97 f., 99; 297/100 7, 8v, 301/100 36v; 351/101 15v; 393/102 86v, 88v
- Köppen, Oberst**, Garnisonsältester des 55. Inf. Rgt. am Standort Bielefeld 220/97 67
- Korb, Heinrich Gustav** (1805–1880), Dr. jur., 1829 GerAss., 1833 JusR Stadtger. Breslau, 1835 OLGR Breslau, 1849/50 GehJusR u. VortR JMinm., 1850 Vizepräs. AppGer. Glogau, 1855 Präs. AppGer. Stettin, 1875 Wirkl.GehOJusR, 1879 a. D. u. Wirkl.GehR 11/91 57
- Körber (-Körberode), Adolf** (1861: v.) (1817–1895), 1839 Gutsverw., bekannter Landwirt, 1871 Generallandschaftsdir. Westpreußen, 1887 Stern z. KronenO II. Kl., 1894 Wirkl.GehR, 1849, 1867–70, 1882–90 MdA (Rechtes Centrum, RFKP), 1890 MdH 283/99 117v
- Körfer, Franz** (geb. 1846), Lehrer zu Büsbach, Krs. Aachen, 1885 Disziplinarsache 226/97 126
- Körl, Julius** (geb. 1842), Lehrer zu Liegnitz, 1884 Disziplinarsache 183/96 80
- Kornitzki, August** (geb. 1820), Lehrer und Küster zu Berlin, 1879 Disziplinarsache 16/91 101
- Kornowsky, Eduard** (geb. 1859), Lehrer zu Zabno-Hauland, Krs. Schrimm, 1888 Disziplinarsache 330/100 194
- Korum, Michael Felix** (1840–1921), 1865 Dr. theol. Univ. Innsbruck u. Priester in Straßburg, 1869 Prof. am Priesterseminar Trier, 1880 Münsterpfarrer, 1881 Bischof von Trier 86/93 157v, 88/93 160–160v; 240/97 250; 274/99 10v, 286/99 151
- Kosinsky, Victor** (geb. 1846), Lehrer zu Sulencin-Hauland, Krs. Schrimm, 1887 Disziplinarsache 295/99 250
- Kossatz, Hermann Paul** (geb. 1846), Gerichtsbote u. Exekutor zu Spremberg, 1880 Disziplinarsache 46/92 141
- Kossmann, Emil** (geb. 1843), Gefangenenerwärter zu Karthaus, 1890 Disziplinarsache 397/102 171
- Kostka, Johann** (geb. 1838), Steueraufseher zu Aachen, 1884 Disziplinarsache 197/96 171
- Kostrzewa, Wilhelm** (geb. 1839), Gefangenenaufseher zu Ortelsburg, 1884 Disziplinarsache 210/96 295
- Kotschi, Johann** (geb. 1820), Lehrer zu Gottmannsdorf, Krs. Pless, 1886 Disziplinarsache 268/98 308
- Kowalski, Ignaz** (geb. 1842), Steueraufseher zu Linnich, Krs. Jülich, 1888 Disziplinarsache 344/100 300
- Kownatzki, Carl Julius** (geb. 1839), Gerichtsschreibergehilfe zu Königsberg, 1882 Disziplinarsache 141/94 388
- Kozuszkiewicz, Theodor** (geb. 1830), Lehrer zu Bukwitz, Krs. Fraustadt, 1885 Disziplinarsache 214/97 22
- Kraemer, Richard** (geb. 1843), Förster zu Meckbach, Krs. Hersfeld, 1884 Disziplinarsache 210/96 296

- Krahmer, Friedrich Ludwig** (1810–1893), 1833 Dr. med., PD Halle, 1845–90 Prof. Univ. Halle/S., v. a. Gerichtsmediziner, ab 1859 Stadtphysikus, GehMedR, 1883 zum 50-j. Doktorjubiläum KronenO II. Kl. *157/95* 114v
- Krakau, Hermann Theodor** (geb. 1828), Kreissteuereinnehmer zu Beuthen/OS, 1884 Disziplinarsache *206/96* 265
- Krämer, Dietrich** (geb. 1844), Gerichtsschreiber zu Altena, 1885 Disziplinarsache *226/97* 127
- Kramer, Ernst Friedrich Eduard** (geb. 1839), Gefangenenaufseher zu Halle/S., 1887 Disziplinarsache *295/99* 251
- Kramer, Theodor** (1848–1891), 1875 GerAss. Schweidnitz, dann Ratibor, 1876 Justitiar d. Staatl. Vermögensverw. d. Erzdiözese Köln, 1877 RegAss., 1884 RegR, 1885 Reg. Köln, dann Düsseldorf, 1886 Trier, 1888 Hilfsarb., 1889 GehRegR KuMinm., wegen Krankheit 1890 a. D. *375/101* 300v
- Krameyer**, Brandinspektor zu Berlin, 1887 Disziplinarsache *287/99* 158, 164
- Kraucke, Gustav** (geb. 1834), Katasterkontrolleur u. Steuerinspektor zu Breslau, 1882 Disziplinarsache *126/94* 269
- Krause, Karl**, Zollempfänger zu Schillehnen (Krs. Pillkallen), 1880 Disziplinarsache *31/92* 34
- Krause, Karl Friedrich August**, Schutzmann zu Köln, 1887 Pensionssache *279/99* 61v, 66
- Kraut, Georg** (gest. 1890), 1858 hannov. Amtsass. Burgdorf, dann bis 1866 beim Oberzollkollegium, 1867 RegR Provinzialsteuerdirektion Hannover, 1879 Hilfsarb. FinMinm., 1882 Reichsbevollm. f. Steuern u. Zölle bei der kais. Direktion der Zölle u. indirekten Steuern Straßburg/E., 1883 GehRegR RSA, 1887 GehORegR *45/92* 128
- Krebs, Friedrich Wilhelm Alexander** (geb. 1836), Obersteuerkontrolleur aus Strehlen, z. Z. zu Berlin, 1881 Disziplinarsache *83/93* 130
- Krebs**, Strafanstaltsgeistlicher Werder/H., 1881 Roter AdlerO IV. Kl. *60/92* 248v
- Kreidel**, Lehrer zu Oppeln, 1885 will Goßler sein Verhalten disziplinarisch prüfen *234/97* 183v
- Kreidel, Oskar** (geb. 1839), 1865 GerAss., 1867 Garnison-Auditeur, 1868 Division-Auditeur, 1873 Militär-Intendanturrat Garde-Korps, 1881 GehKrR KrMinm., 1886 Intendant III. AK Berlin, 1887 Wirkl.GehKrR, 1904 a. D. *76/93* 76v
- Krementz, Philipp** (1819–1899), 1842 Priester, 1848–68 Pfarrer Koblenz u. Kontakt zu Königin Augusta, 1868 Bischof v. Ermland, 1869/70 gegen das päpstl. Unfehlbarkeitsdogma, 1885 Erzbischof v. Köln als erster Bischof nach Kulturkampf mit Orden ausgezeichnet, 1893 Kardinal, 1895 KronenO I. Kl. *177/96* 19, *205/96* 253, *207/96* 269v; *232/97* 177v, *240/97* 250; *247/98* 48v, *258/98* 178v, 179, *272/98* 346; *282/99* 101; *343/100* 284, 284v, 286v; *351/101* 16, *362/101* 170 f.
- Krengel, Hermann Anton**, Ökonomiekom. zu Liebenwerda, 1879 Disziplinarsache *10/91* 49
- Krieger, Richard** (1818–1906), 1844 GerAss., RegAss. u. Oberzollinspektor Kranenburg, 1854 RegR Potsdam, 1862 (Straf-) Versetzung zur Provinzialsteuerdirektion Posen, 1869 Vereins- bzw. Reichsbevollm. bei der Mecklenburgischen Zoll- u. Steuerdir. Schwerin, 1872 GehRegR., 1875 Provinzialsteuerdir. Stettin, 1879 Altona, 1880 Titel GehOFinR, zuletzt Wirkl.GehOFinR, 1901 a. D., 1867 Mitbegründer NLP, 1862–68 MdA (DFP, NLP), 1867–69, 1871–77 MdR (NLP) *55/92* 200
- Kriesche, Heinrich Wilhelm Bernhard** (geb. 1831), GerSekt. zu Arnswalde, 1889 Disziplinarsache *369/101* 261
- Kroezus, Carl Ferdinand William** (geb. 1860), Lehrer zu Baubeln, RegBez. Gumbinnen, 1888 Disziplinarsache *344/100* 301
- Krohn, Karl** (geb. 1839), Bahnmeister zu Guntershausen, Krs. Kassel, 1887 Disziplinarsache *279/99* 70
- Krolkowski, Anton** (geb. 1853), Lehrer zu Lonkocin, Krs. Adelnau, 1890 Disziplinarsache *397/102* 172
- Kröning, Friedrich Wilhelm** (geb. 1833), Steuereinnehmer zu Soest, 1884 Disziplinarsache *204/96* 243

- Kroscher, Felix** (geb. 1835), Magistratssekr. zu Berlin, 1883 Disziplinarsache *160/95* 180
- Krosigk, Vollrath v.** (1819–1889), 1844 RegRef. Magdeburg, dann RegAss. Liegnitz, 1848 Güterverwaltung, Fideikommißbes. u. Erbtruchseß im Hzgtm. Magdeburg, 1876–84 Vors. ProvLT Prov. Sachsen, 1876–80 auch ProvAusschuß, 1880 Wirkl.GehR, 1883 Stern z. Roten AdlerO II. Kl., 1882–85 MdA (DkP), 1887 MdH *42/92* 102v; *162/95* 188
- Krossa, Otto Conrad**, PolLtn. zu Berlin, 1879 Pensionssache *10/91* 40
- Krüger, David Traugott** (geb. 1843), Steuererheber zu Berlin, 1883 Disziplinarsache *170/95* 279
- Krüger, Friedrich Heinrich Carl** (geb. 1843), Rektor zu Wusterhausen/Dosse, 1880 Disziplinarsache *59/92* 240
- Krüger, Friedrich**, Wagenmeister zu Landsberg/W., 1881 Pensionssache *91/93* 174, 175
- Krüger, Hermann** (geb. 1812), 1839 GerAss. Berlin, Stadtger. Berlin, 1850 StadtGerR, 1862 KGR, 1867 GehJusR JMinm., 1868 Präs. Stadtger., 1879 Präs. LG Berlin I, 1873 GehOJusR, 1880 a. D. *28/92* 2
- Krüger, Johann Friedrich** (geb. 1838), Lehrer u. Küster zu Groß-Benz, Krs. Naugard, 1890 Disziplinarsache *397/102* 173
- Krüger, Michael** (gest. 1902), Dompropst zu Frauenburg, 1890 KronenO II. Kl. *394/102* 117
- Krupp, Alfred (Alfried)** (1812–1887), Begr. d. Weltunternehmens (1826: 7, 1887: 20 200 Arbeiter), entwickelt Gußstahl- u. Waffenproduktion, ab 1848 alleiniger Inhaber d. Fa., 1861 Geh. Kommerzienrat, 1885 an Plazierung einer japan. 60 Mio. Silberanleihe beteiligt *222/97* 73
- Krupp, Friedrich Alfred** (1854–1902), Montanindustrieller, 1887 Chef d. Fa. u. Geh. Kommerzienrat, 1890 MdStR, 1900 Wirkl.GehR, 1890–93 MdR (bkF), 1897 MdH *388/IV* 193; *392/102* 78v
- Krzoska, Wenzeslaus** (geb. 1829), Lehrer zu Königl. Jankowitz, Krs. Rybnik, 1884 Disziplinarsache *210/96* 297
- Krzywicki, Richard**, Gerichtsschreiber, Sekr. zu Wirsitz, 1881 Disziplinarsache *91/93* 179
- Kubale, Richard**, Gerichtsschreibergehilfe zu Schubin, 1886 Pensionssache *259/98* 196, 202
- Kuball, August** (geb. 1830), Amtsvogt zu Fallingbostel, 1881 Disziplinarsache *93/93* 208
- Kuberek, Josef** (geb. 1838), Lehrer zu Pawlowitz, Krs. Pleß, 1889 Disziplinarsache *379/101* 356
- Kubicki, Conrad** (geb. 1835), Dr. phil., Oberlehrer am Kgl. Gymnasium zu Glatz, 1884 Disziplinarsache *192/96* 128
- Kubitz, Friedrich Ernst** (geb. 1853), Lehrer und Küster zu Lipten, Krs. Calau, 1887 Disziplinarsache *289/99* 202
- Kucklick, Johann** (geb. 1844), Lehrer zu Melno, 1885 Disziplinarsache *236/97* 209
- Kuczpiol, Johann** (geb. 1843), Gerichtsdiener u. Gefangenenaufseher zu Karlsruhe i. Schl., 1885 Disziplinarsache *236/97* 210
- Kügler, Max** (1845–1902), 1866 Dr. jur. Halle, 1871 GerAss. KrsGer. Berlin, 1874 Justitiar Provinzialschulkollegium Posen u. RegAss., 1880 RegR, 1882 Hilfsarb. KuMinm., 1883 GehRegR, GehORegR, 1889–1902 MinDir. (Volksschulabt.), 1899 Wirkl.GehR, 1902 Präs. OVG *140/94*; *177/96* 20v, 21, *199/96*, *210/96* 287v; *379/101* 338v
- Kuglin, Hermann**, Lehrer zu Groß-Budziska, Krs. Tuchel, 1880 Disziplinarsache *38/92* 84
- Kühling, Gerhard**, kath. Priester zu Bonn, 1888 Dispensation *345/96* 310
- Kuhlmann, Heinrich** (geb. 1838), Eisenbahnbetriebssekr. zu Stolp, 1883 und 1885 Disziplinarsache *170/95* 280; *214/97* 23
- Kühlwetter, Friedrich** (1866: v.) (1809–1882), 1834 GerAss., 1836 StAnw. Düsseldorf, 1845 Dir. Düsseldorf-Elberfelder Eisenbahnges., Mai 1848 RegPräs. Aachen, Juni–Sept. 1848 Minr.dI, 1848–66 RegPräs. Aachen, 1866 RegPräs. Düsseldorf, 1870/71 Zivilkom. Elsaß, 1871–82 OPräs. Westfalen, Wirkl.GehR, 1848 Mitgl. 2. Vereinigter LT u. stellv. Mitgl. preuß. NatVers., 1849/50 Mitgl. 2. Kammer (Linke) *78/93* 84v; *107/94* 74v, *132/94* 305v, *134/94* 320v, *135/94* 327v; *220/97* 67v



- Kühlwetter, Friedrich** (1866: v.) (1836–1904), Sohn des OPräs., 1863 LandR Bernkastel, 1881–1904 Düsseldorf, GehRegR, Mitgl. ProvLT Rheinprovinz, 1870–73 MdA (RFKP) 132/94 306, 134/94 320v; 371/101 282v
- Kühn, Eduard Herrmann** (geb. 1834), Lehrer zu Lubsee, Krs. Schwetz, 1881 Disziplinarsache 84/93 145
- Kühn, Friedrich** (geb. 1838), Lehrer zu Rosko, Krs. Filehne, 1887 Disziplinarsache 287/99 165
- Kühn, Julius** (1825–1910), Dr. med., 1862–95 Prof. Halle u. Dir. landwirt. Institut, Begründer d. landwirt. Unterrichts an Universitäten, GehORegR, 1894 Roter AdlerO II. Kl., 1903 Wirkl.GehR 302/100 43v
- Kuhn, Wilhelm** (geb. 1843), Elementarlehrer und Turnlehrer zu Salzwedel, 1880 Disziplinarsache 59/92 241
- Kühne, Hermann** (1818–1887), Dr. jur., Vizepräs. OGer. Stade, Präs. OGer. Celle, 1875 Präs. AppGer. Greifswald, 1879 Präs. OLG Celle 278/99 60v
- Kühne, Karl Philipp** (1820–1901), 1845 RegRef. Bromberg, 1849 RegAss., 1849/50 interim. LandR Wirsitz, 1851 LandR Mogilno, 1863 RegR Danzig, 1867 Bromberg, 1872 ORegR Kassel, 1886 z. D. u. KronenO II. Kl., 1891 a. D. 259/98 199v
- Kühne, Rudolph** (geb. 1838), Bgm. zu Zehden, Krs. Königsberg/Nm., 1881 Disziplinarsache 79/93 98
- Kuhnow, Johann Eduard Christhilf** (geb. 1843), Gerichtsvollzieher zu Berlin, 1886 Disziplinarsache 255/98 131
- Kuhnow, Paul** (1846–1909), 1871 GerAss., 1877 Stadtrichter Berlin, 1881 RegAss. u. Syndikus d. TU Berlin-Charlottenburg, 1881 RegR, 1887 Hilfsarb. KuMinm. u. Justitiar d. Provinzialschulkollegiums Berlin, 1889 ORegR Arnsberg, 1891 Magdeburg, 1897 OVGR 373/101 291v
- Kuhphal**, Schutzmann zu Stettin, 1889 Pensionssache 379/101 336, 349
- Kuhr, Franz Otto** (geb. 1853), Lehrer zu Oberlakendorf, Krs. Elbing, 1887 Disziplinarsache 289/99 203
- Kunkel, Albert** (geb. 1830), Obersteuerkontrolleur zu Nikolai, Krs. Pless, 1883 Disziplinarsache 150/95 76
- Kunowski, Julius Bernhard** (geb. 1835), Lehrer zu Ramkau, Krs. Danziger Höhe, 1882 Disziplinarsache 114/94 178
- Kunowsky, Otto v.** (1824–1907), Dr. jur., 1849 GerAss., 1850 Kreisrichter Ratibor, 1858 Dir. KrsGer. Rybnik, 1859 Beuthen/OS, 1867 Neuruppin, 1871 OTribunalR, 1873 Vizepräs. AppGer. Stettin, 1876 Präs. AppGer. Posen, 1879 Präs. OLG Posen, 1887 Breslau, 1903 a. D., 1889 Wirkl. GehOJusR, 1895 Wirkl.GehR, 1904 a. D., 1861 MdA-Kandidat (KoP) 376/101 323v
- Kuntze, Georg Karl Theodor** (geb. 1833), 1855 Landdrosteisekr. Pinneberg, 1858 Assistent im dän. Minm. f. Holstein u. Lauenburg, 1862 1. Expeditionsekr., 1865 Reg. Schleswig-Holstein, 1868 RegAss., 1871 RegR Schleswig, 1883 Roter AdlerO IV. Kl., 1890 GehRegR, 1900 a. D. 141/94 378v
- Küntzel, Oscar** (1834–1914), 1861 GerAss. Posen, 1864 Kreisrichter Samter, 1867 Schroda, 1875 StadtGerR Berlin, 1879 Landrichter LG Berlin I, 1881 KGR, 1885 GehJusR JMinm., 1889 GehOJusR, 1894 Wirkl.GehOJusR JMinm., 1893 Vors. 2. Komm. zur Ausarbeitung d. BGB, 1896 Präs. OLG Marienwerder, 1900–13 UStS JMinm., Bevollm. z. BundesR, 1902 Wirkl.GehR 370/101 265
- Kunz, Bernhard** (geb. 1844), Gerichtsvollzieher zu Schwerin/W., 1886 Disziplinarsache 255/98 132
- Kunze, Friedrich** (geb. 1842), 1869 GerAss., 1871 Kreisrichter Reichenbach, 1877 RegAss., 1879 RegR Ministerial-, Militär- u. Baukomm. Berlin, 1882 RegR Oppeln, 1884 Merseburg, 1886 Hilfsarb. u. GehFinR FinMinm., 1888 OVGR, 1899 a. D. u. Wirkl.GehORegR 268/98 297 f.; 310/100 89

**Kunze, Johann Carl Gottlob** (geb. 1827), Lehrer u. Küster zu Groß-Leinungen, Mansfelder Gebirgskreis, 1883 Disziplinarsache *150/95* 77

**Kunze, Reinhold Ottomar Louis** (geb. 1837), Lehrer zu Bergkolonie, Krs. Oststernberg, 1884 Disziplinarsache *180/96* 59

**Kupfernagel, Friedrich Carl** (geb. 1852), Lehrer u. Küster zu Zöschen, Krs. Merseburg, 1887 Disziplinarsache *284/99* 131

**Kurlbaum, Karl** (1829–1906), Dr. jur., 1856 GerAss., 1859 Stadt- u. Kreisrichter Magdeburg, 1869 AppGerR Hamm, 1872 GehJusR JMinm., 1875 GehOJusR, 1874 Mitgl. I. Kommission zur Ausarbeitung d. BGB, 1889 KronenO II. Kl., 1889 Präs. OLG Stettin, 1900 Wirkl.GehR *358/101* 105

**Kurowsky, Friedrich v.** (1844–1909), 1871 RegAss. Marienwerder, dann Danzig, 1874 Hilfsarb. AA, 1875 auch StMinm., 1880 RegR StMinm., 1881 GehRegR, 1884 GehORegR, 1895 Wirkl.GehORegR, 1877–87 auch Kurator d. Reichs- u. Staatsanzeigers, Okt. 1898 a. D. *2/91* 5; *87–88/93*; *102/94* 18, *103–104/94*, *106/94*, *111/94*, *125/94*, *127–128/94*, *134/94* 326–326v; *160/95* 178–185, *161/95*; *180/96* 55, 56–65, *192/96* 123, 128, 130–138, *193/96* 140, *199–200/96*, *201/96* 209v; *224/97*, *229/97*, *236/97* 212, *237/97* 216 f., 221, 223, 225, *238/97* 233–236, *239/97* 248, *242/97* 260, 266, 268, 272 f.; *245/98* 26, *253/98*, *255/98* 123, 130, 132, 136, *263/98* 234, 237, *264–265/98*, *269/98* 313, 317, 322 f., *271/98* 338, 341, 343, *272/98* 346, 349; *274/99* 3, 33 f., *279/99* 61v, 67 f., 72, *284/99* 122, 125, 133, *285/99* 138v, *287/99* 158, 160, 171 f., *288/99* 174, 177, 180, 182, 184, *289/99* 189v, 195–197, 199, 205, *290/99* 208–208v, *293/99* 225 f., 229, *295/99* 233, 249, *251–254*, *296/99* 256v, 258 f., 262; *300/100* 17, 20, 24, *312/100* 92, 109 f., *320/100*, *335/100* 209v, 210–218, *336–338/100*, *344/100* 295, 297, 301, 304, 307; *345/96*; *352/101* 18, 19–19v, 20v, 43, *360/101* 137v, 141, 153 f., *369/101* 243, 259–261, *370/101* 272 f., 277, *371/101* 279, 283–285, *372/101*, *373/101* 289 f., *374/101*, *379/101* 357, 359; *386/102* 37 f., 40, *394/102*, *395/102* 122v, *397/102* 162v, 164, 174 f., 177, 182, 187

**Küster** (geb. 1826), 1854 forstliche Staatsprüfung, 1857 Oberförster Mützelburg, 1868 Forstmeister Marienwerder, 1877 Stettin, 1882–1900 OForstmeister Stralsund *132/94* 305, *137/94* 360

**Küster, Heinrich** (1821–1904), 1847 hannov. Amtsass. Winsen a. d. L., 1849 Hilfsarb. MdI Hannover, 1852 Ministerialreferent, 1857 RegR, 1867 Hilfsarb. MdI, 1868 Titel GehRegR, 1869 VotrR, 1872–85 RegPräs. Stade *225/97* 104v

**Kwiatkowski** (geb. 1835), 1867 Pfarrer, auch Schulinspektor, Propst Margonin, 1886 Domkapitular (staatl. Nomination) Posen-Gnesen *254/98* 114

**Laak, Karl v.** (geb. 1846), Gerichtsschreiber zu Königswinter, Siegkreis, 1886 Disziplinarsache *268/98* 309

**Laband, Paul** (1838–1918), 1858 Dr. jur., 1864 Prof. Königsberg, 1872 Straßburg, 1880 MdStR Elsaß-Lothringen, 1908 kais. Wirkl.GehR, führender (rechtspositivistischer) Staatsrechtskommentator d. Dt. Reiches, 1911 Mitgl. I. Kammer Elsaß-Lothringen *3/91* 8v; *283/99* 109; *394/102* 101

**Lade, Eduard** (1901: Frh.) (1877: v.) (1817–1904), Kaufmann, 1861 Weingutsbesitzer Geisenheim, Propagator des Obst- und Weinbaus, 1871 Gründer und Leiter d. staatl. Lehranstalt für Obst- und Weinbau, Förderer des Niederwalddenkmals, deshalb 1883 KronenO II. Kl. *162/95* 193

**Ladenberg, Philipp** (1817: v.) (1769–1847), 1795 Kriegs- u. DomänenR Ansbach, 1806 Dir. Domänenkammer Bialystock, 1807 Marienwerder, 1809 RegDir. Potsdam, 1810 Dir. d. Abt. f. direkte u. indirekte Steuern im FinMinm., 1817 StR u. Dir. in der Generalkontrolle, 1823–34 Präs. Oberrechnungskammer, 1825/26 Leitung d. Generalkontrolle u. Wirkl.GehR, 1834–42 Chef der Abt. f. Domänen u. Forsten (2. Abt.) im HausMinm., ab 1837 Geh. StMinr. *92/93* 190 f.

**Lakus, Otto** (geb. 1858), Gerichtsschreibergehilfe zu Nordenburg, Krs. Gerdauen, 1886 Disziplinarsache *266/98* 268

**Lammel, Richard**, Kreisgerichtsbote u. Exekutor zu Falkenberg/OS, 1879 Disziplinarsache *16/91* 102

**Lampe, Heinrich Carl** (geb. 1846), Gemeindegullehrer zu Berlin, 1887 Disziplinarsache 287/99 166

**Lampe**, Intendanturrat II. AK Stettin, 1879 Militärintendant II. AK Stettin 8/91 31

**Landau, Jacob** (1882 in Sachsen-Coburg-Gotha: Frh. v.) (1822–1882), Banklehre in Breslau u. Hamburg, 1845 Berliner Stadtbürger, dann wieder Breslau, gründet 1852 das Bankhaus J. Landau, Berlin, das er zu einer führenden Privatbank Berlins ausbaut, 1871 Mitbegr. Laurahütte/OS, 1877 Geh. Kommerzienrat, 1882 Freiherren-Titel durch Herzog Ernst II., was Preußen aber nicht anerkennt 113/94 138 f.

**Landsberg (-Steinfurt), Ignatz Frh. v.** (1830–1915), Rittergutsbes., RegRef., 1858–75 LandR Steinfurt, 1888–96 Münster, 1887–1915 Vors. ProvAusschuß, 1904–15 Vors. ProvLT, 1899–1913 Vors. Landwirtschaftskammer Westfalen, 1871–90 MdR (Zentrum), 1866 MdH (Vizepräs.) 322/100 161v

**Lang, Karl** (geb. 1847), KrsSchr. zu Weilburg/L., z. Z. Frankfurt/M., 1880 Disziplinarsache 58/92 217

**Langbein, Friedrich** (geb. 1831), Kreisbauinspektor zu Konitz, 1881 Disziplinarsache 84/93 146

**Lange**, Stationsassistent zu Hannover, 1880 Pensionssache 38/92 67, 70

**Lange, Ferdinand**, Lehrer zu Schmulken (Krs. Gumbinnen), 1879 Disziplinarsache 16/91 103

**Lange, Gustav Ernst**, Gerichtsschreiber, Sekr. zu Kiel, 1886 Pensionssache 266/98 245, 263

**Lange, Paul Georg** (geb. 1846), Gerichtsschreiber, Sekr. zu Niebüll, 1883 Disziplinarsache 170/95 281

**Langenbeck, Bernhard v.** (1810–1887), Dr. med., 1838 PD Göttingen, 1842 Prof. f. Chirurgie Kiel, 1848 Berlin, Dir. d. Chirurg. Klinik, bekannter Operateur u. Kriegschirurg (1866, 1870/71), seit 1860 Hrsg. „Archiv für klinische Chirurgie“, Generalarzt 1. Kl. à l. s. d. Sanitätskorps, GehOMedR, 1882 zur Emeritierung Wirkl.GehR, 1883 auf Wunsch Wilhelms I. KronenO I. Kl. 124/94 229v; 166/95 223v

**Langer, Karl Heinrich** (1837–1899), 1866 GerAss., 1869 Kreisrichter Friedeberg/Nm., 1874 Stadtrichter Berlin, KGR, 1879 AGerR, 1886 KGR, 1889 Mitgl. Gerichtshof zur Entscheidung d. Kompetenzkonflikte 365/101 202v

**Langer**, Privatmann/Unternehmer, der gegen 5,5 Mio. Entschädigung Niederlegung d. Berliner Schloßfreiheit zum Bau d. Nationaldenkmals für Wilhelm I. anbietet 341/100 271v

**Lapke, Ignatz Valentin**, Steueraufseher zu Groß-Zünder, Krs. Danziger Niederung, 1888 Disziplinarsache 330/100 192

**Lappe, Hermann**, kath. Priester aus München-Gladbach, 1889 Dispensation 351/101 15

**Laser, Wilhelm** (geb. 1835), Kriminalkom. zu Berlin, 1881/82 Disziplinarsache 93/93 209; 105/94 66v–67

**Lasius, Frau**, Witwe von F. Lasius, erhält ab 1884 600 M. jährl. staatl. Unterstützung 208/96 275, 211/96 306v

**Lasius, Friedrich** (1806–1884), seit 1838 Pastor der (alt)lutherischen Gemeinde Berlin, Kirchenrat, Superintendent 208/96 275, 211/96 306v

**Lasker, Eduard** (1829–1884), 1857 GerAss. Berlin, Publizist, 1870 Rechtsanw., 1873 Syndikus Berliner Pfandbriefinstitut, 1867 Mitbegründer NLP, führender Politiker des linken Flügels d. NLP, 1880 Sezession, 1865–79 MdA (DFP, NLP), 1867–84 MdR (NLP, Liberale Vereinigung) 6/91 23, 7/91 28; 353/101 56

**Lassalle, Ferdinand** (1825–1864), 1846–54 Rechtsbeistand u. Bevollm. Sophie Gräfin Hatzfeldt in deren Scheidungs- u. Vermögensprozeß, 1848/49 in der Revolution v. a. im Rheinland aktiv, Bekanntschaft mit K. Marx, Publizist, 1858 Berlin, 1863 1. Präs. ADAV, Kontakte zu Bismarck, 1864 Tod nach Duell, propagierte das „Eherne Lohngesetz“, Arbeiter-Produktivassoziationen u. staatl. Sozialreform aufgrund allg., gleichen Wahlrechts 121/94 211v

**Lassalle, Rosalie** (1797–1870), geb. Heitzfeld, Mutter Ferd. Lassalles, stiftet testamentarisch 30.000 M. für eine Ferd.-Lassalle-Stiftung 121/94 211v

- Lauer, Georgine** (1866: v.) (1825–1902), geb. Ermeler, Gemahlin von G. v. Lauer 389/102 47
- Lauer, Gustav** (1866: v.) (1808–1889), 1830 Dr. med. u. Kompagniechirurgus Berlin, 1844 Leibarzt Wilhelms I., 1854 Prof. Medizin. Akademie Berlin, 1861 Generalarzt, 1879 GenStabsarzt u. Chef d. Militärmedizinalwesens, 1880 Wirkl.GehOMedR u. VortrR im KuMinm. (Medizinalabt.), 1881 Rang als GenLtn. u. Titel Exzellenz 38/92 67; 389/102 47
- Laumer, Friedrich Julius** (geb. 1824), Gefängnisinspektor zu Thorn, 1886 Disziplinarsache 271/98 340
- Lawin, Hermann** (geb. 1842), Fußgendarm zu Serkenrode, Krs. Meschede, 1885 Disziplinarsache 228/97 142, 145
- Lawrenz, Carl Friedrich** (1840: v.), Rittergutsbes. zu Gutenwerder u. a. im Krs. Schubin, Generallandschaftsrat d. Westpreuß. Generallandschaft Marienwerder, 1882 Roter AdlerO II. Kl. 104/94 57
- Layon, Paul** (geb. 1831), Gerichtsvollzieher zu Elberfeld, 1882 Disziplinarsache 137/94 354
- Lebbin, Hermann Friedrich Karl v.** (1819–1884), 1846 RegAss. Posen, dann Minden u. Sigmaringen, 1863 RegR u. OPräsR Posen, 1866 Hilfsarb. MdI, 1869 Charakter GehRegR, 1870 VortrR MdI (Personaldezernent), 1874 GehORegR, 1884 Domkapitular Brandenburg 66/93 21, 24
- Ledebur, Ernst Heinrich Friedrich Wilhelm Leopold v.** (geb. 1850), Eisenbahnbetriebssekr. zu Hannover, 1887 Disziplinarsache 289/99 204
- Ledochowski, Mieczyslaw v.** (1822–1902), 1865 Erzbischof v. Posen-Gnesen, 1874 staatlicherseits abgesetzt, dann Kurienkardinal Rom, 1882 Wiedereinsetzung abgelehnt 40/92 95v; 106/94 68v, 125/94 232v; 176/96 5; 301/100 34
- Leesch, Adolph** (geb. 1815), Lehrer zu Hohenbrünzow, Krs. Demmin, 1883 Disziplinarsache 170/95 282
- Lehndorff, Georg Graf v.** (1833–1914), 1850 Armee, 1855 a. D. u. Rennpferdezüchter sowie bekannter preuß. Rennreiter, 1867 Landstallmeister Graditz, 1887–1911 Oberlandstallmeister im LandMinm. u. Reorganisator d. preuß. Gestüte, 1897 Wirkl.GehR 358/101 101
- Lehndorff, Heinrich Graf v.** (1829–1905), 1848 Armee, 1859 Rittm., 1866 Flügeladjutant Wilhelms I. u. seither in dessen Gefolge, 1871 Oberst, 1874 GenMaj. à l. s. Wilhelms I. u. Kdr. Leibgarderie, 1885 Generaladjutant, 1888 Generaladjutant Friedrichs III. u. Gen. d. Kav., z. D., Rittergutsbes., 1894 Landhofmeister im Kgr. Preußen u. MdH 189/96 99v, 100, 100v, 101v
- Lehnert, Isidor** (geb. 1838), Regierungssekretariatsassistent zu Oppeln, 1880 Disziplinarsache 58/92 218
- Lehnert, Paul** (1846–1901), 1872 GerAss., Hilfsarb. am Gerichtshof f. nichtrichterl. Beamte, 1875 Ministerial-, Militär- u. Baukomm. Berlin, 1877 Hilfsarb. HandMinm., 1878 RegAss. FinMinm., 1880 RegR, 1882 GehFinR, 1888 GehOFinR, durch Miquel 1899 UStS u. Wirkl. GehOFinR 15/91; 38/92 71; 111/94 112, 127/94 277; 158/95 150; 206/96 257, 259; 341/100 265v–267
- Leipelt, Hermann** (geb. 1851), Gerichtsschreibergehilfe zu Cosel, 1887 Disziplinarsache 295/99 252
- Leipziger, Hilmar v.** (1825–1891), 1852 GerAss., 1853 RegAss., 1854 LandR Oschersleben, 1864 PolPräs. Königsberg/Pr., 1867 kommissar. Verwalter Generalpolizeidirektion Hannover, 1869 Landdrost Hannover, 1872 RegPräs. Aachen, 1878 OPräs. Hannover, 1882 Wirkl.GehR, 1888–91 OPräs. Westpr. 44/92 118v; 87/93 158, 91/93 171; 126/94 266–266v, 129/94 283; 145/95 22v, 23v, 24v, 146/95 34, 34v, 162/95 191v, 168/95 250v, 174/95 307v; 176/96 14; 273/98 351
- Lenbach, Franz** (1882 bayer. Personaladel: **Ritter v.**) (1836–1904), 1855 Studium Kunstakademie München, Schüler K. v. Pilotys, Italienreisen, seit Mitte der 1870er Jahre Porträts von Bismarck u. a. Fürstlichkeiten, Münchener „Malerfürst“, 1886 KronenO II. Kl. 257/98 163
- Lencke, Friedrich Wilhelm** (geb. 1839), Gerichtsschreiber zu Barmen, 1887 Disziplinarsache 287/99 167

- Lenke, Karl Ferdinand** (1808–1881), 1836 GerAss. Berlin, 1838 RegAss. Generalkomm. Berlin, 1842 RegR Generalkomm. Posen, 1851 Hilfsarb. Revisionskollegium (1879: Oberlandeskulturgericht), 1859 Geh. Revisionsrat, 1877 GehOJusR, 1880 bei 50-jährigem Dienstjubiläum Roter AdlerO II. Kl. *31/92* 26
- Lentz, Heinrich Frh. v.** (1820–1902), 1848 GerAss. Berlin, RegAss., 1850 Hilfsarb. FinMinm., 1858 RegR, 1859 GehFinR, 1865 GehOFinR, 1883 Wirkl.GehOFinR, 1890 a. D. u. Wirkl.GehR *173/95* 301v; *201/96* 210; *264/98* 240v, 241v
- Lentz, Julius Hermann** (geb. 1818), GerAss., Spezialkom. Halberstadt, 1850 RegAss. Halberstadt, 1852 RegR Merseburg, Mitgl. u. ca. 1874 Präs. Finanzdirektion Hannover, 1868 Titel GehRegR, 1883 a. D. u. Stern z. Roten AdlerO II. Kl. *73/93* 63, 63v
- Lenza, Theophil**, Grenzaufseher zu Goczalkowitz, Krs. Pless, 1879 Disziplinarsache *26/91* 170
- Leo XIII.** (1810–1903), eigentl. Gioacchino Vincenzo Conte Pecci, 1837 päpstl. Hausprälat, 1843 Nuntius Brüssel, 1846 Erzbischof Perugia, 1853 Kardinal, 1877 Camerlengo d. Kurie, 1878–1903 Papst *20/91* 122kv; *36/92* 54–58v, *40/92* 94v, 95v, 96, *45/92* 123v; *96/93* 226v; *101/94* 37; *148/95* 62v, *155/95* 103v–104, 106v, 107; *215/97* 27, 27v, *232/97* 176, 177v, *240/97* 250, *241/97* 254v; *243/98* 1, *248/98* 54, *253/98* 102v, *256/98* 154, *270/98* 328v; *274/99* 6, 7, 13v, 14, 15 f., 18v, 20, 21, 22v, 24v, 26, 28, 30, *275/99* 40v, *277/99* 48v, 50, *278/99* 55v, *282/99* 100; *301/100* 36v; *391/102* 74 f.
- Leonhard**, kath. Priester, 1887 Dispensation *276/99* 42
- Leonhardt, Adolf** (1815–1880), 1842 Rechtsanw., 1848 Referent hannov. JMinm., 1852 JusR, 1853 OJusR, 1863 GenSekr. hannov. JMinm., 1865 hannov. JMinr., 1866 Vizepräs. OAppGer. Celle, 1867 Präs. OAppGer. f. d. neuen Provinzen Berlin, 5.12.1867–29.10.1879 JMinr., 1854/55 Mitgl. hannov. 1. Kammer, später hannov. 2. Kammer, 1867 MdH *1–15/91*; *30/92* 22; *74/93* 68; *258/98* 175v; *300/100* 15v; *368/IV* 182v
- Leonhardt, Hermann** (geb. 1837), Bahnmeister zu Guntershausen, Krs. Kassel, 1886 Disziplinarsache *269/98* 322
- Leonrod, Franz Leopold Frh. v.** (1827–1905), 1851 Priester Eichstädt, div. Verwendungen, 1858 Pfarrer Bad Reichenhall, 1867 Bischof Eichstädt, 1881 Kandidat als Fürstbischof Breslau *95/93* 223v
- Leppke, Julius** (geb. 1829), Förster zu Buczkowo, RegBez. Bromberg, 1883 Disziplinarsache *160/95* 181
- Lepsius, Richard** (1810–1884), 1833 Dr. phil. Berlin, Studienreisen, u. a. 1842 nach Ägypten, führender Ägyptologe, 1846 Prof. Univ. Berlin, 1850 Mitgl. Akad. d. Wiss., 1850 Mitbegr., 1855 Mitdir., 1865 Dir. Ägyptisches Museum Berlin, 1867 Präs. d. Dt. Archäologischen Instituts Rom, 1872 Pour le mérite Friedenskl., 1873 Leitung d. Kgl. Bibliothek, Oberbibliothekar u. GehRegR, 1883 Titel GehORegR *147/95* 55v
- Lerch, Adolf** (geb. 1844), AGerSekr. zu Bochum, 1882 Disziplinarsache *114/94* 179
- Lerch, Johann**, Verwalter d. städt. Invalidenhauses zu Köln, 1888 Disziplinarsache *335/100* 215
- Lerchenfeld (-Koefering), Hugo Graf v. u. zu** (1843–1925), 1868 bayer. Diplomat, 1871 LegSekr. St. Petersburg, 1876 Wien, 1880–1918 bayer. Gesandter in Berlin, 1891 bay. StR, 1892 bayer. Wirkl.GehR *241/97* 257
- Levetzow, Albert v.** (1828–1903), 1867–76 LandR Königsberg/Nm., 1876–93 Landesdir. Brandenburg, Kanzler d. Johanniterordens, 1892 Wirkl.GehR, 1890 MdH, 1892 v. Wilhelm II. als Vors. Ausschuß zur Untersuchung d. Stromverhältnisse gewünscht, 1867–71, 1877–84, 1887–1903 MdR (DkP; 1881–84, 1888–95 Präs. RT) *102/94* 45v; *341/100* 258; *352/101* 23; *393/102* 89v
- Leyen, Alfred v. d.** (1844–1934), Dr. jur., 1870 GerAss., 1872 Syndikus HK Bremen, 1876 RegR Reichseisenbahnamt, 1877 GehRegR, 1881 Minm.öA, GehORegR, Wirkl.GehORegR, 1912 a. D. u. Wirkl.GehR, dann Honorarprof. Univ. Berlin, Verf. maßgeblicher Schriften zum Eisenbahnwesen *70/93* 59

- Liba, Otto** (1834–1890), 1861 GerAss., 1867 Stadtrichter Berlin, 1873 StadtGerR, 1877 AppGerR Breslau, 1879 LGR Breslau, 1880 OLGR Posen, 1884 KGR, dann GehFinR Hauptverw. d. Staatsschulden 223/97; 255/98 120
- Liebenau, Eduard v.** (1840–1900), Offizier, persönl. Adjutant Friedrichs III., 1878 militär. Begleiter, seit 1881 Hofmarschall d. Prinzen Wilhelm, 1888 Oberhof- und Hausmarschall Wilhelms II., nach mehrfachen Unzuträglichkeiten im Juni 1890 als angeblicher Zuträger Bismarcks entlassen 384/102 23, 385/102 30v
- Liebermann, August v.** (1826–1902), 1853 GerAss., 1854 Kreisrichter Guhrau, 1858 LandR Steinau, 1877 VerwGerDir. Frankfurt/O., 1882 RegVizeprärs. Münster, 1887–90 RegPräs., 1870–73, 1877–93 MdA (KoP, Neukons., DkP) 117/94 201, 135/94 327v; 176/96 6v; 288/99 174v; 365/101 197v; 394/102 116
- Liebknecht, Wilhelm** (1828–1900), 1847 Lehrer Zürich, Teilnehmer d. Revolution 1848/49, Flucht nach England, dort mit Marx befreundet, seit 1862 Redakteur u. sozialdemokratischer Funktionär, 1869 mit Bebel Gründer der (Eisenacher) Sozialdemokratie, 1875 Mitgründer der (Gothaer) Sozialdemokratie, Mitvors. d. SPD, während des Sozialistengesetzes mehrfach inhaftiert, 1890 Hauptschriftleiter „Vorwärts“, 1879–85 Mitgl. 2. Kammer Sachsen, 1867–71, 1874–87, 1888–1900 MdR (Sächs. Volkspartei, SPD) 357/IV 141
- Lieres und Wilkau, Kurt v.** (1851–1929), Dr. jur., 1880 GerAss., 1881 RegAss. Marienwerder, 1882 Hilfsarb. AA, 1884 Übernahme in ausw. Dienst, um Auslandsversetzung zu vermeiden, 1885 Rückkehr in Innenverw., LandR Waldenburg, 1897 Breslau, 1902 ORegR Köslin, 1903 Danzig, 1904–05 zur Übernahme d. väterl. Güter beurlaubt, 1906 a. D., 1894–98, 1917–18 MdA (bkF, DkP) 226/97 105
- Lies, Christian Friedrich Wilhelm** (geb. 1834), Kantor, Küster und Lehrer zu Wollenrade, Krs. Osterburg, 1880 Disziplinarsache 59/92 242
- Lilljestroem, Friedrich v.** (geb. 1848), Buchhalter bei der Polizeihauptkasse zu Berlin, 1883 Disziplinarsache 150/95 78
- Linde, Hermann** (geb. 1855), Lehrer und Küster zu Lückstedt, Krs. Osterburg, 1887 Disziplinarsache 296/99 259
- Lindeken, August** (geb. 1852), Gerichtsvollzieher zu Hersfeld, 1883 Disziplinarsache 157/95 139
- Lindemann, Friedrich** (geb. 1840), Vermessungsrevisor zu Berlin, 1886 Disziplinarsache 272/98 349
- Lindemann, Friedrich Wilhelm Heinrich**, Katastersekr. zu Erfurt, 1881 Pensionssache 95/93 220, 224
- Lindenau, Hermann**, Lehrer zu Jommendorf, Krs. Allenstein, 1879 Disziplinarsache 16/91 104
- Lindenberg, Julius** (geb. 1846), PolKom. zu Deutz, 1884 Disziplinarsache 183/96 81
- Lindig, Max** (geb. 1856), Dr. jur., 1884 RegAss. Breslau, dann PolPräsidium Berlin, 1886 Hilfsarb. MdI, RegR, 1891 GehRegR MdI, 1894 GehORegR, 1904 Wirkl.GehORegR, auch Prärs. d. Kuratoriums d. Preuß. Rentenversicherungsanstalt, 1908 a. D. 295/99 234 f.; 300/100 18
- Lingner** (1841–1905), 1873 GerAss., StAnw.-Gehilfe Stadtger. Berlin, 1877 RegAss. Verw. d. indirekten Steuern, 1880 Provinzialsteuerdirektion Posen, 1882 RegR, 1883 Provinzialsteuerdirektion Hannover, 1890 ORegR Provinzialsteuerdirektion Danzig, 1892 Reichsbevollm. f. Steuern u. Zölle in München 382/102 11
- Linhoff, Joseph** (1819–1893), 1845 RegAss. Minden, 1854 RegR, 1859 Hilfsarb. KuMinm., 1864 GehRegR, 1873 GehORegR, 1890 a. D. u. Titel Wirkl.GehORegR 60/92 248
- Lintz, Richard** (geb. 1814), 1836 RegRef. Trier, 1840 RegAss., 1842 LandR Ottweiler, 1851 RegR Aachen, 1855 Trier, 1873 Titel GehRegR, 1885 KronenO II. Kl., 1886 a. D. 219/97 58v
- Lipp, Carl** (geb. 1847), AGerSekt. zu Tappiau, 1883 Disziplinarsache 170/95 283
- Lippe (-Biesterfeld-Weißenfeld), Leopold Graf zur** (1815–1889), 1843 GerAss. Glogau, 1849 StAnw. Friedeberg/Nm., 1850 Cottbus, 1851 Potsdam, 1859 AppGerR Glogau, 1860 OStAnw. KG Berlin, 1862–67 JMinr., 1862 MdH (Vors. Alte Fraktion) 45/92 121

- Lisco, Hermann** (1850–1923), 1876 GerAss. Berlin, 1877 Kreisrichter Liebenwalde, 1883 LGR Berlin, 1888 OLGR Marienwerder, 1890 GehJusR JMinm., 1893 GehOJusR, 1904 MinDir., 1907 Präs. KG, 1909–17 StS RJA, kais. Wirkl.GehR, 1907 MdH 330/100 186, 336/100 223
- Listemann, Conrad** (1832–1896), Justizdienst, seit 1866 GenDir. Magdeburger Lebensversicherung, Stadtverordnetenvorsteher Magdeburg, Mitgl. sächs. ProvLT u. -Ausschuß, 1880 KronenO III. Kl., 1880–82 MdA (NLP) 42/92 102
- Lodemann, Georg** (1828–1893), 1854 hannov. Amtsass. Lauenstein, 1855 Verwalter Bürgermeisterstelle Neustadt/Rbge., 1863–68 nebenberuflich Lehrer f. Baurecht am Polytechnikum Hannover, 1865 PolR PolDirektion Hannover, 1868 RegR Arnsberg, 1881 ORegR Marienwerder, 1883 RegVizepräs. Schleswig, 1886 RegPräs. Lüneburg, 1890–92 MinDir. MdI u. Wirkl.GehORegR 162/95 193v; 266/98 245v; 386/102 31
- Loewe, Ernst** (geb. 1828), 1855 GerAss., 1856 RegAss., Provinzialsteuereinspektion Stettin, 1866 RegR, 1871 Provinzialsteuereinspektion Magdeburg, 1876 ORegR Provinzialsteuereinspektion Königsberg, 1881 Reichsbevollm. f. Steuern u. Zölle Karlsruhe, 1882 GehFinR FinMinm., 1888–1903 Provinzialsteuerdir. Königsberg, 1890 GehOFinR, 1900 Wirkl.GehOFinR 285/99; 312/100 98; 383/102 21
- Loewe, Ewald** (1837–1896), Dr. jur., 1860 GerAss. Breslau, 1864 Kreisrichter Grünberg, 1867 StAnw. Preuß. Stargard, 1869–72 Mitgl. Komm. zur Ausarbeitung d. StGB, 1872 AppGerR Frankfurt/O., 1879 KGR, 1880 GehJusR JMinm., 1889 Senatspräs. RG 38/92 67v, 45/92 125v–127, 129, 132; 127/94 277, 279
- Löffler, Hermann Hieronymus** (geb. 1817), 1851 Eisenbahnbaumeister, 1854 Bauinspektor, 1858 Eisenbahndir. u. Mitgl. d. Direktion d. Ostbahn Bromberg, 1867 GehRegR, 1874 Vors. d. Komm. für Bau der Bahnstrecke Berlin-Nordhausen, dafür 1879 KronenO II. Kl., 1879–80 Vors. d. Komm. für Bau der Bahnstrecke Berlin-Blankenhain, 1880 Abt.-Dirig. Eisenbahndirektion Berlin u. GehOBauR, 1881–89 Präs. Eisenbahndirektion Magdeburg 12/91 58v
- Löwenberg, Karl** (1838–1914), 1864 GerAss. Berlin, 1865 RegAss. Verwaltung d. direkten Steuern Berlin, 1874 RegR, 1877 Breslau, 1878 kommissar. OPräsR, 1880 GehRegR KuMinm. (Referent f. kirchenpolit. Angelegenheiten), 1886 GehORegR, 1902 Wirkl.GehORegR u. Dirig. geistl. Abt., 1903 MinDir. u. D. 58/92 215; 267/98 270
- Lohaus, Bernhard Clemens Anton** (1838–1898), 1862 RegRef. Münster, 1866 RegAss. Marienwerder, 1867 Münster, div. Verwendungen, 1872 Hilfsarb. HandMinm., 1876 RegR, 1878 Trier, 1885 ORegR Trier, 1886 OVGR, 1895 Senatspräs. 236/97 198; 253/98 104v, 273/98 352
- Lohmann, Theodor** (1831–1905), 1862 Hilfsarb. hannov. KuMinm., 1869 RegR Minden, 1871 Hilfsarb. HandMinm., GehRegR, GehORegR, 1881 Bevollm. z. BundesR, 1891 MinDir., 1892–1905 UStS HandMinm., 1899 Wirkl.GehR, bedeutender Sozialpolitiker 8/91 30; 50/92; 68/93 32
- Lorenz, Ernst August** (geb. 1826), BergR u. Dir. des Hüttenamts zu Lerbach, 1885 nach Disziplinaruntersuchung mit Pension entlassen 230/97 151, 231/97 172v
- Lorenzi, Philipp de** (1818–1898), Domdechant Trier, 1881 Kapitularvikar Trier gewählt, aber nicht bestätigt, 1892 KronenO II. Kl., da neuerdings loyal 72/93 61
- Lorinser, Franz** (1821–1893), Dr., 1858 Pfarrer Breslau u. fürstbischöfl. KonsR, Lehrer am Priesterseminar Breslau, 1869 Domkapitular Breslau, 1881 Kandidat als Fürstbischof 95/93 223–223v
- Löschhorn, Carl** (geb. 1851), Dr., Gymnasiallehrer zu Wittenberg, 1884 Disziplinarsache 180/96 60
- Losensky, Carl** (geb. 1837), Lehrer zu Jahnsfelde, RegBez. Frankfurt/O., 1885 Disziplinarsache 217/97 45
- Loss, Oskar** (geb. 1841), Polizeidistriktskommissar zu Samter, 1886 Disziplinarsache 271/98 341
- Lotichius, Karl** (1819–1892), Kaufmann u. Bankier zu St. Goarshausen, 1867–83 Präs. HK Wiesbaden, 1872 Kommerzienrat, 1848/49 Mitgl. Landtag v. Nassau (Liberal, Linke), 1879 MdH 17/91 120v
- Lottmann, Dirk** (geb. 1861), Lehrer zu Holte, Krs. Leer, 1885 Disziplinarsache 239/97 246

- Lougear, August**, Lehrer zu Michelau/Westpr., 1886 Disziplinarsache 266/98 269
- Louise** (1838–1923), 1856–1907 Großherzogin v. Baden, Tochter Wilhelms I. 355/101 82; 384/102 23v
- Löwe, Johann Conrad Carl** (geb. 1807), 1836 GerAss., 1840 JusKom. u. Notar Breslau, 1852 Kreisrichter Lübben, 1857 AppGerR Köslin, 1860 Hilfsarb. Domänenabt. FinMinm., GehFinR, 1868 GehOFinR, 1879 als GehORegR in LandMinm., 1880 a. D. 60/92 248
- Löwig, Karl Jacob** (1803–1890), Chemiker, 1830 Dr. phil. et med. Heidelberg, 1833 Prof. TH Zürich, 1853–90 Prof. f. Chemie Univ. Breslau, 1861 GehRegR, 1880 Roter AdlerO II. Kl. 32/92 44
- Lübbecke, Heinrich Carl** (geb. 1846), Gerichtsvollzieher zu Vöhl, Krs. Frankenberg, 1885 Disziplinarsache 230/97 162
- Lucanus, Hermann** (1888: v.) (1831–1908), 1859 GerAss. u. Hilfsarb. KuMinm., 1866 RegR Provinzialschulkollegium Berlin, 1869 Hilfsarb., 1871 GehRegR KuMinm., 1878 MinDir., 1881 UStS KuMinm., 1886 Wirkl.GehR, 23.6./1.7.1888–3.8.1908 GehKabR Wilhelms II. 16/91; 82/93 115v, 84/93 138–150; 101/94, 127/94 275, 131/94; 162/95 189v, 190, 167–168/95; 176/96, 192/96, 201/96 209v, 211; 261/98 213, 263/98 229, 264/98 240v; 266/98, 274/99 29, 290/99 209; 308/IV 97v; 335/100 208, 337/100 225v, 341/100 275v; 363/IV 172; 393/102 91, 395/102 120
- Lucanus, Karl** (1835–1904), Vetter d. GehKabR H. Lucanus, 1865 GerAss., 1871 RegAss. Minden, 1875 RegR Hannover, dann Oppeln, 1882 ORegR Arnberg, 1888 Potsdam, 1893 ORegR u. Stellv. d. RegPräs. Erfurt, zuletzt Vizepräs. Provinzialschulkollegium Berlin, GehORegR 123/94 219v
- Lucas, Hermann** (1846/47–nach 1918), Dr. jur., 1873 GerAss., 1875 StAnw.-Gehilfe Pleschen, 1879 StAnw. Posen, 1887 Hilfsarb. JMinm. (formaliter OLG Hamm), 1888 GehJusR JMinm., 1891 GehOJusR, 1898 MinDir. u. Wirkl.GehOJusR, 1908 Wirkl.GehR, 1910 a. D. 364/101
- Lucius** (1888: Frh. v. Ballhausen), **Robert** (1835–1914), 1858 Dr. med., 1860–62 Teilnahme an der ostasiat. Expedition unter F. Graf Eulenburg, 1863 Rittergutsbes., 1889 Fideikommißstifter, führender freikons. Politiker, 13.7.1879–14.11.1890 LandMinr., 1870–81 MdR (1879 2. Vizepräs.), 1870–79, 1882–93 MdA (RFKP), 1895 MdH 17/91, 19–27/91; 28–40/92, 43–46/92, 50–60/92; 61–77/93, 79–86/93, 90–97/93; 98–121/94, 123–126/94, 130–138/94, 140–141/94; 142–155/95, 158–160/95, 163–171/95, 173–174/95; 176–193/96, 195–201/96, 203/96 236, 204–211/96; 212–213/97, 215–221/97, 223–228/97, 234–242/97; 243–254/98, 256–261/98, 263–264/98, 266/98 247, 267–273/98; 274–287/99, 289/99, 292–296/99; 297–307/100; 308/IV; 309–313/100, 316–318/100, 321–322/100, 324–330/100; 331/IV; 332/100; 333/IV; 334/100, 337–339/100, 340/100 254v, 342–344/100; 345–348/96; 349–350/101, 352–356/101; 357/IV; 358–362/101; 363/IV; 364–367/101; 368/IV; 369/101, 371–375/101, 377–381/101; 382–383/102, 385–387/102; 388/IV; 389/102, 390/102 52, 392–393/102, 396–399/102
- Luck(e) (und Witten), Ludolf v.** (1817–1895), 1847 GerAss., 1848 Nordhausen, 1850 StAnw. Wrietzen, 1856 StAnw. Potsdam, 1870 OStAnw. Marienwerder, 1872 OStAnw. KG, 1886 GehOJusR, 1889 Stern zum KronenO II. Kl., 1892 a. D., 1862, 1879–82 MdA, 1867–70 MdR (KoP; DkP) 360/101 136
- Lück, Ludwig** (geb. 1825), 1848 Priester Pelplin, Vikar Danzig, Pfarrer in verschiedenen Orten, auch Kreisschulinspektor, Dekan in Schwarzenau b. Löbau, 1886 Domkapitular Posen (staatl. Nomination) 254/98 114
- Lücker, Gustav** (geb. 1842), Stationsvorsteher zu Unna-Königsborn, 1882 Disziplinarsache 112/94 120
- Lückerath, Carl** (geb. 1843), Gerichtsvollzieher zu Elberfeld, 1885 Disziplinarsache 226/97 128
- Lüderitz, Karl Philipp** (1817–1900), 1838 hannov. Offizier, 1866 Oberstlt. u. interim. Remontedir., 1867 Eintritt in preuß. Armee, 1868 Präses d. 4. Remonteankaufkomm., 1871 Oberlandstallmeister im Landminm., 1883 Charakter als GenLt., 1887 a. D. 379/101 347v



- Lüders, Erwin**, StadtR Görlitz, 1882 strafrechtl. Verfolgung wegen Beleidigung d. StMinm. erwogen *131/94* 301v, *132/94* 306v, 307
- Lüdtke, Friedrich Wilhelm Albert**, Fußgendarm der 5. Gendarmerie-Brigade zu Pieruszyce, Krs. Pleschen, 1879 Pensionssache *15/91* 74, 79
- Ludwig II.** (1845–1886), 1864–86 König v. Bayern *190/96* 109, *194/96* 148v
- Lukatus, August**, Hilfs-Fußgendarm zu Ludwigsdorf (Prov. Schlesien), 1883 Pensionssache *150/95* 72, 73
- Lüpke, Hermann v.** (1839–1918), 1868 Amtsass. Osnabrück, 1872 Stade, 1879 RegR, 1889 ORegR Minden, 1904 a. D. *367/101* 237v
- Luppa, Silvester** (geb. 1830), Polizeisergeant zu Krappitz/OS, 1882 Disziplinarsache *137/94* 355
- Lurch, Joseph**, KrsGerSekr. zu Worbis, 1880 Disziplinarsache *31/92* 35
- Lüttchwager, Hubert**, kath. Priester aus Wehr, 1889 Dispensation *351/101* 15
- Lutz, Balthasar Anton** (geb. 1855), Pfälzer Schneidermeister, seit 1881 in Basel, zeigte den dt. PolKom. Wohlgenuth an, als dieser ihn um Beschaffung von Informationen gegen die Exil-Sozialdemokratie anging *363/IV* 173
- Lutz, Johann** (1866: **Ritter v.**, 1884: **Frh. v.**) (1826–1890), bayer. Jurist, 1861 Hilfsarb. JMinr., 1866 1. Sekr. Kgl. Privatkabinet, 1867–71 JMinr., 1869–90 KuMinr., 1880–90 MinPräs. Bayerns, 1886 ReichsR d. Krone Bayerns *38/92* 68
- Lyncker, Horst Frh. v.** (1845–1892), 1873 GerAss., Kreisrichter Darkehmen, 1875 RegAss. Gumbinnen, 1876 LandR Lötzen, 1889 VerwGerDir. Gumbinnen, auch Gutsbes., 1882–89 MdA (DkP) *377/101* 326
- Maack, Ernst Theodor**, Hauptzollamtsassistent zu Itzehoe, 1879 Disziplinarsache *26/91* 171
- Maase, Josef** (geb. 1835), Lehrer zu Petzin, Krs. Flatow, 1884 Disziplinarsache *200/96* 200
- Maaser, Wilhelm** (geb. 1853), Lehrer zu Köslin, 1886 Disziplinarsache *271/98* 342
- Maass, Johann Ferdinand Ludwig** (geb. 1848), Gefängnisinspektor zu Bromberg, 1887 Disziplinarsache *296/99* 260
- Maass, Julius** (geb. 1841), Gefangenenaufseher zu Berlin-Alt-Moabit, 1886 Disziplinarsache *263/98* 236
- Madai, Guido v.** (1810–1892), 1838 GerRef. Stadt- u. LG Halle/S., 1840 KG, 1843 Hilfsarb. Zensurverw. Berlin, 1846 Zensor f. Berliner polit. Zeitungen, 1847 kommissar. LandR Adelnau, dann Kosten bis 1866, 1866 Zivilkom. Frankfurt/M., 1867 PolPräs., 1872–85 PolPräs. Berlin, 1879 Domherr Brandenburg, 1882 Wirkl.GehORegR, 1885 a. D. u. Wirkl.GehR *107/94* 70v; *233/97* 182, *234/97* 183
- Magdeburg, Eduard** (1904: **v.**) (1844–1932), 1875 LandR Sonderburg, 1879 Hilfsarb. RAdI, GehRegR, 1884 RegVizepräs., 1886 RegPräs. Kassel, 1886 UStS HandMinm., 1891 als OPräs. Westpreußen vorgesehen, 1892–98 OPräs. Hessen-Nassau, 1898–1914 Präs. Oberrechnungskammer *197/96* 163v; *259/98* 199, *271/98* 336; *276/99* 41
- Mager, August Michael** (1830–1884), Jurist, vor 1873 Vizepräs. AppGer. Insterburg, GehOJusR *1873/74* Präs., 1877 Präs. AppGer. Kassel, 1879 Präs. OLG Kassel, 1883 Stern z. Roten Adler O II. Kl. verweigert, da nur Rat II. Kl., 1884 Stern z. Kronen O II. Kl. erhalten *174/95* 303 f.
- Magera, Johann** (geb. 1836), Lehrer zu Klein-Daskowitz, Krs. Ratibor, 1887 Disziplinarsache *288/99* 182
- Mähler, Peter**, Obersteuerkontrolleur zu Bergheim (RegBez. Köln), 1879 Disziplinarsache *10/91* 50
- Mahlkow, Julius**, Schutzmann zu Wiesbaden, 1889 Pensionssache *375/101* 299v, 306
- Mai, Carl Wilhelm** (geb. 1843), Grenzaufseher zu Wilhelmsthal, RegBez. Breslau, 1882 Disziplinarsache *126/94* 268

- Makower, Hermann** (1830–1897), Rechtsanw. Berlin, Mitgl. d. Vorstandes d. Anwaltskammer, jurist. Publizist, JusR, 1882 Vors. eines Komités zur Organisation d. Auswanderung russ.-poln. Juden *121/94* 212v
- Makowski, Joseph** (geb. 1851), Lehrer zu Sliwnik, Krs. Ostrowo, 1890 Disziplinarsache *397/102* 174
- Maldeit, Johann Karl** (geb. 1846), Grenzaufseher zu Mittelsteine, Krs. Neurode, 1885 Disziplinarsache *223/97* 91
- Malende, Hermann** (geb. 1833), KrsGerSchr. z. D. zu Glatz, 1883 Disziplinarsache *146/95* 44
- Maletzki, Julius** (geb. 1845), Lehrer zu Scharnick, RegBez. Königsberg, 1884 Disziplinarsache *200/96* 201
- Malies, Anton Franz** (geb. 1849), Lehrer zu Königsberg, 1884 Disziplinarsache *200/96* 203
- Maltzahn (-Gültz), Helmuth** (1875: **Frh.**) v. (1840–1923), 1866 RegAss., dann Güterverw., führender kons. Haushaltsexperte, 1888–93 StS RSA, 1888 kais. Wirkl.GehR, 1900–11 OPräs. Pommern, 1911 Mitbegr. u. Vors. Hist. Kommission f. Pommern, 1871–88 MdR (KoP, DkP) *353/101* 50, *358/101* 112v–113, *366/101* 205, 215–218v, *376/101*; *386/102*, *395/102* 128v–130, 134v–135, 135v, *396/102* 143v, 148–153v, 156v
- Mandry, Gustav** (1875 württ. Personaladel: v.) (1832–1902), 1860 OJusAss. Ulm, 1861 Prof. jur. Tübingen, bedeutender süddt. Privat- u. Familienrechtler, 1884 Mitgl. 1. u. 1890 Mitgl. 2. Kommission zur Ausarbeitung d. BGB, 1899 Staatsrat, 1901 Mitgl. 1. Kammer Württemberg *358/101* 105
- Mankiewicz, P.**, Verleger *166/95* 232v
- Mankowski, Hermann** (geb. 1854), Lehrer und Organist zu Lautern, Krs. Rössel, 1888 Disziplinarsache *300/100* 22
- Mannhardt, Johann Friedrich** (geb. 1847), Grenzaufseher zu Oldersum, 1887 Disziplinarsache *284/99* 132
- Manns, Louis Heinrich** (geb. 1849), Gefangenenwärter zu Inowroclaw, 1887 Disziplinarsache *290/99* 211
- Manteuffel, Edwin Frh. v.** (1809–1885), 1827 Offizier, 1833–36 Allg. Kriegsschule, 1839 Adjutant 2. Gardekav. Brigade u. von Prinz Albrecht, 1842 Rittm., Flügeladjutant Friedrich Wilhelms IV. u. Mitgl. der sog. Kamarilla, div. diplomat. Missionen, 1856 Oberst, 1857–65 Chef d. Militärcabinetts, 1861 Generaladjutant Wilhelms I., 1866 u. 1870/71 ArmeeKdr., 1868 kommand. Gen. I. AK, 1873 Generalfeldmarschall, 1879–85 Statthalter Elsaß-Lothringen *42/92* 111–111v; *85/93* 153v; *141/94* 378v, 379; *142/95* 4v, 5
- Manthey, Johann August Leo** (geb. 1840), Lehrer zu Eschenriege, Krs. Neustettin, 1884 Disziplinarsache *180/96* 61
- Manthey, Martin** (geb. 1830), Gerichtsschreiber zu Schroda, 1882 Disziplinarsache *129/94* 291
- Marcard, Eduard** (1888: v.) (1826–1892), 1851 hannov. Staatsdienst, tätig an den Ämtern Linden u. Winsen sowie der Landdrostei Aurich, 1859 Referent hannov. MdI, 1866 RegR, 1867 preuß. LandMinm., 1875 MinDir., 1882 UStS, 1876 Präs. Landesökonomiekollegium, 1879–85 MdA (RFKP) *21/91* 124; *115/94* 189, *127/94*; *162/95*; *266/98* 246–246v; *315/100*, *340/100* 254v, *341/100* 264v; *370/101*
- Marie** (1818–1907), Königin v. Hannover, Gemahlin Georgs V. v. Hannover, 1851–66 Königin, erhielt seit 1879 eine jährliche Dotation aus dem Welfenfonds *11/91* 56, 56v, *12/91* 60v
- Marie** (1849–1904), Prinzessin v. Hannover, Tochter König Georgs V. v. Hannover, erhielt seit 1879 eine jährliche Dotation aus dem Welfenfonds *11/91* 56, 56v, *12/91* 60v
- Märker, Christian August** (geb. 1831), Gerichtsschreiber zu Liebenwerda, 1885 Disziplinarsache *226/97* 129
- Marot** (geb. 1811), 1836 RegAss. Domänenverw., 1841 DomänendeptR Reg. Potsdam, 1859 ORegR Düsseldorf, 1868 Schleswig, 1871 GehFinR, 1875 GehOFinR, 1882 Titel Wirkl. GehOFinR, 1883 a. D. u. Stern z. Roten AdlerO II. Kl. *107/94* 70; *156/95* 111v

- Marquardt, Karl Friedrich Wilhelm** (geb. 1841), PolLtn. zu Berlin, 1888 Disziplinarsache 339/100 240
- Marquardt, v.**, kath. Priester, 1887 Dispensation 274/99 2v
- Marschall, Eduard** (geb. 1852), Gerichtsvollzieher zu Borken, 1883 Disziplinarsache 170/95 284
- Martin, August**, Lehrer zu Kolonie Schalkowitz, Krs. Oppeln, 1879 Disziplinarsache 16/91 105
- Martin, Gustav Adolf**, KrsSekr. zu Meldorf, 1881 Pensionssache 66/93 21, 24
- Martin, Konrad** (1812–1879), 1834 Dr. theol. Münster, 1836 Priester Köln, 1844 Prof. Bonn u. Leitung d. Theologenkonvikts, 1856 Bischof Paderborn, 1875 staatl. abgesetzt 364/101 190
- Martini, Johann Heinrich** (geb. 1832), Bgm. zu Brühl, 1885 Disziplinarsache 230/97 163
- Marwitz (-Rütznaw), Hermann v. d.** (1814–1885), Rittergutsbes., 1856 LandR Greifenberg, 1883 a. D. u. KronenO II. Kl., 1870–73, 1877–82 MdA (KoP, Neukons., bkf) 162/95 193v
- Marwitz, Johannes Nepomuk v. d.** (1795–1886), 1814–22 Offizier, 1830 kath. Priester, 1843 Domkapitular Pelplin, 1849 Domdechant, 1857 Bischof v. Kulm, 1880 Glückwunschsreiben des Staatsministeriums zum 50-j. Priesterjubiläum, obwohl im Kulturkampf widerständig 35/92 52v; 95/93 222v, 97/93 234; 100/94 18, 111/94 112v, 113, 132/94 305, 133/94 309; 167/95 234, 173/95 302v; 183/96 74v; 254/98 113v
- Marwitz, Robert v. d.** (1837–1897), 1869 RegAss. Königsberg, 1870 Zivilkom. Reichslande, 1872 RegAss. Königsberg, 1873/74 Vertreter d. LandR Gerdaunen, 1875 LandR Lyck, 1888 VerwGerDir. Merseburg, 1894 Ministerial-, Militär- u. Baukomm. Berlin, 1879–88 MdA (DkP) 312/100 92
- Massenbach, Christian Frh. v.** (1832–1904), Rittergutsbes., 1861 RegAss. Posen, 1861 LandR Samter, 1870 LandR Posen, 1879 RegVizeprärs. Schleswig, 1880 RegPräs. Marienwerder, 1883 als OPräs. Westpreußen erwogen, 1891 a. D. u. Roter AdlerO II. Kl. 43/92 116; 158/95 146v, 147; 196/96 162
- Maßmann, Martin** (geb. 1834), Lehrer zu Stade, 1881 Disziplinarsache 83/93 131
- Matheja, Anton** (geb. 1851), Grenzaufseher zu Kaminitz, Krs. Lublinitz, 1888 Disziplinarsache 330/100 195
- Matschewitz, Johann Heinrich** (geb. 1847), Zugführer zu Mülheim/Ruhr, 1890 Disziplinarsache 397/102 175
- Matthies, Johann Friedrich** (geb. 1841), Lehrer adjunct zu Heinrichsberg, Krs. Wolmirstedt, 1880 Disziplinarsache 46/92 142
- Matthies, Otto** (geb. 1843), Schutzmann zu Magdeburg, 1884 Disziplinarsache 197/96 172
- Matuschka v. Greiffenclau, Hugo Graf v.** (1822–1898), Guts- u. Weingutsbes. zu Vollraths, 1875–86 Vors. Kommunallandtag RegBez. Wiesbaden, 1879 MdH 17/91 120v; 162/95 188
- Matuszewski, Cajetan** (geb. 1833), Lehrer zu Skarboszewo, Krs. Wreschen, 1884 Disziplinarsache 200/96 203
- Mau, Leo** (geb. 1849), Lehrer zu Liebenow, RegBez. Frankfurt/O., 1882 Disziplinarsache 114/94 180
- Maubach, Eduard** (1838–1925), 1865 RegRef., 1873 RegAss. u. LandR Johannisburg, 1888 ORegR Königsberg, 1890 OPräsR Königsberg, 1898 GehORegR MdI, Wirkl.GehORegR, 1919 a. D., 1884–88 MdR (DkP) 341/100 258v
- May, Ludwig (v.)**, vor 1877–nach 1888 bayer. GenDir. d. Zölle u. indirekten Steuern 164/95 202v
- Maybach, Albert** (1888: v.) (1822–1904), 1850 GerAss. Hamm, 1852 Kreisrichter Hagen, 1853 Hilfsarb. Ostbahn-Direktion Bromberg, 1855 Eisenbahndir. Oberschles. Eisenbahn Breslau, 1858 GehRegR HandMinm., 1863 Direktion d. Ostbahn, 1867 Eisenbahndir. Hannover, 1874 Präs. Reichseisenbahnamt, 1877 UStS HandMinm., 30.3.1878–14.3./14.7.1879 HandMinr., 14.3./14.7.1879–20.6.1891 MöA, auch Gutsbes., 1882–88, 1890–93 MdA (bkF) 1–7/91, 9–27/91; 28–37/92, 39–45/92, 48–60/92; 61–83/93, 86/93, 88–97/93; 98–108/94, 110/94, 112–115/94, 117–119/94, 121–124/94, 127–136/94, 138–141/94; 143–147/95, 148/95 65v, 66, 149–153/95, 160–174/95; 175–184/96, 186–187/96, 189–197/96, 202–206/96, 208–211/96; 212–219/97, 221–

227/97, 228/97 142, 229–242/97; 243–251/98, 256–266/98, 268–273/98; 274–286/99, 288–296/99; 297–301/100; 303–307/100; 308/IV; 309–310/100, 311/100 91, 312–330/100; 331/IV; 332/100; 333/IV; 334–336/100, 340–344/100; 345–348/96; 349–353/101, 355/101; 357/IV; 358–360/101, 362/101; 363/IV; 364–367/101; 368/IV; 369–371/101, 373/101 290, 290v, 375–376/101, 378–381/101; 382–385/102, 390/102, 391/102 72v, 392/102, 394/102, 396–399/102

**Mayer, Johann** (geb. 1844), Bgm. zu Blankenrath, Krs. Zell, 1887 Disziplinarsache 300/100 23

**Mayhöfer, Heinrich** (geb. 1834), Gerichtsdieners zu Schönau, dann Jauer, 1882 Disziplinarsache 129/94 292

**Mazillius, Heinrich Karl**, Lehrer zu Bruchhausen, Krs. Neuwied, 1880 Disziplinarsache 38/92 85

**Mazur, Martin** (geb. 1843), Fußgendarm der 6. Gendarmeriebrigade zu Antonienhütte, Krs. Kattowitz, 1880 Disziplinarsache 45/92 125v, 127

**Medrow, Ludwig** (geb. 1848), Lehrer zu Nipmerow, Krs. Rügen, 1882 Disziplinarsache 114/94 181

**Mehring, Franz** (1846–1919), 1870 Journalist, bei freisinnig-demokrat. Zeitungen, 1882 Dr. phil. Leipzig, 1889/90 Chefredakteur d. Berliner „Volkszeitung“, 1902–07 d. Leipziger „Volkszeitung“, sozialdemokrat. Publizist, 1917 USPD, 1918/19 KPD, 1917/18 Mda (USPD) 357/IV 141

**Meier, Adolf Ludwig Erdmann** (1837–1890), 1865 GerAss., 1867 KG, 1869 Reg. Magdeburg, 1870 RegAss., 1875 RegR, 1878 Köln, 1888 ORegR 337/100 225v

**Meier, Theodor** (geb. 1824), 1848 OGerAss., 1850 Kreisrichter Heilsberg, 1854 Stadtrichter Königsberg, 1858 RegR Gumbinnen, 1868 Königsberg, 1881 ORegR Königsberg, 1893 a. D. 75/93 74

**Meinecke, Rudolf** (1817–1905), 1845 RegAss., 1848 Hilfsarb. FinMinm., 1854 RegR, 1859 GehFinR, 1861 auch Mitgl. Hauptverw. d. Staatsschulden, 1865 GehOFinR, März 1872 Präs. Finanzdirektion Hannover, Okt. 1872 MinDir. FinMinm., 1873 Bevollm. z. BundesR, 1879 UStS FinMinm, 1881 Wirkl.GehR, 1888–1902 Präs. Disziplinarhof für nicht richterliche Beamte, 1899 a. D. 14/91 68; 46/92, 50/92 175v–176; 116/94 195v–197, 199v–200; 162/95 190v–191; 199/96 193, 203/96, 204/96 237v, 238v; 266/98 245v, 252, 259v, 260v; 336/100 222; 356/101 100, 371/101 281, 373/101 290v, 291v

**Meissel, Heinrich** (geb. 1848), Förster zu Meckbach, 1886 Disziplinarsache 272/98 350

**Meißner, Friedrich August** (geb. 1844), Gefangenenoberaufseher zu Eckmannshausen, Krs. Siegen, 1882 Disziplinarsache 114/94 182

**Mejer, Ernst** (geb. 1848), Dr., 1877 GerAss., 1878 RegAss. u. kommissar. Amtm. Weener, 1880–84 Amtm. u. KrsHptm. Gifhorn u. Fallersleben, 1884 LandR Kalbe/S., 1889 GehRegR MdI, 1891 als ORegR nach Hildesheim versetzt, 1897 Stralsund, 1903 Kassel, 1907 a. D. 377/101 326

**Mejer, Otto** (1818–1893), 1841 Dr. jur. Göttingen, 1842 PD, Kirchen- und Staatsrechtler, 1847 Prof. jur. Königsberg, 1850 Greifswald, 1851 Rostock, 1874 Göttingen, 1885–93 Präs. Landeskonsistorium Hannover 207/96 269v; 218/97 56v, 221/97 72

**Melbeck, Karl** (1816–1891), 1841 Gerichtsschreiber, 1843 Gerichtsaktuar LG Elberfeld, 1845 KrsSekt., 1848–51 vertretungsweise Verwaltung des Landratsamts Elberfeld, 1851 LandR Solingen, 1881 GehRegR, 1886 a. D. u. KronenO II. Kl., 1855–58, 1889–91 Mda (bkF, NLP), 1878–81 MdR (RFKP) 257/98 164

**Melchers, Paul Ludolf** (1813–1895), 1835 RegRef. Münster, dann Theologiestudium, 1841 Priester, 1851 Leitung Priesterseminar Münster, 1852 GenVikar, 1854 Domdechant, 1857 Bischof Osnabrück, 1866 Erzbischof Köln, 1875 wegen Verstößen gegen die Kulturkampfgesetze für abgesetzt erklärt u. Flucht in die Niederlande, 1882 Wiedereinsetzung abgelehnt, 1885 Kurienkardinal in Rom, 1848 Mitgl. dt. NatVers. (bkF) 33/92 47v, 36/92 54, 42/92 103v–104, 45/92 123v, 14v, 47/92 156; 106/94 68v, 125/94 232v, 126/94 265; 155/95 107; 176/96 4v, 5

**Melsheimer, Joseph**, Förster zu Stoppelberg, Krs. Wetzlar, 1879 Disziplinarsache 27/91 183

**Mende, August** (geb. 1843), KrsSekt. zu Reichenbach/Schl., 1889 Disziplinarsache 379/101 357

**Mengden, Alexander Frh. v.** (1819–1903), 1844 russ. Diplomat, 1856 1. Sekr. Gesandtschaft Frankfurt/M., 1866 GenKonsul ebd., 1880 Ministerresident für die Hansestädte in Hamburg, 1883–97 Ministerresident Dresden, überbringt 1882 Protest gegen Anstellung v. J. v. Eckhardt 122/94 217

**Menzel, Adolf** (1899: v.) (1815–1905), 1832 Übernahme d. väterl. Steindruckerei, 1837 Maler, Prominenz als Lithograph für die Werke Friedrichs II. u. preuß. Historienmaler, 1853 Mitgl. Akad. d. Künste, seit 1867 impressionist. Züge, zahlreiche Auszeichnungen, 1886 Kanzler d. Friedensklasse d. Ordens Pour le mérite, 1886 Stern zum KronenO II. Kl., 1895 Wirkl.GehR u. Ehrenbürger Berlins, 1899 Schwarzer AdlerO 257/98 163

**Menzel, Andreas** (1815–1886), Dr. theol., 1853 Prof. Hosianum Braunsberg, 1871 wegen Widerstandes gegen das Unfehlbarkeitsdogma amtsenthoben, 1874 Prof. f. altkath. Dogmatik Univ. Bonn 283/99 120

**Menzel, Traugott** (geb. 1830), Steueraufseher zu Hirschberg, 1885 Disziplinarsache 223/97 92

**Mersmann, Felix** (1824–1908), 1853 GerAss. Verw. d. indirekten Steuern, 1856 OZollInsp., 1864 RegR Provinzialsteuerdirektion Stettin, 1875 ORegR Provinzialsteuerdirektion Danzig, dann Münster, 1886 Provinzialsteuerdir. Posen u. GehFinR, 1889 Stettin, 1895 Wirkl.GehOFinR, 1897 a. D. 257/98 163v

**Mersmann, Gerhard** (geb. 1826), Lehrer zu Plaggenschale, Krs. Bersenbrück, 1880 Disziplinarsache 59/92 243

**Meske, Reinhold** (geb. 1854), Lehrer zu Rummelsburg, 1887 Disziplinarsache 288/99 183

**Meß, Adolf** (1823–1893), 1850 GerAss., 1851 RegAss., 1862 RegR Magdeburg, 1865 Merseburg, 1874 VerwGerDir. ebd., dann ORegR Potsdam, 1878 OVGR, 1889 a. D. 370/101 265

**Metscher, Johann** (geb. 1832), Lehrer zu Asselermoor, Krs. Kehdingen, 1885 Disziplinarsache 238/97 235

**Metz, Carl** (1837–1903), 1860 RegRef. Marburg, 1866 KrsSekr. Melsungen, 1868 RegAss. u. Spezialkom. Fritzlar, 1871 Kassel, 1872 Reg. Frankfurt/O., 1876 RegR Kassel, 1887 ORegR Lüneburg, 1888 nationallib. AH-Kandidat 289/99 190, 292/99 221

**Metz, Julius** (geb. 1847), Gerichtsschreiber zu Sensburg, 1884 Disziplinarsache 197/96 173

**Metz, Wilhelm Josef**, kath. Priester aus Obertiefenbach/Lahn, 1889 Dispensation 359/101 134

**Metzler, Albert** (1901: v.) (1839–1918), Bankier, seit 1883 Teilhaber d. Bankhauses B. Metzler seel. Sohn & Co., Frankfurt/M., 1886–1904 bayer. GenKonsul, 1881–1912 unbesoldeter StadtR, 1887 auf Empfehlung Bismarcks als MdStR erwogen, 1886–93 MdA (NLP), 1904 MdH 276/99 41, 41v

**Metzler, Anton** (geb. 1837), Obersteuerkontrolleur zu Meppen, 1886 Disziplinarsache 255/98 132a

**Meyer, Alexander** (1832–1908), Dr. jur. Würzburg, bis 1862 Justizdienst, dann Publizist, 1864–66 Redakteur „Weserzeitung“ in Bremen, 1866–71 Sekr. HK Breslau, 1871–76 Sekr. Dt. Handelstag, dann Chefredakteur Berlin, 1881–96 MdR, 1877–88, 1892–93 MdA (NLP, LibVg, DFsP, FsVg) 162/95 189

**Meyer, Bernhard Paul** (geb. 1849), Hauptamtsassistent zu Kleve, 1887 Disziplinarsache 288/99 183

**Meyer, Gustav** (1813–1884), 1839 GerAss., 1849 StAnw. Breslau, 1853 OStAnw. Ratibor, 1856 Breslau, 1857 GehJusR JMinm., 1861 GehOJusR, 1866 Präs. AppGer. Paderborn, 1879 Präs. KG, 1883 Wirkl.GehR, 1884 MdStR, 1868/69 MdA (KoP), 1879 MdH 22/91 139; 146/95 32

**Meyer, Heinrich** (geb. 1834), Gerichtsdienner u. Gefangenenaufseher zu Wittmund, 1887 Disziplinarsache 288/99 185

**Meyer, Heinrich** (geb. 1843), PolKom. Frankfurt/M., nach einem, durch sein rigoreses Einschreiten verursachten Tumult beim Begräbnis des Frankfurter Sozialdemokraten H. Hiller 1886 zu einigen Monaten Gefängnis verurteilt, aber bald begnadigt 253/98 100, 100v

- Meyer, Heinrich Ludwig Eduard**, Packmeister zu Lüneburg, 1883 Pensionssache 159/95 159, 161
- Meyer, Hugo**, kath. Priester aus Trier, 1889 Dispensation 369/101 247
- Meyer, Theodor Stanislaus** (geb. 1852), Gerichtsvollzieher zu Wirsitz, 1881 Disziplinarsache 83/93 132
- Meyer (-Arnswalde), Wilhelm** (1865: v.) (1816–1892), Rittergutsbes., 1846–84 LandR Arnswalde/Nm., dann Landesdir. Neumark, 1849–53, 1870–73, 1877–92 MdA (DkP), 1890–92 MdR (DkP) 193/96 140
- Meyeren, Wilhelm v.** (1835–1909), 1861 GerAss., 1862 Hilfsarb. Ev. OKirchenR, 1866 RegAss., 1870 Hilfsarb. OPräsidium Posen, 1872 RegR, 1873 GehRegR StMinm., 1875 OVGR, 1889 Senatspräsi., 1904 a. D. u. Wirkl.GehR 358/101 114
- Meyhöfer, Emil** (geb. 1853), Lehrer zu Zawoiken, Krs. Ortelsburg, 1884 Disziplinarsache 204/96 244
- Michaelis, Hermann** (geb. 1834), 1861 RegAss. Düsseldorf, 1862 Stettin, 1867 Posen, 1871 Hilfsarb. FinMinm., 1872 RegR Schleswig, 1881–1903 ORegR Düsseldorf 85/93 151v
- Michaelis, Otto** (1826–1890), 1849 wegen angeblicher Preßvergehen aus der Justizlaufbahn entlassen, 1851 Wirtschaftsredakteur d. „Volkszeitung“ in Berlin, 1858 Mitbegr. Kongreß deutscher Volkswirte, 1867 Mitarb. Bismarcks im RKA, GehRegR, 1871 Dir. (Finanzabt.) u. Wirkl. GehORegR, 1879 wegen Bismarcks Schutzzollpolitik a. D., 1880 Präsi. Reichsinvalidenfonds, 1862–67 MdA (DFP, NLP), 1867–70 MdR 192/96 125v
- Michalczyk, Johann** (geb. 1837), Elementarschullehrer zu Wengern, Krs. Oppeln, 1883 Disziplinarsache 160/95 182
- Michalski, Rudolf** (geb. 1843), Lehrer zu Czenczel, Krs. Ortelsburg, 1885 Disziplinarsache 242/97 271
- Michelly, Siegfried** (1833–1898), 1860 GerAss., 1861 RegAss. Posen, 1870 Hilfsarb., 1871 RegR, 1872 GehFinR FinMinm., 1875 GehOFinR, 1879 mit Domänenabt. in LandMinm., 1883–97 MinDir. LandMinm., 1893 Wirkl.GehR 14/91; 141/94 378, 378v
- Michels, Gustav** (1836–1909), 1862 Eintritt in väterl. Handelsgeschäft, 1892 Gründung Rhenania Versicherung AG, 1893 Geh. Kommerzienrat, 1895 Vors. AR Schaaffhausen'scher Bankverein, 1878 Stadtverordneter Köln u. 1888 Mitgl. ProvLT Rheinprov., 1891–1909 Präsi. HK Köln, Mitgl. im Ausschuß DHT, Stadtverordneter Köln, aktiv im Dombauverein, deshalb 1880 KronenO IV. Kl., 1901 MdH 51/92 177
- Michels, Wilhelm August Bernhard** (geb. 1835), Lehrer zu Peenemünde, 1880 Disziplinarsache 46/92 143
- Micke, Paul** (geb. 1844), Dr. jur., 1870 RegAss. Hannover, dann Mitgl. Direktion d. oberschles. Bahn zu Breslau, 1880 RegR, 1879 Hilfsarb., 1881 GehRegR Minm.öA, 1887 GehORegR Minm.öA, 1895 MinDir. u. Wirkl.GehORegR, 1898 a. D. 70/93 59
- Miehle, Ernst** (geb. 1860), Lehrer zu Zlotkowo, Krs. Posen-West, 1885 Disziplinarsache 240/97 251
- Mielke, Johann Wilhelm** (geb. 1842), Lehrer zu Gramattenbrück, Krs. Deutsch Krone, 1884 Disziplinarsache 198/96 186
- Mielzynski, Jozef Graf** (1824–1900), Rittergutsbes., 1870 Dir. d. „Bazar“ in Posen, Landschaftsrat, aktiv im poln. Vereinswesen, 1859–61 MdA (Pole), 1869 MdH, 1884 an Deutsche verkaufswillig für die Herrschaft Rynsk, Krs. Briesen 209/96 280
- Miesitschek v. Wischkau, Karl** (geb. 1859), Dr. jur., 1885 RegRef. Liegnitz, 1888 RegAss. Danzig, 1890 LandR Wongrowitz, 1895 Thorn, 1896 RegR OPräsidium Danzig, 1897–99 Lippischer StMinr. Detmold, 1902 RegR Marienwerder, 1905 ORegR Ansiedlungskomm., 1907 ORegR Düsseldorf, 1910–19 RegPräs. Magdeburg 397/102 160v
- Miess, Peter Paul**, Assistent auf Grube von der Heydt, Krs. Saarbrücken, 1881 Disziplinarsache 84/93 140

- Minnigerode, Wilhelm Frh. v.** (1840–1913), 4 Jahre Offizier, 1865 Rittergutsbes., 1884 MdStR, führender kons. Politiker, 1871–84 MdR (KoP, DkP, 1881–84 Fraktionsvors.), 1877–88, 1893 MdA (KoP, DkP) 63/93 10, 11 f.; 214/97 16v; 254/98 111; 286/99 154, 154v
- Miquel, Johannes** (1897: v.) (1828–1901), 1854 Rechtsanw. Göttingen, 1859 Mitbegr. Nationalverein, 1865 OB Osnabrück, 1869 Dir. Disconto-Ges., 1877 OB Osnabrück, 1880 OB Frankfurt/M., 1890 als OPräs. Rheinprovinz erwogen, 1890–1901 FinMinr., setzte große Finanzreform durch, 1897–1901 Vizepräs. StMinm., führender Nationalliberaler, 1863–66 Mitgl. 2. Kammer Hannover, 1867–82 MdA, 1867–77, 1887–90 MdR (NLP), 1882–90, 1901 MdH 44/92 119; 393/102 85, 91 f., 93, 94v, 96
- Mirbach (-Sorquitten), Julius Frh.** (1888: **Graf**) v. (1839–1921), Fideikommißbes., Auskultator KG, 1862–66 Offizier, dann Güterverw., 1879–1919 Mitvors. Verein d. Steuer- u. Wirtschaftsreformer, 1878–81, 1892–1918 Mitgl. Vorstand (12er Ausschuß) DkP, 1886–98 MdR (DkP), 1874 MdH 114/94 164v; 370/101 267v, 371/101 282
- Mischke, Ludwig** (geb. 1824), Lehrer zu Cielenta, Krs. Strasburg/Westpr., 1882 Disziplinarsache 108/94 87
- Mittelstaedt, Theodor Oswald**, Lehrer zu Witzleben, Krs. Wirsitz, 1879 Disziplinarsache 27/91 184
- Mittler, Franz Ludwig** (1819–1891), 1845 kurhess. RegRef. Kassel, 1846 RegAss., 1849 Referent BezDirektion Hanau, 1850 Hilfsarb. kurhess. MdI Kassel, 1853 RegR u. Referent, 1856 VortrR, 1860 GehRegR, 1867 ORegR Kassel, 1886 z. D. u. KronenO II. Kl. 259/98 199v
- Modest, Joseph**, Lehrer zu Fulda, 1889 Disziplinarsache 360/101 147
- Moeller, Eduard v.** (1814–1880), 1840 LandR Simmern, 1844 StKom. Köln-Mindener Eisenbahn, 1848–66 RegPräs. Köln, 1867 OPräs. Kassel, 1871 OPräs. Elsaß-Lothringen, soll 1879 als Bevollm. z. BundesR zugunsten MdI B. Eulenburg ausscheiden 5/91 19; 130/94 297
- Moeller, Ernst v.** (1834–1886), 1860 GerAss. u. Dr. jur. Berlin 1861 RegAss. Oppeln, dann Posen u. Breslau, 1867 Hilfsarb. FinMinm., 1869 RegR, 1870 GehFinR, 1872 GehRegR Reichskanzleramt, 1873 GehORegR, 1880 RAdI, 1881 UStS HandMinm., Bevollm. z. BundesR, Wirkl.GehORegR, 1877 Mitgl. kais. Patentamt, 1878 Vors. d. Oberseeamtes, 1881 Vors. Aufsichtskommission für die mechanisch-technische u. chemisch-technische Versuchsanstalt, 1884 StS d. StR 75/93 74, 78/93 83; 145/95, 162/95 190v, 173/95 301v, 174/95 306–308v; 187/96 92, 188/96, 194/96 149v, 201/96, 202/96 220, 221, 203/96 233, 234, 205/96 250, 253; 249/98 63v, 251/98, 256/98 158v; 391/102 70v
- Moeller-Lilienstern, Oskar Frh. v.** (1847–1898), 1876 GerAss., 1877 Dr. jur. Leipzig, 1877 RegAss. u. Spezialkom. Wittenberg, 1880 LandR Beckum, 1885 a. D. wegen Krankheit, 1891 vorübergehend bei Reg. Potsdam 58/92 215
- Molitor** (geb. 1840), Dr., 1864 bad. Kameralpraktikant, 1868 bad. Intendanturassessor, 1871 preuß. Intendanturrat, tätig beim III. AK u. Gardekorps, 1885 Militärintendant VI. AK Breslau, 1890 Charakter als Wirkl.GehKrR, 1892 a. D. 394/102 117
- Mollier, Wilhelm** (1822–1890), nass. Justizdienst, div. Verwendungen, 1852 Auditeur Wiesbaden, 1861 RegR nass. Landesregierung, 1867 RegR Wiesbaden, 1879 ORegR Wiesbaden 6/91 24
- Moltke, Helmuth** (1870: **Graf**) v. (1800–1891), 1819 dän. Ltn., 1822 preuß. Ltn., 1833 OLTn. Gr. GenStab, 1835–39 Orient-Kommando, div. Stabsverwendungen, 1850 Oberstltm., 1855–57 persönl. Adjutant Friedrichs III., 1858–88 Chef Gr. GenStab, 1859 GenLtn., Sieger der Kriege von 1864, 1866, 1870/71, 1866 Gen. d. Inf., 1871 Generalfeldmarschall, 1872 Rittergutsbes. Kreisau, Kanzler Schwarzer AdlerO, 1872 MdH, 1867–91 MdR (kons.) 173/95 297v; 235/97 190v; 249/98 59, 61v, 250/98 75v; 285/99 137
- Mommsen, Theodor** (1817–1903), 1843 Dr. jur., Althistoriker, 1848 Prof. Leipzig, 1851 wegen Teilnahme am Maiaufstand 1849 dienstentlassen, 1852 Prof. Zürich, 1854 Breslau, 1858 Mitgl. Akad. d. Wiss. u. Leiter Corpus Inscriptionum Latinarum Berlin, 1861–87 Prof. f. alte Geschichte,

- 1902 Nobelpreis f. Literatur, 1861 Mitbegr. DFP, Gegner Bismarcks, 1863–66, 1873–79 MdA (DFP, NLP), 1881–84 MdR (LibVg) 72/93 62v
- Montréal, Jacob** (geb. 1844), Lehrer zu Kennfus, Krs. Cochem, 1884 Disziplinarsache 200/96 204
- Montag, Ernst August Gottlieb** (geb. 1850), Grenzaufseher zu Geestendorf (Ortsteil v. Geestemünde), 1888 Disziplinarsache 312/100 106
- Montua, Adolph** (geb. 1820), Lehrer zu Brakau, Krs. Marienwerder, 1883 Disziplinarsache 159/95 167
- Mooren, Theodor** (1833–1906), 1860 Bgm. Oedt, 1869 auch von Kempen u. Schmalbroich, 1876 im Zuge des Kulturkampfes suspendiert, 1878 nach Disziplinarverfahren entlassen, 1881 als Bgm. von Eupen bestätigt, 1904 Titel OB, 1905 a. D., Mitgl. Kongress Dt. Landwirte (1880 Ausschuß), Deutscher Bimetallistenbund (Ausschuß), div. Schriften, u. a. über seine Amtsenthebung, 1867–70, 1879–1906 MdA (RFKP, Zentrum), 1887–98 MdR (Zentrum) 76/93 76v
- Morawski, Jozef v.** (1813–1902), Rittergutsbes., 1861 Landschaftsdir., aktiv in poln. Landbanken u. Genossenschaften, kons.-kirchlich gesinnt, 1852–63 MdA (Pole; zeitw. Fraktionsvors. Kolo Polskie), 1876 als MdH gewählt, 1880 als MdH zugelassen 29/92 7
- Moritz, Matthias** (geb. 1822), Elementarlehrer zu Mondorf, Krs. Merzig, 1884 Disziplinarsache 204/96 245
- Mosel, Emil Carl Albert** (geb. 1846), Bgm. zu Becherbach, Krs. Meisenheim, 1883 Disziplinarsache 146/95 46
- Moses, Heinrich Wilhelm**, Förster zu Berge (Prov. Hannover), 1880 Disziplinarsache 31/92 36
- Mosse, Rudolf** (1843–1920), Buchhandelslehre in Posen, gründete 1867 Verlagsdruckerei in Berlin, die bald größte Anzeigenexpedition Deutschlands u. 1871 das „Berliner Tageblatt“, Multimillionär u. Rittergutsbes., als freisinniger Jude in Regierungskreisen nicht geschätzt 237/97 218, 218v
- Most, Johann** (1846–1906), Buchbinder, 1868 sozialist. Funktionär in Wien, 1870 im Wiener Hochverratsprozeß verurteilt, 1871 amnestiert u. Mitgl. dt. SDAP, Redakteur d. „Freien Presse“ in Chemnitz, 1873 Redakteur Mainz, erneute Haft, 1876 Berlin, 1878 aus Berlin ausgewiesen u. Emigration nach London, Mai 1880 wegen Anarchismus aus Partei ausgeschlossen, 1881 wegen Billigung des Attentats auf Zar Alexander III. in England verurteilt u. 1882 Emigration nach New York, führender Organisator d. anarchist. Gruppen, 1887 im Chicagoer Anarchistenprozeß verurteilt, 1874–78 MdR (SDAP) 56/92 203; 134/94 320v; 282/99 87
- Mötting, Johann Wilhelm**, Steueraufseher zu Dortmund, 1883 Pensionssache 165/95 207v, 208
- Moufang, Christoph** (1817–1890), 1839 Priester Mainz, Kaplan Seligenstadt, 1845 Pfarrverwalter Mainz u. Religionslehrer, 1848 Mitbegr. Pius-Verein u. Organisator 1. Katholikentag, 1851–77 u. 1887–89 Leiter des Mainzer Priesterseminars, im Kulturkampf engagierter Verfechter einer auf Rom orientierten, auf kirchl. Vereine gestützten Kirche, 1877–86 Kapitularvikar u. Bistumsverweser Mainz, kath. Sozialpolitiker u. Berater Bischof Kettelers, 1881 Kandidat als Fürstbischof Breslau 95/93 223v
- Mrongovius, Maximilian Johannes** (geb. 1852), RegSkr. zu Danzig, 1889 Disziplinarsache 375/101 310
- Mueller, Albert** (geb. 1842), RegAss. zu Breslau, 1880 nach Disziplinarverfahren a. D. 45/92 132
- Mueller, Carl Moritz**, Kreisgerichtsbüro-Assistent zu Peitz, Krs. Cottbus, 1879 Disziplinarsache 16/91 106
- Müffling, Karl Frh. v., gen. Weiß** (1775–1851), 1788 Militär, 1803 OLTn. GenStab, 1807–13 Vizepräs. Domänenkammer Sachsen-Weimar, 1813 Oberstltm. preuß. GenStab, Oberquartiermeister d. schles. Armee, 1814 Chef d. GenStabs d. niederrheinischen Armee, 1818 GenLTn., 1821 Chef d. GenStabs, 1829 kommand. Gen. VII. AK Münster, 1832 Gen. d. Inf., 1838 Gouv. v. Berlin, 1847 a. D. als Generalfeldmarschall, 1821 Mitgl. u. 1837–47 Präs. StS 187/96 92
- Mühlenfels, Adolph Leopold Max v.** (1827–1893), 1855 RegRef. Koblenz, 1859 RegAss., 1868 RegR Koblenz, 1886–93 ORegR Koblenz 249/98 69



- Mühlenfels, Otto v.** (1845–1918), 1871 GerAss., 1873 RegAss. Eisenbahnverw., 1881 RegR, Dir. Eisenbahnbetriebsamt Braunschweig, 1889 Hilfsarb., dann GehFinR FinMinm., 1893 a. D. u. Vors. d. oldenburg. Eisenbahndirektion Oldenburg 367/101 237
- Mühler, Heinrich v.** (1813–1874), 1838 GerAss. Berlin, 1840 Hilfsarb. KuMinm., 1842 RegR, 1846 GehRegR, 1851 OKonsR im Ev. OKirchenR, 1862–72 KuMinr., 1867–70 MdR (bkF, KoP) 226/97 114v
- Müller,** Proviantmeister, RechR, erhält 1883 vorzeitig KronenO III. Kl. 162/95 188v
- Müller, Emil,** Regierungskanzlist zu Potsdam, 1887 Pensionssache 293/99 223v, 224
- Müller, Ernst** (geb. 1843), Dr. phil., Lehrer an der Landwirtschaftsschule zu Samter, 1884 Disziplinarsache 204/96 246
- Müller, Ernst Franz** (geb. 1843), Gefangenenaufseher zu Brieg, 1890 Disziplinarsache 397/102 176
- Müller, Gustav** (geb. 1829), Förster zu Stanischau, Krs. Karthaus, 1882 Disziplinarsache 125/94 254
- Müller, Heinrich Detlef** (geb. 1838), Lehrer zu Neddenaverbergen, Krs. Verden, 1883 Disziplinarsache 163/95 200
- Müller, Hermann** (1895: v.) (1832–1908), 1851 Armee, 1853 Ltn., 1859–62 Kriegsakademie, 1866 Hptm., 1875 Gr. GenStab, 1879 Chef Abt. f. Artillerieangelegenheiten u. Oberstltm., 1883 Oberst, 1888 GenMaj. u. Dir. Waffendep. im KrMinm., stellv. Bevollm. z. BundesR, 1893 z. D. 170/95 270v
- Müller, Hermann Josef,** Lademeister zu Elberfeld, 1888 Pensionssache 312/100 97
- Müller, Johann Christoph Wilhelm,** Lehrer zu Dalldorf, RegBez. Lüneburg, 1879 Disziplinarsache 26/91 172
- Müller, Wilhelm** (geb. 1830), Gerichtsdienner zu Elberfeld, 1883 Disziplinarsache 150/95 79
- Müller, Wilhelm** (geb. 1832), Stationskassenrendant zu Berlin, 1887 Disziplinarsache 279/99 71
- Mülverstedt, George Adalbert v.** (1825–1914), 1852 GerRef. Königsberg, Forschungen im StA Königsberg u. Publikationen dazu, 1855 Neuordnung des Archivs der Provinzialstände Brandenburgs, 1857 Leiter d. Provinzialarchivs Magdeburg, 1865 Archivrat, 1867 Staatsarchivar, 1877 GehArchivrat, fördert das Archivwesen d. Prov. Sachsen, 1898 a. D., 1880 Adler d. Ritter d. HausO v. Hohenzollern 42/92 102v
- Münchhausen (-Straußfurt), Ferdinand Frh. v.** (1810–1882), 1838 RegAss. Generalkomm. Stendal, 1850 LandR Jerichow I, 1855 RegR Merseburg, ORegR, 1862–67 RegPräs. Frankfurt/O., 1867–82 OPräs. Pommern u. RegPräs. Stettin, Wirkl.GehR, 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1849–52 Mitgl. 2. Kammer (Auerswald-Schwerin, Rechte) 22/91 139; 74/93 68, 69
- Münzenberger, Ernst Franz August** (1833–1890), 1856 Priester, Kaplan Düsseldorf, 1869 Regens Priesterseminar Münster, 1871 Stadtpfarrer Frankfurt/M., Geistl. Rat, Ehrendomherr Limburg, 1885 als Bischofskandidat Limburg minder genehm 215/97 26v–27
- Muscate, Eduard Anton Gustav** (geb. 1829), Förster zu Hagenort, Krs. Preuß. Stargard, 1880 Disziplinarsache 46/92 144
- Mützlitz, Theodor** (geb. 1847), Sekr. u. Kassenkontrolleur an der Techn. Hochschule Berlin, 1882 Disziplinarsache 125/94 255
- Myrau, Johannes Heinrich Friedrich** (geb. 1852), Lehrer zu Willendorf, Krs. Stormarn, 1889 Disziplinarsache 360/101 148
- Nagel, Adalbert** (geb. 1833), Gerichtsschreiber, Sekr. zu Kattowitz, 1880 Disziplinarsache 51/92 183
- Namszanowski, Franz Adolf** (1820–1900), 1846 Priester Frauenburg, 1851 Religionslehrer Hohenstein, 1854 Pfarrer Gr. Ramsau, 1861 Propst Königsberg, 1866 kath. Feldpropst d. Armee, 1868 Titularbischof, 1872 im Zuge des Kulturkampfes suspendiert, 1873 Aufhebung d. Feldpropstei, 1896 Domherr Frauenburg 250/98 76, 77

- Nasse, Berthold** (1905: v.) (1831–1906), 1860 RegAss. Koblenz, 1867 LandR Unterlahnkreis, 1874 Hilfsarb. MdI, 1877 GehRegR, 1881 RegPräs. Trier, 1888 UStS KuMinm., 1890–1905 OPräs. Rheinprovinz, 1893 Wirkl.GehR 85/93 151; 143/95 8v, 153/95 98v; 370/101, 373/101 290; 392/102 80v, 393/102 92v, 394/102 113
- Nasse, Rudolf** (1837–1899), 1867 BergAss. Bonn, 1873 Bergwerksdir., 1879 BergR, 1885 OBERgR Dortmund, 1888 Vors. Bergwerksdirektion Saarbrücken, 1891 GehBergR HandMinm., 1894 GehOBergR 319/100 150
- Nathusius, Heinrich Engelhard** (1861: v.) (1824–1890), 1855–63 LandR Althaldensleben, GehRegR, Rittergutsbes., später Mitgl. sächs. ProvAusschuß, 1880 Kreuz d. Ritter d. HausO v. Hohenzollern 42/92 102v
- Natzmer (-Borkow), Wilhelm v.** (1848–1916), 1873 GerAss., 1874 Kreisrichter Peitz, 1876 RegAss. Hildesheim, 1877 OAMtm. Hechingen, 1879 LandR Kolberg-Körlin, 1889 RegR Frankfurt/O., Sept. 1889 ORegR Posen, 1893 Lüneburg, 1898 Erfurt, 1908 a. D. 373/101 291v
- Naumann, Otto** (1852–1925), 1878 GerAss. Straßburg i. E., 1879 KrsAss. u. kommissar. Beigeordneter Stadt Straßburg, 1884 Hilfsarb. KuMinm., 1886 RegR, 1888 GehRegR, 1891 GehORegR, 1903 Wirkl.GehORegR, 1907–20 MinDir. (Hochschulabt.), 1913 Wirkl.GehR 310/100 89
- Nauester, Josef** (um 1807–1889), Jurist, Ober-Auditeur beim Generalauditoriat Berlin, 1857 GehKrR KrMinm., Justitiar KrMinm., 1862 Wirkl.GehKrR, 1879 Roter AdlerO II. Kl., 1881 a. D. u. Stern zum Roten AdlerO II. Kl. 22/91 138; 72/93 62
- Nauss, Bernhard Josef** (geb. 1835), Gerichtsvollzieher zu Aachen, 1883 Disziplinarsache 150/95 80
- Nautsch, Adolph** (geb. 1850), Lehrer zu Willenberg, Krs. Ortelsburg, 1885 Disziplinarsache 239/97 247
- Nebe-Pflugstaedt, August** (1828–1902), 1856 GerAss., 1860 Staatsanwaltschaft Altenkirchen, 1861 Staatsprokurator Düsseldorf, 1869 OGerR Celle, 1870 Kronanwalt Hannover, 1871 GehJusR JMinm., GehOJusR, 1879 MinDir. u. Wirkl.GehOJusR, 1883 UStS, 1887 Wirkl.GehR, lehnt 1892 Berufung zum stellv. preuß. Bevollm. z. BundesR ab, 1900 a. D. 10/91 39–42, 49, 15/91 74, 79; 173/95 301v; 199/96, 200/96; 339/100
- Needing, Wilhelm Franz Ludwig** (geb. 1850), Hauptzollamtsassistent zu Altona, 1889 Disziplinarsache 375/101 311
- Neefe u. Obischau, Karl August v.** (1820–1899), 1851 RegAss. Stettin u. LandR Preuß. Stargard, 1872 ORegR Oppeln, 1878 RegVizepräs. Koblenz, 1881–89 RegPräs. Potsdam, Wirkl.GehORegR 72/93 62; 147/95 59, 59v; 360/101 136v
- Neubauer, Anton Johann** (1842–1915), kath. Priester, Lic. theol., 1869–87 Prof. Priesterseminar Pelpin, 1887 auch Domkapitular, 1886–1903 MdA (Pole), 1898–1903 MdR 286/99 150v
- Neubauer, Friedrich August** (1815–1900), Kaufmann, seit 1841 Bank- und Zucker-Kommissions-Geschäft in Magdeburg, 1880–89 1. Vorsteher d. Ältesten d. Kaufmannschaft, Geh. Kommerzienrat, 1881 Mitgl. Volkswirtschaftsrat, auch Mitgl. Landeseisenbahnrat, 1888 Roter AdlerO III. Kl. 316/100 123v
- Neubauer, Ferdinand Johann Christian**, Steueraufseher zu Pleschen, 1883 Pensionssache 157/95 119 f.
- Neufville, Gustav Adolf v.** (1820–1886), Bankier Frankfurt/M., 1871–83 Vors. d. HK, Geh. Kommerzienrat, Mitgl. preuß. Volkswirtschaftsrat, 1884 MdStR 276/99 41
- Neugebauer, Theodor Oswald Klaus**, Distriktskom. zu Graetz (Posen), 1879 Disziplinarsache 2/91 5, 7
- Neugebauer, Wenzeslaus** (geb. 1856), Assistent bei der Staatsanwaltschaft zu Breslau, 1889 Disziplinarsache 360/101 149
- Neuhaus, Wilhelm** (geb. 1843), Rangiermeister zu Dortmund, 1887 Disziplinarsache 279/99 72
- Neuhauf, Philipp** (1832–1893), 1860 RegAss. 1861 Hilfsarb. FinMinm., 1871 RegR Potsdam, 1877 VerwGerDir., 1886 OVGR 253/98 104v

- Neumann, Alwin** (geb. 1840), Lehrer zu Kainowe, Krs. Trebnitz, 1890 Disziplinarsache 397/102 177
- Neumann, Carl** (geb. 1826), Steueraufseher zu Praust, Krs. Danzig, 1889 Disziplinarsache 352/101 47
- Neumann, Franz** (geb. 1831), Zolleinnehmer zu Halbstadt (Grenzzollamt), 1885 Disziplinarsache 242/97 272
- Neumann, Friedrich August** (geb. 1829), Gefangenenwärter zu Lüben, 1881 Disziplinarsache 83/93 133
- Neumann, Johann Wilhelm** (geb. 1847), Gefangenenaufseher zu Danzig, 1881 Disziplinarsache 93/93 210
- Neumann, Ludwig Franz** (geb. 1835), Förster zu Mülhof, RegBez. Marienwerder, 1885 Disziplinarsache 226/97 130
- Neumann, Paul** (geb. 1846), Grenzaufseher zu Beuthen/OS, 1881 Disziplinarsache 79/93 91
- Nickel, Julius Eduard** (geb. 1837), Gerichtsschreiber zu Neukirchen, RegBez. Kassel, 1887 Disziplinarsache 290/99 212
- Nickel, Karl**, Polizeisergeant zu Oschersleben, 1880 Disziplinarsache 38/92 86
- Nickel, Theodor**, Grenzaufseher zu Geestendorf, Krs. Lehe, 1882 Pensionssache 126/94 267
- Nickisch-Rosenegk, Adolf v.** (1836–1895), 1865 RegAss. Bromberg, 1868–73 Amtshptm. Neuhaus/L., 1872 kommissar. LandR Sternberg, 1874 Düsseldorf, 1874 LandR Saatzig, 1888 VerwGerDir. Danzig, 1890 ORegR Marienwerder, 1879–88 MdA (DkP) 316/100 123v
- Nickolmann, Julius Robert** (geb. 1842), Grenzaufseher zu Tonndorf, Krs. Stormarn, 1887 Disziplinarsache 288/99 186
- Nieberding, Arnold** (1838–1912), 1863 GerAss., RegAss. Breslau, 1866 Hilfsarb. HandMinm., 1872 RK, 1873 RegR, 1875 GehRegR, GehORegR, 1889 Dir. RAdI (Zentralabt.), 1893–1909 StS RJA 258/98; 369/101
- Nieberg, Franz** (geb. 1832), Lehrer zu Fürstenau (Hannov.), 1887 Disziplinarsache 289/99 205
- Niechciol, Ernst**, Förster zu Teichhof, Krs. Freystadt, 1879 Disziplinarsache 16/91 107
- Niedermeier, Karl Friedrich** (geb. 1824), Amtm. zu Versmold i. W., 1880 Disziplinarsache 51/92 184
- Niegisch, Rudolf** (geb. 1845), Lehrer zu Adelsbach, Krs. Waldenburg, 1887 Disziplinarsache 287/99 168
- Nienhaus, Josef**, kath. Priester aus Spork, Krs. Borken, 1887 Dispensation 294/99 232
- Niesel, Carl** (geb. 1862), Lehrer zu Kunzendorf, RegBez. Breslau, 1889 Disziplinarsache 379/101 358
- Niewiadonski, Albert** (geb. 1836), Lehrer zu Kittelwitz, Krs. Leobschütz, 1881 Disziplinarsache 79/93 99
- Ninnemann, August** (geb. 1844), Gefangenenaufseher zu Lobsens, Krs. Wirsitz, 1886 Disziplinarsache 255/98 133
- Nitsche, Franz** (geb. 1856), Lehrer zu Langenbielau, 1889 Disziplinarsache 352/101 43
- Nitschke, Franz** (1808–1883), 1833 Priester Breslau, 1840 Pfarrer Rengersdorf b. Glatz, 1860–74 auch Kreisschulinspektor, 1875 fürstbischöfl. KonsR, 1881 Großdechant d. preuß. Anteils der Erzdiözese Prag zu Glatz, 1855–61 MdA (Kath. Fraktion, Centrum) 97/93 233v
- Nitzsche, Emil** (geb. 1847), Katasterkontrolleur zu Hettstedt, 1885 Disziplinarsache 230/97 164
- Noack, Eduard Adolf** (geb. 1844), Gerichtsvollzieher zu Kattowitz, 1888 Disziplinarsache 344/100 302
- Noelcke, Heinrich Friedrich** (geb. 1835), Untersteueramtsassistent zu Unna-Königsborn, 1886 Disziplinarsache 245/98 23
- Noeldechen, Wilhelm** (1806–1887), Jurist, Dir. KrsGer. Stralsund, 1852 KonsDir., dann KonsPräs. Magdeburg, Freund E. L. v. Gerlachs, Präses d. Geschichtsvereins v. Magdeburg, 1882 a. D. u. Titel Wirkl.OKonsR, 1850–55 Mitgl. 2. Kammer (Rechte, v. Arnim) 102/94 46

**Nöll, Ferdinand** (1830–1903), 1857 GerAss., 1859 zur Generalkomm. Merseburg, 1860 Spezialkom. Eisleben, dann Hettstedt, 1863 RegAss., 1867 RegR Koblenz, 1881 GehRegR MdI, 1884 GehORegR, 1896 Wirkl.GehORegR, 1898 a. D., bleibt aber Mitgl. d. Prüfungskomm. f. höhere Verwaltungsbeamte 87/93 158v; 178/96, 197/96 163

**Normann (-Jarnitz), Karl v.** (1827–1888), 1845 Armee, 1853 Kriegsakademie, dann topograph. Büro, 1859 Hptm., durch A. v. Stosch 1864 Privatsekr. Friedrichs III., 1865 als Maj. a. D., 1866 1. Adjutant, 1883 Hofmarschall Friedrichs III., Kammerherr, 1881 Schloßhptm. Freienwalde, August 1884 nach Zwistigkeiten am kronprinzlichen Hof preuß. Gesandter in Oldenburg u. Braunschweig 212/97 9v

**Nostitz (-Wallwitz), Oswald v.** (1830–1885), 1856 Hilfsarb. sächs. FinMinm., VortrR, 1870/71 Zivilkom. Versailles, 1873 sächs. Gesandter Berlin u. Bevollm. z. BundesR, sächs. Wirkl.GehR, bis 1884 Mitgl. der Verwaltung des Reichsinvalidenfonds, 1860 Mitgl. sächs. 1. Kammer 7/91 25v; 184/96 83

**Nowack, Hermann** (geb. 1838), Gefangenenwärter zu Liebau, Krs. Landeshut, 1882 Disziplinarsache 114/94 184

**Nowack, Josef**, Lokomotivführer zu Breslau, 1881 Pensionssache 91/93 174, 176

**Nowak, Adalbert** (geb. 1835), Volksschullehrer zu Filehne, 1883 Disziplinarsache 165/95 216

**Nüsken, August Wilhelm** (geb. 1850), Gerichtsvollzieher zu Torgau, 1888 Disziplinarsache 343/100 290

**Ober, Heinrich Wilhelm**, Polizeidiener zu Niederwenigern, Krs. Hattingen, 1889 Disziplinarsache 16/91 108

**Oberfenner, Bernhard** (geb. 1840), Gerichtsdiener zu Münster, 1890 Disziplinarsache 397/102 178

**Oberheydt, Arnold Heinrich**, Stationseinnehmer zu Schwelm, 1879 Disziplinarsache 16/91 109

**Oberreich, Karl Friedrich**, Rechnungsführer zu Traventhal, Krs. Bad Segeberg, 1882 Disziplinarsache 108/94 88

**Obst, Joseph** (geb. 1845), Schichtmeister zu Zabrze, 1882 Disziplinarsache 127/94 280

**Oechelhäuser, Wilhelm** (1883: v.) (1826–1902), Industrieller, 1848 RMinSkr., 1852 Bgm. Mülheim/Ruhr, 1856 Dir. Dt. Continental Gas Ges. Dessau, 1858–89 GenDir., 1874 Geh. Kommerzienrat, 1864 Mitbegr. u. 1890 Vors. Dt. Shakespeare-Ges., 1852/53 MdA (liberal) 1878–93 MdR (NLP) 215/97 25

**Oefler, Friedrich**, Polzeibote zu Breslau, 1886 Pensionssache 255/98 117v, 119

**Öhlschläger, Otto** (1888: v.) (1831–1904), 1858 GerAss. Marienwerder, 1864 StAnw. Marienwerder, 1870 Königsberg/Pr., 1874 GehJusR JMinm., 1878 GehOJusR, 1879 Wirkl.GehOJusR u. Generalauditeur d. Armee, 1884 Präs. KG u. MdStR, 1889 kais. Wirkl.GehR, 1889–91 StS RJA, 1890/91 Vors. 2. Kommission zur Ausarbeitung d. BGB, 1891–1903 Präs. RG, 1884 MdH 5/91 17–17v; 55/92 199–199v; 184/96 83, 208/96 272; 376/101 318v

**Oellerich, Ferdinand** (geb. 1842), PolKom. zu Frankfurt/M., 1887 Disziplinarsache 291/99 217

**Oelrichs, Heinrich Wilhelm** (geb. 1815), 1838 RegRef. Danzig, 1841 RegAss., 1845 Gumbinnen, 1849 RegR, 1850 Danzig, 1869 ORegR Breslau, 1889 a. D. u. GehRegR 360/101 136v

**Oertzen, Gustav v.** (1824–1900), 1845–53 Armee, 1855 Gutsbes., 1860 Kreisdeputierter, 1868 LandR Bromberg unter Entbindung von der Landrats-Prüfung, 1889 nach Agitation gegen RegPräs. v. Tiedemann im Rahmen der AH-Kandidatenaufstellung der dt.-kons. Partei 1888 zum Abschied bewogen, 1882–93 MdA (DkP) 345/96 310

**Ohlhues, Carsten Nikolaus** (geb. 1855), Hauptamtsassistent zu Hadersleben, 1887 Disziplinarsache 284/99 133

**Oldenberg, Carl M.**, seit 1866 Hrsg. der 1864 gegr. (liberalen) „Kammer-Korrespondenz“ 168/95 245 f.

- Oldershausen, Karl Frh. v.** (1816–1884), 1834 Ltn., 1838 hannov. Armee, 1842 a. D., 1845 Kauf u. Verw. Gut Gebesee, 1850 Eintritt in Reg. Erfurt, 1851 kommissar. LandR Weißensee, 1851 zum 1. Bgm. Erfurt gewählt, 1854 OB-Titel, 1871 Kammerdir. Graf Stolberg-Stolberg, Erbmarschall d. Fürstentümer Calenberg u. Grubenhagen, 1884 KronenO II. Kl., 1854–71 MdH 201/96 208
- Ollmann, Theodor**, Kreistierarzt zu Thorn, 1880 Disziplinarsache 45/92 133
- Olschner, Gottlieb** (geb. 1848), Grenzaufseher zu Tanina-Brassowe, Prov. Schlesien, 1887 Disziplinarsache 279/99 73
- Olszewski, August Martin** (geb. 1817), Förster zu Lindenbusch, Krs. Tuchel, 1884 Disziplinarsache 210/96 298
- Opielinski, Johann**, kath. Priester, 1888 Dispensation 297/100 2
- Opitz, Hermann** (1828–1901), 1856 GerAss. Naumburg/S., 1862 StAnw. Johannsburg, 1870 Dir. KrsGer. Lötzen, 1873 KonsR Königsberg, 1877 OKonsR Kassel, 1881 ORegR Stettin, 1886 ORegR Kassel, 1892–95 ORegR u. KonsPräs. Wiesbaden 259/98 199
- Oppenheim, Dagobert (David)** (1809–1889), GerAss. Köln, a. D., 1841 Gründung der „Rheinischen Zeitung“, nach deren Ende 1844 Eintritt in die Köln-Mindener Eisenbahnges., zuletzt Präs. des Direktoriums, 1880 für Unterstützung der Verstaatlichung der Bahn Roter AdlerO II. Kl. 30/92 25v
- Oppenheim, Eduard Frh. v.** (1831–1909), 1855 Bankier im Bankhaus d. Familie, 1881–1903 dessen Leiter, ca. 1867 Österr. GenKonsul Köln, Bes. d. Gestüts Schlenderhan, organisierte Landwirtschafts- u. Gartenbau-Ausstellungen in Köln, 1888 wegen seiner landwirt. Verdienste KronenO II. Kl. 339/100 230
- Orbin, Johann Baptist** (1806–1886), 1830 Priester Freiburg, 1839 Pfarrer Mannheim, 1856 gewählter Domkapitular Freiburg, 1868 Kandidat als Erzbischof Freiburg, 1881 Kapitularvikar, 1882 Erzbischof 123/94 219
- Orrisch, Carl** (geb. 1843), Lehrer zu Gollubin (RegBez. Gumbinnen), 1884 Disziplinarsache 183/96 82
- Osborg, Johann** (geb. 1823), Gefangenenaufseher zu Görlitz, 1883 Disziplinarsache 150/95 81
- Oste, Friedrich Hermann**, Stationsassistent zu Harburg, 1885 Pensionssache 223/97 82
- Oswald, Johann Jacob** (geb. 1853), Lehrer zu Bietzen, Krs. Merzig, 1881 Disziplinarsache 70/93 53
- Otte, Wilhelm**, Schutzmann zu Breslau, 1884 Pensionssache 184/96 83, 85
- Otto, Johann Anton** (geb. 1844), Grenzaufseher zu Neurode, 1888 Disziplinarsache 344/100 303
- Oven, Julius Adalbert v.** (1829–1889), 1852 RegRef. Münster, dann Arnberg u. Potsdam. 1855 LandR Wittgenstein, 1860–63 Beurlaubung, 1867 LandR Dillenburg, 1886 Ausbruch einer Geisteskrankheit u. a. D., Gutsbes. 266/98 245v
- Overweg, August** (1836–1909), 1861 RegRef. Münster, 1862 LandR Iserlohn, 1876 zwecks Vermögensregulierung nach Tod des Vaters a. D., 1878 Hilfsarb. LandMinm., 1879 LandR Bochum, 1883 Hilfsarb. LandMinm., GehRegR, 1887 als GehORegR a. D. u. 1887–1900 Landeshptm. Westfalen, Wirkl.GehORegR 142/95 3, 144/95 17v; 289/99 189v
- Padberg, Alexander** (1876: v.) (1832–1912), 1857 RegRef. Münster, 1862 RegAss. Borken, 1864 Bromberg, 1865 Hilfsarb. FinMinm., 1866 Magdeburg, 1873 RegR, 1876 nach Disziplinaruntersuchung wegen eines nach Deichregulierung erfolgenden Deichdurchbruchs Verweis, 1877 auf Fürsprache seiner Gemahlin, Prinzessin zu Salm-Salm, bei Wilhelm I. 1877 Versetzung nach Kassel statt Schleswig, 1883 ORegR Frankfurt/O., erfolglose Versetzungsgesuche, da katholischer Konfession 164/95 202
- Pagels, Arthur** (geb. 1854), Bgm. zu Pollnow, Krs. Schlawe, 1883 Disziplinarsache 165/95 217
- Pahl, Julius** (geb. 1827), 1856 RegAss. Münster, 1865 Danzig, 1866 RegR Aachen, 1868 Hannover, 1871 Steuerdir. Unter-Elsaß, 1873 Geh. Seehandlungsrat, zuletzt GehOFinR in der Seehandlung, 1881 a. D. 83/93 117

- Paland, Rudolf** (geb. 1853), Hauptsteueramtsassistent zu Berlin, 1886 Disziplinarsache 255/98 134
- Palenga, Florian** (geb. 1835), Lehrer zu Zaborze, Krs. Zabrze, 1882 Disziplinarsache 108/94 89
- Pampuch, Joseph** (geb. 1834), Kreisgerichtsbote und Exekutor zu Oppeln, 1880 Disziplinarsache 51/92 185
- Pape, Engelbert** (geb. 1827), 1853 GerAss., 1856 Staatseisenbahnverw., 1865 RegR, 1873 Titel GehRegR, 1875 Vors. d. Direktion d. Niederschlesisch-Märkischen Bahn, 1880 Präs. Eisenbahndirektion Berlin, 1881 Bromberg, zuletzt Wirkl.GehORegR, 1898 a. D. 33/92 47v
- Pape, Max** (geb. 1855), 1879 RegRef. Danzig, 1882 RegAss. Posen, 1888/89 Hilfsarb. HandMinm. u. RegR, 1889 LandR Calbe/S., 1906 GehRegR, 1911 zum Rücktritt aus Gesundheitsgründen gezwungen, da ihm vorgeworfen wird, seinen Schwiegervater, den Brauereibes. Allendorff in Schönebeck, nicht von Begünstigung der Sozialdemokratie abgehalten zu haben 390/102 62
- Papenfuß, Wilhelm August**, Strafanstaltsaufseher zu Kronthal, Krs. Bromberg, 1880 Disziplinarsache 38/92 87
- Parisey, Louis**, RegSchr. zu Danzig, 1880 Pensionssache 38/92 67, 71
- Parmet, Matthias** (1833–1917), 1858 Priester Münster, 9 Jahre Rektor Bürgerschule Ochtrup, 1867 Divisionspfarrer Berlin, 1884 Domkapitular u. Dompropst Münster, 1885 Geistl. Rat, 1897 Offizial 177/96 19v, 182/96 68v
- Paschen, Mattheus**, Dr., Gymnasiallehrer zu Neisse, 1880 Disziplinarsache 38/92 88
- Paschke, Wilhelm** (geb. 1826), 1853 GerAss., 1854 RegAss. u. Spezialkom. in Nordhausen, Berleburg, Meschede u. Arnsberg, 1868 RegR u. Mitgl. Generalkomm. Münster, 1877 Hilfsarb. Revisionskollegium für Landeskultursachen, 1879 Geh. Revisionsrat Oberlandeskulturger., 1886 GehRegR LandMinm., 1890–1904 Präs. Generalkomm. Merseburg 259/98 196, 202; 287/99 158 f.; 383/102 20v, 395/102 120v, 121, 396/102 142v
- Pasteur, Louis** (1822–1895), 1847 Dr., 1848 Physiklehrer Lycée Dijon, 1849 Prof. f. Chemie Univ. Straßburg, 1854 Lille, 1857 Paris, 1867 Prof. Sorbonne, erfand das Pasteurisieren, fand Milzbrand-Erreger u. Tollwut-Impfstoff, 1888 Gründung des Institut Pasteur, 1882 Friedensklasse d. Pour le mérite 124/94 230
- Patow, Richard Frh. v.** (1842–1908), 1871 GerAss., 1872 Kreisrichter Soldin, 1877 RegAss., RegR Schleswig, 1888 ORegR Gumbinnen, 1894 Potsdam, zuletzt mehrfach beurlaubt 344/100 292v
- Patow, Robert Erasmus Frh. v.** (1804–1890), 1829 RegRef. Potsdam., 1830 Hilfsarb. MdI, 1832 RegAss. Potsdam, 1833 FinMinm., 1835 GehFinR, 1840 GehOFinR, 1844 MinDir. u. Wirkl. GehORegR MdI, 1845 Wirkl.GehLegR u. MinDir. MAA, April-Juni 1848 HandMinr., dann OPräs. Brandenburg, 1849 a. D. u. Rittergutsbes., 1858–62 FinMinr., 1873–81 OPräs. Sachsen, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1850 Mitgl. Erfurter Staatenhaus, 1849–63, 1866–69 MdA (Auerswald-Schwerin, Centrum, Linke, altlib.), 1867–70, 1871–73 MdR (altlib., Lib. Reichspartei), 1872 MdH 35/92 53v, 42/92 102v, 103
- Patrzykowski, Wladislaus** (geb. 1839), Lehrer zu Rusiborz, Krs. Schroda, 1882 Disziplinarsache 141/94 389
- Patri, Ludwig Arnold** (geb. 1821), Gerichtsschreiber zu Dülken, 1887 Disziplinarsache 287/99 169
- Pawel (-Rammingen), Rudolf v.** (1846–1919), 1873 GerAss., 1875 RegAss. PolPräsidium Berlin, 1877 LandR Schlawe, 1883 RegR OPräsidium Münster, 1887 ORegR Osnabrück, 1890 Kassel, 1896–1901 KuMinr. in Sachsen-Weimar, auch Präs. Landeskirchenrat, sächs. Wirkl.GehR 288/99 175
- Pein, Carl Friedrich Gottlieb**, Gefangenenerwärter zu Berlin-Spandau, 1880 Disziplinarsache 29/92 17

- Peine** (1830–1895), 1857 GerAss., 1859 RegAss., 1869 RegR Provinzialsteuerdirektion Danzig, 1873 GehFinR FinMinm., 1876 GehOFinR, 1878 Provinzialsteuerdir. Posen, 1886 Hessen-Nassau in Kassel, 1895 Wirkl.GehOFinR 257/98 163v
- Penseler, Karl Heinrich Friedrich** (geb. 1830), Steueraufseher zu Kempen, 1884 Disziplinarsache 177/96 31
- Pentz, Friedrich v.** (1841–1923/27), Offizier, Hptm. 8. Westfäl. Inf. Rgt. Nr. 57, 1879 KrMinm., 1880 Maj. u. VortRr KrMinm., 1884 Maj. 5. Westf. Inf. Rgt. Nr. 53 Aachen, zuletzt Oberst u. Kdr. Grenadier Rgt. Kg. Friedrich Wilhelm I. (2. Ostpreuß. Nr. 3) Königsberg, 1890/95 als GenMaj. a. D. 116/94, 125/94 233, 233v, 234, 235
- Perkuhn, Emil** (1839–1898), 1865 GerAss. Marienwerder, 1870 StAnw. Bergen/Rügen, 1872 Gnesen, 1876 RegR Posen, 1886 ORegR Posen, 1889 OVGR 267/98 270
- Perner, Carl Gustav** (geb. 1840), Grenzaufseher zu Kurkau, Krs. Neidenburg, 1883 Disziplinarsache 160/95 183
- Perponcher, Friedrich** (1853: **Graf**) v. (1821–1909), 1840 Armee, 1846 Adjutant Prinz Georg v. Preußen, 1855 Rittm., 1859 à l. s., 1864–88 (Ober-) Hof- (u. Haus-) Marschall Wilhelms I., 1872 Charakter GenMaj., 1879 GenLtn., 1888–90 Vorstand d. Hofhaltung von Königin Augusta, dann Obergewandkämmerer Wilhelms II., 1904 Gen. d. Inf. 203/96 234 f.; 227/97 139v
- Persius, Paul** (1832–1902), 1858 RegAss., 1859 LandR Ostprignitz, 1867 Hilfsarb. MdI, 1868 RegR, 1869 GehRegR, 1873 GehORegR, 1875–1902 Präs. OVG, 1884 MdStR, 1886 Wirkl.GehR, 1891 MdH 75/93 71, 72; 135/94 327v–328v; 251/98 88
- Persius, Reinhold** (1835–1912), Sohn des OBauR Ludwig Persius, 1856 Bauführer, 1864 Baumeister und Leitung der Schloßbauten auf Burg Hohenzollern, 1867 Hofbaumeister Potsdam, 1876 Dir. Schloßbaukomm. Berlin, 1880 Oberhofbaurat, 1886 GehRegR KuMinm., Konservator d. Kunstdenkmäler, 1890 GehORegR, 1901 a. D. u. Wirkl.GehORegR, 1883 Roter AdlerO III. Kl. 170/95 270v; 247/98 48; 394/102 111
- Pestrich**, Hauptzollamtsassistent, Obersteuerkontrolleur zu Aachen, 1888 Pensionssache 312/100 98
- Petereit, Wilhelm Ferdinand**, Förster zu Wengerin, Krs. Insterburg, 1879 Disziplinarsache 27/91 185
- Petersen, Ferdinand** (geb. 1829), 1857 GerAss. Frankfurt/O., 1858 Spezialkom. Köslin, 1866 Kreisrichter Müllrose, 1868 RegAss. u. Spezialkom. Brieg, RegR Frankfurt/O., 1872 Kassel, 1884–95 ORegR Bromberg 186/96 89
- Petersen, Matthias** (geb. 1843), Lehrer und Küster zu Bröns, Krs. Hadersleben, 1885 Disziplinarsache 238/97 236
- Petong, Richard**, Dr., ordentl. Lehrer am Realgymnasium zu Dirschau, 1884 Pensionssache 206/96 257 f.
- Petrelli, August Hermann Georg** (geb. 1850), Grenzaufseher zu Kunzendorf, Prov. Schlesien, 1886 Disziplinarsache 245/98 24
- Petri, Wilhelm** (1826–1897), Dr. jur., nass. Richter, 1866 AppGerR (OLGR) Wiesbaden, 1879 Frankfurt/M., 1881 Senatsprä. OLG Kassel unter der Bedingung, daß nicht wieder MdA, GehJusR, Vors. Historischer Verein Nassau, 1872–81 MdA (DFP, 1879–81 bkF) 91/93 169v
- Pfahl, Karl** (1822–1901), 1850 GerAss., 1851 Spezialkom. Grottkau u. Leobschütz, 1860 RegAss., 1863 RegR, 1867 Reg. Bromberg, 1868 Kiel bzw. Schleswig, 1872 ORegR Schleswig, 1882 Dirig. Direktion Verw. d. direkten Steuern Berlin u. GehFinR, 1885 GehOFinR, zuletzt Wirkl.GehOFinR, nebenamtlich Vors. d. Berufungskommission f. Einkommensteuer-Einschätzung 123/94 221v; 236/97 198
- Pfennig, Albert Julius**, Förster zu Görnewitz, Krs. Torgau, 1879 Disziplinarsache 16/91 110
- Pfennig, Robert** (geb. 1830), Lehrer zu Groß-Paglau, Krs. Berent, 1881 Disziplinarsache 93/93 211
- Philippi, Karl Wilhelm**, Eisenbahnsekr. zu Köln-Nippes, 1889 Pensionssache 360/101 137v, 139

- Piatkiewicz, Josef** (geb. 1848), Grenzaufseher zu Kohlscheidt, Krs. Aachen, 1888 Disziplinarsache 335/100 216
- Picolin, Alexander** (geb. 1840), Lehrer zu Comienen, Krs. Rössel, 1884 Disziplinarsache 200/96 205
- Pilgrim, Adolf** (1869: v.) (1821–1909), 1853–62 LandR Bochum, 1862–75 PolDir. Königsberg, 1875–82 Landdrost Hildesheim, 1882–94 RegPräs. Minden, 1893 Wirkl.GehORegR, 1901 Wirkl.GehR, 1867, 1881–84 MdR, 1855–58, 1886–93 MdA (bkF, RFKP) 103/94 54v; 220/97 67; 369/101 246
- Piloty, Karl** (1860: v.) (1826–1886), Studium Akademie München, Auslandsaufenthalte, 1856 Prof., 1874 Dir. Kunstakademie München, bekannter Historienmaler, 1886 KronenO II. Kl. 257/98 163
- Pilz, Mathias** (geb. 1824), Gefangenenwärter zu Wehlau, 1881 Disziplinarsache 70/93 54
- Pistor, Heinrich** (geb. 1851), Gerichtsvollzieher zu Hagen i. W., 1884 Disziplinarsache 180/96 62
- Pitsch, Friedrich Wilhelm** (geb. 1822), 1852 GerAss., 1853 Kreisrichter in Tilsit, dann Braunschweig, 1869 KrsGerR, 1871 AppGerR Marienwerder, 1879 OLGR Marienwerder, 1889 Senatspräs. OLG Posen, 1897 GehOJusR, 1899 a. D. 376/101 323v
- Planck, Gottlieb** (1824–1910), hannov. Richter, 1849 aus polit. Gründen nach Osnabrück versetzt, 1852 nach Aurich, 1855 nach Dannenberg, 1859 z. D., Mitbegr. Nationalverein, 1863 OGerR Meppen, 1868 Göttingen, dann Celle, 1889 Honorarprof. Göttingen, führender Jurist, 1874 Mitgl. 1. Kommission zur Ausarbeitung d. BGB, deshalb 1889 Roter AdlerO III. Kl., 1890 Mitgl. 2. BGB-Kommission, 1852–55 Mitgl. 2. Kammer Hannover, 1867–74 MdR (NLP), 1867–68 MdA 358/101 105
- Platen, Ernst Emil Ferdinand** (1840–1907), 1868–75 ev. Geistlicher u. Rektor, 1878 Seminardir. Preuß. Eylau, dann Dramburg, um 1885 Stadtschulrat Magdeburg, 1879–82 MdA (NLP, LibVg) 58/92 206v
- Plehn, Heinrich** (geb. 1841), Gerichtsdienner zu Labiau, 1882 Disziplinarsache 137/94 356
- Pleiß, Hans Heinrich XI. Fürst** (1905: **Herzog**) v. (1833–1907), Freier Standesherr, Montanindustrieller, 1850–56 Armee, dann Güterverw., Oberjägermeister Wilhelms I. u. Wilhelms II., 1890 MdStR, 1863 MdH, 1867–84 MdR (RFKP) 391/102 73v, 392/102 78v
- Plog, Ewald Albert** (geb. 1849), Gemeindegeschullehrer zu Berlin, 1887 Disziplinarsache 284/99 134
- Plojetz, Ferdinand** (geb. 1831), Lehrer zu Konradswalde, Krs. Elbing, 1885 Disziplinarsache 226/97 131
- Pochhammer** (1828–1904), 1869 RegR Provinzialsteuerektion Köln, dann Stettin, 1872 Straßburg, 1873 Provinzialsteuerektion Hannover, 1878 GehFinR FinMinm., 1882 GehOFinR, 1890 hamburg. Oberzolldir. u. Roter AdlerO II. Kl. 114/94 168
- Podewils (-Coseeger), Heinrich v.**, Dr. jur., 1883 GerAss. Berlin, 1884 Hilfsarb. StMinm. u. RegAss., 1885 Reg. Potsdam, 1886 Ausbruch einer Geisteskrankheit u. Unterbringung in Heilanstalt, 1888 a. D. 197/96 163v, 165–181, 198/96 182, 183–186, 200/96 195, 197–207, 201/96 209v, 212, 202/96 221v, 231, 204/96 237, 239–248, 206/96 257, 210/96 287v, 291–305; 214/97 15, 19–24, 217/97 44, 45–47, 219/97 58, 64–66, 220/97 68 f., 223/97 82, 87–97, 226/97 105, 122–138, 230/97 151
- Podewils, Otto v.** (1839–1913), RegRef. Köslin, 1869 RegAss. Stettin, 1870 Schleswig, 1871 Stettin, 1879 RegR, 1890 ORegR Posen, 1892 ORechR u. VotrR Oberrechnungskammer Potsdam, dann GehORegR, 1878–90 MdA (DkP) 386/102 31v
- Pogge, Ernst** (1841–1918), 1869 GerAss., 1872 Kreisrichter Weißenfels, 1874 Merseburg, 1879 RegR Merseburg, 1887 ORegR Magdeburg, 1902 OVGR, 1919 a. D. 283/99 118v
- Pohl, Carl August** (geb. 1842), Schutzmann zu Breslau, 1887 Disziplinarsache 295/99 253
- Pohle, Friedrich Wilhelm**, PolSekr. zu Sorau, 1880 Disziplinarsache 31/92 38
- Poledria, Paul**, kath. Priester, 1887 Dispensation 278/99 60



- Polenz, Otto** (1839–1910), 1867 GerAss. Reichenbach i. Schl., div. Verwendungen, 1870 Kreisrichter Sprottau, 1874 KrsGerR, 1871–73 Schriftführer d. Reichszivilprozeßkomm. u. d. Reichsstraßprozeßkomm., 1873/74 Hilfsarb. JMinm., 1878 KrsGerR Bunzlau, 1879 RegR Provinzialschulkollegium u. Reg. Koblenz, 1882 Hilfsarb. KuMinm., GehRegR, 1888 GehORegR, 1894 a. D. *116/94* 195
- Polke, Wilhelm** (geb. 1842), Grenzaufseher zu Ludwigsdorf, RegBez. Breslau, 1881 Disziplinarsache *93/93* 212
- Pommer-Esche, Albert v.** (1837–1903), 1865 RegAss. Trier u. kommissar. LandR Moers, 1866 LandR, 1871 Hilfsarb. RK, 1872 GehRegR, 1875 GehORegR, 1879 UStS im Minm. f. Elsaß-Lothringen, 1882 i. e. R. versetzt, 1883 RegPräs. Stralsund, 1888 Trier, 1890–97 OPräs. Sachsen, Wirkl.GehR, 1867–70 MdA (RFKP) *142/95* 4v; *338/100* 227; *380/101* 364v, 368v
- Pommer-Esche, Robert v.** (1833–1898), 1860 RegAss., OZollInsp. Stralsund, 1869 RegR, tätig bei den Provinzialsteuerektionen Kassel und Köln, 1870 Hilfsarb. FinMinm., 1872 GehFinR, 1875 GehOFinR, 1889–98 Provinzialsteuerdir. Berlin-Brandenburg, 1891 Wirkl.GehOFinR *284/99* 123; *344/100* 292v
- Portz, Heinrich** (geb. 1853), Gerichtsvollzieher zu Ziegenhain, 1884 Disziplinarsache *204/96* 247
- Posadowsky-Wehner, Arthur Graf v.** (1845–1932), 1871 RegRef. Posen, 1874 LandR Wongrowitz, 1877 Kröben/Rawitsch, 1885 Landeshptm. Posen, GehRegR, 1893 StS RSA, 1897–1907 StS RAdI u. Stellv. d. Rklr., 1897–1907 StMinr. ohne Geschäftsbereich, 1882–85 MdA (RFKP), 1907 MdH, 1912–18 MdR (bkF, Dt. Fraktion), 1919 Mitgl. dt. NatVers. (DNVP; Fraktionsvors.), 1928–32 MdLT (Volksrechtspartei) *274/99* 3
- Poschmann, Leo** (1838–1907), 1865 GerAss., 1869 RegAss., 1872–78 Privateisenbahnverw., 1882 RegR Ministerial-, Militär- u. Baukomm. Berlin, 1889 ORegR Ministerialbaukomm., 1894–1906 OVGR *360/101* 136v
- Post, Gustav** (geb. 1847), Lehrer zu Hirschberg, RegBez. Königsberg, 1882 Disziplinarsache *108/94* 90
- Post, Julius** (1846–1910), 1884 Prof. f. gewerbl. Gesundheitslehre TH Hannover, 1891 Hilfsarb. HandMinm., 1892 GehRegR, GehORegR, auch Prof. an d. TH Charlottenburg, 1908 a. D. u. Wirkl.GehORegR *391/102* 73v
- Poten, William** (1848 hannov. bzw. 1899: **Frh. v.**) (1835–1916), 1862 hannov. Amtsass. Rheinhäusen, 1863 interim. Bgm. Wunstorf, 1868 RegAss. Amt Neustadt a. Rbg., 1872 Köslin, 1873 Verw. Landratsamt Stolp, 1874 RegR Danzig, 1880 OPräsidium Kassel, 1886–1900 OPräsR Kassel, 1899 Erbe eines Geldfideikommiß u. d. damit verbundenen Freiherren-Titels *259/98* 199
- Pott, August Friedrich** (1802–1887), Indogermanist und Sprachforscher, 1825 Lehrer Celle, 1827 Dr. phil. Göttingen, 1830 PD Univ. Berlin f. Allg. Sprachwiss., 1833 Prof. Univ. Halle, Mitarb. A. Ruges bei den „Deutschen Jahrbüchern“ *157/95* 114v
- Pöttgen, Gottfried** (geb. 1856), Lehrer zu Köln-Stammheim, 1889 Disziplinarsache *360/101* 150
- Powalowski, Leonhard** (geb. 1848), Gefangenenaufseher zu Neisse, 1890 Disziplinarsache *397/102* 179
- Premper, Karl August** (geb. 1827), Förster zu Belsdorf, RegBez. Magdeburg, 1882 Disziplinarsache *108/94* 91
- Prescher, August Albert** (geb. 1838), städt. Förster zu Grasegrund, RegBez. Liegnitz, 1880 Disziplinarsache *59/92* 244
- Prescher, Friedrich Wilhelm August** (geb. 1835), Förster zu Burghaun, Krs. Hünfeld, 1884 Disziplinarsache *210/96* 299
- Preuß, Karl Bernhard** (geb. 1831), Gerichtsvollzieher zu Brilon, 1882 Disziplinarsache *125/94* 256
- Priebe, Paul** (geb. 1846), Lehrer zu Paulsdorf, Krs. Namslau, 1886 Disziplinarsache *258/98* 190
- Prüfer, Emil Oscar** (geb. 1852), Gerichtsvollzieher zu Breslau, 1887 Disziplinarsache *296/99* 261

**Przewerzinski, Carl** (geb. 1842), berittener Steueraufseher zu Bagniewo, Krs. Schwetz, 1883 Disziplinarsache *165/95* 218

**Przybylski, Boleslaus** (geb. 1851), Gerichtsvollzieher zu Schrimm, 1886 Disziplinarsache *255/98* 135

**Przybylski, Josef** (geb. 1832), Lehrer zu Magnuszewice, Krs. Jarotschin, 1888 Disziplinarsache *345/96* 314

**Przygodzki, Julian**, Kämmerer zu Kosten, 1879 Disziplinarsache *14/91* 72

**Pückler (-Burghauß), Karl Frh.** (1887: **Graf**) v. (1817–1899), 1841 RegRef. Breslau, 1845 Güterbewirtschaftung, 1863 LandR Schweidnitz, 1869 Landeshptm. Schlesien, 1876 Generalland-schaftsdir. Schlesien, 1886 Fideikommißbes., 1896 Wirkl.GehR, 1853–61 MdA (v. Arnim, Graf Pückler; 1855–61 Fraktionsvors.), 1867–77 MdR (KoP), 1883 MdH *261/98* 215v

**Pückler, Hermann Graf v.** (1797–1892), 1814 Armee, 1827 als Hptm. z. Reserve, Kammerherr u. Hofmarschall Wilhelms I., 1861–85 Oberhof- und Hausmarschall, 1858 Wirkl.GehR, auch Oberstallmeister u. Intendant d. Kgl. Schlösser, 1877 Charakter Gen. d. Inf. à.l.s. *33/92* 46; *204/96* 238v

**Pufahl, Ernst**, Berliner Korrespondent d. Münchener Allg. Ztg. *359/101* 135v

**Pusch, Botho** (1898: v.) (1834–1904), 1862 GerAss. Königsberg, 1865 RegAss., 1866 LandR Marienwerder, 1877 VerwGerDir. Königsberg, 1883 ORegR Marienwerder, 1890–99 OPräsR Danzig *163/95* 197

**Pust, Wilhelm August** (geb. 1834), Stationsvorsteher zu Briesen, 1889 Disziplinarsache *375/101* 312

**Puttkamer, Gustav Frh. v.** (1827–1910), 1856 RegAss. Posen, 1861 Trier, 1863/64 kommissar. LandR Bernkastel, 1865/66 kommissar. LandR Greifenhagen, 1866 RegR Marienwerder, 1867 Danzig, 1879 kons. AH-Kandidat, 1881 ORegR Stettin, 1894 Kontroverse mit RegPräs. v. Sommerfeld, deshalb 1896 a. D. *65/93* 17

**Puttkamer, Jesco v.** (1841–1918), 1869 RegAss. Potsdam, 1872 LandR Lübben, 1881 preuß. LandDir. Waldeck, 1884–88 RegVizepräs. Koblenz, 1888 RegPräs., 1890–1902 RegPräs. Frankfurt/O., 1877–81 MdR, 1889–91 MdA (DkP), 1905 MdH *85/93* 151; *203/96* 236v

**Puttkamer, Robert v.** (1828–1900), 1854 RegAss. bei d. Direktion d. Ostbahn Bromberg, 1860 LandR Demmin, 1866 VotrR Mdl, 1867 GehRegR Bundeskanzleramt, 1871 RegPräs. Gumbinnen, 1874 BezPräs. Lothringen, 1877 OPräs. Schlesien, 13.7.1879–17.6.1881 KuMinr., 17.6.1881–8.6.1888 Minr.dI, 8.10.1881 zugleich Vizepräs. StMinr., 1891–99 OPräs. Pommern, 1882 Rittergutsbes., 1874, 1875–77, 1878–84, 1890–91 MdR (KoP, DkP), 1879–85 MdA (bkF), 1889 MdH *17–27/91*; *28–30/92*, *32–37/92*, *38–45/92*, *47–50/92*, *51/92* 177, 178v, 52/92, *54–58/92*, *60/92*; *61–69/93*, *71–83/93*, *84/93* 137, 137v, *85–87/93*, *89/93* 162–162v, *90/93* 166, 167 f., *91–97/93*; *98–141/94*; *142–159/95*, *160/95* 172v, 175v, *162–174/95*; *175–187/96*, *189–198/96*, *201–211/96*; *212–226/97*, *228–242/97*; *243–258/98*, *259/98* 196v, *260/98* 209v, *261/98*, *263/98*, *264/98* 241, *265–272/98*, *273/98* 352; *274–280/99*, *282–284/99*, *286–296/99*; *297–307/100*; *308/IV*; *309–323/100*, *324/100* 169–169v, *325/100* 169, *327/100* 180v, 181, *330/100* 185v, *337/100* 225v, *343/100* 282, 282v; *356/101* 96v

**Pütz, Peter Josef** (geb. 1839), RegSekr. zu Köln, 1883 Disziplinarsache *146/95* 47

**Quadt-Hüchtenbruck, Konstantin Frh. v.** (1825–1881), 1850 GerAss. Berlin, 1851 RegAss., 1853 Hilfsarb. HandMinr., 1856 LandR Hamm, 1865 ORegR Münster, 1869 Landdrost Osnabrück, 1878 RegPräs. Oppeln, 1881 Kreuz d. Komthure d. HausO v. Hohenzollern, 1866/67 MdA (KoP) *60/92* 248v

**Quakulinski, Hugo** (geb. 1849), Lehrer und Organist zu Schlottau, Krs. Trebnitz, 1886 Disziplinarsache *261/98* 218

**Raak, Carl** (geb. 1839), Lehrer zu Gollmitz, Krs. Luckau, 1884 Disziplinarsache *180/96* 63

**Raatz, Franz** (geb. 1845), Vikar in Levitz, 1869 Priester Gnesen, 1886 von Erzbischof Dinder nicht zu seinem Hofkaplan bestellt, nachdem die Regierung ihn als polnischen Agitator bezeichnet hatte 254/98 114

**Rabenau, Eduard v.** (1796–1881), GerAss. Driesen/Brand., Landrichter, 1838 Dir. Land- und Stadtger. Driesen, 1849–54 Dir. Kreisger. Friedeberg/Nm., 1857 GehJusR u. Domdechant Naumburg/S., 1873 Dompropst, 1881 Stern z. KronenO II. Kl., 1847 Mitgl. Vereinigter Landtag, 1854 MdH 74/93 67

**Rackow, Hermann** (geb. 1857), Lehrer und Küster zu Meseberg, Krs. Ruppín, 1886 Disziplinarsache 258/98 191

**Raczynski, Atanazy** (1840: **Graf**) v. (1788–1874), Fideikommißbes., 1831 preuß. Diplomat, 1834 Gesandter Kopenhagen, 1842 Gesandter Lissabon u. GehLegR, 1848–52 Madrid, 1852 Wirkl. GehR, errichtete 1843 sein Palais mit Gemäldegalerie am Königsplatz, 1854 MdH 15/91 77v–78

**Raczynski, Karol** (1840: **Graf**) v. (1817–1899), Fideikommißbes., Sohn des Grafen Atanazy, verkaufte 1879 das väterl. Palais als Bauplatz für den Reichstagsneubau 15/91 78

**Raddünz, David** (geb. 1847), Lehrer zu Groß-Steinort, Krs. Elbing, 1886 Disziplinarsache 255/98 136

**Radmacher, Wilhelm Julius** (geb. 1825), Lehrer zu Groß-Saalau, Krs. Danziger Höhe, 1884 Disziplinarsache 197/96 174

**Radolin(ski), Hugo Graf** (1888: **Fürst**) v. (1841–1917), Fideikommißbes., 1865 Diplomat, verschiedene Dienstposten, 1882 Gesandter Weimar, 1884–88 Oberhofmarschall d. Kronprinzessin Victoria, 1888 Wirkl. GehR, Oberstruchseß Wilhelms II., 1892 Botschafter Konstantinopel, 1895 St. Petersburg, 1901–10 Paris, 1880 erbl. MdH 17/91 120v; 318/100 135, 135v

**Radomski, Lorenz** (geb. 1838), Lehrer zu Gesträuch-Wischin, Krs. Berent, 1886 Disziplinarsache 255/98 137

**Radowitz, Joseph Maria v.** (1839–1912), 1861 Diplomat, 1870 Generalkonsul Bukarest, 1872 LegR AA, div. Sondermissionen, 1882 Botschafter Konstantinopel, 1892–1908 Madrid 19/91, 20/91 122k

**Radtke, Otto Julius** (geb. 1817), 1832 preuß. Postdienst, exped. Sekr. u. Kalkulator HandMinm., 1867 Bürovorsteher im Reichskanzleramt u. Bundesrat, 1879 im RAdI, GehRechR, 1890 a. D. u. Roter AdlerO II. Kl. 399/102 207v

**Radziejewski, Stanislaw** (1839–1923), 1866 Lic. theol., 1874 Redakteur des „Katolik“, 1889 Priester auf der Besitzung Antonin d. Fürsten Ferd. Radziwill, publizistisch tätig, 1889–93 MdA (Pole) 321/100 158v

**Radziwill, Edmund Prinz** (1842–1895), jüngerer Bruder des Fst. Ferdinand, 1867 Kaplan Breslau, 1869 Vikar Berlin, später Ostrowo, Mitarb. Ledochowskis, 1876 päpstl. Hausprälat, 1881 Kandidat als Fürstbischof Breslau u. Koadjutor Kulm, aber von StReg. strikt abgelehnt, 1886 Rückzug in Benediktiner-Kloster Beuron, 1874–84 MdR (Pole) 95/93 222 f.

**Radziwill, Ferdynand Fürst** (1834–1926), Majoratsbes., 1874–1918 MdR (Pole; Fraktionsvors.), 1879 MdH 321/100 158v

**Raecke, Wilhelm** (geb. 1846), Magistratsbüroassistent zu Berlin, 1881 Disziplinarsache 91/93 180

**Raettig, Albert Hermann Theodor** (geb. 1836), Revisionsinspektor zu Rittershausen, Dillkreis, 1886 Disziplinarsache 269/98 323

**Raffauf, Arthur** (1856–1913), 1885 GerAss. Berlin u. konsularischer Dienst im AA, 1887 Konsul Kiew, schreibt 1890 Berichte über russ. Aufrüstung, die Wilhelm II. gegen Bismarck benutzt, 1891 Konsul Galatz, 1894 Wirkl. LegR AA (handelspolit. Abt.), 1898 i. e. R. u. bis 1907 finanztechn. Berater d. türk. Reg. in Konstantinopel, mehrfache Gesuche um Wiederverwendung im AA scheitern 398/102 194

**Rahm, Alexander** (geb. 1856), 1883 RegRef. Königsberg, 1886 RegAss. Breslau, 1889 LandR Kehdingen, 1892 RegR Minden, später Arnsberg, 1909 GehRegR, ca. 1923 a. D. 394/102 111v

- Rahtlev, Otto** (geb. 1830), 1862 Generalbevollm. bei der Reg. Plön, Bürochef bei der Hzgl. Reg. Kiel, 1864 beim OPräsidium Schleswig-Holstein beschäftigt, 1868 RegAss. Magdeburg, 1871 RegR, 1888–96 ORegR Danzig 312/100 92
- Ramkoff** (bis ca. 1870: **Rambskopff**), **Carl Friedrich** (geb. 1800/1801), 1831 GerAss. Berlin u. Hilfsarb. Generalkomm. Königsberg, 1835 RegR Marienwerder, 1842 Generalkomm. Stargard, 1845 Berlin, 1854 GehRegR, 1873 Generalkomm. Frankfurt/O., 1884 a. D. u. KronenO II. Kl. 200/96 195
- Rammrath, Theodor** (geb. 1851), Büroassistent aus Dortmund, in Berlin-Wilmersdorf, 1881 Disziplinarsache 83/93 134
- Rampoldt, Emil Ferdinand Hugo** (geb. 1828), Kreissteuereinnehmer zu Pleß, 1884 Disziplinarsache 197/96 175
- Ranke, Leopold** (1865: v.) (1795–1886), Historiker, 1817 Dr. phil. Leipzig, 1818 Gymnasiallehrer Frankfurt/O., 1825 Prof. Univ. Berlin, 1832 Mitgl. Akad. d. Wiss., 1841 Historiograph d. preuß. Staates, 1854 MdStR, 1859 Vors. d. neugegr. Hist. Komm. bei der Bayer. Akad. d. Wiss., 1867 Kanzler d. Friedensklasse d. Pour le mérite, 1882 anlässlich 50 Jahre Mitgliedschaft in der Akad. d. Wiss. Titel Wirkl.GehR 103/94 55v
- Rantzau, Kuno Graf zu** (1843–1917), Offizier, 1878 Schwiegersohn Bismarcks, 1878 zum AA kommandiert u. enger Mitarb. Bismarcks, LegR, GehLegR, Wirkl.LegR, 1888 Gesandter München, 1891–95 Den Haag, 1896 kais. Wirkl.GehR 222/97 80v
- Rapmund, Ferdinand** (geb. 1836), RegAss., 1867 Eisenbahnverw., 1869 Mitgl. Direktion d. Ostbahn Bromberg, 1872 Eisenbahndir. Eisenbahndirektion Hannover, 1873 Hilfsarb. HandMinm., 1874 GehRegR, 1877 GehORegR, 1878 Minm.öA, 1886/87 a. D. 125/94 234v, 235v
- Rasch, Hermann** (1810–1882), hannov. Jurist, Hilfsarb. hannov. KrMinm., 1846 SchatzR, 1854 hannov. OZollR, 1854–82 Stadtdir. Hannover, 1879 Roter AdlerO II. Kl., Mitgl. hannov. 2. Kammer (1862 Vizepräs.), 1867–82 MdH 2/91 3
- Rasch, Paul** (geb. 1842), vor 1873 Intendanturassessor IX. AK Schleswig, Intendanturrat, 1877 Intendanturrat II. AK Stettin, dann Gardekorps, 1886 GehKrR KrMinm., 1890 Wirkl.GehKrR, 1907 a. D. 394/102 117
- Raschdorff, Julius** (1823–1914), Architekt, Dr. Ing., 1854 Stadtbaumeister Köln, 1878 BauR u. Prof. Bauakademie Berlin, ab 1890 auf Wunsch Wilhelms II. Erbauer d. Berliner Doms, GehORegR 333/IV 117, 119, 122v; 353/101 61v
- Raschke, Ernst Ferdinand**, Bahnmeister zu Danzig, 1879 Pensionssache 10/91 42
- Raschke, Hermann** (geb. 1843), Polizeisergeant zu Köslin, 1883 Disziplinarsache 150/95 82
- Raschke, Robert** (geb. 1863), Lehrer zu Alt-Neissbach, Krs. Habelschwerdt, 1889 Disziplinarsache 352/101 44
- Rase, Wilhelm** (geb. 1847), Polizeisergeant zu Arnswalde, 1883 Disziplinarsache 170/95 285
- Rasmussen, Otto** (geb. 1843), RegSchr. zu Berlin, 1879 Disziplinarsache 10/91 51
- Rathjen, Julius** (1831–1916), 1860 dän. Stadtsekr. u. StadtR Schleswig, 1865 Hilfsarb. Zolldirektion Flensburg, 1867 RegR Provinzialsteuerdirektion Glückstadt, dann Altona, 1876 ORegR Provinzialsteuerdirektion Kassel, 1879 GehFinR FinMinm., 1884 GehOFinR, 1897 nicht MinDir., weil er lt. Miquel zu zurückhaltend sei und Preußens Interessen im Bundesrat nicht hinreichend nachdrücklich vertrete, ersatzweise Stern z. KronenO II. Kl., 1901 Wirkl.GehOFinR u. Abteilungsdirigent, 1907 stellv. Bevollm. z. BundesR, 1912 Wirkl.GehR u. a. D. 15/91 74; 31/92 29v; 209/96 286v; 341/100 279
- Rathjen, Rudolf Samuel Nikolaus** (geb. 1825), 1852 Amtssekr. in Schleswig-Holstein, 1856 Comptoirchef im Holsteinischen Minm., dann den Reg. Plön, Kiel u. Schleswig, 1865 Sektionschef, 1868 RegR, 1888 GehRegR Reg. Schleswig, 1889 VerwGerDir. Schleswig, 1896 a. D. 369/101 246
- Rathke, Gustav Rudolf Theodor** (geb. 1846), Grenzaufseher zu Wegberg, Krs. Erkelenz, 1886 Disziplinarsache 271/98 343

- Rathmann, Heinrich** (geb. 1828), 1856 GerAss., 1858 Kreisrichter Stendal, 1864 StAnw. Cottbus, 1866 TribunalsR Königsberg, 1871 KGR, 1879 Mitgl. Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte, 1888 GehJusR *21/91* 124
- Ratibor, Victor** (1840: **Herzog v.**), **Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst** (1818–1893), Standesherr u. Fideikommißbes., 1856–76 LT-Marschall Schlesien, 1876–93 Vors. ProvLT Schlesien, 1884 MdStR, 1847 Mitgl. Vereinigter Landtag, 1850 Mitgl. Erfurter Parlament, 1849–54 Mitgl. 2. Kammer (Rechte), 1854 MdH (1876–93 Präs.), 1867–71 MdR, 1872–90 MdR (RFKP) *1/91* 1v, *24/91* 146; *32/92* 44, *45/92* 125v, *50/92* 174; *114/94* 165, 167, *118/94* 204; *148/95* 66, *164/95* 204v, *168/95* 246, 246v; *282/99* 99v; *304/100* 53v, *306/100* 63v; *352/101* 21, *361/101* 166v, *369/101* 246v
- Rauch, Gustav Waldemar v.** (1819–1890), Sohn d. KrMinr. G. v. Rauch, 1836 Garde-Artillerie, 1839 Offizier, 1852 Gr. GenStab u. Rittm., weitere Stabsstellungen, 1860 Kdr. 8. Husaren Rgt., 1866 GenMaj., 1871 GenLtn., 1872 Kdr. 9. Division, 1880 als Gen. d. Kav. a. D., 1880–88 Chef d. Landgendarmerie *295/99* 233
- Rauch, Hermann** (geb. 1846), Gerichtsschreiber zu Solingen, 1883 Disziplinarsache *146/95* 48
- Rauchhaupt, Wilhelm v.** (1828–1894), Rittergutsbes., 1855–93 LandR Delitzsch, aktiv bei der Gründung der DkP beteiligt, 1867, 1887–90 MdR, 1866–67, 1870–73, 1877–93 MdA (KoP, DkP; Fraktionsvors. DkP) *45/92* 121
- Raulien, Eugen** (geb. 1847), Lehrer zu Stallupönen, 1888 Disziplinarsache *344/100* 304
- Raumer, Karl Otto v.** (1805–1859), 1831 RegAss. Stettin, 1834 RegR Posen, 1837 Frankfurt/O., 1840 GehFinR FinMinm., 1841 MdI, 1843 RegVizepräs. Königsberg, 1845 RegPräs. Köln, 1848 Frankfurt/O., 1850–58 KuMinr. *226/97* 110, 111, 114, 114v, 118
- Rautenberg** (1816–1890), 1845 Hilfsarb. hannov. KuMinm., 1849 Referent, 1852 RegR, 1866 ORegR, 1866 Mitgl. Konsistorium, 1869 stellv. Dir., 1883 Dir. Konsistorium Hannover, 1886 Titel Präs. *256/98* 158v
- Rebeschke, Carl Wilhelm** (geb. 1835), Gerichtsvollzieher zu Danzig, 1887 Disziplinarsache *226/97* 132
- Rebur-Paschwitz, Ludwig v.** (1829–1912), 1858 RegAss. Frankfurt/O., 1866 Liegnitz, 1868 RegR, 1872 Breslau, 1876 Frankfurt/O., 1883 ORegR Oppeln, dann Merseburg, 1898 a. D. *171/95* 288
- Recke v. d. Horst, Eberhard Frh.** (1847–1911), 1873 GerAss. Berlin, 1874 BezPräsidium Colmar, 1875 KrsAss. Mühlhausen i.E., 1877 LandR Eckernförde, 1881 Hilfsarb. MdI, 1882 GehRegR, 1887 RegPräs. Königsberg, 1889 RegPräs. Düsseldorf, 1895–99 Minr.dI, 1899–1911 OPräs. Westfalen *129/94* 283; *286/99* 157v; *337/100* 224; *375/101* 300, *376/101* 322v
- Redern, Wilhelm Graf v.** (1802–1883), Rittergutsbes. u. Fideikommißgründer, 1824 GerRef. Berlin, 1825 Kammerherr Friedrich Wilhelms IV., 1828 Generalintendant Kgl. Theater, 1842 Generalintendant d. Hofmusik, auch Komponist, 1853 Obersttruchseß, 1861 Oberstkämmerer, 1877 Kanzler Schwarzer AdlerO, Wirkl.GehR, Mitgl. Vereinigter LT (Herrenkurie), 1850–52 Mitgl. 1. Kammer (Fraktion Alvensleben), 1854 MdH *110/94* 107v
- Redern, Wilhelm Graf v.** (1842–1909), Jurist, 1874 Diplomat, div. Verwendungen, 1886 beurlaubt, 1893 z.D., 1899 a. D. mit dem Rang als Gesandter, erbt 1888 den väterl. Fideikommißbes., 1889 MdH *367/101* 236v
- Redlich** (geb. 1829), 1854 Baumeister, bei der Direktion der Ostbahn, 1863 Eisenbahnbauinspektor, 1867 Reg- u. BauR, 1873 Vors. Eisenbahndirektion Kassel, dann Frankfurt/M., 1875 Titel GehRegR, 1880 Präs. Eisenbahndirektion Magdeburg, 1881 a. D. *33/92* 47v
- Redlinger, Fritz Rudolph** (geb. 1837), RegSekr., Assistent zu Marienwerder, 1883 Disziplinarsache *157/95* 140
- Redner, Leo** (1828–1898), 1853 Priester, 1860 Pfarrer u. Religionslehrer Danzig, 1861 Dr. theol., 1882 Domkapitular Pelplin, 1886 Kapitularvikar, dann Bischof v. Kulm, 1887 Kronen OrdenO

- II. Kl., 1890 vom StMinm. als Erzbischof von Posen-Gnesen gewünscht 260/98 209v; 286/99 150, 151, 290/99 209
- Reichardt, Ernst Eduard Max** (geb. 1849), Katasterkontrolleur zu Lübben, 1889 Disziplinarsache 379/101 359
- Reichardt, Paul** (1833–1909), 1862 Hilfsarb. AA, 1872 VortrR, 1886–99 MinDir. handelspolit. Abt. AA u. Wirkl.GehLegR, 1895 kais. Wirkl.GehR 29/92
- Reichel, Johann** (geb. 1839), Gerichtsschreibergehilfe zu Grottkau, 1885 Disziplinarsache 236/97 211
- Reichelt, Hugo** (geb. 1840), Gerichtsdienner zu Bolkenhain, 1881 Disziplinarsache 91/93 181
- Reichelt, Karl**, Stationsassistent zu Calbe/S., 1889 Pensionssache 379/101 336, 350
- Reichenau, Eduard** (1807–1895), 1837 GerAss., RegAss. Posen, Marienwerder, Hilfsarb. MdI, 1843 RegR Marienwerder, 1848 Unterzeichner eines Immediatberichts gegen die ersten Maßnahmen des Kabinetts Brandenburg, 1849 Liegnitz, 1858 ORegR Breslau, 1860 Dirigent Provinzialschulkollegium Brandenburg u. GehRegR, 1879 Titel GehORegR, 1881 a. D. u. Ehrenmitgl. Provinzialschulkollegium 1/91 2v
- Reichenau, Friedrich v.** (1823–1901), 1849 nassauischer Accessist Hof- u. AppGer. Wiesbaden, 1855 Hofgerichtssekr., 1861 Hof- u. AppGerR, 1867 RegR Wiesbaden, 1886 VerwGerDir., 1883 GehRegR, 1899 a. D., 1878 u. 1890 RT-Kandidat, 1888 u. 1892 MdA-Kandidat Wiesbaden (NLP) 259/98 199v
- Reichensperger, August** (1808–1895), 1835 GerAss. Köln, LGR, 1848 Kammerpräs. LG Köln, 1849–75 AppGerR Rhein. AppHof Köln, 1848 Mitbegr. Pius-Verein, 1858 Präs. Katholikentag Köln, Mitbegr. Zentralschulbauverein Köln, 1852 Mitbegr. Kath. Fraktion im AH, 1870 des Zentrums, mit seinem Bruder Peter führender Zentrumspolitiker, soll 1888 Mitgl. Expertenkommission zur Errichtung eines Denkmals f. Wilhelm I. werden, 1848/49 Mitgl. dt. NatVers. (Casino, Pariser Hof), 1850 Erfurter Volkshaus, 1850–61, 1862–63, 1870–73, 1879–85 MdA (Centrum, Kath. Fraktion, Zentrum; ztw. Fraktionsvors. bzw. Vizepräs.), 1871–84 MdR 334/100 205v
- Reichensperger, Peter** (1810–1892), 1836 GerAss. Koblenz, 1843 LGR Koblenz, 1850 AppGerR Köln, 1859–79 OTribunalR Berlin, führender kath. Politiker u. Publizist, 1850 Mitbegr. Kath. Fraktion, 1870 des Zentrums, 1879 KronenO II. Kl., 1848 Mitgl. preuß. NatVers., 1850 Erfurter Volkshaus, 1849–50, 1851–56, 1858–92 MdA (Centrum, Katholische Fraktion, Zentrum), 1867–92 MdR 12/91 58v, 59v, 22/91 138; 176/96 9v; 241/97 254
- Reichert, Johann Baptist** (geb. 1838), Kataster-Kontrolleur zu Solingen, 1884 Disziplinarsache 197/96 176
- Reiczug, Anton**, KrsGerSekt. zu Osterode/Ostpr., 1879 Disziplinarsache 16/91 111
- Reimer, Heinrich Emil Christian** (geb. 1846), Lehrer zu Fockbeck, Krs. Rendsburg, 1884 Disziplinarsache 197/96 177
- Reimers, Georg Johannes** (geb. 1839), Lehrer zu Barmstedt, Krs. Pinneberg, 1884 Disziplinarsache 197/96 178
- Reinecke, Franz** (geb. 1844), Gerichtsvollzieher zu Bordesholm, Krs. Kiel, 1886 Disziplinarsache 255/98 138
- Reinick, Alfred** (1836–1907), 1862 RegAss., 1867 Amts- bzw. KrsHptm. Himmelpforten, 1879 RegR Hildesheim u. Aurich, 1885 ORegR Stade, 1889 OVGR, 1902 a. D. 358/101 114v
- Reinicke, Karl Johann Heinrich** (geb. 1843), Gerichtsschreiber zu Tempelburg, 1887 Disziplinarsache 274/99 31
- Reinkens, Hubert** (1821–1896), kath. Priester, 1853–70 Prof. theol. Breslau, Gegner des Unfehlbarkeitsdogmas, 1873 Bischof der Altkatholiken, 1887 Gründer des altkath. Priesterseminars zu Bonn 283/99 120
- Rembick [Remboik ?], Karl** (geb. 1853), Lehrer zu Klein-Silsterwitz, Krs. Schweidnitz, 1886 Disziplinarsache 271/98 344
- Rempe, Anton** (geb. 1840), Gerichtsvollzieher zu Bielefeld, 1889 Disziplinarsache 369/101 262

- Remus**, Posthalter, 1887 für KronenO IV. Kl. vorgeschlagen 290/99 208v
- Rennen, Ludwig** (1845–1932), 1870 GerAss. Köln, 1872 Staatsprokurator Koblenz, 1877 LandR Montjoie, 1889 VerwGerDir. Königsberg, 1892–1919 Koblenz 360/101 137
- Restetzki, Anton** (geb. 1843), städt. Steuererheber zu Berlin, 1880 Disziplinarsache 46/92 145
- Rettberg, Ludwig v.** (1833–nach 1914), OLtn. a. D., PolInspektor zu Geestemünde, später zu Bad Oeynhausen, 1884 Disziplinarsache 197/96 163v, 165
- Rettstadt** (1810–nach 1889), hannov. Forstauditor Clausthal, 1850 Forstmeister Lauterberg, 1854 Bassum, 1864 Nienburg, 1869 preuß. Forstmeister Herzberg u. bei der Finanzdirektion Hannover, 1880 OForstmeister u. Forstdir. ebd., Mitgl. d. Hofjagdams, Präs. Harzer Forstverein, 1885 z. D., Mitgl. Landeseisenbahnrat Hannover 33/92 47v
- Reuß j. L., Heinrich VII. Prinz** (1825–1906), Rittergutsbes. u. Diplomat, 1849 Offizier, 1854 LegSekr. Paris, 1863 Gesandter Kassel, 1864 München, 1867–76 St. Petersburg, 1877 Botschafter Konstantinopel, 1878–94 Botschafter Wien, 1884 Gen. d. Inf., 1873 Generaladjutant Wilhelms I., 1876 MdH 36/92 54 f., 57v, 58 f., 41/92 98v; 186/96 89v
- Reuter, Conrad Philipp** (geb. 1857), Gerichtsvollzieher zu Nassau, Unterlahnkreis, 1886 Disziplinarsache 269/98 324
- Rheinbaben, Georg Frh. v.** (1855–1921), GerAss., 1882 RegAss. OPräsidium Schleswig, 1885 Hilfsarb. FinMinm., 1889 GehFinR, 1896 GehOFinR, 1896–99 RegPräs. Düsseldorf, 1899–1901 Minr.dI, 1901–10 FinMinr., Mitgl. Reichsbankkuratorium, 1910–17 OPräs. Rheinprovinz, 1911 MdH 127/94 278–281
- Rheinbaben, Paul Frh. v.** (1844–1921), 1872 GerAss. Breslau, 1874 Kreisrichter Osterwieck, 1875 RegAss. Posen, 1878 LandR Fraustadt, 1885 Hilfsarb. RK, 1887–90 (nominell bis 1893) PolPräs. Wiesbaden, 1890 GehRegR StMinm., 1895 GehORegR, 1918 a. D., 1884–90 MdR (RFKP) 279/99 62
- Rhode, Hermann Theodor**, Kreisgerichtsbote und Exekutor zu Bromberg, 1880 Disziplinarsache 31/92 39
- Ribbeck, Bernhard** (1819–1881), 1844 GerAss. KG, div. Verwendungen, 1851 RegAss. Breslau, 1852 RegR, 1855 MdI, 1858 GehRegR, 1862 GehORegR, 1876 Wirkl.GehORegR, 1880 MinDir. 35/92 52
- Richtarsky, Anton** (1822–1893), 1846 Priester Breslau, 1856 Pfarrer Liptin, 1871 Bauerwitz, 1882 fürstbischöfl. Kom. f. d. preuß. Anteil d. Erzdiözese Olmütz 140/94 368
- Richter, Albin Richard** (geb. 1852), Gerichtsschreibergehilfe zu Schneidemühl, 1886 Disziplinarsache 255/98 139
- Richter, Carl Gottlieb** (geb. 1830), Lehrer zu Potsdam, 1886 Disziplinarsache 269/98 325
- Richter, Eugen** (1838–1906), RegAss., 1864 als gewählter Bgm. von Neuwied nicht bestätigt, deshalb a. D., ab 1866 Berufspolitiker und Publizist in Berlin, führender Politiker in Fortschrittspartei und Freisinn, ab 1885 Hrsg. „Freisinnige Zeitung“, 1869–1905 MdA, 1867, 1871–1906 MdR (DFP, DFsP, FsVP; Vors. RT-Fraktion) 63/93 10 f., 80/93 108v; 102/94 44v, 103/94 53v, 107/94 73, 113/94 136v, 126/94 264v; 273/98 352v; 343/100 283v
- Richter, Julius** (geb. 1847), Grenzaufseher zu Wiersbau, Ostpreußen, 1885 Disziplinarsache 226/97 133
- Richthofen (-Damsdorf), Carl Frh. v.** (1842–1916), 1874 GerAss., 1875 Hilfsarb. AA, 1876/77 KuMinm., 1877 Provinzialschulkollegium Hannover, 1880 RegAss. Stettin, 1882 RegR, 1883 Erfurt, 1887 ORegR Danzig, 1888 a. D. zur Güterbewirtschaftung, 1898–1912 MdR (DkP), führender kons. Politiker, 1908 MdH (1913–16 Vors. Alte Fraktion) 288/99 174v
- Richthofen, Bernhard Frh. v.** (1836–1895), RegRef. Liegnitz, 1866 Staatsdienst wegen Nichtbestehens der Assessorenprüfung verlassen, 1867 auf Fürsprache JMinr. Graf Lippe LandR Krs. Buk in Neutomischel, 1874 LandR Stolp, 1885 durch Puttkamer PolPräs. Berlin 233/97 182, 182v, 234/97 183; 297/100 4v, 303/100 51v; 350/101 10, 359/101 134v, 377/101 326

**Richthofen, Hugo Frh. v.** (1842–1904), 1860 Militär, Ltn., 1864 nassauischer Staatsdienst, nach Studium 1870 RegRef. Wiesbaden, 1874 RegAss. Pinneberg, dann Aurich, 1876 LandR Ottweiler, 1883 Saarbrücken, 1885 StMinr. Schaumburg-Lippe, 1889 Rücktritt wegen d. schwelenden Lippischen Erbschaftsstreits u. ORegR Potsdam, 1894 RegPräs. Köln, 1901–03 OPräs. Ostpreußen, Wirkl.GehR 360/101 136v, 380/101 366, 368

**Rickert, Heinrich** (1833–1902), Jurist, 1858 Redakteur „Danziger Zeitung“, später deren Verleger u. Gutsbes., unbesoldeter StadtR Danzig, 1876–78 Landesdir. Prov. Preußen, 1895 Mitbegr. Verein z. Abwehr d. Antisemitismus, 1896 Mitbegr. Bauernverein Nordost, führender (national-) liberaler bzw. freisinniger Politiker, 1870–1902 MdA (NLP, LibVg, DFsP, FsVg), 1874–1902 MdR 83/93 119; 103/94 54; 189/96 104v; 343/100 281v; 396/102 158

**Riecks, Wilhelm** (geb. 1841), Steuereinnahmer zu Richtenberg, Krs. Franzburg, 1882 Disziplinarsache 126/94 270

**Riedel, David** (geb. 1828), Gefangenenaufseher zu Tuchel, 1882 Disziplinarsache 129/94 293

**Riedel, Karl Alexander Hugo** (geb. 1846), PolSekr. zu Berlin-Spandau, 1882 Disziplinarsache 137/94 357

**Riedel, Theodor** (1819–1890), Dr., 1843 RegRef., 1847 RegAss. Köslin, dann PolPräsidium Berlin, 1852 StadtR Berlin, 1861 a. D. u. bis 1867 Redakteur d. „Preußischen Volksblattes“, 1869 Hilfsarb., 1880–89 Redakteur beim Staatsanzeiger, 1885 KronenO III. Kl. 211/96 307v; 285/99 136v, 138v; 358/101 105v

**Riediger, Franz Bernhard** (geb. 1846), Bgm. zu Kamin, RegBez. Marienwerder, 1882 Disziplinarsache 141/94 390

**Riefenstahl, Carl Robert** (geb. 1838), Gemeindegeschullehrer zu Berlin, 1887 Disziplinarsache 287/99 170

**Riehl, Erich** (geb. 1846), PolLtn. zu Berlin, 1883 Disziplinarsache 158/95 153

**Riemer, Hugo** (geb. 1848), Förster zu Schwarzenborn, RegBez. Kassel, 1881 Disziplinarsache 70/93 55

**Rienau, Hermann Emil Friedrich** (geb. 1848), Lehrer zu Preetz, 1884 Disziplinarsache 210/96 300

**Rieth, Peter** (1831–1892), 1861 GerAss. LG Bonn, dann Saarbrücken, 1870 StAnw. LG Düsseldorf, 1879 1. StAnw. LG Hagen, 1879 Hilfsarb. JMinm., 1880 GehJusR, 1887 GehOJusR, im StMinm. häufig Referent f. Disziplinarsachen 51/92 180v, 186; 66/93 21, 24 f., 79/93 87v–89, 83/93 117, 123, 84/93 137, 138, 91/93 174–177, 93/93 199 f., 95/93 220, 224; 125/94 236, 255, 129/94 283v, 285, 287; 146/95 35v, 36, 157/95 119–121, 158/95 144, 147v, 149 f., 159/95 159, 161, 165/95 207v, 208; 177/96 21, 184/96 83, 85, 192/96 123, 127 f., 197/96 163v, 165, 206/96 257–259, 210/96 287v, 289 f.; 219/97 58, 62 f., 223/97 98, 230/97 151, 242/97 265; 245/98 17, 19, 255/98 117v–122, 258/98 178, 266/98 245, 262, 265, 267; 279/99 61v, 62 f., 65 f., 284/99 122, 123, 127, 130, 287/99 158 f., 164, 289/99 189, 193, 293/99 223v, 224, 295/99 233, 244; 300/100 17, 18, 312/100 92, 94–99, 101, 330/100 185, 187 f., 196, 339/100 230, 232, 340/100 248, 256, 341/100 258, 278 f.; 360/101 137v, 139, 156, 375/101 299v, 306, 379/101 336, 349 f.; 386/102 31, 35 f., 397/102 162v, 165

**Riethmüller, Ludwig** (geb. 1843), Lehrer zu Fretterode, Krs. Heiligenstadt, 1884 Disziplinarsache 210/96 301

**Rietschel, Hermann** (1847–1914), Heizungingenieur, 1872–80 Firma in Berlin, ab 1880 Gutachter u. Berater in Ingenieurfragen, 1883 Titel Prof., 1885–1910 Prof. TH Charlottenburg, GehRegR, 1893 Lehrbuch zur Heizungs- und Klimatechnik, Vorstandsmitglied der Berliner Hygiene-Ausstellung 1883, deswegen Ordenssache erwogen 163/95 196

**Rindfleisch, Georg Heinrich** (1834–1883), 1860 GerAss. Halle/S., 1864 Kreisrichter Merseburg, 1870 OLGR Celle, 1871 GehJusR JMinm., 1875 GehOJusR, 1878 MinDir., 1879 UStS, führend beteiligt bei den Justizgesetzen 1879, 1881 Roter AdlerO II. Kl. 6/91 22v, 24/91 142v; 88/93 161; 127/94 274–274v, 275v, 128–129/94



- Rinn, Gustav** (geb. 1853), Gefangenenaufseher zu Allenstein, 1889 Disziplinarsache 375/101 313
- Rinne, Karl Friedrich Josef**, Lokomotivführer zu Geestemünde, 1890 Pensionssache 386/102 31, 35
- Rintelen, Friedrich** (1835–1907), 1861 GerAss., Hilfsarb. Generalkomm. Münster, 1865 Kreisrichter Witten, 1867 RegAss. u. Spezialkom. Höxter, 1868 Arnberg, 1872 RegR, 1875 Hilfsarb. Generalkomm. Frankfurt/O., 1879 Hilfsarb. Oberlandeskulturger., 1881 Oberlandeskulturgerichtsrat, dann GehRegR LandMinm., GehORegR, 1896 Präs. Oberlandeskulturger., Wirkl.GehORegR 242/97 265
- Rintelen, Victor** (1826–1908), 1852 GerAss., KrsGer. Münster, 1857 Kreisrichter Dortmund, 1865 Hagen bzw. Schwelm, 1867 Dir. KrsGer. Bergen auf Rügen, 1871 AppGerR Hamm, 1877 OTribunalR, 1882–1908 KGR, 1879 Mitgl. Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte, 1880–82 am RG tätig, GehOJusR, führender Zentrumsabg., mehrfach Friktionen über zeitliche Vereinbarkeit von Mandat und Richter-Amtspflichten, 1883–1908 MdA, 1884–1907 MdR (Zentrum) 21/91 124; 241/97 254
- Rippert, Eduard** (geb. 1860), Lehrer zu Radzien, Krs. Ortelsburg, 1885 Disziplinarsache 230/97 165
- Rißmann** (geb. 1841), 1868 GerAss., 1870 RegAss. Verw. d. indirekten Steuern, 1873 Oberzollinspektor Stralsund, 1875 Mitgl. Provinzialsteuerdirektion Kassel, 1878 RegR Provinzialsteuerdirektion Berlin, 1885 Reichsbevollm. für Steuer u. Zölle Dresden, 1886 ORegR Provinzialsteuerdirektion Königsberg, 1893 Provinzialsteuerdir. Münster, 1897 GehOFinR, 1907 Wirkl. GehOFinR, 1911 a. D. 257/98 163v
- Ritter, Otto** (geb. 1842), Eisenbahnbetriebssekr. zu Allenstein, 1885 Disziplinarsache 237/97 222
- Ritter, Paul** (1843–1905), Dr. jur., 1878 Ass. Konsistorium Breslau, 1881 GenDir. d. Fürsten v. Pleß, erfolgreich im Ausbau d. Montanbetriebe, zeitw. Mitgl. Landeseisenbahnrat, GehRegR, 1890 MdStR, 1889–93 MdA (RFKP) 391/102 73v, 392/102 78v
- Ritzel, Martin**, Steueraufseher zu Uerdingen, 1890 Disziplinarsache 397/102 180
- Röben, Altmann Gardes**, Lehrer zu Nadörst, Krs. Norden, 1879 Disziplinarsache 27/91 186
- Robilant, Carlo Felice Nicolis Conte de** (1826–1888), 1848 Armee, in den Kriegen 1859 u. 1866 aktiv, 1867 Dir. d. Kriegsakademie, Präfekt v. Ravenna, 1871 Gesandter, 1876 Botschafter Wien, 1885–87 ital. AMinr., wirkte für die Erneuerung des Dreibundes, 1886 Schwarzer AdlerO 285/99 136
- Rocholl, Hermann** (geb. 1827), 1855 GerAss., 1856 Hilfsarb. HandMinm., 1858 RegAss., 1866 RegR, 1867 Hilfsarb. FinMinm., 1869 Magdeburg, 1886 ORegR, 1895 a. D. 266/98 245
- Rockhausen, Moritz von**, PolSekr. zu Berlin, 1888 Pensionssache 339/100 232
- Rödenbeck, Alexander Emil** (1838–1897), 1865 GerAss., 1869 Kreisrichter, 1871 RegAss. Eisenbahndirektion Elberfeld, 1873 Hilfsarb. HandMinm., 1875 RegR Eisenbahndirektion Hannover, 1877 GehRegR HandMinm., 1879 Minm.öA, 1881 GehORegR, 1895 Wirkl.GehRegR 10/91 42; 38/92, 46/92; 72/93 62, 79/93 87v, 84/93 141, 91/93 175–177; 129/94 283v, 285; 159/95 159, 161; 192/96 127, 210/96 290; 223/97 98; 245/98 19; 340/100 248, 256
- Röding, Eugen Gustav Hermann** (geb. 1841), Hauptamtskontrolleur zu Memel, 1886 Disziplinarsache 245/98 25
- Röder, Eberhard v.** (geb. 1831), 1857 RegRef. Köslin, 1863 RegAss. Stettin, 1865 Königsberg, 1869 Marienwerder, 1873 RegR Stettin, 1877 Marienwerder, 1886 ORegR Stettin, 1901 a. D. u. KronenO II. Kl. 261/98 215
- Roehl, Oscar Gustav Emil** (geb. 1832), Gerichtsschreiber zu Nakel, 1884 Disziplinarsache 210/96 302
- Rohland, Carl Heinrich** (geb. 1831), berittener Steueraufseher zu Schlieben, Krs. Schweinitz, 1880 Disziplinarsache 46/92 146
- Rolshoven, Joseph** (1828–1902), 1867 RegRef. Koblenz, 1870 RegAss., 1871 Hilfsarb. Amt Grönenberg zu Melle, 1872 kommissar. Amtm. Diez, 1874 kommissar. LandR Unterlahnkreis zu

Diez, 1877 LandR Diez, 1888 ORegR Stralsund, 1895 Münster, 1897 Koblenz 176/96 4; 341/100 258v, 344/100 292v

**Romanowsky, August Bartholomäus** (geb. 1843), Eisenbahn-Stationsassistent zu Othfresen, Krs. Goslar, 1888 Disziplinarsache 352/101 45

**Römer, Hermann** (1816–1894), 1840 hannov. GerAss., 1852 Senator Hildesheim, soll 1888 Mitgl. Expertenkommission zur Errichtung eines Denkmals f. Wilhelm I. werden, Mitgl. 2. Kammer Hannover, 1867–90 MdR (NLP) 334/100 206

**Rommel, Justus** (1832–1899), 1859 GerAss., 1864 Kreisrichter Liebenwerda, 1868 Stadtrichter Berlin, 1870 Hilfsarb. HandMinm., 1872 GehRegR, 1876 GehORegR, 1886 Senatspräs. OVG, 1891 Wirkl.GehORegR 21/91; 199/96; 253/98 104

**Rompf, Wilhelm** (geb. 1838), Grenzaufseher zu Danzig-Neufahrwasser, 1889 Disziplinarsache 369/101 263

**Rondt, Julius**, Stadtgerichtsbote zu Berlin, 1880 Disziplinarsache 29/92 18

**Rönne, Ludwig v.** (1804–1891), Dr. jur., 1832 Dir. Land- u. Stadtger. Hirschberg, 1836 OLGR Breslau, 1843 KGR, 1859 Vizepräs. AppGer. Glogau, 1868 a. D., zeitw. Justitiar u. Mitgl. AR Disconto-Ges., Verf. maßgeblicher staats- u. verfassungsrechtlicher Werke, v. a. Staatsrecht d. Preuß. Monarchie, Die VU v. 31.1.1850, Das Staatsrecht des Deutschen Reichs u. Hrsg. d. Reihe Die Verfassung u. Verwaltung des preuß. Staates, dessen T. 8 (Berlin 1854) das Unterrichtswesen d. Preuß. Staates behandelt, 1849 Mitgl. 1. Kammer (konstitutionell), 1859, 1862–63, 1868–79 MdA (v. Vincke, Grabow, bkF, NLP), 1871–77 MdR (NLP) 3/91 8v; 226/97 114; 275/99 37; 341/100 267v

**Roon, Ludwig v.** (1834–1911), 1860 GerAss. Berlin, 1865 RegAss. Düsseldorf, 1867 Koblenz, 1869 RegR, 1878 ORegR Düsseldorf, 1888 OVGR, 1896 Senatspräs., 1903 a. D., Wirkl. GehORegR 310/100 88v

**Roos, Johannes Christian** (1826–1896), 1853 Priester Limburg, 1860 Hauskaplan bei Bischof Blum, 1864 Subregens u. Prof. Priesterseminar Limburg, 1868 Regens, 1869 Domkapitular u. Stadtpfarrer Limburg, 1885 Bischof, 1886 Erzbischof Freiburg 215/97 26v, 223/97 86; 312/100 93

**Rosemann, Johann** (geb. 1843), Gefangenenaufseher zu Schneidemühl, 1887 Disziplinarsache 293/99 230

**Rosen, Alfred v.** (1825–1912), Jurist, 1852 Hilfsarb. dän. Minm. f. Holstein u. Lauenburg Kopenhagen, 1855 MinSekt., 1859 Dept.-Chef, 1862 Rat d. holst. Provinzialreg. Plön, 1864 a. D., 1866 preuß. RegR Kiel, dann Schleswig, 1878 ORegR Schleswig, 1880 RegPräs. Arnsberg, 1889 wegen Verhaltens im Bergarbeiterstreik a. D. u. Wirkl.GehORegR 56/92 203v; 135/94 327v; 232/97 174v; 365/101 197v; 368/IV 185v; 369/101 245v–246

**Rosenberg, Anton** (geb. 1826), Lehrer zu Schwalbach, Krs. Saarlouis, 1881 Disziplinarsache 70/93 56

**Rosenberger, August** (1800–1890), Dr., Assistent von Bessel in Königsberg, 1832–90 Prof. f. angewandte Mathematik Univ. Halle u. Observator d. Sternwarte, im streng kons. Sinne tätig, 1881 zum Doktorjubiläum KronenO II. Kl. 83/93 117v

**Rösener, Anton Christian Friedrich** (geb. 1828), Gemeinde-Vorsteher zu Frille, Krs. Minden, 1882 Disziplinarsache 137/94 358

**Rössing, Friedrich Wilhelm v.** (1847–ca. 1895), Bgm. zu Altenau, Krs. Zellerfeld, 1879 Disziplinarsache 10/91 52

**Rossow, Carl Ludwig** (geb. 1834), Lehrer u. Küster zu Misdroy, Krs. Usedom-Wollin, 1889 Disziplinarsache 360/101 151

**Rötger, Max** (1830–1886), 1857 GerAss., bis 1863 Spezialkom. Wittenberg, RegAss., 1868 RegR Frankfurt/O., 1872 durch Camphausen Hilfsarb. FinMinm., GehFinR, 1875 GehOFinR, Mai 1880 MinDir. u. Wirkl.GehORegR LandMinm., Juni 1880–86 Präs. Seehandlung, 1884 MdStR, 1885 MdH 15/91; 39/92 91, 43/92 115v; 95/93 221v

**Roth, Paul (v.)** (1820–1892), 1848 Dr. jur. Erlangen, 1850 Prof. jur. Marburg, 1853 Rostock, 1857 Kiel, 1863 München u. Mitgl. Bayer. Akad. d. Wiss., 1874–89 Mitgl. Kommission zur Ausarbeitung d. BGB, 1889 KronenO III. Kl. 358/101 105

**Roth, Wilhelm August** (1833–1892), 1855 Dr. med. Berlin, 1857 Arzt am Friedrich-Wilhelm-Institut, 1867 Oberstabsarzt u. Lehrer Kriegsakademie Berlin, 1870 Generalarzt in Dresden u. Chef d. sächs. Militärsanitätswesens, Vorstandsmitglied der Berliner Hygiene-Ausstellung 1883, deswegen Ordenssache erwogen 163/95 196

**Rothe, Anton** (1837–1905), 1872 LandR Preuß. Stargard, 1875 Hilfsarb. LandMinm., 1876 GehRegR, 1879 GehORegR, zeitw. auch im RAdI tätig, 1883 RegPräs. Danzig, 1887 Kassel, 1893 Dir. RAdI, 1896–1902 UStS RAdI, 1901 kais. Wirkl.GehR 3/91 9v, 9/91; 37/92 66; 125/94, 141/94 378; 159/95 157, 160/95 176v; 246/98 31v, 259/98 196v, 197, 200, 200v; 274/99 3

**Rottenburg, Franz v.** (1845–1907), 1865 Dr. jur. Berlin, 1870 GerAss. KG, 1872–76 England-Aufenthalt, 1876 Hilfsarb., 1879 LegR AA, 1881 Chef RK, enger Mitarb. Bismarcks, 1891 UStS RAdI, 1896 a. D. u. kais. Wirkl.GehR, 1896 Kurator Univ. Bonn 191/96 116; 213/97 13–13v; 259/98 196; 274/99 10–10v, 21v–22, 24v–25, 28 f., 276/99 41; 307/100; 349/101 3, 366–367/101; 394/102

**Rudolf** (1858–1889), Erzherzog, Kronprinz v. Österreich-Ungarn, 1889 Selbstmord 357/IV 135

**Rüdorff, Hans** (1835–1891), Dr., 1862 GerAss. Berlin, 1868 Kreisrichter, Mitarb. am StGB, 1870 OGerR Hameln, 1871 Hannover, 1872 Hilfsarb. FinMinm., 1873 GehFinR, 1876 GehOFinR, 1881 Mitgl. Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte, 1886 a. D. u. Präs. Preuß. Zentralboden-Kredit AG, Vors. des AR der Dt.-Asiat. Bank Berlin 9/91, 11/91 56v; 29/92 9v, 55/92; 78/93 83; 145/95 29v–30, 167/95 238v; 236/97; 263/98 229v

**Rüger, Conrad Wilhelm** (1907: v.) (1837–1916), 1864 Dr. jur. Leipzig, Rechtsanw., 1875 AppGerR Dresden, 1876 Hilfsarb. sächs. JMinm., 1879 VotrR, 1880–84 Bgm. Dresden, 1888–95 Mitgl. 1. u. 2. Kommission zur Ausarbeitung d. BGB, 1895 GenStAnw. Sachsen, 1901 JMinr. Sachsen, 1902–10 FinMinr., 1906–10 Vors. Gesamtministerium 358/101 105

**Ruhnau, Adolph** (geb. 1822), Kreisbau-Inspektor zu Sensburg, 1881 Disziplinarsache 91/93 182

**Rumpf** (geb. ca. 1867), Sohn des ermordeten PolR Rumpf, erhält 1885 durch besonderen Gesetzentwurf lebenslängliche Rente 217/97 41

**Rumpf** (geb. ca. 1868), Tochter des ermordeten PolR Rumpf, erhält 1885 durch besonderen Gesetzentwurf lebenslängliche Rente 217/97 41

**Rumpf, August Ferdinand** (geb. 1838), Lehrer u. Küster zu Plossig, Krs. Torgau, 1885 Disziplinarsache 230/97 166

**Rumpf, Karl** (1822–1885), Dr., PolKom. bei der Kriminalpolizei Frankfurt/M., 1867 Titel PolR, 1885 ermordet 217/97 41, 42; 253/98 101

**Runde**, RegR Provinzialsteuerektion Königsberg/Pr., dann GehRegR Provinzialsteuerektion Breslau, 1879 KronenO II. Kl., 1883 a. D. 11/91 57

**Rusch, David Ludwig Ferdinand** (geb. 1840), Lehrer u. Küster zu Berlin-Schöneberg, 1887 Disziplinarsache 296/99 262

**Ruser, Franz Traugott**, bad. Ref., ca. 1875 Intendanturassessor, ca. 1878 Intendanturrat XIV. AK Straßburg, ca. 1885 III. AK Berlin u. Hilfsarb. KrMinm., Titel GehKrR, 1890 VotrR Verpflegungsabt. KrMinm., Wirkl.GehKrR, 1895 Militärintendant Gardekorps, 1909 a. D. 394/102 116v

**Rydlewski, Ladislaus** (geb. 1849), Lehrer zu Wilkowya, Krs. Jarotschin, 1885 Disziplinarsache 240/97 25

**Rzepecki, Ludwig Wladislaus v.** (geb. 1832), Dr., Realschullehrer zu Posen, als Agitator für die polnische Nationalbewegung nach Disziplinarverfahren aus dem Schuldienst entlassen 59/92 245

**Sachs, Oskar Reinhold**, Regierungshauptkassen-Buchhalter zu Liegnitz, 1886 Pensionssache 255/98 117v, 120

- Sachsenroeder, Johann Karl** (geb. 1847), Fußgendarmerie d. 11. Gendarmeriebrigade zu Helsa, Krs. Kassel, 1888 Disziplinarsache 330/100 196
- Saekersdorff, Rudolph**, KrsGerSekr. zu Tapiaw, 1880 Disziplinarsache 46/92 147
- Salbach, Johann** (geb. 1836), Bgm. a. D. zu Wevelinghoven, Krs. Grevenbroich, 1884 Disziplinarsache 204/96 248
- Saldern, Johannes v.** (1839–1907), RegRef. Liegnitz, 1868 LandR Lauban, 1886 kgl. preuß. LandDir. v. Waldeck-Pyrmont, Bevollm. z. BundesR 266/98 245
- Salm, Karl Joseph** (geb. 1850), Steuereinnahmer zu Linnich, Krs. Jülich, 1889 Disziplinarsache 360/101 152
- Sandfuchs, Emil** (geb. 1847), Bgm. zu Zehdenick, 1885 Disziplinarsache 240/97 253
- Sandt, Leo** (1853: v.) (1830–1902), PolLtn. zu Berlin, 1882 Disziplinarsache 125/94 257
- Sannemann, August** (geb. 1844), AGerSekr. zu Magdeburg, 1886 Disziplinarsache 255/98 140
- Sass, Hermann**, Schutzmann zu Breslau, 1886 Pensionssache 255/98 117v, 121
- Sattelberg, Johann Joseph Gottlieb** (geb. 1850), Lehrer zu Treul, Krs. Schwetz, 1882 Disziplinarsache 129/94 294
- Sauer, Carl** (geb. 1847), Gerichtsvollzieher zu Zabrze, 1884 Disziplinarsache 197/96 179
- Sauer, Franz Eduard Bernhard** (geb. 1835/36), Förster aus Wasserblotte, Krs. Birnbaum, z. Z. Neuteich, Krs. Czarnikau, 1880 Disziplinarsache 46/92 148
- Sauer, Julius** (geb. 1853), Lehrer zu Winkeldorf, Krs. Habelschwerdt, 1885 Disziplinarsache 223/97 93
- Sauerhering, Louis Leopold** (1814–1889), GerAss., dann Spezialkom., u. a. in Calau, ca. 1850 RegAss., dann RegR Generalkomm. Stargard, ca. 1861 RegR Reg. Stettin, vor 1871 ORegR Finanzdirektion Hannover, 1877 Klosterkammerdir. Hannover, 1883 Titel Präs. 172/95 296v
- Sauerland, Heinrich Norbert** (geb. 1839), Dr., Gymnasiallehrer zu Frankfurt/M., 1884 Disziplinarsache 206/96 266
- Saul**, seit 1882/83 Domherr zu Trier, aufgrund falscher Zeitungsmeldungen als Jesuit angesehen 153/95 98
- Savelsberg, Johann Leonhard** (geb. 1843), Gerichtsvollzieher zu Kassel, 1881 Disziplinarsache 84/93 147
- Schade, Carl Friedrich Andreas** (geb. 1838), Rentmeister zu Burgdorf/Hannov., 1887 Disziplinarsache 296/99 263
- Schadler, Emil** (geb. 1846), Lehrer zu Sulmierzyce, Krs. Adelnau, 1886 Disziplinarsache 245/98 26
- Schaffarczyk, Joseph** (geb. 1832), Lehrer zu Nakel, Krs. Oppeln, 1882 Disziplinarsache 108/94 92
- Schaffarczyk, Wilhelm** (geb. 1844), Gerichtsschreiber, Sekr. zu Halbau, Krs. Sagan 112/94 121
- Schäfgel, Peter** (geb. 1827), Lehrer zu Wollmerath, Krs. Kochem, 1886 Disziplinarsache 258/98 192
- Schaldach, Rudolf** (geb. 1849), Gefängnisinspektor zu Elbing, 1888 Disziplinarsache 330/100 197
- Schallehn, Bernhard** (1831–1882), 1858 GerAss. Stettin, 1862 RegAss. Köslin, 1868 RegR Stettin, 1873 Hilfsarb. KuMinm., 1874 GehRegR, 1877 GehORegR KuMinm. 117/94 201
- Schalscha, Alexander v.** (1836–1895), Offizier, dann Rittergutsbes., 1877–87, 1890–93 Mdr, 1888–95 MdA (Zentrum) 251/98 87, 87v; 254/98 109v–110v
- Scharna, Friedrich** (geb. 1838), Lehrer zu Rosinsko, Krs. Lyck, 1886 Disziplinarsache 255/98 141
- Scharnhorst, Gerhard** (1804: v.) (1755–1813), 1778 hannov. Offizier, Militärschriftsteller, 1801 preuß. Oberstltm., 1807 GenMaj., Vors. d. Militärreorganisationskomm. u. Dir. d. Allg. Kriegsdepartments, 1810 Chef d. GenStabes d. Armee, 1812/13 Militärreformer u. Einführung d. allg. Wehrpflicht 395/102 124v

- Schartow, Adolph Friedrich**, 1847 GerAss. Frankfurt/O., 1849 RegAss., RegR, 1857 Hilfsarb. FinMinm. (Domänenabt.), GehFinR, GehOFinR, 1879 GehORegR LandMinm. (Domänenabt.), 1880–83 MinDir. LandMinm. u. Wirkl.GehORegR 43/92 115v; 141/94 378
- Schaumburg, Max v.** (geb. 1847), PolLtn. zu Berlin, 1889 Disziplinarsache 360/101 153
- Schaupensteiner, Franz** (geb. 1829), Kreisbauinspektor zu Schlochau, 1888 Disziplinarsache 335/100 217
- Schede, Hermann** (1812–1893), 1837 GerAss., 1839 Krs.- u. KonsAss. KrsGer. Greifswald, 1844 Hilfsarb. Mdl (OZensurGer.), 1846 Reg. u. KonsR u. Mitgl. Provinzialschulkollegium Magdeburg, kons.-pietistischer Freund Ludwig v. Gerlachs, 1849 RegR Marienwerder, 1851 GehRegR HandMinm., 1854 RegVizepräs. Koblenz, 1859 GehOFinR HandMinm., 1878 Wirkl.GehORegR, 1879 Minm.öA, 1880 nicht MinDir. Minm.öA, 1884 a. D. 42/92 110
- Schedler, Johann August**, Hauswart der Regierung zu Posen, 1883 Pensionssache 157/95 119, 121
- Scheel-Plessen, Karl Frh.** (1888: **Graf**) v. (1811–1892), Fideikommißbes., 1843–48 dän. Amtm. Norburg-Sonderburg, 1848 Kom. d. dän. Reg. f. Lauenburg u. Gesandter in Berlin, 1849–50 Chef d. FinAbt. in d. Reg. Schleswigs, 1853–56 1. Bgm. Altona, 1866–79 OPräs. Schleswig-Holstein, 1868 Wirkl.GehR, 1854–57 Mitgl. dän. Reichsrat, 1855–63 Mitgl. Holstein. Ständevers. (Präs.), 1870 MdA (KoP), 1879 MdH 22/91 138v
- Scheffer, Wilhelm** (1844–1898), 1873 GerAss., 1877 RegAss., 1879 LandR Ahaus, 1882 Schlochau, 1888 ORegR Bromberg, dann Düsseldorf, 1894 OPräsR Koblenz, 1896 OVGR, 1884–90 MdR, 1886–88 MdA (DkP) 326/100 178
- Scheffler, Gotthard** (geb. 1838), Rektor zu Posen, 1885 Disziplinarsache 236/97 212
- Schelling, Hermann** (1857: v.) (1824–1908), 1849 GerAss. Berlin, 1854 StAnw. Hechingen, 1857 KG Berlin, 1861 StAnw. Stadtger. Berlin, 1863 AppGerR Glogau, 1864 Hilfsarb. JMinm., 1866 GehJusR, 1874 Präs. AppGer. Halberstadt, 1875 Vizepräs. OTribunal Berlin, 1876 UStS JMinm., 1877–79 Präs. Disziplinarhof f. nicht richterliche Beamte, 1879 StS RJA, 31.1.1889–13.11.1894 JMinr., 1889 MdH 14/91, 16/91, 21/91, 22/91 139, 23/91 140v, 24/91 142v; 30/92 21, 22v, 32/92 42v–43, 43v, 44, 55/92 197–197v, 199, 200; 76–77/93, 80/93 107; 147/95 57v, 167/95 238v; 175/96 1; 351/101 12v, 352–356/101; 357/IV; 358–362/101; 363/IV; 364–367/101; 368/IV; 369–381/101; 382–387/102; 388/IV; 389–399/102
- Schellong, Franz** (1836–1912), 1863 GerAss., 1866 Kreisrichter Darkehmen u. Insterburg, 1874 RegR Gumbinnen, 1878 OPräsR Danzig, 1884 VerwGerDir. Stralsund, 1887 Danzig, 1888 OVGR, 1903 Wirkl.GehORegR 310/100 88v
- Schenkendorff, Emil Frh. v.** (1837–1915), Offizier, 1867 Reichstelegraphendienst, Direktionsrat, 1876 a. D., 1878–81 StadtR Görlitz, seit 1882 im Vorstand d. NLP, sozial- u. jugendpolit. aktiv, 1887 Roter AdlerO IV. Kl. wegen seiner Förderung d. Hausindustrie, 1882–98, 1904–15 MdA (NLP) 289/99 192
- Schering, August Ferdinand** (1810–1886), 1836 GerAss. Berlin, 1837 Hilfsarb. u. Kanzleidir. JMinm., 1840 JusR, 1853 GehJusR, 1859 GehOJusR, 1875 a. D., 1853–78 Bearb. d. jährlichen Sachregister d. Gesetzsammlung 330/100 185
- Scheunemann, Reinhard** (geb. 1836), Gefangenenaufseher zu Bromberg, 1887 Disziplinarsache 287/99 171
- Schick, Heinrich**, Bahnmeister zu Maltsch, Krs. Neumarkt, 1879 Disziplinarsache 16/91 112
- Schier, Otto** (geb. 1839), Stationsassistent zu Runkel, Oberlahnkreis, 1880 Disziplinarsache 46/92 149
- Schilling, Carl Gustav Heinrich** (geb. 1848), Steueraufseher zu Aachen, 1887 Disziplinarsache 290/99 213
- Schilling, Johannes** (1828–1910), Student der Dresdener und Berliner Akademie der Künste, 1854–56 Stipendium Rom, 1857 Bildhauer-Atelier in Dresden, 1868 Prof. an der Akademie, setzte

Rauch'sche Tradition fort, schuf große, nationale Denkmäler, u. a. Niederwald-Denkmal, dafür 1883 KronenO II. Kl. *162/95* 193

**Schimmelpfennig, Wilhelm**, Eisenbahnbetriebssekr. zu Bremen, 1888 Pensionssache *336/100* 223

**Schläger, Hermann** (1820–1889), Dr. phil., 1863 Senator Hannover, führendes Mitgl. im deutschen Protestantenverein, 1849–56 Mitgl. 2. Kammer Kgr. Hannover, 1867–88 MdA, 1867–81, 1881–84 MdR (NLP) *44/92* 119

**Schlakowski**, Hauptzollamtsassistent zu Pillau, 1888 Pensionssache *341/100* 278

**Schleif, Bernhard** (geb. 1844), Lehrer und Küster zu Horst, Krs. Grimmen, 1882 Disziplinarsache *112/94* 122

**Schleinitz, Alexander Frh.** (1879: **Graf**) v. (1807–1885), Jurist, 1836 Diplomat, 1841 VotrR MAA, 1848 Gesandter Hannover, Juni 1848, 1849–50 AMinr., Privatier u. Vertrauter Wilhelms I. in Koblenz, 1858–61 erneut AMinr., 31.8.1861–19.2.1885 Minr. d. Kgl. Hauses, 1849–52, 1859–61 MdA (bkF; liberal-kons.) *42/92* 103; *110/94* 107v

**Schlenther, Heinrich** (1821–1900), 1849 GerAss. Insterburg, 1850 ebd. Kreisrichter, 1854 Tilsit, 1858 Rittergutsbes. u. LandR Tilsit, 1884 GehRegR, 1889 a. D. u. KronenO II. Kl., 1866–70 MdA (KoP) *157/95* 118; *376/101* 323

**Schleussing, Georg Friedrich Eugen v.**, PolR zu Potsdam, 1881 Pensionssache *93/93* 199, 200

**Schlieckmann, Albrecht v.** (1835–1891), 1862 GerAss., 1864 LandR Querfurt, 1877 ORegR Gumbinnen, 1878 PolPräsidium Berlin, 1879 RegPräs. Gumbinnen, 1881 UStS MdI, 1882–91 OPräs. Ostpreußen, 1890 Wirkl.GehR, 1878–81, 1884–91 MdR (DkP) *74/93* 67–67v, *85/93* 151; *108/94* 77, *121/94* 212v; *157/95* 118, *163/95* 197, *174/95* 307v; *207/96* 269v; *273/98* 351; *297/100* 4, 4v

**Schlosser, Friedrich** (geb. 1840), Gerichtsschreiber zu Limburg/L., 1881 Disziplinarsache *93/93* 213

**Schlözer, Kurd v.** (1822–1894), 1845 Dr. phil. Berlin, Schriftsteller, durch Bekanntschaft mit Königin Augusta 1850 Geh. Expedierender Sekr. im AA, 1856 LegSekt. St. Petersburg, 1862 mit Bismarck in das AA, 1864–68 LegR beim Vatikan, 1868 GenKonsul d. Norddt. Bundes in Mexiko, 1871 Gesandter USA, 1880 kais. Wirkl.GehR, 1881 Sondierungsmission in Rom, 1882–92 preuß. Gesandter beim Vatikan *86/93*; *243/98* 1, *248/98* 53v, 54v, *250/98* 77, *270/98* 328v; *274/99* 28, *275/99* 40, *277/99* 48v, 50, *286/99* 152v; *391/102* 74, 74v, *393/102* 88

**Schmarsow, Rudolf** (geb. 1850), Kreisbauinspektor zu Lyck, 1883 Disziplinarsache *146/95* 49

**Schmehl, Wilhelm Ludwig Nepomuk**, Grenzaufseher zu Weener, Krs. Leer, 1882 Pensionssache *114/94* 167 f.

**Schmeling (Gr. Möllen), Adolf v.** (1807–1886), 1838 GerAss. Köslin, 1841 RegAss. Potsdam, 1846 RegR Posen, 1850 Köslin, 1861 ORegR Köslin, 1864 Vertr. d. RegPräs., 1874 RegVizepräs. Königsberg, 1881/82 RegPräs. Königsberg, 1881 statt beantragtem Roten AdlerO II. Kl. Glückwunschsreiben, 1882 a. D. u. Stern z. Roten AdlerO II. Kl. *76/93* 76; *110/94* 106

**Schmerfeld, Siegmund v.** (1815–1894), Vors. d. Niederschles.-Märk. Eisenbahn, GehRegR, 1875–87 Präs. Eisenbahndirektion Hannover, 1881 Roter AdlerO II. Kl. *88/93* 160v

**Schmid, Karl Joseph (v.)** (1832–1893), 1858 Rechtsanw. Niedlingen, PD Univ. Freiburg, 1871/72 Stadtschultheiß Munderkingen, 1873 Rechtsanw. Ulm, dann GehFinR, GehOFinR, zuletzt Dir. im württemberg. FinMinm., 1879 württemberg. Bevollm. z. BundesR, 1884 Mitgl. Verw. d. Reichsinvalidenfonds, 1887–93 württemberg. Minr.dI, ab 1868 Mitgl. württemberg. LT, 1871–79 MdR (NLP, RFKP) *184/96* 83

**Schmidt**, Geh. Registraturrat im MdI, bis 1852 Bearb. d. jährl. Sachregister d. Gesetzsammlung *330/100* 185

**Schmidt Mayer**, angeblich Urheber einer anonymen Beschwerde über landwirt. Zustände im Krs. Meisenheim, polit. freisinnig *127/94* 276v

- Schmidt, Albert** (geb. 1836), 1864 GerAss., 1865 RegAss. Verw. d. indirekten Steuern, verschiedene Verwendungen, zuletzt Provinzialsteuerektion Danzig, 1873 Hilfsarb. FinMinm. (III. Abt.), RegR, 1874 GehFinR, 1879 GehOFinR, 1895 Provinzialsteuerdir. Kassel, 1899 a. D. u. Wirkl. GehOFinR *177/96* 20v, 22; *341/100* 278
- Schmidt, Albrecht** (1829–1911), 1857 RegAss. Potsdam, 1863 KonsR Berlin, 1873 OKonsR Kassel, 1877 Mitgl. Ev. OKirchenR, 1878 weltl. Vizepräs., zugleich Geschäftsführer d. Eisenacher Konferenz d. ev. Kirchenregimente, 1882 Rang d. Räte 2. Kl., 1891 Präs. Konsistorium Berlin, 1904 a. D. u. Wirkl. GehR, Vater des KuMinr. Schmidt-Ott *107/94* 70
- Schmidt, Bernhard** (1825–1887), Jurist, JusR a. D., Rittergutsbes., 1870–87 MdA (RFKP), 1887 MdR *221/97* 70
- Schmidt, Carl** (geb. 1842), Elementarlehrer zu Mülheim/Ruhr, 1884 Disziplinarsache *200/96* 206
- Schmidt, Carl August Arminius** (geb. 1837), Stationsvorsteher zu Moringen, Krs. Einbeck, 1887 Disziplinarsache *296/99* 264
- Schmidt, Carl Heinrich** (geb. 1843), Rentenbank-Rendant zu Münster, 1880 Disziplinarsache *51/92* 186
- Schmidt, Ferdinand** (geb. 1838), Dr., Rektor zu Gevelsberg, 1880 Disziplinarsache *38/92* 89
- Schmidt, Friedrich Albert** (geb. 1852), Gerichtsvollzieher zu Zossen, 1887 Disziplinarsache *288/99* 187
- Schmidt, Friedrich Rudolf** (1834–1889), 1861 GerAss., 1864 Kreisrichter Preuß. Stargard, 1871 Marienwerder, 1874 KrsGerR, 1873 Hilfsarb. JMinm., 1875 GehJusR, 1880 GehOJusR, 1881 Mitgl. Justizprüfungskomm., 1886 Mitgl. Bundesamt f. d. Heimatwesen *2/91* 3
- Schmidt, Friedrich Wilhelm** (geb. 1855), Lehrer zu Schenkendorf, Krs. Labiau, 1883 Disziplinarsache *146/95* 51
- Schmidt, Gustav** (geb. 1848), Lehrer zu Bornstedt, Krs. Neuhaldensleben, 1881 Disziplinarsache *91/93* 183
- Schmidt, (Robert) Gustav** (1834–ca. 1892), 1861 GerAss., 3 Jahre am Stadtger. Magdeburg, 1867–80 tätig bei Privateisenbahnen, zuletzt stellv. Vors. d. Direktion d. Magdeburg-Halberstädter Bahn, 1880 Hilfsarb., dann GehFinR FinMinm. (I. Abt.), ab 1880 auch nebenamtlich im RAdI tätig, 1886 GehOFinR, 1890 a. D. u. Roter AdlerO II. Kl. *55/92*; *145/95* 25 f.; *267/98* 270
- Schmidt, Heinrich Wilhelm** (1811–1892), 1851 kurhess. Verwaltungsdienst, 1856 PolDir. u. LandR Fulda, 1866 RegR Kassel u. Mitgl. Konsistorium, 1870 kommissar. Dir., 1873–81 KonsPräs. Kassel *73/93* 63
- Schmidt, Karl** (geb. 1852), Zolleinnehmer zu Kleinnetterden, Krs. Rees, 1883 Disziplinarsache *146/95* 50
- Schmidt, Karl v.** (1845–1912), 1871 GerAss., 1874 RegAss., 1877 Mitgl. Provinzialsteuerektion Magdeburg, 1881 RegR, 1882–84 RSA, 1884 Provinzialsteuerektion Kassel, 1888 GehFinR FinMinm., GehOFinR, 1895 GenDir. Thüring. Zoll- u. Steuer-Verein Erfurt, 1898 Präs. Provinzialsteuerektion (dann: Oberzolldirektion) Berlin-Brandenburg, Wirkl. GehOFinR *344/100* 292v
- Schmidt, Wilhelm Gustav**, Steueraufseher zu Tribsees, 1884 Pensionssache *177/96* 20v, 22
- Schmieder, Heinrich** (1794–1893), Hilfsprediger in Wittenberg, 1824 Lehrer in Schulpforta, 1828 Pastor, 1839 2. Dir. Predigerseminar Wittenberg, 1853 1. Dir., 1879 Titel OKonsR, 1884 a. D. u. Adler d. Komthure des HausO v. Hohenzollern *169/95* 267v
- Schmiesing, Carl August** (geb. 1840), Stationsvorsteher II. Kl. zu Karlshafen (Krs. Hofgeismar), 1883 Disziplinarsache *158/95* 154
- Schmitt, Gottfried** (1889: **Ritter v.**, 1897: **v.**) (1827–1908), Dr. jur., 1858 GerAss. Kempten, 1862 Rat am Bezirksger. Nürnberg, 1866 Bamberg, 1869 AppGerR im bayer. JMinm., 1874 MinR, 1874 Mitgl. 1. Komm. zur Ausarbeitung d. BGB, deshalb 1889 Stern z. KronenO II. Kl., 1886 Präs. OLG Nürnberg, 1891–99 Präs. Bayer. Oberstes Landesgericht, 1863–69 Mitgl. bayer. Abgeordnetenkommission (liberal), 1897 ReichsR d. Krone Bayerns *358/101* 105

- Schmoller, Gustav** (1908: v.) (1838–1917), 1864 Prof. d. Staatswiss. Halle/S., 1872 Straßburg, 1882 Lehrstuhl f. Nationalökonomie Univ. Berlin, 1884 MdStR, Mitgründer u. 1890 Vors. Verein für Sozialpolitik, 1887 Historiograph d. brandenburg. Geschichte u. Mitgl. Akad. d. Wiss., 1899 MdH, 1910 Wirkl.GehR, kritisiert 1890 geplanten Leitfaden für Geschichtsunterricht 72/93 62v
- Schmückert, Heinrich** (geb. 1821), 1847 GerAss., 1850 Hilfsarb. KrsGer. Berlin, 1851 HandMinm., 1851 Kreisrichter Jüterbog, 1855 Rechtsanw. beim OTribunal, 1861 JusR, 1876 OVGR, 1883 a. D. u. Roter AdlerO II. Kl. 162/95 193
- Schnake, August Friedrich** (geb. 1833), Stationsassistent zu Seelze, Krs. Linden, 1887 Disziplinarsache 295/99 254
- Schneckenberg, Johann Friedrich** (geb. 1845), Gerichtsexekutor auf Wartegeld zu Neukrügen, Krs. Neustadt/Westpr., 1881 Disziplinarsache 91/93 184
- Schneider, Bruno Paul** (geb. 1854), Regierungssekretariats-Assistent zu Posen, 1886 Disziplinarsache 268/98 310
- Schneider, Johannes** (geb. 1849), Lehrer zu Josbach, Krs. Kirchhain, 1885 Disziplinarsache 223/97 94
- Schneider, Louis** (1805–1878), 1820 Schauspieler Berlin, später Schriftsteller, 1845 Regisseur am Kgl. Theater Berlin, 1848 als kons. Propagandist a. D., bis 1854 Redakteur kons. Zeitungen, dann HofR u. Vorleser Friedrich Wilhelms IV. u. Wilhelms I., 1865 GehHofR, 1888 Memoiren 331/IV 112v
- Schoenaich-Carolath, August Prinz zu** (1822–1899), 1856 BergAss., 1857 Dir. Bergamt Tarnowitz, 1860 OBergR Halle, 1863 Hilfsarb. HandMinm., 1864 Dir. Bergamt Dortmund u. Berghptm., 1888 a. D. 319/100 149v
- Schoenaich-Carolath, Heinrich Prinz zu** (1852–1920), freier Standesherr, 1870–75 Armee, 1877–90 LandR Guben, 1885 erzwungener Armee-Abschied wegen seiner Stimmabgabe als MdR gegen das freie Gnadenrecht Wilhelms I. in Militärfragen, 1888 aufgrund der gleichen Affäre Ablehnung des Prädikats „Durchlaucht“, 1881–1918 MdR (RFKP, ab 1890 NLP), 1883 MdH 343/100 283
- Schol, Richard** (geb. 1847), Lehrer zu Nieder-Rossbach (RegBez. Wiesbaden), 1885 Disziplinarsache 239/97 248
- Schöller, Alexander** (1852–1911), 1869 Banklehre Elberfeld, 1871/72 Paris, 1873/74 London, 1874/75 Buenos Aires, 1878 stellv. Dir. Deutsche Bank Niederlassung Hamburg, 1879 Seehandlung, Geh. Seehandlungsrat, 1881 1. Rat der Generaldirektion, 1884 a. D. u. Geschäftsinhaber Disconto-Ges., später Mitgl. Zentralausschuß d. Reichsbank 83/93 117
- Scholtz, Gustav** (geb. 1829), Gerichtsdiener zu Königsberg/Nm., 1882 Disziplinarsache 137/94 359
- Scholtz, Oscar** (geb. 1815), 1844 GerAss. Posen, 1848 JusKom. Meseritz, 1852 Kreisrichter Rawitsch, 1858 Kosten, 1859 Dir. KrsGer. Grätz, 1863 AppGerR Posen, 1870 OTribunalR, 1874 MdStR, 1879 KGR u. a. D. 21/91 123v
- Scholz, Adolf** (1883: v.) (1833–1924), RegAss., 1864 Hilfsarb. KuMinm., RegR, 1871 FinMinm., 1872 GehFinR, 1875 GehOFinR, 1879–82 StS RSA, kais. Wirkl.GehR, 28.6.1882–23.6.1890 FinMinr., 1870–73 MdA (KoP, Neukons.) 6/91 22v–23; 35/92 53, 37/92 62, 64, 64av; 61/93 2, 73/93 65 f., 75–78/93, 80/93, 86/93, 97/93 233v; 100/94 24 f., 29–29v, 101/94 43, 102/94 45, 103–104/94, 112/94 116, 116/94 198 f., 200v, 123/94 226–226v, 126–127/94, 130–131/94, 133–141/94; 142–151/95, 154–157/95, 158/95 144v, 145, 159/95 157v, 160/95, 162/95 190v, 191, 163–171/95, 173/95; 175–187/96, 189–198/96, 201/96 209, 203/96 236, 204/96 237v, 238, 238v, 205–211/96; 212–218/97, 219/97 59, 220–228/97, 233–240/97, 242/97; 243–263/98, 266/98 245v, 247, 252, 255v, 256 f., 259v, 260, 267–273/98; 274–286/99, 288–289/99, 292–296/99; 297–307/100; 308/IV; 309–312/100, 314–330/100; 331/IV; 332/100; 333/IV; 334–337/100, 340/100 249, 249v, 250v, 251v, 341–344/100; 345–348/96; 349–356/101; 357/IV; 358–362/101; 363/IV; 364–367/101; 368/IV; 369–370/101, 371/101 281, 375–381/101; 382–387/102; 388/IV; 389–399/102



- Scholz, Carl** (geb. 1841), Gemeinde-Einnehmer, Kämmerer und Sparkassen-Rendant zu Pillau, 1882 Disziplinarsache 137/94 360
- Scholz, Johann Friedrich**, Eisenbahnwerkmeister zu Berlin, 1886 Pensionssache 245/98 17, 19
- Scholz, Josef** (geb. 1839), Gefangenenaufseher zu Altona, 1885 Disziplinarsache 226/97 134
- Schomer, Hermann** (1830–1897), 1857 Advokat Hannover, 1860 FinAss. u. Referent hannov. FinMinm., 1869 preuß. RegR, 1870 GehFinR FinMinm., 1874 GehOFinR, 1879 Provinzialsteuerdir. Schleswig-Holstein in Altona, 1880 Stettin, 1888 Magdeburg, 1889 GenDir. d. indirekten Steuern u. Bevollm. z. BundesR, Wirkl.GehOFinR 9/91; 377/101 326
- Schöne, Richard** (1840–1922), 1861 Dr. phil. Leipzig, 1869 Prof. Halle/S., 1873 GehRegR KuMinm., 1876 GehORegR, 1880 GenDir. d. Kgl. Museen, 1886 Wirkl.GehORegR, 1897 Wirkl. GehR, 1905 a. D. 21/91 136; 39/92 91; 97/93 228; 130/94 297; 170/95 270v; 269/98 313
- Schönfelder, Bruno** (geb. 1817), 1835 Feldmesser Breslau, 1844 Baumeister Königshütte/OS, 1846 Bauinspektor, 1847 Mitgl. oberschles. Bergamt, 1856 OBauinspektor OBERG A Breslau, dann OBERG- u. BauR in der Abt. f. Berg-, Hütten- u. Salinenwesen d. HandMinm., 1866 GehBauR, 1868 GehOBauR, 1879 Minm.öA, 1880 OBauDir. u. Direktion d. Ingenieurwesens, 1888 a. D. 42/92 110v; 228/97 142v
- Schönfeldt, Robert**, Gefängnisaufseher zu Neurhede, Krs. Aschendorff, 1887 Pensionssache 284/99 122 f.
- Schönfeldt, Gustav Adolf** (1841–1895), 1862 Dr. med. Berlin, 1864 prakt. Arzt in Bischofsburg, 1868 in Schönfließ/Nm., 1872 Kreisphysikus Züllichau, 1881 Sanitätsrat, 1882 Reg- u. MedR Arnsberg, 1885 Hilfsarb. KuMinm., 1887 GehMedR, 1890 GehOMedR 281/99 82v; 394/102 111v
- Schönian, Julius Georg** (geb. 1828), 1854 hannov. Amtsass. Clausthal, dann Wennigsen u. Harburg, 1868 preuß. RegR Merseburg, nebenamtlich Dir. d. landwirt. Vereins Merseburg, 1882–1900 ORegR Kassel 103/94 54v
- Schönrock, Johann** (geb. 1811), Lehrer zu Ziegelei Babenthal, Krs. Karthaus, 1883 Disziplinarsache 160/95 184
- Schorlemer (-Alst), Burghard Frh. v.** (1825–1895), 1842 Militär, 1853 a. D. u. Rittergutsbes., 1862 Gründer u. Vors. Westfäl. Bauernverein, 1884 MdStR, 1870–89 MdA (Zentrum, zeitw. Fraktionsvors.), 1870–71, 1874–87, 1890 MdR, 1891 MdH 3/91 8v, 24/91 143–143v
- Schottmüller, Konrad** (1841–1893), 1858 Militärlaufbahn, 1868 Dr. phil. Göttingen, 1870 Lehrer am Kadettenhaus Berlin, 1878 Prof. Hauptkadettenanstalt Berlin-Lichterfelde, 1888 ltd. Sekr. d. Preuß. Hist. Instituts Rom, 1889 als Redakteur beim Staatsanzeiger erwogen, wird aber Bibliothekar an der Kgl. Bibliothek Berlin, 1890 Hilfsarb., 1891 GehRegR KuMinm., Mitgl. d. Schulkommission 1890/91 361/101 167; 394/102 118
- Schrader, Gustav** (1829–nach 1911), Dr. jur., Advokat, 1865 StadtGerR Frankfurt/M., LGR, 1882 nicht zum OLGR befördert, da Mitgl. d. Fortschrittspartei, 1887–99 LG-Dir. Frankfurt/M., auch Mitgl. BezAusschuß Wiesbaden, Mitgl. u. zeitw. Vors. d. reformierten Konsistoriums Frankfurt/M., 1860–66 Mitgl. Gesetzgebende Versammlung von Frankfurt/M., 1873–78 MdA (DFP) 124/94 230v
- Schrader, Johann** (geb. 1813), 1837 RegRef. Potsdam, 1842 RegAss. Minden, 1845 Hilfsarb. HausMinm., 1846 Reg. Merseburg, 1848 kommissar. LandR Stendal, 1849 RegR, 1850 LandR Stendal, 1863 ORegR Königsberg, 1866 Trier, 1873–85 Landdrost Lüneburg, 1884 Stern z. KronenO II. Kl. 204/96 237
- Schrader, Julius** (1815–1900), 1830–44 Ausbildung an der Berliner u. Düsseldorfer Kunstakademie, Reisen, 1856–92 Lehrer u. Prof. d. Kunstakad. Berlin, Historienmaler, 1886 KronenO II. Kl. 257/98 163
- Schrader, Richard** (1842–1895), ev. Theologe, 1868 Pfarrer Genua, 1874 Den Haag, 1878 Hof- u. Domprediger, Mitstreiter A. Stoeckers, 1890 mit diesem vom Hofpredigeramt entbunden u. Roter AdlerO III. Kl., 1891 Pfarrer in Berlin-Wilmersdorf u. Rat im brandenburg. Konsistorium 395/102 136v

- Schramm, Erich v.** (1851–1897), 1870/71 Offizier, Jurastudent mit antisemit. Aktivitäten, 1880/81 wegen Beleidigung Prof. Th. Mommsens von Univ. Berlin u. KuMinr. Puttkamer consilium abeundi erteilt 72/93 62v
- Schramme, Friedrich Julius** (geb. 1843), Wasserbauinspektor u. BauR zu Emden, 1882 Disziplinarsache 127/94 281
- Schreiber, Bernhard**, Navigationsschuldir. zu Leer, 1886 Disziplinarsache 258/98 178, 194
- Schreiber, Karl** (1834–nach 1901), 1859 RegRef. Minden, 1861 RegAss., 1862 Sigmaringen, 1866 kommissar. LandR Hamm, 1867 LandR Untertaunuskreis in Langenschwalbach, 1878 LandR Marburg, 1886 ORegR Stettin, 1891 erfolglose Selbstbewerbung als OPräsR Stettin, 1900 a. D. u. Roter AdlerO II. Kl., 1879–86 MdA (DkP) 107/94 75; 259/98 199v
- Schreiber**, kath. Priester, 1887 Dispensation 274/99 2v
- Schröder, Karl**, Eisenbahnbetriebssekr. zu Hannover, 1888 Pensionssache 312/100 99
- Schröder, Hermann** (geb. 1840/41), Oberwachtmeister in Aurich, 1889 Allg. Ehrenzeichen 373/101 289v
- Schröder, Hugo** (1829–1899), 1854 GerAss., 1855 HandMinm., 1856 AppGer. Stettin, 1857 Staatsanwaltschaft Suhl, 1861 StAnw. Wittenberg, 1862 aus polit. Gründen z. D., zeitw. Redakteur d. „Nationalzeitung“, 1875 StadtGerR Berlin, 1877 KGR, 1896 a. D. u. GehJusR, aktiv in der ev. Kirche, seit 1880 Präs. Allg. Dt. Protestantenverein, 1886 Roter AdlerO IV. Kl. versagt, 1892 gewährt, 1862–66, 1867–77 MdA, 1874–77, 1881–84, 1890–98 MdR (Linkes Centrum, NLP, LibVg, DFsP, FsVg) 273/98 352v
- Schröder, Julius**, Lokomotivführer zu Königsberg, 1881 Pensionssache 91/93 174, 177
- Schröder, Wilhelm** (1841–1896), 1870 GerAss., 1871 Kommerz- u. Admiralitätsrichter Danzig, 1879 Landrichter Danzig, 1881 LGR, 1883 Hilfsarb. LandMinm., 1884 auf Druck Bismarcks, der ihm die Stimmabgabe zugunsten Rickerts ankreidet, ausgeschieden u. OLGR Stettin, 1885 KGR, 1892 GehJusR JMinm., 1895 GehOJusR, Mitgl. Justizprüfungskomm., 1877–79 MdA (NLP) 142/95 3
- Schuhmann, Leopold** (1880: v.) (1815–1886), 1841 GerAss. Berlin, Hilfsarb. Generalkomm. Breslau, 1849 RegR LandMinm., 1856 Geh. Revisionsrat, 1859 GehRegR, 1862 GehORegR, 1868 MdStR, 1869 MinDir. (GenDir. d. direkten Steuern) FinMinm., 1874 UStS StMinm., 1876 a. D. u. Wirkl.GehR, 1873/74–1877 Präs. Disziplinarhof f. nicht richterliche Beamte, 1879 Vors. Landesökonomiekollegium, 1872 MdH 369/101 245
- Schul(t)z** (geb. 1826), 1857 Pfarrer, bis 1883 Propst in Osielsk, Dekan in Wtelno, 1886 Domkapitular Posen (staatl. Nomination) 254/98 114
- Schulenburg (-Altenhausen), Friedrich Gottlob Jakob Graf v. d.** (1818–1893), 1843 RegRef. Magdeburg, 1844 Potsdam, 1847 beurlaubt, 1850 a. D., Mitbes. d. Güter Altenhausen u. Ivenrode, 1858 LandR Osterburg, 1885 a. D. u. KronenO II. Kl. 239/97 240
- Schulenburg (-Altenhausen), Karl Graf v. d.** (1799–1880), 1821 Güterbewirtschaftung mit Vater u. Brüdern, später alleiniger Besitzer von Altenhausen, zudem 1824 Dir., 1832 (stellv.) GenDir. Magdeburgische Land-Feuer-Sozietät, 1880 Kreuz u. Stern d. Komthure d. HausO v. Hohenzollern 42/92 103
- Schulenburg (-Angern), Edo Graf v. d.** (1816–1904), 1840 Rittergutsbes. Angern, 1852–70 LandR Wolmirstedt, 1856 Mitgl. sächs. ProvLT, zeitw. stellv. Marschall, 1871 MdH, 1880 KronenO II. Kl. 42/92 103
- Schüler, Christian** (geb. 1849), Lehrer zu Kirdorf, Obertaunuskreis, 1889 Disziplinarsache 352/101 46
- Schultz, Alfred** (1840–1904), 1861 RegRef., 1864 RegAss., 1867 Amtshptm. Medingen, 1873 Hilfsarb. HandMinm., 1875 GehRegR, 1878 GehORegR, 1880 MinDir. d. Bauabt. Minm.öA, 1890 Wirkl.GehR, 1893–1903 Vors. Ausschuß zur Untersuchung Stromverhältnisse, 1895 Vors. Gerichtshof z. Entscheidung d. Kompetenzkonflikte u. KronenO I. Kl., 1903 UStS Minm.öA 42/92 110, 60/92 248; 266/98 253v–257v, 260

- Schultz, August Heinrich Bernhard** (geb. 1839), Lehrer und Küster zu Pantlitz, Krs. Franzburg, 1885 Disziplinarsache 238/97 237
- Schultz** (geb. 1826/27), Dr. jur., Rechtsanw. u. Notar Hagen, 1889 Titel JusR 373/101 289v
- Schultz, Ernst Carl Wilhelm** (geb. 1842), Förster zu Biberthal, RegBez. Marienwerder, 1884 Disziplinarsache 177/96 32
- Schultz, Hugo** (1835–1905), 1857 Dr. phil. Gießen, 1858 RegRef. Königsberg, 1861 RegAss. Gumbinnen, 1864 LandR Memel, 1868 kommissar. LandR Posen, 1869 KrsHptm. Lehe, 1875 PolPräs. Danzig, 1882–99 RegPräs. Hildesheim, Wirkl.GehORegR, 1866–70 MdA (KoP) 112/94 115
- Schultze, Theodor** (geb. 1824/25), holsteinischer Beamter, 1864 Zentralverw. d. Hzgtm. Holstein, 1866 preuß. Staatsdienst, 1868 RegR OPräsidium Potsdam, OPräsR, 1888 a. D. u. Roter AdlerO II. Kl. 335/100 209
- Schultze, Wilhelm Ferdinand** (1814–1880), 1844 Buchdrucker Köln, befreundet mit Joseph DuMont, 1862 Mitbes. d. „Kölnischen Zeitung“, 1880 Roter AdlerO IV. Kl. 50/92 174v
- Schultz-Völcker, Richard Ernst Emil** (geb. 1820), 1844 GerAss., 1850 Kreisrichter Rawitsch, 1856 Dir. KrsGer. Lobsens, 1857 Schneidemühl, 1858 Inowroclaw, 1862 AppGerR Glogau, 1866 Vizepräs. AppGer. Posen, 1869 Frankfurt/O., 1872 Präs. AppGer. Ratibor, 1879 Präs. OLG Breslau, 1887 a. D. u. Charakter Wirkl.GehOJusR 174/95 304
- Schulz, Maj.**, ca. 1875 Adjutant d. Generalinspektors d. Ingenieur-Corps u. Mitgl. d. Studienkomm. d. Vereinigten Artillerie- u. Ingenieur-Schule, ca. 1880–89 Maj., Oberstltm., Oberst im KrMinm., zuletzt Abt.-Chef in der Abt. f. persönl. Angelegenheiten 268/98 300
- Schulz, August** (geb. 1833), Lehrer zu Kölpin, Krs. Flatow, 1881 Disziplinarsache 84/93 148
- Schulz, Ferdinand** (geb. 1851), Grenzaufseher zu Neurode, 1888 Disziplinarsache 312/100 108
- Schulz, Franz** (geb. 1847), PolKom. zu Breslau, 1884 Disziplinarsache 201/96 212
- Schulz, Guido** (geb. 1859/60), Grenzaufseher zu Aachen, 1888 Pensionssache 345/96 311
- Schulz, Johann** (geb. 1825), Lehrer zu Timber, Krs. Labiau, 1883 Disziplinarsache 158/95 155
- Schulz, Johann August**, Schutzmann zu Frankfurt/M., 1879 Disziplinarsache 27/91 187
- Schulz, Johann Friedrich** (geb. 1841), Grenzaufseher zu Achim, Krs. Verden, 1888 Disziplinarsache 335/100 218
- Schulz, Johann Jakob** (geb. 1850), Gerichtsschreibergehilfe, Büro-Assistent zu Thorn, 1882 Disziplinarsache 112/94 123
- Schulz, Karl Friedrich** (geb. 1849), Gerichtsdieners, früher Gefangenenaufseher zu Koschmin, 1881 Disziplinarsache 79/93 100
- Schulz, Karl Theodor Otto** (geb. 1850), Lehrer u. Küster zu Schlagenthin, Krs. Arnswalde, 1887 Disziplinarsache 287/99 172
- Schulze** (geb. 1838), 1865 hannov. Amtsass. Stade, 1868 RegAss. Danzig u. kommissar. LandR Marienburg, 1869 OPräsR Königsberg, Mitgl. d. Direktion d. Rentenbank f. d. Prov. Preußen, 1877 Hilfsarb. u. RegR FinMinm., 1878 GehFinR, 1883 GehOFinR, 1886 krankheitshalber a. D. 37/92 66; 84/93 137; 160/95 172v, 173/95 301v
- Schulze, Johann Wilhelm** (geb. 1836), Gerichtsdieners zu Havelberg, 1881 Disziplinarsache 79/93 101
- Schumacher, Aloys Hubert** (geb. 1848), Bgm. zu (Bad) Honnef, Siegkreis, 1888 Disziplinarsache 330/100 198
- Schünke, August** (geb. 1851), Magistratssekr. zu Luckenwalde, 1883 Disziplinarsache 159/95 168
- Schur, Jakob Johannes Julius** (geb. 1839), Gerichtsschreiber zu Trittau, Krs. Stormarn, 1885 Disziplinarsache 237/97 223
- Schurian, Gustav Robert**, Förster zu Ravensbrück, 1887 Pensionssache 287/99 158 f.
- Schütte, Konrad** (geb. 1825), Amtm. zu Everswinkel, Krs. Warendorf, 1888 Disziplinarsache 312/100 107

- Schütz, Friedrich Benjamin** (geb. 1838), GehRechR u. exped. Sekr. im KrMinm., 1889 KronenO III. Kl. 348/96 321
- Schutzbar, gen. Milchling, Ferdinand v.** (1813–1891), Rittergutsbes., hess. OGerR a. D., Mitgl. 1. Kammer Kurhessen (Präs.), 1867 MdH, 1888 Stern z. Roten AdlerO II. Kl. 319/100 142
- Schwanitz, Johann** (geb. 1861), Lehrer zu Buchwalde, Krs. Graudenz, 1889 Disziplinarsache 375/101 314
- Schwartz, Heinrich** (geb. 1827), Steuereinnahmer zu (Bad) Oldesloe, 1888 Disziplinarsache 330/100 199
- Schwartz, Julius** (geb. 1839), Hauptzollamts-Kontrolleur zu Cleve, 1884 Disziplinarsache 180/96 63
- Schwartzkopff, Louis** (1825–1892), 1852 Begr. einer Gießerei u. Maschinenfabrik Berlin, 1867 auch Lokomotivenbau, 1870 Umwandlung in A. G., Geh. Kommerzienrat, 1876–79 Präs. ZDI, unterstützte Bismarcks Wirtschaftspolitik, 1884 MdStR, 1888 als GenDir. seiner Fa. a. D. u. KronenO II. Kl. 328/100 183v
- Schwarzenberg, Hermann** (1830–1897), 1854 kurhess. RegRef. Kassel, 1861 RegAss., 1862 Sekr. kurhess. Reg. Hanau, 1865 Reg. Kassel, 1868 preuß. RegAss. Kassel, 1869 RegR, 1886 ORegR, 1890–97 RegPräs. Münster 259/98 199; 394/102 116
- Schwebel**, Registrator AA, 1881 Roter AdlerO IV. Kl. vorgeschlagen 60/92 248v
- Schweckendieck, Karl** (1843–1906), RegAss. Aurich, 1873 Mitgl. Landdrostei u. Konsistorium Aurich, 1879 Hilfsarb. Minm.öA u. RegR, 1884 GehRegR, GehORegR, 1900 Wirkl. GehORegR, 1894–1906 MdA (NLP) 84/93 146
- Schweder, Reinhold** (geb. 1831), 1855 RegRef., 1862 RegAss. Köslin, 1871 Bromberg, 1873 RegR, 1876 Danzig, 1887–99 ORegR Marienwerder 288/99 175
- Schwedtke, Rudolph** (geb. 1846), Gerichtsschreibergehilfe zu Labiau, 1883 Disziplinarsache 165/95 219
- Schwenke**, Privatmann, der gegen 5,5 Mio. Entschädigung Niederlegung d. Berliner Schloßfreiheit zum Bau d. Nationaldenkmals für Wilhelm I. anbietet 341/100 271v
- Schwerin (-Kurtshagen), Hugo v.** (1830–1905), Kriminalkom. zu Berlin, 1880 Disziplinarverfahren, 1882 Wiederaufnahmeverfahren abgelehnt, 1883 ff. Verwicklung in eine Erpressungs-Affäre gegen den Bankier G. v. Bleichröder 51/92 188; 105/94 66v–67
- Schwiebs, Eduard Erdmann Richard** (geb. 1855), RegAss. Trier, 1885 nach Disziplinarverfahren entlassen 234/97 183v, 185
- Schwochow, Robert Johann August** (geb. 1829), Förster zu Moobrück, Krs. Uckermünde, 1887 Disziplinarsache 289/99 206
- Szczepanski, Friedrich**, Lehrer zu Bialygrund, Krs. Ortelsburg, 1879 Disziplinarsache 26/91 173
- Seehawer, Theodor** (geb. 1832), Gerichtsschreiber, Sekr. zu Margonin, Krs. Kolmar/Westpr., 1880 Disziplinarsache 51/92 187
- Seidenstücker, Christof Adolf Eduard** (geb. 1853), Gerichtsschreiber zu Hünfeld, 1890 Disziplinarsache 397/102 181
- Seidler, Alexander Hugo Volkmar** (geb. 1858), Lehrer zu Berlin-Köpenick, 1885 Disziplinarsache 242/97 273
- Seiffert, Georg** (geb. 1860), Lehrer zu Seitendorf, RegBez. Breslau, 1887 Disziplinarsache 296/99 265
- Selge, Johann Georg** (geb. 1837), Steueraufseher zu Kletzko, Krs. Gnesen, 1884 Disziplinarsache 192/96 136
- Selke, Richard** (geb. 1854), Lehrer zu Bludzen, Krs. Goldap, 1888 Disziplinarsache 312/100 109
- Selle, Gustav** (geb. 1838), Beigeordneter u. Apotheker zu Kosten, 1879 Disziplinarsache 16/91 113
- Semrau, Karl** (geb. 1817), Förster zu Krottoschin, Krs. Löbau, dann zu Bromberg, 1885 Disziplinarsache 230/97 167

- Senden-Bibran, Karl Frh. v.** (1837–1909), Beamter, RegR Frankfurt/O., 1885 ORegR Breslau, dann Frankfurt/O., 1901 a. D., Gutsbes. 226/97 105
- Senfft v. Pilsach, Wilhelm Frh. v.** (1837–1896), Rittergutsbes., 1867 RegAss., 1869 Eisenbahndirektion Wiesbaden, 1871 Reg. Frankfurt/O., 1876 Reg- u. OPräsR Magdeburg, 1885 GehRegR MdI, 1888 GehORegR, 1894 a. D. u. Roter AdlerO II. Kl. 217/97 44; 312/100 94, 101, 341/100 258
- Severin** (gest. 1892), seit 1862/64 Dir. KrsGer. Guhrau, Bunzlau, dann Glogau, 1879 Präs. LG Glogau, 1890 Roter AdlerO II. Kl. 394/102 112
- Seydewitz, Otto v.** (1818–1898), Rittergutsbes., 1859–64 LandR Görlitz, 1864 Landeshptm. Schlesien u. Vors. KommunalLT Niederlausitz, 1879–94 OPräs. Schlesien, 1882 Wirkl.GehR, 1888 KronenO I. Kl., 1867–84, 1887–90 MdR (KoP, DkP; 1879 Präs. d. RT), 1891 MdH 17/91 120v; 61/93 7; 101/94 37, 121/94 212v, 126/94 265v–266; 174/95 307v; 246/98 31v, 261/98 215v; 344/100 292v; 393/102 85v, 90
- Sichting, Oskar** (geb. 1849), Gymnasiallehrer zu Dortmund, 1888 Disziplinarsache 300/100 24
- Siede, Heinrich Albert** (geb. 1844), Lehrer und Küster zu Merzwiese, Krs. Krossen/O., 1885 Disziplinarsache 238/97 238
- Siemering, Friedrich** (geb. 1838), Polizeisergeant zu Lüneburg, 1886 Disziplinarsache 261/98 219
- Sieredzki, Bronislaus** (geb. 1844), Lehrer zu Walkow, Krs. Krotoschin, 1884 Disziplinarsache 192/96 137
- Simanowski, Friedrich** (geb. 1823), Steueraufseher zu Praust, Krs. Danzig, 1889 Disziplinarsache 352/101 47
- Simmendinger, Caspar** (geb. 1847), Lehrer zu Ringingen, Oberamt Gammertingen, 1890 Disziplinarsache 397/102 182
- Simon, Mathias** (geb. 1842), Ortsvorsteher zu Immerat, Krs. Daun, 1882 Disziplinarsache 112/94 124
- Singer, Paul** (1844–1911), 1869 Textilfabrikant Berlin, 1887 Rentier, 1869 Sozialdemokrat, während des Sozialistengesetzes verfolgt, 1883 Stadtverordneter Berlin und Führer d. Berliner SPD, 1890 Mitvors. SPD, 1884–1911 MdR (Vors. SPD-Fraktion) 216/97 38v; 253/98 99; 282/99 106v; 357/IV 141
- Sippel, Adam** (geb. 1832), Steuerexekutor zu Wächtersbach, Krs. Gelnhausen, 1880 Disziplinarsache 46/92 150
- Skalix, Fritz Karl**, Polizeiwachtmeister zu Stallupönen, 1879 Disziplinarsache 10/91 53
- Skellnick, Johann Heinrich** (geb. 1838), Dr. phil., Lehrer am städt. Realgymnasium zu Wolgast, 1884 Disziplinarsache 210/96 303
- Skupin, Franz** (geb. 1840), Lehrer zu Kaminitz, Krs. Lublinitz, 1890 Disziplinarsache 397/102 183
- Sobczynski, Hippolyt** (geb. 1855), Lehrer zu Turza, Krs. Wongrowitz, 1884 Disziplinarsache 206/96 267
- Sobieski, Jan III.** (1624–1696), 1674–96 König v. Polen 162/95 194
- Solemacher-Antweiler, Friedrich** (1861: Frh.) v. (1832–1906), 1848 Armee, ca. 1858 Güterverw., Rittergutsbes., 1888–94 Vors. ProvAusschuß Rheinprovinz, 1875 MdH, 1888 Roter AdlerO II. Kl. 337/100 225–225v
- Solger, Hugo** (1818–1898), 1858 RegAss., 1860 LandR Beuthen/OS, 1873 ORegR, 1873 Merseburg, 1877 OVGR, 1889 a. D. u. Stern z. KronenO II. Kl. 370/101 265–265v
- Sommer, Julius Otto** (geb. 1843), Gerichtsvollzieher zu Berlin, 1883 Disziplinarsache 150/95 83
- Sommerey, Rudolph** (geb. 1834), Gerichtsschreiber, Sekr. zu Dt.-Eylau, 1882 Disziplinarsache 112/94 124

- Sommerfeld, Hugo v.** (1833–1912), 1859 RegAss. Stettin, 1865 OPräsidium Stettin, 1872–81 preuß. Landesdir. Waldeck u. Bevollm. z. BundesR, 1881 RegVizepräs. Posen, 1887–99 RegPräs. Stettin *5/91* 19, *8/91* 30; *85/93* 151; *268/98* 273, *272/98* 346
- Sommerwerck, Wilhelm gen. Jacobi** (1821–1905), 1846 Priester, 1863 Domkapitular Hildesheim, GenVikar, 1870 Kapitularvikar, 1871 Bischof Hildesheim, 1901 MdH (aber nicht in das Herrenhaus eingetreten) *157/95* 115; *353/101* 53v
- Sonnemann, Leopold** (1831–1909), Verleger u. demokr.-sozialreformerischer Politiker, 1856 Begr. d. „Frankfurter Zeitung“, 1859 Mitbegr. Nationalverein, führender Politiker d. demokrat. (Süd-)Deutschen Volkspartei, Frankfurter Philanthrop, 1871–77, 1878–84 MdR (Dt. Volkspartei) *124/94* 231
- Sonnet, Richard**, Bergschullehrer zu Tarnowitz, 1879 Disziplinarsache *16/91* 114
- Spandau, Wilhelm**, KrsGerSchr. zu Worbis, 1879 Disziplinarsache *16/91* 115
- Spangenberg, Eduard** (1813–1886), 1839 RegRef. Stettin, 1845 RegAss. Trier, 1848 LandR Trier, 1875 GehRegR, 1885 a. D. u. KronenO II. Kl., 1855–58, 1867–73 MdA (bkF, RFKP) *241/97* 254
- Spechtmeyer, Karl** (geb. 1830), Gerichtsschreiber zu Gemünd, 1883 Disziplinarsache *150/95* 84
- Spener, Karl** (1820–1903), 1851 GerAss. Berlin, 1853 Kreisrichter Freienwalde, dann Prenzlau, 1864 Brandenburg/H., 1867 AppGerR Naumburg/S., 1875 OTribunalR, 1879 KGR, GehOJusR, 1879 Mitgl. Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte, 1895 a. D. *21/91* 124
- Spengler, Nikolaus** (geb. um 1835), Werkmeister zu Mettlach/Saar, 1881–91 Mitgl. Volkswirtschaftsrat, 1890 zu Beratungen d. StR hinzugezogen *392/102* 79v
- Sperling, Adolf Hermann** (geb. 1831), Gerichtsschreiber, Sekr. zu Falkenburg, 1890 Disziplinarsache *397/102* 163
- Sperling, Wilhelm Karl** (geb. 1831), Gerichtsdienner zu Swinemünde, 1889 Disziplinarsache *379/101* 360
- Spiegel v. u. z. Peckelsheim, Raban Frh.** (1841–1906), 1867 RegRef. Münster, 1869–75 LandR Warburg, als ultramontaner Katholik 1875 z. D. gestellt, 1885 als LandR reaktiviert, da loyal geworden, Rittergutsbes., GehRegR *220/97* 67 f.
- Spieker, Paul** (1826–1896), 1846 Feldmesser, 1852 Bauführer, 1859 Baumeister, 1861 techn. Hilfsarb. Reg. Trier, 1864 Stadtbaumeister Essen, 1867 Landbaumeister Koblenz, 1869 Bauinspektor Ministerial-, Militär- u. Baukomm. Berlin, 1873 Oberbauinspektor Potsdam, 1874 Reg- u. BauR, 1878 GehRegR KuMinm., 1882 GehORegR, 1891 OBauDir. Minm.öA, 1895 a. D. *117/94* 201
- Spitz, Peter Alexander** (1886: v.) (1832–1910), 1851 1-jährig Freiwilliger, 1853 Ltn., 1866 Hptm., 1873 Maj. u. Adjutant 1. AK Königsberg, 1874 KrMinm., 1880 Oberstltn., 1881 Abt.-Chef KrMinm., 1888 GenMaj., 1889 Dir. Dept. f. d. Invalidenwesen, 1890 GenLtn., 1891 stellv. Bevollm. z. BundesR, 1896 als Gen. d. Inf. z. D., Vors. d. Dt. Kriegerbundes, 1900–10 Präs. Kyffhäuser-Bund d. Dt. Landeskriegerverbände u. Vors. d. Preuß. Landes-Kriegerverbandes *109/94*
- Spoerken, Werner v.** (1824–1899), Rittergutsbes. auf Lüdersburg u. Pferdezüchter, Kreisdeputierter Lüneburg, 1889 KronenO IV. Kl. erwogen *373/101* 289v
- Spors, Theodor** (geb. 1843), Lehrer zu Legbond, Krs. Konitz, 1881 Disziplinarsache *84/93* 149v
- Spychalski, August** (geb. 1841), Gerichtsschreiber zu Rawitsch, 1885 Disziplinarsache *223/97* 95
- Staberoh, Eduard** (geb. 1817), 1845 RegAss. Stettin, 1854 RegR Stettin, 1868 ORegR Koblenz, 1869 Frankfurt/O., 1882 a. D. u. Roter AdlerO II. Kl. *133/94* 311
- Stablewski, Florian v.** (1841–1906), 1866 Dr. theol. u. Priester, Religionslehrer Gymnasium Schrimm, 1873 Pfarrer Wreschen, führender Politiker des Kola Polskie, 1891–1906 Erzbischof Posen-Gnesen, 1877–91 MdA (Pole) *145/95* 30v, *156/95* 110
- Stachowiak, Valentin** (geb. 1843), Gerichtsdienner zu Lissa, 1888 Disziplinarsache *339/100* 241

- Stammer, Arndt v.** (1803–1887), 1819 Militär, 1829 Rittergutsbes., 1886 Kreuz d. Komthure d. HausO v. Hohenzollern, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1852–54 Mitgl. 1. Kammer, 1856 MdH 258/98 179v
- Stanger, Franz** (geb. 1842), Lehrer zu Illingen, Krs. Ottweiler, 1888 Disziplinarsache 312/100 110
- Starck, Wilhelm v.** (1835–1913), 1863 Ass. kurhess. Oberfinanzkammer bzw. FinMinm., 1867 Obersteuerkollegium, 1867 Hilfsarb. Reg. Kassel, 1868 RegAss., 1870–72 Verw. d. Landratsamts Marburg, 1874 RegR Kassel, 1886 ORegR Frankfurt/O., 1888–1903 StMinr. von Schwarzburg-Rudolstadt u. Bevollm. z. BundesR 266/98 245v
- Starke, Bruno** (geb. 1843), Gerichtsschreiber zu Uelzen, 1885 Disziplinarsache 238/97 239
- Starke, Kurt** (1831–1881), 1859 RegAss. Merseburg, dann Magdeburg, 1867 RegR Hannover, 1871 RK, GehRegR, 1874 GehORegR, 1879 UStS MdI u. Wirkl.GehORegR, 1879–81 Vors. d. Reichskomm. für Beschwerden gegen Maßnahmen aufgrund d. Sozialistengesetzes 9/91 33v, 26/91 157v; 68/93, 70/93
- Starke, Wilhelm** (1824–1903), 1849 GerAss. KG, 1851 StAnw. Lauban, 1870 KGR, 1873 GehJusR JMinm., 1876 GehOJusR, 1896 a. D. u. Wirkl.GehOJusR, 1859–61, 1866/67 MdA (Mathis, KoP) 15/91; 142/95 2v
- Stauder, Johann** (1829–1897), Dr. phil., 1853 Erzieher d. Söhne des Fürsten Karl Anton v. Hohenzollern, 1857 Gymnasiallehrer Bonn, 1864 Dir. Gymnasium Emmerich, 1871 Aachen, 1874 ProvSchulR Koblenz, 1875 GehRegR KuMinm., 1880 GehORegR, 1892 Wirkl.GehORegR, da Generalreferent bei der Schulreform 39/92 91; 174/95 305v; 302/100 45–45v
- Stauffenberg, Franz Graf Schenk v.** (1834–1901), Jurist u. Gutsbesitzer, 1863 StAnw. BezGer. Augsburg, 1866 a. D., führender liberal-freisinniger Politiker, 1866–77, 1879–98 Mitgl. bayer. Abgeordnetenversammlung (Bay. Fortschrittspartei, 1873–75 Präs.), 1868 Mitgl. Zollparlament, 1871–93 MdR (NLP, LibVg, DFsP; 1874–79 1. Vizepräs.) 185/96 88g
- Stavenhagen, Julius** (geb. 1825), Kreisbauinspektor zu Krotoschin, 1884 Disziplinarsache 202/96 231
- Steffgen, Mathias** (geb. 1849), Lehrer zu Schwirzheim, Krs. Prüm, 1888 Disziplinarsache 339/100 242
- Stehmann, Hermann Rudolph** (geb. 1843), Gerichtsvollzieher zu Berlin, 1882 Disziplinarsache 108/94 93
- Steinberg (Brüggen), Ernst Frh.** (1888: **Graf**) v. (1848–1911), Offizier, 1878–80 Militärattaché Botschaft Paris, dann Majoratsbes., 1888 MdH 316/100 122v
- Steiner, Joseph** (geb. 1859), Lehrer zu Jablonowo, Krs. Strassburg/Westpr., 1883 Disziplinarsache 146/95 52
- Steinkopff** (gest. 1893), GerAss. Naumburg/S., 1855 RegR Provinzialsteuereinspektion Magdeburg, dann Köln und Potsdam, vor ORegR Provinzialsteuereinspektion Breslau, 1883 Präs. Provinzialsteuereinspektion Münster u. GehFinR, GehOFinR, 1893 a. D. 164/95 202
- Steinmann, Georg** (1888: v.) (1830–1901), 1853 RegRef. Erfurt, 1857 RegAss. Merseburg, 1860–66 LandR Thorn, 1867 Hilfsarb. MdI, 1870 GehRegR, 1873 RegVizepräs. Posen, 1874 Arnberg, 1880–96 OPräs. Schleswig-Holstein, 1887 Wirkl.GehR, 1890 KronenO I. Kl. 53/92 192; 104/94 58; 174/95 307v
- Steinmann, Otto** (1831–1894), 1860 RegAss. Liegnitz, 1865 Königsberg, 1866 kommissar. LandR Gerdauen, 1867 Merseburg, 1868 Reg- u. OPräsR Magdeburg, 1876 ORegR Marienwerder, 1881 Stellv. d. RegPräs., 1881 RegPräs. Gumbinnen, 1882 beschuldigt, pro-konservative Wahlkreisgeometrie in seinem RegBez. betrieben zu haben, 1885–94 MdA (DkP), 1889–94 MdR 85/93 151; 150/95 70, 157/95 118
- Steinmetz, Karl Friedrich Wilhelm Heinrich** (geb. 1835), 1862 GerAss. Duisburg, 1865 Düsseldorf, 1868 RegAss. Reg. Düsseldorf, 1873 RegR, 1883 ORegR Königsberg, 1886 Kurator Univ. Greifswald u. GehRegR, 1889 Marburg, GehORegR, 1905 a. D. 162/95 193v

- Steller, Hugo**, Schutzmann zu Breslau, 1888 Pensionssache 312/100 100
- Stellert, August** (geb. 1833), Lehrer zu Schönwiese, Krs. Stuhm, 1882 Disziplinarsache 108/94 94
- Stengel, Ludwig** (geb. 1844), Grenzaufseher zu Zabrze, RegBez. Oppeln, 1881 Disziplinarsache 83/93 135
- Stengel, Rudolf** (1827–1914), Kaufmann, 1852–66 in Rio de Janeiro (preuß. Honorarkonsul), 1866 Staßfurt, Bergwerksbes. u. Zuckerfabrikant, 1895 Roter Adler O III. Kl., führender freikons. Politiker, 1867–1913 MdA (RFKP; 1880–85 2. Vizepräs.) 107/94 75; 171/95 289v
- Stengert, Julius** (geb. 1844), Gerichtsschreibergehilfe zu Constadt, Krs. Kreuzburg, 1885 Disziplinarsache 237/97 224
- Stephan, Heinrich** (1885: v.) (1831–1897), 1848 Postschreiber, 1865 GehPostR, 1870 Generalpostdir., 1874 Mitgr. Weltpostverein, 1876 kais. Wirkl.GehR, 1880–97 StS RPA, bedeutender Förderer d. Postwesens, 1895–97 StMinr. o. Geschäftsbereich, 1872 MdH 97/93 228v; 160/95 173, 164/95 203; 179/96 53–53v; 253/98 103v, 104; 282/99 88v; 303/100 51, 309/100 79v, 322/100 160; 359/101 118v–119
- Stephan, Wilhelm** (geb. 1841), Lehrer zu Edingen, Krs. Wetzlar, 1890 Disziplinarsache 397/102 184
- Sterba**, kath. Staatspfarrer in Leschnitz, Krs. Gr. Strehlitz, 1884 in kirchlich-staatlichem Einvernehmen emeritiert 191/96 113
- Stern, Johann Ludwig** (geb. 1822), Amtm. zu Westerkappeln, Krs. Tecklenburg, 1885 Disziplinarsache 217/97 46
- Stern, Joseph** (1839–1902), Dr. phil., Journalist, 1873 Chefredakteur d. „Frankfurter Zeitung“, 1882–85 MdA (DFP) 170/95 268
- Sternberg, Alexander** (geb. 1823), Steueraufseher zu Königsberg, 1884 Disziplinarsache 177/96 33
- Sterneberg, Franz** (1841–1914), 1869 GerAss., 1870 RegAss. u. Spezialkom. Lippstadt, 1875 Hilfsarb. LandMinm., 1879 RegR, 1880 GehRegR, 1883 GehORegR, 1893 MinDir. u. Wirkl. GehORegR, 1893 stellv. Bevollm. z. BundesR, 1897 UStS LandMinm., 1901 Wirkl.GehR, 1904 a. D. u. Brillianten z. Kronen O I. Kl. 160/95 170
- Stiehl, Ferdinand** (1812–1878), Theologe, Hauslehrer Koblenz, 1835 Lehrer am Seminar in Neuwied, 1836 Dir., 1844 Hilfsarb. KuMinm., 1845 Reg.- u. SchulR, 1848 GehRegR, zuständig f. d. Volksschulwesen, einflußreicher Mitarb. d. KuMinr. Raumer u. Mühler, 1854 Verf. d. sog. Stiehl'schen Regulative, 1855 GehORegR, 1872 a. D. u. Wirkl.GehORegR, 1849–51 Mitgl. 2. Kammer (Auerswald-Schwerin, Rechte) 218/97 55
- Stiehle, Gustav** (1863: v.) (1823–1899), 1841 Offizier, 1852 Gr. GenStab, Dir. der Kriegsschulen zu Potsdam u. Neisse, 1864 Oberstltm. u. Flügeladjutant Wilhelms I., 1871 Dir. d. Allg. Kriegsdepartements KrMinm., 1875 GenLtn., 1881–86 kommand. Gen. V. AK Posen, 1884 Gen. d. Inf., 1888 a. D. 110/94 106 f.; 249/98 65v
- Stirn, Gustav** (1843–1897), 1870 RegRef. Kassel, 1874 RegAss., 1875 Köslin, 1883 RegR, 1884 Hilfsarb. RSA, 1885 Trier, 1888 ORegR Schleswig, 1895 Kassel 337/100 225v
- Sto(c)klossa, Ignatz** (geb. 1833), Lehrer zu Lissowitz, Krs. Lublinitz, 1885 Disziplinarsache 234/97 187
- Stöcker, Adolf** (1835–1909), Theologe, Hauslehrer in Kurland, 1862 Pfarrer Seggerde, dann Hammersleben, beteiligt an der „Neuen Evangelischen Kirchenzeitung“, 1871/72 Divisionspfarrer Metz, 1874–90 Hofprediger Berlin, 1878 Gründer Christlich-Soziale (Arbeiter-) Partei, 1879 Führer d. christl.-kons. Antisemiten, 1877 Leitung Berliner Stadtmission, von Kaiser u. Ev. OKirchenR seit 1878 mehrfach verwarnt, 1890 Ev.-Soz. Kongreß, 1896 Austritt aus DkP, 1879–98 MdA (DkP), 1881–93, 1898–1908 MdR (DkP, bkF, Wirtschaftl. Vereinigung) 56/92 203; 307/100 70 f.; 308/IV 95–98; 319/100 148 f., 325/100 169v; 353/101 60–60v; 363/IV 172; 395/102 136v
- Stöcker, Hermann**, Neffe u. Pflegesohn von A. Stöcker 353/101 60



- Stöckhardt, Julius Reinhold** (1831–1901), 1855 RegRef., 1860 RegAss. Erfurt, 1861 RegR Danzig, 1869 Düsseldorf, 1873 Mitgl. dt. Ausstellungskomm. Weltausstellung Wien, 1875 GehRegR HandMinm., 1879 GehORegR Minm.öA, 1892 Roter AdlerO II. Kl. u. a. D. *4/91* 10v
- Stockhausen, Clemens v.** (1845–1895), 1868 GerAss. Königsberg, 1871 Kreisrichter Heiligenbeil, 1877 LandR Preuß. Holland, 1883 ORegR Gumbinnen, 1888 Landeshptm. Ostpreußen *157/95* 118v
- Stoelzel, Adolf** (1831–1919), 1860 GerAss., 1867 Kreisrichter, 1869 StadtGerR Kassel, 1873 GehJusR JMinm., 1876 GehOJusR, 1887 Honorarprof. Univ. Berlin, 1886–1904 Präs. Justizprüfungskomm., 1896 Wirkl.GehR, 1898 als VotrR a. D., 1891 MdH *26/91* 162; *115/94* 191 f.; *264/98* 240
- Stoinski, Johann**, Lehrer zu Wengierskie, Krs. Schroda, 1880 Disziplinarsache *59/92* 246
- Stolberg-Stolberg** (Grafenhaus) *168/95* 252v
- Stolberg-Wernigerode** (Grafenhaus) *168/95* 252v
- Stolberg (-Wernigerode), Konstantin Graf zu** (1843–1905), Offizier, Rittergutsbes., 1881 LandR Bunzlau, 1889 PolPräs. Stettin, 1892 RegPräs. Aurich, 1894 Merseburg, 1898–1902 OPräs. Hannover *371/101* 282v
- Stolberg (-Wernigerode), Marianne Gräfin zu** (1821–1884), Rittergutsbes., 1876 Fideikommißstifterin in Dönhoffstädt/Ostpr. *300/100* 15v
- Stolberg (-Wernigerode), Otto** (1890: **Fürst**) **zu** (1837–1896), Standesherr, 1867 OPräs. Hannover, 1873 Botschafter Wien, 29.5.1878–17.6.1881 Vizepräs. Preuß. StMinm. u. Stellv. d. Rklr., 1884–92 Oberstkämmerer, 21.2.1885–Juni 1888 Minr. d. Kgl. Hauses, 1867, 1871–78 MdR (RFKP), 1867 MdH (1872–77, 1893–96 Präs. HH) *1–27/91*; *28–45/92*, *47/92*, *49/92*, *51–53/92*, *56–60/92*; *61/93*, *63–73/93*, *76/93*, *78–80/93*, *81/93* 111–111v, *90/93* 167v; *326/100* 176v
- Stoll, Friedrich** (geb. 1832), Gemeindeförster zu Forsthaus Roggenlager bei Büsbach, Krs. Aachen, 1883 Disziplinarsache *146/95* 53
- Stolterfoth, Gustav** (geb. 1838), 1867 Kreisrichter Tiegenhof, 1871 LGR Colmar/E., 1882 OLGR Köln, 1884 GehJusR JMinm., 1885 Mitgl. Justizprüfungskomm., GehOJusR, 1889 a. D./gest. *181/96* 66; *344/100*
- Stolzmann, Wilhelm** (1826–1914), 1854 GerAss. Aschersleben, 1856 Kreisrichter Quedlinburg, 1862 Vors. Gräfl. Stolberg-Stolbergsches Konsistorium u. Gräfl. RegR, 1876 RegR Arnberg, 1881 ORegR, dann Hilfsarb. KuMinm. u. GehRegR, 1882 Präs. Konsistorium Breslau, 1900 Wirkl. GehKonsR, 1906 a. D., 1913 Wirkl.GehR *93/93* 199
- Stöphasius, Albert v.** (1836–1901), 1865 GerAss. Magdeburg u. kommissar. Beigeordneter Aschersleben, 1867/68 kommissar. Bgm. Neuhaldensleben, 1869 RegAss. PolPräsidium Frankfurt/O., 1870 kommissar. Leitung PolPräsidium Metz, 1872–76 KrsDir. Metz, 1876–81 PolDir. Metz *85/93* 153v
- Straede, Franz** (geb. 1846), Polizeisergeant zu Kiel, 1887 Disziplinarsache *288/99* 188
- Strantz, Karl** (1847: **v.**) (1801–1880), GerAss. Gfl. Schaffgotsches Gerichtsamt Hermsdorf, 1828 RegAss., 1830 RegR Posen u. Mitgl. Revisionskollegium für Posen im MdI, 1839 Hilfsarb. 2. Abt. Minm. d. Kgl. Hauses u. d. Kgl. Domänen, 1842 GehFinR, 1848 mit der Domänenabt. in FinMinm., 1851 GehOFinR, 1867 MinDir. u. Wirkl.GehOFinR FinMinm., 1879 mit Domänenabt. in LandMinm., Wirkl.GehR, 1880 a. D. u. KronenO I. Kl. *39/92* 91
- Strauß und Torney, Hugo v.** (1838–1919), Dr. jur., 1865 RegAss., 1868 LandR Biedenkopf, 1871 PolDir./PolPräs. Wiesbaden, 1887 VerwGerDir. Merseburg, 1888 ORegR Breslau, 1890 OVGR, 1901 Senatspräs., 1918 Wirkl.GehR, 1870/71 MdA (KoP) *272/98* 346; *312/100* 92; *386/102* 31v
- Stremayr, Karl (Ritter v.)** (1823–1904), 1846 Dr. jur. Graz, österr. Jurist, bei der Staatsanwaltschaft u. am LG Graz tätig, 1868 MinR österr. MdI, 1870–80 mit kurzen Unterbrechungen öst. Unterrichtsminr., 1879 auch MinPräs., 1879/80 auch JMinr., 1880 2. Präs. Oberster Gerichtshof

- Wien, 1891–99 1. Präs., 1848/49 Mitgl. dt. NatVers. (Württembergischer Hof), 1861 Mitgl. d. öst. LT, 1889 Mitgl. öst. HH 38/92 68
- Strick, Louis** (geb. 1847), Lehrer zu Liepnitz (Krs. Schlochau), 1881 Disziplinarsache 79/93 102
- Strietzel, Hugo Reinhold** (geb. 1858), Schichtmeister zu Zabrze, 1890 Disziplinarsache 397/102 185
- Struck, Julius** (geb. 1843), Polizeidistriktskom. zu Schönwalde (RegBez. Bromberg), 1882 Disziplinarsache 108/94 95
- Struckmann, Johannes** (1829–1899), 1862–66 OGerAss., 1867 OGerR Hannover, 1870 AppGerR Köln, 1872 OTribunalR, 1878 OVGR, 1879 Präs. LG Hildesheim u. GehOJusR, 1886 Präs. OLG Kiel, 1887 Köln, 1890 Wirkl.GehOJusR, 1880 erfolglose RT-Kandidatur in Melle-Diepholz, 1867–70 MdA, 1874–78 MdR (NLP) 44/92 118, 118v
- Strutz, Bernhard** (geb. 1860), Gerichtsvollzieher zu Danzig, 1890 Disziplinarsache 397/102 186
- Strzelczyk, Nikolaus**, Exekutor zu Schrimm, 1880 Disziplinarsache 29/92 19
- Studt, Konrad** (1906: v.) (1838–1921), 1867–76 LandR Obornik, 1876 Hilfsarb. Mdl, RegR, 1880 GehRegR, 1882–87 RegPräs. Königsberg, 1885 MdStR, 1886 Kandidat für Vorsitz Ansiedlungskomm., soll 1887 RegPräs. Kassel werden, bleibt aber in Königsberg, 1887 UStS im Minn. f. Elsaß-Lothringen (Abt. d. Innern), 1889–99 OPräs. Westfalen, 1893 Wirkl.GehR, 1899–1907 KuMinr., 1907 MdH 28/92 1f, 35/92 52, 52/92 189v; 110/94 106; 258/98 173v, 272/98 346; 274/99 3; 332/100 204; 368/IV 185–185v; 369/101 245; 372/101 288, 379/101 345
- Stuhlert, Friedrich Eduard** (geb. 1835), Gerichtsdienner zu Dinslaken, 1887 Disziplinarsache 291/99 218
- Stumm (-Halberg), Carl Ferdinand** (1888: Frh. v.) (1836–1901), 1858 Eintritt in väterl. Firma, die er zum größten Montanunternehmen des Saarreviers ausbaut, 1874 Geh. Kommerzienrat, 1886 Vors. HK Saarbrücken, führender Schwerindustrieller u. freikons. Politiker, 1890 MdStR, zeitw. sozialpolit. Ratgeber Wilhelms II., 1867–70 MdA (RFKP), 1867–81, 1889–1901 MdR (RFKP), 1882 MdH 102/94 46; 388/IV 193; 391/102 73, 392/102 78v
- Stumpf, Carl Ludwig Ernst**, Lokomotivführer zu Breslau, 1883 Pensionssache 146/95 35v, 36
- Stünzner, Karl Ewald** (1874: v.) (1807–1891), 1830 RegRef., 1834–36 interim. Verwaltung Landratsämter Küstrin u. Arnswalde, 1837–41 RegAss. Frankfurt/O., 1838/39 Hilfsarb. HausMinm., 1842 RegR HausMinm., 1846 GehRegR FinMinm., 1853 GehOFinR, 1869–90 Präs. Oberrechnungskammer u. ab 1871 des Rechnungshofes d. Dt. Reiches, 1877 Wirkl.GehR, 1849–52 Mitgl. 1. Kammer 2/91 4; 42/92 108v; 121/94 214v–215; 361/101 162
- Stürtz, Emmerich** (1811–1887), 1835 RegRef. Aachen, 1839 RegAss., 1841–87 LandR Düren, 1877 GehRegR, 1885 KronenO II. Kl., 1870–73 MdA (RFKP) 230/97 150
- Stürzel, Carl** (geb. 1845), Grenzaufseher zu Eschebrügge, Krs. Lingen, 1888 Disziplinarsache 339/100 243
- Stüve, Gustav** (1833–1911), Dr. jur., 1859 Stadtsekr. u. Rechtsanw. Osnabrück, 1863 Hilfsarb., dann Ministerialreferent im hannov. HandMinm. bzw. FinMinm., 1868 Hilfsarb. u. RegAss. preuß. HandMinm., 1871 RegR, 1872 GehRegR, 1875 GehORegR, 1881 Präs. Reichspatentamt, 1887–99 RegPräs. Osnabrück, Wirkl.GehORegR 292/99 220v
- Sucker, Gustav** (geb. 1842), Gerichtsschreiber zu Reichenbach i. Schl., 1888 Disziplinarsache 345/96 315
- Swiderski, Bernhard** (geb. 1854), Lehrer zu Usch, Krs. Kolmar i. P., 1881 Disziplinarsache 226/97 135
- Sybel, Heinrich v.** (1817–1895), Historiker, 1844 Prof. Bonn, 1846 Marburg, 1856 München, 1859 Begr. „Historische Zeitschrift“, 1875 Dir. d. Preuß. Staatsarchive Berlin u. Mitgl. Akad. d. Wiss., 1888 zum 50-j. Doktorjubiläum statt Orden Glückwunschsreiben Bismarcks, behält 1890 Genehmigung zur Nutzung der Staatsakten für sein Werk „Die Gründung des Deutschen Reichs durch Wilhelm I.“, 1894 Wirkl.GehR, 1867 MdR, 1862–64, 1873–80 MdA (Linkes Centrum, NLP) 42/92 102v; 310/100 89v–90v

- Sydow, Chlodwig v.** (1824–1907), 1853 GerAss. Görlitz, 1857 Kreisrichter Görlitz, 1864 LandR Görlitz, 1877 VerwGerDir. Liegnitz, 1881 OPräsR Breslau, 1883 RegVizepräs. Koblenz, 1884–94 RegPräs. Köln *164/95* 202v; *203/96* 236v
- Sydow, Friedrich Hermann** (1824–1900), 1849 GerAss. Berlin, 1851 Hilfsarb. JMinm., dort 1861 GehJusR, 1868 GehOJusR, 1868 Vizepräs. AppGer. Glogau, 1870 Präs. AppGer. Münster, 1872 MinDir. KuMinm., 1873 UStS, 1879 Präs. Hauptverw. d. Staatsschulden, 1881 Wirkl.GehR, 1891 a. D. u. Roter AdlerO I. Kl. *14/91* 68; *35/92* 53v
- Szarzankiewicz, Anton** (geb. 1842), Gefangenenaufseher zu Tremessen, Krs. Mogilno, 1882 Disziplinarsache *114/94* 177
- Szczerkowski, Leo v.** (geb. 1842), Lehrer zu Wlosciejewki, Krs. Schrimm, 1889 Disziplinarsache *360/101* 154
- Szymanski, Lorenz** (geb. 1833), Lehrer zu Posen, 1880 Disziplinarsache *59/92* 247
- Szyperski, Josef** (geb. 1825), Lehrer zu Bielsko, Krs. Inowroclaw, 1886 Disziplinarsache *261/98* 220
- Taaffe, Eduard Graf v.** (1833–1895), Jugendgefährte Kaiser Franz Josephs, 1857 Staatsdienst, 1861 Statthaltereirat Prag, 1863 Landeschef Salzburg, 1867 MdI, 1868–70 MinPräs., 1871 Statthalter Tirol u. Vorarlberg, 1879 MdI und MinPräs., unterstützt von dt. Klerikalen, Polen, Tschechen u. Minderheiten gegen die dt. Liberalen, im Nationalitätenstreit ausgleichend, 1893 a. D., Mitgl. des ReichsR *241/97* 256
- Talaczynski, v.**, kath. Staatspfarrer in Keltsh, Krs. Gr. Strehlitz, 1884 in kirchlich-staatlichem Einvernehmen emeritiert *191/96* 113
- Tamm, Bruno** (geb. 1842), Anstaltsinspektor bei der Erziehungs- u. Besserungsanstalt zu Steinfeld, Krs. Schleiden, 1883 Disziplinarsache *150/95* 85
- Tappen, Theodor** (1835–1898), 1861 hannov. Amtsass. Uchte, 1862 kommissar. Bgm. Neustadt a. R., 1867 Hilfsarb. Landdrostei Hannover, 1868 RegAss., 1869 Bgm. Goslar, 1881 Hilfsarb. KuMinm., GehRegR, 1887 GehORegR, 1889 Vizepräs. Provinzialschul- u. Medizinalkollegium Brandenburg, 1897 a. D. *93/93* 199; *204/96*; *293/99* 222; *374/101* 295
- Tauchmann, Gustav Adolf** (geb. 1846), Steueraufseher zu Parchwitz, Krs. Liegnitz, 1886 Disziplinarsache *268/98* 311
- Techow** (geb. 1835), 1862 Intendanturreferendar, 1868 Divisionsintendant 12. Division Neisse, 1869 Intendanturassessor, 1873 Rat, tätig beim Gardekorps, 1886 Militärintendant V. AK Posen, 1890 Charakter als Wirkl.GehKrR, 1896 a. D. *394/102* 117
- Techow, Hermann** (1838–1909), 1865 GerAss., 1867 Kreisrichter Ortelsburg, StAnw. Lyck u. Tilsit, 1878 RegR Provinzialschulkollegium Berlin, 1883 Ratgeber d. japan. Reg. in Tokio, 1887 ORegR Breslau, 1890 OVGR, 1903 Senatspräs., 1876 u. 1878 nationallib. AH-Kandidat *288/99* 175v; *386/102* 31v, *394/102* 112
- Teichert, Josef** (geb. 1835), Gefangenenaufseher zu Wreschen, 1887 Disziplinarsache *293/99* 230
- Tellbach, Ferdinand** (geb. 1839), Lehrer zu Königsberg/Pr., 1881 Disziplinarsache *79/93* 103
- Tellemann-Steuber, Ernst** (1881: v.) (1836–1890), 1864 GerAss., 1870 StAnw. Naugard, 1874 RegR PolPräsidium Berlin, 1884 VerwGerDir. Merseburg, 1886 Berlin, 1889 OVGR *261/98* 215
- Teller, Emil** (geb. 1849), Gerichtsschreiber zu Neutomischel, 1886 Disziplinarsache *271/98* 345
- Tepper, Johann** (geb. 1846), Gefangenenwärter zu Posen, 1880/81 Disziplinarsache *46/92* 151; *93/93* 214
- Tepper-Laski, Viktor v.** (1844–1905), 1873 RegAss. Königsberg, 1875 LandR Schlochau, 1882 GehRegR StMinm., 1886 GehORegR, Kurator Reichs- u. Staatsanzeiger, 1890 RegPräs. Wiesbaden, 1898–1903 Köslin, 1897 Wirkl.GehORegR, 1881–82 MdR, 1879–82, 1894–98 MdA (RFKP) *129/94* 284, *134/94* 323v; *234/97* 183v, 186 f., *236/97* 208, 211, *237/97* 220, 222, 224, *238/97* 232, *239/97* 245, 247, 249; *245/98* 23, 25, *255/98* 123a, 129, 132a, 137, 142, 146, *257/98* 165 f., *258/98* 174–176v, *263/98* 238, *266/98* 245, 264 f., 269, *268/98* 306 f., 310–312, *269/98* 313, 318, 326,

- 272/98 346 f., 273/98 355–357, 358, 360v; 274/99 3, 31 f., 279/99 61v, 69–71, 73, 287/99 158, 162, 288/99 174, 178, 186–188, 290/99 208, 210–213, 291/99 214, 217; 312/100 92, 102, 105, 111, 317/100, 339/100 230, 235–237, 240, 244 f., 340/100 248, 257, 344/100 298, 300, 303, 306; 345/96 308, 311; 352/101 18, 37, 47, 49, 358/101 105v, 361/101 167, 369/101 248 f., 375/101 297v, 380/101 361, 371; 386/102 32v–33v, 397/102 162v, 167, 171, 180 f., 185
- Tessendorf, Hermann** (1831–1895), 1858 GerAss., 1862 StAnw.-Gehilfe Frankfurt/O., 1864 StAnw. Burg, 1867 1. StAnw. Magdeburg, 1873 1. StAnw. Stadtger. Berlin, 1879 Senatsprä. OLG Königsberg/Pr., 1884 OLG Naumburg/S., 1885 KG Berlin, 1886 Oberreichsanwalt RG Leipzig 7/91 27v
- Teuber, Robert** (geb. 1829), Gerichtsdienner zu Schömburg, Krs. Landeshut, 1886 Disziplinarsache 261/98 211
- Thaden, Friedrich v.** (1809–1886), Jurist, dän. Etatsrat, 1856–83 1. Bgm. Altona, 1870 OB-Titel, 1882 KronenO II. Kl., 1868 MdH 133/94 311
- Thamer, Heinrich** (geb. 1827), Bahnmeister zu Kirchhain, 1889 Disziplinarsache 360/101 155
- Thamm, Hermann Louis**, Gerichtsschreibergehilfe zu Essen, 1883 Pensionssache 159/95 159, 162
- Thäringen, K.**, Steueraufseher zu Hattersheim, Krs. Höchst, 1888 Pensionssache 341/100 258, 279
- Thaulow, Gustav Ferdinand** (1817–1883), 1842 Dr. phil. Kiel, 1846 Prof. f. Pädagogik, 1873–83 auch Dozent Marine-Akademie, Stifter Thaulow-Museum Kiel, 1878 GehRegR, 1881 KronenO II. Kl. 60/92 248v
- Thegen, Joachim Heinrich** (geb. 1835), Grenzaufseher zu Tonndorf, Krs. Stormarn, 1881 Disziplinarsache 84/93 150
- Thibaut, Ferdinand**, berittener Gendarm d. 6. Gendarmerie-Brigade zu Pitschen (Schlesien) bzw. Hühnerlei, Krs. Gollgau, 1882 Pensionssache 98/94 8, 9
- Thiede, Rudolf** (geb. 1838), Hauptlehrer zu Klein-Bartelsee, Krs. Bromberg, 1884 Disziplinarsache 197/96 180
- Thiel, Andreas** (1826–1908), 1849 Priester Frauenburg, 1853 Lic. theol. Breslau u. PD f. Kirchenrecht und Kirchengeschichte am Hosianum Braunsberg, 1855 Prof. ebd., 1871 GenVikar Diözese Ermland, 1886 Bischof, Mitbegr. u. 1869–85 Vors. Hist. Verein f. Ermland 243/98 1v
- Thiele, Geh. Kanzleisekr. AA**, 1881 KronenO IV. Kl. vorgeschlagen 60/92 248v
- Thielen, Karl August Wilhelm** (1884: v.) (geb. 1822), 1843 hannov. Armee, Lt., 1856 a. D. u. Rittm., Kauf des Ritterguts Rosenthal, Krs. Peine, 1883 Selbstbewerbung um Adelsverleihung, trotz Bedenken Puttkamers wegen seiner welfischen Gesinnung durch Bismarcks Intervention gewährt 176/96 14–14v
- Thiemann, Carl Robert**, Sparkassenbuchhalter zu Striegau, 1882 Disziplinarsache 125/94 258
- Thilenius, Georg** (1830–1885), Dr. med., Arzt, Sanitätsrat u. Stadtvorstand Bad Soden, Schulvorstand, Mitgl. Kreistag u. Bezirksrat, Fachschriftsteller, 1870–85 MdA (NLP, LibVg), 1874–84 MdR (NLP, LibVg, DFsP) 123/94 222v
- Thomassen, Joseph Hermann** (geb. 1848), Bgm. zu Fischeln, Krs. Krefeld, 1886 Disziplinarsache 269/98 326
- Thormeyer, Rudolph**, Lehrer zu Wustrow-Camp, RegBez. Stettin, 1880 Disziplinarsache 31/92 40
- Tiedemann, Christoph** (1883: v.) (1836–1907), 1873 LandR Mettmann, 1876 Hilfsarb., dann GehRegR StMin., 1878 Chef RK, 1881–99 RegPräs. Bromberg, Verf. eines Memorandums zur verschärften Polenpolitik, 1894 Wirkl.GehORegR, führender Freikons., 1898–1907 MdR, 1873–76, 1879–1903 MdA (RFKP) 7/91, 17/91; 37/92, 60/92 248v; 61–62/93, 85/93 151–151v, 86/93; 244/98 15, 246/98 32v, 33, 34v, 36v, 249/98 59; 345/96 310
- Tieffenbach, Adolph** (geb. 1833), Lehrer zu Quedlinburg, 1882 Disziplinarsache 114/94 185
- Tiemann, Louis**, Eisenbahnbetriebssekr. zu Hannover, 1882 Pensionssache 129/94 283v, 285

- Tieschowitz v. Tieschowa, Bernhard** (1841–1909), 1871 RegAss., 1874 LandR Wetzlar, 1888 ORegR Köln, 1890 OPräsR Hannover, 1894–99 RegPräs. Königsberg 393/102 90v
- Tietjen, Claus Heinrich** (geb. 1846), Lehrer zu Friedrichsdorf, RegBez. Stade, 1879 Disziplinarsache 26/91 174
- Tischler, Gustav Adolf Carl** (geb. 1836), 1861 RegRef. Gumbinnen, 1866 RegAss., 1867 Danzig, 1875 RegR, 1886 ORegR Königsberg, 1892 als OVGR vorgeschlagen, bleibt aber ORegR, 1906 a. D. 247/98 48
- Tittel, Julius** (geb. 1848), Förster zu Erdmannshain, Krs. Rotenburg a. F., 1885 Disziplinarsache 223/97 96
- Tlustek, Gotthelf Heinrich Hugo** (geb. 1825), Lehrer zu Lancken, Krs. Guhrau, 1884 Disziplinarsache 184/96 87
- Toepper, Carl Friedrich** (geb. 1835), Bgm. zu Bütow, 1883 Disziplinarsache 170/95 286
- Toparkus, Friedrich** (geb. 1848), Lehrer zu Insterburg, 1885 Disziplinarsache 230/97 168
- Tourbié, Carl** (geb. 1824), Lehrer zu Schönfeld, RegBez. Danzig, 1882 Disziplinarsache 114/94 186
- Tramm, Jakob**, kath. Priester aus Boppard, 1889 Dispensation 369/101 247
- Trantow, Karl Heinrich** (geb. 1843), Polizeiwachtmeister zu Fürstenwalde, 1880 Disziplinarsache 58/92 219
- Trauchke, Johann Gottlieb**, KrsGer.-Bote u. Exekutor zu Posen, 1880 Disziplinarsache 29/92 20
- Treitschke, Heinrich v.** (1834–1896), Dr. phil., 1859 PD Leipzig, 1863 Prof. Freiburg, 1866 Kiel, 1867 Heidelberg, 1874 Berlin, führender Historiker u. Publizist, Hrsg. d. „Preußischen Jahrbücher“, GehRegR, 1886 Historiograph d. preuß. Staates, auf Wunsch Wilhelms II. Mitgl. d. Vertrauensmänner-Kommission beim Bau d. Nationaldenkmals für Wilhelm I., 1871–84 MdR (NLP, bkF) 334/100 205v, 341/100 271
- Trösser, Hermann** (geb. 1851), Gerichtsvollzieher zu Kassel, 1882 Disziplinarsache 108/94 96
- Trusen, Hermann** (1838–1897), 1865 GerAss., Kreisrichter Pleschen, 1876 Wreschen, 1878 KonsR Posen, 1888 ORegR Posen, 1889 KonsPräs. Sachsen, auch publizistisch tätig 343/100 283
- Tschaeye, Wilhelm Ernst**, berittener Gendarm d. 6. Gendarmerie-Brigade zu Sprottau, 1888 Pensionssache 312/100 101
- Tschirschnitz, August v.** (1829–1906), 1856 hannov. GerAss. u. Garnisonauditeur, 1866 Ober- u. Brigadeauditeur, 1867 preuß. Divisionsauditeur, 1872 GehKrR KrMinm., 1875 Wirkl.GehKrR, dann Abt.-Chef im KrMinm., 1889 Rang d. Räte I. Kl., 1895 a. D. u. Wirkl.GehR 379/101 345v
- Uckro, Carl Otto Rudolph** (1865: v.) (1831–nach 1908), 1857 RegRef. Erfurt, 1861 RegAss. Frankfurt/O., 1866 OPräsidium Hannover, 1871 RegR, 1872 Kassel, 1885 Schleswig, 1886 ORegR, den neuen Dienstplichten nicht gewachsen, deshalb 1887 a. D. 271/98 336; 286/99 157v, 295/99 242
- Ufer, Adolph Robert** (geb. 1829), Stadthauptkassen-Rendant zu Delitzsch, z. Z. Bitterfeld, 1880 Disziplinarsache 46/92 152
- Uhlhorn, Gerhard** (1826–1901), D. Greifswald u. Dr. jur. Göttingen, Theologe, 1852 PD Göttingen, 1855 Hilfsprediger u. Hilfsarb. Konsistorium Hannover, langjähriges Mitgl. im Konsistorium, Oberhofprediger König Georgs V., aber ab 1866 Preußen loyal, Verf. v. Werken zur Kirchenpolitik, bekannter hannov. Kirchenmann, 1878 Leitung Predigerseminar u. Abt v. Loccum, 1866 OKonsR 221/97 72
- Ulbrich, Felix Hubert Richard** (geb. 1847), Schutzmann zu Frankfurt/M., 1887 Disziplinarsache 291/99 219
- Ullmann, Paul** (1835–nach 1907), Dr. jur., 1867 Stadtrichter Berlin, 1869 StadtR Berlin, 1875 Hilfsarb. u. RegR HandMinm., 1880 Titel GehRegR, 1887 VortrR, 1888 GehORegR HandMinm., 1900 a. D. u. Geschäftsführer d. Lagerei-Berufsgenossenschaft 35/92, 45/92 125, 55/92

**Ulrich, Karl Georg Wilhelm** (geb. 1841), Gefangenenaufseher zu Altona, 1888 Disziplinarsache 339/100 244

**Ulrici, Hermann** (1806–1884), 1829 als GerRef. Wechsel zu philosoph.-althist. Studien, 1833 Habilitation Berlin, 1834 Prof. Halle/S., 1861 Ordinarius f. Philosophie ebd., 1867/68 Rektor, GehRegR, Mithrsg. „Zeitschrift für Philosophie und philosophische Kritik“, 1867–78 Präs. Dt. Shakespeare-Ges. 83/93 117v

**Ulrici, Robert** (1885: v.) (1816–1886), 1847 Reg- u. ForstAss. Bromberg, 1848 Oberförster Morbach, 1850 Forstinspektor Paderborn, 1853 Potsdam, 1854 Forstmeister, 1856 (Ober-) Forstmeister Liegnitz, 1861 Hilfsarb. FinMinm., 1863 VortrR, 1868 Landforstmeister, 1879 Wechsel mit Forstabt. in LandMinm., 1880 MinDir. u. Oberlandforstmeister, 1885 a. D. 5/91 16v–17; 50/92 176v; 211/96 306

**Umberto I.** (1844–1900), 1878–1900 König v. Italien 192/96 124; 369/101 244v

**Urbanek, Josef** (geb. 1846), Landschaftskalkulator zu Neisse, 1888 Disziplinarsache 339/100 245

**Ursinus** (1833–1886), 1862 GerAss., 1866 Hilfsarb. Direktion d. Ostbahn, 1867 Direktion d. Wilhelmsbahn Ratibor, 1871 Saarbrücken, 1873 RegR Eisenbahndirektion Wiesbaden, 1875 GehRegR HandMinm., 1878 GehORegR Minm.öA, 1881 Roter AdlerO III. Kl. 29/92, 60/92 248v

**Usedom, Guido Frh.** (1862: **Graf**) v. (1805–1884), 1834 GerAss., 1837 Diplomat AA, 1841 Wirkl.LegR, 1840–44 Leiter preuß. Staatszeitung im MdI, 1845–48, 1849–54 Gesandter Rom, 1854 z. D. u. Wirkl.GehR, 1859 Gesandter Bundestag Frankfurt/M., 1862–69 erneut Gesandter Rom, 1872–79 GenDir. Kgl. Museen, 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1849–51 Mitgl. 1. Kammer, 1859–60 MdA (Mathis), 1860 MdH 21/91 135v

**Varendorff, v.** (geb. 1838), 1862 forstliche Staatsprüfung, 1865 Hilfsarb. Reg. Stralsund, 1866 Oberförster Neuzelle, 1870 Alt-Krakow, 1874 Forstmeister Schleswig, 1880 Breslau, 1883–1907 OForstmeister Stettin 132/94 305, 137/94 360

**Vehse, Gustav Albert Theodor** (geb. 1834), Lehrer zu Kerkow, Krs. Angermünde, 1885 Disziplinarsache 230/97 169

**Venherm, Bernhard** (geb. 1851), wiss. Hilfslehrer zu Hagen, 1883 Disziplinarsache 158/95 156

**Verdy du Vernois, Julius v.** (1832–1910), 1844 Kadett, 1850 Offizier, 1861 Hauptm. i. G., 1869 Oberstltm. u. Chef d. kriegsgeschichtl. Abt. im Gr. GenStab, 1870/71 Abt.-Chef im Gr. Hauptquartier unter Moltke, 1872 GenStab I. AK Königsberg, 1876 GenMaj., 1879–83 Dir. Allg. Kriegsdepartement KrMinm. u. Bevollm. z. BundesR, 1881 GenLtn., 1883 Kdr. 1. Div. Königsberg, 1887 Gouv. v. Straßburg/E., 1888 Gen. d. Inf., 8.4.1889–3.10.1890 KrMinr., 1891 Pour le mérite Friedensklasse 359/101 118, 360/101, 362/101; 363/IV; 364–367/101; 368/IV; 369/101, 371–381/101; 382–383/102, 386/102; 388/IV; 389–392/102, 394–399/102

**Victoria** (1840–1901), Gemahlin Friedrichs III., 1888 dt. Kaiserin u. Königin v. Preußen 143/95 6v, 144/95 16; 218/97 48–50; 317/100 134, 318/100 135; 331/IV 112, 333/IV 123

**Viebig, Ernst Friedrich Ferdinand** (1810–1881), 1838 RegAss. Merseburg, 1840 Posen, Landratsamtsverwalter Gnesen, 1845 RegR, 1852 RegR Sigmaringen, 1856 ORegR Trier, 1868 Düsseldorf, 1881 a. D. 85/93 151v

**Viehmann, Eduard** (1828–1909), 1855 kurhess. Ref. OGer. Kassel, 1859 Ref. Obersteuerkollegium Kassel, 1861 OFinAss. Hauptstaatskassendirektion, 1868 RegAss. Kassel, 1871 RegR, 1886 VerwGerDir. Kassel, 1893 a. D. 259/98 199v

**Vierhaus, Felix** (1850–1917), Dr. jur., 1876 Kreisrichter Kassel, 1879 Landrichter Hannover, 1883 RegR u. Hilfsarb. RJA, 1887 OLGR Kassel, 1891 GehJusR JMinm., 1894 GehOJusR, 1904 Präs. OLG Kiel, 1905 Breslau, 1913 Wirkl.GehR 142/95 2v

**Vincke (-Zeesen), Friedrich Frh. v.** (1830–1895), Gutsbes., Kammerherr, Badekom. d. Seebadeanstalt Norderney, 1889 Roter AdlerO III. Kl. 373/101 289v

**Virchow, Rudolf** (1821–1902), Dr. med. Berlin, 1846 PD Berlin, 1849 Prof. Würzburg, 1856 Berlin, Leiter Patholog. Institut d. Charité, Begründer d. patholog. Anatomie u. d. Zellulärpatholo-

gie, einflußreich in Hygiene- u. Sozialpolitik, zeitw. Berliner Stadtverordneter, 1880–93 MdR (DFP, DFsP), 1862–1902 MdA (DFP, DFsP, FsVP), 1891 große Goldene Medaille f. Wissenschaft u. Berliner Ehrenbürger 82/93 116; 105/94 62 f.; 357/IV 137; 396/102 157 f.

**Vogel, Alexander** (geb. 1826), Förster zu Schwanenbruch, RegBez. Marienwerder, 1883 Disziplinarsache 165/95 220

**Vogt, Cäsar** (geb. 1857), Lehrer zu Posen, 1885 Disziplinarsache 239/97 249

**Voigt, Carl August** (geb. 1842), Gefangenenaufseher zu Kiel, 1883 Disziplinarsache 170/95 287

**Voigtel, Richard** (1829–1902), 1851 Bauführer Berlin, 1855 Dombau Köln, 1857 Baumeister, 1862 Dombaumeister, 1876 Reg- u. BauR, 1880 Titel GehRegR, Mitgl. Akademie d. Bauwesens 47/92 157v, 50/92 174v

**Völkel, Bernhard** (geb. 1827), Lehrer und Kantor zu Goldberg i. Schl., 1887 Disziplinarsache 287/99 173

**Volkman** (gest. 1891), Premierltn. a. D., 1875 GehKrR u. Justitiar KrMinm., zuletzt Wirkl. GehKrR, auch Mitgl. im Direktorium d. Potsdamer gr. Militärwaisenhauses 31/92; 250/98

**Volkman, Heinrich**, Seminarlehrer zu Koschmin, 1889 Disziplinarsache 360/101 156

**Volkman, Robert** (geb. 1847), Lehrer zu Grünberg, Krs. Neustadt/Westpr., dann Mellwin, 1886 Disziplinarsache 255/98 142

**Volkmer, Bruno** (geb. 1841), Lehrer zu Prisselwitz, Krs. Breslau, 1883 Disziplinarsache 157/95 141

**Volmer, Franz Joseph** (geb. 1850), Gerichtsdienner zu Saarbrücken, 1885 Disziplinarsache 226/97 136

**Vorderbrügge, August** (1835–1909), Bautischlermeister zu Bielefeld, 1886–91 Mitgl. Volkswirtschaftsrat, 1890 zu Beratungen d. StR hinzugezogen 392/102 79v

**Voss, Carl** (1865: v.) (1793–1889), Rittergutsbes. im Krs. Jarotschin u. Pleschen, Oberstltn. a. D., 1883 als Teilnehmer der Befreiungskriege KronenO II. Kl. 153/95 99

**Voss, Maximilian v.** (1849–1911), Dr. jur., 1877 GerAss. Dortmund u. RegAss. Osnabrück, 1879 Landesrat Merseburg, 1883 LandR Ottweiler, 1885 Saarbrücken, nach Taktlosigkeit anlässlich der Wahl 1887 abberufen u. 1888 RegR Koblenz, 1892 PolPräsidium Berlin, 1894 Vertreter d. PolPräs. Marienwerder, 1901 Frankfurt/O., 1905 a. D., Rittergutsbes., 1907–11 MdA (DkP) 319/100 150

**Vygen, Heinrich Josef** (1823–1892), Fabrikbes. zu Duisburg, 1887 Titel Kommerzienrat, 1882–92 MdA (NLP) 295/99 242v

**Wachholz, Martin** (geb. 1829), Gefangenenaufseher zu Stettin, 1884 Disziplinarsache 210/96 304

**Wagenknecht, Reinhard**, Lehrer zu Potsdam, 1879 Disziplinarsache 16/91 116

**Wagner, Emil** (v.) (1814–1897), Tuchfabrikant Aachen, 1873 Kommerzienrat, Geh. Kommerzienrat, Förderer d. Polytechnikums (TH) Aachen, Vors. des Vereins zur Beförderung der Arbeitsamkeit, zu dessen 50-Jahr-Feier 1884 KronenO II. Kl. 197/96 163

**Wagner, Johannes** (geb. 1830), Gefangenenaufseher zu Rinteln, 1883 Disziplinarsache 157/95 142

**Wagner, Wilhelm** (geb. 1833), Grenzaufseher zu Katscher, Krs. Leobschütz, 1882 Disziplinarsache 114/94 187

**Waldburg-Zeil, Konstantin Graf v.** (1833–1905), Ltn. a. D., Gutsbes. zu Neu-Trauchburg, 1874–87 MdR (Zentrumspartei) 251/98 86v, 254/98 109v

**Waldeck, Carl** (1832–1915), 1857 Rechtsanw. Korbach, 1860 Sekr. d. Waldeckschen StReg. in Arolsen, 1861 RegAss., 1866 Finanzrat, 1868 Rat beim Landesdirektorium Arolsen, 1883 RegR Stralsund, 1887 VerwGerDir. ebd., 1890 OVGR, 1900 a. D. 289/99 190

**Waldemar** (1817–1849), Prinz v. Preußen, Neffe Friedrich Wilhelms III., Militärlaufbahn, 1845/46 Orientreise, zuletzt Oberst u. Kdr. 13. Kavalleriebrigade Münster 163/95 197

**Waldmann, Gustav** (geb. 1849), Lehrer zu Wilhelmine, Krs. Schlawe, 1885 Disziplinarsache 230/97 170

- Wallach, Heinrich** (1843–1923), 1868 GerAss., 1871 Kreisrichter, 1877 RegAss., 1878 RegR, 1885 ORegR Schleswig, 1888 GehFinR, 1891 GehOFinR, 1900 MinDir. (GenDir. d. direkten Steuern) u. Wirkl.GehOFinR, 1909 a. D. u. Wirkl.GehR 316/100 124
- Wallenberg (-Grunau), Franz v.** (1845–1918), 1873 GerAss. Ratibor, 1875 RegAss. Breslau, 1882 RegR, 1885 zum OPräsidium Breslau, 1890 ORegR Reg. Breslau, 1908 a. D., auch Rittergutsbes. 386/102 31v
- Wallon, Paul** (geb. 1843), Lehrer zu Altkuttendorf, Krs. Neustadt/OS, 1885 Disziplinarsache 237/97 225
- Walper, Heinrich**, Oberförster zu Heringen (Krs. Hersfeld), 1880 Disziplinarsache 31/92 41
- Walter** (geb. 1836), 1864 GerAss., 1870 Kreisrichter, 1874 Verw. d. indirekten Steuern u. RegR, 1885 Oberzollinspektor, 1886 ORegR Provinzialsteuerektion Münster, 1899 a. D. 257/98 163v
- Walter, Johann Gottfried** (geb. 1841), Gerichtsvollzieher zu Bischofsburg/Ostpr., 1885 Disziplinarsache 214/97 24
- Walter, Karl** (1827–1899), 1852 Priester Limburg, Realschullehrer, 1864 Regens Konvikt Hadamar, 1869 Geistl. Rat, 1872 Domkapitular, 1887–98 GenVikar Limburg 215/97 26v
- Walther, Traugott** (geb. 1844), Lehrer zu Dommitsch, Krs. Torgau, 1882 Disziplinarsache 125/94 259
- Wangenheim, Hermann Frh. v.** (1807–1890), 1835 Kabinettssekr. d. Fürsten v. Hohenzollern-Hechingen, 1836 Mitgl. Fürstl. Regierung u. AppGer. Hechingen, 1839 Hof- u. RegR Hechingen, 1844 Vizedir. Reg. Hechingen, 1849 preuß. Staatsdienst, 1852 RegR Erfurt, 1853 Hilfsarb. StMinm., 1854 Titel GehRegR, 1874 etatsmäßiger Rat StMinm., 1879 GehORegR, 1884 a. D. u. Roter AdlerO 2/91 5, 7, 3/91 9v, 10/91 43–53, 14/91 69–73, 16/91 81–118, 26/91 158–176, 27/91 179v, 181–187; 29/92 10v, 11–20, 31/92 29v, 31–41, 38/92 69v, 72–90, 39/92 93, 45/92 126, 129–133, 46/92 134–153, 51/92 180v–188, 58/92 215–219, 59/92 230–247; 70/93 35–58, 59v, 79/93 90–106, 83/93 117v, 124–136, 84/93 137, 139–150, 91/93 178–187, 93/93 199v, 201–217; 108/94 77v, 78–97, 112/94 117v, 114/94 167, 125/94 236, 245–260, 126/94 266v–270, 129/94 283v, 284, 287–294, 137/94 346v–362, 141/94 379v, 380–390; 146/95 37–53, 147/95 54, 150/95 72, 74–87, 157/95 119, 122–142, 158/95 147v, 151–156, 159/95 159, 163–168, 163/95 196, 198–201, 165/95 207v, 209–222, 170/95 271, 273–287; 177/96 20v, 23–33, 182/96 71, 73, 183/96 74, 78–82, 184/96 83, 83v, 86–88
- Wanjura, Gustav** (1827–1911), 1851 Priester, 1854 Dir. Lehrerseminar Peiskretscham, 1864 SchulR Marienwerder, dann Danzig, 1882 Domherr Pelplin, 1886 als Dompropst Posen u. Bischof v. Kulm erwogen, mehrfach kons. AH-Kandidat 254/98 114, 256/98 154v–155v
- Wanzek, Johann Adolph**, Förster zu Sorgsellitz, Krs. Namslau, 1880 Disziplinarsache 39/92 93
- Wardecki, Johann** (geb. 1811), Lehrer zu Samplawa, Krs. Löbau, 1881 Disziplinarsache 83/93 136
- Wardien, Johann Carl Theodor** (geb. 1840), Lehrer und Küster zu Klein-Rakow, Krs. Grimmen, 1889 Disziplinarsache 360/101 157
- Warmburg, Franz**, Bgm. zu Zehdenick, 1879 Disziplinarsache 26/91 175
- Warnack, Carl Gotthelf** (geb. 1839), Lehrer u. Organist zu Reppen, Krs. Weststernberg, 1888 Disziplinarsache 330/100 200
- Warnstedt, Adolf Eduard Friedrich Johannes v.** (1813–1894), 1837 Amtsass. Reinbeck, 1840 kommissar. Amtm. Traventhal, 1842 Mitgl. schles.-holst. Landeskanzlei Kopenhagen, 1848–51 Rat in der schlesw.-holst. Regierung Schleswig, 1852 RegR Merseburg, 1853 Rat im hannov. KuMinm., hannov. GehRegR, 1868–87 Kurator Univ. Göttingen, 1881 Titel GehORegR verweigert, da früheres Rechtsgutachten über Schleswig-Holstein für Preußen ungünstig war, 1848/51 Mitgl. schlesw.-holst. LV 77/93 79v
- Weber, Ludwig** (geb. 1845), Sekretariats-Assistent zu Köln, 1884 Disziplinarsache 197/96 181
- Webski, Carl Johann** (geb. 1837), Gefangenenaufseher zu Beuthen/OS, 1886 Disziplinarsache 255/98 143



- Wedell (-Malchow), Friedrich v.** (1823–1890), 1852 Rittergutsbes., 1872 Vors. Dt. Landwirtschaftsrat, 1875 Ritterschaftsdir., Mitgl. Landesökonomiekollegium u. Landeseisenbahnrat, mehrfacher AR, führender kons. Politiker, 1866–90 MdA, 1871–74, 1877–90 MdR (KoP, DkP) 215/97 25
- Wedell (-Freyenwalde-Uchtenhagen), Max v.** (1849–1914), 1870 Offizier, 1878 OLtn., 1883 Hptm., 1884 Stellung à l. s., Lehrer an d. Kriegsakademie, Dir. d. Deutschen Offizierverein 352/101 19v, 20v
- Wedel (-Piesdorf), Wilhelm v.** (1837–1915), Rittergutsbes., 1870 LandR Wolmirstedt, 1871–76 LandR Mansfelder Seekreis, 1881–88 RegPräs. Magdeburg, 29.6.1888–14.9.1907 Min. d. Kgl. Hauses, 1884–90 MdR (DkP; 1884–89 Präs. RT), 1879–85 MdA, 1885 MdH (1912–15 Präs. HH) 73/93 63v, 85/93 151v; 254/98 109v; 343/100 283, 284; 362/101 168, 168v; 382/102 7 f., 11, 383/102, 12, 384/102 22v, 23, 394/102 113v, 114v
- Wedthoff, Hermann Friedrich Theodor** (geb. 1818), 1842 RegRef., 1846 RegAss. u. Spezialkom. in Lyck, 1852 Gumbinnen, 1857 RegR, 1868 Übertritt zur allg. Verw. Gumbinnen, 1870 Königsberg, 1873 ORegR Oppeln, 1876 Königsberg, 1885 a. D. u. Roter AdlerO II. Kl. 240/97 250
- Wegern, Wilhelm v.** (1823–1886), PolSekt. zu Berlin, 1881 nach Disziplinaruntersuchung entlassen 79/93 87v, 88
- Wegner, Richard** (geb. 1815), 1844 RegAss. Marienwerder u. Köln, 1848 Stadt- u. PolR Elbing, 1850 LandR Schwetz, 1866 ORegR Posen, 1875 RegVizepräs. Posen, 1881 RegPräs. Stettin, 1887 a. D. u. Stern z. Roten AdlerO II. Kl. 85/93 151; 272/98 346; 280/99 74v
- Wegnern, Anton Wilhelm v.** (1809–1891), 1838 GerAss. Königsberg, 1839 RegAss. Königsberg, 1843 LandR Lyck, 1851 Königsberg/Pr., 1856 ORegR u. RegVizepräs. Liegnitz, 1871 Posen, 1873 RegPräs. Bromberg, 1881 Wirkl.GehORegR u. a. D., 1848 stellv. Mitgl. preuß. NatVers., 1848/49 Mitgl. dt. NatVers. (Café Milani, Casino), 1855/56 MdA (Fraktion unbek.), 1890 Stern z. Roten AdlerO II. Kl. 76/93 76, 85/93 151v, 87/93 158
- Wegrich, Alwin** (geb. 1845), Lehrer zu Benshausen, Krs. Schleusingen, 1888 Disziplinarsache 300/100 25
- Wehr, Hugo** (geb. 1844), Dr. jur., Rittergutsbes., 1873 LandR Konitz, 1878 mit 28 gegen 27 Stimmen für A. Plehn-Lubochin zum Landesdir. Westpreußen gewählt, nach mehrjährigen Geldproblemen u. einer Affäre über die Verwendung von Geldern aus Meliorationsfonds 1888 a. D., 1887 Roter AdlerO III. Kl. verweigert, 1877–82, 1883–88 MdA (RFKP) 254/98 113; 290/99 209
- Wehrenpfennig, Wilhelm** (1829–1900), 1853 Dr. phil. Halle/S., 1856 Lehrer Joachimsthaler Gymnasium Berlin, 1857 Oberlehrer Friedrichs-Gymnasium, 1860 Dir. Literarisches Büro im StMinm., 1862 z. D., 1863 Redaktion bzw. Mithrsg. d. „Preußischen Jahrbücher“, 1872/73 Chefredakteur „Spener’sche Zeitung“, 1877 GehRegR HandMinm., 1879 GehRegR KuMinm., 1881 GehORegR, 1899 a. D. u. Wirkl.GehORegR, führender Nationalliberaler, 1869–81 MdR (NLP), 1868–79 MdA (NLP) 93/93 199
- Weickmann, Leonhardt Christian** (geb. 1833), Bahnmeister zu Bischofswerder, Krs. Rosenberg, 1889 Disziplinarsache 360/101 158
- Weien, Carl Oswald** (geb. 1838), Kriminalkom. zu Berlin, 1888 Disziplinarsache 344/100 305
- Weigert, S.**, Kommerzienrat Berlin, Vorstandsmitglied der Berliner Hygiene-Ausstellung 1883, deswegen Ordenssache erwogen 163/95 196
- Weigt, Valentin**, Lehrer zu Siedlikow, Krs. Schildberg, 1884 Disziplinarsache 180/96 65
- Weiher, Franz**, Lehrer zu Sobonsch, Krs. Berent, 1879 Disziplinarsache 26/91 176
- Weishaupt, Theodor** (1817–1899), 1843 Land- u. Wasserbauinspektor, 1844–47 beim Bau d. Thüring. Eisenbahn, 1848 Wasserbauinspektor Bromberg, 1850 (erster preuß.) Eisenbahnbaumeister bei der Ostbahn Bromberg, zeitw. Hilfsarb. HandMinm., 1852 Eisenbahnbauinspektor, 1854 Mitgl. d. Direktion d. Aachen-Düsseldorf-Ruhrorter Bahn, 1856 Reg.- u. BauR Aachen, 1858 GehBauR HandMinm., 1862 GehOBauR, 1869 OBauDir. u. MinDir. (Eisenbahnabt.), 1870–74 Bevollm. z. BundesR, 1878 MinDir. BauAbt., da Maybach zur Eisenbahnverstaatlichung lieber

- OBauDir Schneider hat, 1879 Minm.öA, 1880 a. D. u. Stern d. Komthure d. HausO v. Hohenzollern, 1897 Titel Wirkl.GehR durch Wilhelm II. abgelehnt 42/92 109v
- Weiß, Bernhard** (1827–1918), 1852 Dr. phil. Jena u. PD Königsberg, 1857 Prof. f. Theologie, 1862 D. h. c. Königsberg, 1863 Prof. Kiel, 1874 Mitgl. Konsistorium Kiel, 1876 Prof. Berlin, 1879/80 Mitgl. Konsistorium, 1880 OKonsR u. VortrR KuMinm., 1884 Rang d. Räte II. Kl., 1893 Wirkl.OKonsR, 1899 a. D., 1907 Wirkl.GehR 211/96 306
- Weißmann, Carl Julius** (geb. 1845), Gefangenenaufseher zu Neuhaus a. d. Oste, 1884 Disziplinarsache 184/96 88
- Weit, Carl**, Hauptsteueramtsassistent zu Elberfeld, 1882 Disziplinarsache 137/94 361
- Welling, Franz Heinrich Gerhard** (geb. 1835), Katastersekr. zu Liegnitz, 1883 Disziplinarsache 150/95 86
- Welnic, Mierislaus** (geb. 1850), Gerichtsschreiber, Sekr. zu Margonin, Krs. Kolmar/Westpr., 1889 Disziplinarsache 370/101 276
- Welter, Hermann** (geb. 1841), Regierungshauptkassen-Buchhalter zu Köln, 1886 Disziplinarsache 263/98 237
- Wendt, Adolf** (1889: v.) (1825–1917), 1850 hannov. Amtsass., 1852 FinMinm. Hannover, 1860 Finanzrat, 1867 HandMinm., 1868 GehRegR, 1873 GehORegR, 1886 Wirkl.GehORegR, 1892 MinDir. (Handelsabt.), 1897 a. D. u. Wirkl.GehR 263/98 229
- Wendt, August** (geb. 1828), Förster zu Junkerbrück, Krs. Schlochau, 1885 Disziplinarsache 217/97 47, 242/97 260, 265
- Wenger, Bernhard** (geb. 1837), Rektor zu Strasburg/Westpr., 1889 Disziplinarsache 369/101 264
- Wentzel, Ferdinand** (geb. 1821), 1850 GerAss. Breslau, 1852 Stadtrichter Breslau, 1867 AppGerR Breslau, 1873 OTribunalR, 1879 KGR, GehOJusR, 1879 Mitgl. Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte, 1883 a. D. 21/91 124
- Wenz, Christian** (geb. 1841), Bahnmeister zu Winnigen, Krs. Koblenz, 1882 Disziplinarsache 125/94 260
- Wenzel, Heinrich** (geb. 1808), 1835 GerAss. OLG Breslau, GerAss. LG Ratibor, 1838 Justitiar Reg. Oppeln, 1839 RegR, 1843 Frankfurt/O., 1844 Hilfsarb. MdI, 1846 GehRegR, 1854 GehORegR, 1879 Wirkl.GehORegR, 1881 a. D. u. Stern z. Roten AdlerO II. Kl. 8/91 30; 87/93 158v
- Wenzel, Isidor Dionysius** (geb. 1842), Lehrer zu Dolzig, Krs. Schrimm, 1881 Disziplinarsache 70/93 57
- Wenzke, Josef** (geb. 1849), Gerichtsschreiber zu Ruhland, Krs. Hoyerswerda, 1886 Disziplinarsache 255/98 144
- Werner** (1802–1883), Dr. jur., 1839 Amtm. hannov. Reg. Hildesheim, Mitgl. d. kath. Konsistoriums, 1862 OKonsR, Dir. d. kath. Konsistoriums für das Bistum Hildesheim, 1883 a. D. u. Roter AdlerO II. Kl., zeitw. Mitgl. 2. Kammer Kgr. Hannover 150/95 69v
- Werner, Carl August Wilhelm**, Stationsassistent zu Grohn-Vegesack, Krs. Blumenthal, 1879 Disziplinarsache 16/91 117
- Werner, Rudolf Carl Wilhelm Theodor** (geb. 1843), Grenzaufseher zu Geestemünde, 1890 Disziplinarsache 386/102 40
- Wernicke**, bis 1883 einige Jahre Gesandtschaftsprediger in Lissabon 159/95 158
- Werther, Christian Hugo** (geb. 1849), Förster zu Forsthaus Rose, Krs. Zellerfeld, 1889 Disziplinarsache 370/101 277
- Westhoven, Karl v.** (1832–1920), 1867 Kreisrichter, KonsR Berlin, dann Münster, 1886 ORegR Oppeln, 1888 Arnsberg, 1889 OKonsR Ev. OKirchenR, 1892–98 KonsPräs. Münster, 1894 Rang d. Räte II. Kl. 245/98 17
- Westphal, Emil** (1834–1891), 1862 GerAss. Berlin, 1863/64 Generalkomm. Berlin bzw. Preuß. Stargard, 1866 Reg. Danzig, 1867 RegAss., 1873 RegR, 1878 Arnsberg, 1887 VerwGerDir. ebd., 1889 VerwGerDir. Stettin 288/99 175

- Westphal, Robert** (geb. 1846), Grenzaufseher zu Gronau, 1886 Disziplinarsache 263/98 238
- Wettich, Ernst Constantin** (1812–1894), seit 1834 im Gestütswesen ausgebildet, v. a. in Trakehnen u. in Neustadt/Dosse, 1847 Oberroßarzt, 1849 Gestütsinspektor, 1856 Leiter Landgestüt Marienwerder, 1861 techn. Rat u. Landstallmeister im LandMinm., 1864 GehRegR u. VortrR, 1866 Chef Landgestüt Neustadt/Dosse, 1890 a. D. u. Rang als GehORegR 386/102 34
- Wetzky, Johann Ignaz** (1808–1898), Jurist, Richter in Westpreußen, ca. 1846 Dir. KrsGer. Dirschau, dann Schwetz u. 1852 Marienwerder, 1879–91 Präs. LG Graudenz, 1890 GehOJusR, 1877–79 MdA (NLP) 395/102 136v
- Wever, Hermann** (1853–1911), Dr. jur., 1881 GerAss. Berlin, 1884 Hilfsarb. KuMinm., 1886 Justitiar Provinzialschulkollegium Koblenz, 1887 RegAss., 1888 RegR, 1889 Hilfsarb. KuMinm., 1890 GehRegR, 1893 GehORegR, 1900–10 UStS, 1908 Wirkl.GehR, 1908/09 Vertretung d. erkrankten KuMinr. Holle 394/102 111v
- Weyer, Hermann** (geb. 1831), 1862 Stadtbaumeister Köln, 1880 Roter AdlerO IV. Kl. 51/92 177
- Weyland, Joseph** (1826–1894), 1848 Priester Limburg, 1861 Pfarrer Wiesbaden, 1887 Bischof Fulda 353/101 53v
- Wichert, Hermann**, Grenzaufseher zu Danzig-Neufahrwasser, 1889 Disziplinarsache 369/101 263
- Wichmann, Anton** (geb. 1849), Lehrer zu Voigtsdorf, RegBez. Königsberg, 1886 Disziplinarsache 263/98 239
- Wichmann, Julius** (geb. 1833), Gefangenenaufseher zu Schlochau, 1884 Disziplinarsache 192/96 138
- Widera, Carl** (geb. 1842), Lehrer zu Ciborz, Krs. Strasburg/Westpr., 1881 Disziplinarsache 93/93 215
- Wiebe, Friedrich Wilhelm Bernhard**, 1837 Postverw., ca. 1852 PostR Köslin, 1855 Hilfsarb. HandMinm. (Generalpostamt), 1859 OPostDir. Danzig, 1861 GehPostR HandMinm., GehOPostR, mit Generalpostamt Wechsel in Bundes- bzw. Reichskanzleramt bzw. 1880 Reichspostamt, Dir. Generalpostamt bzw. RPA, 1882 a. D., aber Orden I. Kl. verweigert, da nicht im Rang Exzellenz 97/93 228v; 166/95 229–229v
- Wiechard, Daniel** (geb. 1843), Lokomotivführer zu Gießen, 1889 Disziplinarsache 371/101 285
- Wiczorkiewicz, Hippolyt**, Gerichtsvollzieher zu Inowrazlaw, 1882 Disziplinarsache 114/94 188
- Wied, Wilhelm Fürst zu** (1845–1907), Standesherr, 1864 reg. Fürst, kais. Kommissar u. Militär-Inspekteur d. freiwilligen Krankenpflege, 1891/92 Vors. Dt. Antisklaverei-Lotterie-Komité, 1893 Charakter als Gen. d. Inf., 1875–86 Marschall Rhein. ProvLT, 1888–94, 1899–1901 Vors. Rhein. ProvLT, 1898–1901 Präs. Flottenverein, 1878 MdH (1897–1904 Präs. HH) 92/93 188v–189
- Wiedemeyer, August** (geb. 1843), Gefangenenaufseher zu Samter, z. Z. Posen, 1881 Disziplinarsache 70/93 58
- Wiedey d. J., Carl Lebrecht**, Obersteuerkontrolleur zu Fulda, 1879 Disziplinarsache 16/91 118
- Wiemert, Heinrich** (geb. 1852), Gerichtsschreibergehilfe zu Wittstock, 1885 Disziplinarsache 236/97 213
- Wien, Johannes** (1820–1888), 1847 Priester Frauenburg, Religionslehrer Gymnasium Braunschweig, 1859 Pfarrer Tolksdorf, 1866 Marienburg, 1882 Domkapitular Frauenburg, 1884 Geistl. Rat, 1882 als Koadjutor Bischof v. d. Marwitz, Kulm vorgeschlagen, aber von der Kurie abgelehnt, 1885 Kandidat f. Bischofsstuhl Ermland, 1886 GenVikar Ermland 97/93 234; 111/94 112v
- Wiesenthal, M.**, Dr. med. Berlin, Besitzer des Ritterguts Cartlow, Krs. Cammin, später Sanitätsrat 74/93 67v, 69
- Wiesmann, Engelbert Julius Heinrich**, RegAss., Kom. f. d. Moorkanalbauten im Emsgebiet bei d. Reg. Osnabrück, 1878 RegR Köln, 1884 Münster, 1887 VerwGerDir. 288/99 175
- Wilamowitz-Moellendorff, Hugo Frh. v.** (1840–1905), Rittergutsbes., 1867–76 LandR Inowroclaw, Vors. ProvAusschuß Prov. Posen, 1891–99 OPräs. Posen, MdStR, 1877–79 MdA (Neukons.), 1888 MdH 317/100 132

**Wilczynski, Franz** (geb. 1837), Lehrer zu Przytocznica, Krs. Schildberg, 1889 Disziplinarsache 375/101 315

**Wilde gen. Reigber, Johann Friedrich Wilhelm** (geb. 1844), städt. Forstaufseher zu Savade, RegBez. Liegnitz, 1880 Disziplinarsache 46/92 153

**Wilhelm** (1882–1951), 1888 Kronprinz d. Dt. Reiches u. von Preußen, im 1. Weltkrieg Armeeführer, 1918 Emigration nach Holland, 1923 Rückkehr auf seine Beszung Oels, 1945 Hechingen 118/94 204

**Wilhelm I.** (1797–1888), 1840 Prinz v. Preußen, 1857 Stellv. Friedrich Wilhelms IV., 1858 Regent, 1861 König v. Preußen, 1871 Dt. Kaiser 2/91 3, 4, 6, 3/91 9v, 5/91 15, 7/91 27v, 8/91 29v, 12/91 61, 13/91 62, 19/91 122dv–122f, 20/91 122k–122kv, 22/91 138v, 139, 23/91 140v; 29/92 7v, 31/92 26, 32/92 44, 33/92 46–46v, 47–47v, 35/92 52, 52v, 53–53v, 36/92 59, 38/92 67, 69v, 40/92 95, 97v, 41/92 99, 42/92 103v–104, 105, 105v, 108v, 109, 44/92 120, 45/92 123v, 124, 125v, 47/92 154–159, 48/92 162v, 164, 49/92 173v, 50/92 174 f., 176v, 53/92 192, 54/92 193v, 57/92 204, 58/92 215, 59/92 229v, 60/92 249–251v; 61/93 7, 66/93 23, 69/93 33v, 70/93 59v, 75/93 72v, 78/93 82v, 79/93 86v–87v, 81/93 111, 82/93 116, 85/93 152v, 86/93 157v, 87/93 158, 89/93 162, 92/93 188v–189, 93/93 199, 94/93 218, 218v, 95/93 222, 223, 96/93 226, 226v, 97/93 233v, 234; 99/94 14, 14v, 101/94 36, 37v, 102/94 46, 103/94 54v, 55, 104/94 59v, 107/94 70v, 109/94 101v, 104, 110/94 106–108, 111/94 112v, 113, 113/94 136, 137v, 138, 114/94 167, 115/94 189v, 118/94 203v, 119/94 205 f., 120/94 208 f., 121/94 213v, 122/94 217v, 123/94 220–220v, 124/94 228v, 125/94 237, 126/94 264, 265v, 266, 266v, 127/94 271, 271v–272, 272v, 274, 275v–276, 130/94 296, 132/94 305, 133/94 309, 309v, 310v, 134/94 321v, 322, 323, 324, 136/94 335, 137/94 342, 346v, 138/94 363v, 364v, 139/94 366, 367, 140/94 377v, 141/94 379; 142/95 1v, 2v, 3v, 4v, 5, 143/95 6v, 15, 144/95 16–16v, 17v, 145/95 18v, 21, 24, 146/95 32v–33v, 148/95 62v, 63, 150/95 70v, 71, 154/95 101, 101v, 102, 155/95 109, 156/95 111, 157/95 115v, 117v, 118, 158/95 143, 143v, 144, 147v, 148, 160/95 170v, 171, 171v, 161/95 186v, 162/95 188, 188v, 189v, 190–193, 165/95 206v, 166/95 223v, 224, 167/95 234, 235, 236, 236v, 168/95 247, 248, 170/95 269v, 270, 172/95 294, 295, 174/95 303, 303v; 175/96 1v, 176/96 5, 6, 14, 177/96 19, 19v, 181/96 66, 66v, 182/96 68v, 183/96 74, 184/96 83, 83v, 185/96 88b, 187/96 91, 91v, 93, 94, 188/96 96b–96cv, 189/96 97, 101, 104v, 105, 105v, 190/96 107, 109, 109v, 111, 191/96 115, 192/96 124, 124v, 125, 193/96 140, 140v, 194/96 148v, 152v, 195/96 156, 196/96 160, 197/96 163v, 198/96 182v, 199/96 189v, 201/96 208v, 203/96 232, 233, 234, 235, 236, 204/96 237, 238v, 205/96 249, 250, 251, 206/96 256v, 207/96 268v, 208/96 272v, 279v, 209/96 283, 284, 285, 285v, 211/96 306v; 212/97 4, 4v, 9, 9v, 213/97 13, 14, 214/97 16, 215/97 25, 33v, 217/97 41, 41v, 218/97 49v, 50, 56, 222/97 79v, 80v, 223/97 86v, 225/97 103v, 226/97 114, 227/97 139, 139v, 228/97 142v, 230/97 150v, 232/97 174v, 177v, 233/97 181, 235/97 192v, 236/97 198v, 237/97 215, 238/97 226v, 241/97 256v, 242/97 260, 261; 243/98 2, 12v–13, 244/98 14, 245/98 17v, 246/98 30v, 31, 247/98 43v, 248/98 52v, 55v, 58, 249/98 70, 250/98 75, 251/98 84, 252/98 90, 90v, 253/98 100, 102v, 104, 254/98 106v, 255/98 117, 256/98 154v, 155, 156v, 157v, 159v, 257/98 163, 258/98 174, 174v, 176 f., 259/98 196, 260/98 203, 203v, 205, 209, 261/98 213v, 214v, 263/98 230, 264/98 240 f., 266/98 246, 247v, 250, 255v, 260, 267/98 271, 268/98 289, 289v, 293, 293v, 295, 297, 298v, 299 f., 269/98 315v, 270/98 329, 330v, 271/98 337; 274/99 2, 29v, 276/99 41, 42v, 43, 277/99 46v, 47v, 278/99 55, 55v, 60, 279/99 61v, 280/99 74, 74v, 281/99 81, 283/99 108, 113v, 114, 284/99 122, 122v, 285/99 136v, 147, 286/99 151, 157, 290/99 208, 209; 297/100 10, 298/100 12, 299/100 1, 300/100 15v, 16v, 301/100 37, 302/100 40, 42, 303/100 51–51v, 304/100 54, 55, 305/100 58v, 306/100 63v, 307/100 69v, 70v; 308/IV 87v–88, 94, 95, 95v; 314/100 117v, 319/100 149, 326/100 173v, 174; 331/IV 111, 113, 333/IV 124, 125v, 126; 334/100 205, 341/100 273v, 342/100 280; 350/101 10, 351/101 14, 355/101 81v; 357/IV 133v, 135v, 142v, 144; 373/101 291, 375/101 297, 377/101 327, 327v, 379/101 348a, 348av, 348d; 389/102 47, 392/102 83, 83v, 394/102 104v, 398/102 189v

**Wilhelm II.** (1859–1941), 1888–1918 Dt. Kaiser u. König v. Preußen 66/93 23; 118/94 204; 303/100 47v, 307/100 68v, 72v–73; 308/IV 85; 309/100 75 f., 77v, 313/100 113 f., 315/100 119v–120, 326/100 173, 174v, 177v, 327/100 179 f., 328/100 182, 183, 329/100 184, 330/100 186v; 331/IV, 333/IV; 334/100 206v, 335/100 208 f., 336/100 220v, 337/100 224 f., 338/100 226–226v, 339/100 230v, 231v, 341/100 271, 342/100 280, 344/100 292; 345/96 310v, 348/96 320; 349/101 1f, 350/101 9, 10, 351/101 12, 13, 14v, 352/101 23v, 24v, 353/101 60, 61, 61v, 62v, 354/101 75, 355/101 81, 82, 84 f., 356/101 98v–99; 357/IV; 358/101 101, 101v, 103, 359/101 118, 119, 360/101 137, 362/101 168, 168v; 363/IV; 364/101 183v, 191, 191v, 365/101 202v, 366/101 205v, 207, 208–211, 212, 214v, 219, 219v, 367/101 224, 224v, 230, 232v, 233, 235; 368/IV; 369/101 244v, 245, 245v, 250, 370/101 266 f., 371/101 279, 372/101 286, 287, 287v, 288v, 373/101 289, 289v, 290, 290v, 375/101 297, 299, 302, 376/101 324 f., 377/101 328, 328v, 331 f., 378/101 335, 379/101 336v, 338, 340v, 341v, 344v, 345, 348b, 348dv, 348e, 380/101 361, 362v, 363, 365, 368v, 381/101 375, 377; 382/102 7 f., 9v, 10 f., 383/102, 12, 384/102 22, 23, 23v, 385/102 29v, 30v, 386/102 33 f.; 388/IV; 389/102 42 f., 47, 48 f., 390/102 52 f., 55 f., 57, 58v, 59, 59v, 60, 64v–68v, 391/102 70 f., 72v, 73, 392/102 77–80, 393/102 85, 85v, 89, 90v, 92, 93v, 95v, 96, 394/102 101v, 105v, 107v, 109, 110v, 113v, 114, 114v, 118, 395/102 121, 122 f., 396/102 140, 141 f., 158v, 398/102 188 f., 190v–192v, 194, 195–197v, 200 f., 399/102 207

**Wilke, Theodor** (geb. 1831), Lehrer zu Klein-Bislaw, Krs. Tuchel, 1883 Disziplinarsache 150/95 87

**Wilkonski-Bnin, Premislaus v.**, kath. Priester zu Bnin, 1888 Dispensation 340/100 248v

**Willenbücher, Eduard** (geb. 1811), GerAss., 1842 Übertritt zur Generalkomm. Stendal, RegAss., 1847 RegR, 1848–51 RegR Gumbinnen, 1852 OPräsR Magdeburg, 1858 Dir. Generalkomm. Stendal u. ORegR, 1864 RegVizepräs. Stettin, nach Mißhelligkeiten mit OPräs. Senfft v. Pilsach 1866 RegVizepräs. Posen, 1869 a. D. u. GehORegR, 1870 Generallandschaftsdir. Posen, 1882 a. D. u. Stern z. KronenO II. Kl. 107/94 70v

**Willer, Geh. Kanzleisekr. im KrMinm.**, 1886 KronenO IV. Kl. 242/97 260v

**Willing, Adolph** (geb. 1844), Lehrer zu Halberstadt, 1881 Disziplinarsache 79/93 104

**Wilmowski, Karl** (1888: **Frh.**) v. (1817–1893), 1842 GerAss. Naumburg/S., div. Verwendungen, 1846 Suhl, 1849 Kreisrichter Merseburg, 1851 Hilfsarb. u. RegR FinMinm. (Domänenabt.), 1854 GehFinR, 1861 GehOFinR, 22.3.1870–23.6./1.7.1888 GehKabR, 1877 Wirkl.GehR, 1889 MdH 5/91 15; 45/92 123; 82/93 116; 142/95 2v, 146/95 32v, 155/95 109v, 164/95 205, 165/95 206v, 168/95 246; 176/96 14, 14v, 189/96 101v, 204/96 238v; 236/97 198v; 252/98 90, 255/98 117; 307/100 72; 308/IV 97; 309/100 75v, 313/100 114v, 315/100 119v, 120, 317/100 132v, 327/100 180–180v; 379/101 338

**Wilmowski, Thilo** (1888: **Frh.**) v. (1847–1891), Sohn des GehKabR Karl u. Bruder des OPräs. Kurt v. Wilmowski, Jurist, 1875 Richter am internat. ägyptischen Gerichtshof, 1881 StAnw. KG Berlin u. Hilfsarb. JMinm., 1883 GehJusR, dann GehOJusR 95/93 220, 225; 98/94 8, 9, 114/94 167, 168, 125/94 236, 250, 129/94 283v, 286, 131/94 301v, 303; 150/95 71v, 73, 158/95 149 (verhindert), 159/95 159 f., 165/95 213; 177/96 20v, 22, 182/96 68, 72; 228/97 142, 234/97 183v; 266/98 263, 265

**Winckler, Christian Friedrich** (geb. 1832), Polizeisergeant zu Altona, 1883 Disziplinarsache 163/95 201

**Windeler, Friedrich Albert Wilhelm** (geb. 1844), Lehrer zu Torfmoor, Krs. Osterholz, 1887 Disziplinarsache 284/99 135

**Windthorst, Ludwig** (1812–1891), Jurist, 1848 OAppGerR Celle, 1851–53, 1862–65 hannov. JMinr., 1890 Mitbegr. Volksverein f. d. kath. Dtl., 1874–91 Führer d. Zentrumsparthei, 1883 Erlaubnis zur Annahme d. päpstl. Ordens vom Hl. Grabe verweigert, 1849–66 (mit Unterbrechungen) Mitgl. hannov. 2. Kammer, 1867–91 MdA (bkF, Zentrum), 1867–91 MdR (Bundesstaatl.-konst. Vg., Zentrum) 77/93 81, 96/93 226 f.; 109/94 98 f., 111/94 113–113v, 123/94 222; 145/95 30v, 151/95 92, 152/95 94, 158/95 143v–144; 185/96 88fv, 196/96 161, 203/96 235v; 212/97 9v,

216/97 36, 37, 237/97 218v, 219; 251/98 86v, 254/98 109v; 274/99 26v, 282/99 92v; 319/100 143v, 144v, 343/100 284v; 353/101 62; 398/102 192

**Windweh, Friedrich** (geb. 1834), Waldwärter zu Oerbke, Krs. Fallingbostel, 1889 Disziplinarsache 352/101 48

**Wingeleit, Christoph** (geb. 1848), Steueraufseher zu Aachen, 1888 Disziplinarsache 343/100 291

**Winiker, Richard** (1827–nach 1911), 1853 GerAss., Kreisrichter Minden, 1858 aushilfsweise Mitgl. Reg. Minden, 1859 RegAss., 1864 Stralsund, 1865 RegR, 1867 Kassel, 1873 GehFinR FinMinm., 1878 GehOFinR, 1897 Wirkl.GehOFinR, 1901 a. D., Verf. von Kommentaren über Einkommen- u. Gewerbesteuer, u. a. des Werkes „Die gesetzlichen Vorschriften über die Entrichtung der Steuer vom stehenden Gewerbe und vom Gewerbebetrieb im Umherziehen im preußischen Staate“, Berlin 1877 114/94 162; 201/96

**Winkler** (1835–1891), 1863 GerAss., 1866 Kreisrichter, 1871 Syndikus Neisse-Grottkauer Fürstentums-Landschaft, 1873 Hilfsarb. im Direktorium d. Berlin-Stettiner Eisenbahn, 1874 1. Bgm. Neisse, 1878 OB Titel, 1881 a. D. u. LandesR im Provinzialverband Schlesien 15/91 75

**Winkler, Friedrich Ernst** (geb. 1850), Polizeidiener zu Wittlich, 1887 Disziplinarsache 274/99 32

**Winter, Georg** (1836–1910), 1864 GerAss. Stadtger. Berlin, dann Köpenick, 1872 Hilfsarb. KuMinm., 1873 KonsR Provinzialkonsistorium Brandenburg, 1877 OKonsR u. Mitgl. Ev. OKirchenR, 1882 GehORegR KuMinm., 1902 a. D. u. Wirkl.GehORegR 126/94 266v

**Winter, Julius** (geb. 1835), Gefangenenaufseher zu Köln, 1881 Disziplinarsache 91/93 185

**Winter, Oskar** (geb. 1848), PolLtn. zu Berlin, 1881 Disziplinarsache 93/93 216

**Winterfeld, Hugo v.** (1836–1898), Offizier, Flügeladjutant Wilhelms I., 1888 Generaladjutant Friedrich III., 1890/91 Kdr. 20. Inf. Div. Hannover, 1893–97 Kdr. Garde-Korps 303/100 50, 313/100 113

**Winters, Hermann** (geb. 1850), AGerSchr. zu Kirchhudem, 1883 Disziplinarsache 165/95 221

**Wintziger, Hermann** (geb. 1837), Förster zu Ostrowo (RegBez. Marienwerder), 1881 Disziplinarsache 91/93 186

**Wintzigerode, Wilko Graf** (1833–1907), Rittergutsbes., 1876–1900 Landesdir. Sachsen, 1873–74 MdR, 1867–1876, 1879–82 MdA (RFKP) 393/102 90

**Winzer, Wilhelm Julius Reinhold** (1834–nach 1914), 1862 RegAss., 1873 RegR Arnsberg, 1878 OPräsidium Münster, 1883 ORegR Köslin, 1886 zum OVGR vorgeschlagen, wird aber 1887 ORegR Minden, 1889–1901 RegPräs. Arnsberg, Wirkl.GehORegR 151/95 88; 253/98 104v, 257/98 164; 369/101 246

**Wirth**, ca. 1874–1903 Dir. d. Strafanstalt Berlin-Plötzensee, 1881 Titel GehJusR 70/93 59v

**Wirth, Robert** (geb. 1838), Lehrer in Polnisch Machen, Krs. Sagan, 1885 Disziplinarsache 223/97 97

**Wischhusen**, Intendanturassessor, dann Intendanturrat beim II. AK Stettin, ca. 1860 KrMinm., GehKrR, Wirkl.GehKrR, 1886 a. D. u. Stern z. KronenO II. Kl. 268/98 289–289v

**Wischnewski, Anton** (geb. 1851), Lehrer zu Ober-Kapkeim, Krs. Wehlau, 1886 Disziplinarsache 268/98 312

**Wißmann, Robert Karl Julius Wilhelm** (geb. 1845), Oberförster zu Sprackensehl, Krs. Isenhagen, 1888 Disziplinarsache 312/100 111

**Witte, Hugo** (geb. 1842), Lehrer zu Kreuz, Krs. Filehne, 1881 Disziplinarsache 91/93 187

**Witte, Karl** (1835–1908), 1870 Diakon an der Berliner Elisabethkirche, 1879 Pfarrer Golgatha-Gemeinde, jahrelanger persönlicher Gegner A. Stöckers, der mit ihm bis 1896 vor Gericht prozessierte 353/101 60v; 363/IV 172

**Wittich, Adolf v.** (1836–1906), 1855 Offizier, 1866 Hptm. i. G., 1872 Gr. GenStab, 1878 Oberst u. Abt.-Chef KrMinm., 1885 GenMaj. u. Kdr. 12. Inf. Brigade, 1888 Generaladjutant Wilhelms II., GenLtn. u. Chef d. Hauptquartiers, 1892–1903 Kommand. Gen. XI. AK Kassel, 1904 GenOberst u. MdH 28/92

- Witzendorff, Karl v.** (1824–1891), 1842 Ltn., 1846 Allg. Kriegsschule, 1855 Gr. GenStab, 1859 Adjutant Prinz Friedrich Karl, 1866 Kdr. Rgt. Lüneburg, 1871 GenMaj. u. Dir. Militärreitschule Hannover, 1876 GenLtn. u. Kdr. 14. Div. Düsseldorf, 1882 kommand. Gen. VII. AK Münster, 1884 Gen. d. Kav., 1888 a. D. *179/96* 49v
- Witzke, Johannes** (geb. 1842), Lehrer zu Sittnow, Krs. Flatow, 1881 Disziplinarsache *93/93* 217
- Witzler, Johann** (geb. 1838), Obersteuerkontrolleur, Steuerinspektor zu Stettin, 1888 Disziplinarsache *344/100* 306
- Wohlens, Wilhelm** (1819–1891), 1846 GerAss. Naumburg/S., div. Verwendungen, 1853 RegAss. Düsseldorf, 1856 RegR, 1861 Hilfsarb., 1865 nur Charakter GehRegR, da polit. altliberal, 1868 VortrR MdI, GehORegR, 1890 a. D. u. Wirkl. GehORegR *129/94* 283v, 286; *266/98* 263
- Wohlgemuth, August** (1832–1903), PolKom. in Mühlhausen/E., ermittelt 1889 in der Schweiz gegen die Exil-Sozialdemokratie, seine Festnahme durch Schweizer Behörden löste diplom. Notenwechsel aus *363/IV* 173–173v
- Woitinek, Josef** (geb. 1853), Gefangenenaufseher zu Beuthen/OS, 1887 Disziplinarsache *289/99* 207
- Wölfel, Moritz** (1830–1893), Rechtsanw. u. Notar in Merseburg, Mitgl. von AR in Zuckerindustrie u. Eisenbahnbau, 1867–70 MdA, 1867, 1871–78, 1881–84 MdR (NLP, LibVg) *147/95* 57
- Wolff (-Gorki), Eugen** (1859–1926), Dr. jur., 1884 RegRef. Oppeln, 1887 RegAss. Düsseldorf, 1889 LandR Mogilno, 1899 als „Kanalrebell“ a. D., dann Rittergutsbes., Mitgl. Direktorium d. Preuß. Zentralgenossenschaftskasse, deshalb 1916 GehFinR, 1899–1918 MdA (DkP) *395/102* 136
- Wolff, Albert** (1814–1892), 1831 Schüler u. Gehilfe Rauchs, 1866 Prof. Akad. d. Künste Berlin, Bildhauer, v. a. Staatsaufträge für hist. Figuren, 1886 KronenO II. Kl. *257/98* 163
- Wolff, Arthur v.** (1828–1898), 1853 GerAss. Berlin, 1854 RegAss. Potsdam, 1856 kommissar. Beschäftigung MdI, 1859 Frankfurt/O., 1864 RegR u. Hilfsarb. MdI, 1865 GehRegR, 1870 GehORegR MdI, 1872 RegPräs. Trier, 1881 OPräs. Sachsen, 1883 Affäre um VO betr. Sonntagsheiligung, deshalb keine Ordensauszeichnung, 1890–98 Präs. Oberrechnungskammer u. Rechnungshof d. Dt. Reiches, 1895 KronenO I. Kl. *83/93* 117v; *127/94* 272; *162/95* 189, 191v–192v, *174/95* 307v; *316/100* 123
- Wolff, Emil** (geb. 1846), Lehrer zu Zehdenick, 1888 Disziplinarsache *339/100* 246
- Wolff, Franz Johann** (geb. 1854), Lehrer u. Kantor zu Märzdorf, RegBez. Liegnitz, 1889 Disziplinarsache *371/101* 284
- Wolff, Joseph** (geb. 1847), Gefangenenaufseher zu Neidenburg, 1885 Disziplinarsache *226/97* 137
- Wolff, Julius Andreas Otto** (geb. 1848), Lehrer zu Könnern, 1884 Disziplinarsache *210/96* 305
- Wolffgramm, Otto** (1890: v.) (1836–1895), 1863 RegRef. Liegnitz, 1866–71 Armee, 1872 LandR Stallupönen, 1874 Gerdauen, 1883 PolDir. Potsdam, 1886 Titel PolPräs., 1889 beurlaubt als KabMinr. Lippe-Detmold, 1890 nach Streit um Pensionsansprüche als dienstunfähiger Beamter mit Pension aus dem preuß. Staatsdienst entlassen, aber bis 1895 KabMinr. *164/95* 202v; *245/98* 17
- Woltschläger, Carl** (geb. 1834), Lehrer zu Neuendorf-Höhe, RegBez. Danzig, 1886 Disziplinarsache *255/98* 145
- Wosnitza, Johann** (geb. 1856), Gefangenenaufseher zu Leobschütz, 1888 Disziplinarsache *344/100* 307
- Wundermann, Carl Friedrich** (geb. 1829), Gerichtsschreiber zu Cammin, 1883 Disziplinarsache *160/95* 185
- Wurmb, Lothar v.** (1824–1890), 1857 LandR Weißenfels, 1867 PolPräs. PolPräs., 1872–90 RegPräs. Wiesbaden, 1883 Stern z. KronenO II. Kl., 1867, 1884–90 MdR, 1882–85 MdA (RFKP), 1885 MdH *142/95* 1v, *162/95* 191, 193, *174/95* 303v
- Wurzer,** Friedensrichter in Bitburg, JusR, 1879 Roter AdlerO IV. Kl. verweigert, 1879 a. D. *2/91* 3

- Wussow, Alexander v.** (1820–1889), 1851 RegAss. Erfurt, 1856 Hilfsarb. MdI, 1857 PolPräsidium Berlin, 1857 LandR Heiligenstadt, 1864 RegR Arnberg, 1867 Hilfsarb. KuMinm., 1871 GehRegR, 1874 GehORegR, 1886 a. D. u. Stern z. Roten Adler O. II. Kl. 140/94; 267/98 270
- Wüstefeld, Johannes** (geb. 1804), Dr. med., Arzt im Kreis Neustadt/OS, 1841 Kreisphysikus, Geh. Sanitätsrat, erhielt von Wilhelm II. 1889 statt des beantragten Kreuzes d. Ritter d. HausO v. Hohenzollern den KronenO II. Kl. 356/101 98v
- Wuttke, Hermann** (geb. 1831), Lehrer zu Radlowitz, Krs. Ohlau, 1882 Disziplinarsache 137/94 362
- Wyneken, Ernst Friedrich** (1840–1905), Theologe, 1863–65 Hauslehrer, 1867 Lehrer höhere Töchterschule Hannover, 1867 Dr. phil., 1870 Erzieher d. Prinzen Franz Joseph v. Nassau, Freund Th. Lohmanns, 1874 Hrsg. „Deutsche Blätter“ u. Dir. d. städt. Töchterschule zu Stade, 1882 nach Disziplinarverfahren Verweis, Versetzungsgesuch u. 1883 Pastor zu Edesheim b. Göttingen 112/94 126
- Wysocki, Anton** (geb. 1854), Lehrer zu Ciszkowo, Krs. Czarnikau, 1888 Disziplinarsache 312/100 112
- Wronski, Adam Silvester von,** Gefängnis-Inspektor zu Stettin, 1879 Disziplinarsache 14/91 73
- Zahren, Heinrich,** kath. Priester aus Eitorf, 1889 Dispensation 369/101 247
- Zakrzewski, Roman v.** (geb. 1820), 1847 RegAss. Posen, 1849 kommissar. LandR Kreuzburg/OS, 1850 LandR Namslau, 1852 Neisse, 1858 RegR Merseburg, 1867 GehORechR Oberrechnungskammer Potsdam, 1872–83 Landdrost Aurich 156/95 111v
- Zalisz, Stanislaus** (geb. 1839), Lehrer zu Grabow, Krs. Schildberg, 1886 Disziplinarsache 255/98 146
- Zander, Adolf** (geb. 1843), Gemeindeschullehrer zu Berlin, 1886 Disziplinarsache 255/98 147
- Zander, Johann Wilhelm Ferdinand** (geb. 1828), Schutzmann zu Stettin, 1881 Disziplinarsache 79/93 105
- Zastrau, Friedrich** (1837–1899), 1870 Baumeister, 1879 Bauinspektor Ministerial-, Militär- u. Baukomm. Berlin, 1884 Reg- u. BauR Königsberg, 1890 GehBauR Minm.öA, 1895 GehOBauR 396/102 143
- Zastrow, Alfons v.** (1834–1889), 1862 RegAss. Liegnitz, 1864 LandR Lauban, 1869 RegR u. OPräsR Kiel, 1871 desgl. Breslau, 1878 Hilfsarb. MdI, 1879 GehRegR KuMinm., 1881 mit Puttkamer Rückkehr in das MdI, 1882 MinDir. u. Wirkl.GehORegR, 1888 UStS 18/91 122; 111/94 112, 133/94, 140/94 374; 334/100 207; 394/102 115v
- Zawadzki, Hermann** (geb. 1834), PolKom. zu Breslau, 1884 Disziplinarsache 200/96 207
- Zedler, Julius** (geb. 1855), Bgm. zu Kruschwitz, Krs. Strelno, 1890 Disziplinarsache 397/102 187
- Zedlitz (-Neukirch), Constantin Frh. v.** (1813–1889), 1839 LandR Glatz, 1855 ORegR Liegnitz, 1856–61 PolPräs. Berlin, z. D. nach Anschuldigungen während der Neuen Ära, 1864 Zivilkom. Schleswig, 1867 RegPräs. Schleswig, 1868 Liegnitz, 1885 a. D. u. Stern z. Roten Adler O. II. Kl., 1850 Mitgl. Erfurter Parl. (Volkshaus), 1850–52, 1879–85 MdA (Rechte, DkP) 214/97 16, 217/97 43v
- Zedlitz (-Neukirch), Octavio Frh. v.** (1840–1919), 1867 RegAss., 1867–74 LandR Sagan, 1871 Unterpräfekt St. Quentin, 1874 Hilfsarb. Reichskanzleramt, 1876 HandMinm., 1881 GehRegR Minm.öA, 1887 GehORegR, März 1899 Präs. Seehandlung, Okt. als „Kanalrebell“ mit Pension a. D., Mitbegr. Dt. Flottenverein, Mitgl. Ausschuß ZDI, Publizist, 1915 Wirkl.GehR, 1907–18 Vors. RFKP, 1871–74 MdR, 1877–1918 MdA (RFKP; 1907–18 Fraktionsvors.) 9/91; 70/93 59; 214/97 16v, 221/97 70; 316/100 126
- Zedlitz-Trützschler, Robert Graf v.** (1837–1914), 1856–62 Offizier, dann Rittergutsbes., 1879–81 Vors. schles. ProvAusschuß, 1881–86 RegPräs. Oppeln, 1884 MdStR, 1886–91 OPräs. Posen u. Vors. Ansiedlungskomm., 1888 Kandidat für die Nachfolge Puttkamers als Minr.dI, 1891/92 KuMinr., scheiterte 1892 mit seinem Volksschulgesetzentwurf, 1898–1903 OPräs.



- Hessen-Nassau, 1903–09 OPräs. Schlesien, 1910 MdH 85/93 151v–152; 173/95 302v; 246/98 31v, 258/98 173v, 259/98 196v, 260/98 204, 206v, 208, 261/98 214v, 264/98 241, 266/98 246v, 247, 268/98 273, 273/98 352v, 353, 354, 355, 358v, 359v, 361v; 277/99 50v, 286/99 153v, 154; 301/100 34v, 35v, 37, 326/100 176, 327/100 179; 367/101 234v, 369/101 246v
- Zeidler, Carl** (geb. 1832), berittener Steueraufseher zu Oppeln, 1881 Disziplinarsache 79/93 106
- Zeiss, Christian Friedrich** (geb. 1836), Regierungskanzlist zu Ehrenbreitstein, 1887 Disziplinarsache 274/99 33
- Zelle, Robert** (1829–1901), 1856 GerAss. Berlin, 1861 StadtR Berlin, 1872 Stadtsyndikus, 1891 2. Bgm., 1892–98 OB, 1873–91 MdA (DFP, DFsP), 1892–98 MdH 394/102 107, 109v
- Zenker, Franz**, kath. Priester, 1888 Dispensation 343/100 286
- Zibell, Gustav** (geb. 1853), Gerichtsvollzieher zu Czarnikau, 1883 Disziplinarsache 165/95 222
- Ziebell, Eduard Wilhelm** (geb. 1848), Lehrer zu Ribbensdorf, Krs. Gardelegen, 1885 Disziplinarsache 226/97 138
- Ziegenhagen, Ernst** (geb. 1848), Grenzaufseher zu Neufahrwasser, Krs. Danzig, 1889 Disziplinarsache 352/101 49
- Ziegler (-Klipphausen), v.**, (geb. 1830), seit 1869 Strafanstaltsdir. zu Kassel, 1881 Pensionssache 95/93 220, 225
- Ziegler, Friedrich August Wilhelm** (1835–1897), GerRef. Berlin, 1861 Offizier, 1864 u. 1866 aktiv, 1868 Hptm. u. Kompagniechef, 1873 Maj., 1879 Gr. GenStab u. Chef Armeeabt. im KrMinm., Oberstltm., 1884 Oberst u. Kdr. Inf. Rgt. Nr. 49, 1888 GenMaj., 1890 GenLtn. u. Kdr. 6. Div. Brandenburg, 1892 a. D. 60/92
- Zillmann, Heinrich** (geb. 1839), Gerichtsvollzieher zu Meseritz, 1885 Disziplinarsache 230/97 171
- Zimmer, Johann Wilhelm Michael** (geb. 1852), Packmeister zu Köln-Nippes, 1887 Disziplinarsache 274/99 34
- Zimmermann, Adolph** (geb. 1832), Polizeidiener zu Billerbeck, Krs. Coesfeld, 1882 Disziplinarsache 108/94 97
- Zimmermann, Gustav** (1829–1903), 1856 GerAss., 1858 Reg. Frankfurt/O. u. Spezialkom. Lübben, 1861 Calau, 1862 RegAss., 1867 RegR, 1870/71 kommissar. Dirigent d. landwirt. Akad. Poppelsdorf, Mitgl. d. Generalkomm. Posen u. Breslau, 1873 Reg. Schleswig, 1878 ORegR Danzig, 1887 RegVizepräs. Posen, 1889–1901 RegPräs. Schleswig 286/99 157; 369/101 246
- Zimmermann, Gustav** (geb. 1847), Gerichtsvollzieher zu Reinerz, Krs. Glatz, 1888 Disziplinarsache 330/100 201
- Zimmermann, Hermann** (geb. 1836), Stationsvorsteher II. Kl. zu Nendza, Krs. Ratibor, 1886 Disziplinarsache 258/98 193
- Zobel, Heinrich Rudolph** (geb. 1855), StAnwSchr. zu Hannover, 1888 Disziplinarsache 330/100 202
- Zobel, Julius Ferdinand** (geb. 1847), Lehrer zu Großdorf, RegBez. Posen, 1880 Disziplinarsache 38/92 90
- Zoltowski, Marcell v.** (1812–1901), 1838 Verwaltung seiner Rittergüter, 1846 Landschaftsdir., 1863–69 Generallandschaftsdir. Prov. Posen, 1848 Mitgl. preuß. NatVers. (Linkes Centrum), 1849/50 Mitgl. 2. Kammer, 1859–61, 1862–67 MdA (Pole), 1880 MdH 29/92 7
- Zwicker, Hermann** (1813/14–1885), seit 1859 Disponent im Berliner Bankhaus Gebr. Schickler, 1870 Mitgesellschafter d. Fa., Geh. Kommerzienrat, türkischer Konsul, Mitgl. Verwaltungsrat d. Dt. Bank, 1870er Jahre–1885 Deputierter des Zentralausschusses der Reichsbank, 1885 KronenO II. Kl. erwogen 211/96 307v
- Zwiebel, Karl Emil August** (geb. 1848), Lehrer zu Sonnenburg/Nm., 1889 Disziplinarsache 370/101 278

## Ortsregister

*Die Orte werden in der Regel gemäß der Schreibweise und Kreiszugehörigkeit von Ritters Geographisch-Statistischem Lexikon, 8. Aufl., Leipzig 1895 aufgeführt. Ausnahmen wurden nur bei einigen wenigen Orten bezüglich Angleichung der Schreibweise an die heute übliche gemacht; dies gilt v. a. bei Kommunen mit C und K (Kassel, Cottbus).*

*Alle Orte mit dem Zusatz „Bad“ sind auch an dieser Stelle alphabetisch aufgeführt.*

*Zudem wurden die Orte, die 1920 zu Groß-Berlin vereinigt wurden, auch unter Berlin zusammengefaßt, während heutige Stadteile von anderen Großstädten, z. B. (Hamburg-) Harburg oder (Köln-) Mülheim, separat aufgelistet werden.*

*Bei den Wohnorten der Beamten aus Disziplinarsachen – häufig kleinen und kleinsten Gemeinden –, konnte aus arbeitsökonomischen Gründen dann die Kreiszugehörigkeit nicht ermittelt werden, wenn diese Flecken in einem Regierungsbezirk mehrfach existierten; hier steht nur der Regierungsbezirk.*

*Blattangaben mit „f.“ beziehen sich nicht nur auf die folgende (Rück-) Seite des genannten Blattes, sondern indizieren den Fortgang auf dem folgenden Blatt (sowohl Vorder- wie Rück-Seite).*

**Aachen** 38/92 82, 60/92 248v; 108/94 77v; 150/95 80; 197/96 163, 171; 258/98 178v, 268/98 298, 271/98 336; 290/99 213; 312/100 98, 339/100 235, 343/100 291; 345/96 311; 373/101 291v, 292; 391/102 73v, 394/102 116

**Aargau** (Schweiz) 363/IV 173

**Achim** (Krs. Verden) 335/100 218

**Adamkowo** (Krs. Tuchel) 283/99 117

**Adelsbach** (Krs. Waldenburg) 287/99 168

**Alexandrowo** (Grenzstation) 121/94 212

**Alfeld/Hann.** 168/95 250

**Alhausen** (Krs. Höxter) 255/98 124

**Allenstein** 237/97 222; 360/101 141, 375/101 312

**Allwörden** (Krs. Kehdingen) 26/91 168

**Altdamm** (Krs. Randow) 280/99 74v

**Alte Picardie** (Krs. Gfscht. Bentheim) 236/97 201v

**Altena** 226/97 127

**Altenau** (Krs. Zellerfeld) 10/91 52

**Altenhausen** (Krs. Neuhaldensleben) 42/92 103

**Altenplathow** (Krs. Jerichow II) 42/92 103

**Althaldensleben** (Krs. Neuhaldensleben) 42/92 102v

**Altkuttendorf** (Krs. Neustadt/OS) 237/97 225

**Alt-Neissbach** (Krs. Habelschwerdt) 352/101 44

**Altona** 27/91 182; 46/92 134, 55/92; 73/93 66–66v, 75/93 73–73v, 76/93 77v, 91/93 169v; 129/94 286, 133/94 311; 163/95 201, 164/95 202; 226/97 134, 230/97 158; 255/98 123a, 256/98 152; 339/100 244; 340/100 249, 253v; 374/101 295v, 375/101 311; 388/102 206

**Alt-Werder** (Krs. Ortelsburg) 266/98 266

**Amtitz** (Krs. Guben) 343/100 283

**Angerburg** 150/95 70, 163/95 197v; 236/97 205

**Angermünde** 208/96 271v

**Angern** (Krs. Wolmirstedt) 42/92 103

- Antonia** (Krs. Oppeln) 226/97 124  
**Antonienhütte** (Krs. Kattowitz) 45/92 127  
**Antonin** (RegBez. Posen) 321/100 158v  
**Arklitten** (Krs. Gerdauen) 163/95 197  
**Arnsberg** 53/92 192, 56/92 203v; 93/93 199; 123/94 220; 245/98 22; 288/99 175; 364/101 188v, 189v, 190; 368/IV 185v; 369/101 245v, 246, 373/101 291v, 292  
**Arnsdorf** (Prov. Schlesien) 289/99 196  
**Arnswalde** 170/95 285; 369/101 261  
**Arolsen** 85/93 151; 203/96 236v  
**Ascheberg** (Krs. Plön) 272/98 346v  
**Asselermoor** (Krs. Kehdingen) 238/97 235  
**Aurich** 102/94 44v; 156/95 111v, 158/95 143v; 204/96 237v, 238; 256/98 158v; 286/99 157v; 371/101 282v; 389/102 47, 47v  
**Auwel** [Auel ?] (Rheinprovinz) 339/100 234
- Babelsberg** (b. Potsdam) 202/96 216  
**Babenthal, Ziegelei** (Krs. Karthaus) 160/95 184  
**Babin** (RegBez. Posen) 59/92 247  
**Bad Ems** 261/98 213v  
**Baden-Baden** 19/91 122ev, 122f  
**Bad Gastein** 377/101 327  
**Bad Hersfeld** 42/92 112, 45/92 129; 157/95 139  
**Bad Honnef** (Siegkreis) 330/100 198  
**Bad Oldesloe** 38/92 80; 330/100 199  
**Bad Pyrmont** 270/98 327  
**Bad Segeberg** 158/95 144, 149  
**Bagniewo** (Krs. Schwetz) 165/95 218  
**Baranowen** (Krs. Ortelsburg) 335/100 214  
**Bardungen** (Krs. Osterode/Ostpr.) 79/93 93  
**Barmen** 17/91 120v; 191/96 113v; 287/99 167, 295/99 237; 388/102 206v  
**Barmstedt** (Krs. Pinneberg) 197/96 178  
**Barten** (Krs. Rastenburg) 146/95 40  
**Bärwalde** (Krs. Neustettin) 125/94 247  
**Basel** 353/101 60  
**Batenhorst** (Krs. Wiedenbrück) 177/96 30  
**Baubeln** (RegBez. Gumbinnen) 344/100 301  
**Bauerwitz** (Krs. Leobschütz) 140/94 368  
**Bausendorf** (Krs. Wittlich) 157/95 134  
**Becherbach** (Krs. Meisenheim) 146/95 46  
**Beckum** 58/92 215  
**Bedburg** (Krs. Bergheim) 107/94 76, 108/94 77v  
**Belgard** 295/99 246; 397/102 165  
**Belsdorf** (RegBez. Magdeburg) 108/94 91  
**Bendorf** (Krs. Koblenz) 375/101 301v  
**Bennigsen** (Krs. Springe) 230/97 160  
**Benshausen** (Krs. Schleusingen) 300/100 25  
**Bentschen** 230/97 155  
**Berent** 283/99 118  
**Berge** (Prov. Hannover) 31/92 36  
**Bergedorf** (b. Hamburg) 242/97 270

**Bergen** (Krs. Hanau) *83/93* 125

**Bergheim** (RegBez. Köln) *10/91* 50

**Berghofen** (Krs. Dortmund) *379/101* 351

**Bergkolonie** (Krs. Oststernberg) *180/96* 59

**Berlin** *7/91* 28, *10/91* 40 f., 48, 51, *12/91* 58v, *16/91* 85, 87, 101, *20/91* 122i; *28/92* 2, *29/92* 18, *33/92* 47v, *41/92* 98, *43/92* 114, *46/92* 145, *48/92* 166v–162, *50/92* 174, *51/92* 188, *56/92* 203; *63/93* 12, *64/93* 16, *66/93* 21v, 23, *70/93* 43, 48, *72/93* 62v, *75/93* 70, *79/93* 88 f., *80/93* 109, *81/93* 111v, *82/93* 113v–114v, *83/93* 117, 126, 128, 130, *85/93* 151, *86/93* 155v, *87/93* 158v–159, *89/93* 162, *90/93* 164, 166, *91/93* 178, 180, *93/93* 209, 216, *94/93* 218, *95/93* 223, *97/93* 234; *101/94* 41v, 42, *103/94* 55, *107/94* 71, 72v, *108/94* 77v, 93, *112/94* 115, 117v, *114/94* 164v, 165v, *117/94* 201, *120/94* 208, *123/94* 221v, *124/94* 228–228v, *125/94* 253, 255, 257, *141/94* 380; *143/95* 6v, *144/95* 16v, *150/95* 71, 75, 78, 83, *151/95* 91v, *157/95* 136, *158/95* 143v, 153, *159/95* 160, 165, *160/95* 180, *163/95* 196v, *164/95* 202, *165/95* 209, *166/95* 225v, 229v, *169/95* 267v, *170/95* 279; *191/96* 119v, *192/96* 123v, *199/96* 188v, *201/96* 209, *202/96* 216v, 217v, 218, *207/96* 270v, *208/96* 272; *216/97* 38, *230/97* 150v, *232/97* 178, *233/97* 182, *234/97* 183, 184, *236/97* 198, 204, *237/97* 215; *245/98* 19, *255/98* 122, 131, 134, 147, *256/98* 150, 151v, 153v, 155v, *257/98* 163, 164, 164v, *258/98* 179, *259/98* 198, *260/98* 206, 207, 208, *261/98* 215, *264/98* 240, *266/98* 249, *268/98* 293 f., 297, *269/98* 315, 315v, 320, *272/98* 349; *276/99* 42, *278/99* 58v, 59v, 60, *279/99* 62 f., 67, 71, *280/99* 74, *281/99* 81v, *283/99* 112v, *284/99* 134, *287/99* 164, 166, 170, *288/99* 174v, 175v, 180, *289/99* 191, 192, *291/99* 215, *295/99* 236, 238v, 239, 239v; *297/100* 4v, *300/100* 19, *301/100* 27 f., *303/100* 47, 48, 49v, *317/100* 133v, *321/100* 158v, *326/100* 177, 177v, *328/100* 183v; *331/IV* 111; *332/100* 203, *336/100* 219, 219v, *339/100* 232, 240, *341/100* 271, 272, 274, 275v, *342/100* 280, *344/100* 292v, 305; *349/101* 5 f., 7v, 8, 8v, *356/101* 99, *359/101* 134v, *360/101* 136, 136v, 153, *361/101* 164v; *363/IV* 159; *364/101* 174v, 186v, *366/101* 221, *370/101* 270, *371/101* 280v, *373/101* 291, 291v, 292, *374/101* 295v, *377/101* 326, 334v, *379/101* 348bv, 348e, *380/101* 369v, *381/101* 372v; *388/102* 206, *389/102* 47, *390/102* 58, 65, 66, *394/102* 108v, 109v

- Akademie d. Wiss. *379/101* 340

- Alexander-Ufer *189/96* 99v, 100, 100v, 101v

- Alsenplatz *39/92* 91

- Alt-Moabit *263/98* 236

- Behrenstr. 72 *32/92* 44v

- Belle-Alliance-Str. (Kreuzberg) *268/98* 294v

- Börse *333/IV* 120v

- Charité *189/96* 100, 100v, 101

- Charlottenburg *306/100* 62, *307/100* 69v, *313/100* 114v, *314/100* 117v; *365/101* 201v

- Charlottenburger Chaussee *341/100* 274v

- Charlottenstr. *379/101* 339

- Dom *23/91* 140v; *333/IV* 117–124; *353/101* 61

- Dörnbergstr. *365/101* 200v, 201v

- Dorotheenstr. *109/94* 104v; *175/96* 2, *189/96* 101

- Falk-Realschule *349/101* 5

- Friedrich-Carl-Ufer *189/96* 99v, 100, 100v, 101v

- Friedrichsbrücke *373/101* 290v, *379/101* 341

- Friedrichsfelde *16/91* 89

- Großbeerenstr. *268/98* 294

- Grunewald *15/91* 77v; *83/93* 122

- Hedwigskirche *23/91* 140v

- Hippodrom *204/96* 238v

- Jägerstr. *189/96* 101v

- Joachimsthaler Gymnasium 349/**101** 5
- Kaiser-Wilhelm-Str. 333/**IV** 119, 120v
- Königsgraben 333/**IV** 122
- Königsplatz 15/**91** 77
- Köpenick 242/**97** 273
- Kolonnenstr. 268/**98** 294v
- Kottbusser Tor 189/**96** 100v
- Kreuzberg-Park 267/**98** 271
- Kreuzbergstr. 268/**98** 294, 294v
- Krolls Etablissement (Königsplatz) 189/**96** 99v
- Kunstakademie (Unter den Linden) 189/**96** 100, 100v
- Kurfürstendamm 76/**93** 77, 83/93 121v–122
- Leipziger Platz 7 32/**92** 45
- Leipziger Str. 3/4 168/**95** 246v; 282/**99** 83–85, 283/99 114v–117
- Lessing-Gymnasium 349/**101** 5v
- Louisenstr. 189/**96** 99v
- Marienstr. 189/**96** 101v
- Markgrafenstr. 189/**96** 101v
- Markgrafenstr. 47 32/**92** 45; 168/**95** 246v
- Moabit 297/**100** 6
- Möckernstr. 268/**98** 294v
- Museumsinsel 167/**95** 236v; 373/**101** 290v, 379/101 340v–341
- Nationalgalerie 333/**IV** 120
- Niederschönhausen 147/**95** 59
- Opernplatz 394/**102** 105
- Palais Raczynski 341/**100** 272v
- Pankow 147/**95** 59
- Pankstr. 268/**98** 298
- Pariser Platz 394/**102** 105
- Plötzensee 70/**93** 59v; 282/**99** 87, 293/99 228
- Porzellanmanufaktur (Leipziger Str.) 189/**96** 99v
- Potsdamer Vorstadt 349/**101** 5
- Raczynski'sches Grundstück (Tiergarten) 15/**91** 77v
- Reichskanzlerpalais 398/**102** 192
- Reichstagsgebäude, Leipziger Str. 4 113/**94** 137v
- Schiffbauerdamm 189/**96** 99v
- Schloßfreiheit 331/**IV** 111v, 333/**IV** 124v; 341/**100** 271v–276, 342/100 280; 357/**IV** 133; 379/**101** 336, 348a, 348d; 394/**102** 105
- Schloßplatz 268/**98** 298v
- Schöneberg 296/**99** 262; 349/**101** 3, 6v–7, 8
- Schumannstr. 189/**96** 101v
- Siegesallee 341/**100** 274v
- Sommerstr. 109/**94** 103v–104; 175/**96** 1v, 178/96 34, 189/96 99v; 341/**100** 272v
- Spandau 29/**92** 17; 135/**94** 327, 137/94 357; 183/**96** 79
- Spree 333/**IV** 120, 122
- Staatsbibliothek (Unter den Linden) 189/**96** 101
- Stadtschloß 8/**91** 29v; 196/**96** 160, 203/96 234 f.; 326/**100** 174v; 333/**IV** 119, 368/**IV** 179; 388/**102** 190, 392/102 77v
- Technische Hochschule (Charlottenburg) 189/**96** 100v
- Tempelhofer Feld 316/**100** 124v

- Tiergarten 15/91 77 f.; 51/92 180; 204/96 238v
- Tivoli-Gelände (Kreuzberg) 268/98 294v, 297 f.
- Uferstr. 268/98 298
- Universität (Unter den Linden) 189/96 100, 100v, 101
- Unter den Linden 379/101 348d
- Wallstr. 268/98 298
- Wannsee 289/99 190
- Wilhelmstr. 62 u. 70a 32/92 44v
- Wilhelmstr. 77 196/96 160
- Wilmersdorf 83/93 134; 349/101 5
- Wilsnacker Str. 268/98 298
- Ziegelstr. 189/96 101
- Zimmerstr. 189/96 99
- Zivilkabinett (Leipziger Str. 76) 189/96 100v, 101v
- Bern** 363/IV 173v, 174; 364/101 172
- Berndorf** (Krs. Liegnitz) 182/96 72
- Beuthen/OS** 79/93 91; 206/96 265; 230/97 156; 255/98 143; 289/99 207
- Bialygrund** (Krs. Ortelsburg) 26/91 173
- Biberthal** (RegBez. Marienwerder) 177/96 32
- Biehl** (Rhein) 160/95 174v
- Bielefeld** 220/97 67; 369/101 262
- Bielsko** (Krs. Inowroclaw) 261/98 220
- Bietzen** (Krs. Merzig) 70/93 53
- Billerbeck** (Krs. Coesfeld) 108/94 97; 294/99 232
- Bischofsburg** 108/94 85; 162/95 193v; 214/97 24
- Bischofswerder** (Krs. Rosenberg) 360/101 158
- Biskupitz** (Krs. Thorn) 284/99 129
- Bitburg** 2/91 3
- Bitterfeld** 46/92 152
- Blankenheim** (Krs. Schleiden) 352/101 38
- Blankenrath** (Krs. Zell) 300/100 23
- Bliesdorf** (Krs. Oldenburg i. H.) 263/98 233
- Bludzen** (Krs. Goldap) 312/100 109
- Blumenthal** (Krs. Kiel) 114/94 175
- Blyerheide** (Holland) 297/100 6v
- Bocholt** 165/95 212; 294/99 232
- Bochum** 29/92 14, 46/92 136, 48/92 165; 114/94 179; 142/95 3, 144/95 17v, 157/95 132; 339/100 236; 365/101 196v; 368/IV 180, 186
- Bockenheim** (Krs. Hanau) 296/99 258
- Bodenbach** (Böhmen) 374/101 293v
- Bolkenhain** 91/93 181
- Bonames** (Krs. Frankfurt/M.) 353/101 58v
- Bonk** (Krs. Konitz) 375/101 309
- Bonn** 22/91 138; 211/96 306; 227/97 139v, 236/97 198v; 274/99 25, 283/99 120; 345/96 310; 351/101 15, 369/101 247; 394/102 118
- Boppard** (Krs. St. Goar) 369/101 247, 371/101 283
- Bordesholm** (Krs. Kiel) 255/98 138
- Borken** 170/95 284
- Bornheim** (Krs. Frankfurt/M.) 353/101 58v, 379/101 344
- Bornstedt** (Krs. Neuhaldensleben) 91/93 183

- Brakau** (Krs. Marienwerder) *159/95* 167  
**Brandenburg/H.** *125/94* 249  
**Brasdorf** (Krs. Königsberg) *210/96* 291  
**Braunschweig** *193/96* 145; *212/97* 9v, *222/97* 79, 79v; *281/99* 82  
**Bremen** *73/93* 66v, *75/93* 73–73v; *121/94* 212; *336/100* 223, *340/100* 249, 249v, 250v, 253v  
**Breslau** *11/91* 57; *32/92* 44, *33/92* 47v, *45/92* 132; *70/93* 35, *91/93* 176, *92/93* 188, *93/93* 198–198v, *95/93* 222 f., *97/93* 234; *100/94* 18, *101/94* 37, *112/94* 115, *113/94* 139, *116/94* 195, *121/94* 211, *126/94* 269, *131/94* 301v, 303, *132/94* 305; *146/95* 36, *159/95* 158, *164/95* 202, 202v, *169/95* 267v, *173/95* 302, *174/95* 304; *184/96* 85, *200/96* 207, *201/96* 212; *215/97* 27, *226/97* 105, *234/97* 183v, 184; *255/98* 119, 121, *266/98* 245v; *274/99* 2v, *283/99* 120v, *288/99* 175v, *295/99* 253, *296/99* 261; *297/100* 7, 8v, 9v, *300/100* 13, 17, 18, *301/100* 36v, *312/100* 92, 100, *341/100* 258v; *351/101* 15v, *352/101* 26, *360/101* 137, 149, *362/101* 169v, *366/101* 221, *367/101* 237v, *376/101* 323v; *386/102* 31v, *394/102* 112v, 115, *397/102* 163  
**Brieg** *397/102* 176  
**Briesen/Westpr.** *59/92* 233; *137/94* 347; *375/101* 312  
**Brilon** *114/94* 174, *125/94* 256  
**Brixen** *183/96* 75, *186/96* 89v  
**Bromberg** *31/92* 39; *76/93* 76, *83/93* 123, *85/93* 151, *87/93* 158v; *158/95* 147v, 150, *164/95* 202v; *206/96* 262; *226/97* 105, *230/97* 167; *244/98* 15, *246/98* 33, 33v, 34v, 35, 36, *247/98* 41v, 46v; *287/99* 171, *296/99* 260; *326/100* 178; *345/96* 310; *379/101* 355  
**Broniewo** (RegBez. Bromberg) *108/94* 86  
**Bröns** (Krs. Hadersleben) *238/97* 236  
**Brostau** (Krs. Glogau) *157/95* 135  
**Bruchhausen** (Krs. Hoya) *339/100* 237  
**Bruchhausen** (Krs. Neuwied) *38/92* 85  
**Brühl** *230/97* 163  
**Brüssel** *77/93* 81  
**Brzezie** (RegBez. Posen) *157/95* 123  
**Brzezinka** (Krs. Kattowitz) *70/93* 52  
**Bublitz** *396/102* 139v  
**Buchholz** (Krs. St. Goar) *360/101* 143  
**Buchwalde** (Krs. Graudenz) *375/101* 314  
**Buchwerder** (Krs. Czarnikau) *180/96* 57  
**Buczkowo** (RegBez. Bromberg) *160/95* 181  
**Bukwitz** (Krs. Fraustadt) *214/97* 20  
**Bunzlau** *371/101* 282v  
**Burg** *394/102* 111v  
**Burgdorf/Hannover** *296/99* 263  
**Burghaun** (Krs. Hünfeld) *210/96* 299  
**Burgsteinfurt** *206/96* 260; *287/99* 160  
**Bursfelde** (Krs. Göttingen) *83/93* 127  
**Büsbach** (Krs. Aachen) *226/97* 126  
**Busenhausen** (Krs. Altenkirchen) *238/97* 233  
**Bütow** *170/95* 286  
  
**Calbe/S.** *377/101* 326, *379/101* 350; *386/102* 36, *390/102* 62  
**Camitz** (Krs. Franzburg) *197/96* 168  
**Camitz** (Krs. Torgau) *258/98* 179v  
**Cammin** *160/95* 185  
**Carlsruhe i. Schl.** (Krs. Oppeln) *236/97* 210

- Carvin** (Krs. Kolberg) 330/100 190  
**Celle** 79/93 95; 168/95 250; 278/99 60v  
**Charlottenthal** (Krs. Schwetz) 165/95 210  
**Ciborz** (Krs. Strasburg/Westpr.) 93/93 215  
**Cielenta** (Krs. Strasburg/Westpr.) 108/94 87  
**Ciszkowo** (Krs. Czarnikau) 312/100 112  
**Clausthal** 370/101 266v, 379/101 344v, 345  
**Cleve** 180/96 64  
**Coburg** 54/92 193v  
**Coeverden** (Niederlande) 236/97 201v  
**Colmar i.E.** 8/91 30  
**Comienen** (Krs. Rössel) 200/96 205  
**Constadt** (Krs. Kreuzburg) 237/97 224  
**Cosel/OS** 29/92 16; 101/94 36; 191/96 113; 295/99 252  
**Cöthen** (Krs. Oberbarnim) 226/97 109v  
**Cottbus** 114/94 182  
**Cuxhaven** 235/97 190 f.  
**Czarnikau** 165/95 222  
**Czenczel** (Krs. Ortelsburg) 242/97 271
- Daber** (Krs. Naugard) 379/101 353  
**Dalldorf** (RegBez. Lüneburg) 26/91 172  
**Danzig** 8/91 30, 10/91 42, 26/91 165; 38/92 71; 93/93 210, 96/93 226; 103/94 54–54v, 111/94 112v, 112/94 115, 116/94 195, 117/94 201, 141/94 378; 142/95 3, 150/95 69v, 158/95 146, 146v, 159/95 157, 160/95 173v, 175v; 175/96 1v, 206/96 264; 214/97 16, 226/97 132, 230/97 159, 234/97 183v; 246/98 31v, 247/98 43, 48, 254/98 114v, 115, 258/98 187, 259/98 196v, 200; 274/99 3, 286/99 157, 157v, 288/99 174v, 175v, 290/99 208; 307/100 74, 310/100 89, 312/100 92, 316/100 123v; 375/101 310; 382/101 11; 397/102 186  
 - Neufahrwasser 352/101 49; 369/101 263  
**Delecke** (Krs. Soest) 210/96 289  
**Delitzsch** 46/92 152; 84/93 142  
**Deutsch-Eylau** 112/94 125  
**Deutsch-Karstnitz** (Krs. Stolp) 339/100 238  
**Deutz** (b. Köln) 183/96 81  
**Diez** 176/96 4; 341/100 258v, 344/100 292v  
**Dillenburg** 266/98 245v  
**Dinslaken** 291/99 218  
**Dirschau** 206/96 258  
**Dolnik-Peruschke** (Krs. Flatow) 273/98 358v  
**Dolzig** (Krs. Schrimm) 70/93 57  
**Dommitsch** (Krs. Torgau) 125/94 259  
**Dönhoffstädt** (Krs. Rastenburg) 300/100 15v  
**Dortmund** 24/91 142; 83/93 134; 114/94 165; 146/95 41, 165/95 208; 214/97 19, 232/97 174, 233/97 181; 279/99 72; 300/100 24, 319/100 149v, 150; 365/101 197v, 367/101 226v; 368/IV 180; 370/101 265v, 266v, 379/101 344v, 345  
**Drense** (Krs. Prenzlau) 360/101 140  
**Drenzig** (Krs. Schlawe) 312/100 105  
**Dresden** 86/93 155v; 162/95 193, 163/95 196; 214/97 16; 257/98 163, 163v  
**Duderstadt** 279/99 62  
**Dudweiler** 70/93 47



- Duisburg** 103/94 55v, 139/94 366v; 295/99 242v  
 - Ruhrort 376/101 322
- Dülken** 287/99 169
- Düren** 230/97 150
- Düsseldorf** 85/93 151v, 92/93 188v; 132/94 305v, 139/94 366; 143/95 8v, 12, 158/95 146v, 147v, 162/95 193v, 164/95 202v; 234/97 183; 247/98 48v, 257/98 163; 293/99 223; 310/100 89, 322/100 161v; 369/101 247, 247v, 371/101 282, 282v, 375/101 300, 376/101 322v; 393/102 95
- Düsterort** (Krs. Ückermünde) 226/97 123
- Ebeleben** (Fstm. Schwarzburg-Sondershausen) 293/99 226
- Eberswalde** 38/92 77
- Ebertshausen** (Krs. Schleusingen) 197/96 170
- Eckmannshausen** (Krs. Siegen) 114/94 183
- Edingen** (Krs. Wetzlar) 397/102 184
- Ehrenbreitstein** (Krs. Koblenz) 274/99 33
- Ehrenfeld** (Krs. Köln) 261/98 216
- Eichstädt** 95/93 223v; 274/99 24, 24v; 301/100 35v
- Eisleben** 166/95 223v
- Eitorf** (Siegkrs.) 369/101 247
- Elberfeld** 33/92 47v; 108/94 84, 137/94 354, 361; 150/95 79; 191/96 113v; 226/97 128; 279/99 65, 295/99 237, 249; 312/100 97; 388/102 206v
- Elbing** 137/94 349; 330/100 197; 345/96 310
- Elgiszewo** (Krs. Briesen) 141/94 385
- Elisenu** (Krs. Thorn) 46/92 139
- Elm** (Krs. Schlüchtern) 157/95 137
- Emden** 127/94 281; 168/95 250
- Emmerich** 257/98 163v; 352/101 39
- Erdmannshain** (Krs. Rotenburg a.F.) 223/97 96
- Erfurt** 95/93 220, 224; 150/95 70v; 197/96 163v, 201/96 208, 206/96 261; 288/99 174v, 295/99 242
- Eschebrügge** (Krs. Gfscht. Bentheim) 339/100 243; 360/101 146
- Eschenriege** (Krs. Neustettin) 180/96 61
- Essen** 103/94 55v; 159/95 162; 216/97 39; 255/98 129; 288/99 181; 297/100 4
- Eupen** 76/93 76v
- Euskirchen** 15/91 75v
- Everswinkel** (Krs. Warendorf) 312/100 107
- Exin** (Krs. Schubin) 219/97 66; 246/98 33v
- Eydtkuhnen** (Grenzstation) 121/94 212
- Falkenberg/OS** 16/91 102; 29/92 15
- Fallingbostel** 93/93 208
- Farschweiler** (Krs. Trier) 255/98 125
- Fechenheim** (Krs. Hanau) 255/98 126
- Fiddichow** (Krs. Greifenhagen) 230/97 154; 295/99 248
- Filehne** 165/95 216
- Finkenwalde** (Krs. Randow) 280/99 74v
- Finkenwerder** (Krs. Harburg) 192/96 131
- Finsterwalde** 204/96 240
- Fischeln** (Krs. Krefeld) 269/98 326; 284/99 126
- Fockbeck** (Krs. Rendsburg) 197/96 177

- Foerde** (Krs. Olpe) *177/96* 26  
**Follmersdorf** (Krs. Frankenstein) *38/92* 72  
**Forst** (Lausitz) *204/96* 242  
**Forsthaus Rose** (Krs. Zellerfeld) *370/101* 277  
**Frankfurt/M.** *27/91* 187; *33/92* 47v, 58/92 217; *65/93* 17v, *66/93* 21v, *79/93* 86; *124/94* 230v; *174/95* 303v; *180/96* 58, *198/96* 182v, *206/96* 266; *215/97* 26v, *223/97* 87; *253/98* 100, 101, *271/98* 336, 336v; *291/99* 217, 219, *292/99* 220v, *293/99* 222v; *349/101* 6, *366/101* 221, *371/101* 282v, *374/101* 295v, 296v; *388/102* 206, *393/102* 91  
**Frankfurt/O.** *16/91* 96; *64/93* 16, *76/93* 76, *85/93* 151v; *133/94* 311; *164/95* 202, *171/95* 288; *200/96* 195; *226/97* 105; *266/98* 245v; *289/99* 190; *360/101* 136v, *373/101* 291v  
**Frankowo** (Krs. Lissa) *255/98* 123  
**Franzburg** *344/100* 293  
**Frauenburg** *240/97* 250; *243/98* 1; *394/102* 117v  
**Fraustadt** *157/95* 131; *209/96* 280, 280v; *279/99* 62  
**Freiberg/Elbe** (Krs. Kehdingen) *394/102* 111v  
**Freiburg** *123/94* 219, 219v; *312/100* 93  
**Fretter** (Krs. Meschede) *345/96* 310v  
**Fretterode** (Krs. Heiligenstadt) *210/96* 301  
**Friedeberg/Nm.** *10/91* 46  
**Friedeburgschbruch** (Krs. Friedeberg/Nm.) *289/99* 198  
**Friedrichsdorf** (RegBez. Stade) *26/91* 174  
**Friedrichsruh** (Krs. Hzgtm. Lauenburg) *113/94* 141; *164/95* 202v, *168/95* 245; *181/96* 66v; *260/98* 203, 203v; *336/100* 221v; *382/101* 11; *385/102* 25  
**Friedrichstein** (Krs. Königsberg) *334/100* 206  
**Friedrichsthal** (RegBez. Stettin) *296/99* 257  
**Frille** (Krs. Minden) *137/94* 358  
**Fulda** *16/91* 118; *127/94* 274, 275, *133/94* 310; *157/95* 115, *162/95* 193; *209/96* 286; *232/97* 177v, *240/97* 250; *286/99* 150v; *343/100* 284v; *353/101* 53v, *360/101* 147, *362/101* 169v  
**Fürstenau** (Hannover) *289/99* 205  
**Fürstenwalde** *58/92* 219
- Gandrinnen** (Krs. Insterburg) *157/95* 122  
**Gardin** (Krs. Regenwalde) *261/98* 217  
**Geestemünde** *197/96* 163v, 165; *386/102* 35, 40  
**Geestendorf** (Krs. Lehe) *126/94* 267; *312/100* 106  
**Gelsenkirchen** *365/101* 192, 195v, *366/101* 209; *368/IV* 180  
**Gemünd** (Rheinprovinz) *150/95* 84  
**Gera** *353/101* 59  
**Gerdauen** *164/95* 202v; *263/98* 232  
**Gesträuch-Wischin** (Krs. Berent) *255/98* 137  
**Gevelsberg** *38/92* 89  
**Gieboldehausen** (Krs. Duderstadt) *397/102* 168  
**Gießen** *371/101* 285  
**Gildon** (Krs. Konitz) *200/96* 199  
**Glabbach** (Krs. Geldern) *352/101* 40  
**Glatz** *146/95* 45; *192/96* 128; *247/98* 45  
**Gleiwitz** *38/92* 78; *137/94* 350; *177/96* 21  
**Glogau** *394/102* 112  
**Gnesen** *176/96* 5, 8, 8v, 9, *186/96* 90; *246/98* 35, *254/98* 114; *274/99* 24; *297/100* 2, *321/100* 158v, *341/100* 259; *362/101* 169v, *372/101* 286v

- Goch** (Krs. Kleve) 370/101 274  
**Goczalkowitz** (Krs. Pless) 26/91 170  
**Goldberg i. Schl.** 287/99 173  
**Gollantsch** (Krs. Wongrowitz) 66/93 25  
**Gollnitz** (Krs. Luckau) 180/96 63  
**Gollub** (Krs. Briesen) 70/93 42  
**Gollubin** (RegBez. Gumbinnen) 183/96 82  
**Gora** (RegBez. Bromberg) 258/98 188  
**Gorheim** (Oberamt Sigmaringen) 297/100 3v, 312/100 92v, 343/100 286v; 379/101 343v  
**Gorin** (Krs. Niederbarnim) 343/100 281, 287–291  
**Görlitz** 131/94 301v, 132/94 306v, 307; 150/95 81  
**Görnewitz** (Krs. Torgau) 16/91 110  
**Goslar** 93/93 199; 295/99 233, 244  
**Gostyn** 70/93 40; 297/100 3v  
**Gottesberg** (Krs. Waldenburg) 352/101 35  
**Göttingen** 91/93 171; 207/96 269v; 218/97 56v; 281/99 81 f., 284/99 127; 366/101 220v  
**Gottmannsdorf** (Krs. Pless) 268/98 308  
**Grabow** (Krs. Schildberg) 255/98 146  
**Graetz** (Posen) 2/91 3  
**Gramattenbrück** (Krs. Deutsch Krone) 198/96 186  
**Grasegrund** (RegBez. Liegnitz) 59/92 244  
**Graudenz** 170/95 274; 395/102 136v  
**Greifenberg** 162/95 193v  
**Greifswald** 38/92 67v; 114/94 164; 252/98 98v  
**Grohn-Vegesack** (Krs. Blumenthal) 16/91 117  
**Gronau** 168/95 250; 177/96 29; 263/98 238  
**Großauheim** (Krs. Hanau) 163/95 199  
**Großbeeren** (Krs. Teltow) 268/98 298  
**Groß-Benz** (Krs. Naugard) 397/102 173  
**Groß-Borstel** (Krs. Hoya) 70/93 49  
**Groß-Budziska** (Krs. Tuchel) 38/92 84  
**Großdorf** (RegBez. Posen) 38/92 90  
**Groß-Leinungen** (Mansfelder Gebirgskrs.) 150/95 77  
**Groß-Paglau** (Krs. Berent) 93/93 211  
**Groß-Saalau** (Krs. Danziger Höhe) 197/96 174  
**Groß-Steinort** (Krs. Elbing) 255/98 136  
**Groß-Strehlitz/OS** 177/96 28  
**Groß-Zünder** (Krs. Danziger Niederung) 330/100 192  
**Grottkau** 236/97 211  
**Grünberg** (Krs. Neustadt/Westpr.) 255/98 142  
**Grunewald** (Krs. Templin) 360/101 144  
**Grzybowo-Hauland** (Krs. Wongrowitz) 70/93 51  
**Gudensberg** (Krs. Fritzlar) 263/98 231  
**Gumbinnen** 10/91 38v, 26/91 160; 74/93 67, 80/93 107v, 85/93 151; 150/95 70, 154/95 102, 157/95 118v, 164/95 202; 297/100 4, 341/100 258, 344/100 292v; 377/101 326  
**Guntershausen** (Krs. Kassel) 269/98 322; 279/99 70
- Hadersleben** 284/99 133  
**Hagen i. W.** 114/94 173; 158/95 156; 180/96 62; 373/101 289v  
**Hagenort** (Krs. Preuß. Stargard) 46/92 144

- Hainholz** (Krs. Hannover) 263/98 235  
**Halbau** (Krs. Sagan) 112/94 121  
**Halbe** (Krs. Teltow) 84/93 138  
**Halberstadt** 7/91 28, 26/91 163; 79/93 104; 295/99 247  
**Halbstadt** (preuß. Grenzzollamt, Bezirkshauptmannschaft Braunau, Böhmen) 242/97 272  
**Halle i. W.** 312/100 103  
**Halle/S.** 29/92 9; 79/93 94, 83/93 117v; 157/95 114v, 162/95 189, 192v; 295/99 251; 302/100 43v; 359/101 134v  
**Hamburg** 71/93 60, 73/93 64–66v, 75/93 73–73v, 76/93 77–77v, 91/93 169v, 96/93 226; 121/94 212, 122/94 217; 164/95 202; 191/96 119v, 120v; 235/97 190v; 256/98 152, 270/98 327v; 280/99 74; 340/100 249, 249v, 250v, 253v, 342/100 280; 374/101 295v; 388/102 206  
**Hameln** 220/97 67; 301/100 31  
**Hamersleben** (Krs. Oschersleben) 114/94 171  
**Hamm** 59/92 232; 108/94 79  
**Hanau** 230/97 150; 271/98 336v; 350/101 10  
**Hankensbüttel** (Krs. Isenhagen) 157/95 128  
**Hannover** 2/91 3, 21/91 133v, 24/91 142; 33/92 47v, 38/92 69v, 70; 66/93 21, 73/93 63, 92/93 190v, 191v, 196, 197; 102/94 44v, 129/94 283, 285, 134/94 321, 141/94 383; 145/95 18v, 19, 20, 22v, 23v, 146/95 34, 162/95 193v, 164/95 202, 168/95 248, 250v, 169/95 266, 172/95 296v; 175/96 1v, 183/96 74v, 189/96 105v, 192/96 127, 204/96 237v, 209/96 286v; 218/97 56v, 219/97 63, 221/97 72; 256/98 158v; 281/99 81, 82, 289/99 204; 312/100 99, 330/100 202; 350/101 10v, 381/101 377; 382/101 11; 386/102 31, 389/102 47v, 391/102 73v, 393/102 90v  
**Harburg** 16/91 95; 91/93 169v, 171; 223/97 98; 266/98 262; 388/102 206  
**Haspe** (Krs. Hagen) 146/95 37  
**Hattersheim** (Krs. Höchst) 341/100 279  
**Hausen** (Krs. Frankfurt/M.) 353/101 58v  
**Havelberg** 79/93 101; 157/95 124  
**Heide i. H.** 51/92 178  
**Heidelberg** 393/102 92  
**Heinersdorf** (Krs. Frankenstein) 114/94 170  
**Heinrichsberg** (Krs. Wolmirstedt) 46/92 142  
**Heldrungen** (Krs. Eckartsberga) 369/101 256  
**Hellewatt** (Krs. Apenrade) 210/96 292  
**Helsa** (Krs. Kassel) 330/100 196  
**Herborn** 108/94 78  
**Heringen** (Krs. Hersfeld) 31/92 41  
**Hermeskeil** (Krs. Trier) 228/97 146  
**Hessenstein** (Krs. Frankenberg) 268/98 306  
**Heßler** (Krs. Gelsenkirchen) 70/93 38  
**Hettstedt** 230/97 164  
**Hildesheim** 17/91 120v, 18/91 121v; 44/92 118; 93/93 198v, 95/93 223v; 112/94 115; 150/95 69v, 157/95 115, 173/95 302v; 287/99 163, 289/99 189, 193; 334/100 206; 353/101 53v  
**Hirschberg i. Schl.** 223/97 92  
**Hirschberg** (RegBez. Königsberg) 108/94 90  
**Hitzacker/Elbe** 322/100 164  
**Hochkirch** (Krs. Strelno) 31/92 33  
**Höchst/Main** 271/98 336v  
**Hohenbrünzow** (Krs. Demmin) 170/95 282  
**Holte** (Krs. Leer) 239/97 246  
**Holkathen** (Krs. Stolp) 386/102 37

- Homberg** (Efze) *127/94* 277  
**Hörde** (Krs. Dortmund) *112/94* 119; *368/IV* 180  
**Horst** (Krs. Grimmen) *112/94* 122  
**Hoyerswerda** *157/95* 129  
**Hückelhoven** (Krs. Erkelenz) *369/101* 247  
**Hugolsdorf** (Krs. Franzburg) *344/100* 293  
**Hünfeld** *397/102* 181  
**Husum** *147/95* 61
- Ibenhorst** (Krs. Naugard) *287/99* 162  
**Illingen** (Krs. Ottweiler) *312/100* 110  
**Ilse** (Krs. Minden) *279/99* 68  
**Immekepel** (Krs. Mülheim/Rhein) *160/95* 179  
**Immerat** (Krs. Daun) *112/94* 124  
**Innsbruck** *183/96* 75  
**Inowrazlaw** (Hohensalza) *114/94* 188; *159/95* 164; *223/97* 90, *230/97* 161; *290/99* 211; *370/101* 275  
**Insterburg** *230/97* 168  
**Ippenburg** *22/91* 138v  
**Ischia** (Stadt u. Insel) *161/95* 186  
**Iserlohn** *165/95* 215  
**Istergiesel** (Krs. Fulda) *192/96* 132  
**Itzehoe** *26/91* 171
- Jablonowo** (Krs. Strasburg/Westpr.) *146/95* 52  
**Jahnsfelde** (RegBez. Frankfurt/O.) *217/97* 45  
**Jatti** (Krs. Konitz) *177/96* 23  
**Jauer** *129/94* 292; *197/96* 166  
**Jena** *153/95* 98  
**Jerusalem** *82/93* 115v; *158/95* 143v; *364/101* 183, 183v  
**Jesberg** (Krs. Fritzlar) *271/98* 339  
**Johannisburg/Ostpr.** *341/100* 258v  
**Jommendorf** (Krs. Allenstein) *16/91* 104  
**Josbach** (Krs. Kirchhain) *223/97* 94  
**Jungen** (Krs. Schwetz) *137/94* 353  
**Junkerbrück** (Krs. Schlochau) *217/97* 47, *242/97* 265
- Kainowe** (Krs. Trebnitz) *397/102* 177  
**Kairo** *117/94* 201  
**Kaisersesch** (Krs. Cochem) *219/97* 62  
**Kaldenkirchen** *26/91* 169; *284/99* 124  
**Kalkar** (Krs. Kleve) *114/94* 172  
**Kalkhäuschen** (Gemeinde Walheim, Krs. Aachen) *14/91* 70  
**Kall** (Krs. Schleiden) *15/91* 75v  
**Kallweitschen** (Krs. Stallupönen) *397/102* 166  
**Kamin** (RegBez. Marienwerder) *141/94* 390  
**Kaminitz** (Krs. Lublinitz) *330/100* 195; *397/102* 183  
**Kammin** *292/99* 220v  
**Karlshafen** (Krs. Hofgeismar) *158/95* 154  
**Karlsruhe** *75/93* 74v; *243/98* 2

- Karlubietz** (Krs. Gr. Strehlitz) 59/92 234  
**Karstädt** (Westprignitz) 339/100 233  
**Karthaus** 312/100 96; 397/102 171  
**Kasenowsken** (Kasenzatzen, Krs. Gumbinnen) 79/93 96  
**Kassel** 15/91 74; 43/92 116, 59/92 236; 70/93 59v, 73/93 63, 82/93 115v, 84/93 147, 91/93 169v, 95/93 220, 225; 103/94 54v, 108/94 96, 141/94 387; 164/95 202v, 174/95 303; 197/96 163v, 198/96 182, 182, 203/96 236v; 236/97 208, 237/97 215; 259/98 199–199v, 266/98 245v, 271/98 336, 272/98 346; 274/99 3, 289/99 190; 338/100 227; 353/101 59v, 360/101 137, 364/101 184, 379/101 352; 394/102 116  
**Katscher** (Krs. Leobschütz) 114/94 187; 362/101 170  
**Kattowitz** 51/92 183; 70/93 44; 165/95 213; 289/99 201; 344/100 302; 397/102 170  
**Kehdingen** 394/102 111v  
**Kempen** 76/93 76v; 177/96 31  
**Kennfus** (Krs. Cochem) 200/96 204  
**Kerkow** (Krs. Angermünde) 230/97 169  
**Kiel** 17/91 120v, 18/91 121v; 38/92 75; 142/95 2v, 147/95 57v, 170/95 287, 173/95 297v; 191/96 119v, 120v, 121, 121v; 235/97 190; 266/98 263; 288/99 188, 296/99 256; 398/102 194, 194v  
**Kienhof** (Krs. Dramburg) 16/91 88  
**Kinderbeuren** (Krs. Wittlich) 158/95 151  
**Kirchhain** (RegBez. Kassel) 360/101 155  
**Kirchhundem** (Krs. Olpe) 165/95 221  
**Kirchworbis** (Krs. Worbis) 345/96 310v  
**Kirschienen** (Krs. Braunsberg) 170/95 277  
**Kittelwitz** (Krs. Leobschütz) 79/93 99  
**Klein-Bartelsee** (Krs. Bromberg) 197/96 180  
**Klein-Bislaw** (Krs. Tuchel) 150/95 87  
**Kleinblittersdorf** (Krs. Saarbrücken) 238/97 234  
**Klein-Daskowitz** (Krs. Ratibor) 288/99 182  
**Kleinnerden** (Krs. Rees) 146/95 50  
**Klein-Peterwitz** (Krs. Ratibor) 266/98 264  
**Klein-Rakow** (Krs. Grimmen) 360/101 157  
**Klein-Silsterwitz** (Krs. Schweidnitz) 271/98 344  
**Klein-Topola** (Krs. Adelnau) 46/92 135  
**Kletzko** (Krs. Gnesen) 192/96 136  
**Kleve** 288/99 184  
**Koblenz** 72/93 62, 76/93 76, 85/93 151v, 87/93 158v; 139/94 366; 142/95 2, 143/95 6, 8v, 153/95 99, 162/95 193v, 164/95 202v; 203/96 236v; 249/98 69; 302/100 45; 393/102 90v  
**Kobusch-Theerofen** (Krs. Samter) 26/91 164  
**Kobylagora** (Krs. Schildberg) 242/97 269  
**Kohlscheidt** (Krs. Aachen) 297/100 6v, 335/100 216  
**Köln** 7/91 28, 22/91 139; 30/92 25v, 33/92 47–47v, 35/92 52, 42/92 103v, 45/92 123v, 47/92 154 f., 157v, 49/92 170, 173v, 50/92 174–174v, 51/92 177, 55/92, 58/92 214v; 91/93 169, 185; 139/94 366; 143/95 6, 8v, 13, 14, 14v, 146/95 47, 162/95 193v, 172/95 293; 176/96 5, 8, 8v, 9, 186/96 90, 187/96 95v, 197/96 181, 199/96 188v, 203/96 236v; 228/97 142v, 235/97 188v, 236/97 198v, 238/97 227; 247/98 48v, 249/98 69v, 258/98 178v, 179, 263/98 237, 272/98 346, 346v; 277/99 47, 279/99 66, 285/99 139, 289/99 197; 330/100 188, 334/100 205v, 335/100 215, 337/100 225v, 339/100 230, 343/100 284, 286v; 345/96 310; 351/101 15, 362/101 170, 366/101 221, 369/101 247, 372/101 286, 379/101 348dv; 393/102 90v  
- Nippes 274/99 34; 360/101 139  
- Stammheim 360/101 150

- Kölpin** (Krs. Arnswalde) 59/92 238  
**Kölpin** (Krs. Flatow) 84/93 148  
**Königl. Jankowitz** (Krs. Rybnik) 210/96 297  
**Königsberg** 75/93 74, 76/93 76, 79/93 103, 84/93 143, 90/93 165v, 91/93 177; 110/94, 125/94 245, 127/94 279, 141/94 388; 162/95 193v, 163/95 197, 166/95 224; 177/96 19, 33, 200/96 202, 203/96 236v; 240/97 250; 247/98 48, 257/98 163v, 164, 258/98 173v, 272/98 346, 273/98 352; 274/99 3, 279/99 62, 281/99 81v, 286/99 157v, 290/99 208; 337/100 224, 341/100 258; 348/96 318; 358/101 114v, 360/101 137, 145, 366/101 221, 369/101 255, 375/101 300, 376/101 322v; 383/102 21  
**Königsberg/Nm.** 137/94 359  
**Königshütte/OS** 226/97 122; 344/100 297  
**Königswinter** (Siegkrs.) 268/98 309  
**Konitz** 49/92 170v, 58/92 216; 84/93 146  
**Könnern** 210/96 305  
**Konradswalde** (Krs. Elbing) 226/97 131  
**Konstantinopel** 308/IV 89v–90  
**Konstanz** 166/95 232  
**Körberode** (Krs. Graudenz) 283/99 117v  
**Koschmin** 16/91 100; 79/93 100; 360/101 156  
**Köslienen** (Krs. Allenstein) 289/99 194  
**Köslin** 127/94 271, 140/94 368; 150/95 82, 151/95 88; 198/96 184, 204/96 237; 253/98 104v, 257/98 164, 261/98 212, 271/98 342  
**Kosten** 14/91 72, 16/91 113; 46/92 134  
**Krampken** (Krs. Preuß. Stargard) 230/97 153  
**Krappitz/OS** 137/94 355  
**Krasnoje Selo** (Zaren-Schloß b. St. Petersburg) 398/102 195  
**Krausendorf** (Krs. Landeshut) 93/93 206  
**Krefeld** 42/92 111v, 45/92 128; 132/94 305v  
**Kreisau** (Krs. Schweidnitz) 268/98 304  
**Krengeldanz** (Krs. Bochum) 125/94 248  
**Kreuz** (Krs. Filehne) 91/93 187  
**Kreuzburg/OS** 27/91 177v  
**Kronthal** (Krs. Bromberg) 38/92 87  
**Krotoschin** 202/96 231  
**Krottoschin** (Krs. Löbau) 230/97 167  
**Krummendiek** (Krs. Steinburg) 146/95 38  
**Kruschwitz** (Krs. Strelno) 397/102 187  
**Kues** (Krs. Bernkastel) 170/95 276  
**Kuhstedt** (Krs. Bremervörde) 239/97 245  
**Kulm** 97/93 234; 100/94 18, 111/94 112v; 167/95 234, 173/95 302v; 183/96 74v, 196/96 162; 223/97 88; 256/98 154v–155v, 261/98 211 f., 213; 274/99 24, 286/99 150, 290/99 209; 301/100 36, 339/100 230v, 340/100 248v; 362/101 169v  
**Kunzendorf** (RegBez. Breslau) 379/101 358  
**Kunzendorf** (Prov. Schlesien) 245/98 24  
**Kurkau** (Krs. Neidenburg) 160/95 183  
**Kuttkuhnen** (Krs. Gumbinnen) 288/99 179  
**Kuznica-Skakawa** (Krs. Schildberg) 125/94 251
- Labiau** 137/94 356; 165/95 219  
**Laer** 341/100 258v

**Landsberg/W.** 38/92 74; 91/93 175  
**Langenbielau** 352/101 43  
**Langendreer** (Krs. Bochum) 245/98 21  
**Langgoslin** (Krs. Obornik) 137/94 348  
**Lanken** (Krs. Guhrau) 184/96 87  
**Laßwitz** (Krs. Lissa) 375/101 301v  
**Laskowitz** (Krs. Schwetz) 49/92 170v  
**Latrop** (Krs. Meschede) 197/96 169  
**Lauban** 266/98 245  
**Lautern** (Krs. Rössel) 300/100 22  
**Leer** 258/98 178, 194  
**Legbond** (Krs. Konitz) 84/93 149v  
**Leibitsch** (Krs. Thorn) 192/96 134  
**Leickow** (Krs. Kolberg-Körlin) 163/95 198  
**Leipzig** 28/92 5, 30/92 23, 38/92 68; 157/95 114; 195/96 156v; 342/100 280  
**Lenep** 198/96 185  
**Leobschütz** 344/100 307  
**Leopoldshall** (Krs. Bernburg, Hzgtm. Anhalt) 165/95 206v  
**Leopoldshöhe** (Krs. Lörrach) 15/91 76  
**Liebau** (Krs. Landeshut) 114/94 184  
**Liebenberg** (Krs. Ortelsburg) 345/96 313  
**Liebenow** (RegBez. Frankfurt/O.) 114/94 180  
**Liebenwerda** 10/91 49; 226/97 129  
**Liegnitz** 50/92 176v; 121/94 211; 150/95 69, 86; 183/96 80; 214/97 16, 217/97 43v; 255/98 120  
**Liepnitz** (Krs. Schlochau) 79/93 102  
**Ligota** (Krs. Krotoschin) 284/99 125  
**Limburg a. d. Lenne** (Hohenlimburg) (Krs. Iserlohn) 10/91 44  
**Limburg/L.** 93/93 213; 120/94 208v, 126/94 265v; 167/95 235, 240; 176/96 4, 5, 182/96 73; 214/97 16, 215/97 26v, 223/97 86, 86v; 270/98 328v; 297/100 5; 345/96 310; 353/101 53v, 359/101 134, 362/101 169v, 379/101 344  
**Linde** (Krs. Neustettin) 268/98 305  
**Linden** (Stadt b. Hannover) 168/95 250v  
**Lindenau** (RegBez. Liegnitz) 146/95 39  
**Lindenbusch** (Krs. Tuchel) 210/96 298  
**Linnich** (Krs. Jülich) 344/100 300; 360/101 152  
**Lippstadt** 269/98 319  
**Lipten** (Krs. Calau) 289/99 202  
**Lissa** 339/100 241  
**Lissabon** 159/95 158  
**Lissowitz** (Krs. Lublinitz) 234/97 187  
**Löbau/Westpr.** 345/96 312  
**Lobsens** (Krs. Wirsitz) 70/93 36; 255/98 133  
**Loccum** 221/97 72  
**Loewen** (Begien) 183/96 75  
**London** 134/94 320v; 308/IV 86, 333/IV 125v  
**Lonkocin** (Krs. Adelnau) 397/102 172  
**Loope** (Krs. Wipperfürth) 184/96 85  
**Loslau** (Krs. Rybnik) 83/93 129; 284/99 128  
**Lötzen** 93/93 201; 377/101 326  
**Lowencin** (Krs. Posen-Ost) 238/97 232



**Lubacz** (Krs. Czarnikau) 258/98 189  
**Lübben** 29/92 13; 85/93 151; 379/101 359  
**Lübeck** 8/91 30  
**Lüben** 83/93 133; 352/101 36  
**Lubsee** (Krs. Schwetz) 84/93 145  
**Luckenwalde** 159/95 168  
**Lückstedt** (Krs. Osterburg) 296/99 259  
**Ludwigsdorf** (Prov. Schlesien) 150/95 73  
**Ludwigsdorf** (RegBez. Breslau) 93/93 212  
**Lühe** (Krs. Jork) 330/100 191  
**Lüneburg** 21/91 133v; 91/93 171; 159/95 161; 204/96 237, 237v; 261/98 219, 266/98 245v; 289/99 190, 292/99 220v; 358/101 114v, 360/101 137; 386/102 31, 389/102 47v  
**Lupow** (Krs. Stolp) 70/93 39  
**Lüttich** 369/101 247  
**Lützen** (Krs. Merseburg) 126/94 265, 127/94 271v  
**Lyck** 16/91 86; 146/95 49; 206/96 259; 312/100 92

**Magdeburg** 7/91 28, 16/91 97; 33/92 47v, 35/92 53v, 38/92 69v, 42/92 102 f., 46/92 137, 59/92 239; 73/93 63v, 85/93 151v; 101/94 36–36v; 153/95 98, 166/95 226v; 183/96 78, 197/96 172, 203/96 236v; 217/97 44, 225/97 104v, 234/97 183; 255/98 140, 261/98 214v, 266/98 245–245v; 283/99 118v; 312/100 92, 316/100 123v, 338/100 227, 344/100 292v; 360/101 137, 366/101 221; 382/102 11; 391/102 75v  
**Magnuszewice** (Krs. Jarotschin) 345/96 314  
**Mainz** 95/93 223v; 343/100 286v  
**Malapane/OS** 10/91 47  
**Malmedy** 2/91 3; 125/94 250  
**Maltsch** (Krs. Neumarkt) 16/91 112  
**Marburg** 28/92 2v; 109/94 105; 214/97 21; 259/98 199v; 332/100 203  
**Margonin** (Krs. Kolmar i. P.) 51/92 187; 370/101 276  
**Marienberg/Westerw.** 220/97 69  
**Marienburg** (Westpr.) 16/91 93; 97/93 234; 111/94 112v; 228/97 143; 379/101 348dv, 348e  
**Marienstatt** (Abtei, Oberwesterwaldkrs.) 306/100 66  
**Marienwerder** 43/92 116; 85/93 151; 150/95 69, 157/95 140, 158/95 146v, 162/95 193v, 163/95 197, 166/95 224; 196/96 162; 247/98 41v, 46v, 254/98 114v, 259/98 199, 261/98 215; 288/99 175v; 360/101 136v, 376/101 323v; 394/102 111v  
**Markowitz** (Krs. Strelno) 317/100 132  
**Marne** (Krs. Süderdithmarschen) 114/94 169  
**Märzdorf** (RegBez. Liegnitz) 371/101 284  
**Meaux** (Frankreich) 183/96 75  
**Meckbach** (Krs. Hersfeld) 210/96 296; 272/98 350  
**Mecklinghausen** (Krs. Olpe) 345/96 310v  
**Medebach** (Krs. Brilon) 170/95 278  
**Meiningen** 353/101 59  
**Meisenheim** 127/94 276v  
**Melbourne** 292/99 220  
**Meldorf** 66/93 24  
**Mellwin** (Krs. Neustadt/Westpr.) 255/98 142  
**Melno** 236/97 209  
**Memel** 167/95 236v; 245/98 25, 255/98 130  
**Meppen** 255/98 132a

- Merseburg** 103/94 54v; 162/95 190v, 193v, 164/95 202v, 174/95 303v; 226/97 119v; 261/98 214v, 272/98 346; 283/99 118v; 312/100 92; 383/102 20v, 395/102 121
- Merzwiese** (Krs. Krossen/O.) 238/97 238
- Meschede** 112/94 118; 266/98 267
- Meseberg** (Krs. Ruppin) 258/98 191
- Meseritz** 230/97 171
- Metz** 43/92 116; 85/93 154v; 141/94 378v; 381/101 372
- Metzebach** (Krs. Melsungen) 234/97 186
- Mewe** 84/93 144
- Michelau/Westpr.** 266/98 269
- Miesionskowo** (Krs. Strasburg/Westpr.) 370/101 272
- Militsch** 264/98 240v
- Minden** 7/91 28; 30/92 25v; 103/94 54–54v; 220/97 67; 288/99 174v, 175; 364/101 188v, 189v, 190, 369/101 246
- Misdroy** (Krs. Usedom-Wollin) 360/101 151
- Mittelsteine** (Krs. Neurode) 223/97 91
- Mogilno** 395/102 136
- Mondorf** (Krs. Merzig) 204/96 245
- Montjoie** [ab 1918: Monschau] 360/101 137
- Montreux** 353/101 60
- Moorbrück** (Krs. Uckermünde) 289/99 206
- Moringen** (Krs. Einbeck) 296/99 264
- Moschin** (Krs. Schrimm) 242/97 266
- Mühlberg/Elbe** 237/97 220
- Mühlhausen/Th.** 344/100 294
- Mühlhof** (RegBez. Marienwerder) 226/97 130
- Mülheim/Rhein** 343/100 286v
- Mülheim/Ruhr** 103/94 55v; 200/96 206; 397/102 175
- München** 145/95 18; 199/96 188v; 243/98 2, 257/98 163
- München-Gladbach** 351/101 15, 16
- Münchwald** (Krs. Kreuznach) 339/100 239
- Münster** 26/91 162; 45/92 130 f., 51/92 186; 78/93 84v; 117/94 201, 135/94 327v; 151/95 88, 157/95 125, 158/95 147, 147v, 164/95 202, 173/95 302, 302v; 176/96 4v, 5v, 8, 177/96 19, 19v, 179/96 49, 49v, 182/96 68v; 236/97 204; 257/98 163v; 288/99 174v, 175; 322/100 161v, 334/100 206, 343/100 284; 361/101 159, 362/101 169v, 364/101 189v, 191v, 369/101 246, 372/101 286, 287v, 373/101 290; 394/102 116, 397/102 178
- Münsterberg** 129/94 288; 223/97 89
- Myslowitz** 121/94 212
- Nadörst** (Krs. Emden) 27/91 186
- Nakel** 210/96 302
- Nakel** (Krs. Oppeln) 108/94 92
- Namslau** 369/101 257
- Nassau** (Unterlahnkrs.) 269/98 324
- Naugard** 16/91 99
- Naumburg/S.** 74/93 67; 235/97 188; 373/101 292; 392/102 84
- Neddenaverbergen** (Krs. Verden) 163/95 200
- Neheim** 157/95 130
- Neidenburg** 226/97 137; 273/98 351

- Neisse** 15/91 74 f.; 38/92 88; 339/100 245; 397/102 179  
 - Fürstbischöfl. Residenz 15/91 74  
 - Kommandantur 14/91 75  
**Nendza** (Krs. Ratibor) 258/98 193  
**Neuenburg/Westpr.** 108/94 81  
**Neuendorf-Höhe** (RegBez. Danzig) 255/98 145  
**Neuhaus a.d. Oste** 184/96 88  
**Neukirchen** (RegBez. Kassel) 290/99 212  
**Neukirch-Höhe** (Krs. Elbing) 83/93 124  
**Neukrügen** (Krs. Neustadt/Westpr.) 91/93 184  
**Neu-Mittelwalde** (Krs. Groß Wartenberg) 397/102 170  
**Neunkirchen/Saar** 70/93 46  
**Neurhede** (Krs. Aschendorff) 284/99 123  
**Neurode** (RegBez. Breslau) 16/91 94; 31/92 29v, 30; 312/100 108, 344/100 303  
**Neusalz/O.** 159/95 166; 266/98 245  
**Neu-Schönsee** (Krs. Briesen) 343/100 288  
**Neuß** 330/100 187  
**Neustadt i. H.** 38/92 79  
**Neustadt/Westpr.** 108/94 83; 274/99 12v, 278/99 53  
**Neustettin** 236/97 206  
**Neutomischel** 271/98 345  
**Neuwied** 139/94 366; 143/95 11, 12  
**Neuzielun** (Krs. Strasburg/Westpr.) 291/99 216  
**Niebüll** 170/95 281  
**Niederrad** (Krs. Frankfurt/M.) 353/101 58v  
**Nieder-Roszbach** (RegBez. Wiesbaden) 239/97 248  
**Niederursel** (Krs. Frankfurt/M.) 353/101 58v  
**Niederwenigern** (Krs. Hattingen) 16/91 108  
**Nikolai** (Krs. Pless) 150/95 76  
**Nimptsch** 293/99 225  
**Nipmerow** (Krs. Rügen) 114/94 181  
**Nordenburg** (Krs. Gerdauen) 266/98 268  
**Norderney** 373/101 289v  
**Nordhausen** 12/91 58v, 16/91 90; 375/101 307  
**Nordhorn** 236/97 201v, 202  
  
**Oberg** (Krs. Peine) 360/101 142  
**Oberjastrzemb** (Krs. Rybnik) 59/92 235  
**Ober-Kapkeim** (Krs. Wehlau) 268/98 312  
**Oberlakendorf** (Krs. Elbing) 289/99 203  
**Oberrad** (Krs. Frankfurt/M.) 353/101 58v  
**Ober-Schmiedeberg** (Prov. Schlesien) 352/101 42  
**Obertiefenbach** (Oberlahnkrs.) 359/101 134  
**Oderberg** (österr. Schlesien) 374/101 293v  
**Oedernitz** (Krs. Rothenburg/NL) 210/96 393  
**Oels** 212/97 9; 397/102 169  
**Oerbke** (Krs. Fallingbostal) 352/101 48  
**Oldersum** (Krs. Emden) 284/99 132  
**Olmütz** (Mähren) 140/94 368, 368v; 183/96 75v; 362/101 170, 379/101 342  
**Olpe** 266/98 245v

- Ophoven** (Rheinprovinz) 351/101 15
- Oppeln** 31/92 31, 51/92 185, 58/92 218, 60/92 248; 79/93 106, 80/93 107v, 108, 85/93 151v; 148/95 62v, 157/95 138, 164/95 202, 171/95 288, 173/95 302v, 173/95 302v; 234/97 183v; 245/98 17, 246/98 31v, 247/98 44, 254/98 114v, 256/98 159, 258/98 173v, 259/98 196v, 261/98 214v; 338/100 227v, 343/100 285v; 371/101 282, 373/101 292; 393/102 89
- Oranienburg** 29/92 12
- Ortelsburg** 210/96 295; 250/98 77
- Oschersleben** 38/92 86; 175/96 1v
- Osnabrück** 17/91 120v, 18/91 121v, 21/91 133v; 69/93 33, 93/93 198v, 95/93 223v; 204/96 238; 288/99 174v, 175, 292/99 220v, 295/99 242; 353/101 53v
- Ostendorf** (RegBez. Stade) 170/95 275
- Osterburg** 239/97 240
- Osterode** (Ostpr.) 16/91 111; 279/99 62
- Ostrog** (Krs. Ratibor) 38/92 81
- Ostrowo** (Prov. Posen) 95/93 223
- Ostrowo** (RegBez. Marienwerder) 91/93 186
- Othfresen** (Krs. Goslar) 352/101 45
- Ottensen** (b. Altona) 16/91 81, 26/91 161; 218/97 54, 226/97 110
- Paderborn** 69/93 33; 114/94 176, 120/94 208–208v; 166/95 224; 345/96 310; 362/101 169v, 364/101 188v, 190
- Pantlitz** (Krs. Franzburg) 238/97 237
- Papenburg** 137/94 352; 312/100 95
- Parchwitz** (Krs. Liegnitz) 268/98 311
- Paris** 97/93 228; 310/100 83v  
- Champs Elysées 76/93 77
- Paulsdorf** (Krs. Namslau) 258/98 190
- Pawlowitz** (Krs. Pleß) 379/101 357
- Peenemünde** 46/92 143
- Peine** 344/100 292v
- Peitz** (Krs. Cottbus) 16/91 106; 146/95 43
- Pelplin** 254/98 114, 260/98 209v, 264/98 240v; 286/99 150; 301/100 36v
- Peterwitz** (RegBez. Breslau) 26/91 167
- Petzin** (Krs. Flatow) 200/96 200
- Peucker** (Krs. Habelschwerdt) 344/100 298
- Pieruszyce** (Krs. Pleschen) 15/91 79
- Piesdorf** (Mansfelder Seenkrs.) 73/93 63v
- Pillau** 26/91 166; 137/94 360; 341/100 278
- Pinneberg** 369/101 246v
- Pitschen** (Schlesien) 98/94 9
- Plaggenschale** (Krs. Bersenbrück) 59/92 243
- Plehnendorf** (Krs. Danzig) 259/98 197v
- Pleschen** 153/95 99, 157/95 120
- Pleß** 137/94 351; 197/96 175; 330/100 193
- Plossig** (Krs. Torgau) 230/97 1616
- Pluttwinnen** (Krs. Fischhausen) 369/101 259
- Polkwitz** (Krs. Glogau) 335/100 211
- Pollnow** (Krs. Schlawe) 165/95 217
- Polnisch Machen** (Krs. Sagan) 223/97 97
- Poltersdorf** (Krs. Cochem) 295/99 245

- Pommerswitz** (Krs. Leobschütz) 288/99 178, 289/99 195  
**Poplitz** (Saalkrs.) 42/92 102v  
**Posen** 10/91 39, 45; 29/92 20, 46/92 151, 59/92 237, 245; 70/93 58, 85/93 151, 93/93 214; 102/94 44v, 107/94 70v, 110/94 106, 114/94 164, 117/94 201; 142/95 2v, 153/95 99, 157/95 121; 176/96 5, 8, 8v, 9, 186/96 90, 191/96 113v, 206/96 256v, 209/96 280, 280v; 224/97 101v, 102, 232/97 179, 236/97 212, 239/97 249; 244/98 15v, 246/98 32, 247/98 41v, 46v, 47v, 254/98 114, 114v, 256/98 155v, 257/98 163v, 260/98 204, 206v, 208, 261/98 214v, 266/98 245v, 267/98 270, 268/98 273, 310, 272/98 346; 274/99 3, 24, 284/99 130, 286/99 157v, 157v, 287/99 158, 288/99 174v, 295/99 242; 297/100 2, 301/100 34, 34v, 35v, 321/100 158v, 326/100 176, 336/100 220, 341/100 259, 343/100 285v; 349/101 1 f., 351/101 15v, 362/101 169v, 366/101 220, 367/101 234, 369/101 246, 246v, 372/101 286v, 373/101 292, 376/101 323v; 386/102 31v  
**Potsdam** 5/91 14v, 7/91 28, 8/91 30, 16/91 116; 72/93 62, 83/93 121v, 93/93 199; 147/95 55v, 59, 60, 164/95 202v; 226/97 105; 245/98 17, 253/98 104v, 261/98 214v, 215, 269/98 325; 288/99 175, 293/99 223v, 295/99 242; 326/100 176v, 177, 335/100 208, 209, 338/100 226v, 343/100 289; 360/101 136v, 379/101 339  
**Prag** 97/93 233v, 234; 183/96 75v  
**Praust** (Krs. Danziger Höhe) 206/96 263; 352/101 47  
**Pretz** 210/96 300  
**Preußisch Stargard** 165/95 211; 278/99 53  
**Preußisch Holland** 157/95 118v  
**Prietzen** (Krs. Westhavelland) 146/95 42  
**Prisselwitz** (Krs. Breslau) 157/95 141  
**Prüm** 286/99 151v  
**Przytocznica** (Krs. Schildberg) 375/101 315
- Quakenbrück** 197/96 167  
**Quedlinburg** 114/94 185
- Radamno** (Krs. Löbau) 141/94 382  
**Radlowitz** (Krs. Ohlau) 137/94 362  
**Radzewo** (Krs. Schrimm) 386/102 39  
**Radzienen** (Krs. Ortelsburg) 230/97 165  
**Ramkau** (Krs. Danziger Höhe) 114/94 178  
**Ratibor** 16/91 92; 196/96 161v  
**Ratzeburg** 222/97 74  
**Ravensbrück** 287/99 159  
**Rawitsch** 223/97 95  
**Recklinghausen** 46/92 138; 263/98 234  
**Rees** 103/94 55  
**Regesbostel** (Krs. Harburg) 27/91 181  
**Reichenbach i. Schl.** 345/96 315; 379/101 357  
**Reichenstein** (Krs. Frankenstein) 279/99 69  
**Reinerz** (Krs. Glatz) 330/100 201, 344/100 299  
**Reisen** (Krs. Fraustadt) 336/100 220  
**Rendsburg** 235/97 191  
**Reppen** (Krs. Weststernberg) 330/100 200  
**Reuden** (RegBez. Merseburg) 146/95 44  
**Ribbensdorf** (Krs. Gardelegen) 226/97 138  
**Richtenberg** (Krs. Franzburg) 126/94 270  
**Rietberg** 93/93 203

- Ringingen** (Oberamt Gammertingen) 397/102 182  
**Rinteln** 157/95 142  
**Rittel** (Krs. Konitz) 198/96 183  
**Rittershausen** (Dillkrs.) 269/98 323  
**Ritzleben** (Krs. Salzwedel) 141/94 386  
**Robawen** (Krs. Rössel) 93/93 205  
**Roben** (Krs. Leobschütz) 300/100 21  
**Roermond** (Belgien) 183/96 75v  
**Rogasen** (Krs. Obornik) 31/92 37  
**Roggenlager** (Forsthaus bei Büsbach, Krs. Aachen) 146/95 53  
**Rom** 20/91 122kv; 43/92 115; 70/93 58, 85/93 151, 93/93 214; 111/94 112v, 113/94 143; 155/95 103; 183/96 75, 186/96 89v, 209/96 286; 232/97 176; 248/98 52, 54 v, 270/98 328v; 274/99 4v, 6, 10v, 18, 18v; 362/101 171; 393/102 88v, 394/102 118  
**Rosenberg** (Westpr.) 16/91 98; 267/98 272  
**Rosenberg/OS** 70/93 37  
**Rosengarten** (Krs. Randow) 51/92 182  
**Rosinsko** (Krs. Lyck) 255/98 141  
**Rosko** (Krs. Filehne) 287/99 165  
**Rotenburg a. d. Fulda** 204/96 241  
**Rothkirch** (Krs. Liegnitz) 370/101 273  
**Rothschloß** (Krs. Nimptsch) 93/93 202  
**Rudolstadt** 351/101 14  
**Rüggeberg** (Krs. Schwelm) 210/96 294  
**Ruhland** (Krs. Hoyerswerda) 255/98 144  
**Rummelsburg** 288/99 183  
**Runkel** (Oberlahnkrs.) 46/92 149  
**Rusiborz** (Krs. Schroda) 141/94 389  
**Rybnik** 335/100 210  
**Rynsk** (Krs. Briesen) 209/96 280
- Saarbrücken** 16/91 82; 143/95 6; 204/96 239; 219/97 58v, 226/97 136; 319/100 150; 365/101 194v, 367/101 226v, 230, 232; 393/102 95  
**Saargemünd** 141/94 378v  
**Sadke** (Krs. Wirsitz) 10/91 43  
**Salzburg** 208/96 271, 271v  
**Salzwedel** 59/92 241  
**Samplawa** (Krs. Löbau) 83/93 136  
**Samter** 70/93 58; 192/96 135, 204/96 246; 271/98 341  
**San Remo** 303/100 47, 304/100 53  
**Sangerhausen** 168/95 252v  
**Sankt Margarethen** (Krs. Steinburg) 173/95 298  
**Satticken** (Krs. Goldap) 159/95 163  
**Sawade** (Krs. Grünberg) 46/92 153  
**Schalkowitz, Kolonie** (Krs. Oppeln) 16/91 105  
**Schanzendorf** (Krs. Bromberg) 38/92 73  
**Scharnick** (RegBez. Königsberg) 200/96 201  
**Schenefeld** (Krs. Rendsburg) 289/99 200  
**Schenkendorf** (Krs. Labiau) 146/95 51  
**Schenklengsfeld** (Krs. Hersfeld) 38/92 76  
**Schidlitz** (Krs. Berent) 127/94 278

**Schiffbek** (Krs. Stormarn) 293/99 227  
**Schillehnen** (Krs. Pillkallen) 31/92 34  
**Schillehnen** (RegBez. Gumbinnen) 288/99 176  
**Schlagenthin** (Krs. Arnswalde) 287/99 172  
**Schleswig** 17/91 120v, 24/91 142; 29/92 7, 43/92 116, 48/92 162v, 53/92 192, 56/92 203v; 61/93 7–7v, 85/93 151v; 123/94 221v, 141/94 378v; 162/95 193v; 235/97 191; 266/98 245v, 271/98 336; 286/99 157v, 295/99 242, 296/99 255v, 256; 337/100 225v, 344/100 292v; 369/101 246, 246v  
**Schlieben** (Krs. Schweinitz) 46/92 146  
**Schlochau** 192/96 138; 326/100 178, 335/100 217  
**Schlottau** (Krs. Trebnitz) 261/98 218  
**Schlüchtern** 369/101 260  
**Schmulken** (Krs. Gumbinnen) 16/91 103  
**Schneidemühl** 50/92 176v; 79/93 90; 255/98 139; 293/99 230  
**Schocken** (Krs. Wongrowitz) 129/94 289  
**Scholenfleth** (Krs. Pinneberg) 242/97 267  
**Schömburg** (Krs. Landeshut) 261/98 221  
**Schönau** 129/94 292  
**Schöndorf** (Krs. Bromberg) 369/101 258  
**Schönebeck** (Krs. Calbe) 348/96 320  
**Schönfeld** (RegBez. Danzig) 114/94 186  
**Schönhausen** (Elbe) 314/100 116; 350/101 10  
**Schönwalde** (RegBez. Bromberg) 108/94 95  
**Schönwiese** (Krs. Stuhm) 108/94 94  
**Schrimm** 29/92 19; 230/97 152; 255/98 128, 135; 290/99 210  
**Schroda** 31/92 32; 129/94 291  
**Schubin** 157/95 126; 259/98 202; 287/99 161  
**Schulitz** (Krs. Bromberg) 177/96 25  
**Schwalbach** (Krs. Saarlouis) 70/93 56  
**Schwabenbruch** (RegBez. Marienwerder) 165/95 220  
**Schwante** (Krs. Osthavelland) 367/101 236v  
**Schwarzenbek** (Krs. Hzgtm. Lauenburg) 191/96 116v  
**Schwarzenborn** (RegBez. Kassel) 70/93 55  
**Schwarzenfels** (Krs. Schlüchtern) 125/94 246  
**Schwarzstein** (Krs. Rastenburg) 397/102 164  
**Schwelm** 16/91 109  
**Schwerin/W.** 255/98 132  
**Schwetz** 59/92 231  
**Schwiddern** (RegBez. Gumbinnen) 236/97 206  
**Schwirzheim** (Krs. Prüm) 339/100 242  
**Seehausen/Altmark** 29/92 11  
**Seelow** (Krs. Lebus) 300/100 20  
**Seelze** (Krs. Linden) 295/99 254  
**Seifersdorf** (RegBez. Breslau) 226/97 125  
**Seitendorf** (RegBez. Breslau) 296/99 265  
**Senftenberg** 16/91 91  
**Sensburg** 91/93 182; 197/96 173; 250/98 77  
**Serkenrode** (Krs. Meschede) 228/97 145  
**Shanghai** 195/96 153  
**Siedlikow** (Krs. Schildberg) 180/96 65  
**Sigmaringen** 165/95 206v; 269/98 317, 271/98 336; 287/99 158; 297/100 3v, 312/100 92v

**Simbach** (bayer. Bezirksamt Pfarrkirchen) 374/101 293v  
**Sittnow** (Krs. Flatow) 93/93 217  
**Skarboszewo** (Krs. Wreschen) 200/96 203  
**Sliwnik** (Krs. Ostrowo) 397/102 174  
**Sobonsch** (Krs. Berent) 26/91 176  
**Soest** 204/96 243; 288/99 177; 340/100 248v  
**Solingen** 146/95 48; 197/96 176; 257/98 164  
**Sonderburg** 16/91 83  
**Sondershausen** 42/92 103v  
**Sonnenburg/Nm.** 370/101 278  
**Sorau** 31/92 38  
**Sorgsellitz** (Krs. Namslau) 39/92 93  
**Spandet** (Krs. Hadersleben) 352/101 37  
**Spetzerfehn II** (Krs. Aurich) 237/97 221  
**Spork** (Krs. Borken) 294/99 232  
**Sprackenseel** (Krs. Isenhagen) 312/100 111  
**Spremberg** 46/92 141; 256/98 148, 148v; 318/100 139  
**Sprottau** 16/91 84  
**St. Goarshausen** 17/91 120v  
**St. Petersburg** 277/99 50v  
**Stabigotten** (Krs. Allenstein) 200/96 197  
**Stade** 83/93 131; 122/94 126; 204/96 237v; 225/97 104v; 256/98 158v; 289/99 190; 358/101 114v, 373/101 291v; 394/102 111v  
**Stallupönen** 10/91 53; 344/100 304  
**Stanischau** (Krs. Karthaus) 125/94 254  
**Stargard** (Pom.) 316/100 123v  
**Staßfurt** 344/100 296  
 - Salzwirk Ludwig II 344/100 296  
**Steinfeld** (Krs. Schleiden) 150/95 85  
**Steinfurt** 322/100 161v  
**Steinheim** 200/96 198  
**Sterkrade** 230/97 157  
**Stettin** 7/91 28, 11/91 57, 14/91 73; 65/93 17, 76/93 76, 79/93 105, 85/93 151; 132/94 305; 162/95 193v; 204/96 237, 210/96 304; 222/97 74; 259/98 199, 261/98 215, 272/98 346; 280/99 74, 74v, 290/99 208; 312/100 104, 344/100 306; 371/101 282v, 374/101 295v, 296v, 379/101 349; 386/102 31v, 38, 395/102 136  
**Stolp** 79/93 92; 170/95 280; 214/97 23, 233/97 182; 335/100 213; 370/101 271  
**Stoppelberg** (Krs. Wetzlar) 27/91 183  
**Stössen** (Krs. Weißenfels) 269/98 318  
**Stralsund** 132/94 305; 142/95 4, 4v; 289/99 190; 338/100 227, 344/100 292v  
**Strasburg** (Westpr.) 46/92 140; 70/93 45; 340/100 257; 369/101 264; 394/102 111v  
**Straßburg i. E.** 72/93 62v; 130/94 297; 283/99 109; 316/100 122v, 332/100 204; 359/101 118; 368/IV 185; 369/101 244v; 397/102 160  
**Strehlen** 83/93 130; 245/98 20  
**Striegau** 125/94 258  
**Stuttgart** 243/98 2  
**Sulencin-Hauland** (Krs. Schrimm) 295/99 250  
**Sulmierzyce** (Krs. Adelnau) 245/98 26  
**Suttrop** (Krs. Lippstadt) 125/94 252  
**Suzemin** (Krs. Preuß. Stargard) 283/99 118



- Swinemünde** 166/95 232; 379/101 360  
**Szibben** (Krs. Heydekrug) 297/100 4, 4v
- Tanina-Brassowe** (Prov. Schlesien) 279/99 73  
**Tapiau** 46/92 147; 170/95 283  
**Tarnowitz** 16/91 114  
**Teichhof** (Krs. Freystadt) 16/91 107  
**Tempelburg** 274/99 31  
**Thorn** 45/92 133; 84/93 141; 112/94 123; 196/96 162; 246/98 36v, 271/98 340; 284/99 129; 330/100 189, 344/100 295  
**Thüdinghausen** (Krs. Northeim) 38/92 83  
**Tilsit** 157/95 117v; 376/101 323  
**Timber** (Krs. Labiau) 158/95 155  
**Tirschtiegel** (Krs. Meseritz) 141/94 381  
**Tokio** 222/97 73; 396/102 139v  
**Tondern** 129/94 290; 268/98 307  
**Tonndorf** (Krs. Stormarn) 84/93 150; 288/99 186  
**Tönning** 312/100 102  
**Torfmoor** (Krs. Osterholz) 284/99 135  
**Torgau** 258/98 179v; 343/100 290  
**Traventhal** (Krs. Bad Segeberg) 108/94 88  
**Tremessen** (Krs. Mogilno) 114/94 177; 157/95 133, 165/95 214  
**Treul** (Krs. Schwetz) 129/94 294  
**Tribsees** (Krs. Grimmen) 177/96 22  
**Trier** 72/93 61, 83/93 117v, 85/93 151, 86/93 157v, 88/93 160; 143/95 6, 8v, 144/95 17, 153/95 98v; 219/97 58v, 65, 230/97 150, 234/97 185, 236/97 198, 239/97 244, 241/97 254; 253/98 104v, 261/98 215, 266/98 265, 273/98 352; 274/99 24, 283/99 112v, 286/99 151; 297/100 4, 307/100 74, 337/100 225v, 338/100 227; 351/101 15, 362/101 169v, 369/101 247, 372/101 286, 375/101 301v  
**Trittau** (Krs. Stormarn) 237/97 223  
**Tschöpsdorf** (Krs. Landeshut) 214/97 20  
**Tucheband** (Krs. Lebus) 293/99 229  
**Tuchel** 129/94 293  
**Turza** (Krs. Wongrowitz) 206/96 267
- Uelzen** 238/97 239  
**Uerdingen** 397/102 180  
**Unna-Königsborn** 112/94 120; 245/98 23  
**Unterrissdorf** (Mansfelder Seekrs.) 335/100 212  
**Usch** (Krs. Kolmar i. P.) 226/97 135
- Vallendar** (Krs. Koblenz) 380/101 371  
**Varzin** (Krs. Rummelsburg) 130/94 296; 202/96 216v; 320/100 151  
**Vechta** 372/101 286  
**Verden** 204/96 237v  
**Versmold i. W.** 51/92 184  
**Vietkow** (Krs. Stolp) 180/96 56  
**Voerde** (Krs. Hagen) 272/98 347  
**Vöhl** (Krs. Frankenberg) 29/92 7; 230/97 162  
**Voigtsdorf** (RegBez. Königsberg) 263/98 239  
**von-der-Heydt-Grube** (Krs. Saarbrücken) 84/93 140

**Wächtersbach** (Krs. Gelnhausen) 46/92 150  
**Waldau** (Prov. Westpreußen) 283/99 117  
**Waldbröl** 70/93 50  
**Waldenburg** 226/97 105; 367/101 224v, 225v  
**Waldshut** 15/91 76  
**Walkow** (Krs. Krotoschin) 192/96 137  
**Walsrode** 219/97 64  
**Waltersdorf** (RegBez. Königsberg) 108/94 82  
**Wandsbeck** 84/93 139  
**Warburg** 220/97 67  
**Warendorf** 70/93 41  
**Wartenburg** (Ostpr.) 150/95 74  
**Warthefeld** (Krs. Obornik) 352/101 41  
**Wasserblotte** (Krs. Birnbaum) 46/92 148  
**Weener** (Krs. Leer) 114/94 168  
**Wegberg** (Krs. Erkelenz) 158/95 152; 271/98 343  
**Wehlau** 70/93 54; 255/98 127  
**Wehr** (Rheinprovinz) 351/101 15  
**Weilburg/L.** 58/92 217  
**Weine** (Krs. Fraustadt) 209/96 280  
**Weismes** (Krs. Malmedy) 177/96 27  
**Weitsee** (Krs. Konitz) 51/92 181  
**Weitzenberg** (Krs. Neisse) 393/102 89  
**Wengerin** (Krs. Insterburg) 27/91 185  
**Wengern** (Krs. Oppeln) 160/95 182  
**Wengierskie** (Krs. Schroda) 59/92 246  
**Wennigsen** (Krs. Linden) 131/94 301v; 168/95 250v  
**Wensowken** (RegBez. Gumbinnen) 170/95 273  
**Werden/Ruhr** 192/96 133  
**Werder/Havel** 60/92 248v  
**Wernigerode** 168/95 252v  
**Wesselburen** (Krs. Norderdithmarschen) 51/92 178  
**Westerkappeln** (Krs. Tecklenburg) 217/97 46  
**Wevelinghoven** (Krs. Grevenbroich) 204/96 248  
**Wiedenbrück** 157/95 127  
**Wien** 4/91 10, 19/91 122dv; 36/92 54 f., 57v, 58 f., 41/92 98v; 186/96 89v; 257/98 163; 308/IV 95v; 322/100 162; 353/101 60  
**Wiersbau** (Prov. Ostpreußen) 226/97 133  
**Wiesbaden** 6/91 24, 14/91 71, 26/91 159; 33/92 47v; 125/94 236; 142/95 1–1v, 162/95 190, 191, 174/95 303v; 198/96 182, 182v, 210/96 290; 238/97 226v, 227; 248/98 58, 272/98 346; 279/99 62; 303/100 47; 369/101 247, 375/101 299v, 306, 379/101 354  
**Wilhelmine** (Krs. Schlawe) 230/97 170  
**Wilhelmsbruch** (Krs. Kulm) 375/101 308  
**Wilhelmsthal** (RegBez. Breslau) 126/94 268  
**Wilkendorf** (Krs. Oberbarnim) 83/93 126  
**Wilkowya** (Krs. Jarotschin) 240/97 252  
**Willenberg** (Krs. Ortelsburg) 239/97 247  
**Willendorf** (Krs. Stormarn) 360/101 148  
**Winkeldorf** (Krs. Habelschwerdt) 223/97 93  
**Winnigen** (Krs. Koblenz) 125/94 260

**Wirnitz** 83/93 132, 91/93 179  
**Wisseck** (Krs. Wirnitz) 272/98 348  
**Witten** 129/94 287; 340/100 256; 397/102 167  
**Wittenberg** 169/95 267v; 180/96 60  
**Wittenberge/Elbe** 322/100 164  
**Wittlich** 274/99 32  
**Wittmund** 288/99 185  
**Wittstock** 93/93 204; 236/97 213  
**Witzleben** (Krs. Wirnitz) 27/91 184  
**Wlosciejewki** (Krs. Schrimm) 360/101 154  
**Woischnik** (Krs. Lublinitz) 93/93 207  
**Wolfhagen** 29/92 7v  
**Wolgast** 210/96 303; 271/98 338  
**Wollenrade** (Krs. Osterburg) 59/92 242  
**Wollmerath** (Krs. Kochem) 258/98 192  
**Wolzhausen** (Krs. Biedenkopf) 242/97 268  
**Wongrowitz** 397/102 160v  
**Worbis** 16/91 115; 31/92 35  
**Worms** 392/102 79  
**Worringen** (Krs. Köln) 139/94 366v; 143/95 12, 160/95 174v, 176v  
**Wreschen** 293/99 230  
**Wujaken** (Krs. Ortelsburg) 108/94 80  
**Wüstendorf** (Krs. Breslau) 269/98 321  
**Wusterhausen/Dosse** (Krs. Ruppín) 59/92 240  
**Wustrow-Camp** (RegBez. Stettin) 31/92 40  
**Wyck** (auf Föhr) 141/94 384  
  
**Zabno-Hauland** (Krs. Schrimm) 330/100 194  
**Zaborze** (Krs. Zabrze) 108/94 89  
**Zabrze** 79/93 97; 127/94 280; 177/96 24, 197/96 179; 297/100 6; 397/102 185  
**Zabrzeg** (RegBez. Oppeln) 83/93 135  
**Zawoiken** (Krs. Ortelsburg) 204/96 244  
**Zehden** (Krs. Königsberg/Nm.) 79/93 98  
**Zehdenick** 26/91 17; 240/97 253; 339/100 246  
**Zeitz** 225/97 104v  
**Ziegenhain** 204/96 247  
**Zirl** (b. Innsbruck) 139/94 366  
**Zlotkowo** (Krs. Posen-West) 240/97 251  
**Zoppot** 370/101 271  
**Zöschen** (Krs. Merseburg) 284/99 131  
**Zossen** 288/99 187  
**Zürich** 162/95 189v; 357/IV 141

## Die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums 8. Januar 1879 bis 20. März 1890<sup>1</sup>

Ministerpräsident:	<b>Bismarck, Otto (Fürst) v.</b> (23.9.1862 <sup>2</sup> –21.12.1872; 9.11.1873–20.3.1890)
Vizepräsident:	<b>Stolberg-Wernigerode, Otto (Fürst) zu</b> (29.5.1878–17.6.1881) <i>Vizekanzler: 29.5.1878–17.6.1881</i>
	<b>Puttkamer, Robert v.</b> (8.10.1881–8.6.1888) <b>Boetticher, Karl Heinrich (v.)</b> (16.8.1888–1.7.1897)
Außenminister:	<b>Bismarck, Otto (Fürst) v.</b> (8.10.1862–20.3.1890)
Finanzminister:	<b>Hobrecht, Arthur</b> (30.3.1878–5.7.1879) <b>Bitter, Karl Hermann</b> (5.7.1879–28.6.1882) <b>Scholz, Adolf (v.)</b> (28.6.1882–23.6.1890)
Kultusminister <sup>3</sup> :	<b>Falk, Adalbert</b> (22.1.1872–13.7.1879) <b>Puttkamer, Robert v.</b> (13.7.1879–17.6.1881) <b>Goßler, Gustav v.</b> (17.6.1881–12.3.1891)
Handelsminister <sup>4</sup> :	<b>Maybach, Albert (v.)</b> (30.3.1878–14.3./14.7.1879) <sup>5</sup> <b>Hofmann, Karl (v.)</b> (14.3./14.7.1879–23.8.1880) <sup>6</sup> <b>Bismarck, Otto (Fürst) v.</b> (13.9.1880–31.1.1890) <b>Berlepsch, Hans Freiherr v.</b> (31.1.1890–26.6.1896)

<sup>1</sup> Die Daten folgen der Aufstellung „Frühere Preußische Minister (seit 1848) (Material aus den Akten des Preuß. Staatsministeriums)“, in: *Handbuch über den Preußischen Staat für das Jahr 1930*, 136. Jg., Berlin 1930, S. 101 f. In Einzelfällen ergeben sich aufgrund von Angaben in Akten geringfügige Abweichungen. Die Anordnung entspricht der Reihenfolge in den preußischen Staatshandbüchern.

<sup>2</sup> Vom 23.9.1862–8.10.1862 interimistischer Ministerpräsident.

<sup>3</sup> Die exakte zeitgenössische Bezeichnung lautete: *Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten*.

<sup>4</sup> Die exakte zeitgenössische Bezeichnung lautete: *Minister für Handel und Gewerbe*.

<sup>5</sup> Der aufgrund einer KO v. 14.3.1879 zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannte Maybach verwaltete das Handelsministerium noch bis zum 14.7.1879, da Hofmann wegen der Neuorganisation der Reichsämters unabkömmlich war; Rep. 90, Nr. 896, n. f. (KO v. 14.3., 24.3. und 14.7.1879).

<sup>6</sup> Der aufgrund einer KO v. 14.3.1879 zum Handelsminister ernannte Hofmann übernahm dieses Amt erst zum 14.7.1879, da er wegen der Neuorganisation der Reichsämters unabkömmlich war; Rep. 90, Nr. 896, n. f.

- Innenminister: **Eulenburg, Botho Graf v.** (30.3.1878–25.2.1881)  
**Puttkamer, Robert v.** (17.6.1881–8.6.1888)<sup>7</sup>  
**Herrfurth, Ludwig** (2.7.1888–9.8.1892)
- Justizminister: **Leonhardt, Adolf** (5.12.1867–29.10.1879)  
**Friedberg, Heinrich (v.)** (29.10.1879–16.1.1889)  
**Schelling, Hermann (v.)** (31.1.1889–13.11.1894)
- Kriegsminister: **Kameke, Georg v.** (9.11.1873–3.3.1883)<sup>8</sup>  
**Bronsart v. Schellendorff, Paul** (3.3.1883–8.4.1889)  
**Verdy du Vernois, Julius v.** (8.4.1889–3.10.1890)
- Landwirtschaftsminister: **Friedenthal, Rudolf** (19.9.1874–13.7.1879)  
**Lucius (v. Ballhausen), Robert (Frh.)**  
(3.7.1879–14.11.1890)
- Minister der öffentlichen Arbeiten: **Maybach, Albert (v.)** (14.3./14.7.1879–20.6.1891)<sup>9</sup>
- Minister des Kgl. Hauses<sup>10</sup>: **Schleinitz, Alexander (Graf) v.** (31.8.1861–19.2.1885)  
**Stolberg-Wernigerode, Otto (Fürst) zu**  
(21.2.1885–29.6.1888)  
**Wedel (-Piesdorf), Wilhelm v.** (29.6.1888–14.9.1907)

*Minister ohne preußisches Ressort*

- Auswärtiges Amt: **Bülow, Bernhard v.** (6.6.1876–20.10.1879)  
*Staatssekretär: 10.10.1873–20.10.1879*
- Hatzfeldt, Paul Graf v.** (9.10.1882–24.10.1885)  
*Staatssekretär: 9.10.1881–24.10.1885*
- Bismarck, Herbert (Graf) v.** (22.4.1888–26.3.1890)  
*Staatssekretär: 18.5.1886–20.3.1890*<sup>11</sup>
- Reichskanzleramt: **Hofmann, Karl (v.)** (6.6.1876–14.3.1879)  
*Präsident des Reichskanzleramtes: 1.6.1876–14.3.1879*

---

<sup>7</sup> Puttkamer hatte das Innenministerium seit 11.3.1881 bereits kommissarisch verwaltet.

<sup>8</sup> Kameke wurde bereits zum 1.1.1873 als Stellvertreter Roons, der das Ministerpräsidium übernommen hatte, zum Staatsminister ernannt. Als dessen Nachfolger ab 9.11.1873 war er regulärer Staatsminister.

<sup>9</sup> Vgl. Anm. 5.

<sup>10</sup> Das Hausministerium wurde seit den 1850er Jahren als (mit dem Oberstkämmereramt verbundene) Hofbehörde betrachtet, und der jeweilige Minister nahm von 1879 bis 1890 nie an Staatsministerialsitzungen teil.

<sup>11</sup> Nach dem Rücktritt seines Vaters amtierte H. v. Bismarck eine Woche als interimistischer Außenminister.

- Reichsamt des Innern:                   **Hofmann, Karl (v.)** (14.3.1879–23.8.1880)  
  *Staatssekretär: 14.3.1879–23.8.1880*  
  **Boetticher, Karl Heinrich (v.)** (13.9.1880–16.8.1888)  
  *Vizekanzler: 18.6.1881–1.7.1897*  
  *Staatssekretär: 13.9.1880–1.7.1897*
- Admiralität:                               **Stosch, Albrecht v.** (1./8.1.1872–20.3.1883)<sup>12</sup>

---

<sup>12</sup> *Stosch wurde mit KO v. 31.2.1871 zum Staatsminister ab 1.1.1873 ernannt; wegen fehlender Gegenzeichnung bekräftigte eine neue KO v. 8.1.1873 diese Ernennung. Nach dem heftigen Streit mit Bismarck im März 1877 nahm er an keiner Staatsministerialsitzung mehr teil; vgl. Goldschmidt, Hans, Das Reich und Preußen im Kampf um die Führung, Berlin 1931, S. 179 f. (Bismarck 6.4.1877).*

## Verzeichnis der zitierten Archivalien

*Nachstehendes Verzeichnis der Signaturen und Kurztitel dient allein der schnellen Orientierung der Leser und stellt weder eine Abschrift aus den jeweiligen Findbüchern noch eine wortgetreue Wiedergabe der oft umständlich formulierten originalen Aktentitel dar.*

### **Geheimes Staatsarchiv Preuß. Kulturbesitz, Berlin-Dahlem**

#### **I. Hauptabteilung**

##### **Rep. 90: Staatsministerium (alte Registratur) (ehem. Merseburger Bestand)**

Tit. VI Bd. 58: Ordensverleihungen (1882)

##### **Rep. 90: Staatsministerium (Dahlemer Bestand)**

- Nr. 12: Entschädigung (freie Eisenbahnfahrt, Aufwandsentschädigung) an die Mitglieder des Reichstags (1868–94)
- Nr. 22: Nichtverfolgbarkeit der Abgeordneten in Beziehung auf Abstimmungen und Reden im Parlament, auch Strafgewalt des RT über die MdR (1871–1911)
- Nr. 44: Fürstliches Haus Carolath–Beuthen (1824–1906)
- Nr. 46: Privat-Familienfideikommiß der Kurhessischen Fürstenfamilie (1882–1923)
- Nr. 74: Verwendung des beschlagnahmten Welfenvermögens (1876–92)
- Nr. 164: Fürstliches Haus Sulkowski (1857–1913)
- Nr. 196: Vorbereitung der Gesetze, bes. Genehmigung durch den König (1849–1906)
- Nr. 393 u. 394: Organisation und Befugnisse des Staatsministeriums (1808–89; 1890–1907)
- Nr. 514: Anstellung der Militäranwärter im Reichs- und Staatsdienst (1881–93)
- Nr. 519 u. 520: Verzeichnisse der den Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen (1882–84; 1884–89)
- Nr. 531: Rang und Titel der Postbeamten (1817–1912)
- Nr. 551: Rang und Titel der höheren Beamten der Bauverwaltung (1853–95)
- Nr. 585 u. 586: Uniform der preuß. Beamten (1847–88; 1889–1911)
- Nr. 611: Übertritt preuß. Beamter in Reichs- und Reichslandsdienst (1850–1922)
- Nr. 635: Amtskautionen der preuß. Staatsbeamten (1889–1920)
- Nr. 888: Mitglieder des Staatsrates (1817–84)
- Nr. 896: Ernennung und Entlassung des Handelsministers (1878–1935)
- Nr. 936: Mitgl. der Prüfungskommission für höhere Verwaltungsbeamte (1879–1934)
- Nr. 1259: Unfallversicherung (1884–85)
- Nr. 1337: Tiergarten in Berlin (1846–1940)
- Nr. 1363: Gesetz betr. den Staatshaushalt [Komptabilitätsgesetz] (1824–89)
- Nr. 1379: Bestimmungen über den Staatshaushalt und die Spezialetats (1880–1917)
- Nr. 1469: Einheitliche Regelung des Lotteriewesens im Deutschen Reich (1884–1909)
- Nr. 1471: Tabakmonopol (1851–93)
- Nr. 1483: Sog. stehende Gefälle in Schleswig-Holstein (1872–87)

- Nr. 1498 u. 1499: Besteuerung des Zuckers (1867–85; 1885–88)  
Nr. 1547 u. 1548: Reichsstempelabgaben [Börsensteuer etc.] (1880–83; 1884–92)  
Nr. 1610: Ansiedlungswesen in den gemischtsprachigen Gebieten (1884–92)  
Nr. 1652: Gewerbeordnung für das Deutsche Reich (1882–84)  
Nr. 1674: Berücksichtigung der militärischen Interessen beim Eisenbahnbau (1836–92)  
Nr. 1677: Reichsgesetzliche Regelung des Eisenbahnwesens (1877–79)  
Nr. 1724: Verwendung des Dienstgebäudes des Staatsministeriums in der Behrenstr. 72 für das Kultusministerium und Ermittlung anderer Geschäftsräume für das Staatsministerium (1877–86)  
Nr. 1894: Kronprinz Friedrich Wilhelm und Kronprinzessin Victoria (1850–90)  
Nr. 1945: Titel, Wappen und Siegel des Königs (1880–1932)  
Nr. 1946: Kaiserwürde, Reichshoheitszeichen, kaiserliches Wappen etc. (1871–94)  
Nr. 1948: Vertretung des Königs in Regierungsgeschäften (1861–1910)  
Nr. 1958: Tod des Königs und Regierungsantritt der Thronfolger (1888–1909)  
Nr. 1960: Trauer-Reglement (Landes- und Hoftrauer) (1797–1909)  
Nr. 1962: Vereidigung der Staatsminister bei Thronwechseln (1840–88)  
Nr. 1971: Standeserhöhungen, Titel und Orden durch Friedrich III. (1888)  
Nr. 1972: Amnestien bei Thronwechseln (1840–88)  
Nr. 2022: Allgemeines Ehrenzeichen (1830–1921)  
Nr. 2052: Ordensverleihungen zum Ordensfest, Normalzahlen etc. (1878–99)  
Nr. 2058: Ordensverleihungen an Beamte und Bürger in Elsaß-Lothringen (1879–1908)  
Nr. 2094–2226: Ordensverleihungen, v. a. zu Ordensfesten und Herbstmanövern (1883–1914)  
Nr. 2100: Ordensverleihungen zum Ordensfest (1889)  
Nr. 2257: Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts (1794–1893)  
Nr. 2293–2295: Reorganisation der allgemeinen Landesverwaltung (1879/80; 1880–82; 1882–91)  
Nr. 2376–2379: Kirchenpolitische Gesetzgebung (1880; 1881–83; 1884–86; 1887–1909)  
Nr. 2414: Offiziöses Pressewesen (1848–1914)

**Rep. 90, Annex E: Elsaß-Lothringen (Dahlemer Bestand)**

- Nr. 1: Verfassung und Verwaltung Elsaß-Lothringens (1871–1909)  
Nr. 8: Rang und Titel der Beamten in Elsaß-Lothringen (1888–1914)  
Nr. 12: Abwehr deutschfeindlichen Einflusses in Elsaß-Lothringen (1871–1912)

**Rep. 90, Annex F: Disziplinarsachen (Dahlemer Bestand)**

- Nr. 643: Disziplinarsache Gymnasiallehrer B. Förster, Berlin (1881)  
Nr. 726: Disziplinarsache Bürgermeister Geisenheimer, Witten (1882)  
Nr. 1149: Disziplinarsache Prof. Dr. L. Ilse, Königsberg (1882)  
Nr. 1623: Disziplinarsache Kriminalkommissar W. Laser, Berlin (1881)  
Nr. 2450: Disziplinarsache Realschullehrer v. Rzepecki, Posen (1880)  
Nr. 2818: Disziplinarsache Kriminalkommissar H. v. Schwerin, Berlin (1880)

**Rep. 90, Annex H: Pensionssachen (Dahlemer Bestand)**

Zwangspensionierungen (1883–1936) [rd. 870 Akten]



**Rep. 90a: Staatsministerium (ehem. Merseburger Bestand)**

- A V Nr. 2: Protektorat des Königs über Ausstellungen etc. (1867–1913)  
 A VII 1 Nr. 2 Bd. 1: Der Bundesrat des Deutschen Reiches (1866–1914)  
 A VIII 1d Nr. 2 Bd. 1: Festsetzung der Termine für die Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhaus (1849–1920)  
 A VIII 2b Nr. 1 Bd. 1: Landtagsöffnung und Landtagsschluß (1850–1913)  
 A VIII 2b Nr. 4 Bd. 4: Landtagsöffnung und Landtagsschluß (1876–80)  
 A VIII 2b Nr. 6 Bde. 3–4: Feststellung der Thronreden (1868–80; 1881–89)  
 A VIII 4 Nr. 7 Bd. 1: Verteilung der Vorlagen auf Abgeordneten- und Herrenhaus (1849–1913)  
 A VIII 4 Nr. 4: Verhalten der Regierungsvertreter und Kommissare bei den Verhandlungen der Parlamente (1849–1914)  
 A VIII 5b Nr. 4 Bd. 1: Geschäftsverfahren im Abgeordnetenhaus (1850–1913)  
 A VIII 5b Nr. 10 Bd. 1: Veröffentlichung der Parlamentsreden der Regierungsvertreter durch die Presse (1851–1918)  
 B II Nr. 9: Marinebehörden (Oberkommando, Admiralität, Reichsmarineamt) (1870–1919)  
 B III 2b Nr. 2 Bd. 2: Sitzungen des Staatsministeriums [sog. Spezialakten, bes. mit Einladungen, Tagesordnungen, Vortragsverzeichnissen] (1887–91)  
 B III 2b Nr. 6 Bde. 91–102: Protokolle der Sitzungen des Staatsministeriums [pro Jahr ein Bd.] (1879–90)  
 B III 2c Nr. 3 Bd. IV: Kronratsprotokolle (1874–91)  
 B III 4f Nr. 1 Bd. 1: Einrichtung der Ansiedlungskommission (1886–90)  
 D I 2 Nr. 1 Bd. 1: Gemischtsprachige Landesteile und Polenpolitik (1815–85)  
 D I 4c Nr. 2 Bd. 3: Sozialistengesetz (1887–89)  
 D I 4c Nr. 3 Bd. 2: Ausführung des Sozialistengesetzes (1883–86)  
 E II 2 Nr. 7 Bde. 1 u. 2: Verwendung der aus dem Ertrage der Reichssteuern und Zölle an Preußen überwiesenen Summen (1868–81; 1881–89)  
 E VII 1 Nr. 1 Bde. 14–17: Staatshaushalt (1878–81; 1881–84; 1884–88; 1888–90)  
 F II Nr. 4 Bd. 6: Gemeinde-Abgaben (1882–90)  
 F III 3 Nr. 1 Bde. 5 u. 7: Einkommensteuer (1873–83; 1889–90)  
 H II 3d Nr. 3 Bd. 1: Grundsätze für die Erwerbung des Grundbesitzes für deutsche Ansiedlungen in den gemischtsprachigen Gebieten (1886–97)  
 K II 3 Nr. 9 Bd. 1: Eisenbahn-Tarife für Personen und Gepäck (1856–1903)  
 K III 3 Nr. 5 Bd. 2: Thüringische Eisenbahngesellschaft (1862–82)  
 N III 2 Nr. 1 Bd. 2: Schiffahrtsstraßen und Kanäle (1882/83)  
 Y II 2a Nr. 1 Bd. 1: Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres (1867–91)

\*\*\*\*\*

**Rep. 76: Kultusministerium (ehem. Merseburger Bestand)**

- I, Sekt. 1 Nr. 73 Bde. 1–3: Kölner Dombaufest (1880/81)  
 I, Sekt. 2 Nr. 29 Bd. 2: Admiralität, Oberkommando, Reichsmarineamt (1867–1918)  
 I, Sekt. 28a Nr. 1 Bde. 2 u. 3: Verhandlungen mit dem Vatikan (1879–80; 1880)  
 I, Sekt. 28a Nr. 3 Bd. 1: Ausgleich des kirchenpolitischen Konflikts (1881–82)  
 I, Sekt. 28a Nr. 5 Bde. 2, 4 u. 6: Geheime Schriftstücke betr. den Ausgleich des kirchenpolitischen Konflikts im allgemeinen (1883; 1884; 1885)  
 I, Sekt. 28a Nr. 6: Gesetz v. 31.5.1882 [2. Milderungsgesetz zum Kulturkampfabbau]

- I, Sekt. 31 Lit. A Nr. 15: Ministerialdirektor F. Althoff [Personalakte] (1882–1939)  
 IIa, Sekt. 48 Nr. 27 Bd. 1: Amtliche Papier- und Tintenprüfung (1883–98)  
 III, Sekt. 1 Abt. XIV Nr. 80 Bd. 2: Jubiläums-Feiern für Martin Luther (1883)  
 III, Sekt. 1 Abt. XV Nr. 26 Bde. 2 u. 3: Die kirchlichen (evangelischen) Umlagen (1883–84; 1884)  
 IV, Sekt. 1 Abt. VIII Nr. 37 Bd. 2: Kath. Feldpropstei und Militärseelsorge (1873–85)  
 IV, Sekt. 1 Abt. XII Nr. 6 Bde. 4 u. 5: Ausführung der relevanten Gesetze betr. Vorbildung und Anstellung der katholischen Geistlichen (1880–89)  
 IV, Sekt. I Abt. XIII Nr. 19 Bd. 1: Wiedenzulassung seelsorgerisch tätiger kath. Orden gem. Gesetz v. 29.4.1887 (1887–90)  
 IV, Sekt. 1a Abt. II Breslau Nr. 2: Kapitularvikare, bes. Wahl von H. Gleich (1881–1914)  
 IV, Sekt. 1a Abt. II Breslau Nr. 3 Bd. 1: Besetzung des Fürstbischöflichen Stuhls (1881/82)  
 IV, Sekt. 1a Abt. II Breslau Nr. 6 Bd. 1: Staatspfarrer der Diözese Breslau (1882–84)  
 IV, Sekt. 1a Abt. II Gnesen–Posen Nr. 1 Bd. 2: Erzbischöflicher Stuhl (1886)  
 IV, Sekt. 1a Abt. II Kulm Nr. 2: Bestellung eines Koadjutor für den Bischof (1881–84)  
 IV, Sekt. 1a Abt. II Trier Nr. 1: Ablehnung der Wahl des Domkapitulars De Lorenzi zum Kapitularvikar (1881–89)  
 IV, Sekt. 1a Abt. II Trier Nr. 2 Bd. 1: Besetzung des Bischofsstuhls (1881–84)  
 Vc, Sekt. 1 Tit. XI Teil V B Nr. 18 Bd. 1: Feiern 400. Geburtstag Luthers (1883–1903)  
 VI, Sekt. 1 Gen. Z Nr. 28 Bd. 1: Rang der Lehrer an höheren Schulen (1817–93)  
 VI, Sekt. 1 Gen. Z Nr. 61 Bd. 18: Ausarbeitung des in der Verfassung verheißenen Unterrichtsgesetzes (1874–90)  
 VI, Sekt. I Gen. Z Nr. 115 Bd. 1 u. Adhib. F: Reform des (höheren) Schulwesens (1889–90)  
 VI, Sekt. XV z Nr. 20 Bd. 1: Das Gymnasium Schöneberg (1883–91)  
 VII neu, Sekt. 16 F Frankfurt/O. Teil IV Nr. 64 Bd. 1: Ankauf der Herrschaft Weine für das Stift Neuzelle (1883–87)  
 VII neu, Sekt. 16 F Frankfurt/O. Teil IV Nr. 66 Bd. 1: Ankauf des Rittergutes Rybowo für das Stift Neuzelle (1886 ff.)  
 VIII A, Nr. 55: Neuorganisation der Medizinalbehörden [Ärzttekammern] (1882–87)  
 VIII A, Nr. 598: Staatsprüfungen für Medizinalpersonen [Ärzte] (1881–83)  
 VIII A, Nr. 609 u. 610: Äußerungen über die Zulassung der Realschulabiturienten zum Medizin-Studium (1879–79)  
 VIII A, Nr. 2282: Allgemeine Deutsche Ausstellung für Hygiene und Rettungswesen (1883–95)  
 VIII A, Nr. 3183: Reichs-Cholera-Kommission (1873–85)  
 VIII A, Nr. 3202: Ausbruch der Cholera (1884)  
 VIII B, Nr. 765: Ärztekammern (1887–1905)

**Rep. 77: Innenministerium (Dahlemer Bestand)**

- Nr. 537: Personalakte Regierungsrat Bossart (1855–86)  
 Nr. 557: Personalakte Regierungsrat/Regierungspräsident H. v. Brandenstein (1870–1938)  
 Nr. 725: Personalakte Landrat K. v. Delius (1869–96)  
 Nr. 2126: Personalakte Polizeipräsident B. Frh. v. Richthofen (1863–87)  
 Nr. 4535: Besetzung der Landratsstelle Bromberg (1867–89)  
 Nr. 4701: Besetzung der Landratsstelle Angerburg (1866–87)  
 Nr. 4754: Besetzung der Landratsstelle Hameln (1885–1919)  
 Nr. 5447: Besetzung der Landratsstelle Krs. Hgztm. Lauenburg (1876–1901)  
 Nr. 5700: Sekrete Handakten des Ministers des Innern (1859–87)

**Rep. 77: Innenministerium (ehem. Merseburger Bestand)**

- CB, Tit. 343a Nr. 142 Bd. 4: Welfenagitation in Hannover (1878–83)  
 CB, Tit. 343a Nr. 152 Adhib. 41 Bde. 1 u. 2: Anschläge auf die Polizei in Frankfurt/M., Elberfeld und Rüdeshcim (1883–87)  
 CB, Tit. 858 Nr. 14 Bde. 3 u. 4: Verwendung des Welfenfonds (1877–86)  
 CB, Tit. 859 Nr. 88: Die Kölner Domfeier (1880)  
 CB, Tit. 859 Nr. 92: Geh. Kommerzienrat J. Landau, Berlin (1882)  
 CB, Tit. 859 Nr. 129: Politische Zustände im Krs. Hztgm. Lauenburg (1881/82)  
 CB, Tit. 867 Nr. 6 Bd. 7: Wahlen zum Abgeordnetenhaus (1882–85)  
 CB, Tit. 867 Nr. 16 Bd. 1: Beabsichtigte Strafverfolgung gegen MdR, die Diäten oder Entschädigungen aus Parteifonds beziehen (1883–85)  
 Tit. 34 Nr. 58 Bd. 1: Pensionsverhältnisse der Militärpersonen (1825–1900)  
 Tit. 34 Nr. 117: Hinterbliebenenversorgung für Reichsbeamte und Militärangehörige (1874–88)  
 Tit. 34 Nr. 122 Bd. 1: Hinterbliebenenfürsorge für Staatsbeamte (1881–82)  
 Tit. 34 Nr. 123 Bd. 1: Hinterbliebenenfürsorge für Staatsbeamte infolge von Unfällen (1885–97)  
 Tit. 40b Nr. 13 Bd. 2: Erhebungen in den Grafenstand (1887–1913)  
 Tit. 41 Nr. 102: Verhältnisse der Herrschaft Reisen des Fürsten Sulkowski (1819–1909)  
 Tit. 44 Nr. 103 Bd. 2: Verwendung der aus den Erträgen von Reichssteuern an Preußen zu überweisenden Summen (1881–82)  
 Tit. 46 Nr. 46 Bd. 1: Studentische Verbindungen (1852–1931)  
 Tit. 50 Nr. 21 Bde. 5 u. 6: Verwaltung der Provinz Posen (1886; 1886–1905)  
 Tit. 50 Nr. 21 Adhib. 1: Denkschriften wegen Maßregeln zur Germanisierung der Provinz Posen (1832–86)  
 Tit. 52 Nr. 62 Bd. 1: Überschwemmungen in der Provinz Posen (1889–91)  
 Tit. 53 Nr. 65 Bde. 4 u. 5: Veröffentlichung amtlicher Erlasse durch konservative Blätter (1869–81; 1881–92)  
 Tit. 54a Nr. 6 Bd. 3: Die Berliner Volkszeitung  
 Tit. 94 Nr. 95 Bd. 5: Statistiken zu Grundeigentum und Gebäude (1884–88)  
 Tit. 94 Nr. 137 Bde. 2 u. 3: Statistik der Viehzählungen (1873–82; 1883–92)  
 Tit. 123 Nr. 10 Bd. 6: Reorganisation des Volksschulwesens (1872–83)  
 Tit. 123 Nr. 134 Bd. 3: Verfassung der evangelischen. Kirche in den älteren Provinzen (1882–94)  
 Tit. 151 Nr. 103 Bde. 2 u. 3: Nationaldenkmal auf dem Kreuzberg bei Berlin (1881–86; 1886–98)  
 Tit. 151 Nr. 106 Bd. 1 Adhib. 1: Nationaldenkmal für Wilhelm I. in Berlin (1888–1902)  
 Tit. 153 Nr. 10 Bd. 1: Rücksendung von Orden nach Tod der Inhaber (1820–90)  
 Tit. 182 Nr. 35 Bd. 2: Geschäftsbetrieb der obersten Staatsbehörden (1841–1910)  
 Tit. 184 Nr. 20 Bd. 4: Rang- und Titelverhältnisse im allgemeinen (1878–93)  
 Tit. 184 Nr. 20 Beih. 4a: Titel- und Charakterverleihungen an Kanzleibeamte der Provinzialbehörden (1882–1921)  
 Tit. 184 Nr. 184 Bd. 6: Anstellung der Versorgungsberechtigten des Militärstandes im Zivildienste (1880–82)  
 Tit. 184 Nr. 224 Bd. 1: Übertritt preuß. Beamter in den Reichs- und Reichsland-Dienst sowie Rücktritt in preuß. Dienste (1872–1909)  
 Tit. 215b Nr. 15 Bde. 1–4: Notstand in Oberschlesien und der Rheinprovinz (1879/80)  
 Tit. 215b Nr. 7 Bd. 1: Notstände in der Rheinprovinz (1835–83)  
 Tit. 226 Nr. 25 Bd. 7: Übertritt preuß. Untertanen in fremde Kriegs- und Zivildienste (1870–91)  
 Tit. 226 Nr. 75 Bd. 13: Auswanderung nach Brasilien (1889/90)  
 Tit. 227a Nr. 75 Bde. 3 u. 4: Stadtverwaltung von Berlin (1868–82; 1882–83)  
 Tit. 253a Nr. 8 Bd. 2: Gebäude des Reichstags (1881–1934)  
 Tit. 253a Nr. 17: Strafgewalt des Reichstags über seine Mitglieder (1878/79)  
 Tit. 258 Nr. 11 Bd. 2: Maßregeln zur Verhütung von Eisenbahnunfällen (1875–99)

- Tit. 258 Nr. 46 Bd. 1: Preisermäßigungen für Vereine und Freibillets bei Bahnreisen (1848–89)
- Tit. 303 Nr. 1 Bd. 12: Gesindeordnungen in Preußen (1878–80)
- Tit. 303 Nr. 45: Gesindewesen in der Provinz Hessen-Nassau (1867–1913)
- Tit. 307 Nr. 77 Bde. 11 u. 12: Änderung der Gewerbeordnung (1880/81; 1881/82)
- Tit. 307 Nr. 84 Gen. Bd. 1: Entwurf eines Gesetzes über Gewerbegerichte (1877–92)
- Tit. 324a Nr. 24 Bd. 2: Lotterie für den Ausbau des Kölner Doms (1875–90)
- Tit. 344 Nr. 9 Bd. 8: Errichtung Königlicher Polizeibehörden in einigen Städten (1887/88)
- Tit. 413 Nr. 41 Beiakten I Spec.: Behandlung der kath. Orden in Preußen (1875–90)  
[provinzweise gegliedert, insgesamt 32 Bände]
- Tit. 413 Nr. 42: Leistungen aus Staatsmitteln für die kath. Kirche [Sperrgesetz] (1875–94)
- Tit. 415 Nr. 76: Erinnerungsfeiern zum 400. Geburtstag Luthers (1883/84)
- Tit. 464 Nr. 3 Bd. 3: Kommunalverwaltung der Stadt Posen (1884–92)
- Tit. 479 Nr. 232 Bde. 3 u. 4: Kommunalbesteuerung der Militärpersonen und Beamten (1879–84; 1884–87)
- Tit. 496a Nr. 23 Bd. 2: Diäten und Reisekosten für Landtagsmitglieder (1864–1905)
- Tit. 496a Nr. 79 Bde. 2 u. 3: Neubau eines Landtagshauses (1867–83; 1883/84)
- Tit. 496b Nr. 79: Erblicher Herrenhaus-Sitz für den Fideikommiß der Grafen Redern (1883–1919)
- Tit. 497a Nr. 26 Bd. 1: Gesetz betr. Organisation der allg. Landesverwaltung (1879)
- Tit. 497a Nr. 26 Bde. 3–6: Gesetz betr. Organisation der allg. Landesverwaltung (1879–81)
- Tit. 497a Nr. 27: Gesetz betr. Änderung der Provinzialordnung v. 1875 (1880–97)
- Tit. 497a Nr. 28 Bd. 1: Revision der Verwaltungsreform-Gesetzgebung (1882)
- Tit. 497g Nr. 16: Verhandlungen des Westfälischen Provinziallandtages (1885)
- Tit. 497g Nr. 17: Einführung der Provinzialordnung in Westfalen (1875–1911)
- Tit. 497h Nr. 18: Einführung der Provinzialordnung in die Rheinprovinz (1886–1904)
- Tit. 497i Nr. 12 Bd. 1: Provinzialverfassung der Provinz Hannover (1880–90)
- Tit. 497k Nr. 13: Provinzialverfassung der Provinz Schleswig-Holstein (1880–90)
- Tit. 500 Nr. 46 Bd. 22: Sozialistengesetz (Febr.–Nov. 1889)
- Tit. 500 Nr. 46 Adhib. A Bd. 3: Ausweisungen aus Hamburg, Altona und Umgebung gem. § 28 Sozialistengesetz (1881)
- Tit. 500 Nr. 46 Adhib. B Bd. 1: Ausweisungen aus Berlin und Umgebung gem. § 28 Sozialistengesetz (1878–83)
- Tit. 500 Nr. 46 Adhib. B Bd. 3: Ausweisungen aus Berlin und Umgebung gem. § 28 Sozialistengesetz (1885/86)
- Tit. 500 Nr. 46 Adhib. D Bde. 1 u. 2: Ausweisungen aus Frankfurt und Umgebung gem. § 28 Sozialistengesetz (1884–86; 1886/87)
- Tit. 500 Nr. 49 Bde. 1 u. 2: Novelle zum Strafgesetzbuch anstelle und zur Ergänzung des Sozialistengesetzes (1878–89; 1889/90)
- Tit. 508 Nr. 3 Bd. 5: Sicherheitsmaßregeln gegen Tumulte im Regierungsbezirk Minden (1851–92)
- Tit. 522a Nr. 71: Die Öffentlichkeit der (Provinzial-) Landtagsverhandlungen (1831–82)
- Tit. 611 Nr. 58 Bd. 7: Jagd- und Forstpolizei-Gesetzgebung (1877–80)
- Tit. 662 Nr. 63 mit Beiakte II: Das Warenhaus für Armee und Marine bzw. Beamte des Deutschen Offiziersvereins (1883–1920; 1888–1912)
- Tit. 772 Nr. 37 Bde. 3–4: Kreisordnung für Posen (1880; 1880–89)
- Tit. 772 Nr. 39 Bde. 3–5: Kreisordnung für Schleswig-Holstein (1878–80; 1880; 1880–82)
- Tit. 772 Nr. 42 Bde. 2–5: Kreisordnung für Hannover (1880; 1880/81; 1881/82; 1882/83)
- Tit. 772 Nr. 47 Bd. 2: Gesetz betr. Änderung der Kreisordnung v. 1872 (1880/81)
- Tit. 772 Nr. 53 Bd. 3: Kreisordnung für die Rheinprovinz (1886–87)
- Tit. 915 Nr. 1 Bd. 6: Ziviluniform der Beamten (1877–95)
- Tit. 923 Nr. 1 Bd. 5: Unfall- und Krankenversicherung der Arbeiter (1884–86)
- Tit. 945 Nr. 1 Bd. 1: Organisation der Lokalpresse, speziell „Neueste Mitteilungen“ (1882)

- Tit. 1050 Nr. 5 Bd. 1: Kirchliche Angelegenheiten in Schleswig-Holstein (1876–98)  
Tit. 1051 Nr. 2 Bd. 1: Kirchliche Angelegenheiten in Hannover (1869–1904)  
Tit. 1052b Schlesien Nr. 107: Ferdinand-Lassalle-Stiftung in Breslau (1882)  
Tit. 1116 Nr. 15 Bd. 1: Einsendung von Kunstgegenständen an Seine Majestät ohne Genehmigung (1840–95)  
Tit. 1126 Nr. 2: Rheinische Ritterakademie Bedburg (1850–92)  
Tit. 1131 Nr. 1a Bd. 1: Annahme und Auszahlung von Sparkassen-Geldern durch Postanstalten (1866–85)  
Tit. 1137 Nr. 4 Bd. 3: Deutscher Kriegerbund (1881–83)  
Tit. 1176 Nr. 2a Bd. 5: Bestimmungen betr. (russisch-polnische) Flüchtlinge und Ausweisungen (1884–85)  
Tit. 1221 Nr. 2 Bd. 2: Kadettenanstalten (1879–90)  
Tit. 1229 Nr. 16 Bd. 3: Reichsmilitärgesetz (1879–86)  
Tit. 1229 Nr. 17: Besteuerung der zum Wehrdienst nicht herangezogenen Wehrpflichtigen (1880–1907)  
Tit. 1368 Nr. 1 Bd. 1: Städteordnung für den Regierungsbezirk Wiesbaden (1885)  
Tit. 1433 Nr. 11 Bd. 2: Forst- und Jagdpolizei (1878–1937)  
Tit. 2513 Nr. 1 Beih. 33: Die generellen Verfügungen über das Einschreiten der Polizei gegen Ausschreitungen bei Streiks (1886–1905)  
Tit. 2523 Nr. 1 Bd. 1 u. 4: (Bergarbeiter–) Streik in Westfalen (Mai 1889; Juni 1889)  
Tit. 2554 Nr. 3 Bd. 1: Kommunalverwaltung der Stadt Eupen (1821–86)  
Tit. 2663 Nr. 8 Bd. 4: Kommunalverwaltung der Stadt Tilsit (1867–1900)  
Tit. 3158 Nr. 1 Bd. 2: Kommunalverwaltung der Stadt Schönebeck (1887–1930)  
Tit. 3435 Nr. 1 Bd. 2: Kommunalverwaltung der Stadt Witten (1879–83)  
Tit. 3704 Nr. 1 Bd. 1: Kommunalverwaltung der Stadt Hannover (1869–94)  
Tit. 4005 Stadt Berlin Rieselanlagen Gen. Nr. 1: Bildung einer Ministerialkommission zur Überwachung der Berieselungsanlagen der Stadt Berlin (1882–1911)  
Tit. 4005 Stadt Berlin Rieselanlagen Gen. Nr. 2 Bd. 1: Rieselfelder der Stadt Berlin (1881/82)  
Tit. 4005 Stadt Berlin Rieselanlagen Spec. Nr. 2 Bd. 1: Beschwerden und Gesuche aus dem Krs. Niederbarnim über die Berliner Rieselfelder (1882/83)

#### **Rep. 80: Staatsrat (Dahlemer Bestand)**

- II Specialia Nr. 1: Begutachtung des Postsparkassen-Gesetzwurfs (1884)  
II Specialia Nr. 3: Begutachtung des Gesetzentwurfs über Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung auf Transportgewerbe u. a. Berufe (1884)  
II Specialia Nr. 4: Begutachtung des Gesetzentwurfs über die Unfallversicherung in Land- und Forstwirtschaft (1884)  
II Specialia Nr. 5: Begutachtung der Kreis- und Provinzialordnung für Hessen-Nassau (1885)  
II Specialia Nr. 6: Gutachten zur Änderung des Reichsstempelgesetzes v. 1881 (1885)  
II Specialia Nr. 8 Adhib.: Gesetzentwurf über die Feststellung der Leistungen für Volksschulen (1886)

#### **Rep. 84a: Justizministerium (Dahlemer Bestand)**

- Nr. 2049 u. 2050: Verfassung und Ressortverhältnisse der Ministerien (1866–82; 1883–98)  
Nr. 2332: Militärstrafgerichtsordnung (1872–96)  
Nr. 2830/1: Die Orthographie (1876–1902)  
Nr. 2836: Versorgung der Hinterbliebenen ermordeter Beamter (1885–90)  
Nr. 3985: Pressegesetz des Deutschen Reiches (1876–93)

- Nr. 4066 u. 4067: Gesetzgebung und Verwaltung der Provinzen Westpreußen, Posen und Oberschlesien (1886; 1886–94)  
 Nr. 4089: Die Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen (1886–92)  
 Nr. 4094: Kreis-Teilungen in Westpreußen und Posen (1886–87)  
 Nr. 4264 u. 4265: Reorganisation der allgemeinen Landesverwaltung (1880–82; 1882–83)  
 Nr. 4384 u. 4385: Staatsministerium (1808–59; 1861–1918)  
 Nr. 4687 u. 4688: Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen (1884–88; 1889–1900)  
 Nr. 4854: Der amtliche Gebrauch fremder Sprachen (1884–1902)  
 Nr. 4866: Herstellung des Nord-Ostseekanals (1864–94)  
 Nr. 5233: Bekämpfung der Trunksucht (1880–88)  
 Nr. 5539: Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden (1880–81)  
 Nr. 5720: Anti-Wuchergesetzgebung (1867–80)  
 Nr. 6151: Auslieferung politischer Verbrecher (1881–1928)  
 Nr. 6259: Reichstag im allgemeinen (1884–94)  
 Nr. 6349: Entschädigung von MdR aus Parteifonds (1883–86)  
 Nr. 7790: Beschränkung des Zutritts bei Hinrichtungen (1886/87)  
 Nr. 7937: Vorschriften über Sprengstoffe (1881–1930)  
 Nr. 8462 u. 8463: Gesetzliche Maßnahmen zur Abwehr der Sozialdemokratie (1888/89; 1889/90)  
 Nr. 8799: Gewährung von Beistand auf dem Gebiet der Abgabenverwaltung zwischen deutschen Bundesstaaten (1833–93)  
 Nr. 10057: Freizügigkeit und Indigenat (1884–1934)  
 Nr. 10809: Branntweinmonopol (1886–93)  
 Nr. 11049: Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter (1887/88)  
 Nr. 11371: Vorschriften über Handwerker und Zünfte [Innungen] (1842–81)  
 Nr. 11532: Jagdgesetzgebung und Wilddiebstahl (1881–84)

**Rep. 84a: Justizministerium (ehem. Merseburger Bestand; Tektonik 2.5.1)**

- Nr. 3362: Adelsgesetzgebung (1860–94)  
 Nr. 3400: Titularbuch (1892)  
 Nr. 3580: Verordnungen betr. Errichtung von Fideikommissen (1876–92)  
 Nr. 4957: Das Hardt'sche Fideikommiß Wonsowo (1887–1906)  
 Nr. 9994: Untersuchung gegen die MdR Fritzsche und Hasselmann (SPD) wegen Vergehens gegen das Sozialistengesetz (1878–81)

**Rep. 87: Landwirtschaftsministerium (ehem. Merseburger Bestand)**

- ZB, Nr. 13: Personal- und Bedürfnisetat des Landwirtschaftsministeriums (1884–88)  
 ZB, Nr. 102: Bundesrat des Deutschen Reiches (1867–1918)  
 ZB, Nr. 131: Gesetzentwürfe wegen Abänderung von Bestimmungen des Strafgesetzbuches, des Vereins-/ Versammlungsrechts und des Pressegesetzes (1879–93)  
 ZB, Nr. 132: Gesetzentwürfe betr. Umgang mit Sprengstoff (1881–1903)  
 ZB, Nr. 169: Maßnahmen gegen Ausbreitung des Polentums in den östlichen Provinzen auf dem Gebiet der Kultusverwaltung (1886–94)  
 ZB, Nr. 173: Maßnahmen gegen Ausbreitung des Polentums in den östlichen Provinzen, bes. Förderung deutscher Ansiedlungen (1886–96)  
 ZB, Nr. 221: Kath. geistliche Orden und Kongregationen in Preußen (1887–1914)  
 ZB, Nr. 225: Verwendung des beschlagnahmten Welfenvermögens (1877–92)  
 ZB, Nr. 229: Schadloshaltung des Hzgl. Hauses Schleswig-Holstein (1884–92)  
 ZB, Nr. 327: Berliner Viehhöfe (1881–1903)

- ZB, Nr. 425 u. 426: Geh. Regierungsrat im Landwirtschaftsministerium Günther Freytag (1883–84; 1884–87)  
 ZB, Nr. 585: Landgerichtsrat W. Schröder, Hilfsarb. im Landwirtschaftsministerium (1883–84)  
 B, Nr. 6836: Zollgesetzgebung des Deutschen Reiches (1879–98)  
 B, Nr. 6972: Zeitungsausschnitte betr. Getreidezölle (1884/85)  
 B, Nr. 9483: Ansiedlungspolitik (Gesetz v. 26.4.1886) (1886–1919)  
 B, Nr. 10736: Bäuerliche Erbfolge in der Provinz Westfalen, speziell Höferolle (1881–83)  
 B, Nr. 10838: Grundbesitz-Vererbung/Landgüterrolle Provinz Brandenburg (1879–82)  
 B, Nr. 10839: Landgüterordnung Provinz Schlesien (1879–84)  
 B, Nr. 10840: Landgüterordnung Provinz Schleswig-Holstein (1879–85)  
 B, Nr. 10866: Untersuchungen über die Lage des Grundbesitzes (1884–86)  
 B, Nr. 11432: Pommersche Landschaft (1875–84)  
 B, Nr. 16825: Ausführung des Gesetzes v. 5.6.1869 betr. Portofreiheiten (1885–91)  
 F, Nr. 1110 u. 1111: Hochwasser-Verheerungen der Oder (1888)  
 F, Nr. 1128: Staatshilfen zur Beseitigung der Hochwasser-Schäden 1888 (Gesetz v. 30.5.1888) (1888–89)  
 F, Nr. 1333 u. 1334: Hochwasser-Verheerungen der Weichsel (1888/89)  
 F, Nr. 1503 u. 1504: Dortmund-Ems-Kanal (1882–83; 1883–86)

**Rep. 89: Zivilkabinett (ehem. Merseburger Bestand; Tektonik 2.2.1)**

- Nr. 35: Ernennung der Geh. Kabinettsräte/Räte im Zivilkabinett (1834–97)  
 Nr. 174: Zeichnerische Entwürfe von Krone, Reichswappen, Siegel etc. (1871–96)  
 Nr. 218 u. 219: Bau des Reichstagsgebäudes (1871–79; 1880–84)  
 Nr. 660: Tod Wilhelms I. und Thronbesteigung Friedrichs III. (1888)  
 Nr. 663: Tod Friedrichs III. und Thronbesteigung Wilhelms II. (1888)  
 Nr. 913: Abfassung eines Titularbuches (1847–82)  
 Nr. 938: Standeserhöhungen und Gnadenbeweise Friedrichs III. (1888)  
 Nr. 2870: Trauerreglement v. 1797 (1843–1917)  
 Nr. 3568: Kompetenzen und Geschäftsgang der obersten Behörden (1876–97)  
 Nr. 3694, 3695 u. 3696: Ernennung der Staatsminister und Organisation der Staatsbehörden (1874–79; 1880–84; 1885–94)  
 Nr. 3727: Präsident und Vizepräsident des Staatsministeriums (1847–1919)  
 Nr. 3769: Staatsrat und Staatssekretariat (1848–85)  
 Nr. 3899: Uniformen der preuß. Staatsbeamten (1889–98)  
 Nr. 3908: Uniformen der Reichsbeamten (1886–1904)  
 Nr. 13514: Oberpräsidium der Provinz Hessen-Nassau (1867–1917)  
 Nr. 13638: Personal der Regierung Köln (1830–84)  
 Nr. 13972: Provinzial- und Kommunalständehaus (Brandenburgs) in Berlin (1833–88)  
 Nr. 14502: Einteilung der städtischen Wahlbezirke in Berlin (1858–83)  
 Nr. 14883: Kommunalverwaltung der Stadt Tilsit (1856–1915)  
 Nr. 15007: Einführung der dt. Sprache in die polnischen Landesteile (1886–96)  
 Nr. 15263: Attentate auf Staatsbeamte (1885)  
 Nr. 15437: Deutscher Kriegerbund und Kriegervereinsverbände (1873–85)  
 Nr. 16272: Zeitungsberichte der Regierung Koblenz (1880–89)  
 Nr. 20933: Nationaldenkmal für Wilhelm I. (1888–1902)  
 Nr. 20939: Nationaldenkmal für Friedrich III. (1889–1919)  
 Nr. 22108: Ausbau des Kölner Doms (1881–94)  
 Nr. 22307: Höhere Lehranstalten im allgemeinen (1836–90)  
 Nr. 22381: Ritterakademie Bedburg (1840–83)

- Nr. 22492: Volksschulen im allgemeinen (1863–90)  
Nr. 22773: Kirchenverfassung der 6 östlichen Provinzen (1876–91)  
Nr. 22809: Kirchenpolitische Gesetzgebung (1874–84)  
Nr. 22907: Kirchliche Verfassung des Regierungsbezirks Kassel (1867–1905)  
Nr. 22914: Erzbistum Freiburg in Baden (1868–1910)  
Nr. 23134: Domkapitel und Bistum Münster (1884–1916)  
Nr. 23223: Englische und amerikanische Kirchengemeinden (1840–1907)  
Nr. 24460: Angelegenheiten der Apotheker (1848–1918)  
Nr. 28576: Kunstbauten in Berlin (1817–1914)  
Nr. 28632: Kurfürstendamm in Berlin (1847–1914)  
Nr. 29475: Personal der Eisenbahndirektionen (1880–83)  
Nr. 29959: Regelung des Arbeitgeber – Arbeitnehmer-Verhältnisses (1866–90)  
Nr. 29960/1: Erlaß Wilhelms II. v. 4.2.1890 zum Arbeiterschutz (1890)  
Nr. 31334: Besetzung der Oberforstmeister-/ Forstmeisterstellen (1882–89)

**Rep. 92: NL R. Bosse (Dahlemer Bestand)**

- Nr. 15: Handakten betr. Sitzungen des Staatsministeriums (1878–81)

**Rep. 92: NL A. Falk (ehem. Merseburger Bestand)**

- Nr. 75: Tagebuch Adalbert v. Falk (1877–80)

**Rep. 92: NL A. v. Scholz**

- Nr. 7: (Dahlemer Teil) Korrespondenz (u. a. mit O. v. Bismarck, 1880–98)  
B, Nr. 7: (Merseburger Teil) Bau des Reichstagsgebäudes (1883)

**Rep. 93: Ministerium der öffentlichen Arbeiten (ehem. Merseburger Bestand)**

- B, Nr. 1951 u. 1952: Neubau eines Landtagsgebäudes in Berlin (1884–88; 1888–91)  
B, Nr. 2369 u. 2370: Polizeiverordnung v. 10.3.1879 zum Schutz des Nationaldenkmals auf dem Kreuzberg (1878–82; 1882–1906)  
B, Nr. 2373: Nationaldenkmal für Wilhelm I. in Berlin (1888–93)  
B, Nr. 2530: Neubau einer Domkirche in Berlin (1888–90)  
E, Nr. 446: Auslage von Zeitungen in Bahnhofsgaststätten und Verkauf von Druckwerken auf Bahnhöfen (1852–85)

**Rep. 120: Handelsministerium (ehem. Merseburger Bestand)**

- CB, I Nr. 3: Reaktivierung des Staatsrats (1883–95)  
CB, I Nr. 4 Bd. 1: Protokolle des Staatsministeriums (1879–81)  
CB, I Nr. 4 Bd. 2: Protokolle des Staatsministeriums (1882–83)  
CB, I Nr. 4 Bd. 3: Protokolle des Staatsministeriums (1883–84)  
CB, I Nr. 4 Bd. 4: Protokolle des Staatsministeriums (1885–86)  
CB, I Nr. 4 Bd. 5: Protokolle des Staatsministeriums (1886–89)  
CB, I Nr. 4 Bd. 6: Protokolle des Staatsministeriums (1889–90)  
CB, I Nr. 25: Untersuchungen wegen unerlaubter Veröffentlichung amtlicher Schriftstücke und Beleidigung von Staatsministern durch die Presse (1882–1926)



- CB, I Nr. 34: Bestimmungen aus Anlaß des Thronwechsels (1888)  
 CB, I Nr. 143: Maßregeln gegen (oppositionelle) Beamtenvereinigungen (1885–99)  
 A, I 1 Nr. 77 Bd. 1: Errichtung des Preuß. Volkswirtschaftsrats (1880)  
 A, I 1 Nr. 79 Bd. 4: Einberufung des Preuß. Volkswirtschaftsrats (1887)  
 A, II 5e Nr. 12: Kommunale Einteilung der Haffgewässer (1879–94)  
 A, II 5e Nr. 15 Bd. 1: Provinzial- und Kreisordnung Hessen-Nassau (1884–85)  
 A, X Nr. 27 Bd. 7: Münzwesen (1879–91)  
 BB, I 1 Nr. 12 Bd. 11: Änderung der Gewerbeordnung (1878–81)  
 BB, III 1 Nr. 6 Bd. 2: Wandergewerbe (1878–85)  
 BB, VIa 1 Nr. 1 Bd. 2: Errichtung von Gewerbekammern (1883–86)  
 BB, VII 1 Nr. 29: Regelung der Arbeiterfrage (1890–99)  
 BB, VII 1 Nr. 3 Bd. 6: Bergarbeiterstreik in Westfalen und Schlesien (Mai/Juni 1889)  
 BB, VII 1 Nr. 119 Bd. 1: Errichtung von Postsparkassen (1884–93)  
 BB, VII 1 Nr. 4a Bd. 3: Gesetzentwurf über Anzeige von Unfällen in Fabriken (1879–80)  
 BB, VIII 4 Nr. 1 Bd. 1 u. 2: Gesetzentwurf betr. Unfallversicherung der Arbeiter (1880; 1880–81)  
 BB, IX 1 Nr. 6 Bd. 3: Apothekenwesen (1886–99)  
 BB, IX 1 Nr. 8 Bd. 3: Gewerbevorschriften für Buchhändler/Drucker (1809–1904)  
 C, VII 1 Nr. 10 Adhib. 7 Bd. 2: Zoll- und Steuerreform im Reich und Preußen (1879)  
 C, VII 2a Nr. 44: Zölle auf Gartenbau-Erzeugnisse (1884–1900)  
 C, XIII 2 Nr. 1a Bd. 3: Erneuerung des Handelsvertrags mit Österreich (1879–81)  
 C, XVI 1 Nr. 32 Bd. 3: Bau des Nord-Ostseekanals (1881–86)  
 E, XVI 2 Nr. 13 F Bd. 1: Veranstaltung einer Weltausstellung in Berlin (1866–92)

**Rep. 151: Finanzministerium (ehem. Merseburger Bestand)**

- HB, Nr. 519: Anderweitige Regelung der Krondotation (1888–1919)  
 HB, Nr. 819: Maßnahmen gegen die SPD (1885–88)  
 HB, Nr. 971: Finanzielle Mobilmachung (1887–1914)  
 HB, Nr. 1270: Geschäftsverkehr mit der Diskontogesellschaft (1881–82)  
 HB, Nr. 1353: Ankauf der Rhein-Nahe-Bahn für den Staat (1879–81)  
 HB, Nr. 1354: Geplante Eisenbahn-Ankäufe für den Staat (1880–82)  
 HB, Nr. 1593: Verwertung entbehrlicher Silberbestände (1887–93)  
 HB, Nr. 1682: Steuerreform, Coburger Konferenzen (1880)  
 HB, Nr. 1683, 1685 u. 1687: Steuerreform (1880; 1881; 1882/83)  
 HB, Nr. 1690: Steuerreform, Einkommen- und Kapitalrentensteuer (1883)  
 IA, Nr. 269: Komptabilitätsgesetz (1880–84)  
 IB, Nr. 4681: Gehaltserhöhungen für Beamte im allgemeinen (1881–82)  
 IC, Nr. 2464: Umwandlung des Zeughauses in eine Ruhmeshalle (1879–84)  
 IC, Nr. 7828 u. 7829: Lehrerbesehung an Elementarschulen und gutsherrliche Lasten (1880–85; 1886–1900)  
 II, Nr. 926: Kommunale Anleihen der Stadt Berlin (1869–1923)  
 II, Nr. 1008: Hundesteuer (1824–82)  
 III, Nr. 8236: Einführung des Branntwein-Monopols im Dt. Reich (1885–86)  
 III, Nr. 8250: Entwurf eines Branntweinsteuergesetzes (1886/87)  
 III, Nr. 8257: Besteuerung des Branntweins (1886/87)  
 III, Nr. 9528: Tabakbesteuerung (1879/80)

**Rep. 168: Generalordenskommission (ehem. Merseburger Bestand)**

- A II a Nr. 24 Bd. 1: Rückgabe von Orden nach dem Tod ihrer Inhaber (1810-89)

**Rep. 176: Heroldsamt (ehem. Merseburger Bestand)**

- VI Gen. Nr. 2 Bd. 2: Preußischer Adel im allgemeinen (1888–1910)  
VI Buchstabe D Nr. 85: Standeserhöhung für Sholto Graf Douglas (1888–1912)  
VI Buchstabe T Nr. 71: Adelsverleihung an K. A. W. Thielen (1883/84)

**Rep. 210: Akademie des Bauwesens (ehem. Merseburger Bestand; Tektonik 2.8.26)**

- Nr. 1: Gründung der Akademie des Bauwesens (1880)

**2.3.3.5: Literarisches Büro (ehem. Merseburger Bestand)**

- Nr. 172: Die Provinzial-Korrespondenz (1876–82)  
Nr. 271: Unterstützung der „Westfälischen Provinzialzeitung“ Münster (1874–82)

**III. Hauptabteilung**

**Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten (ehem. Merseburger Bestand; Tektonik 2.4.1.)**

- I** Nr. 10836: Gesuche um Dispensation von den gesetzlichen Anforderungen der Vorbildung für katholische Geistliche (1883–98)  
Nr. 11341: Bistum Limburg (1867–98)
- III** Nr. 17597: Uniformen der Zivilbeamten (1889/90)  
Nr. 17877: Katholische Universitäten und theologische Fakultäten (1863–85)  
Nr. 19043: Neubau des Reichsgesundheitsamts (Mai 1889–Juli 1889)

**XX. Hauptabteilung**

**Staatsarchiv Königsberg i. P.**

**Rep. 2: Oberpräsidium der Provinz Ostpreußen zu Königsberg**

- Tit. 3 Nr. 173: Personalien des Oberpräsidenten v. Schmeling, Königsberg

\*\*\*\*\*

## **Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde**

### **Reichskanzlei (R 43 alt)**

- Nr. 157/1 u. 158: Verfassung und Verwaltung Elsaß-Lothringens (1880–87; 1887–99)
- Nr. 251 u. 252: Münz- und Bankwesen (1887–89; 1889–94)
- Nr. 507: Unfallversicherung (1880–81)
- Nr. 646/7: Sozialistengesetz (1884–86)
- Nr. 652: Lauenburgische Angelegenheiten (1878–81)
- Nr. 661: Die Polen (1885/86)
- Nr. 661/1 u. 662/2: Die Polen (Jan.–Febr. 1886; Febr.–März 1886)
- Nr. 1456, 1458 u. 1459: Angelegenheiten der preuß. Staatsminister (1878–80; 1882–88; 1889/90)
- Nr. 1604: Staatssekretäre des Auswärtigen Amtes (1881–1919)
- Nr. 1785 u. 1786: Reichstagsachen im allgemeinen (1881–84; 1884–93)
- Nr. 1826 u. 1827: Untersuchung gegen Beamte der kaiserlichen Werft Danzig anlässlich der Reichstagswahl (1881)
- Nr. 1913: Organisation der Reichsbehörden (1879–86)
- Nr. 1921: Reichs- und Staatsgrundstücke sowie Dienstgebäude (1889–95)
- Nr. 2014: Kronräte (1888–99)
- Nr. 2085, 2089 u. 2090: Steuerreform (1881/82; 1889; 1889/90)
- Nr. 2103: Deutscher Zolltarif (1884/85)
- Nr. 2112: Holzzölle (1879–83)
- Nr. 2164: Verwendung der Erträge weiterer Reichssteuerreformen (1881/82)
- Nr. 2182: Unterrichtssachen im allgemeinen (1882–86)
- Nr. 2195: Hochschulen (1881–99)
- Nr. 2208: Unterhaltung der Schulen (1885/86)

### **Reichsamt des Innern (R 15.01)**

- Nr. 114770: Vorlagen für den Reichstag (1895–1914)
- Nr. 116684: Verfassung des Reichs (1910–1912)

#### *Untergruppe Staatsministerialsachen*

- Nr. 114917: Staatsministerialprotokolle (1877–80)
- Nr. 114918: Diverse Staatsministerialsachen (1881–83)
- Nr. 114920: Aufbesserung der Beamten-Gehälter (1879–82)
- Nr. 114923: Neubau des Abgeordnetenhauses (1882–91)
- Nr. 114924: Diverse Staatsministerialsachen (1882)
- Nr. 114925: Diverse Staatsministerialsachen (1882–83)
- Nr. 114926: Diverse Staatsministerialsachen (1882–83)
- Nr. 114928: Diverse Staatsministerialsachen (1882)
- Nr. 114929: Verwaltungsreform (1882–88)
- Nr. 114930: Diverse Staatsministerialsachen (1882–83)
- Nr. 114931: Lehrpensionsgesetz (1882–94)
- Nr. 114932: Diverse Staatsministerialsachen (1883)
- Nr. 114933: Diverse Staatsministerialsachen, bes. Volksschulwesen (1883–86)
- Nr. 114934: Reaktivierung des Staatsrats (1883–95)

- Nr. 114935: Diverse Staatsministerialsachen (1883–84)  
Nr. 114944: Hinterbliebenenversorgung für Militärangehörige (1882–85)  
Nr. 114945: Vermögensrechtliche Regelung mit dem Haus Schleswig-Holstein (1884)  
Nr. 114952: Diverse Staatsministerialsachen (1885–88)  
Nr. 114954: Stärkung des deutschen Elements in den östl. Provinzen (1882–86)  
Nr. 114957: Diverse Staatsministerialsachen (1886)  
Nr. 114958: Branntweinsteuer (1886/87)  
Nr. 114959: Diverse Staatsministerialsachen (1886/87)  
Nr. 114962: Maßregeln für den Fall von Arbeitseinstellungen (1886–1911)  
Nr. 114966: Diverse Staatsministerialsachen (1887–89)  
Nr. 114968: Diverse Staatsministerialsachen (1888–90)  
Nr. 114971: Diverse Staatsministerialsachen (1888–90)  
Nr. 114973: Diverse Staatsministerialsachen (1888–90)  
Nr. 114975: Gerichtsorganisation (1889–92)  
Nr. 114977: Reform der Steuergesetzgebung (1889–90)  
Nr. 114982: Diverse Staatsministerialsachen (1889/90)  
Nr. 114988: Kirchengemeindeordnung für sechs evangelisch-lutherische Kirchengemeinden in Hessen-Nassau (1889)  
Nr. 114989: Fürsorge für die Hinterbliebenen der evangelischen Geistlichen in den neun älteren Provinzen (1889)  
Nr. 114991: Sperrgelderverwendungsgesetz (1889–92)  
Nr. 114992: Evangelisches Kirchengesangbuch für den Konsistorialbezirk Kassel (1889)  
Nr. 114996: Abänderung des § 4 des StGB (1889)  
Nr. 114998: Kirchengesetz betr. Trauung im Konsistorialbezirk Kassel (1889/90)  
Nr. 115003: Kirchengesetz betr. Dienstvergehen der evangelischen Geistlichen in Schleswig-Holstein und deren Versetzung in den Ruhestand (1889)  
Nr. 115004: Immediatkommission gegen Hochwassergefahren in der Stadt Posen (1889–97)  
Nr. 115009: Rangverhältnisse der wissenschaftlichen Beamten in Bibliotheken, Instituten und Hochschulen (1889)

**Nachlaß Heinrich v. Friedberg (90 Fr 2)**

- Nr. 59: Memoiren-Manuskript H. v. Friedbergs  
Nr. 129: Aufzeichnung Friedbergs zur Entlassung von Innenminister Graf B. Eulenburg 1881

\*\*\*\*\*

## **Bundesarchiv Koblenz**

### **Nachlaß Werner Frauendienst**

Nr. 3: Das Preußische Staatsministerium 1808–1918 (Manuskript)

### **Kleine Erwerbungen**

Nr. 317: NL Siegfried Graf v. Roedern  
Bd. 2: Manuskript über den 1. Weltkrieg [= ungedr. Memoiren]

\*\*\*\*\*

## **Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn**

- R 17: Staatsministerial- und Kronratsprotokolle (1874–80)
- R 18: Staatsministerial- und Kronratsprotokolle (1880–81)
- R 19: Staatsministerial- und Kronratsprotokolle (1882–März 1883)
- R 20: Staatsministerial- und Kronratsprotokolle (Juni 1883–Mai 1884)
- R 21: Staatsministerial- und Kronratsprotokolle (Mai 1884–Mai 1885)
- R 22: Staatsministerial- und Kronratsprotokolle (Juni 1885–April 1888)
- R 209 u. 210: Behandlung der sogenannten politischen Verbrecher (April/Mai 1881)
- R 742: Stellung der Reichsämtler zu den preuß. Ministerien (1879–1918)
- R 3926: Wiedenzulassung der kath. Orden in Preußen (1887/88)
- R 4030: Vorbildung der kath. Geistlichen (1886/87)
- R 4231: Die preußischen Ministerien (1888–93)
- R 4244: Staatsministerial- und Kronratsprotokolle (Mai 1888–April 1890)

## Verzeichnis der mehrfach zitierten Literatur

*Aufgelistet wird die in den Anmerkungen, den Regest-Köpfen (als Druckorte) und in der Einleitung mehrfach genannte Literatur inkl. gedruckter Quellen. Das Verzeichnis ist als praktisches Hilfsmittel bei der Benutzung der Regesten gedacht, nicht als (Auswahl-) Bibliographie mit repräsentativem Geltungsanspruch.*

- Allgemeine Deutsche Biographie*, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 56 Bde., 1875–1912, ND Berlin 1971.
- Anderhub, Andreas*, Verwaltung im Regierungsbezirk Wiesbaden 1866–1885, Wiesbaden 1977.
- Anderson, Margaret L.*, Windthorst. Zentrumsolitiker und Gegenspieler Bismarcks, Düsseldorf 1988.
- Anderson, Margaret L./Barkin, Kenneth*, The myth of the Puttkamer Purge and the reality of the Kulturkampf, in: *Journal of Modern History* 1982, S. 647–686.
- Aufzeichnungen und Erinnerungen* aus dem Leben des Botschafters Joseph Maria v. Radowitz, hrsg. v. Hajo Holborn, Bd. 2: 1878–1890, Stuttgart u. a. 1925.
- Bachem, Karl*, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumsparterie, 9 Bde., Köln 1927–1932, ND Aalen 1967/68.
- Bade, Klaus J.*, „Kulturkampf“ auf dem Arbeitsmarkt. Bismarcks Polenpolitik 1885–1890, in: Otto Pflanze (Hrsg.), *Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reichs*, München 1983, S. 121–142.
- Baumgart, Winfried*, Quellenkunde. Das Zeitalter des Imperialismus und des Ersten Weltkrieges (1871–1918), 2. Aufl., Darmstadt 1991.
- Berlepsch, Hans-Jörg v.*, „Neuer Kurs“ im Kaiserreich? Die Arbeiterpolitik des Freiherrn v. Berlepsch 1890–1896, Bonn 1987.
- Binder, Hans-Otto*, Reich und Einzelstaaten während der Kanzlerschaft Bismarcks 1871–1890, Tübingen 1971.
- Biographisches Jahrbuch und Deutscher Nekrolog*, hrsg. von Anton Bettelheim, Bd. 1, Berlin 1897 – Bd. 18, Berlin 1917.
- Bismarck, Otto Fürst v.*, Die Gesammelten Werke, hrsg. v. G. Ritter, R. Stadelmann u. a., 15 Bde., Berlin 1924–1935.
- Bitter, Rudolf v.* (Hrsg.), *Handwörterbuch der preußischen Verwaltung*, 2 Bde., Leipzig 1906; 2. Aufl., Berlin/Leipzig 1911.
- Blanke, Richard*, Prussian Poland in the German Empire (1871–1900), Boulder/New York 1981.
- Böhme, Helmut*, Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848–1881, 3. Aufl., Köln 1974.
- Bölling, Rainer*, Sozialgeschichte der deutschen Lehrer, Göttingen 1983.
- Bosse, Robert*, Erinnerungen [1876–1881], in: *Die Grenzboten*, 2. Quartal 1904 [7 Teile].
- Brand, Arthur*, *Das Beamtenrecht*, Berlin 1914, 2. Aufl. Berlin 1926.
- Breitenborn, Konrad*, Im Dienste Bismarcks. Die politische Karriere des Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode, 4. Aufl., Berlin 1990.
- Bringmann, Wilhelm*, Die braunschweigische Thronfolgefrage, Frankfurt/M. u. a. 1988.
- Burg, Peter*, Der Föderalismus im Kaiserreich. Politische Strukturen und Prozesse, in: Huhn, J./Witt, P.-Chr. (Hrsg.), *Föderalismus in Deutschland. Traditionen und gegenwärtige Probleme*, Baden Baden 1992, S. 55–73.

- Bußmann, Walter* (Hrsg.), Staatssekretär Graf Herbert v. Bismarck. Aus seiner politischen Privatkorrespondenz, Göttingen 1964.
- Butzer, Hermann*, Diäten und Freifahrt im Deutschen Reichstag. Der Weg zum Entschädigungsgesetz von 1906 und die Nachwirkung dieser Regelung bis in die Zeit des Grundgesetzes, Düsseldorf 1999.
- Canis, Konrad*, Bismarck und Waldersee. Die außenpolitischen Krisenerscheinungen und das Verhalten des Generalstabes 1882 bis 1890, Berlin (O) 1980.
- Cullen, Michael S.*, Der Reichstag. Geschichte eines Monuments, Berlin 1983.
- Deutsche Militärgeschichte in sechs Bänden 1648–1939*, hrsg. v. Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Bd. 3, München/Freiburg 1968, ND 1983.
- Deutsche Verwaltungsgeschichte*, hrsg. von K. G. A. Jeserich u. a., Bd. 3: Das Deutsche Reich bis zum Ende der Monarchie, Stuttgart 1984.
- Ebel, Gerhard/Behnen, Michael* (Hrsg.), Botschafter Paul Graf von Hatzfeldt. Nachgelassene Papiere 1838–1901, 2 Bde., Boppard 1976.
- Engelberg, Ernst*, Bismarck. Das Reich in der Mitte Europas, Berlin 1990.
- Eppstein, Georg Freiherr v.*, Fürst Bismarcks Entlassung. Nach den hinterlassenen, bisher unveröffentlichten Aufzeichnungen des Staatssekretärs des Innern, Staatsministers Dr. Karl Heinrich v. Boetticher und des Chefs der Reichskanzlei unter dem Fürsten Bismarck Dr. Franz Johannes v. Rottenburg, 1. Aufl., Berlin 1920.
- Faulenbach, Bernd*, Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980.
- Fenske, Hans*, Preußische Beamtenpolitik vor 1918, in: *Der Staat* 12 (1973), S. 339–356.
- Fenske, Hans* (Hrsg.), Im Bismarckschen Reich 1871–1890 (= Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 6), Darmstadt 1978.
- Frank, Walter*, Hofprediger Adolf Stoecker und die christlich-soziale Bewegung, Berlin 1928, 2. Aufl., Hamburg 1935.
- Fraudienst, Werner*, Das preußische Staatsministerium in vorkonstitutioneller Zeit, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* 116 (1960), S. 104–177.
- Fuchs, Walther Peter* (Hrsg.), Großherzog Friedrich I. von Baden und die deutsche Reichspolitik 1871–1907, 4 Bde., Stuttgart 1968–80.
- Gagliardi, Ernst*, Bismarcks Entlassung, 2 Bde., Tübingen 1927/41.
- Gall, Lothar*, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt/M. u. a. 1980.
- Gall, Lothar*, Zwischen Preußen und dem Reich. Bismarck als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident, in: O. Hauser (Hrsg.), *Zur Problematik 'Preußen und das Reich'*, Köln/Wien 1984, S. 155–164.
- Gall, Lothar*, Europa auf dem Weg in die Moderne 1850–1890 (= Oldenbourg Grundriß der Geschichte, Bd. 14), 3. Aufl., München 1997.
- Gatz, Erwin*, Die Neubesetzung der Bistümer Limburg und Fulda 1885–1887, in: *Römische Quartalschrift für christliche Altertumskunde und Kirchengeschichte*, Bd. 71 (1976), S. 78–112.
- Gatz, Erwin*, Akten zur preußischen Kirchenpolitik in den Bistümern Gnesen-Posen, Kulm und Ermland 1885–1914, Mainz 1977.
- Gatz, Erwin* (Hrsg.), Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder 1785/1803 bis 1945. Ein biographisches Lexikon, Berlin 1983.
- Gerloff, Wilhelm*, Die Zoll- und Finanzpolitik des Deutschen Reiches, Jena 1913.

- Die *Geschichte der Evangelischen Kirche der Union*. Bd. 2: Die Verselbständigung der Kirche unter dem königlichen Summepiskopat (1850–1918), hrsg. v. J. Rogge u. G. Ruhbach, Leipzig 1994.
- Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten*, Berlin, bes. Jahrgänge 1879–1900.
- Gey, Thomas, Die Preussische Verwaltung des Regierungsbezirks Bromberg 1871–1920, Köln/Berlin 1976.
- Goldschmidt, Hans, Das Reich und Preußen im Kampf um die Führung. Von Bismarck bis 1918, Berlin 1931.
- Die *Große Politik der europäischen Kabinette 1871–1914*. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes hrsg. von J. Lepsius u. a., Bd. 3: Das Bismarcksche Bündnissystem, Berlin 1924; Bd. 5: Neue Verwicklungen im Osten, Berlin 1922; Bd. 6: Kriegsgefahr in Ost und West. Ausklang der Bismarckzeit, Berlin 1924.
- Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815–1945*. Reihe A: Preußen, hrsg. von W. Hubatsch, 12 Bde., Marburg 1975–81; Bd. 22: Bundes- und Reichsbehörden, Marburg 1983. Reihe B, hrsg. v. Th. Klein. Bd. 16: Mitteldeutschland (Kleinere Länder), Marburg 1981.
- Häger, Peter, Klöster nach dem Kulturkampf. Zur preussischen Genehmigungspolitik gegenüber den katholischen Männerorden in der Provinz Westfalen zwischen 1887 und 1919, Paderborn 1997.
- Handbuch über den Königlich Preussischen Hof und Staat*, bes. Jahrgänge 1879/80 bis 1891, Berlin 1879–1891.
- Handbuch für das Deutsche Reich*, bes. Jahrgänge 1879–1890, Berlin 1879–1890.
- Handwörterbuch der Staatswissenschaften*, hrsg. v. J. Conrad u. a., 2. Aufl., 7 Bde., Jena 1898–1901; 3. Aufl., 8 Bde., Jena 1908–1911.
- Hartung, Fritz, Verantwortliche Regierung, Kabinette und Nebenregierungen im konstitutionellen Preußen 1848–1918, in: FBPG, Bd. 44 (1932), S. 1–45, 302–373.
- Hauf, Reinhard, Die preuß. Verwaltung des Regierungsbezirks Königsberg 1870–1920, Köln/Berlin 1980.
- Hauser, Oswald, Provinz im Königreich Preußen, in: Geschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 8, 1. Lieferung, Neumünster 1966.
- Heffter, Heinrich, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert, 2. Aufl., Stuttgart 1969.
- Henning, Hansjoachim, Die deutsche Beamenschaft im 19. Jahrhundert. Zwischen Stand und Beruf, Stuttgart 1984.
- Henning, Hansjoachim, K. H. v. Boetticher, in: Persönlichkeiten der Verwaltung, hrsg. v. K. G. A. Jeserich u. H. Neuhaus, Stuttgart u. a. 1991, S. 224–227.
- Herzfeld, Hans, Johannes v. Miquel. Sein Anteil am Ausbau des Deutschen Reiches bis zur Jahrhundertwende, 2 Bde., Detmold 1938.
- Hiery, Hermann, Reichstagswahlen im Reichsland. Ein Beitrag zur Landesgeschichte von Elsaß-Lothringen und zur Wahlgeschichte des Deutschen Reiches 1871–1918, Düsseldorf 1986.
- Hildebrand, Klaus, Das vergangene Reich. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945, Stuttgart 1995.
- Hildebrand, Klaus, Deutsche Außenpolitik 1871–1918, 2. Aufl., München 1994.
- Hintze, Otto, Das Preussische Staatsministerium im 19. Jahrhundert, in: Ders., Gesammelte Abhandlungen, Bd. 3, 2. Aufl., Göttingen 1967 (zuerst 1908), S. 530–619.
- Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig Fürst zu, Denkwürdigkeiten, hrsg. v. Friedrich Curtius, 2 Bde., Stuttgart/Leipzig 1907.
- Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig Fürst zu, Denkwürdigkeiten der Reichskanzlerzeit, hrsg. v. Karl Alexander v. Müller, Stuttgart 1931.
- Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 4: Struktur und Krisen des Kaiserreichs, 2. Aufl., Stuttgart u. a. 1982.



- Hué de Grais, Robert Graf*, Handbuch der Verfassung und Verwaltung in Preußen und dem Deutschen Reiche, 2. Aufl., Berlin 1882, 7. Aufl., Berlin 1890.
- Illing, Julius/Kautz, Georg*, Handbuch für preuß. Verwaltungsbeamte, Geschäftsmänner, Kreis- und Gemeindevertreter und Schöffen, 2 Bde., 6. Aufl., Berlin 1895; 8. Aufl., 3 Bde., Berlin 1903.
- John, Michael*, Politics and the Law in Late Nineteenth-Century Germany. The Origins of the Civil Code, Oxford 1989.
- Jungblut, Thomas*, Die 'altpreußischen' höheren Regierungsbeamten und Landräte in den Regierungsbezirken Koblenz und Trier 1850 bis 1914 im Rahmen der preußischen Personalpolitik, Phil. Diss., Mainz 1989.
- Kardorff, Siegfried v.*, Wilhelm v. Kardorff. Ein nationaler Parlamentarier im Zeitalter Bismarcks und Wilhelms II. 1828–1907, Berlin 1936.
- Kirchliches Gesetz- und Verordnungsblatt der Evangelischen Kirche* der altpreußischen Union, hrsg. im Büro des Evangelischen Oberkirchenrats, Berlin-Charlottenburg, bes. Jg. 3, 1879 – Jg. 14, 1890.
- Klein, Ernst*, Funktion und Bedeutung des preußischen Staatsministeriums, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 9/10 (1961), S. 195–261.
- Klemm, Max*, Was sagt Bismarck dazu?, 2 Bde., Berlin 1924.
- Kohl, Horst* (Hrsg.), Die Reden des Ministerpräsidenten und Reichskanzlers Fürsten von Bismarck im Preußischen Landtage und im Deutschen Reichstage, Bde. 8–9, Stuttgart 1893/94.
- Kohl, Horst*, Bismarck-Regesten, Bd. 2: 1871–1890, Leipzig 1892.
- Kühne, Thomas*, Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867–1918. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt, Düsseldorf 1994.
- Kühne, Thomas*, Handbuch der Wahlen zum Preussischen Abgeordnetenhaus 1867–1918. Wahlergebnisse, Wahlbündnisse und Wahlkandidaten, Düsseldorf 1994.
- Kühne, Thomas*, Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918 und seine politische Kultur: Demokratisierung, Segmentierung, Militarisierung, in: Neue Politische Literatur 1998, H. 2, S. 206–263.
- Lamberti, Marjorie*, State, Society and the Elementary School in Imperial Germany, New York/Oxford 1989.
- Lill, Rudolf*, Die Wende im Kulturkampf. Leo XIII., Bismarck und die Zentrumspartei 1878–1880, Tübingen 1973.
- Lorenz, Hermann*, Die Amtstitel und Rangverhältnisse der höheren, mittleren und unteren Reichs- und preußischen Staatsbeamten (...), Berlin 1907.
- Lotz, Albert*, Geschichte des deutschen Beamtentums, Berlin 1909; 2. Aufl. Berlin 1914.
- Lucius v. Ballhausen, Robert Freiherr v.*, Bismarck-Erinnerungen, Stuttgart/Berlin 1920.
- Mai, Joachim*, Die preußisch-deutsche Polenpolitik 1885–1887, Berlin (O) 1962.
- Mann, Bernhard*, Biographisches Handbuch für das Preussische Abgeordnetenhaus 1867–1918, Düsseldorf 1988.
- Meisner, Heinrich Otto*, Zur neueren Geschichte des preußischen Kabinetts. Das Zivilkabinet der Kaiserzeit, in: Forschungen zur brandenburgisch-preußischen Geschichte 36 (1924), S. 180–209.
- Meisner, Heinrich Otto*, Der Kriegsminister 1814–1914. Ein Beitrag zur militärischen Verfassungsgeschichte, Berlin 1940.
- Meyer, Folkert*, Schule der Untertanen. Lehrer und Politik in Preußen 1848–1900, Hamburg 1976.
- Ministerialblatt für die gesamte innere Verwaltung in den Königl. Preußischen Staaten, hrsg. im Büro des Ministerium des Innern, Berlin, bes. Jg. 40, 1879 – Jg. 51, 1890.

- Mommsen, Wolfgang J.*, Das Ringen um den nationalen Staat. Die Gründung und der innere Ausbau des Deutschen Reiches unter Otto v. Bismarck 1850–1890, Berlin 1993.
- Morsey, Rudolf*, Die oberste Reichsverwaltung unter Bismarck 1867–1890, Münster 1957.
- Morsey, Rudolf*, Memoiren als Quellen zur preußischen Verwaltungsgeschichte im Wilhelminischen Deutschland, in: Ders., Von Windthorst bis Adenauer. Gesammelte Aufsätze, Paderborn 1997, S. 804–823.
- Müller, Harald*, Robert v. Puttkamer, in: Seeber, Gustav (Hrsg.), Gestalten der Bismarckzeit, Bd. 1, Berlin (O) 1987, S. 355–377.
- Neubach, Helmut*, Die Ausweisungen von Polen und Juden aus Preußen 1885/86. Ein Beitrag zu Bismarcks Polenpolitik und zur Geschichte des deutsch-polnischen Verhältnisses, Wiesbaden 1967.
- Neue Deutsche Biographie*. Hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 18 Bde., Berlin 1953–1997.
- Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung*, Berlin 1848–1939. [Einzelne Nummern]
- Neugebauer, Wolfgang*, Das Bildungswesen in Preußen seit Mitte des 17. Jahrhunderts, in: Handbuch der preußischen Geschichte, Bd. 2, hrsg. v. Otto Büsch, Berlin/New York 1992, S. 605–798.
- Nichols, John Alden*, The Year of the three Kaisers. Bismarck and the German Succession 1887/88, Urbana/Chicago 1987.
- Nipperdey, Thomas*, Deutsche Geschichte 1866–1918, Bd. 2, München 1992.
- Norddeutsche Allgemeine Zeitung*, Berlin 1861–1918. [Einzelne Nummern]
- Ormond, Thomas*, Richterwürde und Regierungstreue. Dienstrecht, politische Betätigung und Disziplinierung der Richter in Preußen, Baden und Hessen 1866–1918, Frankfurt/M. 1994.
- Pack, Wolfgang*, Das parlamentarische Ringen um das Sozialistengesetz Bismarcks 1878–1890, Düsseldorf 1961.
- Pflanze, Otto*, Bismarck, Bd. 1: Der Reichsgründer, München 1997; Bd. 2: Der Reichskanzler, München 1998.
- Plate, August*, Die Geschäftsordnung des Preuß. Abgeordnetenhauses, ihre Geschichte und ihre Anwendung, Berlin 1904.
- Polski Słownik Biograficzny*, 36 Bde., Warszawa/Krakow 1935–1996.
- Poschinger, Heinrich Ritter v.* (Hrsg.), Aktenstücke zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck, Bd. 2: Von der Übernahme des Handelsministeriums bis Ende 1884, Berlin 1891.
- Poschinger, Heinrich Ritter v.* (Hrsg.), Fürst Bismarck als Volkswirt, Bd. 2: Von der Übernahme des Handelsministeriums bis Ende 1884, Berlin 1890.
- Poschinger, Heinrich Ritter v.* (Hrsg.), Fürst Bismarck als Volkswirt, Bd. 3: Von 1885 bis März 1890, Berlin 1891.
- Poschinger, Heinrich Ritter v.*, Fürst Bismarck und der Bundesrat. Bd. 3: Der Bundesrat des Deutschen Reichs (1874–1878); Bd. 4: Der Bundesrat des Deutschen Reichs (1878–1881); Bd. 5: Der Bundesrat des Deutschen Reichs (1881–1900), Stuttgart/Leipzig 1898.
- Poschinger, Heinrich Ritter v.*, Fürst Bismarck und die Parlamentarier, 3 Bde., Breslau 1894–1896.
- Der Preußische Landtag, Bau und Geschichte*, hrsg. von der Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses, Berlin 1993.
- Protokolle über die Verhandlungen des Bundesrates des Deutschen Reiches*; Drucksachen zu den Verhandlungen des Bundesrates des Deutschen Reiches, Berlin, bes. Jg. 1879 – Jg. 1890.
- Provinzial-Korrespondenz*, Jahrgänge 1879–1884.
- Puttkamer, Albert v.* (Hrsg.), Staatsminister v. Puttkamer. Ein Stück preußischer Vergangenheit 1828–1900, Leipzig 1928.

- Rädisch, Wolfgang*, Die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers und der preußische Staat 1866–1885, Hildesheim 1972.
- Rauh, Manfred*, Föderalismus und Parlamentarismus im Wilhelminischen Reich, Düsseldorf 1973.
- Rauh, Manfred*, Die Parlamentarisierung des Deutschen Reiches, Düsseldorf 1977.
- Reichsanzeiger und Königlich-Preußischer Staatsanzeiger*, Berlin, bes. Jg. 1879–1890.
- Reichsarchiv* (Bearb.), Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft, Bd. 1, Berlin 1930; Anlagen zum 1. Band, Berlin 1930.
- Rejewski, Harro-Jürgen*, Die Pflicht zur politischen Treue im preußischen Beamtenrecht (1850–1918), Berlin 1973.
- Rich, Norman u. Fisher, M. H.* (Hrsg.), Die Geheimen Papiere Friedrich v. Holsteins. Deutsche Ausgabe v. W. Frauendienst, 4 Bde. Göttingen 1956–1963, Bd. 2: Tagebuchblätter [1881–1888], Göttingen 1957; Bd. 3: Briefwechsel (1861–1896), Göttingen 1961.
- Richter, Eugen*, Politisches ABC-Buch, 3. Aufl., Berlin 1884; 5. Aufl., Berlin 1889.
- Riehl, Axel T. G.*, Der „Tanz um den Äquator“. Bismarcks antienglische Kolonialpolitik und die Erwartung des Thronwechsels in Deutschland 1883 bis 1885, Berlin 1993.
- Rimmele, Eva*, Sprachenpolitik im Deutschen Kaiserreich vor 1914, Frankfurt/M. 1996.
- Ritter, Gerhard A./Tenfelde, Klaus*, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, Bonn 1992.
- Röhl, John C. G.* (Hrsg.), Philipp Eulenburgs politische Korrespondenz, 3 Bde., Boppard 1976–1983.
- Röhl, John C. G.*, Wilhelm II. Die Jugend des Kaisers, München 1993.
- Schmidt-Bückeberg, Rudolf*, Das Militärkabinett der preußischen Könige und deutschen Kaiser 1787–1918, Berlin 1933.
- Schmitz, Kurt*, Der Rheinische Provinziallandtag (1875–1933), Neustadt/Aisch 1967.
- Schneider, Hans*, Der preußische Staatsrat 1817–1918, München 1952.
- Schöllgen, Gregor*, Das Zeitalter des Imperialismus (= Oldenbourg Grundriß der Geschichte, Bd. 15), 3. Aufl., München 1994.
- Scholz, Adolf v.*, Erlebnisse und Gespräche mit Bismarck, hrsg. v. W. v. Scholz, Stuttgart/Berlin 1922.
- Schulte-Nölke, Hans*, Das Reichsjustizamt und die Entstehung des bürgerlichen Gesetzbuchs, Frankfurt/M. 1995.
- Schultheß' Europäischer Geschichtskalender*. 20. Jg. 1879 – 31. Jg. 1890, Nördlingen bzw. München 1880–1891.
- Seeber, Gustav* (Hrsg.), Bismarcks Sturz. Zur Rolle der Klassen in der Endphase des preußisch-deutschen Bonapartismus 1884/85 bis 1890, Berlin (O) 1977.
- Seier, Hellmut*, Region, Modernisierung und Deutschlandpolitik. Die „Preußenwelle“ in landesgeschichtlicher Sicht, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 33 (1983), S. 347–401.
- Seier, Hellmut*, Liberalismus und Bürgertum in Mitteleuropa 1850–1880. Forschung und Literatur seit 1970, in: Gall, Lothar (Hrsg.), Bürgertum und bürgerlich-liberale Bewegung in Mitteleuropa seit dem 18. Jahrhundert, München 1997, S. 131–229.
- Spenkuch, Hartwin*, „Bismarck, Bäume und Barrieren“. Zu einem unbekanntem Aspekt preuß. Parlamentsbaugeschichte, in: H. Engel/W. Ribbe (Hrsg.), Hauptstadt Berlin – Wohin mit der Mitte? Berlin 1993, S. 43–55.
- Spenkuch, Hartwin*, Das Preußische Herrenhaus. Adel und Bürgertum in der Ersten Kammer des Landtages 1854–1918, Düsseldorf 1998.
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages*; Sammlung sämtlicher Drucksachen des Deutschen Reichstages, bes. Sessionen 1879 – 1890/92, Berlin, 1879–90.
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten*; Sammlung sämtlicher Drucksachen des Preußischen Hauses der Abgeordneten; Übersicht über die Geschäftstätigkeit des Preußischen Hauses der Abgeordneten, bes. Sessionen 1878/79 – 1890, Berlin 1879–90.

- Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Herrenhauses*; Sammlung sämtlicher Drucksachen des Preußischen Herrenhauses; Gesamtübersicht der Gegenstände, welche im Preußischen Herrenhaus zur Vorlage und Verhandlung gekommen sind, bes. Sessionen 1878/79 – 1890, Berlin 1879–90.
- Stern, Fritz*, Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier Bleichröder, Frankfurt/M./Berlin 1978.
- Stern, Leo* (Hrsg.), Der Kampf der deutschen Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878–1890. Die Tätigkeit der Reichs-Commission, 2 Bde., Berlin (O) 1956.
- Stöber, Rudolf*, Bismarcks geheime Presseorganisation von 1882, in: HZ, Bd. 262 (1996), S. 423–451.
- Stump, Ulrich*, Preußische Verwaltungsgerichtsbarkeit 1875–1914. Verfassung – Verfahren – Zuständigkeit, Berlin 1980.
- Stürmer, Michael* (Hrsg.), Bismarck und die preußisch-deutsche Politik 1871–1890, 3. Aufl., München 1978.
- Süle, Tibor*, Preußische Bürokratietradition. Zur Entwicklung von Verwaltung und Beamtenschaft in Deutschland 1871–1918, Göttingen 1988.
- Tennstedt, Florian u. a.* (Bearb.), Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914.  
 I. Abteilung: Von der Reichsgründungszeit bis zur kaiserlichen Sozialbotschaft (1867–1881), Bd. 1: Grundfragen staatlicher Sozialpolitik. Die Diskussion der Arbeiterfrage auf Regierungsseite vom preuß. Verfassungskonflikt bis zur Reichstagswahl von 1881, Stuttgart u. a. 1994; Bd. 2: Von der Haftpflichtgesetzgebung zur ersten Unfallversicherungsvorlage [1868–1881], Stuttgart u. a. 1993; Bd. 3: Arbeiterschutz [1867–1881], Stuttgart u. a. 1996.  
 II. Abteilung: Von der kaiserlichen Sozialbotschaft bis zu den Februarerlassen Wilhelms II. (1881–1890), Bd. 2, T. 1: Von der zweiten Unfallversicherungsvorlage bis zum Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884, Stuttgart u. a. 1995.
- Tennstedt, Florian*, Der deutsche Weg zum Wohlfahrtsstaat 1871–1881. Anmerkungen zu einem alten Thema aufgrund neu erschlossener Quellen, in: A. Wollasch (Hrsg.), Wohlfahrtspflege in der Region, Paderborn 1997, S. 255–267.
- Teuteberg, Hans-Jürgen/Oelke, Matthias*, Der Nord-Ostsee-Kanal im Licht der nationalen Einigung und in den Debatten des Norddeutschen und Deutschen Reichstages bis zum Erlaß des Kanalgesetzes 1886, in: Nord-Ostsee-Kanal 1895–1995, hrsg. v. Rainer Lagoni u. a., Neumünster 1995, S. 87–109.
- Thier, Andreas*, Steuergesetzgebung und Verfassung in der konstitutionellen Monarchie: Staatssteuerreformen in Preußen 1871–1893, Frankfurt/M. 1999.
- Tiedemann, Christoph v.*, Aus sieben Jahrzehnten. Erinnerungen. Bd. 2: Sechs Jahre Chef der Reichskanzlei unter dem Fürsten Bismarck, Leipzig 1909.
- Verbeek, Anselm*, Die Kölner Bischofsfrage und die Beilegung des preuß. Kulturkampfes, Frankfurt/M. u. a. 1989.
- Vierhaus, Rudolf* (Hrsg.), Tagebuch der Baronin Spitzemberg, geb. Freiin v. Varnbüler. Aufzeichnungen aus der Hofgesellschaft des Kaiserreiches, 3. Aufl., Göttingen 1963.
- Vormbaum, Thomas*, Politik und Gesinderecht im 19. Jahrhundert (vornehmlich in Preußen 1810–1918), Berlin 1980.
- Wagner, Joachim*, Politischer Terrorismus und Strafrecht im Deutschen Kaiserreich von 1871, Heidelberg/Hamburg 1981.
- Waldersee, Alfred Graf v.*, Briefwechsel, hrsg. v. H. O. Meisner, Bd. 1: Die Berliner Jahre 1886–1891, Berlin/Leipzig 1928.
- Waldersee, Alfred Graf v.*, Denkwürdigkeiten des Generalfeldmarschalls Alfred Grafen von Waldersee, hrsg. v. H. O. Meisner, Bd. 1: 1832–1888, Bd. 2: 1888–1900, Stuttgart/Berlin 1922.

- Weber, Christoph*, Kirchliche Politik zwischen Rom, Berlin und Trier 1876–1888. Die Beilegung des preußischen Kulturkampfes, Mainz 1970.
- Wehler, Hans-Ulrich*, Bismarck und der Imperialismus, 4. Aufl., München 1976.
- Wehler, Hans-Ulrich*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3: 1849–1914, München 1995.
- Wetzel, Hans-Wolfgang*, Presseinnenpolitik im Bismarckreich (1874–1890). Das Problem der Repression oppositioneller Zeitungen, Frankfurt/M. 1975.
- Wippermann, Karl*, Deutscher Geschichtskalender, Jahrgänge 1885–1890, Leipzig 1886–1891.
- Witt, Peter-Christian*, Konservatismus als „Überparteilichkeit“. Die Beamten der Reichskanzlei zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik 1900–1933, in: Dirk Stegmann u. a. (Hrsg.), Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert, Bonn 1983, S. 231–280.
- Witt, Peter-Christian*, Monarchen und Bürger. Über Untertanen und Untertänigkeit im wilhelminischen Deutschland (1890–1914), in: H. Lademacher/W. Mühlhausen (Hrsg.), Freiheitsstreben, Demokratie, Emanzipation. Aufsätze zur politischen Kultur in Deutschland und den Niederlanden, Hamburg 1993, S. 139–187.
- Wittwer, Walter*, Der Bergarbeiterstreik im Mai 1889 und seine Wirkungen, in: Seeber, Gustav (Hrsg.), Bismarcks Sturz, Berlin (O) 1977, S. 262–290.
- Zechlin, Egmont*, Staatsstreichpläne Bismarcks und Wilhelms II. 1890/1894, Stuttgart/Berlin 1929.
- Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen*, hrsg. im Ministerium der Geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten, Berlin, bes. Jg. 21, 1879 – Jg. 33, 1891.
- Zimmermann, Alfred*, Die Handelspolitik des Deutschen Reichs vom Frankfurter Frieden bis zur Gegenwart, Berlin 1899.